Parlamentsdienste
Services du Parlement
Servizi del Parlamento
Servetschs dal parlament

Dokumentationszentrale
3003 Bern
Tel. 031 322 97 44
Fax 031 322 82 97

Verhandlungen

Délibérations

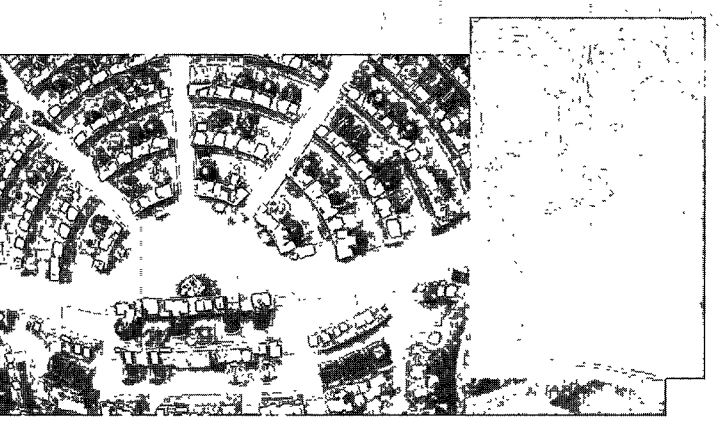
Deliberazioni

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision

93.095

Loi sur l'assurance-chômage. Révsion partielle



× **169/93.095** *s* **Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision**

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 29. November 1993 (BBl 1994 I, 340) zur zweiten Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG).

N *Kommission für Wirtschaft und Abgaben*

S *Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*

1994 17. März. Beschluss des Ständerates abweichend vom Entwurf.

1994 5. Oktober. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Beschluss des Ständerates.

1995 2. Februar. Beschluss des Ständerates abweichend vom Beschluss des Nationalrates.

1995 8. Juni. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Beschluss des Ständerates.

1995 15. Juni. Beschluss des Ständerates abweichend vom Beschluss des Nationalrates.

1995 20. Juni. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Beschluss des Ständerates.

1995 21. Juni. Beschluss des Ständerates: Zustimmung zu den Anträgen der Einigungskonferenz.

1995 22. Juni. Beschluss des Nationalrates: Zustimmung zu den Anträgen der Einigungskonferenz.

1995 23. Juni. Beschluss des Ständerates: Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

1995 23. Juni. Beschluss des Nationalrates: Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt III, 527; Ablauf der Referendumsfrist: 2. Oktober 1995

(siehe Motion WAK-NR, Nr. 94.3323 und Postulat WAK-NR Nr. 94.3373; Postulat WAK-NR Nr. 95.3195)

× **169/93.095** *é* **Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle**

Message du 29 novembre 1993 (FF 1994 I, 340) à l'appui de la deuxième révision partielle de la loi sur l'assurance-chômage (LACI).

N *Commission de l'économie et des redevances/Commission de la sécurité sociale et de la santé publique*

E *Commission de la sécurité sociale et de la santé publique*

1994 17 mars. Décision du Conseil des Etats modifiant le projet du Conseil fédéral.

1994 5 octobre. Décision du Conseil national avec des divergences.

(voir motion CN n° 94.3323 et postulat CN n° 94.3373)

1995 2 février. Décision du Conseil des Etats avec des divergences.

1995 8 juin. Décision du Conseil national avec des divergences.

(voir postulat CN n° 95.3195)

1995 15 juin. Décision du Conseil des Etats avec des divergences.

1995 20 juin. Décision du Conseil national avec des divergences.

1995 21 juin. Décision du Conseil des Etats conforme à la proposition de la conférence de conciliation.

1995 22 juin. Décision du Conseil national conforme à la proposition de la conférence de conciliation.

1995 23 juin. Décision du Conseil des Etats: La loi est adoptée en votation finale.

1995 23 juin. Décision du Conseil national: La loi est adoptée en votation finale.

Feuille fédérale III, 519; délai référendaire: 2 octobre 1995

Zehnte Sitzung – Dixième séance

Montag, 14. März 1994, Nachmittag
Lundi 14 mars 1994, après-midi

17.15 h

Vorsitz – Présidence: Jagmetti Riccardo (R, ZH)

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Botschaft und Beschlussentwurf vom 29. November 1993
(BBl 1994 I 340)
Message et projet d'arrêté du 29 novembre 1993 (FF 1994 I 340)

Antrag der Kommission
Eintreten
Proposition de la commission
Entrer en matière

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Übereinstimmend wird uns für das Jahr 1994 ein wirtschaftlicher Aufschwung

vorausgesagt. Unsere Freude darüber wird jedoch sogleich gedämpft, weil wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass eine vorerst nur zögernde Erholung der Wirtschaft zumindest kurz- und wahrscheinlich auch mittelfristig keine wesentliche Verringerung der Arbeitslosigkeit mit sich bringt.
Eine landesweite Arbeitslosenquote von 5,2 Prozent – Ende Februar 1994 waren 187 382 Personen arbeitslos – und eine rasche Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit – jeder fünfte Arbeitslose ist länger als zwölf Monate arbeitslos – stellen für uns alle, die Gesellschaft und die Volkswirtschaft der Schweiz, ein schwerwiegendes und bedrückendes Problem dar.
Nun dürfen wir in die zu behandelnde Revisionsvorlage keine zu grossen und vor allem keine falschen Hoffnungen setzen. Durch die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen und kein Unternehmen von der Abwanderung ins Ausland abgehalten. Die hochaktuelle Problematik des Attraktivitätsverlustes des Werk-, Handels- und Finanzplatzes Schweiz muss parallel zu dieser Revision und mit höchster Priorität angegangen werden.
Die heute zu diskutierende Gesetzesvorlage hat das Ziel, das Arbeitslosenversicherungsgesetz aus dem Jahre 1982 den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen, nicht nach dem Motto: Bei Sonnenschein werden Regenschirme verteilt, um sie bei Beginn des Regens wieder einzuziehen, sondern mit dem Ziel, die in beschränkter Anzahl vorhandenen Schirme wirklich denjenigen zukommen zu lassen, die im Regen stehen, und möglichst viele zu ermutigen, ein schützendes Vordach aufzusuchen.
Die Arbeitslosenversicherung wird bis Ende 1994 einen Fehlbetrag von acht bis neun Milliarden Franken aufweisen. Dieser dramatischen Entwicklung muss mit schnell wirksamen Massnahmen entgegengetreten werden. Um gestützt auf die seit 1976 geltende Verfassungsgrundlage eine möglichst rasch greifende Gesetzgebung zu ermöglichen, wurden die Ziele der Revision beschränkt auf:
– die finanzielle Sanierung,
– die Neufestlegung des Leistungsumfanges,
– die Neuformulierung des Begriffs der «zumutbaren Arbeit»,
– die Einführung eines verstärkten Abwehrdispositives gegen Missbräuche,
– den Ausbau im Bereiche der präventiven Massnahmen, und
– die Effizienzsteigerung beim Vollzug.
Ihre Kommission ist gemeinsam mit dem Bundesrat der Ansicht, dass eine derartige Eingrenzung der Revisionsvorlage aus Gründen der Dringlichkeit des Vorhabens heute angezeigt ist. Berechtigte Anliegen, wie dasjenige einer vertieften Überprüfung des Finanzierungsmodells im Sinne einer Entlastung auf Seiten der Arbeit und einer vermehrten Belastung von Konsum und Ressourcenverbrauch, konnten daher nicht berücksichtigt werden. Sie sind jedoch bei der unverzüglich an die Hand zu nehmenden Totalrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes in die Diskussion miteinzubeziehen.
Ihre Kommission hat die vom Bundesrat präsentierte Vorlage an sieben Sitzungstagen ausführlich beraten. Als Einführung in die Problematik wurden am 10. Januar 1994 Hearings mit Vertretern der Wissenschaft, der Sozialpartner und der Direktbetroffenen an der Front (kantonale und kommunale Arbeitsämter sowie Fürsorgebehörden) durchgeführt. Dabei wurden wichtige Erkenntnisse gewonnen.
Ihre Kommission musste jedoch auch mit grosser Verwunderung und Beunruhigung zur Kenntnis nehmen, dass in den für die Sozialpartner ausgesprochen wichtigen Fragen der Arbeitslosigkeit und der Bekämpfung von deren Folgen zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und denjenigen der Arbeitnehmer keinerlei Gedankenaustausch stattfindet. Auf entsprechende Fragen hin wurde uns geantwortet: «Auf der politischen Ebene gibt es keine Partnerschaft, sondern nur Gegnerschaft zwischen Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen und Gewerbeverband einerseits und den Gewerkschaften andererseits. Es gibt weder gemeinsame Gespräche noch eine gemeinsame Plattform. Der Zentralverband und der Gewerkschaftsbund haben noch nie ein Gespräch geführt .... Der Kampf bis aufs Messer auf der politischen Ebene hängt damit zusammen, dass hier die Medien eine Rolle spielen, die als Mittel des Kampfes benutzt werden.» Diese Tatsache erscheint uns äusserst bedenklich, und es wäre sehr zu wünschen, dass im Zusammenhang mit Fragen, die für beide Partner von existentieller Wichtigkeit sind, doch das Gespräch vermehrt gesucht und auch gefunden wird.
Im Rahmen Ihrer Kommission wurde das Gespräch ausgiebig geführt, und es wurde um tragfähige Lösungen gerungen. Wir sind der Überzeugung, Ihnen heute eine Vorlage zu unterbreiten, mit der die vorgegebenen Zielsetzungen erreicht werden können.
Im Bereiche der Finanzierung – ich werde darauf zurückkommen – erhält der Bundesrat befristet bis zum 31. Dezember 1999 die Möglichkeit, den Beitragssatz auf höchstens 3 Prozent heraufzusetzen. Zudem wird der beitragspflichtige Lohn auf das Zweieinhalbfache des für die obligatorische Unfallversicherung massgebenden Höchstbetrages des beitragspflichtigen Verdienstes erhöht. Durch die Kombination der beiden genannten Finanzierungsinstrumente ergeben sich für die Arbeislosenversicherung jährliche Mehreinnahmen von zirka 2,1 Milliarden Franken.
Im Bereiche der Beteiligung der Kantone an der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung konnte Ihre Kommission den Vorschlägen des Bundesrates nicht folgen. Sie konnte sich angesichts der desolaten Finanzlage in vielen Kantonen nicht bereit finden, die Kantone zur Leistung von A-fonds-perdu-Beiträgen an die Arbeitslosenversicherung zu verpflichten. Ihre Kommission hat daher das Konzept umgestaltet und verpflichtet bei ausserordentlichen Verhältnissen lediglich noch den Bund zur Gewährung eines A-fonds-perdu-Beitrages von höchstens 5 Prozent der Gesamtausgaben der Versicherung. Reichen diese Beiträge nicht aus, so gewähren Bund und Kantone Darlehen zu einem angemessenen Zins.
Auf der Leistungsseite wird die mit dem dringlichen Bundesbeschluss eingeführte Differenzierung des Entschädigungssatzes nach sozialpolitischen Kriterien ins ordentliche Recht übergeführt. Zudem soll die Degression der Taggelder auch in Zeiten erhöhter Arbeitslosigkeit angewendet werden. Im weiteren wird der Schutz gegen Langzeitarbeitslosigkeit durch die Möglichkeit verbessert, die Höchstzahl der Taggelder in Zeiten erhöhter Arbeitslosigkeit bis auf 400 zu erhöhen. Diese Bestimmung wird ebenfalls aus dem dringlichen Bundesbeschluss übernommen.
Die Vorlage sieht – es wird in der Detailberatung näher darauf einzugehen sein – eine Reihe von Massnahmen zur rascheren Wiedereingliederung der Arbeitslosen vor (Ausbau der aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen, Erweiterung des Kreises der «zumutbaren Arbeit», verstärkte Missbrauchsbekämpfung, Effizienzsteigerung bei der Vermittlung).
Eine einzige wesentliche Erweiterung gegenüber der Vorlage des Bundesrates hat Ihre Kommission vorgenommen, indem sie einen neuen Artikel 65a mit dem Marginale «Förderung des Vorruhestandes» eingeführt hat. Die Formulierung dieser neuen Idee hat einige Schwierigkeiten bereitet. Ich werde an gegebener Stelle darauf zurückkommen.
Ihre Kommission ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten. Ich bitte Sie, ebenfalls für Eintreten zu stimmen.

Simmen Rosmarie (C, SO): Lassen Sie mich vorweg eine Bemerkung zum Verfahren anbringen: Die Zuteilung des vorliegenden Geschäftes erfolgte durch die respektiven Büros der beiden Räte in verschiedener Art und Weise. Im Nationalrat ist die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) federführend. Im Ständerat ist es die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK). Diese ungewöhnliche Situation wurde noch dadurch kompliziert, dass die SGK des Nationalrates beschloss, einen Mitbericht zu erstellen. Um die Verhältnisse in beiden Räten einigermassen vergleichbar zu halten, entschloss sich die WAK des Ständerates ihrerseits zu einem analogen Vorgehen, also dafür, ebenfalls einen Mitbericht zu erstellen. Das Verfahren für Mitberichte ist in den Reglementen nur sehr rudimentär geregelt. Wir haben uns in Absprache auch mit dem Sekretär des Ständerates für das Vorgehen entschlossen, dass die WAK die ganze Vorlage berate, da sozialpolitische und wirtschaftspolitische Aspekte nicht sauber zu

trennen seien, dass sie einen Mitbericht erstelle, der mündlich im Rat zu erstatten und vorher der SGK zur Kenntnis zu bringen sei, und dass die WAK jene Anträge, die sie beschlossen hat, in der SGK einbringe. Diejenigen, die von der SGK nicht übernommen würden, würde die WAK im Plenum unter ihrem eigenen Namen noch einmal einbringen.
Ich erstatte Ihnen heute nun mündlich den Mitbericht als Sprecherin der WAK, und ich werde in der Detailberatung die Anträge vertreten – es sind deren fünf –, welche die WAK eingereicht hat und die von der SGK nicht aufgenommen worden sind.
Die WAK hat sich an zwei Sitzungstagen mit der Gesetzesrevision befasst. Der Kontakt zwischen WAK und SGK war durch die Tatsache gewährleistet, dass drei Mitglieder in beiden Kommissionen Einsitz haben.
Nach diesen Vorbemerkungen komme ich zum materiellen Teil meiner Ausführungen: Vollbeschäftigung, Arbeitslosenzahlen um 1 Prozent, eine Höchstdauer der Arbeitslosigkeit von wenigen Tagen bis zu einigen Wochen, ein Beitragssatz von 0,5 Prozent, ein solider Vermögensstand des Ausgleichsfonds – das waren die Rahmenbedingungen, wie sie noch vor wenigen Jahren bei der Arbeitslosenversicherung anzutreffen waren. Inzwischen hat sich die Situation dramatisch verändert. Die Arbeitslosenzahlen kletterten gegen 200 000, in einzelnen Regionen ist jeder zehnte Arbeitnehmer arbeitslos, jeder fünfte Arbeitslose ist länger als ein Jahr ohne Arbeit, die Jugendarbeitslosigkeit – ein Phänomen, das wir seit Jahrzehnten nicht mehr gekannt haben – ist erschreckend hoch. Trotz eines Beitragssatzes von nunmehr 2 Prozent beträgt das Defizit des Fonds der Arbeitslosenkasse gegen Ende dieses Jahres über 8 Millionen Franken. Das sind die Rahmenbedingungen, die den Bundesrat veranlasst haben, dem Parlament erneut eine Vorlage zu einer Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu unterbreiten.
Die Arbeitslosigkeit ist einerseits konjunkturell bedingt. Die Lage wird sich mit anziehender Konjunktur wieder verbessern, auch wenn wir davon ausgehen müssen, dass die Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt der konjunkturellen Erholung hinterherhinken werden. Das ist die konjunkturelle Seite. Es gibt aber auch eine andere, strukturelle Seite der Arbeitslosigkeit. Technologische Entwicklungen wie zum Beispiel die Automatisierung und ein weltweiter Strukturwandel führen zu einem Abbau vieler Arbeitsplätze, und die Beseitigung dieser strukturell bedingten Arbeitslosigkeit ist sehr viel schwieriger als jene der konjunkturell bedingten.
Fest steht, dass wir in der heutigen Lage Schritte unternehmen müssen, denn die Zahlen, die vor wenigen Tagen vom Biga veröffentlicht worden sind und die eine leichte Verbesserung – ich wage nicht zu sagen eine Trendwende – anzeigen, sind wohl noch nicht viel mehr als die berühmte Schwalbe, die noch keinen Sommer macht.
In der Botschaft des Bundesrates wird ausgeführt, es gehe bei der heutigen Vorlage um eine grundsätzlichere Revision als bei jener des Jahres 1990. Es mag stimmen, dass die heutige Revision grundsätzlicher ist; grundsätzlich ist sie deswegen noch lange nicht. Sie beschränkt sich auf sechs Punkte: auf die Finanzierung, die Festlegung der Leistungen, eine Erweiterung des Begriffs der «zumutbaren Arbeit», einen effizienteren Vollzug, einen Versuch zur Aufwertung der aktiven Arbeitsmarktpolitik und eine gewisse, wenn auch lückenhafte, Koordination mit anderen Sozialversicherungen, insbesondere über das BVG.
Auch das revidierte Gesetz geht indessen nach wie vor von einem Arbeitsmarkt aus, der allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Stelle anbieten kann. Perspektiven wie die einer fortbestehenden, beträchtlichen Sockelarbeitslosigkeit werden nicht berücksichtigt. Auch sind alternative Finanzierungsmodelle überhaupt nicht in Betracht gezogen worden.
Die WAK hat sich entsprechend der Ausrichtung ihrer Arbeit auf wirtschaftliche Belange mit drei Hauptpunkten auseinandergesetzt: erstens mit der Finanzierung, zweitens mit der Solidarität und drittens mit den aktiven Massnahmen.
1. Finanzierung: Als eigentlicher Stein des Anstosses hat sich die zusätzliche Finanzierung über eine Erhöhung der Lohnprozente von 2 auf 3 Prozent erwiesen. Eine derartige Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit läuft den Bestrebungen zur Vitalisierung und zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Industrie diametral entgegen. Die Last wird zudem einseitig der arbeitenden Bevölkerung und den Unternehmen überbunden.
Die Erhöhung des Beitragsplafonds unter Beibehaltung des Bezugsplafonds zielt gerade noch einmal in dieselbe Richtung. Damit ist die Grenze des für die berufstätige Bevölkerung Tragbaren eindeutig überschritten worden. Ebenfalls auf Widerstand stiess der vermehrte Einbezug der Kantone bei der Finanzierung. Neu sollen die Kantone nicht nur wie bisher mit Darlehen, sondern auch mit A-fonds-perdu-Beiträgen die Last der Finanzierung mittragen. Damit trifft man die Kantone in einem sehr schwierigen Moment und an einer empfindlichen Nahtstelle. Die Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit bringt es mit sich, dass die Kantone vermehrt Anschlussprogramme für Arbeitslose einrichten müssen, die am Ende der Bezugsberechtigung angelangt oder bereits ausgesteuert sind. Neben den Kantonen sind auch die Gemeinden durch die zunehmenden Fürsorgefälle ungleich härter betroffen als früher. In dieser Situation ist eine Zusatzbelastung nicht denkbar.
2. Solidarität: Die Solidarität, welche mit den erhöhten Beiträgen von der arbeitenden Bevölkerung verlangt wird, muss ihr Gegenstück in der Regelung der Zumutbarkeit einer anzunehmenden Arbeit finden. Der Wechsel zum System, dass eine Arbeit grundsätzlich zumutbar sei, wenn sie nicht explizit als unzumutbar bezeichnet wird, wird als richtig erachtet. Über den Grad der Ausnahmen, die vorzusehen sind, gehen die Meinungen allerdings auseinander. Völlige Übereinstimmung hingegen herrscht in bezug auf Missbräuche, handle es sich nun um echte Missbräuche oder um solche, die zwar nicht dem Buchstaben des Gesetzes, wohl aber seinem Sinn zuwiderlaufen.
Unter dem letzten Punkt, den «unechten» Missbräuchen, wie ich sie nennen möchte, sind insbesondere die Wartefristen für Schulabgänger, Lehrlinge und Maturanden ein Thema. In einer angespannten Lage, wie wir sie heute haben, vergiftet ein einziger Missbrauch die Atmosphäre in einem weiten Umfeld und schadet damit nicht nur der Arbeitslosenversicherung, sondern vor allem auch all den vielen, die echt arbeitslos sind und darunter zu leiden haben. Deshalb sind strikte Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung am Platze.
3. Aktive Massnahmen: Die Vorlage enthält neben den eigentlichen Unterstützungsmassnahmen für Arbeitslose auch Massnahmen, die eine bessere und raschere Wiedereingliederung ermöglichen sollen. So soll sich zum Beispiel der Aufwand der Arbeitsämter vermehrt auf Beratung und Betreuung der Arbeitslosen und weniger auf die Kontrolle richten. Die Arbeitslosigkeit soll behoben und nicht nur verwaltet werden. In dieselbe Richtung zielen auch die vorgeschlagenen Massnahmen und Hilfen für Arbeitnehmer, die sich selbständig machen wollen. Ausbildungszuschüsse sollen die Vermittlungsfähigkeit von Arbeitslosen verbessern und Einarbeitungszuschüsse die Anstellung auch von nicht so leicht vermittelbaren Menschen begünstigen.
Der Versuch einer Vorruhestandsregelung, wie er im Verlaufe der Kommissionsberatungen eingefügt wurde, soll Arbeitsplätze älterer Arbeitnehmer zugunsten von jüngeren freispielen, und zwar so, dass die Regelung im Einvernehmen mit allen Beteiligten erfolgen kann. Die Pilotprojekte endlich, welche das Legalitätsprinzip zumindest ritzen, sind das nicht ganz unproblematische Ja zum Risiko, indem für eine beschränkte Zeit Wege beschritten werden können, die heute üblicherweise vom Erlaubten abweichen.
Ich fasse zusammen: Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben hat trotz grössten Bedenken beschlossen, auf die Vorlage einzutreten, da sie in der momentanen Situation keine andere Möglichkeit sieht, die tatsächlich vorhandenen Probleme anzugehen. Sie will jedoch, anders als die SGK, den jetzigen Finanzierungsmodus nicht auf fünf Jahre, sondern auf drei Jahre beschränken, und sie erwartet vom Bundesrat, dass er innerhalb dieser Frist eine umfassende, tiefgreifende Revision des Avig an die Hand nimmt. Die WAK sprach sich mit 6 zu 0 Stimmen für Eintreten aus.

Schiesser Fritz (R, GL): Das heutige Arbeitslosenversicherungsgesetz ist, wie wir wissen, ein Werk aus der Hochkonjunktur. Niemand hat bei seinem Erlass auch nur im entferntesten daran gedacht, dass die Schweiz einmal rund 200 000 Arbeitslose zählen könnte. Das wirtschaftliche Umfeld hat sich derart rasch verändert, dass wir mit unserem langatmigen Gesetzgebungsverfahren kaum rechtzeitig reagieren konnten. Zwar haben wir vor Jahresfrist einen dringlichen Bundesbeschluss erlassen, der erste Korrekturen vorsah und auch entsprechende Leistungsausweitungen mit sich gebracht hat. Diese Leistungsausweitungen werden jetzt ins Definitivum übergeführt.
Gegen diesen Bundesbeschluss wurde das Referendum ergriffen. Das Volk hat dieses Referendum wuchtig verworfen, und zwar mit 70 zu 30 Prozent oder 1,2 Millionen zu 500 000 Stimmen. Dieses klare Verdikt als Abschluss der ersten Etappe der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes haben wir bei der vorliegenden zweiten Etappe zu berücksichtigen. In welch engem Korsett sich diese zweite Etappe zu bewegen hat, werden wir vor allem bei den Artikeln über die Finanzierung sehen. Deshalb muss der Blick bereits auf die dritte Etappe gerichtet werden, die eine Revision von Artikel 34novies der Bundesverfassung einschliesst. Dabei darf bei dieser grundlegenden Überprüfung der Arbeitslosenversicherung grundsätzlich nichts tabu sein. Zu überprüfen ist namentlich das System der Finanzierung, beziehungsweise ist dort nach Alternativen Ausschau zu halten. Lohnprozente insgesamt oder für sich allein können nicht mehr die Haupteinnahmequelle der Arbeitslosenversicherung sein. Arbeit verteuern, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist ein Rezept der Vergangenheit, nicht der Zukunft.
Aber auch das heutige Konzept der Arbeitslosenversicherung wird in jener dritten Etappe zu hinterfragen sein. Mittels einer obligatorischen Versicherung wäre allenfalls ein bestimmter Grundbedarf abzudecken; der Rest sollte eigentlich Sache des Individuums sein. Ohne Solidarität zwischen Alt und Jung, zwischen Arm und Reich, Werktätigen und Leuten im Ruhestand wird aber auch in einem neuen System nicht auszukommen sein. Dabei ist insbesondere auch zu fragen, ob nicht anstelle von Lohnprozenten vermehrt allgemeine Staatsmittel einzusetzen sind, denn die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen kann niemals nur Sache der Werktätigen sein.
Alle diese Fragen können heute nicht näher geprüft werden. Zum einen reicht die Zeit nicht aus, da in der heutigen Lage rasches Handeln erforderlich ist. Zum anderen bedarf ein neuer Verfassungsartikel grundlegender Abklärungen. Wir erwarten indessen vom Bundesrat, dass er die diesbezüglichen Arbeiten rasch an die Hand nimmt. Die Kommission wird diese Forderung allenfalls mit einem entsprechenden Vorstoss unterstreichen.
Die heutige Lage des Arbeitslosenfonds mit Milliardendefiziten erfordert kurzfristiges Handeln. Die Kommission beantragt Ihnen die Erschliessung zweier neuer Einnahmequellen. Beide Massnahmen, die Erhöhung des beitragspflichtigen Lohnes wie auch die vorübergehende Anhebung der Lohnprozente, sind stark umstritten. Bis jetzt hat aber noch niemand, auch nicht die Arbeitgeberseite, irgendwelche tauglichen Alternativen aufgezeigt, die ohne Revision der Bundesverfassung rasch verwirklicht werden könnten. Der Beitrag der meisten Kritiker beschränkt sich jeweils auf die reichlich plumpe Drohung mit dem Referendum. Konstruktive Beiträge fehlen weitgehend.
Ein zentrales Thema der Revision ist die Bekämpfung von Missbräuchen aller Art. Dass solche Missbräuche sowohl auf Arbeitnehmer- wie auf Arbeitgeberseite vorkommen, ist unbestritten. Umstritten ist deren Ausmass. Es ist indessen müssig, darüber zu streiten. Entscheidend ist, dass man in weiten Kreisen der Bevölkerung der Auffassung ist, die Arbeitslosenversicherung werde nachhaltig missbraucht. Wird hier vom Gesetzgeber nicht eingegriffen, so laufen wir Gefahr, dass die weitverbreitete Bereitschaft zu sozialer Solidarität abnimmt, was letztlich verheerende Folgen für unseren Staat haben müsste.
Gegen Missbräuche auf Arbeitnehmerseite sieht die Vorlage verschiedene Massnahmen vor, z. B. eine Neuregelung der zumutbaren Arbeit oder längere Karenzfristen für Studenten und Maturanden. Es wäre aber ungerecht, nur von Missbräuchen auf Arbeitnehmerseite zu reden. Auch wenn konkrete Zahlen fehlen, so kann nicht bestritten werden, dass auch zahlreiche Arbeitgeber die Arbeitslosenversicherung ausnützen und missbrauchen. Solche Missbräuche zu bekämpfen, ist wesentlich schwieriger, als dies auf Arbeitnehmerseite der Fall ist. Der Gesetzentwurf sieht denn bedauerlicherweise auch wenig Konkretes in dieser Richtung vor. Aber auch interessierte Kreise vermögen kaum, taugliche Massnahmen vorzuschlagen. Der Gesetzgeber wird aber, sollte diese Entwicklung weitergehen, nicht darum herumkommen, auch gegen solche Missbräuche vorzugehen.
Unbefriedigend, ja stossend ist die Feststellung, dass just solche Arbeitgeber nicht mit herber Kritik an weiteren staatlichen Vorschriften zurückhalten, die durch ihr unannehmbares Verhalten zusätzliche Gesetzesvorschriften provozieren und damit dem grossen Harst ihrer Kollegen, die ihrer Verantwortung gegenüber ihren Arbeitnehmern gerecht werden, neue Hürden in den Weg legen.
Zu Besorgnis Anlass gibt eine Feststellung, die man macht, wenn man die Verteilung der Arbeitslosigkeit auf die verschiedenen Landesteile berücksichtigt: Von Osten nach Westen steigt die Arbeitslosenrate kontinuierlich an. Während sie sich in einigen Kantonen der Ost- und Innerschweiz zwischen 2 und 3 Prozent bewegt, beträgt sie in der West- und Südschweiz 7 bis 8 Prozent. Eine solche Differenz ist zu gross. Zum einen führt sie dazu, dass wir Vertreter aus Kantonen mit relativ geringer Arbeitslosigkeit sehr oft nicht das nötige Verständnis für Forderungen unserer Kollegen aus Kantonen mit hoher Arbeitslosigkeit aufbringen. Zum anderen ist ein solches Auseinanderklaffen zwischen Landesgegenden auf die Dauer geeignet, bestehende Differenzen zu verschärfen. Ich meine, das sei eine für unser Land gefährliche Entwicklung.
Mit dieser Vorlage werden zahlreiche dringend erforderliche Instrumente zur Lösung der grossen Probleme in der Arbeitslosenversicherung geschaffen. Die besten Gesetzesvorschriften nützen aber nichts, wenn die Betroffenen einzig noch von der Absicht geleitet werden, möglichst viel für sich zu profitieren, und die Interessen der Allgemeinheit hintanstellen. Wenn diese Mentalität weiter um sich greift, wird das soziale Netz zugrunde gerichtet.
Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen Ihrer Kommission beziehungsweise der Kommissionsmehrheit zu folgen.
Zum Schluss gestatte ich mir noch ein Wort zum Mitberichtsverfahren. Wir haben in der Kommission verschiedene Anträge von seiten der WAK als der Kommission für den Mitbericht erhalten. Diese Anträge liegen heute wiederum auf dem Tisch. Alle diese Anträge haben wir in der Kommission behandelt und abgelehnt. Ich möchte das Recht der WAK nicht bestreiten, selber Vorschläge im Plenum einzubringen. Wenn es aber auf diese Art und Weise geschieht – alle Vorschläge, die von der federführenden Kommission abgelehnt wurden, werden in der Plenumsdebatte wieder eingebracht –, dann führt das zu einer Kommissionsberatung innerhalb des Plenums. Ich bedaure das. Es darf nicht zu einer Auseinandersetzung zwischen der federführenden Kommission und der Mitberichtskommission hier in diesem Saal führen, sonst haben wir unsere Arbeit schlecht gemacht. Wenn wir solches nicht verhindern können, dann müssen wir unser Mitberichtsverfahren überdenken oder aber zu gemeinsamen Sitzungen der beiden Kommissionen übergehen. Ich bedaure diese Entwicklung. Leider lässt sich daran heute nichts ändern.

Roth Jean-François (C, JU): La révision de la loi sur l'assurance-chômage nous confronte à la grave situation du marché de l'emploi et au danger que fait peser sur la société un taux de chômage élevé et durable. En effet, lorsque l'évolution économique remet en question le droit de toute personne de contribuer par son travail au bien commun, c'est la dignité de l'homme et de la femme qui est en cause et c'est la cohésion sociale qui est en danger. La situation est donc préoccupante et il n'y aurait rien de plus néfaste qu'une attitude fataliste face au phénomène du chômage.

Le projet du Conseil fédéral apporte plusieurs améliorations qui méritent l'entrée en matière. Je veux parler du développement de l'activité de placement, des meilleures possibilités de rattrapage d'une formation de base, de l'aide de départ pour les activités indépendantes, du relèvement des taux de subvention aux programmes d'occupation et de formation continue. Le système de financement comporte aussi des éléments de solidarité.
Cependant, la révision partielle de la loi ne répond pas, en tout cas de manière adéquate, à la gravité de la situation. Nous avons assisté à la disparition de 200 000 emplois, ce qui a frappé principalement les personnes qui faisaient leurs premiers pas dans la vie active. Nous avons quelque 200 000 chômeurs dans ce pays et nous assistons à une dégradation rapide du fonds de l'assurance-chômage. Face à cette situation que nous n'avons jamais connue jusqu'ici, je dois constater que le projet demeure dans les sentiers battus et qu'il tourne autour d'anciennes recettes valables au temps du plein emploi. Il n'a, par exemple, donné lieu, hélas, à aucune proposition pour faciliter des retraites anticipées ou de réduction du travail. Il ne contient pas de véritable programme pour résorber le chômage des jeunes en particulier. Il est trop marqué, du moins à mon goût, de l'empreinte de la chasse aux abus, partant d'une certaine méfiance à l'égard des chômeurs. Il répercute, malheureusement, sur les chômeurs les économies qu'il veut réaliser.
Je veux parler ici de l'allongement des délais d'attente et surtout des montants et de la dégressivité des indemnités journalières. Ce principe de la dégressivité, je ne peux pas l'approuver et je vous proposerai de l'abandonner dans une proposition de minorité, à l'article 22 alinéa 3. Le Conseil fédéral prétend que cette mesure incitera les chômeurs à accélérer la recherche d'emploi et favorisera, de ce fait, leur réintégration dans le monde du travail. Cette argumentation contredit les nombreuses études réalisées sur le plan européen dont aucune n'a pu confirmer la thèse du Conseil fédéral jusqu'ici. En tout état de cause, le point de vue du Conseil fédéral n'a de valeur que si l'offre de travail est suffisante pour assurer en principe une activité à tous les sans-emploi. Or, nous en sommes loin aujourd'hui.
Dans le domaine d'une politique active du marché de l'emploi, plusieurs éléments du projet vont dans la bonne direction. Ils sont, cependant, contrecarrés par une mesure que je récuse également dans une proposition de minorité à l'article 16 alinéa 3, visant à une définition plus stricte du travail convenable. On prévoit, en effet, d'obliger les chômeurs à accepter tout emploi qui se présente, même s'il n'a aucun rapport avec leur formation ou leur activité antérieure, après quatre mois de chômage. Cette mesure, qui vient s'ajouter à la dégressivité des indemnités, est de nature à affaiblir davantage encore la situation précaire des travailleurs sur le marché de l'emploi et sans doute aussi à accentuer la pression sur les salaires, comme j'aurai l'occasion de vous le dire lorsque je développerai la proposition de minorité à l'article 16.
En résumé, cette révision nous offre l'occasion de permettre aux chômeurs de se réintégrer au marché de l'emploi, dont ils sont exclus, non seulement, d'ailleurs, du point de vue du revenu, mais également dans la reconnaissance sociale que procure un travail. Mais il ne s'agit que d'un premier pas vers des réformes nécessaires et indispensables qui doivent suivre et attester d'une approche complètement neuve d'une nouvelle forme de chômage structurelle et de longue durée. Maintenant, il ne s'agit en tout cas pas d'altérer la situation des chômeurs et des chômeuses.
J'entre donc en matière avec le ferme espoir que les aspérités les plus vives de ce projet puissent encore être adoucies.

Loretan Willy (R, AG): Ich möchte mein Eintretensvotum unter das Motto «Unbehagen» stellen, Unbehagen über den Zustand und die absehbaren Entwicklungen im Bereiche der Arbeitslosenversicherung, ohne die Sorgen zu übersehen, welche das Arbeitslos-sein-Müssen vielen Mitmenschen bringt.
Das geltende Regelwerk in der Arbeitslosenversicherung wird häufig und zu Recht als Schönwetterkonzeption bezeichnet, denn es ist ausgerichtet auf eine geringe Arbeitslosigkeit mit wenigen Arbeitslosen und kurzen, individuellen Perioden der Arbeitslosigkeit. Für das, was wir seit einigen Jahren als lang dauernde Sockelarbeitslosigkeit kennen, ist das Kleid der Gesetzgebung deutlich zu weit und zu teuer. Die geltende Gesetzgebung ist viel mehr auf Besitzstandwahrung für eine – zu – lange Zeit von Arbeitslosigkeit als auf die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess aus eigener Anstrengung ausgerichtet. Hier ist der grundlegende Mangel der Gesetzgebung, wie sie heute steht, zu orten, und hier liegt der Urgrund für die Missbräuche, wie sie zum Beispiel Herr Schiesser in seinem Votum diagnostiziert und kommentiert hat. Aber wie und wo in kurzer Zeit dieses Kleid abändern, enger machen und den gegebenen Problemkonturen anpassen, ohne eine grundlegend neue Konzeption zu haben? Diese Frage und diese Aufgabe stellten sich der vorberatenden Kommission. Die Lösung konnte ihr nur ansatzweise gelingen, wenn überhaupt; denn sie musste schon angesichts des von der Kommissionssprecherin erwähnten Zeitdrucks auf den vom Bundesrat gelieferten Vorgaben basieren; diese waren für eine grundlegende Kurskorrektur nicht gerade vielversprechend – das Stichwort hat offenbar jetzt bei Herrn Bundesrat Delamuraz eingeschlagen –, und sie wollten es auch nicht sein. Für mich stand in der Kommission und steht auch hier die Finanzierbarkeit im Vordergrund.
Die Arbeitslosenversicherung ist im übrigen nicht der einzige Zweig der Sozialversicherung, der mit diesem Problem zu kämpfen hat; sie ist eingebettet in den allgemeinen Verteilkampf um die Alimentierung unumgänglicher Staatsaufgaben und Ausgaben in Bund, Kantonen und Gemeinden. Das Umfeld für die Sozialversicherungen – da sage ich nichts Neues – sieht wahrhaftig nicht beruhigend aus, im Gegenteil, es präsentiert sich dramatisch. Der Bereich «Soziale Wohlfahrt» weist – als weitaus grösster Aufgabenbereich des Bundes – sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft gemäss Finanzplan für die Zeit von 1995 bis 1997 die grössten Zuwachsraten aus, d. h. ein überdurchschnittliches Wachstum von jährlich 7,2 Prozent. Zum Vergleich: Die Landesverteidigung liegt mit Wachstumsraten von 3,3 Prozent in den Jahren 1993 bis 1997 unter dem durchschnittlichen jährlichen Gesamtausgabenwachstum und auch unter dem im Finanzplan optimistisch angenommenen Wachstum des Bruttoinlandproduktes von 4,3 Prozent. Auch diese Sicherheit ist wichtig, nicht nur die soziale. Dazu kommt, dass zurzeit in fast allen Zweigen der Sozialversicherung Revisionen und neue Projekte zur Diskussion stehen, deren Kosten zu einem noch grösseren Finanzbedarf führen werden, welcher über Steuern oder weitere Lohnprozente aufzubringen wäre. Stichworte mögen genügen: 10. AHV-Revision, Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge, Krankenversicherungs-Revision, Mutterschaftsversicherung usw.
Was ist bzw. was wäre zu tun? Das Motto müsste lauten: Man muss sich nach der Decke strecken. Die Länge dieser Decke wird einerseits durch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft definiert – Stichworte «Verdaubarkeit neuer Lohnprozente» und «beitragspflichtige Lohngrenze» für die Bemessung dieser Lohnprozente – und andererseits durch die Leistungsfähigkeit von Bund, Kantonen und Gemeinden. Hier geht es vor allem um die Frage, ob neu auch die Kantone zu A-fonds-perdu-Beiträgen in den Ausgleichsfonds verhalten werden sollen; darüber werden wir bei Artikel 90 debattieren. Meiner Meinung nach kann eine Belastung der Kantone mit A-fonds-perdu-Beiträgen angesichts der sehr schwierigen Situation auch der Kantonsfinanzen nicht in Frage kommen. Ich bin der Kommission dankbar, dass sie sich hier meiner Meinung deutlich angeschlossen hat. Es ist ein Gemeinplatz, wenn ich festhalte, dass weder bei der Wirtschaft noch bei der öffentlichen Hand die Möglichkeiten zu Mehrleistungen, welche über das heute Erbrachte hinausgehen, vorhanden sind. Die vorhandene Decke würde also deutlich mehr Einschränkungen nötig machen, als die Vorschläge von Bundesrat und Kommission bringen bzw. nicht bringen, so in bezug auf die Höchstzahl der Taggelder, die nunmehr von 300 auf 400 erhöht werden soll – die Leistungsdauer ist da angesprochen –, in bezug auf die Differenzierung in der Höhe der Taggelder, in bezug auf die prozentuale Bemessung aufgrund des zuletzt bezogenen, an-

rechenbaren Lohns und in bezug auf die Degression der Taggelder. Hier vor allem sollten die Anreize für das Sich-wiedereingliedern-Wollen noch mehr verstärkt werden, wodurch sich die legalen Missbräuche bedeutend wirksamer bekämpfen liessen. Sodann wäre die vorhandene Länge der Decke bei der Regelung der zumutbaren Arbeit besser zu berücksichtigen; hier ist allerdings einzuräumen, dass die Formulierung des Kriteriums der zumutbaren Arbeit in der Fassung von Bundesrat und Kommission besser gelungen ist, als eigentlich zu erwarten war.
Zusammenfassend betrachtet kann nicht gesagt werden, dass das, was Bundesrat und Kommission vorlegen, dem Kriterium der Deckenlänge, die nun einmal gegeben ist, und damit der Finanzierbarkeit entspricht; höchstens – je nach Standpunkt und persönlichem Optimismus – zum Teil. Also versucht man, der heutigen Tendenz entsprechend, die Decke zu verlängern, mit dem Risiko, dass diejenigen, welche den Rohstoff dazu liefern müssen, sehr bald Schwächeanfälle signalisieren werden.
Zum Schluss möchte ich auch ganz kurz das Problem der Totalrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, das Schneidern eines neuen, angepassten, nicht zu weiten Kleides ansprechen. Eine solche Totalrevision wird viel Zeit beanspruchen. Sie konnte in der kurzen, zur Verfügung stehenden Zeit weder vom Bundesrat noch von der Kommission des Erstrates, der wir sind, auf den Tisch des Hauses gelegt werden – auch nicht ansatzweise. Ich möchte aber in aller Deutlichkeit festhalten: Eine solche Totalrevision darf sich nicht nur in der Jagd auf neue Einnahmequellen, zum Beispiel durch die Aufstockung von Steuern oder Einführung neuer Steuern, erschöpfen. Auch hier muss die zentrale Frage lauten: Was können sich die Wirtschaft und die öffentliche Hand an Deckenlänge leisten? Mit diesem Hinweis bin ich, «der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe» – um Schiller zu zitieren –, für Eintreten auf die vorliegende Teilrevision.

Weber Monika (U, ZH): Ich will nicht wiederholen, was bereits gesagt wurde. Aber ich möchte zum Eintreten ein paar grundsätzliche Gedanken zu Tabus und zu den Forderungen äussern. Ich versuche das unter Berücksichtigung der wirtschaftspolitischen, der finanzpolitischen und selbstverständlich der sozialpolitischen Aspekte zu tun, also gesamthaft betrachtet. Ich denke, dass das in der heutigen, schwierigen Zeit sehr nötig ist. Bei allem, was wir heute tun, müssen wir daran denken, dass wir die Probleme letztlich gemeinsam tragen und lösen müssen. Ich habe vier Punkte.
1. Ich bin eigentlich sicher, dass wir in der Schweiz noch gar nicht recht realisiert und noch gar nicht richtig erfasst haben, in welcher Situation wir stecken. Wahrscheinlich konnten wir bis jetzt auch noch gar nicht richtig erfassen und abschätzen, was uns mit dieser Arbeitslosigkeit, wie sie sich heute zeigt, getroffen hat. Ein Indiz dafür ist auch die Verabschiedung von Budgets mit Milliardendefiziten, die strukturbedingt sind. Strukturbedingt sind weitgehend eben auch unsere Arbeitslosenzahlen.
Es geht also nicht um eine vorübergehende konjukturelle Schwankung. Man hört zwar, dass die Konjunktur wieder anziehe. Davon habe ich überhaupt noch nichts gemerkt. Man hat natürlich, wenn man so davon spricht, bereits das Gefühl, dass das Problem behoben sei. So ist es aber nicht. Wir haben sicher in den nächsten Jahren und sogar auf längere Sicht hinaus mit einer grösseren Sockelarbeitslosigkeit zu leben, auch wenn die Konjunktur sich wieder ein bisschen erholen sollte.
Eine grössere Sockelarbeitslosigkeit kostet Geld und Kraft. Neben der politischen Risikosituation, die eben Kraft braucht, bedeutet eine grössere Sockelarbeitslosigkeit eine erhebliche Belastung der öffentlichen Hand, und zwar im Moment eben der Arbeitslosenversicherung und später dann vor allem der Fürsorge, womit das Ganze dann zu einer Belastung der Gemeinden wird. Damit stellt sich früher oder später oder auch jetzt die Frage, ob wir uns das denn überhaupt leisten können. Ich würde sagen: Wir können es uns nicht leisten. Das ist die finanzpolitische Antwort, die wirtschaftspolitische Antwort. Aber selbstverständlich müssen wir es uns leisten, das ist die sozialpolitische Antwort.
Aus diesem Grund, weil wir diese verschiedenen Antworten haben, ist alles daranzusetzen, um die Situation zu verändern, und zwar strukturpolitisch und wirtschaftspolitisch. Ich erwarte auch gewisse Anstrengungen von den Unternehmen, eines jeden Unternehmens eigentlich. Im Moment scheinen gewisse Schweizer Unternehmen keine «Bremsen» mehr zu haben. Man hat in gewissen Branchen und Unternehmen den Personalbestand mit Leichtigkeit abgebaut. Man sieht sehr gute Abschlüsse, zum Beispiel auch bei den Grossbanken, und gleichzeitig wurde beim Personal in sehr starkem Masse gespart, sprich abgebaut. Was diese Haltung à la longue bedeutet, darüber müssen die Unternehmer nachdenken. Unternehmungen haben meines Erachtens eine soziale Verantwortung; wenn sie diese wahrnehmen, kommt das ihnen letztlich sogar wieder zugute. Mit einem Wort: Unsere neue Situation der Arbeitslosigkeit sollte nicht unter dem Gesichtswinkel einer kurzfristig angelegten Betrachtung beurteilt werden. Vielmehr muss unsere Handlungsweise längerfristig angelegt werden.
Die Arbeitslosigkeit hat aber auch nicht nur eine soziale Bewandtnis, sie ist vielmehr auch wirtschaftspolitisch zu betrachten und hat vom Wirtschaftspolitischen her dann wieder eine sozialpolitische Komponente.
2. Wir revidieren hier ein Element unseres Sozialversicherungskonzeptes. Nur fehlt uns der Überblick über unser Sozialversicherungskonzept. Es gibt auch erhebliche Unsicherheiten für den einzelnen Bürger bezüglich der Vielfalt dieser Sicherheiten, dieser Sozialversicherungen. In manchen Fällen – um ein Beispiel zu nennen – wird der Anschluss vom einen System an das andere nicht garantiert. Wenn sich zum Beispiel eine 58 Jahre alte Person, die arbeitslos wird, darüber unterhält, wie ihre Situation mit 65 Jahren aussieht, dann hat sie bezüglich dieser Situation keine Sicherheit. Sie hat wahrscheinlich einige Mühe, ab ihrem 65. Altersjahr den Anschluss an die Maximalrente bei der AHV und an eine geordnete zweite Säule zu finden. Hier ist also noch einiges zu tun. Das kann zwar mit diesem Gesetz noch nicht gemacht werden. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass hier keine Lücke entstehen darf.
Die Sozialversicherungen müssen unter dem Aspekt Durchlässigkeit neu betrachtet werden. Ich hoffe, dass man sich bei einer Totalrevision oder überhaupt in den nächsten Jahren darum bemühen wird.
3. Sicher wollen wir in unserem Lande keine Armut dulden – und das ist ganz entscheidend –; jeder Mensch soll eine existentielle Absicherung haben. Das setzt voraus, dass auch einige bezahlen. Und wenn diese auch gern bezahlen, so sollte man trotzdem dafür besorgt sein, dass das Zusammenwirken nicht übermässig strapaziert wird. Das bedeutet, dass man dem Missbrauch vorbeugt. Herr Schiesser hat schon darauf hingewiesen.
Missbräuche unserer Arbeitslosenversicherung gibt es auf beiden Seiten. Das möchte ich deutlich sagen. Es gibt offenbar Arbeitgeber, die die Situation ausnützen und ihre Hand nur allzu leicht nach den öffentlichen Geldern ausstrecken. Aber es gibt auch Arbeitnehmer, die es sich recht bequem machen. Ich will keine Beispiele nennen, weil sie sich vielleicht zu stammtischartig anhören würden. Es muss aber festgehalten werden, dass es Missbräuche hüben und drüben gibt. Ihnen entgegenzutreten ist sehr wichtig. Da, wo Zweifel an der richtigen Handhabung unserer Arbeitslosenversicherung aufkommen, sind meines Erachtens auch Stichproben zu machen.
4. Ich bin mit der grossen Linie der vorliegenden Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes einverstanden. Für die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung werden nun die höheren Einkommen vermehrt herangezogen, und mit der Heraufsetzung des Beitragssatzes auf 3 Prozent wird die Wirtschaft neu also doppelt belastet. Das muss man im Auge behalten. Es muss aber so sein, weil wir Geld brauchen, um der sozialpolitischen Komponente Rechnung zu tragen. Ich denke, das ist auch unsere Aufgabe.
Abschliessend möchte ich darauf hinweisen, dass zukünftige Revisionen sich an der Praxis und den Erfahrungen, die man damit gemacht hat, zu orientieren haben. Lernen sollte man auch aus den Fehlern des Auslandes. Wir müssen ja nicht selbst alles neu erfinden.
Ich bin für Eintreten auf die Vorlage und für Zustimmung.

Coutau Gilbert (L, GE): C'est bien une amère coïncidence qui fait que nous avons à traiter ce dossier de l'assurance-chômage le jour même où à Genève, par la suite de trop nombreuses décisions imprudentes et mal avisées, un nombre important de travailleurs vont aller grossir l'effectif des chômeurs. C'est, dans ces circonstances, pour eux comme pour tous ceux qu'ils rejoignent dans leur sort de chômeurs, que nous sommes appelés à modifier une fois de plus les dispositions légales relatives à l'assurance-chômage. Nous préférerions avoir à légiférer sur d'autres objets.
Toutefois, même si l'amorce d'un léger reflux du nombre des chômeurs a été annoncée en février, il y a tout lieu de craindre que de longs mois s'écouleront encore avant que se rétablisse un meilleur équilibre sur le marché de l'emploi.
Or, il faut bien l'admettre, la situation légale en vigueur n'est absolument pas compatible avec le maintien d'un taux de chômage qui restera élevé. Le financement des prestations prévues dans la loi actuelle est totalement insuffisant, sans parler des répercussions du chômage sur d'autres institutions à caractère social, en particulier sur l'assurance-invalidité.
Il faut bien reconnaître que le Conseil fédéral n'avait pas une marge de manoeuvre très large pour apporter rapidement les corrections nécessaires. Il s'est même vu contraint d'anticiper sur l'échéance de l'arrêté fédéral urgent qui est actuellement en vigueur. Nous l'avons pourtant voté l'année dernière seulement et une majorité populaire – rappelons-le – l'a ratifié à la faveur d'un vote référendaire provoqué par les syndicats. En effet, le Conseil fédéral doit se référer à des dispositions constitutionnelles contraignantes tant à l'égard des prestations qu'à celui du financement. En matière de prestations, les expériences internationales ont montré, hélas, que la conception même d'une assurance fondée d'abord sur le maintien du revenu antérieur du chômeur contient le germe de l'installation du chômeur dans sa condition, si précaire et si fâcheuse fût-elle. Les expériences montrent, au contraire, que la priorité devrait plutôt consister à favoriser la réinsertion des chômeurs sur le marché de l'emploi. Il en résulte une conception passablement différente des textes légaux par rapport à ceux que nous avons sous les yeux.
En matière de financement, on constate de plus en plus les limites du prélèvement des cotisations sociales sur les salaires. Ces prélèvements renchérissent le coût du travail et constituent donc un frein à l'emploi. La solidarité sociale nécessaire à l'égard des chômeurs doit donc s'étendre, à nos yeux, au-delà des seuls bénéficiaires d'un emploi. C'est dire qu'il conviendrait davantage d'élargir l'assiette du financement de l'assurance-chômage. Mais ces deux objectifs dont je viens de parler ne correspondent effectivement pas aux dispositions constitutionnelles en vigueur et il faudra attendre une révision ultérieure, que le Conseil fédéral nous annonce d'ores et déjà, pour les prendre, souhaitons-le, utilement en considération.
C'est donc dans les limites étroites qu'impose la constitution actuelle, et compte tenu de l'urgence imposée par la persistance du chômage et les déficits considérables de l'assurance à cet égard, que nous devons entrer en matière. Le chemin, je l'ai dit, est étroit. Malgré les réserves que nous inspire ces limites, et malgré l'effort considérable que cette révision impose aux travailleurs et aux entreprises au titre de l'augmentation des cotisations, nous acceptons d'entrer en matière sur ce projet.
Nous y voyons plusieurs amorces d'infléchissement dans une direction opportune. Au titre de l'encouragement à la réinsertion dans le marché de l'emploi, nous voyons d'un oeil positif d'abord l'encouragement au recyclage, ensuite l'encouragement à s'engager dans une activité indépendante, ensuite l'amélioration du fonctionnement des offices de placement, l'introduction d'un entretien individuel en lieu et place des formes de contrôle assez mesquines et inefficaces actuelles, l'encouragement à la retraite anticipée, l'assouplissement de la notion de travail convenable, le maintien de la couverture des risques en cas de décès et d'invalidité au titre de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle ainsi que des mesures destinées à écarter des abus choquants.
Quant au financement, le projet prévoit donc des surcharges considérables pour les travailleurs et les entreprises avec les inconvénients dissuasifs sur l'emploi dont j'ai parlé tout à l'heure. On peut même se demander si, en augmentant à tel point le revenu maximum sur lequel les cotisations sont prélevées, on respecte encore la constitution qui prévoit expressément un plafond à cet égard. Mais le projet prévoit aussi des contributions de la Confédération et même si, dans les dispositions constitutionnelles actuelles, ces contributions ne peuvent être prévues qu'en cas exceptionnels, j'y vois l'amorce, là encore, d'une solidarité nationale à l'égard des chômeurs, à l'égard des régions où ils sont particulièrement nombreux, et ceci sur une base élargie. Nous y voyons là encore l'amorce d'une réorientation du financement, de la solidarité par l'impôt plutôt que par des cotisations prélevées sur les salaires.
C'est dans cette perspective d'évolution ultérieure, plus que par conviction des mesures qui nous sont effectivement proposées, que nous entrons néanmoins en matière sur ce projet.

Onken Thomas (S, TG): Ich möchte zunächst Frau Beerli danken, dass sie es für die Kommission übernommen hat, die Vorlage und das Ergebnis unserer Beratungen im Ratsplenum vorzustellen. Das gibt mir die Freiheit zurück, mich unumwunden zu äussern und ganz unmissverständlich meine Überzeugung zu dieser Vorlage darzulegen. Wäre nicht das Amt des Kommissionspräsidenten, das mir eine gewisse Contenance auferlegt, ich müsste vielleicht noch freimütiger und forscher sein.
Was Sie uns als Botschaft vorgelegt haben, Herr Bundesrat, verdient meines Erachtens die Qualifikation «genügend» nicht. Immerhin befassen wir uns hier mit dem gesellschaftlichen Problem Nummer eins, mit den Fragen, die für unsere Bevölkerung die drängendsten und die bedrückendsten sind, wie alle Meinungsumfragen beweisen. Die Botschaft aber leuchtet das Phänomen der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht aus. Sie liefert keinerlei Analyse zu den Ursachen, zum aktuellen Stand, zu den Entwicklungstendenzen, zu den möglichen Szenarien. Sie ist zaghaft in den aktiven Bekämpfungsmassnahmen und meines Erachtens zu lau in den Präventionsinstrumenten, obwohl doch der Zweckartikel des Gesetzes gerade vorschreibt, drohende Arbeitslosigkeit zu verhüten und bestehende zu bekämpfen. Seitenweise werden in trockenster Manier Vernehmlassungsergebnisse referiert, aber kein einziges Wort findet sich etwa zu den alternativen Finanzierungsmöglichkeiten, keine Überlegung wird zur Arbeitszeitfrage angestellt, die doch ein Kernproblem ist; keinerlei Ausführungen werden zur beängstigend zunehmenden Jugendarbeitslosigkeit gemacht und dazu, wie ihr beizukommen wäre; kein Wort auch zum Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit, zum Ausgesteuertwerden, zu den Schnittstellen mit anderen Sozialversicherungsträgern, zum Überschwappen der Fürsorgeleistungen in den Kantonen und insbesondere in den Gemeinden, wo jetzt die Welle der Arbeitslosigkeit so richtig ankommt. Kein Wort dazu. Nichts!
Man entgegne mir jetzt nicht, dies sei halt nur eine Teilrevision, und der grosse Wurf käme dann mit der Gesamterneuerung des Gesetzes. Dies glaube, wer mag – ich nicht. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass hier schon seit geraumer Zeit gebastelt wird, dass man hinter der Entwicklung herhechelt und dass es an einer wirklich kohärenten Konzeption und an Vorstellungen – auch an neuartigen, ungewöhnlichen Vorstellungen – mangelt, wie diese hartnäckige und deprimierende Arbeitslosigkeit besser in den Griff zu bekommen wäre.
Es ist das «Glück» des Biga, dass auch die Sozialpartner alles andere als gute Figur machen. Statt sich in ihrer ureigenen Domäne um einen runden Tisch zu setzen und gemeinsame Strategien zu erarbeiten, zumindest aber den kleinsten gemeinsamen Nenner in der Arbeitslosenfrage zu vereinbaren, stehen sie sich in kontroversen, ja geradezu unversöhnlichen Positionen gegenüber und gefallen sich wechselseitig in rasselnden Referendumsdrohungen. Es ist ein lamentables Schauspiel: lamentabel für unsere vielgepriesene, aber brüchig gewordene Sozialpartnerschaft, lamentabel auch für die Arbeitslosen, die sich dadurch eigentlich nur im Stich gelassen fühlen müssen.
Es ist aber auch eine Unterlassung, Herr Bundesrat, dass Sie nicht die Autorität Ihres Amtes in die Waagschale geworfen ha-

ben, um hier den Brückenschlag zu suchen und das konstruktive Gespräch zu vermitteln, zu ermöglichen, ja vielleicht sogar zu erzwingen. So bleibt nun das Parlament aufgerufen, den Kurs zwischen Skylla und Charybdis zu steuern und eine Vorlage zu erarbeiten, die wirklich trägt und die die beiden Kontrahenten in die Pflicht nimmt.

Das war das Ziel, das wir uns in der Kommission gesetzt haben. Und wir haben guten Willens Schritte darauf zu getan, ohne es bereits zu erreichen. Es fehlte auch ein wenig die schöpferische Musse, die es gebraucht hätte, um das Gesetz noch besser zu machen und ihm noch schnittigere Instrumente einzuverleiben.

Wir haben das Ziel vor allem aus zwei Gründen nicht erreicht:

1. Wir haben den Geist des Misstrauens und der Repression nicht aus der Vorlage herausgebracht. In den Bestimmungen zur Zumutbarkeit und zur Degression der Taggelder versteckt sich nämlich der unausgesprochene Vorwurf, dass die Arbeitslosen ja eigentlich selbst an ihrem Los schuld seien, dass sie ja eigentlich Arbeit finden könnten, wenn sie nur wollten, und dass es deshalb Druck brauche, um ihnen Beine zu machen.

Die Umkehrung der Dinge geht sogar so weit, dass die Arbeitslosenversicherung selbst für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich oder zumindest mitverantwortlich gemacht wird. Nicht mehr die Gesetzmässigkeiten unseres wirtschaftlichen Systems, nicht mehr die drastischen Rationalisierungsmassnahmen, die überall durchgezogen werden, nicht mehr gewisse Arbeitgeber, die etwas zu sorglos und zu vorschnell, manchmal sogar überstürzt Entlassungen vornehmen, tragen Schuld an der zweihunderttausendfachen Misere, sondern die Hängematte der Arbeitslosenversicherung soll es sein, die angeblich von so vielen Tagedieben missbraucht wird.

Das nun aber heisst die Dinge auf den Kopf stellen, das heisst, die Tatsache in Abrede stellen, dass wir – bei einer absolut lückenhaften, ungenügenden Statistik – rund 188 000 zum überwiegenden Teil unverschuldet Arbeitslose haben und bloss 5000 offene gemeldete Stellen. Lassen Sie es meinetwegen 30 000 sein oder 40 000 oder vielleicht sogar 50 000 Stellen, die sich hin und wieder auftun: Es bleibt jedenfalls eine Diskrepanz von 130 000 Arbeitslosen, die sich abmühen und abstrampeln können, wie sie wollen, und die trotzdem keine Arbeit finden, sondern im Gegenteil immer tiefer in den verhängnisvollen Sog von Entmutigung, von Dequalifizierung, von Persönlichkeitsverlust, Krankheit und Invalidität hineingezogen werden. Und es sind nicht nur 130 000 Einzelschicksale, es sind fast ebenso viele in Mitleidenschaft gezogene Familien – im «Jahr der Familie» notabene.

Die Hauptbotschaft an diese Menschen nun ist nicht Solidarität, nicht Zuwendung in Form von differenzierterer Hilfe, beispielsweise von individueller Beratung, von wirkungsvollerer Vermittlung, von massgeschneiderten Schulungsangeboten, von sinnvollen Beschäftigungsprogrammen. Das gibt es zwar auch, aber etwas halbherzig, und es wird vor allem noch geraume Zeit dauern, bis es wirklich trägt. Nein, die Hauptbotschaft ist, wie gesagt, Misstrauen, ist Argwohn, ist Druck, ist – für viele jedenfalls – Strafe (Verschärfung der Zumutbarkeit auf der ganzen Linie); ist weniger Rücksicht auf Fähigkeiten und bisherige Tätigkeit und damit natürlich Abwertung erlangter Qualifikationen; ist ein bis zu vierstündiger Arbeitsweg jeden Tag; ist schlechtere Bezahlung, sogar bis zu 10 Prozent unter dem Arbeitslosentaggeld; ist Degression der Taggelder um zweimal 5 Prozent, wie wir sie heute nicht haben; ist auch Verschärfung für junge Menschen, die von den Karenzzeiten pauschal getroffen werden, und damit eben auch für viele, die es eigentlich nicht verdienen.

Wenn es bei dieser Kumulation von verschärfenden Massnahmen bleibt, dann katapultieren wir uns an die europäische Spitze, was die sanktionierenden, was die repressiven Instrumente anbelangt. Und wir werden gleichwohl kaum einen Arbeitslosen mehr von der Strasse bringen, weil nämlich das Grunddilemma, die mangelnde Arbeit, die fehlenden Arbeitsplätze, bestehenbleibt.

2. Und hier liegt der zweite gravierende Mangel der Vorlage: Das Problem der Verteilung der Arbeit wird überhaupt nicht angegangen, und auch wir haben darauf noch keine verbindliche Antwort geben können. Entlassungen und damit verbundene Massenarbeitslosigkeit sind ja die unsozialste, weil einseitigste und ungerechteste Form von Arbeitszeitverkürzung. Diese wird einfach einem Bevölkerungsteil aufgebürdet, der in die Versicherung abgeschoben wird, während der Rest der Beschäftigten oft noch stärker gedrängt, noch stärker gestresst ist, womöglich gar Überzeit zu leisten hat, etwa 44-Stunden-Woche bei gleichem Lohn, eine – arbeitsmarktlich gesehen – absolut kontraproduktive Entwicklung.

Hier, muss ich sagen, fehlt der Marktwirtschaft ein soziales Korrektiv. Früher waren es unternehmerischer Stolz und Leistungsausweis fortschrittlicher Arbeitgeber, echter Patrons, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Heute – im Zeitalter eines anonymen, personell teilweise überhaupt nicht mehr fassbaren Managements und auswechselbarer, zwischen den Branchen hin und her pendelnder Troubleshooter – hat sich das beinahe umgekehrt: Sanierungseingriffe, drastische Rationalisierungen, Schlankheitskuren und Abbaumassnahmen sind Trumpf und verhelfen auch noch zu anerkennenden Schlagzeilen, selbst dann noch, wenn gleichzeitig dicke Gewinne eingefahren werden.

Es gibt nur eine Zumutbarkeitsklausel für Arbeitslose, aber es gibt keine Zumutbarkeitsklausel für Arbeitgeber bei Entlassungen, keine unternehmerischen oder sozialen Kriterien und schon gar keine Beurteilungsinstanz, die sagt: Es ist zumutbar, Unternehmen XY, dass du diese Leute vorderhand noch behältst, dass du sie durchbringst, statt sie überstürzt auf die Strasse zu stellen. Diese Schranke fehlt in der schier grenzenlosen Freiheit unseres Systems, bei dem man auf diese Weise die Erträge privatisieren, die Verluste aber sozialisieren kann – zumindest «kann», es sind ja glücklicherweise nicht alle, die mit so wenig Gemeinsinn und Verantwortung handeln.

Aber wenn wir schon des internationalen Wettbewerbes wegen gewissen Zwängen zur Rationalisierung ausgesetzt sind – das sieht ja eigentlich jeder ein –, dann dürfen wir dies nicht auf Kosten einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen tun, sondern dann müssen heute schon Modelle entwickelt werden, die die vorhandene Arbeit gerechter auf mehr Köpfe und auf mehr Schultern verteilen – eine alte Forderung. Doch dazu bringt die Vorlage nichts, ja sie leuchtet diese Zusammenhänge nicht einmal aus. Der einzig konstruktive Ansatz kommt jetzt von der Kommission in Form des neuen Artikels 65a mit einer – sagen wir – zaghaften Ermutigung zur Vorruhestandsregelung und damit zum Stellentausch zwischen älteren Beschäftigten, die kurz vor der Pensionierung stehen, und jungen Arbeitsuchenden.

Aber Impulse zu einer grösseren arbeitsmarktlichen und arbeitszeitlichen Flexibilisierung, Anreize zur Schaffung von Teilzeitarbeitsstellen, wie sie beispielsweise die neue McKinsey-Studie nachgewiesen hat, ein Bonus-Malus-System, das Arbeitszeitverkürzungen stimuliert und Arbeitszeitverlängerungen eher bestraft, fehlen ebenso wie ein ausgereiftes Stellentauschmodell oder eine Kompetenznorm, die es erlaubt, die Arbeitslosenversicherung bei einschneidenden Verkürzungen der Arbeitszeit mit Lohnreduktionen zumindest flankierend zum Tragen zu bringen.

Hier muss nachgeholt werden, was der Bundesrat versäumt hat und was auch uns in der Kommission in der knappen Zeit nicht gelungen ist. Der Zweitrat muss sich diesen Aufgaben meines Erachtens noch stellen. Es ist vielleicht nicht so abwegig, dass es im Nationalrat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben ist, die sich mit dieser Gesetzesvorlage unter volkswirtschaftlichen und betriebsökonomischen Gesichtspunkten noch beschäftigen wird. Es bleibt jedoch meines Erachtens ein gravierendes Manko, dass nicht schon der Bundesrat entsprechende Komponenten ins Spiel gebracht, klarere Akzente gesetzt hat. Der Handlungsbedarf für die Vorlage ist ausgewiesen. Die Kommission hat ihn erkannt, hat ihm durch ihre speditive Beratung, aber auch durch den Einbezug neuer Gedanken, neuer Lösungsansätze Rechnung zu tragen versucht. Wir sind – meine ich – einen Schritt vorangekommen, und ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit. Wo Hand anzulegen ist, das habe ich aufzuzeigen versucht. Gewisse Minderheitsanträge weisen hier auch den Weg; ich hoffe, dass sie eine Chance erhalten.

Gestatten Sie mir als Kommissionspräsident noch ein letztes Wort zu den Anträgen, die uns die Kommission für Wirtschaft und Abgaben unseres Rates vorgelegt hat. Ich schliesse mich dem an, was Herr Schiesser bereits ausgeführt hat. Wir haben diese Anträge in unserer Kommission in Erwägung gezogen und ausführlich diskutiert, und wir haben sie dann abgelehnt. Keines der anwesenden Mitglieder hat sie als Minderheitsantrag aufgenommen, was ja möglich gewesen wäre. Jetzt jedoch werden sie hier alle unbesehen wieder unterbreitet. Während viele Mitglieder in der Kommission ihre Anträge nicht mehr als Minderheitsanträge eingebracht haben, darauf verzichtet haben, wie es der Brauch ist, werden wir nun nochmals mit all diesen Anträgen konfrontiert. Das ist zwar möglich, ich bestreite das keineswegs; aber sinnvoll ist es sicher nicht, auch von der Verfahrensökonomie unserer Beratungen her nicht.
Ich glaube, dass wir hier einen – für unseren Rat jedenfalls – gefährlichen Weg beschreiten. Wenn sich der Nationalrat über die Zuteilung einer solchen Vorlage in die Haare gerät, so soll er dies meinetwegen tun; es ist ein Sozialversicherungsgesetz, und es gehört eigentlich in die SGK, das ist klar. Doch wir sollten diese nationalrätlichen Spiele nicht kopieren.
Wir haben einen schwierig errungenen, austarierten Kompromiss erreicht. Ich bitte den Rat darum, diesen nicht mehr in Frage zu stellen.

Meier Josi (C, LU): Vor Jahresfrist verteilten Gewerkschafter auf dem Bundesplatz Spiegel. Wer hineinblickte, sah sich selbst, einen Menschen. «Die Arbeitslosigkeit hat ein Gesicht», stand auf dem Spiegel. Das Zeichen sollte daran erinnern – und ich tue es hier nochmals –, dass 180 000 und mehr Arbeitslose gleich viele schwierige Schicksale von einzelnen Menschen bedeuten und wohl von noch mehr Familienangehörigen. Deren Schwierigkeiten persönlicher, psychologischer Art wegen ihrem verlorenen Selbstwertgefühl werden wir mit der Vorlage nicht lösen.
Kollege Onken hat eine Mängelliste gelesen, ich brauche sie nicht zu ergänzen. Wir schaffen mit dieser Vorlage auch keinen einzigen Arbeitsplatz. Das geschieht durch andere Instrumente – und muss geschehen. Wir tun hier nur etwas: Wir flicken das Arbeitslosenversicherungsgesetz notdürftig. Wir müssen es tun, damit dieses soziale Netz nicht gerade in dem Moment reisst, wo es am meisten benötigt wird. Es ist am Reissen. Wir können mit der heutigen Vorlage nur zur Verminderung der indirekten Folgen der Arbeitslosigkeit beitragen. Die Ersatzeinkommen dürfen nicht in Gefahr kommen, sie halten schliesslich die Wirtschaft weitgehend in Gang.
Ich sprach von Flickwerk. Mehr ist ohne Verfassungsrevision nicht möglich, wir wissen es. Deswegen wird die Wirkung des Gesetzes teilweise zeitlich beschränkt, und das ist gut so, weil das grundsätzliche Änderungen in absehbarer Zeit erzwingt.
Die heute vorgeschlagenen Massnahmen sind ein Versuch, das zu tun, was die Sozialpartner bisher bedauerlicherweise nicht schafften: eine Linie zu finden, die ein Minimum von Konsensfähigkeit aufweist. Das Gleichgewicht ist aber noch sehr labil. Die erhöhten Lohnprozente und der höhere Bezugsplafond für die Prämien sind auf der einen Seite der Waage aufgelegt, die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen auf der anderen. Ich selbst meine, das Gleichgewicht schlage immer noch zuungunsten der Versicherten mit geringen Einkommen aus, die ja vom Ergebnis noch leben können sollten.
Ich konnte nur an einem Teil der Beratungen teilnehmen; trotzdem versage ich mir Einzelanträge. Aber ich äussere Bedenken gegen die heutige Fassung beispielsweise von Artikel 24; sie ist ein Beispiel für die Gefahr, dass überholte Unternehmensstrukturen auf Kosten der Versicherung subventioniert werden könnten. Davor warne ich.
Die Antwort auf den Vorstoss von Nationalrat Fasel bestätigte keineswegs das, was hier teilweise von Missbräuchen seitens der Arbeitnehmer behauptet wurde. Was bewirken denn vereinzelte Drückeberger in einem Zeitpunkt, wo 180 000 Leute eine Stelle suchen und nur 4000 Plätze offen sind? Das ist nichts im Vergleich zu jenen Folgen, die Missbräuche seitens böswilliger Unternehmen von einer gewissen Grösse innert kurzem bewirken können. Verschiedene haben das hier schon festgestellt.
Wir alle kennen die Vorläufigkeit der heutigen Lösung. Kollege Schiesser erwähnte Lösungsvorschläge für die Zukunft, die in einem CVP-Papier Buomberger des letzten Jahres dargestellt wurden; ich bin aber trotzdem noch nicht von ihnen überzeugt. Was uns noch beschäftigen wird, sind vor allem die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Sozialversicherungszweigen, Frau Weber hat zu Recht schon darauf hingewiesen.
Ich möchte hier ganz entschieden der Auffassung entgegentreten, dass es unseren Sozialversicherungen heute ganz allgemein katastrophal schlecht gehe. Noch vor zwei Jahren hatten wir, mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, bei den meisten Zweigen Probleme, weil zu viel Geld da war und nicht zu wenig. Ich erinnere beispielsweise an die zweite Säule, wo wir sagten, da würden ja die Gelder dem Wohnungsmarkt weggestohlen; wir haben deswegen entsprechende Gesetze gemacht. Die Erwerbsersatzversicherung hat immer noch zuviel Geld, und die AHV ist solide gebaut. Natürlich haben wir das Problem der veränderten Altersstruktur, aber wir sind ja daran, das beförderlich und rechtzeitig zu lösen.
Die wirkliche Crux ist tatsächlich die Arbeitslosigkeit und damit auch dieser Versicherungszweig. Aber wir haben heute nicht die Musse, über sämtliche zukünftigen Lösungen zu meditieren. Unsere Aufgabe ist es, die Revision des bestehenden Gesetzes in Angriff zu nehmen.
Ich trete daher darauf ein, wobei ich zweimal Minderheitspositionen unterstütze.
Ich knüpfe an unsere Debatte die Hoffnung, die auch schon andere äusserten, dass die Unternehmen angesichts der Not der Gemeinschaft ihre Verantwortung beim Abbau von Arbeitsplätzen mehr als bisher wahrnehmen möchten.

Gemperli Paul (C, SG): Die stark gestiegene Arbeitslosigkeit ist eine sozial- und wirtschaftspolitische Herausforderung ersten Ranges. Zu ihrer Bekämpfung sind eine ganzheitliche Betrachtungsweise und eine gemeinsame Anstrengung aller sozialpolitischen Gruppierungen des Landes notwendig. Solidarität ist nötig zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf der einen Seite und den Arbeitslosen auf der anderen Seite. Angesichts der Grösse des Problems ist aber letztlich auch die ganze Gesellschaft zur Solidarität mit den Betroffenen aufgefordert. Die Gesellschaft darf nicht in zwei Lager auseinanderbrechen, in ein solches mit hohem Lebensstandard und sicherer Zukunft und ein anderes mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und schlechten Zukunftsaussichten.
Arbeitslosigkeit darf auch nicht isoliert betrachtet werden. Es genügt nicht, Leistungen auszurichten und zur Tagesordnung überzugehen, vielmehr ist eine gesamtheitliche Politik gefordert, die sich mit den Ursachen auseinandersetzt. Und in dieser Beziehung gilt folgendes: Primär sind Massnahmen notwendig, die bewirken, dass in der Schweiz vermehrt Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu braucht es eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und einen Abbau der Wettbewerbshemmnisse.
Um das Problem hoher Arbeitslosigkeit längerfristig zu bewältigen, müssen wir in Zukunft wieder vermehrt aktiv auf die Schaffung günstigerer Rahmenbedingungen als im Ausland hinarbeiten, daran führt kein Weg vorbei. Ins gleiche Kapitel gehören ein rationales Steuersystem und vernünftige Belastungen. Bezüglich des Systems haben wir mit der Mehrwertsteuer einen guten Schritt getan. Bei der Belastung hingegen befinden wir uns nach wie vor auf einer Gratwanderung. Ich hoffe sehr, dass man sich dann in diesem Saal, wenn es um diese Fragen geht, daran erinnert, dass wir uns letztlich auch mit den Problemen der Erwerbslosen auseinandersetzen müssen. Diese Fragen dürfen dann nicht wieder nur für sich allein betrachtet werden.
Weiter sind Massnahmen erforderlich, die dem Arbeitsmarkt Flexibilität und Dynamik zurückgeben. Entscheidend sind hier der Abbau der regionalen und beruflichen Mobilitätsbarrieren und die Förderung der Ausbildung. In dieser Beziehung bringt der vorliegende Entwurf meines Erachtens bemerkenswerte Verbesserungen, indem die Ausbildung als zentraler Faktor anerkannt wird und durch die Möglichkeit des Nachholens der Berufslehre ein wichtiger Schritt getan wird.

Ich begrüsse auch ausdrücklich, dass jene, die eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, neu entsprechende Unterstützung erhalten. Ich sehe das Bild nicht so düster, wie es Herr Onken gezeichnet hat. Natürlich liegt zurzeit nicht ein grosser Wurf vor. Nichtsdestoweniger müssen wir anerkennen, dass bezüglich der Ausbildung, der Beschäftigungsprogramme, der Verstärkung der Vermittlung immerhin Marksteine gesetzt worden sind, die die Lage der Betroffenen doch zu verbessern vermögen.
Darf ich auch noch ein Wort zur viel geschmähten Wirtschaft sagen: Es ist nun tatsächlich nicht so, Herr Onken, dass alle Arbeitgeber nur darauf warten, ihre Arbeitnehmer auf die Strasse stellen zu können. Es wird nicht überall einfach nur rationalisiert, und es wird nicht überall nur mit dem Rotstift nach bester Effizienz gesucht. Ich kenne Unternehmer aus der gewerblichen Wirtschaft und stelle fest, dass sehr viele ihre Arbeitnehmer behalten, obwohl das für sie eine Last ist. Sie bringen erhebliche persönliche Opfer, um ihre Arbeitnehmer zu halten, bis sie wieder an sichereren Ufern sind. Es ist ja auch für einen Arbeitgeber ein Unsinn, wenn er qualifizierte und gute Arbeitnehmer auf die Strasse stellt, die ihm dann fehlen, wenn allenfalls die Konjunktur wieder anzieht. Am Bild, das Sie vom Arbeitgeber entworfen haben, muss sicher einiges retuschiert werden.
Letztlich sind Massnahmen notwendig, die die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen vor Notsituationen bewahren und ihnen die Chance geben, sich wieder an einem Arbeitsplatz einzugliedern. Wenn der soziale Abstieg erst manifest wird, ist auch die Eingliederung nicht mehr so leicht zu bewerkstelligen. Deshalb stehe ich dahinter, dass wir an Arbeitslose Leistungen erbringen. Die Arbeitslosenversicherung nimmt einen entscheidenden Platz im System der Sozialversicherung ein. Sie ist zur Überbrückung von finanziellen Einbussen bei einem Stellenwechsel unverzichtbar.
Diese Gesetzesvorlage bringt begrüssenswerte Verbesserungen, und sie schafft auch Anreize, mit deren Hilfe die Vermittelbarkeit der Arbeitslosen gesteigert und Missbräuche auf beiden Seiten abgebaut werden können. Ich finde darin, dass man Missbräuche abbaut, nichts Unmoralisches; denn das beste Sozialversicherungssystem wird eben ins Gegenteil verkehrt, wenn Missbrauch betrieben werden kann. Ich glaube, auch das muss man zur Kenntnis nehmen. Es ist nicht einfach, man befindet sich immer auch auf einer Gratwanderung. Aber wenn wir nicht auch gegen Missbräuche vorgehen, bleiben wir eben stecken. Das zu den Massnahmen, die ich ohne weiteres mittragen kann und zu denen ich ja sage.
Aber das Hauptproblem liegt meines Erachtens – es ist bereits angesprochen worden – im Bereiche der vorgesehenen Finanzierung. Hier ist der wirtschaftliche Gesamtzusammenhang nicht beachtet worden. Klar ist, dass die Arbeitslosenversicherung stark defizitär ist, sie ist heute – etwas hart ausgedrückt – bankrott. Den Jahresprämien von 3,7 Milliarden Franken stehen Ausgaben von gut 6 Milliarden Franken gegenüber. Die Schuld beträgt 8 Milliarden Franken. Durch die Erhöhung auf 3 Lohnprozente wird zwar eine Verbesserung im Umfang von 1,8 Milliarden Franken bei den Einnahmen erzielt. Aber trotz der Erhöhung auf 3 Lohnprozente bleibt die Versicherung weiterhin in den roten Zahlen. Auch mittelfristig wird es kaum möglich sein, die Kasse zu sanieren, vor allem angesichts der grossen anstehenden Schuld.
Auch wenn die Konjunkturprognosen heute optimistischer sind, bleibt die Tatsache bestehen, dass wir in den nächsten Jahren mit einer Sockelarbeitslosigkeit von 2 bis 3 Prozent rechnen müssen. Die strukturellen Probleme der schweizerischen Wirtschaft sind noch nicht gelöst, und eine nachhaltige Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt mit Arbeitslosenzahlen wie vor der Rezession kann nicht erwartet werden. Mit der laufenden Revision verbessern wir zwar das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben, aber wir lösen die grundlegende Problematik nicht.
Weiter muss nachdrücklich festgehalten werden, dass die Art der Finanzierung unzweckmässig ist. Wir pfropfen neue Lohnprozente auf, was nach Ansicht der Ökonomen falsch und kontraproduktiv ist. Der Grund für die Arbeitslosigkeit liegt nicht zuletzt in der Tatsache, dass zuwenig Arbeit nachgefragt wird. Nun verteuern wir ausgerechnet das Gut, dessen Nachfrage zurückgegangen ist, und verstärken damit die negativen Impulse. Der Produktionsfaktor Arbeit ist kein Esel, dem man beliebig neue Lasten auferlegen kann.
In der Botschaft zur vorliegenden Revision wird denn auch auf Seite 17 dieser Sachverhalt grundsätzlich anerkannt – allerdings sehr diskret –, indem festgehalten wird: «Mittelfristig stellt sich die Frage, ob der Produktionsfaktor Arbeit durch Lohnprozente für die Finanzierung der Sozialversicherungen nicht zu stark belastet ist.» Dieser Gedanke hätte meines Erachtens ganz eindeutig vertieft werden müssen. Nicht eine zaghafte Erwähnung wäre notwendig gewesen, vielmehr hätte dies vorrangig problematisiert werden müssen, allenfalls auch mit dem Antrag, die Bundesverfassung mit Bezug auf die Art der Finanzierung zu ändern. Wir müssen mehr denn je bei der Beschaffung von Einnahmen – auch gerade für soziale Leistungen – die Frage stellen, ob sie wirklich zielkonform sind. Das scheint mir im vorliegenden Fall nicht gegeben zu sein.
Es fällt mir daher nicht leicht, auf die Vorlage einzutreten. Ein Finanzierungssystem, das kontraproduktiv wirkt, ist eigentlich das letzte, was wir uns leisten sollten.
Bezüglich der Belastung der Kantone ist bereits einiges gesagt worden. Ich trete darauf nicht mehr ein. Ich bin der Kommission dankbar, dass sie hier entsprechende Anträge gestellt hat.
Andererseits sehe ich ein, dass aufgrund der rechtlichen Schwierigkeiten der Weg über eine andere Finanzierungsquelle, beispielsweise über die Mehrwertsteuer, hier und heute noch zu Verzögerungen führen würde.
Ich trete daher, wenn auch mit grossen Bedenken, auf die Vorlage ein. Allerdings werde ich mir gestatten, bei Artikel 120a für die Befristung auf drei Jahre zu stimmen. In dieser Zeit muss es möglich sein, neue Lösungen zu schaffen. Wir dürfen nicht jedesmal vor dem Faktischen kapitulieren und darob vergessen, dass wir selber viel zur Gestaltung der Zukunft beitragen können. Auch die Sozialpartner kommen unter Druck, wenn sie nicht allzuviel Zeit haben, sich auf eine neue Lösung zu einigen.
In diesem Sinne werde ich für Eintreten stimmen.

Morniroli Giorgio (D, TI): Fino a qualche tempo fa, le proporzioni assunte dal fenomeno della disoccupazione sarebbero state difficilmente ipotizzabili. Tale fenomeno, che non può più essere combattuto con i mezzi tradizionali, preoccupa non poco la popolazione e le autorità politiche. Gli strumenti legislativi in vigore, adottati per fronteggiare una disoccupazione di tipo congiunturale, si stanno rivelando insufficienti di fronte ad una disoccupazione di tipo strutturale, appunto quella che conosciamo oggi e con la quale probabilmente dovremo confrontarci anche in futuro.
Possiamo infatti constatare come la costante crescita della produttività non è controbilanciata da un corrispondente incremento dei consumi. Da una simile situazione nasce uno scompenso del mercato, difficilmente correggibile a breve termine. E' in quest'ottica, e tendendo conto di tale realtà, che mi permetto di manifestare una certa delusione. Il messaggio del Consiglio federale non affronta la problematica in modo globale. Manca per esempio un'analisi delle molteplici cause all'origine della disoccupazione, in particolare tenendo conto delle importanti differenze regionali, che poi si riflettono nei tassi di disoccupazione diversi tra una regione e l'altra. Per il Cantone Ticino ad esempio, posso osservare che le crisi del passato hanno interessato soprattutto il settore secondario, quindi quello caratterizzato dalla presenza di molti lavoratori stranieri che in conclusione hanno sopportato il peso maggiore e permesso alla manodopera indigena di esserne risparmiata. Oggi invece si assiste ad una diminuzione degli effettivi anche nel settore terziario, certamente – almeno in parte – a causa della progressiva informatizzazione: le banche nel nostro Cantone hanno diminuito nel 1992 il numero dei propri dipendenti di quasi 350 unità.
Voglio formulare una seconda critica al messaggio del Consiglio federale: la mancanza, a mio avviso deplorevole, di chiare scelte politiche e di ben definite opzioni pianificatorie a proposito della creazione di nuovi posti di lavoro e della riqualifica

delle persone che rischiano l'emarginazione per la perdita definitiva del loro posto di lavoro. In futuro certamente si moltiplicheranno certe possibilità d'impiego, oggi ancora poco sviluppate. Penso, tanto per citare, al settore ambientale, ma anche a quello sociale, dove per esempio esiste una necessità crescente di persone addette all'assistenza agli anziani, tenuto conto dell'incremento costante della speranza di vita della nostra popolazione.
Per ciò che concerne il concetto operativo dell'assicurazione contro la disoccupazione, avrei preferito un'impostazione diversa. Propendo per un indirizzo che si limiti ad assicurare un dignitoso sostentamento dei beneficiari, affidando al settore assicurativo privato la possibilità di garantire il mantenimento dello standard sociale precedente.
Ich habe mich gefragt, ob ich einen Rückweisungsantrag für die ganze Vorlage einreichen soll, habe dann aber darauf verzichtet. Auch vom Einreichen einzelner Anträge habe ich abgesehen, und ich erlaube mir hier lediglich einige Bemerkungen zu verschiedenen Artikeln.
Artikel 13 Absätze 2bis und 2ter: Die Formulierung unserer Kommission präzisiert etwas genauer, was unter «Hausfrau» zu verstehen ist, und ist deshalb besser als die Version des Bundesrates.
Artikel 22 Absatz 1: Persönlich hätte ich für die Festlegung der Höhe des Taggeldes andere Kriterien vorgezogen: 50 Prozent des versicherten Verdienstes für alle; Festsetzung eines existenzsichernden Minimaltaggeldes auf der Basis der AHV-Zusatzrente; Zuschläge proportional zu den Dienstjahren des Versicherten, z. B. 1 Prozent pro Arbeitsjahr und schliesslich Zuschläge, gestützt auf die soziale und familiäre Situation des einzelnen.
Das Taggeld sollte differenziert festgesetzt werden und je nach persönlichen Verhältnissen von einem existenzsichernden Mindestbetrag bis zu 100 Prozent variieren.
Artikel 32 Absatz 2: Das Problem der Teilbeschäftigung kann meines Erachtens nicht mit dem Instrument der Karenzzeit gelöst werden. Es wäre wichtig, einige wirtschaftliche Kriterien abzuklären, bevor ein Gesuch um Teilbeschäftigung genehmigt wird, insbesondere ob es sich um eine der folgenden Erscheinungen handelt: vorübergehende oder sogar saisonbedingte Umsatzeinbusse; Gewinneinbusse; Unternehmungen mit obsoleten Strukturen, Produktionsbereichen oder Produktionssystemen.
Eine individuelle Abklärung der finanziellen, personellen, konkurrenz- und investitionsbezogenen Lage des Unternehmens, welches das Gesuch um Teilbeschäftigung einreicht, wäre unbedingt notwendig, um festzustellen, ob es sich tatsächlich in einer vorübergehenden Krisensituation befindet oder in irreversiblen, fallimentären Verhältnissen.
Artikel 112a (neu). Ich werde hier den Minderheitsantrag auf Streichen unterstützen, da ich nicht einsehe, was eine Ombudsstelle bringen kann, die viel zu weit von der Front entfernt ist.
Malgrado le riserve formulate voterò l'entrata in materia.

Martin Jacques (R, VD): La révision partielle de la loi sur l'assurance-chômage que nous propose le Conseil fédéral a le mérite de régler certains problèmes urgents, tout spécialement le financement du fonds de compensation, comme aussi d'éviter certains abus qui pénalisent malheureusement les vrais chômeurs. Les limites de cette révision sont de deux ordres, soit le facteur temps d'une part et la teneur de la Constitution fédérale de l'autre.
Partant de ce constat incontournable, nous vous proposons d'entrer en matière. La plupart des propositions adoptées par la majorité de la commission vont dans le sens de l'équilibre abordé par mes préopinants. En effet, l'augmentation des cotisations et le déplafonnement sont compensés par une diminution progressive des prestations. La suppression d'abus, abus préjudiciables à l'ensemble des chômeurs, comme l'ouverture d'un engagement positif en relation avec l'emploi – je pense à la formation de base, à la capitalisation des cotisations, à la régionalisation du placement – donnent aussi une image moins technocratique et financière aux propositions retenues.
L'approbation de cette révision par le Parlement ne devrait donner en aucun cas l'impression au gouvernement qu'il a réglé le problème «chômage». Nous demandons instamment au Conseil fédéral de tout mettre en oeuvre dans les meilleurs délais afin de réaliser une refonte totale de notre assurance-chômage. Il s'agit, bien sûr, d'élargir le cadre constitutionnel, mais aussi et surtout de réfléchir, consulter, inventer sur un plan très large et sans aucune restriction.
Il importe que nous évitions l'installation d'un chômage longue durée qui touche toutes les couches de population travailleuses, ce chômage longue durée qui engendre et qui engendrerait à coup sûr des phénomènes de société extrêmement préjudiciables à notre pays. Nous ne saurions en aucun cas attendre et parier sur une problématique reprise de notre économie d'autant plus que cette reprise ne dégagerait pas, dans un premier temps, des places de travail dans la même proportion.
Cette révision fondamentale ne devra, a priori, écarter aucune des solutions proposées ou possibles, aussi minimes soient-elles, pour créer des emplois, partager le travail dans certaines professions, simplifier les procédures. Tout doit être examiné au-delà de la politique partisane habituelle. Nous aurons la mission d'examiner des idées qui s'additionneront plutôt qu'elles ne se combattent. C'est la condition majeure qui nous permettra de vaincre à terme ce fléau du chômage.

Bisig Hans (R, SZ): Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist auch nach der vorliegenden Teilrevision keine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Es zielt vor allem auf eine Linderung der materiellen Not im Falle von Lohnausfall ab und lässt der Lösung von gesellschaftspolitischen Problemen nur wenig Raum. Das ist weiter nicht verwunderlich, stammt es doch aus einer Zeit, in der Stellenangebote die Zeitungen noch zu füllen vermochten. Von einer umfassenden Revisionsvorlage kann keine Rede sein. Von neuen, situationsgerechten Modellen ist herzlich wenig zu sehen. Die zeitliche Dringlichkeit der Anpassung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes an die veränderten Arbeitsmarktverhältnisse vermag das Fehlen neuer Konzepte kaum zu entschuldigen. Mit dieser zweiten Teilrevision ist die Arbeit tatsächlich nicht getan.
Die Vorbereitungen zu einer grundlegenden Umgestaltung müssen ohne Verzug in die Wege geleitet werden. Dabei darf es keine Tabus geben. Auch Mehrstufenmodelle mit einer Sockelversicherung und privater Restdeckung dürfen nicht ausser acht gelassen werden. Unabhängig davon muss alles unternommen werden, damit die vorhandenen Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können. Das EWR-Nein ist kein Grund zur Resignation, höchstens Anlass zum Besserwerden. Innovative Kräfte und das Entwicklungspotential sind vorhanden. Wir müssen nur für den notwendigen Freiraum besorgt sein.
Auch wenn der Revisionsentwurf nicht zu begeistern vermag, kann er als Überbrückungs- oder Notlösung genügen. Unter dieser Prämisse kann sogar die ziemlich strapazierte Solidarität hingenommen werden. Inwieweit der Produktionsfaktor Arbeit zusätzlich belastet werden kann, dürfte einiges schwieriger zu beantworten sein. Die Schmerzgrenze scheint hier erreicht zu sein. Was mit Sicherheit niemals hingenommen werden darf – das kann nicht genug betont werden –, ist ein Missbrauch der Arbeitslosenversicherung, und zwar von beiden Seiten: von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Leider wird es immer Schwachstellen geben und immer Leute, die diese schamlos ausnützen. Die Zumutbarkeitsregeln müssen genauso erweitert werden, wie verhindert werden muss, dass strukturelle Mängel bestehen bleiben.
Skeptisch stehe ich der Idee gegenüber, die Arbeitslosigkeit mit der Erlangung der Selbständigkeit bekämpfen zu wollen. In wenigen Einzelfällen mag diese Idee durchaus erfolgreich sein. Jedes Projekt muss aber sorgfältig und von kompetenter Stelle überprüft werden. Handwerkliches Können qualifiziert beispielsweise nicht automatisch für eine selbständige Erwerbstätigkeit. Die noch immer zunehmenden Konkurse beweisen überdeutlich, dass die persönlichen Möglichkeiten überschätzt werden. Das erforderliche Anfangskapital ist meistens beträchtlich, und die Preise sind momentan gedrückt.

Selbst erfahrene und im Markt integrierte Unternehmer mit grundsätzlich guter Substanz haben heute Mühe, sich zu behaupten. Bei Neueinsteigern, die dies mit Hilfe der Arbeitslosenversicherung machen, besteht eine latente Gefahr zur Bereitschaft, hohe Risiken einzugehen. Die Folge ist eine volkswirtschaftlich kaum wünschbare Wettbewerbsverzerrung, sind vermeidbare Schliessungen von sonst überlebensfähigen Betrieben. Damit ist wohl niemandem gedient.
Unbefriedigend erscheint mir trotz der sechsmonatigen Wartezeit die Regelung für Studienunterbrecher. Das Zwischenjahr nach der Matura ist in Mode gekommen. Wenn es dazu verwendet wird, praktische Erfahrung zu sammeln, ist dagegen sicher nichts einzuwenden. Auch eine aufgezwungene Wartezeit infolge mangelnder Studienplätze kann als Begründung hingenommen werden, vor allem, wenn sie sinnvoll genutzt wird. Mit wenig Verständnis muss aber dann gerechnet werden, wenn die Arbeitslosenversicherung für die Finanzierung von verlängerten Ferien missbraucht wird, unter welchem Titel auch immer diese begründet werden. Für solche Fälle ist eine Missbrauchsbremse, wie sie zum Beispiel der Antrag der WAK bringt, erforderlich.
Die Arbeitsvermittlung muss dringend professioneller und mit mehr Phantasie betrieben werden. Vor allem wirkt eine gewisse Immobilität der Branchenkassen und auch eine gewisse Trägheit der Betroffenen dem Branchenwechsel entgegen. Ich könnte mir vorstellen, dass unter umfassendem Persönlichkeitsschutz Stellenbörsen eingerichtet werden, an denen sich Arbeitgeber über mögliche Interessenten informieren könnten. Angegeben werden müsste ja nur die Qualifikation. Heute geben sich zu viele Amtsstellen noch mit einer blossen Administrierung zufrieden, vielfach aus Gründen mangelnder Kapazität. Das Stempeln darf nicht zu einem sinnlosen, entwürdigenden Ritual verkommen. Für die Arbeitsvermittlung müssen genügend bestqualifizierte, motivierte Kräfte eingesetzt werden. Der damit verbundene Mehraufwand ist sicher mehr als gerechtfertigt.
Mit gegenseitigen Schuldzuweisungen kommen wir keinen Schritt weiter, Herr Onken. Profiteure wird es immer geben. Ein gesundes Misstrauen ist darum angebracht. Mit der zweiten Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird nur ein Etappenziel erreicht. Dies rechtfertigt wohl einen Zwischenspurt. Mehr liegt offensichtlich nicht drin. Die Bemühungen müssen weitergehen, um die Arbeitslosenversicherung nicht zu einem permanenten Erwerbsersatzsystem mit allen negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt verkommen zu lassen.
Wohl oder übel stimme ich für Eintreten.

Uhlmann Hans (V, TG): Wenn der Bundesrat schreibt, unser Arbeitslosenversicherungssystem sei bezüglich Leistung und Finanzierung auf die Verhältnisse der achtziger Jahre zugeschnitten und die heutigen Beschäftigungsprobleme liessen sich mit diesem System nicht mehr befriedigend bewältigen, so stimme ich in dieser Beurteilung dem Bundesrat voll und ganz zu.
Die vorgeschlagene Revision zeigt aber, dass sich die Anpassungen primär auf die Beschaffung von Mehreinnahmen konzentrieren. Leistungskürzungen sind kaum vorgesehen oder werden durch Leistungserweiterungen andernorts kompensiert. Verantwortungsbewusste Regierungsmitglieder und auch Parlamentsangehörige machen sich zu Recht Sorge über diese Mittelbeschaffung. Wir müssen uns allen Ernstes fragen, wie man die Arbeitslosenkasse unseres Landes vor dem Ausbluten schützen kann. Ich meine, in der heutigen Situation muss sich die Arbeitslosenkasse auf die Existensicherung konzentrieren. Sie darf dem einzelnen keine Anreize bieten, die Arbeitslosigkeit einer Beschäftigung vorzuziehen.
Zugegeben, die Ausweitung der Zumutbarkeit der Arbeit ist ein Schritt in die richtige Richtung. Missbrauchstatbestände, und zwar verursacht durch Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, schaden aber der ganzen Einrichtung, die wir besonders in der heutigen Zeit dringend brauchen. Sie müssen darum auch mit aller Kraft bekämpft werden. Die hohen, ja zum Teil zu hohen Leistungen tragen offensichtlich dazu bei, dass Arbeitsplätze verlorengehen beziehungsweise dass die Arbeitslosenquote höher liegt, als sie von der wirtschaftlichen Lage her liegen müsste. Wenn dem so ist, dann glaube ich, ist etwas falsch. Die Arbeitslosenversicherung muss deshalb eine krisentaugliche Versicherung mit dem Ziel der Existenzsicherung werden und darf keine luxuriöse Erwerbsersatzordnung sein.
Ich meine darum, dass unser Rat alle Anträge unterstützen sollte, die in diese Richtung zielen. Dies betrifft besonders die Anträge der WAK dieses Rates.
Bitte helfen Sie mit, dass die Verhältnisse stimmen, dass die Verhältnismässigkeit gewahrt bleibt und dass die wirklich nötigen Leistungen auch von den Zahlenden, und zwar sowohl von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern, akzeptiert werden – denn sonst wird über kurz oder lang sozialer Unfrieden herrschen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Dois-je rappeler, dans une introduction générale à ce débat très important sur un projet très important, que le taux de chômage est à 5,2 pour cent en moyenne nationale aujourd'hui et que, même s'il a heureusement enregistré une diminution dans le courant du mois de février, il reste à un niveau très élevé pour nous? Dois-je rappeler ensuite l'apparition d'un phénomène absolument inédit pour notre pays et pour son économie, c'est le chômage de longue durée – aujourd'hui, à l'heure où je vous parle, un chômeur sur cinq, en Suisse, est chômeur depuis plus d'une année, avec toute la conséquence de problèmes humains et sociaux que cela comporte, bien évidemment? Dois-je rappeler, enfin, une situation du financement de l'assurance-chômage difficilement supportable, d'autant qu'elle se cumule avec une situation des finances publiques particulièrement précaire? En effet, à la fin de cette année, il faudra compter avec un endettement du fonds de compensation de l'assurance-chômage en Suisse qui sera de l'ordre de 8 milliards de nos bons francs.
Compte tenu de ce que signifie un chômage de ce type pour notre population, et pas seulement pour nos statistiques, pour notre économie et pour nos finances, mais avant tout pour nos concitoyens qui en sont frappés, compte tenu de ce que représente ce problème social particulièrement douloureux, dans un pays et dans une société qui doivent leur prospérité avant tout à leur capacité de travail, il était indispensable que nous mettions en chantier rapidement un certain nombre de transformations de cet outil qu'est l'assurance-chômage. Il a fallu le faire dans une ambiance et dans des situations nouvelles pour notre pays, non seulement par les chiffres que j'ai cités, mais aussi par les perspectives d'un chômage structurel que nous n'avions jamais rencontré auparavant. La crise économique, ou le tassement économique que nous avons connu il y a vingt ans, était autrement plus marqué que ce que nous connaissons aujourd'hui, puisqu'il avait signifié une diminution brutale de notre revenu intérieur de l'ordre de 8 pour cent, alors que cette fois-ci ça s'est traduit par une diminution de l'ordre de 1 pour cent, soit huit fois moins, mais la traduction en termes de chômage est, elle, aujourd'hui à la fois beaucoup plus grande qu'il y a une vingtaine d'années, en 1975, et surtout on prévoit que sa durée sera beaucoup plus longue.
C'est dans cette atmosphère, à tous points de vue nouvelle, à tous points de vue aussi plus préoccupante qu'avant, que nous devons bien constater un certain nombre de ratés dans le partenariat social, dans la convergence des partenaires sociaux, dans leur volonté commune de réaliser des transformations, à chaud, lorsqu'elles s'imposent. Si vous me permettez cette brève philosophie, nous sommes sans doute placés aujourd'hui sur un fond sociologique et psychologique différent de ce qu'il était auparavant. Les rapports de l'individu avec la société sont nouveaux. La relation de l'individu avec le travail en tant que tel est nouvelle aussi et, à certains égards même, tout à fait inédite. Par conséquent, la conception et la philosophie que nous avions à mettre en place pour transformer l'instrument ne pouvaient pas être, pour ces raisons-là et pour les raisons économiques, la reprise pure et simple de ce qui avait été fait, avec succès, jusqu'à maintenant.
C'est tellement vrai que nous avons perçu tous ensemble, dès l'année 1991, mais bien plus en 1992 et surtout en 1993, le ca-

ractère inadapté de l'instrument social qu'est notre assurance-chômage. Et il n'y avait pas un grand étonnement à avoir, à vrai dire, parce que les autres instruments de notre politique sociale, nous avons toujours eu l'occasion de les exercer et de les accomplir dans la réalité sociale du moment: l'assurance-vieillesse, il y a toujours eu un troisième âge dans ce pays, Dieu merci! et nous avons pu vérifier le bon cheminement et la bonne conception de notre assurance-vieillesse; de même pour l'assurance-maladie. Pour l'assurance-chômage, en revanche, que nous avions conçue d'une manière que je qualifierai de socialement généreuse, nous n'avons jamais eu l'occasion d'en vérifier le fonctionnement, à la différence de tous les autres instruments sociaux, puisqu'il n'y avait pas de chômage en Suisse, – ou des taux homéopathiques de chômage.

Or, lorsque le taux de chômage passe de 0,2 à 5,2 pour cent, et même à plus de 8 pour cent dans certains cantons, voire plus de 11 pour cent dans certaines régions de certains cantons, il est bien clair que la situation prend brusquement une tout autre allure et nous oblige à des modifications à chaud. Il y a eu l'arrêté fédéral urgent qui faisait suite aux modifications de l'ordonnance proposées par le Conseil fédéral au début de l'année dernière, puis confirmées, en ce qui concerne l'AFU, par la votation populaire du 26 septembre 1993. Il y a aujourd'hui cette seconde révision dont je dirai tout à l'heure à la fois les espoirs, mais les limites. Il est bien clair que nous ne terminerons pas aujourd'hui notre périple et que, précisément, les conditions nouvelles du chômage et du chômage structurel auxquelles nous sommes confrontés entraîneront une troisième révision qui devrait comprendre des modèles de rechange pour le financement, en tenant compte notamment – ce qui n'a jamais été fait – des relations de l'assurance-chômage avec les autres assurances sociales. Une telle révision, beaucoup plus ample que celle que nous envisageons aujourd'hui, exigeant une modification de la constitution, il n'était pas possible de la conduire dans ces délais.

Or, il n'était pas possible non plus de laisser les choses en l'état, de les laisser s'aggraver, ne serait-ce que du point de vue du financement de l'assurance-chômage. C'est la raison pour laquelle nous venons devant vous avec ce projet, mais ce projet en appelle un autre, de plus longue haleine, qui nous occupera les années qui viennent. Il s'agira également, dans le projet futur, d'examiner la question d'une privatisation éventuelle de l'indemnité en cas d'intempéries, d'examiner des nouveaux modèles de partage du temps de travail, d'examiner le besoin, lors de la fixation des prestations de l'assurance-chômage, pour que celui-ci soit éventuellement pris en considération, ce qui n'est pas le cas dans le système actuel.

Par ces brefs rappels, je crois vous avoir situé la nécessité d'une réforme maintenant et tout de suite, mais aussi la perspective que cette réforme en entraînera une autre, de plus grande ampleur, portant sur d'autres questions. Mais les délais, et notamment la modification de la constitution qu'elle implique, n'étaient pas compatibles avec la nécessité de la conduire aujourd'hui.

Six objectifs sont associés à la révision que nous vous proposons:

1. Il s'agit de régler le financement de l'assurance de telle sorte qu'il soit autonome au moins à moyen terme, et de façon que l'on puisse ménager, par des contributions des pouvoirs publics, dans des circonstances exceptionnelles, la part de charges qui incombent aux partenaires sociaux. Permettez-moi de rappeler que la part publique de l'assurance-chômage assumée en France est de l'ordre de 7,6 pour cent, en Allemagne de l'ordre de 17,4 pour cent, c'est-à-dire très largement supérieure à ce qui pourrait arriver aux finances publiques suisses.
2. Le deuxième objectif de la révision actuelle est de régler les prestations de l'assurance de façon à garantir une compensation appropriée du revenu, de verser ces prestations durant une période adéquate, mais relativement limitée, et surtout de viser une réinsertion aussi rapide que possible du chômeur dans le monde du travail.
3. La revalorisation, le développement de l'instrumentaire d'une politique active sur le marché du travail, c'est le troisième objectif.
4. Le quatrième objectif consiste à combler les lacunes de l'assurance, dans la mesure où la situation financière le permet.
5. Le cinquième objectif consiste à élargir la notion de travail convenable et d'intensifier la lutte contre les abus – j'aurai l'occasion d'y revenir tout à l'heure.
6. Enfin, le sixième objectif est de rendre l'application de la loi plus efficiente par une contribution et un soutien plus marqués au placement.

Je remercie la commission du travail immense, particulièrement pour le Conseil prioritaire, qu'a représenté le débroussaillage du projet du Conseil fédéral, et d'autant plus grand que l'on partait, je le répète, sur des bases de partenariat social peu convergentes, pour ne pas dire antagonistes sur un certain nombre de sujets importants de cette révision. Je remercie la commission de parvenir, aujourd'hui, à proposer au plénum l'entrée en matière et, pour l'essentiel – à part un certain nombre de divergences de détail sur lesquelles je reviendrai ensuite –; l'adoption de la révision partielle de cette loi.

Dans une troisième et dernière partie de mon intervention, je reprendrai quelques propositions, quelques questions et quelques suggestions qui ont été faites dans le cadre de ce débat.

Tout d'abord, en ce qui concerne la question de limiter à fin 1997 la compétence du Conseil fédéral dans ce domaine, je serai, en homme expéditif, le premier à la souhaiter et à la vouloir avec vous, Madame Simmen. Mais j'observe, pour les raisons que je viens de dire, que la révision qui devra suivre comportera probablement un volet constitutionnel, et même si elle ne comprenait pas ce volet constitutionnel, nous savons bien qu'une révision de l'ampleur de celle que nous proposons, qui n'a jamais été faite dans ce pays où on n'a jamais véritablement connu le chômage, exige du temps, un certain rythme de démocratie directe qui rend peu vraisemblable le délai de fin 1997 pour son accomplissement.

Ah, sans doute direz-vous, c'est un stimulant pour le Conseil fédéral que d'être limité dans les délais. Sachez bien que mon intention, que l'intention du Conseil fédéral, et que même sans ce couteau dans le dos, nous comprenons bien que – M. Coutau, nous le voyons en face, je parle du couteau dans le dos – nous parviendrons à la réaliser dans des délais qui seront aussi brefs que possible, mais ils me paraissent incompatibles avec une échéance fixée à fin 1997, voilà pourquoi nous parlons de fin 1999.

MM. Roth et Onken, en particulier, puis M^me^ Meier Josi ont parlé des abus. Il y a plusieurs sortes d'abus. Il y a les abus au sens du droit – qui sont peu nombreux, nous le savons bien – et il y a d'autres abus – ou du moins ce que la société appelle communément, dans le langage de tous les jours, des abus –, c'est-à-dire l'usage très considérable des limites, somme toute relativement confortables, de la législation actuelle sur le chômage. Des abus qui hérissent le sens populaire et qui hérissent non seulement d'autres chômeurs, mais encore et surtout les travailleurs. C'est incontestablement un des éléments que nous voulons, dans cette révision, particulièrement prendre en compte et c'est dans ce domaine que nous avons prévu, du côté des chômeurs, comme du côté des employeurs un catalogue de moyens nouveaux qui soit en notre possession.

C'est la prolongation du délai d'attente pour les jeunes en fin de scolarité et d'études. Il peut y avoir quelque chose de choquant à sortir de but en blanc de l'école et à toucher immédiatement, ou quasi immédiatement, les indemnités de chômage. L'élargissement de la notion du travail convenable procède de cette volonté. L'augmentation de 40 à 60 jours d'attente en cas d'abus manifeste va également dans cette direction. Et du côté des employeurs, il y a l'augmentation du délai d'attente dans le cadre de la réduction de l'horaire de travail, trois jours au maximum, la limitation de l'indemnisation en cas de réduction de l'horaire de travail à quatre mois lors d'une interruption totale ou quasi totale, c'est-à-dire la lutte contre les abus structurels va également dans cette même direction.

Nous vous demandons de nous appuyer sur ces points essentiels de l'actuelle révision qui vous est proposée, car, au total, c'est la solidité de la solidarité, qui doit empreindre un édifice social comme celui-ci, qui y gagnera. C'est dans cet esprit que

la loi a été transformée, et pas seulement dans l'esprit d'assurer son financement, comme certains commentateurs un peu brefs veulent le dire en limitant à cela, et à cela seulement, l'ambition de la loi. Mais – et j'en donne raison à M. Roth – les autres aspects de la révision, en particulier des mesures actives, encouragement à une activité indépendante, allocations de formation, allocations d'initiation du travail également étendues aux jeunes, les stages, les améliorations du placement font partie, bel et bien, de l'actuelle révision et elles sont une partie active de cette révision. Je le dis en adjonction et en complément aux réflexions qui ont été faites tout à l'heure.
Quant à dire, Monsieur Onken, que le projet ne prévoit rien quant au chômage de longue durée, je récuse cet argument puisque précisément un des éléments essentiels de l'arrêté fédéral urgent que nous reprenons ici pour l'inscrire durablement dans la loi, c'est la prolongation de 300 à 400 jours du nombre des indemnités, c'est incontestablement une mesure active de la Confédération face à ce phénomène nouveau du chômage de longue durée. Et puis, de surcroît, toute une série de mesures qui envisagent la réinsertion rapide et qui évitent ainsi le chômage de longue durée, le travail convenable, les stages, la dégressivité vont bel et bien dans ce sens-là, car c'est là qu'à la longue les problèmes sociaux se posent dans les termes les plus cruels et les plus dificiles. Les réflexions que vous avez faites sur le temps de travail, Monsieur Onken, nous ont animés.
Deux raisons nous ont poussés à ne pas codifier, en quelque sorte, des propositions dans le corps de ce texte, mais le débat n'en est pas épuisé pour autant. La première raison est que la transformation du court terme que nous devions apporter à notre instrument de l'assurance-chômage était incompatible avec des réflexions approfondies, méditées, bien élaborées, sur cette question importante du temps de travail.
La seconde raison est très helvétique, en définitive. C'est qu'à la différence de la plupart des législations semblables des pays qui nous entourent, la législation suisse est marquée d'une intervention de l'Etat aussi homéopathique que possible, et laisse aux partenaires sociaux le soin, en particulier, de régler ce problème. Un problème, Monsieur Onken, qui a plus d'importance, dans un tissu social et économique de petites et moyennes entreprises très marqué, que dans un tissu social de plus grandes entreprises, où la place des PME est en tout cas moindre qu'elle ne l'est en Suisse.
Et cette distance politique que nous avons voulu observer, s'ajoutant à l'argument du temps à disposition pour la révision de la loi, nous a conduits à ne pas esquisser de modèle et à ne pas proposer de solution dans ce chapitre. Ce n'est pas une omission donc, ou un bâclage de la réflexion par le gouvernement, c'est bel et bien un acte délibéré, dicté par les circonstances, mais dicté aussi par les circonstances politiques, qui nous a conduits à ne pas prendre cet élément en cause dans la révision que nous vous proposons aujourd'hui.
Voilà, d'une manière générale, quant à la perspective du développement de cette législation, d'une manière particulière quant à la révision partielle qui vous est proposée aujourd'hui, et d'une manière encore plus particulière quant à quelques questions pointues qui ont été posées dans le cadre de ce débat, ce que le Conseil fédéral pouvait, en introduction, vous apporter, en vous remerciant de votre volonté d'entrer en matière sur ce qui est décidément une des révisions législatives majeures, non seulement de cette année, mais de cette législature.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 3
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... je Arbeitsverhältnis höchstens bis zum Zweieinhalbfachen ....
Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der WAK
Abs. 1
.... nur bis zum Zweifachen des für die obligatorische ....

Art. 3
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
(la modification ne concerne que le texte allemand)
Al. 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la CER
Al. 1
.... ne dépassera pas deux fois le montant ....

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei der Änderung in Artikel 3 geht es um die Heraufsetzung der Höchstgrenze des beitragspflichtigen Lohnes. Artikel 34novies Absatz 4 der Bundesverfassung lautet wie folgt: «Die Arbeitslosenversicherung wird durch Beiträge der Versicherten finanziert; sind die Versicherten Arbeitnehmer, so tragen ihre Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge. Das Gesetz begrenzt die Höhe des beitragspflichtigen Erwerbseinkommens sowie des Beitragssatzes. Der Bund und die Kantone erbringen bei ausserordentlichen Verhältnissen finanzielle Leistungen.»
Das Arbeitslosenversicherungsgesetz von 1982 übernahm den Beitragsplafond des Unfallversicherungsgesetzes mit derzeit 97 200 Franken. Die Erhöhung dieses Beitragsplafonds war in der SGK umstritten und gab zu ausgedehnten Diskussionen Anlass; dies vor allem darum, weil der Leistungsplafond beim einfachen Betrag des UVG-Maximums belassen wird, was bedeutet, dass natürlich die Erhöhung eine reine Besteuerungsmassnahme darstellt und somit eine erhebliche Ausdehnung der Solidarität mit sich bringt. Trotzdem hat die SGK nach langer Diskussion mit sehr grosser Mehrheit der vorgeschlagenen Erhöhung um den Faktor 2,5 auf maximal 243 000 Franken zugestimmt, weil sie der Meinung war, es handle sich um einen zumutbaren Solidaritätsbeitrag der besser verdienenden Arbeitnehmer an die dringend notwendige Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Diese Erhöhung bringt für die Arbeitslosenversicherung jährliche Mehreinnahmen von 375 Millionen Franken.
Die WAK des Ständerates – ich nehme dies bereits voraus, um einige Entgegnungen darauf anzubringen – hat eine Erhöhung um den Faktor 2 vorgeschlagen. Dies brächte der Arbeitslosenversicherung Mehreinnahmen von 319 Millionen Franken, also 56 Millionen Franken weniger als der Antrag der SGK. Wir sind der Meinung, dass man in der heutigen Situation nicht auf diese 56 Millionen Franken verzichten kann und dass es absolut angemessen und zumutbar ist, die Erhöhung nicht nur auf 193 000, sondern auf 243 000 Franken, also um das Zweieinhalbfache, vorzunehmen; dies vor allem, wenn man beachtet, dass bei einem Einkommen von 240 000 Franken der monatliche Betrag, der noch abzugeben wäre, 50 Franken beträgt. Wir sind der Meinung, dass dies angemessen ist, wenn man davon ausgeht, dass dies 56 Millionen Franken Mehreinnahmen für die Arbeitslosenversicherung mit sich bringen würde – Mehreinnahmen, auf die sie dringend angewiesen ist.
Ich bitte Sie daher, dem Antrag Ihrer Kommission, der SGK, zu folgen.

Simmen Rosmarie (C, SO): Die Erhöhung des Beitragsplafonds ist ein bewährtes Mittel, um zu Geld zu kommen, besonders dann, wenn der Plafond der Bezugsberechtigung tief bleibt.

Der Bundesrat hat auch hier von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und schlägt eine Erhöhung auf das Zweieinhalbfache des bisher massgebenden Unfallversicherungsplafonds vor, also einen doch sehr beträchtlichen Schritt von rund 97 200 auf 243 000 Franken.
Eine Mehrheit der WAK ist der Meinung, damit würde die an sich notwendige Solidarität über Gebühr strapaziert, träfe es doch genau dieselben Leute, die schon bei der AHV und bei den direkten Bundessteuern durch die Progression sehr stark zur Kasse gebeten würden. Sie will sich allerdings der Notwendigkeit einer Erhöhung des Plafonds und damit der Erschliessung weiterer Quellen nicht verschliessen, möchte sie aber auf das Zweifache, d. h. auf knapp 200 000 Franken, beschränken.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: J'invite le Conseil des Etats à suivre la proposition de la CSSS.
Je note au passage que la proposition de la CER créerait un découvert supplémentaire de 56 millions de francs dans les conditions actuelles. Par conséquent, la proposition de la CSSS doit être retenue.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 20 Stimmen
Für den Antrag der WAK 16 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2
Angenommen – Adopté

Art. 4
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
.... heraufsetzen. Artikel 120a bleibt vorbehalten.

Art. 4
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
.... au maximum. L'article 120a demeure réservé.

Art. 120a (neu)
Antrag der Kommission
Die Kompetenz des Bundesrates, den Beitragssatz über die Schwelle von 2 Prozent heraufzusetzen, gilt bis zum 31. Dezember 1999.

Antrag der WAK
.... bis zum 31. Dezember 1997.

Art. 120a (nouveau)
Proposition de la commission
La compétence du Conseil fédéral d'augmenter le taux de cotisation au-dessus du seuil de 2 pour cent reste en vigueur jusqu'au 31 décembre 1999.

Proposition de la CER
.... jusqu'au 31 décembre 1997.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Es geht um die Erhöhung des Beitragssatzes, natürlich ebenso umstritten, wenn es nicht noch die heisser umstrittene Frage als die Erhöhung der Höchstgrenze des beitragspflichtigen Lohnes ist. Sie gab in der SGK sehr viel zu diskutieren, weil wir uns sehr wohl bewusst sind, dass eine weitere Belastung des Produktionsfaktors Arbeit nicht vorkommen sollte, dass wir zu einem Zeitpunkt, wo wir sehr stark zur Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft schauen müssen, die Arbeit nicht mehr belasten sollten. Wir haben uns diese Überlegungen – wie sie auch von Herrn Gemperli im Eintretensreferat dargelegt wurden – gemacht und haben sie ausgiebig diskutiert. Nur haben wir gemerkt, dass in der zeitlichen Dringlichkeit, in der wir stecken, gar nichts anderes übrigbleibt, dass für andere Finanzierungsmodelle wie die Finanzierung über Konsumabgaben oder über den Ressourcenverbrauch eine Verfassungsrevision nötig wäre und dass wir das erst in einem weiteren Schritt, in der Totalrevision, angehen können, weil dafür die Zeit nicht ausreicht. Es blieb uns – obwohl uns das sehr unlieb ist – nichts anderes übrig, als im heutigen Zeitpunkt dem Bundesrat die Kompetenz zu erteilen, die Erhöhung auf 3 Prozent vorzunehmen.
Damit aber doch ein gewisser Druck ausgeübt wird und die dritte Revision möglichst schnell und effizient an die Hand genommen wird, haben wir in Artikel 120a (neu) eine Befristung für die Erhöhung auf 3 Prozent bis zum 31. Dezember 1999 eingesetzt. Die WAK schlägt Ihnen eine Befristung bis zum 31. Dezember 1997 vor. Wir sind der Meinung, dass Ende 1999 eine realistische Frist ist und dass wir nicht das Risiko eingehen möchten, diese Frist nicht einhalten zu können und wieder vor den Rat und das Volk treten zu müssen, indem wir sagen: Es hat nicht gereicht, leider sind wir nicht soweit, leider müssen wir eine Verlängerung verlangen. Deshalb ist es besser – und der Druck ist sicher genau so gross –, wenn man eine realistische Frist ansetzt. Ich bitte Sie, die Frist bis Ende 1999 anzusetzen.
Die Lösung, die wir Ihnen vorschlagen, behebt die akute Notlage des Fonds. Es kommen Mehreinnahmen von 1,85 Milliarden Franken im Jahr herein. Das Parlament gibt keine Kompetenzen langfristig ab, sondern setzt eine Frist. Der Bundesrat wird unter Druck gesetzt, und zwar unter den Druck innerhalb einer realistischen Frist etwas Neues vorzulegen. Diese Lösung wird ebenfalls vom Bundesrat unterstützt.
Ich bitte Sie auch, diese Lösung zu unterstützen.
Ich kann vielleicht noch ein Wort zu Artikel 4 Absatz 3 des geltenden Gesetzes verlieren, der auch noch zur Diskussion steht, indem er gemäss Entwurf des Bundesrates gestrichen werden soll. Diese Streichung ist absolut unbestritten. Bis anhin hat dieser Absatz eine angemessene Reservebildung verunmöglicht.
Die Kommission beantragt Ihnen, Artikel 4 Absatz 3 im Einverständnis mit dem Bundesrat zu streichen.

Simmen Rosmarie (C, SO): Ich habe es Ihnen schon beim Eintreten gesagt: Die WAK hat sich sehr schwer getan, auf die Vorlage überhaupt einzutreten. Dies vor allem deshalb, weil sie die Finanzierung über die Lohnprozente als ein grundsätzlich falsches Mittel betrachtet. Wenn sie sich trotzdem schweren Herzens für Eintreten entschlossen hat, dann nur unter der Bedingung, dass diese Massnahme zu befristen sei, und zwar will die WAK keine Befristung bis zum Ende des Jahrhunderts. Sie will die Frist kürzer ansetzen, weil ja bereits Ideen und Vorschläge, wie eine alternative Finanzierung aussehen könnte, auf dem Tisch liegen. Es müsste also möglich sein, das innerhalb einer kürzeren Frist als bis zum 31. Dezember 1999 zu tun.
Das ist der Grund, weshalb die WAK Ihnen den Antrag für eine Frist von drei Jahren stellt.

Gemperli Paul (C, SG): Ich möchte Sie bitten, bezüglich Artikel 120a den Antrag der WAK zu unterstützen. Ich habe Ihnen beim Eintreten gesagt, dass die Erhöhung der Lohnprozente tatsächlich eine Massnahme ist, die grundsätzlich kontraproduktiv ist. Es ist völlig falsch, beim heute bestehenden wirtschaftlichen Umfeld hinzugehen und den Produktionsfaktor Arbeit zu verteuern, und damit Voraussetzungen zu schaffen, dass die Arbeit weniger nachgefragt wird. Ich glaube, eine solche Massnahme ist ökonomisch weder zweckmässig noch sinnvoll.
Nun kommen wir nicht darum herum, dieser Erhöhung auf 3 Prozent zuzustimmen, weil wir jetzt unter starkem Druck stehen. Wir haben 3,5 Milliarden Franken Einnahmen und 6 Milliarden Franken Ausgaben. Wenn wir um 1 Lohnprozent erhöhen, haben wir 1,8 Milliarden Franken Mehreinnahmen. Es bleibt dann noch ein Defizit von 500 Millionen Franken. Um das Defizit, die Verschuldung nicht stärker anwachsen zu lassen, kann man sich schweren Herzens entschliessen, diesen

3 Prozent zuzustimmen. Aber wir dürfen nicht hingehen und einfach zulassen, dass das perpetuiert wird. Ich fürchte, wenn wir fünf Jahre lang mit 3 Prozent fahren, hat man am Schluss den Eindruck: Es ist ja immer gegangen, und man muss nichts mehr tun – bis wir in die nächste Rezession hineinlaufen. Das möchte die WAK mit ihrem Antrag verhindern.
Wir sind überzeugt, dass es möglich ist, in drei Jahren eine Revision zu bewerkstelligen. Wenn wir in der Schweiz nicht mehr in der Lage sind, uns innerhalb von drei Jahren Überlegungen über eine grundsätzliche Ausgestaltung dieser wichtigen Materie und über die Finanzierung anzustellen, dann stimmt letztlich etwas nicht mehr. Dazu müssen wir noch fähig und in der Lage sein.
Ich bitte Sie, dem Antrag der WAK zuzustimmen, damit wir hier ganz klar zu erkennen geben, dass wir eine neue Finanzierung wünschen, die wirtschaftskonform ist.

Onken Thomas (S, TG): Die SGK hat bei ihren Beratungen diese Überlegungen der WAK ebenfalls berücksichtigt, Herr Gemperli. Wir haben lange darüber diskutiert, und auch wir haben erwogen, ob nicht eine kürzere Frist angebracht sein könnte. Die folgenden Überlegungen sprechen aber doch für eine Lösung, die auch wirklich praktikabel ist.
Erstens einmal müssen wir sehen, dass diese Vorlage nicht, wie ursprünglich beabsichtigt worden ist, schon Mitte dieses Jahres in Kraft treten kann, ganz im Gegenteil. Diese Vorlage wird frühestens in der Dezembersession verabschiedet werden können – frühestens! Es wird möglicherweise ein Referendum dagegen ergriffen werden. Mit anderen Worten: Das Inkrafttreten ist realistischerweise für den 1. Juli 1995, allenfalls gar erst für den 1. Januar 1996 zu erwarten, womit dann noch zwei Jahre blieben, während derer diese Bestimmungen in Kraft sind. Das ist eine sehr, sehr kurze, eine fast ultimative Frist.
Zweitens kommt dazu, dass die Verfassung die Finanzierung vorderhand doch verbindlich vorschreibt. Darum kommen wir einfach nicht herum. Wir wären gerne auf eine andere Lösung eingeschwenkt, aber die Verfassung schreibt die lohnprozentuale Finanzierung durch die Versicherten vor – je hälftig durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das heisst: Für eine neue Finanzierung müssen wir zuerst eine tragfähige Verfassungsgrundlage schaffen, gestützt darauf dann ein entsprechendes Gesetz erlassen, und erst dann haben wir eine Lösung, die wirklich zu tragen vermag. Die politische Erfahrung zeigt, dass sogar bei beschleunigtem Vorgehen und beim besten Willen beider Räte eine Verfassungsänderung, mit der notwendigen Volksabstimmung, so schnell nicht in Kraft gesetzt werden kann und dass danach die Finanzierungsalternativen so einfach nicht umzusetzen sind. Sowohl der Weg über die Mehrwertsteuer als auch möglicherweise der Weg über eine Energiesteuer sind nach wie vor heikle, gefährliche Wege, die recht umstritten sind. Realistischerweise, und das hat dann auch zu diesem Antrag geführt, müssen wir dem Bundesrat eine gewisse Zeit einräumen, müssen wir der Vorgabe eine gewisse Kontinuität verleihen. Von einer Perpetuierung kann auch bei vier Jahren nicht die Rede sein. Spätestens in vier Jahren – das ist eine realistische Frist – muss der Bundesrat wieder an uns herantreten, muss uns eine neue Lösung vorschlagen. Wie Herr Schiesser schon gesagt hat, ist unsere Kommission auch bereit, eine solche Lösung noch durch einen parlamentarischen Vorstoss gezielt zu unterstützen. Aber die vier Jahre sind aus vernünftigen Gründen zu gewähren.
Deshalb lade ich Sie ein, dieser Bestimmung in der Fassung der SGK zuzustimmen.

Schiesser Fritz (R, GL): Ich möchte noch zwei Punkte anfügen, die man bei der Beurteilung dieser Frage nicht ausser acht lassen sollte.
1. Es handelt sich um eine blosse Kompetenz des Bundesrates, den Satz zu erhöhen. Ursprünglich war ich gleicher Auffassung wie Herr Gemperli, habe mich dann aber eines bessern belehren lassen. Wenn sich die Situation vor dem 31. Dezember 1999 grundlegend ändern sollte, wird der Bundesrat sicher unter Druck geraten, diesen Satz wieder zurückzunehmen.
2. Frau Beerli hat in ihrem Einführungsreferat dargelegt, wie hoch die Schulden der Arbeitslosenversicherung sind. Diese Schulden müssen irgendeinmal abgetragen werden. Nach dem Antrag der WAK werden sie zwar nicht mehr so stark anwachsen, aber einen Beitrag zur Schuldentilgung leistet der Antrag der WAK nicht.
Aus diesem Grund bitte ich Sie, für den Antrag der SGK zu stimmen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral se rallie avec conviction à la formule qui nous est proposée par M^me^ Beerli et par la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil des Etats.
En effet, vous pouvez bien imaginer que le Conseil fédéral a déjà fait les calculs. Il sait que toute augmentation de 0,1 pour cent de la cotisation signifie 180 et quelques millions de francs supplémentaires payés par les caisses. Par conséquent, s'il propose, par le projet de loi que nous avons ici, de passer de 2 à 3 pour cent, le Conseil fédéral sait que, du côté des employeurs – puisqu'il s'agit de cotisations paritaires –, c'est cinq fois 180 millions de francs qui sont prélevés sans aucune contre-prestation économique, et par conséquent un alourdissement unilatéral de notre capacité compétitive par rapport à nos concurrents étrangers. Dans le même temps le Conseil fédéral sait aussi que c'est cinq fois 180 millions de francs qu'il retire du pouvoir d'achat des travailleurs. Il est bien évident que cette politique de Gribouille, imposée par les nécessités financières, le Conseil fédéral la limitera, autant que possible, et qu'il ne la fera jouer que sous l'empire des nécessités. C'est la raison pour laquelle, à l'article 4 alinéa 2, il a dit: «Au besoin, le Conseil fédéral peut réduire le taux de cotisation ou l'augmenter jusqu'à 3 pour cent au maximum.» «Au besoin», c'est d'ailleurs également cette expression qui figure dans le droit actuel pour la limite de 2 pour cent, et vous reconnaîtrez que le Conseil fédéral n'a recouru à la limite des 2 pour cent du droit actuel qu'en ultima ratio, lorsque véritablement le déséquilibre du financement était accompli et qu'il fallait y remédier. La garantie que le Conseil fédéral vous a donnée par le passé, il vous l'apporte pour l'avenir. Il ne s'amusera pas avec des taux excessifs, il ne thésaurisera pas, il limitera la mesure au strict nécessaire, lorsque les conditions l'imposent.
La Commission de la sécurité sociale et de la santé publique a cependant préféré – parce que, avec ce Conseil fédéral, il faut quand même être prudent, même s'il est animé de bons sentiments! – proposer de limiter la durée jusqu'en 1999. Le Conseil fédéral accepte cette limitation, parce que nous espérons deux choses: d'abord qu'il ne sera plus besoin de recourir à cette limite supérieure de la cotisation à 3 pour cent parce que, entre temps, la situation économico-sociale se sera améliorée, et surtout que la troisième révision de la loi, celle dont j'ai parlé dans mon introduction, aura pu se mettre en place, avec une modification éventuelle de la constitution à la clé. Dès lors, ce délai est un délai convenable. En revanche, le délai proposé par la CER est un délai trop bref, d'à peine deux ans si le projet de révision ne déploie ses effets que dans le courant de 1995, tous référendums éventuels consommés. Nous ne serons pas à même, à fin 1995, de proposer une véritable révision, et pour peu que, malheureusement, la situation économique l'impose, nous nous retrouverions Gros-Jean comme devant, avec une impossibilité de poursuivre cette perception.
C'est cet argument de sécurité du droit, non pas de confort pour le Conseil fédéral – je vous l'affirme: à la première embellie de l'économie, dès que cela sera possible, il diminuera ce taux, c'est évident, l'intérêt de l'économie est à ce prix –, qui milite en faveur de ce délai fixé à 1999 que nous propose la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique. Je vous invite à la suivre.

Art. 4
Angenommen – Adopté

Art. 120a

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 22 Stimmen
Für den Antrag der WAK 15 Stimmen

Art. 13 Abs. 2bis, 2ter (neu)
Antrag der Kommission
Abs. 2bis
Zeiten, während denen Versicherte keine beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben, weil sie sich der Erziehung von Kindern unter 16 Jahren widmeten, werden als Beitragszeiten angerechnet, sofern die Versicherten
a. vor der Erziehungsperiode eine beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben und
b. im Anschluss an die Erziehungsperiode aufgrund einer wirtschaftlichen Zwangslage gezwungen sind, eine unselbständige Erwerbstätigkeit aufzunehmen.
Abs. 2ter (neu)
Eine wirtschaftliche Zwangslage liegt vor, wenn das anrechenbare Einkommen der Versicherten und ihrer Ehegatten einen vom Bundesrat festgelegten Grundbetrag nicht erreicht. Der Bundesrat legt den anrechenbaren Teil des Vermögens fest.

Art. 13 al. 2bis, 2ter (nouveau)
Proposition de la commission
Al. 2bis
Compte comme période de cotisation la période durant laquelle l'assuré n'a pas exercé une activité soumise à cotisation parce qu'il s'est consacré à l'éducation d'enfants de moins de 16 ans, lorsque l'assuré:
a. a exercé une activité soumise à cotisation avant la période éducative; et
b. est contraint de reprendre une activité salariée à l'issue d'une période éducative par nécessité économique.
Al. 2ter (nouveau)
Il y a nécessité économique lorsque le revenu considéré de l'assuré et celui de son conjoint n'atteignent pas une limite fixée par le Conseil fédéral. Le Conseil fédéral détermine la part de la fortune à prendre en considération.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Frauen, die im Anschluss an die Erziehung von Kindern wieder arbeiten müssen, finden als Folge der Arbeitsmarktlage heute oft keine Stelle. Auch wenn sie alle übrigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllen, sind sie gegen Arbeitslosigkeit nicht versichert, da sie in den vergangenen zwei Jahren in der Regel keine beitragspflichtige Beschäftigung nachweisen können. Einem alten Postulat weiter Kreise – vor allem von Frauenorganisationen – entsprechend, schlägt der Bundesrat vor, diese Versicherungslücke zu schliessen und damit eine indirekte Diskriminierung der Frauen zu beseitigen. Dabei sollen die Erziehungszeiten wie Beitragszeiten angerechnet werden – im gleichen Sinne, wie es bereits für Personen gilt, die wegen Militärdienst keine genügenden Beitragszeiten nachweisen können. Ihre Kommission hat die bundesrätlichen Lösungsvorschläge übernommen, aber in dreifacher Hinsicht ergänzt:
1. Die Anrechnung gilt nur, wenn die Kindererziehung tatsächlich kausal für die fehlenden Beitragsjahre ist. Das Kriterium: Man hat schon vor der Zeit der Kindererziehung als Arbeitnehmerin gearbeitet.
2. Es muss im Anschluss an die Kindererziehung ein wirtschaftlicher Zwang zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bestehen. Es werden Einkommensgrenzen festgesetzt, und es gilt die Anrechnung eines Einkommens aus Vermögen. Dem Bundesrat wird die Kompetenz erteilt, diese Grenzen festzusetzen.
3. Im Gegensatz zum Bundesrat hat Ihre Kommission nicht nur die Erziehung eigener Kinder, sondern ebenfalls von Pflegekindern und Stiefkindern begünstigen wollen; sie will also auch die sogenannte soziale Elternschaft einbeziehen.
Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Schmid Carlo (C, AI): Ich opponiere nicht, sondern ich weise Sie auf Artikel 13 Absatz 2ter (neu) hin. Ich habe ihn mit entsprechendem Interesse gelesen und bin erstaunt, dass die SGK oder auch die WAK diesen Grundsatz, der in Absatz 2ter enthalten ist, nicht generell durchgezogen haben, und zwar deswegen: Wenn Sie diese Gedanken zu Ende denken, dann ergibt sich daraus natürlich eine separate Kategorie von Arbeitslosenversicherungsbezügern in einer Art und Weise, wie sie eigentlich generalisiert werden müsste.
Hier gehen Sie vom Tatbestand aus, dass eine Ehefrau mit einem Ehemann in einer Familiengemeinschaft lebt und nur dann Arbeitslosenversicherungsgeld erhalten solle, «wenn das anrechenbare Einkommen der Versicherten und ihrer Ehegatten einem vom Bundesrat festgelegten Grundbetrag nicht erreicht». Weiter heisst es: «Der Bundesrat legt den anrechenbaren Teil des Vermögens fest.» Jetzt gehen wir einmal hin und generalisieren das und nehmen den Fall eines Direktors einer Unternehmung, der im gegenseitigen Einverständnis zur Türe gebeten wird, ein «golden shake hands» mit 300 000 Franken entgegennehmen kann und dann auf der anderen Seite der Strasse stempeln geht.
Wenn Sie den Absatz 2ter generalisieren würden, dann wäre dieser grobe Missbrauchsfall nicht möglich. Wenn Sie diesen Fall nehmen, dann wären auch all jene stossenden Fälle weg vom Fenster, wo Leute von ihrem Vermögensertrag leben können und trotzdem das Recht haben zu stempeln, nur deswegen, weil man offenbar der verkehrten Ansicht ist, Arbeitslosenversicherungsgelder seien quasi Wiedergutmachung eines «tort moral», eine Genugtuung, welche deswegen geschuldet ist, weil jemand in seinen persönlichen Beziehungen beeinträchtigt ist, weil er keine Arbeit habe.
Ich glaube, das vermögen wir nicht mehr, das geht weit über das hinaus, was wir noch zu leisten im Stande sind. Arbeitslosenversicherungsentschädigungen sind zur Absicherung der materiellen Existenz notwendig.
Dieser Absatz 2ter ist in fast exemplarischer Art und Weise gelungen. Ich wäre dankbar, wenn vielleicht im Zweitrat auf diesen Absatz 2ter zurückgekommen und eine generelle Regelung daraus gemacht würde.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Eine kurze Entgegnung: Wir sprechen hier über die Arbeitslosenversicherung – mit Betonung auf Versicherung –; alle Personen, auf die Herr Schmid jetzt generalisiert diesen Grundsatz angewendet haben möchte, haben Versicherungsbeiträge bezahlt. Also können sie nicht mit den Frauen gleichgesetzt werden, die wir begünstigen möchten, obschon sie keine Beiträge bezahlt haben, wir ihnen aber die Zeit, während der sie Kinder erzogen haben, honorieren möchten. Diese Fälle können nicht genau gleich behandelt werden.

Simmen Rosmarie (C, SO): Herr Schmid Carlo hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) angesprochen. Ich möchte ihm darauf Antwort geben. Die WAK war die erste, die die Vorlage beraten und sich in einem sehr frühen Zeitpunkt grundsätzlich befürwortend über den Tatbestand ausgesprochen hat: Es soll möglich sein, dass Frauen Beitragslücken, die wegen Erfüllung ihrer Erziehungspflichten entstanden sind, angerechnet bekommen – in Analogie z. B. zu den Beitragslücken, die bei Männern entstehen, wenn sie Militärdienst leisten. Ich kann nicht zur weiteren Formulierung Stellung nehmen, die erst als Antrag der SGK entstanden ist, vor allem kann ich mich nicht im Namen der Kommission zu Absatz 2ter aussprechen: Wir haben ihn nicht diskutiert. Ich möchte aber persönlich das unterstreichen, was Frau Beerli gesagt hat. In dieser Revision geht es um die Arbeitslosenversicherung. Alle weitergehenden Änderungen – allenfalls Modelländerungen, sei das eine Teilprivatisierung, seien es andere Änderungen – müssen Gegenstand der nächsten Revision sein.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Devant l'oecuménisme des porte-parole des deux commissions, le Conseil fédéral vous propose de suivre les propositions concernant l'article 13 alinéas 2bis et 2ter, qui ont pour avantage de préciser l'application d'un principe incontournable.

Monsieur Schmid Carlo, il n'est pas tout à fait exclu que, lorsqu'on procédera à la révision plus complète et ultérieure, on ne procède pas à ce changement constitutionnel que vous appelez de vos voeux. Mais, pour l'instant, je crois que c'est bel et bien le principe sur lequel nous devons nous arrimer. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral vous propose de vous rallier à la proposition des deux commissions.

Angenommen – Adopté

Art. 14 Abs. 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der WAK
.... von längstens zwölf Monaten keinen Anspruch ....

Art. 14 al. 4
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la CER
.... un délai d'attente de douze mois au plus ....

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 14 Absatz 4 ist eine der Bestimmungen, mit denen – als Korrelat zu der in den Artikeln 3 und 4 erhöhten Solidarität – dem Missbrauch verschärft entgegengetreten werden soll. Die Einführung einer verlängerten Wartefrist von maximal 6 Monaten statt wie bisher 20 Tagen soll drei Probleme lösen.
1. Unterbrüche in der Schulausbildung, z. B. die Zeit von der Maturität bis zum Studienantritt, sollen nicht mehr über die Arbeitslosenversicherung bezahlt werden können.
2. Schulabgänger sollen nicht mehr die Möglichkeit haben, anstelle eines Lehrantritts sofort Arbeitslosenentschädigung zu beziehen, die ein Mehrfaches des Lehrlingslohnes ausmacht.
3. Studienabgänger sollen durch den vorübergehenden Ausschluss vom Anspruch auf Taggelder dazu bewegt werden, Praktikumsstellen anzutreten.
Zuhanden der Materialien ist noch festzustellen: Der Wortlaut der Bestimmung würde eine Verlängerung der Wartezeit auch für weitere Gruppen zulassen. Die Absicht des Bundesrates und Ihrer Kommission ist es jedoch, genau die Gruppen einzubeziehen, die ich genannt habe, nämlich die Gruppen, die in Artikel 14 Absatz 1 Litera a erwähnt sind.
Die SGK hat dieser Verlängerung auf 6 Monate mit einer sehr grossen Mehrheit zugestimmt. Die WAK stellt wiederum einen Antrag, nämlich für eine Verlängerung auf 12 Monate. Hier ist es eine Frage des Ermessens, ob man 6 oder 12 Monate wählen will. Die SGK ist der Meinung, dass wir mit 6 Monaten die richtige Frist gewählt haben.

Simmen Rosmarie (C, SO): Die WAK stellt Ihnen den Antrag, für gewisse Gruppen, die der Bundesrat bestimmt, diese Frist zu verlängern. Wir sind ausdrücklich nicht der Meinung, dass dies für Leute der Fall sein soll, die z. B. infolge Krankheit, Unfall, Mutterschaft, Aufenthalt in einer Anstalt oder im Ausland die Beitragszeit nicht erfüllen können, sondern dass die Frist lediglich für jene Fälle, die heute in der Bevölkerung grossen Unmut erregen, auf maximal 12 Monate erstreckt werden könnte. Es soll sich also nicht um eine generelle Erhöhung handeln, sondern um ein Heraufschieben der Grenze auf maximal 12 Monate.
Die WAK kam aus folgenden Gründen zu dieser Befristung: Heute ist es in verschiedenen Kantonen so, dass die Maturaprüfungen Anfang des Jahres oder sogar im Dezember stattfinden. Es entsteht so eine Wartefrist, die durch die 6 Monate nicht abgedeckt würde, so dass es eine längere Frist braucht. Allerdings ist die WAK der Meinung, dass die Kantone aufgerufen sind, Verhältnisse zu schaffen, die nicht zum Missbrauch der Arbeitslosenversicherung geradezu einladen.

Plattner Gian-Reto (S, BS): Als jemand, der mit Ausbildung zu tun hat und Studenten ausbildet, möchte ich doch davor warnen, hier übers Ziel hinaus zu schiessen. Ich habe den Eindruck, dass insbesondere der Antrag der WAK wieder ein Beispiel für eine Unmutsgesetzgebung ist, also Akzeptanzgesetzgebung, wie wir es leider in der letzten Woche auch bei den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht zum Teil gemacht haben. Man hat einem Unmut nachgegeben, ohne sich, meiner Meinung nach, zu überlegen, ob das nun wirklich verhältnismässig sei. Das gleiche wäre hier der Fall, wenn man dem Antrag der WAK nachgäbe.
Sehen Sie, für jemand, der in der Ausbildung steht, ist die Ausbildung auch Arbeit, und zwar harte Arbeit. Es ist Tatsache, dass man in dieser Zeit keine Arbeitslosenprämien zahlen kann, was dazu führt, dass man keinen Anspruch auf die entsprechende Versicherung hat, falls man keine Arbeit findet. Das ist eher ein Fehler des Gesetzgebers: Im Hinblick auf die AHV ermöglicht man den Studenten und den Auszubildenden, wenn sie das richtige Alter haben, nämlich auch, ihre Beiträge zu zahlen, sonst hätte man aus dem gleichen Grund auch dort Beitragslücken.
Schauen Sie an, was jetzt in Frankreich passiert. Das ist ja im Grunde genommen dieselbe Idee, die die Regierung Balladur mit diesem Mini-Smic, also mit diesem Mini-Mindestlohn durchgesetzt hat, der noch einmal tiefer liegt als der Mindestlohn – genau mit der gleichen Begründung, wie sie Frau Beerli vorgetragen hat: man solle die Leute zwingen, schlechtbezahlte Praktikumsstellen anzutreten. Entweder gibt es keine Jugendarbeitslosigkeit: Dann sind diese Maturanden einfach faule Kerle oder faule Frauen, und dann soll man ihren Missbrauch verhindern, indem die Arbeitsämter ihnen Arbeiten zuweisen und dann die Unterstützung streichen, wenn sie diese Arbeit nicht annehmen. Oder es gibt eben Jugendarbeitslosigkeit, die jungen Leute können nicht arbeiten, und dann sähe ich überhaupt keinen Grund, ihnen nun ein ganzes Jahr lang den Anspruch auf eine solidarische Abgeltung der Not der Arbeitslosigkeit zu verweigern.
Ich bitte Sie also, allenfalls beim SGK-Antrag zu bleiben, aber keinesfalls den WAK-Antrag anzunehmen.

Delalay Edouard (C, VS): J'aimerais, à cet article 14 alinéa 4, poser quelques questions à M. Delamuraz, conseiller fédéral. On fait état ici des «personnes libérées des conditions relatives à la période de cotisation». Je pense que tout ce texte veut toucher le cas de ces jeunes, dont vous avez fait état lors de vos réponses à l'entrée en matière, qui vivent d'ailleurs souvent chez leurs propres parents et qui reçoivent aujourd'hui assez facilement une indemnité de l'assurance-chômage. Il peut s'agir soit d'étudiants après un diplôme ou après une maturité, soit de jeunes travailleurs qui quittent ou qui perdent leur emploi.
Alors, ma question au Conseil fédéral est celle-ci: est-ce que vous pouvez déjà nous donner quelques renseignements sur la manière d'appliquer cette disposition de l'article 14 alinéa 4? En effet, je m'interroge sur le point suivant: comment est-ce qu'on peut raisonnablement distinguer, parmi les jeunes qui viennent d'obtenir une maturité, entre ceux qui prolongent volontairement le temps qui les sépare de la suite de leurs études et ceux qui, véritablement, voudraient travailler et qui ne trouvent pas de travail? Il y a là pourtant une distinction à faire.
Il m'intéresserait également de connaître les intentions du Conseil fédéral quant au délai d'attente si nous adoptons ce délai de 6 mois ou si nous adoptons le délai de 12 mois. Je pense que l'attitude du Conseil fédéral, puisqu'il conserve un choix à l'intérieur de ce délai, sera différente selon qu'il est au maximum de 6 mois ou de 12 mois. Je crois que de la réponse que vous donnerez sur vos intentions, nous pourrons peut-être mieux apprécier la portée de cette disposition de l'article 14 alinéa 4 et décider mieux quant à ces propositions de délai d'attente de 6 mois ou de 12 mois.
Je pense que nous sommes tous ici d'avis qu'il s'agit de lutter contre les abus que nous connaissons aujourd'hui dans certains cas, mais nous ne voudrions pas le faire au détriment de l'équité. Alors, de vos réponses dépendra aussi notre décision concernant les deux propositions des commissions qui nous sont présentées.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: De qui s'agit-il tout d'abord? Il s'agit des personnes qui sont en fin de scolarité ou en fin d'études. Actuellement, le droit actuel fixe un délai d'attente de 20 jours au maximum, fixé par le Conseil fédéral, ce qui est notoirement insuffisant, ce qui ne constitue bien entendu pas un abus, dès lors qu'il est inscrit dans la loi, mais ce qui heurte un certain sens commun et une certaine solidarité générale, telle que l'entendent, et les travailleurs et – permettez-moi l'expression – les vrais chômeurs par rapport à cette catégorie.
C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral a proposé un délai prolongé à 6 mois au maximum, étant entendu que l'effet compensatoire qui en résultera serait, d'après ce que nous pouvons constater, non négligeable. Sur un total de quelque 10 000 personnes – c'est l'appréciation que j'ai sous les yeux – libérées de l'obligation de cotiser, quelque 6500 terminent des études. On peut imaginer que la moitié de cet effectif fera valoir ses droits aux prestations. Il en résultera donc une économie, si le Conseil fédéral va au maximum de 6 mois, de l'ordre de 23 millions de francs par année. Mais ce qui me paraît plus important encore que l'économie réalisée, c'est l'aspect moral du problème, et c'est cette nécessité d'assumer un peu de la charge que la collectivité n'a pas à assumer d'entrée de cause, mais que la famille peut, en relais, prendre à son compte.
Si je dis que c'est quelque 50 pour cent d'entre elles qui feront valoir leurs droits aux prestations, c'est que cela correspond aux mesures que nous avons pu faire. Il y a en effet, dans l'état actuel des choses, avec ce délai pourtant fort bref, un certain nombre de jeunes qui veulent s'octroyer une petite période de réflexion ou de loisir, avant que de véritablement rechercher un travail.
La manière de contrôler cela – c'était votre première question, Monsieur Delalay –, d'après ce que j'en sais, est possible. Elle est le fait des bureaux communaux du travail qui enregistrent et qui peuvent avoir la démonstration, chez celui qui revendique le versement de la prestation, qu'il a bel et bien été chercher des emplois et qu'il ne les a pas obtenus, comme, je dirai, un chômeur ordinaire qui a été congédié en cours d'emploi. Donc, sur ce problème, sans doute n'atteindra-t-on jamais la sécurité absolue, mais les méthodes de contrôle pour éviter un coulage invraisemblable existent. C'est le premier point.
Est-ce que, avec un délai de 6 mois – j'en reste toujours au délai proposé par le Conseil fédéral –, on aura les mêmes proportions qu'avec 20 jours, on peut imaginer qu'elles soient un peu moindres de la part de ceux qui renoncent à une prestation, parce que renoncer à une prestation pendant 20 jours ou pendant 6 mois, c'est évidemment une autre histoire. Mais on peut imaginer que, malgré tout, ceux qui souhaitent reprendre un peu leur souffle, notamment après les études, pour se lancer ensuite seulement dans une carrière professionnelle, existent et sont relativement nombreux. Voilà pour les conditions de fonctionnement de ce système, et voilà à qui il est destiné.
Maintenant, le choix entre les deux solutions des deux commissions: 6 mois ou 1 année. J'ai dit à la CER que je n'étais pas fondamentalement opposé à la limitation de 12 mois de ce délai-cadre, dans la mesure où cela permettrait de décanter encore plus sérieusement et de détecter les abus d'une manière peut-être plus complète encore qu'après un seul délai de 6 mois. Mais j'ai surtout dit que je n'étais pas opposé à un délai de 12 mois, dans la mesure où à l'alinéa 4 de cet article 14 on parle d'un délai de 6 mois ou de 12 mois «au plus». C'est donc un plafond et s'il devait se réaliser, après un certain temps d'adaptation et de rodage de la nouvelle loi, que le terme de 6 mois est encore insuffisant, la disposition d'un terme de 12 mois pourrait être un élément de souplesse en main du Conseil fédéral.
C'est la raison pour laquelle – car les deux commissions ont travaillé simultanément, et je n'étais pas toujours présent à l'une et à l'autre, mais en tout cas ici je me rappelle l'avoir dit à la commission présidée par M[me] Simmen – je ne m'opposerai pas à un délai maximum de 12 mois, dans la mesure où c'est un maximum. Je pense que l'usage que j'en proposerai au Conseil fédéral, si la solution de la CER est retenue, serait limité et au début on se roderait avec un délai fixé à 6 mois, peut-être à 8 mois, enfin quelque chose qui n'aille pas au maximum d'entrée de cause. Un délai d'observation nous permettrait de contrôler la situation et si, véritablement, nous constations une ruée vers l'or qui rende le délai de 6 mois insuffisant, nous pourrions alors utilement, ayant cette poire pour la soif, pousser un peu plus haut, voire jusqu'à 12 mois au maximum.
C'est dans cet esprit que je me suis exprimé et que je réponds en particulier aux questions que vient de me poser M. Delalay.
J'ai été sensible au fait que M. Plattner ne souhaite pas, pour moi, le samedi après-midi, des démarches antiballadurienes de 30 000 manifestants vociférant sous les murs du Palais fédéral!
Personnellement, je vous demande, en tout cas, de voter la proposition d'augmenter de 20 jours à 6 mois le délai de carence. Si vous allez au-delà, je pense que ce serait une bonne chose pour la souplesse de l'adaptation de l'instrument, et je vous dis que je ne ferai pas usage, et que le Conseil fédéral ne fera pas usage d'entrée de cause des 12 mois qui lui seraient octroyés. Il ne le ferait qu'au vu d'une expérience de quelque temps si un délai plus court se révèle insuffisant.
Voilà dans quel sens je peux me rallier à la proposition maximum de la CER.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der WAK 21 Stimmen
Für den Antrag der Kommission 17 Stimmen

Art. 15 Abs. 4 (neu)
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 15 al. 4 (nouveau)
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 15 Absatz 4 ist unbestritten; Arbeitslose sollen kurzfristig und ohne administrative Umtriebe zur Mithilfe in Arbeitslosenprojekten beigezogen werden können.

Angenommen – Adopté

Art. 16
Antrag der Kommission
Abs. 1, 2 Bst. a–g
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2 Bst. h (neu)
Mehrheit
h. dem Arbeitslosen einen Lohn einbringt, der um mehr als 10 Prozent unter der ihm zustehenden Arbeitslosenentschädigung liegt, es sei denn, der Versicherte erhalte Kompensationsleistungen nach Artikel 24 (Zwischenverdienst);
Minderheit
(Onken)
h. .... einbringt, der unter der ihm zustehenden Arbeitslosenentschädigung ....

Abs. 2 Bst. i (neu)
i. in einem Betrieb auszuführen ist, der Entlassungen zum Zwecke vorgenommen hat, Neu- oder Wiedereinstellungen zu wesentlich schlechteren Arbeitsbedingungen vorzunehmen.

Abs. 3
Mehrheit
.... nicht mehr anwendbar. (Rest des Absatzes streichen)
Minderheit
(Roth, Meier Josi, Onken, Simmen)
Ablehnung des Antrages der Mehrheit

Abs. 4
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Frick
Abs. 3
Hat die Arbeitslosigkeit länger als acht Monate gedauert .... nicht mehr anwendbar. (Rest streichen)

Art. 16
Proposition de la commission
Al. 1, 2 let. a–g
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2 let. h (nouvelle)
Majorité
h. procure au chômeur une réunération de plus de 10 pour cent inférieure à l'indemnité de chômage à laquelle il a droit, à moins que l'assuré ne touche des indemnités compensatoires conformément à l'article 24 (gain intermédiaire);
Minorité
(Onken)
h. procure au chômeur une rémunération inférieure à l'indemnité ....

Al. 2 let. i (nouvelle)
i. doit être exécuté dans une entreprise qui s'est livrée à des licenciements aux fins de réengagement ou de nouveaux engagements à des conditions nettement plus précaires.

Al. 3
Majorité
...., n'est plus applicable. (Biffer le reste de l'alinéa)
Minorité
(Roth, Meier Josi, Onken, Simmen)
Rejeter la proposition de la majorité

Al. 4
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Frick
Al. 3
Après huit mois de chômage, ... n'est plus applicable. (Biffer le reste)

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Dieser Artikel stellt einen der Kernpunkte der Revision dar und ist ebenfalls ein Korrelat zu der in den Artikeln 3 und 4 mit der Heraufsetzung des beitragspflichtigen Lohnes und der Lohnprozente geforderten Solidarität.
Rein materiell bringt die Neuformulierung von Artikel 16 nicht viel Neues. Eine Ausnahme ist die Tatsache, dass eine Arbeit neu auch dann als zumutbar erklärt wird, wenn der Verdienst niedriger ist als die Arbeitslosenentschädigung. Die Neuformulierung drückt jedoch den Willen des Gesetzgebers klarer aus und ergibt darum eine bessere Grundlage für den Vollzug.
Ihre Kommission ist – dies sei der absatzweisen Behandlung vorangestellt – überzeugt davon, dass Arbeit nie unwürdig ist. Ein Mensch zeichnet sich dadurch aus, wie er eine ihm gestellte Augabe erfüllt, und nicht dadurch, welche Arbeit er tut. Wir gehen zudem davon aus, dass es die Arbeitgeber schätzen und hoch anrechnen, wenn jemand, anstatt arbeitslos zu sein, für eine Überbrückungszeit während der weiteren Arbeitssuche einer Tätigkeit nachgeht, die nicht ganz seiner Ausbildung und/oder seinem bisherigen Einsatz entspricht. Ein solches Vorgehen eines Arbeitssuchenden beweist Dynamik, Einsatzwillen und Flexibilität, alles Eigenschaften, auf die wir im Wirtschaftsleben dringend angewiesen sind.
Nun zu Absatz 1: Hier wird die Formulierung der bisherigen Bestimmung umgekehrt und als Grundsatz die Annahme jeder Arbeit als zumutbar erklärt.
In Absatz 2 werden dann die Ausnahmen vom Grundsatz aufgelistet, d. h., es wird dargelegt, welche Arbeiten als unzumutbar eingestuft werden.
Zu Absatz 2 Buchstabe a habe ich keine Bemerkungen; er entspricht dem bisherigen Absatz 1 Buchstabe a.
Zu Absatz 2 Buchstabe b: ebenfalls keine Bemerkungen; er entspricht dem bisherigen Absatz 1 Buchstabe b. Ich möchte jedoch gerade an dieser Stelle darauf hinweisen, dass in Absatz 3 verankert wird, dass Absatz 2 Buchstabe b nach einer Arbeitslosigkeit von mehr als vier Monaten nicht mehr anwendbar ist. Ich werde bei Absatz 3 nochmals darauf zurückkommen.
Zu Absatz 2 Buchstaben c, d und e: keine Bemerkungen.
Zu Absatz 2 Buchstabe f: In Artikel 17 der Verordnung ist heute festgehalten, dass die zumutbare tägliche Fahrzeit mit dem öffentlichen Verkehrsmittel für den Hin- und Rückweg zwei Stunden beträgt. In Absatz 2 Buchstabe f erhöhen wir nun diese zumutbare Fahrzeit mit dem öffentlichen Verkehrsmittel für den Hin- und Rückweg auf vier Stunden. Angesichts der heutigen Situation erscheint diese Erhöhung der Kommission angemessen. Die Kommission geht jedoch davon aus, dass eine Fahrzeit von vier Stunden nur in einigen wenigen Grenzfällen zu Anwendung gelangen wird. In Buchstabe f ist – und dies erscheint uns wichtig – über die Bedingung, dass am Arbeitsort eine angemessene Unterkunft vorhanden ist, ebenfalls verankert, dass die Annahme einer Saisonstelle als zumutbar gilt.
Absatz 2 Buchstabe g entspricht der heutigen Praxis und ist von den Sozialpartnern anerkannt.
Absatz 2 Buchstabe h (neu): Bei der Vorbereitung des Referates und in Gesprächen mit verschiedenen Personen habe ich festgestellt, dass das, was die Mehrheit Ihrer Kommission wollte, in dem nunmehr vorliegenden Buchstaben h vielleicht etwas missverständlich formuliert wurde. Ich werde versuchen, Ihnen darzulegen, was die Kommissionsmehrheit mit der Einfügung dieses Buchstabens beabsichtigt. Es wird dem Zweitrat überlassen sein, eventuell eine griffigere Formulierung zu finden.
Gleich zu Beginn: Es ging der Kommissionsmehrheit nicht darum, wie man dies fälschlicherweise aus der Formulierung herauslesen könnte, von Anbeginn an die Annahme einer Stelle mit einem bis zu 10 Prozent unter der Arbeitslosenentschädigung liegenden Lohn als zumutbar zu erklären und den Betroffenen in diesen Fällen gleichzeitig noch vom Bezug einer Kompensationsleistung nach Artikel 24 auszuschliessen. Der vorliegende Buchstabe h soll vielmehr erst dann Wirkung entfalten, wenn die Frist zum Bezug von Kompensationsleistungen gemäss Artikel 24 – zwölf bzw. vierundzwanzig Monate – abgelaufen ist. Dies ist der Sinn des zweiten Teiles des Satzes, der lautet: «.... es sei denn, der Versicherte erhalte Kompensationsleistungen nach Artikel 24 ....»
Zweck des von Ihrer Kommission eingefügten Buchstabens h ist es, nach Ablauf der Bezugsdauer für einen Zwischenverdienst nach Artikel 24 die zu diesem Zeitpunkt besetzte Stelle nach wie vor als zumutbar zu klassieren, wenn der dort erzielte Lohn nicht mehr als 10 Prozent unter den den Betroffenen zu jenem Zeitpunkt zustehenden Arbeitslosenentschädigung liegt. Gedacht wird hier vor allem an Fälle, wo einstmals sehr gut verdienende Leute, die ihre Position verlieren, auf dem Markt keine entsprechende Stelle mehr finden. Hier soll nach Ablauf der Phase des Zwischenverdienstes auch eine Stelle als zumutbar erklärt werden, an der etwas weniger Verdienst erzielt werden kann.
Ich bitte Sie, dem Antrag der Mehrheit Ihrer Kommission zuzustimmen und die klarere Formulierung des Buchstabens h dem Zweitrat zu überlassen.
Absatz 2 Buchstabe i (neu): Mit Buchstabe i soll klar dem Lohndumping durch die Arbeitgeber entgegengewirkt werden.

Abs. 1, 2 Bst. a–g – Al. 1, 2 let. a–g
Angenommen – Adopté

Abs. 2 Bst. h – Al. 2 let. h

Onken Thomas (S, TG), Sprecher der Minderheit: Um zu verstehen, worum es bei dieser Bestimmung geht, muss man den Kontext doch noch einmal in Erinnerung rufen. Bis zum Inkrafttreten des dringlichen Bundesbeschlusses am 1. April des letzten Jahres galt eine Arbeit generell als unzumutbar, wenn sie dem Versicherten einen Lohn einbrachte, der tiefer war als die ihm zustehende Arbeitslosenentschädigung, mit anderen Worten tiefer als 80 Prozent seines versicherten Lohnes oder, je nach Degression, noch etwas tiefer. Mit dem dringlichen

Bundesbeschluss, den wir das letzte Jahr beraten haben und der auf 1. April 1993 in Kraft gesetzt worden ist, ist der erste Einbruch in dieses System erfolgt: erstens die Zurückstufung des Taggeldansatzes für eine gewisse Kategorie von Arbeitslosen auf 70 Prozent des versicherten Verdienstes und zweitens der Absatz 1bis, der in Artikel 16 eingefügt worden ist und der vorsieht, dass eine schlechter bezahlte Arbeit so lange zumutbar ist, als Kompensationszahlungen nach Artikel 24 geleistet werden. Mit anderen Worten: Der tiefere, schlechtere Ansatz wird aufgewogen, er wird durch diese Kompensationsleistungen an den Arbeitslosen sogar ein wenig übertroffen. Wenn diese Zahlungen nach sechs Monaten wegfallen, kann der Erwerbslose wieder darüber entscheiden, ob er an der Stelle bleiben und sich mit dem Arbeitgeber einigen will oder ob er wieder – weil er sonst weniger verdienen würde – sein Taggeld beziehen möchte.
Ohne abzuwarten, wie diese Regelung in der Praxis spielt, wie sie sich bewährt, ohne Auswertung und Erfahrung auf diesem Gebiet schlägt uns nun der Bundesrat bereits eine weitere Verschärfung vor, die sich meines Erachtens verhängnisvoll auswirken dürfte. Er erklärt eine Arbeit als zumutbar, auch wenn sie schlechter, vielleicht sogar viel schlechter bezahlt ist als die Arbeitslosenentschädigung, die der Versicherte erhält. Zwar bekommt er anfänglich noch Kompensationsleistungen, die die Annahme einer solchen Arbeit schmackhaft machen sollen. Aber wenn diese nach 12 Monaten wegfallen, muss er an der Stelle bleiben. Bleibt er nicht, akzeptiert er die tiefere Bezahlung nicht, macht er sich sozusagen strafbar. Dann ist die Kündigung missbräuchlich, und er wird mit der Einstellung im Arbeitslosenanspruch bestraft.
Die Kommission nun hat diesen rigorosen Eingriff etwas abgemildert, indem sie – wie Frau Beerli erläutert hat – die Litera h eingefügt und wenigstens eine untere Grenze gezogen hat: Der Lohn darf danach nicht tiefer sein als 10 Prozent unter der Arbeitslosenentschädigung. Doch auch das ist noch die Einladung zu möglichen Missbräuchen. Ich will nicht sagen, dass sie alle nützen werden, aber es ist immer noch eine Einladung zur Lohndrückerei, wie sie teils heute schon betrieben wird.
Nehmen wir einen Arbeitslosen, 30jährig, Mechaniker, keine Unterhaltspflichten, unverheiratet; er hat bis anhin 4200 Franken verdient und wird arbeitslos. Er bezieht eine Taggeldentschädigung von 70 Prozent, bekommt also 2940 Franken; 10 Prozent darunter sollen aber auch noch zumutbar sein, also ein Lohn von 2645 Franken: 4200 Franken also sein Ausgangspunkt und jetzt quasi der Zwang zu einer Arbeit für 2645 Franken. Das ist wirklich schwer begreiflich zu machen, und es ist auch eine Herausforderung, eine Bedrohung, würde ich sogar sagen, für alle die, die noch Arbeit haben, wenn sie plötzlich von Leuten konkurrenziert werden, die zu solchen Bedingungen Arbeit annehmen müssen. Da entwickelt sich eine Dynamik auf dem Arbeitsmarkt, die fatal ist. Ich habe hier kein spezielles Beispiel genommen, sondern ein beliebig vermehrbares, und ich habe noch nicht einmal die zweimal 5 Prozent Degression mit eingerechnet, die den Lohn ja nochmals drücken können.
Was erreichen wir nun mit dieser Massnahme? Ich habe in meinem Eintretensvotum schon auf das Missverhältnis von offenen Stellen und Arbeitsuchenden in der heutigen Situation hingewiesen. Das Angebot und die Nachfrage klaffen weit auseinander. Diesen arbeitslosen Mechaniker in einen Hilfsarbeiterjob zwingen, der zu solchen Konditionen bezahlt ist, ist doch doppelt unsinnig: Zum einen legen wir die berufliche Qualifikation dieses Mannes sozusagen brach; es wäre ihm wahrscheinlich viel besser mit einer individuellen Vermittlung oder mit Qualifikationsmassnahmen oder einer Umschulung gedient. Zum anderen verdrängt er wahrscheinlich einen schlechter qualifizierten Arbeitslosen, der diese offene Stelle nicht antreten kann, obwohl er geeigneter wäre. Es entsteht also auch noch ein Verdrängungsprozess, der auch wiederum zu Lasten der Schwächeren geht. Aber eine Entlastung des Arbeitslosenproblems schaffen wir auf diese Art und Weise nicht.
Der Antrag der Minderheit, den ich Ihnen hier unterbreite, ist keineswegs überrissen; er entspricht eigentlich dem, was wir mit dem dringlichen Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung letztes Jahr in Kraft gesetzt haben. Ich möchte nicht hinter das zurückgehen, nicht ohne Not; diese Regelung funktioniert ja auch in der Praxis. Sie funktioniert zufriedenstellend. Es hat mir keiner einen Nachteil, einen Mangel aufzeigen können, der bereits wieder eine nochmalige Verschärfung dieser Bestimmung erfordern würde. Man sollte diese Bestimmungen nicht ständig wechseln, nicht ständig verschärfen, es braucht auch hier eine gewisse Kontinuität und Berechenbarkeit. Wenn schon, dann muss man eine Änderung aufgrund von Erfahrungen, die man gesammelt hat, vorschlagen, aber nicht reichlich mutwillig, wie das hier gemacht wird.
Bei der bestehenden Regelung können sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch als Partner einigen. Wenn der Arbeitnehmer weniger hat und die Kompensationszahlung wegfällt, dann wird der Arbeitgeber ihm, wenn er ihn behalten möchte, auch entgegenkommen, wird ihm das bisherige Gehalt vielleicht ein bisschen aufbessern. Das ist ein partnerschaftlicher Prozess zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitsuchenden. Aber wenn der Arbeitgeber weiss, dass der Arbeitnehmer bei ihm bleiben muss, auch wenn er schlechter bezahlt wird, wenn er weniger bekommt als seine Arbeitslosenentschädigung, dann wird er eben nicht zu einem Entgegenkommen bereit sein.
Ich bitte Sie deshalb, beim heutigen Zustand auf der Grundlage des dringlichen Bundesbeschlusses zu bleiben, dem wir vor einem Jahr zugestimmt haben, und nicht schon wieder eine weitere Verschärfung vorzunehmen, die keinen einzigen Arbeitslosen von der Strasse bringt, sondern nur die soziale Unrast weiter schürt.
Ich bitte Sie also, meinem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je vous propose de suivre la majorité de la commission. Je crois que cette disposition importante de la loi révisée qui consiste à introduire des nouvelles définitions du travail convenable aura pour intérêt d'inciter les chômeurs à davantage de mobilité professionnelle et à davantage de mobilité géographique.
Elle pourra contribuer à la promotion de la réinsertion professionnelle. Bref, tout un blocage, tout un immobilisme et tout un statisme qu'engendre incontestablement le système actuel devrait trouver une solution plus mobile, plus souple, sans véritablement alors attenter le moins du monde aux intérêts primordiaux et fondamentaux du chômeur.
Dans cette perspective, les lettres h et i (nouvelles) qu'a ajoutées la commission du Conseil à cet alinéa 2, me paraissent s'inscrire dans une bonne logique. Je vous proposerai de suivre plutôt la majorité parce qu'un chômeur qui n'a pas réussi à trouver une place, après 12 mois ou après 24 mois, s'il a plus de 45 ans d'âge, pendant ce long délai de gain intermédiaire, trouvera difficilement un poste mieux rémunéré après ce laps de temps. L'assurance que nous mettons sur pied par la révision actuelle n'a pas pour but de protéger le chômeur contre cette réalité qui est, je dirai, incontournable.
Par conséquent, je souhaiterais que le projet du Conseil fédéral, qui a déjà été adouci en quelque sorte, puisse maintenant trouver sa réalisation à la lettre h par la proposition de la majorité, car, véritablement, nous nous trouvons ici devant la nécessité de disposer d'un instrument réellement efficace, et seule la proposition de la majorité confère cette efficacité à l'outil.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 26 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 5 Stimmen

Abs. 2 Bst. i – Al. 2 let. i
Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Die Mehrheit Ihrer Kommission vertritt im Gegensatz zur Kommissionsminderheit die Meinung, dass der erste Satz von Absatz 3 nicht gestrichen werden sollte. Sie will jedoch eine abschliessende Regelung der Frist und möchte dem Bundesrat keine Kompetenz zu deren Verlängerung oder Verkürzung geben. Deshalb

schlägt die Mehrheit vor, nur den zweiten Satz von Absatz 3 zu streichen.
Warum soll der erste Satz nicht gestrichen werden? Wenn Arbeitsplätze fehlen und festgestellt wird, dass bestimmte Personen nach einer gewissen Zeit keine ihnen direkt entsprechende Arbeit finden können, ist es sicher sinnvoll, dass sie eine entsprechende Tätigkeit ausserhalb ihres Berufes suchen. Bisher bestand die Weisung, dass bereits nach zwei Monaten ausserhalb des angestammten Berufes gesucht werden muss. Mit dem Bundesrat verlängert Ihre Kommission diese Frist etwas und möchte deren Regelung auf Gesetzesstufe durchführen.
Wir sind – ich habe das schon gesagt – der festen Überzeugung, dass Arbeit nie deklassiert und dass potentielle Arbeitgeber auch den Einsatz in einem andern Beruf honorieren und den dadurch bekundeten Leistungswillen anerkennen. Da ausser Litera b alle übrigen Literae von Absatz 2 auch nach Ablauf von vier Monaten in Kraft bleiben, muss nie eine Arbeit angenommen werden, die z. B. die Wiederbeschäftigung des Arbeitslosen in seinem Beruf wesentlich erschwert oder auf seine persönlichen Verhältnisse, auf seinen Gesundheitszustand oder sein Alter, keine Rücksicht nimmt.
Ich bitte Sie, der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen und dem ersten Satz von Absatz 3 zuzustimmen, also sowohl den Minderheitsantrag als auch den Antrag Frick abzulehnen.

Roth Jean-François (C, JU), porte-parole de la minorité: On est ici dans la notion du «travail convenable» qu'on veut rendre plus restrictive en obligeant les chômeurs à accepter, après quatre mois de chômage, tout emploi qui se présente, même s'il n'a pas de rapport avec la formation ou les activités antérieures du chômeur.
La minorité de votre commission vous demande d'abandonner cette mesure inadéquate. Je juge ce système pervers pour au moins quatre motifs fondamentaux que j'aimerais développer maintenant devant le Conseil.
Premièrement, cette mesure a pour effet de renvoyer le problème du chômage du haut de l'échelle sociale vers le bas. Les personnes qualifiées acceptent des emplois moins qualifiés et occupent la place de personnes qui sont formées pour cela, qui acceptent elles-mêmes des emplois moins qualifiés, ce qui finit par ne plus laisser de chances aux personnes peu qualifiées, qui ont d'ailleurs les plus grandes difficultés à retrouver un emploi et qui constituent le gros bataillon des chômeurs de longue durée. Avec cette mesure, on accentue donc ce phénomène et, aux yeux de la minorité, ce n'est pas acceptable.
Je prends un exemple: le chômage s'est gravement étendu, ce qui est un phénomène nouveau, au secteur de l'administration et des employés de bureau, puisqu'il représente 20 pour cent de l'ensemble du chômage. Les universitaires qui sont au chômage se tournent déjà, et ils se tourneront à l'avenir encore bien davantage, vers ce secteur où ils sont naturellement surqualifiés, mais où ils peuvent s'adapter, notamment dans l'informatique ou dans le travail de bureau. Il se passera donc qu'on aggravera le chômage des employés de bureau, déjà actuellement difficiles à placer.
On dit que le chômage que nous connaissons actuellement est de nature structurelle et de longue durée. Dans ces conditions, est-ce qu'il n'est pas préférable d'avoir des chômeurs, s'il faut en avoir, répartis à plusieurs échelons de qualification plutôt que d'exercer la pression du haut vers le bas, c'est-à-dire, en définitive, sur les moins qualifiés et les moins favorisés, qui constituent déjà les chômeurs de longue durée, alors que l'on sait que ce chômage de longue durée peut avoir des effets irréversibles par rapport à la réintégration dans le marché du travail?
Deuxièmement, on remet en question le système de la qualification professionnelle et de l'apprentissage. N'a-t-on pas dit et répété que le système de formation professionnelle devait être le plus efficace possible? Pour reprendre l'exemple de tout à l'heure, jugera-t-on encore longtemps, après l'introduction de ce système de déqualification, qu'il vaut encore la peine de former des universitaires pour devenir employés de bureau, et quelle motivation trouveront les employés de bureau à se former à leur profession si c'est pour se voir préférer des universitaires?
Troisièmement, les femmes seront les premières victimes de ce système. 75 pour cent des femmes assumant des tâches éducatives ont un travail à temps partiel, souvent sans qualifications particulières. Si on oblige un chômeur à accepter n'importe quel emploi après quatre mois de chômage, l'entreprise peut, à profit, regrouper des temps partiels et employer quelqu'un de mieux qualifié. Cela risque d'autant plus de se produire que le montant du salaire ne jouera plus aucun rôle, et ce n'est d'ailleurs pas un des moindres effets de cette mesure d'exercer également une pression sur les salaires.
Enfin, quatrièmement, ce système est fondé sur une prémisse erronée. Il part de l'idée qu'il y a du travail, comme d'ailleurs à propos de la dégression des indemnités, et qu'il faut par conséquent serrer la vis pour inciter les chômeurs à réintégrer le marché du travail. La minorité de la commission pense que ce raisonnement est erroné. Selon les chiffres fournis début janvier par l'Ofiamt, 184 000 chômeurs étaient inscrits auprès des offices à fin 1993. Selon les mêmes sources de l'Ofiamt, le nombre des places vacantes annoncées à fin 1993 était de 4000. On prétend bien sûr que toutes les offres ne sont pas répertoriées dans ce chiffre de 4000 et qu'elles sont en réalité bien supérieures. Faisons encore une concession: même si le nombre des places vacantes était dix fois supérieur, soit 40 000, on est encore bien loin du compte par rapport au nombre de chômeurs. On peut d'ailleurs ajouter que, dans ce triste chiffre de plus de 180 000, ne sont pas pris en compte ceux qui arrivent en fin de droit et dont la prévision pour 1994 est de 30 000.
Remettre les gens au travail, c'est bien, mais nous ne sommes pas dans une situation de plein emploi et il y a des impossibilités matérielles contre lesquelles vont se heurter les incitations les plus pressantes, et dont les moins favorisés risquent de faire les frais.
En conclusion, vous savez aussi que cette mesure est très contestée et qu'elle peut être à l'origine d'un référendum qui anéantirait d'autres mesures beaucoup plus adéquates de la loi qui ont d'ailleurs été largement reconnues ici par les membres de notre Conseil, dans le débat d'entrée en matière et dans la discussion des articles précédents.
C'est pourquoi je vous propose de renoncer à cette mesure et d'accepter la proposition de la minorité de votre commission, qui veut la biffer.

Frick Bruno (C, SZ): Sie haben nun die beiden Varianten der Kommissionsmehrheit und -minderheit gehört. Die Mehrheit will die Anforderungen an die Zumutbarkeit der Arbeit nach vier Monaten Arbeitslosigkeit herabsetzen, die Minderheit will nichts davon wissen und Absatz 3 streichen. Beide Lösungen befriedigen mich nicht, auch nachdem ich nun die Begründungen gehört habe, und ich möchte mit meinem Antrag einen Ausweg weisen. Grundsätzlich stimme ich mit der Mehrheit überein, dass nach einer gewissen Dauer der Arbeitslosigkeit eine Arbeit anzunehmen ist, auch wenn sie nicht mehr ganz den eigenen Fähigkeiten und der bisherigen Tätigkeit entspricht. Namentlich zwei Überlegungen sind es, die mich zu dieser Auffassung führen.
Zum einen sind die sogenannt höheren, anspruchsvollen Berufe gegenüber den sogenannt einfachen Berufen nicht zu privilegieren. Die Frage ist: Muss ein Hilfsarbeiter oder ein angelernter Arbeiter eine andere, auch weniger interessante Arbeit annehmen, weil diese Arbeit keine höheren Fähigkeiten verlangt, während sich der Hochschulabsolvent oder der sogenannt bessere Berufsmann darauf berufen kann, die mögliche Arbeit entspreche halt seinen hohen Fähigkeiten nicht? Das ist ungerecht, sage ich.
Zum anderen teile ich die Befürchtungen nicht, dass die besser Qualifizierten den anderen die Arbeit in grossem Masse wegnähmen. Jeder Arbeitgeber und jeder Personalchef ist zurückhaltend und weiss, dass überqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch Probleme bringen. Sie sind schwieriger zu motivieren, sie wechseln rascher die Stelle und brauchen längere Zeit, sich in einem neuen Beruf einzuarbeiten, als es der angestammte Berufsmann kann.

Doch die Lösung des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit mit einer Frist von nur vier Monaten ist wenig geglückt. Ich sehe darin etwas einseitig Konzessionen an die Arbeitgeberorganisationen.
Ich schlage Ihnen vor, die Frist auf acht Monate zu verdoppeln. Warum sind vier Monate zu kurz?
1. Es ist gerade in Zeiten grosser Arbeitslosigkeit wie heute auch für höher Qualifizierte schwierig, eine neue Stelle zu finden, und vier Monate sind sehr kurz – ich kenne solche Arbeitslose. Die hohe Arbeitslosigkeit wird ja wohl andauern, bis wir zur Totalrevision des Gesetzes kommen.
2. Wenn wir bereits nach vier Monaten die Zumutbarkeit der neuen Arbeit erheblich senken, bestrafen wir indirekt jene, welche sich die Mühe und Kosten einer besseren Ausbildung genommen haben, aber im Moment keine Stelle finden.
3. Das ist für mich der entscheidende Grund. Wer eine Arbeit annehmen muss, die nicht seiner Fähigkeit, seiner Ausbildung und seiner früheren Tätigkeit entspricht, verliert auch die Fähigkeiten in seinem angestammten Beruf. Wer ein bis zwei Jahre von seinem Beruf weg ist, ist auch weg vom Fenster, und er wird nur schwer den Anschluss im angestammten Beruf wieder finden. Absatz 1 Litera d verhindert das nicht. Darum müssen wir zurückhaltend sein und diese Frist für die Herabsetzung der Zumutbarkeit der Arbeit nicht kurz ansetzen. Sie ist nötig, aber die Frist muss genügend lange sein und darf diese Arbeitslosen nicht benachteiligen.
Aus diesen Gründen bitte ich Sie, meinem Antrag zu folgen. Er entspricht auch den Äusserungen im Rahmen der Vernehmlassung, wo eine Reihe von Kantonen eine längere Frist gewünscht haben. Ich nenne als Beispiele Basel-Stadt, Freiburg, Solothurn und Neuenburg.

Meier Josi (C, LU): Ich empfehle Ihnen aus drei Gründen, der Minderheit Roth zuzustimmen: Ich halte diesen Absatz für unnötig, bildungs- und wirtschaftspolitisch falsch und spezifisch frauenfeindlich.
1. Unnötig: Dieser Absatz wird in der Botschaft nicht einmal begründet. Es ist schlicht eine Guillotine für ein Recht des Arbeitslosen. Nach Ablauf von vier Monaten, wenn seine Arbeitslosigkeit gerade so richtig auf das Gemüt schlägt und die Reserven zur Neige gehen, darf der Versicherte den Unzumutbarkeitsgrund nach Buchstabe b nicht mehr anrufen, um z. B. eine volkswirtschaftlich unsinnige Zuweisung zu bekämpfen. Es geht ja hier nicht um höher qualifizierte Berufsausbildungen, sondern eben um andere Berufsausbildungen, die zugrunde gehen, wenn auf sie keine Rücksicht genommen wird. Kollege Frick hat eben auch darauf verwiesen. Die Weigerung des Arbeitslosen bringt dann den Verlust der Leistungen ausgerechnet in einem Moment, wo es praktisch gar keine offenen Stellen gibt! Wenn 184 000 Arbeitslosen nur 4000 freie Stellen angeboten werden, dann sollten diese auch nach den normalen Rahmenbedingungen, inklusive Buchstabe b, besetzt werden können, ohne dass man diese zusätzliche Schikane einbaut.
2. Bildungs- und wirtschaftspolitisch falsch: Wir zerstören damit unnötig alles, was wir jahrzehntelang aufgebaut haben, vor allem das Ziel des Bildungswesens, welches auf solide Fachausbildungen der verschiedensten Art ausgerichtet ist und erlaubt, Qualitätsarbeit als Standortvorteil der Schweiz anbieten zu können. Das ist bedenklich und sicher nicht regulierungswürdig.
3. Frauenfeindlich: Frauen verlieren – weil sie fast zur Gänze Teilzeitarbeiterinnen sind und auch den grössten Teil des Teilzeitpersonals stellen – mit dieser Bestimmung einen Grossteil ihrer Chance, sich wieder im Arbeitsmarkt einzugliedern, weil diese Teilzeitstellen dann – bevor ihnen der Wiedereinstieg gelingt und obwohl sie jetzt nicht einmal versichert sind – zwangsweise an Vollarbeitslose vermittelt werden.
Das halte ich alles für falsch, egal, ob es nach vier oder nach acht Monaten gelten soll. Auch nach acht Monaten ist es noch zu früh, auf die Fähigkeiten von Leuten zu verzichten und sie vielleicht sogar noch zu zerstören.
Deshalb stimme ich für den Antrag der Minderheit Roth auf Streichung.

Schiesser Fritz (R, GL): Nach den Voten der Herren Roth und Frick und von Frau Meier Josi möchte ich doch auf einen Punkt hinweisen. Absatz 3 bezieht sich auf Absatz 2 Buchstabe b. Wir haben aber in Absatz 2 noch weitere Schranken, die auch nach Ablauf dieser vier Monate bestehen bleiben. Wir haben Buchstabe c, wonach «dem Alter, den persönlichen Verhältnissen oder dem Gesundheitszustand des Arbeitslosen» Rechnung zu tragen ist. Und wir haben vor allem Buchstabe d, der eine Arbeit als zumutbar bezeichnet, sofern die Wiederbeschäftigung des Arbeitslosen in seinem Beruf nicht wesentlich erschwert würde. Insbesondere der letzten Argumentation von Herrn Frick müsste ich unter Berufung auf Buchstabe d widersprechen, weil mit Buchstabe d die Wiederbeschäftigung des Arbeitslosen in seinem Beruf auch unter diesen Verhältnissen gewährleistet werden soll.
Man muss sich aber fragen, welche Variante sinnvoller ist: Annahme einer Arbeit nach vier Monaten, die nicht den Fähigkeiten des Arbeitslosen entspricht, oder Zuwarten, bis eine entsprechende Stelle frei wird. Die erste Variante scheint mir sinnvoller zu sein.
Aus diesem Grund bitte ich Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen. Eine Frist von vier Monaten darf doch als angemessen bezeichnet werden.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Plusieurs d'entre vous l'ont dit, la question est véritablement délicate. On a vite donné l'image d'une espèce de marchand d'esclaves sans conscience ni sensibilité, dès lors que l'on touche à une matière extrêmement sensible comme celle-ci. Au risque d'être ainsi qualifié d'un peu dur, j'en reste à la solution non pas du Conseil fédéral – parce que celle-ci a déjà été modifiée par la commission –, mais à la décision de la majorité de la commission.
En effet, je constate que l'élargissement de la notion de travail convenable est souhaitée, car les salaires et les conditions de travail antérieurs ne peuvent pas, dans tous les cas, être garantis par l'assurance-chômage et c'est, bien sûr, des prestations de l'assurance-chômage que nous parlons maintenant. Je constate que cette démarche n'est pas en contradiction, comme on l'a lu extrêmement souvent, avec la volonté de qualification professionnelle, car il s'agit d'un travail limité dans le temps. Il ne s'agit pas d'un plan de carrière. Si tel était le cas, bien sûr que l'on pourrait y voir une prime à la non-formation professionnelle, ce qui irait à l'encontre de tous les principes que nous cultivons dans ce pays depuis toujours. Il s'agit d'un travail momentané, et pour quelqu'un qui est formé le danger est plus grand de ne rien faire que de travailler dans un autre domaine, le temps qu'il faudra.
Nous avons d'autre part – et j'y ai insisté tout à l'heure dans le débat général – montré que la notion de travail convenable assouplie était de nature à apporter cette souplesse qui manque actuellement au marché du travail, caractérisé par une rigidité sectorielle et par une rigidité géographique qui ne sont pas convenables.
Nous n'avons pas à gouverner, vous n'avez pas à légiférer d'après des sondages, mais j'observe quand même que lors de la consultation populaire sur l'AFU, l'arrêté fédéral urgent, du 26 septembre de l'année dernière, plus de 69 pour cent de nos concitoyens qui ont été interrogés s'attendent à davantage de mobilité de la part des chômeurs. Assurément, en en restant aux solutions actuelles et à la définition actuelle, cette mobilité ne serait pas assurée.
Voilà pourquoi, le Conseil fédéral, par rapport au droit positif qui nous régit encore, a fait cette proposition. Puis, la majorité de la commission l'a relativisée en biffant la deuxième phrase de cet alinéa 3, ce avec quoi le Conseil fédéral est d'accord. Personne ne demande le maintien intégral de la version initiale du Conseil fédéral. Puis, viennent deux propositions dont une de minorité: la proposition douce – si j'ose la qualifier ainsi –, c'est celle de M. Frick, qui se dit d'accord avec un délai, mais pas de 4 mois, plutôt de 8; et la proposition de minorité, plus absolue, celle de M. Roth, qui demande de biffer purement et simplement cet alinéa 3.
Or, j'aimerais dire, pour les raisons que je viens d'énumérer, que cette suppression pure et simple de l'alinéa 3 serait fâ-

cheuse parce qu'elle nous enlèverait une partie considérable de cette mobilité que nous attendons, et cela pour un motif un peu disproportionné puisqu'il s'agit d'un travail temporaire et pas d'un plan de carrière définitif.
Nous devons bien constater, de surcroît, que certains groupes de travailleurs, notamment les cadres, ont de grandes difficultés à réintégrer le marché du travail à leur niveau antérieur et dans leur ancienne profession. Le risque qu'ils deviennent des chômeurs de longue durée, parce que les chances de placement diminuent en fonction de la durée de chômage, est un risque que nous ne devons pas prendre en commun. Seule la disposition de la majorité de la commission nous paraît devoir l'assurer par rapport à la proposition de minorité, qui est absolue.
Au reste, et M. Schiesser l'a bien rappelé, il y a, dans cet article, à l'alinéa 1er, la lettre d qui parle bel et bien du retour du chômeur dans sa profession – ce ne sont pas des déclarations verbales –, même si le retour à sa profession est précédé d'un emploi momentané dans une autre profession. Nous n'avons donc pas là une proposition scélérate qui détournerait de leur carrière légitime – si vous me permettez l'expression – un certain nombre de chômeurs, nous avons une adaptation qui nous paraît donner au système la souplesse qui lui convient.
Quant à la proposition Frick, à l'alinéa 3, qui voudrait repousser le délai de 4 à 8 mois, il nous paraît qu'elle est excessive et qu'elle enlève précisément une partie de son efficacité à cette mesure, que la limite de 4 mois concrétise une pratique que l'on suit depuis longtemps, selon laquelle le chômeur doit rechercher un emploi aussi en dehors de sa profession après 2 mois de chômage. On aurait tendance, avec 8 mois, à allonger exagérément dans le temps le blocage et l'immobilité.
C'est la raison pour laquelle, en vous disant qu'il n'y a pas de science infuse et de solution mathématiquement démontrée, car, je le répète, le domaine est très sensible, je vous affirme que, finalement, la cote que vous propose le Conseil fédéral, amputée de sa deuxième phrase selon la proposition de la majorité de la commission, est bien taillée, harmonieuse. Cette version sauvegarde les intérêts fondamentaux du chômeur et redonne enfin à ce marché du travail un petit peu de souffle, un peu d'oxygène; actuellement il en manque décidément par trop.
Je vous suggère donc de suivre la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire
Für den Antrag der Minderheit 16 Stimmen
Für den Antrag Frick 13 Stimmen

Definitiv – Définitivement
Für den Antrag der Mehrheit 26 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 6 Stimmen

Abs. 4 – Al. 4
Angenommen – Adopté

Art. 17 Abs. 2–5 (neu)
Antrag der Kommission
Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 3
.... zu besuchen, die seine Vermittelbarkeit fördern, an Besprechungen ....
Abs. 4 (neu)
Der Bundesrat kann ältere Langzeitarbeitslose teilweise von den Versichertenpflichten entbinden.
Abs. 5 (neu)
Das Arbeitsamt kann in Einzelfällen einen Arbeitslosen einer geeigneten öffentlichen oder gemeinnützigen Einrichtung zur beruflichen, sozialen oder psychologischen Fachberatung zuweisen, sofern sich diese Massnahme aufgrund erfolgter Abklärungen als sinnvoll erweist. Diese Einrichtungen erhalten dafür eine von der Ausgleichsstelle festzulegende Entschädigung.

Antrag Büttiker
Abs. 2
.... Die Ausgleichsstelle kann .... von der Stempelkontrolle entbinden, wenn geeignete Vorkehren für die Überprüfung der Arbeitsbemühungen und eine effiziente Vermittlung getroffen werden.

Art. 17 al. 2–5 (nouveaux)
Proposition de la commission
Al. 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 3
.... professionnel, qui améliorent son aptitude au placement, de participer ....
Al. 4 (nouveau)
Le Conseil fédéral peut partiellement libérer de leurs obligations les chômeurs de longue durée âgés.
Al. 5 (nouveau)
L'office du travail peut, dans des cas d'espèce, diriger les chômeurs vers des institutions publiques ou d'utilité publique adéquates pour des consultations d'ordre psychosocial ou professionnel. Ces institutions touchent une indemnisation dont le montant est fixé par l'organe de compensation.

Proposition Büttiker
Al. 2
.... L'organe de compensation peut libérer .... de l'exécution du contrôle si des mesures appropriées sont prises pour vérifier les efforts déployés dans la recherche d'un emploi et pour assurer un système de placement efficace.

Abs. 2 – Al. 2

Büttiker Rolf (R, SO): 1. Im Entwurf des Bundesrates ist der zweite Satz von Artikel 17 Absatz 2 sprachlich nicht astrein, indem der Begriff «Stempelkontrolle» im gleichen Satz zweimal enthalten ist. Das ist mindestens redaktionell nicht ganz schön.
2. Auf eine Stempelkontrolle kann gemäss meinem Antrag nur verzichtet werden, wenn zwei Bedingungen kumulativ erfüllt sind, d. h. erstens effiziente Vermittlung und zweitens Kontrolle der Arbeitsbemühungen des Arbeitslosen. Im Entwurf des Bundesrates und im Antrag der Kommission fehlt nun die Voraussetzung der wirksamen Kontrolle der Arbeitsbemühungen. Gemäss Artikel 17 Absatz 1 muss der Arbeitslose selbst Arbeit suchen und diese Bemühungen auch nachweisen. Ich kann nur dafür sein, die Stempelpflicht aufzuweichen, wenn das Arbeitsamt in der Lage ist, neben einer effizienten Vermittlung auch noch dafür zu sorgen, dass der Nachweis der Bemühungen, eine neue Arbeit zu erhalten, auf jeden Fall auch ohne Stempelkontrolle wirksam nachgeprüft werden kann. So sehen es auch die Leute an der Front. Eine Aufsicht des Arbeitsamtes über die Arbeitsbemühungen der Arbeitslosen ist unverzichtbar. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.
Deshalb beantrage ich Ihnen, in Artikel 17 Absatz 2 zweiter Satz das Element der Kontrolle der Arbeitsbemühungen durch das Arbeitsamt einzubauen.
Ich meine, dass meine Formulierung auf jeden Fall besser ist; sie ist klarer. Ich befürchte, dass der Bundesrat argumentieren wird, dass in einer effizienten Vermittlung eben auch die Kontrolle der Arbeitsbemühungen integriert sei. Aber das ist natürlich vom Begriff her nicht unbedingt gegeben, und die Kantone sehen das zum Teil eben auch anders. Vergleichen Sie die Formulierungen; ich bin überzeugt, dass meine Formulierung diesbezüglich klarer ist und auf jeden Fall nicht schaden kann, Herr Bundesrat.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich kann in der Tat die Argumentation aufnehmen, die Herr Büttiker dem Bundesrat zuletzt in den Mund gelegt hat. Wir waren in der Kommission wirklich davon ausgegangen, dass eine effiziente Vermittlung gleichzeitig eine ebenfalls effiziente Kontrolle beinhaltet.
Der Antrag Büttiker lag in der Kommission nicht vor, ich kann daher nicht sagen, was die Kommission dazu gemeint hätte, aber ich glaube, er sagt sinngemäss dasselbe aus wie der Antrag der Kommission und der Entwurf des Bundesrates.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Le projet du Conseil fédéral, que reprend la commission, pourrait prêter à confusion si l'on n'y regarde pas de plus près, et faire imaginer que le contrôle va s'alléger, jusqu'à disparaître, dans un tel cas. Il n'en est rien.
Je suis heureux qu'au plénum, dont l'interprétation littérale des textes sera plus engageante et définitive que les procès-verbaux de commission, je puisse vous dire très clairement que le placement efficace, tel qu'il est envisagé ici, n'est pas concevable sans que l'autorité de placement ne s'assure minutieusement que la personne en question se trouve au chômage. L'élément de contrôle est donc, sinon explicitement, en tout cas implicitement contenu dans le texte de l'article 17 alinéa 2, tel que la commission, à la suite du Conseil fédéral, le propose. Par conséquent, l'adjonction selon la proposition Büttiker est superflue. Cela affaiblirait en effet la notion de placement s'il fallait encore ajouter qu'à ce placement doit se superposer un contrôle.
Je le dis une seconde fois, il y a, dans la notion du placement, très profondément et assurément comprise, la notion du contrôle, et rien ne sera opéré à la légère, à la fortune du pot, en dehors d'un contrôle minutieux qui reste la base de notre système.
Vous ne verriez pas que nous vous proposions un système qui devienne plus rigoureux sur tous les autres points, et que, sur celui-là au contraire, nous laissions faire et laissions aller. Le contrôle fait bel et bien partie fondamentalement de la notion du placement.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	18 Stimmen
Für den Antrag Büttiker	8 Stimmen

Abs. 3–5 – Al. 3–5

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Einstimmig hat die SGK Absatz 3 dahin gehend geändert, dass der Kurszweck, nämlich die Verbesserung der Vermittelbarkeit, im Text genannt wird.
In Absatz 4 hat die Kommission festgehalten, dass der Bundesrat ältere Langzeitarbeitslose teilweise von ihren Versichertenpflichten – Arbeitssuche und Stempeln – entbinden kann.
Mit grosser Mehrheit wurde ein Absatz 5 angefügt, wonach das Arbeitsamt den Versicherten in Einzelfällen auf Kosten der Versicherung eine Fachberatung zuweisen kann. Die Verwaltung rechnet mit zirka 5 Millionen Franken direkten zusätzlichen Kosten. Es ist aber präzisiert worden, dass es sich hier um Einzelfälle handelt. Man ist nämlich daran, eine interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt, Berufsberatung und Berufsbildung aufzubauen. Hierbei handelt es sich um kollektiv organisierte Massnahmen, weshalb es die Bestimmung aus Absatz 5 dazu nicht braucht. Der Absatz 5 bezieht sich effektiv nur auf Einzelfälle.

Angenommen – Adopté

Art. 18 Abs. 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 18 al. 2
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Diese Änderung ermöglicht eine bessere Flexibilisierung, die aber zurzeit nicht vorgesehen ist.

Angenommen – Adopté

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 21.40 Uhr
La séance est levée à 21 h 40

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision

Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 216 hiervor – Voir page 216 ci-devant

Art. 22 Abs. 2–5
Antrag der Kommission
Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 3
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit
(Roth, Meier Josi, Onken, Simmen)
Streichen

Abs. 4
Für Arbeitslose, deren Taggeld einen vom Bundesrat bestimmten Betrag nicht erreicht, und für Arbeitslose, die mindestens 45 Jahre alt oder invalid sind, sowie für Arbeitslose mit Unterhaltspflichten gegenüber Kindern, wird das Taggeld nicht gekürzt. ....
Abs. 5
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der WAK
Abs. 4
.... wird das Taggeld nicht gekürzt. (Rest des Absatzes streichen)

Art. 22 al. 2–5
Proposition de la commission
Al. 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 3
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité
(Roth, Meier Josi, Onken, Simmen)
Biffer

Al. 4
.... ou invalides ou qui ont des obligations d'entretien envers des enfants, l'indemnité journalière ....
Al. 5
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la CER
Al. 4
.... l'indemnité journalière n'est pas réduite. (Biffer le reste de l'alinéa)

Abs. 2 – Al. 2

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Absatz 1bis von Artikel 22 des geltenden Rechts war Bestandteil des dringlichen Bundesbeschlusses, den der Bundesrat mit der vorliegenden Teilrevision nun ins ordentliche Recht überführt. Dabei ist diese Bestimmung neu als Absatz 2 etwas einfacher und anwenderfreundlicher ausgestaltet.
Materiell neu ist dabei, dass im Gegensatz zu Absatz 1bis Buchstabe b des geltenden Rechts die beiden erwerbstätigen unterhaltspflichtigen Elternteile nicht mehr ein Taggeld in der Höhe von 70 Prozent des versicherten Verdienstes erhalten, sondern die volle, 80prozentige Entschädigung beziehen.

Angenommen – Adopté

Abs. 3, 4 – Al. 3, 4

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich spreche gleichzeitig zu Absatz 3 und Absatz 4, sie gehören zusammen und müssen gemeinsam betrachtet werden. In Absatz 3 wird die Degression geregelt, wobei eine erste Kürzung um 5 Prozent nach 125 und eine zweite Kürzung um 5 Prozent nach 250 Tagen erfolgen soll. In Absatz 4 werden dann die Fälle umschrieben, wo keine Kürzung vorgenommen wird. Der Ausnahmenkatalog ist weit und sozial ausgestaltet. Ihre Kommission hat noch den Fall der Unterhaltspflichten gegenüber Kindern neu eingefügt.
Von der Kürzung betroffen sind demzufolge lediglich Personen unter 50 Jahren ohne Unterhaltspflichten und mit einem Taggeld von über 115 Franken. Sie geraten durch eine Kürzung nicht in soziale Bedürftigkeit und sind zudem ungebunden und deshalb im Hinblick auf die Aufnahme einer Arbeit sehr mobil. Die Degression hat nichts mit einer Daumenschraube zu tun, die angezogen werden soll, sondern sie trägt der Tatsache Rechnung, dass gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten mit einer gewissen Dauer der Arbeitslosigkeit die Möglichkeit des Arbeitslosen verschlechtert wird, auf dem Arbeitsmarkt denselben oder gar einen höheren Lohn zu erzielen. Es geht also nicht darum, zu pönalisieren, sondern darum, einer eingetretenen Entwicklung Rechnung zu tragen. Die Degression wird für die Arbeitslosenversicherung jährliche Einsparungen von 100 Millionen Franken mit sich bringen.
Ich bitte Sie, dem ausgewogenen Vorschlag der Mehrheit bzw. der Kommission zu den Absätzen 3 und 4 zuzustimmen.

Roth Jean-François (C, JU), porte-parole de la minorité: La minorité de la commission vous demande de renoncer à la dégressivité des indemnités, après qu'on vient d'introduire, à l'alinéa 2, et cette fois-ci donc dans le droit ordinaire, la première réduction, pour certaines catégories de chômeurs, à 70 pour cent du dernier salaire, après aussi avoir rendu cette loi plus sévère en allongeant à douze mois plutôt qu'à six le délai de carence pour que les jeunes qui sortent d'études ou d'apprentissage puissent obtenir les indemnités de chômage, et après avoir rendu enfin très restrictive la notion de «travail convenable». Cette loi commence à devenir décidément trop pénalisante pour les chômeurs, et cette mesure qui introduit une dégressivité n'est pas adéquate, car elle risque d'être à l'origine d'un marasme social pour les raisons suivantes.
Selon les chiffres fiables de la Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, la CNA, 50 pour cent de la population active de ce pays, qui travaille à plein temps, réalise un salaire inférieur à 4000 francs par mois net. Pour une famille dont le père est au chômage, l'indemnité à 80 pour cent du dernier salaire représente 3200 francs par mois, et l'indemnité après la dégressivité qui intervient après 300 jours représente 2800 francs par mois. Par rapport aux charges de cette famille et de ces personnes, qu'est-ce qui se passe? L'expérience nous enseigne que ces gens en difficultés commencent, premièrement, par ne plus payer d'impôts; deuxièmement, par ne plus payer les cotisations aux caisses-maladie; et enfin, si tout va mal, par ne plus payer le loyer. Puis, quand les dettes s'accumulent et qu'on ne peut plus payer, on s'adresse à la commune qui intervient à charge de l'assistance publique.
Il y a là, pour les cantons et les communes, un transfert de charges, qui existe d'ailleurs déjà, mais qui va s'alourdir encore gravement avec la mesure proposée. Le Conseil fédéral veut faire ici 400 millions de francs «d'économies». Ce montant «économisé» par la Confédération sera reporté sur les communes et les cantons qu'on sollicite, en plus, de financer l'assurance-chômage à fonds perdu! Et ce report de charges sur les communes intervient d'ailleurs plus massivement dans les cantons où la situation est déjà difficile, c'est-à-dire, en fait, qu'on pénalise les régions qui sont déjà les plus touchées. Parmi ces régions, il y a la Suisse romande: Vaud, Genève, Valais, Neuchâtel et mon canton en particulier.
Je veux ici en appeler à la solidarité, car je suis convaincu qu'il faut une solidarité nationale par rapport au problème du chômage et que la maîtrise du chômage doit demeurer un problème national et non pas reporté sur les régions déjà sinistrées. Certains cantons de Suisse centrale ont la chance de connaître un taux de chômage bas, voire très bas. Mais combien d'emplois sont créés dans ces cantons? La jeunesse de ces cantons va à Zurich, où le chômage est proche, lui aussi, de 5 pour cent de la population active, ce qui, à mon sens, devrait également inviter les représentants de ces cantons à la solidarité.
Deuxièmement, la perte de son emploi constitue souvent un choc pour le travailleur. Au début du chômage, il peut encore avoir recours à d'éventuelles économies qu'il aura réalisées antérieurement. Paradoxalement, avec le système qu'on met en place, la dégressivité des indemnités se produit quand les autres ressources que celles de l'assurance-chômage sont épuisées, quand le chômeur constate, malgré ses recherches souvent, qu'il n'a pas encore pu retrouver un emploi, et quand le chômeur commence aussi à se décourager. Une telle mesure va accentuer son désarroi et ébranler sa confiance au moment où il en aurait le plus besoin.

Troisièmement, j'aimerais en revenir aux chiffres. J'avais déjà fait cette observation lorsque nous discutions de la notion de travail convenable: fin 1993, 184 000 chômeurs inscrits et répertoriés dans le pays; places vacantes annoncées: 4000. Même encore, je vous l'ai dit la dernière fois, si toutes les places vacantes ne sont pas répertoriées et qu'il y en ait dix fois plus, qu'il y en ait 40 000, on est encore loin du compte par rapport aux 184 000 chômeurs recensés, d'autant que, dans ces 184 000 chômeurs, on n'a pas répertorié ceux qui arrivent en fin de droits. Cette incitation à remettre vite fait bien fait les gens au travail a quelque chose, dans le fond, de très suisse. Mais quand il n'y a pas de travail, elle prend l'allure d'une pénalisation. La mesure prétendument incitative de dégressivité part de l'hypothèse qu'après 125 jours, le chômeur ne se serait pas engagé suffisamment pour retrouver un emploi. Qu'est-ce que cela signifie dans un canton comme Genève, comme Vaud où il y a 24 000 chômeurs inscrits en 1993 et où on recense 105 places vacantes à la même époque? Où sont donc les emplois? Ce système, à mon sens, ne convient pas. Je vous demande instamment, au nom de la minorité de la commission, de ne pas l'inscrire dans la loi.

Simmen Rosmarie (C, SO): Ich bin in einer jener Situationen, die sich ab und zu in einem Parlament ergeben: Ich habe nämlich als Präsidentin der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) einen Antrag zu verfechten, möchte aber gleichzeitig als Angehörige der Minderheit der andern Kommission, der SGK, noch hiezu das Wort ergreifen. Ich möchte Sie also bitten, mir zuerst das Wort zu Absatz 3 zu erteilen, wo ich als Angehörige der Minderheit der SGK sprechen werde. Anschliessend werde ich als Präsidentin in aller Loyalität den Antrag der WAK zu Absatz 4 vertreten.
Zuerst also zum Minderheitsantrag. Ich spreche als Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit und nicht als Präsidentin der WAK.
Ich kann mich sehr kurz fassen. Herr Roth hat Ihnen ausführlich begründet, warum die Degression nicht nur eine soziale Härte darstellt, sondern geradezu kontraproduktiv ist, weil das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit durch die Degression ganz einfach auf eine andere Ebene verlagert wird. Wir haben heute eine Situation mit einer sehr ausgedehnten und auch lange dauernden Arbeitslosigkeit, die nicht einfach dadurch behoben werden kann, dass man die Leute zwingt, sich etwas mehr um eine Arbeit zu bemühen.
Degression heisst nichts anderes, als dass die ganze Härte des Gesetzes mit fortschreitender Dauer der Arbeitslosigkeit immer fühlbarer wird. Es wird von den Befürwortern der Degression mit Statistiken aus den Vereinigten Staaten argumentiert, die zeigen sollen, dass ein Anziehen der Schraube die Arbeitslosen wieder vermehrt zur Stellensuche anhalten. Das mag für einen Teil der Arbeitslosen durchaus stimmen, es stimmt aber für einen andern, sehr grossen Teil der Arbeitslosen nicht – vor allem in einer Situation, wo die Anzahl der Arbeitsuchenden jene der verfügbaren Stellen in den jetzigen Grössenordnungen übertrifft.
Ich möchte Ihnen ganz kurz aus einem Brief zitieren, der heute morgen auf meinem Pult gelegen hat: «Ich bin wegen Konkurs meines letzten Arbeitgebers seit 1. Februar 1992 arbeitslos. Seither habe ich mich mit etwa 250 Bewerbungen um Arbeit bemüht. Wenn ein Personalchef meinen Jahrgang (1933) bemerkt, wird meine Bewerbung innert kürzester Zeit wieder zurückgesandt. In all der langen Stempelzeit erhielt ich vom Arbeitsamt zwei Zuweisungen, d. h. ich musste mich irgendwo vorstellen.» Das ist kein Einzelfall, es gibt sehr viele solche Leute. Es sind jene, die wir treffen, wenn wir hier nun die Degression einführen. Deshalb halte ich dies in unserer heutigen Situation für eine sinnlose Angelegenheit. Ich halte es auch für eine nicht menschliche Angelegenheit.
Ich bitte Sie deshalb, die Minderheit zu unterstützen.

Meier Josi (C, LU): Lassen Sie mich zum Minderheitsantrag Roth noch zwei Bemerkungen machen:
1. Bitte versetzen Sie sich einmal kurz in die Lage der Betroffenen. Die Degression kann dazu führen, dass sich das Einkommen bis gegen 60 Prozent reduziert. Bei 4000 Franken ist der Einschnitt enorm. Die Betroffenen haben dann noch gegen 2500 Franken, und das oft mit Familienchargen, auch wenn Kinder fehlen. Jedenfalls sind die Wohnungen heute derart teuer, gerade in jenen Gebieten, wo die höchste Arbeitslosigkeit herrscht – ich denke etwa an Genf –, dass bei harter Degression automatisch die Lasten von der öffentlichen Hand auf kantonaler und Gemeindeebene mitgetragen werden müssen.
2. Das ist der Grund, weshalb sich in der Vernehmlassung zwölf Kantone in diesem Punkt negativ zum Entwurf äusserten. Er bringt nur eine Menge administrativen Aufwand, und ich frage mich, ob dieser Aufwand überhaupt noch durch die Einsparungen aufgewogen wird.
Deshalb bitte auch ich Sie, der Minderheit zuzustimmen.

Roth Jean-François (C, JU), porte-parole de la minorité: J'aimerais encore ajouter un élément qu'on n'a pas entendu dans la discussion.
J'aimerais rappeler au Conseil qu'une telle proposition de dégressivité des indemnités avait déjà été faite au moment où nous avions discuté l'arrêté fédéral urgent et que le Parlement y avait finalement renoncé parce qu'il avait jugé cette mesure inadéquate. Je dois vous dire ici que je ne comprends pas le raisonnement qui consiste à dire qu'il faut maintenant l'inscrire dans le droit ordinaire, c'est-à-dire pour une longue durée, alors qu'à l'époque nous avions renoncé à le faire pour une période courte dans l'arrêté fédéral urgent.

Simmen Rosmarie (C, SO): Ich möchte nun den Absatz 4 begründen, damit wir die Absätze 3, 4 und 5 dann zusammen betrachten können.
Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) ist mehrheitlich der Meinung, dass die Degression hier beibehalten werden soll. Sie ist aber ebenfalls der Ansicht, dass ein Absatz 4 notwendig sei, um gewisse Kategorien von Arbeitslosen von der Degression auszunehmen, namentlich jene, deren Taggeld einen bestimmten Betrag nicht erreicht; jene, die mindestens 45 Jahre alt oder invalid sind sowie Arbeitslose mit Unterstützungspflicht gegenüber Kindern. Das ist eine Aufzählung, die gegenüber dem geltenden Recht um die Kategorie der Unterhaltspflichtigen erweitert worden ist. Die WAK stimmt dieser Erweiterung ausdrücklich zu.
Sie möchte hingegen nicht, dass der Bundesrat eine weitergehende Kompetenz erhält, da sie befürchtet, dass damit allenfalls diese abschliessende Aufzählung unterlaufen werden könnte. Das ist der Grund, weshalb sie Ihnen den Antrag stellt, den letzten Satz «Der Bundesrat kann für weitere Gruppen von schwer vermittelbaren Arbeitslosen anordnen, dass das Taggeld nicht gekürzt wird.» zu streichen, da der Bundesrat diese Kompetenz nicht erhalten soll. Die WAK tut das durchaus auch im Wissen darum, dass sie damit hinter den geltenden Text zurückgeht.
Ich beantrage Ihnen im Namen der Mehrheit der WAK, den letzten Satz von Absatz 4 zu streichen.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: An diesem Beispiel sehen Sie sehr gut, dass Ihre Kommission in der Tat einen Mittelweg verfolgt. Ich bitte Sie, sowohl den Antrag der Minderheit Roth als auch den Antrag der WAK abzulehnen und Ihrer Kommission zu folgen.
Zuerst einige Bemerkungen zur Minderheit Roth zu Absatz 3. Die Beispiele, die von Herrn Roth und Frau Simmen genannt worden sind, um uns darzulegen, dass die Degression unsozial ist und dass sie dazu führen wird, dass die Gemeinden und Kantone Lasten übernehmen müssen, fallen beide nicht unter die Degression. Der Arbeitslose mit dem Jahrgang 1933, aus dessen Brief Frau Simmen vorgelesen hat, wird nicht unter die Degression fallen, weil er über 45 Jahre alt ist. Und Personen mit Unterhaltspflichten, die nach Herrn Roth schwer unter der Degression leiden sollen, werden von der Degression ebenfalls nicht erfasst, weil Ihre Kommission Unterhaltspflichtige neu in den Absatz 4 aufgenommen hat und sie somit nicht der Degression unterliegen.
Ich wiederhole es: Von der Degression erfasst werden Personen unter 45 Jahren, die keine Unterhaltspflichten haben und

ein Taggeld von über 115 Franken beziehen. Es sind also nicht Personen, die der Sozialfürsorge anheimfallen würden. Es entstehen weder Kantonen noch Gemeinden grössere Pflichten dadurch, dass wir die Degression in der Art einführen, wie sie Ihre Kommission umschreibt, und in der Art, wie sie Absatz 4 vorschlägt. Ich sage es noch einmal: Dieser Absatz 4 ist ein sehr sozialer Absatz.
Ich bitte Sie, den Antrag der WAK ebenfalls abzulehnen. Die WAK möchte den letzten Satz des Absatzes 4 streichen und dem Bundesrat die Kompetenz wegnehmen, gegebenenfalls weitere Kategorien von Arbeitslosen von der Degression auszunehmen. Ich bitte Sie, das abzulehnen, weil Sie sonst hinter den heutigen Zustand zurückkehren würden. Heute sind vor allem noch schwangere Frauen davon betroffen. Der Bundesrat hat sie von der Degression ausgenommen. Wir finden das einen sozialen Schritt. Wir finden, dass der Bundesrat diese Kompetenz weiter haben sollte, und bitten Sie, den Antrag der WAK abzulehnen.
Ich nehme noch Stellung zum Absatz 5, weil dieser bzw. dessen Streichung an sich nicht umstritten ist. Dann könnte ich meine Ausführungen zu Artikel 22 abschliessen. Bisher hatte der Bundesrat die Kompetenz, die Degression bei andauernder erheblicher Arbeitslosigkeit ausser Kraft zu setzen. Er hat dies für das Gebiet der ganzen Schweiz getan und damit eine Zusage eingehalten, die er bei der Bearbeitung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vom 25. Juni 1982 gegeben hat. Der Bundesrat schlägt nunmehr vor, dass ihm diese Kompetenz gestrichen wird.
Ihre Kommission folgt dem Vorschlag des Bundesrates und bittet Sie, den Absatz 5 zu streichen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je vous propose de suivre la majorité de votre commission sur toute la ligne, aussi bien à l'alinéa 3 qu'à l'alinéa 4.
En ce qui concerne l'alinéa 3 tout d'abord, je pense que la dégressivité, telle qu'elle est prévue en deux paliers, est une incitation à la reprise d'un emploi. Elle est, de surcroît, une contribution à l'assainissement financier de l'assurance-chômage et, dans cette perspective, elle doit être introduite, d'autant que l'alinéa 4 prévoit, lui, que seront exclus de cette dégressivité les chômeurs les moins bien placés, c'est-à-dire ceux qui perçoivent une indemnité journalière de moins de 130 francs, ceux qui sont âgés de plus de 45 ans, les invalides, et ceux qui ont une obligation d'entretien envers des enfants.
En outre, si vous lui en donnez le pouvoir, le Conseil fédéral pourra encore exclure de la dégressivité d'autres catégories de chômeurs dont le placement est difficile – nous pensons à des femmes enceintes, à des personnes qui détiennent seules l'autorité parentale, catégories exemptées de toute façon de par l'adjonction faite par la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique.
Cette dégressivité ne visera pas ceux des chômeurs qui sont dans les situations les moins favorisées. C'est donc une mesure qui est équilibrée socialement, qui correspond à la téléologie que l'on veut atteindre, et qui mérite par conséquent d'être soutenue.
Je vous invite à suivre la majorité de votre commission.

Abs. 3 – Al. 3

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 25 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 9 Stimmen

Abs. 4 – Al. 4

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 24 Stimmen
Für den Antrag der WAK 6 Stimmen

Abs. 5 – Al. 5
Angenommen – Adopté

Art. 22a
Antrag der Kommission
Abs. 1, 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 3
.... der Auffangeinrichtung der beruflichen Vorsorge. Der Bundesrat bestimmt die Beitragshöhe unter Berücksichtigung versicherungstechnischer Grundsätze sowie das Verfahren.

Art. 22a
Proposition de la commission
Al. 1, 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 3
.... à l'institution supplétive de prévoyance professionnelle. Le Conseil fédéral fixe le montant de la cotisation en se référant aux principes de la technique des assurances, ainsi que la procédure.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 22a behandelt die Sozialversicherungsleistungen. Analog dazu behandelt unten Artikel 117a – damit Sie den Zusammenhang sehen – die notwendigen Anpassungen im BVG.
Die bundesrätliche Vorlage trennt den bisherigen Artikel 22 in zwei Artikel. Artikel 22 regelt die Höhe des Bruttotaggeldes – den haben wir eben fertig behandelt –, Artikel 22a die Sozialversicherungsabzüge.
Materiell neu ist die Unterwerfung der Arbeitslosenentschädigung unter die BVG-Beitragspflicht für die Risiken Invalidität und Tod in Absatz 3. Es wird jedoch kein Einbezug der Altersleistungen vorgesehen, dies, weil das auf der einen Seite zu kompliziert, auf der anderen Seite aber auch viel zu teuer wäre und zudem nur sehr geringe Auswirkungen auf die Höhe der Altersrente hätte.
Ihre Kommission hat zudem zusätzlich zum Bundesrat eine Präzisierung eingefügt, die verlangt, dass die Beitragshöhe unter Berücksichtigung versicherungstechnischer Grundsätze berechnet wird. Ihre Kommission hat diesem Zusatz einstimmig zugestimmt.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral se rallie à la proposition de la commission.

Angenommen – Adopté

Art. 23 Abs. 1, 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 23 al. 1, 4
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 23 Absatz 1 ändert gegenüber dem heutigen Rechtszustand nichts. Der versicherte Maximalverdienst bleibt bei 97 200 Franken im Jahr. Allerdings braucht es eine redaktionelle Anpassung, damit materiell nichts ändert. Bisher legte Artikel 23 Absatz 1 fest, dass der versicherte Verdienst dem beitragspflichtigen Verdienst entspricht. Neu wird der beitragspflichtige Verdienst in Artikel 3, das haben wir bereits beschlossen, auf maximal 243 000 Franken angehoben. Der versicherte und der beitragspflichtige Lohn fallen damit auseinander. Artikel 23 kann daher den versicherten Verdienst nicht mehr durch blossen Verweis auf Artikel 3 festlegen.
Zu Absatz 4: Früher hatte die Annahme eines Zwischenverdienstes einen Haken. Bei einer späteren Arbeitslosigkeit wurde dieser meist geringere Zwischenverdienst zur neuen Bemessungsgrundlage für den versicherten Verdienst. Um den Anreiz zur Annahme eines Zwischenverdienstes voll zu erhalten, bringt Absatz 4 eine Korrektur. Neu wird bei einer späteren Arbeitslosigkeit auf die Summe abgestellt, also auf Zwischenverdienst und Kompensationszahlungen. Es wird fingiert, die Kompensationszahlungen seien beitragspflichtiger Lohn. Diese Lösung wurde bereits im dringlichen Bundesbe-

schluss getroffen und hier neu ins ordentliche Recht übernommen. Beide Absätze waren in der Kommission unbestritten.

Angenommen – Adopté

Art. 24 Abs. 2, 4
Antrag der Kommission
Abs. 2
.... nicht bezogen ist. Kein Anspruch besteht, wenn das Arbeitsverhältnis unterbrochen oder ununterbrochen zwischen den gleichen Parteien fortgesetzt wird.
Abs. 4
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 24 al. 2, 4
Proposition de la commission
Al. 2
.... atteint. Il n'a aucun droit lorsque le rapport de travail entre les deux parties est maintenu avec ou sans interruption.
Al. 4
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Als Zwischenverdienst bezeichnet das Gesetz Verdienste, die der Versicherte zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit annimmt. Es geht also in der Regel um unzumutbare Verdienste, das heisst Arbeitsgelegenheiten, welche die Arbeitslosigkeit nicht beenden. Die Versicherung zahlt in diesem Fall 80 Prozent des Verdienstausfalles, das heisst 80 Prozent der Differenz zwischen dem versicherten Verdienst und dem erzielten Zwischenverdienst.
Aus dem systematischen Kontext ergibt sich neu, dass künftig entgegen der alten Praxis Kompensationsleistungen auch möglich sind, wenn der Arbeitslose eine zumutbare Stelle antritt, sofern der Lohn unterhalb der Arbeitslosenentschädigung liegt. Nach alter Praxis waren Kompensationen nur bei unzumutbaren Stellen möglich.
Der zweite Satz von Absatz 2 wurde durch die SGK neu eingefügt. Der Zwischenverdienstartikel soll Anreiz zur Annahme von Arbeitsgelegenheiten bieten, welche die Arbeitslosigkeit zwar in der Regel nicht beenden, aber den Schaden mindern. Er darf aber nicht zur Lohnsubventionierung degenerieren. Zur Verhinderung von Missbräuchen – dass z. B. Betriebe Arbeitnehmer entlassen und sie sofort zu tieferen Löhnen wieder einstellen und die Lohndifferenz auf die Arbeitslosenversicherung abwälzen – werden daher in Absatz 2 Kompensationen beim bisherigen Arbeitgeber ausgeschlossen.
Absatz 4 verlängert die Höchstdauer der Kompensationszahlung von 6 auf 12 Monate pro Arbeitsverhältnis und auf 24 Monate, wenn Unterhaltspflichten gegenüber Kindern vorhanden sind oder der Arbeitnehmer über 45 Jahre alt ist. Auch dies erhöht den Anreiz zur Annahme einer Zwischenverdienstgelegenheit.

Angenommen – Adopté

Art. 27 Abs. 5, 6 (neu)
Antrag der Kommission
Abs. 5
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 6 (neu)
Der Bundesrat kann für Versicherte, die innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre vor Erreichen des AHV-Rentenalters arbeitslos geworden sind und deren Vermittlung allgemein aus Gründen des Arbeitsmarktes unmöglich oder stark erschwert ist, den Anspruch um höchstens 120 Taggelder erhöhen und die Rahmenfrist für den Leistungsbezug um sechs Monate verlängern.

Art. 27 al. 5, 6 (nouveau)
Proposition de la commission
Al. 5
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 6 (nouveau)
Pour les assurés qui sont tombés au chômage au cours des deux années et demie qui précèdent l'âge donnant droit à une rente AVS et dont le placement est de manière générale impossible ou très difficile pour des motifs inhérents au marché du travail, le Conseil fédéral peut augmenter de 120 au maximum le nombre des indemnités journalières et prolonger le délai-cadre de 6 mois.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Im alten Gesetz wurde die Höchstzahl der Taggelder in Funktion der nachgewiesenen Beitragszeiten abgestuft, bei sechs Beitragsmonaten 85 Tage, bei 12 Beitragsmonaten 170 Tage, bei 18 Beitragsmonaten 250 Tage. Die Bundesratskompetenz war bis zu einer Erhöhung auf 300 Tage festgelegt. Mit dem dringlichen Bundesbeschluss wurde die Bundesratskompetenz auf 400 Tage erweitert, um den Schutz gegen Langzeitarbeitslosigkeit zu verbessern.
Artikel 27 Absatz 5 schreibt diese Erweiterung im ordentlichen Recht fest. Die SGK hat mit grosser Mehrheit einen Antrag abgelehnt, hier noch weiter zu gehen, nämlich auf 500 Tage zu erweitern, und hat sich klar für 400 Tage ausgesprochen.

Angenommen – Adopté

Art. 28 Abs. 1
Antrag der Kommission
.... volle Taggeld. Dieser dauert höchstens ....
(zweiten Satz streichen)

Art. 28 al. 1
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral
(la modification ne concerne que le texte allemand)

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Hier geht es um die Wartefrist bei Krankheit. Diese Bestimmung wird ebenfalls aus dem dringlichen Bundesbeschluss übernommen. Aus verwaltungsökonomischen Gründen wird auf die einwöchige Wartefrist bei Krankheit verzichtet.
Ihre Kommission hat den Entwurf des Bundesrates einstimmig übernommen, jedoch redaktionell – und nur rein redaktionell – etwas angepasst. Eine Verlängerung der Taggeldleistung bei Krankheit auf 60 Tage wurde jedoch grossmehrheitlich abgelehnt.

Angenommen – Adopté

Art. 30 Abs. 1, 3, 5
Antrag der Kommission
Abs. 1
....
d. die Kontrollvorschriften oder die Weisungen des Arbeitsamtes nicht befolgt, namentlich ihm zugewiesene zumutbare Arbeit nicht annimmt oder einen Kurs, zu dessen Besuch er angewiesen worden ist, ohne entschuldbaren Grund nicht antritt oder abbricht;
....
Abs. 3, 5
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der WAK
Abs. 3
.... je Einstellungsgrund höchstens 90 Tage. ....

Art. 30 al. 1, 3, 5
Proposition de la commission
Al. 1
....
d. n'observe pas les prescriptions de contrôle du chômage ou les instructions de l'office du travail, notamment en refusant un travail convenable qui lui est assigné ou ne débute pas ou quitte sans excuse valable un cours qu'il a été enjoint de suivre;
....
Al. 3, 5
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la CER
Al. 3
.... ne peut excéder 90 jours par motif de suspension. ....

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Hier wird das Institut der Einstellung in der Anspruchsberechtigung geregelt. Diese Sanktion hat nicht in erster Linie strafrechtliche Funktion, sondern bedeutet eine Haftungsbegrenzung der Versicherung. Sie soll nicht oder nicht voll für Schäden aufkommen, die der Versicherte durch geeignetes Verhalten hätte abwenden oder in ihrem Eintrittsrisiko vermindern können. Die Einstellung betrifft pro Fall bis anhin 40 Tage; je nach Umständen können Rückforderungen und strafrechtliche Verfolgung dazukommen.
Zu Absatz 1 Litera d: Das Arbeitsamt kann nach Artikel 17 den Arbeitslosen anweisen, einen geeigneten Umschulungs- oder Weiterbildungskurs zu besuchen. Wer einen solchen Kurs ohne entschuldbaren Grund abbricht oder gar nicht erst antritt, bricht eine arbeitsamtliche Weisung und ist nach Litera d in der Anspruchsberechtigung einzustellen. Dies ist schon heute so, wird aber durch den Zusatz verdeutlicht und damit für den Versicherten transparenter.
Zu Absatz 3: Mit grosser Mehrheit will Ihre Kommission die Höchstdauer der Einstellung von 40 auf 60 Tage erhöhen und damit ein Zeichen setzen, dass erkannte Missbräuche schärfer geahndet werden sollten. Es braucht eine Verstärkung der Missbrauchsbekämpfung als Voraussetzung für die Akzeptanz von Beitragserhöhungen, wie wir sie bereits beschlossen haben.
Die WAK stellt Ihnen den Antrag, die Einstellungszeit sogar bis auf 90 Tage zu erhöhen. Die SGK ist der Meinung, dass 60 Tage angemessen sind. Es handelt sich hier in der Tat um einen Ermessensentscheid.
Noch ein Wort zu Absatz 5: Absatz 5 gibt dem Bundesrat die Kompetenz, für bestimmte Tatbestände eine Minimaldauer der Einstellung vorzuschreiben, dabei wurde zum Beispiel an schwerwiegende Rückfälle gedacht.

Simmen Rosmarie (C, SO): Bezüglich der grundsätzlichen Argumentation zu Artikel 30 kann ich mich vollumfänglich der Argumentation der Sprecherin der SGK anschliessen. Auch der WAK geht es darum, dass bei echten Missbräuchen ein Riegel geschoben werden kann. Die Frage ist, wieweit man diese Einstellungsdauer ausdehnen will, ob auf 40 oder auf 60 Tage. Die WAK hat sich anhand von verschiedenen Beispielen ausrechnen lassen, wie einschneidend eine solche Verlängerung auf 60 Tage sei; sie ist anhand dieser Beispiele zur Überzeugung gekommen, dass auch 60 Tage eine Dauer sind, die je nachdem von Leuten, die entschlossen sind, das Maximum aus dieser Arbeitslosenversicherung herauszuholen, durchaus in Kauf genommen wird. Die WAK ist aus diesen Gründen der Meinung, dass für Fälle von effektivem Missbrauch, die das Klima belasten, eine drastische Erhöhung der Frist angesetzt werden sollte. Es ist ein gradueller Unterschied, das stimmt, aber die WAK war einstimmig der Ansicht, dass es hier gerechtfertigt sei, auf eine längere Frist zu gehen. Sie beantragt Ihnen deshalb eine Karenzfrist von 90 Tagen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: La proposition de la Commission de l'économie et des redevances (CER) de pousser de 60 à 90 jours la durée de la suspension est une volonté de cette commission de lutter contre les abus manifestes et, à cet égard, je comprends et je partage son souci d'aller dans une telle direction.
Le Conseil fédéral a proposé, quant à lui, 60 jours. Il reste favorable à cette mesure, d'autant plus que si le chômeur répète sa faute, on peut reprendre la même sanction de 60 jours une seconde fois, éventuellement une troisième fois.
Par conséquent, c'est la liberté de vote que je vous laisse – si je ne vous la laissais pas, vous la prendriez de toute façon: le Conseil fédéral peut se satisfaire de la norme de 60 jours.

Abs. 1, 5 – Al. 1, 5
Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 18 Stimmen
Für den Antrag der WAK 16 Stimmen

Art. 32 Abs. 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 32 al. 2
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Die Karenzzeit bei Kurzarbeit zu Lasten des Arbeitgebers beträgt heute einen halben Tag pro Monat. Mit Absatz 2 des Artikels 32 will sich der Bundesrat die Kompetenz geben lassen, bis auf drei Tage zu gehen. Der Bundesrat hat die Absicht, den Selbstbehalt bei länger dauernder Kurzarbeit zu erhöhen, d. h. am Anfang mit wenig anzufangen und später einen grösseren Selbstbehalt zu verfügen. Damit soll eine künstliche Verlängerung der Kurzarbeit verteuert und der Betrieb zu den erforderlichen Strukturanpassungen gezwungen werden, um zur normalen Arbeitszeit zurückkehren zu können.

Angenommen – Adopté

Art. 34 Abs. 2
Antrag der Kommission
Massgebend ist, bis zum Höchstbetrag nach Artikel 23, der vertraglich vereinbarte Lohn ....

Art. 34 al. 2
Proposition de la commission
Est déterminant jusqu'à concurrence de la limite supérieure conformément à l'article 23, le salaire contractuel ....

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Es handelt sich hier um den massgeblichen Verdienst bei Kurzarbeit. Bisher wurde auf Artikel 3, den beitragspflichtigen Verdienst, verwiesen; neu erfolgt der Verweis auf Artikel 23, den versicherten Verdienst. Diese Anpassung wurde nötig, da der beitragspflichtige und der versicherte Verdienst infolge der Plafonderhöhung gemäss Artikel 3 auseinanderfallen.

Angenommen – Adopté

Art. 35 Abs. 1bis
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 35 al. 1bis
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: In Artikel 35 Absatz 1bis wird die völlige Arbeitseinstellung bei Kurzarbeit auf insgesamt 4 Monate beschränkt. Die Frage ist, warum hier 85 Prozent und nicht 100 Prozent eingeführt wurde, um die Kurzarbeit zu umschreiben. Würde das Gesetz auf 100 Prozent abstellen, so wäre es leicht zu umgehen. Eine Arbeitsstunde pro Betrieb und Monat würde genügen, um die 4 Monate Sperre unwirksam zu machen, deshalb haben wir 85 Prozent verankert.
Der Zweck ist Verhinderung von Strukturerhaltung. Kurzarbeit soll dann angewendet werden, wenn gute Prognosen auf Wiedererholung des Betriebs bestehen. Sie soll nicht eine Art Sterbehilfe sein.

Angenommen – Adopté

Art. 40
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Hier erfolgt erneut eine Übernahme aus dem dringlichen Bundesbeschluss. Es wird bei Kurzarbeit auf die Stempelkontrolle verzichtet. Die Stempelkontrolle soll der Vermittlung der Betroffenen dienen, de facto wurde dieser Zweck aber nie erreicht. Wenn dem Arbeitsamt freie Stellen gemeldet werden, vermittelt es sie vernünftigerweise prioritär an Ganzarbeitslose. Das Arbeitsamt kann aber im Einzelfall oder generell eine Stempelkontrolle anordnen, wenn es dies als sinnvoll erachtet.

Angenommen – Adopté

Art. 51 Abs. 2
Antrag der Kommission
.... als Gesellschafter, als finanziell am Betrieb Beteiligte oder als Mitglieder eines obersten betrieblichen Entscheidungsgremiums die Entscheidungen des Arbeitgebers bestimmen oder massgeblich beeinflussen können, sowie ihre mitarbeitenden Ehegatten.

Art. 51 al. 2
Proposition de la commission
.... en qualité d'associé, de membre d'un organe dirigeant de l'entreprise ou encore de détenteur d'une participation financière à l'entreprise; il en va de même des conjoints de ces personnes, qui sont occupés dans l'entreprise.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: In Artikel 51 Absatz 2 erfolgt ein Ausschluss der obersten Leitungsebene und der Gesellschafter vom Anspruch auf Insolvenzentschädigung. Ihre Kommission hat einstimmig die Formulierung übernommen, die bereits bei der Kurzarbeit gilt. Der Ausschluss dieser Personen rechtfertigt sich zur Vermeidung von Missbräuchen. Diese Personen verfügen im Gegensatz zum einfachen Arbeitnehmer in der Regel über Büchereinsichten, die ihnen gestatten, die Insolvenz des Arbeitgebers rechtzeitig zu erkennen, darauf zu reagieren und sie zu bekämpfen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je trouve que le complètement de cet article par la commission est tout à fait opportun, et le Conseil fédéral s'y rallie.

Angenommen – Adopté

Art. 52 Abs. 1
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 52 al. 1
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Zu Artikel 52 Absatz 1, Umfang der Insolvenzentschädigung: Die Entschädigung deckte bisher nur die letzten drei Monate des Arbeitsverhältnisses vor der Konkurseröffnung ab. Neu wird mit dem Konkursprivileg gemäss Artikel 219 SchKG, wo sechs Monate enthalten sind, gleichgezogen und damit der Schutz gegen Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers verbessert.

Angenommen – Adopté

Art. 59a (neu)
Antrag der Kommission
Titel
Rahmenbedingungen
Wortlaut
Die Ausgleichsstelle sorgt in Zusammenarbeit mit den kantonalen Amtsstellen dafür, dass:
a. der Bedarf an Umschulungs-, Weiterbildungs- und Eingliederungsmassnahmen systematisch analysiert wird;
b. der Erfolg der geförderten Massnahmen kontrolliert und bei der Vorbereitung und Durchführung weiterer Massnahmen berücksichtigt wird;
c. die im In- und Ausland gesammelten Erfahrungen ausgewertet und gestützt darauf den für die Durchführung zuständigen Stellen konkrete Massnahmen empfohlen werden. Im Vordergrund stehen dabei Massnahmen zur Förderung jugendlicher und weiblicher Arbeitsloser sowie von Versicherten, die schon lange arbeitslos sind.

Art. 59a (nouveau)
Proposition de la commission
Titre
Conditions-cadres
Texte
L'organe de compensation veille, en collaboration avec les autorités cantonales, à ce que:
a. le besoin de mesures de reconversion, de perfectionnement et d'insertion soit systématiquement analysé;
b. le succès des mesures soit contrôlé et les résultats pris en compte dans la préparation et l'exécution de nouvelles mesures;
c. les expériences faites en Suisse et à l'étranger fassent l'objet d'évaluations sur la base desquelles des mesures concrètes seront recommandées aux organes responsables de la mise en oeuvre. La priorité ira en l'occurrence aux mesures en faveur des jeunes et des femmes au chômage ainsi que des assurés au chômage depuis longtemps.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ihre Kommission schlägt einen neuen Artikel 59a vor, welcher der Arbeitslosenversicherung respektive dem Biga in Zusammenarbeit mit den Kantonen neue Rahmenbedingungen für die Durchführung von Präventivmassnahmen setzt. Der Vorschlag war in der Kommission unbestritten.
Verlangt werden systematische Analysen des Bedarfs an Präventivmassnahmen. Erfolgreiche Massnahmen sollen Grundlage für neue konzeptionelle Arbeiten sein. Erfahrungen des Auslandes sollen ausgewertet werden und Grundlagen für neue Ideen bieten. Prioritär sollen Massnahmen gefördert werden, welche sich zugunsten von jugendlichen und weiblichen Arbeitslosen auswirken. Diese Massnahmen werden etwas mehr Kosten verursachen. Geschätzt werden zirka 3,5 neue Stellen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Nous jugeons créateur ce travail de coproduction de la nouvelle loi entre la commission dont M^me^ Beerli est le rapporteur, la CSSS, et le Conseil fédéral, et nous pensons que la définition de ces conditions-cadres est une définition opportune.

Angenommen – Adopté

Art. 65 Abs. 1
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 65 al. 1
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 65 beinhaltet die Einarbeitungszuschüsse. Versicherten, deren Vermittlung erschwert ist, können für die Einarbeitung in einem Betrieb bei vermindertem Lohn Einarbeitungszuschüsse gewährt werden. Der bisherige Begriff der Schwervermittelbarkeit soll durch eine weniger diskriminierende Formulierung ersetzt werden. Gleichzeitig erfolgt durch diese Umformulierung eine gewisse Lockerung der Anspruchsvoraussetzungen, um das Instrument des Einarbeitungszuschusses zu fördern.

Angenommen – Adopté

Art. 65a (neu)
Antrag der Kommission
Titel
Förderung des Vorruhestandes
Abs. 1
Der Bundesrat kann zeitlich befristet eine Vorruhestandsregelung einführen, wenn eine andauernde erhebliche regionale, branchenspezifische oder allgemeine Arbeitslosigkeit dies erfordert.
Abs. 2
Diese Vorruhestandsregelung umfasst Leistungen, die gewährt werden, wenn sich ein Arbeitnehmer wenigstens zwei Jahre vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters vorzeitig gemäss Reglement der Vorsorgeeinrichtung pensionieren lässt und an dessen Stelle ein Versicherter eingestellt wird, der das 30. Altersjahr noch nicht vollendet hat.
Abs. 3
Die Vorruhestandsleistungen werden dem Arbeitgeber in Form von Zuschüssen gewährt, die 40 Prozent des normalen Lohnes des neu Angestellten während 12 Monaten betragen. Die Zuschüsse sind vollumfänglich zugunsten einer mit dem bisherigen Arbeitnehmer getroffenen Vorruhestandsvereinbarung zu verwenden.

Antrag Martin Jacques
Abs. 2
.... vollendet hat. Es ist vorzugsweise ein Anwärter zu berücksichtigen, der seine erste Stelle sucht.

Art. 65a (nouveau)
Proposition de la commission
Titre
Encouragement à la préretraite
Al. 1
Le Conseil fédéral peut, pour une durée limitée, introduire une réglementation en matière de préretraite si un chômage prononcé, persistant, régional ou sectoriel ou un chômage général rend cette mesure nécessaire.
Al. 2
Cette réglementation en matière de préretraite comprend les prestations qui sont allouées lorsqu'un travailleur demande à être mis à la retraite au moins deux ans avant d'avoir atteint l'âge prévu par la loi conformément au règlement de l'institution de prévoyance et qu'à sa place est engagé un assuré âgé de moins de 30 ans.
Al. 3
Les prestations de préretraite sont versées à l'employeur pour une période de 12 mois sous forme d'allocations qui s'élèvent à 40 pour cent du salaire normal de la personne engagée. Les allocations doivent être entièrement utilisées en faveur de l'ancien travailleur bénéficiant de la convention de préretraite.

Proposition Martin Jacques
Al. 2
.... assuré âgé de moins de 30 ans. La préférence sera donnée au primo-demandeur d'emploi.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 65a handelt es sich um eine grundlegende Neuerung, über die in der Kommission viel und unter verschiedenen Malen diskutiert wurde. Wir sind uns bewusst, vielleicht noch nicht die absolut beste Formulierung gefunden zu haben, zählen aber auf die Gestaltungskraft des Zweitrates und sind überzeugt, dass es wichtig ist, dass die Grundidee im Gesetz verankert wird.
Die Kommission hält die Förderung des Vorruhestandes mit Hilfe der Arbeitslosenversicherung für sinnvoll, weil auf diese Weise Stellen für jüngere Versicherte geschaffen werden können. Gemäss dem Vorschlag würde die Arbeitslosenversicherung dem Arbeitgeber zugunsten des mindestens zwei Jahre vor dem ordentlichen Zeitpunkt in den Vorruhestand tretenden Arbeitnehmers Zuschüsse ausrichten.
Mit dieser Vorruhestandsregelung soll für ältere Arbeitnehmer ein Anreiz geschaffen werden, von einer reglementarisch vorgesehenen vorzeitigen Pensionierung zu profitieren. Der Arbeitgeber seinerseits könnte die Stelle mit einer jüngeren Kraft besetzen. Vorwiegend aus sozialpolitischen Gründen soll diese Massnahme nicht generell eingeführt, sondern vom Bundesrat nur dann angeordnet werden, wenn der Arbeitsmarkt dies erfordert. Der Vorschlag wurde von der Kommission einstimmig angenommen.
Herr Martin Jacques stellt hier einen Antrag. Der Antrag lag in dieser Art der Kommission nicht vor. Aber ich kann im Namen der Kommission bestätigen, dass das Anliegen, das im Antrag vertreten wird, auch ein Anliegen der Kommission ist. Wir fanden nur, wir müssten es nicht so eindeutig oder so explizit im Wortlaut niederlegen.

Martin Jacques (R, VD): Je n'ai malheureusement pas pu assister à la deuxième lecture, en commission; c'est pourquoi, en accord avec la commission, j'ai déposé cette proposition d'amendement que nous traitons aujourd'hui et qui est mineure.
Je l'ai fait pour la raison suivante. Les jeunes qui sortent d'apprentissage ou d'études ont beaucoup de difficultés – et on le voit dans le canton de Vaud où il y en a 2000 – à trouver un premier emploi. Or, nous devons faire en sorte de leur donner la possibilité de le trouver, parce que si, par hypothèse, ils attendent six mois, voire une année ou une année et demie avant de pouvoir intégrer le monde du travail, ils sont fortement pénalisés et s'inscrivent dans une spirale qui est extrêmement négative pour eux. En effet, les employeurs éventuels qui pourraient les engager, en regardant leur curriculum vitae, remarquent qu'ils n'ont pas travaillé et, dès lors, ces jeunes sont directement pénalisés.
C'est la raison pour laquelle je pense qu'on doit donner à ces jeunes une préférence par rapport à d'autres qui, eux, ont déjà eu l'occasion de trouver un emploi. En effet, ce premier emploi me paraît extrêmement important pour la suite de leur carrière.

Schiesser Fritz (R, GL): Ich möchte nur eine Bemerkung zuhanden des Zweitrates machen: Wir haben diesen Artikel an der letzten Sitzung unserer Kommission beschlossen. Wir standen unter Zeitdruck, und ich möchte in diesem Sinne den Zweitrat und dessen Kommission bitten, diesen Artikel nochmals grundlegend zu überprüfen.
Die Grundidee ist gut. Es geht aber vielleicht noch darum, dass man sich Gedanken darüber macht, ob nicht irgendwo Ansatzpunkte vorhanden sind, die zu Missbräuchen führen könnten. Das ist ein Anliegen, das der Zweitrat noch eingehend prüfen sollte.
Der Antrag Martin Jacques hat in der Kommission so nicht vorgelegen. Ich könnte diesem Antrag zustimmen. Es werden hier zwar zwei Ziele miteinander vermischt, aber ich glaube, dass man der Formulierung, wie sie vorgeschlagen ist, ohne weiteres folgen kann.

Titel, Abs. 1, 3 – Titre, al. 1, 3
Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Martin Jacques	30 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	3 Stimmen

Art. 66a
Antrag der Kommission
Titel
Ausbildungszuschüsse. Persönliche Voraussetzungen
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
In begründeten Fällen kann die kantonale Amtsstelle von der Ausbildungsdauer und von der Altersgrenze nach Absatz 1 abweichen.
Abs. 3
Versicherte, die über einen Abschluss einer Hochschule oder einer höheren Fachschule oder über eine mindestens dreijährige Ausbildung ohne Abschluss an einer dieser Ausbildungsstätten verfügen, erhalten keine Ausbildungszuschüsse.

Art. 66a
Proposition de la commission
Titre
Allocations de formation. Conditions que doit remplir l'assuré
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
Dans des cas fondés, l'autorité cantonale peut déroger à la durée de formation et à la limite d'âge fixées à l'alinéa 1er.
Al. 3
Les assurés qui possèdent un diplôme d'une haute école ou d'une haute école spécialisée ou qui ont suivi une formation de trois ans au moins, sans diplôme, à l'un de ces établissements ne peuvent bénéficier des allocations de formation.

Art. 66b
Antrag der Kommission
Titel
Sachliche Voraussetzungen
Abs. 1
Die Zuschüsse werden nur gewährt, wenn ein Ausbildungsvertrag vorliegt, der ein Ausbildungskonzept und nach Abschluss der Ausbildung ein entsprechendes Zeugnis vorsieht.
Abs. 2
Die Ausbildung muss den Fähigkeiten des Versicherten entsprechen und seine Vermittlungsfähigkeit verbessern.

Art. 66b
Proposition de la commission
Titre
Conditions matérielles
Al. 1
Les allocations sont octroyées uniquement si l'assuré est en possession d'un contrat de formation qui prévoit un programme de formation et un certificat correspondant au terme de la formation.
Al. 2
La formation doit correspondre aux aptitudes de l'assuré et améliorer son aptitude au placement.

Art. 66c (neu)
Antrag der Kommission
(= Art. 66b gemäss Entwurf des Bundesrates)

Art. 66c (nouveau)
Proposition de la commission
(= art. 66b selon projet du Conseil fédéral)

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich erlaube mir, gleichzeitig zu den Artikeln 66a und 66b zu sprechen, weil sie eine Einheit darstellen.
Es wird hier das Instrument der Ausbildungszuschüsse für Arbeitslose geregelt. Dieses neue Instrument schafft für Arbeitslose unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, eine Ausbildung nachzuholen. Die Ausbildung wird vom Arbeitgeber und vom Ausgleichsfonds finanziert. Die Versicherung leistet einen Kompensationsbeitrag zwischen dem Lehrlingslohn und einem Höchstbetrag, der auf die berufliche Erfahrung des Versicherten Rücksicht nimmt. Defizite in der beruflichen Qualifikation und vor allem das Fehlen einer beruflichen Grundausbildung stellen einen Hauptrisikofaktor für das Eintreten und die lange Dauer der Arbeitslosigkeit dar.
Zu den Kosten: Unter der Annahme, dass etwa 1000 Versicherte – das sind 2 Prozent der möglichen anspruchsberechtigten Versicherten – von dieser Massnahme profitieren, ergeben sich Kosten in der Höhe von zirka 40 Millionen Franken pro Jahr.
Die Kommission schlägt Ihnen in drei Punkten eine Änderung des bundesrätlichen Entwurfes von Artikel 66a vor. Sowohl bei der Ausbildungshöchstdauer von drei Jahren als auch bei der Altersgrenze von 30 Jahren (Abs. 2) soll flexibilisiert werden. Dies ermöglicht einen sinnvolleren Einsatz des Instrumentes und wird dem Einzelfall besser gerecht. Zudem wird ein neuer Absatz 3 eingefügt, der besagt, dass Leute, die mindestens drei Jahre an einer Hochschule oder Höheren Fachschule waren, keine solchen Ausbildungszuschüsse erhalten sollen. Formal werden zudem die Absätze 2 und 3 von Artikel 66a des Entwurfs des Bundesrates zu einem neuen Artikel 66b.

Angenommen – Adopté

Art. 71a
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
Sie richtet ab Aufnahme der Projektierung höchstens 60 Taggelder aus.

Art. 71a
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
.... au plus dès le début de la phase ....

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Hier geht es um die Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit. Das Instrumentarium der Arbeitslosenversicherung soll um die Möglichkeit der Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit erweitert werden. Die Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung setzt beim Einstieg zur Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit an, um so dem Versicherten eine echte Chance zu bieten, sich der Realisierung seiner Idee widmen zu können. Die Massnahme ermöglicht einer kleinen Zahl von Arbeitslosen, sich selbständig zu machen und bringt ihnen damit im wesentlichen eine neue Chance, sich wieder in die Arbeitswelt einzugliedern.
Die Kommission beantragt die Ausrichtung von 60 Taggeldern ab Aufnahme der Projektierung – das ist der Unterschied zum Entwurf des Bundesrates. Mit dieser Formulierung verliert der Versicherte seinen Taggeldanspruch nicht, wenn er seine Geschäftstätigkeit bereits vor Ablauf von 60 Tagen aufnimmt, sondern er kann ihn noch voll ausschöpfen.

Angenommen – Adopté

Art. 71b, 71c
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich kann mich gleichzeitig zu den Artikeln 71b und 71c äussern. Artikel 71b umschreibt die Anspruchsvoraussetzungen und Artikel 71c das Verfahren bei Zuschüssen für selbständige Erwerbstätigkeit.
Für die Gesuchsteller gelten die im Arbeitslosenversicherungsgesetz generell für den Bezug von Versicherungsleistungen vorausgesetzten formellen Anspruchsvoraussetzungen: Arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht; Beitragszeit innerhalb der Rahmenfrist. Zusätzlich wird eine Altersgrenze von 20 Jahren festgelegt und die Einreichung eines Projektes vorausgesetzt, das wirtschaftlich tragfähig ist und eine Dauerlösung darzustellen vermag. Das Gesuch soll bei der kantonalen Amtsstelle eingereicht und behandelt werden. Während der Ausrichtung der Taggelder muss der Versicherte nicht vermittlungsfähig sein und ist von der Kontrollpflicht befreit.
Sowohl die vom Bundesrat vorgesehenen Anspruchsvoraussetzungen als auch das Verfahren wurden von der Kommission einstimmig genehmigt.

Angenommen – Adopté

Art. 71d
Antrag der Kommission
Titel
Meldepflicht

Abs. 1
Der Versicherte teilt der kantonalen Amtsstelle das Ergebnis der Projektierung unverzüglich, spätestens aber mit Bezug des letzten Taggeldes, mit.
Abs. 2
Nimmt der Versicherte nach Bezug des letzten Taggeldes eine selbständige Erwerbstätigkeit auf oder hat er sie zu diesem Zeitpunkt bereits aufgenommen, gilt für den allfälligen Bezug weiterer Taggelder eine Rahmenfrist von vier Jahren.
Abs. 3
Ist die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit für den Versicherten aus eigenem Verschulden nicht möglich, kann ihn die kantonale Amtstelle während höchstens 25 Tagen in seiner Anspruchsberechtigung einstellen.

Art. 71d
Proposition de la commission
Titre
Obligation d'annoncer
Al. 1
L'assuré communique à l'autorité cantonale le résultat de la phase d'élaboration du projet sans délai, mais au plus tard lorsqu'il perçoit la dernière indemnité journalière.
Al. 2
Si, lorsqu'il a touché la dernière indemnité journalière, l'assuré prend ou a déjà pris une activité indépendante, le délai-cadre pour l'octroi ultérieur d'éventuelles indemnités journalières est de quatre ans.
Al. 3
Si l'assuré n'est pas en mesure, par sa propre faute, de prendre une activité indépendante, l'autorité cantonale peut suspendre son droit aux indemnités journalières pour 25 jours au maximum.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 71d handelt es sich lediglich um eine redaktionelle Anpassung, die durch die Änderung von Artikel 71a Absatz 2 bedingt ist.

Angenommen – Adopté

Art. 72 Abs. 2 (neu)
Antrag der Kommission
Die Versicherung kann die vorübergehende Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen von Berufspraktika in Unternehmungen und Verwaltungen durch finanzielle Beiträge fördern.

Art. 72 al. 2 (nouveau)
Proposition de la commission
L'assurance-chômage peut encourager, par des subventions, l'emploi temporaire de chômeurs sous la forme de stages professionnels dans des entreprises ou des administrations.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 72 behandelt Beiträge für die vorübergehende Beschäftigung von Arbeitslosen. Absatz 2 gemäss Antrag der Kommission bietet eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage für die Durchführung von Praktika bei privaten Firmen oder Verwaltungen. Der Kreis der Bezugsberechtigten kann auch über die Kategorie der Lehrabgänger oder Lehrabgängerinnen hinausgehen. Im Rahmen eines Pilotprojektes von August bis September 1993 hat das Biga bereits solche Praktika für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger bewilligt. Eine Umfrage bei den Kantonen hat ergeben, dass die Nachfrage nach dieser Massnahme seitens der Arbeitslosen erheblich ist und dass sie von den Kantonen auch als durchaus sinnvoll beurteilt wird.
Finanziert würden die Praktika nach den Bestimmungen über Beschäftigungsprogramme, das heisst, der Praktikant erhält einen Lohn (etwa 2200 Franken), davon bezahlt der Arbeitgeber 20 Prozent. Von den restlichen 80 Prozent übernimmt die Arbeitslosenversicherung 85 Prozent und der Kanton die restlichen 15 Prozent.

Angenommen – Adopté

Art. 74
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
Die Versicherung kann Beiträge an Massnahmen gewähren:
a. welche die Arbeitsvermittlung mit technischen oder ausserordentlichen organisatorischen Mitteln wirksamer gestalten;
b. welche eine enge Zusammenarbeit der Arbeitsvermittlung mit der Berufsberatung und andern für die Eingliederung Arbeitsloser wichtigen Dienstleistungen fördern.
Abs. 3 (neu)
Die Massnahmen müssen geeignet sein, Arbeitslosigkeit zu verhüten oder zu bekämpfen, und sie müssen einem erheblichen regionalen oder interkantonalen Interesse entsprechen.
An Private dürfen keine Beiträge gewährt werden, ausgenommen an Institutionen, die nicht auf Gewinn gerichtet sind.

Art. 74
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
L'assurance peut allouer des subventions visant à soutenir des mesures destinées à:
a. accroître l'efficacité du placement par l'application de moyens techniques ou de dispositions exceptionnelles d'organisation;
b. encourager une collaboration étroite entre les services de placement, les services d'orientation professionnelle et les organisations importantes pour la réinsertion des chômeurs.
Al. 3 (nouveau)
Ces mesures doivent être propres à prévenir ou à combattre le chômage et présenter un intérêt majeur sur le plan régional ou intercantonal. Les institutions privées à but lucratif ne pourront pas bénéficier de telles subventions.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 74 handelt von den Beiträgen an besondere Massnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung.
Zu Absatz 1: Der Bundesrat schlägt die Ausbildungsförderung des Vermittlungspersonals vor. In einer aktiven, lagegerechten Arbeitsmarktpolitik ist Vermittlung und Beratung prioritär. Durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind die Anforderungen an Beratung und Vermittlung noch gestiegen. Sie können ohne gezielte Ausbildung nicht mehr erfüllt werden. Bis heute besteht keine anerkannte Vermittlerausbildung. Zurzeit wird jedoch an der Entwicklung eines Lehrganges für die öffentliche und private Arbeitsvermittlung gearbeitet.
Eine Ausbildung gemäss Berufsbildungsgesetz würde allerdings nicht von der Arbeitslosenversicherung mitsubventioniert. Die Subventionen werden sich bei einer gleichzeitigen Aufstockung des notwendigen Vermittlungspersonales auf zirka 1 Million Franken belaufen.
Die Kann-Vorschrift in Absatz 1 muss in Zeiten wie heute mit einer grossen Arbeitslosigkeit als Muss-Vorschrift ausgelegt werden. Es ist dringend notwendig, dass solche Förderungsmassnahmen beschlossen werden.
Zu Absatz 2: Die Kommission schlägt vor, die Zusammenarbeit der an der Vermittlung beteiligten Institutionen explizit als subventionsberechtigte Massnahme zur Förderung der Arbeitsvermittlung ins Gesetz aufzunehmen, dies in Absatz 2 Litera b. Es sind heute auf mehreren Ebenen Bestrebungen im Gange, diese Kooperation zu fördern und zu realisieren, um so die Effizienz der Vermittlung zu steigern. Die Realisierung dieser interinstitutionellen Zusammenarbeit in der ganzen Schweiz würde den Ausgleichsfonds mit jährlich wiederkehrenden Kosten von zirka einer Million Franken belasten. Im übrigen enthält der Antrag der Kommission eine redaktionelle Verbesserung des Gesetzestextes.

Angenommen – Adopté

Art. 75 Abs. 1bis, 2, 3
Antrag der Kommission
Abs. 1bis
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
Über Beiträge zur Förderung der Arbeitsmarktforschung, der Arbeitsvermittlung sowie der Ausbildung und Schulung von Vermittlungspersonal entscheidet die Aufsichtskommission. Solche Beiträge betragen 20 bis 50 Prozent der anrechenbaren Kosten.
Abs. 3
Streichen (im Absatz 2 enthalten)

Art. 75 al. 1bis, 2, 3
Proposition de la commission
Al. 1bis
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
La commission de surveillance statue sur l'allocation de subventions visant à promouvoir la recherche en matière de marché de l'emploi, le placement des chômeurs, ainsi que la formation du personnel chargé du placement. Le montant de ces subventions peut atteindre 20 à 50 pour cent des frais pouvant être pris en compte.
Al. 3
Biffer (est compris dans l'alinéa 2)

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 75 Absatz 1bis: Die neue Bestimmung in Absatz 1bis wurde mit dem Bundesbeschluss vom 19. März 1993 über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung eingeführt und soll nun ins ordentliche Recht übernommen werden. Durch die Einführung eines höheren Subventionssatzes erhöht sich für die Träger der Beschäftigungsprogramme – Kantone, Gemeinden, nicht gewinnorientierte Institutionen – der Anreiz, den Arbeitslosen die Teilnahme an einem solchen Programm anzubieten, bevor die negativen Folgen der Arbeitslosigkeit eingetreten sind.
Zu den Änderungen in Absatz 2 und 3: Die Bestimmung regelt die Höhe der Beiträge der in Artikel 74 vorgeschlagenen Subvention für die Vermittlerausbildung. Mit 20 bis 50 Prozent der anrechenbaren Kosten entspricht die Höhe dem bereits heute vorgesehenen Satz für die Beiträge zur Förderung der Arbeitsmarktforschung und Arbeitsvermittlung. Die Kommission schlägt hier lediglich eine redaktionelle Verbesserung vor.

Angenommen – Adopté

Art. 82 Abs. 1, 3
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 82 al. 1, 3
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: In Artikel 82 erfolgt eine Beschränkung der Haftung der Träger gegenüber dem Ausgleichsfonds auf Schäden, die absichtlich oder grobfahrlässig verursacht wurden. Dies bedeutet eine Anpassung an die im Sozialversicherungsrecht wie auch in der AHV üblichen Haftungsnormen. Dieser Artikel war in der Kommission unbestritten.

Angenommen – Adopté

Art. 83 Abs. 1, 2
Antrag der Kommission
Abs. 1
....
q. (neu) trifft Vorkehren zur Anwendung von Artikel 59a.
Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 83 al. 1, 2
Proposition de la commission
Al. 1
....
q. (nouvelle) prend des mesures pour appliquer l'article 59a.
Al. 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 83 umfasst den Aufgabenkatalog des Ausgleichsfonds.
Zu Buchstabe o: Er betrifft das EDV-Dienstleistungszentrum für die Arbeitslosenkassen. Dieses wurde bisher als Selbsthilfeorganisation von Kassen selbst geführt. Neu wird es dem Biga angegliedert, was aus technischen Gründen rationellerweise besser ist.
Zu Buchstabe p: Das Biga wurde bisher auf eine passive Rolle des Subventionsgebers beschränkt. Es soll neu aktiv gestaltend Verantwortung für die Präventivmassnahmen übernehmen.
Zu Buchstabe q (neu): Er beinhaltet die Zuständigkeitsregel betreffend den neuen, durch die Kommission eingefügten Artikel 59a.

Angenommen – Adopté

Art. 85a Abs. 1, 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 85a al. 1, 2
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Der Artikel 85a handelt von der Haftung der Kantone. Die Kantone haften für Schäden, welche die Arbeitsämter verursachen, wie Kassenträger für Kassen, d. h. bei Absicht und grober Fahrlässigkeit. Parallel zur Änderung von Artikel 82 soll auch hier diese Haftungsart geändert werden. Dieser Artikel war in der SGK unbestritten.

Angenommen – Adopté

Art. 90 Abs. 2–5, 6 (neu)
Antrag der Kommission
Abs. 2
Bei ausserordentlichen Verhältnissen gewährt der Bund nichtrückzahlbare Beiträge von höchstens 5 Prozent der Gesamtausgaben der Versicherung.
Abs. 3
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 4
Streichen (siehe Abs. 6 neu)
Abs. 5
Reichen die Beiträge nach Absatz 2 nicht aus, um die Ausgaben der Versicherung zu decken, so gewähren Bund und Kantone Darlehen zu einem angemessenen Zins.
Abs. 6 (neu)
Bund und Kantone leisten die Darlehen zu gleichen Teilen. Der Bundesrat setzt die Anteile der Kantone in einem Verteilungsschlüssel fest; er berücksichtigt dabei die Finanzkraft der Kantone und den Grad der Arbeitslosigkeit in ihrem Gebiet.
(= Abs. 3 nach geltendem Recht)

Art. 90 al. 2–5, 6 (nouveau)
Proposition de la commission
Al. 2
Dans des circonstances exceptionnelles, la Confédération accorde des montants non remboursables s'élevant au maximum à 5 pour cent des dépenses globales de l'assurance.
Al. 3
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 4
Biffer (voir al. 6 nouveau)

Al. 5
.... , la Confédération et les cantons accordent des prêts à un taux d'intérêt équitable.
Al. 6 (nouveau)
La Confédération et les cantons accordent ces prêts à parts égales. Le Conseil fédéral établit une clé de répartition qui fixe la part incombant à chaque canton; il tient compte à cet effet de la capacité financière du canton et du degré de chômage sur son territoire. (= al. 3 selon le droit en vigueur)

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Mit Artikel 90 kommen wir nunmehr zu einer Pièce de résistance, über die recht viel gesprochen wurde; ich habe Ihnen schon im Eintretensreferat von diesem Problem der Finanzierung und der Aufteilung der Finanzierung zwischen Bund und Kantonen gesprochen.
Der Bundesrat schlägt vor, dass bei ausserordentlichen Verhältnissen der Bund und die Kantone je 5 Prozent der Aufwendungen der Versicherung à fonds perdu übernehmen müssen. Für den durch diese Beiträge noch nicht gedeckten Teil jedoch soll nur der Bund Darlehen leisten, und die Darlehen sollen zum Selbstkostensatz der Kapitalbeschaffung verzinst werden.
Die Kommission konnte dem Bundesrat in diesem Punkt nicht folgen. Die Kommission will, dass der Bund 5 Prozent A-fonds-perdu-Beiträge übernimmt, aber nicht die Kantone, und dass der Rest durch Darlehen von Bund und Kantonen finanziert werden soll. Für die Darlehen soll wie bis anhin ein angemessener Zinssatz berechnet werden. Heute ist dafür in der Verordnung festgehalten: 0,5 Prozent unter den Kapitalbeschaffungskosten.
Die Kommission hat sich zu wiederholten Malen mit diesem Artikel auseinandergesetzt, und sie war immer grossmehrheitlich – in der letzten Abstimmung sogar einstimmig – der Meinung, dass dem vorliegenden Antrag der Kommission gefolgt werden müsse, der die Kantone entlastet; dies angesichts der Tatsache, dass sich die Kantone zum grossen Teil in einer desolaten finanziellen Situation befinden, und auch angesichts der Tatsache, dass die Arbeitslosenversicherung doch primär eine Bundesaufgabe ist.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: En lisant ce matin les marcs de café, j'ai cru voir que je n'avais pas beaucoup de chance devant le Conseil des Etats à vouloir défendre bec et ongles la formule de financement prévue par le Conseil fédéral. Cependant, je la défends. Je vous propose de ne pas suivre la proposition de la commission.
En effet, je constate que la participation financière de la Confédération et des cantons est prévue par la constitution dans des circonstances exceptionnelles et nous sommes, soit dit en passant, actuellement dans des circonstances exceptionnelles.
Je constate, ensuite, que le projet de loi que nous soumettons au Parlement allège, par rapport aux prestations actuelles, la charge financière des cantons. Les chômeurs de longue durée sont pris en charge plus longtemps, avec l'arrêté fédéral urgent et avec cette loi, qu'ils ne l'étaient jusqu'à maintenant par la Confédération. Je constate que les finances cantonales sont allégées des prestations puisque des mesures actives du marché du travail sont soutenues beaucoup plus généreusement maintenant par la Confédération qu'auparavant. Les programmes d'insertion étaient subventionnés à 50 pour cent par la Confédération jusqu'à maintenant, ils le seront à 85 pour cent dorénavant. Au total, il s'agit là, avec la proposition du Conseil fédéral – 5 pour cent, 5 pour cent –, d'un partage harmonieux, d'une prise en charge convenable de la part de la Confédération et des cantons.
C'est ce que je vous invite à inscrire dans la loi, même si le «lobbyisme» cantonal a pu souffler en rafales sur la commission. J'aimerais que l'on s'en tienne à la proposition équitable du Conseil fédéral.

Martin Jacques (R, VD): Nous n'avons pas tout à fait le même sens de l'harmonie, Monsieur le Conseiller fédéral! C'est peut-être à ce niveau-là que nous devrions nous entendre parce que, effectivement, dans les propositions qui ont été faites dans le cadre de la révision de la loi fédérale sur l'assurance-chômage, l'Ofiamt et la Confédération sont entrés en matière sur de nombreuses propositions qui améliorent cette loi et qui répartissent peut-être mieux les charges. Par contre, et on n'en parle pas du tout, pour le chômage de longue durée les cantons sont seuls responsables, et les seuls à en supporter les frais à partir de 400 indemnités. Cette charge est extrêmement lourde pour les cantons touchés par un chômage qui dure depuis plus de deux ans, 19 mois exactement puisque 400 indemnités représentent 19 mois. Effectivement, si, par hypothèse, le Conseil adoptait la version du Conseil fédéral, les cantons qui ont le plus de chômage seraient durement pénalisés.
Je vous invite donc à accepter la proposition de la commission, qui me semble parfaitement équilibrée.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 36 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Art. 92 Abs. 7–9
Antrag der Kommission
Abs. 7
.... durch die Arbeitsvermittlung, einschliesslich der Schaffung regionaler Arbeitsvermittlungsstellen, erwachsen.
Abs. 8, 9
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 92 al. 7–9
Proposition de la commission
Al. 7
Le fonds de compensation verse au canton une contribution pour les dépenses supplémentaires engagées, en raison d'un chômage prononcé et persistant, pour le placement, y compris celles dues à la mise en place de services de placement régionaux.
Al. 8, 9
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 92 handelt von den Verwaltungskosten.
Ich spreche zuerst zu Absatz 7: In Absatz 7 soll den Kantonen nicht nur die Auflage gemacht werden, mehr für die Vermittlung zu tun, sondern es soll ihnen dort, wo die Strukturen entsprechend verbessert werden, ein Beitrag an die Mehrkosten der Arbeitsvermittlung ausgerichtet werden.
Der Vorschlag der Kommission geht davon aus, dass eine ausdrückliche Erwähnung der regionalen Arbeitsvermittlungszentren zusätzlichen Anreiz für die Kantone bieten könnte, solche Zentren aufzubauen. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Regelung der Einzelheiten durch den Bundesrat nicht speziell vorgesehen werden muss.
Die Absätze 8 und 9 sind Folge der Änderungen in Artikel 83 und Artikel 22a.

Angenommen – Adopté

Art. 110a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Dieser Artikel gibt dem Biga Flexibilität für ungewohnte neue Modelle. Die Lösung ist zweckmässig, aber vom Legalitätsprinzip her nicht ganz unproblematisch. Daher wurden verschiedene Sicherungen eingebaut: Die Rücksprache mit der Aufsichtskommission; es wurden Zielvorgaben gegeben, d. h., die Pilotversuche müssen dazu dienen, Erfahrungen mit neuen arbeitsmarktlichen Massnahmen zu gewinnen; die Pilotversuche müssen befristet sein. Absatz 2 sieht einen Kanon von Kernbestimmungen vor, von denen nicht abgewichen werden kann, und Absatz 3 garantiert den gesetzlichen Leistungsumfang.

Angenommen – Adopté

Art. 112a
Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit
(Coutau, Beerli, Loretan, Schiesser, Seiler Bernhard)
Streichen

Art. 112a
Proposition de la commission
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité
(Coutau, Beerli, Loretan, Schiesser, Seiler Bernhard)
Biffer

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Die Einsetzung einer Ombudsstelle war in der Kommission umstritten. Einerseits wird der Bedarf nach einer solchen Institution bejaht, andererseits stellt sich die Frage, ob eine Bundesstelle angesichts des kantonalen Gesetzesvollzuges hierfür geeignet ist. Die Schaffung einer Ombudsstelle würde jedoch auf jeden Fall die Zentralverwaltung, das Biga, entlasten. Das Biga wird heute durch Bürgeranfragen ausserordentlich stark absorbiert; es sollte seine Kapazitäten mehr für Aufsichts- und Kontrollaufgaben einsetzen können.
Zudem ist es sicher gut, wenn mit der Ombudsstelle eine gewisse Gewaltenteilung vorgenommen wird. Eine verwaltungsunabhängige Stelle geniesst eher das Vertrauen der Rechtsunterworfenen als das Biga, das wegen Interessenkonflikten – es ist ja auch Hüter des Ausgleichsfonds – und einer engen Verbindung zu den dezentralen Durchführungsorganen als befangen angesehen werden könnte.
Als positiv könnte sich eine Ombudsstelle eventuell auch dadurch auswirken, dass die Rechtsmittelinstanzen entlastet werden.
Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Coutau Gilbert (L, GE), porte-parole de la minorité: Le moins qu'on puisse dire, c'est que cette institution de l'ombudsman divise les opinions. Hier, dans la loi fédérale sur l'armée et l'administration militaire, nous avons pris une décision à la majorité – je dirais presque de hasard – de 15 voix contre 13; aujourd'hui, je peux vous dire qu'au sein de la commission, en première lecture, nous étions à 4 voix contre 4, avec la voix prépondérante du président en faveur de l'ombudsman, et qu'en deuxième lecture nous étions à 5 voix contre 5, et c'est de nouveau le président qui a tranché. C'est dire que les opinions sont extrêmement divisées.
Vous l'avez peut-être entendu hier, je ne suis pas favorable à l'institution même de l'ombudsman. Je ne reviens pas sur les positions de principe que je vous ai exposées à ce sujet, mais je m'attache à critiquer cette institution nouvelle dans le cadre de l'assurance-chômage. En effet, contrairement à ce qui se passait hier en matière d'armée, il faut bien se souvenir que l'application de l'assurance-chômage se fait essentiellement par les cantons. Donc, il y a une procédure possible au sein des cantons. Un ombudsman fédéral porterait une atteinte à cette compétence cantonale d'établir toutes les voies de recours possibles, y compris et jusqu'à des tribunaux administratifs dans les cantons qui le connaissent. Par conséquent, on peut bien dire que les voies de recours sont parfaitement accessibles et que ce qui n'était pas totalement le cas avec l'armée hier l'est même beaucoup plus largement avec l'assurance-chômage aujourd'hui.
J'aimerais insister aussi sur un aspect qui est inclus dans la loi fédérale sur l'assurance-chômage à l'article 17 alinéa 2, et qui prévoit qu'à la place du timbrage les contrôles sur l'activité des chômeurs pour trouver des emplois sont remplacés par des entretiens individualisés. Il s'agit là aussi d'une forme d'expression, de dialogue avec les offices de placement, qui favorise la confiance que les chômeurs peuvent avoir dans le fonctionnement de l'assurance-chômage. Je dirais également que les réponses à la procédure de consultation ont été assez négatives à l'égard de cette innovation. Une majorité des cantons se sont opposés, pour des raisons de respect de leurs compétences propres, à cette institution du médiateur.
J'estime que si M. Nordmann et ses services sont submergés par une correspondance abondante en rapport avec l'application de la loi fédérale sur l'assurance-chômage, cela vient essentiellement du fait que nous sommes sous l'empire, à l'heure actuelle, d'un droit d'urgence. Ce droit d'urgence a naturellement suscité un certain nombre d'incertitudes quant à son application et il est assez normal que cela soit à ceux qui sont à l'origine de ce droit d'urgence et de cette législation que l'on s'adresse pour en connaître toutes les applications. Comme toute innovation, cette surabondante correspondance va progressivement se tasser à la faveur, d'une part, de la meilleure connaissance progressive des mécanismes nouveaux qui se sont mis en place et à la faveur, d'autre part, d'une certaine jurisprudence qui va se dégager.
C'est la raison pour laquelle j'estime que cette innovation vient un peu comme un cheveu sur la soupe. Les sommes qui devraient être consacrées à la création de ces postes de médiateurs, qui devraient être naturellement multipliés par deux ou trois compte tenu des régions linguistiques, sont des sommes qui pourraient être bien mieux utilisées, soit pour favoriser le placement d'un certain nombre de chômeurs, soit pour disposer d'un certain nombre de ressources supplémentaires à la disposition des chômeurs.
Nous sommes devant un trou gigantesque à combler dans les caisses de compensation de l'assurance-chômage. Ce million de francs supplémentaire qu'imposerait la création de cet office fédéral de médiation me semble mal placé, et c'est la raison pour laquelle, avec quasiment la moitié de la commission, je vous demande d'y renoncer.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Nous constatons, dans le terrain, que dans les périodes de chômage prononcé que nous connaissons actuellement, c'est bel et bien au niveau de la Confédération et de l'Ofiamt qu'aboutissent toute une série, sinon de recours formels, du moins de questions, de lettres, d'interventions, là où les cantons n'ont pas pu régler à satisfaction un certain nombre de demandes et là où on a préféré recourir à l'éclairage et à l'information de la Confédération avant de se lancer dans des procédures judiciaires proprement dites au niveau cantonal.
Il y a donc – et c'est tout à fait naturel –, compte tenu de la complexité de l'application du droit actuel, une surcharge au niveau de l'administration, et je souhaiterais que cette administration pût se consacrer à l'essentiel de sa tâche, plutôt qu'à avoir constamment à répondre et à devoir entretenir un service à la clientèle, qui est légitime, mais qui l'encombre sensiblement. C'est pourquoi, compte tenu de l'intérêt que tout le monde peut trouver à disposer d'un service de discussion, d'appréciation, qui ne soit pas un service de recours à proprement parler, qui ne soit pas non plus une instance judiciaire avec toute la complexité de l'appareil que cela entraînerait, avec la longueur et la rigidité des procédures que cela comporterait, il serait judicieux d'avoir, au niveau de la Confédération, un tel médiateur qui pourrait ainsi contribuer à apaiser des conflits, à répondre à une multitude de questions et qui pourrait le faire de manière plus uniforme peut-être que ne peuvent le faire, là où ils sont, les organes cantonaux juxtaposés.
Il n'est pas question, Monsieur Coutau, que ce médiateur, dépassant sa tâche, se mette à trancher en lieu et place des cantons et qu'il coupe en quelque sorte les voies du recours formel qui sont les voies judiciaires. Si les intéressés ne s'estiment pas satisfaits par les réponses qu'il donne et par les propositions d'entendement et de bons offices qu'il fait, la voie judiciaire leur demeure totalement ouverte, sans aucune limitation.
Mais nous croyons qu'il y a là un service clairvoyant et intelligent à rendre aux ayants droit, d'autant plus, ne l'oubliez pas, qu'il s'agit souvent de cas humainement douloureux, qu'on n'est pas en litige de droit civil concernant la marche et la rentabilité d'une entreprise, mais que l'on touche dans son vif, souvent, les intérêts d'un homme et d'une famille, et que les comportements, à ce moment-là, sont évidemment beaucoup

plus sensibles et beaucoup plus vifs qu'ils ne le sont dans des cas ordinaires.
Je crois que la présence humaine d'un médiateur, qui aurait entre autres cet immense avantage de décharger l'administration, est une solution opportune à retenir. Le Conseil fédéral vous en demande la possibilité, sans en demander nécessairement la création immédiate.

Coutau Gilbert (L, GE), porte-parole de la minorité: Il n'est pas d'usage de prendre la parole après un conseiller fédéral, mais le dernier argument qu'a présenté M. Delamuraz m'oblige à intervenir.
Il est absolument évident que, dans plusieurs cas, des chômeurs ont des réticences à présenter une situation humainement difficile et socialement compliquée. Mais je dénie absolument à la Confédération la prérogative d'avoir, fût-ce par l'intermédiaire d'un médiateur, l'exclusivité d'une certaine sensibilité humaine. Les offices de placement, dans les cantons, sont probablement plus à même qu'un office fédéral de tenir compte de la réalité directe, humaine précisément, des cas qui leur sont soumis. A mon avis, on ne peut pas dire que seul un médiateur fédéral serait humainement en mesure de tenir compte, mieux que les cantons, de cet aspect des choses.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Il n'est pas d'usage de parler après M. Coutau, mais je veux quand même m'autoriser cette impertinence pour vous dire que je n'ai jamais affirmé que seul un miraculeux médiateur fédéral serait doté de sensibilité et que dans les bureaux cantonaux il n'y avait que des brutes épaisses qui n'avaient pas compris les problèmes humains qui leur sont posés. Pas du tout! Mais j'ai dit qu'il peut arriver que même après avoir apprécié avec beaucoup de sensibilité le cas d'un concitoyen, le bureau cantonal rende une première décision qui appelle quand même une discussion complémentaire, sans entrer, nécessairement et tout de suite, dans la voie du recours judiciaire. A ce moment-là, il est bon, qu'au niveau fédéral on ait cette sensibilité aussi, Monsieur Coutau – pas exclusivement –, mais qu'on l'ait aussi.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Minderheit 23 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit 12 Stimmen

Art. 117a
Antrag der Kommission
Titel, Einleitung, Art. 2 Titel, Abs. 1bis; Art. 10
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Art. 26 Abs. 3 (neu)
.... Bei Versicherten, die gemäss Artikel 2 Absatz 1bis der obligatorischen Versicherung unterstehen oder gemäss Artikel 47 Absatz 2 ihre Vorsorge freiwillig weiterführen, erlischt die Invalidenrente spätestens bei Entstehen des Anspruchs auf eine Altersleistung (Art. 13 Abs. 1).
Art. 47 Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Art. 47 Abs. 2
.... Der aus der obligatorischen Versicherung gemäss Artikel 2 Absatz 1bis ausscheidende Versicherte kann die Vorsorge für die Risiken Tod und Invalidität im bisherigen Umfang bei der Auffangvorrichtung weiterführen.
Art. 60 Abs. 2 Bst. e
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 117a
Proposition de la commission
Titre, introduction, art. 2 titre, al. 1bis; art. 10
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Art. 26 al. 3 (nouveau)
.... Pour les assurés qui sont astreints à l'assurance obligatoire selon l'article 2 alinéa 1bis ou qui poursuivent volontairement leur prévoyance selon l'article 47 alinéa 2, la rente-invalidité s'éteint au plus tard lors de la naissance du droit à une prestation de vieillesse (art. 13 al. 1er).
Art. 47 al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Art. 47 al. 2
L'assuré qui sort de l'assurance obligatoire selon l'article 2 alinéa 1bis peut maintenir la prévoyance contre les risques de décès et d'invalidité dans la même mesure que précédemment auprès de l'institution supplétive.
Art. 60 al. 2 let. e
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 117a enthält die notwendigen Anpassungen des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) zur Sicherstellung des Schutzes gegen Invalidität oder Todesfall während der Arbeitslosigkeit. Es entspricht dies dem Artikel 22a, den Sie neu in das Arbeitslosenversicherungsgesetz aufgenommen haben.
Ihre Kommission hat Artikel 26 Absatz 3 ins BVG neu eingefügt. Nachdem sich die Arbeitslosenversicherung darauf beschränkt, die Risiken Invalidität und Tod zu decken, wäre es nicht einsichtig, dass während der Arbeitslosigkeit invalid gewordene Personen über das Erreichen der Altersgrenze hinaus eine Invalidenrente nach BVG beziehen könnten. Sie ständen dann besser als die übrigen Arbeitslosen da. Es ist richtig, wenn hier die verschiedenen Kategorien von Arbeitslosen miteinander verglichen werden. Eine Weiterführung der Rente über die Altersgrenze hinaus würde zudem die Prämien, die ja nunmehr nach versicherungstechnischen Grundsätzen festzulegen sind – ich verweise noch einmal auf Artikel 22a –, um mindestens den Faktor zwei verteuern.

Angenommen – Adopté

Art. 118 Abs. 1 Bst. d
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 118 al. 1 let. d
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 120a (neu)
Antrag der Kommission
Die Kompetenz des Bundesrates, den Beitragssatz über die Schwelle von 2 Prozent heraufzusetzen, gilt bis zum 31. Dezember 1999.

Art. 120a (nouveau)
Proposition de la commission
La compétence du Conseil fédéral d'augmenter le taux de cotisation au-dessus du seuil de 2 pour cent reste en vigueur jusqu'au 31 décembre 1999.

Angenommen – Adopté

Ziff. II
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
Die Beiträge des Bundes nach Artikel ....

Ch. II
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
.... par la Confédération, conformément à ....

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral peut évidemment se rallier aux dispositions transitoires.

Vous avez voté tout à l'heure les dispositions qui déchargent les cantons, ipso facto le chiffre II doit avoir la teneur que propose la commission.

Angenommen – Adopté

Ziff. III
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. III
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 34 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Botschaft und Gesetzentwurf vom 29. November 1993 (BBl 1994 I 340)
Message et projet de loi du 29 novembre 1993 (FF 1994 I 340)
Beschluss des Ständerates vom 17. März 1994
Décision du Conseil des Etats du 17 mars 1994
Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission
Eintreten

Antrag Blocher
Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag, eine neue Vorlage vorzulegen, welche
a. die Möglichkeit vorsieht, die Erhöhung um ein Lohnprozent ausschliesslich zur Tilgung bestehender Schulden gegenüber Bund und Kantonen vorzunehmen;
b. bei 2 Lohnprozenten und 150 000 Arbeitslosen ab 1996 für die Arbeitslosenversicherung, für den Bund und für die Kantone keine neuen Defizite bringt.
Der Bundesrat legt die Vorlage dem Parlament bis zum 30. November 1994 vor.

Antrag Zisyadis
Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag, eine neue Teilrevision vorzulegen, die den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen Rechnung trägt.
Dieser Entwurf hätte folgende Anforderungen zu erfüllen:
1. Konsultierung der Kantone gemäss Vereinbarung der Experten der Arbeitgeberschaft und der Gewerkschaften;
2. Einfügung von Eingliederungsmassnahmen für ausgesteuerte Arbeitslose; deren Finanzierung erfolgt über die Aufhebung der Beitragsplafonierung;
3. Ermittlung der realen Kosten, welche die Arbeitslosigkeit gesamtschweizerisch (auf Bundes-, Kantons- und Gemeindestufe) für Mensch, Gesellschaft und Wirtschaft nach sich zieht;
4. Einführung eines zusätzlichen Arbeitgeberbeitrages zur Kompensierung der Beitragseinbussen, die sich infolge von Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmassnahmen, die zu einem Rückgang des Beschäftigungsvolumens bei gleichbleibender Produktion führen, oder infolge einer Produktionsverlegung ins Ausland ergeben.

Antrag Camponovo
Rückweisung an die Kommission
mit dem Auftrag, den Antrag des Staatsrates des Kantons Tessin zu prüfen, der bereits Gegenstand meiner Intervention anlässlich der letzten Revision im Frühling 1993 war und der in Artikel 22 folgende Grundsätze aufnehmen will:
1. Der Arbeitslose hat Anspruch auf eine Grundentschädigung von 50 Prozent des letzten versicherten Lohnes im Sinne dieses Gesetzes, aber im Maximum auf 3200 Franken pro Monat.
2. Für jedes geleistete, von der AHV-Ausgleichskasse bestätigte Arbeitsjahr wird die Grundentschädigung um einen Prozentpunkt erhöht.
3. Aufgrund der familiären und ehelichen Verhältnisse können die Grundsatzentschädigung und der Zuschlag erhöht werden. Der Bundesrat legt die Kriterien für solche Korrekturen fest.
Falls Artikel 22 in diesem Sinne angenommen würde, müsste Artikel 27 unverändert bleiben.

Antrag der SD/Lega-Fraktion
Rückweisung an die Kommission
mit dem Auftrag, eine Vorlage auszuarbeiten, die folgende Grundsätze berücksichtigt:
1. Die finanziell unumgängliche Einschränkung der Leistungen im Taggeldbereich ist sozialverträglicher vorzunehmen, und zwar indem der Höchstbetrag des Versicherten auf drei Viertel von demjenigen der obligatorischen Unfallversicherung herabgesetzt wird (stärkere Plafonierung).
2. Je nach finanzieller Auswirkung der Massnahme gemäss Ziffer 1 kann auf die Leistungseinschränkungen bei der Bezugsdauer und/oder mittels Karenzfrist ganz oder teilweise verzichtet werden.

Proposition de la commission
Entrer en matière

Proposition Blocher
Renvoi au Conseil fédéral
avec mandat de présenter un nouveau projet visant à:
a. prévoir la possibilité de relever le taux de cotisation à l'assurance-chômage de 1 pour cent exclusivement dans le but d'éteindre les dettes contractées à l'égard de la Confédération et des cantons;
b. lorsque le taux de cotisation de l'assurance-chômage aura atteint 2 pour cent pour un nombre de 150 000 chômeurs à partir de 1996, faire en sorte qu'il n'en résulte aucun nouveau déficit pour la Confédération et les cantons.
Le Conseil fédéral soumet le projet au parlement jusqu'au 30 novembre 1994.

Proposition Zisyadis
Renvoi au Conseil fédéral
avec mandat de présenter une nouvelle révision partielle qui réponde aux nécessités économiques et sociales. Ce projet devrait répondre aux exigences suivantes:
1. consultation des cantons, suite à l'accord des experts des employeurs et des syndicats;
2. intégration de mesures d'insertion des chômeurs en fin de droits, financées par le déplafonnement des cotisations;
3. évaluation du coût réel humain, social et économique du chômage pour l'ensemble de la société (sur les plans fédéral, cantonal et communal);
4. instauration d'une cotisation supplémentaire des employeurs, pour compenser les pertes de cotisations résultant de mesures de rationalisation et de restructuration qui conduisent à une diminution du volume d'emploi pour une production identique ou en cas de transfert à l'étranger des moyens de production.

Proposition Camponovo
Renvoi à la commission
avec mandat d'examiner la proposition du Conseil d'Etat du canton du Tessin qui faisait déjà l'objet de mon intervention à l'occasion de la dernière révision du printemps 1993 et qui propose de reprendre à l'article 22 les principes suivants:
1. Le chômeur a droit à une indemnité de base s'élevant à 50 pour cent du dernier salaire assuré, au sens de la présente loi, mais au maximum à 3200 francs par mois.
2. Pour chaque année d'activité effective et confirmée par la caisse de compensation AVS, l'indemnité de base est augmentée à raison d'un pour cent.
3. Sur la base de la situation familiale et conjugale de l'assuré, les indemnités de base et le supplément peuvent être augmentés. Le Conseil fédéral fixe les critères applicables à ces corrections.
Si l'article 22 est adopté dans ce sens, l'article 27 doit rester inchangé.

Proposition du groupe DS/Ligue
Renvoi à la commission
avec le mandat d'élaborer un projet qui tienne compte des principes suivants:
1. La limitation des prestations dans le domaine des indemnités journalières, inévitable pour des raisons financières, doit être effectuée de manière tolérable sur le plan social en fixant le montant maximum du gain assuré au trois quarts de celui de l'assurance-accidents obligatoire (plafonnement plus élevé).
2. Selon les conséquences financières de la mesure selon le chiffre 1, on pourra renoncer partiellement ou complètement aux limitations des prestations pendant la période d'indemnisation en fixant éventuellement un délai d'attente.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Bis 1990 sah es so aus, als ob unser Land mit einer Arbeitslosenquote von weniger als 1 Prozent ein Sonderfall in der europäischen Landschaft bleiben würde, von Arbeitslosigkeit in dem Ausmass, wie es unsere Nachbarländer kennen, verschont bliebe. Wir haben in den letzten drei bis vier Jahren zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir bezüglich der Arbeitslosigkeit kein Sonderfall mehr sind. Sie hat sich in dieser Zeit vervierfacht. Wir haben inzwischen einmal den Spitzenwert von 175 000 Arbeitslosen erreicht und stehen heute bei 165 000 Arbeitslosen, und zwar immer noch, obwohl die Wirtschaft, die Konjunktur, langsam anziehen. Das zeigt die Bedeutung dieses Geschäftes.
Der Rat muss in diesen zwei Sitzungstagen die Verantwortung wahrnehmen. Wie Sie wissen, haben wir bereits eine erste Systemkorrektur an der Arbeitslosenversicherung vorgenommen, und zwar auf den 1. April 1992 mit dem damaligen dringlichen Bundesbeschluss. Damals wurde der Taggeldanspruch für nicht Unterhaltspflichtige von 80 auf 70 Prozent reduziert. Zudem – das war der zweite Schwerpunkt dieser Vorlage – wurde die Bezugsdauer von 300 auf 400 Tage verlängert, um der Langzeitarbeitslosigkeit besser entgegentreten, sie unter einen besseren Versicherungsschutz stellen zu können.
Sie erinnern sich auch, dass die Sozialpartner von beiden Seiten – Arbeitgeber und Arbeitnehmer – jene Revision relativ vehement abgelehnt hatten. Einerseits befürchteten die Arbeitnehmer mit dieser Reduktion der Taggeldansätze Lohndumping, auf der anderen Seite machten die Arbeitgeber geltend, das neue System fördere den Missbrauch. Schliesslich hatte das Volk zu entscheiden. Es ist knapp ein Jahr her seit der Abstimmung, und das Volk hat trotz der vehementen Opposition von beiden Seiten diese Revision mit grossem Mehr, und zwar mit 70 Prozent Jastimmen, angenommen.
Die Vox-Analyse über diese Abstimmung zeigt, dass es zwei Hauptmotive waren, die das Volk bewegt haben, dieser Vorlage mit so grosser Mehrheit zuzustimmen. Einmal drängte die Bevölkerung in der jetzigen krisenhaften Situation bezüglich Arbeitslosigkeit auf eine Anpassung unseres Versicherungssystems an die höheren Arbeitslosenzahlen. Zweitens wollte die Bevölkerung, dass der Schutz vor Langzeitarbeitslosigkeit verbessert würde. Diese beiden Motive haben jener Vorlage zu einem sehr deutlichen Ja verholfen.
Aus der Botschaft des Bundesrates zur jetzigen Vorlage ersehen Sie, dass ein Konsens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Vorfeld zu dieser Revision leider nicht zustande gekommen ist. Insbesondere ist es im Vorfeld dieser Revision nicht gelungen, gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu neuen konzeptionellen Lösungen vorzustossen.
Der Ständerat hat einige neue Akzente in dieser Vorlage gesetzt: Einmal bezüglich der Leistungen, insbesondere aber bezüglich der Finanzierung, indem er die Kantone aus der Mitverantwortung für die Arbeitslosenversicherung entlassen wollte. So präsentierte sich die Ausgangslage für Ihre Kommission bei Beginn der Beratungen dieser Revision.
Wir haben zu Anfang in unserer Kommission Hearings durchgeführt, und zwar mit Wissenschaftern, mit Kantonsvertretern, mit Praktikern aus dem In- und Ausland und auch mit den Sozialpartnern. Die Hearings haben zweierlei ergeben:
1. Die heutige Konzeption der Arbeitslosenversicherung führt weder aus der Sicht der Betroffenen noch aus der Sicht des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft zu befriedigenden Ergebnissen. Allgemein wurde anerkannt, dass eine Reform des Systems absolut dringend notwendig ist. Das jährlich aufgewendete Geld von 6 Milliarden Franken muss nutzbringender eingesetzt werden, und zwar sowohl für die Arbeitslosen wie auch für den Arbeitsmarkt, das heisst letztlich für die schweizerische Volkswirtschaft.

2. Ein für die Mitglieder der Kommission besonders überraschendes Resultat dieser Hearings war, dass die Sozialpartner unter sich über die Reform der Arbeitslosenversicherung überhaupt noch keinen Dialog geführt haben. Jede Seite hat sich aufgrund des vorangehenden Abstimmungskampfes darauf beschränkt, ihre Positionen immer wieder in öffentlichen Verlautbarungen zu bestätigen. Über diese Positionsbezüge ist man nicht hinausgekommen. Aufgrund dieser beiden Resultate entschloss sich die Kommission, einen neuen Weg einzuschlagen. Einmal war sie entschieden der Meinung, die Neukonzeption der Arbeitslosenversicherung müsse jetzt an die Hand genommen werden und dürfe nicht weiter aufgeschoben werden. Zum zweiten war die Kommission der Ansicht, die Sozialpartner müssten jetzt endlich in den Dialog über diese Versicherung treten und in das Gespräch über die Neukonzeption einbezogen werden. Da eine solche Arbeit nicht in einer Kommission mit 25 Mitgliedern zu leisten ist, hat sich die Kommission entschieden, eine Subkommission von 9 Mitgliedern – und zwar ist das einstimmig geschehen – einzusetzen, die den Auftrag erhielten, der Gesamtkommission über diese beiden genannten Punkte bis Ende August 1994 eine konsensfähige Neukonzeption zu unterbreiten.
Die Subkommission hat ihr Verhandlungskonzept festgelegt und folgende Organisationen der Sozialpartner eingeladen: auf Arbeitnehmerseite den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), vertreten durch Frau Despland, den Christlichnationalen Gewerkschaftsbund (CNG), vertreten durch Frau Hartmann, die Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände (VSA), vertreten durch Herrn Signorell; auf Arbeitgeberseite den Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, vertreten durch Herrn Direktor Hasler, und schliesslich den Schweizerischen Gewerbeverband, vertreten durch Herrn Meuwly. Es ist mir ein Bedürfnis, an dieser Stelle, in diesem Rat und auch in der Öffentlichkeit den beteiligten Organisationen, die ich jetzt genannt habe, und ihren Repräsentanten für den aussergewöhnlichen Einsatz, den sie in der Subkommission geleistet haben, und auch für ihre konstruktive Mitarbeit bei der Reform der Arbeitslosenversicherung den Dank auszusprechen.
Meines Erachtens haben die Sozialpartner erkannt, dass der soziale Friede und die Stabilität in unserem Lande ganz wesentlich von diesem Versicherungswerk abhängig sind und dass wir auf dem Feld der Arbeitslosigkeit heute in unserem Land breit abgestützte, taugliche Lösungen finden müssen. Allen Mitgliedern war bewusst, dass es nicht darum gehen kann, lediglich partei- oder interessenpolitische Auseinandersetzungen zu führen, sondern dass eine den Gesamtinteressen dienende Lösung gefunden werden muss. Ebenso war allen bewusst, dass Partikularinteressen, Brancheninteressen, Gebietsinteressen, Teilinteressen angesichts einerseits der hohen Arbeitslosenquote und andererseits des engen Spielraumes der Bundesfinanzen nicht durchgesetzt werden können.
Dem Gesamtinteresse muss, wie gesagt, Vorrang eingeräumt werden. Angesichts der 50 Anträge, die jetzt in diesem Rat gestellt worden sind, muss ich Sie bitten, sich an der Zielrichtung zu orientieren, der die Sozialpartner zugestimmt haben. Ich möchte Sie dringend bitten, Ihre Anträge zu überprüfen, ob sie im Gesamtinteresse effektiv notwendig sind, ob Sie damit tatsächlich nicht nur partikuläre Interessen zum Durchbruch bringen wollen, die durchaus auch ihre Berechtigung haben, wenn die Zeit dazu ist. Aber ich glaube, bei dieser Versicherung ist im Moment nicht die Zeit dazu, solche zu realisieren.
Nachdem die neue Konzeption der Arbeitslosenversicherung vorlag, hat die Subkommission auch die kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren orientiert und mit einer Delegation der Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren zwei Aussprachen durchgeführt. Es ist uns meines Erachtens gelungen, aufgrund dieser Aussprachen in kritischen Punkten, die den Kantonen gewisse Mühe machten, die Vorlage zu verbessern. Darauf werde ich in der Detailberatung zurückkommen.
Ich möchte Sie auf die fünf Säulen der Revision hinweisen:
Die erste Säule ist der Prioritätenwechsel. Wir wollen mit der Neukonzeption die Sicherung der Erwerbsfähigkeit der Arbeitslosen und ihre rasche und dauerhafte Wiedereingliederung in den Vordergrund stellen. Das heutige Versicherungssystem birgt die Gefahr in sich, dass Arbeitslose immer weniger in der Lage sind, wieder ins Berufsleben einzutreten, je länger ihre Arbeitslosigkeit andauert. Zum einen gehen berufliche Fähigkeiten verloren, zum anderen wird auch die Fähigkeit herabgesetzt, sich in eine Arbeitsorganisation einzufügen; schliesslich treten nicht selten auch gesundheitliche Störungen auf, die die Erwerbsfähigkeit beeinträchtigen. Denken Sie beispielsweise an die heutige Situation der Invalidenversicherung, an die starke Zunahme der IV-Fälle, die von dieser Entwicklung im Bereich Arbeitslosigkeit eindeutig geprägt ist. Wir wollen mit dieser Neukonzeption die rasche Wiedereingliederung durch neue arbeitsmarktliche Massnahmen fördern, auf die ich in der Detailberatung eingehen werde, und zwar soll dies vom Beginn der Arbeitslosigkeit an geschehen, nicht erst nach einigen Monaten Arbeitslosigkeit.
Die zweite Säule des Neukonzeptes bildet eine Neuordnung des Taggeldanspruchs. Der neue Grundsatz lautet, dass das Taggeld grundsätzlich eine Entschädigung für eine Gegenleistung sein soll. Wir wollen wegkommen von der Situation der blossen Rente, von blosser passiver Taggeldentgegennahme während 400 Tagen. Vielmehr soll jetzt während der zweijährigen Rahmenfrist ein Taggeld gezahlt werden, wenn der Versicherte im Sinne einer von ihm zu erbringenden Gegenleistung an arbeitsmarktlichen Massnahmen teilnimmt. Wenn der Versicherte aus persönlichen oder anderen Gründen eine Teilnahme ablehnt, bleibt für die Zeit der Ablehnung die Taggeldauszahlung gesperrt. Im Gegenzug dazu hat der Versicherte aber auch Anspruch darauf, dass ihm eine vorübergehende Beschäftigung angeboten wird, soweit keine andere arbeitsmarktliche Massnahme zur Verfügung steht.
Ausserhalb solcher arbeitsmarktlicher Massnahmen werden nur noch in beschränktem Umfang Taggelder bezahlt, nämlich 150 Taggelder für Versicherte unter 50 Jahren, 250 Taggelder für Versicherte von 50 bis 60 Jahren und 400 Taggelder für Versicherte ab 60 Jahren. Diese Altersabstufung ist darin begründet, dass mit zunehmendem Alter die Möglichkeiten, mit arbeitsmarktlichen Massnahmen die Erwerbsfähigkeit zu verbessern, wesentlich absinken, sowohl aus Sicht des betroffenen Arbeitslosen wie auch aus Sicht des Arbeitsmarktes.
Wir haben dafür, das ist die Kehrseite, auf die Degression verzichtet, was ich für einen ganz wichtigen Schritt aus Sicht der Arbeitslosen halte. Heute haben wir eine Degression, d. h. eine Reduktion der Taggelder nach 85 Tagen um 5 Prozent und eine weitere Reduktion nach 170 Tagen um weitere 5 Prozent. Wir wissen, dass diese Reduktionen für die Betroffenen eine schwere Last sind, insbesondere dass sie ihre Möglichkeiten, wieder ins Berufsleben zurückzukehren, nochmals zusätzlich einschränken. Wir wissen, dass aufgrund dieser Regelung auch viele familiäre Probleme entstehen. Wir glauben, es ist richtig, diese alte Regelung durch die neue Konzeption abzulösen, die wir Ihnen vortragen.
Dritte Säule dieses Programms ist eine neue Organisation. Wir wollen mit Arbeitsvermittlungszentren, die gesamtschweizerisch in allen Kantonen eingerichtet werden sollen, die Sachkompetenz für Vermittlung und für arbeitsmarktliche Massnahmen zusammenfassen und zu einem effizienten Einsatz bringen, wiederum sowohl im Interesse der betroffenen Arbeitslosen als auch im Interesse des Arbeitsmarktes. Ein wichtiges Element im Rahmen dieser Arbeitsmarktzentren bilden die sogenannten tripartiten Kommissionen, die aus Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Arbeitsamtsvertretern bestehen. Diese sollen insbesondere – das wird ihre Hauptaufgabe sein – dafür sorgen, dass die Arbeitsmarktmassnahmen regional und örtlich zweckmässig durchgeführt werden.
Vierte Säule dieses Programms ist das Ziel, sich im Mitteleinsatz auf das Wesentliche zu konzentrieren und auf bloss Wünschbares zu verzichten. Das bedeutet, dass wir auf gewisse Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die angeboten werden, aus finanziellen Gründen verzichten müssen, insbesondere damit wir die wesentlichen und zentralen Aufgaben dieser Versicherung realistisch und gut erfüllen können.
Zu diesem Wunschbedarf, auf den – nach Meinung der Kommissionsmehrheit jedenfalls – verzichtet werden sollte, gehört die Schlechtwetterentschädigung, d. h. die Taggeldauszah-

lung wegen schlechtem Wetter, auch die Taggeldauszahlung wegen wetterbedingtem Kundenausfall. Dazu zählen weiter die Einschränkungen bei der Kurzarbeitsentschädigung, die Erhöhung der Karenzfrist bei Kurzarbeit auf drei Tage, die Reduktion der Höchstdauer der Kurzarbeitsentschädigung von 24 auf 18 Monate und letztlich – ein sehr umstrittener Punkt, über den Ihr Rat hier entscheiden muss – die Einführung von fünf Karenztagen im ersten Monat der Taggeldauszahlung.
Diese fünf Karenztage werden vorgeschlagen, damit die Versicherung tatsächlich ein finanzielles Gleichgewicht halten kann. Die Karenztage sind eine Sparmassnahme, die unserer Meinung nach den Arbeitslosen zuzumuten ist. Wir halten es für wesentlich zumutbarer, fünf Karenztage einzuführen, als beispielsweise nach 125 Tagen das Taggeld herabzusetzen, also die Degression einzuführen. Das wäre eine Alternative. Fünf Karenztage sind auch zumutbarer, als für die Langzeitarbeitslosen die Bezugsdauer z. B. um 100 Tage zu kürzen. Letztlich haben diese fünf Karenztage die Bedeutung eines Selbstbehaltes, eines Beitrages der Versicherten zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung. So muss man das nach Auffassung der Kommissionsmehrheit sehen.
Fünfte Säule und eine der positiven Leistungen, die in der Arbeit mit den Sozialpartnern erzielt werden konnte, ist die einvernehmliche Lösung über die Finanzierung. Sie wissen, dass sich die Sozialpartner lange konsequent gegen jede Änderung des Beitragssatzes gewehrt haben. Wir haben mit den Sozialpartnern die einvernehmliche Lösung gefunden, dass der Lohnabzug grundsätzlich 2 Prozent für die laufenden Verpflichtungen der Arbeitslosenversicherung betragen soll. Gleichzeitig sollen der Bund und die Kantone bei ausserordentlichen Verhältnissen, das heisst bei hohen Arbeitslosenzahlen, 5 Prozent von jeder Seite zuschiessen.
Wenn dies gegeben ist, sind die Sozialpartner ihrerseits bereit zu akzeptieren, dass wir ein zusätzliches Prozent als Zuschlag erheben, zur Tilgung der bis Ende 1995 aufgelaufenen Schuld der Arbeitslosenversicherung. Diese Schuld wird etwa 8,2 Milliarden Franken betragen, und wir werden mit diesem zusätzlichen Prozent diese Schuld etwa bis ins Jahr 2000 abtragen können. Damit kann die Arbeitslosenversicherung wieder auf eine einigermassen seriöse finanzielle Basis gestellt werden.
Das sind die fünf Säulen, auf denen diese Neukonzeption der Arbeitslosenversicherung in den Grundzügen beruht. Auf die Details werde ich zurückkommen.
Ich gebe Ihnen am Schluss dieser Einführung noch einen Überblick über die finanziellen Konsequenzen der Neukonzeption, im Sinne von Einsparungen und Mehrkosten, die daraus resultieren. Es werden an Mehrkosten anfallen: Aus der Realisierung der aktiven Arbeitsmarktmassnahmen 224 Millionen Franken und aus der Realisierung der Arbeitsmarktzentren etwa 165 Millionen Franken. Die Mehrkosten dieses Modells betragen also 389 Millionen Franken.
Die Minderkosten setzen sich wie folgt zusammen: Der Verzicht auf die Weiterführung der Beitragszeiten nach Durchführung eines Beschäftigungsprogrammes bringt Minderkosten von 75 Millionen Franken. Die Wartezeiten für Schulabgänger und Maturanden und die Reduktion der Pauschalansätze für die Leistungen zugunsten dieser Kategorie von Arbeitslosen bringen eine Reduktion von 106 Millionen Franken.
Die Einführung der Karenztage bringt eine Reduktion von 130 bis 180 Millionen Franken. Die Streichung der Schlechtwetterentschädigung bringt eine Reduktion von 70 Millionen Franken. Die Reduktion der Leistungen bei der Kurzarbeitsentschädigung bringt eine Reduktion von 50 Millionen Franken.
Und schliesslich: Die Einführung dieses neuen Konzeptes bringt uns einigermassen die Sicherheit, dass sich die durchschnittliche Bezugsdauer, die heute bei 104 Tagen liegt, in Zukunft nicht mehr erhöht. Die durchschnittliche Bezugsdauer von Arbeitslosentaggeldern hat sich in der Vergangenheit stetig von etwa 50 auf 104 Tage erhöht. Wenn mit dem neuen System eine weitere Erhöhung dieser durchschnittlichen Bezugsdauer vermieden werden kann, bringt das der Versicherung eine Einsparung von 500 Millionen Franken. Wir sind der Überzeugung, dass dieses Ziel mit der neuen Versicherungslösung erreicht werden kann.
Insgesamt: Wenn Sie Plus und Minus einander gegenüberstellen, erhalten Sie ein Einsparungsvolumen von 532 Millionen Franken. Das scheint jetzt vielleicht ein hoher Betrag zu sein. Ich muss Ihnen aber sagen, dass dieser Betrag nur so hoch sein wird, wenn die Zahl der Arbeitslosen abnimmt, von jetzt 165 000 auf etwa 100 000 im Jahre 2000. Wenn dieser Fall nicht eintritt, werden wir wieder mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen haben.
Mit dieser Einschränkung kann ich wohl mit der klaren Mehrheit der Kommission sagen, dass die Neukonzeption vernünftig finanziert ist, und zwar so, wie es angesichts der heutigen Lage der Arbeitslosenversicherungskasse und der Bundesfinanzen möglich ist.
Ich bitte Sie, auf die Neukonzeption einzutreten und der Linie Ihrer Kommission zu folgen, die in dieser Neukonzeptionsfrage ihre Beschlüsse mit wenigen Enthaltungen praktisch einstimmig fällte. Diese Neukonzeption wurde in der Kommission in der ganzen Breite, über das ganze Parteienspektrum hinweg, mitgetragen.
Zu den Rückweisungsanträgen werde ich mich äussern, wenn sie begründet worden sind.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Personne ne conteste que l'assurance-chômage doit être modifiée au vu de l'évolution de ce fléau dans notre pays et aussi du coût de cette assurance.
Le Conseil fédéral avait une stratégie en plusieurs étapes. La première étape, c'était l'arrêté fédéral urgent qui a été adopté le 19 mars 1993; la deuxième, c'était une révision dans le cadre de la philosophie actuelle de la loi; la troisième aurait été un nouvel article constitutionnel qui aurait modifié l'esprit et le mandat constitutionnel à la base de l'assurance-chômage; enfin, l'étape suivante aurait été une réforme de fond de l'assurance-chômage à travers une nouvelle loi.
Tout cela, quand on sait le temps qu'il faut pour une réforme constitutionnelle, aurait pris beaucoup de temps et on pouvait prévoir que la nouvelle loi sur l'assurance-chômage avec la philosophie nouvelle serait entrée en vigueur au début du millénaire prochain, entre 2004 et 2010.
La commission a considéré que l'on ne pouvait pas attendre aussi longtemps pour modifier l'esprit de la législation sur le chômage. D'autre part, la commission a voulu aussi donner une chance aux partenaires sociaux qui n'avaient pas réellement entamé des discussions ensemble pour trouver un consensus. C'est dans cet esprit que nous avons décidé de créer une sous-commission qui a siégé à Lucerne pendant trois jours, en présence des partenaires sociaux, représentants des organisations patronales et représentants des organisations syndicales. Le produit de ces travaux a été soumis à la commission plénière, et le résultat vous est connu aujourd'hui.
Nous avons, en outre, consulté les cantons. Bien sûr, nous ne l'avons pas fait, parce que le temps manquait, dans les formes prévues par l'ordonnance sur la procédure de consultation, mais, à deux reprises, nous avons entendu des représentants des cantons. Nous les avons consultés par écrit aussi. Nous avons entendu des représentants de la Conférence des chefs des départements cantonaux de l'économie publique. Les cantons se plaignent de n'avoir pas été assez entendus. Ils ont le droit de le dire, mais ils ne peuvent pas prétendre qu'ils n'ont pas du tout été entendus.
La commission a adopté une nouvelle philosophie de la loi qui s'apparente à celle qui prévaut dans l'assurance-invalidité: le premier but est la réintégration du chômeur dans le circuit économique, comme dans l'assurance-invalidité le premier but est la réintégration de l'assuré dans le circuit économique. Pour réaliser cet objectif, nous avons, d'une part, réduit le nombre d'indemnités qui peuvent être attribuées sans contrepartie et nous avons créé, d'autre part, des indemnités spéciales qui peuvent être attribuées aux chômeurs qui participent soit à des programmes d'occupation, soit à des cours de formation.
La nouvelle philosophie a aussi une conséquence pratique pour les cantons, c'est de les obliger à plus d'activité, à une participation plus directe. C'est à eux qu'il revient d'organiser

les programmes d'occupation ou de donner la possibilité de participer à une formation. Parce que nous voulons que les cantons soient plus actifs, dans un premier temps, nous avions prévu en sous-commission de sanctionner assez sévèrement les cantons qui n'arriveraient pas à fournir les places de travail dans les programmes d'occupation ou dans les programmes de formation. Nous prévoyions au départ de mettre à leur charge 80 pour cent des indemnités complémentaires à verser aux chômeurs à qui on n'a pas pu fournir ces possibilités d'activité.
La commission plénière a décidé d'aller moins loin et de mettre à la charge des cantons seulement 25 pour cent du coût de ces indemnités compensatoires à accorder aux chômeurs à qui on ne peut pas fournir un programme d'occupation. Ce sera d'ailleurs l'un des débats les plus intéressants et les plus controversés de cette discussion que de savoir s'il faut garder la participation des cantons à ce niveau ou s'il faut, au contraire, la réduire.
Nous n'avons pas voulu, dans le cadre de la loi, prévoir des dispositions qui permettraient d'expérimenter des nouvelles formes de travail parce que, dans ce domaine-là, les choses ne sont pas assez claires. Par contre, nous avons donné, dans un article, la compétence générale au Conseil fédéral d'organiser des projets pilotes pour expérimenter les nouvelles formes de répartition du travail. Lorsque ces essais pilotes auront été faits, on en tirera les conclusions et on modifiera la loi. Il ne faut pas modifier la loi en fonction d'un modèle qui n'est pas encore expérimenté, il faut commencer par l'expérimenter, et après modifier la loi.
La réintégration des chômeurs dans le circuit économique doit se faire par le maintien en activité à travers les programmes d'occupation, par l'offre de formation complémentaire, mais on ne peut pas éviter, bien sûr, aussi un certain nombre de mesures qui peuvent être qualifiées de mesures de contrainte ou d'incitation par le biais de la contrainte.
La majorité de la commission – ça ne peut pas entrer dans ce cadre-là, mais enfin ça entre dans le cadre des économies – a prévu un délai de carence de cinq jours au début de toute période de chômage – la minorité I (Blocher) voudrait trente jours, on y reviendra. Par contre, tout au long de la période de chômage, respectivement les placeurs et les autorités qui s'occupent de la loi sur l'assurance-chômage ont des possibilités beaucoup plus directes d'inciter les chômeurs à se maintenir dans le circuit et, à défaut, de sanctionner ceux qui ne répondraient pas à l'attente qu'on est en droit d'avoir d'eux.
Ainsi, la durée des sanctions, la durée de la suspension du droit aux allocations de chômage a été prolongée de 40 à 60 jours. Le délai de carence pour l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail a été porté d'une demi-journée à trois jours. On prévoit la possibilité de mettre sur pied un corps d'inspecteurs du travail pour lutter contre les abus, abus qui, il faut bien le reconnaître, sont aussi bien le cas de travailleurs que d'employeurs. On a cité le cas d'un canton qui a maintenant ouvert une procédure contre des employeurs pour la récupération de 700 000 francs qui auraient été retirés indûment de l'assurance-chômage.
On a aussi introduit des délais de carence pour les jeunes. On veut éviter le scandale que constitue le fait que des jeunes renoncent à une formation à la fin de leur scolarité pour toucher l'assurance-chômage, ou qu'ils décident de prendre une année ou quelques mois sabbatiques à la fin de leur formation et qu'ils touchent d'emblée des indemnités de chômage.
La loi est donc généreuse dans sa philosophie, mais sévère quant à la lutte contre les abus. Elle donne une grande importance aux conseillers en placement, c'est-à-dire aux organes de l'assurance-chômage qui devront traiter chaque cas individuellement. Cette loi est une sorte de mécanique fine, c'est du cousu main, et si elle peut être mise en pratique, elle sera l'une des plus modernes et des plus intelligentes de ce continent. Je vois que vous suivez et que vous approuvez cette position; il ne faut pas hésiter, quand on fait quelque chose de bien, d'en tirer quelque profit, mais c'est un profit national, ce n'est pas un profit individuel.
Sur le plan du financement, la commission propose d'accepter de porter la cotisation de chômage à 3 pour cent contre 2 pour cent aujourd'hui, mais – et c'est là le hic qui est important – ce pour cent supplémentaire ne doit pas servir à combler les trous futurs de la loi sur l'assurance-chômage, mais à rembourser les dettes accumulées par la caisse jusqu'à la fin décembre 1995.
Deuxième question complémentaire: fallait-il faire sauter le plafond de cotisations? La majorité de la commission propose de ne plus tenir compte du plafond de cotisations, mais, à partir de 97 500 francs, c'est-à-dire du montant assuré, on ne prélève que 1 pour cent sans limite jusqu'au moment où les dettes sont remboursées.
On a introduit d'autres cautèles. Le Conseil fédéral ne peut pas diminuer la cotisation au-dessous de 2 pour cent aussi longtemps que la caisse a des dettes, mais il ne peut pas non plus maintenir la cotisation à 2 pour cent lorsque la caisse a accumulé des réserves correspondant à 2,5 pour cent de la masse salariale.
Nous voulons aussi que la Confédération et les cantons, dans les circonstances exceptionnelles, versent chacun 5 pour cent. Nous considérons que, lorsqu'il y a des circonstances exceptionnelles, l'intérêt de l'équilibre de la caisse de chômage impose que l'on sorte du système pur de l'assurance et que les collectivités publiques participent au paiement des frais.
Cette assurance-chômage n'est pas parfaite dans le modèle que nous préconisons – la preuve, c'est qu'il y a une cinquantaine de propositions –, mais je crois que personne ne conteste son esprit. Ce qui serait grave, ce serait de ne pas accepter d'entrer dans cette nouvelle perspective, dans cette nouvelle philosophie en accumulant des oppositions sectorielles. On ferait la démonstration que, dans ce pays, tout le monde est pour le changement, mais que dès qu'il est préconisé l'addition du nombre des conservateurs, des gens qui sont partisans du statu quo finit par condamner le changement. On le voit assez – mais, ce n'est pas ici le sujet de mon intervention – dans le domaine des épargnes. Tout le monde est pour les épargnes, mais jamais dans le secteur qui le concerne. Ici aussi, il faudrait éviter que l'accumulation d'oppositions sectorielles mettent en péril une perspective, une direction générale qui a été saluée par tous ceux qui se sont intéressés à cette loi, y compris les cantons qui attirent notre attention sur la difficulté de la mettre en pratique et aussi sur le coût supplémentaire qu'elle leur impose. Mais nous pourrons revenir sur ce sujet.
Nous vous demandons donc d'entrer en matière. Nous reviendrons sur les propositions de renvoi à la commission. Elles ne nous paraissent pas justifiées. Nous vous demandons d'écouter avec un esprit fort critique les orateurs qui demandent le renvoi et avec un esprit bienveillant les orateurs qui ne demandent pas le renvoi.

Blocher Christoph (V, ZH): Die Arbeitslosenversicherung entwickelt sich zu einem gigantischen Problem für die Zukunft, zu einem Problem nicht bezahlbarer Defizite für Bund, Kantone, Arbeitslosenversicherung und hoher Belastungen, sei es in Form von Steuern oder Lohnabzügen. Das ist mit der heutigen Konzeption so, und es wird sich auch mit der neuen Konzeption leider wenig ändern, auch wenn ich die Bemühungen der Kommission und der Subkommission und aller, die dabei waren, anerkenne und ihnen zugute halten möchte, dass sie versucht haben, irgendeine Besserung herbeizuführen.
Die Arbeitslosenversicherung darf nichts anderes sein als eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, für jemanden, der arbeiten will und diese Mühsal auf sich nehmen will, aber keine Stelle findet. Es darf aber keine Selbstbedienungsanstalt sein, und es darf keine Erleichterung für die sein, die lieber eine Entschädigung beziehen. Diese Gratwanderung hat diese Versicherung zu gehen.
Die Missbräuche, die wir heute haben, sind nun einfach nicht wegzudiskutieren und sie sind zu sehen:
1. Viele Betriebe in diesem Land suchen Leute – trotz 165 000 Arbeitslosen –, auch für einfachste Arbeiten, und sie bekommen die Leute nicht.
2. Im letzten Jahr – trotz 165 000 Arbeitslosen – hat der Bundesrat, weil die Wirtschaft die Leute auch für einfachste Ar-

beiten brauchte, 40 000 Ausländerkontingente freigeben müssen.
3. Wir stellen auch fest, dass an vielen Orten gekündigt wird, bevor man eine Stelle hat, mit der Begründung: Wenn man dann die Stelle aufgegeben habe, könne man noch eine Arbeit suchen, in der Zwischenzeit könne man eine Stelle suchen – mit gleichzeitiger Entschädigung durch die Arbeitslosenkasse. So geht es nicht.
Man kann auch nicht auf diesen Leuten herumhacken. Wenn wir ein Gesetz haben, das diese Möglichkeiten bietet, dann müssen wir dafür sorgen, dass diese Möglichkeiten künftig verhindert werden. Wir haben Unzumutbarkeitsbestimmungen geschaffen, die einfach dazu führen, dass sich sehr viele Leute melden, 60, 70 an der Zahl, aber keine einzige Bewerbung kann berücksichtigt werden, weil man diese Stelle aus sogenannten Unzumutbarkeitsgründen nicht antreten will oder kann. So geht es nicht.
Von nun an muss jedem Arbeitenden 1 Prozent vom Lohn weggenommen werden, nur um die Defizite der Vergangenheit zu bezahlen. Man sagt, das sei nur befristet. Sie haben vom Kommissionspräsidenten gehört, dass das bis ins Jahr 2002 geht. Dann müssen wir mit Zins und Zinseszinsen etwa 9 Milliarden Franken abstottern, also fast ein Viertel eines Bundeshaushaltes, nur um diese Defizite zu bezahlen.
Wir müssen, wenn wir eine Revision vornehmen, dafür sorgen, dass die Missstände aufhören, sonst entstehen neue Defizite.
Nun glaubt man, wenn man Beschäftigungsprogramme macht, werde sich das nach einer gewissen Zeit bessern, und man glaubt, diese Besserung – so hat der Kommissionspräsident gesagt – bringe 500 Millionen Franken Einsparungen pro Jahr. An diese Einsparungen glaube ich nicht. Ich glaube auch nicht daran, dass die Idee funktionieren wird, wonach der Staat Beschäftigungsprogramme für 100 000 Leute macht. Das wird nicht funktionieren.
Aber ich bin jetzt fair und anständig und sage: Diese 500 Millionen Franken, diese Verbesserung, nehme ich einmal in meine Rechnung herein. Wie wird die Situation dann aussehen, wenn das funktioniert und wenn Sie wirklich die 500 Millionen sparen – 500 Millionen, eine halbe Milliarde Franken pro Jahr, woran ich nicht glaube, woran Sie aber glauben. Wie sieht dann die Rechnung aus? Bei 150 000 Arbeitslosen, das sind 15 000 weniger als heute, werden die Versicherung, der Bund und die Kantone über zwei Milliarden Franken Defizit pro Jahr haben – neue Defizite; 2 Milliarden Franken. Sie können es ausrechnen: Wenn wir im Jahr 2002 mit dieser befristeten Lösung fertig sind, hat sich ein Schuldenberg in der Grössenordnung von 12 bis 14 Milliarden Franken aufgetürmt.
Und jetzt macht man die Rechnung und sagt, die Arbeitslosenzahlen gehen zurück bis auf 90 000. Woher nehmen Sie diese Gewissheit, dass die Zahlen jetzt zurückgehen auf 90 000? Ich habe Ihnen gesagt, welche Missstände wir heute haben. Die Betriebe können Leute, die vorhanden wären, nicht einstellen, weil diese Leute die Stelle nicht antreten müssen. In dieser Beziehung ändert auch das neue Konzept nichts. Das neue Konzept birgt sogar die Gefahr in sich, dass diese Arbeitslosen sagen: «Während 150 Tagen musst du nichts machen, während dieser Zeit bekommst du das Geld. Und dann – nach 150 Tagen – hast du das Recht auf ein Beschäftigungsprogramm oder auf Kurse, die dir bezahlt werden. Das Beschäftigungsprogramm kann auch wieder abgelehnt werden aus Unzumutbarkeitsgründen. Aber wenn du das alles nicht willst oder nicht ablehnen kannst, dann musst du arbeiten oder auf die Entschädigung verzichten.» Es ist sehr gefährlich, dass dieser Rhythmus zur Gewohnheit wird.
Ich glaube, dass das Ganze so abläuft. Nun werden Sie mir sagen, ich könne es nicht beweisen. Das ist richtig. Aber bei jedem Projekt muss ich mir vorstellen, wie es realisiert wird. Wie sieht nun das Finanzielle aus? Das ist ja der Grund meines Rückweisungsantrages. Schliesslich wollte man ja die finanzielle Situation in den Griff bekommen. Und dieses Problem kann man nur lösen mit einem Selbstbehalt. Es gibt keine Versicherung, die ohne Selbstbehalt funktionieren würde. Das sagen Ihnen alle Privatversicherer. Selbstbehalt heisst eine gewisse Eigenverantwortung. Bei 30 Tagen Selbstbehalt müsste jeder für 30 Tage vorsorgen. Wenn er das nicht kann, dann wird er Fürsorgeempfänger. Dann muss die Fürsorge einschreiten. Und bei einem Selbstbehalt von 30 Tagen würden wir das Defizit nicht ganz, aber um 1,5 Milliarden pro Jahr vermindern. Das ist nicht nichts.
Es gibt aber auch andere Möglichkeiten: Zum Beispiel: Wir versichern nur noch das Existenzminimum für die ganze Dauer, das wäre auch eine Möglichkeit, oder wir erschweren die Zumutbarkeitsvoraussetzungen usw.
Mit dem Rückweisungsantrag hat der Bundesrat die Möglichkeit, folgendes Ziel zu erreichen: Bei 150 000 Arbeitslosen und bei 2 Prozent Lohnabzügen dürfen weder für Bund noch für Kantone, noch für die Arbeitslosenkasse Defizite entstehen. Dieser Rahmen muss gelten, sonst werden wir in die gleiche Sauce hineinkommen wie mit dem Bundeshaushalt. Ich sage das voraus. Und ich möchte diejenigen, die über diesen Antrag spötteln und sagen, man hätte einen grossen Konsens, bitten, an das Ende der achtziger Jahre zu denken, als die gleichen Leute, die vor dem drohenden gigantischen Bundesdefizit gewarnt hatten, ebenfalls bespöttelt wurden, weil sie allein standen – und heute haben wir dieses Defizit.
Wir dürfen keine Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes machen, die solche Defizite aufbaut, und dieses Defizit wird mit Sicherheit aufgebaut. Das habe nicht ich ausgerechnet: Bei 150 000 Arbeitslosen, heute haben wir 165 000 Arbeitslose, das ist eine einfache Rechnung, werden wir 1996 – Bund, Kantone und Arbeitslosenkasse zusammen – über 2 Milliarden Franken Defizit haben. Das ist unverantwortlich. Darum bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag an den Bundesrat zu unterstützen.
Es ist möglich, die Vorarbeiten innerhalb eines Monates zu erledigen. Man hat mir gesagt, der Bundesrat und alle beteiligten Bundesämter seien nicht in der Lage, das zu tun. Diese Aussage dürfen Sie nicht machen, sonst müssen Sie die Regierung auswechseln. Es geht hier um ein riesiges Problem der Zukunft, vor dem man den Kopf in den Sand steckt.

Zisyadis Josef (–, VD): Qu'est-ce que nous n'avons pas entendu sur ce projet de révision de l'assurance-chômage!
Ainsi donc, il s'agirait d'une nouvelle philosophie, de projets révolutionnaires, d'un changement de cap fondamental, et nous venons même d'entendre un rapporteur parler d'un changement à l'échelle continentale.
Je crois qu'il faut qu'on arrête de se payer de mots pour se faire simplement plaisir. Ce n'est pas parce que quelques technocrates patronaux et syndicaux, totalement coupés de la réalité quotidienne, notamment de la vie des chômeurs, ont réussi à s'entendre sur un concept qu'il faut accepter, bouche ouverte, cette fameuse «soupe de Kappel». Oui, Monsieur David, notre but, et notre devoir, est d'entrer dans le détail et c'est ce que nous ferons, je l'espère, amplement.
Les concepteurs experts de ce projet et la commission du Conseil national qui a décidé de tourner le dos au projet du Conseil fédéral et aux décisions du Conseil des Etats n'ont pas trouvé la pierre philosophale. Ils ont simplement décidé de tourner le dos à toutes les politiques européennes en matière d'emploi et d'insertion. Ils ont décidé de pousser à l'assistance publique, plus rapidement, la masse des chômeurs et des «fin de droits».
Si vous acceptez ce projet, qui n'a rien de philosophique si ce n'est le vernis qu'on veut lui donner, nous allons mettre le doigt dans un engrenage fatal: celui de la paupérisation et de l'exclusion, tout d'abord, et ensuite l'engrenage du report de charges gigantesques sur les cantons et les communes.
Prenons d'abord l'engrenage de la paupérisation et de l'exclusion. Ce projet a pour point central la diminution des indemnités versées, sans autre obligation que de rechercher activement du travail, de 400 à 150 jours. Nous sommes bien loin des 500 jours que réclamaient certains ici même il y a quelques mois encore! Je m'étonne profondément donc que les partenaires sociaux se soient mis d'accord sur ce gigantesque démantèlement social, qui aura des conséquences directes sur le climat social dans notre pays. Alors que plus de 60 pour cent des chômeurs étaient, en juillet 1994, sans emploi depuis plus de six mois, si nous passons à 150 jours – ce qui sera une insécurité majeure pour tous ces

gens –, il est indéniable que cela revient à pousser à l'exclusion sociale une partie non négligeable de la population. Est-ce dans l'intérêt de notre société tout entière? Or, il n'y avait pas l'ombre d'une inquiétude quant à cette perspective chez nos rapporteurs tout à l'heure.
Je vois bien les objections que l'on pourra me faire. Il y a les indemnités spécifiques et conditionnées que l'on veut instituer comme compléments, dans le droit fil de la division de l'assurance-chômage en deux volets, si chère à ces concepteurs de la privatisation de l'assurance-chômage. Venons-en à ces compléments. Après les indemnités passives, il faudra, soi-disant, devenir actif. Décidément, il faudrait que ces technocrates-concepteurs fassent un stage de chômeurs pour vivre de plus près la passivité des chômeurs et conviennent exactement de leur situation. Ainsi donc, il y aura des indemnités spécifiques si les chômeurs participent à un cours de formation et à un programme d'occupation dans l'administration publique ou les entreprises privées.
Mais qu'est-ce que c'est que cette formation par décret? Toutes les études prouvent par A + B que jamais les chômeurs ne sont motivés dans ce type d'obligation faussée, qui va se généraliser – et vous le savez – parce qu'il faudra bien que les chômeurs continuent à être payés. Pédagogiquement, c'est un non-sens total et économiquement, c'est un coût démesuré si on prend en compte la journée de formation pour des résultats plus que pitoyables.
Ensuite, qu'est-ce que c'est que cette création d'emplois par décret, sans se préoccuper de l'efficacité sociale? Alors même que les administrations cantonales ne sont pas équipées pour cet objectif et que, souvent d'ailleurs, elles ne le veulent pas. Dans un pays comme la Suisse où les entreprises n'ont même pas l'obligation d'annoncer les places vacantes, cette proposition est une farce monumentale!
Mais le plus grave n'est pas là. Il y a le loufoque – ce que nous venons d'entendre – et la démesure financière, la pénalisation des cantons les plus touchés par la crise économique, le report des charges gigantesques sur les cantons et les communes. Je résume. Il y a tout d'abord les chômeurs qui seront à la charge des cantons qui ne mettent pas en place une offre de cours ou des programmes d'occupation. Ensuite, participer à un programme d'occupation ne donnera plus droit à de nouvelles prestations, à de nouvelles indemnités. Donc, les chômeurs n'arriveront plus à surnager comme aujourd'hui. L'assistance publique et l'aide sociale sont au bout, c'est-à-dire fatalement à la charge des cantons et des communes. Il y a, de la part de la Confédération, un désengagement irresponsable qui va peser sur le climat social, national, en divisant encore une fois le pays en deux parties. Si vous ajoutez la suppression des indemnités en cas d'intempéries, qui va désolidariser une fois de plus les régions de plaine et les régions de montagne, vous avez là tous les ingrédients d'une énormité économique et sociale.
Si nous acceptons ce projet, c'est par centaines de millions que les cantons devront assumer les inconséquences du projet fédéral. Vous avez certainement des chiffres à nous livrer, Monsieur le Conseiller fédéral. S'agit-il de 500, 600 ou 700 millions de francs? Nous n'en savons rien, mais nous aurons certainement des confidences tout à l'heure.
C'est une telle dérive financière qu'il nous paraît inconcevable que le Conseil fédéral abandonne son projet pour cette farce qui va pénaliser les cantons romands au premier chef, c'est-à-dire ceux qui ont déjà payé un lourd tribut à la crise économique. C'est l'accélération de la division du pays en deux, avec, à la clé, une dégradation inadmissible des finances publiques cantonales.
Dans mon canton, par exemple, le canton de Vaud, les coûts devraient avoisiner les 70 millions de francs, chiffre qui ne comprend pas les coûts de l'assistance publique aux «fin de droits», qui seront nombreux, ou les pénalisés, qui seront nombreux aussi, ni le coût du renforcement de l'administration cantonale parce qu'il faudra bien engager de nouveaux fonctionnaires pour couvrir les besoins créés par la loi.
Monsieur Delamuraz, je sais bien que les chômeurs ne sont pas les paysans, dans notre pays, et qu'ils n'ont pas droit aux mêmes égards: ils n'ont pas le passe-partout du Gatt pour se faire entendre. Mais vous ne pouvez pas défendre un projet inconsistant et dangereux.
Mesdames et Messieurs les Parlementaires, je vous demande de renvoyer cette révision au Conseil fédéral. Quarante-huit heures pour une consultation des cantons, alors qu'il y a des implications fondamentales dans leur politique, ce n'est pas démocratique, ce n'est pas acceptable! Mettre en place, par simplisme, ce report de charges sans évaluer le coût réel, humain, social et économique du chômage – l'Université de Berne a calculé par exemple qu'un chômeur coûte 40 000 francs supplémentaires en plus de ses indemnités –, c'est une technique de vases communicants et rien d'autre, en tout cas pas de l'imagination.
Enfin, ce projet ne répond pas aux nécessités économiques et sociales. Prenons la question du déplafonnement des cotisations, qui est bienvenu pour tout le monde – on a parlé de 350 millions de francs. Ces 350 millions de francs vont tomber dans l'escarcelle sans l'ombre d'une réflexion au niveau de leur affectation. Pourquoi ne pas faire une affectation solidaire, par exemple pour créer un fonds de financement pour les «fin de droits» ou pour instituer, comme dans l'ensemble des pays européens, un revenu minimum d'insertion?
Non! Je ne crois pas que ce projet tienne la route. Il est inconsistant. Ce n'est pas parce qu'il a été mis en place par quelques technocrates-concepteurs qu'il nous faut l'accepter tel quel. Je vous demande de le renvoyer au Conseil fédéral, parce que le travail a été bâclé et que notre pays mérite beaucoup mieux que cette révision bâclée.

Camponovo Geo (R, TI): Pascal Couchepin vi ha invitato ad ascoltare con senso critico le motivazioni di chi chiede il rinvio. Non ha detto che sapeva che la gente, tanto, non le avrebbe ascoltate, perché i «guru» dei partiti e del Parlamento hanno bisogno dei «peones» solo per votare, per sostenere una linea, ma mai per ascoltare le argomentazioni.
Je le dis en italien, je pourrais le traduire en langue française, mais il faut le dire.
Se porto le argomentazioni ugualmente, senza buttare il sacco, è perché queste argomentazioni sono mie, ma sono – per la seconda volta in questi giorni – delle argomentazioni pensate, ideate, formulate, proposte, anche alla commissione, dal Consiglio di Stato del Cantone Ticino che non è un Consiglio di Stato che non conosce il problema, che non ha mai seguito il problema della disoccupazione.
Personalmente, in linea generale, sono d'accordo con il collega Blocher che questo è soltanto un passo intermedio, che presto dovremo passare a una soluzione molto più radicale che divida il problema sociale da quello economico. Presto si dovrà fare chiarezza, riordinando tutta la legislazione sociale verso un concetto di reddito minimo garantito. Se sono d'accordo che questa sarà la strada da battere, non sono d'accordo con lui che in poco tempo si possa proporre questa soluzione nel contesto di una realtà politica complessa.
Sono convinto invece che si possa migliorare il lavoro rispettabile, encomiabile della commissione del Consiglio nazionale che, per, non è sfociata in un risultato sufficiente, almeno per evitare gli effetti perversi del fenomeno che gli inglesi chiamano il «moral hazard», e non è sufficiente per evitare gli effetti duraturi, negativi, sul reddito individuale dei dipendenti: gli effetti di questa legge saranno duri per chi lavora. Saranno effetti negativi sul costo del lavoro e pertanto effetti negativi dal profilo economico generale.
Ho già avuto modo di formulare questa proposta nel marzo del 1993 da questa tribuna. Mi è stato risposto che si trattava di una proposta interessante, che andava esaminata. Ma di seguito il dipartimento si è limitato a dirmi che era complessa dal profilo amministrativo, difficile da applicare. La commissione non l'ha nemmeno esaminata, malgrado che il Cantone Ticino – ho la lettera datata del 1° settembre 1993 – si sia rivolto con una proposta concreta alla commissione in questo senso, dopo avervi accennato già prima e dopo averla ripresa in occasione dell'incontro con il Consigliere di Stato Dick Marty.
Cosa chiede questa proposta? Chiede che si tenga conto del fatto che il giovane ha esigenze diverse dall'anziano di fronte

alla disoccupazione. Chiede che si tenga conto degli anni di contribuzione al mondo del lavoro e pertanto anche alla disoccupazione. Chiede pertanto che si riconosca un'indennità del 50 percento per i più giovani, coloro i quali hanno una maggiore possibilità di reinserirsi nel mondo del lavoro. E sono pochi coloro i quali assolutamente non trovano possibilità di successo. Invece si viene incontro a chi esce dal mondo del lavoro a 50, 55, 60 anni. Per loro si va anche al di là dell'80 percento. Perché queste sono persone che meritano un rispetto particolare da parte della società svizzera, perché hanno lavorato per moltissimi anni e non per colpa loro si trovano ad essere veramente nell'impossibilità di trovare un impiego; ecco il perché dell'aumento dell'1 percento per ogni anno di attività.
La mia proposta di rinvio
1. permette finalmente di differenziare i disoccupati per il loro contributo lavorativo dato alla collettività, in base al tempo di lavoro;
2. permette di rompere il principio dell'indennità all'80 o 70 percento uguale per tutti e indistintamente concessa;
3. permette di introdurre dei principi che permettono di personalizzare l'aiuto in funzione della necessità;
4. permette di stimolare la mobilità e la riconversione professionale della categoria a maggior rischio, cioè dei giovani;
5. permette di aiutare con indennità superiori all'80 percento coloro i quali hanno più di 30 anni di attività.
Parliamo di costo del sistema, ne ha parlato prima anche il collega Blocher. L'autorità amministrativa ticinese ha cercato di calcolare l'effetto della proposta che presento. E' arrivata a un minor costo di 350/400 milioni di franchi. Non sono noccioline, e vorrei che anche i «guru» dei partiti lo sentano.
Come si è arrivati a questo calcolo? Per il 1994 si prevede una spesa, per le sole indennità di disoccupazione, di 4,6 miliardi di franchi; se si ammette che circa il 50 percento di questo costo va a favore dei disoccupati con meno di 30 anni di lavoro, con un recupero del 20 percento del costo per le indennità tra il 50 ed il 60 percento dell'ultimo salario, si arriva a questi importi.
L'amministrazione non ha calcolato – non lo calcolo nemmeno io perché incalcolabile – l'effetto stimolante che la formula potrà avere sulla ricerca di un lavoro da parte dei più giovani. Ripeto: credo che nessuno voglia sostenere che tutti i giovani sono nella impossibilità di trovare un lavoro e nella impossibilità di vivere con una indennità del 50 percento, se teniamo poi conto del fatto che la maggior parte di loro vive ancora in famiglia. Senza dimenticare il paragrafo 3 della mia proposta, nel caso in cui ci fossero degli effetti sociali da coprire.
Se dovesse essere accettata questa proposta, che la commissione potrebbe esaminare in uno con molte altre proposte che verranno votate prima di questa notte, si potrebbe diminuire di molto il costo della disoccupazione ed evitare gli effetti negativi di cui ho accennato all'inizio. Verrebbe a cadere l'articolo 27, nel caso in cui si dovesse adottare un articolo 22 con gli elementi della mia proposta di rinvio.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 h 00

Neunte Sitzung – Neuvième séance

Mittwoch, 28. September 1994, Nachmittag
Mercredi 28 septembre 1994, après-midi

15.00 h

Vorsitz – Présidence: Haller Gret (S, BE)/Frey Claude (R, NE)

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1536 hiervor – Voir page 1536 ci-devant

Stalder Fritz (D, BE): Die SD/Lega-Fraktion anerkennt, dass eine Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes nötig, ja dringend nötig ist.
In den ausgeteilten Text unseres Rückweisungsantrages haben sich leider Fehler eingeschlichen. Darum gestatte ich mir, diesen Text vorzutragen:
«Rückweisung an die Kommission mit dem Auftrag, eine Vorlage auszuarbeiten, die folgende Grundsätze berücksichtigt:
1. Die finanziell unumgängliche Einschränkung der Leistungen im Taggeldbereich ist sozialverträglicher vorzunehmen, und zwar indem der Höchstbetrag des Versicherten auf drei Viertel von demjenigen der obligatorischen Unfallversicherung herabgesetzt wird (stärkere Plafonierung).
2. Je nach finanzieller Auswirkung der Massnahme gemäss Ziffer 1 kann auf die Leistungseinschränkungen bei der Bezugsdauer und/oder mittels Karenzfrist ganz oder teilweise verzichtet werden.»
Was auf dem Tisch des Parlaments liegt, kann unmöglich als Arbeitsunterlage für die Behandlung dieser Gesetzesrevision anerkannt werden. Beinahe fünfzig Anträge, welche der Kommission nicht vorgelegen haben, rechtfertigen die Forderung, dass all diese Anträge zuerst durch die Kommission behandelt werden müssen.
Die SD/Lega-Fraktion findet, die Behandlung des Gesetzes sei bei dieser unbefriedigenden Ausgangslage nicht zu verantworten – zu gross ist das Spannungsfeld zwischen den verschiedenen Ansichten.
Auf die effektiven Anliegen der Fraktion eingehend möchte ich festhalten, dass wir auf eine sozial ausgewogene Gestaltung der Versicherung Wert legen. Das heisst aber, dass wir bei Artikel 23 Absatz 1 der Meinung sind, dass sich der Höchstbetrag des Taggeldes auf drei Viertel des versicherten Verdienstes der obligatorischen Unfallversicherung beziehen sollte. Bisher war dieser Betrag auf monatlich 6480 Franken festgesetzt. Nach unseren Vorstellungen sollte er neu auf 4860 Franken angesetzt werden. Es ist uns bekannt, dass diese Version nicht ins System des neuen Konzeptes passt; aber gerade hier stellt sich die Frage, ob die Weichen nicht falsch gestellt werden. Trotz allem sind wir der Auffassung, dass die Arbeitslosenversicherung nicht ein komfortables Einkommen darzustellen hat, sondern als Übergangslösung die Überbrückung der erwerbslosen Phase ermöglichen soll.
Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass der Rat auf die Stellungnahme der Kommission zu den zahlreichen Anträgen angewiesen sein wird, ansonsten die Diskussion ins Uferlose ausarten könnte. So ist eine zielgerichtete Parlamentsarbeit bei diesem recht heiklen Geschäft in Frage gestellt. Eine Rückweisung an die Kommission scheint ein Akt der Vernunft zu sein.
Aus den dargelegten Gründen bitte ich Sie im Namen der SD/Lega-Fraktion, dieser gerechtfertigten Rückweisung an die Kommission zuzustimmen.

Thür Hanspeter (G, AG): Die Ausgangslage nach der ständerätlichen Debatte war äusserst schwierig. Die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes schien an der unversöhnlichen Haltung der verschiedenen Parteien, insbesondere der Sozialpartner, zu scheitern. Die nationalrätliche Kommission stand vor der Aufgabe, eine Vorlage beraten zu müssen, gegen die bereits von allen Seiten die Messer gewetzt wurden. Die Referendumsdrohung stand im Raum, und es war offensichtlich, dass diese Referenden auch zustande gekommen wären, wenn der ständerätliche Vorschlag weiterverfolgt worden wäre. Weil das Referendum von beiden Seiten angedroht worden war, hätte auch die Gefahr bestanden, dass diese Vorlage abgelehnt worden wäre.
Die Kommission suchte in dieser schwierigen Situation einen Ausweg; sie hat, was völlig ungewöhnlich ist, die Sozialpartner gleichsam an den Tisch gezwungen und in die gemeinsame Gesetzesberatung einbezogen. Ich meine – das ist auch die Auffassung der grünen Fraktion –, dass sich das heute vorliegende Resultat dieser Auseinandersetzung, dieser schwierigen Konsenssuche, sehen lassen kann. Es gelang, den gordischen Knoten zu durchhauen: Der ständerätliche Vorschlag beinhaltete im Kern nichts anderes als einen massiven Sozialabbau; die nationalrätliche Kommission konnte diesen sozial schädlichen Umbau verhindern und unterbreitet Ihnen nun ein Gegenkonzept. Dieses Konzept beinhaltet einen Wechsel in der Grundphilosophie und legte die Basis für die nachfolgende Verständigung zwischen den Sozialpartnern in der Kommission. Diese Verständigungsbasis ist allerdings ausserordentlich schmal und kann jederzeit zerstört werden – insbesondere wenn Sie den vielen Zusatzanträgen, die Ihnen auf den Tisch geflattert sind, folgen würden.
Sie erinnern sich vielleicht an die Auseinandersetzung, die stattgefunden hat, als die massiven Defizite in der Arbeitslosenversicherung bekannt wurden. Es hagelte Schuldzuweisungen an alle Seiten. Der Kompromiss der Kommission geht von der Grundüberlegung aus, dass wir mit diesen Schuldzuweisungen aufhören müssen. Wir sollten uns statt dessen daranmachen, die falschen Signale, die durch die Arbeitslosenversicherung ausgesendet werden, zu analysieren, entsprechende konstruktive Ansätze zu verfolgen und positive Anreize zu schaffen. Diese falschen Signale sollen korrigiert werden, und dann kann man, wenn man das will, auf diese gegenseitigen Schuldzuweisungen verzichten.
Die positiven Anreize sollen dazu führen, dass die Arbeitslosigkeit durch gezielte arbeitsmarktliche Massnahmen schneller überwunden wird und dass auf diesem Wege die Arbeitslosenversicherung mittelfristig entlastet werden kann. Damit können die zu Beunruhigung Anlass gebenden Defizite zum Verschwinden gebracht werden.
Die grüne Fraktion unterstützt den grundsätzlich neuen Ansatz vollumfänglich. Wir sind sehr positiv überrascht davon, dass uns die Kommission für Wirtschaft und Abgaben heute eine solch kreative Lösung vorlegt. Wir sind der Auffassung, dass angesichts des gewaltigen Strukturwandels, der im grossen Stil Arbeitsplätze vernichtete, kreative Lösungen dringend nötig sind. Zentral in diesem Zusammenhang ist die Einsicht, dass wir bei diesem schnellen Wandlungsprozess alles daransetzen müssen, dass die Qualifikation der arbeitslosen Menschen gefördert oder mindestens erhalten wird. Die ganze Vorlage zielt in diese Richtung. Das ist der Grund, weshalb die grüne Fraktion damit einverstanden ist.
Weitere positive Punkte erblicken wir darin, dass die Situation der Langzeitarbeitslosen wesentlich verbessert wird, indem die Bezugsdauer von 400 auf 520 Tage maximal erhöht wird. Die Abschaffung der Degression beurteilen wir positiv. Hervorstreichen möchten wir die Tatsache, dass mit Artikel 110a die gesetzliche Grundlage für Pilotversuche zur Erarbeitung von

neuen Arbeitszeitmodellen geschaffen wird. Wir sind der Auffassung, dass in Zukunft die Arbeitslosigkeit nur grundsätzlich angegangen werden kann, wenn auch neue Arbeitszeitmodelle Platz greifen.
Wir unterstützen den Finanzierungskompromiss und möchten insbesondere auf die Erkenntnis in der Kommission hinweisen, dass mit einem Finanzierungskompromiss eine definitive Lösung des Finanzierungsproblemes noch nicht in Sicht ist. Deshalb sind wir sehr froh darüber, dass Ihnen die Kommission mit einer Motion vorschlägt, alternative Finanzierungskonzepte zu studieren, und dem Bundesrat die Aufgabe auferlegt, bis Ende 1996 verfassungsrechtliche Grundlagen zu schaffen, dass beispielsweise auch eine Ressourcensteuer für die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung in Frage kommen kann.
Ich komme zu einem heiklen Punkt, zur Rolle der Kantone. In verschiedenen Stellungnahmen hiess es, die Kantone würden mit dieser Vorlage finanziell zu stark belastet. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch darauf hinweisen, dass die Kantone massiv entlastet werden, indem die Darlehen zurückbezahlt werden. Ausserdem – und das wird zuwenig erwähnt – werden die Kantone auch in der Arbeitslosenfürsorge massiv entlastet. Wenn die Arbeitslosenversicherung von 400 auf 520 Taggelder angehoben wird, bringt dies eine massive Entlastung für die Kantone, weil sie erst später mit dem Problem Langzeitarbeitslosigkeit konfrontiert sein werden.
Ich komme nicht umhin, ebenfalls einige negative Punkte zu erwähnen, die aus unserer Sicht nicht akzeptabel sind. Insbesondere die Karenztage halten wir in dieser Form für falsch. Gar nicht zufrieden ist die grüne Fraktion mit der Behandlung der Frauen in dieser Revision. Wir sind der Auffassung, dass die Frauen nach Beendigung der Erziehungsperiode nicht nur dann Arbeitslosenunterstützung erhalten sollen, wenn sie bedürftig sind, sondern dass der Versicherungsgrundsatz bei der Behandlung der Frauen generell zum Durchbruch kommen müsste.
Zum Schluss zu den einzelnen Rückweisungsanträgen: Die grüne Fraktion bittet Sie, sie alle zu verwerfen. Insbesondere der Antrag Blocher betreibt Raubbau bei der Sozialversicherung; das ist ein Kahlschlag. Wenn Herr Blocher verlangt, dass für das Jahr 1996 die Arbeitslosenversicherung so auszugestalten sei, dass mit 2 Lohnprozenten 150 000 Arbeitslose finanziert werden könnten, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass das nicht möglich ist, sondern dass dies Einsparungen von 1,5 Milliarden Franken zusätzlich erfordern würde. Das können Sie nur erreichen, wenn Sie beispielsweise die Karenzzeit auf 2,5 Monate verlängern würden. Sie können sich vorstellen, was das für sozialpolitische Auswirkungen haben würde.
Wir bitten Sie, auch die übrigen Rückweisungsanträge abzulehnen. Wir sind der Auffassung, dass Ihnen die Kommission einen ausgewogenen Entwurf vorgelegt hat, der sehr ausführlich diskutiert worden ist. Es ist nicht die Zeit, die Behandlung dieser schwierigen Materie noch mit Rückweisungsanträgen hinauszuschieben. Es ist nötig, dass die Frage heute in Angriff genommen wird.

Gros Jean-Michel (L, GE): Notre loi sur l'assurance-chômage ne correspond plus au marché actuel de l'emploi. Elle est fondée sur des conditions du marché du travail des années quatre-vingt, quand le chômage constituait un phénomène marginal ou restait en tout cas confiné au-dessous de la barre de 1 pour cent. C'est une loi de beau temps qui, de plus, ne causait pas de souci financier puisque les modestes cotisations des employeurs et des salariés suffisaient largement à en couvrir les dépenses. Depuis lors, et c'est un euphémisme de le dire, le temps s'est gâté et notre loi n'est plus à même de répondre aux défis d'un marché de l'emploi déprimé et d'un nombre de chômeurs inhabituel pour notre pays.
Cette inadéquation de la loi à la situation actuelle a au moins deux conséquences fâcheuses: la première est que son financement n'est plus assuré, la crise économique ayant logiquement entraîné des difficultés considérables pour les finances des collectivités publiques; la seconde est que, peu à peu, s'est insinué dans l'opinion publique l'idée que le chômeur est un profiteur et qu'il bénéficie d'une situation trop confortable par rapport à celui qui travaille. Tenter de corriger cette image négative, tenter d'assurer une certaine pérennité dans le financement de l'assurance, ces deux objectifs à eux seuls justifient une révision de la loi.
C'est pourquoi le groupe libéral vous demande d'entrer en matière sur le projet qui vous est soumis. Il le fait avec d'autant plus de conviction que le nouveau concept imaginé par la Commission de l'économie et des redevances (CER), en collaboration avec les partenaires sociaux, fait preuve d'audace et d'esprit innovatif. C'était nécessaire. En effet, après un arrêté fédéral urgent, accouché dans la douleur, qui se bornait à quelques modifications rendues nécessaires par la nouvelle conjoncture, le Conseil fédéral nous propose une révision de la loi visant surtout à ancrer les acquis de l'arrêté fédéral urgent, mais aussi à assurer un meilleur financement de l'assurance-chômage, à donner une définition plus large du travail convenable, à soutenir les efforts en vue de la réinsertion du chômeur et à lutter plus efficacement contre les abus.
Toutes ces mesures qui font l'objet du message sont évidemment intéressantes et méritent pour la plupart d'être retenues. Elles présentent toutefois deux défauts majeurs: elles sont envisagées comme mesures provisoires, en attendant une troisième révision qui ne saurait trop tarder, et elles sont rejetées par les partenaires sociaux.
En choisissant la voie du concept nouveau, la CER donne davantage de chance dans la durée à cette révision, et ceci en accord avec les partenaires sociaux. C'est l'occasion pour moi de féliciter au nom du groupe libéral M. David, président de la commission, pour l'efficacité et la persévérance avec laquelle il a mené à bien ces travaux.
Un concept n'est pas forcément bon parce qu'il est nouveau, mais à nos yeux celui-ci va dans la bonne direction, parce qu'il donne la priorité à la réinsertion professionnelle par rapport à la compensation du revenu. Sans aucunement sacrifier le devoir de solidarité vis-à-vis des chômeurs, en particulier ceux de longue durée, la commission a choisi à juste titre la réintégration dans le monde du travail comme objectif prioritaire, partant du principe que la réinsertion coûte à terme moins cher, tant sur le plan financier que psychologique d'ailleurs, que le simple versement d'indemnités. C'est ainsi que l'idée qu'après 150 jours les indemnités ne sont accordées qu'en échange d'une sorte de contrat de réinsertion, nous paraît être susceptible de motiver le chômeur bien davantage que ne le fait la loi actuelle. Lorsque l'on sait qu'en 1993 seuls 4 pour cent des dépenses de l'assurance-chômage ont été consacrés aux mesures actives de réinsertion professionnelle, on voit bien que la proposition issue des travaux de la commission constitue un changement fondamental du concept.
Nous saluons la mise en place d'office régionaux de placement et ainsi la priorité donnée à la notion de «conseil/placement» et la possibilité offerte aux chômeurs de voir ses aptitudes immédiatement détectées par un placeur, c'est-à-dire dès le premier mois de chômage.
Nous approuvons également la hausse à 3 pour cent de la cotisation paritaire, dans le but unique d'effacer la dette du fonds de l'assurance-chômage. Nous considérons cette hausse comme un moindre mal, son effet indéniablement antiéconomique étant relativisé par son caractère provisoire.
Bien sûr, ces louanges adressées au projet de la commission ne doivent pas cacher les difficultés qui restent à surmonter. Le groupe libéral discerne bien tous les problèmes qui restent à résoudre pour appliquer ce nouveau concept. Les inquiétudes des cantons à cet égard ne nous ont pas échappé. La mise en place dans un délai relativement bref d'offices régionaux de placement et, par voie de conséquence, la formation de nombreux placeurs supplémentaires, la création de programmes d'occupation qui ne doivent pas concurrencer l'économie privée, tout ceci ne tombera pas du ciel et il faut bien reconnaître que nous demandons aux cantons un effort considérable. Mais plus qu'un effort financier – nous nous battrons d'ailleurs à l'article 90 pour que l'on renonce à une participation à fonds perdu des cantons – c'est un effort d'imagination que nous leur demandons. Il faut noter toutefois que les craintes les plus marquées viennent des cantons à faible taux de

chômage, les autres ont d'ores et déjà dû faire la preuve qu'ils étaient capables d'envisager les solutions les plus originales. Comme je l'ai dit au début de mon intervention, la commission a été audacieuse. Elle a eu de la peine pendant ses travaux à se référer à des exemples d'autres pays pour la simple et bonne raison que ce concept, s'il est accepté, fera véritablement oeuvre de pionnier. Il s'agit en quelque sorte d'un pari. Oui, nous parions que ce concept, parce qu'il est axé prioritairement sur les mesures actives du marché du travail, est susceptible de réinsérer plus rapidement les chômeurs, et donc, à terme, de coûter moins cher. Oui, nous parions que ce concept, parce qu'il prévoit de ne plus payer d'indemnités au chômeur qui ne fait pas tout pour réintégrer le monde du travail, peut diminuer le nombre d'abus si néfastes à l'idée même d'assurance-chômage. Oui, nous parions que ce concept, en proposant une philosophie totalement différente de celle acceptée jusqu'à maintenant, est à même de changer les idées et les mentalités face à ce fléau du chômage.
Alors, bien sûr, comme tout pari, on peut le perdre. Peut-être est-il utopique en matière de réinsertion, peut-être pèche-t-il par excès d'optimisme en ce qui concerne le financement. Pour les libéraux, ces interrogations ne justifient en tout cas pas de conclure qu'il ne faut pas essayer. C'est pourquoi ils vous demandent de refuser les propositions de renvoi, lesquelles présentent le défaut majeur de retarder l'indispensable adaptation de notre assurance-chômage, avec en plus l'inconvénient de proposer des solutions tellement extrêmes qu'elles n'ont aucune chance d'être concrétisées. Ayons au contraire le courage de nous lancer dans une voie nouvelle, qui prend en compte à la fois le devoir de solidarité vis-à-vis de ceux qui sont frappés par le chômage et la nécessité d'assurer à terme le financement de l'assurance.
Il est cependant clair pour les libéraux, qui tiennent à le dire fermement, qu'une révision de l'assurance-chômage ne suffit pas à résoudre le problème lui-même. Si elle tente de trouver des solutions aux conséquences sociales du chômage, si elle offre des facilités de réinsertion professionnelle, elle n'est pas à même de supprimer les causes du chômage.
Les travaux que nous menons aujourd'hui ne doivent donc pas retarder les efforts de revitalisation et de déréglementation visant à redonner à notre pays les avantages comparatifs qu'il a perdus. Car on combat le chômage – La Palice l'aurait dit aussi bien que moi – en créant des emplois. Que notre légitime souci d'en atténuer les conséquences n'amollisse pas notre volonté d'assurer une meilleure offre des emplois.
En attendant, nous vous demandons d'entrer en matière.

Dreher Michael (A, ZH): Namens der Fraktion der Freiheits-Partei möchte ich zunächst bemerken, dass wir darauf verzichtet haben, auch noch einen Rückweisungsantrag einzureichen. Die Überlegungen in den Rückweisungsanträgen Blocher und Camponovo genügen uns, so dass wir keinen Leerlauf produzieren wollen.
Es ist Ihnen bekannt, welches Problem die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) zu lösen hatte. Die WAK hat sich mit Phantasie – das darf man wohl sagen – an die Lösung des Problems gemacht. Wenn aber zuviel Kreativität im Spiel ist, kann es so herauskommen, wie es nach Auffassung unserer Fraktion herausgekommen ist und am Ende herauskommen wird: Keine finanzielle Entlastung, im Gegenteil ein Auftürmen neuer Schulden, über deren Finanzierung absolute Unklarheit besteht. Der Auftrag ist aus unserer Sicht nicht erfüllt: Man ist angetreten, um zu sanieren, also um den Aufwand zu senken, dauerhaft abzubauen, und man hat nun das Gegenteil gemacht. Natürlich habe ich auch gehört, wie der Kommissionspräsident heute morgen dargelegt hat, dass Einsparungen von 532 Millionen Franken das Ergebnis der Bemühungen sein sollen. Allerdings sollen von diesen 532 Millionen Franken deren 500 durch die Einführung des Wiedereingliederungskonzepts, von dem eine Verhaltens- und Mentalitätsänderung erwartet werde, eingespart werden. Da nähern wir uns denn doch gefährlich der politischen Gesundbeterei!
Wir haben noch eine zweite Übersicht vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit erhalten, wo die Mehrkosten für die Kantone aufgeführt sind. Wenn ich das richtig interpretiere, werden auf unsere 26 Stände Mehrkosten von insgesamt 397 Millionen Franken zukommen, wobei gewisse Entlastungen hier vermutlich bereits eingerechnet sind; dies geht aus dem Papier nicht hervor.
Es ist klar, dass die Kantone das nicht schlucken wollen. Zwei Regierungsräte des nach wie vor stärksten und grössten Schweizer Kantons, nämlich Zürich, der Finanzdirektor und die Volkswirtschaftsdirektorin, schreiben: «Ohne einschneidende Korrekturen auf der Leistungsseite wird die Arbeitslosenversicherung auch in Zukunft nicht finanzierbar sein.» Und nachdem man uns gebeten hat, diese Überlegungen in die Beratung des Geschäftes einfliessen zu lassen, schliesst der Brief: «Sollte das Arbeitslosenversicherungsgesetz gemäss den Anträgen der WAK beschlossen werden, wäre es für den Kanton Zürich finanziell und politisch untragbar.» Ich denke, was für Zürich untragbar ist, dürfte auch für Bern, Aargau, Thurgau, St. Gallen – und wie unsere Stände alle heissen – untragbar sein.
Mit anderen Worten: Man wollte in der WAK nicht zurückstecken, im Prinzip niemandem weh tun. Herr Blocher hat das heute morgen, mit der ihm eigenen Kompetenz, dargelegt und auch gleich die Zahlen genannt. Wenn die Defizite nur halb so hoch werden, wie er das dargelegt hat, werden weiterhin zusätzliche Milliarden anfallen. Nun wissen Sie ja, wie sich Herr Stich darüber sorgt, wenigstens das aktuelle Defizit von 7 Milliarden Franken etwas kürzen zu können. Gleichzeitig wird hier ein Vabanquespiel eröffnet, das aus unserer Sicht nicht akzeptabel ist.
Wir befürchten auch, dass einer der wenigen «Erfolge», die wirklich bleiben werden, die Perpetuierung des Prämiensatzes von 3 Prozent sein wird; er wird nicht mehr gesenkt werden, nachdem er einmal eingeführt wurde. Wir bedauern das ausserordentlich.
Es führt vermutlich kein Weg daran vorbei, dass wir uns dazu durchringen müssen, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung in Richtung Existenzminimum zu kürzen. Dazu gehören die Kürzung der Bezugsberechtigung von Taggeldern, die Kündigung des Abkommens mit der Internationalen Arbeitsorganisation, das eine Karenzfrist von mehr als 7 Tagen verbietet, und eine wesentlich engere Fassung des Begriffs der unzumutbaren Arbeit. Sie ersehen die Minderheitsanträge zu diesem Artikel (Art. 16) aus der Fahne. Im Falle des Eintretens bitten wir, diesen Minderheitsanträgen unbedingt zuzustimmen.
Es braucht zudem eine Meldestelle bei den Arbeitsämtern: Derjenige Patron, der eine Stelle anbietet und mit der Situation konfrontiert ist, dass der Arbeitsuchende sagt, er nehme die Stelle, wolle aber vorher noch vier Monate Taggelder beziehen, soll telefonieren können, damit die Arbeitslosenentschädigung per nächsten Ersten gestrichen wird. Man hat irgendwie nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass der Missbrauch nach wie vor manifest ist. Man will auch die am 27. September 1993 als Postulat überwiesene Motion (93.3316) unseres Kollegen Moser nicht zur Kenntnis nehmen, die verlangt, dass die finanzielle Gesamtlage des Haushaltes des Arbeitslosen in die Beurteilung der Anspruchsberechtigung einzubeziehen sei.
In den vergangenen Konjunkturjahren hat manche Gattin etwa eines Direktors in der Dienstleistungswirtschaft – um keiner Branche spezifisch nahezutreten –, die sich zu Hause vielleicht nicht ausgefüllt fühlte, eine Stelle angenommen und den dort erzielten Lohn durchs Band weg für «besser essen», «Freude am Fahren» und «schöner wohnen» ausgegeben. Mit dem Nachlassen der Konjunktur machten verschiedene dieser Betriebe dicht, und die ehrenwerten Damen beziehen jetzt Gelder von der Arbeitslosenversicherung, weil sie ja Beiträge einbezahlt haben und Anspruch auf Leistungen haben.
Ich habe auch grosse Skepsis, wenn ich sehe, dass wir heute weit über 50 Anträge vorliegen haben; über 50 Einzelanträge, die jetzt dann im Schnellverfahren durchberaten werden! Da können Sie sich ja die Seriosität des vollendeten Werkes in etwa vorstellen! Die Vorlage, wie immer sie herauskommt, schreit förmlich nach dem Referendum. Aufgrund des Briefs aus dem Kanton Zürich könnte ich mir sogar vorstellen, dass es nicht einmal notwendig sein wird, die 50 000 Unterschriften

zu sammeln, sondern dass acht Kantone übereinstimmend das Referendum verlangen werden und die Vorlage dann in einer Volksabstimmung Schiffbruch erleiden wird.
Aus allen diesen Gründen ist die Fraktion der Freiheits-Partei für Rückweisung. Wir werden alle Rückweisungsanträge unterstützen: vorweg denjenigen von Herrn Kollege Blocher, dem ich an erster Stelle zuzustimmen bitte, an zweiter Stelle denjenigen des Kollegen Campione, ich korrigiere mich: Camponovo – ja, Campione ist ganz in der Nähe, das wird man mir nachsehen – *(Heiterkeit)* und letztlich dann die übrigen, die noch vorliegen.

Deiss Joseph (C, FR): Le groupe démocrate-chrétien souscrit à la réforme préparée par la sous-commission et la commission parlementaires.
Désormais, le chômage ne sera plus accepté comme simple fatalité, donnant lieu à la distribution plus ou moins passive d'indemnités journalières jusqu'à concurrence de 400 jours ouvrables. Sous l'égide des offices régionaux de placement à créer, les chômeurs seront intégrés dans un véritable programme et réseau de mesures actives de marché du travail, dont le but premier est la réinsertion dans la vie active. Ce qu'il convient de changer en priorité, ce sont les mentalités et les priorités.
Oui, par conséquent, aux efforts accrus demandés pour le financement, notamment au 1 pour cent supplémentaire destiné à éponger les dettes accumulées, mais oui simultanément aux contraintes plus sévères imposées aux chômeurs. Le mérite de la sous-commission réside précisément dans le savant dosage entre le donner et le prendre, équilibre qu'il ne convient pas de mettre en cause maintenant.
S'il est relativement aisé d'évaluer avec précision le rendement provenant de la hausse temporaire des cotisations, il est plus difficile de chiffrer les économies liées au resserrement des règles relatives aux indemnités. Incontestablement, de nombreuses largesses de la loi actuelle seront ramenées à des dispositions plus strictes, éliminant ainsi des pratiques, légales certes, mais considérées comme abusives.
La liste des éléments propres à renforcer la rigueur de la loi est relativement longue. Citons, à titre d'exemple: l'abaissement du nombre des indemnités journalières simples de 400 à 150, la suspension des indemnités en cas de défaut de coopération, l'allongement des périodes de suspension de 40 à 60 jours, le délai de carence jusqu'à 12 mois pour les étudiants et écoliers sans formation professionnelle achevée, et la suppression des droits aux indemnités découlant de la participation aux programmes d'occupation temporaire. On aurait pu admettre que toutes ces hypothèques introduites par la sous-commission étaient suffisantes pour mettre fin au gaspillage. La commission a toutefois décidé d'en rajouter en instaurant un délai de carence de cinq jours ouvrables.
La majorité du groupe démocrate-chrétien – je me rangerai quant à moi du côté de la minorité – y souscrira dans la mesure où cela ne met pas en péril le compromis.
En revanche, notre groupe vous proposera, par l'intermédiaire de MM. Kühne et Blatter, de maintenir, sous une forme plus svelte, il est vrai, les indemnités en cas d'intempéries et de perte de clientèle pour raisons météorologiques. Certes, il peut paraître alléchant d'économiser les 70 millions de francs qui y sont liés. Des analyses ont toutefois démontré que les gains escomptés pourraient être mangés par les mises au chômage pures et simples que risque de provoquer une dureté abrupte en la matière. Une solution limitée à un maximum de trois périodes de décompte, au lieu de 12 actuellement, pendant un délai-cadre de deux ans, et un délai de carence de trois jours contribueront à réserver ces prestations aux situations de rigueur exceptionnelle.
Enfin, il y a lieu de s'interroger quant à la praticabilité du point de vue des cantons, qui joueront un rôle crucial dans la mise en pratique du nouveau système. Du point de vue financier, il est désormais possible d'affirmer que le sacrifice supplémentaire demandé est soutenable. Aux 282 millions de francs à verser à fonds perdu, en cas de situations exceptionnelles, et aux 115 millions additionnels pour les mesures de marché du travail, il convient en effet d'opposer l'allègement que représentera la prise en charge de la dette accumulée et des intérêts y relatifs par l'augmentation temporaire des cotisations.
Il en va autrement des aspects administratifs et pratiques. Une interrogation subsiste en particulier quant à la possibilité pour les régions les plus sinistrées d'organiser suffisamment de programmes d'occupation temporaires, sans concurrencer par là l'économie privée. Il sera en tout cas nécessaire d'accorder les délais suffisants pour que les adaptations puissent être opérées.
En conclusion, le groupe démocrate-chrétien ne partage pas les réticences, voire les hostilités, exprimées par plusieurs orateurs, notamment par ceux qui demandent le renvoi, et s'engage à participer à l'entreprise ambitieuse qui vise à juguler le chômage structurel. Le succès ne dépendra cependant pas seulement du libellé du paragraphe, mais des changements dans les mentalités qu'il suscitera. Evitons par conséquent d'affubler systématiquement le chômeur de la présomption d'abus. C'est un contrat de collaboration positive qu'il convient de rechercher.

Fasel Hugo (C, FR): Ich möchte auch einige Gedanken von seiten der Sozialpartner einbringen, die bei der Ausarbeitung des Entwurfs mitgewirkt haben.
Ich habe es heute mittag als sehr schön empfunden, als Herr Blocher und Herr Zisyadis die Vorlage in genossenhafter Umarmung, Schulter an Schulter, bekämpft haben. Ich denke, dass aus einer solchen Brüderschaft wohl nicht die besten Alternativen hervorgehen werden. Es ist zumindest mehr als eine Vermutung, dass alles, was aus einer solchen Liaison entstehen wird, kaum zu praktikablen und sinnvollen Lösungen führen wird.
Wir gingen bei der Ausarbeitung des Vorschlags von der Tatsache aus, dass der aus Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit entstehende Schaden unabsehbar ist und, wie die Erfahrungen aus Nachbarländern zeigen, oft irreparabel bleibt. Dies ist meistens auch mit sehr grossen Kosten für die Volkswirtschaft verbunden.
Die Revision hat zu berücksichtigen, dass trotz konjunkturellem Aufschwung die Arbeitslosenzahl bisher hoch blieb, dass rund ein Drittel der Arbeitslosen schon länger als ein Jahr ohne Arbeit ist, dass die Fürsorgeleistungen für die rasch anwachsende Zahl von Ausgesteuerten ständig zunehmen. Es ist deshalb dringend notwendig, die Arbeitslosenversicherung im Konzept so umzugestalten, dass die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Vordergrund gestellt wird. Die vorberatende Kommission hat diese Notwendigkeit erkannt und mit dem Einbezug der Sozialpartner zugleich auch eine politisch tragfähige Lösung erarbeitet. Wir sollten deshalb alles tun, um diesem Grundgerüst der Vorlage – bei dem die Arbeitsplatzsuche der Arbeitslosen beschleunigt und in ihrer Effizienz verbessert werden soll, wobei dies zugleich als oberstes Ziel der Arbeitslosenversicherung anerkannt wird – zum Durchbruch zu verhelfen. Dies soll auch dadurch geschehen, dass die Arbeitslosenversicherung die Betroffenen selbst, die Arbeitslosen, in die Pflicht nimmt und von ihnen Gegenleistungen in Form von Mitmachen an Beschäftigungsprogrammen und Ausbildungskursen erwartet.
Es ist nicht so, wie Herr Blocher meint, dass die Arbeitslosenversicherung ein gewaltiges Problem der Zukunft sei. Das Problem ist nicht die Versicherung, sondern das Problem sind die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Arbeitslosen. Die buchhalterische Lösung, wie sie Herr Blocher heute vormittag vorgeschlagen hat – bei der er die Arbeitslosenversicherung einfach auf einen bestimmten Ausgabenplafond beschränken möchte –, löst das Problem der Arbeitslosigkeit nicht. Es ist bloss eine Verschiebung der Kosten auf die Gemeinden und die Steuerzahler und -zahlerinnen.
Die Arbeitslosenversicherung soll den Arbeitslosen in ihrer Zielsetzung zur Beschäftigung verhelfen und nicht neue Fürsorgefälle für die Gemeinden produzieren.
Ich schlage Ihnen deshalb zusammen mit den Sozialpartnern und der CVP-Fraktion vor, auf das Geschäft einzutreten, die Rückweisungsanträge abzulehnen und der Vorlage zuzustimmen.

Jaeger Franz (U, SG): Ich bitte Sie im Namen der LdU/EVP-Fraktion, die Rückweisungsanträge abzulehnen, weil sie eine falsche Schlussfolgerung ziehen aus einer kritischen Analyse, die hier gemacht werden muss. Wenn ich hier diese Bitte an Sie richte, so möchte ich jenen, die den Mahnern potentiellen Raubbau am Versicherungswerk vorwerfen und sie gleich abstempeln, sagen: Das ist meines Erachtens falsch. In Tat und Wahrheit müssen wir uns eben doch der verschiedenen Probleme bewusst sein, die bleiben werden – wie auch immer wir hier legiferieren, wie auch immer wir hier dieses Arbeitslosenversicherungsgesetz revidieren werden.
Das Problem wäre ja gar nicht so akut, wenn wir mit Sicherheit sagen könnten, dass die Arbeitslosigkeit von heute 165 000 Arbeitslosen auf Null zurückgehen werde, wie das einmal in der Schweiz der Fall gewesen ist. Da sind ja genau die Zahlen, zu denen wir nun ganz unterschiedlich stehen: Herr Blocher beispielsweise hat die Auffassung, dass diese Zahl in den nächsten drei bis vier Jahren wahrscheinlich nicht weit unter 150 000 absinken wird. Andere haben das Gefühl – es ist auch von den Kommissionsreferenten so dargelegt worden –, dass man in den nächsten Jahren möglicherweise weniger als 100 000 Arbeitslose zählen wird. Es wäre natürlich optimal, wenn wir uns darüber nicht streiten müssten; aber ich muss Ihnen sagen, dass die Prognosen, wie sie jetzt offiziell verbreitet werden, auch von unserer Seite recht kritisch beurteilt werden. Wir können nicht anders, weil die Daten eine andere Sprache sprechen.
Denken Sie daran, dass die Arbeitslosigkeit von 165 000 Arbeitslosen höchstens zu etwa einem Drittel konjunkturell bedingt ist und mit einem Wiederaufschwung eigentlich eliminiert werden kann; der Rest ist strukturell bedingt. Es sind etwa 30 000 bis 50 000 Arbeitslose, die heute auch bei einem Arbeitsmarktgleichgewicht bleiben würden, die sogar bei Vollbeschäftigung – so, wie man das heute in der Ökonomie definiert, unter den heute gegebenen strukturellen und friktionellen Bedingungen – durchaus akzeptiert werden müssten. Dann bleibt aber noch ein Rest von über 50 000 Arbeitslosen, den wir auf ein Defizit von wirtschaftlichem Wachstum zurückführen müssen. Denn es ist eine Binsenwahrheit: Wenn wir einen Produktivitätsfortschritt von ungefähr 2 Prozent und ein Wachstum beim Arbeitspotential von ungefähr 1 Prozent haben, dann kommen Sie auf der Arbeitsangebotsseite auf fast 3 Prozent. Sie müssten aber ein Wirtschaftswachstum von über 3 Prozent haben, damit Sie eine weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit erwarten könnten. Nun müssen Sie selber abschätzen, ob das realistisch ist.
Und hier entscheidet sich die Frage, welche Perspektiven wir sehen, mit welchen Perspektiven wir rechnen. Wenn wir damit rechnen, dass die Zahl der Arbeitslosen nicht unter 130 000 bis 140 000 sinkt, dann müssen wir uns darüber im klaren sein, dass wir in den nächsten Jahren weiterhin zusätzliche Defizite aufbauen werden. Die neuen Defizite können im besten Fall 1 bis 1,5 Milliarden Franken betragen, und im schlechteren Fall – das muss ich leider sagen – können sie im Jahre 2001 oder im Jahre 2002 bis 5 oder 6 Milliarden Franken betragen. Sie dürfen auch nicht damit rechnen, dass wir jetzt zwanzig Jahre lang nur noch Aufschwung, nur noch Vollbeschäftigung haben werden. Ich bitte Sie, solche Illusionen aufzugeben.
Wir müssen uns bewusst sein, dass wir bereits heute an eine kommende Rezession denken müssen. Wer darauf hinweist, will nicht Raubbau betreiben; wer darauf hinweist, weist auf die Gefahren hin, die diesem wichtigen Sozialwerk drohen. Deshalb müssen wir uns Gedanken machen, nicht nur in bezug auf die 3 Prozent. Ich habe diese geschluckt; ich werde meine ökonomischen Bedenken dazu anbringen. Diese 3 Prozent reichen aus, um das Defizit abzubauen, das wir heute oder Ende nächstes Jahr haben. Wir werden aber längerfristig andere Finanzierungssysteme ins Auge fassen müssen. Es sind entsprechende Anträge vorhanden. Denken Sie an solche Dinge, wenn Sie revidieren! Denken Sie daran, dass dieses Sozialwerk letzten Endes nicht zu einem Selbstbedienungsladen werden darf. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Bedingungen so sind, dass jeder Arbeitslose einen Anreiz hat, wieder eine Arbeit zu suchen, gleichzeitig aber Arbeitgeber und Arbeitnehmer davon abgehalten werden, Missbräuche zu betreiben. Es muss dafür gesorgt werden, dass jenen, die wirklich unverschuldet in eine schwierige Situation der Arbeitslosigkeit geraten, ein Sicherheitsnetz dargeboten wird, das hält, das auch in schwierigen Zeiten haltbar ist und nicht dann versagt, wenn es gebraucht wird.
Von daher gesehen müssen wir uns bewusst sein, dass wir nicht leichthin sagen können: Karenzfristen kommen überhaupt nicht in Frage, und eine Schlechtwetterregelung kann man nicht noch miteinbeziehen. Zum Glück hat sie die Kommission gestrichen. Ich denke aber auch an die Zumutbarkeit: Hier geht es darum, einen echten sozialen Schutz zu statuieren und nicht einfach alles möglich zu machen, was bis jetzt schon möglich gewesen ist. Sie können sich über all das hinwegsetzen; aber denken Sie daran, die Gefahr besteht: Wenn wir nicht gewisse Dinge – vor allem, was den Missbrauch anbelangt – in den Griff bekommen, machen wir nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial das Falsche! In diesem Sinne bitte ich Sie, daran zu denken, dass wir einiges zurücknehmen müssen, was wir uns bis heute leisten konnten oder von dem wir mindestens glaubten, es uns leisten zu können.
Ich bin froh, dass Herr Blocher nicht frontal gegen die Prioritätenänderung gekämpft hat. Ich bin froh, dass wir versuchen, mit diesem Gesetz eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, so dass wir die Strukturbedingungen verbessern. Ich bin auch froh, dass wir die Ausbildungsmöglichkeiten, die Wiedereingliederungsprogramme so machen, dass sie den Arbeitslosen auch eine Chance geben, Selbstverantwortung zu übernehmen. Man kann nicht einfach sagen, die Arbeitnehmer müssten selbstverantwortlich sein. Man muss ihnen auch eine Chance geben. Das machen wir mit den regionalen Arbeitsmarktzentren und mit den Wiedereingliederungsprogrammen, die keine keynesianischen Arbeitsbeschaffungsprogramme sind, sondern die versuchen, die strukturellen Bedingungen zu verbessern, um auf diese Weise die strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen und so das Arbeitslosenversicherungswerk zu entlasten. Das müssen die Zielsetzungen sein.
Ich bin überzeugt – da weiche ich von Kritikern wie Herrn Blocher ab –, dass die Kommission versucht hat, einen gangbaren Weg zu finden. Die WAK hat sich wacker geschlagen. Der Bundesrat hat mitgemacht. Die Verwaltung hat die nötige Hilfe geleistet. Die Sozialpartner haben sich zusammengesetzt. Am Schluss kam so etwas wie ein Konsens heraus. Das ist schön und tönt nach «Friede, Freude, Eierkuchen». Denken Sie aber daran, dass die Sozialpartner alle auch von Funktionären vertreten worden sind; ob das die Basis all dieser Sozialpartner ist, ist eine ganz andere Frage.
Ich warne davor, sich zufriedenzugeben und zu meinen, wir hätten das Ei des Kolumbus gefunden. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in ein Referendum hineinlaufen; denn dieses Referendum würde von rechts kommen, und da würden jene, die soziale Anliegen und Solidarität in den Vordergrund stellen, am Schluss den kürzeren ziehen. Deshalb müssen wir alles unternehmen, damit dieses Gesetz nicht unter die Guillotine fällt. Wir müssen uns anstrengen, dass wir nicht jedem Wunsch nachgeben, der sich aufdrängt.
Ich bitte Sie: Unterlassen Sie es, all jenen, die kritisch in die Zukunft schauen, einfach Raubbau vorzuwerfen. Umgekehrt bitte ich jene, die einfach Rückweisung beantragen, nachher konstruktiv mitzuarbeiten, damit wir zu einer Lösung kommen, die auch sozial verträglich und politisch haltbar ist.

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Obwohl diese Vorlage alles andere als endgültig, ausgegoren und reif ist – was Ihre Anträge zuhauf beweisen –, ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass der eingeschlagene Weg in die richtige Richtung geht. Die FDP-Fraktion hat klare Vorstellungen, welche Kriterien erfüllt sein müssen – auch Herr Jaeger hat vorhin einige aufgeführt –, damit sie dem Gesetz in der Gesamtabstimmung zustimmen kann.
Es ist eine Tatsache, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, dass Arbeitslosigkeit eine neue, aber auch dauerhafte Herausforderung ist. Es geht nicht nur um diese rezessionsbedingte, konjunkturelle Arbeitslosigkeit, sondern es sind auch institutionelle Faktoren, vor allem aber der Import von Arbeitslosigkeit zu nennen. Zudem wissen wir – ein Nationalökonom

hat es vorhin dargelegt –, dass nach einer wirtschaftlichen Erholung die Sockelarbeitslosigkeit höher sein wird als in den Jahren zuvor.
Es wird nicht mehr so sein, wie es war! Besitzstandwahrung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer kann keine Leitlinie für die Zukunft sein. Besitzstandwahrung hat ausgedient, wir müssen Rezepte haben.
Wir wissen, dass wir heute im Vergleich zu 1988 ein Vielfaches an Arbeitslosen haben. Wir müssen uns der Auseinandersetzung stellen und können deshalb nicht «Pflästerlipolitik» oder «Schnellschusspolitik» betreiben. Kleine Symptombekämpfungen können dieser momentanen und der langanhaltenden Situation überhaupt nicht Rechnung tragen. Wir haben die Aufgabe, ein Gesetz zu schaffen, das den Anforderungen auch der Zukunft gerecht wird.
Aber trotzdem: Ich glaube nicht, dass hier im Rat die Beratung wegen der vielen, vielen Vorstösse einfach zu einer Zitterpartie verkommen darf, weil uns die stete Angst vor einem Referendum von der einen oder der anderen Seite in den Gliedern sitzt. Wir müssen unbeirrt versuchen, einen Weg zu gehen. Ich meine, wir müssen nicht nach dem Referendum schielen, wenn es uns möglich wird, in etwa die folgenden Bedingungen zu erfüllen:
1. Die Arbeitslosenversicherung muss primär denjenigen wirkliche Hilfe und Schutz bieten, die von der Arbeitslosigkeit am schwersten betroffen sind. Wer also unverschuldet seinen Arbeitsplatz verliert oder keine Arbeit findet, soll auf die Solidarität der Gemeinschaft zählen dürfen. Aber der Bezug von Arbeitslosenunterstützung darf nicht lukrativer sein als eine Arbeit.
2. Ziel soll es sein, den Arbeitslosen, die nicht sofort eine Stelle finden, entsprechende Fort- und Weiterbildungskurse anbieten zu können, um die Vermittelbarkeit bei der Stellensuche dann doch wesentlich zu erhöhen. Dies beinhaltet also obligatorische Kurse für Arbeitslose und verstärkte Förderung von Ausbildungsprogrammen.
3. Eine einheitliche und strengere Praxis im Hinblick auf die Zumutbarkeit ist dringend nötig. Eine langfristige Lösung ist nötig, aber auch berufliche und geographische Mobilität müssen verlangt werden können.
4. Der Missbrauch ist, ob man will oder nicht, bei Arbeitgebern und bei Arbeitnehmern ein akuter Gefahrenherd. Die Arbeitslosenversicherung darf nicht zur sozialen Hängematte für Arbeitsunwillige verkommen. Für uns bedeutet das: In erster Linie ist ein konsequenter Vollzug der zu beschliessenden Bestimmungen sicherzustellen.
5. Neue Instrumente – ich habe es ausgeführt – sind erforderlich. Man kann den Problemen, die der Lösung harren, nicht immer mit der gleichen Medizin begegnen, und davon verstehe ich ein klein bisschen etwas.
6. Arbeitslose dürfen nicht einfach Verlierer sein. Wir müssen neue Instrumente schaffen und Wege aus der Arbeitslosigkeit suchen, die dem Betroffenen ein aktives Agieren ermöglichen, getragen auch von der Selbstverantwortung, aus der unverschuldeten Arbeitslosigkeit herauszukommen.
Zusammengefasst heisst das: Erstens muss das Ganze finanzierbar sein; zweitens ist keine unbegrenzte Erhöhung der Lohnprozente möglich – wenn Geld verteilt werden muss, muss man es immer zuerst jemandem wegnehmen, und der hat das meistens auch nicht so gern –; drittens muss der Auszahlung von Taggeldern eine Leistung gegenüberstehen; viertens muss der Missbrauch auf ein absolutes Minimum reduziert werden; fünftens muss die Vorlage für die Kantone tragbar sein.
Als Nebenbemerkung: Der Einbezug der Sozialpartner war sicher günstig, und ich meine, das war gut. Aber die Gefahr besteht eben doch, dass die Sozialpartner dann miteinander einig sind, weil andere bezahlen. Das ist genau dasselbe wie bei der Krankenversicherung: Der Arzt und der Patient bestimmen die Medizin, und die Krankenversicherung oder der Staat bezahlen.
Und sechstens dürfen die Einführung von Karenzfristen und die Zumutbarkeitskriterien kein Tabu sein. Jeder Ansporn, etwas rascher eine Stelle anzunehmen, ist deshalb positiv.
Die FDP-Fraktion wird sich in der Regel den Anträgen der Mehrheit anschliessen, und zwar jenen Anträgen, die Einsparungen versprechen, die Missbrauch reduzieren, die kantonale Probleme verkleinern – zum Beispiel die Anträge Bonny –, die den Vollzug erleichtern und die die Eigenverantwortung fördern. Die FDP-Fraktion stimmt für Eintreten.
Den Schlussatz gilt es zu bedenken. Der Arbeitsmarktforscher George Sheldon stellt fest: «Hohe Versicherungsleistungen erhöhen die Stellenansprüche der Arbeitslosen und sorgen dadurch für eine höhere Arbeitslosenquote.» Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger verlangen von uns aber das Gegenteil. Wir haben jetzt die Möglichkeit dazu. Ich bitte Sie: Tun wir es!

Brunner Christiane (S, GE): Le groupe socialiste est parfaitement conscient que la priorité du Conseil fédéral dans la 2e révision de l'assurance-chômage consistait à résoudre les problèmes de financement. Il nous apparaissait toutefois peu sensé de faire une révision à la petite semaine en promettant de résoudre les problèmes essentiels relatifs au chômage dans le cadre d'une 3e révision. C'est pourquoi le groupe socialiste partage pleinement l'optique de notre commission de tenter de résoudre, déjà maintenant, l'essentiel de ces problèmes, en ne reportant à plus tard que la question de la consolidation du financement de l'assurance-chômage par le biais d'une modification de la Constitution fédérale.
Nous avons pris à la lettre un des objectifs déterminés par le Conseil fédéral dans son message, portant sur la revalorisation et le développement des instruments permettant de mener une politique active sur le marché du travail. Le Conseil fédéral n'en avait guère proposé la réalisation pratique, suivi en cela par le Conseil des Etats, alors que notre commission a pris cet objectif comme objectif prioritaire et en a proposé la réalisation dans le détail et dans le concret.
Cela implique un changement total de conception de notre assurance-chômage. La priorité absolue de cette assurance porte sur la réinsertion du chômeur ou de la chômeuse dans le monde du travail, et le plus rapidement possible. Nous ne voulons pas que notre système engendre des chômeurs et des chômeuses de longue durée, qui ne retrouvent pas ensuite le chemin de la vie professionnelle et qui sont marginalisés dans notre société. Nous voulons également que les offices de placement, d'une part, et les personnes au chômage, d'autre part, prennent un engagement réciproque, concluent une sorte de contrat social pour pouvoir mettre fin à la situation dramatique que constitue dans tous les cas le chômage.
Le chômage n'est pas une fatalité. Nous devons le combattre par une approche dynamique, sur la base de laquelle toutes les personnes impliquées s'efforcent ensemble de trouver la solution la plus adéquate. Notre économie ne doit pas s'installer dans la logique que le plein emploi n'est pas réalisable. Sa richesse et son essor dépendent même de sa capacité à utiliser toutes les ressources humaines de manière maximale.
Ce n'est pas en pénalisant les personnes au chômage que nous arriverons à réaliser ces objectifs, mais bien en mettant toutes nos forces en commun pour la formation et la réinsertion des personnes au chômage, ainsi que pour une répartition équitable du travail existant. L'imagination doit être sollicitée, des essais doivent pouvoir être entrepris, les meilleures solutions doivent être encouragées. Nous devons sortir d'une situation statique dans laquelle on ne fait finalement que contempler l'évolution des statistiques.
Le Conseil fédéral, dans son message, prétendait que ses propositions reposaient déjà sur un consensus des partenaires sociaux. Or, dans les travaux préparatoires de la loi, les organisations d'employeurs et de travailleurs n'ont fait que défendre leur point de vue par rapport aux propositions de l'Ofiamt et du Conseil fédéral, comme il est d'usage de le faire, sans jamais chercher une discussion et une négociation communes.
La tradition de négociation est en effet liée, dans notre pays, aux branches et aux conventions collectives de travail, et elle n'est guère pratiquée au niveau des organisations faîtières.
Or, les partenaires sociaux sont directement concernés, tant par le chômage en tant que tel que par l'assurance-chômage qu'ils financent dans sa plus grande partie par des prélèvements sur les salaires. Ils ont donc décidé de prendre les choses en mains et d'essayer de trouver une solution consen-

suelle qui puisse être portée tant par les organisations de travailleurs, qui représentent d'ailleurs également les intérêts des chômeurs et des chômeuses, que par les organisations d'employeurs.
Notre commission les a vivement encouragés dans ce sens, ainsi que le Conseil fédéral, et nous pouvons dire que cette procédure particulière a été couronnée de succès. En un temps record, les grandes lignes du nouveau système ont pu être esquissées et discutées au sein de l'instance parlementaire. Elles sont pleinement portées par les organisations concernées, mais elles forment un tout sur lequel il a été difficile de se mettre d'accord.
Sans mettre en cause les compétences parlementaires, je vous rends attentifs au fait que les partenaires sociaux se sont efforcés de travailler au maintien de la paix sociale au sens large, et qu'il paraît important, dans la période difficile que nous traversons, de maintenir notre tradition helvétique de décision consensuelle. Certains parlementaires aiment à jouer aux apprentis sorciers, mais il serait politiquement déraisonnable de les suivre, car il n'est pas certain qu'ils puissent ensuite maîtriser la situation qu'ils auront provoquée.
Si les deux propositions de renvoi Zisyadis et Camponovo procèdent d'une bonne intention, elles ne tiennent en tout cas pas compte de l'urgence qu'il y a à trouver une solution. Tant du point de vue du financement que de la situation des personnes au chômage, on ne peut pas se permettre des atermoiements qui ne feront qu'aggraver en ce moment la situation du chômage, dans la mesure où la loi actuelle ne propose aucune mesure efficace de prévention.
Si, par ces propositions de renvoi, nous reportions encore à plus tard l'entrée en vigueur des mesures actives du marché de l'emploi, nous retarderions de manière irresponsable la mise en place des instruments nécessaires, ceci d'autant plus que cette mise en place ne peut pas se faire du jour au lendemain et que nous devons déjà prévoir des mesures de transition jusqu'au moment où le système déploiera pleinement son efficacité.
Notre groupe ne soutiendra donc pas les propositions de renvoi Zisyadis et Camponovo.
Quant à la proposition de renvoi Blocher, elle n'a pas de sens en ce qui concerne la lettre a puisque cette demande est déjà réalisée dans les propositions de notre commission. Pour ce qui est de la motivation de renvoi énoncée à la lettre b, nous ne comprenons pas l'objectif visé par M. Blocher, dans la mesure où il donnerait au Conseil fédéral un mandat irréalisable et encore moins réaliste dans le délai qu'il entend impartir, jusqu'au 30 novembre prochain.
Quant à l'argument selon lequel les propositions de la commission ne sont pas assez mûries et réfléchies, on constate à l'analyse des propositions individuelles qui ont été déposées au sein de notre Conseil, que c'est la plupart d'entre elles – on peut le dire – qui ne sont vraiment pas du tout mûrement réfléchies.
En conclusion, le groupe socialiste soutiendra dans leurs principes les propositions telles qu'elles ont été développées par les partenaires sociaux en collaboration avec la commission parlementaire, et s'opposera notamment à l'introduction d'un délai de carence. Il est aussi opposé à la suppression des indemnités en cas d'intempéries, car, si cette idée est clairement fondée sur un souci d'économie qui peut apparaître comme justifié, elle ne constitue finalement qu'un transfert de charges au sein de l'assurance-chômage en augmentant indirectement le nombre des chômeurs.
C'est en ce sens que le groupe socialiste vous propose d'entrer en matière.

Nebiker Hans-Rudolf (V, BL): Wir stehen zweifellos vor einem grossen Problem. Aber es bleibt uns, wenn wir unsere Pflicht erfüllen wollen, nichts anderes übrig, als dass wir an die Arbeit gehen und versuchen, uns zusammenzuraufen.
Es ist offensichtlich, dass der Bundesrat mit seiner Botschaft seine Hausaufgaben nicht gemacht hat: Er hat eine Vorlage ausgearbeitet, die sich im wesentlichen auf die Einnahmenseite beschränkt. Auf der Ausgabenseite, also bei den Einsparungen, sind die Vorschläge des Bundesrates relativ mager. Sie bringen Einsparungen von etwa 200 bis 300 Millionen Franken pro Jahr, und das ist bei einer Unterdeckung von 2 Milliarden Franken pro Jahr oder bei einem kumulierten Defizit von über 9 Milliarden Franken eindeutig zuwenig.
Der Bundesrat schlägt für die Arbeitslosenversicherungskasse Mehreinnahmen von insgesamt etwa 3 Milliarden Franken vor, die er durch folgende Massnahmen finanzieren will: ein zusätzliches Lohnprozent, die Erhöhung des Beitragsplafonds und A-fonds-perdu-Beiträge durch Bund und Kantone von je 5 Prozent der Aufwendungen. Diese einseitige, praktisch auf die Beschaffung von Mitteln beschränkte Sanierung des Arbeitslosenversicherungswerkes ist sowohl für die Wirtschaft als auch für die Arbeitnehmer nicht tragbar. Zusätzliche Lohnprozente und die Erhöhung des Beitragsplafonds beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft und bewirken genau das Gegenteil von dem, was man eigentlich tun sollte, nämlich die Arbeitsplätze in der Schweiz attraktiv und günstig zu gestalten. Wichtiger wäre die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Zusätzliche Lohnprozente führen zudem zwangsläufig zu einem grösseren Rationalisierungsdruck und zum Abbau von Arbeitsplätzen.
Die Vorschläge des Bundesrates sind deshalb aus der Sicht der SVP-Fraktion nicht akzeptabel gewesen. Mit den Änderungen, die der Ständerat und besonders auch die WAK des Nationalrates eingebracht haben, wird die Vorlage erträglicher. Die Vorlage hat wesentliche Verbesserungen erfahren und ist in diesem Sinn viel ausgewogener als die, die uns der Bundesrat präsentiert hat. Wir werden nicht darum herumkommen, im Rahmen der Revision alle Elemente, die die Arbeitslosigkeit fördern, aus den Versicherungsbestimmungen herauszunehmen: zum Beispiel Elemente, die die Arbeitslosigkeit attraktiv machen. Ebenso ist es nicht richtig, dass man nur die Einnahmenseite berücksichtigt. Man muss auch den Leistungsumfang in Betracht ziehen. Ein Leistungsabbau darf kein Tabu sein, sonst kann eine Sanierung nicht bewerkstelligt werden.
Natürlich ist es unpopulär, wenn man Leistungen reduzieren muss. Es ist populärer, Geld zu verteilen, das man nicht hat und für das die Nachkommen irgendwie aufkommen müssen. Aber es ist nicht sozialer.
Zu den Anträgen der Kommission:
1. Wir begrüssen die verstärkten Anstrengungen zur raschen Wiedereingliederung und zu einer effizienteren Arbeitsvermittlung und Beratung, womit ein Beitrag an den Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet werden soll.
2. Wir unterstützen die Verkürzung des Taggeldanspruches auf 150 Tage. Dieser Anspruch kann innerhalb der zweijährigen Rahmenfrist nur verlängert werden, wenn der Versicherte an arbeitsmarktlichen Massnahmen teilnimmt (d. h. Umschulung, Weiterbildung, Beschäftigungsprogramme).
3. Wir unterstützen die Einführung einer Karenzfrist am Anfang der Bezugsperiode.
4. Wir stehen eindeutig für die Aufhebung der Schlechtwetterentschädigung ein. Wir müssen auf Luxusausgaben, die wir uns in guten Zeiten erlauben konnten, verzichten. Es gilt Prioritäten zu setzen.
5. Wir unterstützen schliesslich die verschiedenen Massnahmen zur Bekämpfung des Missbrauches.
Aber auch diese Massnahmen auf der Leistungsseite sind noch ungenügend. Die Arbeitsmarktmassnahmen bedingen nämlich Mehraufwendungen von über 100 Millionen Franken. Sie belasten insbesondere auch die Kantone, die in ihren Vernehmlassungen dem Prinzip wohl zugestimmt, aber grosse Bedenken in bezug auf die Ausführung der Bestimmungen angemeldet haben.
Die Aufhebung der Schlechtwetterentschädigung und die Einführung der fünftägigen Karenzfrist, wie die Mehrheit der Kommission es vorschlägt, bringt eine Ausgabenreduktion von rund 200 Millionen Franken mit sich. Auch die verschiedenen Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung werden positive Folgen haben.
Bei 150 000 Arbeitslosen – eine Zahl, auf der wir heute nicht sind – verbleibt trotz Bundes- und Kantonsbeiträgen eine Unterdeckung von über einer Milliarde Franken pro Jahr. Das sind Zahlen des Biga. Der Rechnungsausgleich könnte erst bei einer Arbeitslosenzahl von unter 100 000 erreicht werden.

Wer so blauäugig ist und glaubt, man könne diese Zahl ohne weiteres erreichen, dem mögen diese Vorschläge genügen. Aber alle Realisten werden erkennen, dass das nicht genügt. Damit wir den Ausgleich innerhalb des Arbeitslosenversicherungssystems finden können – nur das allein ist ehrlich –, beantragt Ihnen die SVP-Fraktion deshalb mehrheitlich, beispielsweise bei Artikel 16 den Kommissionsminderheiten zu folgen, die die Zumutbarkeit der Arbeit zusätzlich ausweiten.
Zu Beginn der Arbeitslosigkeit würden wir eine Karenzfrist von 30 Tagen begrüssen. Das ist im Sinne eines Selbstbehaltes, wie er – Herr Blocher hat das auch erwähnt – bei jeder Versicherung üblich ist. Damit könnte die Unterdeckung tatsächlich behoben werden. Aber leider ist das offenbar wegen des ILO-Abkommens nicht möglich, so dass es wahrscheinlich bei den fünf Tagen bleiben muss.
Wir schlagen aber eine andere Lösung vor, nämlich auf 40 Prozent begrenzte Taggelder in den ersten zwei Monaten, allerdings sozial abgefedert, indem das Existenzminimum nicht unterschritten werden darf.
Man kommt nicht darum herum, Massnahmen zu treffen, die das Arbeitsloswerden unattraktiv machen. Der Arbeitnehmer, der versichert ist, muss auch das Seinige dazu beitragen. Wir müssen Einsparungen von 1 bis 1,5 Milliarden Franken pro Jahr erreichen. Es ist eigentlich nur zu entscheiden, wo diese Einsparungen am günstigsten, am zweckmässigsten und sozial am verträglichsten realisierbar sind: Am Anfang der Arbeitslosenperiode ist die Einsparung am grössten.
Wie bei allen Sanierungsmassnahmen braucht es auch bei der Arbeitslosenversicherung eine Doppelstrategie: die Überprüfung des Leistungsrahmens, die Konzentration auf das wirklich Notwendige, verbunden mit aktiven Massnahmen zur Reduktion der Zahl der Arbeitslosen. Wenn der Rechnungsausgleich erreicht ist, kann man von Mehreinnahmen sprechen, und zwar begrenzt für den Abbau der jetzt aufgelaufenen Schulden. In diesem Sinne sind wir auch für die Erhöhung der Beitragsprozente.
Die SVP-Fraktion lehnt aber die Erhöhung des Beitragsplafonds ab. Mit dieser Erhöhung des Beitragsplafonds wird das Solidaritätsprinzip überstrapaziert. Diejenigen, die überdurchschnittlich verdienen, leisten über Steuerprogression, AHV- und IV-Beiträge reichlich Solidaritätsbeiträge. Es ist nicht notwendig, dass sie hier nochmals zur Kasse gebeten werden. Man soll Pferde, die den Wagen ziehen, nicht noch bestrafen.
Die SVP-Fraktion lehnt in ihrer Mehrheit die Rückweisungsanträge ab. Natürlich wäre es attraktiv, den Ball nur dem Bundesrat zuzuspielen. Aber es ist wenig produktiv und wenig konstruktiv.
Die vorberatende Kommission hat eine grosse Arbeit geleistet und einige handfeste Vorschläge gemacht, die nur anzunehmen sind, dann können wir die Sanierung der Arbeitslosenversicherungskasse tatsächlich vorwärtsbringen. Der Bundesrat hat bewiesen, dass er das nicht tun kann. Es wäre nicht sehr logisch, wenn wir ihn die Arbeit nochmals machen liessen. Ich glaube, wenn das Parlament etwas auf sich hält, dann kann es die Vorlage verbessern.
Arbeitslosigkeit ist eine schwere Hypothek unserer Gesellschaft. Es braucht dazu Arbeitsplätze, nicht in erster Linie eine Versicherung. Eine Versicherung darf nicht noch die Arbeitslosigkeit begünstigen, sie attraktiv machen. Die Versicherung kann lediglich die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit mildern. Wenn wir zuviel auf das Netz laden, dann brechen die Halterungen. Die Halterungen des sozialen Netzes «Arbeitslosenversicherung» sind, wie das Defizit belegt, überbelastet.
Ich beantrage Ihnen Eintreten und Ablehnung der Rückweisungsanträge.

Maspoli Flavio (D, TI): Die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist nicht nur wünschenswert, sie ist bitter nötig. Sie ist bitter nötig, weil das geltende Recht in einer Zeit erarbeitet und verabschiedet wurde, in welcher noch Milch und Honig flossen. In jener Zeit war Arbeitslosigkeit bei uns ein Fremdwort, und Arbeitslose selbst waren so bekannt, wie es etwa Marsmenschen bis heute noch sind. Es war also ein leichtes, ein grosszügiges Gesetz auszudenken und in Kraft zu setzen. Risiken gab es keine, und das grosszügige Gesetz beruhigte die Bürgerinnen und Bürger des Landes. Sie fühlten sich geborgen und dachten, sie seien gegen die materiellen und die moralischen Nöte der Arbeitslosigkeit immun.
Heute fühlen sich dieselben Bürgerinnen und Bürger vielleicht etwas betrogen. Denn eben: «Où sont les neiges d'antan?» Der Schnee von gestern ist längst geschmolzen, und Arbeitslosigkeit ist auch bei uns bei weitem kein Fremdwort mehr. Was ist geschehen? Man höre und staune: Das Arbeitslosenversicherungsgesetz erweist sich als untauglich; untauglich darum, weil man es nicht bezahlen kann; untauglich darum, weil es sich zu mannigfaltigen und breit angelegten Missbräuchen eignet; untauglich nicht zuletzt darum, weil es die Arbeitsmoral in unserem Lande gefährdet.
Die Feuerwehrübung, welche wir heute durchführen – ich denke an die 50 Anträge, die noch zur Diskussion stehen –, ist der beste Beweis dafür, dass das geltende Recht in jeder Beziehung – ich betone: in jeder Beziehung – unbefriedigend ist. Nun geht es aber darum, Korrekturen anzubringen, die den echten Arbeitslosen schützen und die Missstände im Bereich Missbrauch aufdecken und bekämpfen helfen.
Ich weiss, dass heute noch verschiedene Leute auch in diesem Rat davon überzeugt sind, es gebe keinen Missbrauch des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Hier möchte ich einige Beispiele anbringen. Ist es korrekt, frage ich Sie, wenn jemand Arbeitslosengeld kassiert, der aus eigenen Überlegungen heraus und aus freien Stücken statt ganztags nur noch halbtags arbeiten will? Ist es normal, dass Abgänger unserer Universitäten, bevor sie eine bereits angenommene Stelle antreten, ein paar Monate lang stempeln gehen, um sich von den Strapazen des Studiums zu erholen? Und bitte, ich möchte hier nicht auf die leidige, äusserst leidige Geschichte der Ex-Saisonniers eingehen, die heute regelmässig acht oder neun Monate arbeiten und drei oder vier Monate Arbeitslosengeld kassieren.
Das bedeutet nicht, dass es in unserem Land keine wirklichen Arbeitslosen gibt. Eben diesen muss die Teilrevision des Gesetzes gerecht werden. Das ist kein einfaches Unterfangen, das wurde von dieser Tribüne heute bereits mehrmals wiederholt.
Der Rückweisungsantrag des Herrn Kollega Blocher könnte diesbezüglich gute Dienste leisten, aber auch der Rückweisungsantrag unseres Kollegen Stalder, der für unsere Fraktion eingereicht worden ist. Der Antrag Loeb François zum Titel, welcher dem Arbeitslosenversicherungsgesetz neue Dimensionen eröffnet, ist bemerkenswert und unterstützungswürdig.
In der Tat müssen wir mit dieser Revision drei Hauptziele erreichen: erstens die Arbeitslosigkeit bekämpfen, und zwar mit der Eingliederung der Arbeitslosen, zweitens die Zeit der Arbeitslosigkeit des einzelnen oder der einzelnen möglichst kurz halten und drittens – wie gesagt – Missbräuche verhindern. Dies alles aber nützt herzlich wenig, wenn der Bundesrat als flankierende Massnahme nicht jene Schritte unternimmt, welche unsere Wirtschaft wieder auf Vordermann bringen können.
Il sistema migliore per evitare la disoccupazione è quello di mandare a lavorare i disoccupati. E per mandare a lavorare i disoccupati bisogna forse creare qualche posto di lavoro. E per creare qualche posto di lavoro, forse il Consiglio federale dovrebbe avere qualche idea in più. So che ne sono state prese in considerazione diverse, ma forse sarebbe il caso di insistere proprio su questa strada, perché sarebbe bello, un domani, poter ritornare allo status quo ante della crisi economica e ritornare a dire in Svizzera: la disoccupazione è debellata, proprio perché siamo stati capaci di creare nuovi posti di lavoro, cioè nuovo benessere per tutti. Naturalmente non sarà possibile a brevissima scadenza; ecco perché è giusto che si prenda in considerazione la revisione parziale della legge sull'assicurazione contro la disoccupazione.
Vi invito a sostenere i progetti di rinvio dei colleghi Blocher e Stalder e di sostenere le idee del collega Loeb François. Prioritario per me, prioritario per il nostro gruppo è quello di evitare una volta per tutte gli abusi nell'ambito della disoccupazione, perché questi abusi offendono – oltre alla cittadina e al cittadino contribuente – il vero disoccupato, offendono la persona che soffre perché non ha lavoro.

Questo è un postulato che noi dobbiamo prendere molto, molto sul serio.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich freue mich, dass alle Fraktionen der Regierungsparteien sowie die grüne, die liberale und die LdU/EVP-Fraktion dieser Revision im Grundsatz zustimmen und die Rückweisungsanträge ablehnen. Bei dieser Ausgangslage ist doch zu hoffen, dass wir die Revision gut über die Runden bringen werden.
Einige Bemerkungen zu den Rückweisungsanträgen: Wenn die Herren Blocher und Zisyadis Arm in Arm die Vorlage bekämpfen, ist Vorsicht geboten. Anderseits ist dies auch ein deutliches Zeichen, dass die Vorlage, die Ihnen die Kommission unterbreitet, so schlecht nicht sein kann. Es ist immer so, dass die Verfechter von Positionen links aussen und rechts aussen Lösungen anstehender Probleme eher abgeneigt sind. Denn mit den konkreten Lösungen lässt sich letztlich schlecht Unsicherheit säen und Unruhe schaffen. Wir aber wollen mit diesem Gesetz, dass der soziale Friede in diesem Land nicht aufgekündigt wird. Wir wollen mit diesem Gesetz die Stabilität bewahren, und wir wollen die Versicherung als solche nicht aufgeben, das heisst, wir wollen nicht zum Bedürftigkeitsprinzip übergehen. Aus diesen Gründen sind die Rückweisungsanträge abzulehnen, die alle in die gleiche Richtung gehen.
Herrn Blocher müssen die Fakten entgegengehalten werden: Wir haben in unserem Land jetzt – es sind dies die Zahlen vom August 1994 – 164 187 Arbeitslose, und dieser grossen Zahl stehen 5411 offene Stellen gegenüber. Wenn Herr Blocher hier geltend macht, es seien jede Menge Stellen verfügbar, dann bitte ich ihn, diese Stellen zu melden, den Arbeitsämtern bekanntzugeben, wo Arbeitsstellen frei sind, damit dort Arbeitslose untergebracht werden können. Es ist nicht so, wie hier behauptet worden ist, dass derjenige, der arbeiten will, eine Stelle findet.
Es wurde auch gesagt, dass die Ausländerkontingente weiter freigegeben würden, 40 000 Ausländer würden neu als Arbeitskräfte ins Land aufgenommen. Das trifft nicht zu. Was zutrifft – dafür sind Branchen wie die Tourismusbranche, wie die Gastwirtschaftsbranche, wie die Baubranche verantwortlich –, ist die Tatsache, dass sich der Bundesrat dazu hergegeben hat, das Saisonnierstatut, statt es Ende 1995 aufzugeben, nochmals um ein Jahr bis Ende 1996 zu erstrecken. Ich war stets ein Gegner dieser Erstreckung. Man hat es trotzdem gemacht, dies mit dem Argument, man brauche diese günstigen ausländischen Arbeitskräfte unbedingt. Hier muss man gelegentlich vor der eigenen Türe wischen und sich fragen: Ist diese Politik, die hier von bestimmten Kreisen vertreten wird, überhaupt noch glaubwürdig?
Herr Zisyadis hat in der Begründung seines Rückweisungsantrages angeführt, dass die Arbeitslosen gemäss dieser Vorlage viel schneller der Fürsorge übergeben würden als heute. Das trifft nicht zu. Aber die Arbeitslosenversicherung muss eine Grenze setzen. Die Kommission hat die Grenze konsequent bei zwei Jahren gesetzt. Bis heute stand den Kantonen die Möglichkeit offen, diese Grenze beliebig zu erweitern, indem sie mit Zwischenbeschäftigungsprogrammen die Leute wieder in die Arbeitslosenversicherung einschleusten und damit praktisch ein Perpetuum mobile schufen. Das ist nicht mehr möglich, und es ist unbestritten, dass damit auf die Kantone gewisse Kosten zukommen, weil wir die Versicherung klar auf diese zwei Jahre definitiv begrenzen wollen.
Es wird von den Herren Blocher und Zisyadis auch geltend gemacht, wir würden überhaupt die Lasten auf die Kantone abwälzen. In Artikel 34novies Absatz 4 der Bundesverfassung steht, dass bei ausserordentlichen Verhältnissen der Bund und die Kantone finanzielle Leistungen erbringen sollen. Wir haben Ihnen in Artikel 90 vorgeschlagen, dass der Beitrag je 5 Prozent betragen soll. Der Ständerat war dafür, dass der Bund alles bezahlt. Wenn Sie die Kantone aus der Mitverantwortung entlassen wollen mit dem Argument, den Kantonen sei nichts mehr zuzumuten, ist das Ihr politischer Entscheid. Die Kommission will das nicht. Dieser Entscheid würde aber an der Neukonzeption an sich nichts ändern, das ist eine reine Frage der Lastenverteilung zwischen Bund und Kantonen und hat nichts mit den Kosten des Systems zu tun.
Herr Camponovo schlägt uns einen völlig anderen Weg vor. Ich möchte ihm durchaus zugestehen, dass man andere Wege auch prüfen muss, aber ich muss ihm sagen: Wir müssen einmal mit dem Prüfen aufhören und zu ganz konkreten, mehrheitsfähigen Lösungen vorstossen. Wir sind jetzt zu solchen Lösungen vorgestossen, und es werden weitere Revisionen dieses Arbeitslosenversicherungsgesetzes kommen. Aber es macht überhaupt keinen Sinn, diese jetzt gefundenen Lösungen – sozusagen den Spatz in der Hand – zurückzuweisen zugunsten einer Taube, die auf dem Dach sitzt und nicht leicht einzufangen sein wird. Der Rückweisungsantrag Camponovo – bzw. der Vorschlag des Kantons Tessin – hat aus meiner Sicht auch den Nachteil, dass er junge Familien benachteiligt. Es steht mit der Einkommenssituation nicht immer bei der älteren Generation am schlimmsten; mehr und mehr bekommen die jungen Familien, die Leute zwischen 30 und 40 Jahren, die grössten finanziellen Schwierigkeiten, wenn Arbeitslosigkeit eintritt.
Der Rückweisungsantrag der SD/Lega-Fraktion geht an sich in die gleiche Richtung, wie sie Herr Blocher vorgezeichnet hat, das heisst in Richtung Leistungsabbau. Die SD/Lega-Fraktion möchte, dass man zum Bedürftigkeitsprinzip übergeht, dass man also nur den unteren Einkommensschichten etwas zahlt. Da muss ich Ihnen sagen: Wir können nicht eine Versicherung nur für die unteren Einkommensschichten machen. Wir müssen insbesondere auch die vielen Schweizer Familien, die sich in diesem Lande in den mittleren Einkommensschichten befinden, in die Versicherung einbeziehen. Wenn wir gerade diese Schweizer Familien mit mittleren Einkommen einfach ihrem Schicksal überlassen würden, so hätten wir sozialen Unfrieden, davon bin ich überzeugt.
Aus diesen Gründen sind alle vier Rückweisungsanträge untauglich, sie führen uns nicht weiter. Ich bitte Sie, sie mit klaren Mehrheiten abzulehnen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Je me contenterai de laisser M. David répondre aux propositions de renvoi!
Tout d'abord celle de M. Blocher: M. Blocher a démontré une nouvelle fois que son talent consiste à poser de bonnes questions, à mettre en exergue des cas particuliers, à susciter une indignation justifiée face à des abus, mais que son talent ne consiste pas à donner de bonnes réponses aux questions ainsi posées. Il est évident qu'il y a des abus, il est évident qu'il y a des profiteurs de l'assurance-chômage, il est évident qu'il y a des corrections à apporter à la loi actuelle et peut-être que la nouvelle loi engendrera aussi quelques effets pervers qui justifieront ultérieurement de nouvelles corrections.
Mais quelles sont les solutions que préconise M. Blocher pour répondre aux bonnes questions qu'il pose? Si l'on écoute son discours – à mon sens, une partie de la réponse a été donnée par M. David – on constate que dans ce pays, il n'y a pas assez de places offertes pour compenser le chômage et compenser le nombre de personnes qui cherchent des emplois. M. Blocher naturellement perçoit bien le problème puisqu'il a évoqué le nombre d'autorisations de travail données à des étrangers. En d'autres termes, si je comprends son raisonnement: si l'on ajoute aux places de travail ouvertes les places de travail occupées par des étrangers, on aurait tout simplement résolu le problème. Voilà la conclusion toute simple: il ne faut pas renvoyer, il faut supprimer l'assurance-chômage. Si c'est aussi simple que ça, entre l'addition des places offertes plus les étrangers à renvoyer dont on pourrait donner les places aux Suisses, il faut aller jusqu'au bout et dire: supprimons l'assurance-chômage et laissons les quelques cas extraordinaires à l'assistance publique, qui s'en occupera.
M. Blocher est un homme de bon sens politique, il se rend bien compte que ce n'est pas possible de faire passer une telle idée, qu'elle ne serait pas populaire parce qu'elle serait évidemment tout de suite comprise d'une manière critique par l'opinion publique.
La solution qu'il a déjà préconisée au sein de la commission consiste à prévoir un délai de carence de 30 jours, ce qui entraîne des économies pour la caisse. Il faut d'ailleurs se de-

mander si ça entraîne réellement des économies pour les pouvoirs publics; certainement qu'il y en aura pour la caisse, c'est d'ailleurs la raison pour laquelle nous sommes d'accord avec le délai de carence de 5 jours. Mais ça entraîne en contrepartie des dépenses supplémentaires importantes pour les pouvoirs publics par le biais de l'assistance publique, et ce serait un transfert des charges de la caisse vers l'assistance publique des cantons ou des communes qui sont le plus marqués par le chômage et où il n'est pas possible de trouver immédiatement des places pour ceux qui n'ont plus de travail. Ce serait donc un transfert de charges massif des régions relativement riches vers les régions les plus pauvres, quelque chose qui serait probablement dramatique pour l'unité de ce pays et pour l'équilibre qu'il faut chercher à maintenir dans ce pays. Je pense en particulier que ce serait une attaque directe à l'égard des cantons romands.
La solution des 30 jours apporte une épargne, c'est évident, mais davantage une épargne pour l'assurance-chômage que pour les pouvoirs publics, qui devraient intervenir à un autre endroit. Dire qu'il faut arriver très rapidement à financer l'assurance-chômage avec 2 pour cent de contributions supplémentaires, c'est un peu le même problème. Cela reviendrait à donner la possibilité à l'assurance-chômage de fournir environ 148 jours de prestations au maximum. Je crois qu'on retomberait dans le cas évoqué il y a un instant, c'est-à-dire au recours à l'assistance publique.
Je répète: M. Blocher pose de bonnes questions, il soulève des cas particuliers, il suscite des réflexions qui appellent une concrétisation, mais il ne nous fournit pas la concrétisation de ce qu'il propose dans sa proposition de renvoi. Je crois que le projet de loi que nous vous proposons va, lui, plus dans le sens de la lutte contre les abus que la proposition de renvoi Blocher. Il faudrait être attentif à chaque étape de la loi pour ne pas oublier les bonnes questions et éviter les mauvaises réponses de M. Blocher.
Monsieur Camponovo, il exact que le système que vous préconisez peut avoir une logique interne. Finalement, nous, nous avons choisi l'idée de favoriser la réintégration des chômeurs par le biais des programmes d'occupation, par le biais de la formation complémentaire.
Vous, vous trouvez une autre forme d'incitation, l'incitation, si on veut, d'une certaine manière, par l'argent puisque ceux qui auraient relativement peu cotisé seraient forcés – ils sont supposés être plus jeunes, ce qui est probablement le cas dans la plupart des cas – de se débrouiller pour trouver assez rapidement du travail. Plus on avance en âge, plus on aurait la possibilité de bénéficier de l'assurance-chômage.
C'est une certaine logique, mais elle ne résiste pas longtemps à un examen de détail. M. David évoquait le cas des jeunes pères de famille. On peut évoquer le cas d'autres personnes. Comment traiter les femmes divorcées ou les personnes qui ont eu des enfants à charge et qui doivent reprendre le travail parce qu'elles y sont forcées? Vous serez condamné, Monsieur Camponovo, à trouver une multitude d'exceptions à votre principe. Vous devrez aussi tenir compte d'exceptions dans les cas où le chômage dépasse un certain pourcentage dans certaines régions. Vous ne pouvez pas traiter de la même manière des gens du même âge qui vivent dans le canton du Valais ou de Vaud, qui connaissent 10 pour cent de chômage, et des gens d'Uri, où il y a 1,5 pour cent de chômage. Ce n'est pas juste de les traiter exactement de la même manière parce que les circonstances objectives sont différentes. Vous serez obligé de faire tellement d'exceptions qu'à la fin votre système – qui a une logique – ne résistera pas.
Finalement, nous avons choisi un autre système. On peut dire qu'une solution alternative aurait été bien meilleure, quasiment miraculeuse. Je crois qu'il faut accepter que toutes les idées ne peuvent pas revenir à tout instant sur le devant de la scène. On a choisi une voie. Et je crois que, si on acceptait votre proposition de renvoi, ce n'est même pas sûr qu'on reviendrait avec votre proposition, car on ne ferait que prolonger la réforme de l'assurance-chômage.
Le groupe des Démocrates suisses et de la Ligue des Tessinois veut aussi réduire les prestations. Je n'ai pas très bien compris, à la lecture de ces textes, s'il veut seulement réduire les prestations ou bien s'il veut aussi réduire le montant assuré, c'est-à-dire qu'on n'assure plus et on ne paie plus de cotisations jusqu'à un montant de 97 000 francs, mais qu'on le réduirait aux trois quarts, c'est-à-dire à 70 000 francs. Si tel était le cas, on n'aurait pas beaucoup avancé parce que ce sont les plus petits salaires qui bénéficient le plus de l'assurance-chômage, d'après les statistiques qu'on a.
Votre solution serait logique si vous disiez: on maintient les cotisations sur 97 000 francs, mais on ne paie des prestations que sur les 70 000 premiers francs, et la différence constituerait une contribution de solidarité. Cela ouvre d'immenses problèmes quant au caractère d'assurance de l'assurance-chômage. Il y aurait une forte partie de solidarité que nous voulons aussi, à travers l'augmentation de la cotisation de 1 pour cent au-delà de 97 000 francs. Je crois que le problème que vous soulevez peut être traité lors de la discussion de détail. Il ne justifie pas, en tout cas, le renvoi à la commission.
Quant à vous, Monsieur Zisyadis, vous avez deux flèches dans votre carquois: l'une qui fera plaisir aux cantons, puisque vous vous attaquez au transfert des charges sur les cantons. Je pense que cette proposition est très populaire dans les cantons romands, qui sont les plus chargés par le problème du chômage. On la traitera aussi lors de la discussion de détail, mais rien ne vous empêche de faire des propositions pour éviter qu'il y ait un transfert aux dépens des cantons. C'est un problème important, qui peut être discuté, mais qui ne justifie pas le renvoi au Conseil fédéral.
La deuxième flèche s'adresse au système qui, dites-vous, a manqué de fantaisie. Ce n'est pas assez fantaisiste, comme dirait M. Ruffy en d'autres circonstances. Le système n'a pas assez de fantaisie, mais votre fantaisie consiste simplement à vouloir introduire le plus rapidement possible le revenu minimum d'insertion. L'imagination que vous préconisez consiste à chercher comment on peut faire payer ces montants en sortant du système de l'assurance. Si vous faites cela – on le fait déjà un peu en augmentant la cotisation de 1 pour cent – vous déclenchez une guerre, basée d'abord sur la constitution, qui veut que ce soit un système d'assurance, ensuite une guerre de tous contre tous, un peu le même style de guerre que celle que l'on peut avoir lorsqu'on veut plafonner l'AVS: dans le cas de l'AVS il n'y a pas de plafonnement; certains souhaiteraient l'introduire, vous souhaiteriez le contraire. C'est le genre de bataille qu'il ne faut pas déclarer ici. On a bien choisi le système de l'assurance avec une part de solidarité, et vous ne pouvez pas aller plus loin sans provoquer la guerre de tous contre tous.
Voilà pourquoi toutes ces propositions de renvoi doivent être refusées et nous devons entrer en matière, comme le proposent les partis gouvernementaux, les libéraux, ainsi que les indépendants et les verts.

Blocher Christoph (V, ZH): Herr Kommissionspräsident David hat «ausgeteilt» und gesagt, es seien falsche Zahlen verwendet worden. Ich verbitte mir solche Bemerkungen. Sie haben eine Zusammenstellung erhalten, datiert vom 19. September 1994. Bei 150 000 Arbeitslosen bezahlen Bund und Kantone 563 Millionen Franken, und es bleibt ein Defizit von 1,367 Milliarden Franken. Und die Kantone müssen für die aktiven Arbeitsmarktmassnahmen – zusätzlich zu heute – 115 Millionen Franken ausrichten. Wenn ich das zusammenzähle, gibt das für den Bund, die Kantone und die Versicherung zusammen 2,045 Milliarden Franken. Dazu brauche ich nicht einmal einen Rechenschieber.
Weiter hat der Kommissionspräsident erklärt, es sei klar: Wer auf diese Missstände aufmerksam mache, der stehe natürlich auf der rechten Seite, komme aus der Ecke ganz rechts. Ich möchte Ihnen sagen, Herr David: Mit dieser Arroganz haben wir 7 Milliarden Franken Bundesdefizit erzeugt; und wir werden mit dieser Arroganz auch in Zukunft pro Jahr weitere 2 bis 3 Milliarden Franken Defizite für Bund, Kantone und Arbeitslosenversicherung erzeugen. Ob das links oder rechts ist, weiss ich nicht. Auf jeden Fall ist es nicht die Erfüllung unseres Auftrages.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Eine kurze ergänzende Bemerkung zum Antrag Blocher ist notwendig. Der Buchstabe a seines Rückweisungsantrages ist sinnlos, weil die Forderung in den Anträgen der Kommission erfüllt wird. Der Buchstabe b hätte eine Kürzung der Bezugsdauer der Arbeitslosenentschädigung von heute 400 Tagen auf 185 Tage zur Folge. Dass das in unserem Lande einen «Klapf» auslösen würde, ist klar. Das muss Herr Blocher zur Kenntnis nehmen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: La discussion de ce matin et de cet après-midi dans cet hémicycle et quelques remarques qui ont été faites me conduisent à ouvrir la réponse gouvernementale par une lapalissade, à savoir que nous sommes en train d'essayer d'améliorer les conditions de fonctionnement et de financement de l'assurance-chômage, mais, par cette discussion et par les moyens que nous proposons, nous ne sommes pas en train de résoudre le problème du chômage. Cette lapalissade consiste en effet à bien remarquer que la solution du problème du chômage passe par la création, à l'intérieur du pays, de nouveaux emplois que l'on n'obtiendra que si nous sommes capables, au gouvernement et au Parlement, de nous mettre en situation de conditions-cadres les meilleures possibles, à l'extérieur par des accords multilatéraux ou bilatéraux de bonne qualité et à l'intérieur par des conditions-cadres meilleures que celles que nous avons aujourd'hui. Dans la situation de crise d'où nous émergeons, lentement selon certains secteurs, un peu plus rapidement selon d'autres, nous n'avons, en aucun cas, tenté de créer des solutions artificielles, et les bonus à la construction étaient des solutions conformes à l'économie libérale, à l'allure du marché, telles que nous les avons conçues.
Ce n'est donc pas aujourd'hui, dans le cadre de cette révision de la loi sur l'assurance-chômage, que nous allons nous en prendre au problème fondamental, aux racines du chômage, mais nous allons tenter ensemble d'améliorer la condition du chômeur et d'abréger cette condition de chômage qui est humainement, socialement et économiquement la plus mauvaise qui soit.
Tel est l'objectif de notre démarche, cela et rien d'autre.
Le projet d'assurance-chômage que nous avons soumis au Parlement faisait suite à un premier arrêté fédéral urgent qui avait pour but d'assurer au plus vite un financement minimal à l'assurance-chômage qui ne sollicite pas exagérément les fonds publics. Cet arrêté fédéral urgent, le Parlement l'a accepté. Il a ensuite été soumis par référendum au vote du peuple qui, à une majorité de 70 pour cent, l'a accepté, mais il était bien clair que cet arrêté fédéral urgent, comme son nom l'indique, ne parait qu'au plus pressé et qu'il devait être suivi de deux démarches dans le temps. Première démarche: la révision de la loi sur l'assurance-chômage – celle que nous entamons aujourd'hui avec le deuxième Conseil, à savoir le vôtre. Deuxième démarche: ce pas sera suivi d'une troisième révision qui, elle, devrait concevoir l'assurance-chômage aussi sous d'autres angles, avec d'autres principes de financement et d'autres éléments de développement.
Pour en rester au projet qui nous rassemble aujourd'hui, je dirai que, comme le projet que le Conseil des Etats a reçu du Conseil fédéral, le projet qui vous est soumis aujourd'hui par la commission porte sur l'élévation d'un taux de cotisations de 2 à 3 pour cent, porte sur la prise en compte d'une période éducative, porte sur la prolongation du délai d'attente pour les écoliers et les bacheliers, et porte sur le renforcement de la notion de travail convenable. C'est là un fond qui n'a pas changé, ni dans le projet du Conseil fédéral ni dans la décision du Conseil des Etats, ni dans le noyau de la commission du Conseil national. Nous tenons ces objectifs et nous sommes en présence ainsi d'un projet cohérent qui a traversé les trois étapes du Conseil fédéral, du Conseil des Etats et de la commission du Conseil national. Ce que nous avions en tête, principalement, en soumettant au Parlement cette révision de la loi, c'était d'abord d'assurer, après l'arrêté fédéral urgent, encore mieux le financement de cet instrument. C'était de répondre à ce qui est incontestablement un malaise dans l'opinion, à savoir que la condition du chômeur serait aujourd'hui et dans notre pays une condition décidément trop confortable, qu'il se produirait dans ce secteur toute une série d'abus – le terme est souvent choisi –, et la volonté qui est celle du Conseil fédéral a été non pas de durcir la condition du chômeur, mais de rendre plus rigoureuses les conditions d'accès à l'assurance-chômage, ce qui est tout à fait différent. Telles étaient et telles sont les deux intentions majeures de ce projet. Je le répète: assurer un meilleur financement de l'assurance et éviter que des abus réels ou surtout imaginés ne puissent se produire et n'enveniment la condition psychologique et l'état que la population active peut nourrir à l'égard des chômeurs, tant il est vrai que nous ne parviendrons pas à des solutions équitables, défendables, justes dans un climat de crispation et de confrontation entre la population active et la population des chômeurs.
A ces deux motifs principaux de la révision actuelle, votre commission a voulu ajouter encore une autre dimension. C'est celle d'un plus grand consensus social des partenaires sociaux entre eux, c'est celle d'une activation plus vive du chômeur dans la recherche de son emploi. A ce chômeur qui serait en quelque sorte récompensé par des prestations de l'assurance-chômage d'une durée plus longue pour lui que pour le chômeur resté passif, il est bien évident que nous devons lui donner les instruments qui lui permettent d'être plus actif, que nous devons ainsi donner une organisation à l'assurance-chômage par la création d'offices régionaux de placement, que nous devons donner des moyens à l'assurance-chômage par la création de ces cours de formation ou par ces programmes d'occupation. Tout cela, c'est l'acquis supplémentaire que votre commission apporte aujourd'hui à l'acquis de base que le Conseil fédéral et que le Conseil des Etats ont établi.
J'aimerais dire à MM. David et Couchepin que nous leur savons gré, à eux et à la commission, du travail de Pénélope qu'ils ont accompli pendant l'été pour trouver à tout prix les accords sociaux qui donnent à cette loi et à son projet une assise et un ancrage prometteur et que le Conseil fédéral se reconnaît dans les efforts remarquables qui ont été accomplis par la sous-commission d'abord, et reconnus ensuite par la commission plénière.
J'observe – et ce sera ma première remarque quant au nouveau projet – qu'il pose des problèmes nouveaux et d'une nature quasi inattendue aux cantons. C'est la raison pour laquelle j'ai très vivement recommandé à la sous-commission, dans la partie de sa séance de Lucerne à laquelle je participais, non pas de se contenter simplement – c'était déjà beaucoup – de l'accord des partenaires sociaux, mais d'impliquer les gouvernements cantonaux dans sa réflexion, parce que tout le dispositif que nous propose la commission porte plus encore que le projet du Conseil fédéral et la décision du Conseil des Etats sur la participation pleine et entière des cantons.
Le rôle que les cantons ont à jouer dans cette nouvelle formule et dans cette solution plus élaborée que nous propose la commission est un rôle important. Je ne pense pas seulement au rôle financier que les cantons doivent jouer et qui, soit dit en passant, est un rôle plus lourd pour eux que celui que nous leur réservions dans le projet du Conseil fédéral et surtout que leur réservait la décision du Conseil des Etats qui avait encore allégé le fardeau financier cantonal. Non seulement il y a pour eux, dans le projet que nous discutons, une charge financière supplémentaire, mais il y a une participation effective, substantielle des cantons au réseau et à l'organisation de l'assurance-chômage; ce qui implique un très grand engagement de leur part. Je souhaite qu'ils en aient la force; je souhaite que les délais de transition que nous pourrons ménager pour la mise en place de la nouvelle loi – si vous suivez le projet et si le Conseil des Etats, ensuite, le suit à son tour – soient suffisants pour permettre aux cantons de se mettre au diapason et de se mettre en état de fonctionner sur des voies nouvelles qui sont pour certains d'entre eux, en tout cas, très peu explorées et encore fort mal connues.
J'aimerais insister sur le fait qu'en ce qui concerne ces responsabilités nouvelles dévolues aux cantons et les charges financières nouvelles qui en résultent, nous devrons les examiner d'une manière très attentive dans le cadre de la discussion de détail, lorsque nous aborderons les questions du financement.

En effet, à ce stade là, il sera nécessaire de savoir si la charge proposée aux cantons est supportable ou s'il y a lieu de trouver des formules d'allègement qui n'enlèvent aux cantons rien de leur responsabilité d'organisation dans la nouvelle loi, mais qui puissent ici ou là alléger le fardeau.
Je pense en particulier, et c'est vrai, aux cantons qui sont les plus lourdement pénalisés par le chômage. Ces cantons, parce qu'ils connaissent un taux de chômage supérieur, se trouvent en situation évidemment plus précaire que les cantons à taux de chômage bas ou relativement bas. Ils ne sauraient, à cause de cela, être surchargés par rapport aux cantons bien nantis. Il y a là une tâche de responsabilité et de solidarité confédérale à laquelle nous voulons penser, si tant est que quelques autres propositions qui nous sont faites cet après-midi n'y ont pas songé. Il y a là une responsabilité confédérale que nous devons pouvoir assumer.
Les éléments que la commission nous propose et qui sont, sur certains points, différents de ce que le Conseil des Etats a décidé: tout d'abord, la question de l'indemnité pour intempéries; ensuite, partiellement, la question de la réduction de l'horaire du travail et de l'indemnité qui y est assortie; et enfin surtout les questions liées au délai de carence générale de cinq jours, c'est-à-dire d'une semaine, avant de pouvoir bénéficier des indemnités de l'assurance-chômage.
Nous aurons, je crois, profitablement à nous prononcer sur ces trois questions spécifiques, le moment venu, puisqu'il y a toute une série de propositions dans tous les sens possibles parmi les quelque 50 propositions qui nous ont été soumises. Je me réserve donc d'intervenir non pas dans le débat général d'entrée en matière maintenant, mais dans la discussion de détail.
De même aurai-je à intervenir dans la discussion de détail sur une question qui fait l'objet d'une proposition nouvelle de la part de votre commission: c'est la question du financement. Vous le savez, le Conseil fédéral et le Conseil des Etats proposaient de déplafonner le montant maximum de 97 000 francs environ de revenu en dessus duquel on n'était pas soumis à cotisation, et de le faire jusqu'à un montant fort élevé qui n'aurait exclu qu'une tranche infinitésimale des revenus supérieurs du supplément. Nous le faisions à une échelle de 3 pour cent pour l'ensemble des salariés. La commission, elle, a choisi un autre système, qui consiste à retenir le seuil de 97 000 francs et quelques comme seuil des 3 pour cent, et à percevoir 1 pour cent pour les tranches qui vont au-delà de ce revenu.
Les constitutionnalistes sérieux que je consulte – je n'ai jamais vu de constitutionnalistes rigolos – me disent que la solution de la commission n'est pas conforme à la constitution, qui prévoit expressis verbis un plafonnement. C'est un thème que je reprendrai volontiers à l'appui du projet du Conseil fédéral et de la décision du Conseil des Etats, là encore au moment où nous aborderons les questions de détail.
J'ai donc limité à dessein les quatre problèmes qui se poseront lors de la discussion de détail: outre le problème du financement, ces problèmes d'indemnités pour intempéries, d'indemnités pour travail abrégé, de délais de carence et de la manière de fonctionner des plus hauts revenus de la république.
J'ai hâte d'en venir aux propositions de renvoi. Sur ce point, je dis que, d'une manière générale, les propositions de renvoi qui sont au faites, soit au Conseil fédéral directement, soit à la commission pour l'une ou l'autre d'entre elles, sont sans doute dignes d'intérêt en tant que telles, mais cela signifierait que même si nous sommes capables de les traiter dans un délai relativement bref, elles prolongeraient encore le délai de réalisation de cette étape de la révision de la loi sur l'assurance-chômage.
Ne croyez-vous pas que les temps ont couru assez longtemps, je dirai même trop longtemps, pour que nous puissions encore nous permettre un ajout, renvoyer le tout à des études complémentaires, et ainsi renvoyer cette révision dont le caractère provisoire a été souligné, une révision qui doit nous permettre de faire la jonction avec la révision, plus ambitieuse, qui portera sur la substance et sur l'essentiel de la loi? J'estime que oui, le temps a suffisamment couru. Au point même que le Conseil fédéral, dans le cadre des mesures d'assainissement des finances fédérales, troisième paquet de rognures, proposera certainement à votre approbation un arrêté fédéral urgent portant de 2 à 3 pour cent l'augmentation des cotisations, et cela à valoir dès le 1er janvier prochain.
C'est vraiment sous l'empire des nécessités qu'on doit recourir à de tels expédients. Alors de grâce, abrégeons, abrégeons le temps pendant lequel devrait courir cet arrêté fédéral urgent, jusqu'au moment où entrerait en vigueur la loi que nous discutons maintenant dans sa révision actuelle. Faisons en sorte qu'une solution rustique, vraiment schématique, comme l'élévation de 2 à 3 pour cent de la cotisation, soit tôt accompagnée par l'avènement de la nouvelle loi et par toutes les formules de correction, de nuances qu'elle apporte à un projet si rudimentaire – j'allais dire si grossier. Pour cette raison, je crois que nous avons suffisamment examiné les questions, d'autant plus que la proposition qui vous est soumise par la commission est une bonne proposition, qui se tient, qui a pour elle une cohérence intérieure et aussi, je le répète, car c'est essentiel, la caution des partenaires sociaux.
C'est une raison de temps qui me fait dire aux quatre «objecteurs de conscience» que nous avons entendus et qui voudraient renvoyer l'examen du projet soit au Conseil fédéral, soit à la commission que nous savons décidément assez de choses pour éviter leurs propositions de renvoi et entrer bel et bien en matière sur ce projet.
J'ajoute, tout d'abord à l'intention de M. Blocher, qu'il serait tout à fait possible de répondre à son voeu dans le délai du mois de novembre. Sans doute n'y aurait-il pas de consultation en les formes, sans doute aurions-nous le même reproche en novembre que celui que reçoit aujourd'hui la commission d'avoir consulté les cantons de manière assez véloce, peut-être même trop véloce, mais nous avons suffisamment de mobilité intellectuelle pour être capables de donner suite à votre voeu dans le délai que vous nous assigné. Si je m'oppose à votre projet, ce n'est pas du tout à cause de son infaisabilité temporelle. C'est parce qu'il est substantiellement extrêmement discutable et que je ne vois pas que, pour respecter les limites que vous fixez dans votre proposition de renvoi, nous puissions faire autre chose que d'atteindre douloureusement et profondément le statut et le revenu des chômeurs.
En effet, si on choisit la formule que vous avez proposée, on peut en rester éventuellement aux normes de 80 ou 70 pour cent pendant environ 150 jours – je n'ai pas fait le calcul minutieux, mais c'est de cet ordre – et ensuite basta! Il n'y a pas de relais de l'assurance-chômage. Ou alors, si on veut prolonger les délais de fonctionnement de l'assurance-chômage, ce serait de l'ordre de 50, 55 ou 57 pour cent pendant 250 jours. Mais alors, soyons plus simples. Les deux rapporteurs l'ont dit: si c'est ça la solution, en réalité on ira s'approvisionner pour le reste aux mêmes sources de financement que sont les cantons, sauf qu'à payer via le fonds de l'assurance-chômage ce seront le fonds d'assurance sociale et le fonds d'assistance publique qui joueront. Du point de vue de la comptabilité publique générale, je ne vois pas où est le bénéfice d'une telle solution qui, de surcroît, accentuerait encore les différences intercantonales et enlèverait cette dimension de solidarité confédérale que prévoit tout de même l'assurance-chômage. C'est çà la raison fondamentale pour laquelle je ne puis pas suivre M. Blocher.
Monsieur Zisyadis, je ne crois pas que ce soit une farce qui ait été jouée par la commission ou que nous propose la commission. Je constate que le système que vous envisagez serait également pris en faute dès lors que, à un moment donné, le fonds ne fonctionnerait pas comme il fonctionne dans le projet qui nous est soumis, et ce moment arriverait plus tôt que prévu, de sorte qu'il y aurait alors bel et bien une prise en charge complémentaire par les finances publiques des cantons et des communes. Votre proposition introduit des rigidités et, finalement, les effets qu'elle produirait ne sont pas souhaitables. Le Conseil fédéral propose des solutions qui permettront de financer les assurances sociales par d'autres ressources que celles des cotisations salariales, mais cela dans le cadre de la révision future à laquelle il faut réserver toute notre imagination et une gamme aussi large que possible.

Dire que nous sommes de surcroît à contre-courant des politiques européennes en la matière, comme vous l'avez dit ce matin, je dirais que cela ne correspond pas à la réalité. Sans doute sommes-nous, mais bien avant les propositions de la commission, en situation différente en ce sens que nous ne connaissons pas les salaires minimaux dans notre économie, mais qu'en réalité les salaires payés en Suisse ne souffrent certainement pas de la comparaison que l'on peut établir avec les salaires européens.
Monsieur Camponovo, troisième proposition de renvoi, cette fois-ci à la commission, si je vous ai bien entendu, et non pas au Conseil fédéral: aller à 50 pour cent du dernier salaire payé ne permettrait pas dans d'innombrables cas d'assurer ce que nous appelons le minimum vital pour un certain temps, et là encore nous aurions déclenché le transfert des charges et des caisses sans aucun bénéfice, au contraire, pour les cantons les plus touchés par le chômage. Méfions nous des autogoals! Quant à l'augmentation de 1 pour cent par année d'activité de cette indemnisation, par rapport aux 50 pour cent de base, je vous laisse à penser la joyeuse complication administrative à laquelle elle conduirait: il faudrait pouvoir faire la preuve du nombre d'années que l'on a travaillé, pouvoir faire la preuve que l'on a droit à 13,5 pour cent et non à 12,5 pour cent, etc. Le volume administratif de l'assurance-chômage est suffisamment compliqué pour que nous n'y ajoutions pas une complication supplémentaire.
Enfin, je dirai à la Lega dei Ticinesi que j'aurais été heureux de lire sa position lors de la consultation que nous avons conduite sur notre projet il y a quelque temps, mais la Lega n'avait pas répondu. Vouloir aujourd'hui renvoyer à la commission et proposer un système parfaitement décourageant et intenable pour les bénéficiaires serait socialement insupportable. Ce que je reconnais avec vous, je l'ai dit au début, c'est qu'il faut combattre sévèrement les abus, qu'il faut mettre de l'ordre, de la tranquillité et de la sérénité dans le débat public en Suisse aujourd'hui à propos du chômage, car cette sérénité n'existe plus et l'on focalise autour de quelques exemples assimilés à des abus. S'il faut rendre le travail convenable plus exigeant et plus rigoureux, s'il faut préciser les règles pour qu'il n'y ait pas de dérapage, en revanche, il ne faut pas aller aussi loin que ce que vous proposez, car ce serait du dérapage non contrôlé.

Camponovo Geo (R, TI): Ho preso atto dell'interesse serio e profondo che è stato riservato alla mia proposta da parte di tutti i detentori del potere. La proposta corre il rischio di trovare solo l'appoggio di forze politiche con le quali né l'autorità ticinese, né il sottoscritto hanno nulla da spartire.
Per questo ritiro la mia proposta.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag Blocher	28 Stimmen
Dagegen	140 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag Zisyadis	2 Stimmen
Dagegen	163 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag der SD/Lega-Fraktion	15 Stimmen
Dagegen	155 Stimmen

Le président: M. Camponovo a retiré sa proposition.

Detailberatung – Discussion par articles

Titel
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Loeb François
Titel
Gesetz zur Versicherung und Eingliederung Arbeitsloser

Titre
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Loeb François
Titre
Loi sur l'assurance et l'insertion des chômeurs

Loeb François (R, BE): Ich beantrage Ihnen, einen anderen Titel zu wählen, um auch nach aussen zu dokumentieren, dass wir ein neues Ziel verfolgen. Ich finde, wir sollten auf alle Fälle immer wieder nach aussen dokumentieren, wenn wir ein neues Ziel verfolgen, und sollten deshalb auch diesen Titel des Gesetzes ändern. Wir tun etwas anderes – das sehen wir schon unten auf der ersten Seite der Fahne bei Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c – und sollten dies daher auch im Titel zum Ausdruck bringen, insbesondere auch deshalb, weil es durchaus möglich ist, dass das Referendum ergriffen wird. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, welche Bedeutung Titel für das Zustandekommen eines Referendums, für einen Abstimmungskampf haben.
Deshalb beantrage ich Ihnen, hier den Titel zu ändern. Ob der Text ideal ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Das Gesetz geht ja noch an den Ständerat. Schaffen wir jetzt eine Differenz, kann der Ständerat dieses Problem noch einmal diskutieren.
Aus diesem Grund empfehle ich Ihnen, meinem Antrag nun zuzustimmen, damit der Ständerat dann wirklich den Text des Titels nochmals anschauen kann. Bis jetzt, glaube ich, wurde dieser zuwenig angeschaut.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Die Sprecher der Kommission beantragen Ihnen, beim jetzigen Titel zu bleiben.
Die Überlegungen des Antragstellers haben zwar einiges für sich. Auf der anderen Seite bitte ich Sie zu bedenken, dass auch das Wiedereingliederungskonzept, das wir vorsehen, Teil der Versicherung ist. Die Wiedereingliederung und das In-die-Pflicht-Nehmen der Arbeitslosen, ihre Gegenleistung, sind Teil der Versicherung. Damit sie die Versicherungsleistung erhalten, sollen sie ihre Wiedereingliederungsleistung auch selbst erbringen. In diesem Sinne bleibt es eine Versicherung, und die Eingliederung ist nicht eine neue, zusätzliche Leistung, die wir vorsehen möchten. Darum könnte dieser neue Titel, wie er beantragt wird, durchaus Missverständnisse wecken.
Auch aus diesem Grund bitte ich Sie, beim jetzigen Titel «Arbeitslosenversicherungsgesetz» zu bleiben.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: La proposition Loeb François n'entraîne pas une bataille de fond. C'est à vous de juger s'il est mieux d'introduire ce complément au titre de la loi. En tous les cas, si on doit introduire en français un complément dans le sens de ce que demande M. Loeb, il faut écrire: «Loi sur l'assurance-chômage et l'insertion des chômeurs», sinon ce n'est pas correct.
Ensuite, la réinsertion des chômeurs est aujourd'hui déjà un des buts de l'assurance-chômage. On mettrait ainsi un accent supplémentaire, et c'est même la ligne directrice de toute la loi. Si vous jugez que pour des raisons pratiques il faut intituler ainsi la loi, faites-le, mais cela n'apporte pas grand-chose. Il n'y a pas d'opposition de principe à cette modification.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: En général, on colle l'étiquette après avoir rempli la bouteille, Monsieur le Président de la commission!
Il est difficile de dire si le Conseil assumera toutes les propositions qui sont présentées, mais nous n'allons pas couper les cheveux en quatre, d'autant plus qu'une longue nuit nous attend. Je donne mon accord souriant à la proposition Loeb François, en lui recommandant que dans ses affaires à lui il colle l'étiquette après avoir rempli les bouteilles.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 74 Stimmen
Für den Antrag Loeb François 56 Stimmen

Ingress, Ziff. I Einleitung
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Préambule, ch. I introduction
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 1
Antrag der Kommission
Abs. 1 Bst. c
Streichen
Abs. 2
Es will drohende Arbeitslosigkeit verhüten und bestehende bekämpfen durch arbeitsmarktliche Massnahmen zugunsten von versicherten Personen.

Antrag Bezzola
Abs. 1 Bst. c
Unverändert

Antrag Darbellay
Abs. 1 Bst. c
Unverändert

Antrag Epiney
Abs. 1 Bst. c
Unverändert

Art. 1
Proposition de la commission
Al. 1 let. c
Biffer
Al. 2
Elle vise à prévenir le chômage imminent et à combattre le chômage existant par des mesures de marché du travail en faveur des personnes assurées.

Proposition Bezzola
Al. 1 let. c
Inchangé

Proposition Darbellay
Al. 1 let. c
Inchangé

Proposition Epiney
Al. 1 let. c
Inchangé

Abs. 1 Bst. c – Al. 1 let. c

Le président: Cette disposition sera traitée aux articles 42 et suivants.

Verschoben – Renvoyé

Abs. 2 – Al. 2
Angenommen – Adopté

Art. 3
Antrag der Kommission
Abs. 1
Unverändert
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 3
Proposition de la commission
Al. 1
Inchangé
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 3a (neu)
Antrag der Kommission
Mehrheit
Titel
Ausserordentliche Beitragsbemessung
Abs. 1
Zur Tilgung der bis zum 31. Dezember 1995 aufgelaufenen Schulden des Ausgleichsfonds inklusive deren Zinsen kann der Bundesrat die Plafonierung des für die Beitragspflicht massgebenden Lohnes (Art. 3 Abs. 1) aufheben.
Abs. 2
Der Bundesrat ist verpflichtet, den massgebenden Lohn nach Tilgung dieser Schulden auf den für die obligatorische Unfallversicherung massgebenden Höchstbetrag des versicherten Verdienstes (Art. 3) zu senken.
Abs. 3
Der Beitragssatz beträgt in Ausnahme von Artikel 4 und 4a 1 Prozent des massgebenden Lohnes, welcher aufgrund der Aufhebung der Plafonierung der Beitragspflicht unterstellt wird.

Minderheit
(Blocher, Dreher, Gros Jean-Michel, Früh, Nebiker, Perey, Schwab, Stucky)
Ablehnung des Antrages der Mehrheit

Antrag Allenspach
Abs. 1
Zur Tilgung der bis zum 31. Dezember 1995 aufgelaufenen Schulden des Ausgleichsfonds kann der Bundesrat ....

Antrag Fischer-Sursee
Abs. 1
.... kann der Bundesrat den Plafond für die Beiträge je Arbeitsverhältnis höchstens bis zum Zweieinhalbfachen des massgebenden Lohnes (Art. 3 Abs. 1) erhöhen.

Antrag Fasel
Abs. 3
Ablehnung des Antrages der Mehrheit

Art. 3a (nouveau)
Proposition de la commission
Majorité
Titre
Calcul des cotisations exceptionnelles
Al. 1
Afin d'éteindre les dettes du fonds de compensation accumulées jusqu'au 31 décembre 1995 y compris leurs intérêts, le Conseil fédéral peut supprimer le plafond du salaire déterminant soumis à cotisation (art. 3 al. 1er).
Al. 2
Lorsque ces dettes sont éteintes, le Conseil fédéral doit réduire le salaire déterminant au montant maximum du gain assuré dans l'assurance-accidents obligatoire (art. 3).
Al. 3
A l'exception des articles 4 et 4a, le taux de cotisation s'élève à 1 pour cent du salaire déterminant qui, en raison de la suppression du plafond, sera soumis à cotisation.

Minorité
(Blocher, Dreher, Gros Jean-Michel, Früh, Nebiker, Perey, Schwab, Stucky)
Rejeter la proposition de la majorité

Proposition Allenspach
Al. 1
Afin d'éteindre les dettes du fonds de compensation accumulées jusqu'au 31 décembre 1995, le Conseil fédéral peut ....

Proposition Fischer-Sursee
Al. 1
.... le Conseil fédéral peut élever le plafond des cotisations par rapport de travail au maximum jusqu'à deux fois et demie le montant du salaire déterminant (art. 3 al. 1er).

Proposition Fasel
Al. 3
Rejeter la proposition de la majorité

Blocher Christoph (V, ZH), Sprecher der Minderheit: Wir haben schon in der Eintretensdebatte darauf hingewiesen – Herr Nebiker als Fraktionspräsident hat es gesagt –, dass wir bei Artikel 3a das Versicherungsprinzip verlassen. Gesagt wird, dass Arbeitnehmer, welche Salärteile haben, die nicht versichert sind, darauf Prämien zu entrichten haben. Ich bin der Meinung, dass wir nicht beginnen sollten, das Versicherungsprinzip bereits zu verlassen.
Die sogenannte Solidarität wird heute überall – beim Steuerrecht, bei der AHV und der IV, neu bei der Krankenversicherung und jetzt also auch bei der Arbeitslosenversicherung – geübt. Ich bin der Meinung, dass wir dies nicht tun sollten, vor allem nicht, ohne griffige Massnahmen zu haben, um die Missbräuche zu bekämpfen.

Allenspach Heinz (R, ZH): Ich habe meine Anträge zu Artikel 3a Absatz 1 und Artikel 4a Absatz 1 vor allem deshalb gestellt, um das Parlament darauf aufmerksam zu machen, dass die beiden Artikel im Widerspruch zu unserer Bundesverfassung stehen und damit verfassungswidrig sind. Gemäss Bundesverfassung erbringen Bund und Kantone bei ausserordentlichen Verhältnissen finanzielle Leistungen an die Arbeitslosenversicherung. So steht es in Artikel 34novies Absatz 4 der Bundesverfassung. Niemand wird bestreiten, dass wir in den letzten Jahren auf dem Arbeitsmarkt ausserordentliche Verhältnisse hatten. Die Voraussetzungen dafür, dass Bund und Kantone Leistungen an die Arbeitslosenversicherung zu erbringen haben, sind also gegeben. Bisher haben Bund und Kantone der Arbeitslosenversicherung Darlehen gewährt. Wenn diese Darlehen verzinst und zurückbezahlt werden müssen, sind das keine Leistungen, sondern Finanzgeschäfte. Damit wird die verfassungsmässige Verpflichtung von Bund und Kantonen gegenüber der Arbeitslosenversicherung nicht erfüllt. Die Anträge der Kommission widersprechen der klaren Formulierung in der Bundesverfassung. Sie befreien die öffentliche Hand davon, den bisherigen Schuldenberg mittragen zu müssen. Der Verfassungsgeber wollte in ausserordentlichen Situationen bewusst die öffentliche Hand einbeziehen.
Gemäss Bundesverfassung ist ausserdem die Höhe des beitragspflichtigen Erwerbseinkommens gesetzlich zu begrenzen. Mit Artikel 3a Absatz 1 wird zur Tilgung der Altschulden die bestehende Begrenzung aufgehoben, und das ist eindeutig verfassungswidrig. Es wird also ohne Verfassungsgrundlage eine Sondersteuer von 1 Lohnprozent auf den Arbeitnehmereinkommen von über 100 000 Franken eingeführt. Diese Sondersteuer löst keine Versicherungsleistungen aus, sie ist also eine reine Solidaritätsabgabe. Damit entsteht eine gravierende Rechtsungleichheit in dem Sinne, dass diese Solidaritätsabgabe oder Sondersteuer lediglich auf dem Arbeitnehmereinkommen erhoben wird, ohne dass die Selbständigerwerbenden und die Nichterwerbstätigen etwas dazu beitragen. Diese sind davon befreit und bezahlen keinen Rappen an diese allgemeine Solidarität.
Mit dem Verzicht auf die Verzinsung der aufgelaufenen Darlehen, wie ich es vorschlage, würde wenigstens dokumentiert, dass sich die öffentliche Hand nicht ganz der verfassungsmässigen Verpflichtung entzieht und nicht ganz die Solidarität ausser Kraft setzen will. An sich wären Beiträge zur Tilgung der aufgelaufenen Schulden gerechtfertigt. Mein Antrag geht nicht so weit; er verlangt lediglich, dass die Darlehen als zinslose Darlehen betrachtet werden. Damit kann wenigstens noch ein Anschein von Verfassungstreue und allgemeiner Solidarität gerettet werden.
Ich möchte dies deutlich betonen: Das Parlament kann sich über die Verfassung hinwegsetzen, sollte sich aber später nicht damit entschuldigen können, es habe dies bei der Beschlussfassung über diese Artikel nicht gewusst.
Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Fischer-Sursee Theo (C, LU): Herr Allenspach hat ausgeführt, dass Artikel 3a Absatz 1 verfassungswidrig sei: Er erlaube dem Bundesrat, die Plafonierung des für die Beitragspflicht massgebenden Lohnes aufzuheben. Artikel 34novies Absatz 4 der Bundesverfassung schreibt aber ausdrücklich vor, dass das Gesetz die Höhe des beitragspflichtigen Erwerbseinkommens sowie des Beitragssatzes zu begrenzen habe. Wir müssen eine entsprechende Formulierung wählen.
Herr Allenspach schlägt vor, einfach die Zinsen zu streichen, damit wir, wie er sagt, den Anschein der Verfassungsmässigkeit wahren. Ich bin mit dem blossen Anschein nicht einverstanden; wir müssen das Gesetz so formulieren, dass es verfassungskonform ist. Mein Vorschlag ist, in diesem Artikel die Höhe des beitragspflichtigen Einkommens zu begrenzen, und zwar schlage ich eine Begrenzung auf das Zweieinhalbfache vor. Das ergibt insgesamt 243 000 Franken als oberste Limite. Man hat auch in der Kommission von dieser Höhe gesprochen.
Ich bitte Sie daher um Zustimmung: Das ist der Höchstsatz; der Bundesrat kann natürlich darunter bleiben.
Mein Antrag bezieht sich lediglich auf Absatz 1. Bei Absatz 3 haben wir uns nämlich verfassungskonform verhalten: Die Kommissionsmehrheit schlägt 1 Prozent vor; andere Anträge wollten auf 3 Prozent hinaufgehen. Ich bin der Meinung, dass in diesem Falle 1 Prozent das Richtige wäre.

Fasel Hugo (C, FR): Gemäss dem vorgeschlagenen Finanzierungskonzept sollen bis Ende 1995 die bis dann aufgelaufenen Schulden in der Arbeitslosenversicherung durch eine Beitragserhöhung um 1 Prozent abgetragen werden. Die Sozialpartner haben einer solchen Erhöhung der Lohnprozente zugestimmt, wenn auch mit einer gewissen Zurückhaltung. Auch der Ständerat hat sich bei der Beratung des Gesetzes für eine Erhöhung auf 3 Prozent entschieden, diese aber befristet.
Die von der nationalrätlichen Kommission vorgeschlagene Einschränkung der Erhöhung auf ein ganz bestimmtes Ziel, nämlich das der Abtragung der alten Schulden, stellt nun eine wesentliche Verbesserung gegenüber der zeitlichen Fixierung dar. Das zusätzliche Lohnprozent ist damit an klare Bedingungen geknüpft und wird nach Erreichen des Zieles wieder beseitigt. Unter diesen klaren Restriktionen hat sich auch die Aufhebung der Plafonierung gerechtfertigt. Weil sie aber verfassungswidrig ist, würde ich auch empfehlen, dem Antrag Fischer-Sursee zuzustimmen.
Ich schlage Ihnen nun in meinem Antrag vor, Absatz 3 abzulehnen. Damit wird erreicht, dass über den bisherigen Plafond hinaus ebenfalls 3 Lohnprozente erhoben werden, um das gesetzte Ziel, die bis Ende 1995 aufgelaufenen Schulden noch vor dem Jahr 2000 abtragen zu können, zu erreichen. Eine solche Massnahme rechtfertigt sich einerseits aufgrund der Situation der Bundesfinanzen und anderseits auch zur Entlastung der Kantone. Sie würde zusätzlich rund 250 bis 300 Millionen Franken einbringen, eine Grössenordnung, die wir bei der heutigen Lage der Bundesfinanzen gut gebrauchen könnten.
Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen.

Le président: Je rappelle que les groupes ne pourront prendre la parole que sur les propositions de minorité.

Gros Jean-Michel (L, GE): Il y a au moins deux bonnes raisons pour lesquelles le groupe libéral vous demande de biffer l'article 3a et de soutenir ainsi la proposition de la minorité de la commission.

Certes, la proposition de la majorité de la commission à cet article 3a est meilleure que le projet du Conseil fédéral et que la décision du Conseil des Etats concernant l'article 3, puisqu'elle lie le déplafonnement du salaire soumis à cotisation à un but précis, à savoir l'extinction de la dette du fonds de l'assurance-chômage.
Le problème qui se pose, et M. Delamuraz, conseiller fédéral, l'a évoqué durant le débat d'entrée en matière, c'est que le principe même du déplafonnement est, à nos yeux, contraire à la constitution. Celle-ci prescrit très clairement, à l'article 34novies alinéa 4 que «la loi fixe le montant maximum du revenu soumis à cotisation». Aucune exception n'est prévue, aucune allusion à des circonstances exceptionnelles permettant de supprimer ce plafond n'est faite.
Nous savons bien qu'aucune cour constitutionnelle ne contrôle la conformité des lois que nous votons en application de notre texte fondamental, mais cette absence de contrôle doit plutôt être interprétée comme une confiance témoignée à notre sagesse légendaire de parlementaires que comme une autorisation générale de violer la constitution.
A cet égard, le projet du Conseil fédéral et la décision du Conseil des Etat ne valent guère mieux. Prévoir un plafond de salaire à 243 000 francs, incluant ainsi la quasi-totalité des salaires payés en Suisse, constitue également une violation, si ce n'est de la lettre, au moins de l'esprit de la constitution.
Une autre argumentation peut aussi être développée, plus terre à terre celle-ci. Si nous violons la constitution, comme nous en avons théoriquement le droit, cela en vaut-il au moins financièrement la peine? En d'autres termes, cette cotisation de solidarité de 1 pour cent dont s'acquitteraient tous les salariés dont le revenu dépasse 97 000 francs est-elle à même de contribuer à éteindre la dette du fonds de l'assurance-chômage beaucoup plus tôt? Ce n'est pas le cas. Les tableaux concernant le désendettement du fonds, qui nous ont été remis en commission, montrent que dans les trois cas de figure: texte actuel, décision du Conseil des Etats ou proposition de la majorité de la commission, la dette sera éteinte en l'an 2000. Tout au plus gagnerions-nous quelques mois. Le jeu n'en vaut donc financièrement pas la chandelle. Il vaut mieux en rester au strict principe de l'assurance, à savoir maintenir le plafond de cotisations qui correspond au plafond des indemnités en cas de chômage. Nous éviterons ainsi de bafouer la constitution.
Le groupe libéral vous demande en conclusion d'en rester au texte actuel et de voter la proposition de la minorité.

Strahm Rudolf (S, BE): Namens der SP-Fraktion bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit Blocher abzulehnen. Ich spreche nur zu diesem.
Herr Blocher, Ihr Antrag hat keine, aber auch gar keine ökonomische Rechtfertigung. Der Antrag der Minderheit Blocher hat auch keine sozialversicherungstechnische Rechtfertigung, sondern er verfolgt eine reine Politik des reichen Mannes. Herr Blocher möchte, dass die Beiträge bei 97 000 Franken Einkommen limitiert werden. Er möchte die vorläufige Aufhebung dieser Plafonierung nicht. Das ist reine Politik des reichen Mannes!
Der Beitrag von 1 Prozent bei Einkommen über 97 000 Franken ist keine Sondersteuer, sondern ein Beitrag für einen bestimmten Zweck, nämlich zur Tilgung der bisher aufgelaufenen Schulden im Arbeitslosenversicherungsfonds. Dieser Beitrag ist mit 1 Prozent eine Art degressive Gestaltung. Er ist in zweifacher Hinsicht limitiert: Erstens ist diese Abgabe zeitlich limitiert, dieses Prozent soll nämlich nur so lange erhoben werden, bis die Tilgung des heutigen Defizits erfolgt ist, also bis etwa im Jahre 2001 oder 2002. Zweitens ist diese Abgabe auch materiell limitiert, nämlich auf 1 Prozent, und nicht wie sonst auf 3 Prozent.
Der Antrag der Minderheit Blocher würde pro Jahr 135 Millionen Franken weniger Einnahmen bringen. Ich meinte immer, Herr Blocher, wir seien für die Tilgung und nicht für das Hinausschieben der heutigen Schulden auf die zukünftigen Generationen. Diese 135 Millionen Franken pro Jahr ergeben in sechs, sieben Jahren immerhin einen Beitrag von 1 Milliarde Franken zur Tilgung dieser Schulden bis zum Jahr 2001 oder 2002.
Die SP-Fraktion hätte es vorgezogen, die Prämie auf einer Lohnsumme von 243 000 Franken zu plafonieren. Nachdem dieser Antrag nicht mehr zur Diskussion steht, unterstützen wir den Antrag der Mehrheit. Nach den Regeln, die jetzt gelten, kann ich zu den Anträgen Fasel und Allenspach nichts sagen.
Die Fassung der Kommissionsmehrheit ist nach unserer Auffassung verfassungskonform. Die SP-Fraktion unterstützt die Lösung der Mehrheit und lehnt alle anderen Anträge, den Antrag der Minderheit Blocher und die Einzelanträge, ab.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Wir befinden uns bereits auf einem glitschigen Gelände, und zwar deshalb, weil dieser Abschnitt effektiv Bestandteil des Konsenses mit den Sozialpartnern ist. Es wurde lange diskutiert und abgewogen, wer wieviel und in welcher Form zur Sanierung dieser Arbeitslosenversicherung beitragen sollte. Die Lösung, die Ihnen letztendlich vorgelegt wird, mag vielen kompliziert und auch nicht immer ganz einsichtig erscheinen, aber sie ist eben das Ergebnis eines Prozesses, mit dem Ziel, die Zustimmung aller Beteiligten zu erhalten. Damit muss ich Sie bitten – ich möchte Sie in diesem Sinne auch warnen –, in diesem Punkt keinen Einbruch zuzulassen.
Ich gehe der Reihe nach: Zusammen gehören die Anträge Allenspach und Fischer-Sursee. Sie beschlagen ein ähnliches Thema.
Herr Allenspach bezieht sich auf die Tatsache, dass nach unserer Lösung neben den Schulden auch die Zinsen für die Schulden, die der Arbeitslosenfonds hat, abgetragen werden. Herr Allenspach hat insoweit Recht, als er sagt, in der Verfassung stehe, Bund und Kantone müssten an die Arbeitslosenversicherung beitragen; wenn ihnen nun alles zurückbezahlt würde – mit den Zinsen –, trügen sie ja nichts bei. Aber dafür – und das war Teil des Kompromisses – zahlen Bund und Kantone in der Zukunft 10 Prozent an die laufenden Ausgaben bei ausserordentlichen Verhältnissen. Die Sozialpartner waren – nur aus dieser Sicht heraus – bereit, auch die Zinsen der heute bestehenden alten Schuld zu Lasten der Lohnprozente zu tilgen.
Obwohl Herr Allenspach strenggenommen Recht hat, wenn er sagt, nach Verfassung müssten Bund und Kantone auch zur Tilgung der alten Schulden beitragen, bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen. Bund und Kantone zahlen zwar für die Vergangenheit nichts, andererseits tragen sie in der Zukunft 10 Prozent. Macht man die Gesamtrechnung, dann ist die Argumentation von Herrn Allenspach nicht stichhaltig.
Auch aus Sicht der Finanzierung der Kasse muss der Antrag abgelehnt werden. Es geht um rund 400 Millionen Franken pro Jahr, die dem Fonds nicht zufliessen würden, wenn wir die Zinsentilgung ausnähmen. Die Sozialpartner haben der Lösung zugestimmt, wenn auch schweren Herzens und nachdem ihnen gegenüber Druck aufgesetzt worden ist.
Ich komme zum Antrag Fischer-Sursee. Ich möchte Sie bitten, auch diesen Antrag abzulehnen. Natürlich kann Herr Fischer-Sursee sagen, in der Verfassung stehe, die Höhe des beitragspflichtigen Einkommens sei zu begrenzen. Auch mit dem Antrag der Kommissionsmehrheit erfüllen wir diesen Begrenzungsauftrag immer noch. Einmal ist für alle Personen, die über 97 200 Franken verdienen, die 3-Prozent-Grenze bei 97 200 Franken gegeben. Für das zusätzliche Einkommen haben wir immer noch eine Grenze: Der darauf erhobene Beitrag von 1 Prozent ist zeitlich befristet; dieses Prozent dient nämlich nur zur Abzahlung der Schulden. Es geht auch bei diesem Prozent um einen Beitrag von 675 Millionen Franken an die Finanzierung der Arbeitslosenkasse. Ich empfehle Ihnen, den Antrag Fischer-Sursee abzulehnen.
Die Minderheit Blocher möchte dieses Prozent überhaupt streichen. Sie möchte, dass wir bei der jetzigen Lösung bleiben, wonach die Einkommen über 97 200 Franken überhaupt nicht belastet werden. Die Sozialpartner waren bereit, ein beschränktes Opfer im Bereich der Beitragsbemessung zu bringen. Das Opfer trifft in erster Linie die mittleren und höheren Angestellten. Sie waren dazu bereit, weil auch sie an einer funktionierenden und existenzfähigen Arbeitslosenversicherung interessiert sind. Das Opfer muss aber beitragsmässig auf 1 Prozent beschränkt und zeitlich befristet bleiben. Mit der

Beschränkung auf 1 Prozent sind wir diesen Arbeitnehmern gegenüber dem Entwurf des Bundesrates und dem Beschluss des Ständerates einen Schritt entgegengekommen. Der Unterschied für die mittleren und höheren Angestellten ist markant. Während ihnen mit unserer Lösung zusätzlich lediglich 675 Millionen Franken abverlangt werden, würden nach Version Ständerat und Bundesrat dieser Kategorie in den kommenden fünf Jahren Beitragszahlungen in der Höhe von 2 Milliarden Franken abverlangt. Wir haben gegenüber Bundesrat und Ständerat zurückbuchstabiert.
Ich bitte Sie, auch dem Antrag der Minderheit Blocher nicht zu folgen, die in diesem Punkt überhaupt nichts will.
Schliesslich ersuche ich Sie, auch den Antrag Fasel, der anstatt 1 Prozent 3 Prozent will, abzulehnen, und zwar aus den gleichen Gründen. Wir haben das mit den Sozialpartnern so austariert, dass hier die Schmerzgrenze überschritten wird. Wir müssen uns auf diese 675 Millionen Franken, zeitlich befristet, beschränken. Was Herr Fasel möchte, sind 2 Milliarden Franken von den mittleren und höheren Angestellten.
Ich empfehle Ihnen, bei Artikel 3a konsequent der Mehrheit zu folgen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Rappelons la situation telle qu'elle se présente: aujourd'hui on prélève une cotisation de 2 pour cent sur le montant assuré, 97 500 francs. Pour la simplification, je parlerai de 100 000 francs. Au-delà de 100 000 francs de salaire, il n'y a pas de prélèvement de cotisation.
Nous voulons aller plus loin pour renflouer la caisse, mais il est évident que la cotisation prise sur tout ce qui dépasse est une contribution de solidarité puisque, même si on tombe au chômage, on ne reçoit pas de prestation pour cette cotisation supplémentaire, le montant assuré étant de 100 000 francs.
M. Fasel voudrait porter la cotisation à 3 pour cent sans limite de revenu. Le Conseil fédéral dit vouloir porter la cotisation à 3 pour cent jusqu'à deux fois et demi le montant assuré, soit 250 000 francs environ. M. Blocher et la minorité nous disent que nous ne devons accepter de porter la cotisation à 3 pour cent que pour le montant assuré, c'est-à-dire 100 000 francs.
La majorité de la commission, elle, se situe entre toutes ces propositions, puisqu'elle dit: tenons compte du montant assuré, prélevons 3 pour cent jusqu'à 100 000 francs et au-delà de 100 000 francs 1 pour cent sans limite. M. Fischer-Sursee dit: prélevons 3 pour cent jusqu'à 100 000 francs et au-delà de 100 000 Francs jusqu'à 250 000 francs prélevons 1 pour cent.
Combien font tous ces calculs?
La proposition Fasel avec 3 pour cent sans limite engendrerait probablement autour de 400 à 450 millions de francs; le projet du Conseil fédéral 375 millions de francs supplémentaires; la proposition de la majorité de la commission environ 135 millions de francs; celle de M. Fischer-Sursee 120 millions de francs.
La proposition Fischer-Sursee et celle de la majorité de la commission sont proches, 10 millions de francs de différence environ, ce qui s'explique du fait qu'il n'y a pas des masses de salariés ayant des rentrées supérieures à 250 000 francs. La limitation n'a donc pas une conséquence dramatique sur le résultat financier.
Reste M. Allenspach qui se dit d'accord avec une augmentation, mais elle ne doit servir qu'à rembourser le principal de la dette accumulée jusqu'à fin décembre 1995 et pas les intérêts, alors que la majorité de la commission est d'accord de rembourser avec le pourcent supplémentaire «le principal et les intérêts», comme dirait La Fontaine. Les adversaires, dont M. Blocher, de l'augmentation de la cotisation pour ceux qui ont des salaires supérieurs à 100 000 francs se fondent sur la constitution qui prévoit en effet une limitation dans son texte.
M. Allenspach dit: si on veut violer la constitution, ne la violons pas trop et n'obligeons pas à faire durer plus longtemps le remboursement en remboursant capital et intérêts. Si vous ne prenez que le capital, ça durera moins longtemps, donc on viole moins longtemps la constitution qui est une «Helvetia effarouchée» et comme vous le savez, il ne faut pas violer Helvetia!
Nous disons qu'entre le Conseil fédéral et la majorité de la commission, il y a la différence entre le respect de la lettre et de l'esprit de la constitution. C'est un calcul simple. Le Conseil fédéral dit: avec notre projet, 3 pour cent jusqu'à 250 000 francs, nous ne violons pas la constitution puisque c'est limité. Formellement c'est exact, c'est limité: 95 pour cent des salariés touchent moins de 250 000 francs, donc on limite à 95 pour cent des gens la violation de l'esprit de la constitution qui dit qu'il faut garder une certaine proportion entre la cotisation et ce qu'on peut toucher en cas de pépin. Le Conseil fédéral avec son projet, pour quelqu'un qui a 500 000 francs de revenu, veut encaisser 3 pour cent jusqu'à 250 000 francs, ce qui fait 4500 francs supplémentaires. La majorité de la commission qui apparemment viole davantage la constitution que le Conseil fédéral, sur 500 000 francs de revenu, prélève 1 pour cent sur 400 000 francs, et arrive à un prélèvement supplémentaire de 4000 francs.
Apparemment, le Conseil fédéral respecte mieux la constitution, mais en réalité il la respecte moins bien dans son esprit que la majorité de la commission. En effet, probablement que l'intention du législateur était de dire qu'il fallait garder un certain rapport entre la cotisation et le rendement. Le projet du Conseil fédéral est dans l'esprit moins respectueux de la constitution que la proposition de la majorité.
Nous avons une autre excuse, si vous me permettez l'expression, c'est que de toute façon la proposition de la majorité, contrairement au projet du Conseil fédéral, est limitée dans le temps, puisque la cotisation supplémentaire s'arrêtera le jour où l'on aura remboursé la totalité de la dette accumulée jusqu'à décembre 1995. Dans le projet du Conseil fédéral, il n'y a pas de limitation indiquée et on peut imaginer que le 3 pour cent demeure bien au-delà. Avec la proposition de la majorité de notre commission, s'il y a encore une impasse financière, au moment où on aura liquidé les dettes accumulées jusqu'à 1995, il faudra encore réfléchir à d'autres sources de financement ou changer la constitution.
Le Conseil fédéral a donc des soucis constitutionnels, mais ceux-ci tiennent surtout à encaisser plus d'argent. Je vous rappelle que, avec le projet du Conseil fédéral, ce sont 375 millions de francs qui entrent dans la caisse, et avec la proposition de la majorité, ce sont seulement 130 millions de francs. C'est de la bonne gestion, mais je ne suis pas sûr que ce soit de la bonne conscience constitutionnelle.
Nous vous invitons donc à suivre la proposition de la majorité de la commission, qui permet de rembourser les dettes accumulées plus rapidement que selon la proposition de la minorité Blocher, par définition puisqu'il y a plus d'argent qui entre dans la caisse de l'assurance-chômage, mais moins qu'avec le projet du Conseil fédéral. Toutefois, nous prétendons que nous respectons mieux l'esprit de la constitution que le Conseil fédéral.
Reste la proposition Fischer-Sursee, qui est assez habile – je ne dirai pas rusée, mais habile – dans le bon sens du terme. Elle apporte environ 10 millions de francs de moins dans la caisse, ce qui n'est pas dramatique. Elle donne les apparences du respect de la constitution, mais je crois qu'au cours des débats nous serons à tout instant confrontés à des propositions qui peuvent diminuer de 5, 10, 15 ou 40 millions de francs les rentrées dans la caisse, ce qui augmente par conséquent le déficit de cette caisse.
C'est au fond un acte symbolique qu'on vous demande maintenant. Veut-on essayer, en respectant au maximum la constitution, de mieux équilibrer la caisse, ou bien va-t-on dès le départ lâcher 10 millions de francs ici, 10 millions de francs là, pour respecter la constitution sur un plan purement formel puisque 95 pour cent des gens sont quand même frappés par la proposition Fischer-Sursee et que seulement le 5 pour cent restant est favorisé, ceux qui ont un revenu supérieur à 250 000 francs? Je crois que l'on peut demander à ceux-là un effort de solidarité supplémentaire qui leur coûte à tous, ensemble, 10 millions de francs de plus et qui vient en diminution du déficit de la caisse, ce qui nous permettra d'atteindre plus vite l'amortissement des dettes accumulées jusqu'à ce jour.
Je vous invite à suivre la proposition de la majorité de votre commission, qui ne respecte peut-être pas tout à fait l'esprit de

la constitution, mais guère moins bien que le Conseil fédéral, et qui nous permet d'amortir plus rapidement les dettes que la proposition de la minorité Blocher ou que la proposition Fischer-Sursee.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Dans la guerre fratricide qui oppose la lettre à l'esprit, en ce qui concerne cet article, je serai plutôt enclin à la lettre. En effet, car la solution proposée par M. Fasel est conforme à ce que le Conseil des Etats a retenu du projet du Conseil fédéral à l'article 3. A ceci près, naturellement, que la prescription dans le temps telle qu'elle est introduite à cet article 3a vaut pour tout son contenu.
J'aimerais dire que dans l'ensemble du projet, à une ou deux exceptions près – c'en est une –, le Conseil fédéral vous demandera de vous rallier aux accords qui ont finalement été trouvés entre partenaires sociaux à l'occasion de leurs discussions en sous-commission.
Sur ce point, mon scrupule constitutionnnaliste est apparemment plus formel que fondamental, car la démonstration des rapporteurs de la presque constitutionnalité de leur proposition avait quelque chose d'intellectuellement très séduisant. Mais au risque de me comporter comme un vieux grammairien rigoureux, je finis par choisir, la mort dans l'âme, Monsieur le Président de la commission, mais la conscience au coeur, la solution du Conseil des Etats, donc la proposition Fasel.

Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire
Für den Antrag der Mehrheit 103 Stimmen
Für den Antrag Allenspach 56 Stimmen

Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire
Für den Antrag der Mehrheit 102 Stimmen
Für den Antrag Fischer-Sursee 59 Stimmen

Dritte Eventualabstimmung – Troisième vote préliminaire
Für den Antrag der Mehrheit 134 Stimmen
Für den Antrag Fasel 13 Stimmen

Definitiv – Définitivement
Für den Antrag der Mehrheit 107 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 55 Stimmen

Art. 4
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 2
Unverändert
Abs. 3
Der Bundesrat kann den Beitragssatz nicht senken, solange der Ausgleichsfonds Schulden hat.
Abs. 4 (neu)
Erreicht der Vermögensstand des Ausgleichsfonds am Ende von zwei aufeinanderfolgenden Jahren im Durchschnitt 2,5 oder mehr Prozent der von der Beitragspflicht erfassten Lohnsumme, so senkt der Bundesrat den Beitragssatz auf Beginn des übernächsten Kalenderjahres.

Art. 4
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 2
Inchangé
Al. 3
Le Conseil fédéral ne peut réduire le taux de cotisation tant et aussi longtemps que le fonds de compensation est endetté.
Al. 4 (nouveau)
Lorsque, à la fin de deux années consécutives, la fortune du fonds de compensation atteint ou dépasse en moyenne 2,5 pour cent de la somme des salaires soumis à cotisation, le Conseil fédéral abaisse le taux de cotisation avec effet dès le début de la deuxième année civile suivante.

Angenommen – Adopté

Art. 4a (neu)
Antrag der Kommission
Titel
Ausserordentliche Erhöhung des Beitragssatzes
Abs. 1
Zur Tilgung der bis zum 31. Dezember 1995 aufgelaufenen Schulden des Ausgleichsfonds inklusive deren Zinsen kann der Bundesrat den Beitragssatz für den massgebenden Lohn auf höchstens 3 Prozent heraufsetzen.
Abs. 2
Der Bundesrat ist verpflichtet, den Beitragssatz nach Tilgung dieser Schulden auf das kommende Halbjahr im Rahmen von Artikel 4 zu senken.

Antrag Allenspach
Abs. 1
Zur Tilgung der bis zum 31. Dezember 1995 aufgelaufenen Schulden des Ausgleichsfonds kann der Bundesrat ....

Art. 4a (nouveau)
Proposition de la commission
Titre
Augmentation exceptionnelle du taux de cotisation
Al. 1
Afin d'éteindre les dettes du fonds de compensation accumulées jusqu'au 31 décembre 1995 y compris leurs intérêts, le Conseil fédéral peut augmenter le taux de cotisation pour le salaire déterminant jusqu'à 3 pour cent au maximum.
Al. 2
Le Conseil fédéral doit réduire le taux de cotisation au prochain semestre lorsque ces dettes sont éteintes conformément à l'article 4.

Proposition Allenspach
Al. 1
Afin d'éteindre les dettes du fonds de compensation accumulées jusqu'au 31 décembre 1995, le Conseil fédéral peut ....

Le président: La proposition Allenspach est sans objet à la suite du vote à l'article 3a.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 7
Antrag der Kommission
Mehrheit
Abs. 1
Die Versicherung leistet zur Verhütung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit finanzielle Beiträge:
a. an eine effiziente Beratung und Vermittlung;
b. an Umschulung, Weiterbildung und Eingliederung von versicherten Personen;
c. für Versicherte, die ausserhalb ihres Wohnortes Arbeit annehmen;
d. an weitere Massnahmen im Rahmen dieses Gesetzes.
Abs. 2
Die Versicherung richtet folgende Leistungen aus:
a. Arbeitslosenentschädigung;
b. Entschädigung für die Teilnahme an Massnahmen gemäss Absatz 1 Buchstabe b;
c. Kurzarbeitsentschädigung;
d. Streichen
e. (neu) Entschädigung bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Insolvenzentschädigung).

Minderheit
(Blocher, Dreher, Früh, Mauch Rolf, Perey, Schwab, Spoerry, Stucky)
Abs. 1
= Absatz 2 gemäss Antrag der Mehrheit
Abs. 2
= Absatz 1 gemäss Antrag der Mehrheit

Antrag Epiney
Abs. 2 Bst. d
Unverändert

Antrag Bezzola
Abs. 2 Bst. d
Unverändert

Art. 7
Proposition de la commission
Majorité
Al. 1
Pour prévenir et combattre le chômage, elle fournit des contributions financières:
a. pour un conseil et un placement efficaces;
b. pour la reconversion, le perfectionnement et la réintégration professionnelle des personnes assurées;
c. aux assurés qui acceptent un emploi hors du lieu de leur domicile;
d. pour d'autres mesures dans le cadre de la présente loi.
Al. 2
Elle fournit les prestations suivantes, à savoir:
a. l'indemnité de chômage;
b. l'indemnité pour la participation à des mesures selon l'alinéa 1er lettre b;
c. l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail;
d. Biffer
e. (nouvelle) l'indemnité en cas d'insolvabilité de l'employeur.

Minorité
(Blocher, Dreher, Früh, Mauch Rolf, Perey, Schwab, Spoerry, Stucky)
Al. 1
= alinéa 2 selon proposition de la majorité
Al. 2
= alinéa 1 selon proposition de la majorité

Proposition Epiney
Al. 2 let. d
Inchangé

Proposition Bezzola
Al. 2 let. d
Inchangé

Blocher Christoph (V, ZH), Sprecher der Minderheit: Es handelt sich bei unserem Antrag zu Artikel 7 um eine Kleinigkeit, können Sie sagen. Dieser Artikel hat zwei Absätze; wir wollen die Reihenfolge, wie sie die Mehrheit beantragt, ändern, und das ist von symbolischer Bedeutung.
Was soll die Arbeitslosenversicherung primär? Es ist eine Versicherung für diejenigen, die arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können, weil sie keine Stelle finden. Sie sollen eine Entschädigung erhalten, und dafür haben sie bezahlt. Sie sollen erhalten: Arbeitslosenentschädigung (Bst. a), Entschädigung für Umschulung, Weiterbildung und Eingliederung (Bst. b), Kurzarbeitsentschädigung (Bst. c) sowie Entschädigung bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Bst. e). Das ist das primäre Anliegen der Arbeitslosenversicherung.
Im anderen Absatz wird das Ganze ausgedehnt. Das ist gefährlich, weil es uferlos ist: Es geht nämlich um den Bereich Beratung und Vermittlung (Bst. a), um Umschulung, Weiterbildung, Eingliederung (Bst. b), dann um die Bezahlung von Beiträgen für Versicherte, die ausserhalb ihres Wohnortes Arbeit annehmen (Bst. c), und um weitere Massnahmen, die im Rahmen des Gesetzes genannt sind (Bst. d). Es wird also fast uferlos, und das ist gefährlich.
In der Version der Mehrheit wird in Artikel 7 gesagt, dass die Versicherung in erster Linie vor allem an dieses Zugemüse bezahle (Abs. 1), wodurch meines Erachtens ein grosses Loch entstehen kann – es ist auch fragwürdig, ob all diese Massnahmen wirkungsvoll sind –, und erst in zweiter Linie soll die Versicherung eine Leistung bezahlen (Abs. 2). Ich bin der Meinung, wir sollten klar zum Ausdruck bringen: Primär hat die Versicherung die Aufgabe, die Leistungen zu erbringen. Erst sekundär hat sie zusätzliche Massnahmen wie Beratung, Vermittlung, Umschulung usw. zu finanzieren; das ist das sekundäre Anliegen.
Darum findet die Minderheit, man sollte die Reihenfolge ändern, auch wenn es gesetzgeberisch wenig Bedeutung hat.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich habe Ihnen heute morgen beim Eintreten gesagt, dass es fünf Säulen gibt, auf denen diese Revision beruht. Die Säule eins ist die Änderung der Prioritäten: Statt dass wir mit der Arbeitslosenversicherung nur einfach Geld auszahlen – quasi Renten, die auf der Seite der Empfänger allenfalls noch eine Stempelpflicht auslösen –, wollen wir die Priorität der Erhaltung der Erwerbsfähigkeit und der Wiedereingliederung einräumen. Mit diesem Wechsel der Absätze wollen wir optisch und auch symbolisch die Prioritätenänderung zum Ausdruck bringen.
Sie hören, dass die Minderheit Blocher diese Prioritätenänderung nicht will. Sie will tendenziell beim jetzigen System bleiben. Die Bedeutung der Gegenleistung, die erbracht wird, sieht die Minderheit nicht in dem Masse wie die Mehrheit.
Was Herr Blocher gesagt hat, ist juristisch richtig: Das Austauschen zweier Absätze hat rechtlich keine Bedeutung, aber es hat eine Bedeutung bezüglich der grundsätzlichen Prioritätensetzung dieser Revision.
Aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen namens der Mehrheit, hier die Absätze 1 und 2 in bezug auf den geltenden Text auszutauschen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Je n'arrive pas à m'enflammer pour cette proposition qui ne change rien dans la pratique. Quand on intervertit deux paragraphes, cela ne change pas grand-chose. C'est simplement un combat symbolique: M. Blocher considère que les mesures prévues à l'alinéa 1er ne doivent pas être le but primordial de la loi et il propose de les mettre à l'alinéa 2. Nous, nous disons: «Gardons cette ordonnance! Faites ce que vous voulez, cela ne change rien sur le fond.»

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	87 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	56 Stimmen

Abs. 2 Bst. d – Al. 2 let. d

Le président: Est réservée la décision sur les propositions Bezzola et Epiney que nous traiterons aux articles 42 et suivants.

Verschoben – Renvoyé

Ordnungsantrag Tschopp
Aus «physischen» Gründen ist die Debatte über das Arbeitslosenversicherungsgesetz von 19.30 bis 20.30 Uhr zu unterbrechen.

Motion d'ordre Tschopp
Pour cause de régulation des métabolismes de base, le débat sur la loi sur l'assurance-chômage sera interrompu de 19 h 30 à 20 h 30.

Tschopp Peter (R, GE): Au-delà des raisons physiologiques, non psychiques, qui sont invoquées pour une suspension officielle de la séance, il y a quand même une raison plus profonde.
Je ne sais pas si vous avez beaucoup de mémoire, mais le spectacle que nous avons donné en préparant l'arrêté fédéral urgent concernant le même sujet en mars 1993 n'était pas très glorieux. Les archives de la télévision pourront vous le rappeler, le cas échéant: nous n'étions alors peut-être plus que 16 participants!

Je crois que c'est plus honnête et d'ailleurs aussi plus syndical d'observer des pauses officielles.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Tschopp	100 Stimmen
Dagegen	43 Stimmen

Art. 8
Antrag der Kommission
Abs. 1 Bst. d
d. die obligatorische Schulzeit zurückgelegt hat, jedoch noch keine Rente der AHV bezieht;

Antrag Allenspach
Abs. 1 Bst. d
d. die obligatorische Schulzeit zurückgelegt hat, jedoch weder das Rentenalter der AHV erreicht hat, noch eine Rente der AHV bezieht;

Art. 8
Proposition de la commission
Al. 1 let. d
d. s'il a achevé sa scolarité obligatoire, mais ne touche toutefois pas encore de rente AVS;

Proposition Allenspach
Al. 1 let. d
d. s'il a achevé sa scolarité obligatoire, mais n'a pas encore atteint l'âge donnant droit à une rente AVS et ne touche pas encore de rente AVS;

Allenspach Heinz (R, ZH): Bisher fiel die Anspruchsberechtigung auf Arbeitslosentaggelder dahin, wenn jemand das Rentenalter der AHV erreicht hatte. Damit sollte ausgeschlossen werden, dass jemand Arbeitslosentaggelder und zugleich AHV-Rente bezieht. Die Kommission wollte an diesem Grundsatz nichts ändern. Im Hinblick auf die in der 10. AHV-Revision geschaffene Möglichkeit des Rentenvorbezuges wollte sie aber auch verhindern, dass jemand Arbeitslosentaggelder und eine vorbezogene Rente kassieren kann. Auch dieser Grundsatz ist richtig. Die Formulierung, die die Kommission dafür gewählt hat, ist aber meines Erachtens verfehlt. Sie knüpft nicht mehr am Rentenalter an, sondern an der Tatsache des Rentenbezuges. Das würde bedeuten, dass jemand, der mit 65 Jahren aus einem Betrieb ausscheidet, seine AHV-Rente aber aufschiebt, während der Zeit dieses Rentenaufschubes Arbeitslosentaggelder beziehen kann.
Die Folgen dieser Regelung wären nicht abzusehen. Es wäre für jedermann, der mit 65 Jahren pensioniert wird, ökonomisch sehr interessant, die AHV-Rente um zwei Jahre aufzuschieben; er erhielte dann während dieser Zeit 400 Arbeitslosentaggelder – und damit sogar mehr, als die AHV-Rente ausmachen würde – und könnte durch den Rentenaufschub erst noch seine AHV-Rente lebenslänglich aufstocken. Leider sind der Kommission und der Verwaltung diese Konsequenzen ihres Antrages entgangen. Es geht dabei nicht um Kleinigkeiten, denn der Kommissionsantrag in der vorliegenden Form könnte die Arbeitslosenversicherung sehr leicht eine Milliarde Franken kosten. Das wollte die Kommission sicher nicht.
Ich bitte Sie deshalb, meinen Antrag anzunehmen.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Sie wissen, dass Herr Allenspach ein Fachmann in der Sozialversicherung ist. Ich muss ihm zugestehen, dass er einmal mehr einen Wurm gefunden hat. Es ist tatsächlich so: Wir haben die Formulierung nicht ganz richtig gewählt, nicht so, wie sie, auch nach unserer Absicht, sein müsste.
Ich empfehle Ihnen, dem Antrag Allenspach zuzustimmen. Sein Zusatz betrifft jene Personen, die ihren Rentenbezug über das 65. Altersjahr hinaus aufschieben möchten, und ist zur Vermeidung von Missbräuchen notwendig.
In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag Allenspach zuzustimmen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: M. Allenspach a raison. La formulation de la commission est moins bonne que la sienne. Nous vous recommandons de le suivre cette fois, cette fois seulement.

Angenommen gemäss Antrag Allenspach
Adopté selon la proposition Allenspach

Art. 9
Antrag der Kommission
Abs. 1
Für den Leistungsbezug und für die Beitragszeit gelten, sofern das Gesetz nichts anderes vorsieht, zweijährige Rahmenfristen.
Abs. 4
Ist die Rahmenfrist für den Leistungsbezug abgelaufen und beansprucht der Versicherte wieder Leistungen gemäss Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a oder b, so gelten, sofern das Gesetz nichts anderes vorsieht, erneut zweijährige Rahmenfristen für den Leistungsbezug und die Beitragszeit.

Art. 9
Proposition de la commission
Al. 1
Des délais-cadres de deux ans s'appliquent à la période d'indemnisation et à celle de cotisation, pour autant que la loi n'en dispose pas autrement.
Al. 4
Lorsque le délai-cadre s'appliquant à la période d'indemnisation est écoulé et que l'assuré fait à nouveau valoir des prestations selon l'article 7 alinéa 2 lettre a ou b, de nouveaux délais-cadres de deux ans sont ouverts pour la période d'indemnisation et pour celle de cotisation, pour autant que la loi n'en dispose pas autrement.

Angenommen – Adopté

Art. 13
Antrag der Kommission
Abs. 2bis
Mehrheit
....
a. Streichen
....
Minderheit
(Brunner Christiane, Baumann, Bodenmann, Hämmerle, Ledergerber, Matthey, Strahm Rudolf, Thür)
....
a. .... haben oder
....

Abs. 2quater (neu)
Nicht als Beitragszeit im Sinne dieses Gesetzes werden beitragspflichtige Beschäftigungen angerechnet, die im Rahmen einer durch die Arbeitslosenversicherung finanzierten vorübergehenden Beschäftigung ausgeübt worden sind.
Abs. 3
Zur Verhinderung eines ungerechtfertigten gleichzeitigen Bezuges von Altersleistungen und Leistungen gemäss Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a oder b kann der Bundesrat die Anrechnung von Beitragszeiten abweichend ordnen für Personen, die vor Erreichen des Rentenalters gemäss Artikel 21 Absatz 1 AHVG pensioniert wurden, jedoch weiterhin als Arbeitnehmer tätig sein wollen.

Antrag Lepori Bonetti
Abs. 2 Bst. d
d. .... wegen Schwangerschaft, Mutterschaft oder Adoption ....

Antrag Gonseth
Abs. 2 Bst. e (neu)
e. Zeiten, während denen Versicherte keine beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben, weil sie sich der Erziehung von eigenen Kindern, von Pflege-, Stief- oder Adoptivkindern unter 16 Jahren oder der Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen widmeten.

Abs. 2bis, 2ter
Streichen

Antrag Hafner Ursula
Abs. 2 Bst. e (neu)
e. Arbeitsunterbrüche, während denen sich Versicherte der Erziehung eigener Kinder von weniger als 16 Jahren widmeten.
Abs. 2bis, 2ter
Streichen

Antrag Zisyadis
Abs. 2quater (neu)
Streichen

Art. 13
Proposition de la commission
Al. 2bis
Majorité
....
a. Biffer
....
Minorité
(Brunner Christiane, Baumann, Bodenmann, Hämmerle, Ledergerber, Matthey, Strahm Rudolf, Thür)
....
a. .... période éducative; ou
....

Al. 2quater (nouveau)
Ne compte pas comme période de cotisation au sens de la présente loi le temps durant lequel l'assuré a exercé, dans le cadre d'une occupation temporaire financée par l'assurance-chômage, une activité soumise à cotisation.
Al. 3
Afin d'empêcher le cumul injustifié de prestations de retraite et de prestations selon l'article 7 alinéa 2 lettre a ou b, le Conseil fédéral peut déroger aux règles concernant la prise en compte des périodes de cotisation pour les assurés mis à la retraite avant d'avoir atteint l'âge de la retraite selon l'article 21 alinéa 1er LAVS, mais qui désirent continuer à exercer une activité salariée.

Proposition Lepori Bonetti
Al. 2 let. d
d. .... pour cause de grossesse, de maternité ou d'adoption ....

Proposition Gonseth
Al. 2 let. e (nouvelle)
e. Compte comme période durant laquelle l'assuré n'a pas exercé une activité contractuelle en raison de l'éducation de ses propres enfants, d'enfants commis à sa garde, des enfants de son conjoint ou d'enfants adoptifs de moins de 16 ans, ainsi que de la charge des parents nécessitant assistance.
Al. 2bis, 2ter
Biffer

Proposition Hafner Ursula
Al. 2 let. e (nouvelle)
e. A interrompu son travail afin de se consacrer à l'éducation de ses enfants âgés de moins de 16 ans.
Al. 2bis, 2ter
Biffer

Proposition Zisyadis
Al. 2quater (nouveau)
Biffer

Brunner Christiane (S, GE), porte-parole de la minorité: Les femmes qui veulent, ou qui doivent reprendre une activité lucrative lorsque leurs enfants sont «hors du nid» ont, la plupart du temps et surtout dans la situation économique actuelle, une peine énorme à retrouver une place de travail. Elles n'ont pas droit aux prestations de l'assurance-chômage, alors même que, finalement, elles sont demandeuses d'emploi, mais elles n'ont pas pu verser de cotisations dans les limites du délai-cadre puisqu'elles étaient occupées au foyer pendant cette période. Nous avons donc ici une lacune de l'assurance-chômage, qu'il s'agit de combler.
Malheureusement, la disposition dont nous parlons ne ressemble plus du tout à ce qu'elle était initialement, à savoir une authentique mise en parallèle du travail éducatif avec, par exemple, le service militaire ou le service de protection civile.
Dans le projet de révision de juin 1993, il était proposé clairement que la période consacrée à l'éducation de ses propres enfants de moins de 16 ans soit comptée comme une activité salariée. La formulation actuelle restreint énormément le cercle des personnes qui sont assimilées aux personnes ayant cotisé et qui peuvent ainsi bénéficier des prestations de l'assurance-chômage et des mesures de réinsertion.
Dans la version de la majorité, seules les assurées qui se sont consacrées à l'éducation d'enfants de moins de 16 ans et qui sont contraintes, par nécessité économique, de reprendre une activité salariée à l'issue d'une période éducative peuvent s'inscrire au chômage. La nécessité économique est définie dans l'alinéa 2ter de manière extrêmement restrictive puisque le Conseil fédéral détermine lui-même les limites de revenu de l'assuré et de son conjoint.
Avec cette disposition introduite par le Conseil des Etats, nous abandonnons définitivement le domaine de l'assurance et le principe de l'équivalence entre les activités rémunérées et les activités d'ordre familial ouvrant le droit à des prestations, pour rester dans le domaine de l'assistance. D'après le Conseil fédéral, en effet, la limite de revenu justifiant la nécessité économique se situe pour un couple à 32 400 francs par année, plus 10 800 francs par enfant.
Cela met, par exemple, la limite à 54 000 francs pour une famille avec deux enfants. Or, à l'heure actuelle, si nous prenons en considération le salaire moyen d'un ouvrier qualifié en Suisse, une famille d'ouvriers dispose, en règle générale, d'un revenu légèrement supérieur à cette limite de 54 000 francs, c'est-à-dire environ autour de 65 000 francs par année. Qu'est-ce que cela signifie dans la pratique pour cette famille d'ouvriers? Au moment où les enfants deviennent adolescents et au moment où ils commencent à coûter le plus cher, au moment où il devient impératif pour la famille d'améliorer son revenu pour faire face aux dépenses qui augmentent, la mère qui, pour des raisons économiques, cherche du travail, ne sera pas considérée comme une assurée dans l'assurance-chômage parce que le revenu familial dépasse cette limite beaucoup trop basse. Or, imaginez un instant, Messieurs, que l'on fasse la même restriction pour les hommes qui ont servi à l'armée pendant une période prolongée et que l'on fasse dépendre leur droit aux prestations de l'assurance-chômage du revenu de leur épouse. Dans ce cas-là, vous en concevriez sans peine l'absurdité.
En réalité, toutes les femmes qui cherchent une activité rémunérée sont des chômeuses, même si elles n'apparaissent pas toutes dans les statistiques officielles de l'Ofiamt. Si une femme décide, après s'être consacrée pendant de longues années à l'éducation de ses enfants, de chercher un travail rémunéré, peu importe finalement qu'elle le fasse par choix ou par pure nécessité. La réinsertion dans le monde du travail est difficile et très difficile à l'heure actuelle lorsqu'on en a été écarté pendant des années. Pour être considérée comme une chômeuse et avoir droit aux prestations, la femme devra remplir exactement les mêmes conditions que les autres chômeuses et chômeurs. Elle devra faire des recherches d'emploi, accepter de participer à des programmes de formation et de réinsertion. Ce ne sera pas nécessairement facile pour elle, puisqu'elle devra en même temps continuer à s'occuper de sa famille et de son ménage. Elle aura donc amplement apporté la preuve de la volonté de se réinsérer et il n'est nullement nécessaire de multiplier les entraves pour l'en empêcher.
La minorité de la commission vous propose de réintroduire, en plus de la condition de contrainte économique mentionnée sous la lettre a, la condition mentionnée sous la lettre b, dans la version du Conseil des Etats, mais ceci de manière alternative, soit l'une ou l'autre condition. Ainsi, compteraient comme période de cotisation les années consacrées aux enfants de

moins de 16 ans pour toutes les personnes qui avaient exercé une activité lucrative avant la période éducative ou pour toutes les personnes qui répondraient de manière subsidiaire aux critères de la nécessité économique telle qu'elle est définie. Cette version est plus équitable parce qu'elle rend justice aux femmes qui ont effectivement interrompu le travail professionnel pour élever des enfants et elle inclut accessoirement les femmes dont le mari a un revenu insuffisant pour entretenir la famille.
C'est en ce sens que je vous propose de soutenir la proposition de la minorité de la commission, tout en vous précisant que cette disposition n'a pas fait l'objet de discussions entre les partenaires sociaux.

Gonseth Ruth (G, BL): Wieso soll heute bei der Arbeitslosenversicherung nicht mehr gelten, was wir letzte Woche bei der AHV-Revision für richtig befunden haben? Wieso soll Familienarbeit nicht gleiche Anerkennung erhalten wie zum Beispiel Militär- oder Zivilschutzdienst?
Mit meinem Antrag sollen Betreuungs- und Erziehungsarbeiten allen Versicherten angerechnet werden, unabhängig von einer wirtschaftlichen Notlage. Es soll nicht nur die Betreuung von eigenen Kindern angerechnet werden, sondern auch die Betreuung von Stief-, Pflege- und Adoptivkindern oder von pflegebedürftigen Angehörigen. Die Familienarbeit soll gemäss meinem Antrag gleich wie andere in Artikel 13 Absatz 2 geregelte Sachverhalte, zum Beispiel Militär- oder Zivilschutzdienst, einen bedarfsunabhängigen Leistungsanspruch eröffnen.
Die Anrechnung von unentgeltlich geleisteter, aber gesellschaftlich notwendiger Arbeit als Beitragszeit wurde letzte Woche als Fortschritt gelobt und eingeführt. Mit der grundsätzlichen Anerkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit in Beruf und Familie haben wir einen notwendigen Schritt zur Verwirklichung von Artikel 4 der Bundesverfassung gemacht. Wir wissen alle, dass die Frauen dieses wichtige Zugeständnis nicht gratis erhalten haben. Der Preis ist schon längst bezahlt. Deshalb gibt es keinen logischen Grund, nun bei der Arbeitslosenversicherung den eingeführten Grundsatz der Anerkennung von Gleichwertigkeit von Beruf und Familienarbeit wieder über Bord zu werfen. Es ist nicht akzeptabel, dass die Familienarbeit heute aus Spargründen wieder diskriminiert werden soll.
Der Antrag der Kommissionsmehrheit, Betreuungszeiten nur anzurechnen, wenn die Versicherten aufgrund einer wirtschaftlichen Zwangslage gezwungen werden, eine unselbständige Arbeit aufzunehmen, widerspricht klar dem Versicherungsprinzip. Die geschuldete Versicherungsleistung würde damit empfindlich eingeschränkt in Richtung einer Bedarfsleistung. Frauen würden in zwei Kategorien, in bedürftige und nichtbedürftige, eingeteilt. Den Frauen würde damit in der Arbeitslosenversicherung bloss eine Sozialleistung zugestanden.
Es widerspricht in krasser Weise dem Gleichstellungsauftrag, dass Frauen nur in Zwangslagen ein Recht auf Erwerbsarbeit haben sollen. Denn Erwerbsarbeit bedeutet für die Frauen nicht bloss ein einträgliches Hobby, sondern in erster Linie, genauso wie für die Männer, eine sinngebende Tätigkeit. Es geht nicht an, dass Frauen nach der Familienarbeit nur Anspruch auf eine Erwerbsarbeit haben sollen, wenn der Ernährerlohn nicht ausreichend ist, dass Frauen also wieder in Abhängigkeit vom Status ihres Ehemannes behandelt werden. Es geht nicht an, dass Frauen je nach Bedarf der Wirtschaft an den Herd zurückgeschickt oder vom Herd weggeholt werden. Eine fortschrittliche Lösung für die Frauen ist nötig, weil die Frauen auch heute von der Arbeitslosigkeit viel stärker betroffen sind als die Männer.
Ich bitte Sie deshalb, die Frauen für die unentgeltlich geleistete Familienarbeit heute nicht erneut zu bestrafen und sie in der Arbeitslosenversicherung nicht zu diskriminieren.
Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Lepori Bonetti Mimi (C, TI): Una brevissima richiesta d'emendamento all'articolo 13 capoverso 2 lettera d. Desidero introdurre anche il concetto di adozione accanto a quello della maternità e della gravidanza, e questo per due motivi.
Il primo: l'adozione, e soprattutto l'adozione internazionale, richiede da parte dei genitori una conoscenza del Paese di provenienza del bambino, conoscenza che, secondo le convenzioni con i diversi Paesi, deve avvenire direttamente sul posto. Ed è per questo che in molti Paesi, come per esempio l'America latina o l'India, i genitori sono autorizzati ad adottare solo dopo essersi recati direttamente sul posto ed avervi trascorso un minimo di tre o quattro settimane.
Il secondo motivo è che l'adozione ormai è sempre più presente nella nostra legislazione, soprattutto nelle legislazioni cantonali. Penso per esempio alla legislazione che concede periodi di congedo a quelle famiglie che accolgono bambini provenienti appunto da Paesi del Terzo mondo e che sono in adozione.
Per questi due motivi, accompagnati dal fatto che nei prossimi anni non ci sarà più una revisione della legge, è importante inserire l'adozione nell'articolo 13 capoverso 2 lettera d. Mi permetto quindi di chiedervi di sostenere questo piccolo emendamento.

Hafner Ursula (S, SH): Bei der laufenden AHV-Revision wurde betont, wie wichtig die Anerkennung der Familienarbeit sei. Diese unerlässliche Arbeit, die in erster Linie von Frauen geleistet wird, muss in allen Zweigen der Sozialversicherung anerkannt werden. Dass sie anlässlich dieser Revision in der Arbeitslosenversicherung ganz grundsätzlich anerkannt werden müsse, fand ursprünglich auch der Bundesrat. Mein Antrag entspricht dem ursprünglichen Entwurf des Bundesrates. In der Botschaft schreibt er zu Artikel 13 noch immer, der Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau halte den Gesetzgeber auch an, indirekte Formen der Diskriminierung zu beheben, die sich als Folgen der traditionellen Rollenteilung ergeben können. Zur Schliessung dieser Lücke werde die Anrechnung der Erziehungszeiten als Beitragszeit vorgeschlagen, wie sie heute zum Beispiel für Militärdienstzeiten ausserhalb eines Arbeitsverhältnisses gilt.
Die Kommissionsmehrheit will nun die Erziehungsarbeit nur dann anrechnen, wenn eine wirtschaftliche Zwangslage vorliegt. Das hat mit Gleichberechtigung nichts mehr zu tun.
Ich verlange mit meinem Antrag, dass Erziehungs- und Erwerbsarbeit gleichgestellt werden. Frauen und Männer, die ihre Erwerbstätigkeit zugunsten von Kindern aufgegeben haben, müssen genau gleich behandelt werden wie Personen, welche durchgehend erwerbstätig waren, oder wie Personen, die ihre Erwerbstätigkeit infolge Militärdienst unterbrochen haben. Damit die Militärdienstzeit als Beitragszeit angerechnet wird, muss ja auch keine Notlage bestehen. Nur bei der Familienarbeit verletzt die Kommissionsmehrheit das Versicherungsprinzip und verlangt den Nachweis, dass die Versicherten sich in einer Zwangslage befinden.
Frauen, die Familienpflichten übernehmen, dürfen nicht dauernd benachteiligt werden. Zum Jahr der Familie wurde wieder laut das Lob der Familie gesungen. Sorgen Sie nun auch dafür, dass Personen, die Kinder erzogen haben, die gleichen Rechte bekommen wie Personen, die erwerbstätig waren!
Handeln Sie gemäss der ursprünglichen Vorstellung des Bundesrates, und stimmen Sie meinem Antrag zu.

Zisyadis Josef (–, VD): L'article 13 alinéa 2quater stipule que les emplois temporaires ne seront plus considérés comme périodes de cotisation. Par conséquent, ils ne permettront plus aux chômeurs de se reconstituer un droit aux indemnités. La conséquence est que des milliers de personnes seront condamnées à se retrouver en fin de droits.
Si le concept nouveau avec cette révision partielle est véritablement la réinsertion des chômeurs – et vous savez à quel point j'en doute, mais peut-être allez-vous me démentir – il n'y a aucune raison de pénaliser délibérément les chômeurs et de leur refuser l'acquis actuel qui est de refaire leur droit aux indemnités. Vous devez savoir à quel point cette possibilité permet à des familles de voir le bout du tunnel et de se maintenir à flot dans les difficultés qu'elles connaissent. Elle est d'ailleurs largement utilisée par les personnes en collaboration avec les cantons et les communes.

En supprimant cet alinéa 2quater, vous empêcherez que ces chômeurs ne tombent rapidement dans l'assistance publique et, par là même, vous empêcherez une partie du transfert des charges aux cantons.
Je vous invite à accepter de biffer l'alinéa 2quater.

Goll Christine (S, ZH): Der Artikel 13 der Arbeitslosenversicherung steht in direktem Zusammenhang zum Systemwechsel in der AHV, den wir auf den Tag genau vor einer Woche hier in diesem Hause diskutiert haben. Die auf dem Tisch liegende Fassung der Mehrheit der Kommission zu Artikel 13 Absatz 2bis beweist, dass die Mehrheit der Kommission und mit höchster Wahrscheinlichkeit auch die Mehrheit dieses Parlamentes nicht begriffen haben, worum es geht – beziehungsweise dass sie den zeitgemässen sozial- und frauengerechten Wandel im Sozialversicherungsrecht gar nicht wollen.
Es ist bereits gesagt worden: Es geht um die Anerkennung von unentgeltlicher, aber gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Es geht um die Gratisarbeit, die vorwiegend von Frauen geleistet wird; es geht um die Arbeit, die das Fundament für das Funktionieren des ökonomischen Systems bildet. Es geht nicht darum, diese unbezahlte Arbeit einfach dankbar zu würdigen oder mit kostenneutralen Zugeständnissen zu honorieren, sondern es geht ganz klar darum, dass diese Arbeit als Beitragszeit in der Arbeitslosenversicherung angerechnet wird. Damit geht es auch um die sozialversicherungsrechtliche Gleichbehandlung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit, also Nichterwerbsarbeit.
Sie haben hier in diesem Hause vor einer Woche über alle Parteigrenzen hinweg beteuert, dass Sie den Systemwechsel in der AHV befürworten. Wenn es Ihnen damit tatsächlich ernst ist, müssen Sie sich hier und heute dafür einsetzen, dass die Anerkennung der Erziehungs- und Betreuungsarbeit in jedem Zweig des Sozialversicherungsrechts verankert wird, vor allem natürlich in der AHV und der Arbeitslosenversicherung. Es geht um das genau gleiche Anliegen in zwei verschiedenen Sozialversicherungen. Genauso wie die gesellschaftlich notwendige Gratisarbeit in der AHV rentenbildend honoriert werden muss, so muss diese Arbeit im Arbeitslosenversicherungsgesetz als Beitragszeit anerkannt werden und zum Bezug von Leistungen der Arbeitslosenversicherung berechtigen.
Was ist nun aber mit diesem berechtigten Anliegen in den bisherigen Beratungen passiert? Der Bundesrat hat einen zaghaften Versuch unternommen, die Erziehungsarbeit ins Gesetz aufzunehmen. Dieser zaghafte Versuch wird nun mit dem Einzelantrag Hafner Ursula wiederholt. Demontiert wurde der Entwurf des Bundesrates aber im Ständerat; der Ständerat schränkte ein, dass Personen, die solche Leistungen beziehen, vor der Erziehungsperiode erwerbstätig gewesen sein müssten und dass vor allem eine wirtschaftliche Zwangslage bestehen müsse. Diese Zwangslage wird vom Ständerat auch definiert, indem er sagt, dass die untere Einkommensgrenze der Ehegatten und auch der anrechenbare Teil des Vermögens vom Bundesrat festgelegt werden könnten.
Das ist der erste Schritt, der dazu führt, dass ein Versicherungsprinzip durch ein Fürsorgeprinzip abgelöst wird. Wir akzeptieren nicht, dass nun statt dem berechtigten Versicherungsanspruch das Prinzip von Bedarfsleistungen gelten soll.
Es ist klar: Die beiden Einzelanträge Hafner Ursula und Gonseth gehen weiter als der Minderheitsantrag und sind im Sinne einer Schadensbegrenzung zu begrüssen.
Ich beantrage Ihnen im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, zumindest den Minderheitsantrag Brunner Christiane zu unterstützen.

Deiss Joseph (C, FR): Le groupe démocrate-chrétien soutiendra la proposition de la majorité de la commission.
Il est vrai qu'idéalement, même à ses yeux, ce serait une chance que de pouvoir offrir des indemnités d'une manière générale à toutes les femmes qui cherchent une réinsertion. Mais du moment qu'il est nécessaire de tenir compte aussi des moyens disponibles, il lui semble honnête de réserver en priorité les indemnités versées dans ce cas aux femmes qui en ont vraiment besoin.
Pour ceux qui défendent la proposition de la minorité Brunner Christiane, il est d'ailleurs nécessaire de relever que cette formule crée également de nouvelles disparités. Au fond, il y aura deux catégories de femmes: celles qui ont travaillé avant de se vouer à des tâches éducatives, et celles qui n'ont pas travaillé avant de se vouer à ces tâches. C'est précisément l'élément qu'on voudrait voir disparaître, et pourtant on le maintient. Celles qui ont travaillé avant de se vouer aux tâches éducatives n'auront pas d'autres conditions à remplir, et celles qui n'auraient pas travaillé devraient fournir la preuve du besoin. Parmi les femmes qui n'auraient pas besoin, du point de vue économique, de ces indemnités, il y aurait celles qui ont travaillé et qui sont donc en droit d'obtenir des indemnités, et celles qui n'ont pas travaillé et qui n'y auraient pas droit.
D'ailleurs, il n'est pas tout à fait correct de dire que les femmes qui ne toucheraient pas d'indemnités seraient totalement exclues de la loi, puisque, notamment en vertu de l'article 60, toutes les femmes qui chercheront à se réinsérer pourront bénéficier des mesures actives du marché du travail. Pour toutes les femmes, l'appui sera donné pour rendre la réinsertion plus facile. En revanche, pour les indemnités, il nous semble que, compte tenu des circonstances, la clause du besoin trouve sa justification.
Nous sommes aussi d'accord avec la majorité de la commission qui biffe la lettre a de l'alinéa 2bis, première des conditions figurant dans la décision du Conseil des Etats, qui ne jouerait de toute façon pas un grand rôle, même si elle était cumulative avec celle du besoin.

Nebiker Hans-Rudolf (V, BL): Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass wir die Erziehungsarbeit als Beitragszeit anerkennen sollen, dass also mit der Erziehungsarbeit automatisch auch das Anrecht auf Arbeitslosenentschädigung gewonnen wird. Allerdings braucht es eine klare Begrenzung auf das Notwendige und auf den Bedarf. In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag der Kommissionsmehrheit.
Diese Begrenzung ist aus finanzpolitischen Überlegungen notwendig. Wir haben in einer Versicherung – wir haben das mehrfach festgestellt –, die riesige Defizite aufweist, einfach kein Geld, um zusätzliche Leistungen zu erbringen. Die Leistungen sollen auf das tatsächlich Notwendige und unbestrittenen Berechtigte begrenzt werden. Auch aus sachlichen Überlegungen ist es vertretbar, dass nur in Zwangslagen, nur dort, wo die Entschädigung tatsächlich notwendig ist, die Erziehungsarbeit als Beitragszeit angerechnet wird.
Die Minderheit Brunner Christiane möchte nun diese Begrenzung auflösen und schlägt vor, alternativ entweder aufgrund von Erwerbstätigkeit vor der Erziehungsarbeit oder ohne Erwerbstätigkeit im Falle einer wirtschaftlichen Zwangslage die Erziehungsperiode als Beitragszeit anzurechnen. Also hätte nach dem Antrag der Minderheit Brunner Christiane jede Frau, die vor der Erziehungsarbeit irgendeinmal – unbesehen wie lange – gearbeitet hat, Anrecht auf Arbeitslosenentschädigung nach 16 Jahren Erziehungsarbeit, wenn sie im Moment, wo sie die Arbeit aufnehmen möchte, keine Arbeit findet.
Mit dieser Variante kommt der Minderheitsantrag Brunner Christiane praktisch auf das gleiche heraus wie die Einzelanträge Gonseth und Hafner Ursula, weil heute praktisch jede Frau, die einmal Erziehungsarbeit macht, vorher irgendwie erwerbstätig war. Das Kriterium der wirtschaftlichen Notwendigkeit würde übergangen. Natürlich kann man das machen, wenn man genügend Mittel hat. Man kann alles machen; man kann Geld verteilen. Aber das würde – was Frau Brunner sicher nicht will – zu sozialen Ungerechtigkeiten und zu unverständlichen Bezügen führen. Nehmen Sie an, eine Ehefrau, die Kinder erzogen hat, ist Frau eines Direktors oder eines Beamten mit hohem Einkommen, und sie hat nun den Wunsch, nach der Erziehungsarbeit wieder zu arbeiten. Sie findet keine Arbeit, weder sofort noch später, und sie kann nun Arbeitslosenentschädigung beziehen. Das sind doch genau die Beispiele, die dieses Versicherungswerk in Misskredit bringen! Genau diese Beispiele – vielleicht sind es nicht viele – würden dann hochgespielt, ähnlich wie die Entschädigungen an Maturanden, die auch keine Beiträge geleistet haben. Solche Beispiele können nur schaden.

Ich beantrage Ihnen deshalb namens der einstimmigen SVP-Fraktion, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen. Wir anerkennen das Prinzip der Honorierung der Erziehungsleistung, aber es sollte begrenzt werden auf das, was tatsächlich wirtschaftlich notwendig ist.

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Ich bitte Sie namens der FDP-Fraktion, in Artikel 13 auf der ganzen Linie die Mehrheit zu unterstützen. Der Kommissionspräsident hat bei Artikel 3a von glitschigem Terrain gesprochen. Hier bin ich nicht ganz sicher, ob das Terrain nicht ins Rutschen geraten könnte. Aus dem Bereich der Einmaleinlagen wissen wir ja, was ein «und» bzw. ein «oder» auszulösen vermag. Mit diesem «oder» der Minderheit öffnen Sie nun wirklich sämtliche Schleusen. Es ist eine Ausdehnung anvisiert, die einfach nicht finanzierbar ist. Ich kann mich auf Herrn Nebiker beziehen und muss nicht mehr viel dazu sagen. Es geht um die Frage der Finanzierbarkeit. Wir können es uns – weil der Auftrag ja eher in die andere Richtung geht, nämlich eine Arbeitslosenversicherung zu haben, die in Zukunft mit den Mitteln sparsamer umgeht – doch nicht leisten, wie zum Beispiel bei der Krankenversicherung die Leistungen auch in diesem Falle auszudehnen.
Ich weiss nicht, ob Sie sich ganz im klaren sind, worum es geht. Es geht nämlich darum, dass eine Frau dann innerhalb jeder Rahmenfrist von zwei Jahren 125 Taggelder beziehen kann. Wir sollten uns wirklich aufs Notwendige beschränken.
In diesem Falle geht es mir wie Herrn Strahm Rudolf: Zu den anderen Anträgen darf ich nichts sagen.
Ich bitte Sie, auf der ganzen Linie der Mehrheit zuzustimmen und die anderen Anträge zu Artikel 13 abzulehnen.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich spreche zu den Anträgen in der Reihenfolge der Gesetzesbestimmungen, und da kommt zuerst der Antrag Lepori Bonetti.
Frau Lepori Bonetti möchte in Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe d den Fall der Adoption einfügen: Arbeitsunterbrüche wegen Schwangerschaft, Mutterschaft oder Adoption sollen auf die Beitragszeit angerechnet werden. Ich muss offen gestehen: Man könnte durchaus darüber diskutieren, ob das eine wünschbare Ausweitung wäre. Ich bitte Sie aber trotzdem, davon abzusehen. Wir müssen im Moment beim Leistungskatalog, den wir haben, bleiben. Wir können sozial wünschbare Erweiterungen im Moment nicht vornehmen, wenn wir die Kasse als solche nicht gefährden wollen. Man kann dagegen argumentieren, dass der Antrag Lepori Bonetti kleine Auswirkungen habe – das möchte ich durchaus zugestehen –, aber letztlich macht es die Summe aus: Viele kleine zusätzliche Leistungen erhöhen letztlich den ganzen Plafond.
Ich erinnere Sie bei diesen Anträgen daran: Wir müssen uns auf das Problem der Langzeitarbeitslosen konzentrieren. Das sind jene Personen, die das soziale Netz effektiv nötig haben. Dort müssen wir die Mittel einsetzen und zur Verfügung haben. Diese Konzentration der Mittel auf das Wesentliche zwingt die Kommissionssprecher, Ihnen die Ablehnung des Antrages Lepori Bonetti zu beantragen.
Zu den Anträgen Gonseth und Hafner Ursula und zum Antrag der Minderheit Brunner Christiane: Sie beschlagen alle dasselbe Thema, nämlich die Anrechnung der Erziehungszeit. Ich erläutere Ihnen zuerst, was der Antrag der Mehrheit bedeutet:
1. Vom Finanziellen her ist der Antrag der Mehrheit mit einem Betrag in der Grössenordnung von 37 bis 40 Millionen Franken realisierbar. Er bewegt sich also in einem sehr überblickbaren Rahmen.
2. Es ist wichtig zu wissen, welche Frauen nach dem Antrag der Mehrheit Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung stellen können, wenn sie nach einer Erziehungszeit auf den Arbeitsmarkt kommen und keine Stelle finden. Ein typisches Beispiel: eine Frau, verheiratet, zwei Kinder. Diese Frau kann dann einen Anspruch an die Arbeitslosenversicherung stellen, wenn das Familieneinkommen weniger als 50 400 Franken beträgt. Meiner Meinung nach ist das eine Grössenordnung, die doch auf zahlreiche Fälle zutrifft, wo dann die Erziehungszeit als Beitragszeit angerechnet wird. Es ist also nicht so, dass wir mit dem Antrag der Mehrheit nur noch das Existenzminimum berücksichtigen.
3. Dann hat die Kommissionsmehrheit gegenüber der Fassung des Ständerates noch eine klare Verbesserung zugunsten der Frauen vorgenommen. Wir haben nämlich in Artikel 13 Absatz 2bis die Litera a gestrichen. Damit kommen auch jene Frauen, die vor der Erziehungszeit nie eine Stelle innegehabt und damit Beitragszeit gewonnen haben – also eine Stelle von mindestens sechs Monaten –, in den Genuss dieser Möglichkeit. Es sind dies vor allem Frauen, die z. B. sofort nach der Lehre geheiratet haben und überhaupt nie ins Erwerbsleben eingetreten sind, sondern das erst tun, wenn die Kinder 16 oder 18 Jahre alt sind. Das bringt für viele Fälle eine Verbesserung. Ausserdem wird dadurch eine ungerechtfertigte Diskriminierung eliminiert.
Was nun aber der Antrag der Minderheit, angeführt von Frau Brunner Christiane, sowie die Anträge Gonseth und Hafner Ursula wollen, geht weit über das hinaus. Das würde effektiv in die Hunderte von Millionen Franken gehen, die zur Verfügung gestellt werden müssten. Es wäre wahrscheinlich ein sozialer Fortschritt; es wäre für die Gleichberechtigung etwas gewonnen. Aber diese Diskussion können wir jetzt wegen der mangelnden Mittel nicht führen. Ich glaube auch, die Frauen mit den höheren Einkommen, die hier betroffen sind, müssen letztlich anerkennen, dass die Arbeitslosenversicherung primär denen zugute kommen muss, die sie absolut nötig haben: den Langzeitarbeitslosen.
Ein Letztes: Es ist nicht so, dass die Arbeitslosenversicherung für diese Frauen überhaupt keine Leistungen erbringt; sondern die Frauen, die über der Einkommensgrenze liegen, haben nach Artikel 60 Absatz 4 des Gesetzentwurfes Anspruch auf Beiträge für die Eingliederung, Umschulung, Weiterbildung, um wieder den Weg in das Berufsleben zu finden. Mir scheint das ein sehr wichtiger Gesichtspunkt.
Ich bitte Sie, in allen Fällen der Mehrheit der Kommission zu folgen.
Was noch fehlt, ist die Stellungnahme zum Antrag Zisyadis. Er betrifft ein ganz anderes Thema, den Artikel 13 Absatz 2quater. Diese Bestimmung ist ein zentraler Bestandteil des neuen Konzeptes. Ich habe Ihnen in der Eintretensdebatte gesagt, dass wir die Versicherungsleistungen nicht über zwei Jahre hinaus ausdehnen wollen. Das ist ein Grundprinzip. Nach dem heutigen System kann man während diesen 400 Tagen ein Arbeitslosenbeschäftigungsprogramm absolvieren. Wenn das Programm nach sechs Monaten abgeschlossen ist, ergibt sich daraus ein neuer Anspruch von 400 Taggeldern. Die Versicherung wird dadurch zum Circulus vitiosus. Kantone und Gemeinden haben diesen Weg teilweise gesucht, um den Fürsorgeleistungen auszuweichen. Wir sind der Meinung, dass bei einer zweijährigen Leistungsdauer eine strenge Grenze gesetzt werden muss.
Ich empfehle Ihnen daher, diesen Antrag abzulehnen. Er würde uns, wenn Sie ihn guthiessen, Mehrkosten von 60 bis 70 Millionen Franken im Jahr bringen. Diesen Betrag brauchen wir aber, um die zentralen Ziele dieses Projektes zu erreichen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Il faut rappeler quelles sont les conditions de départ. Selon la décision du Conseil des Etats, après une période éducative, on peut toucher des indemnités de chômage si on a exercé une activité soumise à cotisations avant la période éducative et si l'on est contraint de reprendre une activité salariale.
La majorité de la commission renonce à l'obligation d'avoir exercé une activité soumise à cotisations avant la période éducative et se contente de la nécessité de prendre une activité salariale.
M^me^ Brunner Christiane et la minorité voudraient aller plus loin et demandent que toute femme qui a eu une activité éducative ait droit à des indemnités de chômage, qu'elle en ait besoin ou non, dans la mesure où elle ne trouve pas de travail. Il est évident que la proposition de minorité Brunner Christiane coûte beaucoup plus cher puisqu'elle ouvre un droit à tout le monde, à toutes les femmes et aussi à tous les hommes dans la mesure où ils auraient exercé une activité éducative, ce qui est certainement beaucoup plus rare. On ne peut pas estimer combien cela coûterait puisqu'on ne sait pas combien de fem-

mes revendiqueraient le chômage dans ce cas-là, mais cela représente certainement plusieurs dizaines de millions de francs et peut-être même plus de 100 millions de francs.
C'est la raison pour laquelle nous vous demandons de repousser la proposition de minorité Brunner Christiane, comme la proposition Hafner Ursula et la proposition Gonseth qui vont dans le même sens.
Cette loi est une loi sur une assurance-chômage et, dans le cas d'une femme qui n'a pas exercé une activité soumise à cotisations autrefois, on sort de l'assurance-chômage. On entre dans une autre logique que la majorité justife dans le cas d'une femme qui a un réel besoin économique de prendre une activité salariale, mais qui n'arrive pas à trouver du travail.
Nous savons que nous sortons de l'optique et de la philosophie de l'assurance pour faire quelque chose de plus qui nous paraît justifié dans l'état actuel du marché du travail et dans certains cas, mais nous voulons que ce soit limité. C'est pour cela que nous vous invitons à soutenir la proposition de la majorité de la commission et à repousser la proposition de minorité Brunner Christiane, la proposition Hafner Ursula et la proposition Gonseth.
Si, par hasard, vous deviez adopter la proposition Gonseth, il y aurait en plus une correction à apporter au texte français que l'on ne comprend pas, mais on fera en sorte qu'il soit compréhensible pour la votation finale. De même, dans la proposition de la majorité de la commission, il faut faire une petite modification par rapport au texte qui vous est communiqué. A la lettre b, il faut mettre «est contraint de prendre une activité salariale» puisqu'on veut précisément couvrir le cas d'une personne qui n'avait pas, avant, d'activité salariale et qui, par nécessité, doit en prendre une.
Quelles sont les nécessités économiques? Selon le Conseil fédéral, il y a nécessité économique lorsqu'un couple gagne moins de 32 400 francs par an. A cela doivent s'ajouter 10 800 francs par enfant. S'il y a deux enfants, il y aurait nécessité économique si le mari, dans la mesure où c'est la femme qui revendique cette prestation, ne gagne pas 54 000 francs.
La proposition Zisyadis introduit le cercle diabolique. Si on l'admettait, quelqu'un qui a droit à un programme d'occupation pourrait en tirer profit pour retrouver un droit à l'indemnisation dans le cadre de l'assurance-chômage par la suite. On recommencerait sans cesse: vous auriez le programme d'occupation qui donnerait droit ensuite à une nouvelle série d'indemnités de chômage. On pourrait recommencer ainsi sans arrêt et conduire gentiment à la retraite des gens de périodes de programme d'occupation en périodes de chômage. C'est quelque chose d'imaginatif, mais qui ne marche pas.
Quant à M[me] Lepori Bonetti, elle voudrait, avec sa proposition, introduire à l'article 13 lettre d «pour cause de grossesse, de maternité ou d'adoption». Ce n'est pas dramatique, mais c'est une extension que nous vous demandons de ne pas admettre, tout d'abord parce que l'adoption est quand même quelque chose de plus prévisible que la grossesse; on peut mieux s'organiser pour une adoption que pour une grossesse ou une maternité et il y a quand même là une différence qui justifie un traitement moins favorable de l'adoption que de la grossesse et de la maternité. Ne commençons pas, sous tous les bons prétextes et avec toutes les bonnes intentions, d'élargir à chaque occasion les prestations, sinon on risque de trop charger le bateau par petites touches successives et supplémentaires.
Restons-en donc au refus de la proposition Zisyadis, au refus de la proposition Lepori Bonetti, qui n'est pas grave, mais qui charge le bateau. Suivons la proposition de la majorité de la commission en repoussant la proposition de minorité Brunner Christiane qui représente, elle, des montants supplémentaires extrêmement importants à la charge de l'assurance-chômage dont nous devons aussi assurer la santé à long terme.

Bär Rosmarie (G, BE): Ich denke, dass die beiden Kommissionssprecher den Antrag Lepori Bonetti doch etwas schnell zum Nein-Häufchen gelegt haben. Frau Lepori Bonetti macht mit ihrem Antrag auf eine, wie ich denke, vom Gesetzgeber nicht gewollte Lücke aufmerksam: Sie will, dass eine Frau, die eine Mutterschaft durch Adoption hat und ihre Arbeit, ihre Erwerbstätigkeit, unterbricht, gleich behandelt wird wie eine Mutter, die durch ein leibliches Kind zur Mutterschaft kommt. Das ist beim Erziehen, beim Pflegen eines Kindes tatsächlich kein Unterschied. Wir machen sonst in unseren Gesetzen – ich denke an das Erbrecht, an das Bürgerrecht – keinen Unterschied zwischen leiblichen Kindern und Adoptivkindern. Diese Gesetzeslücke ist ungewollt, und wir sollten sie schliessen. Das kostet unseren Staat nichts oder fast nichts; und wenn es etwas kostet, ist es berechtigt.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: J'observe tout d'abord que la formule qu'a choisie la majorité de votre commission est plus bénigne et plus ouverte que celle décidée par le Conseil des Etats à la suite du Conseil fédéral. Mais alors, à l'élargir encore davantage dans le sens de la proposition de minorité Brunner Christiane et des propositions Gonseth ou Hafner Ursula, en supprimant quasiment la condition économique, qui était inscrite à la lettre b de notre projet et de la décision du Conseil des Etats, on court des risques énormes qui n'ont plus rien de commun avec l'équilibre, l'orientation d'une assurance.
Nous ne sommes pas en train d'accoucher ici d'un système social complet, nous sommes en train d'améliorer les fonctions d'une assurance, de l'assurance-chômage, et, dans ce sens, il est indispensable de lui conserver son caractère fondamental. Il est clair qu'en remplaçant l'exigence cumulative dans la décision du Conseil des Etats par une exigence alternative – c'est la lettre b, la condition économique, qui disparaît corps et biens, cette lettre b qu'a expressément retenue la majorité de la commission alors qu'elle a pu laisser tomber la lettre a qui n'avait que relativement peu de signification –, cela crée et peut créer des dizaines ou des centaines de milliers de demandes à couvrir hypothétiquement parce qu'on aurait là une charge absolument incompatible avec les moyens de ce que je vous rappelle être une assurance.
La proposition Lepori Bonetti consiste à assimiler l'adoption à la grossesse. C'est tout de même fort différent, «physiologiquement» parlant, pour reprendre un terme que M. Tschopp a utilisé à d'autres fins tout à l'heure. Les effets d'une adoption sur la santé de la mère adoptive ou des parents adoptifs sont tout de même légèrement différents de ceux d'un accouchement! On élargirait ainsi, dans le cadre d'une assurance, encore une fois d'une manière absolument injustifiée, le cercle des bénéficiaires.
J'en viens à la dernière proposition, celle de M. Zisyadis, et je lui fais remarquer que, dans la conception qui nous est présentée ici par la majorité de la commission, les assurés ont droit, en plus de l'indemnité journalière normale, à des indemnités journalières spécifiques jusqu'à l'expiration du délai-cadre pour la participation à des mesures de marché du travail. Ils ont droit en outre à un emploi temporaire. Ainsi le délai-cadre de deux ans peut être, par eux, pleinement exploité. Il apparaît dès lors justifié, en contrepartie, de ne plus compter les emplois temporaires financés par l'assurance-chômage comme des périodes de cotisation, sans quoi vous introduirez un «cercle diabolique», comme l'a dit le rapporteur de langue française. Je dirai, au théologien que vous êtes, plutôt une sorte de perpetuum mobile qui n'est pas supportable et qui nous conduirait à une sorte d'auto-allumage auquel je vous propose de renoncer.
Sans mêler le diable à nos travaux, c'est la justice que nous devons conserver et, au total, je vous propose de préférer à ces cinq propositions, pour différentes qu'elles soient les unes des autres, la proposition de la majorité à laquelle je vous demande de vous rallier.

Abs. 2 Bst. d – Al. 2 let. d

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Lepori Bonetti	100 Stimmen
Dagegen	65 Stimmen

Abs. 2 Bst. e, 2bis, 2ter – Al. 2 let. e, 2bis, 2ter

Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire

Für den Antrag Hafner Ursula	75 Stimmen
Für den Antrag Gonseth	41 Stimmen

Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire
Für den Antrag Hafner Ursula 68 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 56 Stimmen

Definitive, namentliche Abstimmung
Vote définitif, par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen:
Votent pour la proposition de la majorité:
Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Bezzola, Binder, Blatter, Blocher, Bonny, Borradori, Bühler Simeon, Bührer Gerold, Bürgi, Caccia, Camponovo, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Couchepin, Darbellay, David, Deiss, Dettling, Dormann, Dreher, Ducret, Dünki, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Graber, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Maitre, Mamie, Maspoli, Mauch Rolf, Maurer, Miesch, Moser, Nabholz, Nebiker, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Ruf, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schwab, Schweingruber, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steiner Rudolf, Stucky, Suter, Theubet, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Weyeneth, Wick, Zwahlen, Zwygart (112)

Für den Antrag Hafner Ursula stimmen:
Votent pour la proposition Hafner Ursula:
Aguet, Bär, Baumann, Bäumlin, Béguelin, Bodenmann, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Caspar-Hutter, Danuser, de Dardel, Eggenberger, Fankhauser, Fasel, von Felten, Goll, Gonseth, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Hämmerle, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Ostermann, Rechsteiner, Ruffy, Schmid Peter, Segmüller, Seiler Rolf, Stamm Judith, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Tschopp, Vollmer, Weder Hansjürg, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger (51)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
Grendelmeier, Lepori Bonetti, Maeder, Wiederkehr (4)

Abwesend sind – Sont absents:
Bircher Peter, Bischof, Borel François, Borer Roland, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Carobbio, Diener, Duvoisin, Frey Claude, Herczog, Jeanprêtre, Jöri, Keller Rudolf, Leuenberger Moritz, Meyer Theo, Misteli, Mühlemann, Müller, Narbel, Neuenschwander, Robert, Rohrbasser, Scherrer Werner, Sieber, Spielmann, Stalder, Steinemann, Thür, Tschäppät Alexander, Wittenwiler, Wyss William (32)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:
Haller (1)

Abs. 2quater – Al. 2quater

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 138 Stimmen
Für den Antrag Zisyadis 20 Stimmen

Abs. 3 – Al. 3
Angenommen – Adopté

Die Sitzung wird von 19.40 Uhr bis 20.45 Uhr unterbrochen
La séance est interrompue de 19 h 40 à 20 h 45

Art. 14
Antrag der Kommission
Abs. 4
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 5 (neu)
Versicherte, die an einer arbeitsmarktlichen Massnahme teilnehmen, haben keine Wartezeiten zu bestehen. Von dieser Bestimmung ausgenommen sind Studenten sowie Schulabgänger und Maturanden ohne Berufsabschluss.

Antrag Zisyadis
Abs. 4
Unverändert
Abs. 5 (neu)
Streichen

Art. 14
Proposition de la commission
Al. 4
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 5 (nouveau)
Les assurés qui participent à une mesure de marché du travail ne sont pas soumis à un délai d'attente. Cette disposition ne s'applique pas aux étudiants ainsi qu'aux écoliers et bacheliers sans formation professionnelle.

Proposition Zisyadis
Al. 4
Inchangé
Al. 5 (nouveau)
Biffer

Zisyadis Josef (–, VD): A l'article 14, je propose de maintenir le texte en vigueur de la loi à l'alinéa 4 et de biffer l'alinéa 5, pour les raisons suivantes:
Le délai d'attente de 12 mois pour les jeunes qui ne sont pas au bénéfice d'un certificat d'apprentissage ou d'un titre universitaire n'est pas cohérent avec la volonté d'insertion que vous avez nettement affichée. Je crois avoir entendu des arguments disant que la révision de la loi était faite pour les jeunes et qu'il y avait des perspectives pour eux dans le cadre de cette loi. Je ne comprends donc pas qu'on essaie de mettre en place une pénalisation assez extrême basée, j'imagine, sur un certain nombre de faits qui ont été révélés dans la presse, notamment au sujet des étudiants.
La sélectivité de notre système universitaire mène souvent à l'échec, et c'est tout naturellement vers la vie active que se tournent les jeunes qui arrivent au bout de cet échec. Or, ils ne pourront pas participer aux programmes d'occupation et iront directement à l'assistance publique, qui, vous le savez, est payée par les cantons et les communes. Cette pénalisation n'est à mon avis pas souhaitable. 12 mois de délai d'attente pour cette catégorie sociale, c'est énorme. L'objectif doit être l'insertion rapide dans le marché du travail, malgré l'échec scolaire ou universitaire que ces étudiants ont dû subir. Ils doivent donc pouvoir bénéficier des programmes d'occupation des offices de placement, sans ségrégation et tout de suite, comme les autres catégories sociales. Dans ces conditions, et vu la proposition de la commission, je crois qu'il est encore préférable d'en rester au texte de la loi actuelle.
Pour ma part, je regrette que cette révision soit faible, on peut même dire très faible, en matière d'insertion des jeunes, alors même qu'ils constituent une des catégories les plus importantes de chômeurs. Nous avons la responsabilité envers eux de faire un effort particulier de prévention. Je ne crois pas

que nous pouvons abandonner sans autre cette catégorie sociale.
C'est pourquoi je vous invite à supprimer l'alinéa 5 et à maintenir le texte en vigueur à l'alinéa 4.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich bin nicht sicher, ob bei Herrn Zisyadis nicht ein Missverständnis vorliegt. In Tat und Wahrheit ist es doch so, dass der Antrag der Kommission für die jungen Arbeitslosen eine Verbesserung bringt. Ich möchte das erläutern.
Wir haben zwei Kategorien von jugendlichen Arbeitslosen: Wir haben solche, die ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben, sei es als Lehrlinge, als HTL- oder HWV-Absolventen, als Absolventen mit Berufsdiplom oder als Universitätsabgänger. Alle diese sind jetzt im Gesetz im Absatz 5 erwähnt, sie fallen unter den Begriff der Studienabgänger mit abgeschlossener Ausbildung. Allen, die nach den Studien keine Stelle finden, bietet der Kommissionsantrag bei Arbeitslosigkeit die Möglichkeit, sofort in eine arbeitsmarktliche Massnahme – mit Taggeldanspruch – einzutreten. Als Massnahme kommen Praktika in Betracht. Wir wollen also Lehr- und Studienabgängern mit abgeschlossener Ausbildung die Möglichkeit eröffnen, im Rahmen einer Arbeitsmarktmassnahme ein Berufspraktikum zu absolvieren, wo sie dann auch Taggelder erhalten. Allerdings: Taggelder nicht auf der Basis – wie das heute geschieht – eines vielleicht einmal zu erreichenden Lohnes, sondern bei den Lehrlingen im Prinzip ausgehend vom letzten Lehrlingslohn und bei den Studenten, die abgeschlossen haben, ausgehend etwa von den Stipendienansätzen, die sie am Schluss des Studiums hatten. Auf dieser Basis sollen sie Praktika in Betrieben absolvieren und in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Diese Leute werden später eine grössere Chance haben, auf dem Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden, wenn sie Studium plus Praktikum ausweisen können. Das ist ein Fortschritt gegenüber der heutigen Lage.
Hingegen – das ist in Absatz 4 festgehalten – sind wir der Meinung, dass die zweite Kategorie von Jugendlichen, jene, die keinen Berufsabschluss haben, nicht in die Arbeitslosenversicherung übertreten sollen, auch nicht in Arbeitsmarktmassnahmen. Sie sollen zuerst einen Berufsabschluss machen, sei es eine Lehre, sei es eine andere Ausbildung, die sie befähigt, nachher einen Beruf auszuüben. Das betrifft insbesondere die Maturanden und Studenten, die ihre Studien abbrechen. Sie sollen zuerst eine Ausbildung absolvieren, die sie zu einer Berufsausübung befähigt, und zwar nicht auf Kosten der Arbeitslosenversicherung. Aus diesem Grund ist für sie definitiv eine zwölfmonatige Wartezeit vorgesehen.
Die Kommission hat also eine differenzierte Lösung getroffen. Ich ersuche Sie, ihr zuzustimmen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Pour régler un cas qui pose problème, M. Zisyadis demande de supprimer totalement le délai d'attente pour les jeunes qui voudraient éviter d'avoir une formation et qui recourraient au chômage tout de suite.
Il évoque un cas particulier sur lequel j'ai encore des interrogations et qui a été soulevé par l'Union nationale des Etudiants de Suisse. C'est celui de l'étudiant qui, après avoir passé sa maturité, entreprend des études universitaires et qui, ayant échoué deux fois au cours de ses études, ne peut plus se représenter et doit quitter l'université. Ce cas-là me paraît en effet poser un problème. D'après les dispositions que nous avons décidées, si j'ai bien compris, il devrait attendre 12 mois pour avoir droit à une indemnité de chômage. Or, il peut y avoir un certain nombre de cas difficiles, par exemple le cas de l'étudiant qui a dû emprunter, qui n'a pas réussi à terminer ses études universitaires et qui se retrouve sur le pavé, sans droit au chômage et sans place de travail.
C'est un cas particulier qui mérite examen. Il faut espérer que le Conseil des Etats s'intéresse à ce problème et que, en tous les cas, le Conseil fédéral réponde à la question de savoir si on peut le régler par une ordonnance ou s'il faut créer une divergence. Je pense qu'on doit pouvoir le régler au moyen d'une ordonnance.
Toutefois, ce n'est pas parce que ce cas particulier mérite examen qu'il faut supprimer la totalité de la disposition. Celle-ci a été introduite parce qu'il y avait véritablement le scandale d'un certain nombre de gens qui renonçaient à une formation sanctionnée par un diplôme pour bénéficier de l'assurance-chômage.
Je vous invite à écouter attentivement la réponse du Conseil fédéral et s'il répond à la question précise de l'étudiant qui échoue en cours d'études universitaires, il ne faut en aucun cas accepter la proposition Zisyadis. Sans réponse, je vous conseille quand même de refuser cette proposition parce que, pour régler un cas particulier, on ne peut pas ouvrir la porte à de multiples abus. Mais ce cas particulier mérite attention, je le répète.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: La proposition Zisyadis, qui consisterait à maintenir le texte actuel de l'alinéa 4 – mais attention, le texte actuel est celui du droit positif en vigueur maintenant, ce n'est pas celui du projet du Conseil des Etats; c'est donc bien le droit en vigueur dont il s'agit – et qui consiste ensuite à biffer l'alinéa 5 doit être combattue. C'est en effet l'un des domaines, Monsieur Zisyadis, où l'on a enregistré non pas le plus d'abus – au sens juridique du terme il n'y avait pas d'abus –, mais où véritablement nous pouvons nous ménager un certain délai d'attente entre le moment où l'on quitte ses études et le moment où, n'ayant pas trouvé un emploi, on doit toucher son indemnité de chômage.
Il est assez évident que dans ce cas-là, une recherche préalable d'emploi, qui exige par définition un certain temps, peut et doit être exigée. C'est le sens de ce qui a été décidé par le Conseil des Etats, lequel d'ailleurs va plus loin que le projet du Conseil fédéral. Celui-ci parlait d'un délai de 6 mois au maximum; le Conseil des Etats a voté un délai de 12 mois au maximum.
C'est là que je peux répondre à Monsieur le rapporteur de langue française, qui cite le cas tout à fait légitime de cet étudiant qui, étant exclu d'université en suite de deux échecs, se trouve vraiment dans une situation particulière par rapport à celui qui a suivi la filière normale tout à la douce, et qui sans trop se presser cherche un emploi qu'il ne trouve évidemment pas. Il s'agit en l'occurrence d'un délai maximum et je dis que par la voie de l'ordonnance il sera possible de régler des cas de ce type d'une manière extrêmement facile tout en respectant la lettre et l'esprit de la loi telle que vous l'aurez accouchée.
Dans cette perspective je ne crois pas, Monsieur Zisyadis, qu'il serait opportun d'introduire une règle générale à partir de ce cas particulier, digne d'intérêt en effet. Il peut être réglé par voie d'ordonnance, mais la généralité doit être située ailleurs.
La proposition de la commission me paraît en l'occurrence devoir être suivie.

Abs. 4 – Al. 4

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	117 Stimmen
Für den Antrag Zisyadis	10 Stimmen

Abs. 5 – Al. 5

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	113 Stimmen
Für den Antrag Zisyadis	8 Stimmen

Art. 15
Antrag der Kommission
Abs. 4
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 15
Proposition de la commission
Al. 4
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 16
Antrag der Kommission
Abs. 1, 2 Einleitung, Bst. a, e–g, i, Abs. 4
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2 Bst. b
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Minderheit
(Dreher, Blocher, Mauch Rolf)
Streichen

Abs. 2 Bst. c
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Minderheit
(Blocher, Dreher, Früh, Mauch Rolf, Nebiker, Stucky)
c. dem Alter oder dem Gesundheitszustand ....

Abs. 2 Bst. d
Mehrheit
d. die Wiederbeschäftigung des Arbeitslosen in seinem Beruf wesentlich erschwert, falls darauf in absehbarer Zeit überhaupt Aussicht besteht;
Minderheit
(Dreher, Blocher, Mauch Rolf, Nebiker)
Streichen

Abs. 2 Bst. h
h. dem Arbeitslosen einen Lohn einbringt, der geringer ist als 70 Prozent des versicherten Verdienstes, es sei denn, der Versicherte erhalte Kompensationsleistungen nach Artikel 24 (Zwischenverdienst). Mit Zustimmung der tripartiten Kommission kann das regionale Arbeitsvermittlungszentrum in Ausnahmefällen auch eine Arbeit für zumutbar erklären, deren Entlöhnung weniger als 70 Prozent des versicherten Verdienstes beträgt.
Abs. 3, 5
Streichen

Antrag Comby
Abs. 6 (neu)
Die privaten Arbeitsvermittlungsstellen und Temporärarbeitsfirmen können zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen und so den öffentlichen Arbeitsvermittlungsämtern eine wertvolle Unterstützung bieten.

Art. 16
Proposition de la commission
Al. 1, 2 introduction, let. a, e–g, i, al. 4
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2 let. b
Majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Minorité
(Dreher, Blocher, Mauch Rolf)
Biffer

Al. 2 let. c
Majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Minorité
(Blocher, Dreher, Früh, Mauch Rolf, Nebiker, Stucky)
c. .... à l'âge ou à l'état de santé ....

Al. 2 let. d
Majorité
d. compromet dans une notable mesure le retour du chômeur dans sa profession, pour autant qu'il y ait une telle perspective dans un délai raisonnable;
Minorité
(Dreher, Blocher, Mauch Rolf, Nebiker)
Biffer

Al. 2 let. h
h. procure au chômeur une rémunération qui est inférieure à 70 pour cent du gain assuré, sauf si l'assuré touche des indemnités compensatoires conformément à l'article 24 (gain intermédiaire); l'office régional de placement peut exceptionnellement, avec l'approbation de la commission tripartite, déclarer convenable un travail dont la rémunération est inférieure à 70 pour cent du gain assuré.
Al. 3, 5
Biffer

Proposition Comby
Al. 6 (nouveau)
Les agences de placement privé et les entreprises de travail temporaire peuvent contribuer à combattre le chômage et ainsi apporter une aide précieuse aux offices de placement public.

Abs. 1, 2 Einleitung, Bst. a, e–i, Abs. 3–5
Al. 1, 2 introduction, let. a, e–i, al. 3–5
Angenommen – Adopté

Dreher Michael (A, ZH), Sprecher der Minderheit: Sie sehen, dass ein Minderheitsantrag zur Streichung von Absatz 2 Litera b vorliegt. Diese Litera besagt, eine Arbeit sei unzumutbar und von der Annahmepflicht ausgenommen, wenn «nicht angemessen auf die Fähigkeiten oder auf die bisherige Tätigkeit des Arbeitslosen Rücksicht» genommen werde.
Im weiteren existiert ein Minderheitsantrag zu Litera d, wonach eine Arbeit unzumutbar und von der Annahmepflicht ausgenommen sein soll, welche «die Wiederbeschäftigung des Arbeitslosen in seinem Beruf wesentlich erschwert, falls darauf in absehbarer Zeit überhaupt Aussicht besteht».
Es ist aus der Sicht der FP-Fraktion vollkommen klar, dass die Rahmenbedingungen für die Zumutbarkeit von Arbeit enger gefasst werden müssen.
Ich habe bei der Durchsicht der Fahne, als sie uns das erste Mal ins Haus flatterte, bei Artikel 16, «Zumutbare Arbeit», gesehen, dass im bisher geltenden Gesetzestext zahlreiche Kriterien bezüglich Zumutbarkeit aufgeführt waren. Neu heisst es nun: «Der Arbeitslose muss zur Schadensminderung grundsätzlich jede Arbeit unverzüglich annehmen.» Andererseits sind in Artikel 16 Absatz 2 die Kriterien bezüglich Unzumutbarkeit wesentlich erweitert worden.
Es geht in den Literae b und d um die Schaffung und den Ausbau von Gummiparagraphen, welche es dem Frechen, dem Faulen und dem Verwöhnten ermöglichen, mit allerlei Ausflüchten die Bestimmung von Artikel 16 Absatz 1 zu umgehen. Diese Kreise werden es aufgrund dieser Unzumutbarkeitsregelungen schaffen, sich mit Hilfe aller möglichen Verbündeten bis hin zu Ärzten von der in Artikel 16 Absatz 1 stipulierten Pflicht zu drücken, um weiterhin vom System zu profitieren.
Aus diesem Grund haben wir diese beiden Minderheitsanträge gestellt. Sie sind aus unserer Sicht gerechtfertigt. Es ist notwendig, dass auch hier einmal Zeichen gesetzt werden und dass wir nicht immer nur darüber reden, man müsse die Bedingungen etwas straffen. In der Praxis wird man ja nicht eine Krankenschwester in den Strassenbau oder einen arbeitslosen Cellolehrer in eine Stahlgiesserei schicken oder umgekehrt einen Gussputzer als Cellolehrer einsetzen.
Ich bitte Sie, diese Minderheitsanträge zu unterstützen und mit der Streichung der Literae b und d vermehrt Klarheit zu schaffen. Herr Blocher wird dann die Litera c noch eliminieren wollen, so dass wir hier tatsächlich etwas gemacht hätten, um die Versicherung in Zukunft zu entlasten.

Blocher Christoph (V, ZH), Sprecher der Minderheit: Einer der Missstände, die heute bestehen, hat hier seine Ursache: Es gibt viel zu viele Gründe, aus welchen man eine Arbeit ablehnen kann. Nicht alle Unzumutbarkeitsgründe sind ungerechtfertigt, aber es gibt viel zu viele. Wie ist es bis heute gewesen? Jemand konnte sagen, dass die Arbeit unzumutbar sei, weil sie seinem Beruf nicht entspreche, weil sie nicht ortsüblich sei, weil sie nicht dem Gesamtarbeitsvertrag entspreche, weil sie nicht den normalarbeitsvertraglichen Bedingungen entspre-

che, weil sie auf die Fähigkeiten nicht angemessen Rücksicht nehme, weil die bisherige Tätigkeit des Arbeitslosen nicht damit in Übereinstimmung stehe, weil sie nicht dem Alter entspreche, weil die persönlichen Verhältnisse es nicht zuliessen, weil es der Gesundheitszustand nicht erlaube, weil sie nicht mit der möglichen Wiederbeschäftigung im Beruf des Arbeitslosen in Übereinstimmung stehe, weil sie dem Arbeitslosen einen Lohn einbringe, der zu gering sei. Es sind so viele Gründe, dass man praktisch nie eine Arbeit annehmen muss.
Jetzt haben wir uns dazu durchgerungen, dass wir das ändern wollen. Zumutbar ist von jetzt an jede Arbeit. Das sehen Sie in Absatz 1: «Der Arbeitslose muss zur Schadensminderung grundsätzlich jede Arbeit unverzüglich annehmen.» Dafür heisst es dann in Absatz 2, unzumutbar sei eine Arbeit, welche mit dem Beruf nicht übereinstimme, welche nicht ortsüblich sei, welche den gesamtarbeitsvertraglichen Bedingungen nicht entspreche, welche den normalarbeitsvertraglichen Bedingungen nicht entspreche, welche nicht angemessen auf die Fähigkeiten Rücksicht nehme, welche auf die bisherige Tätigkeit des Arbeitslosen zuwenig Rücksicht nehme, welche dem Alter, den persönlichen Verhältnissen, dem Gesundheitszustand usw. nicht entspreche. Genau die gleichen Gründe sehen wir jetzt einfach im Gesetz als Ausnahmen der Zumutbarkeit vor.
Wir müssen etwas machen. Ich sage nochmals: Nicht alle diese Gründe sind falsch. Aber es gibt solche, die Sie immer anführen können. Es ist wie bei der Regelung, dass jemand, der selber kündigt, nicht automatisch sofort eine Arbeitslosenentschädigung erhält. Wer aber kündigt und dann darlegt, es sei ihm nicht zuzumuten gewesen, dort noch länger zu arbeiten – und diesen Nachweis wird man immer erbringen können –, bekommt die Entschädigung sofort. Wir haben so viele Gründe für die Unzumutbarkeit. Wenn Sie das Arbeitslosenproblem im Detail kennen, nicht nur aus den Statistiken, und der Frage nachgehen, woran es liegt, dann werden Sie sehen, dass man sich immer auf diese Gründe beruft.
Was will mein Minderheitsantrag? Unter Buchstabe b steht: «.... nicht angemessen auf die Fähigkeiten oder auf die bisherige Tätigkeit des Arbeitslosen Rücksicht nimmt». Unter Buchstabe c steht: «.... den persönlichen Verhältnissen ....». Es wird aber doch kein Arbeitgeber jemanden anstellen, der nicht über die für diese Stelle notwendigen Fähigkeiten verfügt. Dafür sorgt schon der Arbeitgeber. Und wenn ein Arbeitgeber findet, jemand besitze die verlangte Fähigkeit, kann der andere doch nicht sagen, der Arbeitgeber nehme auf seine Fähigkeiten nicht angemessen Rücksicht. Oder der Stellensuchende kann doch nicht sagen, er wäre zu einer Arbeit fähig, aber diese Arbeit stimme nicht mit seinen bisherigen Tätigkeiten überein, er habe bisher eine ganz andere Arbeit verrichtet.
Ein sehr dehnbarer Begriff sind die «persönlichen Verhältnisse». Sie können immer sagen, eine Arbeit sei Ihren persönlichen Verhältnissen nicht angemessen.
Darum müssen Sie diese paar – nur diese paar – Kriterien streichen, sonst werden Sie diese Missbräuche nie eliminieren können. Denken Sie daran: Diejenigen, die arbeiten, zahlen für die Versicherung. Sie kennen das Problem der Arbeitslosenversicherung nicht nur von der Statistik her. Sie sagen nicht einfach, es gebe nach der Statistik etwa 164 000 Arbeitslose und 5900 offene Stellen, folglich sei das Problem vorhanden; sondern sie erleben das tagtäglich.
Darum müssen Sie die gröbsten Missbräuche ausmerzen, und das können Sie tun, wenn Sie diesen Minderheitsanträgen zustimmen.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ausgangspunkt von Artikel 16 Absatz 2 sind die Beschlüsse des Ständerates, basierend auf der Vorlage des Bundesrates. Der Bundesrat und der Ständerat haben bereits eine grundsätzliche Wende vollzogen, indem jetzt im Gesetz als Grundsatz festgelegt wird, dass jede Arbeit zumutbar ist. Unzumutbarkeitsgründe werden im Gesetz als Ausnahmen aufgeführt. Diese Umkehr führt dazu, dass die Zumutbarkeit verstärkt und als Regel in den Vordergrund gestellt wird. Die Ausnahmefälle müssen im einzelnen begründet sein.
Was hier von den Herren Dreher und Blocher vorgetragen worden ist, entspricht im Grundgedanken einem Misstrauen gegenüber den Vollzugsorganen. Das heisst, man traut den Vollzugsorganen, den kantonalen und kommunalen Arbeitsämtern, nicht zu, korrekt zu entscheiden. Ich kann das nachvollziehen; es ist möglich, dass es solche Fälle gibt. Darum schlagen wir von der Kommission aus auch vor, dass sich die Kantone an den Kosten beteiligen müssen. Ohne Kostenbeteiligung besteht die Gefahr, dass die Zumutbarkeit einer Arbeit bei extensiver Auslegung verneint wird. Es hängt ganz wesentlich von den Vollzugsorganen ab, wie sie das handhaben. Damit die Vollzugsorgane in den Kantonen die Kostenfolgen mitbedenken, müssen die Kantone an den Kosten ihrer Vollzugsarbeit beteiligt werden.
Die Ausnahmen, die hier aufgeführt sind und an denen die Kommissionsmehrheit festhält, sind berechtigt. Es geht nicht um die Möglichkeit, Beschäftigungsprogrammen auszuweichen. Dort sind die Konditionen wesentlich härter: Dort kann keiner geltend machen, wegen seiner Fähigkeiten könne er nicht an einem Beschäftigungsprogramm teilnehmen; dort kann keiner geltend machen, die Wiederbeschäftigung würde dadurch erschwert. Nach unserer Überzeugung ist es wichtig, dass jeder Arbeitslose in die Pflicht genommen werden kann, in ein Beschäftigungsprogramm zu gehen; dort darf er fast keine Einwände erheben.
Wenn es hingegen darum geht, dass er wieder eine Stelle auf Dauer antreten soll, müssen diese Gründe berücksichtigt werden. Herr Blocher hat selbst ausgeführt, es habe keinen Sinn, Leute zur Annahme einer Stelle zu verpflichten, die auf ihre Fähigkeiten und ihre bisherige Tätigkeit nicht angemessen Rücksicht nimmt (Bst. b). Es hat auch keinen Sinn, Leuten eine Stelle zuzumuten, die die Wiederbeschäftigung in ihrem Beruf auf Dauer wesentlich erschwert (Bst. d). Damit erweisen Sie weder diesen Personen noch dem Arbeitsmarkt einen Dienst, denn diese Personen werden über kurz oder lang wieder bei der Arbeitslosenkasse anklopfen und in die Arbeitslosigkeit übertreten. Es ist richtig, dort, wo der Schritt in die definitive Wiedereingliederung und in den Beruf erfolgt, diese Randbedingungen vorzusehen.
Herr Blocher wendet sich insbesondere gegen die Berücksichtigung der «persönlichen Verhältnisse» in Buchstabe c. Diese Regelung hat bis jetzt – jedenfalls in der Gerichtspraxis – zu keinen Missbräuchen Anlass gegeben. Was darunter verstanden wird: beispielsweise eine Frau, die Kinder zu erziehen hat. Es ist richtig, auf die Aufgabe der Kindererziehung, die zu den persönlichen Verhältnissen gehört, bei der Beurteilung der Zumutbarkeit Rücksicht zu nehmen. Auf solche Fälle ist diese Bestimmung zugeschnitten, und sie ist bis jetzt nicht anders angewendet worden.
Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, bei Absatz 2 Buchstabe b, c und d der Mehrheit zu folgen.

Brunner Christiane (S, GE): Il est pour moi important d'intervenir sur la définition du travail convenable.
Cette définition constituait un des éléments les plus controversés par les organisations de travailleurs et de travailleuses dans le projet de loi tel qu'il a été présenté par le Conseil fédéral. Il était dès lors logique que cette disposition ait également constitué un des points délicats dans les discussions qui ont conduit au consensus des partenaires sociaux.
L'introduction du nouveau concept afférent à la priorité de la réinsertion des chômeurs et à l'introduction de deux catégories d'indemnités journalières, les normales et les spécifiques liées à l'obligation de participer à des mesures actives sur le marché de l'emploi, a notablement contribué à la formation de ce consensus au sujet de la définition du travail convenable.
L'objectif des trois propositions de minorité – Dreher, Blocher et encore Dreher – est très clair. Il s'agit de vider de son contenu la notion de travail convenable et d'écraser les chômeurs et les chômeuses en les obligeant à accepter n'importe quel travail à n'importe quelles conditions.
Tout d'abord, la première proposition de minorité qui vise à biffer la lettre b de l'article 16 alinéa 2: un chômeur ou une chômeuse devrait accepter un travail même s'il ne tient pas raisonnablement compte de ses aptitudes ou de l'activité exercée

précédemment. Pourtant, quand on dit «raisonnablement compte», cette disposition est déjà extrêmement nuancée dans sa formulation. Il n'y a rien de plus normal que de tenir compte des capacités et du travail exercé précédemment par une personne, surtout dans des limites raisonnables telles qu'elles sont définies dans le texte de la loi.
La proposition de minorité Blocher en ce qui concerne la lettre c est bien pire. Elle obligerait tout chômeur et toute chômeuse à accepter un travail qui ne convient pas à sa situation personnelle, et cela pourrait avoir des conséquences extrêmement graves pour certaines catégories d'assurés – M. David, rapporteur de langue allemande, l'a dit: ce sont notamment les femmes qui exercent des responsabilités familiales. En amputant la disposition de la notion même de situation personnelle, comme le demande M. Blocher, on pourrait par exemple exiger d'une mère de famille qu'elle accepte une place de travail éloignée de son domicile, ne lui permettant pas d'être à la maison aux heures des repas ou lorsque les enfants rentrent de l'école; on pourrait exiger d'une femme qui met son enfant à la crèche qu'elle accepte des horaires de travail qui ne sont absolument pas compatibles avec les horaires d'ouverture de la crèche en question; les femmes qui assument des responsabilités familiales sont légion et je pourrais multiplier les exemples à l'infini – mais ce n'est sûrement pas M. Blocher qui les connaît. Par conséquent, il y a toute une catégorie qui est visée par la proposition de minorité Blocher.
La troisième proposition de minorité (Dreher) demande de biffer la lettre d de l'article 16 alinéa 2, qui définit comme travail non convenable un travail qui «compromet dans une notable mesure le retour du chômeur dans sa profession, pour autant qu'il y ait une telle perspective dans un délai raisonnable».
Le Conseil fédéral, dans son projet, qui était différent, avait biffé la condition qu'il y ait une telle perspective dans un délai raisonnable. La majorité de la commission a réintroduit cette condition et estime qu'ainsi la version de l'article 16 alinéa 2 lettre d est suffisamment nuancée pour exclure tout abus.
Nous vous recommandons donc le rejet des trois propositions de minorité.

Jaeger Franz (U, SG): Gestatten Sie mir, die Minderheitsanträge, angeführt von den Herren Dreher und Blocher, noch etwas differenzierter zu beleuchten. Wir alle sind uns einig, dass in diesem Gesetz insbesondere ein Schutz gegen den Missbrauch geschaffen werden muss, denn der Missbrauch ist eine Beleidigung für all jene, die wirklich unschuldig arbeitslos geworden sind. Wir müssen auch das Prinzip der Selbstverantwortung stärken. Darüber haben wir heute morgen gesprochen. Auch da herrscht Konsens. Meiner Auffassung nach ist es nicht so, dass – wie es Herr Dreher gesagt hat – durch die Regeln über die Ausnahmen von der Zumutbarkeit auf der ganzen Linie Schleusen geöffnet würden. Es braucht Unzumutbarkeitsregeln. Wir haben hier durch die Kürzung der Taggelder für genügend Schutz gegen den Missbrauch gesorgt. Wir müssen uns im klaren sein, dass es sich um echte Härtefälle handeln kann und dass es Regeln braucht.
In Buchstabe b geht es um die Fähigkeiten. Wenn Sie diese Unzumutbarkeitsregel fallenlassen, werden Sie Arbeitslosigkeit künstlich aus der Welt schaffen: Für eine kurze Übergangszeit werden Leute beschäftigt, die bald wieder arbeitslos werden könnten. Anerkennung der Unzumutbarkeit von Wiedereingliederungen in Berufe, die die Wiederbeschäftigung des Arbeitslosen im ursprünglichen Beruf wesentlich erschweren: Ich akzeptiere auch das. Wir haben das berühmte Beispiel vom Konzertgeiger, den man nicht an den Pressluftbohrer schicken kann, weil er nachher in seinem Beruf nur noch Vibrato spielen könnte; das haben wir begriffen.
Aber auf der anderen Seite muss ich davor warnen: Sie können nicht einfach alles öffnen, und mit den «persönlichen Verhältnissen», Frau Brunner Christiane, schaffen Sie eine Schleuse für Missbrauch! Ich muss da auch den Kommissionspräsidenten etwas kritisieren, wenn er sagt: Vertrauen wir den Vollzugsbehörden! Es ist nämlich nicht richtig, dass man die Stelle kündigen kann und dann ohne Probleme zu den Taggeldern kommt. Das geht so nicht! Und wenn man in unserem Zusammenhang persönliche Gründe geltend machen kann, werden Sie immer wieder Schlaumeier finden, die in einen oder andern Kanton dank der dort etwas largeren Vollzugspraxis ein Schlupfloch finden. Herr Kommissionspräsident, das ist leider die Praxis!
Wir sollten deshalb der Minderheit Blocher bei Absatz 2 Buchstabe c zustimmen und die beiden Minderheitsanträge zu den Buchstaben b und d, die von Herrn Dreher vertreten werden, ablehnen. Das ist ein Weg, den wir verantworten können. Er entspricht unseren Prinzipien. Ich bin überzeugt, das wäre auch die sinnvolle, richtige Lösung.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Dans la loi que nous vous proposons, le principe de l'obligation d'accepter un travail est fixé et nous parlons maintenant des exceptions qui permettent de refuser un travail jugé pas convenable. Cette notion de travail convenable revient deux fois dans la loi: une fois pour un travail qui serait proposé pendant qu'on touche les indemnités ordinaires et une deuxième fois dans le cas des programmes temporaires d'occupation. Quelles sont les raisons qui permettent à quelqu'un de refuser un programme d'occupation?
Il est évident qu'il doit y avoir une certaine gradation entre ces deux étapes. Dans la deuxième étape, l'acceptation d'un programme d'occupation, le travail convenable doit être défini d'une manière plus large parce qu'on en est au programme de secours et on doit forcer la dose à l'égard du chômeur. Les conditions de l'article 16 sont donc celles qui sont prévues pour le travail que l'on propose lorsque l'on en est encore à toucher les indemnités ordinaires qui, comme vous le savez, sont réduites par rapport à la situation actuelle. A l'article 72a, on dit quelles sont les conditions qui restent pour refuser un programme d'occupation. Elles sont beaucoup moins nombreuses, il n'en reste que cinq sur les neuf évoquées ici.
Revenons en aux propositions de minorité Dreher et Blocher. Finalement, elles touchent au bon sens, et les conditions qui restent pour le programme d'occupation touchent à l'arbitraire, quoique ici on peut dire que les conditions qui sont énumérées relèvent du bon sens. Si on veut la réintégration de quelqu'un il ne faut pas l'obliger à accepter un travail qui pourrait compromettre celle-ci. C'est pourtant ce que M. Blocher voudrait faire en supprimant l'article 16 alinéa 2 lettre d: «compromet dans une notable mesure le retour du chômeur dans sa profession». Ce serait ridicule, durant les 150 premiers jours si on a moins de 40 ans, de compromettre le retour du chômeur dans sa profession, lui imposer un travail qui serait dangeureux dans cette perspective. Ce serait aller contre l'esprit même de la loi que nous proposons. Par contre, pour le programme d'occupation, on peut lui imposer un travail qui compromettrait le retour dans sa profession, l'article 72a le permet.
Donc la proposition de minorité Dreher à la lettre d ne concerne que la première période du chômage, celle pendant laquelle on touche les indemnités ordinaires.
M. Blocher voudrait, lui, pouvoir imposer un travail qui ne correspond pas à la situation personnelle du chômeur. Or, vous savez que cette notion a été assez bien définie par le Tribunal fédéral et qu'elle ne permet pas des interprétations folles et trop larges.
Monsieur Dreher, pour la lettre b, cela tient du bon sens: si raisonnablement on ne tient pas compte des aptitudes du chômeur ou de l'activité qu'il a précédemment exercée, où va-t-on? Je crois que ce n'est pas quelque chose d'absolument inconcevable que de demander au placeur de tenir compte des aptitudes du chômeur dans l'activité qu'il a précédemment exercé.
Je vous demande en conclusion de voter la solution de la majorité. Elle est beaucoup plus dure que la situation actuelle et elle ne concerne que les indemnités ordinaires dont le nombre a été réduit. Pour le programme d'occupation il y a d'autres conditions beaucoup plus dures, beaucoup plus restrictives et qui sont justifiées par le caractère extraordinaire de ces indemnités supplémentaires.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Cet article 16 et cette définition du travail convenable sont assurément un des carrefours de la loi, car c'est à partir de l'interprétation de ce

travail convenable et de la définition qu'on en donne que peuvent, apparemment en tout cas, s'accomplir un certain nombre d'erreurs de parcours, de résistances injustifiées des chômeurs au placement, bref, que peuvent surgir de nombreux sujets de contestation de l'esprit et de la lettre de la loi sur l'assurance-chômage.
C'est la raison pour laquelle, dans les travaux préparatoires, cet article 16, Travail convenable, a été l'un des articles les plus travaillés et retravaillés qui soient.
En particulier, la consultation puis les travaux d'élaboration nous ont conduits à supprimer, dans le projet du Conseil fédéral, l'actuelle lettre e, laquelle disait qu'un travail convenable devait procurer au chômeur «une rémunération qui ne soit pas inférieure à l'indemnité de chômage à laquelle il a droit». En allemand: Eine Arbeit ist zumutbar, wenn sie «dem Arbeitslosen einen Lohn einbringt, der nicht geringer ist als die ihm zustehende Arbeitslosenentschädigung». Cela, Messieurs Blocher et Dreher, a disparu de la loi que vous discutez, parce qu'on a pensé, en effet, qu'il y avait nécessité de rendre plus rigoureuse cette notion du travail convenable.
J'aimerais attirer l'attention de tout le Conseil sur le fait que le projet du Conseil fédéral n'est pas le texte de la législation en vigueur, mais un texte amputé de cette disposition très importante.
Sur sa lancée, la minorité Dreher voudrait également biffer la lettre b. Or, lorsque nous disons qu'il s'agit de tenir «raisonnablement compte», je crois que nous exprimons une notion de bon sens. Cela signifie tout simplement que lorsque la durée du chômage augmente, il faut tenir compte dans une moindre mesure des aptitudes du chômeur et de l'activité exercée auparavant par ce chômeur, mais cela ne doit pas être le fait et l'a priori au début du chômage. Cette notion de tenir «raisonnablement compte» n'est pas une notion caoutchouc, à laquelle on pourra faire dire tout et le contraire. Elle est une notion que nous pouvons, entre gens de bon sens et de bonne foi, comprendre d'une seule voix. Cela fait partie de la solution proposée par les partenaires sociaux et, à ce titre-là, mérite d'être retenu, car ce n'est pas le fruit du hasard ou d'une inspiration unilatérale. Si, a contrario, Monsieur Dreher, on n'en tenait pas compte, alors véritablement on aurait là une notion très dure, même brutale du travail convenable, et ce n'est pas ce que nous voulons.
De même, pour en rester toujours aux propositions de minorité Dreher, la lettre d, qui consisterait à ne pas s'occuper de la réinsertion du chômeur si possible dans son ancienne profession, doit être maintenue. Il est bien clair que, là encore, avec le temps, l'espoir d'être réinséré dans sa profession et dans nulle autre diminuera peu à peu, mais il n'empêche qu'il serait inadmissible, par l'inexistence d'une lettre d, d'envoyer, manu militari, du jour au lendemain, le violoniste aux travaux lourds de la forêt.
Voilà pourquoi, aux lettres b et d, nous vous proposons d'en rester aux propositions de la majorité et de ne pas retenir les propositions de minorité Dreher.
J'en viens à la lettre c et à la proposition de minorité Blocher, complaisamment relayé par M. Jaeger. Je crois que, si on lisait, à la lettre c, que l'on va tenir compte des goûts des clients, de leurs petits desiderata, de leurs habitudes, et que tout cela va entrer dans l'équation, vous auriez raison de dire que cette lettre c n'a pas sa place dans cet article. Mais la situation personnelle, c'est autre chose que la prise en compte des goûts ou des habitudes des intéressés. La situation personnelle – et elle a été définie par la jurisprudence du Tribunal fédéral – fait partie de l'organisation de la vie d'un individu, fait partie des inéluctables conditions de sa vie familiale, notamment, dont certaines sont incompatibles avec certains types de travaux alors qu'elles sont compatibles avec d'autres types d'emplois.
On a cité, mais je le cite à nouveau, l'exemple de la mère de famille qui doit élever seule des enfants et à laquelle on ne peut tout de même pas imposer un travail avec lequel il lui serait absolument impossible de s'occuper de ses enfants un certain nombre d'heures, et d'heures choisies, dans la journée. La situation personnelle, Monsieur Blocher, ce n'est pas, je le répète, une notion confortable, dont chacun pourrait se prévaloir – certains n'aiment pas se lever avant 10 heures le matin et pourraient se prévaloir de cette habitude pour invoquer la situation personnelle –, non, la situation personnelle c'est quelque chose qui est bien défini, qui fait partie intrinsèque de la vie d'un individu, de son comportement, et il est raisonnable que l'on tienne compte, là aussi, de cet élément.
Voilà pourquoi, comme pour la lettre b et la lettre d, je vous demande, à la lettre c, de suivre la majorité de votre commission.

Abs. 2 Bst. b – Al. 2 let. b

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 108 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 52 Stimmen

Abs. 2 Bst. c – Al. 2 let. c

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 96 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 64 Stimmen

Abs. 2 Bst. d – Al. 2 let. d

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 118 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 42 Stimmen

Abs. 6 – Al. 6

Comby Bernard (R, VS): Dans un premier temps, je tiens à relever avec satisfaction qu'à l'avenir les mesures actives seront privilégiées au détriment des mesures dites passives qui ne visent que le versement d'indemnités sous quelque forme que ce soit. A n'en pas douter, l'exigence de contre-prestations responsabilisera plus que jusqu'ici les différents partenaires s'occupant du chômage en général. Dans cette optique, je souhaite que les agences de placement privées et les entreprises de travail temporaire puissent contribuer activement à la lutte contre le chômage en collaborant à cet effet avec les offices de placement publics.
Selon un rapport de l'OIT, plusieurs Etats reconnaissent aujourd'hui que seule une collaboration intelligente entre les agences privées et publiques constitue une stratégie efficace dans la lutte contre le chômage. Dès lors, je souhaite que le travail temporaire soit considéré également comme une mesure active. Dans ce sens, je demande que la Confédération, les cantons et les communes recherchent une collaboration systématique de la part des agences de placement privées et de travail temporaire afin de mieux résoudre à l'avenir la problématique du chômage.
Le rapport Andersen propose d'engager un placeur public pour environ 100 chômeurs. Dans cette hypothèse, il faudrait donc nommer quelques 1850 placeurs publics. Si je salue la création d'offices régionaux de placement s'inspirant de l'expérience vaudoise, j'estime qu'il faut éviter dans la mesure du possible de nommer de nouveaux fonctionnaires en recherchant plutôt une meilleure complémentarité avec le secteur privé.
Ma proposition permettra une utilisation plus judicieuse des deniers publics en réalisant une meilleure adéquation entre l'offre et la demande d'emploi dans l'intérêt des chômeurs eux-mêmes.
En conclusion, il s'agit d'offrir une passerelle entre le chômage et l'emploi permanent en assurant principalement par biais d'affectations de travail temporaire une intégration graduelle des demandeurs d'emploi.
Monsieur le Conseiller fédéral Delamuraz, si vous me donnez l'assurance que ma proposition est prise en compte à l'article 85, je suis prêt à la retirer. On peut effectivement se poser la question de savoir s'il fallait l'introduire à cet article. Je l'ai fait parce qu'il est question ici de «travail convenable». On aurait alors dû ajouter «travail temporaire». Je crois que la meilleure place serait à l'article 85. Si vous me donnez une réponse positive, je suis prêt à retirer ma proposition.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Wir stimmen in der Kommission mit der Zielrichtung des Antrages Comby zu Artikel 16 Absatz 6 (neu) überein. Sie ist in den Vorschlägen der Kommission bereits enthalten: Wir schlagen Ihnen in Artikel 85 Absatz 1 Buchstabe a vor, die privaten Stellenvermittlungsinstitutionen beizuziehen.
In diesem Sinne ist das Anliegen von Herrn Comby erfüllt. Ich bitte ihn daher, seinen Antrag zurückzuziehen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je crois que je puis donner l'assurance à M. Comby que les agences de placement privées et que les entreprises de placement temporaire ont leur place, tout particulièrement dans ce réseau où des relais doivent être établis entre les demandeurs d'emplois et les offreurs d'emploi. Ce sont des entreprises qui, au premier chef, appartiendront à la liste des offices de placement, des offices du travail et de ces offices régionaux dont la loi établit l'existence. A cet égard, il serait en effet – du point de vue de la forme de la loi – préférable de ne pas l'enrichir de l'article 16 alinéa 6 (nouveau). En réalité, les choses iront bien dans le sens que vous pensez.

Präsidentin: Herr Comby hat seinen Antrag zurückgezogen. Damit ist der Artikel bereinigt.

Art. 17
Antrag der Kommission
Titel
Pflichten des Arbeitslosen und Kontrollvorschriften
Abs. 1
Der Versicherte, der Versicherungsleistungen beanspruchen will, muss, unterstützt durch das zuständige Arbeitsamt, ...
Abs. 2
Der Versicherte muss sich möglichst frühzeitig, jedoch spätestens am ersten Tag, für den er Leistungen gemäss Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a oder b beansprucht, persönlich ....
Abs. 3
Der Arbeitslose muss eine vermittelte zumutbare Arbeit annehmen. Er hat auf Weisung des zuständigen Arbeitsamtes angemessene ....
Abs. 4, 5
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 17
Proposition de la commission
Titre
Devoirs du chômeur et prescriptions de contrôle
Al. 1
L'assuré qui fait valoir des prestations d'assurance doit, avec l'assistance de l'office du travail compétent, ...
Al. 2
En vue de son placement, l'assuré est tenu de se présenter à l'office du travail de son domicile aussitôt que possible, mais au plus tard le premier jour pour lequel il prétend à des indemnités selon l'article 7 alinéa 2 lettre a ou b; ....
Al. 3
Le chômeur est tenu d'accepter le travail convenable qui lui est proposé. Il a l'obligation, lorsque l'office du travail compétent le lui enjoint, ...
Al. 4, 5
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 18
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
Die Bezugsberechtigung beginnt nach fünf Tagen kontrollierter Arbeitslosigkeit nach der Anmeldung gemäss Artikel 17 Absatz 2 respektive nach Eintritt der Arbeitslosigkeit. Der Entschädigungsanspruch ....
Minderheit I
(Blocher, Dreher, Früh, Mauch Rolf, Nebiker, Schwab, Stucky)
Die Bezugsberechtigung beginnt 30 Tage nach dem Eintritt der Arbeitslosigkeit. Der Entschädigungsanspruch ....
Minderheit II
(Brunner Christiane, Baumann, Bodenmann, Deiss, Hämmerle, Ledergerber, Matthey, Strahm Rudolf, Theubet, Thür)
Ablehnung des Antrages der Mehrheit

Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 4 (neu)
Das Taggeld von Versicherten, die Vorruhestandsleistungen der beruflichen Vorsorge beziehen, darf zusammen mit einem allfälligen Zwischenverdienst 90 Prozent des letzten massgebenden versicherten Verdienstes vor der Pensionierung nicht übersteigen.

Art. 18
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
Le droit de toucher l'indemnité commence à courir après cinq jours de chômage contrôlé qui suivent le jour où l'assuré s'est présenté à l'Office du travail conformément à l'article 17 alinéa 2, soit après le début du chômage. Le droit à l'indemnité ....
Minorité I
(Blocher, Dreher, Früh, Mauch Rolf, Nebiker, Schwab, Stucky)
Le droit aux prestations commence 30 jours après le début du chômage. Le droit à l'indemnité ....
Minorité II
(Brunner Christiane, Baumann, Bodenmann, Deiss, Hämmerle, Ledergerber, Matthey, Strahm Rudolf, Theubet, Thür)
Rejeter la proposition de la majorité

Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 4 (nouveau)
Le total de l'indemnité journalière de l'assuré qui bénéficie de prestations de préretraite de la prévoyance professionnelle et d'un éventuel gain intermédiaire ne doit pas dépasser le 90 pour cent du dernier gain assuré déterminant avant la mise à la retraite.

Abs. 1 – Al. 1

Blocher Christoph (V, ZH), Sprecher der Minderheit I: Wenn etwas Neues in diesem Gesetz steht, das vielleicht Wirksamkeit haben könnte und das über die politischen Vorträglein hinausgeht, in denen man jeweilen behauptet, man werde wirklich etwas gegen die Missstände tun, dann ist es vielleicht die Einführung einer Karenzfrist. Bisher hat man immer gesagt, bei den Arbeitslosenkassen müsse «hinten» abgeschnitten werden und die Taggelder müssten gekürzt werden.
Nach dem Versicherungsprinzip ist es so: Damit etwas funktioniert und nicht ins Unermessliche führt – bzw. damit die Missbräuche nicht so gross werden, dass das Ganze schliesslich nicht mehr mit einer vernünftigen Prämie bezahlt werden kann –, muss ein Selbstbehalt eingeführt werden. Alle Privatversicherungen kennen daher Selbstbehalte. Wo das nicht der Fall ist oder nicht der Fall war, hat es nicht funktioniert; die Sache ist aus dem Ruder gelaufen. Der Sinn einer Karenzfrist ist der, dass man die Selbstverantwortung des Versicherten stärkt und miteinbezieht. Diejenigen, welche für mehr Selbstverantwortung eintreten, müssen das doch anerkennen.
Jemand, der versichert ist und Prämien bezahlt, um im Falle einer Arbeitslosigkeit – wenn er arbeiten möchte, jedoch keine Stelle findet – gesichert zu sein, und der weiss, dass er am Anfang eine gewisse Zeit selbst für sich aufkommen muss, wird eben dafür sorgen, dass er wenn immer möglich nie arbeitslos wird. Eine Karenzfrist für die ersten 30 Tage heisst für den Versicherten: Ich muss dafür sorgen, dass ich eine Vorsorge habe, mit der ich, falls ich arbeitslos werde, auch ohne Bezahlung einen Monat leben kann. Es wird sicher Einkommen geben, die so klein oder so ungünstig sind, dass einem das nicht möglich ist. In diesem Fall muss die Fürsorge einspringen. Es ist aber nicht wahr, dass alle, die arbeitslos werden, «arme Molche» sind. Eine 30tägige Karenzfrist wird dazu führen, dass

viel weniger Leute in die Arbeitslosigkeit geraten. Sie werden schon während der Beschäftigung dafür sorgen, dass sie nahtlos in eine neue Beschäftigung wechseln können.
Wenn man das berechnet – ich habe das nicht getan, sondern es wurde in einem Gutachten ausgerechnet, welches die Kommission in Auftrag gegeben hatte –, hat das eine sofortige Entlastung der Arbeitslosenkasse von 1,25 Milliarden Franken zur Folge. Der Effekt ist natürlich viel grösser: Wenn jemand im ersten Monat nicht arbeitslos sein will, wird er es auch im zweiten und dritten Monat nicht sein. Ich schätze, dass die Einsparung bei 1,5 Milliarden Franken liegt. Dies würde dazu führen, dass wir bei 150 000 Arbeitslosen sehr nahe an den defizitfreien Zustand kämen. Darum plädiert die Minderheit I für die Karenzfrist von 30 Tagen.
Es ist dann geltend gemacht worden, dass die Arbeitslosen einfach an die Fürsorgeämter gelangen. Uns fehlen die Zahlen: Wie viele derjenigen, die arbeitslos werden, würden nach Einführung der 30tägigen Karenzfrist fürsorgepflichtig? Es gibt aber eine Zahl, die interessant ist. Die einzige Untersuchung, die vorliegt, stammt aus der Stadt Basel. Da hat man untersucht, wie viele der Ausgesteuerten, derjenigen also, die bereits 400 Tage lang Arbeitslosengeld bezogen haben, dann fürsorgepflichtig geworden sind. Von 800 Ausgesteuerten waren dies 39, und das war nicht im ersten Monat, sondern nach 400 Tagen! Das sind also 5 Prozent. Alle anderen haben entweder eine Arbeit gefunden oder hatten eine Einkommenssituation, die oberhalb der Grenze lag. Darum werden es im ersten Monat sicher weniger Fälle sein.
Ich glaube, es gibt keine andere Methode, um hier wirklich einzugreifen, als die Selbstverantwortung zu stärken und den Selbstbehalt einzuführen. Dieser muss natürlich lange genug dauern, sonst wird er nicht helfen.
In der Kommission ist gesagt worden, das widerspreche einer internationalen Abmachung; man habe 1991 einen Vertrag mit der ILO, einer Unterorganisation der Uno, unterschrieben. Danach dürfe die Frist nicht länger sein als sieben Tage bzw. fünf Arbeitstage. Dieser Vertrag sei erst auf das Jahr 2002 kündbar. Da merken Sie, was wir immer wieder unterschreiben. Wir verpflichten uns dauernd zu irgend etwas. Wenn man etwas machen will, wie es einem richtig scheint, heisst es: Das Völkerrecht und internationale Abmachungen sprechen dagegen.
Auf die Frage in der Kommission, was im Widerhandlungsfall passieren würde, war die Antwort: Eigentlich nichts, ausser dass wir dann ein schlechtes Ansehen hätten. Nach der Gesamtabstimmung in der Kommission habe ich einen Brief bekommen, in dem man mir schrieb: Nein, nein, es sei ganz anders; eine solche Bestimmung könnte man dann auch vor internationalen Gerichten anfechten, und da könnte ein Arbeitsloser Recht bekommen. Ich dulde es nicht, dass wir uns dauernd solche Fesseln anlegen und uns internationalen Verpflichtungen und Verträgen beugen sollen, die für uns völlig wertlos sind und die uns im Moment zu irgend etwas verpflichten, weil sie gerade aktuell sind, so dass wir uns dann nicht mehr für eine richtige Lösung entscheiden können.
Die Kommissionsmehrheit hat wenigstens den Gedanken der Karenzfrist – das ist schon ein mutiger Schritt – aufgenommen und hat – das ist bequem – gesagt: Wir verhalten uns nicht völkerrechtswidrig und gehen auf fünf Tage. Das ist etwas, aber es ist natürlich gleichzeitig auch nichts. Das wird sehr, sehr wenig bringen, diese eine Woche; aber wenn Sie dann schon nicht den 30 Tagen gemäss Antrag der Minderheit I zustimmen können, dann wenigstens der Variante der Mehrheit.
Es gibt natürlich andere Lösungen. Es kommt weiter hinten noch ein Eventualantrag. Sie können damit natürlich den gleichen Effekt erreichen. Das ist dann nicht mehr ILO-widrig und nicht völkerrechtswidrig. Sie können nämlich nach der Karenzfrist so niedrige Leistungen beschliessen, wie Sie wollen; das ist dann die andere Seite. Wenn Sie für zwei Monate auf 40 Prozent gehen, dann haben Sie einen ähnlichen Effekt.
Aber ich meine, der von der Minderheit I vorgeschlagene Weg wäre der bessere. Er ist auch sozial verantwortbar und auch für diejenigen, die Arbeiten verrichten, ein guter Vorschlag. Er widerspricht auch nicht den allgemeinen Versicherungsverpflichtungen. Für mich ist das eine Pièce de résistance dieses Gesetzes und für viele andere auch, namentlich für Leute, die arbeiten und Beiträge bezahlen.

Brunner Christiane (S, GE), porte-parole de la minorité II: L'idée d'introduire un délai de carence n'a jamais fait partie des discussions entre les partenaires sociaux, parce qu'elle représente un élément complètement étranger au système de l'assurance-chômage. L'assurance-chômage est une assurance pour perte de gain, qui a pour objectif d'assurer un revenu de substitution dès le moment où le risque survient, c'est-à-dire dès le moment où la personne perd son emploi. Le délai de carence n'a pas sa raison d'être dans l'assurance-chômage, parce qu'il est contraire au principe même de cette assurance. Monsieur Blocher, on ne peut pas faire la comparaison avec d'autres assurances, par exemple l'assurance-maladie ou l'assurance-accidents, qui connaissent, elles, un délai de carence. Dans ces systèmes d'assurance, la perte de gain subie par le travailleur ou la travailleuse pendant le délai de carence est finalement prise en charge par l'employeur et, par définition, dans l'assurance-chômage, il ne peut en être de même pour la perte de gain d'une personne qui a perdu son emploi et qui, par conséquent, n'a bien évidemment plus d'employeur.
La minorité I (Blocher) et toutes les personnes qui veulent introduire un délai de carence pour les personnes au chômage n'ont aucune idée de la réalité de vie de la majorité des personnes qui vivent dans ce pays. Ils partent de l'idée que toutes les travailleuses et les travailleurs disposent d'un coussin financier, qu'ils ont tous leur bas de laine à la banque, leur permettant de vivre pendant des semaines de leurs réserves, quand le salaire vient à manquer. Ce n'est pas du tout la réalité que je connais, et je puis vous assurer que je connais bien la réalité de ces personnes-là.
Mon syndicat a fait un sondage auprès des ouvrières de la métallurgie et de l'horlogerie, pour savoir quelles étaient leur situation familiale et leurs conditions de vie. Les résultats de cette enquête révèlent une réalité que beaucoup de personnes dans cette enceinte n'arrivent même pas à imaginer. Il en ressort que l'écrasante majorité des ouvrières avec enfants travaillent à l'usine par nécessité économique, pour permettre à la famille de tourner. Et comme disait l'une d'entre elles en réponse à notre questionnaire: «Sans le salaire de la femme, une famille ne peut pas exister. Tout est beaucoup trop cher, le loyer, l'assurance-maladie, tout.»
Une famille suisse moyenne, une famille avec deux enfants, dispose d'un revenu d'environ 5000 francs par mois. C'est un revenu qui oblige à établir un budget très strict, à soupeser chaque sou avant de le dépenser, car il n'y a pas que le loyer, la nourriture, les vêtements et l'assurance-maladie à payer, il faut penser aussi à mettre de côté l'argent pour les impôts, il faut prévoir l'imprévu, comme les frais dentaires pour les enfants, par exemple. Ces familles-là, et elles sont la majorité dans notre pays, arrivent tout juste à tourner.
En admettant malgré tout qu'un certain nombre de personnes aient réussi à faire quelques économies, il serait choquant, lorsque le revenu vient à manquer en raison du chômage, de les contraindre à consommer d'abord les quelques sous mis de côté, en les privant des indemnités de chômage juste au moment où débutent les difficultés financières. Car ne l'oublions pas, le revenu de substitution de l'assurance-chômage ne couvre au mieux que quatre cinquièmes du revenu antérieur, et les économies qu'on a éventuellement réalisées vont servir à couvrir le déficit manquant pendant la période de chômage.
De plus, les économies qui pourraient être réalisées grâce à un délai de carence d'une semaine seraient de fausses économies. Elles déchargeraient le fonds de l'assurance-chômage d'environ 200 millions de francs, mais ce seraient 200 millions de francs pris sur le dos des personnes en général les plus défavorisées, 200 millions de francs qui toucheraient avant tout, si j'ose le dire sous cette forme, le chômeur moyen ou la chômeuse moyenne.
Ces économies faites d'un côté seraient de toute façon accompagnées d'un accroissement des dépenses dans d'autres domaines. Beaucoup de personnes au chômage se trou-

veraient rapidement dans une situation précaire les obligeant à recourir à des emprunts ou à solliciter des contributions de l'assistance sociale. Finalement, c'est la collectivité qui devrait assumer les charges supplémentaires ainsi engendrées. Mais au passage, la dignité des personnes concernées par le chômage aura été gravement atteinte, et cela sans qu'elles l'aient mérité.
Le nouveau système d'assurance-chômage proposé par les partenaires sociaux est le résultat de délibérations où chaque partie a fait des concessions, mais il y a une limite aux concessions que l'on peut demander. Je pense que cette limite est dépassée avec la proposition de la majorité de la commission d'introduire un délai de carence de cinq jours de chômage. Cette disposition est particulièrement inadéquate, d'abord parce qu'elle introduit une notion de pénalisation de la personne au chômage, alors que la nouvelle philosophie proposée est axée sur la prévention et la collaboration entre les demandeurs d'emploi, l'assurance-chômage et les organes d'exécution; ensuite, parce qu'elle est contraire à l'objectif même de l'assurance-chômage qui est d'empêcher la chute des personnes au chômage dans la précarité et dans la marginalité.
Je considère que la proposition de la majorité de la commission, prise avec la voix prépondérante du président, est une provocation. Si l'on voulait mettre en péril le consensus négocié entre les partenaires sociaux, on ne s'y prendrait pas autrement.
C'est la raison pour laquelle je vous propose de suivre la proposition de la minorité II visant à biffer toute notion de délai de carence à l'article 18 alinéa 1er.

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Eigentlich müsste man in dieser Frage, wie das schon Herr Nebiker angeführt hat, rein versicherungstechnisch vorgehen. Ein Selbstbehalt von 30 Tagen ist in anderen Versicherungssparten durchaus der Normalfall. Ich nehme die Krankengeldversicherung, bei der man Verträge abschliessen kann, nach denen erst ab dem dritten oder sogar ab dem 30. Tag eine Leistung vorgesehen ist. Man kann eine höhere oder tiefere Prämie zahlen; diese Verträge führen zu unterschiedlichen Prämien.
Wäre die Arbeitslosenversicherung auch eine reine Versicherung, müsste man selbstverständlich für die 30 Tage stimmen in der Meinung, dass nur das versichert werden muss, was man nicht selber bezahlen und tragen kann. Aber ich weiss, das ist eine völlig veraltete Philosophie. Dass man nur das versichert, was man nicht selber tragen kann, gehört heute zum alten Eisen. Heute haben wir ein überdimensioniertes Sicherheitsdenken. Risiken will niemand mehr übernehmen. Risiken tragen heute nur noch die Kleinunternehmer, die mit Haut und Haaren und auch noch mit Geld in ihren Betrieben engagiert sind. Alle andern wollen sämtliche Risiken bis zum letzten versichern.
Nun haben wir erfahren, dass bezüglich dieser 30 Tage ein internationales Abkommen besteht. Das habe ich auch gelesen. Eigentlich müsste ich zu meinem Kollegen Blocher sagen: Dann sollten wir jeweils vorsichtiger sein, wenn wir solche Übereinkünfte unterzeichnen! Denn die Bundesversammlung hat die Empfehlung (Nr. 176) über Beschäftigungsförderung und den Schutz gegen Arbeitslosigkeit mit Bundesbeschluss vom 21. Juni 1990 genehmigt und den Bundesrat zur Ratifizierung dieses Übereinkommens ermächtigt. Die Fessel, die wir heute haben, haben wir uns selber angelegt. Mit ihr müssen wir leben.
Wenn Frau Brunner Christiane sagt, dass die Anhänger einer Karenzfrist «aucune idée» von den Realitäten hätten, so ist das wohl etwas danebengegriffen. Auch wir haben wohl eine Vorstellung vom Ablauf der Dinge. Ich habe in dieser Kommission auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass in der Schweiz anscheinend viele Leute auf den nächsten Lohn angewiesen sind, damit sie die Miete und die Krankenkassenprämien für den nächsten Monat bezahlen können. Aber vielleicht liegt das nicht nur an dieser Frage; vielleicht liegt das auch an den Leuten, weil sie meinen, sie könnten sich auch mit relativ niedrigen Löhnen alles leisten, was wir uns alles leisten können.
Für die FDP-Fraktion ist die Einführung einer Karenzzeit von fünf Arbeitstagen eine klare Ausgangslage und ein absolutes Erfordernis. Davon hängt für uns das Ja oder das Nein in der Schlussabstimmung ab. Diese Einsparung von 130 Millionen Franken müssen wir realisieren. Das wird von uns verlangt; wir müssen Einsparungen vornehmen. Ich bin dem Berichterstatter dankbar dafür, dass er den Mut gehabt hat zuzustimmen, dass wir diese Karenzfrist einführen können.
Ich bitte Sie eindringlich, bei Artikel 18 Absatz 1 dem Antrag der Mehrheit auf Einführung einer Karenzfrist zuzustimmen.

Jaeger Franz (U, SG): Herr Blocher hat auf zwei Punkte hingewiesen: erstens auf die Einsparungen mit einer 30tägigen Karenzfrist und zweitens auf die verstärkte Verankerung des Selbstverantwortungsprinzips. Aufgrund der Fakten kann ich bestätigen: Es ist in der Tat so, dass bei einer Arbeitslosigkeit, wie wir sie in der letzten Zeit hatten, mit der einmonatigen Karenzfrist etwa 1,2 Milliarden Franken hätten eingespart werden können. Dieses Sparpotential geht zurzeit auf etwa 800 Millionen Franken zurück. Es ist auch richtig, dass damit die Selbstverantwortung ganz sicher nochmals wesentlich verstärkt würde. Von daher gesehen müsste man über diesen Antrag sicher nachdenken. Das wurde in der Kommission gemacht.
Ich muss jedoch ganz klar sagen: Meine Fraktion kann sich diesem Antrag nicht anschliessen. Es gibt dafür ganz wesentliche Gründe; sie wurden bereits dargelegt, und ich möchte sie nicht wiederholen. Immerhin möchte ich darauf hinweisen: Selbst wenn Sie den Gedanken des Selbstbehaltes hier einbringen und darauf hinweisen, dass es sich um eine Versicherung handelt, müssen Sie sich im klaren darüber sein, dass es bei der Arbeitslosenversicherung nicht um eine «normale» Versicherung geht. Es geht um ein Versicherungswerk, in welchem der Solidaritätsgedanke und die Verständigung zwischen den Sozialpartnern eine ganz wesentliche Rolle spielen. Sie können deshalb jetzt nicht einfach die 30tägige Karenzfrist aus der Krankenversicherung auf dieses Versicherungswerk übertragen! Abgesehen davon haben Sie dort verschiedene Optionen. Sie können zwischen einer mehrtägigen oder einer einmonatigen Karenzfrist wählen. Das können Sie hier nicht. Hier ist die Karenzfrist gesetzlich geregelt; ein Monat ist ein Monat, und eine andere Option gibt es nicht.
Wir haben zudem ein internationales Abkommen; dieses Abkommen müssten wir kündigen. Wir hätten mit gerichtlichen Verfahren zu rechnen; das hat Herr Blocher selber gesagt. Von daher gesehen ist die 30tägige Karenzfrist gar nicht möglich. Sie ist auch eine Provokation, nachdem man sich in der Subkommission mit den Sozialpartnern auf eine mittlere Lösung geeinigt hat, wie sie nun von der Kommissionsmehrheit beantragt wird.
Nun wird aber die Fünftagelösung, die mit der ILO-Konvention absolut konform ist, ebenfalls kritisiert und in einem Minderheitsantrag II abgelehnt. Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass diese fünf Tage zu verantworten sind, und zwar aus folgenden Gründen:
1. In diesen ersten fünf Tagen können allfällige Missbrauchsmöglichkeiten am ehesten aufgefangen werden. Es braucht dazu keine Karenzfrist von einem Monat.
2. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir mit der Lösung der Mehrheit doch 300 Millionen Franken – beim heutigen Stand der Arbeitslosigkeit – einsparen. Zurzeit geht dieser Betrag zurück auf 180, 150 und 130 Millionen, wie das dargelegt wurde. Heute sind es aber noch höhere Beträge.
Mit anderen Worten: Wenn Sie etwas leisten wollen in Richtung Sparen, können Sie mit den fünf Tagen sehr viel erreichen. Es ist nicht richtig zu sagen, mit den fünf Tagen erreiche man nichts.
In diesem Sinne bitten wir Sie, den Minderheitsantrag I (Blocher) abzulehnen – er geht zu weit und ist nicht realisierbar – und dem Mehrheitsantrag der Kommission zustimmen.

Gros Jean-Michel (L, GE): La proposition de la majorité de la commission d'introduire un délai de carence de cinq jours ouvrables a bien sûr fait grand bruit. Celle-ci aurait en particulier pour conséquence de ruiner le patient travail visant à obtenir

un accord de tous les partenaires sociaux autour de cette révision. Ce serait évidemment très fâcheux.
Pour le groupe libéral, il faut cependant garder à l'esprit que les rôles doivent rester distincts. Les partenaires sociaux ont le grand mérite de s'être mis autour de la table pour imaginer un concept fort intéressant et dégager tous les points susceptibles d'accord. Ils se sont fort bien acquittés de cette tâche et nous leur en sommes reconnaissants. Mais les parlementaires ont un rôle supplémentaire: ils doivent s'assurer que la loi qu'ils révisent sera applicable et s'intégrera dans le contexte difficile des finances fédérales et, en l'occurrence, également cantonales. C'est dans cet objectif et dans celui-ci seulement, et non pas, comme on a pu le lire ici ou là, dans le but de punir les chômeurs, que la majorité de la commission a opté pour un délai de carence.
L'économie ainsi réalisée est loin d'être négligeable puisqu'elle s'élève à plusieurs dizaines de millions de francs. Cet effort de participation au financement de l'assurance qui est demandé aux chômeurs est d'ailleurs à mettre en parallèle avec l'effort demandé aux entreprises, aux articles 42 et suivants, là où la commission propose de supprimer les indemnités en cas d'intempéries.
Les libéraux soutiennent donc la majorité de la commission. Ils rejettent par contre la proposition de la minorité I (Blocher), qui veut porter ce délai de carence à 30 jours. C'est aller beaucoup trop loin. Certes, cette proposition allégerait considérablement l'assurance-chômage, mais nous pensons qu'elle constituerait pour une très grande part des chômeurs un fardeau trop lourd à porter. C'est méconnaître totalement la situation d'une majorité de salariés, notamment de ceux domiciliés dans les villes avec charges de famille. C'est ignorer que beaucoup d'entre eux, même correctement rémunérés, ne peuvent matériellement pas mettre de côté l'équivalent d'un mois d'économies. On peut craindre qu'un délai de carence aussi long les contraindrait à faire appel aux systèmes cantonaux d'assistance et que les économies ainsi réalisées constitueraient simplement un transfert de charges vers les cantons.
Il faut relever encore que l'acceptation de la proposition de la minorité I (Blocher) obligerait la Suisse à dénoncer la Convention de l'OIT qui interdit un délai de carence au-delà d'une semaine. Dans le contexte difficile de négociations internationales où se trouve notre pays, les libéraux pensent que le moment pour une telle dénonciation serait particulièrement mal choisi.
La version de la majorité de la commission nous semble raisonnable. Demander aux salariés d'ici à l'entrée en vigueur de la révision de la loi, c'est-à-dire au plus tôt le 1er avril 1995, de se prémunir contre l'éventualité d'une perte de revenu d'une semaine ne nous paraît pas excessif. Il en va d'ailleurs d'une certaine responsabilité individuelle qui est à mettre en rapport avec la qualité et l'ampleur des prestations offertes par l'assurance-chômage, qui se situent largement au-delà de ce qui est offert dans les autres pays. Seuls des extrêmes cas de rigueur devraient alors être pris en charge par les cantons, et ceci pendant une très courte période. Nous pourrions considérer cette charge comme supportable.
La version de la majorité de la commission constitue un bon équilibre entre les impératifs financiers et économiques, d'une part, et les nécessités sociales de l'autre. C'est pourquoi le groupe libéral vous demande de la soutenir.

Deiss Joseph (C, FR): Le groupe démocrate-chrétien est opposé à un délai de carence de l'ordre de 30 jours. Il estime que cette mesure est excessive.
Bien sûr, Monsieur Blocher, on peut faire des économies, comme vous le demandez. Mais, à partir de ce moment-là, l'assurance-chômage ne remplit plus son rôle. En poussant le raisonnement jusqu'à l'absurde, on pourrait évidemment aller à deux ou à trois mois, et finalement, économiser la totalité des prestations. Avec des arguments selon lesquels le chômeur n'a qu'à chercher du travail avant d'être licencié, ou encore qu'il n'a qu'à disposer d'économies suffisantes pour tenir tout un mois, vous soumettez en fait tout chômeur à une présomption d'abus. C'est à la limite même cynique, et n'a peut-être d'égal que la facilité avec laquelle vous faites fi de nos engagements internationaux.
Quant au délai de carence de cinq jours, la majorité du groupe démocrate-chrétien est d'accord de l'accepter. Là aussi, des objections sont à prendre en considération. On pourrait dire que la forme de franchise que cela représente s'ajoute à celle qui veut que, de toute façon, l'indemnité de chômage n'est respectivement que de 70, 80 pour cent, et revient à finalement ramener l'indemnité du premier mois à 55 ou à 60 pour cent du salaire assuré; ou pourrait-on objecter que cela est un corps étranger dans un système qui introduit déjà toute une série de mesures qui aggravent la situation des chômeurs; ou encore qu'avec cette carence de cinq jours le compromis est mis à rude épreuve.
Néanmoins, le groupe démocrate-chrétien, dans sa majorité, estime que cela constitue un signe important, pour démontrer que l'on demande, de la part des chômeurs, un effort qui compense en fait l'effort accru qui est demandé à tous ceux qui cotisent.
C'est pour cette raison que le groupe démocrate-chrétien, dans sa majorité, suivra la proposition de la majorité de la commission. Personnellement, je voterai la proposition de la minorité II (Brunner Christiane).

Ledergerber Elmar (S, ZH): Herr Blocher weiss ja, wovon er spricht, wenn er von jenen Frauen und Männern in diesem Lande erzählt, die auf die Strasse gestellt werden. Er wurde ja selber von einer Bank auf die Strasse gestellt und kann darum dieses Schicksal sehr wohl nachempfinden. Es gibt zwar, wie wir alle wissen, gewisse Unterschiede. Er hat vielleicht 1 Milliarde Franken «auf der Seite», die ihm dieses Schicksal erleichtert, und er ist an verschiedenen Geldmaschinen beteiligt, die ihm ein Einkommen in der Grössenordnung von dreistelligen Millionenzahlen pro Jahr sicherstellen.
Gerade darum ist nun dieser Minderheitsantrag I meines Erachtens in seinem Zynismus nicht mehr zu überbieten. Wenn ein Mann wie Herr Blocher, einer der reichsten Männer in der Schweiz, kommt und jenen Damen und Herren in diesem Land, welche zum grössten Teil ohne Schuld ihre Arbeit verloren haben, ein Schild mit der Aufschrift «Selbstverantwortung» vor die Nase hält und ihnen sagt, sie sollten die ersten 30 Tage von jener Versicherung, an die sie bezahlt haben, nichts bekommen, dann – so meine ich – hat der Zynismus seine Grenze erreicht.
Herr Blocher, Sie sprechen von Selbstverantwortung. Selbstverantwortung ist etwas Gutes, ich teile diese Meinung. Was Sie jedoch verlangen, ist nicht Selbstverantwortung. Ich möchte Sie daran erinnern, doch auch einmal von Verantwortung zu sprechen. Sie wissen doch genausogut wie wir, dass die Banken, zu denen Sie ja sehr gute Beziehungen haben, in dieser Rezessionsphase ihre Gewinne vervielfacht haben, dass sie Eigenkapitalrenditen von 15 Prozent erzielt und in dieser Zeit Tausende von Leuten auf die Strasse gestellt haben. Die Banken haben, bei explodierenden Gewinnen, 2000 Leute auf die Strasse gestellt. Es wäre im Rahmen von Verantwortung gegenüber Leuten, die man angestellt hatte, durchaus zumutbar und verantwortbar gewesen, die Arbeitszeit ein bisschen zu reduzieren und diese Leute zu halten.
Oder ich möchte Sie auch daran erinnern – da Sie jetzt so toll daherreden und den «Kraftmeier» heraushängen –, dass in diesem Land in den letzten vier Jahren 450 000 Arbeitsplätze vernichtet wurden. Das ist nicht die Schuld der Unternehmer; diese Arbeitsplätze sind jedoch vernichtet worden. Die Leute, welche deswegen heute auf der Strasse stehen, stehen nicht dort, weil sie Lust haben, Arbeitslosengelder zu beziehen, sondern weil sie keine Arbeit gefunden haben und finden.
Es gibt den Missbrauch, das ist ganz klar. Wir haben mit dieser Vorlage den meisten Missbräuchen einen Riegel vorgeschoben. Aber hier nun so zu argumentieren, als ob die ganze Gemeinde der Arbeitslosen nur scharf darauf wäre, Arbeitslosengelder zu beziehen, als ob sie alle arbeitsscheu wären, ist eine Verunglimpfung dieser Leute, die weiss Gott heute genug an ihrem Schicksal leiden.
Eine weitere Bemerkung: Wir haben hier ein Versicherungswerk. Frauen und Männer in diesem Land haben in diese Versicherung Prämien einbezahlt. Es gibt natürlich die Möglichkeit, dass Versicherungen sagen, dass sie erst ab dem

30. oder 60. Tag zahlen und dass der Versicherungsnehmer den Rest übernimmt. Das kann man zum Beispiel bei Taggeldversicherungen vorsehen. Aber das hat zur Folge, dass die Prämie niedrig ist. Wenn Sie vom ersten Tag an versichert sind, würden Sie es doch nie akzeptieren, dass die Versicherung kommt und sagt, es gehe ihren Bilanzen nicht ganz so gut, jetzt würde sie das Taggeld um 7 oder 30 Tage aufschieben. Das ist gegen Treu und Glauben und widerspricht der Idee der Versicherung; so kann man doch nicht verfahren!
Ein weiterer Punkt: Die Minderheit I umfasst die Herren Blocher, Dreher, Früh, Mauch Rolf, Nebiker, Schwab, Stucky. Als sie den Minderheitsantrag unterschrieben, haben alle diese Kollegen gewusst, dass die Schweiz in internationalen Verträgen gebunden ist und dass diese Karenzfrist von 30 Tagen den Verträgen, die wir eingegangen sind, widersprechen. Wir haben es heute in der «hemdsärmligen» Art von Herrn Blocher wieder gehört; er sagte, es gebe ja keine Sanktionen, also müssten wir diese Verträge nicht einhalten, wir sollten uns doch von solchen internationalen Verträgen nicht mehr knebeln lassen. Ich muss Ihnen sagen, dass ich diese Aussage ebenso schlimm finde wie die erste. Da kann ein nationaler Parlamentarier in diesem Land, in diesem Parlament auftreten und sagen: Ich pfeife auf die internationalen Verträge, wir müssen sie doch nicht einhalten, wir haben ja keine Sanktionen zu gewärtigen! Ich halte ihm entgegen: Sie haben nicht nur ganz krass gegen Ihr Gelübde verstossen, sondern Sie verstossen damit auch gegen die Würde des Parlamentes und gegen die Pflicht eines redlichen Parlamentariers!
Diese ILO-Verträge sind kein Sonntagsspaziergang, kein Hobby unserer Freunde Nordmann und Delamuraz im Volkswirtschaftsdepartement. Es geht auch dort – wie in der ganzen Wirtschaftswelt – darum, gewisse Normen, die für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig sind, im sozialen Bereich und im Arbeitsbereich international zu harmonisieren, um den Wettbewerb der verschiedenen Volkswirtschaften einigermassen ausgeglichen zu gestalten. Das ist ein Interesse, das Sie als Unternehmervertreter genausogut vertreten müssen wie die Arbeitnehmervertreter. Aber wer so daherkommt wie Sie, hat wirklich irgendwo eine Schraube locker; so geht das wirklich nicht! *(Unruhe)*
Es ist im übrigen richtig: Verschiedene Frauen und Männer, die arbeitslos werden, haben Reserven; zum Glück haben sie Reserven! Es wäre sozialpolitisch und volkswirtschaftlich falsch, diese Leute in dem Moment auszupowern, in dem sie ihre Reserven noch nötig haben werden, nämlich dann, wenn sie arbeitslos werden. Es ist schon so, dass wahrscheinlich ein grosser Prozentsatz eine Woche mit eigenen Notgroschen, mit einem Darlehen usw. überbrücken könnte. Aber viele dieser Leute haben genau diese Notgroschen noch nötig, weil sie in eine Notlage geraten sind, die über längere Zeit andauern kann. Gleich am Anfang die Reserven wegschmeissen: das würde auch kein Unternehmer machen!
Zum letzten: Herr Jaeger hat es auch vorgerechnet, die Karenzfrist von fünf Arbeitstagen bringt Einsparungen von etwa 130 bis 150 Millionen Franken. Das ist einigen von Ihnen eine derart einschneidende Massnahme wie die Karenzfrist wert!
Ich will Sie daran erinnern, dass Sie – nicht mehr heute nacht, sondern erst morgen früh – mit grosser Wahrscheinlichkeit eine Schlechtwetterentschädigung beschliessen werden, die etwa gleich viel kosten wird, die unternehmerische Risiken abdeckt, die sich in der Regel zugunsten der Unternehmer des Baugewerbes auswirkt. Dort spielen dann die Kosten überhaupt keine Rolle mehr!
Die Sozialpartner haben im Gegensatz zu dem, was gesagt worden ist, dieser Lösung nie zugestimmt. Auch Herr Hasler vom Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen hat sich dezidiert in der Öffentlichkeit gegen diese Karenzfrist gewandt. Diese Karenzfrist widerspricht dem Kompromiss, den wir zwischen den Sozialpartnern und zwischen den Parteien gefunden haben.
Ich bitte Sie, der Minderheit II zuzustimmen, denn sie präsentiert eine Lösung, die die Zukunft beinhaltet.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich möchte mich zuerst zu den Rahmenbedingungen dieses Artikels äussern. Diese Rahmenbedingungen werden durch ein Abkommen gesetzt, das unser Land abgeschlossen hat, nämlich durch das Übereinkommen (Nr. 168) über Beschäftigungsförderung und den Schutz gegen Arbeitslosigkeit im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Ihr Rat hat diesem Abkommen am 21. Juni 1990 zugestimmt aufgrund eines Berichtes von Kollege Allenspach, der damals Präsident der zuständigen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) war. Ich möchte daraus hier kurz vorlesen:
«Das Übereinkommen Nr. 168 widmet sich diesen Fragen und stellt ein internationales, der Entwicklung unserer heutigen Arbeitswelt angepasstes Instrument dar. Es schützt mindestens 85 Prozent aller Arbeitnehmer vor den Risiken der Ganz- oder Teilarbeitslosigkeit sowie der Kurzarbeit und sieht für die arbeitslosen Personen angemessene Entschädigungsbedingungen und Leistungen vor. Der Ratifikation dieses Übereinkommens stehen keine rechtlichen Hindernisse im Wege. Die Kommission begrüsst die Neuerungen des Übereinkommens Nr. 168 und vertritt die Auffassung, dass eine Ratifikation angezeigt wäre.»
Auf Antrag der Kommission und ihres Präsidenten hat damals, am 21. Juni 1990, das Plenum einstimmig – ich nehme an, dass alle hier in der Minderheit I vertretenen Personen auch im Saal waren – diesem Übereinkommen zugestimmt. Wir sind also gebunden; selbst jene, die heute eine andere Meinung vertreten, haben damals zugestimmt. Es handelt sich um einen völkerrechtlichen Vertrag. Verträge sind zu halten; es gilt der Grundsatz: pacta sunt servanda. Es ist auch ganz klar – das ist vom Bundesamt für Justiz abgeklärt worden –, dass vor den Sozialversicherungsgerichten unseres Landes der einzelne Arbeitslose sich auf dieses Abkommen berufen kann. Diese völkerrechtlichen Regeln gehen unseren nationalen Regeln vor.
Die Minderheit I, die das Völkerrecht mit ihrem Antrag brechen möchte, muss den korrekten Weg gehen, muss die Kündigung dieses Abkommens verlangen. Erst wenn das Abkommen gekündigt ist, kann im Landesrecht eine Karenzzeit angesetzt werden, die über diejenige im Abkommen hinausgeht. Wir müssen uns an die internationalen Verpflichtungen halten und dürfen es nicht einreissen lassen, dass wir hier in klarem Vertragsbruch legiferieren. Das kommt für mich und auch für die Kommissionsmehrheit nicht in Frage. Der völkerrechtlich zulässige Rahmen der Karenzfrist ist klar: Wir können und dürfen aus internationaler Verpflichtung heraus nicht über fünf Tage hinausgehen.
Das allein ist schon Grund genug, die Minderheit I abzulehnen. Ich möchte daher auf die weiteren Argumente, die zu diesem Antrag vorgetragen worden sind, nicht mehr eintreten und mich jetzt mit der Minderheit II befassen.
Frau Brunner Christiane hat dazu erklärt, die fünf Karenztage seien für die Arbeitslosen nicht zumutbar. Ich bin überzeugt, dass diese fünf Karenztage für viele Arbeitslose eine Last bedeuten werden. Über 60 Prozent der Arbeitnehmer in diesem Land verdienen 5000 Franken pro Monat oder weniger, und es wird für diese Personen schwierig sein, diese erste Zeit zu überbrücken. Trotzdem: In Anbetracht der viel grösseren Risiken, die wir mit diesem Konzept besser abdecken können – ins Gewicht fallen insbesondere der bessere Schutz gegen Langzeitarbeitslosigkeit und die Vermeidung der Degression –, rechtfertigt sich als Kompensation, zur Sicherung der Finanzierung, ein Selbstbehalt von fünf Tagen. Die Not der Finanzen verlangt dieses Opfer von den Versicherten als Beitrag an die Sanierung der Arbeitslosenversicherung.
Es trifft zu, dass wir mit den Sozialpartnern über diese Karenzfrist in der Subkommission nicht gesprochen haben. Ich gebe zu, dass die Sozialpartner der Meinung sein durften, dass diese Karenzfrist nicht kommen werde, und zwar arbeitgeberwie arbeitnehmerseitig, und dass sie daher nachher überrascht waren. Wir haben aber immer gesagt: Gesetzgeber ist das Parlament. Das Parlament muss noch andere Gesichtspunkte berücksichtigen, insbesondere die Finanzierbarkeit des ganzen Projektes. Und dieser Punkt wiegt nun hier einfach schwerer. Darum ist der Schritt der Mehrheit gerechtfertigt, diese Karenztage einzuführen.
Noch ein letztes Wort zu den Beträgen, die hier zur Diskussion stehen: Die Minderheit I (Blocher) fordert mit ihrem Antrag

30 Karenztage – das wären 21 Kontrolltage. Herr Blocher macht geltend, damit würden 1,25 Milliarden Franken eingespart. Wenn diese Zahl für den Antrag der Minderheit I zutrifft, dann resultierte für den Antrag der Mehrheit bei gleicher Berechnungsbasis eine Einsparung von 300 Millionen Franken. Wir sind indessen nach sorgfältiger Abklärung dazu gekommen, dass wir mit der Schätzung der Einsparung nicht so hoch gehen dürfen. Aber wir dürfen mit einer Einsparung im Bereich zwischen 130 und 200 Millionen Franken rechnen. Das bedeutet, dass damit ein ganz substantieller Teil an die Finanzierbarkeit der Arbeitslosenversicherung nach dem neuen Konzept beigetragen wird.
Das bringt die Mehrheit dazu, Ihnen zu empfehlen, ihrem Antrag zuzustimmen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: J'avais déjà abordé, lors du débat d'entrée en matière, les arguments qui militent en faveur du rejet de la proposition de la minorité I (Blocher).
Premier point, ce ne sont pas des économies qu'on obtiendrait par le biais d'un délai de carence de 30 jours, mais bien un transfert des charges de l'assurance-chômage sur l'assistance publique. Pour les cantons romands, particulièrement frappés par le chômage, ce serait probablement une aggravation dramatique. Ce serait un soulagement bien sûr pour les cantons qui n'ont pas ou peu de chômage et qui pourraient espérer ainsi, plus rapidement, voir diminuer les cotisations, mais ce serait un transfert à la charge des pouvoirs publics des cantons romands et du Tessin. Je crois que cela aggraverait les différences entre les régions du pays; cela pourrait même aller jusqu'à compromettre le lien confédéral, dans la mesure où on négligerait complètement la situation de cette partie de la Suisse.
Deuxième point, les 30 premiers jours ne sont pas la période pendant laquelle il y a la plupart des abus; c'est plutôt sur la longue durée que des abus peuvent être scandaleux et justifier des mesures aussi drastiques que cela.
Troisième point, 30 jours de délai de carence, cela reviendrait à coup sûr à épuiser les réserves de la plupart des chômeurs, et je crois que ce n'est pas très sain de ne pas leur laisser la capacité de faire encore face à un certain nombre de dépenses supplémentaires, ou simplement aux angoisses que peut créer l'idée d'avoir à faire face à des dépenses supplémentaires dans les semaines ou les mois qui suivent.
Enfin, il y a un accord international que nous avons voté à l'unanimité, qui nous interdit d'aller au-delà de sept jours, dont cinq jours ouvrables.
Toutes ces remarques ne s'appliquent pas, ou dans tous les cas bien moins à l'égard du délai de carence de cinq jours. D'abord, nous ne pensons pas qu'il y aura un transfert à l'assistance publique pour cinq jours. C'est possible que cela arrive pour quelques cas, mais ce seront des cas relativement rares. Quant au problème de l'abus, il est vrai aussi qu'il ne se fera pas sentir durant les cinq premiers jours, et cela a moins d'importance que lorsqu'il y a trente jours. Le risque d'épuiser les réserves en cinq jours sera moins grand que dans un délai de 30 jours.
De plus, cette disposition est conforme à l'accord international, et elle est aussi un signe très clair que l'on prend des mesures pour réduire les dépenses de l'assurance-chômage. On peut estimer l'effet d'épargne de ce délai de cinq jours à environ 130 à 200 millions de francs. Imaginez si, par malheur, il devait y avoir un référendum contre cette loi, l'arme qu'on perdrait pour faire simplement comprendre à l'opinion publique qu'on a réellement voulu faire de l'épargne, s'il n'y avait que des mesures générales ou abstraites à indiquer pour manifester cette volonté d'épargne.
Avec cette disposition, qui épargne réellement, on a aussi un signal très clair pour montrer à l'opinion publique qu'on a été disposé à prendre des mesures même dures, mais supportables et équitables pour réduire les dépenses de l'assurance-chômage.
Pour ces raisons, je vous demande de voter la proposition de la majorité de la commission. Elle n'est pas contraire à l'accord des partenaires sociaux pour la bonne raison qu'elle n'a pas fait l'objet de leur discussion. On peut donc prendre cette disposition en toute bonne conscience.

Blocher Christoph (V, ZH), Sprecher der Minderheit I: Ich kann Sie versichern, dass diese lockere Schraube angezogen worden ist, ich habe sie überprüft. Ich muss Ihnen nur sagen, wie es mit diesen internationalen Vereinbarungen steht. Es dauert Wochen, bis jemand merkt, dass es sie gibt. Und es dauert Wochen, bis jemand herausfindet, dass man sich darauf berufen könnte; am Schluss werden sie noch auf verfassungsmässigen Rang gehoben. Das ist das Interessante an diesen Abmachungen. Je nachdem beruft man sich darauf. Herr Ledergerber, Ihre Seite kümmert sich nicht darum und lanciert eine Initiative zur Freigabe der Drogen, obwohl sie allen unseren Abmachungen mit der Uno widerspricht. Das ist auch verfassungswidrig!
Ich ziehe den Antrag der Minderheit I zurück, weil man anscheinend der Meinung ist, diese internationalen Verträge seien quasi Gesetz. Ich bitte Sie aber zu beachten, was wir dauernd für Zeug unterschreiben! Ich habe in diesem Saal oft ja gesagt, aber ich habe auch sehr oft nein gesagt und habe Vorwürfe bekommen. Leider habe ich bei diesem Vertrag wahrscheinlich nicht nein gesagt. Wir sollten internationale Vereinbarungen, auch wenn sie mit dem Status quo übereinstimmen, nicht unterzeichnen, weil wir uns damit für die richtige Regelung unserer Angelegenheiten selbst die Hände binden – vor allem aber, weil sie nicht zu mehr gut sind als für die Tatsache, dass wir dabei sind.

Brunner Christiane (S, GE), porte-parole de la minorité II: J'aimerais rectifier une contrevérité qui a notamment été dite par M. Jaeger qui dit simplement que les partenaires sociaux, soit ont collaboré, soit – le rapporteur de langue française l'a dit plus élégamment – ne se sont pas posé la question de savoir si oui ou non nous voulions l'introduction d'un délai de carence dans cette loi. C'est très précisément dans nos discussions entre partenaires sociaux et sans la participation des membres de la sous-commission – il n'y a pas que M. Blocher qui a des idées – qu'on a aussi discuté de l'opportunité de l'introduction ou non d'un délai de carence. Or, aussi bien du côté de l'Union centrale des associations patronales que du côté de l'Union syndicale suisse la situation est très claire: nous ne voulons pas et nous n'acceptons pas l'introduction d'un délai de carence dans cette loi, qui n'a strictement rien à y faire et qui est contraire au système même de l'assurance-chômage. De plus, si la commission décide de faire autrement à une très courte majorité, vous ne pouvez pas prétendre simplement que les partenaires sociaux ne se sont pas prononcés sur cette question. Nous nous sommes prononcés entre nous, nous avons déclaré que non, et si la question n'a pas été soulevée en commission, il était clair pour nous que l'idée n'allait pas être présentée en commission.
M. Blocher avait annoncé à la presse, un ou deux mois avant nos travaux de sous-commission, son idée du délai de carence de 30 jours. Par conséquent, nous étions parfaitement au courant de cette idée, nous en avons discuté et nous l'avons éliminée dans cette loi parce que nous pensons que c'est quelque chose qui n'a rien à y voir et qui est totalement contre-productif.
Si vous parlez de référendum, je peux aussi vous dire que vous donnez, en introduisant la notion même de délai de carence dans l'assurance-chômage, un argument majeur à ceux qui décideraient de vouloir lancer un référendum, et je vous demande instamment de ne pas le faire.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Nous avons assez fréquenté M^me^ Brunner Christiane durant cette période pour savoir qu'elle est d'une très grande loyauté. Par conséquent, je n'ai aucune raison de contester le fait qu'en dehors de la commission, entre partenaires sociaux, ce problème a été discuté. Toujours est-il que la réalité, c'est que la sous-commission n'en a pas parlé, même en présence des partenaires sociaux, et que nous nous sentons parfaitement libres. Je suis parmi les ardents partisans d'un système de consensus et de conciliation. Mais il y a des limites, nous ne sommes pas un Etat corporatif dans lequel les partenaires sociaux décident toujours et en toutes circonstances à notre place. Il y a des moments où, après avoir été très heureux de constater que beaucoup

d'accords peuvent intervenir entre les partenaires sociaux, on dit non, cette fois-ci on n'est pas d'accord, ou sur ce point-là on veut aller plus loin. Il ne faut pas travestir la volonté de consensus et la recherche d'une certaine harmonie entre les partenaires sociaux en une sorte de législation supérieure à celle qui est voulue dans notre système démocratique. Nous sommes les législateurs, nous avons donc le droit d'agir, même si les partenaires sociaux, en dehors de notre présence, en ont décidé autrement.
Quant au référendum, vous le lancerez peut-être à cause de cela! Mais je vous garantis que si vous le perdez – vous le perdrez probablement si vous le lancez sur ce point-là – vous risquez de provoquer, à la prochaine révision de la loi, un retour de flamme qui ne sera certainement pas favorable aux intérêts que vous défendez. Il faut être très clair sur ce point, vous n'avez pas intérêt à lancer un référendum à cause de cela, mais c'est votre affaire et vous déciderez en temps opportun.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: J'enregistre tout d'abord que M. Blocher a retiré son projet d'un délai de carence de 30 jours et qu'il vous reste donc le choix entre zéro jour, proposition de minorité II (Brunner Christiane), ou cinq jours, proposition de la majorité de la commission. J'abandonne ce choix, bien entendu, selon la formule consacrée, à votre conscience. Il ne m'appartient ni de rouler pour la majorité ni de rouler pour la minorité II de la commission, qui se sont clairement exprimées l'une et l'autre.
Je veux simplement vous dire les raisons pour lesquelles le Conseil fédéral, dans son projet initial, n'avait pas prévu de délai de carence.
La première, c'est qu'il considérait que nous sommes – je répète ce que j'ai déjà dit cet après-midi – en train de traiter d'une assurance. Sans doute les assurances connaissent-elles toutes des franchises – c'est l'argument que nous avons entendu dans la première intervention de M. Blocher – et je crois que l'assurance-chômage n'y fait pas exception. Apporter une réduction de 20 ou 30 pour cent par rapport au dernier salaire d'un travailleur devenu chômeur pour fixer les indemnités de chômage à 80 ou 70 pour cent, c'est bel et bien une franchise, dont l'importance et la signification sont considérables. C'est pourquoi le Conseil fédéral n'avait pas jugé opportun d'y ajouter une franchise dans le temps dé cinq jours, sachant fort bien qu'il ne pouvait pas en parler, que c'eût été contraire à nos engagements.
La seconde raison qui a poussé le Conseil fédéral à ne pas proposer cette solution au Parlement est que la pilule ne serait décidément pas facile à avaler, en particulier pour les moins prémunis d'entre nous. En effet, si un délai de carence, ne fût-ce que d'une semaine, s'ajoute déjà aux restrictions des prestations de chômage, cela représentera, pour le premier mois, des prestations équivalant au 50 ou, au maximum, au 60 pour cent du dernier traitement. Le Conseil fédéral pense que, dans de telles circonstances, tout le monde ne peut pas aisément voir l'obstacle, contrairement à ce que l'on pourrait imaginer. Sans doute peut-on porter des jugements moraux sur l'impécuniosité d'un certain nombre de nos concitoyens et sur le fait qu'ils ne devraient pas se trouver dans une situation si fragile et si ouverte, mais peu me chaut, et la réalité objective est bien là: le Conseil fédéral n'avait pas estimé pouvoir aller dans cette direction qui, encore une fois, vise tout particulièrement les moins prémunis d'entre nous.
Enfin, la troisième raison pour laquelle il n'avait pas choisi une telle mesure, c'est qu'elle ne présente en réalité aucun effet dissuasif réel. Je ne vois pas en quoi, avec la première semaine enlevée du bordereau, on évitera certaine tendance à vouloir tirer au maximum les marrons du feu et la sollicitation de la caisse-chômage, je ne vois pas en quoi cela transformerait les comportements, ni comment cela créerait d'autres déclics face au chômage.
C'est l'ensemble de ces trois raisons qui, à l'époque, avait paru suffisant au Conseil fédéral pour ne pas vous proposer cela de son côté. Nous ne sommes pas en présence d'une proposition sortie réellement du consensus des partenaires sociaux, celui dont nous nous sommes beaucoup réclamés aujourd'hui à juste titre, mais ce n'est évidemment pas une raison absolue pour ne pas s'aventurer sur des parcours politiques différents et introduire cette carence.
En ce qui me concerne, je ne la juge pas opportune.

Präsidentin: Herr Blocher hat den Antrag der Minderheit I zurückgezogen.

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen:
Votent pour la proposition de la majorité:
Allenspach, Aregger, Baumberger, Bezzola, Blocher, Bonny, Borradori, Bühler Simeon, Bührer Gerold, Bürgi, Camponovo, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Couchepin, David, Dettling, Dormann, Dreher, Eggly, Engler, Eymann Christoph, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giger, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Iten Joseph, Jaeger, Jenni Peter, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Mamie, Mauch Rolf, Maurer, Meier Samuel, Miesch, Moser, Nabholz, Nebiker, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schwab, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steiner Rudolf, Stucky, Suter, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Wyss William, Zwahlen (99)

Für den Antrag der Minderheit II stimmen:
Votent pour la proposition de la minorité II:
Aguet, Bär, Bäumlin, Béguelin, Bodenmann, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Caccia, Caspar-Hutter, Danuser, Darbellay, de Dardel, Deiss, Ducret, Eggenberger, Epiney, Fankhauser, Fasel, von Felten, Goll, Gonseth, Graber, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Hämmerle, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Jeanprêtre, Keller Anton, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leuenberger Ernst, Maeder, Maitre, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meyer Theo, Ostermann, Rechsteiner, Ruffy, Schmid Peter, Seiler Rolf, Sieber, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Theubet, Vollmer, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwygart (61)

Abwesend sind – Sont absents:
Aubry, Baumann, Berger, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Borel François, Borer Roland, Bortoluzzi, Carobbio, Diener, Dünki, Duvoisin, Giezendanner, Gobet, Gysin, Herczog, Jäggi Paul, Jöri, Keller Rudolf, Leuenberger Moritz, Maspoli, Misteli, Mühlemann, Müller, Narbel, Neuenschwander, Robert, Rohrbasser, Ruf, Scherrer Werner, Spielmann, Stalder, Steinemann, Thür, Tschäppät Alexander, Weder Hansjürg, Wittenwiler (39)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:
Haller (1)

Abs. 2–4 – Al. 2–4
Angenommen – Adopté

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 23.00 Uhr
La séance est levée à 23 h 00

Zehnte Sitzung – Dixième séance

Donnerstag, 29. September 1994, Vormittag
Jeudi 29 septembre 1994, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Haller Gret (S, BE)/Frey Claude (R, NE)

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1544 hiervor – Voir page 1544 ci-devant

Art. 22
Antrag der Kommission
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 3, 4
Streichen
Abs. 5
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Stamm Luzi
Abs. 1
.... 80 Prozent des versicherten Verdienstes, jedoch maximal 60 Prozent des Höchstbetrages des versicherten Verdienstes der obligatorischen Unfallversicherung. Der Versicherte erhält ....
Abs. 3bis (neu)
Der Anspruch entfällt ganz oder teilweise, wenn die Entschädigung zusammen mit den Arbeitseinkommen der verheirateten oder im selben Haushalt wohnenden Partner den Höchstbetrag des versicherten Verdienstes der obligatorischen Unfallversicherung erreicht.

Eventualantrag Blocher
(falls der Antrag der Minderheit I zu Artikel 18 abgelehnt wird)
Abs. 1ter (neu)
Die Taggelder werden in den ersten 40 Tagen der Bezugsberechtigung gekürzt. Die Kürzung beträgt 40 Prozent, sofern dadurch das Existenzminimum nicht unterschritten wird.

Antrag Scherrer Jürg
Abs. 3
Unverändert, aber:
.... und nach dem Bezug von 170 Taggeldern um 5 Prozent des zuletzt bezogenen Betrages gekürzt. Nach dem Bezug von 200 Taggeldern wird das Taggeld auf den vom Bundesrat gemäss Absatz 4, bestimmten Betrag reduziert. Ausgenommen von der Kürzung sind die in Absatz 4 aufgeführten Arbeitslosen. Hat der Versicherte nach dem Bezug von Taggeldern ....

Antrag Allenspach
Abs. 3
Innerhalb der Rahmenfrist werden Taggelder gemäss Artikel 22 und besondere Taggelder gemäss Artikel 59b, jedoch nicht der Zuschlag, nach dem gesamthaften Bezug von je 125 Taggeldern um jeweils 5 Prozent des zuletzt bezogenen Betrages gekürzt. Der Bundesrat bestimmt die Mindestdauer der beitragspflichtigen Beschäftigung, die erneut Anrecht auf ungekürzte Taggelder ergibt.
Abs. 4
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Moser
Abs. 3bis (neu)
Der Taggeldanspruch eines Versicherten, der zusammen mit seinem Ehegatten ein Gesamterwerbseinkommen von mehr als 100 000 Franken pro Jahr erzielt, wird bei maximal 100 000 Franken pro Jahr plafoniert. Für Familien mit Unterstützungspflicht trifft der Bundesrat Sonderregelungen.

Antrag Ruckstuhl
Abs. 3bis (neu)
Der Taggeldanspruch eines Versicherten, der zusammen mit seinem im gleichen Haushalt lebenden Partner ein Gesamteinkommen von mehr als 100 000 Franken pro Jahr erzielt, wird bei maximal 100 000 Franken pro Jahr plafoniert. Für Personen mit Unterstützungspflicht kann der Bundesrat eine Sonderregelung treffen.

Art. 22
Proposition de la commission
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 3, 4
Biffer
Al. 5
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Stamm Luzi
Al. 1
.... s'élève à 80 pour cent du gain assuré, mais au plus à 60 pour cent du montant maximum du gain assuré dans l'assurance-accidents obligatoires. L'assuré touche ....
Al. 3bis (nouveau)
Le droit est intégralement ou partiellement sans objet si l'indemnité, ajoutée au revenu de l'activité lucrative du conjoint ou du partenaire partageant le même domicile que l'assuré, atteint le montant maximum du gain assuré de l'assurance-accidents obligatoire.

Proposition subsidiaire Blocher
(au cas où la proposition de la minorité I concernant l'article 18 serait rejetée)
Al. 1ter (nouveau)
L'indemnité journalière est réduite durant les 40 premiers jours suivant le début du droit aux prestations. La réduction est de 40 pour cent pour autant que le montant versé ne soit pas inférieur au minimum d'existence.

Proposition Scherrer Jürg
Al. 3
Inchangé, mais:
.... de 170 indemnités journalières. L'indemnité est réduite au montant fixé par le Conseil fédéral en vertu de l'alinéa 4 si l'assuré a touché 200 indemnités journalières. Les chômeurs mentionnés à l'alinéa 4 ne sont pas soumis à la réduction. Si après avoir ....

Proposition Allenspach
Al. 3
Dans les limites du délai-cadre, les indemnités journalières au sens de l'article 22 ainsi que les indemnités spécifiques au sens de l'article 59b, mais non le supplément, sont réduites de 5 pour cent du dernier montant après le versement global de 125 indemnités journalières. Le Conseil fédéral fixe la durée minimale de l'activité soumise à cotisation donnant à nouveau droit à des cotisations pleines et entières.
Al. 4
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Moser
Al. 3bis (nouveau)
La prétention à l'indemnité journalière d'un assuré dont le revenu total de l'activité lucrative s'élève, avec celui de son conjoint, à plus de 100 000 francs par année, est plafonnée à 100 000 francs au maximum. Le Conseil fédéral édicte une réglementation particulière pour les familles soumises à des obligations d'entretien.

Proposition Ruckstuhl
Al. 3bis (nouveau)
Le droit à l'indemnité d'un assuré qui, vivant en ménage commun avec un partenaire touche un revenu global supérieur à 100 000 francs par année, est plafonné à 100 000 francs par année. Le Conseil fédéral prévoit une réglementation particulière pour les personnes qui exercent des obligations d'entretien.

Stamm Luzi (R, AG): Wenn Sie meinen Antrag lesen, dann tönt er reichlich kompliziert. Das ist deshalb so, weil in diesem Gesetz generell darauf verzichtet wird, konkrete Zahlen zu nennen. Auch ich habe deshalb mit der Formulierung «Höchstbetrag des versicherten Verdienstes der obligatorischen Unfallversicherung» argumentiert. Diese Formulierung wird insbesondere in Artikel 23 Absatz 1 verwendet.
Mein Antrag zu Absatz 1 verlangt, dass die Höchstgrenze der Taggelder reduziert wird. Zurzeit gelten als Bemessungsgrundlage bekanntlich maximal 97 200 Franken Jahreseinkommen respektive 8100 Franken Monatseinkommen; 80 Prozent davon sind 6480 Franken pro Monat. Das scheint mir als maximale Auszahlung pro Monat zu hoch zu sein. Wenn Sie meinem Antrag folgen und auf 60 Prozent hinuntergehen, dann sind das noch 4860 Franken pro Monat statt 6480 Franken.
Aus zwei Gründen bitte ich Sie, diesem Antrag zu entsprechen:
1. Angesichts von derartigen Defiziten in der Arbeitslosenversicherung müssen wir um jede Einsparung froh sein. Natürlich sparen wir, wenn wir die Höchstsumme reduzieren.
2. Der zweite Grund ist noch wichtiger: Wie hoch diese Auszahlungen sind, wird einem insbesondere immer wieder bewusst, wenn man mit dem Ausland vergleicht. Es ist mir völlig klar, dass in der Schweiz ein anderes Preis- und Lohnniveau herrscht. Wenn Sie aber im Ausland sagen, dass die Maximalauszahlung bei uns pro Monat rund 5000 US-Dollar beträgt, kann das niemand glauben. Ich finde es auch nicht richtig, dass wir solche hohen Beträge auszahlen, während ein Grossteil unserer Bevölkerung nicht in der Lage ist, mit voller Arbeit auch nur annähernd diesen Betrag zu verdienen.
Man kann einwenden, dieser Antrag widerspreche dem Versicherungsprinzip, weil offensichtlich von einem Teil des Salärs zwar Abzüge gemacht werden, daraus aber keine Leistungen resultieren. Ich halte diesen Einwand für falsch. Wir haben dasselbe Problem bei der AHV: Ab einer gewissen Höchstlimite werden zwar Lohnabzüge getätigt, sie sind aber nicht mehr rentenrelevant, lösen also keine Leistung aus.
Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen.

Präsidentin: Ich mache Sie noch darauf aufmerksam, dass auf der Fahne bei der Bundesratsvariante fälschlicherweise nicht eingetragen ist, dass Absatz 1bis gestrichen werden soll.

Blocher Christoph (V, ZH): Sie haben diesen Antrag nicht auf der Fahne, weil er aus Zeitgründen nicht auf die Fahne gesetzt werden konnte. Der Brief mit der Information, dass gegen eine 30tägige Frist eine internationale Rechtsverpflichtung spricht, hat uns erst nach Abschluss der Lesung erreicht. Wenn wir diese Frist nicht vorsehen können, müssen wir einen anderen Weg suchen.
Wir schlagen Ihnen vor, dass die Taggelder in den ersten 40 Tagen der Bezugsberechtigung gekürzt werden und nachher ansteigen. Ich bin der Meinung, je länger jemand arbeitslos ist, desto härter trifft ihn die Kürzung. Die Karenzfrist – oder in diesem Fall besser gesagt die Franchise – müssen Sie am Anfang der Arbeitslosigkeit einführen, damit Sie eine Wirkung erzielen. Die Kürzung beträgt 40 Prozent, aber das Existenzminimum soll nicht unterschritten werden. Ein Arbeitsloser bekommt auf jeden Fall soviel Geld, wie für die Bestreitung des Existenzminimums nötig ist. Eine Kürzung um 40 Prozent entspricht etwa der Hälfte eines vollen Lohnes.
Wenn wir das durchführen würden, kann man annehmen, dass das Defizit bei der Arbeitslosenversicherung vielleicht in den nächsten Jahren nahezu ausgeglichen werden könnte. Ich sage es mit aller Vorsicht, denn in meinen Berechnungen, die sich auf Zahlen des Biga abstützen, ist immer noch jene dubiose halbe Milliarde Franken eingeschlossen, mit der man im Hinblick auf die Arbeitsbeschaffungsprogramme rechnet. Ich glaube nicht daran, dass diese Vorgabe eingehalten werden kann, aber ich muss irgendeine Berechnung zugrunde legen.
Wir sind der Meinung, dass eine solche Kürzung machbar ist, und darum ist unsere Fraktion der Meinung: Wenn 30 Tage Karenzfrist nicht möglich sind, sollten wir dieser Lösung zustimmen.

Scherrer Jürg (A, BE): So, wie ich den Antrag der Kommission auf Streichung von Absatz 3 verstehe, führt er zu Mehrkosten bei der Arbeitslosenversicherung. Mehrkosten heisst Mehrbezüge durch die Arbeitslosen, was wiederum die Möglichkeit des Missbrauches durch gewisse Arbeitslose erweitert. Je länger der Maximalbetrag ausbezahlt wird, um so länger leisten sich gewisse Betroffene ihre Arbeitslosigkeit.
Wir wissen alle, dass ohne Leistungsreduktionen die Arbeitslosenversicherung langfristig nicht finanzierbar sein wird, und ich befürchte – das gebe ich hiermit zu Protokoll –, dass die 3 Prozent Lohnabzug nicht befristet sein werden, sondern dass sie zum Dauerzustand werden. Denn es sind bis jetzt keine Ansätze zu erkennen, welche den Schluss zulassen, dass diese Versicherung wirklich dauerhaft saniert wird.
Mein Antrag zu Absatz 3 greift hier ein, wo es darum geht, längerfristig den Arbeitslosen – nach meinem Antrag nach 200 Tagen – noch den vom Bundesrat zu bestimmenden Betrag auszubezahlen. Dieser Betrag soll die Finanzierung des Lebensnotwendigen ermöglichen, nicht aber die Fortführung des bisherigen Lebensstandards. Es muss ein gewisser Druck entstehen, damit Arbeitslose eine Stelle annehmen oder sich sogar selbständig machen.
Ihnen allen sind die vielen Fälle bekannt, wo Arbeitslose sich weigern, eine Stelle anzunehmen, mit der Begründung, sie könnten ja gut so leben. Es ist nicht der Sinn der Arbeitslosenversicherung, in allen Fällen die Fortführung des bisherigen Lebensstandards zu garantieren, sondern sie soll eine Überbrückungshilfe während einer beschränkten Zeit darstellen. Die Taggelder, die ausbezahlt werden, nämlich 70 oder 80 Prozent des letzten Lohnes, reichen für niedrigere Einkommen gerade für das Lebensnotwendige. Höhere Einkommensschichten, vor allem diejenigen, die sich an der Maximalgrenze bewegen, können sich mit 80 Prozent des letzten Lohnes immer noch einen gewissen Luxus – unter Luxus verstehe ich Sachen, die zum Überleben nicht nötig sind – leisten.
Ich stelle Ihnen also den Antrag, dass nach dem Bezug von 200 Taggeldern – das sind immerhin fast 10 Monate – das Taggeld auf das absolut Wesentliche reduziert wird, um noch die Existenz zu sichern. Damit werden Missbräuche auf maximal 200 Tage begrenzt, und ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Massnahme die Finanzen der Arbeitslosenversicherung massiv entlasten und so das Problem langfristig in den Griff bekommen.

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Ich möchte den Antrag Allenspach begründen, wonach Artikel 22 Absatz 3 geändert und Absatz 4 gemäss Ständerat belassen werden sollen.
Es kann nicht in Abrede gestellt werden, dass die beruflichen Erfahrungen und Qualifikationen mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit abnehmen. In den meisten Fällen wird der Arbeitslose deshalb nicht mehr an der früheren beruflichen Position anknüpfen und den früheren Lohn beanspruchen können. Schulungs- und Betreuungsprogramme können den Zerfall der Berufsfähigkeiten bei andauernder Arbeitslosigkeit verlangsamen, jedoch nicht verhindern.

Durch Degression der Taggelder wird dieser Tatsache Rechnung getragen. Wird auf eine Degression verzichtet, dann vermitteln wir dem Arbeitslosen Illusionen. Er wird immer wieder im Glauben, früheres Niveau erreicht zu haben, Arbeit suchen, und er wird keine Stelle finden, weil er dieses Niveau nicht mehr erreicht. Bei den Schulungsmassnahmen finden wir das gleiche Bild. Kurse zur Umschulung und Weiterbildung und Eingliederungsmassnahmen werden nur eingesetzt, um die früheren Positionen noch besser zu erhalten. Die Eingliederung eines Arbeitslosen in einer Berufsdisposition, die weniger einbringt als 80 Prozent seines früheren Einkommens, wird selbst nach nahezu zweijähriger Arbeitslosigkeit nicht vorgesehen. Das ist problematisch und letztlich auch kein Dienst an den Arbeitslosen.
Ich verstehe die Degression – ich weiss, es ist ein unschönes Wort, Sie lieben es nicht – nicht so sehr als Druck auf die Arbeitslosen, sich wieder um einen neuen Arbeitsplatz zu bemühen. Allerdings wäre ein solcher Druck in nicht wenigen Fällen angebracht. Der Umstand, dass recht viele Arbeitslose erst nach Erschöpfung des Taggeldanspruches wieder eine Stelle finden, spricht Bände. Das wissen Sie alle aus persönlichen Gesprächen. Schon deswegen wäre die Degression ganz sicher nicht falsch. Mir geht es aber vor allem darum, dass wir den Arbeitslosen keine Illusionen vermitteln und die arbeitsmarktlichen Massnahmen, die ich begrüsse, nicht falsch einsetzen. Werden sie bei Langzeitarbeitslosen zur Erhaltung des früheren Arbeitsplatzniveaus oder zur Ausbildung für eine höhere Position eingesetzt, dann dürfte ihre arbeitsmarktliche Wirksamkeit gering sein. Es ist sinnvoller und realistischer, den Langzeitarbeitslosen überhaupt wieder ins Erwerbsleben einzugliedern, statt sich an Illusionen festzuklammern.
Wir sollten uns nicht von Illusionen und von Ideologien, sondern von einem pragmatischen Realismus leiten lassen. Dazu gehört die Degression der Taggelder bei langandauernder Arbeitslosigkeit. Zusätzlich würde noch Geld eingespart.

Moser René (A, AG): Der Text meines Antrags ist nicht ganz richtig wiedergegeben worden. Im ersten Satz hat es ein «erzielt» zuviel.
Ich habe diesen Vorschlag 1993 schon einmal in Motionsform eingebracht. Ich hoffe, dass sich mittlerweile einige Leute besonnen haben und diesem Antrag jetzt vielleicht positiv gegenüberstehen.
Ich spreche von Ehegatten, es kann also um Mann oder Frau gehen. Wir haben mehrmals gehört, dass sich unsere Arbeitsmarktsituation in den nächsten Jahren nicht wesentlich verbessern wird, was uns bei Aufrechterhalten der bestehenden Regelung Defizite in Milliardenhöhe bescheren wird. Es ist richtig, dass wir alle Möglichkeiten ausschöpfen müssen, um eine Defizitsenkung herbeizuführen und sie in die Teilrevision einzubetten. Aufgrund meiner Erfahrungen glaube ich, im Hinblick auf die Arbeitslosenentschädigung ein nicht unbedeutendes Einsparungspotential bei erwerbstätigen Ehegatten gefunden zu haben. Der Anteil an Verheirateten mit erwerbstätigen Ehegatten, welche in der Schweiz vollzeitbeschäftigt sind, ist relativ gross. Entsprechend gross ist auch die Zahl der Arbeitslosen mit erwerbstätigen Ehegatten. Leider sind auch bei dieser Gruppe etwelche Missbräuche festzustellen. Ich kenne mehrere Fälle, wo Arbeitslose bis zu 60 000 Franken Entschädigungen pro Jahr beziehen, derweil deren Ehegatten ohne weitere Verpflichtungen auch noch zwischen 60 000 und 80 000 Franken Einkommen verbuchen – und der arbeitslose Ehegatte gedenkt nicht, nach Auslaufen der Entschädigung einer neuen Arbeit nachzugehen!
Geht man von der These aus, dass bei den meisten Doppelverdienerhaushalten die Absicht einer Verbesserung des persönlichen Wohlstandes zugrunde liegt, müsste bei der heute sich abzeichnenden Entwicklung auch ein entsprechender Abbau dieses persönlichen Wohlstandes akzeptabel sein. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine Kürzung von Arbeitslosentaggeldern bei der betroffenen Gruppe verkraftet werden könnte, ohne dass es zu wesentlichen Härtefällen käme.
Eine derartige Regelung wird bereits in den Mitgliedstaaten der EU angewendet. Wir sprechen immer von Anpassung, das wäre jetzt ein solcher Fall. Der Umfang der Leistungen für arbeitslose Zweitverdiener wurde in den Mitgliedstaaten unterschiedlich festgelegt. Er beträgt zwischen 15 und 80 Prozent des vorherigen Lohnes. Diese Ersatzlohnzahlungen werden bekanntlich höchstens ein Jahr ausbezahlt. In meinem Antrag werden immer noch wesentlich bessere Bedingungen für diese Gruppe festgelegt.
Ich möchte noch eine Bemerkung zu den Anträgen machen, die ähnlich lauten wie der meinige, nur dass dort nicht nur von Verheirateten gesprochen wird: Es ist nicht dasselbe, wenn dort ein Wechsel stattfindet, es hat nicht dieselbe Wirkung wie bei Verheirateten; deshalb kann man das nicht so sehen. Man hat auch nicht das Recht dazu, bei Nichtverheirateten die gleichen Massstäbe anzuwenden.

Stamm Luzi (R, AG): Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die drei Anträge Moser, Stamm Luzi und Ruckstuhl zu Absatz 3bis praktisch identisch sind; sie unterscheiden sich nur in einem wichtigen Punkt.
Es geht meines Erachtens um ein ausserordentlich wichtiges Anliegen: Es geht um die Frage, ob auch dann Arbeitslosengelder ausbezahlt werden sollen, wenn das Gesamteinkommen des Haushalts sehr hoch ist. Die Herren Moser und Ruckstuhl beantragen Ihnen, dass eine Limite bei 100 000 Franken eingeführt werden soll. Mit anderen Worten: Wenn das Gesamteinkommen des Haushaltes höher ist als 100 000 Franken, soll es kein Arbeitslosengeld mehr geben.
Mein Antrag ist praktisch identisch; er tönt nur komplizierter, weil ich wiederum die Formulierung «Höchstbetrag des versicherten Verdienstes der obligatorischen Unfallversicherung» verwendet habe, da in diesem Gesetz normalerweise keine Zahlen genannt werden. Das bedeutet, dass die Limite bei meinem Antrag nicht 100 000 Franken beträgt, sondern 97 200 Franken; diese Limite kann sich nach oben bewegen, wenn wir eine Inflation haben.
Der grosse Unterschied zwischen dem Antrag Moser einerseits und den Anträgen Ruckstuhl und Stamm Luzi andererseits liegt in folgendem: Herr Moser hat nur die verheirateten Paare miteinbezogen, Herr Ruckstuhl und ich auch die Konkubinatspaare. Es ist mir bewusst, dass sich bei den Konkubinatspaaren sofort die Frage stellt, wie man das Konkubinatsverhältnis definieren soll: Wohnt ein Paar wirklich zusammen? Eine Einstufung ist aber machbar. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass zum Beispiel die SBB bei der Frage der Generalabonnemente die Lösung getroffen haben, dass kumulativ zwei Bedingungen gegeben sein müssen: dass einerseits gemäss Einwohnerkontrolle beide Personen am selben Ort wohnen und dass sie andererseits, falls sie Mieter sind, beide den Mietvertrag abgeschlossen haben. Es gibt also keine Praktikabilitätsgründe, die gegen meinen Antrag sprechen.
Falsch ist meines Erachtens vor allem auch das Argument, ein solches Anliegen widerspreche dem Versicherungsprinzip. Es ist mir schon klar, dass bei der vorgeschlagenen Lösung jemand Arbeitslosenbeiträge vom Lohn abgezogen erhält, ohne dass das rentenbildend wäre, wenn das Gesamteinkommen höher ist als 97 200 respektive 100 000 Franken. Das mag ein Schönheitsfehler sein. Ich mache Sie aber wiederum darauf aufmerksam, dass wir diese Lösung auch bei der AHV haben: Auch dort spricht man von AHV-«Versicherung», und auch dort gibt es Fälle, wo das Zweiteinkommen gar nie rentenrelevant wird, obwohl Beiträge abgezogen wurden, weil nämlich die Maximalrente bereits erreicht wird.
Es sollen mit meinem Antrag ausdrücklich und insbesondere auch diejenigen Fälle miteinbezogen werden, bei welchen beide Partner Arbeitslosengelder erhalten. Dieser Fall ist in der Praxis besonders stossend. Nehmen Sie beispielsweise den Fall – das geht relativ schnell –, wo jemand mit 8100 Franken Lohn arbeitslos geworden ist und sein Partner mit 4400 Franken: Bei 80 Prozent Auszahlung erhalten die beiden bereits 10 000 Franken als arbeitsloses Ehe- oder Konkubinatspaar. Das ist eines der krassen Beispiele, die das ganze System in Verruf bringen. Es ist dringend notwendig, dass wir eine obere Limite einführen. Es geht nicht an, dass Leute unter dem Titel Arbeitslosenentschädigung derart viel verdienen, sogar über 10 000 Franken pro Monat.
Ich bitte Sie deshalb dringend, meinem Antrag zuzustimmen.

Ruckstuhl Hans (C, SG): Mein Antrag ist als Protestantrag gegen den Antrag Moser zu verstehen. Herr Moser versucht immer wieder, durch Anträge die Verheirateten zu benachteiligen, obwohl wir das in unserem Staat schon zur Genüge tun und die Verheirateten immer wieder schlechterstellen als Paare, die unverheiratet zusammenleben. So haben wir das beim Steuerrecht, bei den Kinderzulagen und, als jüngstes Beispiel, auch bei der AHV festgeschrieben. Es ist bedauerlich, dass wir bei der AHV nicht wenigstens von den 150 Prozent für Ehepaare auf 160 Prozent gekommen sind. Das allein ist an und für sich ein Grund, das Referendum der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften zu unterstützen, damit hier einmal Ordnung geschaffen werden kann.
Man wird als Gegenargument entgegenhalten, es werde eine schwierige Kontrollarbeit geben, um die Einkommensgrenzen feststellen zu können. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir das in der Landwirtschaft in doppelter Hinsicht machen: einerseits bei den Kinderzulagen und andererseits bei den Direktzahlungen. Das Finanzdepartement sieht offenbar keine Probleme, wenn es darum geht, festzustellen, wer als Paar gelten soll, verheiratet oder nichtverheiratet. Offenbar haben auch die SBB ihren Schlüssel gefunden, indem sie zusammenlebenden Paaren die gleichen Tarife gewähren wie Ehepaaren.
Herr Stamm Luzi hat meines Erachtens seinen Antrag etwas besser formuliert, indem er auf den Artikel 3 Rücksicht genommen hat und hier den gleichen Betrag einsetzen will.
Ich ziehe deshalb meinen Antrag zugunsten des Antrages Stamm Luzi zurück und bitte Sie, den Antrag Moser abzulehnen.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich möchte die Anträge etwas ordnen: Zu Absatz 1 bzw. 1ter gehören die Anträge Stamm Luzi und der Eventualantrag Blocher, zu Absatz 3 die Anträge Scherrer Jürg und Allenspach und zu Absatz 3bis die Anträge Stamm Luzi, Ruckstuhl und Moser. Es sind also drei verschiedene Themen zu behandeln.
Zu den Anträgen Stamm Luzi zu Absatz 1 und Blocher zu Absatz 1ter (neu): Beide Antragsteller wollen Taggeldkürzungen durchführen, und zwar in unterschiedlicher Art und Weise. Herr Stamm möchte das Taggeld für die Mehrverdienenden herabsetzen, für die mittleren und höheren Einkommen, indem er den maximalen Taggeldanspruch, der heute mit 76 360 Franken für einen Verheirateten festgelegt ist, auf 58 320 Franken herabsetzen möchte. Es geht um eine erhebliche Reduktion für die Versicherten im mittleren und oberen Einkommenssegment.
Solche Anträge haben sowohl in der Subkommission wie auch in der Gesamtkommission keine Unterstützung gefunden, und zwar aus der Überlegung heraus, dass die Verfassung vorsieht, dass das Erwerbseinkommen «angemessen» versichert sein soll. Der Grundsatz der angemessenen Versicherung ist nach unserer Meinung auch für die mittleren Einkommen massgebend; es soll also auch bei den mittleren Einkommen ein angemessener Versicherungsschutz gewährleistet sein. Der Abbau von einem Einkommen von 97 000 auf ein Einkommen von 58 000 Franken bedeutet nahezu eine Halbierung des verfügbaren Einkommens auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. Das ist nach Meinung der Kommission kein angemessener Versicherungsschutz mehr für diese Einkommensklasse. Wir ändern damit die Versicherung in eine Bedürftigkeitsordnung ab. Das wäre eine grundsätzliche Konzeptionsänderung. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder ist der Meinung, dass das durch die Verfassung nicht gedeckt ist. Wir müssten zuerst die Verfassung ändern, wo festgehalten ist, dass ein angemessener Erwerbsersatz gewährt wird (Art. 34novies Abs. 3 BV). Wenn man das nicht mehr will, wenn man nur noch ein Existenzminimum absichern will, muss man zuerst die Verfassung ändern.
Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag Stamm Luzi zu Absatz 1 ab.
Dieselben Überlegungen gelten im Prinzip für den Antrag Blocher. Herr Blocher möchte nicht den Maximalbetrag kürzen, sondern schon zu Beginn der Versicherungsdauer die Taggelder herabsetzen. Gehen wir von einem durchschnittlichen Einkommen von 5000 Franken aus, möchte Herr Blocher den Betrag herabsetzen auf 2400 Franken für Unterstützungspflichtige und auf 2100 Franken für Nichtunterstützungspflichtige, und das während rund zwei Monaten. Unserer Meinung nach ist damit der angemessene Versicherungsschutz, wie er von der Verfassung gefordert ist, nicht mehr gegeben. Das wäre ein verfassungswidriger Übergang vom Versicherungsprinzip zum Bedürftigkeitsprinzip. Daher lehnen wir das ab.
Beim Antrag Blocher kommt ein weiteres Element dazu: Dieser Antrag ist wiederum nicht vereinbar mit dem ILO-Übereinkommen (Nr. 168) über Beschäftigungsförderung und den Schutz gegen Arbeitslosigkeit. *(Zwischenruf Blocher: ILO, ILO!)* Es tut mir leid, es ist so. Das ILO-Übereinkommen enthält in Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe b die Bestimmung, dass das Einkommen nicht unter 50 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns herabgesetzt werden soll. Diese Bestimmung würde mit dem Antrag Blocher nicht mehr beachtet: Er geht bei den Verheirateten auf 48 Prozent. Man kann sagen, 2 Prozent lägen noch drin. Bei den Nichtunterstützungspflichtigen geht er jedoch auf 42 Prozent hinunter. Damit haben wir wieder eine klare Verletzung des Abkommens. Wir sind der Meinung: Wenn man sich hier ausserhalb dieses Abkommens stellen will, dann muss dieses Abkommen zuerst gekündigt werden, und nachher kann man allenfalls solche Regelungen vorschlagen. Solange das nicht der Fall ist, ist dieses Abkommen einzuhalten. Das ist ein völkerrechtlicher Vertrag. Ich habe gestern ausgeführt, dass jeder Arbeitslose auch das Recht hätte, vor unseren Sozialversicherungsgerichten diese minimalen Ansprüche geltend zu machen.
Im übrigen zeigt sich auch, dass das immer wieder vorgebrachte Argument, die schweizerische Arbeitslosenversicherung sei sehr grosszügig, nicht stimmt. Sie ist vom Lebensstandard her sicher grosszügig, aber von den Taggeldansätzen her, bezogen auf den effektiv verdienten Lohn in diesem Lande, sind wir nicht grosszügiger als die übrigen Länder. Wir befinden uns jetzt an den Grenzen. Wir haben gestern die Karenzfrist bis zur Grenze ausgeschöpft. Ich war selber auch für fünf Tage. Jetzt bin ich aber der Meinung, dass wir mit 60 Prozent vom Einkommen im ersten Monat die untere Grenze erreicht haben und insbesondere nicht mehr unter das ILO-Übereinkommen gehen dürfen.
Ich bitte Sie, den Eventualantrag Blocher abzulehnen.
Ich komme zu den Anträgen Allenspach und Scherrer Jürg zu Absatz 3. Diese Anträge betreffen die Degression.
Herr Allenspach wie auch Herr Scherrer Jürg möchten die Degression beibehalten. Ich muss Ihnen sagen, dass Sie sich in dieser Frage in Widerspruch zu dem befinden, was mit den Sozialpartnern als Konsens abgemacht wurde, und zwar – ich möchte das hier nachdrücklich betonen – sowohl mit Arbeitgebern als auch mit Arbeitnehmern. Insbesondere waren auch die Arbeitgeber der Meinung, die Degression sei nicht das richtige Mittel; sie haben sich gegen die Degressionslösung ausgesprochen. Statt für die Degressionslösung haben wir uns für eine Ersatzkonzeption entschieden, wonach die Arbeitslosen in die Pflicht genommen werden. Sie werden von Beginn der Arbeitslosigkeit an verpflichtet, sich arbeitsmarktlichen Massnahmen zu unterziehen. Es besteht in der Kommission die Überzeugung: Wenn man die Arbeitnehmer verpflichtet, arbeitsmarktliche Massnahmen zu akzeptieren, ist dies ein besseres Mittel als die Degression, um Missbräuche abzustellen, die es bei der Arbeitslosenversicherung gegeben hat.
Herr Allenspach und Herr Scherrer Jürg wollen in die Degression zurück. Ich bitte Sie, an diesem zentralen Punkt des ganzen Konzeptes nicht zu rütteln und Ihrer Kommission zu folgen. Wenn Sie hier einen anderen Weg einschlagen, ist das jetzt vorliegende Projekt nach meiner Meinung letztlich gescheitert, mindestens was den Konsens der Sozialpartner betrifft.
Ich komme zu Absatz 3bis. Hier liegen uns die beiden Anträge Moser und Stamm Luzi vor. Sie richten sich gegen die sogenannten Doppelverdiener. Sie wollen jemanden, der mit einem anderen zusammenlebt, sei es in einer Ehe (Antrag Moser) oder im Konkubinat (Antrag Stamm Luzi), anders, d. h. versicherungsmässig schlechter, behandeln als Alleinste-

hende. Wer mit einem anderen zusammenlebt, soll also nicht dieselben Versicherungsansprüche haben.
Wir sind jetzt bei der AHV-Revision – und da kann ich Herrn Stamm eben nicht folgen – zum Splitting übergegangen und haben dort festgehalten, dass es im Grundsatz keinen Einfluss auf die Versicherungsansprüche haben soll, ob jemand alleine oder mit einem anderen zusammenlebt, sei es in der Ehe oder im Konkubinat. Zugegeben, bei der AHV haben wir erst den ersten Schritt in diese Richtung gemacht, aber wir haben diese Richtung eingeschlagen. Was die Herren Moser und Stamm Luzi vorschlagen, ist wieder ein Schritt zurück und auch ein Schritt weg vom Versicherungsprinzip. Es wird damit argumentiert, der eine Partner habe eine Unterhaltspflicht gegenüber dem anderen Partner; und obwohl der eine Lebenspartner Versicherungsprämien bezahlt habe, müsse nicht die Versicherung bezahlen, sondern der andere Lebenspartner. Dieser Weg, der sich bei der AHV als nicht richtig herausgestellt hat, dürfte auch hier nicht richtig sein.
Es trifft nicht zu, dass die Neukonzeption im Hinblick auf die Missbräuche, die es auch in diesem Bereich gegeben hat – das ist unbestritten –, keine Lösung bringe. Bei der Neukonzeption ist die Versicherungsleistung eine Gegenleistung, wenn sich jemand einer Arbeitsmarktmassnahme unterzieht. Beide Ehegatten müssen sich nach der Neukonzeption im Falle von Arbeitslosigkeit einer Arbeitsmarktmassnahme unterziehen. Die Situation ist damit nicht mehr dieselbe wie heute, wo ein Ehegatte zu Hause bleiben und den Status eines Rentners einnehmen kann. Damit wird Missbräuchen, die vorgekommen sind, entgegengetreten.
Ich bitte Sie daher, die Anträge Moser und Stamm Luzi abzulehnen.
Noch etwas zum Antrag Moser: Herr Moser will Einschränkungen nur für die Verheirateten, also zusätzlich noch eine Schlechterstellung der Ehepartner. Einmal mehr würde damit die Scheidung gefördert. Wer geschieden ist, fährt mit dem Antrag Moser besser als derjenige, der verheiratet ist. Das ist ein zusätzliches Argument, um seinem Antrag nicht zu folgen.
Ich empfehle Ihnen, bei Artikel 22 konsequent der Kommission zu folgen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Les propositions que nous discutons maintenant ont toutes la même idée, celle de provoquer une diminution de l'indemnité de chômage à laquelle aurait droit un assuré sans travail.
Je vous rappelle que, dans la situation actuelle, en fonction de ce que nous avons déjà décidé, l'indemnité de chômage s'élève au maximum à 80 pour cent du gain assuré et, pendant le premier mois, elle est de 60 pour cent puisqu'avec le délai de carence de cinq jours on réduit cette indemnité de 80 à 60 pour cent.
De plus, dans le cadre de la notion de travail convenable, on peut imposer à quelqu'un un travail qui ne lui rapporterait que 70 pour cent du gain assuré. Il y a donc déjà, dans ce que nous avons voté, toute une série de mesures qui diminuent l'indemnité journalière par rapport au gain assuré, au début de la période de chômage ou en fonction du travail convenable.
Reprenons les différentes propositions individuelles. Il y a celles qui, au début, voudraient encore accentuer la dégression, qui est importante à la suite de la décision d'hier, puisqu'on ne donnera que 60 pour cent du gain assuré le premier mois. Lorsque quelqu'un tombe au chômage, selon l'expérience des praticiens, son premier souci est d'assurer sa sécurité matérielle; son deuxième souci, lorsqu'il a fait face à ces problèmes matériels, c'est de rechercher du travail, de retrouver un moyen de se réintégrer dans le circuit économique. Or, c'est précisément à ce moment-là qu'on voudrait, en réduisant massivement encore plus les indemnités journalières, lui créer des difficultés qui, probablement, ajoutées au choc que constitue la perte de son travail, seraient un handicap pour se reconstituer un moral de vainqueur, repartir à la recherche d'un emploi ou accepter une formation complémentaire. Du point de vue de la psychologie du chômeur et de celui de la vie familiale de ceux qui tombent au chômage, il serait catastrophique d'aller aussi bas.
D'autres veulent – c'est le cas de MM. Allenspach et Scherrer Jürg – qu'après avoir versé un certain nombre d'indemnités journalières, on procède à une réduction, car, pensent-ils, de cette manière-là, il y a une incitation supplémentaire à retrouver du travail. L'argument financier, dans leur raisonnement, est secondaire, semble-t-il. Nous prétendons que les incitations à retrouver du travail doivent passer par d'autres canaux que ceux-là: par les programmes d'occupation, par le biais des conseils ou des ordres du conseiller en placement qui peut mettre à profit des dispositions très larges sur le travail convenable. En résumé, il y a toute une panoplie d'arguments qui permettent l'incitation au travail sans passer par la réduction choquante des indemnités, ce qui nous éloigne du principe de l'assurance qui est à la base de l'article constitutionnel, pour passer dans un autre domaine qui touche plus à l'assistance publique.
De même, les propositions Stamm Luzi et Ruckstuhl, qui veulent que le cumul de différentes prestations dans le couple ou dans le cas du concubinage ne puisse pas dépasser un certain montant, nous éloignent du principe de l'assurance qui est constitutionnellement imposé. De plus, ces propositions comportent des difficultés d'ordre pratique: c'est bien différent de risquer quelques abus lorsqu'on va chercher un abonnement de chemin de fer – les concubins obtiennent un abonnement de chemin de fer à prix réduit – ou lorsqu'on est au bénéfice de prestations de chômage. On ne peut pas utiliser les mêmes procédures pour éviter les abus lors de l'achat d'un billet de chemin de fer ou lors de l'attribution des prestations de chômage.
On a eu hier une discussion sur la constitutionnalité de certaines dispositions. Il faut rappeler que la Constitution fédérale veut le principe de l'assurance avec la limitation. On a violé, c'est vrai, légèrement cet article constitutionnel en acceptant de déplafonner.
Ici, on la violerait beaucoup plus gravement en s'éloignant du principe de l'assurance et en refusant à des gens ayant cotisé, et ce, jusqu'à 97 500 francs, des indemnités de 80 pour cent, auxquelles ils auraient droit, parce qu'on pense que c'est mieux ainsi. C'est s'éloigner du principe de l'assurance. Il est curieux que ces propositions viennent des milieux mêmes qui, hier, étaient si susceptibles lorsqu'on parlait de violer d'une manière limitée dans le temps et en quantité la constitution. On ne peut pas avoir de la pudeur le soir et plus le lendemain. Lorsqu'on viole, on viole, et il faut éviter de le faire d'une manière éhontée et sans restriction aucune.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Sur ces fortes paroles du rapporteur de langue française, je dirai tout d'abord, à propos des premières propositions, celle de M. Stamm Luzi pour l'alinéa 1er, celle de M. Blocher, celle de M. Scherrer Jürg, celle de M. Allenspach défendue par M. Früh, qu'elles ont toutes un point commun: introduire, d'une manière ou d'une autre, la dégressivité dans les prestations de l'assurance-chômage.
Le projet originel du Conseil fédéral, repris par le Conseil des Etats, connaissait en effet cette notion de la dégressivité, mais, comme l'ont expliqué les rapporteurs, votre commission en a modifié la philosophie et elle a introduit, en lieu et place de la dégressivité, des principes de réinsertion, d'incitation à prendre du travail. Il serait peu compatible avec la nature de ce nouveau projet de vouloir maintenir la dégressivité pour ceux qui jouent le jeu, naturellement. Ceux qui ne peuvent pas ou qui ne veulent pas jouer le jeu connaissent la limitation finale à 150 jours.
De surcroît, les délibérations d'hier ont amené un délai de carence, ainsi qu'une définition plus rigoureuse, plus sévère, du travail convenable, autant de notions qui vont dans un sens que l'on peut saluer. Y ajouter des principes de dégressivité n'est ni sage ni conforme au but que l'on veut atteindre.
Je constate qu'il y a exactement une année, le 26 septembre 1993, le peuple a dit oui à 70 pour cent à l'arrêté fédéral urgent sur les mesures en matière d'assurance-chômage qui comprenait notamment ces bases de 80 et 70 pour cent. Le législateur doit, à mon avis, tenir compte aujourd'hui de cette caution populaire, il ne peut pas filer sur les sentiers de la fantaisie. Je

le répète, d'autres moyens sont engagés que ceux de la dégressivité, moyens qui vont dans le même sens.
J'aimerais dire au deuxième groupe d'intervenants, qui comprend MM. Moser, Stamm Luzi pour sa proposition à l'alinéa 3bis, et Ruckstuhl, que nous sommes en train de discuter ou de triturer une assurance. Dans aucune des assurances dont vous avez à traiter ici, Mesdames et Messieurs les Parlementaires, le revenu du conjoint n'est pris en compte; ce qui serait le cas si nous suivions les propositions qui nous sont faites ce matin. Ce n'est pas conforme au principe de l'assurance. Si nous discutions de politique sociale en général, on pourrait le prendre en compte, mais ce n'est pas conforme au principe de l'assurance ni à la définition du dossier individuel, qui est le fait de chaque assuré à l'assurance-chômage.
La prise en compte du revenu du conjoint entraînerait de surcroît un travail administratif énorme. Je sais que ce n'est pas un argument aux yeux de certains d'entre vous et que tout est possible. C'est vrai, mais à quel prix et selon quelle méthode? Cela serait certainement très compliqué, d'autant que la situation du conjoint peut être fluctuante: Est-il lui aussi au chômage ou non? A-t-il changé d'emploi? Est-elle en congé de maternité? Est-il en congé de maladie? Etc. Ce sont autant de variations qui rendraient extrêmement compliquée et finalement aléatoire l'application du droit de l'assurance-chômage.
Pour ces raisons, mais davantage pour des raisons de fond, je vous invite à vous rallier aux propositions de la commission pour l'ensemble de ces propositions individuelles.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote
Für den Antrag Stamm Luzi 48 Stimmen
Dagegen 120 Stimmen

Abs. 1ter – Al. 1ter

Abstimmung – Vote
Für den Eventualantrag Blocher 43 Stimmen
Dagegen 132 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2
Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

Präsidentin: Mit der folgenden Abstimmung wird gleichzeitig auch über jenen Teil des Antrages Allenspach entschieden, der sich auf Absatz 4 bezieht.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire
Für den Antrag Allenspach 135 Stimmen
Für den Antrag Scherrer Jürg 17 Stimmen

Definitiv – Définitivement
Für den Antrag der Kommission 113 Stimmen
Für den Antrag Allenspach 60 Stimmen

Abs. 3bis – Al. 3bis

Stamm Luzi (R, AG): Ich habe mich schon vorhin darüber aufgeregt, wie kompliziert die Formulierung in meinem Antrag ist. Aber die Kompliziertheit liegt in der Natur der Sache, wenn man jedesmal «Höchstbetrag des versicherten Verdienstes der obligatorischen Unfallversicherung» schreiben muss statt einfach 97 200 Franken.
Das ist aber nicht der Grund meiner Wortmeldung, vielmehr ist ein klarer Fehler im Text: «Der Anspruch entfällt ....» muss es heissen, und nicht «Der Anspruch enthält ....». Das möchte ich richtigstellen.

Präsidentin: Herr Ruckstuhl hat seinen Antrag zurückgezogen.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire
Für den Antrag Stamm Luzi 116 Stimmen
Für den Antrag Moser 8 Stimmen

Definitiv – Définitivement
Für den Antrag Stamm Luzi 64 Stimmen
Dagegen 109 Stimmen

Abs. 4 – Al. 4
Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Abs. 5 – Al. 5
Angenommen – Adopté

Art. 22a
Antrag der Kommission
Abs. 1
Die Entschädigung nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a oder b gilt als massgebender Lohn im Sinne des AHVG.
Abs. 2, 3
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Allenspach
Abs. 4 (neu)
Ebenso zieht die Kasse die Prämien der obligatorischen Versicherung der Nichtberufsunfälle von der Entschädigung ab und entrichtet sie den zuständigen Unfallversicherten. Für Einstelltage werden keine Prämien erhoben. Der Bundesrat bestimmt das Verfahren.

Art. 22a
Proposition de la commission
Al. 1
L'indemnité selon l'article 7 alinéa 2 lettre a ou b est considérée comme salaire déterminant au sens de la LAVS.
Al. 2, 3
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Allenspach
Al. 4 (nouveau)
De même, la caisse déduit du montant de l'indemnité les primes de l'assurance-accidents non professionnels obligatoire et les verse à l'assurance-accidents compétente. Aucune prime n'est prélevée pour les jours d'interruption. Le Conseil fédéral règle la procédure.

Abs. 1–3 – Al. 1–3
Angenommen – Adopté

Abs. 4 – Al. 4

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Bei der Begründung des Antrages Allenspach muss ich mit der Feststellung beginnen, dass der Versicherungsschutz der Arbeitslosen bei Nichtbetriebsunfällen lückenhaft und unübersichtlich ist. Bei anspruchsberechtigten Arbeitslosen, die vorher in einem Betrieb beschäftigt waren, hat der Bundesrat, in einer etwas problematischen Interpretation von Artikel 3 Absatz 5 des Unfallversicherungsgesetzes (UVG), einen kostenlosen Versicherungsschutz für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit verfügt. Weil aber die Arbeitnehmer für die Unfallversicherung aufzukommen haben, wird hier eine klassische Quersubvention praktiziert.
Aus diesen Gründen ist eine Klarstellung der Rechtslage durch den Gesetzgeber notwendig. Wir haben diese Fragen in der Kommission erörtert; aber ich muss Ihnen mitteilen, dass in der Hektik der Geschäfte diese entsprechende Klarstellung etwas unter den Tisch geraten ist. Wir haben aufgrund der Anträge des Biga, die in verschiedenen Varianten vorlagen, die einfachste ausgewählt.
Wir gehen einmal davon aus, dass die Gratisversicherung der arbeitslosen Arbeitnehmer aus verschiedenen Gründen ungerecht ist. Die Unfallversicherer weisen derzeit massive versi-

cherungstechnische Defizite aus und müssen ihre Prämien zum Teil um bis zu 20 Prozent erhöhen. Mit ein Grund für diese massive Erhöhung der Prämien der nichtbetrieblichen Unfallversicherung, die übrigens vom Arbeitnehmer bezahlt werden müssen, ist die Gratisversicherung der Arbeitslosen. Das schafft Unzufriedenheit unter den unfallversicherten Arbeitnehmern. Es ist nicht einzusehen, weshalb Arbeitslose Prämien für die AHV, die IV, die zweite Säule oder die Krankenversicherung bezahlen müssen, nicht aber für die Unfallversicherung. Es gibt überhaupt keinen Grund für eine derartige rechtsungleiche Behandlung der einzelnen Zweige der Sozialversicherung.
Die heutige Regelung führt zu Unsicherheiten, weil nur jene Arbeitslosen, welche vorher ein Arbeitsverhältnis hatten, trotz Arbeitslosigkeit weiter versichert sind. Personen, die von der Beitragspflicht befreit sind, haben – auch wenn sie arbeitslos sind – keinen automatischen Versicherungsschutz. Sie verlassen sich aber auf die Annahme, das UVG oder das Arbeitslosenversicherungsgesetz gewährleiste auch ihnen diesen Unfallversicherungsschutz. Versicherungslücken könnten aber teuer zu stehen kommen.
Ich unterstütze diesen Antrag, weil es einen mit Stolz erfüllen muss, wenn ein Antrag den Sozialpartnern passt: Ich sage Ihnen mit Stolz, dass der Antrag Allenspach in den Konsens der Sozialpartner passt.
Ich möchte Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich möchte Ihnen namens der Kommissionssprecher mitteilen, dass man unseres Erachtens diesem Antrag zustimmen kann.
Es ist tatsächlich so, dass die Sozialversicherungsprämien und Sozialleistungen bei den Arbeitslosen im Grundsatz gleich behandelt werden sollten wie bei den Erwerbstätigen. Das ist heute bei der AHV und neu auch bezüglich BVG der Fall: In diesem Entwurf sind neu die Artikel 22a und 117a eingefügt. Wir haben die Gleichbehandlung auch bei den Kinder- und Ausbildungszulagen sowie bei den Kranken- und Unfalltaggeldern. Was an sich fehlt, ist die Regelung nach UVG. Hier gilt für die Arbeitslosen – anders als für die Erwerbstätigen – Prämienfreiheit. Die Suva verzeichnet heute wegen dieser Prämienfreiheit einen Ausfall in der Höhe von 95 Millionen Franken. Die geltende Regelung ist nicht konsequent. Es ist richtig, dass den Arbeitslosen von ihrer Arbeitslosenentschädigung auch die Unfallversicherungsprämien abgezogen werden – wie beim Arbeitnehmer vom Lohn. Aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen, dem Antrag Allenspach zuzustimmen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Cette mesure est judicieuse parce que, dans le droit actuel, l'assurance-chômage couvre gratuitement les chômeurs contre les accidents non professionnels. Les économies pour l'assurance-accidents, nées de cette mesure, seront de l'ordre de 60 à 90 millions de francs par an. Les effets sur l'assurance-chômage sont absolument neutres, mis à part quelques frais administratifs pour l'encaissement et le virement des primes.
Le Conseil fédéral se rallie à la proposition qui vous est faite ici.

Angenommen gemäss Antrag Allenspach
Adopté selon la proposition Allenspach

Art. 23
Antrag der Kommission
Abs. 1, 4
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Stalder
Abs. 1
.... Der Höchstbetrag des versicherten Verdienstes beträgt drei Viertel von demjenigen der obligatorischen Unfallversicherung. ....

Art. 23
Proposition de la commission
Al. 1, 4
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Stalder
Al. 1
.... Le montant maximum du gain assuré s'élève aux trois quarts de celui de l'assurance-accidents obligatoire. ....

Abs. 1 – Al. 1

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich empfehle Ihnen, den Antrag Stalder abzulehnen. Die Herabsetzung des Höchstbetrages des versicherten Verdienstes um einen Viertel würde einen grossen Schritt in Richtung Bedürftigkeitsprinzip bedeuten. Die geltende Verfassung beruht aber auf dem Versicherungsprinzip. Versichert ist ein angemessener Erwerbsersatz. Insbesondere sind auch die mittleren Einkommensschichten in die Versicherungen einbezogen.
Wenn wir dem Antrag Stalder zustimmen würden, würden wir davon abweichen und die mittlere Einkommensschicht praktisch vom Versicherungsprinzip ausnehmen und dem Bedürftigkeitsprinzip übergeben. Ich glaube nicht, dass wir das gemäss Verfassung tun dürfen. Ich glaube aber auch nicht, dass es richtig ist – auch die Sozialpartner waren der Überzeugung, dass es nicht richtig ist –, in der Arbeitslosenversicherung den Schritt zum Bedürftigkeitssystem zu machen. Auch die Kommission hat das nicht aufgenommen.
Ich bitte Sie, den Antrag Stalder abzulehnen und der Kommission zuzustimmen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Il s'agirait ici, si on acceptait la proposition Stalder, d'une réduction massive du gain assuré. C'est à coup sûr un pas dans la mauvaise direction qui est celle de l'assistance publique. Nous quitterions le domaine de l'assurance et nous frapperions tout particulièrement les revenus moyens supérieurs.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je vous prie de suivre les recommandations de vos deux excellents rapporteurs.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	115 Stimmen
Für den Antrag Stalder	4 Stimmen

Abs. 4 – Al. 4
Angenommen – Adopté

Art. 24
Antrag der Kommission
Abs. 2
Der Versicherte hat innerhalb der Rahmenfrist für den Leistungsbezug Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls für Tage, an denen er einen Zwischenverdienst erzielt. Der anzuwendende Entschädigungssatz bestimmt sich nach Artikel 22. Kein Anspruch besteht, wenn das Arbeitsverhältnis unterbrochen oder ununterbrochen zwischen den gleichen Parteien fortgesetzt wird. Der Bundesrat kann Minimalvorschriften für die Anrechenbarkeit eines Zwischenverdienstes erlassen.
Abs. 4
Der Anspruch nach Absatz 2 besteht längstens während den ersten zwölf Monaten einer solchen Beschäftigung, bei Versicherten mit Unterhaltspflichten gegenüber Kindern sowie bei Versicherten, die über 45 Jahre alt sind, während längstens zwei Jahren. Versicherte, die eine vorübergehende Beschäftigung im Sinne von Artikel 72 ausüben, haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls bis zum Ablauf der Rahmenfrist für den Leistungsbezug.
Abs. 5 (neu)
Nimmt der Versicherte zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit für wenigstens eine ganze Kontrollperiode eine Vollzeitbeschäftigung an, deren Entlöhnung geringer ist als die ihm zustehende Arbeitslosenentschädigung, so ist Artikel 11 Absatz 1 während den in Absatz 4 genannten Fristen nicht anwendbar.

Antrag Fasel
Abs. 2
.... für den Leistungsbezug Anspruch auf 80 Prozent des Verdienstausfalls für Tage, an denen er einen Zwischenverdienst erzielt. Kein Anspruch besteht, wenn ....
Abs. 4
.... während den ersten sechs Monaten einer .... über 45 Jahre alt sind, während längstens zwölf Monaten. Versicherte, die ....

Art. 24
Proposition de la commission
Al. 2
L'assuré a droit, dans les limites du délai-cadre s'appliquant à la période d'indemnisation, à une compensation de la perte de gain pour les jours où il réalise un gain intermédiaire. Le taux d'indemnisation est déterminé selon l'article 22 de la loi. Il n'a aucun droit lorsque le rapport de travail est maintenu entre les deux parties, avec ou sans interruption. Le Conseil fédéral peut édicter des prescriptions minimales en ce qui concerne la prise en considération du gain intermédiaire.
Al. 4
Le droit au sens de l'alinéa 2 persiste durant les 12 premiers mois au plus d'une telle activité, et durant deux ans pour les assurés qui ont des obligations d'entretien envers des enfants ou qui sont âgés de plus de 45 ans. Les assurés exerçant un emploi temporaire au sens de l'article 72 ont droit à la compensation de la perte de gain jusqu'à l'expiration du délai-cadre applicable à la période d'indemnisation.
Al. 5 (nouveau)
Si l'assuré, afin d'éviter d'être au chômage, accepte d'exercer pendant une période de contrôle au moins une activité à plein temps pendant laquelle il touche une rémunération inférieure aux indemnités auxquels il aurait droit, l'article 11 alinéa 1er n'est pas applicable durant le délai fixé à l'alinéa 4.

Proposition Fasel
Al. 2
.... d'indemnisation de 80 pour cent de la perte du gain pour les jours où il réalise un gain intermédiaire. Il n'a aucun droit ....
Al. 4
.... persiste durant les 6 premiers mois au plus d'une telle activité, et durant 12 mois pour les assurés ....

Fasel Hugo (C, FR): Bei Artikel 24 geht es um das Instrument des Zwischenverdienstes. Der Zwischenverdienst ist bei der Integration von Arbeitslosen eine sehr wichtige Einrichtung, die uns das Arbeitslosenversicherungsgesetz zur Verfügung stellt. Gleichzeitig ist er aber auch jenes Instrument, das recht viele Missbräuche nach sich zieht, wie die Erfahrung der letzten zwei, drei Jahre gezeigt hat. In der neuen Konzeption des Gesetzes geht es nun darum, dieses Instrument neben die anderen arbeitsmarktpolitischen Massnahmen zu stellen. Insofern haben wir den Zwischenverdienst zu vergleichen – organisatorisch, finanziell und in bezug auf die Kosten – mit den Beschäftigungsprogrammen, die erstellt werden müssen, und mit den Massnahmen der Umschulung und Weiterbildung, die ihrerseits besondere Taggelder auslösen können.
Wenn wir kostengünstige Lösungen anstreben, so ist es sinnvoll, das Instrument des Zwischenverdienstes gegenüber den anderen Massnahmen in den Vordergrund zu stellen. Denn jede arbeitslose Person, die einem Zwischenverdienst nachgeht, übt bereits wieder eine arbeitsmarktfähige Tätigkeit aus. Ihre Chancen der Wiedereingliederung – wir sehen es jetzt, wo die Konjunktur wieder etwas anzieht – sind recht gut, weil diese Person wieder in einen Betrieb integriert ist. Eine Entschädigung von 80 Prozent des Verdienstausfalls, wie ich sie in Absatz 2 vorschlage, ist gerade aus Spargründen gegenüber den anderen arbeitsmarktlichen Instrumenten gerechtfertigt: Denn Beschäftigungs- und Bildungsangebote müssen erst erstellt werden und verursachen deshalb Kosten, während der Zwischenverdienst auf bereits bestehenden Beschäftigungsmöglichkeiten in Betrieben basiert.
Ich bitte Sie deshalb – im Interesse der Versicherten, die von diesem Instrument immer öfter Gebrauch machen, und wegen der Kostenvorteile gegenüber den anderen Instrumenten des Arbeitsmarktes –, meinem Antrag zuzustimmen.
Mein Antrag zu Absatz 4 betrifft die Dauer des Zwischenverdienstes. Er hat seinen Ursprung in praktischen Erfahrungen, die wir in den letzten zwei, drei Jahren mit der Dauer des Zwischenverdienstes gemacht haben. Hier sind eine Reihe von Missständen zutage getreten, Missstände, die gerade auch in der Schweizer Bevölkerung dank der Berichterstattung in den Medien sehr, sehr viel Aufmerksamkeit gefunden haben. Es geht um Fälle wie Gasser: jene Unternehmungen, die versucht haben, sogar aus dem Instrument des Zwischenverdienstes Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Ich rede nur über die Dauer des Zwischenverdienstes: Je länger der Zwischenverdienst dauern kann – gemäss Fahne ist dies bis zu zwei Jahren möglich –, um so mehr sind Firmen versucht, Leute, die sie heute noch beschäftigen, zu entlassen und sie durch Arbeitslose im Zwischenverdienst für wesentlich billigeres Geld zu ersetzen. Die Erfahrungen zeigen, dass solche Verbilligungen künstlicher Art meistens um die 1000 Franken ausmachen. Solchen Machenschaften müssen wir einen Riegel vorschieben. Die Arbeitslosenkasse bezahlt dann nämlich zweimal: Sie bezahlt für die Entlassenen Arbeitslosengelder, und für diejenigen, die als Arbeitslose diese Stellen im Zwischenverdienst besetzen können, bezahlt sie Kompensationszahlungen. Das heisst: Wenn wir uns im Bereich des Zwischenverdienstes nicht auf eine gewisse Einschränkung einigen können, wird die Arbeitslosenversicherung doppelt belastet.
Ich schlage Ihnen deshalb vor, die Dauer des Zwischenverdienstes im allgemeinen von 12 auf 6 Monate und bei Versicherten über 45 Jahre sowie bei jenen, die Unterhaltspflichten haben, von zwei Jahren auf 12 Monate zu reduzieren.
Das Ziel dieser beiden Anträge besteht darin, das wichtige Instrument des Zwischenverdienstes in seiner Wirkung zu verbessern und bei der Dauer jene Einschränkungen vorzunehmen, die gegen Missbräuche zielen.
Ich danke für Ihre Zustimmung.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich möchte vorausschicken, dass die Fragen, die Herr Fasel aufwirft, durchaus ihre Berechtigung haben. Man kann sich immer fragen, wo und wie angemessene Massnahmen zu treffen sind, um Missbräuche zu verhindern. Wir sind der Meinung, dass mit den Lösungen, die Ihnen die Kommission – übrigens im Einvernehmen mit dem Bundesrat und dem Biga – vorschlägt, die Missbrauchsmöglichkeiten beim Zwischenverdienst beseitigt werden können.
Das Abstellen auf generell 80 Prozent des Verdienstausfalles gemäss Antrag Fasel zu Absatz 2 erachten wir nicht als richtig. Wir müssen hier auf Artikel 22 zurückgreifen, nämlich auf die Unterscheidung zwischen 80 Prozent für die Unterhaltspflichtigen und 70 Prozent für die Nichtunterhaltspflichtigen. Diese Unterscheidung muss hier bei Artikel 24 Absatz 2 aus Konsequenzgründen weitergeführt werden.
Bei Artikel 24 Absatz 4 schlägt Ihnen Herr Fasel vor, die Anspruchsdauer zu reduzieren. Die Kommission schlägt Ihnen vor, dass eine Beschäftigung mit Zwischenverdienst im Normalfall während der ersten zwölf Monate möglich sein soll, und bei unterhaltspflichtigen Versicherten und solchen, die mehr als 45 Jahre alt sind, soll dies während längstens zwei Jahren möglich sein. Herr Fasel möchte diese Zwischenverdienstmöglichkeiten auf sechs respektive zwölf Monate reduzieren.
Es ist eine Ermessensfrage, was man hier machen will. Ich bitte Sie aber zu bedenken, dass die Zwischenverdienstlösung auch eine wichtige arbeitsmarktliche Bedeutung hat: Dort, wo wir, unter Verhinderung von Missbräuchen natürlich, mit dem Zwischenverdienst arbeiten können, hat der Zwischenverdienst seinen guten Sinn. Es ist immerhin besser, Zwischenverdienste zu haben und die Differenz aus der Arbeitslosenversicherung zu finanzieren, als den Gesamtbetrag finanzieren zu müssen. Die Lösung mit dem Zwischenverdienst kommt in die Nähe der Lösung mit der Entschädigung für Kurzarbeit. Insofern sind es die gleichen Probleme, die auch bei der Kurzarbeit gelegentlich zu Missbräuchen führen können. Aber mit der Kürzung der Anspruchsdauer können wir daran nichts ändern.

Unsere Vorschläge gehen dahin, dass die Meldepflichten wesentlich verstärkt werden, dass die Inspektionsmöglichkeiten ausgebaut und die Kontrollen gegenüber den Arbeitgebern wesentlich verschärft werden. Aber wir wollen am Instrument des Zwischenverdienstes in dieser Form festhalten, weil es sich arbeitsmarktlich bewährt hat. Auch wenn man hier von einzelnen schwarzen Schafen spricht und den Fall Gasser oder andere Fälle zitiert, darf man nicht ohne weiteres auf die Allgemeinheit der Unternehmer schliessen.
Aus diesen Gründen bitte ich Sie, hier bei der Lösung der Kommission zu bleiben.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: M. Fasel a déposé deux propositions qui concernent toutes deux le gain intermédiaire.
La première concerne le taux d'indemnisation du gain intermédiaire. Je rappelle que l'on indemnise les chômeurs à raison de 80 pour cent, mais on réduit à 70 pour cent, selon les dispositions que l'on a déjà votées, lorsqu'il n'y a pas d'obligation d'entretien. M. Fasel voudrait, à travers cette disposition, supprimer cette clause qui permet de réduire à 70 pour cent lorsqu'il n'y a pas d'obligation d'entretien afin que tout le monde reçoive, en gain intermédiaire, 80 pour cent de la perte de gain. C'est donc une aggravation de la situation de la caisse qui ne paraît pas justifiée. On peut admettre que la réduction soit portée à 70 pour cent lorsqu'il n'y a pas d'obligation d'entretien ou lorsqu'on reçoit des indemnités d'une certaine importance.
La deuxième proposition Fasel consiste à réduire la période pendant laquelle on peut obtenir un gain intermédiaire. C'est une proposition qui, apparemment, va dans le sens de l'épargne, mais qui en réalité a des effets pervers. Je donnerai un exemple très concret: les usines d'aluminium de Chippis ont accordé des gains intermédiaires pendant 18 mois je crois. Si elles n'avaient pas eu cette possibilité, elles auraient licencié. Or, aujourd'hui, l'un des grands problèmes du marché du travail, c'est que la reprise se fait jour mais que les employeurs évitent de réengager du personnel et de créer de nouveaux emplois; ils essaient de tenir le plus longtemps possible avec le personnel dont ils disposent. Avec la mesure proposée par M. Fasel, peut-être que dans un premier temps on ferait des économies, mais il est probable qu'il y aurait une augmentation du chômage total parce qu'on provoquerait plus rapidement la rupture du lien contractuel entre patrons et ouvriers qui intervient lorsqu'on licencie quelqu'un. C'est la raison pour laquelle, au nom de considérations relevant du marché du travail, je vous invite à refuser cette proposition.
Je me suis d'ailleurs demandé pourquoi M. Fasel faisait cette proposition. Sans doute a-t-il une idée quant à l'incidence que pourrait avoir le gain intermédiaire sur le niveau des salaires et peut-être pense-t-il que moins il y a de gain intermédiaire moins il y a de risque de pressions sur le niveau des salaires. Cela ne me paraît pas un argument convaincant par rapport à l'argument, opposé à sa proposition, relevant du marché du travail.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: M. Fasel a beaucoup d'idées qui sont, en général, très bonnes. En l'occurrence, je voudrais cependant vous recommander de suivre plutôt la proposition de la commission, en ce qui concerne l'alinéa 2 de l'article 24, c'est-à-dire le maintien de la formule 80 pour cent/70 pour cent, au lieu de la solution unique à 80 pour cent que suggère M. Fasel. Le maintien de cette formule est en effet, d'une part, incontestablement plus juste, plus équitable en quelque sorte, et, d'autre part, elle permet certainement de limiter les risques, ce qui est un élément qu'il faut tout de même prendre en compte.
Quant à l'alinéa 4, où, là encore, M. Fasel propose de réduire à 6 mois/12 mois les délais, je crois que le maintien de la solution 12 mois/24 mois est à recommander: cette solution étant meilleure tout d'abord parce qu'elle permet une certaine souplesse – l'exemple concret que citait le rapporteur de langue français est là pour le démontrer – et ensuite parce que si l'effet plus incitatif doit être prolongé, il peut être obtenu grâce à ce plus long délai, ce qu'il ne pourrait pas être dans tous les cas avec le délai réduit que nous propose M. Fasel.
En résumé, je vous demande donc de suivre la décision de la commission pour l'article 24.

Fasel Hugo (C, FR): Ich möchte eine kleine Klarstellung machen, die zeigt, wie heikel das Instrument des Zwischenverdienstes ist: Wenn nämlich die Firma Alusuisse Leute in den Zwischenverdienst nimmt, statt sie auf ordentlichem Wege weiterzubeschäftigen, dann ist dies gesetzeswidrig. Gerade dies darf die Alusuisse nicht tun; sie muss andere Wege gehen, muss Kurzarbeit einführen. Aber genau hier kommen ständig Missbräuche vor. Gerade das Beispiel Alusuisse zeigt noch einmal, dass das Instrument des Zwischenverdienstes für sehr eigenartige Betriebspolitiken verwendet wird.

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 112 Stimmen
Für den Antrag Fasel 42 Stimmen

Abs. 4 – Al. 4

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 120 Stimmen
Für den Antrag Fasel 35 Stimmen

Abs. 5 – Al. 5
Angenommen – Adopté

Art. 27
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... die Höchstzahl der Taggelder nach dem Alter des Versicherten.
Abs. 2
....
a. höchstens 150 Taggelder bis zum Erreichen des 50. Altersjahrs, höchstens 250 Taggelder ab dem 50. Altersjahr, höchstens 400 Taggelder ab dem 60. Altersjahr;
b. besondere Taggelder gemäss Artikel 59b.
Abs. 3–5
Streichen
Abs. 6
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Miesch
Abs. 2
....
a. höchstens 120 Taggelder bis zum Erreichen des 50. Altersjahrs, höchstens 210 Taggelder ab dem 50. Altersjahr, höchstens 350 Taggelder ab dem 60. Altersjahr;
....

Antrag Allenspach
Abs. 2bis (neu)
Der Gesamtanspruch auf Taggelder gemäss Artikel 22 und besondere Taggelder gemäss Artikel 59b beträgt höchstens 400 Taggelder.

Art. 27
Proposition de la commission
Al. 1
.... le nombre maximum d'indemnités journalières est calculé selon l'âge de l'assuré.
Al. 2
....
a. 150 indemnités journalières au plus jusqu'à 50 ans, 250 indemnités journalières au plus à partir de 50 ans, 400 indemnités journalières au plus à partir de 60 ans;
b. des indemnités spécifiques selon l'article 59b.
Al. 3–5
Biffer
Al. 6
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Miesch
Al. 2
....
a. 120 indemnités journalières au plus jusqu'à 50 ans, 210 indemnités journalières au plus à partir de 50 ans, 350 indemnités journalières au plus à partir de 60 ans;
....

Proposition Allenspach
Al. 2bis (nouveau)
Le droit total aux indemnités journalières selon l'article 22 et selon l'article 59b pour les indemnités journalières spécifiques s'élève à 400 indemnités journalières au plus.

Miesch Christian (R, BL): Mein Antrag will die Zahl der Taggelder um 30 bis 50 Tage kürzen. In der Botschaft ist festgehalten, dass nur schon aufgrund der Dauer der Taggelder mit Mehraufwendungen in der Höhe von 300 Millionen Franken pro Jahr zu rechnen ist.
So geht es nicht mehr weiter! Wir können uns im jetzigen Zeitpunkt keine Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes leisten, welche Mehrausgaben mit sich bringt, weil die Leistungen in vielen Bereichen ausgebaut werden. Entgegen andersartigen Behauptungen zeigt es sich in der Praxis immer mehr und immer wieder, dass es nach Ablauf der Anspruchsberechtigung für die Betroffenen zahlreiche Alternativen gibt. Eine Untersuchung – sie ist bekannt und auch schon erwähnt worden – hat beeindruckende Ergebnisse gezeigt: Von 800 Arbeitslosen, welche ausgesteuert wurden, erschienen nur 38 in den Statistiken der Sozialbehörden. Offensichtlich ist es allen anderen gelungen, eine andere Möglichkeit zu finden: sei es, dass sie doch einen Job gefunden haben, sei es, dass sie sich in die Familie zurückgezogen haben usw.
Dieses Beispiel muss zu denken geben. Offensichtlich ist es so, dass zahlreiche Betroffene eine andere Lösung finden würden, wenn der Taggeldanspruch 30 bis 50 Tage weniger lang dauern würde. Für die schlimmen Fälle ist in der Schweiz ebenfalls gesorgt, wir wissen es. Sobald die Sozialbehörden zuständig sind, setzt eine intensive persönliche Betreuung ein. Die Gemeindebehörden sind stark daran interessiert, den Betroffenen zu helfen, insbesondere auch eine neue Anstellung zu finden. Dank der wertvollen Hilfe unserer Behörden werden sinnvollere Lösungen gefunden, als wenn man einfach mit der Ausrichtung von Taggeldern fortfährt.
Ich bitte Sie, diesem bescheidenen Antrag, der viel bringt, zuzustimmen.

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Innerhalb der zweijährigen Rahmenfrist besteht Anspruch auf eine vom Alter abhängige Zahl von Taggeldern. Dazu kommen noch – unbeschränkt und unabhängig vom Alter – die besonderen Taggelder für arbeitsmarktliche Massnahmen. Bei diesen Massnahmen gemäss Artikel 59b (neu) wird ein Bezug von besonderen Taggeldern während der vollen zweijährigen Dauer der Rahmenfrist ermöglicht. Das bedeutet: Die Arbeitslosenversicherung finanziert Ausbildung und Weiterbildung während vollen zwei Jahren mit Taggeldern, die 80 Prozent des früheren Lohnes betragen, und zwar all jenen, die zuvor mindestens sechs Monate erwerbstätig gewesen sind. Da selbst die Rekrutenschule als Beitragszeit angerechnet wird, genügen vorgängig zwei Monate beitragspflichtige Arbeit, um sich unter dem Titel «arbeitsmarktliche Massnahmen» eine Ausbildung während voller zwei Jahre finanzieren zu lassen.
Da muss schon gefragt werden, ob jene, die eine normale Ausbildung auf eigene Kosten durchlaufen, nicht letztlich die Dummen sind – im Vergleich zu jenen, die ihre Ausbildung bewusst oder fahrlässig unterbrochen haben und bewusst oder fahrlässig arbeitslos geworden sind, um dann einen Ausbildungslohn von 2000, 3000 oder sogar 4000 Franken pro Monat beanspruchen zu können. Das wäre zwar ein Missbrauch der Arbeitslosenversicherung, aber ein völlig legaler. Wir haben ohnehin schon genug legale Missbrauchsmöglichkeiten; wir sollten mit dieser Gesetzesrevision nicht noch neue eröffnen.
Es mag nun eingewendet werden, dass die besonderen Taggelder nur in Ausnahmefällen während zweier Jahre ununterbrochen ausgerichtet werden, denn das würde ein zweijähriges Schulungsprogramm voraussetzen. Solche Ausnahmefälle sind indessen zahlreicher, als wir annehmen, denn die öffentlichen und privaten Anbieter von Schulungskursen wittern heute schon das grosse Schulungsgeschäft via Arbeitslosenversicherung. Zudem sind die zuständigen Amtsstellen davon angetan, weil sich damit eine fortschrittliche Haltung nachweisen lässt, ohne dass man etwas dafür bezahlen müsste: Denn es ist die Arbeitslosenversicherung, die die Aus- und Weiterbildung bezahlt, es sind nicht die Kantone und Gemeinden, die ihrerseits Schulung und Weiterbildung bewilligen.
Wir müssen ein System finden, das weniger Raum für legale Missbräuche lässt und das Arbeitslose veranlasst, sich möglichst rasch den arbeitsmarktlichen Massnahmen zu stellen. Das ist nur möglich, wenn beide Bezugsmöglichkeiten zusammen begrenzt werden. Wir sollten klarlegen, dass die bezahlte Aus- und Weiterbildungszeit um so kürzer sein wird, je länger ein Arbeitsloser arbeitslos zuwartet. Wenn wir legale Missbräuche der Versicherung vermeiden wollen, wenn die Kosten nicht ins Unermessliche anwachsen sollen und wenn wir anstreben, dass die Arbeitslosen sich möglichst rasch den arbeitsmarktlichen Massnahmen stellen, ist eine Gesamtplafonierung der Taggeldbezugsdauer notwendig. Das ist der Sinn des Antrages Allenspach, den ich begründete.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich bitte Sie, beim Antrag der Kommission zu bleiben.
Artikel 27 Absatz 2 regelt die Dauer des Anspruchs auf Taggelder, die ohne Teilnahme an einer arbeitsmarktlichen Massnahme bezogen werden können, nach dem neuen Konzept. Wir haben die jetzige Anspruchsdauer von 400 Tagen auf 150 Tage herabgesetzt. Wir haben damit eine massive Reduktion bezüglich jener Taggelder vorgenommen, die ohne Teilnahme an einer Arbeitsmarktmassnahme bezogen werden können. Man kann immer über das Mass streiten. Aber wir haben hiermit ein Mass erreicht – und zwar im Einverständnis und im Ringen mit den Sozialpartnern –, das man nicht einseitig verändern sollte. Es würde auch bedeuten, dass die Kantone mit dem Beschäftigungsprogramm früher beginnen müssten, was eine zusätzliche Belastung der Kantone zur Folge hätte. Mit den 150 Tagen sind wir an die Grenze des Möglichen gegangen.
Dieselben und ähnliche Argumente gelten für die Begründung der Ablehnung des Antrags Allenspach. Wir haben in unserem Neukonzept die Bezugsdauer absolut auf zwei Jahre begrenzt. Nach dem heutigen System ist es so, dass nach 400 Tagen oder während den letzten 120 Tagen dieser 400 Tage ein Beschäftigungsprogramm durchgeführt wird und sich der betroffene Arbeitslose damit wieder einen Anspruch auf neue 400 Tage erwirbt. Das kann dauernd wiederholt werden; immer wieder können 400 Tage angehängt werden. Damit haben wir aufgehört. Wir haben die Grenze absolut bei zwei Jahren gesetzt, und diese Grenze macht den Kantonen bereits grosse Mühe. Sie haben den Eindruck, dass ihre Fürsorgelasten nach Abschluss dieser zwei Jahre ansteigen werden und zusätzliche Verpflichtungen auf sie zukommen.
Wenn Sie den Antrag Allenspach gutheissen, der noch weiter geht, würde das von den Kantonen nicht mehr akzeptiert. Wir haben in diesem Bereich mit unserer Lösung bereits eine Einsparung von 80 Millionen Franken erzielt. Wir glauben zwar nicht, dass ein grosser Teil der Arbeitslosen in die Fürsorge überwechseln wird, aber immerhin: Ein Teil von ihnen wird überwechseln. Mit den Kürzungsmassnahmen, die wir auch in zeitlicher Hinsicht und insbesondere mit der absoluten Rahmenfrist von zwei Jahren getroffen haben, sind wir auch in diesem Bereich an die Grenze des Möglichen gegangen.
Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: La proposition Miesch tend à réduire davantage que la commission les indemnités journalières.
Je vous rappelle que nous sommes descendus de 400 indemnités journalières à 150 pour les personnes en des-

sous de 50 ans, plus pour celles en dessus de 50 ans et encore plus pour celles au-dessus de 60 ans. La conséquence pratique, si l'on suivait la proposition Miesch, serait que les cantons auraient plus rapidement l'obligation de fournir des programmes d'occupation. Comme ils ont déjà quelques difficultés, du moins le pensent-ils, à fournir, lorsqu'il y a un chômage important, suffisamment de places de travail dans les programmes d'occupation, on aggraverait encore leurs difficultés, particulièrement dans les régions lourdement frappées par le chômage.
C'est la raison pour laquelle je vous invite à refuser la proposition Miesch.
La proposition Allenspach, elle, tend à réduire le total des indemnités journalières, ordinaires et extraordinaires, qui peuvent être accordées à un chômeur. Cela revient à mettre en difficulté l'idée à la base de la loi, c'est-à-dire la réintégration du chômeur, d'abord en lui accordant des indemnités ordinaires, ensuite en l'invitant à participer à un programme d'occupation ou à acquérir une formation complémentaire qui lui permettrait d'être de nouveau efficace sur le marché du travail. La proposition Allenspach reviendrait à couper cette deuxième possibilité et à limiter les moyens de réintégrer le chômeur dans le circuit économique, grâce à une formation complémentaire.
Nous vous invitons également à refuser la proposition Allenspach, qui est contraire au système que vous avez fidèlement suivi jusqu'à maintenant, avec raison.

Abs. 1, 3–6 – Al. 1, 3–6
Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	102 Stimmen
Für den Antrag Miesch	41 Stimmen

Abs. 2bis – Al. 2bis

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Allenspach	44 Stimmen
Dagegen	98 Stimmen

Begrüssung – Bienvenue

Präsidentin: Ich begrüsse auf der Tribüne eine Delegation des Deutschen Bundestages unter der Leitung des Abgeordneten Torsten Wolfgramm. Die Delegation befindet sich auf einem Arbeitsbesuch und führt mit Ratsmitgliedern und Beamten der Parlamentsdienste verschiedene Gespräche. Unsere Gäste interessieren sich insbesondere auch für unser Abstimmungsverfahren.
Ich wünsche den Delegationsmitgliedern einen interessanten Aufenthalt. *(Beifall)*

Art. 28
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 2
Taggelder der Kranken- und Unfallversicherung, die Erwerbsersatz darstellen, werden von den Leistungen gemäss Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a oder b abgezogen.

Art. 28
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 2
Les indemnités journalières de l'assurance-maladie ou de l'assurance-accidents qui représentent une compensation de la perte de revenu sont déduites des prestations selon l'article 7 alinéa 2 lettre a ou b.

Angenommen – Adopté

Art. 29
Antrag der Kommission
Abs. 1
Hat die Kasse begründete Zweifel darüber, ob der Arbeitslose für die Zeit des Arbeitsausfalls gegenüber seinem bisherigen Arbeitgeber Lohn- oder Entschädigungsansprüche im Sinne von Artikel 11 Absatz 3 hat oder ob sie erfüllt werden, so zahlt sie Leistungen gemäss Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a oder b aus.
Abs. 2
.... im Umfang der ausgerichteten Taggeldentschädigung auf die Kasse ....

Antrag Stamm Luzi
Abs. 2bis (neu)
Diesbezügliche Zahlungen des Arbeitgebers an die Kasse stehen dem Arbeitslosen zu, sofern dessen Arbeitslosigkeit andauert.

Art. 29
Proposition de la commission
Al. 1
Si la caisse a des doutes fondés quant au droit qu'a le chômeur de faire valoir, pour la durée de la perte de travail, des prestations de salaire ou d'indemnisation au sens de l'article 11 alinéa 3, envers son ancien employeur, ou s'il y a doute sur la satisfaction de ces prétentions, elle verse les prestations selon l'article 7 alinéa 2 lettre a ou b.
Al. 2
.... jusqu'à concurrence de l'indemnité journalière versée par la caisse ....

Proposition Stamm Luzi
Al. 2bis (nouveau)
Ces versements de l'employeur à la caisse reviennent au chômeur pour autant que son chômage perdure.

Abs. 1, 2 – Al. 1, 2
Angenommen – Adopté

Abs. 2bis – Al. 2bis

Stamm Luzi (R, AG): Man könnte sagen, dass heute meine bisherigen Anträge politisch waren und dieser hier juristisch. Der vorliegende Antrag ist auf ein spezielles Problem zugeschnitten, er nimmt eine Korrektur zugunsten des Arbeitnehmers vor.
Stellen Sie sich folgendes Beispiel vor: Wenn jemand einen fixen Arbeitsvertrag bis Ende 1995 hat und es wird ihm heute fristlos gekündigt, erhält er Arbeitslosenentschädigung. Gemäss Artikel 29 ist die Arbeitslosenkasse verpflichtet, dem Arbeitnehmer das Arbeitslosengeld auch dann auszubezahlen, wenn der Anspruch vom Arbeitgeber bestritten ist. Das heisst: Arbeitgeber und Arbeitnehmer mögen sich streiten, ob die fristlose Kündigung berechtigt war oder nicht; die Arbeitslosenkasse ist unabhängig von diesem Streit verpflichtet, die Auszahlungen zu leisten. Gemäss dem Gesetz geht der Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber richtigerweise auf die Kasse über. Die Kasse bezahlt also die Arbeitslosengelder und erhält den Anspruch dem Arbeitgeber gegenüber. Wenn nun der Arbeitslose am 1. Januar 1996 wieder eine Arbeit hat, ist das Problem gelöst. Dann kann die Kasse – wenn zum Beispiel ein Gericht später entscheidet, der Arbeitgeber müsse Lohn bezahlen – richtigerweise geltend machen, sie habe dem Arbeitnehmer das Geld ausbezahlt, der Arbeitgeber müsse jetzt an sie zahlen.

Damit ist das Problem gelöst, wenn der Betroffene am 1. Januar 1996 wieder arbeitet. Wir haben aber dann ein ungelöstes Problem, wenn der Arbeitnehmer langandauernd arbeitslos bleibt. Dann fällt er nämlich zwischen Stuhl und Bank, wenn die Kasse vom Arbeitgeber das Geld zurückverlangt. Ab dem 1. Januar 1996 hat der Arbeitnehmer in diesem Fall keine Möglichkeit mehr, von der Arbeitslosenkasse oder vom Arbeitgeber irgendwelche Leistungen zu beziehen.
Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen. Das gibt den Räten insbesondere die Möglichkeit, das Problem – vor allem, wenn die Verwaltung eine andere Formulierung vorschlagen will – nochmals zu überdenken. Diese Türe halten Sie sich offen.
Der Verwaltung möchte ich sagen, dass ich einen Fall zugetragen erhalten habe, der bis ans Bundesgericht weitergezogen wurde; die Unterlagen könnte ich zur Verfügung stellen. Er zeigt, wie der Arbeitnehmer zwischen Stuhl und Bank fallen kann.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen: nicht weil Herr Stamm Luzi einen Fall aufgreift, der nicht regelungsbedürftig wäre, sondern weil ich glaube, dass er nicht auf dieser Ebene regelungsbedürftig ist. Nach meiner Meinung kann dieses Problem auf einer tieferen Ebene angegangen werden, sei es auf der Ebene der Verwaltungspraxis, sei es auf der Ebene der Verordnung. So könnte der Sinn des Gesetzes, nämlich der Schutz des Arbeitslosen, auch für diesen Fall erfüllt werden.
Aus diesen Gründen bitte ich Sie – wir können nicht nochmals eine Kommissionsberatung im Rat durchführen –, diesen Antrag abzulehnen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Permettez-moi de vous dire à ce titre que je suis tout à fait d'accord avec le rapporteur de langue allemande. L'argumentation qu'il vient de développer recueille mon assentiment. Je vous inviterai donc à suivre la commission dans la mesure où la proposition Stamm Luzi est décidément superflue.
Les recettes de restitution qui proviennent de l'AVS vont dans le fonds de compensation. Elles servent donc à alimenter les prestations et si, ici ou là, il peut se présenter un doute – le risque statistique est infinitésimal, mais il existe –, la prolongation du délai de prestations est toujours possible.
Je vous invite donc à rejeter la proposition Stamm Luzi.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag Stamm Luzi 24 Stimmen
Dagegen 96 Stimmen

3. Abschnitt
Antrag der Kommission
Titel
Sanktionen

Section 3
Proposition de la commission
Titre
Sanctions

Angenommen – Adopté

Art. 30
Antrag der Kommission
Titel
Einstellung in der Anspruchsberechtigung
Abs. 1
....
g. (neu) gemäss Artikel 71d Absatz 3 aus eigenem Verschulden nach Abschluss der Planungsphase keine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt.
Abs. 2
Die kantonale Amtsstelle verfügt Einstellungen nach Absatz 1 Buchstabe c, d und e, sofern die Auskunfts- oder Meldepflicht gegenüber dieser Amtsstelle oder dem Arbeitsamt verletzt wurde. Ebenso verfügt sie Einstellungen nach Artikel 71d. In den übrigen Fällen verfügen die Kassen.
Abs. 3, 5
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Stamm Luzi
Abs. 1
....
a. durch eigenes Verschulden arbeitslos ist, insbesondere wenn er selbst gekündigt hat;
....

Art. 30
Proposition de la commission
Titre
Suspension du droit à l'indemnité
Al. 1
....
g. (nouvelle) n'est pas en mesure de prendre une activité indépendante par sa propre faute après la phase d'élaboration, conformément à l'article 71d alinéa 3.
Al. 2
L'autorité cantonale prononce les suspensions au sens de l'alinéa 1er lettres c, d et e, lorsqu'il s'agit d'une violation de l'obligation de fournir des renseignements à ladite autorité ou à l'office du travail, ou de les aviser. Elle prononce également les suspensions au sens de l'article 71d. Dans les autres cas, les caisses statuent.
Al. 3, 5
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Stamm Luzi
Al. 1
....
a. est sans travail par sa propre faute, en particulier s'il a lui-même résilié son contrat de travail;
....

Titel, Abs. 2, 3, 5 – Titre, al. 2, 3, 5
Angenommen – Adopté

Abs. 1 – Al. 1

Stamm Luzi (R, AG): Das ist natürlich wieder ein politischer Antrag, den ich stelle: Damit die Arbeitslosenversicherung glaubwürdig bleibt, sind wir darauf angewiesen, dass die schlimmsten Missbräuche eliminiert werden. Das wurde bereits von einigen Rednern ausführlich in der Eintretensdebatte gefordert. Zu den schlimmsten Missbräuchen gehört insbesondere, dass das Beziehen von Arbeitslosengeldern möglich ist, wenn man selbst gekündigt hat. Es ist gegenüber denjenigen, welche seriös ihre Arbeit leisten und am Arbeitsplatz verbleiben, nicht in Ordnung, diejenigen zu unterstützen, welche den Arbeitsplatz von sich aus aufgeben. Besonders verwerflich ist diese Praxis auch denjenigen Arbeitslosen gegenüber, die wirklich in einer ausweglosen Situation sind.
Die heutige Praxis ist völlig uneinheitlich. Es kommt zwar vor, dass sich einzelne gewissenhafte Leute bei den Arbeitslosenkassen zum Ziel setzen, diesen Missstand, soweit sie können, zu eliminieren: Sie stellen die Anspruchsberechtigung für einige Tage ein – vielleicht für 10 oder 20 Tage. Es kommt aber viel zu oft vor, dass die Leistungen ohne Einstellung von Taggeldern unbesehen ausbezahlt werden, wenn Leute selbst gekündigt haben. Das ist eine untragbare Situation.
Ich bitte Sie dringend, meinen Antrag gutzuheissen, damit die Ungerechtigkeiten ausgemerzt werden.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Der Antrag Stamm Luzi betreffend Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a entspricht dem geltenden Recht: Wer durch eigenes Verschulden arbeitslos ist, erhält keine Entschädigung, das heisst, er wird in der Anspruchsberechtigung eingestellt. Die Gerichtspraxis ist klar: Wer die Stelle aufgibt – und zwar ist das nach der Gerichtspraxis streng zu beurteilen –, handelt schuldhaft. Es ist aber nicht selten der Fall, dass die Stelle darum aufgegeben wird, weil der Arbeitgeber die versicherte Person unmissverständlich vor die Wahl stellt, selbst zu kündigen oder aber die Kündigung

der Firma entgegenzunehmen. In Fällen, wo der Arbeitgeber erklärt: «Entweder kündigst du selbst, oder dir wird gekündigt», und wo der Arbeitnehmer das akzeptiert und selbst seine Kündigung einreicht, ist nach der Gerichtspraxis kein Selbstverschulden anzunehmen. Das scheint mir auch richtig; wenn der Arbeitgeber vom Arbeitnehmer quasi die Selbstkündigung verlangt, kann man bei diesem nicht mehr von eigenem Verschulden sprechen. Unter diesen Umständen ist es falsch, wenn wir in Buchstabe a, wie Herr Stamm dies vorschlägt, unbesehen jede Selbstkündigung als eigenes Verschulden betrachten.
Ich bitte Sie daher, bei Absatz 1 Buchstabe a beim geltenden Recht zu bleiben, mit der klaren Aussage, dass die Selbstkündigung schuldhaft sein muss.
Beizufügen ist, dass die Sanktion ausgedehnt wurde; Heute kann bis zu 40 Tagen eingestellt werden; neu wird eine Einstellung von bis zu 60 Tagen möglich sein, und 60 Bezugstage ergeben letztlich 3 Monate. Das ist eine Sanktionsmöglichkeit, die sehr weit geht und die von den Vollzugsbehörden auch ausgeschöpft werden kann.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: La proposition Stamm Luzi voudrait inscrire à l'article 30 un complément qui n'ajoute rien au contenu des dispositions actuelles qui disent: «est sans travail par sa propre faute». M. Stamm Luzi voudrait rajouter «...., en particulier s'il a lui-même résilié son contrat de travail». Celui qui est sans travail, parce qu'il a résilié son contrat de travail, l'est par sa propre faute; c'est inutile de l'ajouter. Si l'on commence à mettre des précisions comme celle-ci, on risque au contraire d'exclure d'autres choses dont on n'a pas parlé et on limite la possibilité, pour l'autorité compétente, de punir les abus.
Nous vous invitons donc à ne pas ajouter une précision qui risque de limiter la liberté d'interprétation de l'autorité responsable des sanctions, qui, notons-le en passant, ont été portées de 40 à 60 jours, et à refuser la proposition Stamm Luzi.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: La formule que nous suggère M. Stamm Luzi est en l'occurrence plus ambiguë, me semble-t-il, par la présence des termes «en particulier» que ne l'est l'ordonnance d'application qui, sur ce point, ne changera pas, quelle que soit la nouvelle teneur de la loi. Je vous lis cette ordonnance (art. 44): «Est notamment réputé sans travail par sa propre faute, l'assuré qui: .... b. a résilié lui-même le contrat de travail.» Nous sommes donc parfaitement clairs et je ne vois pas ce que cette formule, au demeurant un peu plus ambiguë, je le répète, peut apporter de plus en étant introduite dans la loi.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	83 Stimmen
Für den Antrag Stamm Luzi	41 Stimmen

Begrüssung – Bienvenue

Le président: J'ai le plaisir de saluer à la tribune d'honneur la présence de M. David Melikhishvili-Taurinsh, membre du Parlement de Géorgie, qui est accompagné de représentants de l'Organisation du trafic routier international. Je vous souhaite, Monsieur le Député, la bienvenue et un heureux séjour à Berne. *(Applaudissements)*

Art. 30a (neu)
Antrag der Kommission
Titel
Verweigerung des Leistungsanspruchs
Abs. 1
Widersetzt sich der Versicherte nach Ablauf der gemäss Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe d verfügten Einstellungsdauer immer noch der Teilnahme an einem Beratungsgespräch oder an einer arbeitsmarktlichen Massnahme, entzieht ihm die kantonale Amtsstelle den Leistungsanspruch.
Abs. 2
Ist der Arbeitslose zu einem späteren Zeitpunkt zur Mitwirkung an der Eingliederung bereit, so hat er, sofern die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind, erneut Anspruch auf Versicherungsleistungen.

Antrag Zisyadis
Streichen

Art. 30a (nouveau)
Proposition de la commission
Titre
Refus du droit aux prestations
Al. 1
Si, au terme de la suspension prononcée en vertu de l'article 30 alinéa 1er lettre d, l'assuré persiste dans son refus de participer à un entretien de conseil ou à une mesure de marché du travail, l'autorité cantonale lui refuse le droit aux prestations.
Al. 2
Si l'assuré accepte ultérieurement de participer à la mesure de réinsertion, il retrouve, pour autant que les autres conditions soient remplies, son droit aux prestations de l'assurance.

Proposition Zisyadis
Biffer

Zisyadis Josef (–, VD): L'article 30a concerne le refus du droit aux prestations. Ainsi donc, tout l'arsenal de sanctions qui est prévu ne vous paraît pas suffisant et il semble bien que l'on veuille encore le renforcer par des mesures vexatoires contre les chômeurs. Une durée de suspension jusqu'à 40 jours est prévue dans la loi actuelle. La commission ainsi que le Conseil fédéral proposent déjà de la porter à 60 jours. Vous vous êtes donc déjà donné tous les moyens, et les moyens les plus sévères. Mais, décidément, pour faire avaler votre pilule miracle de l'obligation de se former ou d'occuper une place de travail assignée, vous voulez instituer le refus du droit aux prestations. C'est une pénalisation, disons-le, sans précédent.
Nous ne sommes plus dans une mesure d'insertion. Là, la philosophie généreuse montre en définitive son véritable visage. La pierre fondatrice de l'édifice que vous avez construit, c'est bel et bien le passage de 400 jours à 150 jours d'indemnités. Vous devenez subitement, en fait, des coupeurs de têtes alors que vous savez pertinemment que vous n'arriverez pas à mettre en place toutes les mesures d'insertion que vous avez promises. Est-ce que ce sont des mesures comme celles-ci qui vont contribuer au maintien des compétences professionnelles acquises, comme vous le souhaitez? Est-ce que ce sont des mesures comme celles-ci qui vont permettre aux chômeurs de reprendre confiance?
Je le redis encore: toute votre construction repose sur un postulat pour l'instant invérifiable et sur une confiance aveugle dans la création subite de dizaines de milliers d'emplois ou de stages de formation. Vous savez pourtant pertinemment que cela ne se fera pas, parce que pour cela il faudrait notamment déroger à toute une série de principes de l'économie libérale et qu'il faudrait, par exemple, une participation et une consultation régulière des travailleurs et des usagers pour créer des emplois socialement utiles. Vous savez parfaitement, je pense, que toutes ces conditions ne sont pas réunies, et politiquement, et parce que vous ne le voulez pas. Vous vous obstinez malgré tout à mettre en place des mesures de pénalisation des chômeurs en introduisant des mesures vexatoires.
Je le redis: l'arsenal juridique contre les abus est amplement suffisant. N'en rajoutez pas, vous risquez de jeter une ombre sur votre volonté de réinsertion. Pour ma part, je ne puis comprendre – c'est vrai pour d'autres mesures, mais notamment pour celle-ci – que des partenaires sociaux aient réussi à se

mettre d'accord sur cette mesure vexatoire qui nous ramène directement au moyen âge.
Je vous invite à biffer l'article 30a «Refus du droit aux prestations».

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich bitte Sie auch hier, der Kommission zu folgen.
Dieser Artikel 30a ist tatsächlich ein wesentlicher Bestandteil des Konzeptes, und zwar in dem Sinne, dass jene Personen, die es aus persönlichen oder andern Gründen ablehnen, an Arbeitsmarktmassnahmen teilzunehmen, keinen Anspruch auf Taggelder haben sollen.
Eine der Säulen dieses Neukonzeptes ist es, dass von den Empfängern der Arbeitslosenentschädigung eine Gegenleistung erwartet wird. Es ist also ein Geben und Nehmen: Auch der Arbeitnehmer, der seinen Lohn bezieht, muss eine Gegenleistung erbringen; er muss eine Arbeitsleistung erbringen. Dafür erhält er den Lohn. Ich kann darin überhaupt keine Strafe sehen, wenn jetzt gegenüber den Bezügern von Arbeitslosenentschädigung im Sinne einer Arbeitsleistung gefordert wird, dass sie sich Arbeitsmarktmassnahmen unterziehen. Und darum brauchen wir auch Artikel 30a: Es handelt sich um keine Sanktion, sondern um eine Konsequenz des Systems.
Herr Zisyadis hat noch angeführt, dass die Kantone unter Umständen nicht in der Lage sein werden, die Beschäftigungsprogramme anzubieten. Dazu ist zu sagen: Wenn dieser Fall eintreten sollte, geht das nicht zu Lasten des Arbeitslosen. Dafür haben wir eine Regel vorgesehen: Es ginge dann teilweise zu Lasten jener Kantone, die dies nicht machen, zum grössten Teil aber zu Lasten des Arbeitslosenfonds. Es ist also nicht der Arbeitslose, der darunter zu leiden hätte, wenn es im Einzelfall einmal nicht möglich sein sollte, ein solches Programm auf die Beine zu stellen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: M. Zisyadis voudrait supprimer l'article 30a, qui est conforme au système que nous voulons mettre en place.
Le travailleur qui n'observe pas les prescriptions du contrôle du chômage, les instructions de l'office du travail, notamment en refusant un travail convenable qui lui est assigné, peut être frappé d'une sanction allant jusqu'à la suspension du droit à l'indemnité pendant 60 jours. Mais que se passe-t-il ensuite si, après que les 60 jours se sont écoulés, il refuse toujours de collaborer avec l'office de placement en refusant de participer à un entretien – une chose aussi innocente – ou, plus grave, en refusant de participer à une mesure de marché du travail, que ce soit aux programmes d'occupation ou à une formation complémentaire? Eh bien, M. Zisyadis dit: «Si cela arrive, l'assuré ne doit subir aucune sanction. Il doit toucher ses indemnités. La sanction précédente suffit et il devrait avoir une sorte d'indulgence plénière pour le reste de son droit à l'indemnisation.» Nous disons non. Nous voulons que le but soit la réintégration. Si quelqu'un la refuse, il ne doit pas bénéficier des indemnités complémentaires que nous avons prévues et qui prolongent respectivement les 150 jours, les 250 jours ou les 400 jours qui ont été évoqués auparavant. Si on lâchait sur ce point-là, ce serait quelque chose d'extrêmement grave. J'en arrive même à me demander si M. Zisyadis croit sérieusement que c'est conforme au bon sens et à l'équité de biffer cet article 30a.
Nous vous invitons à le maintenir.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: M. Zisyadis monte les tours pour démonter l'article 30a dans lequel il lit une volonté de retour au moyen âge. Mes connaissances historiques sont évidemment très fragmentaires, mais je ne crois pas qu'on ait intensément pratiqué à cette époque les programmes de réinsertion, Monsieur Zisyadis, et que ce retour au moyen âge soit une réelle argumentation.
Vous commencez par faire un procès d'intention. Vous le faites à la commission, mais en réalité c'est aux responsables des exécutifs fédéral et cantonaux que vous le faites lorsque vous dites qu'ils ne seront pas à même de mettre sur pied les programmes qu'ils annoncent dans le cadre de cette loi et qu'ils ne seront pas à même de réaliser ce passage et cette réinscription des chômeurs dans le monde du travail et dans la vie active. Je ne m'illusionne pas sur les résultats de ces programmes – la nature humaine étant ce qu'elle est –, mais je dis qu'ils représentent, par rapport à l'état actuel, une volonté claire et affirmée de faire mieux, de donner les instruments au chômeur qui s'engage, sans toutefois lui fournir de certitude quant à un emploi. Le problème est ailleurs. C'est pourquoi je suis d'avis qu'avant même que l'on ait commencé cette nouvelle marche, on ne la sabote pas d'avance en faisant un procès d'intention, encore une fois, à ceux qui sont chargés de sa réalisation.
A supposer, Monsieur Zisyadis, que cela joue, je crois qu'il est indispensable de pouvoir obtenir une certaine discipline, sans quoi dans ce corps social les méchants ou les passifs auront la priorité sur les gentils et les zélés. Il ne s'agit pas d'expédition punitive insupportable, il s'agit simplement de jouer le jeu tous ensemble, et si quelqu'un ne veut pas jouer ce jeu-là, de lui appliquer une sanction tout à fait légitime, faute de quoi les systèmes ne se tiendront pas. Il y a un minimum d'ordre – et c'est véritablement d'un minimum dont on doit parler ici – à respecter, faute de quoi les choses ne se passeront pas bien pour tous.
Si tous ceux à qui on s'adresse avaient votre sincérité et la mienne, toute chose se passerait bien. Je ne fais pas non plus de jugement global avancé, mais il est assez probable qu'il y a toujours dans une société un certain nombre de gens qui n'entendent pas jouer le jeu aussi spontanément et solidairement que nous voulons qu'on le joue. Il est légitime que, pour ceux-là, on détienne un petit levier d'action – c'est celui qui est représenté par l'article 30a – nécessaire à l'usage des récidivistes, si je puis dire. Il ne s'agit pas de sanctionner une première manifestation de refus, mais une constance dans le refus, puisque cela va même jusqu'à refuser l'entretien dont vous me direz tout de même qu'il est assez bénin pour être supportable par tous.
C'est dans cet esprit que je voudrais, en vieux libertaire que je suis, vous dire que l'article 30a est tout à fait supportable.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 118 Stimmen
Für den Antrag Zisyadis 12 Stimmen

Art. 32
Antrag der Kommission
Abs. 2
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Minderheit
(Strahm Rudolf, Baumann, Bodenmann, Brunner Christiane, Hafner Ursula, Hämmerle, Matthey, Thür)
.... Karenzzeit von höchstens einem Arbeitstag abgezogen.

Abs. 3
.... auf behördliche Massnahmen oder auf andere ....

Antrag Früh
Abs. 2
.... eine Karenzzeit von höchstens drei Tagen ....

Antrag Seiler Hanspeter
Abs. 3
Unverändert

Antrag Blatter
Abs. 3
Unverändert

Art. 32
Proposition de la commission
Al. 2
Majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Minorité
(Strahm Rudolf, Baumann, Bodenmann, Brunner Christiane, Hafner Ursula, Hämmerle, Matthey, Thür)
.... Conseil fédéral, d'un jour de travail au plus.

Al. 3
.... par les autorités ou à d'autres circonstances ....

Proposition Früh
Al. 2
.... un délai d'attente de trois jours au plus.

Proposition Seiler Hanspeter
Al. 3
Inchangé

Proposition Blatter
Al. 3
Inchangé

Strahm Rudolf (S, BE), Sprecher der Minderheit: Ich vertrete die Minderheit der Kommission zu Artikel 32 Absatz 2. Es geht um die Modalitäten bei der Kurzarbeitsentschädigung. Der Antrag der Minderheit will, dass der Arbeitgeber bei der Kurzarbeit nicht stärker benachteiligt wird als heute. Das ist das Ziel des Antrags der Minderheit! Bei Kurzarbeit wird im geltenden Recht ein halber Karenztag vorgesehen. Der Bundesrat und die Mehrheit möchten diese Zeitspanne auf drei Karenztage ausdehnen. Ich möchte mit der Kommissionsminderheit maximal einen Tag festgelegt wissen.
Die Karenzzeit bei der Kurzarbeit erhöht im Gegensatz zu andern Arbeitslosigkeitsformen im Prinzip die Kosten des Arbeitgebers. Warum soll die Kurzarbeit nicht verteuert werden? Wir haben volkswirtschaftlich, aber auch betriebswirtschaftlich ein Interesse daran, dass in schwierigen Fällen Kurzarbeit eingeführt wird und dass nicht sofort Entlassungen vorgesehen werden. Wenn bei einem Konjunktureinbruch oder bei einer Auftragsflaute in einer Firma die Leute auf Kurzarbeit gesetzt werden, statt entlassen zu werden, hat dies mehrere Vorteile.
Entlassungen und Wiedereinstellungen sind teurer als die Kurzarbeit, und zwar aus drei Gründen:
1. Entlassene belasten die Arbeitslosenversicherung auch.
2. Entlassungen führen oft zu einer Dequalifizierung der Arbeitslosen, zu einem Verlust an Humankapital. Wenn die Leute lange keine neue Arbeit haben, verlieren sie ihre Qualifikationen. Ein Teil der Sockelarbeitslosigkeit ist darauf zurückzuführen: Wer lange Zeit arbeitslos war, büsst an Arbeitsfähigkeit ein. Es gibt sozusagen Geschädigte, besonders bei der Langzeitarbeitslosigkeit.
3. Entlassungen und spätere Wiedereinstellungen – dies ein betriebswirtschaftlicher Grund – sind ein versteckter Verlust für den Arbeitgeber. Nach einer Untersuchung, die in der «Technischen Rundschau» publiziert worden ist, rechnen Personalchefs mit einem Verlust eines Jahreslohns, wenn sie Personen entlassen und wiedereinstellen müssen. Verluste entstehen zum Beispiel aufgrund der Einführungszeit, durch Produktivitätsverluste usw. Bei oberen Kadern macht es übrigens noch mehr als einen Jahreslohn aus.
Es gibt ein volks- und ein betriebswirtschaftliches Interesse, die Leute auf Kurzarbeit zu setzen, statt sie zu entlassen. Es gibt zum Glück einige vielversprechende, zukunftsweisende Modelle: Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben hat sich zum Beispiel das Soflex-Modell der Firma Landert in Bülach vorstellen lassen; wir kennen des weiteren das Modell des «Tages-Anzeigers» sowie das einer Papierfabrik. Wir glauben, dass die neuen Formen von Kurzarbeit oder Teilzeitarbeit sinnvoll sind. Man soll, wenn zuwenig Arbeit da ist, wenigstens vorläufig die Arbeit auf die vorhandenen Arbeitskräfte verteilen, statt Leute zu entlassen.
Nun soll man nicht mit der Verlängerung der Karenzzeit von einem halben auf drei Tage den Arbeitgeber quasi bestrafen. Diese Zeit bezahlt nämlich der Arbeitgeber. In der Kostenrechnung sind drei Karenztage drei Tage, für die der Arbeitgeber an sich keine Entschädigung erhält. Drei Karenztage sind eine Bestrafung. Das möchten wir nicht, und deswegen haben wir den Minderheitsantrag gestellt.
Ich erinnere Sie daran, dass in der Kommission Herr Landert – nicht nur in seinem Namen, sondern auch im Namen derjenigen Firmen, die das Soflex-Modell oder ähnliche Modelle der solidarisch-flexiblen Arbeitszeitverkürzung durchführen wollen – dringend gebeten hat, hier mit der Verlängerung der Karenzfrist kein zusätzliches Kostenelement einzubauen. Wir erhöhen mit dem Antrag der Minderheit die Gesamtausgaben nicht. Wenn als Alternative zu Kurzarbeit die Leute entlassen werden, kostet es die Arbeitslosenversicherung auch etwas.
Zum Schluss muss ich noch etwas zum ganzen Revisionsprojekt Arbeitslosenversicherung sagen: Es sind viele neue, innovative Elemente der Arbeitspolitik verwirklicht worden. Was mir fehlt, sind neue Modelle der Verteilung der Arbeit: Kurzarbeit, Teilzeitarbeit, solidarisch-flexible Arbeitszeit, Kürzung. Wir haben uns damit begnügen müssen, all diese Modelle in Zukunft mit Artikel 110a (Pilotversuche) zu ermöglichen. Es wird eine Türe geöffnet, aber es ist nichts Spezifisches geregelt. Das ist ein Mangel in diesem Gesetz. Ich vermisse auch etwas Kreativität in der Verwaltung. Seit Jahren spricht man über solche solidarisch-flexiblen Arbeitszeitmodelle – auch in der Wirtschaft bei einzelnen Betrieben –, und in der Verwaltung hat man diese Entwicklung einfach verschlafen. Wir waren nicht mehr in der Lage, spezifisch darüber zu legiferieren. Deswegen haben wir wenigstens den Artikel über Pilotversuche.
Hier geht es jedoch speziell nur um die Frage der Karenzfrist; ihr gilt der Antrag der Minderheit. Ich bitte Sie, nicht durch eine Verlängerung der Karenzfrist bei Kurzarbeit die neuen Arbeitsformen zu verteuern.

Seiler Hanspeter (V, BE): Die Kommission hat die vom Ständerat beschlossene Fassung nochmals mit einem dicken Rotstift bearbeitet. Damit bin ich im grossen und ganzen einverstanden. Allerdings darf man das Kind nun nicht mit dem Bade ausschütten. Der Streicheuphorie ist zum Beispiel auch ein Teil von Artikel 32 Absatz 3 zum Opfer gefallen. Ich bitte Sie dringend, hier den unveränderten Gesetzestext beizubehalten und die drei Worte «auf wetterbedingte Kundenausfälle» nicht herauszustreichen, die zum Beispiel für Beschäftigte an Skiliften, Seilbahnen und Skischulen, also für Zusatzerwerbseinkommen, im Sinne von Kurzarbeitsentschädigungen zur Anwendung kommen. Diese Regelung und insbesondere die dazugehörige Verordnung lässt schon heute nur eine äusserst restriktive Handhabung zu und – das scheint mir besonders wichtig – schliesst Missbräuche praktisch aus. Wenn bei allen Bereichen von Arbeitslosigkeit dieselben Massstäbe angewendet worden wären, hätten wir wohl heute ein weniger tiefes Finanzloch. Eine Gruppe von Arbeitnehmern, die von allem Anfang an viel höhere Hürden zu nehmen hatte, jetzt gar aus der Versicherung hinauszuwerfen, erachte ich nicht als gerechtfertigt, und es führt wieder zu einer Ungleichbehandlung. Und gerade diese Ungleichbehandlung, die bis 1991 bestanden hatte, bewog ja diesen Rat vor rund drei Jahren dazu, eine Bestimmung ins Gesetz aufzunehmen, die jetzt wieder gestrichen werden soll. Wo bleibt denn da die Glaubwürdigkeit?
Die sehr geringen, aufs Ganze betrachtet fast vernachlässigbaren Versicherungsleistungen hatten für die Betroffenen eine sehr grosse Wirkung. Mit relativ wenig Einsatz hat man also relativ viel erreicht. Wer ein existentiell notwendiges Zusatzerwerbseinkommen haben muss, darf jetzt nicht wieder einseitig zum Beitragslieferanten degradiert werden.
Ich bitte Sie, diese härtefallmildernde Versicherung, also eine Art ausgesprochene Notfallversicherung, nicht wieder abzuschiessen. Sie träfen damit einen Bevölkerungsteil, der ganz besonders auf unsere Solidarität angewiesen ist.

Blatter Ulrich (C, OW): Ich bitte Sie ebenfalls, bei Absatz 3 am geltenden Gesetzestext festzuhalten. Anlässlich der letzten Revision der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1991 wurde nach sehr zähem Ringen erreicht, dass alle Arbeitnehmer im Berggebiet bezüglich der Schlechtwetterentschädigung gleich behandelt werden. Sie erinnern sich: Während dreier aufeinanderfolgender Jahre, von 1988 bis 1990, war das Berggebiet von langandauerndem Schneemangel und damit von erheblichen Einkommenseinbussen betroffen, was den Bundesrat im Jahr 1990 veranlasst hat, im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes Sofortmassnahmen zu treffen, um den hart getroffenen Arbeitnehmern eine Soforthilfe anzubieten. Ebenfalls 1990 verabschiedeten die Räte eine Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Die Bestimmungen sind sehr restriktiv. Ein Arbeitsausfall kann gemäss Artikel 51a der Arbeitslosenversicherungsverordnung nur entschädigt werden, «wenn er auf einen ungewöhnlichen Wetterverlauf zurückzuführen ist, der den Betrieb stillegt oder erheblich einschränkt». Eine weitere harte Auflage lautet: Der Betrieb gilt lediglich dann «als erheblich eingeschränkt, wenn der Umsatz in der betreffenden Abrechnungsperiode 25 Prozent der im Durchschnitt der fünf Vorjahre im gleichen Zeitraum erzielten Umsätze nicht übersteigt.» Diese Regelung ist klar, zu Recht sehr restriktiv und belastet die Arbeitslosenversicherung nur gering. Sie hat sich bewährt, dem Biga sind keine Missbräuche bekannt. Zu Recht haben Bundesrat und Ständerat darauf verzichtet, eine bewährte Regelung wieder aufzuheben.
Im Namen der Arbeitnehmer im Berggebiet bitte ich Sie dringend, am heute gültigen Gesetzestext festzuhalten.

Brunner Christiane (S, GE): Le groupe socialiste soutient la proposition de minorité.
L'inscription d'un délai d'attente allant jusqu'à trois jours est due au souci d'éviter à l'avenir que certains employeurs puissent abuser de l'assurance en cas de réduction de l'horaire de travail. Il est vrai que le contrôle a été longtemps insuffisant dans ce domaine, mais il n'y a pas de raison de faire payer nos déficiences passées par des employeurs corrects qui n'ont pas les moyens de prendre en charge les frais occasionnés par trois jours de délai d'attente.
Les employeurs qui envisagent de restructurer leur entreprise, ou qui doivent faire face à des fluctuations importantes de commandes, comparent les coûts entraînés par une mise au chômage partiel à ceux entraînés par un licenciement collectif. Si un entrepreneur arrive à la conclusion que le licenciement de dix employés lui coûtera moins cher qu'une mise au chômage partiel, il licenciera ces dix employés. Cela se vérifiera plus facilement avec un délai d'attente de trois jours qu'avec un délai d'un jour. Il est dans l'intérêt des travailleuses et des travailleurs, mais aussi des finances de l'assurance-chômage, que le choix de cette entreprise se porte plutôt sur la mise au chômage partiel d'une partie de ses employés que sur le licenciement définitif de dix personnes, car ces dix personnes dépendront ensuite pleinement des indemnités entières de l'assurance-chômage.
La possibilité d'introduire du chômage partiel est très importante, notamment pour les entreprises de l'industrie des machines qui, depuis plusieurs années déjà, doivent composer avec de grandes fluctuations. Les syndicats interviennent naturellement en faveur des travailleurs et des travailleuses dans tous les cas où les entreprises ont des difficultés, mais ils ne peuvent pas empêcher les employeurs de faire des calculs de rentabilité. Si nous décourageons le recours à la réduction de l'horaire de travail par les employeurs, nous ne ferons qu'opérer un transfert des coûts, et cela à l'intérieur même de l'assurance-chômage. Nous pourrons peut-être faire certaines économies au niveau du chômage partiel, mais nous ne ferons certainement pas d'économie sur le plan global, car le nombre de chômeurs complets augmentera avec tous les frais supplémentaires que cela implique et avec aussi les baisses de qualifications que cela entraîne.
Je vous invite à suivre la proposition de la minorité, c'est-à-dire l'introduction d'un délai d'attente d'un jour, et à rejeter la proposition Früh à l'article 35.

Deiss Joseph (C, FR): Au nom du groupe démocrate-chrétien, je vous invite à suivre la majorité de la commission pour ce qui est de l'alinéa 2 de l'article 32.
Nous le savons, cette révision vise à combattre ce qui est abusif, en raison des largesses de la loi actuelle. Vous avez admis, hier, un délai de carence de cinq jours pour tous les chômeurs; il semble pour le moins normal que l'on touche aussi les entreprises et le cas de ces réductions d'horaire. Si plus de rigueur est de mise, il faut tout de même faire attention, et il est vrai que, pour les entreprises, la question est toujours le fruit d'un calcul de coût d'alternative, où l'on compare ce que coûte le licenciement et ce que coûte une réduction d'horaire.
Néanmoins, nous pensons que le fait de donner un délai maximum de trois jours, et non pas un délai de carence fixe de trois jours comme compétence au Conseil fédéral lui permettra de rendre supportables ces réductions d'horaire et de mieux lutter contre le chômage ou les licenciements définitifs.
Vous me permettrez d'ajouter une phrase pour ce qui est de l'alinéa 3, concernant «des pertes de clientèle dues aux conditions météorologiques», qui s'inscrit dans les compétences plus générales que cet alinéa accorde au Conseil fédéral pour les cas de rigueur. Cette modification de l'alinéa 3 a été apportée après un combat assez long et a donné satisfaction, notamment en raison de la rigueur avec laquelle ces indemnités sont allouées. Cela n'a d'ailleurs pas grande importance dans le décompte, puisque cela a entraîné des coûts de quelque 300 000 francs ces années passées et doit se tenir dans un cadre de 1 million de francs au total. Il semble donc qu'il s'agit là plutôt d'économies de bouts de chandelles, et qu'il vaut donc mieux en revenir au statu quo. Ce n'est pas l'article où il s'agit de donner des signaux importants.
C'est pourquoi, au nom du groupe démocrate-chrétien, je vous demande de suivre les propositions Blatter et Seiler Hanspeter.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Wir befinden uns jetzt dort, wo es um die Frage geht, ob wir überhaupt in der Lage sind, in dieser Versicherung gewisse Einsparungen zu tätigen. Jetzt geht es «ans Eingemachte», jetzt kommen die verschiedenen Bereiche und Interessengruppen, die nicht mitmachen möchten, wenn ihre Besitzstände angesprochen sind.
Das, was uns Herr Strahm Rudolf vorschlägt, ist eine Reduktion der Karenzdauer bei der Kurzarbeitsentschädigung. Es ist klar, dass die Unternehmen es nicht schätzen, wenn für die Kurzarbeitsentschädigung eine Karenzzeit von drei Tagen anstatt von einem halben Tag gilt. Es geht hier um eine Grössenordnung von 20 Millionen Franken. Man kann sagen, das sei unbedeutend. Es ist aber nicht unbedeutend im Gesamtkontext dieses Konzeptes. Ich muss Ihnen sagen, dass wir diese Beträge an verschiedenen Stellen zusammensuchen müssen, damit die Versicherung finanzierbar bleibt. Wichtiger aber als die finanzielle Seite ist in meinen Augen die Missbrauchsbekämpfung. Wir müssen bei der Kurzarbeitsentschädigung eine längere Karenzzeit einführen und einhalten, damit die Unternehmen davon abgehalten werden, einfach auf Kosten der Arbeitslosenversicherung ihre Arbeitskosten zu senken. Das ist nicht der Sinn der Versicherung. Wenn man versucht, die Lohnkosten gemäss Lohnbudget zu senken, indem man die Kurzarbeitsentschädigung geltend macht, ist das ein Missbrauch.
Ich empfehle Ihnen daher, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und die dreitägige Karenzzeit, die gleich wichtig ist wie die Karenzzeit, die wir gestern beschlossen haben, anzunehmen. Es kann nicht angehen – ich muss das Herrn Strahm sagen –, dass wir auf der einen Seite beim einzelnen fünf Tage Karenzzeit beschlossen und auf der anderen Seite bei den Unternehmen diese drei Tage nicht. Konsequenterweise müssen wir diese Höchstdauer von drei Tagen einführen. Es ist eine Höchstdauer, die von der Dauer der Kurzarbeitsentschädigung abhängt; sie beträgt nicht in jedem Fall drei Tage. Je länger die Kurzarbeit dauert, desto länger ist die Karenzzeit.
In das gleiche Kapitel gehört die Entschädigung «wetterbedingter Kundenausfälle» gemäss Absatz 3 des geltenden Gesetzes. Es stimmt: Wir haben das 1990 beschlossen, und man könnte uns durchaus vorwerfen, dass wir diese Entschädigung damals eingeführt haben und sie jetzt schon wieder abschaffen. Aber 1990 war die Lage der Arbeitslosenversicherung ganz anders, als sie heute ist. Damals waren wir noch in den Überschüssen, jetzt sind wir in Milliardendefiziten. Die Optik hat sich um 180 Grad gedreht.
Was wird hier entschädigt? Es wird hauptsächlich Schneemangel in den Wintersportgebieten entschädigt, und zwar sofern dieser Schneemangel in einen Zeitraum fällt, in dem der Betrieb nachweislich in drei von fünf Vorjahren geöffnet war. Wenn also Schneemangel eintritt und in drei von fünf Vorjahren der Betrieb geöffnet war, dann kann die Arbeitslosenkasse

beansprucht werden. Als wesentlich eingeschränkt gilt ein Betrieb weiter, wenn sein Umsatz im Jahr, wo er die Entschädigung verlangt, nicht 25 Prozent der Umsätze der fünf Vorjahre erreicht. Es geht auch hier um ein grundsätzliches Prinzip: Wir können nicht einer Gruppe solche Entschädigungslösungen wegen Umsatzschwankungen zuerkennen, die wir nachher anderen Gruppen absprechen müssen.
Aus dieser Sicht muss ich Ihnen empfehlen – Sie sehen, es hat keinen Minderheitsantrag der Kommission zu dieser Frage, sie hat hier grossmehrheitlich entschieden –, bei den «wetterbedingten Kundenausfällen» diesen Weg zu gehen; wir müssen davon abkommen, dass wir Wetterschwankungen über die Arbeitslosenversicherungskasse abgelten.
Ich bitte Sie, bei Absatz 3 dem Antrag der Kommission zu folgen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: La proposition de minorité et les propositions individuelles Blatter et Seiler Hanspeter ne vont pas dans le bon sens puisqu'elles cherchent à augmenter les dépenses de l'assurance-chômage.
Jusqu'à maintenant, pour ce cas-là, le délai d'attente pour toucher les indemnités était d'une demi-journée. La majorité veut porter ce délai à trois jours, alors que M^me^ Brunner Christiane, avec la minorité, voudrait maintenir ce délai de carence à un niveau intermédiaire, soit à un jour.
Son argumentation consiste à dire que, si on aggrave les difficultés pour toucher les indemnités à ce chapitre-là, on provoquera une augmentation des dépenses dans un autre chapitre, le chapitre plus général du chômage total. C'est une argumentation que nous avons présentée à plusieurs reprises, mais qui doit rester dans une certaine limite. Je crois que la limite n'est pas atteinte dans le cas particulier et que, après avoir prévu un délai de carence général de cinq jours au début d'une période de chômage total, on peut prévoir aussi dans ce chapitre-ci un délai de carence, non plus d'une demi-journée comme autrefois, mais de trois jours. Encore faudra-t-il, si on devait rétablir les indemnités pour intempéries, s'en tenir à la même règle et avoir le même délai de carence, puisqu'il s'agit de deux choses similaires. L'économie qui en résulte, si vous suivez la proposition de la majorité plutôt que celle de la minorité Strahm Rudolf, peut être estimée à 50 millions de francs environ.
Si nous voulons ce délai de carence, c'est parce qu'il y a dans ce secteur pas mal d'abus de la part des employeurs, il faut bien le reconnaître, et en allongeant le délai de carence on rend moins attractive cette forme d'indemnisation. Voilà pourquoi nous vous demandons d'accepter la proposition de la majorité de porter à trois jours le délai de carence.
MM. Seiler Hanspeter et Blatter avec leurs propositions voudraient rétablir l'indemnisation en cas de «beau temps». Il s'agit des célèbres cas des sociétés de remontées mécaniques, mais aussi des restaurants d'altitude, qui n'ont pas de clients à cause d'une longue période de beau temps qui les prive de neige et, par là même, des skieurs qui utilisent les remontées mécaniques ou les services des restaurants d'altitude.
En fait, cette disposition avait été introduite, dans un souci d'équité, il y a quelques années, sous la pression et dans une atmosphère de jubilation parce que tout allait bien et que ni les finances publiques ni les finances des caisses de chômage ne connaissaient de problème. Toutefois, cette possibilité n'a été que peu utilisée – je crois que, dans le canton du Valais, sur 130 demandes moins de 30 ont été acceptées –, et finalement il faut admettre que ce n'est pas très juste de maintenir cette indemnisation: le beau temps fait partie des risques du métier pour celui qui exploite une société de skilifts. Entre nous, le manque de neige doit être combattu par la neige, en exploitant des canons à neige – là je risque de provoquer certains milieux, mais je crois que c'est quand même la bonne solution –, pas en demandant des subventions à la Confédération. Il faut combattre le manque de neige par la neige et pas par des subsides.
Je vous invite à supprimer cette indemnisation et à suivre la proposition de la commission.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Il y a deux ordres de propositions à l'article 32: à l'alinéa 2 pour l'une et à l'alinéa 3 pour les deux autres.
Je commence par l'alinéa 2. La minorité propose de ne pas aller jusqu'aux trois jours que le Conseil fédéral réclame dans sa proposition et que le Conseil des Etats lui a octroyé en lieu et place du demi-jour actuel, mais d'en rester à un jour au maximum. Je souhaiterais, quant à moi, défendre la position du Conseil fédéral et de la commission. En effet, la version que nous vous présentons délègue au Conseil fédéral la compétence de régler ce délai d'attente, étant bien entendu qu'il s'agit d'un délai d'attente maximum de trois jours, et durant ce délai de franchise, en quelque sorte, c'est l'employeur qui assume la charge. Nous pensons que c'est une solution équitable. Au même titre qu'on a trouvé des solutions équitables dans cet hémicycle pour associer à la responsabilité et à la charge financière les employés, il est légitime d'y associer aussi les employeurs et il convient que l'employeur qui en fait un large usage soit également associé à la responsabilité du paiement.
Je m'explique: la politique de l'indemnisation pour les temps réduits de travail est un oreiller qui permet en quelque sorte de maintenir des emplois. Il ne faut pas qu'elle devienne un oreiller de paresse et qu'elle se présente à l'employeur comme une variante bon marché de la véritable solution à long terme qui est celle, peut-être, d'une adaptation des structures. Ce délai de carence porté d'une demi-journée à trois jours offre davantage de modulations et de possibilités au Conseil fédéral, dans ce sens, que ne l'offre la proposition de la minorité passant seulement d'une demi-journée à un jour. C'est cette raison qui me pousse à vous demander, pour davantage de souplesse, pour éviter en quelque sorte les trucs, d'appuyer, à l'alinéa 2, la formule proposée par la majorité de la commission.
J'en viens à l'alinéa 3 où les propositions Blatter et Seiler Hanspeter vont dans le sens du texte en vigueur, alors que la commission propose de biffer les termes «à des pertes de clientèle dues aux conditions météorologiques».
Monsieur le Vice-Président, si vous me le permettez, j'en appelle à votre sage autorité et je dis qu'on peut voter sur l'alinéa 3 maintenant, mais je souhaiterais qu'on le fasse conditionnellement et qu'on puisse, le cas échéant, revenir sur cet alinéa, selon ce que l'on aura décidé tout à l'heure à l'article 42 qui pose le problème général des conditions météorologiques et de l'indemnisation en cas d'intempéries.
En effet, si le Conseil tout à l'heure, au chapitre 4, ne maintient pas l'indemnité en cas d'intempéries, il est alors bien clair qu'il faut refuser les propositions Blatter et Seiler Hanspeter. Il faut biffer, comme le demande la commission, les mots qui figurent dans la version de la commission, c'est-à-dire «à des pertes de clientèle dues aux conditions météorologiques». Cela n'aurait plus aucun sens au cas où vous bifferiez le chapitre 4 «Indemnité en cas d'intempéries».
En revanche, si vous le maintenez, alors la question est ouverte pour l'alinéa 3 de l'article 32. Ou nous pensons que nous avons les moyens de conduire une politique – je ne dirais pas de luxe –, mais une politique née du confort des belles années de l'assurance-chômage, et, dans ce cas-là, nous pouvons suivre les propositions Blatter et Seiler Hanspeter, c'est-à-dire le texte actuel, ou nous pratiquons une politique plus rigoureuse et, dans ce cas-là, nous choisissons la proposition de la commission. Mais cela pose un éclairage différent selon que l'on aura voté pour ou contre l'indemnité en cas d'intempéries, d'où ma proposition de suspendre le vote sur cet alinéa 3 de l'article 32 ou bien d'y revenir une fois le chapitre 4 traité.
La question de la procédure est expressément entre vos mains, mais je voulais bien montrer quelles étaient les alternatives qui se présentent à votre Conseil pour qu'il y ait une logique dans ses travaux et une cohérence dans ses décisions.

Abs. 2 – Al. 2

Le président: La proposition Früh a été retirée.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	103 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	59 Stimmen

Abs. 3 – Al. 3

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Kommission	115 Stimmen
Für den Antrag Seiler Hanspeter/Blatter	53 Stimmen

Le président: L'alinéa 3 est voté sous réserve des délibérations au chapitre 4 (art. 42 et suivants).

Verschoben – Renvoyé

Art. 34
Antrag der Kommission
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 34
Proposition de la commission
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 35
Antrag der Kommission
Abs. 1bis
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Früh
Abs. 1
.... höchstens sechs Abrechnungsperioden ausgerichtet.

Art. 35
Proposition de la commission
Al. 1bis
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Früh
Al. 1
.... pendant six périodes de décompte au maximum.

Abs. 1 – Al. 1

Le président: La proposition Früh a été retirée.

Abs. 1bis – Al. 1bis
Angenommen – Adopté

Art. 40
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 42
Antrag der Kommission
Mehrheit
Streichen
Minderheit
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Unverändert

Antrag Bezzola
Abs. 1
....
c. (neu) sie in Berggebieten über 1200 m ü. M. oder in einer Bergregion nach Artikel 2 des Bundesgesetzes vom 28. Juni 1974 über Investitionshilfe für Berggebiete tätig sind.

Antrag Epiney
Abs. 1
....
c. (neu) sie ihre Tätigkeit in einem Berggebiet im Sinne des Bundesgesetzes über Investitionshilfe für Berggebiete ausüben.

Antrag Kühne
Unverändert

Art. 42
Proposition de la commission
Majorité
Biffer
Minorité
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Inchangé

Proposition Bezzola
Al. 1
....
c. (nouvelle) ils exercent leurs activités en zone de montagne supérieure à 1200 m au-dessus de la mer, ou dans une région de montagne au sens de l'article 2 de la loi fédérale du 28 juin 1974 sur l'aide en matière d'investissements dans les régions de montagne.

Proposition Epiney
Al. 1
....
c. (nouvelle) ils exercent leurs activités dans une région de montagne au sens de la loi fédérale sur l'aide en matière d'investissements dans les régions de montagne.

Proposition Kühne
Inchangé

Art. 43
Antrag der Kommission
Mehrheit
Streichen
Minderheit
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Unverändert

Antrag Bezzola
Abs. 3
.... Arbeitsausfall werden für jede Abrechnungsperiode zwei Arbeitstage ....

Antrag Kühne
Abs. 1
....
b. .... der Arbeiten trotz genügender Schutzvorkehrungen technisch ....
Abs. 2
Unverändert
Abs. 3
.... für jede Abrechnungsperiode eine Karenzzeit von drei Tagen abgezogen.

Art. 43
Proposition de la commission
Majorité
Biffer
Minorité
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Inchangé

Proposition Bezzola
Al. 3
.... de la perte de travail à prendre en considération deux jours de travail à titre ....

Proposition Kühne
Al. 1
....
b. .... techniquement impossible en dépit de mesures de protection suffisantes, engendre ....
Al. 2
Inchangé
Al. 3
.... à prendre en considération trois jours de travail à titre ....

Art. 43a
Antrag der Kommission
Mehrheit
Streichen
Minderheit
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Unverändert

Art. 43a
Proposition de la commission
Majorité
Biffer
Minorité
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Inchangé

Art. 44
Antrag der Kommission
Mehrheit
Streichen
Minderheit
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Unverändert

Antrag Bezzola
Unverändert

Antrag Kühne
Abs. 1
Die Bemessung der Entschädigung richtet sich nach Artikel 34.
Abs. 2
Streichen

Antrag Früh
Innerhalb von zwei Jahren wird die Schlechtwetterentschädigung während höchstens vier Abrechnungsperioden ausgerichtet.

Art. 44
Proposition de la commission
Majorité
Biffer
Minorité
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Inchangé

Proposition Bezzola
Inchangé

Proposition Kühne
Al. 1
Le calcul de l'indemnité est régi par les dispositions de l'article 34.
Al. 2
Biffer

Proposition Früh
Dans une période de deux ans, l'indemnité en cas d'intempéries est versée pendant quatre périodes de décompte au maximum.

Art. 44a (neu)
Antrag Kühne
Abs. 1
Innerhalb einer Periode von zwei Jahren wird die Schlechtwetterentschädigung während höchstens drei Abrechnungsperioden ausbezahlt. Für jede Unternehmung beginnt die Zweijahresfrist mit dem ersten Tag der ersten Abrechnungsperiode zu laufen, für welche die Entschädigung ausbezahlt wird.
Abs. 2
Macht ein Arbeitgeber während einer Abrechnungsperiode sowohl Kurzarbeitsentschädigung als auch Schlechtwetterentschädigung geltend, gilt diese Periode für jede dieser Leistungen.

Antrag Lepori Bonetti
Abs. 1
(gemäss Antrag Kühne)
.... höchstens sechs Abrechnungsperioden ....

Art. 44a (nouveau)
Proposition Kühne
Al. 1
L'indemnité en cas d'intempéries est versée pendant trois périodes de décompte au plus pendant une période de deux ans. Pour chaque entreprise, la période de deux ans commence à courir le premier jour de la première période de décompte donnant droit au versement d'une indemnité.
Al. 2
Si un employeur fait valoir des prétentions à une indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail ainsi qu'à une indemnité en cas d'intempéries au cours d'une période de décompte, celle-ci est applicable à chacune des deux indemnités.

Proposition Lepori Bonetti
Al. 1
(selon proposition Kühne)
.... pendant six périodes de décompte ....

Art. 45
Antrag der Kommission
Mehrheit
Streichen
Minderheit
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Unverändert

Antrag Bezzola
Abs. 2 (neu)
Der Arbeitgeber muss der kantonalen Amtsstelle unverzüglich melden, wenn er für seine Arbeitnehmer Schlechtwetterentschädigung geltend machen will. Bei länger dauerndem, ununterbrochenem Arbeitsausfall ist die Meldung wöchentlich zu erneuern.

Antrag Kühne
Unverändert

Art. 45
Proposition de la commission
Majorité
Biffer
Minorité
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Inchangé

Proposition Bezzola
Al. 2 (nouveau)
L'employeur doit annoncer immédiatement au service cantonal qu'il a l'intention de faire valoir un droit à l'indemnité en cas d'intempéries. En cas d'interruption de travail durable et ininterrompue, cet avis devra être réitéré chaque semaine.

Proposition Kühne
Inchangé

Art. 46–48, 50
Antrag der Kommission
Mehrheit
Streichen
Minderheit
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Unverändert

Antrag Bezzola
Unverändert

Antrag Kühne
Unverändert

Art. 46–48, 50
Proposition de la commission
Majorité
Biffer
Minorité
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Inchangé

Proposition Bezzola
Inchangé

Proposition Kühne
Inchangé

Brunner Christiane (S, GE), porte-parole de la minorité: Je défends ici la proposition de minorité, accompagnée d'ailleurs des propositions complémentaires qui ont été faites aux articles 1er et 7. Elles sont traitées en même temps que le chapitre 4, mais j'avais oublié de les mentionner dans ma proposition de minorité.
La majorité de la commission a décidé de biffer purement et simplement les articles 42 à 50 de la loi, donc d'exclure de l'assurance-chômage l'indemnité en cas d'intempéries. Il est difficilement compréhensible que ce poste, relativement peu important des dépenses de l'assurance-chômage, soit remis en cause d'une manière aussi abrupte et irréfléchie, alors même que ni la procédure de consultation, ni le message du 29 novembre 1993 du Conseil fédéral, ni les décisions du Conseil des Etats ne l'avaient laissé prévoir.
Vous n'êtes pas sans savoir que le Conseil fédéral et le Parlement se sont penchés avec attention sur le concept de l'indemnité en cas d'intempéries, dans le cadre de la première révision de la loi sur l'assurance-chômage. Les considérations faites dans le message du Conseil fédéral du 23 août 1989 sont toujours pertinentes à l'heure actuelle. Le financement solidaire de l'indemnité en cas d'intempéries est resté en vigueur et a même été revalorisé par l'abaissement de la participation de l'employeur.
Qu'est-ce qui explique alors ce revirement subit? De toute évidence, on espère que la suppression de l'indemnité en cas d'intempéries se traduira par une économie annuelle dont le montant oscillerait entre 70 et 120 millions de francs. Or une étude, exécutée par l'Institut de recherche en matière de travail et de droit du travail de l'Université de Saint-Gall, montre que ces estimations sont totalement irréalistes. Elles se basent sur le montant record de l'année 1993, où 114 millions de francs ont été versés en indemnités en cas d'intempéries, alors que la moyenne annuelle était jusqu'à ce moment-là de 70 millions de francs. Ensuite, les transferts potentiels à l'intérieur de l'assurance-chômage ont été évalués de manière extrêmement prudente, alors que d'autres facteurs négatifs, tels que la baisse des recettes fiscales, la hausse des coûts de construction, ou encore les effets multiplicateurs négatifs dans les régions de montagne touchées, n'ont même pas été pris en considération. Compte tenu de ces éléments, il n'est pas du tout certain que la suppression de l'indemnité en cas d'intempéries puisse induire des économies.
On prétend que l'indemnité en cas d'intempéries pourrait être privatisée et gérée directement par les branches intéressées. Mais elle n'est pas en premier lieu un problème qui concerne le bâtiment, les maraîchers et les horticulteurs, l'économie forestière ou d'autres branches, c'est avant tout une question, ou plutôt un impératif de solidarité avec les régions de montagne, une exigence de solidarité avec des travailleurs qui, aujourd'hui déjà, doivent souvent travailler dans des conditions très difficiles. La privatisation de l'indemnité en cas d'intempéries n'est pas une solution de remplacement par rapport au maintien de cette prestation dans le cadre de l'assurance-chômage. Si l'obligation de s'assurer était abandonnée, on assisterait au rétrécissement de la base de risques. En même temps, il faudrait mettre en place un appareil administratif coûteux qui ferait passer les primes, dont la moyenne est actuellement de 0,55 pour mille du salaire, à 1 ou 2 pour cent du salaire. Mais une petite communauté de risques ne serait pas disposée à maintenir une solidarité coûteuse avec les communautés les plus touchées, à savoir les régions de montagne. Si on voulait pondérer les taux de contribution en fonction des risques régionaux, les primes varieraient entre 0,5 pour cent et 8 pour cent de la masse salariale.
En d'autres termes, la suppression de la solidarité entre les régions et entre les branches conduirait sans doute à une situation où toute une série d'entreprises chercheraient à se soustraire à l'assurance et à tenter de réaliser des réductions de coûts par des licenciements ou par l'introduction de contrats de travail temporaires. Dès lors, il y aurait encore plus de chômage régional et saisonnier. Les travailleurs d'un certain âge ou ceux qui sont atteints dans leur santé subiraient encore plus de pression. Finalement, cet accroissement des emplois précaires mettrait également en péril la prévoyance vieillesse des personnes concernées.
Par conséquent, une liquidation de l'indemnité en cas d'intempéries affecterait en premier lieu les régions périphériques qui sont déjà défavorisées à l'heure actuelle, mais les répercussions se feraient également sentir sur le Plateau suisse. Nous craignons pour les travailleuses et les travailleurs touchés: une augmentation du travail sur appel, une prolongation de la durée annuelle du travail ainsi qu'une extension des travaux accomplis dans des conditions difficiles et dangereuses pour leur santé.
Nous pensons aussi à l'instant à l'industrie suisse du bâtiment. Pratiquement tous les pays de l'Union européenne, y compris nos voisins allemands, autrichiens et français, possèdent un système d'assurance-intempéries bien développé, qui couvre entre 60 et 100 pour cent des pertes de gain. Si la Suisse décidait de supprimer l'indemnité en cas d'intempéries, elle créerait un handicap concurrentiel, notamment dans les régions frontalières. Mais ce serait aller également dans la mauvaise direction, c'est-à-dire contre l'emploi, tout au long de l'année, de 10 000 à 20 000 travailleurs du bâtiment, contre la constitution d'effectifs stables et, par conséquent aussi, contre l'indispensable élévation du niveau de qualification dans l'industrie suisse du bâtiment.
Encore quelques remarques au sujet des abus de l'indemnité en cas d'intempéries dont il a été beaucoup question en commission. A l'heure actuelle, les mesures de contrôle les plus élémentaires ont fait défaut. Mais, ces insuffisances ne peuvent pas être comblées par quelques contrôles et révisions ponctuels. Rien d'étonnant, par conséquent, qu'un très faible pourcentage d'entreprises ne se servent alors des indemnités en cas d'intempéries pour s'enrichir. En revanche, on peut se demander pourquoi les instruments de contrôle à la fois simples et efficaces, qui sont proposés de longue date par les syndicats, n'ont pas été mis en place et exploités, comme par exemple la présentation d'une copie du décompte des salaires munie de l'accord écrit des travailleurs intéressés. Aucune révision de la loi n'est nécessaire pour appliquer ces mesures, ni bien sûr – et encore moins – la suppression de l'indemnité en cas d'intempéries.
Je vous demande de rejeter la proposition de la majorité de supprimer l'indemnité en cas d'intempéries et de maintenir, comme partie intégrante de l'assurance-chômage, cet instrument utile de politique régionale, sociale et conjoncturelle. Si

vous deviez ne pas adopter la proposition de la minorité de la commission, je vous prie d'accepter au moins la proposition Kühne à l'article 44a (nouveau) amendée par la proposition Lepori Bonetti.

Bezzola Duri (R, GR): Selbstverständlich kann ich mit dem Minderheitsantrag Brunner Christiane leben. Sehr vieles, was Frau Brunner gesagt hat, kann ich unterschreiben. Leider hat es die vorberatende Kommission nicht für wichtig empfunden, eine Alternative zu suchen. Ich glaube auch, dass man Kurzarbeit und Schlechtwetterentschädigung nicht trennen kann: Entweder bleibt man bei der Kurzarbeit und auch bei der Schlechtwetterentschädigung, oder dann schafft man beides ab.
Wenn wir über Schlechtwetter sprechen, denken wir nicht in erster Linie an einen warmen Sommerregen am Bodensee, sondern vor allem an Kälte, Schnee, schlechte Bedingungen in den Bergen. Es geht darum, gemeinsam einen Weg zu finden, um diese an und für sich taugliche Leistungsart in der Arbeitslosenversicherung zu retten.
In der Modifizierung gemäss meinem Antrag geht es um folgendes:
1. Missbräuche sollen durch eine klare Meldepflicht und eine strengere Kontrollmöglichkeit verhindert werden.
2. Die Selbstbeteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern muss erhöht werden: Die Attraktivität der Schlechtwetterentschädigung soll durch die Erhöhung der Karenztage eingeschränkt werden.
3. Es muss eine Gebietseingrenzung vorgesehen werden für die direkt und am stärksten betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Vor allem höher gelegene Regionen, wo während der Wintermonate nicht gearbeitet werden kann, sollen berücksichtigt werden – Regionen, wo es keine Alternative gibt, wo Ersatzarbeiten schwierig zu finden sind. Das Ziel muss sein zu verhindern, dass in diesen Regionen Entlassungen im grossen Stil vorgenommen werden. Es muss verhindert werden, dass Ganzjahresarbeitslosigkeit entsteht, die die Arbeitslosenversicherung sehr viel stärker belastet.
Es handelt sich bei der Schlechtwetterentschädigung nicht um Strukturerhaltungsmassnahmen, wie immer wieder behauptet wird. Es geht darum, dass man Aufträge, die vorhanden sind, je nach Witterungsverhältnissen ausführt oder eben nicht ausführt – im Gegensatz zur Kurzarbeit, bei der man von Strukturerhaltungsmassnahmen sprechen könnte, weil hier die Aufträge fehlen und die Betriebe nicht ausgelastet sind. Es geht auch nicht um Partikularinteressen. Es geht nicht um Gruppen, wie der deutschsprachige Berichterstatter, Kollege David, gesagt hat, sondern es geht darum, Betriebe, Arbeitsplätze in abgelegenen Bergregionen zu erhalten.
Übrigens ist auch im Ausland die Schlechtwetterentschädigung nichts Neues. Die umliegenden Staaten kennen diese Art von Versicherung sehr gut. Die Expertise von Professor Hans Schmid von der Hochschule St. Gallen sagt klar und eindeutig, dass man bei der Schlechtwetterentschädigung wohl Geld sparen kann, aber dass man dieses vielfach bei der Arbeitslosenversicherung wieder ausgibt: Durch die Abschaffung der Schlechtwetterentschädigung gibt es keine Entlastung der Arbeitslosenversicherung. Aber nur klare Kriterien, nur messbare, durchsetzbare Regelungen werden helfen, das Problem zu lösen.
Ich fasse zusammen: In Artikel 42 Absatz 1 Buchstabe c geht es darum, dass man das Gebiet klar eingrenzen muss zugunsten der höher gelegenen Regionen. In Artikel 43 Absatz 3 geht es darum, dass wir die Karenzfrist auf zwei Tage erhöhen und damit die Attraktivität einschränken; das geht voll zu Lasten der Arbeitgeber. In Artikel 45 Absatz 2 geht es darum, dass man die Meldepflicht verschärft: dass man sofort melden muss, wenn man die Schlechtwetterentschädigung geltend machen will, und dass man nachher diese Meldung wöchentlich wiederholt, wenn es längere Zeit dauert.
Es wäre zu einfach, die Möglichkeit der Schlechtwetterentschädigung zu streichen. Unsere Aufgabe ist es, eine Lösung zu finden, die es ermöglicht, auch in abgelegenen Regionen die Ganzjahresstellen zu erhalten. Ich bitte Sie dringend, meinen Anträgen zuzustimmen.

Lepori Bonetti Mimi (C, TI): La mia proposta chiede d'inserire un periodo di 6 mesi sull'arco di 2 anni. Infatti è un controsenso approvare delle modifiche in questa legge sull'assicurazione contro la disoccupazione che fanno aumentare il numero dei disoccupati.
Se la proposta della commissione dovesse passare, se gli articoli che trattano del tema legato al sussidiamento per intemperie dovessero essere veramente cancellati, allora il primo effetto concreto di questa legge sarebbe un aumento dei disoccupati. E' infatti sicuro che in molte regioni ed in molti settori professionali si creerebbero nuovi disoccupati totali per lunghi periodi stagionali.
Non è mio desiderio parlare unicamente del Cantone che qui rappresento, anche perché questa norma interessa tutti i Cantoni alpini, e non solo quelli. Ma è pur vero che importanti attività legate all'edilizia avvengono in regioni di montagna. Inoltre molte attività stagionali, già normalmente precarie, vedrebbero peggiorare la situazione di queste regioni – le regioni periferiche, le regioni di montagna – già duramente provate dalla crisi economica in atto.
Ma anche sul piano più generale l'abolizione dell'indennità per intemperie provoca conseguenze serie e diversificate. Ne segnalo alcune: la riduzione della mano d'opera stabile e un abbassamento del livello di qualificazione nell'edilizia, lacune contributive a livello previdenziale per le lavoratrici e i lavoratori che vengono colpiti da queste misure, il peggioramento generale delle condizioni di lavoro a causa dell'aumento dei rapporti di lavoro precari. La lista potrebbe essere ancora più completa, ma faccio riferimento agli intervenenti che mi hanno preceduto in questo dibattito.
Con il mio emendamento propongo quindi che questa indennità possa essere mantenuta. Essa costituisce infatti, dal punto di vista sociale, congiunturale e di politica regionale, uno strumento importante. Inoltre costituisce il fondamento per l'occupazione su tutto l'arco dell'anno nel settore dell'edilizia ed in altri settori la cui attività è condizionata da fattori atmosferici.
Se la proposta della collega Brunner Christiane dovesse essere accolta, è chiaro che ritirerò la mia. Nel caso contrario manterrò la mia proposta di indennizzare fino a sei periodi d'intervento. Perché sei periodi? Per molti Cantoni, soprattutto quelli alpini, ma non solo quelli, i mesi di dicembre, di gennaio, di febbraio sono dei mesi con forti precipitazioni. Lavorare all'esterno diventa difficile se non impossibile.
La proposta del collega Kühne, che limita l'indennizzo a tre periodi, ci sembra poco rispettosa delle reali condizioni atmosferiche presenti in molti Cantoni: è chiaro comunque che questa proposta è meglio di quella fatta dalla commissione.
Con queste considerazioni vi invito ad accogliere la mia proposta.

Kühne Josef (C, SG): Die Subkommission hat sich mit dieser Frage beschäftigt und hat zwei Varianten vorgelegt; die Kommission hat dann ihrerseits wieder die Frage behandelt, und wir haben eine Grundsatzabstimmung über die Frage Schlechtwetterentschädigung ja oder nein durchgeführt. Ich habe es so aufgefasst, dass es darum ging, die Schlechtwetterentschädigung gemäss Variante der Subkommission zu befürworten oder sie aus dem Gesetz zu streichen. Beibehaltung des geltenden Gesetzestextes hat damals meines Erachtens niemand beantragt; deshalb ist der Antrag der Minderheit, formell gesehen, nicht richtig.
Jetzt aber zum Materiellen. Die Aufwendungen unter diesem Titel sind in den letzten Jahren nicht nur wetterabhängig gewesen, sondern auch konjunkturbedingt; das sieht man sehr genau, wenn man die Entwicklung seit 1990 betrachtet. Letzteres kann aber nicht der Sinn dieser Massnahmen sein. Ein gutes Instrument, das überstrapaziert worden ist, ruft nach Korrekturen.
Eine knappe Kommissionsmehrheit möchte das Kind mit dem Bad ausschütten und die Schlechtwetterentschädigung ganz streichen. Sie geht zu Unrecht von der Annahme aus, dass damit enorme Mittel gespart werden können. Tatsache ist aber – und das sagen die Fachleute, die Arbeitsämter –, dass damit das Problem weitgehend verlagert wird und somit die Einspa-

rungen bedeutend kleiner sind als angenommen. Je mehr Sie eingrenzen, desto weniger sparen Sie mit der Streichung.
Ich möchte mit einer stark eingeschränkten Lösung den Missbrauch bekämpfen und das Instrument der Schlechtwetterentschädigung trotzdem erhalten. Mit meinem Antrag wird die Bezugsschwelle erhöht einmal durch die drei Karenztage (Art. 43) und dann durch die maximal drei Abrechnungsperioden innerhalb der Rahmenfrist von zwei Jahren (Art. 44a); damit wird die Bezugsmöglichkeit automatisch massiv eingeschränkt. Es ist, zugegeben, gewissermassen eine Rasenmähermethode; aber dafür sind jene verantwortlich, die bis jetzt ihre Finger etwas zu tief in die Tasche der Arbeitslosenversicherung gesteckt haben.
Die Kontrollen werden durch diese Einschränkungen natürlich weitgehend überflüssig. Es wird niemand hingehen und leichterdings Schlechtwetterentschädigung beziehen, wenn sein Konto auf drei Abrechnungsperioden während zwei Jahren eingegrenzt ist. Wir haben immerhin den Vorteil, dass wir mithelfen können – wenn wirklich von der Wetterseite her Härtefälle bestehen –, in der Bauwirtschaft eine stabile Stammbelegschaft zu erhalten.
Wir müssen auch die gesamten Kosten sehen: Wenn Sie keine Schlechtwetterentschädigung ausrichten, haben wir Entlassungen – mit den Kosten der Neuanstellung und den Kosten der ordentlichen Arbeitslosenversicherung.
Sie müssen auch sehen, dass sich, wenn unter widrigen Umständen gearbeitet werden muss, das Problem der Sicherheit stellt, insbesondere bei Baustellen im Berggebiet, beim Dachdecken, bei Waldarbeiten im Berggebiet usw.
Aus Zeitgründen möchte ich nicht auf die regionalen Aspekte eingehen, sondern Sie daran erinnern, dass auch die Schlechtwetterentschädigung eine Art Versicherung ist und dass es Branchen gibt, die vor allem unter diesem Titel der Arbeitslosenversicherung angeschlossen sind. Es ist also kein Almosen, sondern es geht um die Abdeckung eines speziellen Risikos.
Wer jetzt bei meinem Antrag noch von Geldverschwendung redet oder mit möglichen Einsparungen dagegen argumentiert, der macht Äusserungen, die eher in den Bereich des Aberglaubens anstatt in denjenigen der Fakten gehören.
Deshalb bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen. Einer muss mir ja bestimmt zustimmen, nämlich Herr Ledergerber, der gestern die bisherige Lösung derart kritisiert hat.

Le président: Monsieur Hans Steffen a aujourd'hui son anniversaire. Nous lui présentons tous nos voeux. *(Applaudissements)*

Borradori Marco (D, TI): La discussione odierna, una volta di più, affonda le sue radici nella coesione nazionale, nella solidarietà tra le diverse regioni.
L'abolizione dell'indennità per intemperie avrebbe delle gravi ripercussioni sul mio Cantone. Una parte importante dell'attività edile ticinese avviene infatti in regioni che possiamo considerare «di montagna». Pensiamo ad esempio alla Leventina, alla Riviera, alla Valle di Blenio, per non menzionare che le più note.
In una parte rilevante del territorio ticinese l'attività edile è dunque fortemente legata alle condizioni meteorologiche ed atmosferiche. A queste particolarità regionali dobbiamo aggiungere anche una serie di altre attività vicine all'edilizia che dipendono dall'evoluzione meteorologica. Pensiamo qui in particolare al settore della pavimentazione stradale, che in Ticino annovera più di mille addetti.
L'abolizione dell'indennità per intemperie rischia di trasformarsi in un clamoroso boomerang, poiché andrà a produrre decine di migliaia di disoccupati in un settore che per certe regioni è vitale: certamente in Ticino.
Vi è infatti il giustificato timore che molte imprese procedano a licenziamenti durante i mesi invernali o facciano ricorso solo a mano d'opera stagionale.
Anche in termini finanziari le economie sono oltremodo discutibili, ritenuto che il risparmio preventivato non è superiore ai 40, 50 milioni di franchi.
L'indennità per intemperie incide oggi solo in minima misura. Dovesse essere soppressa questa indennità, sarà invece inevitabile un degrado ulteriore e pesante dell'assicurazione contro la disoccupazione. Ma non solo. A causa della disoccupazione stagionale vi saranno pure minori introiti fiscali. E' dunque evidente che si tenta di risparmiare in un ambito sbagliato, con effetti controproducenti rispetto al contenimento delle uscite.
A cosa serve risparmiare 40 milioni di franchi – pari a meno del 2 percento della spesa complessiva – se poi si finisce con il ribaltare, con il trasferire gli oneri sulla disoccupazione «tout court»? In Ticino, inoltre, si penalizzerebbero le regioni discoste, si genererebbero nuovi licenziamenti e nuovi disoccupati, si renderebbe meno sicura e più cara la costruzione, i cui costi potrebbero lievitare del 2 percento nell'edilizia e del 3 percento nel genio civile.
E poi, chi sceglierebbe ancora un mestiere dell'edilizia, in cui si rischia di diventare in pratica uno stagionale? Oltre a mettere a repentaglio migliaia di posti di lavoro, con conseguente emarginazione, in particolare dei lavoratori più anziani e più cagionevoli di salute, l'abolizione di questa indennità trarrà con sè degli effetti perversi.
La Germania, che l'ha soppressa, facendola uscire dalla porta, ha visto rientrare dalla finestra oltre un miliardo di marchi in più di spesa pubblica con il ricarico sulla disoccupazione.
Tutti i Paesi a noi vicini, compresi quelli con difficoltà economiche ben maggiori delle nostre, conoscono e applicano la pratica dell'indennità per intemperie. Proprio di fronte ad una concorrenza estera sempre più forte, è irragionevole procedere a modifiche di questo genere che penalizzerebbero le imprese indigene. Un Cantone come il Ticino, che vive già una situazione economica ed occupazionale difficile, non potrebbe sopportare l'ulteriore grave colpo che deriverebbe dall'abolizione dell'indennità per intemperie.
La solidarietà confederale, la coesione nazionale, ossia quei concetti che, se messi realmente in pratica, rappresentano uno strumento in grado di accomunare le regioni più fortunate alle altre, devono costituire la risposta che oggi noi, consapevolmente, diamo all'interrogativo che ci viene posto.
Ragioni di ordine finanziario tali da giustificare una simile misura di contenimento delle spese non ce ne sono, visto che i risparmi generati da un lato comporteranno aggravi nelle uscite dall'altra parte.
Vi invito dunque a mantenere la situazione esistente. Ogni altra soluzione causerebbe dei pregiudizi difficilmente riparabili.

Epiney Simon (C, VS): L'indemnité en cas d'intempéries n'est pas révolutionnaire en Suisse puisqu'elle date de 1951 et elle n'est pas non plus révolutionnaire à l'étranger puisqu'elle est appliquée par quasiment tous les pays qui nous entourent. Elle fait donc partie d'un système de protection qui nous est familier et qui a fait ses preuves jusqu'à aujourd'hui.
Vouloir supprimer aujourd'hui cette indemnité en cas d'intempéries, quels effets cela va-t-il provoquer? A mon sens, il y a trois sortes d'effets qu'on risque de provoquer avec la suppression d'une pareille indemnité.
Premièrement, on va provoquer un faux effet économique parce que, en fait, on va faire de fausses économies en reportant simplement un chômage partiel sur un chômage complet saisonnier.
Deuxièmement, il y a un effet pervers sur le plan professionnel. On va inévitablement dissuader les jeunes de se former, notamment dans le bâtiment puisqu'ils vont se trouver confrontés à un travail saisonnier qui ne sera pas de nature à les intéresser. On va donc créer, à long terme et davantage, une main-d'oeuvre moins qualifiée dans le bâtiment, avec les effets pervers que cela peut susciter.
Troisièmement, sur le plan social, il y a un effet manifeste. Le déficit de couverture sociale à craindre dans ces professions va faire en sorte que là aussi on va dissuader les jeunes d'embrasser une profession dans le bâtiment.
Si on supprime l'indemnité en cas d'intempéries, on va donc inévitablement assister à une vague systématique de licenciements chaque année, avec une prolifération de contrats purement saisonniers, ce qui n'est évidemment pas une

bonne chose. Si on veut agir, il faut donc agir contre les abus, mais non pas agir en direction d'une suppression de ces indemnités en cas d'intempéries, qui ont fait largement leurs preuves.

Jaeger Franz (U, SG): Es ist verständlich, dass sich eine Phalanx von verschiedenen Gruppen, die ihre Besitzstände wahren wollen, für die Beibehaltung einer Schlechtwetterentschädigung einsetzt. Das ist der politische Prozess, das müssen wir akzeptieren. Aber gestatten Sie doch, dass ich hier grundsätzlich den Standpunkt vertrete, dass wir die Ziele und den Grundgedanken dieser Gesetzesrevision auch in diesem Bereich aufrechterhalten und durchziehen müssen.
Ich bin übrigens auch überrascht, dass sich in der Vernehmlassung kein einziger Bergkanton für die Beibehaltung ausgesprochen hat – auch nicht der Kanton Tessin, er war nur für eine Verschärfung, auch nicht der Kanton Graubünden, auch nicht die Innerschweizer Kantone. Das war eine Überraschung. Um so mehr meine ich, dass wir heute unsere Linie weiterverfolgen müssen, indem wir sagen: Selbstverantwortung gehört auch hierher, Missbrauchsschutz gehört auch hierher. Mit der bisherigen Regelung hatten wir eine Missbrauchsschleuse, das müssen wir klar erkennen. Deshalb sind wir der Auffassung, dass wir auf diese Sache verzichten müssen.
Ich muss meinem lieben Freund Sepp Kühne sagen – der beste von all diesen Anträgen ist noch der seine –: Auch Dein Antrag kann mich nicht zufriedenstellen, denn er geht auch noch nicht weit genug. Ordnungspolitisch ist er ein trojanisches Pferd – und das muss weg! Was wir mit solchen Anträgen machen, ist Strukturerhaltungspolitik. Aber wir wollen doch keine Strukturerhaltung über das Arbeitslosenversicherungsgesetz machen!
Ich war überrascht, als ich den Antrag Bezzola las. Herr Bezzola wollte die Bestimmung auf das Gebiet eingrenzen, das für das Investitionshilfegesetz gilt; das ist eigentlich sehr lobenswert. Ich habe mir überlegt, wie er es dann mit dem Engadin hält, das ja damit nicht mehr drin ist. Dann habe ich von den 1200 Metern über Meer gelesen und habe dann ausgerechnet, dass Scuol-Tarasp auf 1250 Meter über Meer liegt: Das ganze Unterengadin ist also auch noch mit dabei! Er hat das sehr geschickt gemacht, aber ich bin trotzdem der Auffassung, wir sollten hier sauber bleiben.
Zu den Einsparungen: 70 Millionen Franken werden hier eingespart. Wir haben gestern überall – auch bei den Frauen, als es um die Erziehungsarbeit ging – Einsparungen gemacht, wir haben dieses Argument gebracht; wir müssen auch jetzt sparen. Und wenn das Gutachten meines lieben Kollegen Hans Schmid zur Auffassung gelangt, dass man so gar nichts spart, dann kann ich Ihnen genau sagen, wie er auf seine Zahlen gekommen ist: Er hat nämlich die Strukturerhaltungseffekte eingerechnet. Das ist durchaus zulässig. Kurzfristig hat seine Berechnung sicher etwas für sich, sie ist sogar richtig; aber langfristig werden Sie mit Strukturpolitik und Strukturerhaltungspolitik auf diese Weise keinen volkswirtschaftlichen Nutzen erzielen. Die Einsparungen werden wieder verlorengehen, und am Schluss bleiben nur der Schaden und die Missbrauchsmöglichkeiten.
Aus diesem Grunde möchte ich Sie dringend darauf hinweisen, hier ordnungspolitisch, sparpolitisch sauber zu bleiben. Es gibt bei uns viele, die immer vom Sparen reden: Hier können Sie wieder einen kleinen Baustein legen. Bleiben Sie bitte Ihrer Politik treu, und machen Sie auch keine Kompromisse! Denn diese Kompromisse sind nicht sauber – wir sind immer noch im Bereich der Branchensubventionierung, es geht um eine Quersubventionierung von Branche zu Branche. Wenn wirklich ein Problem besteht, kann man das über eine Privatversicherung lösen. Organisatorische Vorkehrungen werden ja dann ohnehin nicht mehr gemacht. Wir wollen keinen Selbstbedienungsladen, wir wollen die Selbstverantwortung auch in diesem Bereich aufrechterhalten.
Deshalb bitte ich Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen. Sie hat einen guten Weg gewählt, sie hat einen konsequenten Weg gewählt. Geben Sie nicht einfach nach, sondern halten Sie die Linie durch!

Wenn Sie doch den struktur- und ordnungspolitischen Sündenfall machen wollen, dann sollten Sie noch am ehesten dem Antrag Kühne zustimmen. Aber wie gesagt: Herr Kühne, auch Ihrem Antrag muss ich leider eine klare Absage erteilen.

Nebiker Hans-Rudolf (V, BL): Es ist verständlich, dass die Direktbetroffenen, insbesondere das Baugewerbe, reagieren, wenn man auf die Schlechtwetterentschädigung zu sprechen kommt. Es ist auch verständlich, dass sie sogar die Hochschule St. Gallen mit Gutachten beauftragen. Das ist alles in Ordnung. Aber wir haben schon mehrmals festgestellt – und das ist der wichtigste Punkt –, dass wir auch finanzpolitische Massnahmen treffen müssen, weil die Arbeitslosenversicherungskasse nicht mehr im Lot ist. Es gilt, einige Sparmassnahmen zu treffen, auch wenn die einzelne Massnahme wenig bringt. Es ist nicht möglich zu sparen, also Ausgaben einzuschränken, ohne dass jemand davon betroffen wird. Das ist eine Gesetzmässigkeit. Es geht lediglich darum, dass der Schaden nicht derart ist, dass eine gewisse Schmerzgrenze überschritten wird. Ich möchte vier Bemerkungen anfügen:
1. Auch mit der Aufhebung der Schlechtwetterentschädigung und der Einführung der fünftägigen Karenzfrist wird die laufende Rechnung der Arbeitslosenversicherungskasse bei gut 150 000 Arbeitslosen, wie wir sie jetzt haben, immer noch ein Defizit von 1,36 Milliarden Franken aufweisen. Man kann doch nicht verantworten, plötzlich Massnahmen im Sinne dieser Sparanstrengungen nicht durchzuführen, nur weil einzelne betroffen sind. Die Sache ist um so stossender, als gerade diese Kritik an der Aufhebung der Schlechtwetterentschädigung aus Kreisen kommt, die immer dafür plädieren, dass man in diesem Staat sparen müsse. Ein Appell zum Sparen ist nur dann ehrlich, wenn man auch im eigenen Bereich bereit ist, auf gewisse Entschädigungen zu verzichten, und dahin gehört nun einmal diese Schlechtwetterentschädigung.
Insgesamt wurden 1993 130 Millionen Franken unter diesem Titel ausbezahlt. Es ist klar, dass nicht der ganze Betrag gespart werden kann. Aber ungefähr die Hälfte fällt weg: 70 Millionen Franken wären einzusparen, wenn nicht kurzfristig, so doch mittelfristig.
2. Zum Argument Quersubvention: Es gibt nur wenige Zweige, die von diesem Sonderfall profitieren: das Baugewerbe, die Landschaftsgärtnereien und die Ziegeleien. Es entsteht eine Quersubvention von den Bereichen, die kein Schlechtwetter haben, zu den Bereichen, die offenbar Schlechtwetter haben. Das ist nicht in Ordnung. Wenn es die betroffene Branche für nötig findet, das Wetter auch noch zu versichern, so kann sie das tun. Dann kann sie eine Branchenversicherung abschliessen. Aber es ist nicht Aufgabe der allgemeinen Arbeitslosenversicherung, diesen speziellen Fall zu versichern.
3. Zum Argument Eigenverantwortung: Bei den Arbeitnehmern haben wir verschiedentlich dafür plädiert, dass die Eigenverantwortung endlich Fuss fassen müsse. Wir meinen, dass auch die Unternehmer dieser betroffenen Branche Eigenverantwortung haben sollten. Denn in Eigenverantwortung kann man auch Schlechtwetter überbrücken. Man kann entsprechende Schutzmassnahmen treffen, man kann sich entsprechend organisieren. Das ist selbst bei Baustellen über 1200 Meter über Meer möglich. Wenn die Schutzmassnahmen nicht genügen, kann man zudem, weil alle Bauunternehmen unter den gleichen Bedingungen stehen, das Wetterrisiko einkalkulieren. Es ist nicht abnormal, dass man gewisse Risiken in der Offerte einrechnet.
4. Zum Vollzug und zum Missbrauch: Relativ kompliziert ist der Vollzug, und entsprechend gross ist die Missbrauchsmöglichkeit. Es sind in diesem Fall nicht die Arbeitnehmer, die die Tendenz zum Missbrauch haben, sondern es sind die Arbeitgeber. Das darf man auch einmal sagen. Wenn man schon von Vermeidung von Missbräuchen auf der Arbeitnehmerseite spricht, muss man so ehrlich sein und auch Missbräuche auf der Arbeitgeberseite verhindern. Das ist nur möglich, indem konsequent die ganze Schlechtwetterentschädigung aufgehoben wird.
Interessant ist das Resultat der Vernehmlassung bei den Kantonen. Die Kommission hat eine Vernehmlassung bei den

Kantonen durchgeführt. 25 Kantone haben geantwortet. 13 Kantone haben zur Schlechtwetterentschädigung Stellung genommen, 12 haben dazu nicht Stellung bezogen; sie sind offenbar damit einverstanden, dass man an der Schlechtwetterentschädigung festhält. Von den 13 Kantonen, die geantwortet haben, wollen zwei Kantone (Wallis und Waadt) die Schlechtwetterentschädigung beibehalten. Drei Kantone (Neuenburg, Genf und Tessin) wollen die Bedingungen verschärfen, im Sinne des Antrages Kühne. Acht Kantone, einschliesslich Bergkantone, wollen ausdrücklich die Schlechtwetterentschädigung aufheben, beispielsweise die Kantone Schwyz und Obwalden. Haben diese denn nicht das gleiche Wetter und die gleichen Berge? Wenn es dort möglich ist, sollte es auch im Kanton Wallis und im Engadin möglich sein!
Ich beantrage Ihnen im Namen der SVP-Fraktion, das ganze Kapitel «Schlechtwetterentschädigung» zu streichen.

Hämmerle Andrea (S, GR): Herr Nebiker hat natürlich vollständig recht: Ernsthaft sparen kann man nur dort, wo man selber betroffen ist. Herr Nebiker, Sie haben jetzt aber eine Sparpredigt in einem Bereich gehalten, wo Sie nicht mit Haut und Haaren betroffen sind. Vor anderthalb Wochen haben wir im Bereich Landwirtschaft über solche Dinge gesprochen, da wollten Sie vom Sparen überhaupt nichts wissen, da wollten Sie Beiträge zum Nulltarif. Ihren Sparappell können wir wirklich nicht ganz ernst nehmen. Das nur zum voraus.
Die Schlechtwetterentschädigung hat zwingend etwas mit den klimatisch schwierigen Bedingungen zu tun. Sie hat also zwingend im Alpengebiet die grösste Bedeutung, weil dort naturgemäss die klimatischen Bedingungen am schwierigsten sind. Gegen das Wetter kann man nichts tun. Es ist auch nicht sinnvoll, das Klima zu erwärmen, nur damit man nachher keine Schlechtwetterentschädigung mehr beziehen muss. Die Klimaerwärmung ist ja nicht unbedingt das Ziel, das wir verfolgen! Es handelt sich bei der Schlechtwetterentschädigung letztlich um einen Solidaritätsbeitrag der klimatisch bevorzugten an die klimatisch benachteiligten Regionen. Diese Solidarität, Herr Nebiker, lässt sich nicht privatisieren.
Ich bin, im Gegensatz zu vielen anderen, die häufig am Rednerpult stehen, kein «Berggebietsjammeri» und auch kein «Subventionsschnorrer»; ich halte mich in dieser Hinsicht konsequent und regelmässig zurück. Trotzdem muss ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass wir in letzter Zeit oder in nächster Zukunft einige für das Berggebiet sehr wichtige Entscheide getroffen haben oder treffen werden. Vor kurzem haben wir das Berggebiet steuerlich massiv neu belastet, nämlich die wichtigste Industrie des Berggebietes, den Tourismus. Gleichzeitig haben wir die Belastung für die übrige Exportindustrie, im Mittelland, in den Zentren, massiv reduziert. Heute soll also über die Schlechtwetterentschädigung entschieden werden, welche gestrichen werden soll, was wiederum das Berggebiet am meisten trifft.
In Kürze werden wir, auch ich persönlich, dem Gatt-Abkommen zustimmen. Dieses Abkommen wird wiederum in erster Linie den wirtschaftlich starken Dienstleistungs- und Industriezentren zugute kommen und im Berggebiet, wenn überhaupt, erst viel später positive Auswirkungen zeitigen. Das ist nicht bestritten, wie alle Untersuchungen zeigen.
Es ist meiner Auffassung nach staatspolitisch unklug, wenn sich solche Entscheide innert kürzester Zeit häufen.
Was sind nun die Folgen der Abschaffung der Schlechtwetterentschädigung? Einmal die Folgen für das Baugewerbe: Im Baugewerbe ist eine Umstrukturierung im Gang, es sind Bemühungen im Gang, die einheimischen Arbeitskräfte besser zu qualifizieren. Diese Besserqualifikation wird natürlich zunichte gemacht, wenn wir wieder zur Saisonarbeit, auch für Schweizer Arbeitnehmer, zurückkehren. Es ist in der Tat so: Wird die Schlechtwetterentschädigung fallengelassen, ist es völlig klar, dass in der Winterzeit – bei hohem Schnee, bei Wind und Kälte – die Schweizer Arbeitnehmer auch nicht mehr in den Betrieben gehalten werden können. Sie werden also arbeitslos und verharren vernünftigerweise – wenn sie gut qualifiziert sind – nicht in der Arbeitslosigkeit, sondern bewegen sich in eine Region, wo ihnen für das ganze Jahr Arbeit zugesichert werden kann. Bei den weniger qualifizierten Schweizer Arbeitnehmern ist ebenfalls klar: Es wird kein Spareffekt erzielt, sondern diese werden ganz einfach arbeitslos und fallen so der Arbeitslosenkasse über den ordentlichen Weg zur Last. Mit dieser vermeintlichen Entlastung ist es also nichts, im Gegenteil: Die Streichung der Schlechtwetterentschädigung ist, auch nur im engen Bereich der Arbeitslosenversicherung, gar nicht «rentabel», sondern eine Belastung.
Noch ein Blick auf die anderen europäischen Länder: Es gibt in Westeuropa kein einziges Land, das die Schlechtwetterentschädigung nicht kennt. Wieso jetzt ausgerechnet wir in der Schweiz, mitten im Alpenraum, auf diese Entschädigung verzichten wollen, müssten Sie schon ein bisschen genauer erklären.
Ich bitte Sie also, diese Schlechtwetterentschädigung beizubehalten, dem Minderheitsantrag Brunner Christiane und im allerschlimmsten Fall dem Antrag Kühne zuzustimmen – aber nur in Verbindung mit dem Antrag Lepori Bonetti. Der Antrag Kühne allein ist in der Tat überhaupt nicht ausreichend und fast gleichbedeutend mit dem Streichungsantrag.

Stucky Georg (R, ZG): Ich muss Ihnen mitteilen, dass die freisinnig-demokratische Fraktion in ihrer Mehrheit dem Antrag Bezzola zustimmt. Das ausschlaggebende Argument für uns ist, dass dieser Antrag die Anwendung der Schlechtwetterentschädigung auf ganz bestimmte, ausgewählte Gebiete beschränkt, in denen die Gefahr besteht, dass Langzeitarbeitslosigkeit geschaffen werden könnte respektive ausgewichen würde auf Saisonnierbeschäftigung.
Ich darf auch sagen, dass wir festgestellt haben, dass Herr Bezzola in der Schweiz zu den Unternehmern gehört, die von der Schlechtwetterentschädigung kaum Gebrauch gemacht haben. Wir sind aber auch der Überzeugung, dass die Missbräuche sehr häufig sind. Es wurde sogar behauptet, dass von vier untersuchten Fällen drei nicht in Ordnung waren. Wir verstehen auch die Kantone respektive die kantonalen Industrie- und Arbeitsämter, die darauf hinweisen, dass die Kontrolle schlecht läuft, kaum durchzuführen ist: nicht zuletzt deshalb, weil gemäss Verordnung eine Schlechtwetterentschädigung bis fünf Tage nachgemeldet werden kann, nachdem das Ereignis erfolgt ist. Hier gilt es, etwas zu ändern, und zwar von Bundes wegen.
Es ist aber auch von den Unternehmern zu erwarten, dass sie in ihrem Betrieb eine bessere Organisation anwenden, indem sie Arbeiten annehmen, die sie auch bei schlechtem Wetter ausführen können, und damit ein gewisses Gleichgewicht herstellen. Das wird zwar nicht überall möglich sein. Deshalb auch unsere Zustimmung zum Antrag Bezzola.
Wir sind uns bewusst, dass es darum geht, ein Berufsrisiko abzusichern, und zwar zu Lasten der Arbeitslosenversicherung. Andere Branchen können das nicht. Es ist nicht zu leugnen, dass damit eine Quersubventionierung von Branche zu Branche stattfindet. Die Landwirtschaft zum Beispiel kann bei schlechtem Wetter keine Beiträge fordern, wenn sie ihre Erzeugnisse verregnet sieht oder nicht ernten kann, weil der Boden zu weich ist. Die Landwirtschaft trägt zum Beispiel die Hagelversicherung selbst. Es käme niemand auf die Idee, bei Hagelschäden noch die Arbeitslosenversicherung einspannen zu wollen. Es wäre durchaus denkbar, dass auch bei der Schlechtwetterentschädigung eine Privatversicherung dazwischengeschaltet werden könnte, worauf auch Herr Nebiker hingewiesen hat. Natürlich wäre sie teuer.
Wenn wir also bei der Schlechtwetterentschädigung etwas restriktiver werden – das will ja der Antrag Bezzola –, dann verstehen wir das als einen Schuss vor den Bug der entsprechenden Branchen und als Aufforderung, hier ein mehreres zu tun. Deshalb beantragen wir Zustimmung zum Antrag Bezzola und Ablehnung der übrigen Anträge.

Pini Massimo (R, TI): Très brièvement, ce n'est pas nous qui demandons de reprendre ce qu'on a mis derrière la porte, mais l'Ecole des hautes études commerciales de l'Université de Lausanne qui le demande très clairement. Une évaluation de la Haute école de Saint-Gall, publiée samedi 24 septembre 1994, recommande de ne pas supprimer les indemnités en cas d'intempéries.

I costi sarebbero nettamente superiori alle possibilità di economia per l'assicurazione contro la disoccupazione. I partner sociali del settore della costruzione avevano chiesto all'Istituto di ricerca sul lavoro e il diritto del lavoro dell'Alta scuola di San Gallo (HSG), di effettuare l'analisi, analisi che è stata fatta. La Società svizzera degli impresari-costruttori, il Sindacato edilizia e industria e la Federazione cristiana svizzera degli operai del legno ed edili hanno reso noto il 24 settembre 1994 il contenuto di questo studio. Il faut faire reprendre le contenu de cette étude. Il faut récupérer ce qu'on a mis derrière la porte.
Je remercie M^me^ Brunner Christiane et M. Bezzola, car il me semble que le consensus a été trouvé. Ce n'est pas uniquement le problème du Tessin. Nous ne pouvons pas toucher le noyau dur de cette révision partielle de la loi en laissant derrière la porte le chômage involontaire, je souligne «involontaire», dû aux intempéries.
Bien sûr, et je termine par là, il faut être très sévère avec les abus. Il y en a eu et il pourrait encore y en avoir, mais ça ne signifie pas qu'il faut jeter le bébé avec l'eau du bain. Je partage l'avis qui a été exprimé tout à l'heure.
Je vous demande de soutenir la proposition de minorité et ensuite, subsidiairement, les propositions Bezzola, Lepori Bonetti et toutes celles qui demandent un réexamen de cette question qui n'a pas fait l'objet d'un consensus dans l'esprit de la loi.

Gros Jean-Michel (L, GE): La majorité du groupe libéral soutiendra la proposition de la majorité de la commission qui veut supprimer l'indemnité en cas d'intempéries.
Nous sommes conscients que cette décision comporte des inconvénients, qu'il s'agit d'un acquis récemment introduit dans les risques couverts par l'assurance, et que les entreprises pourraient contourner cette disposition en inscrivant tout bonnement leurs employés à l'assurance-chômage ordinaire pendant la mauvaise saison. Mais, comme dans le cas du délai de carence, il est de notre devoir de trouver des économies dans l'application de cette loi pour être certain d'en assurer le financement à terme.
C'est ainsi qu'il faut absolument faire des choix entre ce qui est souhaitable et ce qui est indispensable. Plusieurs arguments ont finalement convaincu la majorité du groupe libéral de biffer ce chapitre 4 «Indemnité en cas d'intempéries». L'un était que le Conseil fédéral lui-même envisageait de le faire, et ceci dans le cadre du programme d'assainissement des finances fédérales. D'autre part, la réponse des cantons à la procédure de consultation organisée par la commission a été plutôt encourageante, puisque seuls deux cantons se sont déclarés opposés à cette suppression. Nous ne ferions ainsi qu'anticiper quelque peu la volonté du gouvernement.
Un autre argument qui plaide en faveur de la suppression de cette indemnité est le mélange des genres. Ces indemnités sont octroyées exclusivement à deux branches de notre économie: le bâtiment et l'économie forestière. Elles visent en outre principalement les régions de montagne. De par leur spécificité, elles deviennent donc une sorte de subventionnement indirect de ces branches et de ces régions, et comportent ainsi le risque de subventions croisées. En effet, l'aide aux régions de montagne et à leurs investissements figure d'ores et déjà dans d'autres lois, et il n'appartient pas à l'assurance-chômage de se transformer en outil de subventionnement, ni même, contrairement à ce que M^me^ Brunner Christiane a affirmé, en instrument de politique régionale et conjoncturelle, et encore moins de maintien des structures.
En outre, le mauvais temps fait partie des risques inhérents à une entreprise et peut donc être calculé dans le prix de revient en tant que tel. Ici encore, ce n'est pas le rôle d'une assurance, dont les cotisations sont payées par l'ensemble des salariés et des employeurs, de contribuer à abaisser les coûts d'un secteur particulier de l'économie, sans compter que l'application pratique pose des problèmes, tant au niveau du contrôle administratif qu'à celui des abus auxquels ces indemnités ouvrent indéniablement la porte. On ne peut en effet nier que la garantie de voir ses employés payés par l'assurance pendant les périodes de mauvais temps constitue un encouragement pour l'entreprise à ne pas prendre toutes les mesures propres à rendre les travaux possibles par tous les temps.
Encore une fois, les libéraux sont conscients que les entreprises concernées seront tentées, pendant l'hiver, de recourir au licenciement de leurs employés ou au chômage partiel. Cela ne suffit cependant pas à justifier le maintien d'une indemnité qui a vu le jour en période d'euphorie financière, et ce, d'autant que l'administration, dans une estimation très prudente, prévoit avec cette suppression une économie de quelque 70 millions de francs. Ce n'est sûrement pas à négliger.
C'est donc en pesant les avantages et les inconvénients d'une telle décision qu'il vaut mieux soutenir la proposition de la majorité de la commission. Une minorité du groupe libéral donnera son appui à la proposition Kühne qui restreint l'usage de l'indemnité en cas d'intempéries.

Deiss Joseph (C, FR): Au nom du groupe démocrate-chrétien je vous propose de suivre la proposition Kühne.
Elle me plaît non seulement en tant que membre du Parti démocrate-chrétien, car elle me permet de vous proposer une solution de compromis entre les extrêmes politiques que sont la suppression ou le maintien, mais aussi en tant que représentant de l'Université de Fribourg puisque je peux apporter un compromis entre les deux versions extrêmes des scientifiques de Saint-Gall.
Le maintien des indemnités en cas d'intempéries, dans la proposition Kühne, est une solution très rigoureuse. Elle est limitée à trois périodes de décompte sur deux ans et elle introduit un délai d'attente de trois jours. Le groupe démocrate-chrétien s'y rallie parce qu'il lui semble trop dur de biffer d'un trait une solution qui existe maintenant depuis de nombreuses années, parce que les économies possibles comparativement à la suppression totale sont relativement élevées où la différence est très faible, ou encore parce qu'effectivement, il risque d'y avoir un certain déplacement du problème vers des résiliations de contrats ou des licenciements définitifs.
Avec la proposition Kühne, on se limite à des cas de rigueur, et le groupe démocrate-chrétien aimerait souligner de manière très claire qu'il faut stopper le laxisme de la solution actuelle qui revient à faire de la politique régionale ou de la politique par branche. Dans la mesure où la proposition Bezzola limite les indemnités aux régions de montagne, c'est de la politique régionale et, sous cette forme, elle n'a rien à voir dans la loi sur l'assurance-chômage, c'est dans la loi fédérale sur l'aide en matière d'investissements dans les régions de montagne qu'il faudrait la caser.
C'est vrai aussi pour ce qui est de la politique par branche. Les solutions de six mois ou de six périodes de décompte sur deux ans sont encore trop laxistes et permettent justement de verser des indemnités pendant des périodes de l'année où il est tout à fait naturel, comme l'a dit M. Hämmerle, qu'il soit impossible de construire. A plus de 1200 mètres d'altitude, il est tout à fait naturel qu'aux mois de décembre, janvier et février il soit difficile, voire impossible, de continuer des chantiers. Or, cela n'entre pas dans le cadre de l'assurance-chômage, c'est aux métiers à s'organiser en fonction d'éléments que l'on connaît dès le départ. C'est pourquoi nous vous invitons à limiter l'indemnisation à trois périodes sur deux ans. Cela permettra véritablement de ne tenir compte que des cas d'exception.
C'est dans cet esprit que je vous invite, au nom du groupe démocrate-chrétien, à vous limiter à cette solution raffermie et à soutenir la proposition Kühne.

Bezzola Duri (R, GR): Zuerst eine Präzisierung: Bei meinem Antrag handelt es sich nicht mehr um einen Eventualantrag, sondern um einen Antrag.
Ich habe zwei Punkte, die ich Herrn Jaeger noch sagen möchte. Herr Jaeger, es gibt eine Ausbildung, die ich besser habe geniessen dürfen als Sie, nämlich das Kartenlesen. In bezug auf die IHG-Gebiete – also die Gebiete, in denen das Investitionshilfegesetz greift – muss ich Ihnen sagen, dass das Unterengadin, der Marktraum meiner Unternehmung, Teil des IHG-Gebiets ist. Nicht aus dem von Ihnen erwähnten Grund habe ich noch «1200 Meter über Meer» in meinem Antrag eingebaut, sondern weil es Regionen gibt wie die Landschaft Da-

vos und das Oberengadin, die sonst ausgeklammert wären, weil es keine Entwicklungsregionen sind. Das wäre in diesem Fall nicht gerecht.
Kollege Jaeger hat für die harte Linie plädiert. Ich behaupte, dass ich eine harte Linie eingenommen habe, indem ich drei ganz klare Kriterien einbauen will. Das Ziel ist dabei das Erhalten von Arbeitsplätzen und von Betrieben mit vorhandenen Aufträgen in den IHG-Gebieten. Wenn man im Zusammenhang mit dem IHG immer noch von Strukturerhaltungsmassnahmen spricht, stimmt das einfach nicht. Wenn man Aufträge hat und diese nicht ausführen kann, darf man nicht von Strukturerhaltungsmassnahmen sprechen.
Wenn man konsequent die harte Linie einhalten will, muss man die Kurzarbeitsentschädigung und die Schlechtwetterentschädigung gleich behandeln. Als Vergleich sei erwähnt, dass es bei der Kurzarbeitsentschädigung um 800 Millionen und bei der Schlechtwetterentschädigung um 114 Millionen Franken pro Jahr geht. Daraus ersehen Sie, wo man Geld einsparen könnte. Ich bin der Meinung, dass wir mit einer härteren Linie die Schlechtwetterentschädigung beibehalten müssen.
Ich bitte Sie um Zustimmung.

Jaeger Franz (U, SG): Herr Bezzola, ich entschuldige mich beim Unterengadin, dass ich es auf die gleiche Höhe wie das Oberengadin und die Landschaft Davos gehoben habe. Das war ein Irrtum, und dafür möchte ich mich in aller Offenheit «löffeln».
Ich möchte noch etwas zu Herrn Deiss sagen: Ich freue mich, dass Sie hier offensichtlich zwischen zwei verschiedenen Richtungen an unserer Hochschule zu vermitteln versuchen. Ich kann Sie aber beruhigen: Diese zwei Richtungen gibt es nicht. Hans Schmid und ich sind in ordnungspolitischen Belangen meistens der gleichen Meinung. Aber etwas muss ich Ihnen sagen, Herr Deiss: Sie haben so getan, wie wenn es hier Vertreter zweier extremer politischer Haltungen gäbe: diejenigen, die die Schlechtwetterentschädigung nicht wollen, und diejenigen, die sie so wollen, wie sie bisher gewesen ist. Ich wehre mich dagegen, dass man etwas als politisch extrem bezeichnet, was ordnungspolitisch absolut normal und selbstverständliche Pflichtübung ist. Herr Deiss, Sie kommen nicht darum herum: Hier machen wir Strukturerhaltung, hier machen wir Regionalpolitik, hier machen wir ordnungspolitisch etwas, was nicht in dieses Arbeitslosenversicherungsgesetz hineingehört – und dabei bleibt es. Sie können da lange herumreden und sagen, Sie wollten das etwas strenger gestalten, etwas eingrenzen – das ist alles schön und gut, aber ordnungspolitisch gibt es nur einen Weg, das ist der saubere Weg. Das ist kein extremer Weg, sondern das ist das, was wir ökonomisch, marktwirtschaftlich vertreten können.

Deiss Joseph (C, FR): J'ai parlé, Monsieur Jaeger, de deux solutions extrêmes, pas extrémistes.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich möchte Ihnen zum Vorgehen einen Vorschlag machen. Wir haben auf der einen Seite den Antrag der Minderheit Brunner Christiane, die das jetzige Recht unverändert weiterführen will. Dann haben wir die Anträge Kühne und Bezzola, die das geltende Recht modifizieren wollen. Allerdings beziehen sie sich auf verschiedene Artikel. Über diese Modifikationen der verschiedenen Artikel kann man geteilter Meinung sein. In diesem Sinne möchte ich Ihnen empfehlen, artikelweise vorzugehen und zu entscheiden, welche Modifikationen Sie eventualiter wollen und welche nicht. Das ist meiner Meinung nach das logische Vorgehen. Das Endergebnis dieser Beratungen sollten wir dann dem Minderheitsantrag Brunner Christiane gegenüberstellen, der das jetzige Recht unverändert beibehalten will. Schliesslich sollten wir das Ganze dem Streichungsantrag der Mehrheit gegenüberstellen.
In Artikel 42 sind die Anspruchsvoraussetzungen für die Schlechtwetterentschädigung geregelt. Diese Anspruchsvoraussetzungen werden im Antrag Kühne gemäss der bisherigen Regelung übernommen. Der Antrag Bezzola will eine Ergänzung, eine zusätzliche Bedingung. Er will eine Gebietseinschränkung vornehmen: Er will diese Schlechtwetterentschädigung nur für das Berggebiet nach Investitionshilfegesetz (IHG) und zusätzlich für die Gebiete über 1200 Meter über Meer vorsehen.
Aus meiner Sicht ist diese Gebietseingrenzung eine eindeutig regionalpolitische Massnahme. Es wird also Regionalpolitik gemacht. Ich frage mich, ob es richtig ist, mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz Regionalpolitik zu betreiben. Nach meiner Meinung haben wir regionalpolitische Instrumente, die wir mit entsprechenden Mitteln ausstatten können, um gezielt regionalpolitische Effekte zu erzielen. Was wir hier machen, ist eine Ausschüttung nach dem Giesskannenprinzip im Berggebiet, wo wir annehmen, dass alle in diesem Gebiet ansässigen Unternehmen diese regionalpolitische Förderung nötig haben. Ich persönlich bin der Meinung, wir sollten die geltenden Anspruchsvoraussetzungen beibehalten. Es kommt eine zusätzliche Schwierigkeit hinzu, indem Herr Bezzola formuliert, Arbeitnehmer hätten Anspruch auf eine solche Schlechtwetterentschädigung, wenn sie in Berggebieten über 1200 Meter über Meer tätig sind. Bedeutet das, dass das Unternehmen auf über 1200 Meter über Meer liegen muss? Bedeutet das, dass die Arbeitsstelle auf über 1200 Meter über Meer liegen muss? Wie verhält es sich, wenn ein Skilift oder eine Strasse von 1000 auf 1400 Meter über Meer gebaut wird? Ich frage mich, ob das ein zweckmässiges Kriterium ist.
Wenn Herr Bezzola schon ein zusätzliches Kriterium einbringen möchte, dann empfehle ich ihm, auf diese Höhenlage zu verzichten und sich auf das IHG zu beschränken. Dann steht ein klarer regionalpolitischer Ansatz dahinter. Man weiss, was man will. Die 1200 Meter über Meer hingegen wirken eher zufällig, tragen zur Verwirrung bei und bringen Leistungen an Personen, bei denen man sich fragen muss, ob das wirklich gewollt ist.
In diesem Sinne schlage ich Ihnen bei Artikel 42 vor, den geltenden Gesetzestext beizubehalten.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Selon la procédure de vote en vigueur, nous commençons par discuter des propositions de détail et lorsque nous aurons épuré le texte, nous opposerons le résultat à la proposition de la majorité de la commission, qui demande la suppression totale de l'indemnité en cas d'intempéries.
En ce qui concerne l'article 42, je mettrai en évidence la proposition Kühne et la proposition Bezzola.
La proposition Kühne correspond au texte actuel, c'est-à-dire que l'indemnité en cas d'intempéries peut être touchée que l'on habite en plaine ou en montagne, indifféremment. C'est le temps, les conditions météorologiques qui sont déterminants pour la toucher et non pas d'autres caractéristiques géographiques.
M. Bezzola, dans un souci d'économie et parce qu'il considère que les intempéries sont naturellement qualitativement beaucoup plus importantes en montagne, voudrait restreindre la possibilité de toucher l'indemnité aux seules régions de montagne. Il y avait un seul petit inconvénient dans sa proposition, c'est que les régions de montagne, au sens de la LIM, couvrent l'ensemble du pays sauf l'Engadine qui n'a pas de régions LIM, raison pour laquelle il a ajouté la précision quant aux régions de montagne au sens de la loi fédérale sur l'aide en matière d'investissements dans les régions de montagne, mais aussi à partir d'une altitude de 1200 mètres.
Cette solution suscite évidemment beaucoup de difficultés, dont la plus nette est de savoir ce qu'il faut situer au-dessus de 1200 mètres. Est-ce que c'est le chantier? Si le chantier s'étend sur plusieurs kilomètres, comme par exemple pour la construction d'un téléphérique, faut-il considérer le tronçon le plus long du chantier? Est-ce qu'il faut considérer le lieu d'implantation de l'entreprise? Est-ce qu'il faut considérer le nombre moyen d'ouvriers mis sur ce chantier par rapport à l'ensemble de l'entreprise? Je crois que ce type de réglementation conduit à des abus.
Si vous voulez choisir quelque chose, il faut choisir la solution qui pose le moins de problèmes, c'est celle qui avait été adoptée en son temps par le Conseil fédéral, c'est le droit en vigueur, c'est, pour l'article 42, la solution Kühne.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Vous êtes placés devant le choix entre trois variantes principales, avec quelques sous-variantes pour agrémenter le tout. C'est dire que nous n'allons pas chômer avec les votes, les sous-votes et les contre-votes. Je voudrais trancher d'abord la question du principe de l'indemnité en cas d'intempéries.
Nous avons la formule qui consiste à perpétuer la solution actuelle, telle qu'elle est contenue dans la loi actuelle et telle que la proposition de minorité l'a reprise. La deuxième formule consiste à supprimer purement et simplement l'indemnité en cas d'intempéries (proposition de la majorité de la commission), et la troisième formule consiste à la maintenir, mais à prévoir une application plus rigoureuse, plus stricte, plus restrictive de cette indemnité (propositions Kühne et Lepori Bonetti).
Je m'explique à propos de chacune de ces trois variantes. Il est incontestable que la première variante – nous pouvons le dégager maintenant après l'expérience – est trop laxiste, trop facile; le contrôle même du temps qu'il fait est difficile à opérer dans ce pays qui grouille de microclimats et le bureau concerné, fût-il cantonal, ne peut pas savoir ce qui se passe dans une vallée qui se trouve peut-être à 50 kilomètres de son siège. La politique dans ce domaine est une politique à laquelle on peut accéder trop facilement. Elle n'est pas dans la droite ligne de la loi que nous discutons et que nous voulons dorénavant plus spécifique et mieux orientée.
En ce qui concerne la proposition de la majorité de la commission, qui vise à supprimer purement et simplement l'indemnité en cas d'intempéries, M. Jaeger a relativement, voire tout à fait, raison de dire qu'elle est parfaitement dans le sens de l'«Ordnungspolitik». Mais je ne voudrais pas, en l'affirmant, qu'on ait l'impression, dans votre Conseil, que la politique de l'indemnité en cas d'intempéries n'est qu'une politique régionale qui n'a rien à voir dans une loi sur l'assurance-chômage. Oui, une politique d'indemnisation en cas d'intempéries a des significations régionales, particulières, mais elle a aussi et surtout une signification dans la politique du marché du travail. C'est bien cela qui doit nous retenir, qui doit nous occuper au moment où nous construisons une nouvelle assurance-chômage. Car si nous supprimons purement et simplement cet instrument, au nom de la clarté du comportement, de la pureté cristalline et libérale du système, nous allons bel et bien transformer les données du marché du travail. Nous allons bel et bien créer, dans un certain nombre de cas, des nouvelles situations en matière de chômage, contribuer à un chômage réel, plutôt que de recourir, comme on le fait par exemple avec le chômage à temps partiel, à une solution intermédiaire qui permet d'éviter l'aggravation du chômage en tant que tel.
Je défends la légitimité d'un tel instrument à l'intérieur de la politique du travail et de l'assurance-chômage. Cette formule a donc sa justification, et nous voudrions que cela fût retenu, car ceux qui se donnent mauvaise conscience en imaginant que l'on va à contresens des efforts actuels vers un retour aux sources et à la pureté économique se trompent. Il faut considérer cette dimension politique et éminemment sociale du travail, que revêt l'indemnisation en cas d'intempéries.
Mais alors, et j'aborde la troisième variante, il est tout à fait clair, pour les raisons que j'ai dites tout à l'heure, que si nous maintenons le principe d'une indemnisation possible en cas d'intempéries, il faut alors que les mécanismes jouent de manière plus contrôlée et plus sévère qu'ils ne le font actuellement. Pour cela, il est indispensable d'avoir un dispositif et un encadrement législatif de meilleure qualité, plus stricts que ceux dont nous disposons aujourd'hui.
A cet égard, et pour aller droit au but, il me paraît que la proposition Kühne, complétée par la proposition Lepori Bonetti, est la solution la plus équitable et la plus équilibrée qui soit. La proposition Bezzola est sans doute très intéressante, mais elle exclut la plaine, c'est-à-dire les zones situées en dessous de l'altitude limite qu'il a fixée. Avec une telle politique, on lui confère de nouveau un caractère régional excessif et on ne permettrait pas l'application d'une politique qui, dans certains cas – et je songe à l'exemple de la plaine du Tessin –, a été particulièrement bienvenue et particulièrement nécessaire. C'est la raison pour laquelle je préfère à cette formule la solution Kühne/Lepori Bonetti qui nous apporte vraiment un instrument permettant, avec ses trois jours de carence, un contrôle, une administration claire et responsable des cas. Un instrument qui nous permet ainsi de mieux partager les risques à assumer entre le fonds et les entreprises.
Que M. Nebiker remarque que certains secteurs comme l'agriculture, tributaire elle aussi des conditions météorologiques, ne reçoivent rien à ce titre n'est pas une comparaison pertinente. Bien qu'il soit clair que l'agriculture est tributaire des conditions météo, elle reçoit toutefois une partie importante de son revenu, notamment dans les régions de montagne, par le versement de deniers publics qui, quelle que soit la production, assument la base de la viabilité des entreprises agricoles et les situent donc, par rapport à la collectivité, dans un exemple totalement différent de celui des entreprises du génie civil, de la construction ou des entreprises forestières, par exemple.
Je crois que c'est une solution bien équilibrée et lucide que nous choisissons avec cette formule. Au chapitre des économies, sans doute, la suppression de l'instrument indemnité en cas d'intempéries aurait apporté quelque 70 millions de francs supplémentaires par année au fonds. La formule proposée ne va pas si loin, mais elle va tout de même jusqu'à 40 millions de francs. C'est donc, là aussi, un assainissement financier.

Art. 42

Le président: M. Epiney a retiré sa proposition.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire
Für den Antrag der Minderheit/Kühne 124 Stimmen
Für den Antrag Bezzola 32 Stimmen

Le président: Le vote définitif sur la proposition de la majorité de biffer le chapitre 4 (art. 42 à 50) en entier n'aura lieu qu'à la fin du débat. Les différentes propositions concernant l'article 49 ne seront discutées que si vous décidez de maintenir ce chapitre.

Art. 43

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: In Artikel 43 geht es um die Frage, welcher Arbeitsausfall anrechenbar ist. Ich muss Ihnen hier empfehlen, dem Antrag Kühne zu folgen, weil dieser am besten geeignet ist, das Missbrauchspotential zu reduzieren. In dem von den Baumeistern und den Gewerkschaften vorgelegten Gutachten von Herrn Professor Hans Schmid von der Hochschule St. Gallen wird festgestellt, dass in 73 Prozent der kontrollierten Fälle ein Missbrauch festgestellt worden sei: «Bei der Schlechtwetterentschädigung wurden in knapp 73 Prozent der kontrollierten Fälle zuviel Leistungen kassiert.» Das Missbrauchspotential in diesem Bereich ist enorm. Sie können hier den ganzen Tag von Missbrauchsbekämpfung reden, aber wenn es einmal um eine konkrete Bekämpfung geht, dann muss man auch etwas tun.
Der Antrag Kühne sieht verschiedene notwendige Massnahmen vor, die übrigens auch als Variante in der Subkommission zur Diskussion standen und dort in der Minderheit blieben, aber als Variante geprüft und immerhin als tauglich erachtet wurden. Insbesondere steht in Absatz 1 Buchstabe b, dass der Arbeitsausfall nur dann anrechenbar ist, wenn die Fortführung der Arbeiten «trotz genügender Schutzvorkehrungen» unzumutbar ist. Das heisst: Man kann den Leuten zumuten, Mäntel sowie Handschuhe anzuziehen und ein Plastikdach über die Baustelle oder ein Zelt über eine Grube zu stellen. Das ist zumutbar unter diesem Titel. Es müssen also Schutzvorkehrungen verlangt werden. Das muss nach meiner Meinung in Absatz 1 Buchstabe b eingeführt werden.
Ebenso wichtig ist Absatz 3, wo das geltende Recht nur einen halben Tag Karenzzeit vorsieht. Herr Bezzola möchte auf zwei Tage gehen. Sie haben sich soeben bei der Kurzarbeitsentschädigung für drei Tage entschieden. Ich bitte Sie, konsequenterweise auch hier dem Antrag Kühne zu folgen, der drei Tage als Karenzzeit vorsieht.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: L'article 43 traite des conditions qui doivent être réalisées pour que l'on puisse prendre en compte la perte due aux intempéries.
La proposition Kühne est plus sévère que le texte actuel. L'idée de M. Kühne est par exemple d'éviter qu'en plein été, à Zurich, sous prétexte qu'il fait beaucoup trop chaud, on renonce à travailler parce que les conditions météorologiques ne le permettent pas. Il introduit à la lettre b: «en dépit de mesures de protection suffisantes». Je crois qu'il faut accepter cette aggravation des conditions météorologiques et, par là même, voter la proposition Kühne.
Plus important est le problème du délai de carence. Est-ce que ce doit être deux jours comme le propose M. Bezzola, ou trois jours comme le propose M. Kühne? Là aussi, nous vous invitons à suivre la proposition la plus sévère, c'est-à-dire trois jours. Les abus sont assez nombreux, voire très nombreux actuellement, dans les demandes d'indemnisation en cas d'intempéries. Cela vient de ce que le délai de carence est beaucoup trop court, et plus il est court plus on peut essayer de tromper les inspecteurs ou de tromper l'autorité, ou de jouer sur une période de changement climatique courte, et donc moins contrôlable, pour obtenir des indemnités de chômage. Avec un délai de trois jours, il est évident que les contrôles peuvent être suffisamment prolongés, «inquisitoriaux», dans le meilleur sens du terme, pour qu'on liquide la plus grande partie des abus. Si on en restait à deux jours, voire moins comme c'est le cas actuellement, on maintiendrait la porte ouverte à tous les abus, alors qu'avec le délai de trois jours on éliminera certainement la majorité des abus. C'est pourquoi nous vous invitons à voter la propostion Kühne plutôt que la proposition Bezzola.
J'ajoute qu'à mon sens, si on accepte la proposition Kühne, soit trois jours, à l'article suivant, l'article 44, on n'est plus obligé de demander aux entrepreneurs qui souhaitent bénéficier de cette possibilité d'annoncer à l'avance leur volonté d'utiliser l'assurance-chômage en cas d'intempéries. Si on exigeait cela avec trois jours de carence, cela signifierait que chaque entrepreneur devrait dire à sa secrétaire de téléphoner à l'Etat, dès qu'il y a un jour de mauvais temps, pour avertir, à titre préventif, qu'il va utiliser l'indemnité de l'assurance-chômage, car si cela durait quatre ou cinq jours, il ne faudrait pas perdre un jour pour faire valoir ses droits.
La proposition Kühne à l'article 43 permettra d'être moins bureaucratique, et elle évite les abus, à condition bien sûr que vous refusiez ensuite, à l'article 44, l'autre proposition Kühne qui devient alors inutile.

Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire
Für den Antrag Kühne 119 Stimmen
Für den Antrag Bezzola 34 Stimmen

Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire
Für den Antrag Kühne 118 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 37 Stimmen

Art. 44, 44a

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: In Artikel 44 geht es um Bemessung und Dauer der Schlechtwetterentschädigung. Der geltende Text, an dem die Minderheit Brunner Christiane sowie Herr Bezzola festhalten möchten, erlaubt eine Dauer von 12 bis 18 Monaten. Der Antrag Kühne – hier gehören Artikel 44 und 44a zusammen – sieht drei Perioden innert zwei Jahren vor, also drei Monate, der Antrag Lepori Bonetti hingegen sechs Monate.
Ich lehne den Minderheitsantrag bzw. den Antrag Bezzola ab, weil er zu weit geht. Wir haben in der Kommission über die Dauer von sechs Monaten diskutiert und darin eine mögliche Variante gesehen. Der Antrag Kühne (nur drei Monate) stand nicht zur Diskussion.
Wenn man überhaupt an der Schlechtwetterentschädigung festhalten will, ist eine Leistungsdauer von sechs Monaten nach Antrag Lepori Bonetti akzeptabel, besser noch sind drei Monate nach Antrag Kühne.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Aux articles 44 et 44a, il s'agit des périodes pendant lesquelles on peut demander l'indemnité de chômage dans la période-cadre de deux ans. Il y a plusieurs propositions: une fois trois périodes de décompte, selon la proposition Kühne, une fois six périodes de décompte, selon la proposition Lepori Bonetti, et la solution du Conseil fédéral qui va encore beaucoup plus loin, reprise par la minorité.
Nous vous invitons à accepter la proposition Lepori Bonetti, six mois, ce qui représente trois mois par an, les mauvais mois, soit décembre, janvier et février. Au-delà, cela ouvre la porte à de larges abus. C'est pourquoi nous nous en tenons à ces six mois.
En dessous, trois mois, cela devient à notre sens une restriction qui favorise trop nettement la plaine par rapport à la montagne où, objectivement, si l'on doit donner cette indemnisation, il faut qu'elle soit un peu plus large. Trois mois, cela reviendrait à faire une disposition pour la plaine et à faire de la politique régionale dans le sens contraire de ce qui a été reproché tout à l'heure à M. Bezzola. C'est ce qu'il faut éviter, il faut avoir une disposition applicable partout.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: En un mot: votez la proposition Lepori Bonetti.

Le président: La proposition Früh a été retirée.

Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire
Für den Antrag Kühne 81 Stimmen
Für den Antrag Lepori Bonetti 67 Stimmen

Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire
Für den Antrag Kühne 110 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit/Bezzola 42 Stimmen

Art. 45

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Artikel 45 Absatz 2 gemäss Antrag Bezzola bringt eine zusätzliche, allerdings beschränkte Massnahme, um Missbräuche zu vermeiden. Nachdem wir allerdings – Herr Couchepin hat es bereits gesagt – die drei Karenztage beschlossen haben, ist nach meiner Meinung diese Massnahme nur noch homöopathischer Natur. Man kann darüber diskutieren, es wäre noch eine Zusatzmassnahme. Aber wir wollen es auch nicht übertreiben, man kann auch darauf verzichten.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Je confirme que cette mesure, après le délai de carence, ne va pas. Cela signifie que tous les entrepreneurs doivent dire à leur secrétaire: «Dès qu'il y a un jour de mauvais temps, vous téléphonez à l'Etat pour avertir qu'on va utiliser les indemnités en cas d'intempéries.» Au bout de deux jours, s'il a fait beau, ça n'aura servi à rien. Si au bout de trois ou quatre jours, il fait toujours mauvais temps, l'avertissement aura été envoyé à titre préventif.
Vous introduisez une formule bureaucratique qui obligera systématiquement à faire l'annonce au premier jour et dans tous les cas, si bien que ce qui est automatique devient inutile et ça n'amène plus rien, sinon un contrôle qui va tourner à la farce.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: A la réflexion et à la vue des textes que je n'avais pas sous les yeux tout à l'heure, je vous recommande de voter la proposition de la minorité.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire
Für den Antrag der Minderheit/Kühne 90 Stimmen
Für den Antrag Bezzola 58 Stimmen

Art. 42–48, 50

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Die Kommissionsmehrheit hat die Streichung der Artikel 42 bis 50 beantragt, weil sie der Überzeugung ist, dass hier ein Sparpotential von

70 Millionen Franken liegt. Zudem – ich habe es Ihnen bereits unterbreitet, und es steht auch im Gutachten Schmid – gibt es eine hohe Missbrauchsquote. Ich bedaure, dass die Branche nicht in der Lage war, diese Missbräuche rechtzeitig abzustellen.
In der vorangegangenen artikelweisen Beratung haben Sie deutlich und massiv eingeschränkt. Wir rechnen nach Angaben der Verwaltung noch mit einem Sparpotential von 40 Millionen Franken. Das heisst: Sie geben 30 Millionen preis, wenn Sie dem Konzept der Minderheit, bereinigt durch die Anträge Kühne, zustimmen. Ich muss Ihnen hier den Entscheid überlassen.
Die Mehrheit der Kommission beantragt die Streichung der Schlechtwetterentschädigung.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Nous en arrivons à la discussion de principe. Je crois que tous les arguments sont bien connus. La sous-commission avait présenté à la commission les deux solutions alternatives sans s'être prononcée, c'est la commission plénière qui a voté en faveur de la suppression de cette indemnité en cas d'intempéries pour deux raisons: une raison financière – avec les restrictions qu'on a apportées, c'est 40 millions de francs d'économisés; et une raison concernant la possibilité d'appliquer ces règles sans abus.
Beaucoup d'abus sont constatés aujourd'hui, près de 50 pour cent probablement. On peut discuter longuement quant au nombre de ces abus, mais il est élevé. Il est vrai qu'avec les restrictions qui ont été apportées et, en particulier, le délai de carence, une partie de ces abus disparaissent.
Pour des raisons qui sont, aujourd'hui, essentiellement financières, la majorité de la commission vous propose de renoncer à cette indemnité en cas d'intempéries.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je vous invite à voter ce paquet tel qu'il est sorti du laminoir de vos délibérations. Je peux même ajouter que nous estimions à 40 millions de francs l'économie qui serait réalisée dans l'hypothèse de la formule de six périodes de décompte. Avec la formule plus restrictive qui a été trouvée, c'est même une petite dizaine de millions supplémentaires qui seront économisés.
C'est dire que l'étendue de l'application de cet instrument sera véritablement très contrôlée, très restreinte. Tous ceux qui craignent quelque dilapidation ont donc là une garantie formelle qui les tranquillisera.

Definitive, namentliche Abstimmung
Vote définitif, par appel nominal

Für die modifizierten Anträge der Minderheit stimmen:
Votent pour les propositions modifiées de la minorité:
Aregger, Baumberger, Bäumlin, Béguelin, Bezzola, Bircher Peter, Bodenmann, Bonny, Borel François, Borer Roland, Brunner Christiane, Bugnon, Bühler Simeon, Bühlmann, Bührer Gerold, Bürgi, Caccia, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Dettling, Dreher, Ducret, Dünki, Duvoisin, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, von Felten, Fischer-Hägglingen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Friderici Charles, Früh, Gobet, Goll, Graber, Gross Andreas, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hildbrand, Hubacher, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jenni Peter, Keller Anton, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maitre, Mamie, Matthey, Misteli, Mühlemann, Müller, Narbel, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Raggenbass, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruffy, Savary, Schmidhalter, Schmied Walter, Schwab, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Steffen, Steiger Hans, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Theubet, Tschäppät Alexander, Tschopp, Tschuppert Karl, Vollmer, Wanner, Wittenwiler, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger (113)

Für die Anträge der Mehrheit stimmen:
Votent pour les propositions de la majorité:
Bär, Baumann, Dormann, Eggly, Fischer-Seengen, Frey Walter, Fritschi Oscar, Gonseth, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Hafner Rudolf, Hess Otto, Hollenstein, Jaeger, Keller Rudolf, Kern, Leuba, Maurer, Meier Samuel, Miesch, Nabholz, Nebiker, Poncet, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Spoerry, Stamm Judith, Stucky, Suter, Thür, Vetterli, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wiederkehr, Wyss William, Zwygart (40)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
Ostermann, Reimann Maximilian (2)

Abwesend sind – Sont absents:
Aguet, Allenspach, Aubry, Berger, Binder, Bischof, Blatter, Blocher, Borradori, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Bundi, Camponovo, Carobbio, Caspar-Hutter, Diener, Eggenberger, Giezendanner, Giger, Herczog, Hess Peter, Iten Joseph, Jöri, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maeder, Marti Werner, Maspoli, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Meier Hans, Meyer Theo, Moser, Neuenschwander, Rechsteiner, Robert, Ruf, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Schnider, Stamm Luzi, Strahm Rudolf, Wick, Zwahlen (44)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:
Haller (1)

Präsidentin: Die Bestimmungen, die sich auf die Schlechtwetterentschädigung beziehen und die wir deswegen zurückgestellt hatten, sind somit endgültig genehmigt.

Art. 1 Abs. 1 Bst. c – Art. 1 al. 1 let. c
Angenommen gemäss Antrag Bezzola/Darbellay/Epiney
Adopté selon la proposition Bezzola/Darbellay/Epiney

Art. 7 Abs. 2 Bst. d – Art. 7 al. 2 let. d
Angenommen gemäss Antrag Bezzola/Epiney
Adopté selon la proposition Bezzola/Epiney

Art. 32 Abs. 3 – Art. 32 al. 3
Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 h 00

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision

Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1582 hiervor – Voir page 1582 ci-devant

Präsidentin: Herr Bundesrat Delamuraz hat am vergangenen Freitag seine Mutter verloren. Ich kondoliere ihm im Namen des Rates zu diesem schmerzlichen Verlust und versichere ihn unserer aufrichtigen Anteilnahme.

Art. 49
Antrag der Kommission
Mehrheit
Streichen
Minderheit
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Unverändert

Antrag Bezzola
Unverändert

Antrag Kühne
Unverändert

Antrag Fasel
Abs. 2 (neu)
Die kantonale Amtsstelle kann zur Vermeidung von Missbräuchen in Einzelfällen weitergehende Kontrollen anordnen.

Art. 49
Proposition de la commission
Majorité
Biffer
Minorité
(Brunner Christiane, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Strahm Rudolf)
Inchangé

Proposition Bezzola
Inchangé

Proposition Kühne
Inchangé

Proposition Fasel
Al. 2 (nouveau)
Dans certains cas particuliers, l'autorité cantonale peut ordonner des contrôles plus approfondis afin d'éviter des abus.

Fasel Hugo (C, FR): Ich habe schon am Donnerstag festgestellt, dass dieser Antrag noch hätte aufgenommen werden müssen. Ich war aber der Auffassung, dass sich dieser Antrag auch noch im nachhinein behandeln liesse, damit die Frage der Schlechtwetterentschädigung konstruktiv abgeschlossen werden kann – ob Sie sie nun haben wollen oder nicht.
Dass die Schlechtwetterentschädigung immer wieder zu Missbräuchen verführt, hat damit zu tun, dass die Kontrollmechanismen bisher nur wenig ausgebaut sind. Wir haben bereits letzte Woche viel über dieses Thema diskutiert. Es verlangen nicht selten Arbeitgeber eine Schlechtwetterentschädigung – und das ist das Störende –, obwohl die Arbeitnehmer gearbeitet haben. Die betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wissen oft nicht, dass der Betrieb für sie trotz Arbeit eine solche Entschädigung eingefordert hat. Wir tun deshalb gut daran, die Kontrollmechanismen bei der Schlechtwetterentschädigung zu verbessern.
Ich beantrage deshalb eine Formulierung, die bereits im Gesetz existiert, nämlich unter Artikel 40 bei der Kurzarbeit. Auch dort werden die Kantone, was die Kontrollen anbetrifft, wesentlich stärker in die Pflicht genommen. Ich habe mich auf eine sehr allgemeine Formulierung beschränkt, die vor allem die Kompetenz der Kantone erweitert, weil ich der Auffassung bin, dass man alles Weitere auf Verordnungsstufe regeln könnte und nicht ins Gesetz nehmen sollte.
Ich möchte aber hier die Gelegenheit nutzen, dies auch in den Materialien festzuhalten. Bereits Mitte der achtziger Jahre hat das Biga einen Entwurf ausgearbeitet, der vorsah, dass Entschädigungen nur bezahlt werden, wenn auch die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bestätigen, dass sie bestimmte Stunden nicht gearbeitet haben. Dieser Vorschlag von seiten des Biga wurde jedoch seinerzeit von betrieblicher Seite abgelehnt. Das zeigt, dass man schon heute Mechanismen haben könnte, um bessere Kontrollen durchzuführen, dass sie aber an einer teilweise sehr ablehnenden Haltung der Arbeitgeber und der Betriebe gescheitert sind.
Wenn wir also nun die Schlechtwetterentschädigung beibehalten, ist es notwendig, dass das Biga dort, wo es die Möglichkeiten hat, zusammen mit den Kantonen die Kontrollmechanismen nicht nur verschärft, sondern sie auch konsequent durchsetzt und durchzieht.
Ich bitte um Zustimmung zu meinem Antrag.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Was Herr Fasel beantragt, stimmt tatsächlich mit dem überein, was bereits in Artikel 40 Absatz 2 bei der Kurzarbeit gilt. Es ist auch so, dass der Bundesrat die Bestimmung in Artikel 72 Absatz 3 der Arbeitslosenversicherungsverordnung, die für die Kurzarbeit gilt, bis jetzt indirekt auch für die Schlechtwetterentschädigung angewendet hat.
Nach meiner Meinung kann man diese Bestimmung auch auf die Gesetzesstufe heben – es ist durchaus richtig, was Herr Fasel will – und damit klar machen, dass der Kontrolle mehr Gewicht eingeräumt werden muss.
In dem Sinne opponiere ich als Kommissionssprecher dieser Bestimmung nicht.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Si votre libido policière est forte, votez cette proposition, sinon écoutez quand même les raisons pour lesquelles ce n'est pas très logique de l'introduire. Pour ma part, je ne m'oppose pas à cette proposition.
Finalement, on dit que «dans certains cas particuliers, l'autorité cantonale peut ordonner des contrôles plus approfondis afin d'éviter des abus». Qui donne l'autorisation? L'autorité cantonale. C'est l'autorité cantonale qui attribue les prestations de l'assurance-chômage en cas d'intempéries et on introduit des dispositions donnant l'autorisation à l'autorité cantonale d'introduire des contrôles supplémentaires. Cela peut alors servir, cela peut satisfaire des esprits qui ont, je le répète, une libido répressive, mais cela ne satisfait pas la logique latine. Faites comme vous pensez.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Madame la Présidente, permettez-moi de vous exprimer mon émotion et ma gratitude pour les sentiments personnels que vous avez exprimés tout à l'heure à mon endroit. J'y suis très sensible.
J'en viens à la proposition Fasel. Je dirai qu'on agit un peu en circuit fermé, car, avec votre proposition, Monsieur Fasel, l'autorité cantonale qui est responsable de l'application se donne en quelque sorte l'ordre de se reprendre en main et d'aller examiner d'une manière un peu plus approfondie tel ou tel cas. Je pense que c'est doucement superflu.
Mais, je ne veux pas m'opposer à cette proposition si vous estimez que cela peut conforter l'autorité cantonale dans l'exercice, précisément, de son autorité.

Abs. 1 – Al. 1

Präsidentin: Über die Beibehaltung der Schlechtwetterentschädigung haben wir bereits in der letzten Sitzung entschieden.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit/Bezzola/Kühne
Adopté selon la proposition de la minorité/Bezzola/Kühne

Abs. 2 – Al. 2
Angenommen gemäss Antrag Fasel
Adopté selon la proposition Fasel

Art. 51, 52, 59a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

6. Kapitel
Antrag der Kommission
Titel
.... von Arbeitslosigkeit (arbeitsmarktliche Massnahmen)

Chapitre 6
Proposition de la commission
Titre
.... de chômage (mesures de marché du travail)

Angenommen – Adopté

Art. 59b (neu)
Antrag der Kommission
Titel
Besondere Taggelder
Abs. 1
Die Versicherung richtet besondere Taggelder an anspruchsberechtigte Versicherte aus für Tage, an denen sie auf Weisung oder mit Zustimmung der kantonalen Amtsstelle an einer arbeitsmarktlichen Massnahme teilnehmen.
Abs. 2
Die besonderen Taggelder berechnen sich gemäss Artikel 22 und sind unabhängig von der Höchstzahl der Taggelder nach Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe a. Sie werden, sofern das Gesetz nichts anderes vorsieht, bis zum Ablauf der Rahmenfrist für den Leistungsbezug erbracht. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Antrag Früh
Abs. 2
.... sie werden für eine Maximaldauer von höchstens 400 Taggeldern ausbezahlt. Der Bundesrat ....
Abs. 3 (neu)
Der Versicherte, der besondere Taggelder im Sinne von Absatz 1 beanspruchen will, muss dies spätestens innerhalb eines Monates nach seiner Anmeldung beim zuständigen Arbeitsamt anmelden. Nach dieser Frist gilt für ihn Artikel 27 Ab-

satz 2 (gemäss Antrag der Kommission). Der Bundesrat regelt die Ausnahmen.

Art. 59b (nouveau)
Proposition de la commission
Titre
Indemnités journalières spécifiques
Al. 1
L'assurance verse aux assurés qui ont droit aux prestations des indemnités journalières spécifiques pour les jours durant lesquels ils participent à des mesures de marché du travail sur injonction ou avec l'assentiment de l'autorité cantonale.
Al. 2
Les indemnités journalières spécifiques sont calculées conformément à l'article 22 et sont indépendantes du nombre maximum d'indemnités prévu à l'article 27 alinéa 2 lettre a. Elles sont octroyées jusqu'à la fin du délai-cadre d'indemnisation pour autant que la loi n'en dispose pas autrement. Le Conseil fédéral règle les détails.

Proposition Früh
Al. 2
.... prévu à l'article 27 alinéa 2 lettre a. Elles sont versées pour une durée maximale de 400 indemnités journalières.
Al. 3 (nouveau)
L'assuré qui veut prétendre à des indemnités journalières spécifiques au sens de l'alinéa 1er doit l'annoncer au plus tard un mois après son inscription auprès de l'office du travail. Passé ce délai, l'article 27 alinéa 2 est applicable (selon proposition de la commission). Le Conseil fédéral règle les exceptions.

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Am vergangenen Donnerstag habe ich im Namen von Heinz Allenspach, aber auch aus eigener Überzeugung, bei Artikel 27 Absatz 2bis einen Antrag begründet, der den Gesamtanspruch auf Taggelder gemäss Artikel 22 und Artikel 59b auf höchstens 400 beschränken sollte. Bedauerlicherweise haben Sie diesen Antrag verworfen. Bei Artikel 59b Absätze 2 und 3 (neu) geht es jetzt um die besonderen Taggelder, die ich mit meinem Antrag auf 400 limitieren möchte.
Sie können einwenden, dass besondere Taggelder nur in Ausnahmefällen während zweier Jahre ununterbrochen ausgerichtet werden. Aber ich sehe das anders. Zweijährige Schulungsprogramme dürften nicht nur die Ausnahme sein: Ob öffentliche oder private Anbieter – das grosse Schulungs- und Weiterbildungsgeschäft wittern sie schon jetzt. Die Gefahr, dass die Versicherten das Ende der Taggeldentschädigung nach Artikel 27 Absatz 2 abwarten, um sich erst dann für arbeitsmarktliche Massnahmen im Sinne des sechsten Kapitels zu interessieren, ist nicht auszuschliessen, auch wenn der Zweck des Gesetzes dies nicht vorsieht. Weil jedoch keine Verpflichtung besteht, sich arbeitsmarktlichen Massnahmen im Sinne von Artikel 59b zu unterwerfen, müssen allfällige Missbräuche verhindert werden.
Als Ausnahmeregelung könnte man sich beispielsweise die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit vorstellen. Auf sie kommen wir noch zu sprechen. Entscheidend ist, dass eine Lösung gefunden wird, welche verhindert, dass ein Arbeitsloser sowohl 150 Taggelder als auch darüber hinaus noch 400 besondere Taggelder beziehen kann, also insgesamt 550 Tage auf Kosten der Arbeitslosenversicherung verbringt.
Wenn wir legale Missbräuche verhindern wollen, ist eine solche Plafonierung dringend nötig. Ich bitte Sie um Zustimmung.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich bitte Sie, den Antrag Früh abzulehnen.
1. Mit dem Antrag zu Artikel 59b Absatz 2 möchte Herr Früh im zweiten Satz die Maximaldauer der besonderen Taggelder auf höchstens 400 Tage beschränken. Das Entscheidende haben wir in diesem Rat mit Artikel 13 Absatz 2quater beschlossen. Dort wurde festgelegt, dass das bisher bestehende Perpetuum mobile in der Arbeitslosenversicherung unterbrochen wird, das heisst, dass mit Beschäftigungsprogrammen keine neue Beitragszeit gebildet werden kann und dass nachher nicht wieder neu Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung gestellt werden können. Das ist die entscheidende Massnahme, um die Versicherung vor Missbräuchen, vor Dauerbezügern zu schützen.
Damit haben wir aber auch die Grenze erreicht, die in den Sozialpartnergesprächen abgesteckt worden ist, nämlich eine Leistungsdauer von maximal zwei Jahren. Es stimmt nicht, dass wir die Möglichkeit von 550 Taggeldern hätten, wie das Herr Früh soeben gesagt hat: Die Rahmenfrist von zwei Jahren verhindert das. Wir haben, wenn alles, inklusive Beschäftigungsprogramm, ausgeschöpft würde, 520 Taggelder. Aber diese 520 Taggelder müssen Sie mit der heutigen Möglichkeit vergleichen: Bisher konnte man 800 oder noch mehr Taggelder beziehen – dank der immer wieder möglichen Erneuerung der Beitragszeiten durch Beschäftigungsprogramme. In Artikel 13 Absatz 2quater haben wir die geeignete Massnahme getroffen, indem wir die Rahmenfrist definitiv auf zwei Jahre begrenzt haben. Ich bitte Sie, bei dieser Begrenzung zu bleiben.
2. Mit seinem Antrag zu Artikel 59b Absatz 3 möchte Herr Früh eine besondere zusätzliche Meldepflicht einführen. Auch hier besteht ein Missverständnis. Es ist nicht so, dass ein Arbeitsloser von sich aus wählen kann, ob er sich einer Arbeitsmarktmassnahme unterziehen möchte. Er kann insbesondere nicht 150 Tage warten und sagen, für ihn seien keine Arbeitsmassnahmen wie beispielsweise Umschulung oder Praktikum notwendig, er wolle nur Taggelder beziehen. Das ist nicht mehr möglich. Vielmehr ist es so, dass er im ersten oder im zweiten Monat eine Verfügung erhält, worin angeordnet wird, er habe sich dieser oder jener Arbeitsmarktmassnahme zu unterziehen; wenn der Betroffene der Auffassung ist, er möchte sich keiner Arbeitsmarktmassnahme anschliessen, würde ganz einfach sein Taggeldbezug eingestellt. Wir haben also die geeignete Massnahme, um allfälligen Missbräuchen entgegenzutreten. Es ist nicht notwendig, dass wir hier in Absatz 3 neue, zusätzliche Meldepflichten einführen.
Ich bitte Sie daher, auch den Teil des Antrages Früh betreffend Absatz 3 abzulehnen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: La proposition Früh porte sur deux alinéas de l'article 59b (nouveau).
En ce qui concerne l'alinéa 2, son texte, en français tout au moins, ne paraît pas conforme à ce qu'on peut penser être son intention. En effet, il fait référence à l'article 27 alinéa 2 lettre a qui fixe le nombre de jours d'indemnités, qu'on peut qualifier d'ordinaires, auxquels a droit un assuré. Or, le texte dit qu'il y a au maximum 400 indemnités journalières; c'est le cas de quelqu'un qui a plus de 60 ans. Si donc on lit le texte contenu dans la proposition Früh, on aurait le sentiment qu'on veut porter les indemnités ordinaires de 150 à 400 jours pour ceux qui sont en dessous de 50 ans ou entre 50 et 60 ans. On voit mal quel est l'objectif et ce n'est en tout cas probablement pas l'intention de M. Früh.
Quant à l'alinéa 3, la proposition Früh part de l'idée fausse que le chômeur décide, lui, à partir de quand, ou quand, ou comment il occupera son temps, s'il n'a pas retrouvé de travail, au bout de 150 jours d'indemnités journalières. Je vous rappelle que, dans la conception de la commission, dès les premiers temps le placeur peut ordonner à quelqu'un d'entrer dans un programme d'occupation. Dès les premiers temps, il peut discuter avec lui et voir s'il n'y a pas lieu de lui donner une formation complémentaire. Il n'y a donc pas une sorte de droit du chômeur d'attendre les 150 jours et ensuite d'obtenir quelque chose en plus, c'est beaucoup plus mobile que cela, c'est en fonction des besoins objectifs du chômeur, de ses demandes et de la décision du placeur qu'on l'affectera à un programme d'occupation plus ou moins tôt, ou on lui conseillera de suivre un programme de formation.
Introduire cette disposition reviendrait à rigidifier le système. C'est exactement le contraire de ce qu'on voudrait, ça reviendrait, a contrario, en obligeant le chômeur à prendre cette décision, à lui donner un droit de choisir ce qu'il veut, alors que nous voulons qu'il y ait une discussion et, finalement, une décision du placeur à l'égard du chômeur.

Pour toutes ces raisons, nous vous suggérons de refuser la proposition Früh et de vous en tenir à la proposition de la commission.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Il y a eu, Monsieur Früh, un petit colloque légèrement fébrile, car on se demandait en réalité si vous souhaitiez que l'on aille au-delà de 520 jours. L'interprétation littérale de votre texte nous conduisait à 550 jours. Finalement, je crois que c'est bien 400 indemnités journalières que vous voulez fixer comme plafond pour le droit de participer à une mesure de marché du travail.
Puis vous ajoutez encore une autre condition. Dans ce cas-là, et si c'est bien la bonne interprétation que je fais de votre proposition, je crois, avec les deux rapporteurs de la commission, que nous aurions avantage à ne pas vous suivre, car, en effet, la solution qui a été élaborée par votre sous-commission, puis par la commission, prévoit que l'assurance-chômage assume en principe la responsabilité de la réinsertion des assurés pendant deux ans. A l'expiration des deux ans, c'est aux cantons de supporter d'éventuelles autres dépenses. Etant donné que dorénavant les programmes d'occupation n'ouvrent plus de nouvelles périodes de cotisation, il convient d'octroyer à l'assuré un droit plus long aux indemnités journalières spécifiques pour qu'il ait le temps de se retourner et de se réinsérer. Et comme le but fondamental est de procurer un nouvel emploi à l'assuré – c'est cela la téléologie de la loi –, contraindre cet assuré à faire valoir son droit de participer à une mesure du marché du travail dès le premier mois de chômage serait en soi contre-productif.
C'est la raison pour laquelle je crois que votre idée, que je comprends, nous conduit en réalité à une contradiction avec la version qui a été finalement proposée par la commission.
C'est donc enfin la raison pour laquelle, bien à regret, je me vois contraint de préférer la proposition de la commission à votre proposition d'amendement.

Präsidentin: Herr Früh teilt mit, dass er seinen Antrag zurückzieht.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 60
Antrag der Kommission
Titel
Mehrheit
Unverändert
Minderheit
(Brunner Christiane, Baumann, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Matthey, Strahm Rudolf, Thür)
Anspruch auf Kurse

Abs. 1
Mehrheit
Unverändert
Minderheit
(Brunner Christiane, Baumann, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Matthey, Strahm Rudolf, Thür)
Arbeitnehmer haben Anspruch auf Kurse zur Umschulung, Weiterbildung oder Eingliederung, die ihre Vermittlungsfähigkeit verbessern. Sie können Leistungen der Versicherung beanspruchen, wenn sie: ....

Abs. 4
Personen, die weder die Beitragszeit erfüllen noch von der Erfüllung der Beitragszeit befreit sind, können während einer zweijährigen Rahmenfrist Leistungen nach Artikel 61 Absatz 3 beanspruchen, ...

Art. 60
Proposition de la commission
Titre
Majorité
Inchangé
Minorité
(Brunner Christiane, Baumann, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Matthey, Strahm Rudolf, Thür)
Droit aux cours. Conditions

Al. 1
Majorité
Inchangé
Minorité
(Brunner Christiane, Baumann, Bodenmann, Hafner Ursula, Hämmerle, Matthey, Strahm Rudolf, Thür)
Les travailleurs ont droit à des cours en vue d'une reconversion, d'un perfectionnement ou d'une réinsertion professionnelle, qui améliorent leur aptitude au placement. Ils peuvent prétendre à des prestations de l'assurance: ....

Al. 4
Les personnes qui ne remplissent pas les conditions relatives à la période de cotisation et ne sont pas non plus libérées de celles-ci ont droit, pendant un délai-cadre de deux ans, à des prestations au sens de l'article 61 alinéa 3, lorsqu'elles fréquentent un cours avec l'assentiment ....

Titel, Abs. 1 – Titre, al. 1

Hafner Ursula (S, SH), Sprecherin der Minderheit: «Vorbeugen ist besser als heilen»: Es geht hier um Präventivmassnahmen, um Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Nach geltendem Recht können Versicherte unter gewissen Bedingungen Leistungen der Arbeitslosenversicherung beanspruchen, wenn sie Kurse zur Umschulung, zur Weiterbildung oder zur Eingliederung besuchen. Die entsprechenden Bedingungen sind in Artikel 60 in den Buchstaben a, b und c festgehalten. An diesen Bedingungen will der Minderheitsantrag nichts ändern. Hingegen wollen wir im Gesetz klar festhalten, dass Versicherte unter den genannten Bedingungen Anspruch auf Kurse haben, soweit solche Kurse ihre Vermittlungsfähigkeit verbessern. Es soll sowohl für die betroffene Person als auch für die zuständige Amtsstelle vollkommen klar sein, dass Arbeitslose oder unmittelbar von Arbeitslosigkeit Bedrohte, die keine zumutbare Arbeit bekommen können, ein Anrecht auf die Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten haben, die ihre Eingliederung ins Erwerbsleben erleichtern.
Ich ersuche Sie, Klarheit zu schaffen und unserem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Goll Christine (S, ZH): Arbeitslosigkeit macht krank. Die offizielle Schweizer Politik ist aber auch krank. Sie leidet an einem Realitätsverlust. Beim Verfolgen der bisherigen Debatte stellte ich fest, dass sie vor allem von Unwissen, von einem Verwischen und Verfälschen der Tatsachen geprägt ist. Hier werden Entscheide weit weg von jeder Realität getroffen. Das zeigt sich unserer Meinung nach gerade bei Artikel 60.
Sie haben letzte Woche die grundsätzliche Umgestaltung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes befürwortet, wonach Arbeitslose vor allem auch an Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen teilnehmen sollen. Die grundsätzliche Umgestaltung des Gesetzes ist zu befürworten, auch wenn sich hier aufgrund der Ausgestaltung Probleme ergeben, Probleme einerseits dadurch, dass Arbeitslose «zwangsverknurrt» werden sollen: Sie sollen gezwungen werden, Bildungs- und Beschäftigungsprogramme zu besuchen. Wir wissen aus der Praxis der Bildungsarbeit, dass sich mit unmotivierten, «verknurrten» Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern keine erfolgreiche Bildungsarbeit machen lässt.
Ein zweiter kritischer Punkt zu dieser grundsätzlichen Umgestaltung: Die Umsetzung dieser Massnahmen in die Praxis wird fraglich sein, fraglich vor allem auch deshalb, wenn wir bedenken, wie klein das Angebot heute ist. Hauptziel dieser Gesetzesumgestaltung – das wurde immer wieder betont – ist es, das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit anzugehen. Je länger Arbeitslosigkeit dauert, desto stärker ist die erfolglose Stellensuche mit psychischen Problemen verbunden, und desto schneller verlieren die beruflichen Fähigkeiten, Fertigkei-

ten und auch die beruflichen Erfahrungen an Wert, d. h. die Qualifikationen, auch von ausgebildeten Fachkräften, sinken; vor allem nimmt die Demotivierung der unqualifizierten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu.
Sie wissen alle, dass nahezu die Hälfte der offiziell registrierten Arbeitslosen unqualifizierte Arbeitskräfte sind, das heisst auch, dass sich nach diesem System die Kluft zwischen qualifizierten Facharbeitskräften und ungelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vergrössern wird. Der Zwang zu Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen ist unlogisch, wenn nicht gleichzeitig auch ein Anspruch auf Bildungsmassnahmen für bildungsmotivierte Arbeitslose postuliert wird. Da die grundsätzliche Umgestaltung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu befürworten ist, wäre es nichts als richtig, im Gesetz klar und deutlich dieses Anrecht festzuhalten.
Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag zu unterstützen, der verlangt, dass Arbeitslose einen Anspruch haben auf Kurse zur Umschulung, Weiterbildung oder Eingliederung, die ihre Vermittlungsfähigkeit verbessern können. Dies zusammengefasst aus drei Gründen:
1. Wenn es nicht gelingt, Arbeitslose innerhalb einer angemessenen Frist wieder in den Erwerbsprozess einzugliedern, wird es immer unmöglicher, erfolgreich Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen.
2. Gerade die rasanten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt verlangen von den Stellensuchenden die Bereitschaft, sich vermehrt zu qualifizieren, verlangen eine Flexibilität der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.
3. Bildungsprojekte sollen nicht als Zwangsmassnahmen oder als Beschäftigungstherapie eingerichtet werden, sondern Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen müssen in jedem Fall zum Sprungbrett für die Reintegration in die Arbeitswelt werden.
Bildungsmassnahmen sind dann erfolgreich, wenn sie die Faktoren Zeit, Existenzsicherung und Motivation berücksichtigen. Dazu braucht es ein Anrecht für die Arbeitslosen, solche Veranstaltungen zu besuchen, und dieses Anrecht muss im Gesetz formuliert sein.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Namens der Kommissionsmehrheit ersuche ich Sie, bei Artikel 60 der Mehrheit zu folgen und den Antrag der Minderheit Brunner Christiane abzulehnen.
Ich möchte dem, was eben gesagt wurde, entgegenhalten, dass es hier nicht um Zwangsmassnahmen geht. Es geht darum, dass jene Personen, die Taggelder beziehen, ihrerseits eine Leistung erbringen sollen oder auch müssen. Wenn in einem Betrieb ein Weiterbildungsprogramm durchgeführt wird, werden die betreffenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus ihrer Arbeitspflicht heraus, die sie mit dem Arbeitsvertrag eingegangen sind, an diesem Weiterbildungsprogramm teilnehmen müssen. Das heisst, die Weiterbildung ist ein Teil ihrer Gegenleistung für die Lohnentschädigung.
Ebenso soll es im Bereich der Arbeitslosen sein. Das heisst: Beziehen sie ein Taggeld, sollen sie auch den Aufwand für eine Umschulung auf sich nehmen. Es ist gleich wie in den Betrieben; auch in der Arbeitslosenversicherung wird man nicht Leute zu Umschulungsmassnahmen «verknurren», welche für sie keinen Sinn machen. Man wird im Vermittlungsgespräch mit ihnen herausfinden, welches die geeignete Schulungsmassnahme ist.
Die Situation wird analog derjenigen in einem Betrieb sein: Wenn sich ein Mitarbeiter weiterqualifizieren soll, werden die Personalabteilung, der Personalchef, der direkte Vorgesetzte, der Werkmeister mit diesem Mitarbeiter ein Gespräch führen, um gemeinsam die richtige Weiterbildung festzulegen. Genau das soll auch hier, im Bereich der Arbeitslosenversicherung, geschehen. Ich kann die Meinung nicht teilen, dass es hier um Zwang gehe; ich wiederhole es: Es geht um Leistung und Gegenleistung.
Die Minderheit will hier nun jedoch zusätzlich festschreiben, dass der Arbeitslose einen Rechtsanspruch auf ein bestimmtes Kursprogramm hat. Diesen Schritt können und dürfen wir nicht tun. Wir können an dieser Stelle nicht das Versprechen abgeben, dass jeder Arbeitslose quasi von Rechts wegen das ihm zusagende Kursangebot in Anspruch nehmen kann. Das würde zu weit gehen. Aber es wird Aufgabe der Versicherung und der Arbeitsvermittlungszentren sein, den Wünschen wenn möglich Rechnung zu tragen. Einen Rechtsanspruch einzuräumen, ginge jedoch nach Meinung der Kommissionsmehrheit eindeutig zu weit. Die Kommission will in Artikel 72a Absatz 1 einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an einem Beschäftigungsprogramm einräumen, wenn die normalen Taggelder ausgelaufen sind. Darauf werde ich zurückkommen.
Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen und die Minderheit Brunner Christiane abzulehnen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Nous vous recommandons bien sûr de refuser la proposition de minorité à l'article 60 alinéa 1er, qui voudrait donner un droit individuel aux chômeurs d'exiger «des cours en vue d'une reconversion, d'un perfectionnement ou d'une réinsertion professionnelle».
La loi, telle que nous la voulons, crée cette possibilité, elle donne un droit général de bénéficier des mesures les plus propres à permettre la réintégration professionnelle, que ce soit par le biais des programmes d'occupation, de cours ou en prolongeant le droit aux indemnités si on ne peut donner ni cours ni programme d'occupation.
De là à transformer ce droit général en un droit personnel, il y a un pas, un pas qui nous conduirait tout droit à l'incapacité d'agir pour les autorités chargées de l'application de la loi. Imaginez la situation si chaque chômeur avait le droit d'exiger tel ou tel cours, en disant: «C'est un cours qui améliore mon aptitude au placement!» Il y aurait d'abord une discussion sur le principe général, ensuite des discussions sur la catégorie de cours, le type de formation auquel il prétendrait avoir droit, et l'on risquerait d'être au Tribunal fédéral avant que le chômeur ait commencé à se mettre au travail – si vous me passez l'expression –, sans faire de l'ironie déplacée dans le cas d'une personne qui a perdu son emploi.
Si on fait cela, c'est l'un des points les plus importants de la loi qui est littéralement ridiculisé et qui aboutirait certainement à l'inapplicabilité de la loi dans la pratique, ou à des abus tels qu'elle ne serait pas soutenue par l'opinion publique. Or, une loi non soutenue par l'opinion publique n'a pas un avenir très sûr.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je crois que l'ensemble de la loi, telle que le Conseil fédéral l'avait présentée et telle que la commission du Conseil national la propose après quelques transformations opportunes, repose sur l'initiative, sur l'engagement et sur la volonté du chômeur, c'est vrai. Mais lui octroyer un droit, quasi absolu, de revendiquer de participer à ce cours et pas à celui-là, de préférer suivre un cours plutôt que de prendre un emploi qui lui serait ouvert, de vouloir prolonger sa période de non-activité par une participation, certes, à un cours de réinsertion professionnelle plutôt que de choisir d'entrer dans le monde du travail si on le lui propose, risque de créer une somme incroyable de confusions, de contradictions et de difficultés d'interprétation.
Il me paraît dans l'ordre normal des choses que l'autorité d'application soit l'autorité de décision quant à l'attribution de tel ou tel cours à tel ou tel chômeur ou à tel ou tel autre. C'est seulement si l'autorité de décision est capable de prendre seule des décisions que l'on pourra imaginer que les affaires marchent convenablement. Au contraire, l'intervention d'un chômeur au nom d'un droit créerait des a priori, des inégalités et une très mauvaise utilisation de l'appareil mis en place.
C'est la raison pour laquelle je dis: «Que les chômeurs gardent leur initiative, soient vifs, engagés, zélés, dans leur volonté de participer à des cours, mais que la décision d'y participer ne relève pas d'un droit qui leur est accordé, mais bien d'une décision de l'autorité.»
C'est dans ce sens que la formule de la majorité doit être préférée à celle de la minorité.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	91 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	46 Stimmen

Abs. 4 – Al. 4
Angenommen – Adopté

Art. 61
Antrag der Kommission
Abs. 1, 2
Streichen

Art. 61
Proposition de la commission
Al. 1, 2
Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 61a (neu)
Antrag Bonny
Die Kasse finanziert die Kosten gemäss Artikel 60 und 61 zu 95 Prozent, die Kantone zu 5 Prozent.

Art. 61a (nouveau)
Proposition Bonny
La caisse finance les frais découlant des articles 60 et 61 à raison de 95 pour cent, les cantons à raison de 5 pour cent.

Art. 63
Antrag Bonny
Die Kasse ersetzt .... des Kurses zu 95 Prozent, die Kantone zu 5 Prozent.

Art. 63
Proposition Bonny
L'assurance rembourse .... du cours, à raison de 95 pour cent et les cantons à raison de 5 pour cent.

Bonny Jean-Pierre (R, BE): Ich habe zu drei Bestimmungen einen Antrag gestellt, die ich als Ganzes betrachte. Deshalb werde ich diese Anträge auch gemeinsam begründen werde. Allen drei Anträgen ist gemeinsam, dass es um die Finanzierung der arbeitsmarktlichen Massnahmen geht. Es betrifft die individuellen Schulungsmassnahmen, d. h. die Leistungen an die Kursteilnehmer (Antrag zu Art. 61a), die kollektiven Massnahmen, d. h. die Organisation von Kursen (Antrag zu Art. 63), und die Beschäftigungsprogramme (Antrag zu Art. 75).
Hier möchte ich zuhanden der Berichterstatter sagen, dass ich die Stossrichtung, die hinter der Revision steckt, nämlich die Förderung der Präventivmassnahmen, sowohl der Schulung als auch der Beschäftigungsprogramme, voll anerkenne. Ich mache der Kommission ein Kompliment, dass sie im Rahmen dieser Revision einen klaren Schwerpunkt gesetzt hat.
Der vorliegende Entwurf weist nun aber zwei Schwächen auf:
1. In finanzieller Hinsicht ergeben sich für die Kantone doch sehr erhebliche Auswirkungen.
2. Für die Schulung einerseits (individuell und kollektiv) und für die Beschäftigungsprogramme andererseits werden unterschiedliche Ansätze für die Finanzierung vorgesehen.
Bei den Schulungsprogrammen sollen 100 Prozent zu Lasten der Kasse gehen. Die Kantone haben dort nichts zu bezahlen, während bei den Beschäftigungsprogrammen die Kasse 90 Prozent zu bezahlen hätte und 10 Prozent auf die Kantone entfallen würden.
Mein Antrag geht dahin, dass man für beide Kategorien die gleichen Finanzierungsansätze vorsieht, nämlich in beiden Fällen (Schulung und Beschäftigungsprogramme) 95 Prozent zu Lasten der Kasse und 5 Prozent zu Lasten der Kantone. Für die Kantone heisst das, dass sie an die Schulung künftig neu 5 Prozent zu bezahlen hätten, dass sie aber an die Beschäftigungsprogramme, die finanziell viel stärker ins Gewicht fallen, statt 10 Prozent 5 Prozent zu bezahlen hätten.
Finanziell bedeutet dieser Antrag, dass bei den Beschäftigungsprogrammen die Mehrkosten, die durch diese Revision ausgelöst werden, für die Kantone von 230 Millionen auf 115 Millionen Franken gesenkt werden können. Bei der Schulung dagegen müssten die Kantone neu 15 Millionen Franken bezahlen. Das sind also im einen Fall 115 Millionen Franken weniger, im anderen Fall 15 Millionen mehr. Das ergibt für die Kantone eine Nettominderbelastung von 100 Millionen Franken.
Aber dieser finanzielle Aspekt ist für mich nicht der einzig ausschlaggebende. Ich finde es ebenso wichtig, dass wir bei beiden Programmen – Beschäftigungsprogrammen und Schulungsprogrammen – gleichwertige Ansätze haben. Sonst werden die Kantone die Schulung, für die sie nichts zu bezahlen haben, forcieren, und die Beschäftigungsprogramme haben nur zweite Priorität.
In diesem Zusammenhang gibt es bereits Erfahrungen mit dem geltenden Recht: Bisher gingen die individuellen Schulungen voll zu Lasten der Kasse, während die Kollektivprogramme eine finanzielle Beteiligung der Kantone vorsahen. Die Folge war, dass es nur sehr wenige Beschäftigungsprogramme gab, und dass die Kantonen die individuellen Programme auch dort, wo es nicht immer vernünftig war, forciert haben. Damit sollten wir aufhören.
Es ist wichtig und für den Erfolg dieser Revision entscheidend, dass die Schulung und die Beschäftigungsprogramme von den Kantonen wirklich getragen werden und dass jeweils ein adäquater Einsatz, je nach den Bedürfnissen der Arbeitslosen, erfolgt.
Das ist die grundsätzliche Überlegung, die hinter diesen drei Anträgen steckt. Sie bilden ein Ganzes. Ich sage jetzt schon: Wenn Sie – ich hoffe es nicht – den Anträgen zu den Artikeln 61a und 63, die eine leichte Erhöhung beim Kanton vorsehen, wider Erwarten nicht zustimmen, werde ich den Antrag zu Artikel 75 Absatz 1 zurückziehen, weil dann das Gleichgewicht, das ich anstrebe, nicht mehr gewährleistet wäre.
Ich bitte Sie, den drei Anträgen zuzustimmen.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Im Namen der Kommissions möchte ich Ihnen beantragen, die drei Anträge abzulehnen.
Es ist so, wie Herr Bonny gesagt hat: Diese drei Anträge würden die Kantone im Saldo um 100 Millionen Franken entlasten. Die Entlastung sucht Herr Bonny insbesondere bei den Beschäftigungsprogrammen, indem er dort den Kantonen um 5 Prozent entgegenkommt: Statt dass sie 10 Prozent und die Arbeitslosenkasse 90 Prozent bezahlen, sollen die Kantone nur 5 Prozent und die Arbeitslosenkasse 95 Prozent übernehmen.
Heute zahlen die Kantone für die Beschäftigungsprogramme 50 Prozent im Bereich der Ausgesteuerten und 85 Prozent im Bereich der Versicherten. Wir kommen mit diesen 90 Prozent den Kantonen demnach bereits wesentlich entgegen. Wir machen schon mit der Finanzierung von 90 Prozent via Arbeitslosenkasse einen grossen Schritt. Es ist immer eine Frage des Masses.
Es geht auch darum, dass die Kantone noch daran interessiert bleiben, die Programme kostengünstig und effizient durchzuführen. Deswegen braucht es noch eine minimale Beteiligung, die nach Ansicht der Kommission bei 10 Prozent liegen sollte, damit ein Anreiz besteht zu sparen, keine unnötigen Übungen zu veranstalten, nicht unnötig viel Personal einzusetzen und keine Dinge zu machen, bei denen sich jedermann an den Kopf greift. Herr Bonny ist der Meinung, man könne auf 5 Prozent heruntergehen.
Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen, aus den angeführten Gründen bei 10 Prozent zu bleiben. Es stimmt, was Herr Bonny sagt: Dass bei den Schulungen (Artikel 61a und Artikel 63) die Kasse heute 100 Prozent bezahlt und das auch in Zukunft tun soll. Wir wollten hier auch keine neuen Belastungen der Kantone vorsehen. Wir haben bei den Beschäftigungsprogrammen die Kantone entlastet und ihnen bei den Schulungsprogrammen keine neuen Belastungen zugemutet. So gesehen scheint mir die Lösung ausgewogen. Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: La proposition Bonny a pour résultat final de diminuer, dans l'état actuel des choses, la participation des cantons. En effet, à l'article 61a (nouveau), il est prévu que les cantons devront payer 5 pour cent alors que jusqu'à maintenant ils ne payaient rien. C'est la Confédé-

ration qui paie 100 pour cent, mais les frais d'organisation de cours d'un montant relativement modeste de 15 millions de francs, reviendraient aux cantons.
Par contre, à l'article 75, programmes d'occupation, le texte tel que nous vous le proposons prévoit respectivement que la Confédération et la caisse de chômage paient 90 pour cent, et jusqu'à 100 pour cent dans les circonstances exceptionnelles. M. Bonny voudrait que la caisse paie 95 pour cent, avec toujours la possibilité d'aller à 100 pour cent dans les circonstances exceptionnelles.
Or, c'est vrai que, dans les dépenses des caisses d'assurance-chômage, les programmes d'occupation sont le gros morceau, et le morceau le plus coûteux. Dans sa proposition, M. Bonny libère les cantons d'environ 115 millions de francs qui sont mis à la charge de la caisse de chômage. Par contre, il les charge de 15 millions de francs supplémentaires pour cofinancer les cours.
Il se pose donc deux questions: la première question est une question financière. Il est évident que la proposition Bonny est très favorable aux cantons dans la situation actuelle. La deuxième question est une question de principe: on prévoit – pour l'éternité, dirais-je – le cofinancement des cantons pour la préparation et le suivi des cours. Je puis vous dire qu'un des représentants des cantons parmi les plus efficaces, M. Matthey, me signalait l'autre jour qu'à son avis, ce n'est pas une bonne solution parce que son canton, par exemple, est d'accord de payer plus pour les programmes d'occupation quand ça va mal, mais il ne veut pas que, lorsqu'on a réussi à faire redescendre le taux de chômage, on soit toujours obligé toujours, du côté des cantons, de participer aux frais de l'assurance-chômage. Il préfère une solution claire dans laquelle il y a un investissement quand ça va mal et une décharge quand ça va bien.
Cependant, en refusant cette proposition, nous ne courons pas un risque extraordinaire. Nous pouvons laisser les cantons s'exprimer encore par le truchement du Conseil des Etats.
Cela me paraîtrait d'autant plus délicat d'accepter la proposition Bonny qu'il y a encore une nouvelle proposition de la commission à l'article 72a: c'est le problème de la participation des cantons au financement des indemnités qui doivent être versées aux chômeurs à qui on ne peut fournir ni programme d'occupation ni formation. Dans notre conception, les cantons devraient payer 25 pour cent; d'autres proposent de réduire la participation des cantons à 10 pour cent. D'ailleurs, c'est dommage que l'on n'ait pas un débat d'ensemble sur le problème du financement par les cantons parce que toutes les propositions se tiennent et on ne peut pas commencer à changer le mode de répartition entre caisses, Confédération et cantons à travers un seul article. Il faudrait avoir un débat général. Puisque nous ne l'avons pas eu, laissons-le se produire au Conseil des Etats.
Je vous propose de refuser la proposition Bonny.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: L'accord intervenu devant la sous-commission entre les partenaires sociaux et repris pour l'essentiel par la commission ou sa majorité – qui vous propose les modifications par rapport aux décisions du Conseil des Etats que vous avez sous les yeux –, a créé sans aucun doute quelques problèmes du côté des cantons. En effet, après le vote du Conseil des Etats, qui a encore allégé la charge financière des cantons par rapport au projet du Conseil fédéral, la nouvelle formule a créé des charges assez importantes, pour ne pas dire trop importantes, à la charge des cantons.
Il a fallu procéder à des auditions dans des conditions un peu rapides, mais sereines, au niveau de la sous-commission d'abord, au niveau ensuite de la commission, des représentants des gouvernements cantonaux, pour corriger dans les travaux de la commission un certain nombre de règles valant pour la charge des cantons et allant en général dans le sens d'un allègement.
La remarque finale qu'a faite le rapporteur de langue française, selon laquelle il faudrait finalement avoir un débat général global sur ce que représente financièrement le projet de loi pour le fonds de l'assurance-chômage, pour les partenaires sociaux et surtout pour la Confédération et les cantons, est justifiée. L'organisation des travaux parlementaires ne le permettant pas, nous devons juger un peu au coup par coup.
Lorsque j'ai vu apparaître la proposition Bonny, j'ai personnellement trouvé qu'elle était doublement juste. D'abord parce que selon le projet de loi qui vous est présenté, il n'y a pas de participation des cantons aux cours, mais il y a une participation des cantons de 10 pour cent aux programmes d'occupation provisoires financés par l'assurance-chômage. Zéro pour cent d'un côté, 10 pour cent de l'autre: ce n'est probablement pas très bien découpé.
La proposition Bonny, sur ce premier point, qui parle d'une charge de 5 pour cent des cantons dans l'un et dans l'autre des compartiments, est certainement une proposition équitable. Elle a pour elle d'éviter de feinter, d'éviter de faire des choix pour le confort financier du canton et pour l'allègement de la charge cantonale. En outre, elle a pour conséquence sans doute de charger globalement de quelque 100 millions de francs supplémentaires le fonds. Par conséquent, elle ne contribue pas à son assainissement financier, mais allège d'autant les charges cantonales, ce qui me paraît personnellement convenable, dans la mesure où ce sont les cantons qui sont un peu – disons-le – les dindons de la farce dans les propositions de la commission.
Ceux qui, du côté des autorités cantonales – j'ai entendu quelques propos dans cette direction – estiment que c'est sans doute un allègement bienvenu dans l'état actuel du marché du travail, mais qu'en acceptant la proposition Bonny, on se charge pour l'éternité de 5 pour cent pour les cantons et que lorsque les conditions seront meilleures, c'est une charge que l'on regrettera d'avoir à supporter, visent sans doute juste théoriquement. Mais à la pratique, ce projet n'est pas un projet éternel, nous le savons bien. Il n'entend pas réformer l'assurance-chômage jusqu'à la fin des siècles, au même titre qu'il n'a pas la prétention de régler la situation du financement de l'assurance-chômage une fois que les dettes contractées actuellement et antérieurement auront été résorbés par le taux de cotisation de 3 pour cent.
Il y aura donc, dans un délai de deux ou trois ans, le troisième projet de révision de l'assurance-chômage, qui aura pour tâche de reprendre, de réajuster et de rééquilibrer tout le problème du financement, dans le sens d'une moindre charge, peut-être, des partenaires sociaux. C'est cela qui me fait dire aux responsables cantonaux – à M. Matthey, notamment, qui est intervenu dans ce domaine lors des travaux de la commission – que nous ne gravons pas un monument dans le granit, qui obligera les cantons pour de très longues années. Lorsque l'embellie arrivera, et elle arrivera bientôt, il sera possible, dans le cadre de la troisième révision, de réajuster les charges cantonales.
Il me semble que le coup d'épaule que nous pourrions donner aux cantons dans l'état actuel du passage souffre que l'on examine favorablement la proposition Bonny et que lorsqu'en troisième lecture le Conseil des Etats (la deuxième pour lui) aura à juger des travaux de votre Conseil, il les jugera globalement et qu'il pourra, à ce moment-là, rétablir certains équilibres qui auraient été ponctuellement rompus en ce qui concerne tel ou tel aspect de la loi par votre délibération d'aujourd'hui et de mercredi prochain.
C'est dans cet esprit que je prends, pour la première fois dans le cadre du financement, quelque distance d'avec la commission et que je ne combats pas, que je ne pourfends pas la proposition Bonny qu'il faudra juger globalement lorsqu'on aura terminé le tour, mais qui, momentanément, pourrait s'inscrire dans le programme de la loi que nous avons à adopter.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Bonny	104 Stimmen
Dagegen	44 Stimmen

Art. 65
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 65
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 65a
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 2, 3
Streichen

Art. 65a
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 2, 3
Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 65bis (neu)
Antrag Comby
Abs. 1
Um das Angebot an Praktikumsstellen für junge Arbeitslose zu erhöhen, schaffen die Regiebetriebe PTT und SBB 3000 ständige auf 6 Monate befristete Stellen. Von diesen Stellen entfallen 2000 auf die PTT und 1000 auf die SBB.
Abs. 2
Die Arbeitslosenversicherung übernimmt die Hälfte der Kosten dieser Aktion, die andere Hälfte wird von den Regiebetrieben getragen.
Abs. 3
Die Ausführungsbestimmungen dieses Praktikumsprogramms für Junge werden von den PTT, den SBB und dem Biga gemeinsam festgelegt.
Abs. 4
Diese Lösung ist zeitlich befristet. Spätestens nach einem Jahr unterbreitet der Bundesrat dem Parlament einen Bericht über die Weiterführung oder den Abbruch des Versuchs. Den Entscheid darüber fällt das Parlament.

Art. 65bis (nouveau)
Proposition Comby
Al. 1
Dans le but d'offrir des places de stages aux jeunes sans emploi, les régies fédérales, les PTT et les CFF, sont tenues de créer en permanence 3000 places pour une durée de 6 mois chacune. Ces places seront réparties à raison de 2000 aux PTT et 1000 aux CFF.
Al. 2
L'assurance-chômage financera la moitié du coût de cette action, l'autre moitié étant supportée par les régies elles-mêmes.
Al. 3
Les modalités d'application de ce programme de stages pour les jeunes seront définies d'un commun accord entre les PTT, les CFF et l'Ofiamt.
Al. 4
Cette solution est limitée dans le temps. Après une période d'une année au plus tard, un rapport sera soumis au Parlement par le Conseil fédéral pour la poursuite ou non de l'expérience. Le Parlement a la compétence d'en décider.

Comby Bernard (R, VS): Sauf exception, il est donc prévu de supprimer les indemnités ordinaires après 150 jours de chômage et d'offrir systématiquement deux solutions, à savoir des programmes de formation continue et de recyclage ou des programmes d'occupation temporaire et des stages.
Théoriquement, cette solution paraît excellente. Pratiquement, elle pose maints problèmes, car il faut offrir des possibilités à quelque 100 000 chômeurs! Certes, il est plus facile d'organiser des programmes de formation continue ou de recyclage que de mettre sur pied des programmes valables d'occupation temporaire. Les cantons et les communes qui sont confrontés à ces questions savent combien il est difficile de le faire. Dès lors, la Confédération, qui est le plus gros employeur du pays et qui va licencier quelque 15 000 personnes d'ici à l'an 2000, devrait aussi apporter sa pierre à la lutte contre le chômage, en particulier dans les régions les plus touchées par ces licenciements.
Il ne suffit pas de charger les cantons et les communes d'agir dans ce domaine – malgré l'amélioration bienvenue qui a été apportée grâce à la proposition Bonny –, la Confédération devrait aussi donner l'exemple. Dans cette optique, j'ai formulé une proposition consistant à mettre sur pied un programme extraordinaire de stages pour les jeunes, sous la responsabilité de la Confédération. A cet effet, les régies fédérales – les PTT, les CFF – devraient offrir en permanence quelque 3000 places de stage à des jeunes sans emploi. Je rappelle ici qu'il y a un peu plus de 50 000 jeunes entre 20 et 29 ans qui sont au chômage. Donc les 3000 places qui sont demandées, ce n'est qu'une goutte d'eau dans la mer, finalement, pour régler ce problème. Les modalités d'application seraient bien sûr définies d'un commun accord entre les PTT, les CFF et l'Ofiamt. Cette solution serait limitée dans le temps. Quant aux coûts, ils seraient supportés à parts égales par les régies et par la caisse d'assurance-chômage.
En outre, des efforts dans cette même direction devraient être entrepris par les autres secteurs d'activité de la Confédération. Nous pourrions augmenter le délai de carence pour les jeunes à la recherche d'un premier emploi en offrant un complément pour la formation ou l'occupation temporaire. Au lieu de payer des jeunes à ne rien faire, ce programme de stage offrirait une chance à la jeunesse qui est au chômage de se rendre utile, finalement.
Dans cet esprit, je vous invite à voter ma proposition, à moins que M. Delamuraz, conseiller fédéral, puisse donner une réponse positive concernant ma proposition et réaliser concrètement et manifester la volonté de la Confédération de créer des places de travail pour les jeunes.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Cette proposition, qui part des meilleurs sentiments, n'a pas sa place dans la loi sur l'assurance-chômage. Par contre, elle pourrait faire l'objet d'une motion, ou mieux encore, d'un postulat.
En effet, au moment où on veut donner plus d'autonomie aux régies fédérales, aux PTT, aux CFF, au moment où on les oblige à avoir une vision proche de l'économie privée dans le cadre de leur activité, on ne peut pas, à travers une loi, leur imposer des obligations comme celles-ci. Cela ne signifie pas, loin de là, que nous ne souhaitions pas que les PTT, les CFF et les autres régies participent activement à la lutte contre le chômage et la mise à disposition des jeunes d'un certain nombre de places de travail.
Par contre, face à cette volonté, qui peut s'exercer de manière très claire et qui peut être dictée par le Conseil fédéral – sans que l'autorité de tutelle qu'est le Conseil fédéral à l'égard des régies aille jusqu'au point d'imposer quelque chose contre la volonté de ces derniers –, à travers une discussion, il y a certainement des possibilités de créer un certain nombre de places, mais on ne doit pas le faire par le biais d'une loi, de la loi sur l'assurance-chômage en l'occurrence.
En outre, fondamentalement, cette proposition risque d'être contre-productive pour la lutte contre le chômage. Aux PTT, où est-ce qu'on peut créer le plus facilement des places pour les jeunes, sinon peut-être comme facteurs, ou dans des postes qui sont occupés actuellement par des gens à plein temps? A la limite, les PTT seraient peut-être très heureux d'avoir une participation de la caisse de chômage pour remplacer une partie de leur personnel par des jeunes, mais ce n'est pas l'intention de la proposition Comby.
Je vous invite donc à renoncer à cet article 65bis (nouveau), et à souhaiter bien sûr que les régies, les PTT, les CFF fassent tout leur possible pour offrir des places de travail aux jeunes, mais qu'on ne leur impose pas un chiffre de 3000 places – pourquoi pas 2000? pourquoi pas 4000? –, à travers une disposition légale.
Je pense que M. Comby va retirer sa proposition.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: L'idée de M. Comby est en soi une excellente idée. Il est bien clair que ces dernières années, mais plus encore dans l'équipement que nous aurons avec cette nouvelle loi, le Conseil fédéral intervient, est intervenu et interviendra tant auprès des PTT que des CFF pour qu'ils contribuent plus que les autres encore à jouer le jeu. Je ne crois pas pour autant, Monsieur Comby, qu'il faille inscrire cette collaboration des deux régies fédérales dans le cadre de la loi. En effet, selon le nouvel article 110a de la loi, la commission de surveillance peut autoriser des essais pilotes qui dérogent de la loi. La mesure que vous proposez, Monsieur Comby, pourrait parfaitement trouver sa place dans l'application de cet article nouveau et pourrait être ainsi mieux modulée, plus nuancée, mieux discutée, d'entente avec les autorités de ces régies, plutôt qu'imposée par un article de la loi.
Au surplus, la loi est rigide. A supposer que le but que vous assignez ne soit pas atteint ou qu'il se révèle, ce qui n'est pas exclu, même insuffisant, il y aurait lieu dans un délai probablement assez proche de modifier la loi avec tout ce que cela comporte, encore une fois, de rigidité et de complication. Je crois que nous pouvons retenir votre idée qui est bonne et, plutôt que de l'inscrire dans un article de la loi, en faire usage dans l'application de l'article 110a et ainsi parvenir, par des voies plus souples et plus efficaces, au but que vous voulez atteindre. De toute façon, celui-ci est inscrit pour l'histoire et pour l'éternité par le Bulletin officiel du Conseil national dans les intentions.
Comme le Conseil fédéral, par ma voix, vous confirme la même intention, je vous propose de renoncer à votre amendement et de nous permettre d'arriver à nos fins par le biais de l'application de l'article 110a.

Comby Bernard (R, VS): Après les garanties données par M. Delamuraz et son invitation expresse à ce que je retire ma proposition, et dans la mesure où le Conseil fédéral s'engage vraiment à négocier avec les régies qui dépendent du gouvernement, je suis prêt à retirer ma proposition.
Mais je souhaite ardemment qu'un effort spécial soit accompli par le Conseil fédéral et les régies en faveur des jeunes chômeurs. Je répète qu'ils sont plus de 50 000 dans ce pays.

Präsidentin: Herr Comby hat seinen Antrag zurückgezogen.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1631 hiervor – Voir page 1631 ci-devant

Art. 66a–66c
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 67
Antrag der Kommission
Titel
Gesuche
Abs. 1
Gesuche um Einarbeitungs- oder Ausbildungszuschüsse sowie um Zuschüsse für Vorruhestandsleistungen müssen rechtzeitig vor Beginn der Einarbeitung, der Ausbildung oder

der vorzeitigen Pensionierung der kantonalen Amtsstelle eingereicht werden.

Art. 67
Proposition de la commission
Titre
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
(la modification ne concerne que le texte allemand)
Al. 1
L'assuré présentera la demande d'allocations d'initiation au travail, d'allocations de formation ou de prestations de préretraite à l'autorité cantonale avant le début de la mise au courant, de la formation ou de la préretraite.

Angenommen – Adopté

Art. 71a
Antrag der Kommission
Mehrheit
Abs. 1
Die Versicherung kann Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Versicherte, die eine dauernde selbständige Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, gemäss den nachfolgenden Bestimmungen unterstützen:
a. durch Ausrichtung von höchstens 60 besonderen Taggeldern während der Planungsphase eines Projekts zur Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit sowie durch Übernahme von allfälligen Bürgschaftsverlusten einer nach Massgabe des Bundesbeschlusses vom 22. Juni 1949 über die Förderung der gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften gewährten Bürgschaft im Umfang von 20 Prozent bei gleichzeitiger Verminderung des Taggeldanspruchs des Versicherten;
b. durch Ausrichtung von höchstens 60 besonderen Taggeldern während der Planungsphase eines Projekts zur Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit.
Abs. 2
Streichen

Minderheit
(Blocher, Dreher, Perey)
Streichen

Art. 71a
Proposition de la commission
Majorité
Al. 1
L'assurance peut soutenir, conformément aux dispositions suivantes, l'assuré au chômage ou sur le point de l'être, qui projette de se lancer dans une activité indépendante durable, soit:
a. par le versement de 60 indemnités journalières spécifiques au plus durant la phase d'élaboration d'un projet concernant la prise d'une activité indépendante, ainsi que par le remboursement à raison de 20 pour cent d'éventuelles pertes de cautionnement à la suite d'un cautionnement accordé conformément à l'arrêté fédéral du 22 juin 1949 tendant à encourager les coopératives de cautionnement des arts et métiers, tout en réduisant simultanément le droit aux indemnités de l'assuré;
Al. 2
Biffer

Minorité
(Blocher, Dreher, Perey)
Biffer

Art. 71b
Antrag der Kommission
Mehrheit
Abs. 1
Versicherte können die Unterstützung nach Artikel 71a Buchstabe a beanspruchen, wenn sie:
a. ohne eigenes Verschulden arbeitslos oder unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht sind;
b. innerhalb der Rahmenfrist für die Beitragszeit (Art. 9 Abs. 3) eine Beitragszeit von mindestens sechs Monaten nachweisen;
c. mindestens 20 Jahre alt sind;
d. innerhalb von höchstens 60 Taggeldern nach Beginn der Arbeitslosigkeit ein Projekt zur Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit vorlegen.
Abs. 2
Versicherte können die Unterstützung nach Artikel 71a Buchstabe b beanspruchen, wenn sie:
a. ohne eigenes Verschulden arbeitslos oder unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht sind;
b. innerhalb der Rahmenfrist für die Beitragszeit (Art. 9 Abs. 3) eine Beitragszeit von mindestens sechs Monaten nachweisen;
c. mindestens 20 Jahre alt sind;
d. ein Projekt zur Aufnahme einer wirtschaftlich tragfähigen und dauerhaften selbständigen Erwerbstätigkeit vorweisen.

Minderheit
(Blocher, Dreher, Perey)
Streichen

Art. 71b
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
L'assuré peut prétendre à un soutien conformément à l'article 71a lettre a:
a. s'il est au chômage ou sur le point de l'être sans qu'il ait commis de faute;
b. s'il justifie d'une période de cotisation de six mois au moins durant le délai-cadre relatif à la période de cotisation (art. 9 al. 3);
c. s'il est âgé de 20 ans au moins;
d. s'il présente un projet d'activité indépendante avant d'avoir perçu 60 indemnités journalières au plus après le début du chômage.
Al. 2
L'assuré peut prétendre à un soutien conformément à l'article 71a lettre b:
a. s'il est au chômage ou sur le point de l'être sans qu'il ait commis de faute;
b. s'il justifie d'une période de cotisation de six mois au moins durant le délai-cadre relatif à la période de cotisation (art. 9 al. 3);
c. s'il est âgé de 20 ans au moins;
d. s'il présente un projet d'activité indépendante viable et économiquement durable.

Minorité
(Blocher, Dreher, Perey)
Biffer

Art. 71c
Antrag der Kommission
Mehrheit
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 2
...., für welche die besonderen Taggelder ausgerichtet werden, ...

Minderheit
(Blocher, Dreher, Perey)
Streichen

Art. 71c
Proposition de la commission
Majorité
Al. 1
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2
.... ; des indemnités journalières spécifiques.

Minorité
(Blocher, Dreher, Perey)
Biffer

Art. 71d
Antrag der Kommission
Mehrheit
Titel
Abschluss der Planungsphase
Abs. 1
Der kantonalen Amtsstelle ist nach Abschluss der Planungsphase, spätestens aber mit dem Bezug des letzten besonderen Taggeldes mitzuteilen, ob der Versicherte eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt. Die Mitteilungspflicht obliegt:
a. in den Fällen von Artikel 71b Absatz 1 der Bürgschaftsgenossenschaft;
b. in den Fällen von Artikel 71b Absatz 2 dem Versicherten selbst.
Abs. 2
Nimmt der Versicherte nach Abschluss der Planungsphase eine selbständige Erwerbstätigkeit auf, so gilt für den allfälligen späteren Bezug weiterer Taggelder eine erweiterte Rahmenfrist für den Leistungsbezug von drei Jahren. Die Versicherungsleistungen dürfen insgesamt die Dauer von 2 Jahren nicht übersteigen.
Abs. 3
Nimmt der Versicherte nach Abschluss der Planungsphase aus eigenem Verschulden keine selbständige Erwerbstätigkeit auf, so kann ihn die kantonale Amtsstelle während höchstens 25 Tagen in seiner Anspruchsberechtigung einstellen.

Minderheit
(Blocher, Dreher, Perey)
Streichen

Art. 71d
Proposition de la commission
Majorité
Titre
Issue de la phase d'élaboration du projet
Al. 1
L'autorité cantonale doit être informée à l'issue de la phase d'élaboration du projet, mais au plus tard lorsque l'assuré perçoit la dernière indemnité journalière spécifique, si ce dernier prend une activité indépendante. L'obligation d'informer incombe:
a. à la coopérative de cautionnement pour les cas concernant l'article 71b alinéa 1er;
b. à l'assuré pour les cas concernant l'article 71b alinéa 2.
Al. 2
Si, au terme de la phase d'élaboration, l'assuré prend une activité indépendante, le délai-cadre prolongé pour la perception ultérieure de prestations est de trois ans. Le versement des prestations de l'assurance ne dépassera au total pas deux ans.
Al. 3
Si, au terme de la phase d'élaboration, l'assuré n'est pas en mesure, par sa propre faute, de prendre une activité indépendante, l'autorité cantonale peut suspendre son droit aux indemnités journalières pour 25 jours au maximum.

Minorité
(Blocher, Dreher, Perey)
Biffer

Präsidentin: Der Antrag der Minderheit Blocher zu den Artikeln 71a bis 71d ist im Einverständnis mit den Mitunterzeichnern zurückgezogen worden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 72
Antrag der Kommission
Titel
Beiträge an die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten
Abs. 1
Die Versicherung fördert die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten im Rahmen von Programmen öffentlicher oder privater, nicht auf Gewinn gerichteter Institutionen zur Arbeitsbeschaffung oder Wiedereingliederung ins Erwerbsleben durch finanzielle Beiträge. Solche Programme dürfen jedoch die private Wirtschaft nicht unmittelbar konkurrenzieren.
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 72
Proposition de la commission
Titre
Subventions visant à encourager l'emploi temporaire des assurés
Al. 1
L'assurance peut encourager, par une contribution financière, l'emploi temporaire des assurés dans le cadre de programmes organisés par des institutions publiques ou privées sans but lucratif, destinés à procurer un emploi ou aux fins de réinsertion. Ces programmes ne doivent toutefois pas faire concurrence à l'économie privée.
Abs. 2
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 72a (neu)
Antrag der Kommission
Titel
Anspruch des Versicherten auf vorübergehende Beschäftigung
Abs. 1
Der Versicherte, der die Voraussetzung gemäss Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe b erfüllt, hat innerhalb der Rahmenfrist für den Leistungsbezug Anspruch auf vorübergehende Beschäftigung, soweit ihm keine zumutbare Arbeit zugewiesen werden kann. Die Kantone sorgen für ein ausreichendes Angebot und weisen dem Versicherten spätestens nach Ablauf der in Artikel 27 vorgesehenen Anzahl Taggelder eine vorübergehende Beschäftigung zu, sofern keine andere arbeitsmarktliche Massnahme angezeigt ist.
Abs. 2
Für die Zuweisung einer vorübergehenden Beschäftigung gelten sinngemäss die Kriterien der zumutbaren Arbeit gemäss Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe c, e, f, g und i.
Abs. 3
Ist der Kanton nicht imstande, dem Versicherten eine vorübergehende Beschäftigung zu gewähren, so hat dieser ersatzweise Anspruch auf 80 besondere Taggelder. Dieser Anspruch kann innerhalb der Rahmenfrist für den Leistungsbezug wiederholt geltend gemacht werden. Die Kantone übernehmen 25 Prozent der Kosten, welche aufgrund des ersatzweisen Anspruchs auf besondere Taggelder erwachsen.
Abs. 4
Bei andauernder und stark überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit kann der Bundesrat den Kostenanteil von gesuchstellenden Kantonen befristet senken. Er darf dabei 15 Prozent nicht unterschreiten.

Antrag Cavadini Adriano
Abs. 3
.... Die Kantone übernehmen 15 Prozent der Kosten, welche ....
Abs. 4
Streichen

Antrag Maitre
Abs. 3
.... wiederholt geltend gemacht werden. (Rest des Absatzes streichen)

Abs. 4
Streichen

Eventualantrag Maitre
(falls der Antrag Maitre abgelehnt wird)
Abs. 4
.... Er darf dabei 10 Prozent nicht unterschreiten.

Antrag Zisyadis
Abs. 3
.... wiederholt geltend gemacht werden. (Rest des Absatzes streichen)
Abs. 4
Streichen

Art. 72a (nouveau)
Proposition de la commission
Titre
Droit du chômeur à un emploi temporaire
Al. 1
L'assuré qui satisfait aux conditions de l'article 60 alinéa 1er lettre b a droit, pendant le délai-cadre d'indemnisation, à un emploi temporaire si aucun travail convenable ne peut lui être assigné. Les cantons veillent à ce que l'offre soit suffisante et assignent les assurés à des emplois temporaires au plus tard après l'amortissement du nombre d'indemnités journalières prévues à l'article 27 si aucune autre mesure de marché du travail n'apparaît indiquée.
Al. 2
Les critères définissant le travail convenable selon l'article 16 alinéa 2 lettres c, e, f, g et i régissent par analogie l'assignation d'un emploi temporaire.
Al. 3
Si le canton n'est pas en mesure de lui offrir un emploi temporaire, l'assuré a droit, à titre de compensation, à 80 indemnités journalières spécifiques. Il peut faire valoir ce droit à plusieurs reprises à l'intérieur du délai-cadre. Les cantons prennent en charge 25 pour cent des coûts des indemnités journalières spécifiques allouées à titre de compensation.
Al. 4
Si le chômage est persistant et très supérieur à la moyenne, le Conseil fédéral peut abaisser la quote-part des cantons requérants; celle-ci ne peut cependant être inférieure à 15 pour cent.

Proposition Cavadini Adriano
Al. 3
.... Les cantons prennent en charge 15 pour cent des coûts des indemnités journalières ....
Al. 4
Biffer

Proposition Maitre
Al. 3
.... à plusieurs reprises à l'intérieur du délai-cadre. (Biffer le reste de l'alinéa)
Al. 4
Biffer

Proposition subsidiaire Maitre
(au cas où la proposition Maitre serait rejetée)
Al. 4
.... ; celle-ci ne peut cependant être inférieure à 10 pour cent.

Proposition Zisyadis
Al. 3
.... à plusieurs reprises à l'intérieur du délai-cadre. (Biffer le reste de l'alinéa)
Al. 4
Biffer

Titel, Abs. 1, 2 – Titre, al. 1, 2
Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

Cavadini Adriano (R, TI): Questo articolo stabilisce che al più tardi dopo il periodo di 150, 250 o 400 indennità, i Cantoni sono obbligati di dare all'assicurato un lavoro temporaneo. Cosa vuol dire? Per il Canton Ticino per esempio vorrebbe significare trovare circa 8000 posti di lavoro, tenendo presente che per i disoccupati vi sono delle possibilità di rifiutare certe proposte di lavoro in funzione dell'articolo 16 che stabilisce i lavori adeguati.
Cosa dovrà fare il Canton Ticino, cosa dovranno fare i Cantoni? Dovranno organizzare dei corsi di formazione, ma non è facile farlo per 8000 persone. Oppure organizzare degli stages presso ditte private; ma anche qui vi sono dei limiti; oppure dei programmi di formazione; o offrire, come Stato, possibilità di lavoro.
Il Canton Ticino si è già dato parecchio da fare in questo campo. Però le autorità cantonali ritengono praticamente impossibile arrivare ad offrire a circa 8000, 9000 disoccupati un programma di occupazione temporaneo. E allora, per quei disoccupati per i quali non sarà stato possibile offrire questa possibilità, ecco che il Cantone sarà chiamato a pagare il 25 percento delle indennità che l'assicurazione verserà a questi disoccupati. Con questo articolo quindi si penalizzano ancora i Cantoni che hanno il maggior numero di disoccupati.
Le autorità ticinesi hanno calcolato che il costo di questo articolo sarà di circa 20 milioni di franchi all'anno, alla condizione di riuscire ad offrire a circa la metà dei disoccupati attuali un posto di lavoro temporaneo. Se però non si arriverà alla metà, i costi saranno superiori a 20 milioni di franchi.
Io credo che sia giusto che si corregga l'articolo e che si faccia scendere la percentuale dal 25 al 15 percento.
Monsieur le Conseiller fédéral, vous pourriez me répondre qu'au dernier alinéa, la possibilité de réduire de 25 à 15 pour cent existe déjà, dans les cas où il y a un chômage persistant. Mais ce n'est qu'une possibilté; on dit que «le Conseil fédéral peut» et non pas que «le Conseil fédéral doit». Et alors je crois qu'il ne faut pas mettre encore plus en difficulté les cantons qui ont beaucoup de chômeurs, avec une pénalité équivalant à 25 pour cent du coût payé à ces chômeurs. Je crois qu'il faut corriger l'alinéa 3 de cet article, et réduire le taux pour tous les cantons à 15 pour cent et non pas le fixer à 25 pour cent.
Si les cantons n'ont pas la possibilité d'offrir des places de travail, c'est parce qu'ils ont beaucoup de chômeurs. Autrement, s'il y avait les places de travail, il n'y aurait pas de chômeurs, et le problème ne se poserait pas.
Pour cette raison, je vous invite donc à soutenir ma proposition qui donne une aide supplémentaire aux cantons et ne les pénalise pas à cause d'une situation qu'ils subissent.

Maitre Jean-Philippe (C, GE): A teneur de l'un des objectifs de la révision, les cantons ont la charge d'offrir des emplois temporaires et, s'ils n'y parviennent pas, ils ont l'obligation de participer au financement d'indemnités journalières. L'optique de cette mesure est d'être incitative et de stimuler les cantons à mettre en place le plus grand nombre d'emplois temporaires possible.
Je crois qu'il faut être très clair. On est ici, de même qu'avec la proposition Bonny à l'article 63 heureusement adoptée, de même qu'avec la proposition de la minorité II (Matthey) à l'article 90, au coeur d'un débat fondamental que l'on peut poser en forme de question: est-ce que la réforme de la loi sur l'assurance-chômage va se faire sur le dos des cantons? Si tel devait être le cas, elle serait forcément inacceptable, et les cantons n'auraient d'autre solution que de trouver les voies et moyens de remettre l'affaire sur le métier.
Ma proposition vise à corriger ce qui, à mes yeux, à la suite des travaux de la commission de notre Conseil, est inacceptable. En effet, le financement par les cantons d'indemnités de chômage est inacceptable pour trois raisons au moins.
On part tout d'abord du principe que les cantons ne joueront pas le jeu, alors merci pour la confiance. Et puisqu'on dit merci pour la confiance, on peut dire aussi bonjour pour la contradiction: d'un côté, les cantons ne seraient pas dignes de confiance, mais, d'un autre côté, toute la réforme repose

sur l'engagement considérable des cantons, puisque c'est à eux que reviendra la lourde charge – et ils entendent l'assumer pour autant que les conditions soient acceptables – de faire fonctionner concrètement sur le terrain le nouveau système.
J'estime d'autre part que l'obligation qui serait imposée aux cantons de financer des indemnités de chômage est tout simplement contraire à la constitution. L'article 34novies alinéa 4 de la constitution prévoit en effet en substance que la Confédération et les cantons peuvent être contraints à des prestations financières, mais seulement en cas de circonstances exceptionnelles. Or, là, c'est la situation ordinaire qui est visée. Je pense donc que cette disposition est contraire à l'article 34novies de la constitution.
Enfin, cette disposition a quelque chose de tout à fait surprenant. On est dans un régime d'assurance. On demande, dans un régime d'assurance, à des cantons de contribuer au financement de prestations. Or, les cantons n'ont aucun droit aux recettes. Si on demande aux cantons de financer pour partie, respectivement à 25 ou à 15 pour cent, les indemnités de chômage, ils devraient, en bonne logique, avoir droit respectivement à 25 ou 15 pour cent des cotisations, sinon l'équilibre entre les prestations et les recettes n'est pas assuré.
Nous avons fait, dans notre canton, une évaluation sommaire de ce que cela coûterait, à hauteur de 15 pour cent, si nous devions participer au financement des prestations. C'est une somme de l'ordre de 50 millions de francs au moins qui devrait être prise en considération.
Voilà les raisons pour lesquelles je souhaite que nous puissions voter la proposition que je soumets à votre appréciation, qui est de renoncer au financement par les cantons des indemnités de chômage. C'est ma proposition principale.
Si vous estimiez ne pas pouvoir aller jusque-là, alors au minimum, mais au minimum, faudrait-il adopter ma proposition subsidiaire, qui conduirait à faire en sorte que les cantons, lourdement chargés en matière de chômage, ne soient pas contraints de financer plus que le 10 pour cent des indemnités de chômage qui sont en jeu.
Une fois encore, on est ici au coeur d'un débat central. Je vous dis très clairement que si cette révision, dont les objectifs sont louables et sains, devait se faire sur le dos des cantons, elle n'arriverait pas à chef. C'est la raison pour laquelle, à la suite de la proposition Bonny, dans le cadre de ma proposition, et en prenant en considération la proposition de la minorité II (Matthey) à l'article 90, on peut arriver à un paquet équilibré, du point de vue des objectifs, d'une part, et en ce qui concerne la charge financière des cantons, d'autre part.

Zisyadis Josef (–, VD): Il y a quelque chose de pathétique et de paradoxal à la fois dans cet article.
Dans notre pays où l'on ne connaît toujours pas le nombre exact de chômeurs en fin de droits et où nous savons comptabiliser le nombre de bêtes à cornes ou de coléoptères, dans notre pays où il n'y a aucune obligation de déclarer le nombre de places vacantes, vous voulez, comme par enchantement, obliger les cantons à offrir un emploi temporaire, et cela, en définitive, par le biais de la pénalisation.
Essayons de voir la logique de cette proposition. Donc, plus un canton est frappé par le chômage, donc en situation de n'avoir que peu de places vacantes, plus il devra trouver des stages en entreprise ou des programmes d'occupation! Et comme il ne pourra pas les trouver, il sera pénalisé financièrement en définitive. C'est une logique de désolidarisation interconfédérale à outrance!
Si les cantons ne trouvent pas d'emplois temporaires, ce n'est pas seulement parce qu'ils ne le veulent pas – je dis «pas seulement», la bonne volonté ne se trouve en effet pas partout –, mais parce qu'il n'y a pas assez de places de travail. Les gains de productivité, la rationalisation et la délocalisation des entreprises, ont été tel ces dernières années que seule une baisse massive du temps de travail permettrait de résoudre ce problème, qui se pose à l'échelle européenne et qui est un problème de civilisation. Mais vous refusez d'affronter cette perspective-là et vous la renvoyez définitivement aux calendes grecques.
Or, les faits sont têtus, et vous avez beau taper la tête des cantons contre les murs, vous ne résoudrez pas pour autant le problème de la création d'emplois, d'autant plus qu'en la matière ce n'est en tout cas pas l'employeur fédéral qui montre l'exemple. Cela ne sert à rien de tergiverser, il semble que le seul objectif de cet article, c'est d'effectuer un report des charges sur les cantons les plus frappés par la crise économique, et en fin de compte de les reporter sur les citoyens, par le biais des impôts bien évidemment. Voilà des mesures anticycliques tout ce qu'il y a de plus bienvenues en cette période!
La question centrale, c'est celle du coût total de cette opération. Je voudrais demander à M. Delamuraz, conseiller fédéral, s'il est vrai que le chiffre d'un demi-milliard de francs est confirmé à ce sujet. Si, au terme du délai-cadre, il n'y aura plus de droit pour les chômeurs de recevoir des indemnités, ceux-ci vont tomber directement à l'assistance publique, donc à la charge des cantons et des communes. Vous ne pouvez pas, dès lors, pénaliser les cantons deux fois, il y a tout de même des limites à la désolidarisation!
Je vous invite à corriger le projet qui nous paraît largement déséquilibré, à biffer la fin de l'article 72a alinéa 3 ainsi que alinéa 4.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: On en arrive à un point important du concept de financement qui concerne la participation des cantons. Vous vous rappelez qu'il y a quelques instants, nous avons diminué la participation des cantons en ce sens que, dorénavant, la Confédération devrait payer 95 pour cent des programmes d'occupation. C'est vrai qu'on a chargé les cantons en leur faisant payer 5 pour cent des programmes de formation, mais, entre ces deux chiffres, il y a une grande différence puisque l'allègement qui a été obtenu représente 115 à 130 millions de francs environ et la charge supplémentaire qui a été imposée aux cantons représente une quinzaine de millions de francs grosso modo.
Cet après-midi déjà, on a déchargé les cantons de 100 millions de francs de financement. Il s'agit ici de la part des cantons aux indemnités qui devraient être versées aux chômeurs qui sont arrivés en fin de droits – 150 jours, 250 jours ou 400 jours, ce qui n'arrivera pas puisqu'on est en fin de période –, à ceux auxquels on n'a pas pu offrir un programme d'occupation ou une formation. C'est donc un cas de figure que nous espérons relativement rare, mais qui peut exister et qui existera certainement dans des cantons où il y a un fort taux de chômage, où il est difficile ou impossible de fournir suffisamment de places aux chômeurs dans des programmes d'occupation ou dans des programmes de formation.
La sous-commission, qui a siégé à Lucerne, avait proposé, dans un premier temps, afin d'inciter, «brutalement» dirais-je, les cantons à faire l'impossible pour faire des programmes d'occupation, de les charger d'environ 60 pour cent du coût des indemnités supplémentaires qui auraient dû être versées à ce titre. La commission plénière n'a naturellement pas suivi cette proposition; elle vous propose de vous en tenir à 25 pour cent des indemnités journalières spécifiques allouées à titre de compensation.
M. Cavadini Adriano voudrait descendre à 15 pour cent pour tous les cantons. M. Maitre voudrait que les cantons ne paient rien ou, à titre subsidiaire, qu'ils paient le minimum de 10 pour cent. Le 10 pour cent serait ce que devraient payer les cantons qui se trouvent dans des circonstances particulières, où le chômage est particulièrement fort.
Le premier problème est de savoir si on veut que les cantons participent au financement de cette indemnité journalière. Je crois que M. Maitre a raison de dire qu'il serait inadmissible, d'une part, d'appeler les cantons à collaborer à la mise en place du système d'assurance-chômage nouvelle méthode, et, d'autre part, de les punir s'ils ne le font pas. En effet, si on ne croit pas que les cantons sont capables de mettre en place le système, eh bien, il ne faut pas mettre en place le système parce que sans eux, ça ne marchera pas! La conclusion, Monsieur Maitre, c'est, puisque nous faisons confiance aux cantons, allons jusqu'au bout, n'ayons aucune incitation matérielle en vue de pousser les cantons à créer des places dans des programmes d'occupation ou dans les programmes de formation.

Je crois que c'est aller un peu trop loin, parce que, bien sûr, tout le système ne marchera que si les cantons collaborent; bien sûr que l'esprit de la loi, c'est de faire confiance aux cantons. Les faits démontrent que les cantons collaborent. Malgré les critiques émises, la plupart d'entre eux sont disposés à appliquer cette loi. Mais de là à supprimer toute incitation matérielle pour les cantons, c'est suivre la pente de la facilité, qui risque de nous mettre parfois en difficulté: il peut arriver que tel ou tel canton, non par manque de bonne volonté, mais simplement parce qu'il n'y a pas pensé ou qu'il n'a peut-être pas voulu en se disant qu'il est plus simple de ne rien faire, ne réponde pas à l'attente qu'on est en droit d'avoir quant à sa participation. Il faut donc maintenir une participation des cantons, et ce d'autant plus, je le répète, que tout à l'heure nous avons déjà beaucoup allégé leurs charges, même par rapport à la situation actuelle, puisque les programmes d'occupation sont aujourd'hui plus à la charge des cantons qu'ils ne le sont dans le texte que nous avons voté il y a une heure ou deux.
Finalement, la discussion se situe entre 25 pour cent tel que le souhaite la commission, et 15 pour cent comme le souhaite M. Cavadini, ou 10 pour cent comme le souhaite M. Maitre. La proposition Cavadini Adriano me paraît devoir être écartée parce qu'elle met sur le même pied les cantons qui ont un fort taux de chômage ou un petit taux de chômage. Et, à la limite, ce sont ceux qui ont un faible taux de chômage, pour qui le chômage n'est pas un problème politique, qui pourraient être le plus tentés de dire: On ne va pas se compliquer la vie à mettre sur pied une organisation pour des programmes d'occupation, ne faisons rien et prenons une participation pour l'assurance de ces indemnités journalières compensatoires. Ce ne serait pas juste. Si l'on veut aller dans le sens de l'aide aux cantons, en toute équité, et qu'on abandonne le principe du 25 pour cent, il vaudrait mieux aller dans le sens de la proposition Maitre qui permet une meilleure adaptation en fonction de la situation particulière des cantons.
En ce qui me concerne, tout en comprenant les soucis des cantons qui ont un fort taux de chômage, je vous invite à maintenir le 25 pour cent que propose la commission. Il sera toujours temps pour le deuxième Conseil de corriger. Je ne crois pas que l'on puisse, d'heure en heure, alléger la charge des cantons et charger davantage la caisse et dire, à la fin de l'exercice, que nous avons voulu à la fois améliorer le système de fonctionnement de l'assurance-chômage et faire des économies. Nous ne sommes pas en train de prendre ce chemin cet après-midi, contrairement à la semaine passée où nous avons été assez stricts sur l'épargne en prenant des mesures qui allaient dans le bon sens. Cet après-midi, dès qu'il s'est agi des cantons, nous avons lâché beaucoup plus la bride, et par trop. Nous vous demandons de vous en tenir à 25 pour cent.
Malgré toute l'amitié que j'ai pour M. Cavadini, je crois que sa proposition devrait venir en troisième position si on devait les classer. Si vous pensez que la proposition Maitre, qui est un peu plus souple, est bonne, à vous de juger, mais n'oubliez pas que, à la fin de nos délibérations, nous serons aussi jugés sur notre capacité d'épargner et de ne pas remettre en difficulté la caisse d'assurance-chômage.
C'est pourquoi je vous invite à soutenir la proposition de la commission, soit 25 pour cent pour les indemnités journalières spécifiques compensatoires.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Sie haben drei Einzelanträge vor sich. Ich möchte sie wie folgt einstufen:
Am weitesten gehen – und zwar genau gleichlautend – der Hauptantrag Maitre und der Antrag Zisyadis. Mit diesen beiden Anträgen sollen die Kantone von jeglicher Beitragspflicht befreit werden. Weniger weit geht der Antrag Cavadini Adriano, der in den Absätzen 3 und 4 den Kantonsanteil ausnahmslos für alle Kantone auf 15 Prozent senken will. Der dritte Antrag, der am wenigsten weit geht, ist der Eventualantrag Maitre. Er liegt am nächsten bei der Kommission, indem er für den Ausnahmefall eine Möglichkeit schaffen will, den Kantonsanteil bis auf 10 Prozent zu senken.
Artikel 72a hat mit den Absätzen 3 und 4 eine zentrale Bedeutung in diesem Gesetz. Diese Bestimmungen sind für das System und für die Neukonzeption absolut notwendig. Es darf nämlich nicht so sein – das müssen wir unter allen Umständen verhindern –, dass das Auszahlen von Taggeldern günstiger ist als die Durchführung von Arbeitsmarktmassnahmen. Das ist das zentrale Anliegen. Dieser Artikel will keine Lastenverschiebung zu Lasten der Kantone. Dieser Artikel soll vielmehr ein Lenkungsinstrument sein, er soll verhindern, dass die Kantone den leichten Ausweg über die Auszahlung von Taggeldern wählen, anstatt Arbeitsmarktprogramme durchzuführen.
Wir hatten eine Aussprache mit den Volkswirtschaftsdirektoren, und ich habe ihnen die Frage gestellt, ob sie ein besseres Lenkungsinstrument haben; wie wir es einrichten könnten, dass nicht einfach 400 oder 500 Taggelder ausbezahlt werden, weil es günstiger ist, und dass nicht auf die Arbeitsmarktmassnahmen verzichtet wird. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir froh wären, wenn wir ein besseres Instrument fänden als dieses Lenkungsinstrument gemäss Artikel 72a Absätze 3 und 4. Die Volkswirtschaftsdirektoren haben uns kein anderes Lenkungsinstrument vorgeschlagen. Sie sagen einfach: Vertraut uns, wir machen es schon richtig. Wir haben letzte Woche beispielsweise die Schlechtwetterentschädigung behandelt, wo keine Belastung der Vollzugsorgane vorgesehen ist.
Es ist klar: Wenn wir die Vollzugsorgane finanziell überhaupt nicht mit in die Pflicht nehmen, dann ist die Missbrauchsgefahr zu gross. Wir müssen die Kantone mit einem kleinen Anreiz dazu bringen, mit den Mitteln der Arbeitslosenversicherung sparsam umzugehen. Das ist der Zweck dieses Artikels 72a.
Wir haben in der Kommission die Meinung vertreten, dass die 25 Prozent in Absatz 3 richtig sind. Der Ansatz muss so hoch gewählt werden, damit es nicht billiger wird, auf Beschäftigungsprogramme zu verzichten. Weil die Beschäftigungsprogramme auch etwas kosten, weil sie Personal beanspruchen, müssen wir den Satz bei 25 Prozent belassen.
Ich beantrage Ihnen daher, sowohl den Hauptantrag Maitre wie den Antrag Zisyadis, die beide gar nichts wollen, als auch den Antrag Cavadini Adriano, der auf 15 Prozent hinuntergehen will, abzulehnen.
Hingegen kann man darüber diskutieren, ob man für den Ausnahmefall in Absatz 4 dem Bundesrat die Möglichkeit einräumen soll, den Kostenanteil jener Kantone, die unter grosser Arbeitslosigkeit leiden, im Einzelfall – also dort, wo es wirklich notwendig ist – und auf Gesuch hin bis auf 10 Prozent zu senken. Einem solchen Antrag könnte ich zustimmen. Er lag der Kommission allerdings in dieser Form nicht vor.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: La commission vous propose donc une solution de participation des cantons à 25 pour cent de ces programmes d'emploi temporaire et confère au Conseil fédéral la possibilité d'abaisser cette proportion à 15 pour cent pour les cantons qui se trouvent dans une situation difficile. Cela me paraît être une échelle, assez bien comptée.
A l'autre extrémité des propositions, nous voyons, unis dans un oecuménisme inattendu, M. Maitre et M. Zisyadis qui, dans leur entente touchante, voudraient réduire à 0 pour cent la participation des cantons. Je suis de l'avis des rapporteurs que réduire à 0 pour cent la participation des cantons n'est pas du tout une affaire de confiance, dont M. Maitre pouvait craindre qu'elle fût trahie – ce qui n'est pas du tout le cas, il sait bien de quel bois nous nous chauffons –, mais, malgré tout, un manque d'incitation à soutenir ces programmes qui ne me paraît pas supportable. En effet, si les cantons jouent un rôle considérable dans l'application de la loi telle que la commission l'a conçue, plus considérable encore que dans le projet initial du Conseil fédéral et dans les décisions du Conseil des Etats, et que rien ne peut jouer sans leur concours ouvert et imaginatif, je pense qu'il est légitime aussi, sans trop charger le bateau, de les associer à une part de la responsabilité et de la charge financière. Par conséquent, pour cette première raison, il serait sage, à mes yeux, de ne suivre ni M. Maitre dans sa proposition principale, ni M. Zisyadis.
Reste maintenant une quatrième solution, celle que propose M. Cavadini Adriano, solution fort sympathique globalement à l'égard des cantons puisqu'il dit: 15 pour cent à la charge des cantons au lieu de 25 pour cent. Mais c'est un 15 pour cent fixe, qui a contre lui précisément sa fixité obsessionnelle. Je

veux dire que, quels que soient les cantons, quelle que soit leur situation financière et surtout quel que soit le nombre de chômeurs qu'ils comptent, ils seraient tous logés à la même enseigne des 15 pour cent. Cela ne correspond pas tellement à l'esprit légèrement redistributeur que nous essayons de trouver à l'intérieur de la Confédération. C'est pourquoi la proposition Cavadini Adriano ne me paraît pas devoir être retenue, elle ne tient pas compte des différences sensibles qui existent entre les cantons. Or – et je répète le raisonnement que j'ai tenu la semaine dernière et tout à l'heure encore devant vous –, un canton doté financièrement en dessous de la moyenne qui, de surcroît, connaît un nombre de chômeurs au-dessus de la moyenne, est véritablement un canton financièrement très lourdement assujetti si l'on ne trouve pas des règles, des barèmes, qui essaient de compenser au moins partiellement ces deux binômes exclusifs de la responsabilité financière et du nombre des chômeurs. C'est d'ailleurs dans ce sens que la commission a très intelligemment travaillé pour modifier quelques barèmes et pour éviter de ne prendre en compte que ces données, mais pouvoir au contraire les pondérer favorablement par rapport aux cantons les plus lourdement chargés.
Il reste dès lors la proposition subsidiaire Maitre. Je souhaite que sa proposition principale soit shootée dans les 16 mètres, afin que l'on puisse alors voir la proposition qu'il nous fait. En quoi diffère-t-elle de la proposition de la commission? Sur un point: comme la proposition de la commission, votre proposition subsidiaire, Monsieur Maitre, dit: 25 pour cent pour les cantons au départ, mais au lieu de pouvoir descendre à 15 pour cent pour les cantons les moins bien nantis, comme le propose la commission, vous faites encore un pas de plus en descendant à 10 pour cent. C'est dans cet esprit que la proposition subsidiaire Maitre est plus ouverte, plus large que la proposition de la commission.
Au total et au hit parade de mes préférences, chassez avec force la proposition principale Maitre et la proposition Zisyadis; shootez, avec énergie, mais moins d'acharnement, la proposition Cavadini Adriano; regardez avec attention la proposition de la commission et finissez par vous convaincre que, finalement, tout bien pesé, la proposition subsidiaire Maitre est légèrement meilleure que la proposition de la commission qui n'était pourtant pas mauvaise.
C'est dans cet esprit que nous pourrons faire ici, ce soir, un bon choix, choix que je limite finalement à la proposition de la majorité de la commission contre la proposition subsidiaire Maitre. Mais pour arriver à cette proposition éventuelle, il faut avoir shooté avec force hors du jeu la proposition principale Maitre. C'est le premier acte de salubrité que vous aurez fait dans ce match.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire
Für den Antrag der Kommission 105 Stimmen
Für den Antrag Cavadini Adriano 47 Stimmen

Definitiv – Définitivement
Für den Antrag der Kommission 116 Stimmen
Für den Antrag Maitre/Zisyadis 37 Stimmen

Abs. 4 – Al. 4

Präsidentin: Herr Cavadini Adriano hat seinen Streichungsantrag zurückgezogen.

Maitre Jean-Philippe (C, GE): La proposition principale que je faisais consistait à biffer les alinéas 3 et 4. Cette proposition a été rejetée en ce qui concerne l'alinéa 3, elle n'a donc plus de sens à l'alinéa 4.
On a fait ce qu'on pouvait, mais du côté de M. Delamuraz la défense était trop forte et on a tiré à côté du but. Je vous propose maintenant de reprendre la partie sur la base d'une proposition subsidiaire à l'alinéa 4 uniquement. Il s'agit de baisser de 10 pour cent la quote-part des cantons requérants, et là j'espère que nous mettrons un très grand nombre de goals.

Präsidentin: Herr Zisyadis hat seinen Antrag zurückgezogen.

Abstimmung – Vote
Für den Eventualantrag Maitre 114 Stimmen
Für den Antrag der Kommission 40 Stimmen

Art. 74
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Präsidentin: Für heute abend ist Ende der Sitzung um 20.00 Uhr traktandiert. Entsprechend dem Wunsch sehr vieler Ratsmitglieder beantrage ich Ihnen, dieses Geschäft heute abend zu Ende zu beraten.

Abstimmung – Vote
Für den Ordnungsantrag der Präsidentin 53 Stimmen
Dagegen 68 Stimmen

Art. 75
Antrag der Kommission
Abs. 1
Die Beiträge für die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten betragen 90 Prozent der anrechenbaren Kosten. Der Bundesrat kann die Beiträge in Ausnahmefällen bis auf 100 Prozent erhöhen. Er bestimmt die Einzelheiten, insbesondere die anrechenbaren Kosten. Zuständigkeit und Verfahren für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung richten sich nach Artikel 64.
Abs. 1bis
Der Bundesrat kann für die vorübergehende Beschäftigung im Rahmen von Berufspraktika Minimalvorschriften in bezug auf die finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber erlassen.
Abs. 2, 3
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Bonny
Abs. 1
.... betragen 95 Prozent der anrechenbaren Kosten. ....

Antrag Cavadini Adriano
Abs. 1
Die Beiträge für die Beschäftigung von Versicherten decken 100 Prozent der anrechenbaren Kosten. Der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten, insbesondere die anrechenbaren Kosten. ....

Art. 75
Proposition de la commission
Al. 1
La subvention allouée aux fins d'encourager l'emploi temporaire de chômeurs couvre 90 pour cent des coûts pouvant être pris en compte. Le Conseil fédéral peut, à titre exceptionnel, augmenter la subvention jusqu'à 100 pour cent. Il règle les détails; il détermine notamment les coûts à prendre en compte. La compétence et la procédure sont régis par l'article 64.
Al. 1bis
Le Conseil fédéral peut édicter des prescriptions minimales relatives à la participation financière de l'employeur aux emplois temporaires lorsque ceux-ci ont lieu sous forme de stages pratiques.
Al. 2, 3
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Bonny
Al. 1
.... couvre 95 pour cent des frais pouvant ....

Proposition Cavadini Adriano
Al. 1
La subvention allouée par l'assurance aux fins d'encourager l'emploi couvre 100 pour cent des frais pouvant être pris en compte. Le Conseil fédéral règle les détails; il détermine notamment les coûts à prendre en compte ....

Abs. 1 – Al. 1

Präsidentin: Herr Bonny hat seinen Antrag schon begründet.

Cavadini Adriano (R, TI): Même avec le petit sucre qu'on a donné aux cantons en votant la proposition Maitre, il reste toutefois des charges supplémentaires pour les cantons.
A l'article 75, il est juste d'augmenter le pourcentage prévu par la commission. En effet, si les cantons réalisent les programmes d'occupation temporaire qui avaient été prévus à l'article 72a qu'on vient de discuter, ils devront encore payer 10 pour cent des coûts et des dépenses occasionnés à ce sujet. Même dans le cas où les cantons ont fait leur devoir jusqu'au bout en réalisant un programme d'occupation temporaire pour tous les chômeurs qui vivent sur leur territoire, ils seront pénalisés par une participation de 10 pour cent aux frais de ces programmes d'occupation. Je trouve que là on est vraiment allés un peu loin, parce que d'un côté (art. 72a) on les pénalise sur la partie des programmes d'occupation qu'ils ne réalisent pas, et même s'ils ont réalisé les programmes d'occupation temporaire, on les pénalise de 10 pour cent du coût desdits programmes. J'ai présenté une proposition d'augmenter le pourcentage du remboursement des frais de ces programmes à 100 pour cent, parce que je suis convaincu que, si les cantons ont très bien fait leur travail, on ne peut pas encore leur demander de payer 10 pour cent du coût de ces programmes d'occupation temporaire.
Il ne faut pas oublier qu'on procède à une révision qui devrait faire diminuer les coûts de l'assurance-chômage, mais on doit aussi éviter de faire une révision qui se traduit par un transfert de charges aux cantons. Le rapporteur de langue française a dit qu'on a déjà fait une concession d'environ 100 millions de francs en acceptant la proposition Bonny articles 61a et 63, mais je précise que, d'après les renseignements actuels, le coût de cette révision, pour les cantons, risque de s'élever à environ 500 ou 600 millions de francs, même en tenant compte de la réduction de 100 millions de francs découlant de ladite concession.
C'est pour ces raisons que je vous invite à accepter ma proposition. Je le répète, il ne faut pas pénaliser les cantons qui ont fait leur devoir jusqu'au bout par le biais d'une participation aux frais de 10 pour cent.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Bei Artikel 75 geht es um die Frage der Kostenbeteiligung der Kantone an den Beschäftigungsprogrammen. Wie Sie den Anträgen entnehmen können, soll hier ein Bazar eröffnet werden. Bisher bezahlten die Kantone 15 Prozent.
Die Kommission beantragt, auf 10 Prozent zu gehen. Herr Bonny beantragt, noch tiefer anzusetzen: Die Kantone sollen nur 5 Prozent bezahlen, und Herr Cavadini Adriano geht «jusqu'au bout»: Die Kantone bezahlen nichts, also null Prozent.
Es ist aber absolut notwendig, die Kantone im Interesse einer sparsamen Durchführung dieser Beschäftigungsprogramme an den Kosten zu beteiligen. Wir müssen uns nichts vormachen: Wenn wir auf eine Kostenbeteiligung verzichten, wie das Herr Cavadini Adriano wünscht, besteht keinerlei Anreiz mehr, diese Programme kostengünstig – mit möglichst wenig Bürokratie – und effizient durchzuführen. Darum brauchen wir aus ökonomischen Lenkungsgründen – nicht um die Kantone zu bestrafen, wie immer wieder argumentiert wird – diese Kostenbeteiligung.
Man will hier mit Geld einen kleinen Anreiz schaffen: Wer selbst noch ein paar Franken zahlen muss – ob es jetzt 5 Prozent oder, wie die Kommission sagt, 10 Prozent sind, es sind immerhin einige Franken, die man bezahlen muss, wenn man Fehler macht, wenn man unnütz Dinge produziert – man achtet deshalb mehr auf die Kosten. Aus diesen Gründen ist eine Kostenbeteiligung der Kantone absolut notwendig.
Der Antrag Cavadini Adriano ist so oder so abzulehnen. Wir schlagen Ihnen eine Kostenbeteiligung von 10 Prozent vor, also 5 Prozent weniger als das, was die Kantone heute bezahlen müssen. Herr Bonny möchte noch weiter gehen, nämlich auf 5 Prozent. Nach Ansicht der Kommission sind 10 Prozent angemessen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Il s'agit à nouveau d'un problème de répartition des coûts entre les cantons et la caisse d'assurance-chômage.
Il faut rappeler où nous en sommes. Dans l'esprit de la commission, il y avait plusieurs étapes, avec des incitations matérielles à chaque étape. La première étape, c'est les indemnités normales entièrement payées par la caisse; la deuxième, c'est les programmes d'occupation financés à 90 pour cent par la caisse et à 10 pour cent par les cantons et, si on ne mettait pas sur pied des programmes d'occupation temporaire, il y avait une troisième incitation plus forte, les fameux 25 pour cent qui auraient dû être payés.
On a un peu bouleversé le système puisqu'on reste à l'indemnité normale payée à 100 pour cent par la caisse, mais on a réduit la participation des cantons en cas de défaillance ou d'incapacité à mettre sur pied des programmes à 10 pour cent au lieu de 25. Il pourrait dès lors y avoir une certaine logique maintenant à augmenter la participation de la caisse pour des programmes d'occupation temporaire de telle sorte que l'incitation demeure. Si on en reste strictement à 90 pour cent ici et à 90 pour cent pour les indemnités à verser si rien n'est fait, cela signifie que l'effet d'incitation n'existe plus. La logique serait alors d'augmenter, comme le propose M. Bonny, à 95 pour cent, voire à 100 pour cent comme le propose M. Cavadini Adriano. Mais attention, soyons souples, ne résolvons pas des problèmes différents avec une seule disposition légale.
La disposition qui vous est proposée prévoit, d'une manière ordinaire, 90 pour cent avec la possibilité pour le Conseil fédéral de porter cette participation à 100 pour cent. Cela lui permet donc de moduler, en fonction des circonstances, beaucoup mieux qu'avec la proposition Bonny, 95 pour cent, ou bien sûr qu'avec la proposition Cavadini Adriano, 100 pour cent.
Je crois que toute cette loi est une loi incitative dans laquelle on veut redonner aux acteurs de ce grand secteur plus d'autonomie et plus de capacité de prendre des initiatives. Ici, en fixant des taux plus élevés et définitifs, vous ne laissez pas au Conseil fédéral la possibilité d'utiliser cette arme pour inciter tel ou tel canton ou, au contraire, pour tenir compte de la situation particulière de tel ou tel canton qui serait vraiment dans l'incapacité de payer 10 pour cent et qui aurait besoin que l'on porte à 95 pour cent la participation de la caisse.
C'est donc moins un problème de fond qui me pousse à vous demander de vous en tenir à la proposition de la commission qu'un problème de forme: laissez au Conseil fédéral un petit jeu, une petite marge de manoeuvre, pour pouvoir en rester à 90 pour cent ou aller jusqu'à 95, voire 100 pour cent, en fonction des circonstances, ne rigidifiez pas le système. C'est probablement encore une fois un appel qui ne sera pas entendu, bien qu'il soit justifié.

Bonny Jean-Pierre (R, BE): Ich wollte an sich nicht mehr sprechen, aber ich muss doch auf einen Punkt aufmerksam machen, der in den Stellungnahmen der Kommissionsberichterstatter untergegangen ist.
Es ist nicht nur eine Frage der Höhe der Beiträge, sondern ganz entscheidend ist – ich habe Ihre Zustimmung zu meinen Anträgen bei den Artikeln 61a und 63 so aufgefasst –, dass wir für beide Instrumente, nämlich für die Umschulungsmassnahmen einerseits und die Beschäftigungsprogramme andererseits, die gleichen Ansätze haben, damit nicht aus finanzpolitischen Überlegungen – weil es dann für die Kantone weniger kostet – falsche Optionen gewählt werden.
Ich bitte Sie also, konsequent zu sein und bei Artikel 75 für meinen Antrag zu stimmen, weil er den gleichen Ansatz vor-

sieht, den Sie bereits bei den Artikeln 61a und 63 mit grossem Mehr beschlossen haben.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Du moment que vous avez voté tout à l'heure les propositions Bonny aux articles 61a et 63 qui parlent de 95 pour cent, il me paraît absolument justifié de voter la proposition Bonny, à l'article 75 alinéa 1er, que nous discutons maintenant: il y a parmi les avantages de la formule une égalité de traitement entre les programmes d'occupation temporaire et les autres programmes, qui me paraît justifier clairement la même proportion dans l'un et l'autre cas, si l'on veut éviter, en rompant cette symétrie, des grincements, des boitements et une moindre marche dans le système.
C'est la raison pour laquelle il me paraît dans la droite logique de ce que vous avez décidé tout à l'heure de voter ici la proposition Bonny.

Cavadini Adriano (R, TI): Vu que M. le conseiller fédéral se rallie à la proposition Bonny, qui fait un pas supplémentaire par rapport à celle de la commission, je retire ma proposition pour soutenir celle de M. Bonny.
J'espère que le Conseil des Etats reprendra encore une fois la question de la charge imposée aux cantons, parce que cela me paraît quand même très important et mérite un approfondissement.

Präsidentin: Der Antrag Cavadini Adriano ist zugunsten des Antrages Bonny zurückgezogen worden.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Bonny	92 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	30 Stimmen

Abs. 1bis, 2, 3 – Al. 1bis, 2, 3
Angenommen – Adopté

Art. 76
Antrag der Kommission
Abs. 1
....
d. die regionalen Arbeitsvermittlungszentren;
e. die tripartiten Kommissionen;
f. die AHV-Ausgleichskassen;
g. die Zentrale Ausgleichskasse der AHV;
h. (neu) die Arbeitgeber;
i. (neu) die Aufsichtskommission.

Art. 76
Proposition de la commission
Al. 1
....
d. les offices régionaux de placement;
e. les commissions tripartites;
f. les caisses de compensation de l'AVS;
g. la centrale de compensation de l'AVS;
h. (nouvelle) les employeurs;
i. (nouvelle) la commission de surveillance.

Angenommen – Adopté

Art. 82
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 83
Antrag der Kommission
Abs. 1
....
h. trifft Vorkehren zur Verhinderung ungerechtfertigter Bezüge und setzt dazu bei andauernder erheblicher Arbeitslosigkeit ausserordentliche Inspektoren ein.

Abs. 2
....
d. .... und für grössere Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (Art. 72 Abs. 1 und Art. 75 Abs. 1);

Art. 83
Proposition de la commission
Al. 1
....
h. prend des mesures pour empêcher le versement de prestations injustifiées et engage à cet effet des inspecteurs extraordinaires en cas de chômage prononcé et persistant.
Al. 2
....
d. .... et les programmes d'une certaine ampleur visant à encourager l'emploi temporaire (art. 72 al. 1er et art. 75 al. 1er);

Angenommen – Adopté

Art. 85
Antrag der Kommission
Abs. 1
....
a. beraten die Arbeitslosen und bemühen sich, ihnen Arbeit zu vermitteln, allenfalls in Zusammenarbeit mit paritätischen oder von Trägerorganisationen geführten Stellenvermittlungsinstitutionen oder mit privaten Stellenvermittlern; sie sorgen innerhalb des ersten Monats kontrollierter Arbeitslosigkeit für eine umfassende Abklärung der Wiedereingliederungsmöglichkeiten des Versicherten.
....
g. stellen den Versicherten in den in Artikel 30 Absätze 2 und 4 vorgesehenen Fällen in der Anspruchsberechtigung ein und entscheiden über Abzüge vom Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung (Art. 41 Abs. 5);
h. nehmen Stellung zu Gesuchen um Beiträge an arbeitsmarktliche Massnahmen (Art. 64 Abs. 1 und Art. 75 Abs. 1) und sorgen für ein ausreichendes Angebot an arbeitsmarktlichen Massnahmen;
i. .... 36 Absatz 4, 60 Absatz 2, ...
Abs. 2
Streichen

Antrag Epiney
Abs. 1
a. .... ; sie sorgen grundsätzlich innerhalb des ersten Monats
....

Art. 85
Proposition de la commission
Al. 1
....
a. conseillent les chômeurs et s'efforcent de les placer, le cas échéant avec la collaboration des institutions paritaires de placement, des institutions de placement gérées par les organisations fondatrices ou des services de placement privés; elles veillent à ce que les possibilités de réinsertion de chaque assuré soient clarifiées avec soin durant le premier mois de chômage contrôlé;
....
g. suspendent l'exercice du droit à l'indemnité dans les cas prévus à l'article 30 alinéas 2 et 4 et restreignent le droit à l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail (art. 41 al. 5);
h. se prononcent sur les demandes de subventions pour les mesures de marché du travail (art. 64 al. 1er et art. 75 al. 1er) et veillent à ce que l'offre de mesures de marché du travail soit suffisante.
i. .... articles 36 alinéa 4, 60 alinéa 2 ....
Al. 2
Biffer

Proposition Epiney
Al. 1
a. .... ; clarifiées avec soin en principe durant le premier mois de chômage contrôlé; ....

Abs. 1 – Al. 1

Epiney Simon (C, VS): Par définition, une disposition légale doit être applicable. Or, à écouter les gens du terrain, c'est-à-dire à écouter les gens qui sont confrontés quotidiennement aux problèmes des chômeurs, il résulte que cette disposition légale n'est pas sereinement applicable. En effet, l'expérience démontre qu'au début de leur chômage et en priorité, les chômeurs cherchent à résoudre leurs problèmes financiers, et que ce n'est qu'une fois qu'ils ont réglé leurs questions financières qu'il sont beaucoup plus disponibles et à l'écoute de solutions pour une réinsertion.
C'est pour cette raison que je propose de rajouter à la lettre a les mots «en principe». Cette adjonction permettra aux chômeurs qui sont en situation financière délicate de s'occuper d'abord de cette question financière, et ensuite seulement de se consacrer à trouver une solution à leur perte d'emploi. C'est donc une petite précision, mais qui, en pratique, a de l'importance, parce que le souci premier du chômeur, durant le premier mois, c'est de régler son problème financier, et ce n'est que dans une deuxième phase qu'il a le souci de sa réinsertion.

David Eugen (C, SG): Was Herr Epiney vorschlägt, ist eigentlich im Gesetz enthalten. Die Vorschrift – «.... sie sorgen innerhalb des ersten Monats kontrollierter Arbeitslosigkeit für eine umfassende Abklärung der Wiedereingliederungsmöglichkeiten ....» ist dem Sinngehalt nach eine Ordnungsvorschrift an die Amtsstellen: Sie sollen das innerhalb eines Monats machen, aber wenn sie es im Einzelfall nicht innert dieser Frist machen, dann ist auch keine Sanktion vorgesehen. Es handelt sich um eine Ordnungsvorschrift und daher ist es juristisch nicht notwendig, dass man noch hineinschreibt «en principe». Im Gegenteil: Dann geht man in den Amtsstellen davon aus, dass das im Prinzip so sei, dass aber die Fälle trotzdem noch hinausgeschoben werden können.
Um mit der Ordnungsvorschrift eine klare Vorgabe zu machen, sollten wir hier nicht die Abschwächung «grundsätzlich» einfügen.
Ich empfehle Ihnen, bei der Fassung der Kommission zu bleiben.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: La différence sémantique n'est pas considérable. Il me semble que le «en principe» est un peu permissif, un peu facultatif. A cet égard, l'argumentation développée par le président de la commission me paraît aller davantage dans le sens d'une incitation pour le chômeur à se «décarcasser».
Dans ce sens, la proposition de la commission me semble bonne et j'aurais tendance à m'y rallier, sans dire qu'au cas où vous suivriez celle de M. Epiney la catastrophe s'abattrait sur les populations.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 87 Stimmen
Für den Antrag Epiney 24 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2
Angenommen – Adopté

Art. 85a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 85b (neu)
Antrag der Kommission
Titel
Regionale Arbeitsvermittlungszentren
Wortlaut
Die Kantone richten regionale Arbeitsvermittlungszentren ein und übertragen ihnen Aufgaben der kantonalen Amtsstellen und der Gemeindearbeitsämter. Die Kantone melden der Ausgleichsstelle die dem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum übertragenen Aufgaben und Kompetenzen.

Antrag Loeb François
.... Gemeindearbeitsämter. Die Arbeitsvermittlungszentren können ihre Aufgabe unter Beizug von Privaten erfüllen. Die Kantone ....

Art. 85b (nouveau)
Proposition de la commission
Titre
Offices régionaux de placement
Texte
Les cantons mettent sur pied des offices régionaux de placement et leur confient des tâches de l'autorité cantonale et des offices communaux du travail. Les cantons annoncent à l'organe de compensation les tâches et compétences attribuées à l'office régional de placement.

Proposition Loeb François
.... des offices communaux du travail. Les centres de placement peuvent remplir leur tâche avec l'aide d'offices privés. Les cantons annoncent ....

Titel – Titre
Angenommen – Adopté

Wortlaut – Texte

Loeb François (R, BE): In Artikel 85b geht es mir um folgendes: Wenn wir diese Arbeitsvermittlungszentren einrichten, sollten dort auch Private beigezogen werden können. Auch kleinere Kantone und kleinere Regionen werden solche Arbeitsvermittlungszentren errichten. Bei meinem Antrag geht es darum, dass alle Kräfte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beigezogen werden, dass alle dazu beitragen, die dazu beitragen können.
Ich mache darauf aufmerksam, dass ich eine Kann-Formulierung gewählt habe. Was heisst das? Die Kantone sind frei, diesen Weg zu wählen, wenn sie dies tun wollen. Falls sie bestimmte Aufgaben Privaten übertragen möchten, haben sie – wenn Sie meinen Antrag annehmen – diese Möglichkeit.
Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen, weil er in die Richtung von flexiblen Lösungen, vor allem für kleinere Arbeitsvermittlungszentren, geht.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Herr Loeb rennt offene Türen ein. Sein Antrag geht in die richtige Richtung; wir haben sein Anliegen in der Kommission aber bereits in Artikel 85 Absatz 1 Buchstabe a aufgenommen. Danach soll in den Arbeitsvermittlungszentren mit privaten Stellenvermittlern zusammengearbeitet werden können. Der Aufgabenkatalog ist in Artikel 85 geregelt, und weniger in Artikel 85b.
Ich bitte Sie daher, beim Antrag der Kommission zu bleiben; nicht weil der Antrag Loeb nicht richtig wäre, sondern weil sein Anliegen bereits im Aufgabenkatalog in Artikel 85 geregelt ist.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: A l'article 85 alinéa 1er lettre a, il y a déjà quelque chose qui va dans le sens des préoccupations contenues dans la proposition Loeb François, et ça paraît évident que l'article 85b soit subsumé sous ce qui est prévu à l'article 85 alinéa 1er lettre a. Par conséquent, si vous acceptez la précision apportée par la proposition Loeb François, vous rajoutez quelques mots, mais vous ne changez rien à l'esprit de cette disposition. De toute façon, le recours à des services de placement privés est possible.
La question qu'on se pose toujours dans ce genre d'adjonction, c'est: que se passe-t-il si on oublie de faire l'adjonction à un autre endroit où elle pourrait aussi être utile ou inutile? Est-ce que ça signifie que le législateur, là où il n'a pas repris cette adjonction, ne veut pas qu'elle y figure?
C'est la raison pour laquelle c'est plus simple de ne l'avoir qu'une fois: dans la disposition la plus générale.

Loeb François (R, BE): Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es mir nicht darum geht, genau das gleiche Ziel zu verfolgen, das in Artikel 85 stimuliert wird, nämlich nur die Stellenvermittlung Privaten übertragen zu können. Mir geht es um die Möglichkeit, hier weitere Aufgaben einzuschliessen – z. B. die Berufsberatung usw. –, bei denen regionale Zentren Private beiziehen könnten.
Ich bitte Sie, meinem Antrag im Interesse der Flexibilität und der kleinen Kantone zuzustimmen.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag Loeb François 56 Stimmen
Für den Antrag der Kommission 47 Stimmen

Art. 85c (neu)
Antrag der Kommission
Titel
Tripartite Kommissionen
Abs. 1
Die tripartiten Kommissionen beraten die regionalen Arbeitsvermittlungszentren bei ihren Aktivitäten und erteilen die Zustimmung nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe h. Die Kantone setzen pro regionales Arbeitsvermittlungszentrum eine tripartite Kommission ein, die sich jeweils aus gleich vielen Vertretern von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und der Arbeitsmarktbehörde zusammensetzt.
Abs. 2
Die tripartiten Kommissionen haben das Recht, über die Tätigkeiten in den regionalen Arbeitsvermittlungszentren informiert zu werden.
Abs. 3
Die Kantone können den tripartiten Kommissionen im Einverständnis mit den Sozialpartnern Aufgaben gemäss Artikel 85 übertragen.

Antrag Epiney
Abs. 1
.... zusammengesetzt. Ein Vertreter der öffentlichen Kasse ist Mitglied der tripartiten Kommission mit beratender Stimme.

Art. 85c (nouveau)
Proposition de la commission
Titre
Commissions tripartites
Al. 1
Les commissions tripartites conseillent les centres régionaux de placement dans leurs activités et donnent leur approbation conformément à l'article 16 alinéa 2 lettre h. Les cantons instituent une commission tripartite par office régional de placement; elle se compose d'un nombre égal de représentants des employeurs, des travailleurs et de l'autorité du marché de l'emploi.
Al. 2
Les commissions tripartites ont le droit d'être informées sur les activités des offices régionaux de placement.
Al. 3
Les cantons peuvent, avec l'accord des partenaires sociaux, confier aux commissions tripartites des tâches conformément à l'article 85.

Proposition Epiney
Al. 1
.... emploi. Un représentant de la caisse publique fait partie de la commission tripartite avec voix consultative.

Abs. 1 – Al. 1

Epiney Simon (C, VS): Les caisses publiques traitent aujourd'hui environ 60 pour cent des dossiers du chômage complet en Suisse, et elles sont à cet article étrangement mises à l'écart, contrairement aux caisses syndicales ou aux caisses privées.
Or, pour résorber activement le chômage, et c'est un des buts essentiels de la loi, nous avons besoin du concours, notamment, des caisses publiques. Ces dernières disposent en effet aujourd'hui d'un personnel qualifié, rompu aux finesses de l'assurance-chômage, et elles bénéficient de structures de fonctionnement extrêmement bien rodées. Il serait dès lors contraire aux principes de rationalisation, d'économie de frais, voire d'accélération de procédure, de se priver précisément de l'avis des caisses publiques qui doivent conserver leur place dans le nouvel organigramme.
Faut-il rappeler à cet égard que les caisses de chômage ont pour tâche, notamment, de déterminer le droit aux prestations, et qu'à ce titre elles constituent un dossier, procèdent à une instruction approfondie qui doit servir aux offices régionaux de placement ainsi qu'aux commissions tripartites? Je pense dès lors qu'il est indispensable qu'elles aient au minimum voix consultative au niveau des commissions tripartites.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich glaube, diesem Antrag kann man durchaus zustimmen. Die Kassen sind so in die regionalen Zentren eingebunden und können ihre Meinung beratend einbringen.
Ich empfehle Ihnen, diesem Antrag zuzustimmen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: M. Epiney soulève un problème réel qui est celui de l'absence de la mention des caisses publiques de chômage qui sont un élément important du système. Il n'y a pas lieu de s'opposer fondamentalement à sa proposition, sinon sous l'angle de ce que relevait précédemment M. Gros Jean-Michel.
Ainsi, on aura à l'avenir une commission tripartite composée de quatre partenaires, ce qui, du point de vue de la logique, est une petite faiblesse, mais du point du fonctionnement peut aussi aller.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Oui, Monsieur Epiney, c'est une grande première dans la géométrie variable. Je ne m'oppose pas à votre proposition.

Angenommen gemäss Antrag Epiney
Adopté selon la proposition Epiney

Titel, Abs. 2, 3 – Titre, al. 2, 3
Angenommen – Adopté

Art. 88
Antrag der Kommission
Abs. 1
....
c. erfüllen die sie betreffenden Vorschriften über die Kurzarbeits- und Insolvenzentschädigung;

Art. 88
Proposition de la commission
Al. 1
....
c. .... en cas de réduction de l'horaire de travail et d'insolvabilité qui les concernent.

Angenommen – Adopté

Art. 89
Antrag der Kommission
Abs. 4
.... sowie über grössere Beschäftigungsprogramme (Art. 72 Abs. 1 und Art. 75 Abs. 1) und ist befugt, ...

Art. 89
Proposition de la commission
Al. 4
.... ainsi que sur les programmes d'occupation d'une certaine envergure (art. 72 al. 1er et art. 75 al. 1er); au surplus ....

Angenommen – Adopté

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 20.00 Uhr
La séance est levée à 20 h 00

Dreizehnte Sitzung – Treizième séance

Mittwoch, 5. Oktober 1994, Vormittag
Mercredi 5 octobre 1994, matin

08.40 h

Vorsitz – Présidence: Frey Claude (R, NE)

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1647 hiervor – Voir page 1647 ci-devant

Art. 90
Antrag der Kommission
Mehrheit
Abs. 2
Bei ausserordentlichen Verhältnissen gewähren Bund und Kantone zu gleichen Teilen nichtrückzahlbare Beiträge von insgesamt höchstens 10 Prozent der laufenden Verpflichtungen der Versicherung.
Abs. 3
Ausserordentliche Verhältnisse liegen vor, wenn der Beitragssatz 2 Prozent beträgt und die Beiträge mit den Reserven des Ausgleichsfonds nicht ausreichen, um die laufenden Verpflichtungen zu erfüllen oder der Ausgleichsfonds Schulden aufweist. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.
Abs. 4
Der Bundesrat setzt die Anteile der Kantone in einem Verteilungsschlüssel fest; er berücksichtigt dabei die Finanzkraft und die Zahl der Einwohner der Kantone.
Abs. 5
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 6
Streichen

Minderheit I
(Nebiker, Blocher, Dreher, Fischer-Sursee, Kühne, Mauch Rolf, Schwab, Stucky)
Abs. 4
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit II
(Matthey, Bodenmann, Gros Jean-Michel, Hämmerle, Perey, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet)
Abs. 2–5
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 6
.... die Finanzkraft und die Zahl der Einwohner der Kantone.

Art. 90
Proposition de la commission
Majorité
Al. 2
Dans des circonstances exceptionnelles, la Confédération et les cantons accordent à parts égales des montants non remboursables s'élevant ensemble à 10 pour cent au maximum des obligations courantes de l'assurance.
Al. 3
Il y a circonstances exceptionnelles lorsque le taux de cotisation atteint 2 pour cent et que les cotisations additionnées aux réserves du fonds de compensation sont insuffisantes pour faire face aux obligations courantes ou lorsque le fonds de compensation est endetté. Le Conseil fédéral règle les détails.
Al. 4
Le Conseil fédéral fixe les parts cantonales selon une clé de répartition en tenant compte de la capacité financière et du nombre d'habitants des cantons.
Al. 5
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 6
Biffer

Minorité I
(Nebiker, Blocher, Dreher, Fischer-Sursee, Kühne, Mauch Rolf, Schwab, Stucky)
Al. 4
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité II
(Matthey, Bodenmann, Gros Jean-Michel, Hämmerle, Perey, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet)
Al. 2–5
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 6
.... de la capacité financière et du nombre d'habitants des cantons.

Nebiker Hans-Rudolf (V, BL), Sprecher der Minderheit I: Die Arbeit geht uns bekanntlich wegen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes nicht aus.
Beim Antrag der Minderheit I zu Artikel 90 geht es um die Berechnung der Kantonsanteile: um die Anteile, die die Kantone an das Defizit der Arbeitslosenversicherung zu bezahlen haben.
Bei Absatz 4 von Artikel 90 stehen sich die Minderheit I und die Mehrheit der Kommission gegenüber. Es ist unbestritten, dass die Kantonsanteile auf die Finanzkraft der Kantone ausgerichtet werden müssen.
Es gibt noch ein zweites Kriterium: Muss die Zahl der Einwohner berücksichtigt werden, oder soll, mit einer differenzierteren Lösung, der Grad der Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden? Die Kommissionsmehrheit schlägt Ihnen vor, die Einwohnerzahl als zweites Kriterium zu berücksichtigen, die Minderheit I ist differenzierter: Sie will neben der Finanzkraft das Ausmass der Arbeitslosigkeit berücksichtigen.
Der Antrag der Minderheit I entspricht auch dem ursprünglichen Antrag des Bundesrates. Er entspricht der bisherigen Praxis bei der Ausrichtung von Darlehen an die Kantone, und er entspricht dem Antrag der Subkommission. Mit dem Antrag der Minderheit I, mit der Berücksichtigung des Grades der Arbeitslosigkeit, will man die Eigenverantwortung der Kantone fördern; denn die Kantone haben selbst auch die Möglichkeit, durch eigene Massnahmen den Grad der Arbeitslosigkeit zu beeinflussen. Solche eigenen Massnahmen sind z. B. Steuerpolitik, Schaffen von günstigen Bedingungen für die Wirtschaft, aktives Schaffen von Arbeitsplätzen, z. B. durch Wirtschaftsförderungsmassnahmen, ein entsprechendes Baugesetz, eine zielgerichtete Ausbildung in den Kantonen, Beschäftigungsprogramme, Erleichterung bei der Wiedereingliederung. Das alles sind Massnahmen, die die Kantone autonom ergreifen können.
Es wäre nicht richtig, dass die Kantone durch eine sehr pauschale, nach der Zahl der Einwohner abgestufte Beitragsleistung bestraft würden, wenn in der Folge solcher Massnahmen die Arbeitslosigkeit sinkt. Es wäre ein falsches Zeichen, wenn man Kantone honorieren würde, die selbst wenig dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit tief zu halten.
Die Verteilungsschlüssel wirken sich in der Praxis ungefähr wie folgt aus: Kantone mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit werden nach beiden Methoden etwa gleich stark belastet. Kantone mit einer höheren Arbeitslosigkeit – also beispielsweise der Kanton Genf – müssten nach der Minderheit I

mehr bezahlen. Gemäss Vorschlag der Kommissionsmehrheit, also Berechnung nach Einwohnerzahl, müsste der Kanton Genf etwa 60 Franken pro Einwohner bezahlen, nach der Minderheit I etwa 90 Franken pro Einwohner. Der Kanton Genf würde also stärker belastet.
Umgekehrt müsste der Kanton Uri, mit einer tiefen Arbeitslosigkeit und einer schwachen Finanzkraft, nach dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit etwa dreimal soviel bezahlen wie nach dem Antrag der Minderheit I. Sie sehen, diese Differenzierung bei der Bemessung der Kantonsanteile macht recht viel aus.
Die Minderheit I möchte – entsprechend dem Entwurf des Bundesrates – die Kantone begünstigen, die tatsächlich selbst etwas tun, um die Arbeitslosigkeit möglichst niedrig zu halten. Dieser Antrag ist um so eher tragbar, als Sie ja die Kantone bei den aktiven Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, also bei den Beschäftigungsprogrammen und bei den Ausbildungsprogrammen, entlastet haben. Diese Beiträge richten sich nach der Zahl der Arbeitslosen. Dort ist der höhere Grad der Arbeitslosigkeit also schon berücksichtigt. Hier, bei den pauschalen Beiträgen, sollte man nach Meinung der Minderheit I nicht falsche Zeichen setzen, sondern den Grad der Arbeitslosigkeit berücksichtigen und die Kantone honorieren, die selbst dafür sorgen, dass die Arbeitslosigkeit nicht zu gross ist.
Ich beantrage Ihnen, der Minderheit I zuzustimmen.

Matthey Francis (S, NE), porte-parole de la minorité II: L'article 90, selon la proposition de la majorité de la commission, va consacrer, si vous l'acceptez, la participation des cantons à une hauteur de 5 pour cent des déficits de l'assurance-chômage.
Le débat que nous avons eu lundi a largement démontré, et le chef du Département fédéral de l'économie publique l'a dit dans sa déclaration d'entrée en matière, que la nouvelle conception de l'assurance-chômage allait créer des problèmes aux cantons, d'une part dans leurs engagements, dans l'organisation même de cette nouvelle assurance-chômage, mais d'autre part dans leur participation financière qui sera beaucoup plus lourde: on parle aujourd'hui de plus de 500 millions de francs, même si quelques améliorations ont été apportées au cours de nos débats.
Les cantons doivent faire l'effort de participer à la lutte contre le chômage, ils doivent faire l'effort de réinsertion professionnelle des chômeurs. Ils ont là des responsabilités, je dirais même que c'est leur devoir. Mais la constitution prévoit, à l'article 34novies alinéa 4, que les cantons et la Confédération n'interviennent que dans des circonstances exceptionnelles. Or, dans la loi actuelle déjà, aggravée par la loi que nous allons voter, les cantons interviennent non plus seulement dans des circonstances exceptionnelles, mais ils interviennent, à raison d'un certain pourcentage, sur la politique constante, permanente de l'assurance-chômage. Soit on n'intervient que dans des circonstances exceptionnelles, soit on intervient de façon permanente, comme cela est prévu aujourd'hui; on ne peut pas faire les deux.
Rappelons que la constitution prévoit que l'assurance-chômage est d'abord financée par les cotisations des assurés. Que propose la majorité de la commission à l'article 90? C'est que l'intervention exceptionnelle se fait à partir d'un taux de cotisation de 2 pour cent, c'est-à-dire qu'on commence à privilégier le taux de cotisation par rapport au financement. Ce à quoi nous allons assister, c'est à une fiscalisation de l'assurance-chômage, au niveau des cantons, par l'impôt cantonal direct.
Il faut savoir que, pour 300 millions de francs de prise en charge de ce déficit, la part d'un canton comme Zurich représente 70 millions de francs; pour Berne, 36 millions de francs environ; pour Lucerne, 12 millions de francs; pour Saint-Gall, environ 15 millions de francs; pour Vaud, 25 millions de francs; pour Genève, 23 à 30 millions de francs, selon la clé de répartition. Ces sommes viendront s'ajouter demain au déficit des comptes de fonctionnement des cantons, parce qu'ils seront obligés de faire ces avances à fonds perdu et non plus, comme actuellement, selon des prêts à l'assurance-chômage.
J'aimerais qu'on ne confonde pas l'assurance-chômage avec la Confédération. Nous ne sommes pas ici en train de plaider pour les cantons contre la Confédération, mais nous plaidons pour que la prise en charge essentielle des coûts de l'assurance-chômage se fasse par la caisse de chômage et par les cotisations des assurés, et non pas à travers l'intervention des cantons. Ces derniers ne seront pas seulement chargés par les coûts de l'assurance-chômage ordinaire – si je peux l'appeler ainsi –, mais aussi par l'assistance publique.
En effet, étant donné que nous ne voulons pas renouveler les délais-cadres d'intervention de l'assurance-chômage, les cantons devront intervenir beaucoup plus souvent par l'assistance publique puisqu'on estime qu'un tiers des chômeurs de longue durée qui ne se voient plus reconduits dans leurs droits tomberont à l'assistance publique. Donc, ne confondons pas et ne faisons pas l'abus de langage de confondre la Confédération avec le fonds de compensation de l'assurance-chômage, comme il ne faut pas confondre les prêts, qui faisaient, hélas, l'objet de l'intervention actuelle des cantons, avec les versements à fonds perdu.
Nous sommes persuadés que cet article est peut-être l'article essentiel en ce qui concerne la participation des cantons et l'action qu'ils auront à mener. On l'a dit, les cantons doivent participer à la mise en oeuvre de l'ensemble de cette politique, mais je vous en prie, ne faites pas des cantons, actuellement, ceux qui seront les supports essentiels de l'application de cette loi. Ils le seront sur le plan de l'organisation, mais n'en faites pas ceux qui doivent, en priorité, l'assumer. La Confédération, elle, n'intervient qu'à travers les prestations exceptionnelles, 5 pour cent, mais pas pour le subventionnement des cours ni pour le subventionnement des emplois temporaires. Ne doublez pas les charges des cantons, nous vous en prions, sinon, disons-le – et ce n'est pas du chantage –, c'est à travers la fiscalité cantonale que nous devrons assumer les charges que l'assurance-chômage n'aura pas voulu assumer par les cotisations.

Deiss Joseph (C, FR): Au nom du groupe démocrate-chrétien, j'apporte le soutien à la proposition de la majorité de la commission sur les deux points en discussion.
On pourrait s'attendre à ce que je préfère instinctivement, en tant que Romand, la solution la moins coûteuse pour les cantons, à savoir la proposition de la minorité II (Matthey). Mais ce serait fermer les yeux et refuser toute responsabilité de la part des cantons, car, si l'on suivait la proposition de la minorité II, des cantons seraient, à la limite, mieux lotis après cette révision.
Si je prends la liste établie par l'administration sur les coûts engendrés pour les cantons, je constate qu'il y avait 115 millions de francs pour les mesures actives de marché du travail, 280 millions de francs, à peu près, à fonds perdu – c'est la question discutée ici – et 75 millions de francs pour les assurés qui tomberaient plus rapidement à charge de l'aide sociale communale et cantonale.
Qu'avons-nous fait jusqu'à présent? Tout d'abord, par l'acceptation de la proposition Bonny aux articles 61a et 63, nous avons amélioré la situation des cantons de plus de 100 millions de francs. Donc, les charges devisées au niveau des mesures de marché du travail sont éliminées. Par l'acceptation de la proposition Maitre à l'article 72a, nous avons encore amélioré la situation des cantons pour un montant que je ne connais pas, puisqu'il n'a pas pu être chiffré à l'avance. Ensuite, il faut ajouter que, grâce à l'augmentation du taux de cotisation de 1 pour cent, les cantons, comme la Confédération, se verront rembourser, d'ici l'an 2000 ou 2002, l'entier de la dette et des intérêts accumulés, de l'ordre de 10 milliards de francs, à la fin 1995. Compte tenu de cet élément-là, il est possible de dire que, si vous biffez encore les 280 millions de francs que les cantons devraient apporter à fonds perdu, leur situation – et ce serait tout de même un comble – serait améliorée à la fin de cette révision.
C'est précisément là que réside le danger, puisque l'un des arguments invoqués par les partenaires sociaux pour entrer dans ce compromis et, notamment, pour accepter le pour cent supplémentaire de la cotisation, était de demander que les

pouvoirs publics, Confédération et cantons, remplissent le mandat, qui d'ailleurs est constitutionnellement fixé, de participer, dans des circonstances exceptionnelles, par le biais de prestations, au financement de l'assurance-chômage.
Le groupe démocrate-chrétien estime que, déjà au moment où la commission a présenté sa proposition, mais à plus forte raison après certaines modifications apportées par notre Conseil, la solution proposée par la majorité de la commission pour les cantons est équitable, même si elle est dure puisqu'elle demande un effort.
Pour ce qui est de la proposition de la minorité I (Nebiker), le groupe démocrate-chrétien suivra la proposition de la majorité de la commission, en estimant que ce serait une erreur, que ce soit pour les prêts ou pour la participation au déficit, de grever les cantons les plus durement touchés par le chômage, en proportion de ce chômage. Il est tout à fait normal, à notre sens, que l'on fasse intervenir une autre clé de répartition, celle de la population, en tenant bien sûr compte de la capacité financière, pour exprimer par là une certaine solidarité confédérale.

Gros Jean-Michel (L, GE): A l'article 90, le groupe libéral soutiendra la minorité II (Matthey), donc le concept de financement du Conseil des Etats.
Dans son plaidoyer très convaincant, M. Matthey a démontré très clairement pourquoi il est impossible, voire indécent, de demander aux cantons une si gigantesque participation financière à l'assurance-chômage, et ce, par le biais de contributions à fonds perdu: 300 millions de francs à fonds perdu par année, ça ne se trouve pas par miracle! Au moment où la grande majorité des cantons se débattent dans d'énormes difficultés financières, et plus particulièrement les cantons qui connaissent un fort taux de chômage, leur demander un tel effort revient à paralyser les plans d'assainissement de leurs finances.
La démarche est différente avec la décision du Conseil des Etats, qui réserve les contributions à fonds perdu à la Confédération et qui envisage la participation des cantons sous forme de prêts. Cette formule, qui existe déjà, permet aux cantons d'inscrire les sommes ainsi prêtées dans les rubriques du bilan. A l'inverse, un versement à fonds perdu devrait figurer dans le budget de fonctionnement, mettant en péril les plans financiers visant, à terme, à rétablir l'équilibre budgétaire. Et il ne s'agit pas de petites sommes! Selon la variante et les critères de fixation des parts cantonales, c'est 22 à 34 millions de francs pour Genève, 70 à 74 millions de francs pour Zurich et 25 à 38 millions de francs pour le canton de Vaud qui devront être trouvés chaque année. Ce n'est absolument pas pensable dans la situation actuelle.
L'assurance-chômage est avant tout affaire de la Confédération. C'est notre Parlement qui élabore la loi, qui en fixe les modalités d'application, qui détermine le montant des indemnités et la durée de leur versement. En vertu du sacro-saint principe «Qui commande, paie!», c'est aussi à la Confédération d'assumer le financement de ces mesures. Certes, la constitution prévoit, à l'article 34novies alinéa 4, que «la Confédération et les cantons allouent des prestations financières dans des circonstances exceptionnelles». Si nous sommes d'accord de considérer la situation actuelle sur le front du chômage comme exceptionnelle, nous pensons que la participation financière des cantons est d'ores et déjà garantie par la loi et, plus particulièrement, à l'article 72a, où les cantons devront assumer respectivement 25 pour cent et 10 pour cent du coût des indemnités journalières versées aux chômeurs lorsqu'ils n'auront pas de programme d'occupation à leur proposer. Le financement par les cantons est également implicitement prévu à l'article 13 alinéa 2quater où, par le fait que les programmes d'occupation ne compteront plus comme périodes de cotisation, les services d'assistance cantonaux ou communaux prendront en charge davantage de chômeurs de longue durée.
Nous espérons évidemment qu'à terme, grâce au nouveau concept proposé par la commission, les charges cantonales et fédérales seront allégées, mais pour l'instant, charger les cantons de 300 millions de francs supplémentaires par des contributions à fonds perdu nous paraît irréaliste. Il s'agit ici d'un simple transfert de charges, sans le transfert simultané des compétences.
Le groupe libéral vous demande de vous en tenir au principe des prêts accordés à parts égales par la Confédération et par les cantons.
La minorité II vous demande aussi de vous préoccuper de la clé de répartition des parts cantonales.
Le Conseil fédéral et la minorité I (Nebiker) vous proposent de tenir compte, outre de la capacité financière des cantons, de l'importance du chômage sur leur territoire. Ce dernier critère est inacceptable pour les libéraux, puisqu'il s'agit d'une sorte de punition infligée aux cantons qui souffrent le plus du chômage; inacceptable, car tout à fait contraire à l'idée que nous nous faisons de la solidarité confédérale. C'est un peu comme si, dans le cadre de la péréquation, les cantons alpins devaient financer davantage l'aide aux régions de montagne que les cantons de plaine. Les cantons qui comptent beaucoup de chômeurs sont déjà ceux qui consacrent la plus grande part de leur budget à résoudre ce problème, soit dans l'occupation temporaire, soit en frais d'assistance. Les pénaliser davantage échappe donc à toute logique. Le critère du nombre d'habitants est, à cet égard, beaucoup plus juste. La minorité II (Matthey) vous demande de tenir compte de ce critère, même si vous choisissez de limiter à des prêts la participation financière des cantons. Le groupe libéral souscrit à cette solution.
Enfin, sur un plan plus pratique et pour accélérer la navette entre les deux Chambres, il convient de se souvenir que le Conseil des Etats a supprimé les contributions à fonds perdu des cantons par 36 voix sans opposition.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich möchte Ihnen zuerst noch einmal in Erinnerung rufen, auf welchen Grundregeln die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung basiert. Es sind im wesentlichen vier Pfeiler, die die Arbeitslosenversicherung tragen:
1. Der ordentliche Beitragssatz von 2 Prozent. Diesen Beitragssatz haben Sie bereits beschlossen.
2. Der Zuschlag zum ordentlichen Beitragssatz von 1 Prozent zur Tilgung der Altschulden. Auch diesen Zuschlag haben Sie bereits beschlossen.
3. Sie haben beschlossen, dass die Einkommen über 97 200 Franken 1 Prozent zusätzlich leisten, und zwar ebenfalls zur Tilgung der aufgelaufenen Schulden.
4. Bei Artikel 90 – da stehen wir heute – geht es um den Beitrag der öffentlichen Hand an die Arbeitslosenversicherungskasse. Die Sozialpartner – Arbeitgeber und Arbeitnehmer – tragen 90 Prozent, und die öffentliche Hand soll 10 Prozent der Lasten der Arbeitslosigkeit tragen. Warum?
Die Zuweisung von 10 Prozent der Lasten an die Öffentlichkeit liegt darin begründet, dass die Arbeitslosigkeit nicht nur ein Problem der Sozialpartner, sondern auch ein gesellschaftliches Problem ist und dass der Staat daher einen Teil, wenn auch einen geringen, dieser Last mittragen muss – nicht generell und nicht in allen Fällen, sondern, wie es die Mehrheit beantragt, nur «bei ausserordentlichen Verhältnissen».
Ausserordentliche Verhältnisse liegen nach unserem Antrag zu Artikel 90 Absatz 3 dann vor, wenn die laufenden Einnahmen, d. h. 2 Lohnprozente, die laufenden Ausgaben nicht decken oder wenn der Ausgleichsfonds noch Schulden hat. Wenn eine dieser beiden Bedingungen gegeben ist, soll die öffentliche Hand ihren Beitrag leisten.
Die Minderheit II (Matthey) will mit ihrem Antrag den Beitrag der öffentlichen Hand um 5 Prozent absenken und 95 Prozent der Arbeitslosenversicherung anlasten. Ich muss Ihnen sagen: Wenn wir das machen, was uns die Minderheit II (Matthey) beantragt, ist die Arbeitslosenversicherung nicht finanziert. Wir fahren einfach mit der alten Schuldenwirtschaft fort, die wir jetzt eigentlich beseitigen möchten.
Es ist nicht seriös, wenn Sie hingehen und sagen: Wir streichen jetzt kurzerhand 5 Prozent. Nachher haben Sie eine Lücke, die Sie wieder mit Darlehen füllen müssen, die im Jahr 2000 eine Grössenordnung zwischen 3 und 4 Milliarden Franken erreichen könnten. Wir würden vor der genau gleichen Situation stehen, wie sie sich uns heute darbietet. Davon rate ich Ihnen dringend ab.

Wenn wir nicht diesen Beitrag der öffentlichen Hand von 10 Prozent beschliessen, müssen Sie den Beitragssatz der Sozialpartner erhöhen. Das ist die einzige Konsequenz; das muss ich Herrn Matthey sagen. Dann muss er hier einen Antrag stellen, dass der Beitragssatz auf 3,5 Prozent erhöht wird bzw. 2,5 Prozent normal und 1 Prozent Zuschlag. Das wäre ein konsequenter Antrag.
Ich verstehe aber auch die Finanzdirektoren nicht, die erneut eine hohe Verschuldung der Arbeitslosenversicherungskasse in Kauf nehmen wollen. Dann stehen wir im Jahre 2000 wieder vor der gleichen Situation wie heute. So geht das nicht.
Ich empfehle Ihnen daher dringend, beim Antrag der Mehrheit zu bleiben, der einen Beitrag der öffentlichen Hand von 10 Prozent an die Lasten der Arbeitslosenversicherung vorsieht.
Die Minderheit II (Matthey) beantragt ferner, die Kantone ganz aus dieser Verpflichtung für eine Beitragsleistung zu entlassen. Dagegen sprechen nach der Kommissionsmehrheit folgende Argumente:
1. Die Verfassung ist klar. Artikel 34novies Absatz 4 dritter Satz der Bundesverfassung bestimmt: «Der Bund und die Kantone erbringen bei ausserordentlichen Verhältnissen finanzielle Leistungen.» Wir müssen uns also, wenn wir den öffentlichen Beitrag festlegen, an den Verfassungsrahmen halten. Die Verfassung verpflichtet beide Ebenen des Staates, nämlich Bund und Kantone, zu einem Beitrag.
2. Dieser Punkt ist in meinen Augen der wichtigste: Die Kantone sind mit dem Vollzug der Arbeitslosenversicherung beauftragt. Auf kantonaler Ebene wird beispielsweise entschieden, ob jemand durch eigenes Verschulden arbeitslos ist, ob eine zumutbare Arbeit vorliegt, ob im Einzelfall die richtigen Arbeitsmarktmassnahmen effizient getroffen werden, ob schlechtes Wetter herrscht oder nicht. Die kantonalen Stellen fällen alle Entscheide, die nachher finanziell wirksam werden. Das heisst: Das Geld wird an der Front der Kantone ausgegeben.
Nach Auffassung der Kommissionsmehrheit müssen wir die Kostenbeteiligung von 5 Prozent der Kantone haben. Herr Bonny hat übrigens bei seinem Antrag am Montag auch sehr deutlich klargemacht, dass wir eine minimale Kostenbeteiligung haben müssen, damit in der Anwendungspraxis der Arbeitslosenversicherung keine Missbräuche einreissen. Die bisherige Praxis, beispielsweise bei der Schlechtwetterentschädigung oder der Kurzarbeitsentschädigung, zeigt die Tendenz, Geld leichthändig auszugeben, wenn man überhaupt keinen Franken dazu beitragen muss, insbesondere wenn dadurch noch Fürsorgeleistungen verhindert werden können.
Die Kostenbeteiligung der Kantone ist absolut notwendig, damit dieses System effizient und kostensparend durchgeführt werden kann. 5 Prozent – das haben Sie am vergangenen Montag so entschieden – ist ein Kostenbeteiligungsbeitrag, der zumutbar ist und der mindestens bewirkt, dass in den kantonalen Budgets nachher die Rubrik «Arbeitslosenversicherung» erscheint. In den Kantonsräten wird so geprüft, ob hier nicht unnötig Geld ausgegeben wird oder falsche Dinge getan werden.
Wenn Sie die Kantone ganz entlasten, wird diese Kontrolle nicht mehr funktionieren; Sie haben keine kantonalen Parlamente, die nachher bei einem Budgetposten nachfragen. Streichen Sie die kantonale Beteiligung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nicht! Hier dürfen Sie nicht nur auf die Finanzdirektoren hören, hier müssen Sie das Gesamte im Auge behalten und daher die Lösung so treffen, dass die Kantone mit einem minimalen Beitrag beteiligt bleiben.
Wie wirkt sich das auf die Kantone aus? Es ist Ihnen hier ein Papier (2 Seiten) des Biga verteilt worden, «Finanzierung der Arbeitslosenversicherung». Ich bitte Sie, die zweite Seite anzuschauen, dort finden Sie unter Ziffer 4 «Finanzielle Auswirkungen auf die kantonalen Haushalte». Dort sehen Sie in der ersten Zeile den 5prozentigen Beitrag. Zunächst sehen Sie, dass es nicht 300 Millionen Franken sind, wie hier behauptet worden ist, sondern 281 Millionen Franken im Jahre 1996, und der Betrag nimmt bis zum Jahr 2000 auf 181 Millionen Franken ab. Die Kantone können bei sinkender Arbeitslosigkeit mit sinkenden Beiträgen rechnen.
In der nächsten Rubrik finden Sie die Einnahmen der Kantone. Die Kantone erhalten nämlich bei der Lösung, die die Kommissionsmehrheit vorschlägt, ihre Darlehen zurückbezahlt. Sie erhalten rund 1 Milliarde Franken pro Jahr zurückbezahlt. Bei den Kantonen bleibt ein Überschuss aus der Darlehensrückzahlung, verrechnet mit den A-fonds-perdu-Beiträgen, die sie bezahlen müssen. Der Überschuss beträgt 712 Millionen Franken im Jahre 1996, dann 745 Millionen Franken, 770 Millionen Franken, 786 Millionen Franken und 417 Millionen Franken im Jahre 2000. Und dann sind die Darlehen der Kantone von heute 3,5 Milliarden Franken zurückbezahlt.
Wenn das keine angemessene Lösung ist, wenn das für die Kantone auch von der finanziellen Seite her kein akzeptabler Weg ist, dann verstehe ich nichts mehr!
Ich bitte Sie also, den Antrag der Minderheit II (Matthey), der das Konzept im finanziellen Bereich in seinen Grundsäulen tangiert, abzulehnen. Ich sage Ihnen nochmals: Das Konzept ist nicht finanzierbar, wenn Sie dem Antrag der Minderheit II (Matthey) zustimmen, denn dann müssen wir neue Beschlüsse fassen. Insbesondere die Lohnprozente müssen wir heraufsetzen. Das ist die Alternative.
Ich komme noch zu Absatz 4: Herr Nebiker vertritt hier die Minderheit I. Hier stehen sich zwei Vorstellungen bezüglich des Verteilungsschlüssels gegenüber. Die Kommissionsmehrheit schlägt Ihnen einen Verteilungsschlüssel vor, der die Finanzkraft und die Einwohnerzahl berücksichtigt. Die Minderheit I beantragt, die Verteilung nach Finanzkraft der Kantone und Grad der Arbeitslosigkeit vorzunehmen. Ich muss die Aussagen von Herrn Nebiker insofern korrigieren, als sich der Bundesrat inzwischen dem Antrag der Mehrheit angeschlossen hat und die Minderheit I den Bundesrat nicht mehr hinter sich hat. Aber der Antrag der Minderheit I (Nebiker) entspricht dem ursprünglichen Antrag des Bundesrates.
Gemäss heutiger Regelung, die die Minderheit I beibehalten will, müssen jene Kantone, die eine hohe Arbeitslosigkeit haben, mehr bezahlen. Herr Nebiker ist der Meinung, in den Kantonen könne man die Arbeitslosigkeit steuern, d. h., die Kantone hätten die Möglichkeit, den Grad der Arbeitslosigkeit zu senken. Die Kommissionsmehrheit ist nicht dieser Auffassung.
Angesichts der Erfahrungen der letzten drei Jahre vermag diese Argumentation nicht zu überzeugen. Wir können doch nicht behaupten, Herr Nebiker, dass die Westschweizer Kantone – die ja massiv von der Arbeitslosigkeit betroffen sind – in den letzten drei Jahren ihre Hausaufgaben quasi nicht erfüllt haben und dass deswegen bei ihnen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht! Ich glaube, diese Argumentation ist nicht tragfähig. Daher ist es nicht richtig, jene Kantone, die eine hohe Arbeitslosigkeit haben, im Verteilungsschlüssel noch entsprechend höher zu belasten.
Wir sind der Meinung, der Verteilungsschlüssel «Finanzkraft der Kantone» und «Einwohnerzahl» sei die bessere Lösung. Er berücksichtigt über die ganze Schweiz hinweg das Phänomen der Arbeitslosigkeit besser, und er macht auch nicht einseitige Schuldzuweisungen. Ich glaube nicht, dass es richtig wäre, wenn wir hier von Gesetzes wegen quasi dekretieren würden: Jene Kantone, in denen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, sind selbst schuld, dass sie eine so hohe Arbeitslosigkeit haben.
Aus diesen Gründen bitte ich Sie, auch den Antrag der Minderheit I abzulehnen und der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: La minorité II (Matthey) voudrait supprimer la participation des cantons au financement ordinaire de l'assurance-chômage même dans des circonstances exceptionnelles. Sa proposition conduit tout droit au maintien permanent du niveau de cotisation à 3 pour cent sur les salaires, voire à 3,5 pour cent, alors que dans notre idée ce taux de cotisation ne doit être maintenu qu'aussi longtemps qu'il reste des dettes à amortir et des dettes accumulées jusqu'à la fin de l'année 1995. Sa proposition devrait avoir pour corollaire pratique que l'on envisage un taux de cotisation de 3 ou 3,5 pour cent pour très longtemps.
C'est un mauvais signal parce que c'est le signal qu'aux yeux de ce Parlement, des charges supplémentaires sur les salaires sont quelque chose d'innocent.

Or, pas plus tard que lundi, dans un éditorial d'un journal genevois de tendance libérale, on critiquait très fortement la loi du fait qu'elle accepte que l'assurance-chômage soit financée par les salaires. M. Stepczynski, pour le nommer, prétendait qu'il fallait fiscaliser l'assurance-chômage. Or, Monsieur Gros Jean-Michel, c'est exactement le contraire que vous faites ici. En voulant supprimer la participation des cantons même dans des circonstances exceptionnelles, vous conduisez tout droit à une augmentation durable et importante des cotisations et des charges sur le travail, ce qui a un effet certainement négatif sur le chômage.
M. Matthey dit que nous ne respectons pas tout à fait le mandat constitutionnel puisque nous définissons les circonstances exceptionnelles comme des circonstances où la cotisation est supérieure à 2 pour cent. Mais je crois que c'est parfaitement clair, que c'est conforme à la constitution: lorsque l'on doit dépasser 2 pour cent de cotisation, c'est qu'il y a un chômage élevé et il s'agit de circonstances exceptionnelles. Le mandat constitutionnel est clairement respecté par la proposition de la majorité de la commission.
A cela s'ajoute que, dans la réforme de la loi sur l'assurance-chômage, on a introduit un certain nombre de possibilités, un certain nombre de prestations qui ne relèvent pas directement de l'assurance-chômage, mais qui ont un caractère plus général d'intérêt public. Je pense à la possibilité donnée aux femmes qui ont élevé leurs enfants de bénéficier de l'assurance-chômage lorsqu'elles ont des besoins financiers importants. Là, il n'y a plus le caractère d'assurance, puisqu'elles n'ont pas toujours travaillé avant d'élever leurs enfants, ou en tous les cas elles n'ont pas travaillé pendant la période-cadre; de même pour les prestations en faveur de ceux qui veulent se retirer avant l'âge fatidique de la retraite et libèrent ainsi le marché du travail en laissant des places de travail à des personnes plus jeunes. Ces prestations ne relèvent pas directement de la logique de l'assurance et justifient une intervention de l'Etat fédéral et cantonal.
C'est la raison pour laquelle il ne faut pas céder à des arguments d'opportunité, Monsieur Gros et Monsieur Matthey, qui relèvent de la situation particulière de vos cantons respectifs. Il faut avoir le courage de viser à plus long terme et à la logique, y compris lorsque la logique va contre des intérêts particuliers. Il faut accepter la participation des cantons et de la Confédération dans des circonstances exceptionnelles et voter la proposition de la majorité de la commission.
Monsieur Nebiker, nos collègues suisses alémaniques écoutent en principe relativement peu le rapporteur de langue française, je m'adresserai donc aux conseillers nationaux de langue française.
Il est clair que l'argumentation de la minorité I (Nebiker) revient à dire: «Vous avez un chômage important, c'est de votre faute, vous n'avez qu'à faire une politique fiscale plus favorable aux entreprises; vous n'avez qu'à être, dans le domaine de l'éducation, plus axés sur les besoins réels de l'économie – sous-entendu 'vous ne l'êtes pas'», plus deux ou trois arguments de cet ordre. Si ce type d'argumentation devait l'emporter, cela porterait en germe probablement des difficultés entre les différentes parties de ce pays et les différentes régions linguistiques, ce serait dommage. Cette proposition de la minorité I doit être en tous les cas très clairement combattue par ceux qui veulent fonder ce pays sur le respect mutuel et pas sur des sous-entendus qui peuvent être blessants pour les minorités politiques ou culturelles.
Nous devons repousser la proposition de la minorité I d'une manière très claire.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: J'essaie dans cette déjà longue histoire de la préparation de la nouvelle loi sur l'assurance-chômage de faire le point sur cette question centrale du financement.
Dans le projet initial du Conseil fédéral, il était prévu, dans des circonstances exceptionnelles, que les collectivités publiques soient amenées à investir à fonds perdu des montants dans l'assurance-chômage. On voulait par là, d'une part, tenir compte de l'aspect non strictement assurance de l'édifice que nous avions proposé et qui justifie qu'autrement que par la seule voie des primes et des cotisations des partenaires sociaux, on ait une participation des pouvoirs publics. D'autre part, on voulait, dans un effort de solidarité de la collectivité, ne pas surcharger les partenaires sociaux avec des cotisations trop lourdes.
Chacun sait que des cotisation trop lourdes sont au détriment de l'économie, qui doit acquitter des millions et des milliards de francs supplémentaires sans qu'il y ait quelque produit économique en contrepartie. Chacun sait également que cela signifie pour les employés une érosion de leur pouvoir d'achat s'ajoutant à d'autres érosions qui surviennent dans les temps plus difficiles que nous connaissons encore.
C'était l'idée qui a présidé à la préparation du projet du Conseil fédéral et qui fixait que dans des circonstances exceptionnelles la Confédération puisse être sollicitée jusqu'à 5 pour cent de participation à fonds perdu et les cantons d'un montant égal de 5 pour cent à fonds perdu. Je ne parle pas des prêts pour le solde. Dans le projet originel, ces prêts étaient à la charge exclusive de la Confédération.
Puis est arrivé le Conseil des Etats qui, n'écoutant que son bon coeur et la voix des cantons – sa sagesse, ajoute M. Matthey –, a supprimé la prestation que les cantons auraient dû fournir à fonds perdu, limitant à la seule Confédération ces 5 pour cent à financer à fonds perdu. Et maintenant la majorité de la commission entend rétablir la solution originelle, soit 5 pour cent à charge de la Confédération et 5 pour cent à charge des cantons, comme le Conseil fédéral l'avait proposé.
J'aimerais attirer votre attention sur le fait que l'ambiance générale et le contexte dans lequel nous discutons aujourd'hui de ces postes importants sont très différents de ce qu'ils étaient lorsque le Conseil fédéral vous a soumis son message. En effet, depuis ce message il y a eu, notamment au niveau de votre commission du Conseil national, des transformations substantielles de l'économie générale du projet. On en est arrivé à des notions qui n'étaient pas contenues dans le projet initial et vous avez constaté que les cantons, qui avaient été préservés de charges financières trop lourdes par le projet du Conseil fédéral et davantage encore par la décision du Conseil des Etats, se trouvaient, de par le projet de la commission, chargés à nouveau d'une manière sensiblement plus marquée.
Dans les débats que nous avons conduits la semaine dernière et ici, nous avons adouci quelque peu la charge des cantons. Le rapporteur de langue allemande a rappelé de manière exhaustive quelles étaient les décisions que vous aviez prises et qui ont contribué, en effet, par rapport aux propositions de la majorité de la commission, à alléger la charge des cantons. Il n'en reste pas moins qu'au total, celle-ci se révèle, dans la facture finale, plus lourde que ce que nous avions enregistré et chiffré dans le message initial.
C'est cet élément qui pousse la minorité II (Matthey) à vouloir revenir à une solution du style Conseil des Etats s'agissant des montants accordés à fonds perdu à la caisse d'assurance-chômage, en laissant à la seule Confédération le soin de contribuer à raison de 5 pour cent. En d'autres termes, la proposition de minorité II est un refus de la fiscalisation du financement du fonds de compensation de l'assurance-chômage, mais un refus concernant les cantons, sans l'ombre d'une arrière-pensée s'agissant de la Confédération.
Je pense que la proposition de minorité II ne doit pas être retenue. La Confédération et les cantons fournissent des contributions dans des circonstances exceptionnelles, dit la Constitution à l'article 34novies alinéa 4. Celles-ci sont, soit dit en passant, actuellement réunies, et un simple prêt de la part des cantons serait décidément trop faible. Les cantons doivent fournir des contributions à fonds perdu aussi bien que la Confédération. Cela se justifie en raison de la prolongation de la durée d'indemnisation et par le financement partiel de l'amélioration des systèmes de placement. Il y aurait donc, à notre avis, un boitement dans la démarche si les cantons étaient, sur ce point en effet capital, dispensés d'exercice et s'ils pouvaient se contenter de fournir des prêts remboursables.
J'insiste sur cette coresponsabilité des cantons et de la Confédération. Après toutes les décisions qui ont été prises par votre Conseil dans l'élaboration de la loi, certes la charge pour les cantons est plus lourde que ce que nous avions au début,

mais par rapport à la somme très importante et trop lourde vers laquelle on aurait été conduits en suivant stricto sensu les propositions de la majorité de la commission, vous avez systématiquement adouci cette charge. C'est pourquoi nous sommes, avec la proposition de la majorité de la commission sur ce point, en présence d'une solution que je qualifierai de raisonnable, d'équitable et de bien pensée, dans la mesure où elle ne laisse pas à la seule Confédération, parmi les collectivités publiques, la charge des contributions à fonds perdu, dans des circonstances exceptionnelles – j'y insiste et je le répète.
Cela étant et à supposer que vous suiviez – ce que je souhaite – la majorité de la commission sur ce point, contre la minorité II (Matthey), reste la question de la répartition de la charge intercantonale, c'est-à-dire la proposition de minorité I (Nebiker).
M. Nebiker craint que le gouvernement n'ait pas eu en cette matière une seule et unique trajectoire et que, au fur et à mesure de l'élaboration de la loi, il ait pu changer d'opinion. En effet, sur ce point il a changé d'opinion. Originellement, dans le projet du Conseil fédéral, Monsieur Nebiker, nous proposions que le barème retenu pour la répartition entre les cantons soit le barème – j'allais dire traditionnel – de la capacité financière et du nombre de chômeurs des cantons. Cela était concevable dans un régime très léger de responsabilité financière cantonale, tel qu'il était établi dans le message initial. Mais depuis que vous avez changé le dispositif et rendu responsables les cantons d'un certain nombre de charges supplémentaires à cause du système, par ailleurs excellent, que vous avez choisi, les cantons qui auront la charge la plus lourde, Monsieur Nebiker, sont proportionnellement bien plus qu'avant les cantons à fort taux de chômage, car c'est chez eux qu'il faudra développer les stratégies de placement, les stratégies de réinsertion professionnelle, telles qu'elles sont établies d'une manière plus catégorique dans le projet de loi.
Alors vouloir, avec ces cantons qui connaissent les taux de chômage les plus importants, de surcroît encore les alourdir d'une charge financière qui leur est extrêmement défavorable, alors voilà sans doute une bien piètre contribution à la solidarité confédérale. C'est dans cet esprit que le Conseil fédéral ne change pas d'idée pour changer d'idée ou parce qu'il n'en a point, mais il change d'idée parce que nous avons modifié le système. Avec le nouveau système que vous avez choisi, les cantons les plus fortement sollicités, beaucoup plus qu'avec le système originel, sont les cantons présentant un taux de chômage malheureusement élevé. C'est là que le facteur proposé par la majorité de la commission permet un correctif, un correctif solidaire, utile, qui apaisera cette charge financière à propos de laquelle s'est exprimée la minorité II, tout à l'heure.
Voilà en quoi consistent les raisons du choix du nouveau barème de la répartition intercantonale, qui prendrait désormais en compte le chiffre de la population des cantons naturellement, non plus le nombre de leurs chômeurs, mais bien la capacité financière de chacun de ces cantons.
Au total, en contemplant les chiffres qui ont été distribués, en voyant que, finalement, le système dont le Conseil national est en train d'accoucher est supportable quant aux charges des partenaires sociaux, de la Confédération et des cantons, dans une répartition convenable et équitable, le Conseil fédéral vous invite à suivre la proposition de la majorité de la commission et à rejeter aussi bien la proposition de la minorité II que celle de la minorité I.
J'ajoute que, tout au long des débats, je crois avoir montré l'intérêt du Conseil fédéral pour éviter une surcharge des cantons. Le bonheur de ces derniers, comme le bonheur de tous les partenaires, je le souhaite avec la même ardeur que vous, Monsieur Matthey, simplement les chemins du bonheur, sur ce point, ceux que vous proposez de suivre, ne sont pas les mêmes que ceux que nous proposons de suivre. Je crois que vous auriez raison de vous rallier à la proposition de la majorité de la commission.

Abs. 4 – Al. 4

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 103 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I 54 Stimmen

Abs. 2, 3, 5, 6 – Al. 2, 3, 5, 6

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 100 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II 55 Stimmen

Art. 92
Antrag der Kommission
Abs. 3
Die Verwaltungskosten der Ausgleichsstelle der Arbeitslosenversicherung werden aus allgemeinen Bundesmitteln gedeckt. Wenn die Ausgleichsstelle Aufgaben an Dritte überträgt oder bei andauernder erheblicher Arbeitslosigkeit ausserordentliche Inspektoren einsetzt, gehen die Kosten zu Lasten des Ausgleichsfonds.
Abs. 7
Der Ausgleichsfonds leistet Beiträge an die Kosten, die durch die Schaffung und den Betrieb eines regionalen Arbeitsvermittlungszentrums entstehen. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.
Abs. 8, 9
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 92
Proposition de la commission
Al. 3
Les frais d'administration de l'organe de compensation de l'assurance-chômage sont couverts par les recettes générales de la Confédération. Les dépenses qu'engage cet organe lorsqu'il confie certaines tâches à des tiers ou qu'il engage des inspecteurs extraordinaires en cas de chômage prononcé et persistant sont à la charge du fonds de compensation.
Al. 7
Le fonds de compensation alloue des subventions pour les frais engagés pour la création et la gestion d'offices régionaux de placement. Le Conseil fédéral règle les détails.
Al. 8, 9
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 95
Antrag Stamm Luzi
Abs. 4
.... spätestens aber 10 Jahre nach der Auszahlung der Leistung ....

Art. 95
Proposition Stamm Luzi
Al. 4
.... mais au plus tard 10 ans après le versement ....

Stamm Luzi (R, AG): Ich bitte Sie mit meinem Antrag, die Verjährungsfrist von 5 auf 10 Jahre zu erhöhen. Dass das sinnvoll ist, möchte ich an einem Beispiel erklären:
Die Arbeitslosenversicherung ist verpflichtet, die Taggelder auszubezahlen, wenn zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer Uneinigkeit besteht, ob der Lohn geschuldet ist. Die Arbeitslosenkasse zahlt vorläufig und muss schauen, was in diesem Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer passiert. Falls sich herausstellt, dass der Arbeitgeber wirklich zahlen muss, hat die Kasse den Anspruch, dass der Arbeitgeber das Geld direkt an sie bezahlt. Das ist sehr sinnvoll, denn die Kasse hat das Geld vorgeschossen. So weit, so gut.
Die Problematik liegt aber in folgendem: Es wird vorausgesetzt, dass der Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer innerhalb von 5 Jahren definitiv beendet ist, andernfalls verliert die Kasse nach 5 Jahren den Anspruch wegen Verjährung. Es wäre zwar sehr schön, wenn gerichtliche Streitigkeiten immer innerhalb von 5 Jahren erledigt wären. Es gibt aber Fälle, da ist das nicht der Fall. Mir wurde ein Beispiel zugetragen, da wurde die Klage im Dezember 1987 eingereicht, der Fall aber erst 1994 erledigt, also nach sechseinhalb Jahren. Die Kasse hatte den Anspruch zur Rückforderung nicht mehr. Das sind natürlich äusserst störende Beispiele.

Ich sehe den Grund nicht, weshalb wir die Verjährung auf 5 Jahre limitiert lassen sollten. Was spricht dagegen, auf 10 Jahre zu gehen, um diese Fälle zu eliminieren?

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: M. Stamm Luzi voudrait, dans le domaine des assurances sociales, porter exceptionnellement le délai de prescription de cinq ans à dix ans. Il connaît un cas assez choquant où après six années et demie la caisse n'a pas pu tenir compte de l'erreur qui avait été faite.
Même si cela peut exceptionnellement arriver, on crée encore plus d'insécurité si on prolonge le délai de prescription. Dans le cas de l'AVS, le délai de prescription est de cinq ans. Il peut arriver que ce délai paraisse court du point de vue de l'équité, mais il est probablement plus délicat de permettre de l'archéologie juridique que de risquer d'avoir de temps en temps une inéquité sur la conscience.
C'est pourquoi nous vous prions de vous en tenir à la règle générale en vigueur dans le domaine des assurances sociales et d'en rester à cinq ans.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag Stamm Luzi 33 Stimmen
Dagegen 64 Stimmen

Art. 99bis (neu)
Antrag der Kommission
Mehrheit
Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit
(Bodenmann, Brunner Christiane, Matthey, Strahm Rudolf)
Abs. 1
Bund und Kantone treffen die notwendigen Vorkehren, um bei konjunktur- oder strukturbedingtem Rückgang der Beschäftigung die Arbeitslosigkeit wirksam und mit zukunftsgerichteten Massnahmen zu bekämpfen.
Abs. 2
Soweit diese Massnahmen zu einer Senkung der Ausgaben der Arbeitslosenkasse führen, sind sie von dieser mitzufinanzieren.
Abs. 3
Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes regelt der Bundesrat die Ausführungsbestimmungen dieses Titels auf dem Verordnungsweg.

Art. 99bis (nouveau)
Proposition de la commission
Majorité
Rejeter la proposition de la minorité

Minorité
(Bodenmann, Brunner Christiane, Matthey, Strahm Rudolf)
Al. 1
En cas de recul de l'emploi dû à des causes conjoncturelles ou structurelles, la Confédération et les cantons prennent les dispositions nécessaires pour combattre le chômage de manière efficace et par des mesures axées sur l'avenir.
Al. 2
Les caisses de chômage contribuent financièrement à ces mesures pour autant que ces dernières permettent de diminuer leurs dépenses.
Al. 3
Le Conseil fédéral règle par voie d'ordonnance les dispositions d'exécution concernant ce chapitre dans l'année qui suit l'entrée en vigueur de la présente loi.

Art. 99ter (neu)
Antrag der Kommission
Mehrheit
Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit
(Bodenmann, Brunner Christiane, Matthey, Strahm Rudolf)
Abs. 1
Bund und Kantone bereiten Investitionsprogramme vor oder fördern Investitionen, welche den Strukturwandel in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung fördern wie:
– Investitionsbonus für die bauliche und energetische Sanierung öffentlicher und privater Bauten;
– Sanierung des Kanalisationsnetzes;
– Modernisierung der Wasserkraft;
– Förderung alternativer Energien.
Abs. 2
Bund und Kantone erstatten jährlich Bericht über den Stand ihrer entsprechenden Vorarbeiten.

Art. 99ter (nouveau)
Proposition de la commission
Majorité
Rejeter la proposition de la minorité

Minorité
(Bodenmann, Brunner Christiane, Matthey, Strahm Rudolf)
Al. 1
La Confédération et les cantons élaborent des programmes d'investissement ou encouragent les investissements qui favorisent un développement durable des structures, tels que:
– bonus d'investissement pour la construction et l'assainissement énergétique des bâtiments publics et privés;
– assainissement du réseau de canalisation;
– modernisation des ouvrages hydrauliques;
– promotion d'énergies alternatives.
Al. 2
La Confédération et les cantons établissent un compte rendu annuel de leurs activités correspondantes.

Art. 99quater (neu)
Antrag der Kommission
Mehrheit
Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit
(Bodenmann, Brunner Christiane, Matthey, Strahm Rudolf)
Abs. 1
Aufträge und Beiträge der öffentlichen Hand erhalten nur Unternehmen, welche einem Kollektiv- oder Gesamtarbeitsvertrag unterstehen.
Abs. 2
Kollektiv- und Gesamtarbeitsverträge müssen alle wesentlichen Elemente eines Arbeitsverhältnisses abschliessend regeln.
Abs. 3
Diese Verträge müssen für Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die sozialverträgliche und arbeitsplatzwirksame Senkung der Arbeitszeiten vorsehen.

Art. 99quater (nouveau)
Proposition de la commission
Majorité
Rejeter la proposition de la minorité

Minorité
(Bodenmann, Brunner Christiane, Matthey, Strahm Rudolf)
Al. 1
Seules les entreprises assujetties à une convention collective de travail pourront recevoir des mandats et des subventions des pouvoirs publics.
Al. 2
L'ensemble des éléments importants d'un rapport de travail doivent être réglés de manière exhaustive par les conventions collectives de travail.
Al. 3
Ces contrats doivent prévoir une réduction du temps de travail socialement supportable et contribuant au maintien des emplois.

Bodenmann Peter (S, VS), Sprecher der Minderheit: Wir stehen bald am Ende der Beratungen eines Gesetzes, welches eine positive Philosophie vertritt, nämlich die Philosophie, dass man künftig versuchen muss, Leute, die arbeitslos werden, zu qualifizieren, zu beschäftigen, wieder in den Arbeitsprozess hineinzubringen. Wenn wir dem Rückkommensantrag Zwahlen zustimmen und die unselige Karenzfrist wieder vermindern, ist das Gesetz, über alles gesehen, ein sozialer Fortschritt – aber mit einer Ausnahme: Was geschieht mit den Langzeitarbeitslosen?
Das Gesetz beruht auf der optimistischen Annahme, dass die Arbeitslosigkeit im nun beginnenden Aufschwung wieder verschwinden wird, denn es macht nur dann einen Sinn, die Leute zu qualifizieren, die Leute zu beschäftigen, wenn sie danach wieder in den Arbeitsprozess integriert werden können, wenn es gesamthaft genügend Arbeitsplätze gibt.
Es lohnt sich, kurz auf die vergangene Rezession und die Erfahrungen, die wir gemacht haben, einzugehen. Wir haben festgestellt, dass das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, dass die Politik auf die Rezession nicht vorbereitet war. Wir hatten keine entsprechenden Programme, um im Zeitpunkt, als der wirtschaftliche Einbruch kam, das zu machen, was uns unsere Verfassung vorschreibt.
Unsere Verfassung steht auf dem Boden des Keynesianismus, auf dem Boden der antizyklischen, staatlichen Intervention im wirtschaftlichen Bereich. Wir haben festgestellt, dass es genau da fehlte, dass es unheimlich lange dauerte, bis wir einen Investitionsbonus bekamen, der umgehend positive Auswirkungen gezeitigt hat.
Wir haben in dieser Rezession eine zweite Erfahrung gemacht: Die Schweiz hielt sich vorab im Export äusserst gut, wir exportierten in der Rezession real mehr, wir hatten aber gleichzeitig zwei bedenkliche Entwicklungen, nämlich eine unheimliche Zunahme der Produktivität in den beiden vergangenen Jahren von je 2,6 Prozent und gleichzeitig auch einen Einbruch bei der Binnenkonjunktur.
Wenn wir uns die Frage stellen, was in den nächsten Jahren geschieht, so geht eigentlich die Mehrheit der Beobachterinnen und Beobachter der wirtschaftlichen Situation davon aus, dass wir vor einem längeren Aufschwung stehen. Es wird, wirtschaftlich gesehen, in den nächsten Jahren bessergehen, wir werden reale Zuwachsraten haben. Aber die zentrale Frage ist – und davor hat man sich in der Debatte bisher gedrückt –: Wird dieser Aufschwung beschäftigungswirksam, ja oder nein? Das heisst: Wird letztlich das wirtschaftliche Wachstum höher sein als die Zunahme der Produktivität?
Hier sind quer durch alle politischen Lager eigentlich grösste Bedenken angemeldet worden. Es gibt viele, die mit gutem Grund die Auffassung vertreten, dass dieser Aufschwung uns wohl reales Wachstum bringt, aber nicht beschäftigungswirksam wird. Was heisst das? Das heisst nichts anderes, als dass wir in diesem Aufschwung weiterhin hohe Arbeitslosenzahlen kennen werden. Das heisst nichts anderes, als dass das Konzept – das wir jetzt intensiv diskutiert haben und das die Berichterstatter über den grünen Klee gelobt haben – nicht funktionieren wird, weil wir nur einen Teil – einen wichtigen Teil, aber eben nur einen Teil – unserer Hausaufgaben gelöst haben.
Wir gehen hier in bezug auf die Arbeitslosenversicherung in die richtige Richtung und sagen: Wir müssen in der Schweiz, für diesen Werkplatz Schweiz, die Leute qualifizieren. Aber das Gesetz löst die zentrale Frage nicht: Was machen wir, wenn der Aufschwung nicht beschäftigungswirksam wird? Auf diese zentrale Frage versucht dieser Antrag der Minderheit zur Schaffung von drei zusätzlichen Artikeln eine Antwort zu geben.
Artikel 99bis will nichts anderes als im Gesetz festschreiben, was schon in der Verfassung steht: Der Bund muss eine antizyklische Politik machen, und er muss für Vollbeschäftigung besorgt sein. Noch vor wenigen Jahren war diese Forderung eine Selbstverständlichkeit in diesem Land; es ist auch heute der klare Verfassungsauftrag, dass wir in diese Richtung tätig werden.
Artikel 99ter verlangt, dass bei der nächsten Rezession effektiv die notwendigen Vorbereitungen getroffen sind, damit wir mit intelligenten, zukunftsgerichteten Investitionsprogrammen den ökologischen Umbau der Schweiz vorantreiben können. Man sagt immer wieder, Bauprogramme seien strukturerhaltend, seien schlecht. Was wir hier vorschlagen sind Infrastrukturinvestitionen, sind Bauinvestitionen, die aber nicht bestehende Strukturen aufrechterhalten, sondern den ökologischen Umbau in der Rezession beschleunigen.
Wir möchten vermeiden, Herr Bundesrat Delamuraz, dass Ihr Nachfolger oder Ihre Nachfolgerin noch einmal in der gleichen pitoyablen Situation ist wie Sie, dass wir nämlich einen ganzen Apparat von Beamten haben, dass diese Beamtinnen und Beamten aber für den Fall einer Rezession nichts vorbereitet haben. Das darf in Zukunft nicht mehr vorkommen, Herr Bundesrat Delamuraz. Wir können und müssen aus Fehlern, die wir alle machen, lernen und bei der nächsten Rezession den verfassungsmässigen Auftrag im voraus wahrnehmen.
Die zweite Frage: Wie können wir in der Phase des Aufschwungs die Sozialpartner dazu bringen, das zu tun, was vernünftig ist, wenn der Aufschwung nicht beschäftigungswirksam wird, nämlich die Lebensarbeitszeit der Beschäftigten flexibel zu senken? Das ist die zentrale Aufgabe. Wir stellen fest, dass sowohl Unternehmen wie Gewerkschaften die Tendenz haben, zugunsten jener, die bereits Arbeit haben, den Kuchen aufzuteilen, und sich zu wenig überlegen, was sie tun können, damit die Arbeitszeiten flexibel gesenkt werden.
Hier beantragen wir mit Artikel 99quater etwas, das in die Richtung geht, die auch Bundesrat Delamuraz letzthin betont hat: Die Schweiz muss wieder sozialer werden, die Sozialpartner müssen sich wieder verstehen. Erstens wollen wir jene Branchen und Betriebe fördern, die Gesamt- und Kollektivarbeitsverträge abschliessen; es ist ein wichtiges Element künftiger Wirtschaftspolitik, dass die Sozialpartner eine Einigung suchen. Zweitens wollen wir, dass diese Gesamt- und Kollektivarbeitsverträge künftig alle wesentlichen Fragen eines Arbeitsverhältnisses regeln. Drittens wollen wir, dass sie Mechanismen vorsehen, damit die Arbeitszeiten gesenkt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
Wenn wir die ausländischen Entwicklungen anschauen, stellen wir fest, dass im Ausland bereits während des Aufschwungs der achtziger Jahre die Arbeitslosigkeit nicht verschwand. Wir können aus diesen ausländischen Erfahrungen etwas lernen: Wir müssen aktiv dafür sorgen, dass wir in der Schweiz nicht plötzlich 5 und dann 10 Prozent Langzeitarbeitslose haben. Denn das ganze Modell funktioniert nicht, wenn wir diese Frage nicht mitlösen.
Es ist bedauerlich, dass zu einem Zeitpunkt, zu dem die Sozialpartner und die politischen Parteien innovativ die Frage der Arbeitslosenversicherung angingen, sie die Frage, ob der Aufschwung beschäftigungswirksam wird oder nicht, schlicht und einfach verdrängt haben. Das wird sich rächen, und wir werden in zwei oder drei Jahren vermutlich hier wieder diskutieren und feststellen, dass das ganze Modell leider nicht funktioniert, weil wir die Beantwortung der zentralen Frage, nämlich die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf all jene, die arbeiten wollen in der Gesellschaft, nicht an die Hand genommen haben.
Ich weiss, heute hat dieser Antrag hier überhaupt keine Chance. «Das ist richtig», sagt Monsieur Couchepin, und genauso richtig ist es, dass er und andere das wesentliche Problem verdrängen, nämlich: Wie gehen wir mit der Tatsache um, dass die Produktivität in Zukunft schneller zunimmt als das wirtschaftliche Wachstum?
Ich nehme nur das Beispiel der Banken: Wir haben in der Schweiz Banken, die ausgezeichnet rentieren, in der Rezession ihre Gewinne verdoppeln konnten, und gleichzeitig haben diese Banken 1700 Stellen abgebaut, davon 1550 Stellen, die Frauen innehatten.
Die Entwicklung, das enorme Rationalisierungspotential, das jetzt auch im Dienstleistungsbereich zum Tragen kommt, ist überhaupt nicht negativ, sofern wir auch gesetzlich dafür sorgen, dass die Arbeitszeiten in diesem Land flexibel gesenkt werden.

Ledergerber Elmar (S, ZH): Wir sind uns alle gewohnt, uns gegen Risiken zu versichern. Sie kennen die Brandversiche-

rung; Sie kennen die Unfallversicherung; Sie kennen unzählige andere Versicherungen. Wir sind uns gewohnt, im täglichen Leben nicht nur Risiken mit Versicherungen abzudecken, sondern auch Beachtliches zu unternehmen, um diese Risiken zu senken. Wir haben nicht nur die Brandversicherung, sondern auch den Brandschutz, damit der Brand nicht eintritt. Wir haben nicht nur die Unfallversicherung, sondern auch den Unfallschutz, damit die Unfälle nicht eintreten. Ich könnte die Liste dieser Beispiele beliebig verlängern.
Nun sind wir bei der Teilrevision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung, und genau in diesem Bereich kennen wir die Vorsorge nicht, obwohl wir feststellen, dass diese Arbeitslosenversicherung das Land 6 bis 8 Milliarden Franken kosten kann und die Arbeitslosigeit enorm viel Leid und Probleme in die Bevölkerung hineinträgt. Aber wir unternehmen nichts, um dieses Risiko zu vermindern, um die Wahrscheinlichkeit zu senken, dass Arbeitslosigkeit entsteht. Das einzige, was wir unternehmen – praktisch unter dem Titel Konjunkturpolitik –, ist jeweils der Versuch, die Geldwertstabilität wiederherzustellen, die Inflationsbekämpfung. Genau mit dieser Inflationsbekämpfung wird in der Schweiz natürlich mit schöner Regelmässigkeit die Binnenkonjunktur abgewürgt, und es entstehen diese Arbeitslosenzahlen. Das ist eine Situation, die weder in sich logisch noch volkswirtschaftlich vernünftig ist und die einen Haufen Geld kostet.
Dabei hätten wir eine starke Verfassungsgrundlage für diese Vorsorge. Ich möchte Sie gerne dazu einladen, einmal Artikel 31quinquies der Bundesverfassung zu lesen; darin stehen Sachen, über die Sie sich wundern werden. Darin wird dem Bund der verbindliche Auftrag erteilt, für eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung zu sorgen und sich insbesondere für die Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu engagieren. Das ist ein klarer verfassungsmässiger Auftrag. Davon haben wir vor und auch während der Krise nichts gesehen.
Der gleiche Verfassungsartikel gibt dem Bund die Kompetenz, auf den Gebieten des Geld- und Kreditwesens, der öffentlichen Finanzen und der Aussenwirtschaft sogar von der Handels- und Gewerbefreiheit abzuweichen, um diese Ziele zu erreichen.
Dann kommt ein wichtiger Punkt – davon haben Sie wahrscheinlich noch gar nichts gehört –: Der Bund könnte die Unternehmungen zur Bildung von steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven verpflichten. Diese Reserven würden in Zeiten schlechter Auftragslage freigegeben, um die Arbeitsplätze erhalten zu können, um Löhne zu zahlen oder um Investitionen zu tätigen.
Wir haben in diesem Artikel 31quinquies der Bundesverfassung ein komplettes konjunktur- und beschäftigungspolitisches Programm angelegt. Aber der Bund und das Parlament haben diesbezüglich nichts getan. Das ist ein schwerer Unterlassungsfehler, der uns tatsächlich heute Milliarden Franken kostet. Es ist absolut möglich – das sagen Ökonomieprofessoren, die wir zwar nicht immer hochschätzen und die auch nicht immer recht haben –, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, wenn die politisch Mächtigen das tatsächlich wollen.
Wir haben in den vergangenen Jahren mit einem Instrument sehr gute Erfahrungen gemacht: Ich erinnere Sie an den Investitionsbonus, wo es uns gelungen ist, mit einem Aufwand von 300 Millionen Franken Investitionen in der Grössenordnung von etwa 2 Milliarden Franken auszulösen, wodurch wir etwa 30 000 Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten haben. Mit diesen 300 Millionen Franken haben wir per saldo bei der Arbeitslosenversicherung gesamthaft etwa 350 Millionen Franken eingespart. Das ist nur ein Beispiel, das zeigt, wie man es machen könnte, um die Arbeitslosenversicherung dauernd zu entlasten – vor allem in Zeiten der Rezession, der konjunkturellen Einbrüche.
Wir brauchen in der Schweiz in Zukunft dringend eine Konjunkturpolitik, die diesen Namen verdient. Wir brauchen eine Technologie- und Industriepolitik mit langfristiger Zielsetzung, die es unserer Wirtschaft ermöglicht, auch langfristig arbeitsplatzwirksam zu investieren, auf den Weltmärkten kompatibel zu sein und Wettbewerbsvorteile auszuspielen. Diese Politik fehlt heute, und es ist dringend notwendig, dass wir in den nächsten Jahren etwas unternehmen, um diese Lücke zu schliessen.
Alle anderen Industrieländer, die sich auf den Weltmärkten behaupten, haben eine Technologie- und Industriepolitik. Alle weltweit erfolgreichen Exportzweige mit einem grösseren Volumen haben als Grundlage eine solche Politik, weil sie sich sonst unter den verschiedenen Volkswirtschaften nicht behaupten könnten.
Wir sind zwar gut, und unsere Wirtschaft ist auch sehr gut, die Exportwirtschaft im besonderen. Aber damit sie gut bleibt, brauchen wir diese staatlichen Unterstützungsmittel.
Die Minderheit Bodenmann hat Ihnen deshalb den Antrag unterbreitet, aufgrund der Artikel 99bis, 99ter und auch 99quater die notwendigen Bedingungen zu schaffen.
Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, diesen Artikeln zuzustimmen.

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Wir können mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz ganz bestimmt nicht den Arbeitsmarkt und auch nicht den ganzen Staat sanieren. Wenn Sie diesen Antrag der Minderheit betrachten, stellen Sie fest, dass er Illusionen weckt. Wir haben ja nicht vor, ein Gesetz zu verabschieden, das Illusionen wecken soll. Wir sprechen hier über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Es ist doch nicht möglich, über dieses Arbeitslosenversicherungsgesetz Konjunkturpolitik zu betreiben und zu versuchen, auch hier noch ein «deficit spending» des Staates festzuschreiben, eines Staates übrigens, der masslos verschuldet ist, das wissen Sie alle.
Herr Bodenmann hat einen Spruch – man hört ihn jede Stunde –, der heisst: «Die Schweiz muss wieder sozialer werden.» Ich weiss nicht, Herr Bodenmann, ob Sie auch schon zur Kenntnis genommen haben – oder vielleicht haben Sie davon gehört –, dass die Schweiz im Moment damit kämpft, diese sozialen Errungenschaften, die wir uns in den letzten Jahren angeeignet haben, zu finanzieren. Sie wissen ganz genau, dass das unser grosses Problem ist, bei der Arbeitslosenversicherung und im gesamten Sozialwesen.
Ich bitte Sie also, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Die Kommission empfiehlt Ihnen, den Antrag der Minderheit Bodenmann abzulehnen. Es ist nicht so, dass die Arbeitslosenversicherung konjunkturpolitisch keine Bedeutung hätte. Sie hat neben ihrer Bedeutung für die einzelnen Arbeitslosen auch eine hohe konjunkturpolitische Bedeutung, insbesondere in zwei Bereichen: Erstens stabilisiert sie die Binnennachfrage, das ist ganz klar, und zweitens – das haben wir jetzt mit unserem Konzept zusätzlich eingeführt – erlaubt sie eine Anpassung des Arbeitsmarktes an die Strukturänderungen, die in der Wirtschaft stattfinden. Mit unserem Konzept der Wiedereingliederung und der Umschulung wird diese Strukturanpassung des Arbeitsmarktes wesentlich erleichtert. Diese beiden Leistungen kann die Arbeitslosenversicherung erbringen. Das gehört auch konjunkturpolitisch in den Aufgabenbereich der Arbeitslosenversicherung.
Was uns die Minderheit vorschlägt, sprengt hingegen bei weitem diesen Rahmen. Das gehört nicht mehr in den Bereich der Arbeitslosenversicherung. Aus diesem Grund lehnt die Kommissionsmehrheit die Anträge ab, ohne sich im einzelnen mit der Zweckmässigkeit oder Nichtzweckmässigkeit dieser Massnahmen auseinandergesetzt zu haben.
Es ist im übrigen nicht so, dass der Bund während der Rezession, die wir jetzt hinter uns haben, nicht mit öffentlichen Mitteln eingesprungen wäre. Der Bund hat jetzt ein Defizit von 8 Milliarden Franken. Dieses Defizit ist natürlich u. a. darauf zurückzuführen, dass der Bund in der Rezessionszeit antizyklisch gehandelt und Ausgaben getätigt hat, die eigentlich vom Zyklus her nicht mehr zulässig gewesen wären; aber sie haben konjunkturstützend gewirkt. Man muss das Bundesdefizit auch unter diesem Aspekt betrachten.
Letzter Punkt: die Arbeitszeitverkürzung. Ich bin durchaus der Meinung, dass die Arbeitszeitverkürzung wieder zu einem Thema werden kann, allerdings nicht im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Ich bin auch der Überzeugung, dass dieses Thema nicht in Rezessionszeiten diskutiert wer-

den kann. Aber wenn es im Aufschwung darum geht, wie der Produktivitätszuwachs verteilt werden soll, wird sich die Frage stellen, ob es nicht klüger ist, ihn in Arbeitszeitverkürzung umzusetzen statt in Löhne. Das wird dann aber primär eine Sache der Sozialpartner sein.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Les articles 99bis, 99ter et 99quater proposés par la minorité sont un corps étranger dans cette loi qui ne tend pas à faire une déclaration de politique générale, mais à résoudre un problème concret, le problème concret de gens très concrets, c'est-à-dire les chômeurs. Ces trois articles sont une confession de foi politique, voire une sorte de testament politique, dans la mesure où, à l'article 99bis, l'idée est de dire que la loi doit reconnaître que l'Etat est toujours capable de porter remède au recul de l'emploi dû à des causes conjoncturelles ou structurelles.
L'article 99ter, c'est l'adhésion à la foi keynésienne, c'est la conviction que le moyen économique approprié, en toutes circonstances, pour lutter contre le chômage, c'est le keynésianisme. On peut largement discuter pour savoir si le keynésianisme est encore un remède aussi universel qu'il a été efficace dans les années trente, lorsqu'il a été appliqué pour combattre le chômage de l'époque. Chaque période de récession a une forme de chômage différente, provenant de causes différentes, et on ne peut pas, une fois pour toutes, dire que le keynésianisme, la relance de la consommation par l'intermédiaire des pouvoirs publics, est la réponse appropriée, ce qui serait le cas si on insérait cet article dans la loi.
L'article 99quater tend à priver ceux ou celles qui n'auraient pas de convention collective de travail de tout mandat ou de subventions des pouvoirs publics. Le résultat pratique, c'est évidemment que les branches professionnelles seraient forcées par la loi d'avoir une convention collective lorsqu'elle arrive à échéance, ce qui signifie, par voie de conséquence, qu'elles seraient forcées, à un certain moment, d'accepter les propositions du partenaire. Naturellement, dans ce cas-là, le partenaire qui profiterait le plus de cette disposition serait le syndicat, quel que soit le contenu de la revendication, parce que, s'il n'y a pas de convention collective, il n'y aurait plus de moyens d'avoir des commandes ou des subventions. Cela revient d'une manière très directe à transformer tout l'esprit des conventions collectives, en donnant à un partenaire la possibilité de punir, d'une manière dramatique, surtout si on applique déjà l'article 99ter et si on donne autant de moyens à l'Etat d'intervenir dans l'économie, le partenaire qui ne succomberait pas aux revendications syndicales. Les négociations deviendraient totalement déséquilibrées, et ce ne serait pas dans l'intérêt de l'économie, à court terme déjà, pour ne pas parler du moyen ou du long terme.
En conclusion, les trois articles en question ont un intérêt dans la mesure où ils expriment une conception philosophique de l'économie, mais ils n'ont pas leur place ici. L'Etat n'a pas, à travers la loi, à reconnaître une doctrine économique par rapport à d'autres.
C'est la raison pour laquelle nous vous invitons à repousser la proposition de la minorité qui peut être discutée dans le cadre d'un séminaire, mais pas au Parlement.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Comme dans les films à suspense, c'est vers la fin du film, alors que tout paraît perdu, dramatique ou «pitoyable» – pour reprendre l'adjectif – que M. Bodenmann a surgi de sa boîte comme Zorro. Et «Zorro est arrivé» pour nous expliquer que dans le cadre de la discussion de cette nouvelle mouture de la loi sur l'assurance-chômage, nous avions plus ou moins fait sagement notre métier en ajustant des articles, en apportant certaines précisions et en ajoutant quelques virgules, mais que la réalité profonde était ailleurs, que le mal était ailleurs et que les remèdes qu'il fallait apporter ce n'étaient pas les 98 premiers articles de la loi qui les apporteraient, mais bien Zorro Bodenmann avec les articles 99bis, 99ter et 99quater.
En réalité, vous connaissant un peu, Monsieur Bodenmann, je me serais attendu à un langage encore plus percutant, à un discours encore plus écrasant. Vous vous rendez compte – c'est le début de la sagesse, je m'en réjouis avec vous – qu'il y avait, dans ce qui a été patiemment élaboré par le Conseil national, sa sous-commission, sa commission, son plénum, un certain nombre de biens et de valeurs qu'ils ne faut pas jeter par-dessus bord, ce qui explique peut-être votre relative modération, que je salue avec empressement et une infinie gratitude.
Permettez-moi de vous dire que les réflexions que vous apportez à l'appui de ces trois articles se fondent sur des conceptions philosophiques, politiques, voire sociales, qui n'ont pas nécessairement la même longueur d'onde que celles sur lesquelles le Conseil fédéral – et non pas le conseiller fédéral Delamuraz – a pour habitude de travailler. Je ne dis pas que tout l'héritage que vous nous apportez dans ces trois articles doive être répudié en bloc. Il y a un certain nombre de réflexions qui méritent examen dans un cadre autre que celui de la révision de la loi, mais en tout cas l'esprit qui les guide, les dispositions générales qui les imprègnent ne sont pas de celles auxquelles nous puissions adhérer, ni les uns ni les autres.
J'observe en effet que la ligne qui a été suivie se fonde sur une conception libérale de l'économie, que si cela ne nous a pas mis à l'abri de certaines difficultés – et je ne veux pas mâcher mes mots, nous avons eu et nous avons encore partiellement la crise, nous n'en sommes pas sortis –, il me paraît cependant que ce qui a pu être réalisé dans ce pays pour y répondre n'est pas «nul et non avenu». Je constate que les conditions-cadres jouent un rôle essentiel qui va au-delà des problèmes conjoncturels que vous avez posés, et que c'est à ces conditions-cadres extérieures et intérieures que nous devons réfléchir. Nous savons que l'industrie d'exportation, vous l'avez d'ailleurs dit vous-même, a recouvré sa capacité de compétition. Je souhaite avec vous que l'économie tournée vers le marché intérieur retrouve, elle aussi, sa pleine puissance, mais il est clair que, pour y arriver, nous devrons améliorer ces conditions intérieures, réussir la loi sur les cartels, réussir la loi sur le marché intérieur ainsi que la loi sur les entraves techniques au commerce, avec votre appui et celui de tous les milieux qui comprennent quelque chose à l'économie de ce pays.
Là sont nos responsabilités, là est l'indication de ce que nous avons à faire ensemble pour remédier plus complètement à la situation que nous vivons. Le rôle essentiel de la formation – la loi sur les hautes écoles spécialisées en est un exemple – a bel et bien été engagé, allons jusqu'au but, terminons son parcours parlementaire et là encore nous serons sur la même longueur d'onde. Les programmes d'impulsion, les programmes d'action CIM, les programmes Microswiss, c'est quand même nous qui les avons engagés, avec votre appui, et cela est de bonne politique et certainement de meilleure politique que l'interventionnisme d'Etat que vous appelez de vos voeux dans la proposition de minorité que vous nous soumettez.
Non, Monsieur Bodenmann, je dirais qu'à propos du premier des articles que vous nous proposez, l'article 99bis, l'assurance-chômage n'a en elle-même aucun mandat constitutionnel qui lui permette de constituer des mesures de politique de marché de l'emploi. Le rôle de l'assurance-chômage n'est pas de compléter le dispositif de politique économique et conjoncturelle, ce n'est pas celui d'un instrument universel de la politique de l'emploi, avec tous les débordements financiers que cela comporterait et sur lesquels vous vous êtes bien abstenu de faire quelque réflexion que ce soit, mais plutôt celui de se limiter – ce qui est déjà énorme – à permettre aux chômeurs individuels, par les prestations financières et d'accompagnement, d'épuiser toutes les possibilités de l'emploi. Elle doit se concentrer massivement sur cette tâche. Voilà ce que je réponds à la proposition de minorité en ce qui concerne l'article 99bis.
La proposition centrale que vous inscrivez à l'article 99ter relève de la politique générale, dont le rapporteur de langue française a dit qu'elle s'inspirait d'un neo-keynésianisme qui n'est plus de ce temps. J'ai répondu à cet argument en faisant part de mes réflexions générales sur la politique économique dans le début de ma réponse.
Enfin, Monsieur Bodenmann, en ce qui concerne l'article 99quater, je dirais que vous allez à l'encontre de la conception du droit actuel qui régit les conventions collectives. Vous restreignez, sans tenir compte des circonstances, l'autonomie

des partenaires sociaux pour régler les conditions de travail, notamment le temps de travail. L'efficacité de la réduction du temps de travail comme moyen d'augmentation du taux d'occupation n'est pas forcément la panacée. Les expériences effectuées en France, avec les 35 heures hebdomadaires, avec la préretraite, ont démontré que ces mesures pouvaient être à double tranchant. En Allemagne, les expériences ont été limitées à certaines branches, sans l'intervention de l'Etat, avec l'acquiescement des partenaires sociaux et, en particulier, des syndicats – songez à une grande marque d'automobiles populaire –, à la réduction à 80 pour cent des salaires des employés de cette compagnie pour un temps de travail réduit. Je crois que vous vous illusionnez sur le caractère systématique de l'intervention de l'Etat et sur la portée que vous voulez donner à des conventions collectives qui sont bonnes tant et aussi longtemps que le cadre libre, dirais-je, de leur déploiement continue d'être assuré, ce qui, avec l'article 99quater, ne serait plus le cas.
Je vous demande d'ouvrir une fois, si M. Bodenmann vous en fait la proposition, un débat plus général sur ces questions. Pour l'instant, en achevant l'examen de la loi sur l'assurance-chômage, je vous demande d'en rester aux articles qui ont été parfois péniblement et durement concocté par votre Conseil et de ne pas ajouter ces corps étrangers, décidément très étrangers, qui viendraient prendre place dans la loi avec la proposition de minorité aux articles 99bis, 99ter et 99quater.

Art. 99bis

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen:
Votent pour la proposition de la majorité:
Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Bonny, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Bühler Simeon, Bührer Gerold, Bürgi, Chevallaz, Cincera, Cornaz, Couchepin, Darbellay, David, Deiss, Dettling, Dreher, Ducret, Dünki, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Hess Otto, Hess Peter, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Kern, Kühne, Leuba, Loeb François, Mamie, Maspoli, Mauch Rolf, Maurer, Meier Hans, Meier Samuel, Miesch, Moser, Müller, Nabholz, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruf, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schweingruber, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Stucky, Suter, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zwahlen, Zwygart (117)

Für den Antrag der Minderheit stimmen:
Votent pour la proposition de la minorité:
Aguet, Bär, Baumann, Bäumlin, Béguelin, Bodenmann, Borel François, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Danuser, de Dardel, Diener, Duvoisin, Eggenberger, Fankhauser, Fasel, von Felten, Goll, Gonseth, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Ursula, Hollenstein, Hubacher, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Mauch Ursula, Rechsteiner, Schmid Peter, Spielmann, Steiger Hans, Thür, Vollmer, Zbinden, Zisyadis, Züger (41)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
Comby, Hildbrand, Maeder (3)

Abwesend sind – Sont absents:
Berger, Blocher, Brügger Cyrill, Caccia, Camponovo, Carobbio, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Columberg, Dormann, Frey Walter, Hafner Rudolf, Haller, Hämmerle, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Moritz, Maitre, Marti Werner, Matthey, Meyer Theo, Misteli, Mühlemann, Pini, Robert, Ruffy, Schnider, Schwab, Segmüller, Sieber, Stalder, Strahm Rudolf, Tschäppät Alexander, Ziegler Jean (38)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:
Frey Claude (1)

Art. 99ter

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen:
Votent pour la proposition de la majorité:
Allenspach, Aregger, Aubry, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Bonny, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Bühler Simeon, Bührer Gerold, Bürgi, Chevallaz, Cincera, Comby, Cornaz, Couchepin, Darbellay, David, Deiss, Dettling, Dreher, Ducret, Dünki, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Hess Otto, Hess Peter, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Mamie, Maspoli, Mauch Rolf, Maurer, Meier Hans, Meier Samuel, Miesch, Moser, Müller, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruf, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Samuel, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Steiner Rudolf, Stucky, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wittenwiler, Wyss William, Zwahlen, Zwygart (114)

Für den Antrag der Minderheit stimmen:
Votent pour la proposition de la minorité:
Aguet, Bär, Baumann, Bäumlin, Béguelin, Bodenmann, Borel François, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Danuser, de Dardel, Diener, Duvoisin, Eggenberger, Fankhauser, Fasel, von Felten, Goll, Gonseth, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Ursula, Hollenstein, Hubacher, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Mauch Ursula, Ostermann, Rechsteiner, Schmid Peter, Schmidhalter, Spielmann, Steiger Hans, Thür, Vollmer, Wiederkehr, Zbinden, Zisyadis, Züger (44)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
Baumberger, Hildbrand, Maeder (3)

Abwesend sind – Sont absents:
Berger, Blocher, Brügger Cyrill, Caccia, Camponovo, Carobbio, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Columberg, Dormann, Frey Walter, Hafner Rudolf, Haller, Hämmerle, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Lepori Bonetti, Leuenberger Moritz, Maitre, Marti Werner, Matthey, Meyer Theo, Misteli, Mühlemann, Nabholz, Pini, Robert, Ruffy, Schwab, Segmüller, Sieber, Steinegger, Strahm Rudolf, Suter, Tschäppät Alexander, Ziegler Jean (38)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:
Frey Claude (1)

Art. 99quater

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen:
Votent pour la proposition de la majorité:
Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Bonny, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Bühler Simeon, Bührer Gerold, Bürgi, Cheval-

laz, Cincera, Comby, Cornaz, Couchepin, Darbellay, David, Deiss, Dettling, Dreher, Ducret, Dünki, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Hess Otto, Hess Peter, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Mamie, Maspoli, Mauch Rolf, Maurer, Meier Hans, Meier Samuel, Miesch, Moser, Müller, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruf, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Samuel, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Steiner Rudolf, Stucky, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zwahlen, Zwygart (115)

Für den Antrag der Minderheit stimmen:
Votent pour la proposition de la minorité:
Aguet, Bär, Baumann, Bäumlin, Béguelin, Bodenmann, Borel François, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Danuser, de Dardel, Diener, Duvoisin, Eggenberger, Fankhauser, Fasel, von Felten, Goll, Gonseth, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Ursula, Hollenstein, Hubacher, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Mauch Ursula, Ostermann, Rechsteiner, Schmid Peter, Schmidhalter, Seiler Rolf, Spielmann, Steiger Hans, Thür, Vollmer, Zbinden, Zisyadis, Züger (44)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
Hildbrand, Maeder (2)

Abwesend sind – Sont absents:
Berger, Blocher, Brügger Cyrill, Caccia, Camponovo, Carobbio, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Columberg, Dormann, Frey Walter, Hafner Rudolf, Haller, Hämmerle, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Lepori Bonetti, Leuenberger Moritz, Maitre, Marti Werner, Matthey, Meyer Theo, Misteli, Mühlemann, Nabholz, Pini, Robert, Ruffy, Schwab, Segmüller, Sieber, Steinegger, Strahm Rudolf, Suter, Tschäppät Alexander, Ziegler Jean (38)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:
Frey Claude (1)

Art. 101
Antrag der Kommission
....
b. ein Gericht oder eine verwaltungsunabhängige Rekurskommission als letzte kantonale Instanz für Verfügungen der kantonalen Amtsstellen, der regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der Kassen;
....

Art. 101
Proposition de la commission
....
b. un tribunal ou une commission de recours indépendante de l'administration en tant qu'autorité cantonale de dernière instance, s'il s'agit de décisions des autorités cantonales, des offices régionaux de placement et des caisses;
....

Angenommen – Adopté

Art. 102
Antrag der Kommission
Abs. 2
....
a. das Biga gegen Verfügungen der kantonalen Amtsstellen, der regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der Kassen;
....

Art. 102
Proposition de la commission
Al. 2
....
a. l'Ofiamt contre les décisions des autorités cantonales, des offices régionaux de placement et des caisses;
....

Angenommen – Adopté

Art. 110a
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... zu gewinnen. Es sind auch Pilotversuche zu fördern, die die Flexibilisierung der Arbeitszeit fördern, sofern diese Versuche der Erhaltung oder Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen.
Abs. 2, 3
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 110a
Proposition de la commission
Al. 1
.... du travail. Les essais-pilotes qui favorisent la flexibilité du temps de travail doivent être encouragés, dans la mesure où ils permettent de maintenir ou de créer des emplois.
Al. 2, 3
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 110b (neu)
Antrag der Kommission
Titel
Einführung neuer arbeitsmarktlicher Massnahmen
Wortlaut
Der Bundesrat kann die im Rahmen von Pilotversuchen nach Artikel 110a durchgeführten neuen arbeitsmarktlichen Massnahmen, die sich bewährt haben, auf höchstens 4 Jahre befristet einführen.

Art. 110b (nouveau)
Proposition de la commission
Titre
Introduction de nouvelles mesures en matière de marché du travail
Texte
Le Conseil fédéral peut, pour une durée maximale de quatre ans, introduire les nouvelles mesures en matière de marché du travail qui se sont révélées positives dans le cadre d'essais-pilotes selon l'article 110a.

Angenommen – Adopté

Art. 112a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 113
Antrag der Kommission
Abs. 2
....
c. richten regionale Arbeitsvermittlungszentren nach Artikel 85b ein;
d. setzen tripartite Kommissionen nach Artikel 85 Buchstabe c ein;
e. erlassen die Verfahrensvorschriften;
f. (neu) sorgen für eine wirksame Zusammenarbeit der für die Versicherung und für die Arbeitsvermittlung zuständigen Stellen; und
g. (neu) bezeichnen fünf Feiertage, für die nach Artikel 19 Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung besteht.

Abs. 3
Streichen

Art. 113
Proposition de la commission
Al. 2
....
c. instituent des offices régionaux de placement selon l'article 85b;
d. instituent des commissions tripartites selon l'article 85c;
e. règlent la procédure;
f. (nouvelle) veillent à instaurer une collaboration efficace entre les offices compétents en matière d'assurance et ceux dont relève le domaine du placement;
g. (nouvelle) désignent cinq jours fériés donnant droit à l'indemnité de chômage selon l'article 19.
Al. 3
Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 117a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 118
Antrag der Kommission
Abs. 1
d. .... Arbeitslosenversicherung, nach Massgabe von Ziffer III Absatz 2 der Änderung vom .... dieses Gesetzes.

Art. 118
Proposition de la commission
Al. 1
d. .... d'assurance-chômage, dans les limites du chiffre III alinéa 2 de la modification du .... de la présente loi.

Angenommen – Adopté

Art. 120a, Ziff. II
Antrag der Kommission
Streichen

Art. 120a, ch. II
Proposition de la commission
Biffer

Angenommen – Adopté

Ziff. III
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 2
Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten. Er kann das Gesetz schrittweise bis spätestens auf den 1. Januar 1997 in Kraft setzen. Er kann den Bundesbeschluss vom 19. März 1993 über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung entsprechend der schrittweisen Inkraftsetzung aufheben.

Ch. III
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 2
Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur. Il peut mettre la présente loi en vigueur progressivement d'ici au 1er janvier 1997 au plus tard et abroger l'arrêté fédéral du 19 mars 1993 sur les mesures en matière d'assurance-chômage en fonction de cette mise en vigueur progressive.

Angenommen – Adopté

Art. 32

Antrag Zwahlen
Rückkommen auf Artikel 32:
Abs. 2
.... Karenzzeit von höchstens einem Arbeitstag abgezogen.

Antrag Schmidhalter
Rückkommen auf Artikel 32:
Abs. 3
.... anrechenbar ist. Wetterbedingte Kundenausfälle sind während der Leistungsrahmenfrist maximal für drei Kontrollperioden anrechenbar.

Proposition Zwahlen
Revenir à l'article 32:
Al. 2
.... Conseil fédéral, d'un jour de travail au plus.

Proposition Schmidhalter
Revenir à l'article 32:
Al. 3
... dans l'entreprise. Les pertes de clientèle dues aux conditions météorologiques sont prises en considération durant le délai-cadre de prestation pour trois périodes de contrôle au plus.

Zwahlen Jean-Claude (C, BE): Ce n'est pas pour prolonger les débats que j'ai fait cette proposition de nouvel examen, mais bien par le fait que, à travers les discussions que j'ai eues avec des patrons et directeurs de petites et moyennes entreprises aussi bien qu'avec des représentants syndicaux, j'ai acquis la conviction que nous sommes passés un peu vite sur les conséquences de l'article 32 du projet du Conseil fédéral et soutenu par la majorité de la commission, que nous avons voté il y a deux jours.
Il s'agit de définir à l'article 32 les conditions applicables au chômage partiel. Actuellement, le délai d'attente à la charge de l'employeur est d'un demi-jour. Il était d'un jour jusqu'en 1990 et même d'un seul jour par année dans un régime précédent. Aujourd'hui, le Conseil fédéral propose trois jours au maximum, c'est-à-dire que l'employeur devrait payer jusqu'à 15 pour cent des salaires à 80 pour cent de leur taux, alors que son entreprise se trouve dans des difficultés économiques. Nous sommes persuadés qu'un tel remède contre les excès risque de tuer le malade et que, en mettant à la charge des employeurs deux à trois jours de délais d'attente, nous allons démotiver les entreprises à chômer partiellement.

Le président: Je vous demande de motiver uniquement le principe d'un nouvel examen.

Zwahlen Jean-Claude (C, BE): C'est bien ce que je fais: en réalité, je vous demande de réexaminer l'article 32 parce que la décision que nous avons prise risque d'aller à contresens. Alors que toute la révision en discussion vise à mieux réintégrer les chômeurs dans le monde du travail, il serait paradoxal que les clauses du chômage partiel, qui ont été acceptées à l'article 32, visent précisément à supprimer ce chômage partiel, puisque dans le cas où un employeur devrait payer deux, voire trois jours, il renoncerait au chômage partiel, licencierait et ferait augmenter le chômage complet.
J'ai donc de bonnes motivations pour vous demander d'examiner à nouveau et de reconsidérer l'article 32, et d'adopter ce qui était alors la proposition de la minorité.

Schmidhalter Paul (C, VS): Ich habe den Rückkommensantrag gestellt, weil Herr Bundesrat Delamuraz ausgeführt hat: «Si vous me le permettez, j'en appelle à votre sage autorité et je dis qu'on peut voter sur l'article 32 alinéa 3 maintenant, mais je souhaiterais qu'on le fasse conditionnellement et qu'on puisse, le cas échéant, revenir sur cet alinéa selon ce que l'on aura décidé tout à l'heure à l'article 42.»
Es ist ganz klar: Wir haben in Artikel 42 gegen den Willen der Kommissionsmehrheit und des Bundesrates die Anspruchs-

voraussetzungen für die Schlechtwetterentschädigung wieder eingeführt. Jetzt müssen wir auch hier auf Artikel 32 Absatz 3 zurückkommen, sonst entsteht eine ungleiche Behandlung dieser Arbeiter und Angestellten, die ihre Arbeit infolge schönen Wetters und nicht schlechten Wetters verlieren, daher die Formulierung «wetterbedingte Kundenausfälle».
Ich glaube, es wäre richtig, wenn die Berichterstatter wenigstens so ehrlich gewesen wären, das Rückkommen nicht zu bestreiten, nachdem sie falsche Informationen bei der Entwicklung des Antrages der Mehrheit abgegeben haben («125 Prozent Umsatz» und «Luxuslösung», «Schneekanonen» usw.).

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich bitte Sie, die beiden Rückkommensanträge abzulehnen. Das Geschäft wird ja noch im Ständerat behandelt. Wer der Meinung ist, man habe falsch entschieden, ob in diesem Saal oder ausserhalb dieses Saales, hat im Zweikammersystem die Möglichkeit, die Frage in der anderen Kammer nochmals einbringen zu lassen.
Die fünf Karenztage sind in diesem Saal relativ klar beschlossen worden. Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, jetzt darauf zurückzukommen.
Herr Schmidhalter legt einen neuen Antrag vor; es muss in einer Kommission vorgeprüft werden, ob das allenfalls eine adäquate Alternative wäre. Ich glaube nicht, dass es richtig ist, jetzt darauf zurückzukommen. Wenn die Schönwetterentschädigung wirklich notwendig sein sollte, dann kann die Sache vom Ständerat angepasst werden.
Ich bitte Sie, bei dem zu bleiben, was Sie beschlossen haben.

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für den Antrag Zwahlen stimmen:
Votent pour la proposition Zwahlen:
Aguet, Bär, Baumann, Bäumlin, Béguelin, Bischof, Blatter, Bodenmann, Borel François, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Comby, Danuser, Darbellay, de Dardel, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Epiney, Fankhauser, Fasel, von Felten, Gobet, Goll, Gonseth, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Ursula, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Mauch Ursula, Ostermann, Ruf, Schmidhalter, Schweingruber, Seiler Rolf, Spielmann, Stalder, Stamm Judith, Steiger Hans, Thür, Tschäppät Alexander, Vollmer, Wick, Zisyadis, Züger, Zwahlen (56)

Dagegen stimmen – Rejettent la proposition:
Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Bezzola, Bircher Peter, Bonny, Borer Roland, Bortoluzzi, Bühler Simeon, Bührer Gerold, Bürgi, Chevallaz, Cincera, Cornaz, Couchepin, David, Deiss, Dettling, Dreher, Dünki, Eggly, Engler, Eymann Christoph, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Graber, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Hari, Hess Otto, Hess Peter, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Leuba, Loeb François, Maeder, Mamie, Maspoli, Mauch Rolf, Maurer, Meier Samuel, Miesch, Moser, Müller, Nabholz, Narbel, Nebiker, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmied Walter, Schnider, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Stucky, Suter, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Weyeneth, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zwygart (96)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
Borradori (1)

Abwesend sind – Sont absents:
Berger, Binder, Blocher, Brügger Cyrill, Caccia, Camponovo, Carobbio, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Columberg, Diener, Dormann, Frey Walter, Giezendanner, Giger, Grendelmeier, Hafner Rudolf, Haller, Hämmerle, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Jaeger, Kern, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Moritz, Maitre, Marti Werner, Matthey, Meier Hans, Meyer Theo, Misteli, Mühlemann, Neuenschwander, Pini, Rechsteiner, Robert, Ruffy, Schwab, Segmüller, Sieber, Strahm Rudolf, Weder Hansjürg, Zbinden, Ziegler Jean (46)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:
Frey Claude (1)

Abstimmung – Vote
Für den Antrag Schmidhalter 47 Stimmen
Dagegen 100 Stimmen

Nebiker Hans-Rudolf (V, BL): Im Namen der SVP-Fraktion möchte ich eine kurze Erklärung abgeben. Nur ein Teil der Fraktion wird in der Gesamtabstimmung dem so bereinigten Gesetz zustimmen.
Wir anerkennen zwar, dass das Gesetz auch Verbesserungen bringt, raschere und bessere Wiedereingliederung, Kürzung des Anspruches ohne Bedingung, aktive Arbeitsbeschaffungsmassnahmen und ein aktives Engagement der Versicherten – das sind die positiven Aspekte. Aber die negativen Aspekte sind nicht zu übersehen.
Die finanzielle Situation bei der Arbeitslosenversicherung ist nach wie vor desolat, trotz der Beiträge von Bund und Kantonen. Sie haben das auf der neuesten Zusammenstellung gesehen, wo alles aufdatiert ist; bei 150 000 Arbeitslosen resultiert noch eine Unterdeckung von 1,3 Milliarden Franken, obwohl die Kantone und der Bund total 520 Millionen Franken in die Arbeitslosenversicherung einschiessen. Ich meine, diese Arbeit ist einfach nicht seriös und nicht zu Ende geführt. Wir müssen auch die schwierigen Parts dieser Gesetzesbereinigung ernsthaft an die Hand nehmen, sonst erfüllen wir unseren Auftrag nicht.
In der Zusammenstellung sehen Sie auch, dass sich das Verhältnis bessern kann, dass der Rechnungsausgleich erst bei 90 000 Arbeitslosen gefunden werden kann. Aber das ist doch Zweckoptimismus, das entspricht gar nicht der Realität! Wir müssen schauen, wie es bei heutigen Verhältnissen aussieht, und dabei den Ausgleich finden. Alle zusätzlichen Sparmassnahmen, die wir vorgeschlagen haben, sind abgelehnt worden, beispielsweise für zwei Monate reduzierte Taggelder. Auch die Aufhebung der Schlechtwetterentschädigung wurde grundsätzlich abgelehnt.
Sie sehen, einerseits bauen wir mit zusätzlichen Beiträgen die bestehenden Schulden ab, aber andererseits bauen wir das gleiche Defizit mit der laufenden Unterdeckung wieder auf. So kann man eine Arbeit nicht abschliessen, so bauen wir nur zusätzliche Malaises und einen zusätzlichen Schuldenberg auf, in einer Zeit, wo man, wie gesagt, sparen sollte! Aber Sparen tut natürlich irgendwo weh; es ist offenbar populärer, Geld zu verteilen, als tatsächliche Sparübungen durchzuziehen.

Miesch Christian (R, BL): Ich spreche als selbständiger Kleinunternehmer.
Nun steht es also fest, und es ist kaum zu glauben: Diese Vorlage ist im Ausgabenbereich etwa gleich hoch wie die alte. Dieser Umstand ist katastrophal. Und wenn man bedenkt, dass auf der Einnahmenseite auch noch zugelegt wird, ist das noch schlimmer.
Diese Vorlage ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht unverantwortlich. Sie verhindert den Missbrauch überhaupt nicht und ist für diejenigen, die nicht arbeiten wollen, immer noch zu attraktiv und bestraft jene, die Leistungen erbringen wollen.
Jede, aber jede Vorlage, die wir ändern oder neu schaffen, ist im Ausgabenbereich gleich hoch oder höher und im Einnahmenbereich auf jeden Fall höher. Wir reden von tiefer Staatsquote, fordern gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, damit unsere Leistungen im Sozialbereich aufrechterhalten werden können, und wir machen das Gegenteil!
Ich protestiere als Kleinunternehmer, der für die Erhaltung der Arbeitsplätze auf dem Markt kämpft und sich behauptet, gegen diese Vorlage. Wer einer solchen Vorlage zustimmt, handelt unverantwortlich.

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Die FDP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass das Konzept, wie es uns vorliegt, interessant ist und weiterverfolgt werden soll.
Das Konzept, das habe ich schon bei meinem Eintretensreferat gesagt, ist innovativ und weist in die Zukunft. Wir haben uns also klar für diesen Weg ausgesprochen, und dazu stehen wir immer noch. Jedoch können wir mit dem Erreichten im finanziellen Bereich überhaupt nicht zufrieden sein.
Wir erwarten vom Ständerat eine ausgesprochene Verbesserung, die zur Finanzierbarkeit dieser Vorlage führt. Die FDP-Fraktion wird also in der Gesamtabstimmung etwas geteilter Meinung sein.

Ledergerber Elmar (S, ZH): Ich erkläre Ihnen namens der sozialdemokratischen Fraktion, dass wir der Auffassung sind, dass mit diesem Gesetzentwurf eine Vorlage geschaffen worden ist, die wesentliche Verbesserungen mit sich bringt, die den Missbrauch, wo er vorhanden ist und vorhanden war, im wesentlichen abstellt, die aber damit aufhört – wie das Herr Miesch getan hat – zu versuchen, die Bewältigung der Folgen einer wirtschaftlich schwierigen Lage ausschliesslich auf dem Buckel jener auszutragen, die keine Arbeit haben.
Die reiche Schweiz kann es sich leisten und muss es sich leisten, jene, die unverschuldet an Strukturwandel, an konjunkturellen Einbrüchen leiden, soweit abzufedern, dass sie weiterhin ein menschliches Leben in diesem Land führen können, dass sie eine Chance besitzen, in dieser Gesellschaft und in dieser Wirtschaft menschenwürdig weiterzubestehen und wieder Arbeit zu finden.
Es ist nicht so, wie Herr Nebiker und Herr Miesch gesagt haben, dass dieses Gesetz unverantwortlich ist. Es ist unverantwortlich, jetzt zu versuchen, in unserer Politik einen neuen Graben aufzureissen, wobei die Opfer jene sind, die keine Arbeit haben. Es scheint mir auch fachlich und politisch nicht verantwortlich zu sein, wie das die SVP-Fraktion getan hat, mit einem Antrag Blocher daherzukommen – 30 Tage Karenzfrist –, dann praktisch nichts mehr zu liefern, aber am Schluss dennoch gross auszurufen. Das ist keine Politik.
Ich möchte Sie daran erinnern, dass heute die Resultate einer Umfrage erschienen sind, nach welcher die Bevölkerung ganz klar sagt, bei der Arbeitslosenkasse solle nicht gespart werden; 66 Prozent der Bevölkerung wollen bei der Arbeitslosenversicherung nicht sparen *(Unruhe)* – das ist für Sie vielleicht überraschend, da können Sie immer noch lachen. Aber 79 Prozent der Bevölkerung wollen bei der Armee sparen, 54 Prozent wollen beim Strassenbau sparen. Das sind jene Bereiche, die Sie heute noch nicht anzutasten wagen, sondern da wollen Sie in alten Ideologismen verharren und das Geld weiterhin zum Fenster rausschmeissen.
Ich bitte Sie, bei der Gesamtabstimmung dieser Vorlage zuzustimmen und ihr eine Chance zu geben, damit ein wichtiger Schrittwechsel in der Arbeitslosenversicherung vollzogen werden kann.

Deiss Joseph (C, FR): Puisque la nervosité de certains fait qu'à part le débat d'entrée en matière il y a maintenant aussi un débat de sortie, je ne voudrais pas manquer d'apporter l'appui du groupe démocrate-chrétien, dans sa grande majorité, aux résultats tels qu'ils ressortent de nos délibérations.
Premièrement, il s'agit maintenant de voir l'essentiel et de passer par-dessus des éléments peut-être ponctuels qui ne satisfont pas l'un ou l'autre. L'essentiel est que nous changeons d'optique, de mentalité. Le chômage n'est pas seulement un destin qu'on subit, on peut réagir contre le chômage, et les mesures dites de «marché du travail» seront certainement un élément décisif pour l'avenir.
Deuxièmement, nous sommes en présence d'une situation nouvelle, puisque nous partons sur un consensus tel qu'il a été élaboré avec les partenaires sociaux. Il est vrai que le résultat obtenu s'écarte quelque peu de ce qui avait été convenu en sous-commission, mais au nom du groupe démocrate-chrétien, je crois pouvoir dire que nous restons dans les limites que suppose toujours un tel consensus.
Enfin, ce résultat comporte, il est vrai, autant pour les chômeurs, les cotisants que pour les pouvoirs publics, des sacrifices supplémentaires par rapport à la situation actuelle. Ceci est positif dans la mesure où on s'écarte aussi de la mentalité qui risquerait de s'installer maintenant, où l'on vit à crédit et où l'on pourrait croire qu'il suffit de s'endetter pour verser des indemnités aux chômeurs.
Pour toutes ces raisons, je vous demande de voir maintenant l'essentiel et d'approuver le résultat de nos délibérations.

Dreher Michael (A, ZH): Die Fraktion der Freiheits-Partei wird einstimmig diese Gesetzesrevision ablehnen, wie wir das schon beim Eintreten gesagt haben. Man ist angetreten, um die Geldflüsse zu verkleinern – man geht aus der Revision und hat den Bach zum Strom gemacht.
Es hat der Mut gefehlt, ein Schönwettergesetz aus alten Zeiten, das gemacht wurde, als Arbeitslosigkeit ein EG-Phänomen war, zu revidieren. Ich persönlich glaube nicht an Mentalitätsänderungen und Gesinnungswandel; wir reden schon die ganze Zeit von den ramponierten Bundesfinanzen. Es ist aber auch in diesem Parlament weder eine Mentalitätsänderung noch ein Gesinnungswandel erkennbar.
Was hat der sehr geehrte Kollege Ledergerber unter Berufung auf nicht näher genannte Umfragen gesagt? Wir können natürlich schon beim Strassenbau sparen, das ist richtig – dann haben wir noch mehr arbeitslose Strassenbauer, die werden sich sicher dankbar erweisen. Wir können auch bei der Armee noch mehr sparen. Der VPOD in Thun, mit den vielen Arbeitsplätzen seiner Mitglieder, die gefährdet sind, wird in wahre Begeisterungsstürme ausbrechen, wenn das hier beschlossen wird.
Aus diesem Grunde wird die FPS-Fraktion ohne Wenn und Aber nein stimmen. Das Referendum ist ja bereits angekündigt worden, aus Kreisen, denen wir nicht nahestehen. Ich bin froh, dass für einmal andere die Arbeit machen.

Thür Hanspeter (G, AG): Die Konsenssuche in diesem Land wird tatsächlich laufend schwieriger. Wir sind angetreten, ein Gesetz zu revidieren, das die Sozialpartner ursprünglich massiv bekämpft haben. Es war eine aussichtslose Situation. Die Kommission ist daran gegangen, zusammen mit den Sozialpartnern eine tragfähige Lösung zu suchen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Missbräuche – sofern sie vorhanden sind – bei der Arbeitslosenversicherung auszumerzen. Sie hat eine neue Philosophie kreiert, die solche Missbräuche im Ansatz verhindert.
Natürlich ist dieser Konzeptwechsel eine grosse Herausforderung für alle: für die Gemeinden, die Kantone, den Bund, die Arbeitslosenversicherung, aber auch für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die grüne Fraktion ist der Überzeugung, dass dieser Konzeptwechsel eine zukunftsweisende Lösung sein kann, wenn er von allen Beteiligten mit der nötigen Energie in Angriff genommen wird. Wenn sich heute nun verschiedene Parteien und Parteienvertreter von dieser Konsenssuche verabschieden, ist das ein Zeichen dafür, dass es in diesem Land ausserordentlich schwierig geworden ist, überhaupt noch tragfähige Kompromisse zu finden.
Im Unterschied zu anderen Fraktionen sind die Grünen in dieser Frage geeint und werden diesem Kompromiss mit Überzeugung zustimmen.

Le président: Le groupe libéral communique qu'il aprouvera le projet.

Namentliche Gesamtabstimmung
Vote sur l'ensemble, par appel nominal

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:
Aguet, Aubry, Bär, Baumann, Baumberger, Bäumlin, Béguelin, Bezzola, Bircher Peter, Blatter, Bodenmann, Bonny, Borel François, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Chevallaz, Cincera, Comby, Couchepin, Danuser, Darbellay, David, Deiss, Diener, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, von Felten, Fischer-Sursee, Früh, Giger, Gobet, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ru-

dolf, Hafner Ursula, Hari, Hess Peter, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Kühne, Ledergerber, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maeder, Mamie, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Misteli, Nabholz, Narbel, Nebiker, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Rechsteiner, Rohrbasser, Ruckstuhl, Rychen, Sandoz, Savary, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spoerry, Stamm Judith, Steiger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Stucky, Suter, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Züger, Zwygart (123)

Dagegen stimmen – Rejettent le projet:
Aregger, Binder, Bischof, Borer Roland, Bortoluzzi, Bühler Simeon, Bührer Gerold, Cornaz, Dreher, Fischer-Hägglingen, Giezendanner, Hess Otto, Jenni Peter, Kern, Maurer, Miesch, Moser, Müller, Reimann Maximilian, Rutishauser, Scherrer Jürg, Schmid Samuel, Schwab, Spielmann, Stalder, Stamm Luzi, Steinemann, Vetterli, Weyeneth, Zisyadis (30)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
Allenspach, Borradori, de Dardel, Dettling, Fischer-Seengen, Fritschi Oscar, Gysin, Heberlein, Hildbrand, Keller Rudolf, Maspoli, Ruf, Schmied Walter, Steffen, Tschuppert Karl, Zwahlen (16)

Abwesend sind – Sont absents:
Berger, Blocher, Brügger Cyrill, Caccia, Camponovo, Carobbio, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Columberg, Dormann, Frey Walter, Friderici Charles, Haller, Hämmerle, Hegetschweiler, Herczog, Jaeger, Lepori Bonetti, Leuenberger Moritz, Maitre, Marti Werner, Matthey, Meyer Theo, Mühlemann, Neuenschwander, Pini, Robert, Ruffy, Strahm Rudolf, Ziegler Jean (30)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:
Frey Claude (1)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision

Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Differenzen – Divergences

Siehe Jahrgang 1994, Seite 309 – Voir année 1994, page 309

Beschluss des Nationalrates vom 5. Oktober 1994
Décision du Conseil national du 5 octobre 1994

Präsident: Nach Rücksprache mit der Berichterstatterin und mit dem zuständigen Departement schlage ich Ihnen folgendes Vorgehen vor:
1. Zuerst behandeln wir den Artikel 27a (neu), die Altersgrenze bei der Höchstzahl der Taggelder, denn dort wird eine wesentliche Neuerung gegenüber dem Nationalrat beantragt.
2. Anschliessend beraten wir die Differenzen der Reihe nach gemäss der Fahne.
3. Die Artikel 18, Karenzfrist, und Artikel 22, Degression, beraten wir gemeinsam. Anschliessend bereinigen wir zunächst den Text dieser beiden Artikel. Erst dann stimmen wir über Artikel 18 Absatz 1 und über Artikel 22 Absatz 3 ab. So können Sie sich über diese beiden wichtigen Bestimmungen in Kenntnis des genauen Wortlautes der ganzen Artikel entscheiden.

Art. 27a (neu)
Antrag der Kommission
Titel
Höchstzahl der Taggelder für Versicherte bis zum 25. Altersjahr und für Versicherte, die erstmals eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen
Abs. 1
Versicherte bis zum 25. Altersjahr und Versicherte, die erstmals eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, können, ohne an einer arbeitsmarktlichen Massnahme teilzunehmen, 85 Taggelder von ihrem Höchstanspruch gemäss Artikel 27 beziehen. Der Bezug der übrigen ihnen nach Artikel 27 Absatz 2 zustehenden Taggelder richtet sich nach Artikel 59b.
Abs. 2
Der Bundesrat kann die Altersgrenze gemäss Absatz 1 bis auf höchstens 30 Jahre anheben, sofern sich die arbeitsmarktlichen Massnahmen in den Kantonen bewähren, insbesondere die Vermittlungsfähigkeit der Versicherten dadurch verbessert wird und die Bereitstellung der zusätzlich erforderlichen arbeitsmarktlichen Massnahmen den Kantonen zugemutet werden kann. Der Bundesrat hat die Kantone vorgängig anzuhören und auf Kantone mit hoher Arbeitslosigkeit besonders Rücksicht zu nehmen.

Art. 27a (nouveau)
Proposition de la commission
Titre
Nombre maximum d'indemnités journalières pour les demandeurs d'emploi jusqu'à l'âge de 25 ans et pour les primodemandeurs d'emploi
Al. 1
Les assurés jusqu'à l'âge de 25 ans et les assurés primodemandeurs d'emploi peuvent toucher 85 indemnités journalières sur leur droit maximum selon l'article 27 sans participer à une mesure de marché du travail. La perception du reste des indemnités journalières auxquelles ils ont droit selon l'article 27 alinéa 2 est régie par l'article 59b.
Al. 2
Le Conseil fédéral peut étendre la limite d'âge selon l'alinéa 1er jusqu'à 30 ans au plus pour autant que les mesures de marché du travail dans les cantons remplissent leur rôle, en particulier que l'aptitude au placement des assurés soit améliorée et que la mise à disposition des mesures de

marché du travail supplémentaires par les cantons apparaisse comme raisonnable. Le Conseil fédéral doit entendre les cantons avant de prendre sa décision et tenir particulièrement compte de la situation de ceux ayant un chômage élevé.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Der Nationalrat hat in der Herbstsession 1994 gegenüber der Vorlage, wie wir sie im Frühling 1994 verabschiedet haben, einen Systemwechsel vorgenommen. Die nationalrätliche Fassung beruht gemäss den Aussagen des Kommissionspräsidenten, Herrn David, auf den folgenden fünf Pfeilern:
1. Wechsel der Prioritäten hin zum Erhalt der Erwerbsfähigkeit und zu rascher Wiedereingliederung;
2. damit einhergehend Neuordnung des Taggeldanspruches;
3. Einführung der regionalen Arbeitsvermittlungszentren;
4. Stipulierung von fünf Karenztagen;
5. Neuordnung der Finanzierung.

Ihre Kommission anerkennt den grossen Arbeitseinsatz der nationalrätlichen Kommission und stimmt in der Zielrichtung voll mit der Version des Nationalrates überein. Von den erwähnten fünf Grundpfeilern werden vier ohne wesentliche Änderungen übernommen.
Lediglich bei der Einführung des Konzeptes der besonderen Taggelder schlägt Ihnen Ihre Kommission eine Abänderung vor. Das zur Hauptsache in Artikel 27a niedergelegte Rückkommen auf das System des Nationalrates drängt sich aus den folgenden Gründen auf:
1. Der Nationalrat hat in verdienstvoller Weise den Bann gebrochen und erstmals ein Gespräch der Sozialpartner über das Thema Arbeitslosenversicherung herbeiführen können. Die nationalrätliche Lösung beruht denn, was namentlich in den Medien zu Recht positiv bewertet wurde, auf einem von den Sozialpartnern getragenen Kompromiss. Die Kosten der Lösung wurden jedoch – und hier setzt die Kritik Ihrer Kommission an – auf an den Verhandlungen nicht beteiligte Dritte, die Kantone, abgewälzt. Die Kantone haben nach dem Konzept des Nationalrates Mehrkosten von mindestens 350 Millionen Franken im Jahr zu tragen. Es versteht sich von selbst, dass es die Pflicht des Ständerates ist, hier die Interessen der Kantone angemessen zu berücksichtigen. Die von Ihrer Kommission vorgeschlagene Lösung würde den Kantonen Mehrkosten von zirka 3 Millionen Franken bescheren. Für den AHV-Ausgleichsfonds würde die Lösung Ihrer Kommission 110 Millionen Franken im Jahr mehr kosten als die vom Nationalrat verabschiedete Vorlage.
2. Die Lösung des Nationalrates basiert darauf, dass während einer relativ kurzen Zeit (bei unter Fünfzigjährigen während 150 Tagen) normale Taggelder ausbezahlt werden und der Arbeitslose anschliessend in ein Beschäftigungs- oder Weiterbildungsprogramm integriert wird. Nur wenn er dort mitmacht, erhält er sogenannte besondere Taggelder ausbezahlt. Können die Kantone nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten, so werden sie dadurch bestraft, dass sie 25 Prozent an die ausgerichteten Taggelder zu bezahlen haben. Bei der allen Berechnungen zugrunde gelegten Annahme von 150 000 Arbeitslosen hätten die Kantone nach System Nationalrat 66 000 Plätze in arbeitsmarktlichen Massnahmen zur Verfügung zu stellen. Zürich als Beispiel 11 510, Bern 7460, Waadt 9420 und Genf 6882. Diese Anforderungen können gerade Kantone mit hohen Arbeitslosenraten schlicht nicht erfüllen. Sie hätten daher ihren Anteil von 25 Prozent an die auszubezahlenden Taggelder zu entrichten und würden so gleich doppelt getroffen.
Zudem wirft eine staatlich verordnete und subventionierte Schaffung von Beschäftigungen in derart grossem Masse auch grundsätzliche Fragen auf. Entweder werden pro forma Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, die dem Erhalt oder der Wiedergewinnung der Vermittlungsfähigkeit nicht dienen. Oder mit den geschaffenen realen Arbeitsstellen werden die private Wirtschaft und das Gewerbe konkurrenziert, es wird praktisch eine durch die Arbeitslosenversicherung subventionierte und daher zu günstigeren Preisen anbietende Parallelwirtschaft aufgebaut, was wiederum zu Verlusten von Arbeitsplätzen und so zur Schaffung eines Teufelskreises führen kann.

Aus den genannten Gründen hat sich Ihre Kommission entschlossen, das Konzept des Nationalrates mit der zweifachen Verpflichtung – einerseits derjenigen der Arbeitslosen zum Tätigwerden in einer arbeitsmarktlichen Massnahme und andererseits derjenigen der Kantone zur Schaffung der entsprechenden Möglichkeiten – lediglich für Arbeitslose bis zum 25. Altersjahr und für potentielle Berufsneueinsteiger zu übernehmen.
Ihre Kommission geht davon aus, dass gerade bei jungen Menschen eine Beschäftigung von grösster gesellschaftspolitischer Wichtigkeit ist. Junge Menschen müssen sich Praxis erwerben, sich eine Arbeitsethik aneignen, um nachher überhaupt noch vermittelbar zu sein. Bei den über 25 Jahre alten Arbeitslosen schlägt Ihnen Ihre Kommission aus Gründen der Praktikabilität vor, es bei dem anlässlich der letzten Lesung verabschiedeten System zu belassen. Auch diese Arbeitslosen können von den Kantonen zu Beschäftigung oder Weiterbildung angehalten werden. Die Kantone ihrerseits sind jedoch nicht bei Androhung von finanziellen Folgen im Unterlassungsfall verpflichtet, auch eine entsprechende Beschäftigungsmöglichkeit in einer arbeitsmarktlichen Massnahme zur Verfügung zu stellen.
Das von Ihrer Kommission vorgeschlagene System verpflichtet die Kantone, 14 800 Stellen in arbeitsmarktlichen Massnahmen zu schaffen – Zürich 2096, Bern 1727, Waadt 2388, Genf 1333. Die Grenze wurde mit 25 Jahren absichtlich relativ tief angesetzt, um den Kantonen die Kapazität zu belassen, auch für andere Kategorien von Arbeitslosen, namentlich für langzeitarbeitslose und ältere Menschen, noch die Möglichkeit zur Teilnahme an arbeitsmarktlichen Massnahmen zu schaffen. In Artikel 27a Absatz 2 wird zudem eine Evolutivklausel verankert, die dem Bundesrat die Möglichkeit gibt, nach Absprache mit den Kantonen und unter Rücksichtnahme auf die Kantone mit hoher Arbeitslosigkeit die Altersgrenze auf 30 Jahre zu erhöhen.
Im Zusammenspiel mit Artikel 59b werden mit der vorgeschlagenen Lösung gegenüber dem geltenden Recht Einsparungen für den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung von rund 300 Millionen Franken im Jahr erwartet. Durch die Beschränkung des Konzeptes auf jugendliche Arbeitslose und potentielle Berufsneueinsteiger sind die erwarteten Einsparungen um 100 Millionen Franken im Jahr geringer als bei der Version des Nationalrates.
Ich bitte Sie im Namen Ihrer Kommission, dem neuen Artikel 27a zuzustimmen und damit gleichzeitig den Entscheid für das geschilderte zweistufige System zu fällen. Sie votieren damit für eine Lösung, die nach wie vor Rücksicht auf die übereinstimmenden Interessen der Sozialpartner nimmt und die soweit als irgend möglich für die möglichst rasche Wiedereingliederung der Arbeitslosen sorgt, jedoch gleichzeitig auch den berechtigten Anliegen der Kantone Rechnung trägt, die schlussendlich für den Vollzug dieses Gesetzes gewonnen werden müssen.

Martin Jacques (R, VD): Je saisis l'opportunité de ce pseudo-débat d'entrée en matière pour expliquer comment ont été conduits les travaux de notre commission concernant l'élimination des divergences.
A ma grande déception, la révision de la loi sur l'assurance-chômage s'est transformée aujourd'hui en une guerre de tranchées. Elle oppose – le Conseil national au Conseil des Etats – les partenaires sociaux aux cantons, la gauche à la droite. Cette situation hautement conflictuelle est la preuve que le sacro-saint compromis qui a soi-disant été trouvé l'été dernier par un groupe de stratèges issus du Conseil national et des partenaires sociaux n'était pas un bon compromis.
Il n'est pas un bon compromis, car il était conçu sans que les cantons, les principaux concernés, soient associés à la réflexion, sans même qu'ils soient consultés selon des modalités acceptables. Il n'est pas un bon compromis, car il fait peser sur ces mêmes cantons, les cantons romands particulièrement, des charges financières nouvelles, des charges souvent insupportables dans le contexte budgétaire qui est actuellement le leur. Surtout, il n'est pas un bon compromis, car il repose sur un principe, sur une philosophie, celle de la contre-prestation obli-

gatoire qui est présentée comme la baguette magique, mais qui pourrait bien n'être que de la poudre aux yeux.
C'est ce dernier point qui doit conduire nos réflexions. Le thème fondamental dont nous devons débattre est le suivant: le principe de la contre-prestation – on ne paie plus un chômeur pour ne rien faire, mais pour se former ou pour rendre un service à la collectivité –, si séduisant au niveau intellectuel et conceptuel, est-il applicable dans la pratique? Une telle opération justifie-t-elle son coût? La cible que nous visons est-elle bien la bonne? Trois interrogations!
Sur la base des expériences faites en tant que responsable du dossier chômage dans l'un des cantons les plus touchés par ce fléau, je me vois contraint de répondre négativement à ces questions. Sans vouloir citer M. de La Palice, je dois rappeler que la seule philosophie logique est celle qui encourage les chômeurs à se diriger vers l'économie réelle, vers les entreprises, et non pas, comme l'a décidé le Conseil national avec son idée de contre-prestation, une philosophie qui oriente les sans-emploi vers une économie parallèle et artificielle, une économie subventionnée, constituée de cours, de programmes d'occupation, de stages dans les entreprises ou dans les administrations. Si ces mesures sont nécessaires, elles doivent rester un moyen, elles ne doivent pas devenir un but.
La décision du Conseil national veut obliger des chômeurs à suivre des cours. On ne fait pas de formation des adultes par décret gouvernemental! Le principe fondamental de toute démarche formative repose sur la motivation de l'individu. A l'heure où les budgets de la formation de base passent par les laminoirs de la restriction, nous n'avons pas le droit d'institutionnaliser une formation obligatoire qui ne tiendrait pas compte de la motivation des chômeurs. Nous n'avons pas le droit de prendre le risque de gaspiller ainsi l'argent des cotisants. Nous n'avons pas le droit de mettre en place un système qui pousse les chômeurs à suivre des cours, non pas parce que ceux-ci les intéressent, mais parce que c'est un moyen de continuer à toucher les indemnités.
Le Conseil national veut obliger les chômeurs à participer à des programmes d'occupation, à des stages dans les administrations. Il veut obliger les cantons et les collectivités publiques à recréer les emplois qui sont supprimés par l'économie privée. Il veut mettre en place une économie parallèle, une économie artificielle, un deuxième marché du travail. Cette stratégie pose des questions aujourd'hui sans réponse. Ce deuxième marché du travail va-t-il être un tremplin dirigeant les chômeurs vers l'économie réelle ou un ghetto dont les sans-emploi auront moult peine à sortir? La mission des administrations est-elle de s'organiser pour fournir des prestations de qualité aux administrés ou est-elle d'occuper des chômeurs? Comment multiplier les programmes d'occupation sans concurrencer l'économie privée? Ce système va-t-il, comme le pensent les associations patronales, juguler les abus? Ne va-t-il pas, au contraire, inciter un nombre grandissant de personnes à se former aux frais de l'assurance-chômage? Ne va-t-il pas inciter les chômeurs à rester le plus longtemps possible dans des programmes d'occupation, des programmes dont les rythmes de travail ne sont pas stressants et dont les salaires sont parfois supérieurs à ceux que peuvent offrir certaines branches de l'économie privée? Autant de questions!
Demander aux cantons de créer suffisamment de mesures actives pour tous leurs chômeurs sous peine d'être sanctionnés financièrement, c'est les pousser à créer des cours alibis, des programmes d'occupation bidon. C'est les inciter à adopter un raisonnement purement quantitatif. C'est les contraindre à négliger la qualité des mesures actives de réinsertion. Les cours ne doivent pas seulement être nombreux, ils doivent surtout être bons, correspondre à des besoins. Les programmes d'occupation ne doivent pas être multipliés, ils doivent être surtout qualifiants, valorisants et chargés d'une puissance d'insertion. En matière de mesures actives du marché du travail, nous avons la responsabilité d'avoir un raisonnement qualitatif, et pas uniquement une approche quantitative. Il est important de faire beaucoup, mais il est encore plus important de le faire bien, par respect pour les chômeurs, mais aussi par respect pour toute la population active, qui finance l'opération par ses cotisations.
Pour toutes ces raisons, je vous invite à soutenir le projet qui a été préparé par votre Commission de la sécurité sociale et de la santé publique, projet qui se concentre sur les trois points fondamentaux suivants:
1. La réforme du placement public de l'emploi. La création d'offices régionaux de placement permet de professionnaliser l'aide et les conseils à apporter aux personnes perdant leur emploi, et ce, dès les premiers jours de chômage. Les ORP stimuleront l'acte essentiel de la gestion du chômage, c'est-à-dire le placement. Les ORP seront utiles non seulement aux chômeurs, mais aussi aux employeurs. Ils amélioreront la transparence du marché de l'emploi, l'adéquation entre l'offre et la demande de travail. Grâce à des bilans de carrière, les chômeurs pourront être dirigés vers les mesures de reconversion et de réinsertion professionnelles les mieux adaptées à leur cas individuel.
2. Un traitement particulier – c'est le problème soulevé par Mme Beerli – et spécifique, réservé au chômage des jeunes de moins de 25 ans et aux primodemandeurs d'emploi. Tous les gouvernements des pays industrialisés ont mis un accent particulier sur la question du chômage des jeunes. Parce que les jeunes sont l'avenir économique de ce pays, parce que le chômage les affecte particulièrement, parce que l'inactivité déstructure plus rapidement leur personnalité, nous devons leur réserver une stratégie spécifique. C'est pourquoi je souhaite et estime réaliste que la stratégie de la contre-prestation leur soit appliquée. Si cette stratégie est véritablement la meilleure, comme le pensent les partenaires sociaux, alors le chômage des jeunes pourra être réduit ou éradiqué. La preuve de l'efficacité de la contre-prestation étant ainsi faite, la clause évolutive que nous vous proposons permettra de l'étendre à d'autres catégories de chômeurs.
3. Un renforcement des mesures qui dirigent les chômeurs vers l'économie réelle et qui stimulent la création d'emplois. C'est pourquoi je vous invite notamment à soutenir les dispositions concernant une utilisation plus intensive des gains intermédiaires, une meilleure définition du travail convenable, mais aussi et surtout les dispositions encourageant les chômeurs voulant créer leur entreprise, les chômeurs qui veulent prendre des risques et qui, s'ils réussissent, se transformeront en créateurs d'emplois.
La solution proposée par notre commission garde à l'esprit la philosophie des décisions du Conseil national, pas dans leur globalité, c'est vrai, mais ceci pour des raisons objectives, financières ou d'application. Il est indispensable que nous trouvions, avec nos collègues de la Chambre du peuple, un accord afin d'adopter ce projet.
C'est urgent, comme il est indispensable, Monsieur le Vice-Président du Conseil fédéral, que dès aujourd'hui vos services travaillent sur un projet de révision fondamentale. Nos travaux parlementaires, comme l'expérience que nous menons sur le terrain, démontrent extrêmement clairement que nous devons repenser complètement notre philosophie de lutte contre le chômage pour mieux dominer ce fléau, problème majeur de notre société.

Onken Thomas (S, TG): Gestatten Sie mir auch als Kommissionspräsident noch ein Wort zu dieser Bestimmung und zu unserer schwierigen und sehr heiklen Aufgabe der Differenzbereinigung. Wir mussten zwischen zwei Polen einen Ausgleich finden:
Auf der einen Seite das nationalrätliche Konzept mit seinem innovativen und fortschrittlichen Lösungsansatz, den wir ohne Vorbehalt anerkennen – ausgerichtet auf die rasche Integration, fokussiert auf aktive arbeitsmarktliche Massnahmen, auf das Engagement und die Mitwirkung der Erwerbslosen nach der Devise: weg vom passiven Bezug der Arbeitslosengelder, von der Untätigkeit, von dem für viele erniedrigenden und krankmachenden Nicht-mehr-gebraucht-Werden und hin zum raschen, gezielten Einbezug in Massnahmen, die die Wiedereingliederung und damit auch die Zuversicht und den Lebensmut fördern.
Auf der anderen Seite aber die Erwartungen der Kantone, den vielen Tausenden von Erwerbslosen direkt ausgesetzt, an der Front des Geschehens – die Kantone, die das nur auf dem Pa-

pier schlüssige Konzept vollziehen, umsetzen und weitgehend auch bezahlen müssen. Wären es nur die Untätigen und Säumigen gewesen, die es leider auch gibt, wir hätten ihnen Beine machen müssen. Aber es waren auch die Innovativen, es waren die Pioniere unter den Kantonen, die sich ebenfalls gegen dieses allumfassende Konzept des Nationalrates aufgelehnt haben, weil eine derartige Zahl von Plätzen nicht aus dem Boden gestampft werden kann.
Wir sehen jetzt eine Lösung vor, insbesondere hier in diesem Artikel 27a, die den Kantonen weit – sehr weit! – entgegenkommt. Um die Zahl zu beschränken, haben wir uns auf die Jungen konzentriert. Die Jugendarbeitslosigkeit ist eine ganz besondere Geissel. Mein Kollege Jacques Martin hat es soeben auch ausgeführt. Hier stranden viele im Leben. Und es lohnt sich, ja es ist sogar dringend notwendig, gerade hier eine besondere, eine konzentrierte Anstrengung zu leisten. Aber es ist natürlich nicht zwingend, denn auch zwischen 30 und beispielsweise 55 Jahren werden Weichen gestellt, entscheiden sich viele Schicksale, werden menschliche Qualitäten und fachliche Kompetenzen verschwendet. Und hier tun wir natürlich nichts, jedenfalls nichts unmittelbar Verbindliches, nichts Verpflichtendes. Wir lancieren einen Appell an die Kantone. Wir setzen gewisse finanzielle Anreize. Wir schaffen auch eine Art Brücke mit den zusätzlichen 85 Tagen in einer anschliessenden Rahmenfrist, aber bindend, verpflichtend ist das natürlich nicht.
Das Konzept der ständerätlichen Kommission gründet, was die älteren Erwerbslosen anbetrifft, sehr stark auf der Freiwilligkeit und der Einsicht, auf der Initiative und der Sonderanstrengung der Kantone, auch in diesem Bereiche aktiv zu werden. Wenn man nun aber auf die bisherigen Erfahrungen schaut, so muss man gewisse Zweifel haben, dass tatsächlich alle Kantone diesem Aufruf folgen und auch für diese Kategorie der Erwerbslosen jene Anstrengungen erbringen werden, die an sich erforderlich sind.
Die Gesetzgebung hat nach unserer Beratung – das ist einzuräumen – an umfassender Neuerungskraft verloren. Sie hat nicht mehr den Glanz des grossen Wurfes, als der das nationalrätliche Konzept bezeichnet worden ist, sondern atmet den Geist des pragmatischen, nüchternen, aber eben auch realitätsbezogenen Kompromisses. Und das ist, meine ich, an und für sich gut schweizerisch, denn wir müssen ja Gesetze machen, die von den Kantonen auch vollzogen werden können.
Das erfordert gerade in diesem Fall zwar gewiss die Einbindung der Sozialpartner, aber doch vor allem auch der Kantone als der Träger des Ganzen, der Handelnden, derjenigen, die all die Auflagen vollziehen müssen. Es ist, wie Frau Beerli gesagt hat, gerade an unserem Rate, an sie zu denken.
Auf der anderen Seite stehen wir noch in der ersten Etappe der Differenzbereinigung, wir sind noch nicht am Ende. Auch mit unseren Anträgen sind wir nicht am Ziel, das Ringen wird weitergehen, der Umdenkensprozess wird weitergehen, und wahrscheinlich werden auch wir einen vernünftigen Schritt weitergehen müssen und mit uns die Kantone. Wir werden eine Lösung finden, davon bin ich überzeugt: zwar keine Maximallösung, aber eine optimale, eine zeitgemässe, entwicklungsfähige Lösung. Die Evolutivklausel, die wir eingebracht haben, zielt ja schon auf die zukünftige Entwicklung.
Von den Sozialpartnern hört man jetzt Grollen und wohl auch ein wenig Säbelrasseln. Sie fühlen sich teilweise vor den Kopf gestossen. Dafür kann man Verständnis haben; sie haben sich einvernehmlich hinter die Lösung des Nationalrates gestellt und sind über unser Zurückbuchstabieren enttäuscht. Nun wollen sie sich teilweise sogar wieder aus dieser Einbindung, aus diesem Konsens lösen. Dies wäre allerdings töricht, und ich finde, man sollte sich hier besinnen. Konzepte auf dem Papier, mögen sie noch so überzeugend, noch so vollendet sein, bringen letztlich nichts. Es kommt auf das Machbare, auf das Umsetzbare an, das wir stärker im Auge hatten.
Besinnen muss man sich, wenn ich mir diese Bemerkung noch erlauben darf, aber auch auf die primäre Aufgabe der Sozialpartner. Denn diese primäre Aufgabe besteht nicht darin, den Kantonen zu verordnen, eine Art Parallelwirtschaft zur privaten Wirtschaft aufzuziehen, Arbeitsplätze zu schaffen, die obendrein die private Wirtschaft nicht einmal unmittelbar konkurrenzieren dürfen. Die primäre Aufgabe der Sozialpartner – der Arbeitgeber im besonderen – besteht vielmehr darin, diese neuen Arbeitsplätze in einer sozial verantworteten Marktwirtschaft selbst zu schaffen: teilzeitliche, arbeitszeitverkürzte, flexible, möglichst dauerhafte Arbeitsplätze. Es gilt, sie in der Wirtschaft zu schaffen und nicht in erster Linie hier, im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, in einem ambivalenten Zwischenbereich.

Simmen Rosmarie (C, SO): Ich empfehle Ihnen ebenfalls, hier die Fassung der Kommission anzunehmen, eine Fassung, die sehr eingehend erarbeitet worden ist.
Die Kommission unseres Rates hat sich mit dem völlig neuen Konzept des Nationalrates ernsthaft auseinandergesetzt und nach reiflicher Überlegung dazu entschlossen, das zentrale Element dieser neuen Sicht der Arbeitslosenversicherung zu übernehmen.
Bereits unser Rat als Erstrat hatte sich darüber Gedanken gemacht, ob diese Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes tatsächlich auch weit genug in die Tiefe gehe, um die effektiven Probleme der Arbeitslosigkeit anzugehen. Sie können sich erinnern, dass wir uns anlässlich der Erstberatung auf den Standpunkt gestellt hatten, das sei eigentlich nicht der Fall. In Anbetracht der zeitlichen Dringlichkeit und auch der finanziellen Probleme, die die Arbeitslosenversicherung hat, waren wir aber bereit, auch auf die kleine Version einzuschwenken.
Der Nationalrat hat das anders gesehen. Die Kommission empfiehlt Ihnen nun, diesen Grundgedanken schon in dieser Revision aufzunehmen.
Allerdings nützen der beste Grundgedanke und das beste Modell nichts, wenn die Sache in der Praxis nicht durchgeführt werden kann. Diesbezüglich bestehen nun, bei der Fassung des Nationalrates einfach grosse Bedenken. Diese Fassung würde beinhalten, 66 000 Stellen zu schaffen. Auf einem Arbeitsmarkt, wie er heute in der Schweiz besteht, besonders in gewissen Kantonen, ist es schlicht nicht möglich, 66 000 wertvolle oder – mindestens – genügende Arbeitsplätze zu schaffen. Es kann uns ja nicht darum gehen, dass die Beschäftigung so ist, dass A den Graben am Montag aufschaufelt und B ihn am Dienstag wieder zuschaufelt. Solche Beschäftigungsprogramme wollen wir nicht einführen. Auch Kurse müssen für die Leute, die sie besuchen, einen Sinn haben. Wir wollen keine Alibistellen schaffen. Die Arbeitslosen verdienen auch Stellen, die echte Arbeit beinhalten und ihnen nicht letztlich den Weg zurück in die normale Beschäftigung, versperren.
Wir haben uns in der Kommission nach langen Berechnungen für eine Altersgrenze von 25 Jahren für diese besonderen Taggelder entschieden, dies in der Überzeugung, dass die Jugendarbeitslosigkeit tatsächlich eine Geissel ist, die in ganz erster Linie beseitigt werden muss. Die ganz jungen Leute (zwischen 20 und 24 Jahren) stellen den höchsten Prozentsatz an Arbeitslosen, wobei allerdings die Arbeitslosigkeit bei ihnen weniger lang dauert als bei älteren Arbeitnehmern. Es geht in den meisten Fällen um zwei bis drei Monate, bis diese jungen Leute wieder eingegliedert sind. Gerade auch diesem Phänomen haben wir mit einer differenzierten Betrachtung Aufmerksamkeit geschenkt, indem nämlich allen erst einmal 85 Taggelder zur Verfügung stehen; das sind diese drei Monate, die oft genügen, um eine neue Stelle zu finden. Erst nachher, wenn es nicht möglich war, eine Stelle zu finden, kommen diese besonderen Taggelder für die Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen oder an Kursen zum Tragen.
Sollte es sich herausstellen, dass genügend junge Leute wieder in diesen ersten drei Monaten integriert werden können, haben wir die Evolutivklausel, dass der Bundesrat die Grenze allenfalls hinaufsetzen kann, wenn das nötig sein sollte. Wir haben damit auch die Gewähr, dass für ältere Arbeitnehmerinnen und -nehmer, die ihre Stelle verloren haben, Programme geschaffen werden können und dass nicht sämtliche Kapazitäten auf die ganz jungen Leute ausgerichtet sind.
Sie sehen, es steckt einiges an Arbeit der Kommission hinter den Anträgen zu den Artikeln 27 und 27a. Ich empfehle Ihnen, dieser Fassung zuzustimmen.

Huber Hans Jörg (C, AG): Gleich wie meine Vorrednerinnen und Vorredner empfehle ich Ihnen, dem zur Diskussion stehenden Artikel in der von der Kommission beantragten vorliegenden Fassung zuzustimmen.
Die von uns geltend gemachten Gründe sind eindeutig. Wir haben eine Situation, wie sie sich in letzter Zeit im Gesetzgebungsprozedere zwischen dem Ständerat und dem Nationalrat häufig abzeichnet.
Die bundesrätliche Botschaft datiert vom 29. November 1993. Als Erstrat haben wir diese Vorlage am 14. und am 17. März 1994, also nach unglaublich kurzer Zeit, behandelt. Wir haben sie unter den Zielsetzungen behandelt, Herr Bundesrat, die vom Bundesrat vorgegeben wurden (Beiträge zur finanziellen Sanierung, Neufestsetzung des Leistungsumfangs, Neuumschreibung der zumutbaren Arbeit, Missbrauchsbekämpfung bei allen Beteiligten, Akzentuierung der Prävention und arbeitmarktliche Massnahmen). Das sind keine Kreationen der anderen Kammer. Das sind Dinge, die es bis jetzt gegeben hat, die es nach unseren Ideen geben soll, die in der Praxis gegenwärtig am Laufen sind und ihren Beitrag leisten. Ich wehre mich dagegen, dass antithetische Positionen bezogen werden und dass ein «Krieg der Räte» über ein Thema geführt wird, das, wie selten eines, dieser Versuchung entzogen werden muss.
Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir neben der Akzentuierung der Prävention das Thema der Effizienz und der Möglichkeit des praktischen Vollzugs als ein zentrales Thema unserer ersten Lesung angesehen haben.
Die Berichterstatterin, Frau Beerli, hat damals den Kern unserer Überlegungen wie folgt zusammengefasst:
«Ihre Kommission ist gemeinsam mit dem Bundesrat der Ansicht, dass eine derartige Eingrenzung der Revisionsvorlage aus Gründen der Dringlichkeit des Vorhabens heute angezeigt ist.» (AB 1994 S 217) Beschränkung, Dringlichkeit und Eingrenzung der Revisionsthematik waren die Zielsetzungen unserer Haltung in der ersten Lesung. Das hat zum Ergebnis geführt, dass der Ständerat diese Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 34 zu 0 Stimmen gutgeheissen hat.
Was ist jetzt passiert? Es ist das passiert, was wir im Rahmen der 10. AVH-Revision erlebt haben, nämlich ein Systemwechsel durch einen Rat während der parlamentarischen Beratung. Ich muss sagen, dass das durchaus eine Möglichkeit ist. Wenn es sich aber um ein vordringliches Problem des Landes, sehr vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger, bestimmter Regionen des Landes, handelt, sollte man die Freude an der Innovation zurückstellen und sich an die vorgegebenen Leitlinien für eine Teilrevision, die noch durch dringliche Bundesbeschlüsse unterbrochen wird, halten.
Sogar der Kommissionspräsident, Herr Onken, hat in seinem Votum des weitern die Fragen der Finanzierbarkeit der Lösung des Nationalrates, d. h. des Systemwechsels, dargelegt. Er hat auch die Frage der Praktikabilität in den Kantonen angesprochen. Ich schliesse mich diesen Bemerkungen an. Wir haben für den Kanton Aargau minuziös erheben lassen, welches die Konsequenzen sind. Diese Unterlagen haben auch unserer Kommission vorgelegen. Das sind Ergebnisse, zu denen ich sagen muss, dass ich bezüglich der Frage der Praktikabilität ein ganz grosses Fragezeichen hinter die Lösung setze, wie sie hier nun vom Nationalrat gefunden wurde und uns unterbreitet wird. Ich halte dafür, dass wir – und ich sage das nochmals – bei diesem Thema keine tiefgehenden Widersprüche zwischen den Räten aufkommen lassen.
Wenn man die Zusammenstellung ansieht, die das – im übrigen eifrige und gute – Biga zu dieser Vorlage gemacht hat, dann erkennt man, dass der Ständerat bereit ist, bei rund 50 Differenzen in 34 Fällen dem Nationalrat entgegenzukommen. Und es hat hier Dinge darunter, die wir so geschluckt haben, wie man eine Kröte schluckt. Aber wir haben das getan, um den Graben nicht tiefer werden zu lassen und um den Konsens zu finden.
Wenn ich nun den Artikel, um den eigentlich gerungen wird, noch speziell anschaue, dann teile ich die Auffassung derjenigen, die sagen, es sei gegen die Jugendarbeitslosigkeit ein entschiedenes Zeichen, ein entschiedenes Signal, zu setzen. Aber es ist dann doch nicht richtig, zu sagen, alle anderen würden vergessen. Das stimmt nicht. Das ist sachlich nicht richtig. In einer Situation, in der die zeitliche Dringlichkeit besteht, in der die sachliche Notwendigkeit besteht, besteht jedoch der Zwang zur Beschränkung, zur Schwergewichtsbildung. Das tun wir mit dieser Lösung, die ich Ihnen nach gründlicher Analyse und nach einer intensiven Beteiligung an der Auseinandersetzung in der Kommission in der beantragten Fassung zur Annahme empfehle.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Il est vrai que l'élaboration de cette loi sur l'assurance-chômage ressemble fort à une valse – une valse lente malheureusement – dansée dans la petite salle de bal ou dans la grande salle de bal. Nous souhaitons les uns et les autres que cette approche qui a connu des méandres parfois invraisemblables puisse aboutir dans de brefs délais à une convergence qui nous permette de danser ensemble le dernier mouvement et de pouvoir mettre un terme à ce long programme de danse. Car nous vivons dans un domaine extrêmement sensible: socialement sensible, politiquement sensible, économiquement sensible, créé par le chômage dans une situation d'anormalité de son règlement, puisque nous sommes actuellement sous l'empire d'une loi dépassée et d'un arrêté fédéral urgent qui a essayé à court terme d'en corriger quelques-uns des effets.
Il est grand temps que nous puissions disposer d'un instrument qui soit adapté aux conditions d'aujourd'hui et qui nous permette d'envisager, d'administrer, de régler le problème des conséquences sociales du chômage avec des moyens modernes, et qui nous donne également le temps dans les années qui viennent – peu d'années – de procéder à une troisième révision plus fondamentale encore de cet instrument qu'est l'assurance-chômage.
Je remercie les membres de la commission du Conseil des Etats de la grande mobilité d'esprit et de la grande disponibilité avec lesquelles ils ont travaillé et avec lesquelles ils ont, permettez-moi l'expression, digéré un certain nombre de nouveautés importantes que le Conseil national a introduites, en tant que deuxième Conseil, au projet que vous aviez adopté lors de la première délibération.
J'aimerais en même temps dire en toute clarté, notamment à M. Huber, que lorsque j'ai été appelé devant la commission plénière du Conseil national l'été dernier à Lucerne pour enregistrer les résultats auxquels la sous-commission était parvenue, et qui transformaient sensiblement les conditions de cette assurance-chômage, je me suis naturellement réjoui de la convergence plus grande qui était née entre les partenaires sociaux. Mais j'ai, dans le même temps, informé qu'il y avait malheureusement un grand absent aux abonnés, c'était les cantons, et que je ne voyais pas qu'il soit possible d'aller devant le plénum du Conseil national riche de cet accord entre les partenaires sociaux, sans que les cantons aient été dûment entendus et qu'il ait été tenu compte, dans la mesure du possible en tout cas, de leurs désirs. Les procédures à ce moment-là étaient sans doute trop courtes pour que le travail puisse se faire, comme on dit en français, d'une manière «gründlich». Il faut bien reconnaître que les choses ont passé très rapidement – trop rapidement – et qu'il est dans le rôle naturel du Conseil des Etats de tenter de corriger là où il se doit les décisions qui ont été prises et qui sont par trop difficiles ou chimériques pour les cantons.
Il me suffira de vous dire que, durant tout le débat du plénum du Conseil national, au nom du Conseil fédéral je me suis déclaré d'accord avec les principes nouveaux qui étaient résultés des travaux de la commission du Conseil national, de cette entente et de cette convergence entre les partenaires sociaux, mais que chaque fois qu'il y a eu proposition de minorité où il s'agissait de mieux prendre en compte les intérêts cantonaux, j'ai rallié le Conseil fédéral à ces propositions de minorité. Certaines ont passé, d'autres n'ont pas connu le succès devant le plénum du Conseil national.
Aujourd'hui, nous participons à un débat qui devrait rééquilibrer le tout dans un sens non pas de défense exclusive et de protection absolue des cantons – ils ont leur responsabilité et leurs charges à prendre; je crois qu'ils n'en contestent pas la portée –, mais dans un sens de meilleur équilibre des intérêts

nombreux, divers et lourds qui doivent être confrontés dans l'élaboration de notre nouveau texte. C'est ainsi que je mesure le rôle correcteur que nous devons apporter au projet défendu par le Conseil national et qui nous promet, je pense, encore quelques pas de valse lente, jusqu'à ce que l'on puisse vraiment être sur une longueur d'ondes commune concernant ce projet.
J'aimerais dire que la première des dispositions qui se trouve encore ouverte, et qui crée apparemment divergence entre votre Conseil et le Conseil national, est précisément l'article 27a que nous discutons maintenant. La version du Conseil national, dans l'état actuel du marché du travail et avec le nombre de chômeurs que nous avons en Suisse aujourd'hui, porterait sur quelque 66 000 chômeurs qui tous, pour pouvoir continuer à être inscrits au tableau des indemnités, devraient se soumettre à ces cours de réinsertion et devraient, par conséquent, avoir l'attitude active que nous attendons d'eux. Je reconnais avec vous que si nous étions dans des zones de chômage beaucoup moins importantes que nous ne le sommes dans certains cantons, notamment les cantons de Suisse romande, cet exercice d'assujettissement de tous les chômeurs à des travaux de réinsertion, cette activation, si vous préférez, de leur attitude serait correcte, normale, possible. Mais en l'occurrence, notamment dans les cantons qui présentent des taux de chômage pouvant aller jusqu'au double de la moyenne suisse et caracoler à 7 ou 8 pour cent actuellement, ces programmes, s'ils devaient être suivis par tous, auraient à la fois quelque chose de dispendieux et surtout d'irréaliste.
Nous l'avions dit, nous le confirmons ici: il n'est pas possible, à partir d'un certain niveau, de concevoir des cours qui se tiennent, qui ont pour eux la vraisemblance et qui apportent véritablement avec eux des réponses actives aux questions qui se posent. Et comme il faudrait s'astreindre à ces cours pour toucher l'indemnité, le risque de cours «bidon» ou «alibis», comme le disait par exemple M. Martin Jacques tout à l'heure, est grand. C'est la raison pour laquelle, comme ils conduiraient de surcroît à des dépenses parfaitement superflues à cause du caractère théorique que revêtiraient ces cours, je comprends tout à fait l'idée qu'a introduite votre commission de limiter le nombre des ayants droit et de ne nourrir ce concept que pour les primodemandeurs et pour les chômeurs jusqu'à 25 ans. Avec cette solution – vous le disiez vous-même, Madame le rapporteur –, c'est environ du quart des assujettis qu'il faudrait parler; par rapport à ces 66 000, on n'en aurait vraisemblablement plus que 15 000.
Je pense que choisir le critère essentiel de l'âge correspond, si l'on veut limiter, à une notion d'efficacité, à une notion aussi d'équité, car c'est du côté des jeunes chômeurs que se situent les problèmes les plus difficiles à résoudre, à cause de la perspective d'une vie qu'on voudrait active et qui, pendant plusieurs années, pourrait être condamnée par l'existence d'un chômage persistant. Il est donc naturel que soient pris en compte d'abord les jeunes chômeurs. J'aurais, quant à moi – je ne vous le cache pas –, souhaité que la limite ne soit pas située d'une manière si absolue à 25 ans. J'aurais porté cette limite à quelques années de plus.
Mais comme il n'y a aucune proposition qui va dans ce sens au sein du Conseil des Etats, je pense qu'il faut administrer la formule telle que la propose la commission. Je ne voudrais pas ouvrir les paris, je ne voudrais pas faire quelque procès d'intention au plénum du Conseil national, j'ai comme qui dirait le sentiment que le plénum du Conseil national aura plutôt tendance à pousser de quelques années vers le haut cette limite de l'âge jusqu'auquel on a droit à ce traitement. Nous verrons. Cela fait partie précisément de cette politique parfois un peu lassante, mais indispensable de l'ajustement progressif de vos décisions.
Au total donc, et au nom du Conseil fédéral, je peux m'associer à la formule neuve que propose la commission de votre Conseil, avec le secret désir qu'ultérieurement, si elle est adoptée ici, puis au Conseil national, se soit avec quelques années de plus. Mais cela est de la «Zukunftsmusik».

Angenommen – Adopté

Art. 1 Abs. 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 1 al. 2
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich habe nichts beizufügen, ausser dass wir bei Artikel 1 Absatz 2 dem Nationalrat zustimmen, da wir mit der Zielrichtung – ich habe es bereits bei Artikel 27a gesagt – voll und ganz übereinstimmen.

Angenommen – Adopté

Art. 3 Abs. 1
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 3 al. 1
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 3a
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... der Bundesrat den für die Beitragspflicht massgebenden Lohn (Art. 3 Abs. 1) erhöhen, aber je Arbeitsverhältnis höchstens bis zum Zweieinhalbfachen des für die obligatorische Unfallversicherung massgebenden Höchstbetrages des versicherten Verdienstes.
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 3
Streichen

Art. 3a
Proposition de la commission
Al. 1
.... le Conseil fédéral peut augmenter le salaire déterminant soumis à cotisation (art. 3 al. 1er); toutefois, par rapport de travail, ce salaire ne dépassera pas deux fois et demie le montant maximum du gain assuré dans l'assurance-accidents obligatoire.
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 3
Biffer

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Zu Absatz 1: Im Gegensatz zum Nationalrat hält ihre Kommission an einer Plafonierung beim Zweieinhalbfachen des für die obligatorische Unfallversicherung massgebenden Höchstbetrages des versicherten Verdienstes fest.
Diese Erhöhung des Plafonds dient jedoch nur zur Tilgung der bis Ende 1995 akkumulieren Schulden und der aufgelaufenen Zinsen und muss nach Schuldentilgung wieder gesenkt werden. Die Lösung des Nationalrates (allfällige Aufhebung des Plafonds) ist verfassungswidrig, sie widerspricht Artikel 34novies Absatz 4 der Bundesverfassung, der ausdrücklich eine Plafonierung vorschreibt.
Zu Absatz 3: Die Streichung der Bestimmung, wonach auf der Lohnsumme über 97 200 Franken – das ist der Höchstbetrag für die Unfallversicherung – lediglich 1 Prozent an Beiträgen zu entrichten ist, bedeutet: Es sind auf dem ganzen Betrag bis 243 000 Franken 3 Prozent geschuldet.

Angenommen – Adopté

Art. 4 Abs. 2–4
Antrag der Kommission
Abs. 2
Der Bundesrat kann den Beitragssatz je nach Bedarf senken, jedoch nicht, solange der Ausgleichsfonds Schulden hat.
Abs. 3
Unverändert
Abs. 4
Streichen (s. Abs. 3)

Art. 4 al. 2–4
Proposition de la commission
Al. 2
Au besoin, le Conseil fédéral peut réduire le taux de cotisation, mais il ne peut le faire tant que le fonds de compensation est endetté.
Al. 3
Inchangé
Al. 4
Biffer (voir al. 3)

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 4 Absätze 2, 3 und 4 handelt es sich lediglich um redaktionelle Anpassungen.

Brändli Christoffel (V, GR): Ich war in meinem Kanton für diesen Bereich zuständig und gestatte mir daher einige Ausführungen zu diesen Beitragssätzen:
In bezug auf die Gesamtrevision, meine ich, sind die Neuerungen der Kommission zu befürworten.
Bezüglich der Finanzierung haben wir die Situation, dass wir gegenwärtig 2 Prozent auf diesen 97 000 Franken bezahlen, das sind 1940 Franken im Maximum. Nach dem Beschluss des Nationalrates kommt ein Zuschlag von 1 Prozent dazu, das gibt 4370 Franken im Maximum und gemäss ständerätlicher Kommission 3 Prozent von 243 000 Franken. Das sind 7290 Franken.
Ich glaube, es ist notwendig, dass man diese Erhöhung des Maximums von 1940 Franken auf 7290 Franken hier auch diskutiert, weil damit beim Steuersubstrat der Kantone natürlich einiges verlorengeht. Beim nationalrätlichen Konzept ist es beim Steuersubstrat ein Betrag von rund 300 Millionen Franken, der verlorengeht. Bei unserem Vorschlag dürften es 400 bis 500 Millionen Franken sein. Es ist deshalb nicht so, dass die Kantone durch den Vorschlag, der auf dem Tisch liegt, nur begünstigt werden.
Was handeln wir uns mit diesen Mehrbelastungen ein? Es ist die Hoffnung, die Sanierung voranzutreiben. Diese Hoffnung aber beruht auf dem Wunschdenken, dass die Arbeitslosenzahl von 150 000 auf 90 000 sinkt. Wenn wir von 150 000 Arbeitslosen ausgehen, dann können Sie nachrechnen, dass wir im Jahre 2000 wahrscheinlich eher bei 8 Milliarden Franken Schulden sein werden als bei einer Sanierung der Kasse. Diese massive Erhöhung der Beitragssätze und die Hoffnung auf die Abnahme der Arbeitslosenzahl sind keine Antwort auf die Defizite, die wir heute auf dem Tische haben.
Ich bin eigentlich sehr froh, dass die WAK des Nationalrates den Bundesrat in einem Postulat aufgefordert hat, eine neue Revision vorzubereiten, die dann diese Sanierung bringt. Für eine echte Sanierung müsste man bei den Ausgaben ganz massiv sparen. Ich erwähne hier einige Stichworte: den Wildwuchs bei den Weiterbildungsveranstaltungen. Es ist so, dass man heute im Rahmen der Arbeitslosenversicherung sehr oft eher die Anbieter bedient anstatt die Arbeitslosen. Über einen strengeren Vollzug und über die Höhe der Entschädigungen sollte man reden. Die Einsparungen bei den Ausgaben sind – so meine ich – bei dieser Revision nicht ausgeschöpft. Weil man Arbeitslosigkeit nur mit Arbeitsplätzen bekämpfen kann, sollte bezüglich der Förderung der Revitalisierung und der Deregulierung einiges mehr angeboten werden. Erst dann kann man über derart massive Erhöhungen diskutieren.
Ich signalisiere damit, dass ich eher für den Beschluss des Nationalrates bin.
Ich wäre Herrn Bundesrat Delamuraz dankbar, wenn er sagen würde, wann diese Revision mit konkreten Vorschlägen kommt, die auch einen Ausgleich in dieser Rechnung bringt.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je me permets de rendre hommage à M. Brändli, car nous avons travaillé ensemble, dans nos gouvernements respectifs, à la même matière, et j'ai vu à l'oeuvre le conseiller d'Etat grison dans ce domaine, conduisant la maison avec rigueur et avec précision. La collaboration était, comme elle l'est avec les cantons en général, excellente.
Les remarques qu'il fait sur le financement et sur les solutions du financement à long terme sont partagées par le Conseil fédéral. Nous ne prétendons pas, et nous l'avons dit dans le message d'ailleurs, trouver par la révision actuelle la solution définitive au financement de la loi sur l'assurance-chômage, non plus que nous n'avons donné l'image définitive, pour le XXIe siècle tout entier, de ce que devra être cette loi dans d'autres secteurs que le secteur de son financement.
Le grand problème, pour suivre le Conseil national sur ce point, mais pour pouvoir le suivre rapidement, est, Monsieur Brändli, dans le fait que la prochaine révision devra bel et bien se fonder sur une nouvelle disposition constitutionnelle. Vous savez comme moi qu'entreprendre et réussir une telle transformation exige – de nos jours, j'allais dire – des années et des années d'un labeur acharné qui peut être réduit à néant par les résultats d'un dimanche.
C'est dire que nous aurons, pour préparer cette nouvelle base constitutionnelle, qui est indispensable si nous voulons vraiment faire neuf dans ce domaine, si nous voulons ensuite trouver une assise favorable à cette nouvelle disposition constitutionnelle après les consultations habituelles, quelques années de travaux préalables.
Quand j'ai articulé la date de 2000 devant la commission du Conseil national pour cette réalisation, il y a eu quelques sourires. Et pourtant, je crois que c'était réaliste de ma part, lorsque l'on constate que les débuts de la modification législative que nous faisons ensemble actuellement remontent à 1990, qu'il a fallu enregistrer des échecs avec quelques avant-projets que mon département avait rédigés, sachant bien que la situation économique allait se dégrader. Aujourd'hui, à l'aube de 1995, nous n'en sommes pas encore venus à bout, puisque c'est la deuxième délibération devant le Conseil prioritaire et que nous avons encore des perspectives de navette, comme je l'ai dit tout à l'heure. C'est dès lors réaliste de parler de l'an de grâce 2000, horizon précédant l'Exposition nationale, pour réussir cette opération, au moins au plan constitutionnel.

Angenommen – Adopté

Art. 4a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Vielleicht noch eine Zahl zum letzten Artikel: Die Erhöhung des Plafonds des versicherten Verdienstes auf die 243 000 Franken ergibt Mehreinnahmen von 375 Millionen Franken im Jahr. Das sind 3 Prozent auf den Einkommen zwischen 97 200 Franken und 243 000 Franken.
Zu Artikel 4a: Nach diesem Artikel kann der Bundesrat den Beitragssatz auf 3 Prozent heraufsetzen, dies mit dem Zweck, die bis Ende 1995 aufgelaufenen Schulden inklusive Zinsen zu tilgen. Im Gegensatz zum Nationalrat sollen jedoch die 3 Prozent auf dem zweieinhalbfachen UVG-Lohn entrichtet werden können. Der Nationalrat bestimmte lediglich 3 Prozent bis 97 200 Franken und 1 Prozent auf der darüberliegenden Lohnsumme.
Ihre Kommission hat hingegen das Konzept des Nationalrates übernommen, wonach die Erhöhung des Beitragssatzes nicht zeitlich zu befristen ist, sondern bis zur Tilgung der bis zum 31. Dezember 1995 aufgelaufenen Schulden dienen soll.

Angesichts der hohen Belastung des Faktors Arbeit soll das zusätzliche Lohnprozent nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben, sondern zur Tilgung der bestehenden und im nächsten Jahr entstehenden Schulden verwendet werden. Hier entstehen Mehreinnahmen – 1 Prozent auf der Lohnsumme bis zu 97 200 Franken – von 1,85 Milliarden Franken im Jahr.

Angenommen – Adopté

Art. 7
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 8 Abs. 1 Bst. d
Antrag der Kommission
d. .... noch eine Altersrente der AHV bezieht.

Antrag Salvioni
Abs. 1
Der Versicherte hat Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung, wenn er:
a. ganz oder teilweise arbeitslos ist;
b. die Beitragszeit erfüllt hat oder von der Erfüllung der Beitragszeit befreit ist;
c. in der Schweiz wohnt;
d. seine Berufsausbildung abgeschlossen und das AHV-Alter noch nicht erreicht hat.
Abs. 2
Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung oder Präventivmassnahmen haben nur Arbeitslose, die nebst den Bedingungen in Absatz 1 die beruflichen und persönlichen Anforderungen für eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt erfüllen.
Abs. 3 (neu)
Die Prüfung der beruflichen und persönlichen Eignung dient der Einteilung der Arbeitslosen in fünf Kategorien:
– leicht zu vermittelnde Arbeitslose;
– umzuschulende Arbeitslose;
– schwer zu vermittelnde Arbeitslose;
– regelmässige Arbeitslose;
– Sozialfälle.
Abs. 4 (neu)
Nach diesem Gesetz entschädigungsberechtigt sind nur die Arbeitslosen der beiden ersten Kategorien.
Abs. 5 (neu)
Die Einkünfte der Arbeitslosen der drei anderen Kategorien werden, beispielsweise über die Gewährung eines Mindesteinkommens, durch die anderen Sozialversicherungen sichergestellt (auszubauen im Rahmen der laufenden Revisionen auf dem Gebiet der IV, AHV, Fürsorge usw.). Diese Personen kommen nur auf Anweisung der zuständigen Sozialstellen in den Genuss von Umschulungs- oder Eingliederungsmassnahmen.

Art. 8 al. 1 let. d
Proposition de la commission
d. .... de rente de vieillesse de l'AVS;

Proposition Salvioni
Al. 1
L'assuré a droit à l'indemnité de chômage:
a. S'il est sans emploi ou partiellement sans emploi;
b. S'il a rempli les conditions relatives à la période de cotisation ou s'il en a été libéré;
c. S'il est domicilié en Suisse;
d. S'il a achevé sa formation professionnelle et s'il n'a pas encore atteint l'âge AVS.
Al. 2
Les conditions décrites à l'alinéa 1er donnent droit à l'indemnité et aux mesures préventives seulement si le chômeur satisfait aux conditions professionnelles et personnelles pour une insertion dans le marché du travail.
Al. 3 (nouveau)
L'examen des caractéristiques personnelles et professionnelles doivent permettre de regrouper les chômeurs en cinq catégories:
– chômeurs dont le placement est aisé;
– chômeurs à reconvertir;
– chômeurs dont le placement est difficile;
– chômeurs réguliers;
– cas sociaux.
Al. 4 (nouveau)
La présente loi donne droit aux indemnités uniquement aux chômeurs appartenant aux deux premières catégories.
Al. 5 (nouveau)
Le revenu des chômeurs appartenant aux trois autres catégories est garanti par les autres assurances sociales (à développer dans le cadre des révisions en cours AI, AVS, assistance, etc.), par exemple au moyen d'un salaire minimum. Ces personnes bénéficieront des mesures de reconversion et d'insertion directe dans le marché du travail seulement sur indication des services sociaux compétents.

Art. 8bis (neu)
Antrag Salvioni
Abs. 1
Die Einteilung der Arbeitslosen in eine der fünf Kategorien nach Artikel 8 Absatz 3 erfolgt auf kantonaler Ebene durch eine Stelle, welche die Arbeitslosen nach ihren beruflichen, persönlichen, psychischen und physischen Eignungen beurteilt.
Abs. 2
Die regionalen Arbeitsämter sind verantwortlich für die Auswertung der Fähigkeiten der Arbeitslosen der beiden ersten Kategorien und der von den Sozialstellen bezeichneten Arbeitslosen.
Abs. 3
Die kantonalen Sozialstellen bemühen sich über ihre Einrichtungen und Wiedereingliederungsmassnahmen sowie über die in diesem Gesetz vorgesehenen Präventivmassnahmen um die Vermittlungsfähigkeit der von ihnen betreuten Arbeitslosen.
Abs. 4
Die kantonalen Arbeitsmarkt- und Sozialstellen umschreiben in gegenseitigem Einvernehmen das Vorgehen für die Wiedereingliederung von Personen, die gemäss Artikel 8 Absatz 5 ein Minimaleinkommen beziehen.

Art. 8bis (nouveau)
Proposition Salvioni
Al. 1
L'appartenance d'un chômeur à l'une des cinq catégories énoncées à l'article 8 alinéa 3 sera déterminée par les cantons à l'aide d'une structure permettant d'évaluer les chômeurs d'un point de vue professionnel, personnel, psychologique et médical.
Al. 2
Les offices régionaux du travail assumeront la responsabilité de suivre tous les profils des chômeurs appartenant aux deux premières catégories et des chômeurs signalés par les services sociaux.
Al. 3
Les services sociaux cantonaux se préoccupent de rendre aptes au placement les chômeurs qui leur sont confiés, par le biais de leurs structures et leurs mesures de réinsertion, ainsi que des mesures préventives prévues par la présente loi.
Al. 4
Les services du marché du travail et les services sociaux cantonaux définissent d'un commun accord les parcours de réinsertion pour les cas de personnes au bénéfice du salaire minimum au sens de l'article 8 alinéa 5.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Vielleicht kann ich zuerst die Bemerkung zur Änderung machen, die wir gegenüber der Lösung des Nationalrates vorgenommen haben. Dann wäre es gut, wenn Herr Salvioni seinen Antrag begründen könnte.

Wir haben den Begriff «Rente» durch den Begriff «Altersrente» ersetzt. Das ist einerseits redaktionell, hat jedoch auch einen Sinn, denn mit der 10. AHV-Revision wird das flexible Rentenalter eingeführt. Damit wird es möglich sein, bereits vor Erreichen des ordentlichen Rentenalters eine Altersrente zu beziehen. Es muss deshalb an dieser Stelle präzisiert werden, dass nur eine Altersrente, nicht aber eine Invaliden- oder Witwenrente einen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung ausschliesst.

Salvioni Sergio (R, TI): Da un lato le proposte della commissione alleggeriscono la posizione dei Cantoni; da questo profilo è con particolare soddisfazione che abbiamo preso atto dei risultati dei suoi lavori. Dall'altro lato tuttavia il problema della disoccupazione dovrebbe essere affrontato – secondo l'opinione del Canton Ticino, che io qui riporto – con una reimpostazione di tutta la sistematica, in modo particolare facendo una divisione tra i disoccupati che sono immediatamente inseribili nel mercato del lavoro, i disoccupati che sono difficilmente inseribili, che meritano però di avere un riciclaggio, e infine i disoccupati che non sono più inseribili e che diventano dei «casi sociali».
J'avais fait cette proposition de modification avant de connaître les résultats des délibérations de la commission. Je dois dire que les conclusions de la commission vont en partie dans la direction de mes propositions. C'est la raison pour laquelle j'anticipe en annonçant que je vais retirer mes propositions, mais je veux expliquer quelle est la différence.
La commission, à l'article 27a, a proposé une limite d'âge à 25 ans. M. le Conseiller fédéral a dit à juste titre qu'il aurait peut-être préféré voir une augmentation de cet âge, parce que des personnes peuvent avoir plus de 25 ans – disons la trentaine – et pourraient encore s'insérer dans le marché du travail; la méthode choisie est celle de la fixation d'une limite d'âge.
Le canton du Tessin a fait l'expérience d'une méthode un peu différente, c'est-à-dire en créant des profils pour chaque chômeur. On a subdivisé les chômeurs en cinq catégories. Pratiquement, les deux premières catégories comptent des chômeurs qu'il vaut vraiment la peine d'essayer d'insérer dans le marché du travail, parce qu'ils sont prêts à l'être. Pour les autres, par contre, il s'agit plutôt de cas sociaux pour lesquels le problème doit être résolu de façon un peu différente.
Si j'ai maintenu jusqu'à maintenant cette proposition, c'était pour donner un signal pour la prochaine révision de la loi sur l'assurance-chômage, afin que, au lieu de la méthode de la fixation d'une limite à 25 ans, on aille plutôt dans une autre direction, qui consisterait à évaluer chaque chômeur. On peut le faire. Au Tessin, avec 1000 chômeurs, on a établi des profils prenant en compte différents éléments. Le résultat est assez intéressant parce qu'il fait apparaître qu'une partie assez importante, 35 ou 40 pour cent de ces chômeurs, pouvait être insérée immédiatement dans le marché du travail. Abandonner à leur sort ceux qui ne peuvent pas être insérés alourdit énormément les travaux des commissions et des cantons. C'est la raison pour laquelle il est opportun d'arriver à une clarification dans ce domaine.
Le but immédiat de ma proposition, qui était d'alléger la charge des cantons, est devenu pratiquement caduc du fait de la teneur de l'article 27a. Reste toutefois l'idée que je lance auprès du Conseil fédéral, qui s'est montré assez sensible aux propositions de la part de cantons ayant une certaine expérience en la matière. Je laisse ouverte cette proposition afin que l'on puisse y travailler lors de la prochaine révision.
En ce qui concerne l'article 22, j'en parle tout de suite parce que je retire aussi cette proposition; il est donc inutile que j'intervienne après. Il s'agit aussi d'une idée qu'on lance, mais je sais qu'il ne sera pas possible de l'intégrer au système élaboré en commission, car je ne veux pas introduire un élément qui ne soit pas «systemkonform», comme disent les Alémaniques. Cette idée vaut néanmoins la peine d'être un peu étudiée: ce serait de fixer l'indemnité journalière à 50 pour cent du gain assuré, surtout pour les jeunes, parce qu'on connaît le cas de jeunes qui, recevant une indemnité complète, ne sont plus stimulés à chercher un travail, mais en accordant un pourcentage pour chaque année de travail selon les critères AVS, on encourage la recherche de travail. Avec ce système, on obtiendrait, d'un côté, une réduction substantielle des dépenses de la caisse de chômage et, de l'autre, on pourrait favoriser l'insertion surtout des jeunes dans le marché du travail.
Comme je l'ai dit, mon canton a fondé beaucoup d'espoirs sur ces idées qui ont été mises au point, et j'espère qu'on en tiendra compte lors de la prochaine révision.
Dernière remarque: l'existence de caisses privées complique un peu les choses et augmente les dépenses. La situation est telle que je me demande sérieusement s'il ne faut pas envisager de créer des caisses cantonales et publiques qui accomplissent l'ensemble du travail. Le risque qu'une caisse privée favorise un peu le marché des chômeurs subsiste toujours.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Tout d'abord, je déclare me rallier à la proposition de la commission. Ensuite je dirai deux mots à l'adresse de M. Salvioni concernant la proposition qu'il a retirée et qu'il demande d'insérer dans notre réflexion pour une étape ultérieure de modification.
La première remarque que je veuille faire à ce propos sera qu'évidemment, le critère de l'âge est simple, facile à l'emploi et administrativement maîtrisable. Dès lors que l'on introduirait des catégories, ou que l'on modulerait les prestations du chômage à la condition socioprofessionnelle de l'individu, la présélection nécessite évidemment beaucoup plus de détails, beaucoup plus d'examens, beaucoup plus aussi de critères à prendre en compte pour parvenir à nos fins. Mais cette complication apparente ne doit pas être le prétexte à ne pas prendre en compte, parmi les nombreux modèles que nous aurons à étudier, celui que vous suggérez ici, parce qu'il a alors l'avantage, par rapport aux solutions peut-être un peu simplistes liées à l'âge, de créer un accompagnement et de trouver une solution qui soit mieux adaptée, encore une fois, à la condition du chômeur.
Ma deuxième remarque sera de vous dire qu'un tel examen postulera, si l'on aboutissait à cette solution, le changement de l'article constitutionnel, lui encore, car la constitution garantit, dans l'état actuel des choses, à tous les travailleurs une compensation convenable du manque à gagner. Dès lors que l'on introduirait des méthodes plus sélectives, je ne suis pas sûr qu'elles pourraient répondre globalement à ce mandat constitutionnel, mais ça, c'est quelque chose qui doit être examiné.
En tout cas j'aurais dit, a contrario, que votre proposition n'était pas tenable maintenant, entre autres à cause de cet argument. Comme vous l'avez retirée, ma démonstration s'achève. Je veux simplement dire que la solution que vous suggérez est de celles que l'on doit examiner, et je sais que les pratiques du gouvernement tessinois en cette matière sont originales et fort intéressantes.
Je plaide, dernière remarque, pour le maintien de caisses privées, mais de caisses privées qui fonctionnent. Vous savez bien que dans la débâcle économique que nous avons connue et que dans la brutalité du processus du chômage, c'est du côté de l'une ou l'autre de ces caisses qu'il y a eu quelques problèmes administratifs. Il est évident que je ne peux plaider l'existence et le maintien de caisses privées que s'il s'agit d'instruments absolument performants, et qui puissent servir des prestations ponctuellement, comme n'importe quelle caisse, et qu'on n'ait pas à enregistrer des retards, ici ou là, de plusieurs mois dans l'octroi des prestations. Nous veillerons encore à calibrer le cahier des charges de ces caisses privées, si tant est qu'elles soient maintenues.

Art. 8
Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 8bis

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Herr Salvioni hat seinen Antrag zurückgezogen.

Art. 9 Abs. 1, 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 9 al. 1, 4
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 13 Abs. 1, 2 Bst. d, 2bis Bst. a, 2quater, 3
Antrag der Kommission
Abs. 1
Die Beitragszeit hat erfüllt, wer innerhalb der Rahmenfrist (Art. 9 Abs. 3) während mindestens sechs Monaten eine beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat, die nicht nach Artikel 72 des Gesetzes von der Arbeitslosenversicherung mitfinanziert wird.
Abs. 2 Bst. d
Unverändert
Abs. 2bis Bst. a
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 2quater
Die Teilnahme an einer von der Arbeitslosenversicherung mitfinanzierten vorübergehenden Beschäftigung von mindestens sechs Monaten Dauer löst für den Versicherten für die anschliessende Rahmenfrist einen einmaligen Anspruch auf höchstens 85 Taggelder aus. Dieser Anspruch kann erst wieder geltend gemacht werden, wenn der Versicherte während mindestens sechs Monaten eine nicht unter Artikel 72 fallende beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat.
Abs. 3
.... gemäss Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a kann ....

Art. 13 al. 1, 2 let. d, 2bis let. a, 2quater, 3
Proposition de la commission
Al. 1
Celui qui, dans les limites du délai-cadre (art. 9 al. 3) a exercé, durant six mois au moins, une activité soumise à cotisation qui n'est pas subventionnée selon l'article 72 de la loi sur l'assurance-chômage, remplit les conditions relatives à la période de cotisation.
Al. 2 let. d
Inchangé
Al. 2bis let. a
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 2quater
L'activité exercée au titre d'un emploi temporaire financé par l'assurance-chômage ouvre à l'assuré, si elle a duré six mois au moins, un droit maximal unique à 85 indemnités journalières pour le délai-cadre suivant. L'assuré ne peut faire valoir à nouveau ce droit que s'il a exercé durant au moins six mois une activité soumise à cotisation et ne tombant pas sous le coup de l'article 72.
Al. 3
.... l'article 7 alinéa 2 lettre a, le Conseil fédéral peut ....

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 13 Absatz 1: Hier haben wir keine materielle Differenz. Wie im Konzept des Nationalrates soll die Teilnahme an einem Programm zur vorübergehenden Beschäftigung grundsätzlich nicht als neue Beitragszeit angerechnet werden. Es handelt sich bei unserem Antrag lediglich um eine redaktionelle Anpassung zwecks Präzisierung.
Zu Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe d: Die vom Nationalrat eingeführten Arbeitsunterbrüche wegen Adoption sollen gemäss der Meinung Ihrer Kommission nicht als Beitragszeit angerechnet werden. Arbeitsunterbrüche wegen Schwangerschaft oder leiblicher Mutterschaft sollen wie bisher als Beitragszeit angerechnet werden, weil diese Ruhepausen aufgrund von körperlichen Belastungen notwendig sind. Die Mutterschaft aufgrund von Adoption stellt dagegen nach Ansicht Ihrer Kommission keinen Arbeitsunterbruch in diesem Sinn dar.
Artikel 13 Absatz 2quater: Der Nationalrat wollte während der gesamten Dauer der Rahmenfrist Leistungen ausrichten, dafür aber sollten Beschäftigungsprogramme keinen Leistungsanspruch mehr schaffen. Gemäss Ständeratskommission ist der Höchstanspruch wieder auf maximal 400 Tage beschränkt. Mit einem einmaligen, neuen Taggeldanspruch auf 85 Tage in der neuen Rahmenfrist soll diese Regelung etwas abgefedert, das Perpetuum mobile aber doch unterbrochen werden. Die Regelung, dass die 85 Taggelder erst in der nächsten Rahmenfrist bezogen werden können, führt dazu, dass Versicherte auch in dieser zweiten Rahmenfrist wieder Beschäftigungsprogramme besuchen können, die jedoch keinen neuen Anspruch auf 85 weitere Taggelder mehr auslösen. Es ist erst wieder möglich, nach Absolvierung eines Beschäftigungsprogrammes 85 Taggelder zu beziehen, wenn vorher während mindestens 6 Monaten eine Erwerbstätigkeit in der Privatwirtschaft, d. h. ausserhalb eines Beschäftigungsprogrammes, stattgefunden hat. Durch die Abschaffung des Perpetuum mobile ergibt sich eine Einsparung von 50 Millionen Franken.
Bei Artikel 13 Absatz 3 handelt es sich lediglich um eine redaktionelle Anpassung, um die Streichung der besonderen Taggelder.

Angenommen – Adopté

Art. 14 Abs. 5, 5bis (neu)
Antrag der Kommission
Abs. 5
Versicherte, die an einer arbeitsmarktlichen Massnahme teilnehmen, haben vorbehältlich Artikel 18 Absatz 1 keine Wartezeiten zu bestehen. Von dieser Bestimmung ausgenommen ....
Abs. 5bis (neu)
Personen, die sich im Anschluss an die obligatorische Schulpflicht der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stellen, können während der ihnen in den Absätzen 4 und 5 auferlegten Wartezeit an einem Programm zur vorübergehenden Beschäftigung teilnehmen. Der Bundesrat bestimmt gemäss Artikel 75 die anrechenbaren Kosten dieser Programme.

Art. 14 al. 5, 5bis (nouveau)
Proposition de la commission
Al. 5
Les assurés qui participent à une mesure de marché du travail n'ont pas à subir un délai d'attente sous réserve de l'article 18 alinéa 1er. Cette disposition ne s'applique pas ....
Al. 5bis (nouveau)
Les personnes qui, ayant terminé l'école obligatoire, se mettent à disposition du service de l'emploi, peuvent, pendant le délai d'attente selon les alinéas 4 et 5, participer à un programme d'occupation. Le Conseil fédéral détermine d'après l'article 75 les coûts à prendre en compte pour ces programmes.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Beim Antrag zu Artikel 14 Absatz 5 handelt es sich um eine redaktionelle Präzisierung in dem Sinne, dass die Karenztage gemäss Artikel 18 Absatz 1 in jedem Fall gelten.
Beim Antrag zu Artikel 14 Absatz 5bis handelt es sich um eine Ausnahme von Absatz 4 für junge Arbeitslose, welche die obligatorische Schulpflicht erfüllt haben. Diese Personengruppe soll schon während der Wartefrist von 20 Tagen an Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung teilnehmen können. Die Praxis hat gezeigt, dass Jugendliche durch die Teilnahme an speziellen Beschäftigungsprogrammen motiviert werden können, eine Ausbildung zu absolvieren. Den Jugendlichen sollte für die Teilnahme an solchen Programmen kein oder nur ein sehr geringer Lohn ausbezahlt werden.

Angenommen – Adopté

Art. 16 Abs. 2 Bst. d, h, 3, 5
Antrag der Kommission
Abs. 2 Bst. d, h, 5
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 3
Festhalten

Antrag Schmid Carlo
Abs. 2 Bst. h
.... nach Artikel 24 (Zwischenverdienst).
(Rest des Buchstabens streichen)

Antrag Loretan
Abs. 3
Festhalten

Art. 16 al. 2 let. d, h, 3, 5
Proposition de la commission
Al. 2 let. d, h, 5
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 3
Maintenir

Proposition Schmid Carlo
Al. 2 let. h
.... à l'article 24 (gain intermédiaire).
(Biffer le reste de la lettre)

Poposition Loretan
Al. 3
Maintenir

Schmid Carlo (C, AI): Ich bin nicht ganz sicher, ob es richtig ist, wenn ich zuerst spreche, denn ich bin für den Status quo. Die tripartite Kommission ist das Ergebnis einer neuen Tüftelei. Ich bin der Auffassung, es wäre wirklich richtig, wenn diejenige Person, die etwas Neues will, begründet, warum sie es will, und ich dann für den Status quo votieren kann.
Ich stelle fest, dass es der Kommission vollständig an Gründen fehlt, warum sie überhaupt auf diese tripartite Kommission kommt. Um mehr als die schlichte Übernahme einer Idee, von der völlig unklar ist, warum sie im Nationalrat angenommen worden ist, geht es offenbar nicht.
Wir sind im grossen und ganzen an allen Veranstaltungen der Eidgenossenschaft davon ausgegangen, dass der Bund legiferiert und die Kantone das vollziehen, was der Bund legiferiert hat. Die Vollzugskompetenz ist in der Regel beim Kanton.
Hier kommt nun aus heiterem Himmel die Idee der tripartiten Kommission herabgeschneit. Wenn man betrachtet, was diese Artikel 16, 76, 85c und 113 beinhalten, geht es letzten Endes um drei Dinge:
1. Diese tripartite Kommission soll sich einmal in die Angelegenheit der Arbeitsvermittlungszentren einmischen können.
2. Sie soll im Rahmen von Artikel 16 Absatz 2 Litera h gegenüber dem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum eine Zustimmung geben können, in Ausnahmefällen auch eine Arbeit für zumutbar zu erklären, für die die Entlöhnung weniger als 70 Prozent des versicherten Verdienstes beträgt.
3. Sie kann noch Aufgaben wahrnehmen, die ihr der Kanton zusätzlich aufbürdet.
Zentrum ihrer Aufgabe ist aber zweifellos Artikel 16 Absatz 2 Litera h. Hier geht es darum, dass eine klassische Verwaltungsaufgabe einer neuen Instanz übertragen wird, die, soweit ich orientiert bin, in der Vergangenheit so nicht vorhanden war, denn es gab keine Ausnahmemöglichkeit, eine tiefer bezahlte Arbeit zu bewilligen. Das fällt in den allgemeinen Aufgabenkreis einer kantonalen Verwaltungsstelle.
Ich würde gerne erfahren, was die Kommission bewogen hat, die kantonalen Vollzugsveranstaltungen als derart schlecht anzuprangern, als derart unnütz oder untauglich oder sachfremd zu qualifizieren, dass man diesen kantonalen Amtsstellen nun noch eine gewerkschaftlich und arbeitgeberseitig konzipierte tripartite Kommission zur Seite stellen soll. Sie können die Kantone in ihren Vollzugsaufgaben natürlich schon am Laufmeter bevormunden, eines Tages aber müssen Sie jedoch den Beweis dafür antreten, warum Sie das tun. Ich bin der Auffassung, man sollte diesen Leuten in den kantonalen Ausgleichskassen, Arbeitsämtern und Rekurskommissionen nicht derart «an den Karren fahren».
Es gibt in der Ostschweiz Kantone, die sich bereits im August 1994 der nationalrätlichen Kommission gegenüber schriftlich geäussert haben. Der Kanton Thurgau schrieb: «Eindeutig abzulehnen ist die Übertragung von Verwaltungsaufgaben an solche Kommissionen. Diese eignen sich nicht zur Bewältigung dieser Aufgaben. Vor allem dann nicht, wenn rasch zu treffende Entscheide anstehen. Diese sind insbesondere im Zusammenhang mit Artikel 16 Absatz 2 Litera h zu treffen.» Die Beurteilung der Frage, ob eine Arbeit zumutbar sei oder nicht, stellte im Kanton Thurgau, aber auch an anderen Orten die Arbeitsmarktbehörde bisher kaum je vor unlösbare Probleme. So musste sich die Rekurskommission – das gilt für die ganze Ostschweiz – auch höchst selten mit solchen Fragen befassen. Ich habe den Kanton Thurgau deshalb hervorgehoben, weil er die prägnanteste Stellungnahme hiezu abgegeben hat.
Ich bin der Auffassung, wir sollten diesen Kantonen hier Gehör schenken. Kommt dazu, dass dieser Einbezug der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite in den Rekurskommissionen durchgehend in allen Kantonen gemacht wird. Die Rekurskommissionen, die von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite besetzt sind, haben nach meinen Informationen gerade mit diesen Fragen der Zumutbarkeit der Arbeit bis jetzt relativ wenig Probleme gehabt.
Hier ein weiteres Gremium einzuschalten ist meines Erachtens eine Veranstaltung nach Parkinson. Wir reden zwar von Lean management, aber nein, dann bilden wir noch eine zusätzliche Kommission – wenn es nur zu Lasten der Kantone geht. Ich bin der Auffassung, dass das völlig falsch ist.
Von daher habe ich einen Hauptantrag gestellt. Dieser geht dahin, dass man Artikel 16 Absatz 2 Litera h streicht, aber auch die Artikel 76 Absatz 1 Litera e – dort wird diese Kommission in der Aufzählung erfasst –, Artikel 85c – dort werden ihr die drei Aufgaben zugewiesen, die ich am Anfang erwähnt habe – sowie Artikel 113 Absatz 2 Litera d. In meiner handschriftlichen Fassung war das enthalten, leider ist das in der ausgeteilten Fahne vergessen worden. Artikel 113 Absatz 2 Litera d sollten Sie noch aufnehmen, bevor Sie diesen Antrag behandeln.
Zusammengefasst bin ich der Auffassung, dass sie dann, wenn Sie meinen Argumenten nicht vollständig folgen können, mindestens dem Eventualantrag Gehör schenken sollten, den ich dann bei Artikel 113 begründen möchte.
Ich bitte Sie, diese Idee einer tripartiten Kommission noch einmal in aller Gründlichkeit zu überdenken, Nutzen und Vorteile gegen Nachteile und Aufwand abzuwägen und auch folgendes einmal zu berücksichtigen: Sind Sie als Kantonsvertreter wirklich noch der Auffassung, dass die Kantone taugliche Instanzen zur Durchführung und Durchsetzung von Bundesrecht sind, ja oder nein? Im anderen Fall müssten Sie sich weiter gehende Überlegungen machen.
Ich bitte Sie, die entsprechenden Anträge anzunehmen.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich stelle fest, dass alle Anträge von Herrn Schmid eine Grundsatz- und Fundamentalopposition gegen die tripartiten Kommissionen sind. Ich stelle andererseits auch fest, dass in der Vernehmlassung des Kantons Appenzell Innerrhoden vom 9. Januar dieses Jahres überhaupt kein Wort der Kritik an den tripartiten Kommissionen geäussert wurde, sondern das Gesamtkonzept, wie es unsere Kommission unterbreitet hat, als richtig und positiv bewertet wurde. Ich stelle auch fest, dass in den gesamten Kommissionsberatungen nie die Rede davon war, dass wir den kantonalen Vollzugsorganen misstrauen, dass wir ihnen praktisch irgendeinen Beistand oder Vormund zur Seite stellen möchten.
Es geht überhaupt nicht darum, sondern darum, wie ich es in meinem Votum zu Artikel 27a ausgeführt habe, dass während der Behandlung in der nationalrätlichen Kommission eine wichtige, grundlegende und gute Neuerung eingetreten ist. Die Sozialpartner sind sich ihrer Verantwortung für das Pro-

blem der Arbeitslosigkeit bewusst geworden, sie haben sich auch einbinden lassen und sind bereit, gemeinsam mitzuhelfen, dieses gravierende Problem in den Griff zu bekommen. Ich habe andererseits auch bereits in meinen einleitenden Ausführungen gesagt, dass man sich im Nationalrat etwas zu stark auf diesen Kompromiss der Sozialpartner konzentriert hat und dass wir als ständerätliche Kommission einen Schritt zurückgegangen sind, indem wir gerade die Interessen der Kantone vermehrt berücksichtigt haben. Das geht an sich wie ein roter Faden durch alle Anträge, die Ihnen Ihre Kommission stellt: Wir berücksichtigen diese Interessen der Kantone und die Interessen der Vollziehbarkeit mehr.
Herr Schmid will nun aber etwas Extremes. Er will keine Mittelposition einnehmen, wie das Ihre Kommission will, die einerseits von der Wichtigkeit der Sozialpartner ausgeht und andererseits auch von der Wichtigkeit der Kantone und zwischen beiden vermitteln will; Herr Schmid will von den Sozialpartnern vollständig absehen und wieder nur einseitig die Interessen der Kantone wahren. Wir in der Kommission sind der Meinung, dass dies nicht angezeigt ist; ebensowenig wie es angezeigt ist, einseitig die Interessen der Sozialpartner zu wahren. Mit unseren Anträgen fahren wir einen Mittelweg, der beiden gerecht wird und der so genehmigt werden sollte.
Ich bitte Sie, den Antrag Schmid Carlo abzulehnen.

Martin Jacques (R, VD): On peut comprendre la proposition Schmid Carlo, qui représente un canton qui, d'une part, n'a pas beaucoup de chômeurs et, d'autre part, a une position particulière au niveau de la grandeur des cantons suisses. Je vous demande de refuser l'amendement Schmid Carlo.
En introduisant une modification à cet article, il remet en cause toute la philosophie de cette révision, philosophie décidée par le Conseil national, dont nous avons remis en doute l'application pratique sur le terrain, mais que nous ne combattons pas au niveau de la réflexion.
Je vous demande, encore une fois, de ne pas accepter cet amendement parce que la commission tripartite dans les offices régionaux de placement aura un rôle remarquable à jouer. Quant on peut réunir les partenaires pour la réflexion, quand on peut trouver des solutions par la proximité entre le lieu d'habitation du chômeur et les possibilités de travail et de cours dans sa région, nous pouvons alors disposer d'un instrument qui nous permettra d'être beaucoup plus rationnels et beaucoup plus objectifs.
Je pense simplement à la notion de travail convenable qui présente une très grande difficulté d'application; c'est une réflexion qui, sur un plan théorique, peut sembler facile à mettre en place, mais dont l'application sur le terrain est très difficile. Une commission tripartite aura bien plus de souplesse pour entrer en matière et trouver la solution idoine et ainsi permettre l'application de cette volonté que le législateur met en place actuellement.
Dès lors, vous demande de suivre la proposition de la commission.

Coutau Gilbert (L, GE): Je vous recommande également de vous opposer à la proposition Schmid Carlo.
En effet, comme l'a justement remarqué la rapporteuse de la commission, l'origine de notre débat, aujourd'hui, c'est la décision du Conseil national. Cette décision était issue de négociations bilatérales entre les partenaires sociaux. Elle était intéressante parce qu'elle impliquait les partenaires sociaux dans la solution du problème lancinant du chômage. La démonstration a été faite que l'Etat, par lui-même et à lui seul, ne peut pas, en dehors de la collaboration des partenaires sociaux, résoudre ce problème ou même apporter des solutions satisfaisantes. C'est dans la perspective, assez classique, du rôle dévolu aux partenaires sociaux dans notre vie helvétique, en particulier pour tout ce qui concerne les questions du marché du travail.
Si la commission du Conseil des Etats s'est distancée de la décision du Conseil national, c'est parce qu'elle était trop extrême, ce n'est pas parce qu'elle était fausse. Nous y avons souscrit dans son esprit. Aussi je craindrais vivement que si nous écartions complètement les partenaires sociaux de l'application de cette loi. Ils pourraient à juste titre nous reprocher de les avoir mis à l'écart de la solution du problème du chômage et d'avoir évité, d'avoir méprisé l'apport qu'ils étaient prêts à mettre à disposition.
Inversement, il est vrai que les cantons ont été, et se sont sentis, à juste titre, mis à l'écart par cet accord entre les partenaires sociaux. La réaction, c'est celle que nous avons eue en commission. Nous avons réussi, dans une certaine mesure, à réintégrer l'implication des cantons dans le traitement de ces problèmes sociaux. Il serait très malvenu d'aller à l'extrême en mettant complètement à l'écart les partenaires sociaux qui ont participé à cette nouvelle philosophie.
J'aimerais faire également allusion aux résultats très positifs que, dans d'autres domaines du marché du travail, les commissions tripartites peuvent obtenir. C'est ainsi, par exemple, que dans le traitement et l'examen des demandes de permis de travail pour les étrangers, des commissions tripartites sont sollicitées de donner leur avis, et permettent aussi de résoudre dans l'harmonie et dans la concertation toute une série de problèmes qui, sans elles, pourraient s'envenimer.
C'est la raison pour laquelle, si l'on veut tenir compte de l'équilibre du tissu social dans le marché du travail, si on veut tenir compte de la bonne volonté des partenaires sociaux pour apporter une contribution dans cette difficile question de l'assurance-chômage, il faut effectivement les intégrer dans notre loi et, par conséquent, rejeter la proposition Schmid Carlo.

Schmid Carlo (C, AI): Ich danke der Kommission, dass sie diese tripartite Kommission jetzt begründet hat. Ich möchte ihr auch durchaus attestieren – wir haben das als Kantonsregierung getan; denn das war natürlich der Hauptinhalt dessen, was wir im Januar 1995 in dieser nochmals sehr kurzen Vernehmlassung festhielten, die wir Herrn Kollege Onken zustellen mussten –, dass sie von dieser extremen Haltung des Nationalrates, einer kantonsverachtenden, kantonsignorierenden Haltung, wirklich weggekommen ist und sich wieder darauf besonnen hat, was die Schweiz ist, nämlich auch ein föderatives Gebilde.
Aber es kann natürlich nicht ganz darüber hinweggesehen werden, dass man sich über diese tripartite Kommission doch noch Gedanken machen kann, die etwas über diese arbeitsmarktliche Geschichte hinausgehen. Wenn Sie nämlich die Auffassung haben, es brauche diese tripartite Kommission, dann müssten Sie eines nachweisen: Worin unterscheidet sich die Arbeitsmarktpolitik derart fundamental von den meisten anderen Politiken, dass hier die Direktbetroffenen als Beirat in die kantonale Vollzugsveranstaltung mit einbezogen werden müssen?
Ich will es unterlassen, in aller Breite darüber nachzudenken und zu überlegen, welche tripartiten oder quadripartiten Kommissionen wir von Band 1 bis Band 9 der Gesetzessammlung aufstellen könnten. Wir tun das nicht überall, wir tun das sehr selten.
Etwas ist verräterisch, Frau Beerli: Sie haben ein Wort gebraucht, das ich fast nicht verstehe, nämlich das Wort der «einseitigen Interessen der Kantone». Man wolle nicht das einseitige Interesse der Kantone schützen, sondern auch die Interessen der Sozialpartner wahrnehmen. Da kommt mir Heinrich Koller, der Direktor des Bundesamtes für Justiz, in den Sinn, der im Rahmen der EWR-Gesetzgebung in einer Vernehmlassung intern einmal geschrieben hat, man könne den Kantonen keine Vernehmlassungsmöglichkeit geben; denn sonst müsste man allen anderen Interessenvertretern auch eine Vernehmlassungsmöglichkeit geben. So weit sind wir noch nicht. Die Kantone sind Staatsgebilde, das sind keine Interessenvertreter. Sie vertreten in dieser Frage keine eigenen Interessen, sondern sie haben treu den Bundesauftrag zu vollziehen. Die Frage ist: Können sie das allein tun, oder können sie das nicht allein tun? Sind sie nicht mehr in der Lage, Interessen abzuwägen und entsprechend durchzusetzen, die dem Bund entsprechen?
Ich bin mir im klaren darüber, dass ich hier nicht eine zentrale Frage dieses Gesetzes anschneide. Aber es geht mir darum, dass wir die Rolle der Kantone, dort, wo sie durchaus indiskutabel gut ist, auch nicht schlechtermachen, als sie es verdienen.

Schiesser Fritz (R, GL): Nach diesem sehr eloquent vorgetragenen Votum von Herrn Schmid gegen die tripartiten Kommissionen möchte ich die Sache doch etwas relativieren. Es geht nicht darum – Kollege Schmid hat das in seinem Votum mit dem Ausdruck «Beirat» auch zum Ausdruck gebracht –, dass diese tripartiten Kommissionen im Bereich des Gesetzesvollzugs eine zentrale Stellung bekommen und dadurch die Stellung der Kantone gleichsam ausgehöhlt wird. Diese tripartiten Kommissionen haben, wie Sie in Artikel 85c unschwer erkennen können, eine einzige Entscheidungsbefugnis. Das ist bei Artikel 16 der Fall. Sonst haben die tripartiten Kommissionen lediglich die Aufgabe, die regionalen Arbeitsvermittlungszentren in ihren Aktivitäten zu beraten.
Wenn wir die Arbeitslosigkeit effektiv und effizient bekämpfen wollen, müssen wir alle Kreise, die dazu beitragen können, einbeziehen. Ich betrachte es als Fortschritt, wenn man Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite mit beratender Stimme einbezieht und in die Aktivitäten des Arbeitsvermittlungszentrums einbindet. Das ist sinnvoll und entspricht dem heutigen Bedürfnis nach Einbezug aller beteiligten Kreise. Die Kantone werden dadurch in ihren Vollzugsaufgaben nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil, dadurch werden die Sozialpartner verpflichtet, beim Vollzug den Kantonen zu helfen. Das erachte ich als sinnvoll!
Das führt nicht zu einer Aufblähung des Apparates. Es muss keine grosse tripartite Kommission für den Kanton Appenzell Innerrhoden bestellt werden. Sie bringt alle Leute, die einen wesentlichen Beitrag zur Lösung des Problems Arbeitslosigkeit leisten können, an denselben Tisch.
Ich bitte Sie, diese tripartiten Kommissionen beizubehalten.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Il ne s'agit nullement, Monsieur Schmid Carlo, d'une sorte de méfiance à l'égard des gouvernements cantonaux et de leur administration. Il s'agit au contraire de réaliser le principe de la coopération, de la responsabilité partagée des partenaires sociaux, avec les cantons dans l'application de ces dispositions.
On s'est plaint tout à l'heure qu'au début, on n'avait pas trouvé suffisamment de convergences entre les partenaires sociaux, lorsqu'il s'agissait de concevoir la loi, de consulter le pays sur les projets présentés par le Conseil fédéral, et on a déploré cette insuffisance des partenaires sociaux dans la discussion. Puis, un peu plus tard, on s'est plaint du fait que les cantons avaient été, dans une phase de l'exercice, regrettablement oubliés ou moins pris en considération. Puis maintenant, peu à peu, on est en train de retrouver un ensemble qui se tient, qui est logique et qui assume la responsabilité de l'autorité publique – Confédération, cantons, communes – et la responsabilité des partenaires sociaux.
Il ne s'agit nullement donc, vous ai-je dit, d'être méfiant envers les autorités cantonales et l'application qu'elles feront de la loi, mais il s'agit d'avoir pour l'application de cette loi la même volonté que pour la conception, c'est-à-dire la participation de tous les acteurs nécessaires à la bonne application de cette loi. Je pense que c'est là un de ses objets centraux et que votre proposition mettrait à mal ce qui est un principe même qui a inspiré l'ensemble de cette loi.
Monsieur Schmid, je vois, moi, les partenaires sociaux aider à la mise sur pied de programmes d'occupation. Je les vois appliquer la loi sur l'assurance-chômage sur une base plus large, grâce à leur participation, grâce à leur intérêt que l'on sollicite et qui, sans cela, pourrait les conduire à une totale passivité, ce qui serait mauvais dans le système et dans le tissu vivant que nous cherchons à avoir ici. Je vois aussi leur coresponsabilité s'exercer pour la réinsertion des chômeurs. Cela ne peut pas être que l'activité stricte des offices cantonaux publics, ça doit être aussi un coup de main, un soutien, un environnement par les partenaires sociaux. L'élargissement de la notion de «travail convenable», qui est l'un des éléments sensibles de toute cette loi, pourra être décidé avec les partenaires sociaux, s'ils sont embrigadés dès le début par cette loi dans l'application des normes dans le terrain.
Voilà toutes les raisons qui me paraissent militer clairement pour le système qui vous est proposé ici, par voie tout à fait logique de conséquence, par l'institution de ces commissions tripartites qui sont le lieu même de la coopération, le lieu même de la coresponsabilité et de la discussion. D'une manière générale, Monsieur Schmid, je ne suis pas partisan de la dilution des responsabilités. Je n'ai jamais navigué sur un bateau où il y avait deux capitaines, et je n'ai jamais mangé une bonne sauce qui était faite par trop de cuisiniers. J'ai même appris qu'un chameau, c'est un cheval, mais dessiné par une commission. C'est vous dire que je ne suis pas partisan des solutions de dilution de la responsabilité. En revanche, je suis partisan, en l'occurrence, d'une large assise donnée à l'application de la loi.
C'est dans cet esprit que je dois, hélas, m'opposer à la proposition que vous avez faite.

Abs. 2 Bst. d – Al. 2 let. d
Angenommen – Adopté

Abs. 2 Bst. h – Al. 2 let. h

Präsident: Es geht hier um einen Grundsatzentscheid, der sich auch auf die Artikel 76, 85c und 113 bezieht.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	28 Stimmen
Für den Antrag Schmid Carlo	10 Stimmen

Abs. 3 – Al. 3

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 16 Absatz 3 handelt es sich um eine wichtige, grundsätzliche Entscheidung. Im Gegensatz zum Nationalrat hält Ihre Kommission daran fest, dass die Regeln über die Zumutbarkeit einer anzunehmenden Arbeit verschärft werden. Nach einer Arbeitslosigkeit von mehr als vier Monaten soll auch eine Arbeit zumutbar sein, die nicht mehr angemessen auf die Fähigkeiten und die bisherige Tätigkeit des Arbeitslosen Rücksicht nimmt.
Diese Bestimmung trägt vor allem auch jenen Fällen Rechnung, wo in Zeiten überhitzter Konjunktur vielleicht etwas übereilt eine Beförderung erfolgt ist und sich in der heutigen Wirtschaftslage eine gewisse Zurückstufung aufdrängt. Die Bestimmung enthält ein beträchtliches, wenn auch nicht bezifferbares Sparpotential und bewirkt eine Anpassung des «Schönwettergesetzes» an heute und in Zukunft wahrscheinlich weiterhin herrschende etwas rauhere Zeiten.
Zum Antrag Loretan: Ich stimme mit Herrn Loretan in der Sache überein. Richtig sollte es bei Absatz 3 heissen «Festhalten» und nicht «gemäss Bundesrat». Ihre Kommission wollte nämlich nicht bewusst den anlässlich der letzten Lesung gestrichenen letzten Satz des Absatzes 3 wieder einfügen, sondern hat sich darüber nicht mehr ausgesprochen, aber in ihrer Sitzung vom 16. Januar 1995 (Protokoll, Seite 7), notabene auf Antrag von Herrn Loretan, versehentlich «gemäss Bundesrat» eingesetzt anstatt «Festhalten».

Loretan Willy (R, AG): Für Sie dürfte die Verwirrung einigermassen komplett sein. Ich bin mir auch nicht mehr so sicher, was die Kommission seinerzeit eigentlich in der zweiten Runde, in der Runde zur Differenzbereinigung, gemeint hat. Ich wurde an der damaligen Sitzung, die von Frau Beerli zitiert wurde, durch einen Kollegen vertreten.
Um die Sache nun klarzumachen: Ich bitte Sie, bei Artikel 16 Absatz 3 der Fassung zuzustimmen, die der Ständerat in der Frühjahrssession 1994 beschlossen hat: den ersten Satz belassen, den zweiten Satz streichen. Das ersehen Sie im übrigen aus der Fahne, in der Mitte: «Rest des Absatzes streichen». Ich begründe kurz, warum.

Präsident: Es ist eigentlich nicht mehr nötig, es besteht keine Differenz mehr. Ihr Antrag deckt sich mit demjenigen der Kommission,und die Kommission hält an der in der Frühjahrssession 1994 beschlossenen Fassung fest.

Angenommen – Adopté

Abs. 5 – Al. 5
Angenommen – Adopté

Art. 17
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 18 Abs. 1, 1bis (neu), 4
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
Der Anspruch beginnt nach einer Wartezeit von fünf Tagen kontrollierter Arbeitslosigkeit.
Minderheit III
(Martin Jacques, Coutau, Loretan)
Streichen

Abs. 1bis (neu)
Mehrheit
Die Wartezeit gilt nicht für Personen, deren versichertes Einkommen 3000 Franken monatlich nicht übersteigt. Dieser Grenzbetrag wird erhöht um 500 Franken für jedes Kind, das Anrecht gibt auf Kinderzulage oder auf Ausbildungszulage. Der Bundesrat kann die Wartezeit auch für bestimmte Versichertengruppen anwendbar erklären, deren versichertes Einkommen unter dem Grenzbetrag liegt.
Minderheit I
(Schüle, Loretan, Schiesser, Seiler Bernhard)
Der Bundesrat kann zur Vermeidung von Härtefällen bestimmte Versicherungsgruppen von der Wartezeit ausnehmen.
Minderheit II
(Loretan, Coutau, Martin Jacques, Schiesser, Schüle, Seiler Bernhard)
Streichen
Minderheit III
(Martin Jacques, Coutau, Loretan)
Streichen

Abs. 4
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 18 al. 1, 1bis (nouveau), 4
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
Le droit à l'indemnité commence à courir après un délai d'attente de cinq jours de chômage contrôlé.
Minorité III
(Martin Jacques, Coutau, Loretan)
Biffer

Al. 1bis (nouveau)
Majorité
Le délai d'attente ne s'applique pas aux personnes dont le gain assuré ne dépasse pas 3000 francs par mois. Cette limite est augmentée de 500 francs par enfant donnant droit à des allocations pour enfant ou des allocations de formation professionnelle. Le Conseil fédéral peut décider d'appliquer ce délai d'attente aussi à certains groupes d'assurés dont le gain assuré est inférieur à cette limite.
Minorité I
(Schüle, Loretan, Schiesser, Seiler Bernhard)
Afin d'éviter des cas de rigueur, le Conseil fédéral peut exempter certains groupes d'assurés du délai d'attente.
Minorité II
(Loretan, Coutau, Martin Jacques, Schiesser, Schüle, Seiler Bernhard)
Biffer
Minorité III
(Martin Jacques, Coutau, Loretan)
Biffer

Al. 4
Adhérer à la décision du Conseil national

Art. 22 Abs. 3, 4
Antrag der Kommission
Abs. 3
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Minderheit III
(Martin Jacques, Coutau, Loretan)
Festhalten

Abs. 4
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Minderheit III
(Martin Jacques, Coutau, Loretan)
Festhalten, aber:
.... für Arbeitslose, die invalid sind, sowie ....

Antrag Salvioni
Als Massgabe für die Höhe der Taggelder der in Artikel 8 vorgesehenen Fälle dienen:
– 50 Prozent des versicherten Verdienstes;
– eine Erhöhung um 1 Prozent für jedes gemäss AHV-Statistik geleistete Beitragsjahr;
– Ergänzungsleistungen, mit denen in Härtefällen sichergestellt wird, dass das Existenzminimum gemäss AHV-Kriterien erreicht wird;
– zusätzliche Massnahmen je nach Familiensituation und Vermögensverhältnissen des Arbeitslosen.

Art. 22 al. 3, 4
Proposition de la commission
Al. 3
Majorité
Adhérer à la décision du Conseil national
Minorité III
(Martin Jacques, Coutau, Loretan)
Maintenir

Al. 4
Majorité
Adhérer à la décision du Conseil national
Minorité III
(Martin Jacques, Coutau, Loretan)
Maintenir, mais:
.... et pour les chômeurs qui sont invalides ou qui ont des obligations ....

Proposition Salvioni
Le montant de l'indemnité journalière pour les cas prévus à l'article 8 est défini par:
– 50 pour cent du gain assuré;
– une augmentation de 1 pour cent par année de service accomplie selon les statistiques AVS;
– des prestations complémentaires permettant, dans les cas de rigueur, d'atteindre le minimum vital selon les critères de l'AVS;
– des mesures supplémentaires en fonction de la situation familiale ou patrimoniale du chômeur.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: In Artikel 18 wird die Einführung von fünf Karenztagen geregelt. In Artikel 22 wird die Degression behandelt. Beide Institute sind an sich vollkommen unabhängig voneinander und können auch kumulativ eingeführt werden.
Die Einführung von fünf Karenztagen mit der von der Mehrheit Ihrer Kommission in Artikel 18 Absatz 1bis vorgeschlagenen sozialen Abfederung bringt Einsparungen in der Grössenordnung von 90 Millionen Franken im Jahr. Ohne soziale Abfede-

rung gemäss Antrag der Minderheit II (Loretan) ergeben sich Einsparungen von 130 Millionen Franken. Der Antrag der Minderheit I (Schüle) entspricht in seinem materiellen Gehalt der Mehrheit, möchte die Ausgestaltung der sozialen Abfederung jedoch dem Bundesrat überlassen.
Diejenigen Mitglieder der Kommission, die den Antrag der Minderheit III (Martin Jacques) unterstützen und auch Absatz 1 von Artikel 18 streichen wollen, vertreten die Ansicht, es sollten keine Karenztage stipuliert, jedoch an der Degression festgehalten werden.
Ich lege alle Entscheidungsgrundlagen bereits jetzt auf den Tisch: Die Degression, wie sie der Ständerat das letzte Mal beschlossen hat, bringt Einsparungen von 48 Millionen Franken im Jahr. Die Degression gemäss Minderheit zu Artikel 22 Absatz 4 bringt Einsparungen von 70 Millionen Franken.
Die Mehrheit Ihrer Kommission vertritt die Ansicht, dass Karenztage und Degression aus sozialen Überlegungen nicht kumuliert werden sollten. Sie hat sich bei der Abwägung zwischen den beiden Instituten für die Karenztage entschieden,
– weil diese mit dem dringlichen Bundesbeschluss über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung bereits eingeführt wurden und demzufolge der Vollzug beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits organisiert sein wird;
– weil davon ausgegangen werden kann, dass zu Beginn der Arbeitslosigkeit bei den meisten Betroffenen noch eine kleine finanzielle Reserve vorhanden ist;
– weil durch die Karenztage ein Appell an die Arbeitgeber zu verantwortungsvollem Handeln im Einzelfall erfolgt;
– weil die Einsparungen für den Fonds erheblich höher sind als bei der Degression.
Die Einführung der fünf Karenztage soll zudem nach der Ansicht der Mehrheit Ihrer Kommission in der Art sozial abgefedert werden, wie es bereits im dringlichen Bundesbeschluss festgehalten wurde. Dem Bundesrat soll jedoch zusätzlich die Möglichkeit gegeben werden, gewisse Gruppen von Personen, zum Beispiel junge Leute ohne Unterstützungspflichten, Teilzeitangestellte, Zweitverdiener usw., trotz Einkommen von 3000 Franken oder weniger der Wartefrist zu unterstellen.
Bei Artikel 22 schliesst sich die Mehrheit Ihrer Kommission dem Nationalrat an und verzichtet auf die Degression. Die Minderheit III möchte die Degression beibehalten und gleichzeitig durch eine Änderung in Absatz 4 noch verschärfen. Die Altersgrenze von 45 Jahren soll gestrichen werden, und demzufolge sollen auch ältere Arbeitslose der Degression unterstellt werden.
Ich bitte Sie, diese beiden Minderheitsanträge abzulehnen und Ihrer Kommission zu folgen. Die mit der Degression angestrebten Verhaltensänderungen werden bereits weitgehend mit der in Artikel 16 Absatz 3 beschlossenen Verschärfung der Zumutbarkeitsregel erreicht. Die Degression wäre unter diesem Blickwinkel lediglich eine Bestrafung der Langzeitarbeitslosen, die trotz intensivem Bemühen keine Stelle finden.

Schüle Kurt (R, SH), Sprecher der Minderheit I: Nachdem die Kommissionssprecherin diese Ausgangslage präzis geschildert hat, kann ich mich relativ kurz fassen.
Wir haben anlässlich der Budgetdebatte ausgiebig über diese soziale Abfederung bei den Karenztagen diskutiert und haben dann nach einem Hin und Her zwischen den beiden Kammern diese Regelung eingeführt: fünf Tage Karenzfrist und eine Ausklammerung von Personen, deren versichertes Einkommen 3000 Franken monatlich nicht übersteigt, plus ein zusätzlicher Grenzbetrag von 500 Franken je Kind.
Wir haben jene Lösung sehr spontan getroffen, und wir wissen noch nicht, ob sie sich bewähren wird. Es ist aber klar, dass solche Grenzbeträge, wenn sie so hart abgestuft sind, natürlich wieder Ungerechtigkeiten auslösen, weil beispielsweise jemand, der knapp über der Limite ist, aufgrund dieser Regelung nachher wesentlich schlechter fährt als jemand, der gerade noch unter dieser Limite liegt.
Weil wir nicht sicher sind, ob sich diese im Schnellschussverfahren getroffene Lösung überhaupt bewähren wird, sollten wir jetzt dafür sorgen, dass auch eine bessere Lösung getroffen werden kann. Das ist der Sinn dieser Kompetenzdelegation an den Bundesrat.
Ich halte fest: Durch diese Kompetenznorm wäre die von der Mehrheit beantragte Lösung auch abgedeckt; aber dem Bundesrat wäre es nicht verwehrt, noch eine bessere, angemessenere Lösung zu finden. Wir sollten dieses Vertrauen gegenüber dem Bundesrat zum Ausdruck bringen. Aufgrund der fehlenden Erfahrungen dürfen wir nicht eine bestimmte Lösung zementieren.

Loretan Willy (R, AG), Sprecher der Minderheit II: Von der Systematik her hätte eigentlich der Antrag der Minderheit II vor den Antrag der Minderheit I gehört. Man hätte die Nummern vertauschen müssen, aber das spielt keine Rolle, weil sich ja die beiden Antragsteller ohnehin gegenseitig «protegieren». Aus meiner Sicht ist der Antrag der Minderheit I (Schüle) eher ein Eventualantrag zu jenem der Minderheit II; aber das sind Formalitäten.
Ich möchte den Antrag der Minderheit II wie folgt begründen. Wir sind ja, daran müssen wir uns immer wieder erinnern, in dieser Teilrevision unter anderem mit der zentralen Zielsetzung gestartet, die finanzielle Aushungerung, die weitere Anhäufung von Riesendefiziten und Löchern im Arbeitslosenversicherungsfonds zu stoppen. Die Überbeanspruchung dieses Versicherungswerkes soll vor dem Hintergrund der allgemeinen Finanzprobleme unserer Sozialversicherungswerke – ich denke an die demographische Zeitbombe bei der AHV oder an die Probleme der überlasteten und überbeanspruchten IV – eingedämmt werden, und den Versicherten soll etwas mehr Opferbereitschaft, Eigenverantwortung und Eigeninitiative zugemutet werden. Die pekuniären Anreize, zu dieser Versicherung zu greifen, müssen herabgesetzt werden. Wir wissen es, wenn wir mit uns ehrlich sind, eigentlich alle: Die Arbeitslosenversicherung ist ein Sanierungsfall.
Für mich stand und steht nach wie vor die Frage der Finanzierbarkeit der Leistungen im Vordergrund. Deshalb sind alle zumutbaren Entlastungsmassnahmen zu ergreifen, auch wenn sie da und dort eine Härte bringen mögen. Für Härtefälle gibt es die Leistungen gemäss den kantonalen Sozialhilfegesetzen.
Mit der Mehrbelastung der Wirtschaft durch Erhöhung der Abgabeprozente ist es eben nicht getan, ebensowenig mit der Mehrbelastung der Bundes- und der kantonalen Kassen mit A-fonds-perdu-Beiträgen oder mit – punkto Rückzahlungen – zweifelhaften Darlehen. Gerade auch unter diesem Aspekt ist die Karenzfrist zu sehen, welche ohne die «soziale Abfederung» gemäss dringlichem Bundesbeschluss oder gemäss dem nunmehrigen Antrag für einen Absatz 1bis eine Minderbelastung der Versicherung in der Grössenordnung von 130 Millionen Franken im Jahr bringt. Das ist nicht nichts! Gerade darüber diskutieren wir jetzt auch, wenn wir uns über die Anträge der Mehrheit, der Minderheit I bzw. der Minderheit II unterhalten.
In den Debatten um den dringlichen Bundesbeschluss über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung war die Karenzfrist, und zwar «pure et nette», als Pendant zur Erhöhung der Prämienbelastung von 2 auf 3 Prozent an sich unbestritten. Es wurde dann aber im nachhinein der Gedanke der «sozialen Abfederung» in die Diskussion hineingetragen; er setzte sich schliesslich durch. Diese Regelung gilt vorderhand für längstens zwei Jahre, bis 31. Dezember 1996. Hier beraten wir indessen ein Gesetz, welches bis gegen das Jahr 2000 gelten wird. Machen wir uns keine Illusionen – da teile ich die Meinung von Herrn Bundesrat Delamuraz – über die Dauer, welche die am Horizont stehende Totalrevision des Gesetzes beanspruchen wird. Es ist deshalb richtig und wichtig, über diese «soziale Abfederung» nochmals zu diskutieren und bei der Dauerlösung, die wir jetzt anstreben, auf diese Abfederung zu verzichten. Daher dieser Minderheitsantrag, Absatz 1bis schlicht und einfach zu streichen und damit die Versicherung um rund 130 Millionen Franken pro Jahr zu entlasten. Die Ausnahme von der Ausnahme, welche die Mehrheit der Kommission in Absatz 1bis mit der Kompetenzerteilung an den Bundesrat ermöglichen will, ist wohl gut gemeint, verkompliziert indessen den Vollzug des Gesetzes Richtung Ungeheuerlichkeit. Ich wende mich gegen diesen Hang, fast überall Ausnahmen von der Ausnahme zu machen. Da kommt ja zuletzt im

Vollzug – nämlich «unten», in den Gemeinden – kein Mensch mehr draus! Ganz abgesehen davon wird der Bundesrat die Ausnahmebestimmung zur Ausnahme nur sehr zurückhaltend anwenden. Damit ist der finanzielle Erfolg der Karenzfrist für die Arbeitslosenversicherung in Frage gestellt, indem eben nur noch 90 Millionen Franken pro Jahr eingespart werden können.
Ich bitte Sie daher im Namen der Minderheit II, der Karenzzeit gemäss Absatz 1 zuzustimmen und die «soziale Abfederung» gemäss Absatz 1bis in der Fassung der Mehrheit abzulehnen.
Ich möchte mich gerne noch zur Frage Karenzfrist und/oder Degression kurz äussern. Nachher werden Sie von mir vermutlich nichts mehr hören, wenigstens heute nicht mehr. *(Heiterkeit)*
Nach diesem kurzen Intermezzo möchte ich mich – wie gesagt – zur Frage Karenzfrist und Degression äussern. Ich möchte Sie bitten, beiden Massnahmen zuzustimmen.
Unsere Kommission ging davon aus, dass die Kombination beider Instrumente – zur Kostenbegrenzung sowie für die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und der Eigeninitiative der Versicherten – angeblich politisch nicht machbar sei. Ich habe dieser Auffassung in der Kommission nicht zugestimmt, mich ihr aber auch nicht ausdrücklich widersetzt, auf jeden Fall nicht per Antrag. Es war ja, wie sich jetzt zeigt, auch keiner nötig.
Nach Rücksprache mit meinen FDP-Kollegen wage ich es indessen, Ihnen zu beantragen, sowohl die Karenzfrist gemäss Variante der Minderheit II zu Artikel 18 Absatz 1 – ohne Absatz 1bis – als auch die Degression in der Variante der Minderheit III (Martin Jacques) zu den Absätzen 3 und 4 von Artikel 22 zu beschliessen. Warum?
Wie schon die Kommissionssprecherin, Kollegin Beerli, dargelegt hat, sind die beiden Massnahmen von der Sache her durchaus kombinierbar. Die Karenztage dämpfen einen «Drang» in die Arbeitslosigkeit etwas ab, sind auch ein Appell an die Arbeitgeber. Die Degression bewirkt etwas mehr Druck, Arbeit zu suchen und zu finden, dies im Rahmen der erweiterten Zumutbarkeitskriterien.
Wir sind angesichts der katastrophalen Situation der Bundesfinanzen – wie ich schon dargelegt habe – verpflichtet, den Mut zu haben, auch scheinbar unpopuläre Massnahmen zu ergreifen. Wenn Sie nämlich etwas im Volk herumhören – natürlich hat jeder Politiker sein Volk, das weiss ich auch –, werden Sie feststellen, dass weder das eine noch das andere, geschweige denn die Kombination beider Massnahmen, Karenztage und Degression, derart unpopulär ist, wie einige das meinen.
Auch bei der Degression, wie bei der Karenzfrist, wende ich mich im übrigen gegen einen allzu grossen Ausnahmekatalog und stimme deshalb hier dem Antrag der Minderheit III (Martin Jacques) zu Artikel 22 Absatz 4 zu, welcher die Ausnahme zugunsten der mindestens 45jährigen Versicherten weglassen will. Mit dieser Variante Martin Jacques sparen wir allerdings jährlich nur 70 Millionen Franken ein, anstatt 200 Millionen Franken ohne jeden Ausnahmenkatalog, wie uns das der Bundesrat beantragt hat, getreu seiner Zielsetzung, die finanzielle Belastung des Versicherungswerkes «Arbeitslosenversicherung» zu reduzieren, also eine vertretbare Lösung.
Es geht ja auch darum, dass wir dem Nationalrat und der Öffentlichkeit zeigen, dass es uns mit zumutbaren Sparmassnahmen ernst ist. Wenn Härtefälle eintreten, dann können die Gemeinden und Kantone mittels ihrer Sozialhilfegesetzgebung die «soziale Abfederung» vornehmen. Es muss in diesem Land niemand auf die Ansprüche des sogenannten Existenzminimums verzichten.
Ich bitte Sie also, diesen Minderheitsanträgen, die ich jetzt gemeinsam begründen durfte, zuzustimmen.

Martin Jacques (R, VD), porte-parole de la minorité III: Je précise en préambule que je suis d'accord sur le principe décidé en commission qui dit qu'il y a ou le délai de carence ou la dégression, mais pas les deux. Sur un plan social, sur un plan de respect des chômeurs, on ne peut pas vouloir les deux opérations.
J'aimerais expliquer les raisons pour lesquelles je suis cosignataire des minorités II et III à l'article 18. C'est simplement parce que je suis opposé au délai de carence, quelle que soit sa forme, quels que soient les ajouts que l'on y ait faits, par exemple ceux que nous avons décidés et adoptés lors de la discussion sur le budget. L'arrêté fédéral urgent comporte un délai de carence et, lors de la présente révision, je crois qu'il est bon que nous reprenions la discussion sur le fond pour le justifier.
J'y suis opposé parce que tous les gens qui tombent au chômage n'ont pas la capacité financière de faire face à des obligations durant une semaine. Cela paraît invraisemblable et, pourtant, c'est le cas si l'on se réfère aux situations que l'on rencontre tous les jours dans la pratique. Le délai de carence correspond dès lors à un transfert de charges vers l'assistance publique des cantons. Ce n'est pas normal de mettre en route l'assistance publique pour cinq jours, ce n'est pas logique et, finalement, cela coûte beaucoup plus cher que le coût du chômeur.
Il faut aussi examiner l'aspect psychologique négatif, qui fait qu'au début d'une période extrêmement dure, le chômeur, en plus, a un sentiment de culpabilité. Il a déjà ce sentiment, mais il est renforcé par une mesure qui me paraît totalement inapplicable et qui complique la prise de contact entre le chômeur et les gens qui s'occupent de sa réinsertion, qui cherchent des solutions à ses problèmes. Le délai de carence crée un sentiment de méfiance – je pense surtout à la relation très proche entre les conseillers des les offices régionaux de placement et les chômeurs –, sentiment qui ne facilite pas les choses.
Le délai de carence, vous vous en souvenez, a été proposé lors des discussions de la session d'hiver et admis uniquement, essentiellement pour un problème financier. On économisait, dans le projet initial, 130 millions de francs, dans la proposition adoptée, 90 millions de francs. Je ne crois pas que l'on puisse, dans une loi comme celle-ci, qui est une loi d'assurance et non pas une loi financière, utiliser des arguments qui font que l'on prenne des décisions de ce genre.
C'est la raison pour laquelle je vous demande de biffer le principe du délai de carence, quel que soit sa forme, en votant pour la proposition de la minorité III ou de la minorité II.
A l'article 22, je vous invite à accepter la dégression. Je vous rappelle que c'est la décision qui a été prise par ce Conseil lors de la première délibération, le 17 mars 1994. Nous avions alors admis que la dégression avait un caractère incitatif. J'aimerais bien que l'on me comprenne, il n'y a pas une volonté d'amalgame et de dire que tous les chômeurs sont concernés. Il y a des gens qui, effectivement, ont des problèmes de réinsertion, des problèmes pour retrouver un emploi en fonction de leurs connaissances, de la situation. Mais il y a aussi une catégorie de chômeurs qui, à cause de la dégression, se sentent beaucoup plus concernés par une recherche effective de travail. A mon avis, une bonne partie de notre population attend que l'on applique cette disposition qui se fait jour dans pratiquement toutes les lois des pays de l'Europe occidentale et de l'Amérique du Nord qui ont un fort taux de chômage. On ne serait pas les premiers à introduire cette dégression. Ce système a fait ses preuves dans des pays qui connaissent le chômage depuis beaucoup plus longtemps que nous.
Il faut bien reconnaître que le délai ou l'approche de cette dégression permet à l'individu de prendre des dispositions. Il a le temps de réfléchir, il a le temps de chercher, il peut vraiment trouver des solutions pour se réinsérer dans le monde du travail.
Sur le plan financier, ma proposition de minorité correspond pratiquement à l'économie réalisée grâce au délai de carence, soit 70 millions et 90 millions de francs. Si l'on veut introduire des réflexions financières dans cette loi, on a donc pratiquement un équilibre avec cette proposition. Je comprends mal que M. Loretan ne soutienne plus cette proposition, qu'il avait pourtant cosignée. Il imagine qu'on peut introduire ces deux mesures, ce qui ne me semble pas possible. Je pense que la solution de la dégression permet une meilleure compréhension de notre philosophie du chômage.
C'est la raison pour laquelle je vous invite à voter la proposition de la minorité III.

Coutau Gilbert (L, GE): Au mois de décembre, nous avions accepté l'introduction du délai de carence. Je vous rappelle qu'il s'agissait d'un arrêté fédéral urgent. Nous avons examiné ce projet, par définition, dans une certaine urgence, et nous avons pris des décisions que nous avons estimées simples. A la première nécessité de compenser, dans une certaine mesure, l'effort supplémentaire demandé aux travailleurs et aux employeurs, par la majoration du taux de cotisation, il nous avait semblé légitime de demander un certain effort correspondant, du côté des prestations accordées aux chômeurs et, par conséquent, nous avions choisi cette formule du délai de carence.
Cette invention du délai de carence nous a été suggérée par M. Blocher qui, dans son simplisme habituel, avait proposé un délai de carence d'un mois. On s'est aperçu que cette proposition était purement et simplement contraire aux engagements internationaux de la Suisse et que seul un délai de carence d'une semaine pouvait être envisagé. Par goût de la simplification, nous avons voulu au fond donner raison à M. Blocher dans sa proposition simpliste, non sans y apporter quelques atténuations.
Et c'est là que le dilemme devant lequel nous sommes placés maintenant a commencé à se dessiner. Nous avons constaté que, pour un certain nombre de travailleurs mis au chômage, travailleurs qui avaient des revenus faibles, un délai de carence même réduit à cinq jours pouvait poser des problèmes sociaux. Alors, nous avons adopté dans l'arrêté fédéral urgent cet amortisseur social qui est l'équivalent de l'alinéa 1bis.
Aujourd'hui, on se rend compte que cet alinéa 1bis n'est pas pleinement satisfaisant. On donne au Conseil fédéral la possibilité de le modifier encore un petit peu. Comme l'a dit M. Loretan, on a fait une exception, et on fait maintenant une exception d'une exception. Vous me concéderez que, pour l'application d'un délai de carence de cette nature, on va, non pas vers la simplification administrative, mais véritablement vers une complication extrêmement lourde.
C'est très exactement ce qui est apparu dans les réactions, non pas seulement de la presse, non pas seulement des chômeurs eux-mêmes, mais également de toute une série de gouvernements cantonaux, quand nous avons procédé à la consultation rapide sur les propositions de notre commission.
Je rappellerai à ce Conseil que plusieurs gouvernements cantonaux ont dit qu'il n'est pas praticable d'introduire ce délai de carence dans la réalité de la situation des cantons où un chômage important se développe, parce que vous l'avez rendu, d'abord, trop compliqué et ensuite, paradoxalement, trop court pour que ça soit véritablement utile. La minorité III (Martin Jacques) a effectivement tenu compte des réponses des cantons et de la difficulté qu'ils constataient déjà à l'application de ce délai de carence.
C'est la raison pour laquelle nous avons proposé de nous distancer de ce délai de carence qui, à la pratique, révélait ses faiblesses et ses lourdeurs. Nous lui avons préféré de revenir à la dégressivité des prestations, conformément aux décisions préalables de ce Conseil, et conformément à ce qui est la pratique courante dans tous les pays qui nous entourent.
Je maintiens mon soutien à la minorité III (Martin Jacques) et vous demande de biffer définitivement le délai de carence. Ce délai restera encore en vigueur pendant la durée d'application de l'arrêté fédéral urgent, mais dans la loi elle-même, qui viendra prendre le relais de l'arrêté fédéral urgent, biffons toute référence à un délai de carence et substituons lui une dégressivité dont on connaît parfaitement l'application et un certain nombre d'effets incitatifs en faveur de la réinsertion dans le marché de l'emploi.
En conclusion, je vous demande de suivre la proposition de la minorité III (Martin Jacques) aux articles 18 alinéa 1er et 1bis, et 22 alinéas 3 et 4.

Onken Thomas (S, TG): Ich gehe bei meiner Argumentation vom Kleinen ins Grössere und Grundsätzliche. Zunächst ein Wort zum Gegensatz zwischen dem Antrag der Mehrheit und dem Antrag der Minderheit I (Schüle).
Wir haben uns mit einer knappen Mehrheit entschlossen – ich habe sogar den Stichentscheid dazu geben müssen –, jene Formel in den Gesetzentwurf aufzunehmen, die auch im dringlichen Bundesbeschluss über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung enthalten war, und diese noch etwas zu ergänzen und zu flexibilisieren. Wir haben, Sie erinnern sich, dieser Bestimmung im Dezember 1994 nach einigem Hin und Her zwischen den beiden Räten zugestimmt. Unser Rat hatte gerade deshalb gewisse Vorbehalte gemacht, weil die Formel, die der Nationalrat gemäss Antrag Epiney beschloss, als zu starr, zu rigid empfunden wurde; aber sie hat sich dann doch durchgesetzt.
Wir haben nun die damalige Kritik aufgenommen und uns gesagt, es braucht eine gewisse Flexibilisierung, denn mit dieser Formel deckt man tatsächlich nicht alles ab, und es kann zu Ausnahmen kommen, die nicht gerechtfertigt sind. Es ist also eine Flexibilisierung nach unten und nicht etwa nach oben.
Jetzt wirft man uns das jedoch bereits wieder vor, indem man sagt, man macht eine Ausnahme von der Ausnahme. Wie würden die Argumente wohl lauten, wenn wir erneut mit exakt der gleichen Formulierung gekommen wären? Es war ja doch gerade der Versuch, auf die Einwände einzugehen und eine Lösung zu finden, die etwas mehr Beweglichkeit im Vollzug erlaubt. Das spricht meines Erachtens nach wie vor für die mittlerweile bereits in der Praxis vollzogene Regelung gemäss dringlichem Bundesbeschluss mit eben dieser kleinen Ergänzung. Aber ich sage ganz offen, auch der Lösungsansatz, den uns die Minderheit I vorschlägt, ist ein möglicher Weg. Er flexibilisiert sogar noch stärker, und wenn man in gutem Vertrauen auf den Bundesrat und eine massvolle Umsetzung setzt, dann kann man auch mit dieser Ausnahmebestimmung, die von der Minderheit I vorgesehen ist, leben.
Aber eine Härtefallklausel braucht es! Diese Karenztage treffen die Arbeitslosen hart und sehr unvermittelt. Wir sollten nicht vergessen – aber ich will nicht die ganze Argumentation ausbreiten, die schon im Dezember insbesondere auch von meinem Kollegen Plattner dargelegt worden ist –, dass die meisten der Betroffenen unverschuldet arbeitslos werden. Sie werden von ihren Unternehmen aufgrund von Rationalisierungen oder von strukturellen Massnahmen entlassen und sind oft jäh dem Schicksal als Erwerbslose ausgesetzt.
Man hätte sich auch überlegen können – ich habe diese Idee in der Kommission eingebracht –, ob nicht eigentlich derjenige die Kosten für diese Karenztage übernehmen sollte, der für die Entlassung verantwortlich ist: Wenn das Unternehmen dazu gezwungen war, dann soll es gefälligst diese fünf Tage noch einrechnen und zu eigenen Lasten übernehmen; wenn der Arbeitnehmer, mutwillig vielleicht, seine Entlassung selbst verursacht, dann soll er die entsprechenden Kosten tragen. Auf diese Regelung ist man aus bekannten und teilweise wohl auch verständlichen Gründen nicht eingetreten, obwohl sie als grundsätzliche Überlegung so falsch sicher nicht ist.
Wir brauchen also eine Härtefallklausel, sei es gemäss Antrag der Minderheit I (Schüle), sei es gemäss Antrag der Mehrheit der Kommission.
Was mir jedoch ganz wichtig ist: Wir dürfen nur eines dieser beiden Instrumente in das Gesetz aufnehmen! Ich bin Herrn Martin dankbar, dass er das ebenfalls so deutlich betont hat. Wir waren uns über diesen Grundsatz in der Kommission auch alle einig. Sogar Herr Loretan hat sich – mit etwelchem Zögern vielleicht – der Überzeugung angeschlossen, dass es nicht möglich ist, in dieses Gesetz beide restriktiven Massnahmen aufzunehmen, sondern dass es zwischen der einen oder der anderen zu wählen gilt. Ich bin noch gespannt auf das Abstimmungsverfahren und hoffe, dass es ermöglichen wird, diese Wahl tatsächlich zu treffen. Denn wenn wir nicht aufpassen, dann haben wir unversehens, und ohne es zu wollen, am Schluss vielleicht gar beide Bestimmungen im Gesetz.
Wären beide jedoch im Gesetz enthalten, käme dieser Zug endgültig zum Entgleisen. Die Sozialpartner haben sogar einer Lösung im nationalrätlichen Konzept zugestimmt, in dem nicht einmal die Karenztage enthalten waren. Diese kamen erst ganz am Schluss bei den Kommissionsberatungen noch in den Gesetzentwurf hinein und wurden dann von der Mehrheit des Nationalrates gutgeheissen. Aber der sogenannte sozialpartnerschaftliche Kompromiss enthielt auch die Karenztage nicht.

Es kann also gar nicht angehen, beide Massnahmen aufzunehmen. Selbst die Arbeitgeber fordern dies keineswegs. In keinem der Schriftstücke, die uns unterbreitet worden sind, wird die Kumulierung beider einschneidenden und sehr harten Massnahmen gefordert. Abgesehen davon – das kann ich hier noch am Rande vermerken –, dass wir damit bei der Grossen Kammer ohnehin nie durchkämen und bloss wieder zurückbuchstabieren müssten und mit der ganzen Übung letztlich nur unserem Ruf schaden würden.
Wenn zwischen einem der beiden zu wählen ist, dann entscheide ich mich schweren Herzens für die Karenztage. Sie sind jetzt durch den dringlichen Bundesbeschluss eingeführt; sie werden zwei Jahre lang appliziert werden; sie werden in die Praxis umgesetzt. Es wird sich eine gewisse Anwendung herausbilden, einerseits bei den Vollzugsbehörden mit der Härtefallklausel, das wird sich einspielen, anderseits bei den Sozialpartnern. Man wird dort Lösungen finden, sei es in gesamtarbeitsvertraglichen Regelungen, sei es insbesondere in entsprechenden Sozialplänen. Auf dieser Praxis sollten wir aufbauen und nicht erneut eine grundlegende Weichenstellung vornehmen.
Es kommt dazu, dass die Degression eigentlich die Falschen treffen würde. Wir müssen uns im klaren sein, dass sich das ständerätliche Konzept, wir haben das bei Artikel 27a besprochen, auf die Jungen bis 25 Jahre und die Neueinsteiger konzentriert. Gerade diese Kategorie, die in die arbeitsmarktlichen Massnahmen integriert wird, würde also von einer Degression nicht betroffen, denn wer in einem Praktikum oder in einer Ausbildung ist, wird von der Degression nicht erfasst. Hingegen würden ausgerechnet die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die wir nichts vorsehen, bei denen wir bloss darauf hoffen können, dass die Kantone aus eigener Initiative etwas für sie leisten, zweimal von der Degression betroffen und bestraft – immer mit dem absurden Hintergedanken, dass das noch einen Lenkungseffekt hat, dass das vielleicht dem einen oder anderen noch Beine machen könnte. Wir würden hier also genau die Falschen treffen und ein weiteres Mal die jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begünstigen. Da muss ich sagen, sind die Karenztage – wenn schon! – eben doch die ausgewogenere, weil gerechtere Lösung. Aufgrund der Tatsache, dass es bereits in der Praxis zum Tragen kommt und man an diese Praxis anknüpfen kann, halte ich dafür, dass wir diesem Instrument in der Auswahl zwischen beiden den Vorzug geben und die Degressionslösung ablehnen. Aber wie gesagt, ich bitte Sie insbesondere, nur eines dieser beiden Instrumente in das Gesetz aufzunehmen und nicht, wie Herr Loretan es beantragt, kumulativ die beiden.

Simmen Rosmarie (C, SO): Ich denke, es ist gut, wenn wir uns zu Anfang der Überlegungen darüber klarwerden, dass beide Massnahmen, sowohl Degression als auch Karenz, im Klartext Kürzung der Entschädigung für Arbeitslose bedeuten – eine Entschädigung, die ohnehin schon geringer ist als das, was der Betreffende vorher verdient hat.
Die Begründung für diese Kürzung ist eine rein finanzielle, indem nämlich, das sei durchaus zugegeben, die Finanzlage der Arbeitslosenversicherung Massnahmen nahelegt, die das Defizit verringern – nicht nur Massnahmen zur Erhöhung der Beiträge, sondern auch solche, die bei den Ausgaben wirksam werden.
Die Frage stellt sich nun: Wo verabreicht man den Arbeitslosen diese bittere Pille? Soll das am Anfang sein, wenn die Arbeitslosigkeit und der Schock darüber noch ganz frisch sind? Oder soll das – nicht am Ende der Arbeitslosigkeit, sondern – am Ende der Bezugsberechtigung für die Entschädigungen sein? Denn Degression heisst, dass dort, wo die Aussteuerung nah und näher rückt, auch noch die Entschädigungen kleiner werden. Wer nach beinahe 400 Tagen keine Arbeit gefunden hat, von dem weiss man, dass seine Chancen, eine Arbeit zu finden, nicht grösser werden, sondern sinken.
Die Karenz trifft also die Arbeitslosen zu Anfang. Es wurde mit Recht gesagt, dass dies eine undifferenzierte Massnahme ist, die wirklich keine andere Berechtigung hat als die Einsparung von Geld; es ist sonst kein anderer Effekt damit verbunden. Es ist ein Tatbestand, wie wir ihn auch bei anderen Sozialversicherungen kennen, z. B. die Franchise bei der Krankenversicherung, d. h., dass man davon ausgeht, dass am Anfang jeder noch etwas dazu beitragen kann.
Ich habe mich zum Schluss für die Karenzfrist entschieden, aber mit sehr grossen Bedenken, denn fünf Tage Karenzfrist bedeuten einen Viertel des Monatslohnes. Es ist nicht so selbstverständlich, dass man, vor allem mit einem kleinen Lohn, vorher Reserven bilden konnte und diesen Viertel einfach so mir nichts, dir nichts tragen kann. Aber wenigstens haben die Leute zu Anfang dieser Arbeitslosigkeit noch gewisse physische Reserven, sie haben noch nicht die vielen vergeblichen Versuche hinter sich, Arbeit zu suchen und keine zu finden.
Entscheiden wir uns für die Degression, tritt der Effekt, dass die Entschädigung zurückgeht, in dem Moment ein, wo sich die Zahl der Absagen auf Bewerbungen langsam nach Dutzenden bemisst und wo sowohl die seelischen als auch die materiellen Reserven langsam aufgezehrt sind. Wir sollten uns keine Illusionen machen – ich sagte es bereits –: auf dem heutigen Arbeitsmarkt Arbeit zu finden ist vor allem dann, wenn man schon lange arbeitslos ist, nicht so einfach. Wir haben in der Schweiz immer noch eine Arbeitslosigkeit, die etwa 160 000 Menschen betrifft.
Ein Wort noch zu Herrn Loretan: Wie man angesichts der Sorgen und des Leides, die mit der Arbeitslosigkeit verbunden sind, von einem Drang zur Arbeitslosigkeit sprechen kann, ist mir schlicht unverständlich. Ich empfinde das den arbeitslos Gewordenen gegenüber als ungerecht, um nicht zu sagen, als zynisch. Ich möchte das hier in aller Deutlichkeit sagen.
Die Kommission hat sich schweren Herzens, glaube ich, mehrheitlich für die Karenz entschieden, allerdings für eine sozial abgefederte Karenz, um dort, wo diese fünf Tage unerträglich sind, eine gewisse Erleichterung zu schaffen. Allerdings wollen wir auch nicht Leute, die das nicht nötig haben – Frau Beerli erwähnte dies als Kommissionssprecherin –, die unter 3000 Franken verdienen, weil sie Teilzeitarbeit leisten, hier miterfassen. Daher die Kompetenz an den Bundesrat, dass er gewisse Gruppen davon ausnehmen kann. Ich gebe zu, es ist keine einfache Lösung; aber es ist wahrscheinlich die Lösung, die der Realität am nächsten kommt.
Ich bitte Sie daher, der Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

Weber Monika (U, ZH): Ich habe mich bei der Behandlung des dringlichen Bundesbeschlusses über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung zur sozialen Abfederung geäussert. Wir alle – oder die meisten von uns – sind damals nicht unbedingt frohen Herzens auf diese Karenzfrist eingetreten, sondern es war ein gewisser Kompromiss, und ich habe damals gesagt, dass es uns dabei um die Bekämpfung eines gewissen Missbrauchs geht, von dem man spricht.
Ich habe damals aber auch deutlich gesagt, dass eine soziale Abfederung dringend nötig sei. Und ich muss hier in diesem Rat noch einmal deutlich sagen: Es gibt Menschen in unserem Land, die sozusagen von Monat zu Monat leben, die ein Haushaltbudget haben, das nicht über zwei Monate ausreicht und das auch keine Einschränkungen erlaubt. Und an diese Leute müssen wir denken, wenn wir für eine soziale Abfederung eintreten.
Ich muss auch nochmals darauf hinweisen, dass die Limite von 3000 Franken zum Beispiel für Städte wie Zürich relativ tief ist, weil auch ein Einkommen von 3500 oder 4000 Franken in einer Stadt wie Zürich ein sehr tiefes Einkommen ist. Man ist damit schon bald auf dem Existenzminimum, weil eben die Lebenskosten, die Mieten usw., sehr hoch sind. Nun muss man sehen, dass gerade die Leute, die sich von Monat zu Monat durchbringen, in eine schwere Krise kommen, wenn sie vor der Tatsache stehen, dass sie noch die Einschränkung der Karenzfrist in Kauf nehmen müssen, wenn sie plötzlich arbeitslos werden.
Die Menschen in den Städten leben ja sehr oft in der Anonymität, an das muss man auch erinnern. Auf dem Land kann man solche Menschen vielleicht psychologisch noch auffangen. Sie haben vielleicht noch ein Gärtlein um das Haus herum, wo sie etwas anpflanzen können. Ich will damit keinen Stadt/

Land-Gegensatz heraufbeschwören, aber ich möchte daran erinnern, dass es Menschen gibt, die in sehr, sehr schwierigen Situationen leben, die kein Vermögen haben, die nicht irgendwo ein Polster haben. Und für diese Menschen müssen wir eine gewisse soziale Abfederung vorsehen.
Ich gebe zu, dass dieser Absatz 1bis so, wie er von der Mehrheit getragen wird, nicht gerade schön ist, weil er eben eine Ausnahme von der Ausnahme enthält. Ich denke, dass wir alle, die wir bei der Mehrheit sind, auch mit dem Antrag der Minderheit I (Schüle) leben können, die das ein bisschen eleganter formuliert. Im übrigen wird es dann wichtig sein, dass die Behörden in der Ausführung den richtigen Weg finden.
Zum Degressionsmodell: Warum sind wir in der Kommission nicht auf das Degressionsmodell eingetreten? Mir scheint es wichtig, dass man darauf hinweist, dass das Karenzmodell – das vielleicht ein bisschen undifferenziert ist – schon durch den dringlichen Bundesbeschluss eingeführt ist, wenn dann dieses ordentliche Gesetz in Kraft tritt. Das scheint mir eigentlich das wichtigste Argument zu sein. Man hat sich also in gewisser Weise schon an diese Karenzfrist gewöhnt, man weiss, mit welchem Instrument man es zu tun hat und muss nicht wieder auf dieses Degressionsmodell umstellen.
Dann scheint es mir aber auch wichtig zu sein, noch einmal zu wiederholen, was Herr Onken gesagt hat, dass vor allem die älteren Arbeitslosen vom Degressionsmodell nicht unbedingt favorabel behandelt und überhaupt von diesem Gesetz ein bisschen vernachlässigt werden. Hier möchte ich den Wunsch anbringen, dass die zweite Kammer, der Nationalrat, wenn er über unsere Differenzen berät, noch einmal daran denkt, dass die älteren Arbeitslosen nach wie vor in einer katastrophalen Situation sind. Ich möchte Sie daran erinnern.
Ich habe gestern Kenntnis bekommen von einem Fall, von einem 47jährigen diplomierten Buchhalter, der keine Chance hat, wieder in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. «Älter» heisst also etwas über 45 Jahre alt. Das heisst heute «älter», und damit sind wir in einer Situation, die recht schwierig ist.
Ich bitte Sie also, auf die Karenzfrist einzutreten, die Degression abzulehnen und vor allem die soziale Abfederung zu unterstützen.

Delalay Edouard (C, VS): A choisir entre le délai d'attente de 5 jours pour les chômeur et le système dégressif pour les indemnités de chômage, je donne ma préférence sans hésitation à celui-ci qui me paraît plus équitable. En cela, je partage l'analyse présentée tout à l'heure par MM. Martin Jacques et Coutau. Je trouve que le délai d'attente est une mesure qui pénalise les chômeurs d'une façon linéaire et que par conséquent, elle est tout à fait injuste. L'introduction du délai de carence de cinq jours pose le principe que le chômeur est fautif et que, par conséquent, il s'agit de le punir. Mais si malgré ces prises de position le délai de carence devait tout de même être admis à l'article 18 alinéa 1er, je vous demande alors de l'assortir absolument de l'assouplissement prévu par la commission à l'article 18 alinéa 1bis. Je partage là également ce qui vient d'être dit par M^me^ Weber Monika.
Personne d'entre nous n'envisagerait de survivre avec un revenu équivalant à 70 pour cent de 3000 francs par mois. Je ne pourrais vraiment pas comprendre et justifier que nous en arrivions à une telle extrémité que de contraindre des chômeurs, qui doivent déjà vivre avec des indemnités aussi faibles, à un délai d'attente de cinq jours. Nous l'avions compris lors de la discussion, à la session d'hiver 1994, de l'arrêté fédéral urgent en acceptant cet «amortisseur social», comme l'a appelé M. Coutau tout à l'heure.
Je vous invite donc à voter prioritairement contre le délai d'attente de cinq jours – ce serait encore charger davantage les entreprises qui devraient, en cas de chômage généralisé, prévoir des plans sociaux et, par conséquent, combler les revenus qui manqueraient à leurs travailleurs – et, par conséquent, à appuyer la dégressivité des indemnités proposée par la majorité de la commission à l'article 22.
Subsidiairement, si le délai d'attente était malgré tout maintenu, alors je vous demande d'adopter aussi l'article 18 alinéa 1bis relatif à un assouplissement de ce délai d'attente. Agir autrement serait, à mon avis, profondément injuste et nous mettrait véritablement dans l'impossibilité de motiver notre décision. Ce serait jeter les gens à l'assistance publique des communes, et je me refuse vraiment à faire cela dans la situation actuelle de notre économie et surtout dans un pays comme le nôtre, avec le niveau de vie que nous connaissons aujourd'hui.

Schiesser Fritz (R, GL): Gestatten Sie mir zwei kurze Bemerkungen zur Frage der Kumulation: Ich lehne die von Herrn Kollege Loretan beantragte Kumulation aus den Gründen ab, die hier bereits dargelegt worden sind – weil diese Kumulation doch eine wesentliche Verschärfung der Vorlage darstellen würde.
Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang noch auf zwei weitere Punkte hinweisen. Ich bitte Sie, bei diesem Entscheid die Verhältnismässigkeit zu berücksichtigen. Der Kernpunkt der Vorlage, die wir jetzt behandeln, liegt nicht in diesem Bereich. Der Kernpunkt der Vorlage liegt in Artikel 16, in der Verschärfung der Zumutbarkeitsvorschriften. Wenn diese Verschärfung ins Leere greift, dann ist die ganze Vorlage gescheitert, dann haben wir das Ziel nicht erreicht. Die Bereiche, über die wir jetzt diskutieren, sind flankierende Bereiche.
Sollte wegen der Entscheidung, die Sie heute fällen, mit dem Nationalrat ein neuer Konflikt entstehen, der dann in einem halben Jahr oder in dreiviertel Jahren bereinigt wird, haben wir dadurch, dass das Gesetz nicht auf den 1. Januar 1996 in Kraft treten kann, mehr verloren als das, was wir allenfalls gewinnen, wenn wir uns jetzt für eine Kumulation entscheiden.
Ich bitte Sie, bei Ihrem Entscheid auch diesen Gesichtspunkt zu beachten. Wir sollten nun wirklich nichts mehr tun, was ein rasches Inkrafttreten dieser Vorlage verhindert. Deshalb bitte ich Sie, nicht zu kumulieren, aber dem Nationalrat ein ganz klares Zeichen zu geben: Der Entscheid, den wir heute fällen – sei es Karenzfrist, sei es Degression –, das ist die Richtung, bei der wir bleiben, und daran werden wir festhalten. Das müssen wir zuhanden des Nationalrates klipp und klar sagen.
In der Frage Degression/Karenzfrist bin ich vom Saulus zum Paulus geworden. Ursprünglich habe ich mich für die Degression eingesetzt. Heute trete ich – sei es wegen dem dringlichen Bundesbeschluss, den wir verabschiedet haben, sei es aus anderen Gründen, die Herr Onken, aber auch Frau Weber dargelegt haben – für die Karenzfrist und für die soziale Abfederung gemäss Minderheit I (Schüle) ein.
Diese Minderheit I (Schüle) stellt einen Kompromiss dar. Der Bundesrat hat einen entsprechenden Spielraum, und der Nationalrat hätte eine Möglichkeit, darauf einzuschwenken, nachdem er in seinen Beratungen eine soziale Abfederung überhaupt nicht vorgesehen hat. Wir würden damit den raschen Abschluss der Arbeiten und die Inkraftsetzung der dringend notwendigen Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ermöglichen.
Ich bitte Sie, bei Ihrem Entscheid auch diese Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Meier Josi (C, LU): Alle vier Frauen, die bis zur Januarsession dem Ständerat angehörten, waren Mitglieder der Kommission, die diese Revision vorbereitete. Es ist kein Zufall, dass alle Frauen der Mehrheit angehören. Es zeigt sich darin der andere Erfahrungskreis. Wir sind vielleicht etwas weniger nahe bei den grossen Kassen der Gemeinwesen, aber wir sind etwas näher bei den täglichen Problemen, vor allem auch denen der kleinen Leute.
Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen ist es klar, dass beide Einschränkungen zuviel sind; eine genügt. Wenn wir uns gegen die Degression in dieser zweiten Runde entschlossen haben, spielt sicher die Macht des Faktischen, eben die bisherige Regelung mit der Karenzfrist, auch eine gewisse Rolle. Es spielt aber auch eine Rolle, dass wir uns um die Finanzierung bemüht haben und glauben, eine sinnvolle Lösung vorgelegt zu haben.
Ich möchte nur noch zwei Gedanken unterstreichen: Ich bin insbesondere eine Gegnerin der Minderheit I (Schüle), welche die blosse Kann-Formel zugunsten des Bundesrates einführen will, einfach deswegen, weil das dem Bundesrat die Möglichkeit gibt, jede Abfederung fallenzulassen, und das möchte

ich vermeiden. Eine Abfederung ist bei den ganz kleinen Leuten – ich denke zum Beispiel an die Alleinerziehenden mit all ihren Problemen der Finanzierung des täglichen Lebens – unbedingt nötig. Ich habe mich schon bei früheren Entscheiden dafür eingesetzt.
Zudem möchte ich noch einen Gedanken von Herrn Schiesser unterstreichen: Wir befinden uns in der Differenzbereinigung. Es hat nicht sehr viele, aber gewichtige Schwerpunktdifferenzen. Hier befinden wir uns vor einem solchen «Schwerpunktdifferenzpaar». Wenn wir uns gegen die Karenztage und für die Degression entscheiden, bringen wir wirklich eine enorme Erschwerung in die Differenzbereinigung hinein. Wenn wir uns – zum Teil sehr schweren Herzens – für die Karenztage entscheiden, uns jedoch gegen die Degression aussprechen, sind wir schwerpunktmässig auf der gleichen Linie wie der Nationalrat. Und damit kämen wir der Erfüllung eines Anliegens nahe, das ein Anliegen der Kantone, der Gemeinden, des Bundes und auch ein Anliegen aller Versicherten ist: dass wir so schnell wie möglich klare Verhältnisse schaffen.
Ich bitte Sie, entscheiden Sie im Sinne der Mehrheit.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 h 00

Sechste Sitzung – Sixième séance

Donnerstag, 2. Februar 1995, Nachmittag
Jeudi 2 février 1995, après-midi

15.00 h

Vorsitz – Présidence: Küchler Niklaus (C, OW)

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Differenzen (Fortsetzung) – Divergences (suite)

Siehe Seite 85 hiervor – Voir page 85 ci-devant

Art. 18, 22 (Fortsetzung – Suite)

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Une recherche en paternité nous indique que le délai de carence n'est pas l'enfant du Conseil fédéral. En effet, ce fut, comme on l'a rappelé ce matin, dans le cadre de la commission du Conseil national, initialement une proposition Blocher, reprise et atténuée ensuite en ce qui concerne la durée des délais, qui a été présentée au plénum du Conseil national. Je l'ai combattue au nom du Conseil fédéral. Elle a passé devant le Conseil national néanmoins. C'est sur cette base que l'arrêté fédéral urgent a été construit, et qu'il a, à son tour, été adopté par le Conseil national, puis par le Conseil des Etats avec le délai de carence. Par trois fois donc, les Chambres ont accepté ce délai.
Je constate aujourd'hui qu'il n'y a pas d'éléments nouveaux pour alimenter ma réflexion quant à la base de l'idée, et, par conséquent, je continue à penser que, quant au fond, cette solution n'est pas bonne et qu'elle est lourde de difficultés, voire d'injustices, telles qu'elles ont été dénoncées ce matin. C'est la raison pour laquelle, si le Conseil des Etats en venait à la suivre néanmoins – et il semble qu'il y ait un courant assez favorable chez vous aujourd'hui pour aller dans cette direction –, à tout le moins, conviendrait-il d'utiliser la formule douce, celle que préconise la minorité dans l'adoucissement des normes d'une telle mesure.
Les seules réflexions qui peuvent finalement nous conduire – j'allais dire, tactiquement – à nous rallier à la solution du délai de carence ont été ce matin très remarquablement exposées par M^me^ Meier Josi. Elle a rappelé dans quelle phase de la navette nous nous trouvions entre le Conseil des Etats et le Conseil national. Elle a rappelé que s'il y avait encore un certain nombre de divergences, peu à peu, sur les grandes questions, on trouvait une unité parlementaire, qu'assurément un des points importants était ce délai de carence et que, par conséquent, si le Conseil des Etats maintenait son rejet du délai de carence, on aurait certainement là un très gros sujet à disputer avec le Conseil national.
Compte tenu de l'urgence de mettre sous toit cette nouvelle loi, il y aurait lieu, dès lors, de faire abstraction de ces principes – comme chacun le sait: «Appuyez-vous sur les principes, ils finiront bien par céder» –, pour cette raison pratique, de calendrier et de délai d'accouchement de la loi, et de finir par se rallier à la décision du Conseil national. C'est bien, dans mon esprit et dans la vue que j'ai des choses, la seule raison qui pourrait nous faire changer d'opinion. Je vous demande de la méditer, de l'apprécier. Pour ce qui me concerne en tout cas, il n'y a aucune raison de base, aucune raison de fond qui justifie une autre position que celle que nous avions prise initialement à propos de cette mesure.
Vous avez fort bien fait, politiquement, Monsieur le Président, de conjoindre les deux articles 18 et 22 dans l'examen que nous en faisons, parce qu'il est évident que je souscris totalement à la proposition de la majorité de votre commission, qui me paraît assez largement partagée, selon laquelle on ne peut pas introduire et le délai de carence et la dégressivité. C'est l'un ou l'autre. Par conséquent, dans l'esprit que je défends, si le délai de carence n'est pas accepté, il faut adhérer au principe de la dégressivité. Sans doute n'atteignons-nous pas les mêmes publics, sans doute est-ce deux notions différentes, mais dans leur ensemble et dans leur démarche, elles sont de même esprit. Elles ont, de surcroît, en commun, de contribuer l'une et l'autre à l'allègement de la charge financière pour la Confédération. Dans le premier cas, l'introduction d'un délai de carence allège cette charge de quelque 90 millions de francs; dans le deuxième cas, la dégressivité, c'est environ 70 millions de francs qui seraient ainsi épargnés pour la caisse fédérale.
Je vous le demande, si le vote sur l'article 18 devait signifier l'introduction et le maintien du délai de carence, selon la décision du Conseil national, il ne faudrait pas voter la dégressivité à l'article 22 et, inversement, s'il n'y a pas de délai de carence, il faudrait voter pour la dégressivité.
Nous ne pouvons pas établir un bonheur parfait; il y a là un choix à opérer, et c'est dans ce sens que je vous demande de le faire.

Art. 18 Abs. 1bis – Art. 18 al. 1bis

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Minderheit I	18 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	17 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Minderheit I	22 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II/III	16 Stimmen

Art. 22 Abs. 4 – Art. 22 al. 4

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	19 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III	12 Stimmen

Onken Thomas (S, TG): Wir haben doch jetzt die beiden Artikel in sich bereinigt. Wir haben bei Artikel 18 beschlossen, Absatz 1 unverändert zu belassen und Absatz 1bis gemäss dem Antrag der Minderheit I (Schüle) zu übernehmen. Dieser Artikel ist also jetzt bereinigt. *(Zwischenruf des Präsidenten: Nur die Modifikation)* Wir haben jedoch noch nicht grundsätzlich darüber abgestimmt, das ist richtig. Aber der Artikel selbst ist jetzt klar, so, wie er vor uns liegt. Und ebenso klar ist der Artikel 22, wo wir soeben entgegen dem Antrag der Minderheit III (Martin Jacques) einen wichtigen Absatz im Gesetz belassen haben. Wie die Degression aussehen soll, ist somit ebenfalls klar. Ich fürchte nun – wenn wir wie vorgeschlagen verfahren, d. h., der Reihe nach die Artikel 18, 19, 20 und 22 behandeln –, dass wir dann am Schluss möglicherweise, ohne dass wir es mehrheitlich wollen, beide Artikel in diesem Gesetz haben, obwohl eine Mehrheit, denke ich, eigentlich dafür ist, dass nur eines dieser beiden Instrumente aufgenommen wird. Beide Versionen haben ja ihre Anhängerschaft, und zu dieser Anhängerschaft kommen jeweils noch jene hinzu, die beide Instrumente im Gesetz verankern wollen. Das könnte dazu führen, dass am Schluss beide drinstehen, obwohl gar keine Mehrheit dies wünscht.
Mein Antrag wäre es, zunächst zu sagen, dass es eine Grundsatzabstimmung darüber gibt, ob nur eine dieser beiden Massnahmen aufgenommen werden soll oder beide. Wenn beide aufgenommen werden sollen, dann sind sie auf-

genommen, da gibt es nichts zu rütteln. Wenn nur eine der beiden aufgenommen werden soll, kann man Artikel 18 Artikel 22 gegenüberstellen und macht dann die beiden klaren und bereinigten Alternativen zum Gegenstand einer zweiten Abstimmung. Das wäre meine Anregung. Aber ich stelle es Ihnen, Herr Präsident, und gegebenenfalls dem Rate anheim, wie verfahren werden soll. Wir brauchen jedoch ein transparentes Vorgehen.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Es ist zu sagen, dass die Bedenken von Herrn Onken unbegründet sind, weil wir ja soeben der Mehrheit zugestimmt und die Degression in Artikel 22 sowieso gestrichen haben. Der Entscheid ist praktisch schon gefallen.

Coutau Gilbert (L, GE): Nous avons une difficulté de procédure en ce sens qu'un certain nombre de députés ont pensé que le vote sur l'article 22 était un vote à titre préliminaire. Or, en réalité, le vote que nous venons de faire sur l'article 22 est un vote définitif. Je ne vois pas comment on pourrait encore maintenant choisir entre l'article 18 et l'article 22. Ce choix, selon ma sensibilité, n'a pas encore été ouvert. Nous avons la proposition de la minorité II (Loretan) qui veut l'un et l'autre, et personne n'a pu s'exprimer de cette façon.
Je vous propose, pour ma part, de mettre au vote la proposition de la minorité II (Loretan), qui veut et le délai de carence et la dégressivité; c'est un vote à titre préliminaire; ensuite le résultat de ce vote sera opposé à l'article 18, tel que nous l'avons adopté. Il faut qu'on ait la possibilité – je rejoins en cela M. Onken – de s'exprimer d'une façon claire: ou bien délai de carence, ou bien dégressivité. Ce vote là n'a pas eu lieu en raison de la procédure que vous avez choisie concernant l'article 22.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Entschuldigen Sie, wenn ich noch einmal das Wort ergreife. Ich finde das Abstimmungsprozedere vollkommen klar: Wir haben jetzt darüber abgestimmt, ob wir bei Artikel 22 der Mehrheit oder der Minderheit folgen wollen. Sie haben der Mehrheit zugestimmt, und die ist für Streichen der Degression. Das ist ein klarer Entschluss, den der Rat gefasst hat.

Präsident: Wir haben in Artikel 22 lediglich zu Absatz 4 abgestimmt und diesen Absatz gestrichen.

Bühler Robert (R, LU): An und für sich ist das Vorgehen, wie der Präsident es uns vorgeschlagen hat, richtig. Sachlich können wir beide Optionen bejahen oder verneinen, sei das Karenzfrist oder Degression. Betreffend Artikel 18 ist alles klar. Leider hat es bei Artikel 22 wahrscheinlich ein Missverständnis gegeben, ob wir jetzt schon abgestimmt haben, Absatz 3 oder Absatz 4 sei gestrichen. Ich empfehle Ihnen, noch einmal auf Artikel 22 zurückzukommen.

Präsident: Wir stimmen noch einmal über Artikel 22 Absatz 4 ab – im Sinne einer Eventualabstimmung. Es geht jetzt um die Modifikation.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 24 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III 12 Stimmen

Präsident: Nun gehen wir zu Artikel 18 Absatz 1 zurück und kommen zum Grundsatzentscheid über die Karenzfrist.

Art. 18 Abs. 1 – Art. 18 al. 1

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 28 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III 9 Stimmen

Art. 18 Abs. 4 – Art. 18 al. 4
Angenommen – Adopté

Präsident: Damit ist Artikel 18 bereinigt. Wir kommen nun zum Grundsatzentscheid bei Artikel 22 Absatz 3.

Art. 22 Abs. 3 – Art. 22 al. 3

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 27 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III 10 Stimmen

Präsident: Damit haben Sie sich für das System «Karenzfrist» und gegen das System «Degression» ausgesprochen.
Der Antrag Salvioni zu Artikel 22 entfällt.

Art. 22a Abs. 1, 4
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 4
Ebenso zieht die Kasse die Prämie für die obligatorische Versicherung der Nichtberufsunfälle von der Entschädigung ab und entrichtet sie der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt. Für Einstell- und Wartetage werden keine Prämien erhoben. Der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten und das Verfahren.

Art. 22a al. 1, 4
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 4
De même, pour les personnes qui, avant leur période de chômage, étaient assurées contre les accidents non professionnels, la caisse déduit du montant de l'indemnité les primes de l'assurance-accidents non professionnels obligatoire et les verse à la Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents. Aucune prime n'est prélevée pour les jours d'attente et de suspension. Le Conseil fédéral désigne le ou les assureurs compétents. Il règle les détails et la procédure.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Laut dieser Bestimmung werden alle Versicherten bei der Suva obligatorisch gegen Nichtbetriebsunfälle versichert.
Eine obligatorische Versicherung gegen Nichtbetriebsunfälle ist nur dann praktikabel, wenn für alle Versicherten ein Einheitssatz für den Prämienbezug gilt und die Arbeitslosenkassen nur mit einem Versicherer abrechnen müssen. Deshalb sollen alle Arbeitslosen bei der Suva versichert sein. Die Suva muss deshalb eine spezielle Prämienklasse für Arbeitslose vorsehen und für diese einen einheitlichen Prämiensatz festlegen. Alle beim Arbeitsamt gemeldeten Personen sollen obligatorisch gegen Nichtbetriebsunfälle versichert sein.
Diese Lösung kann zwar in Einzelfällen zu einer Doppelversicherung führen, z. B. bei Personen, die vor Eintritt der Arbeitslosigkeit nicht obligatorisch versichert waren und deshalb eine private Taggeldversicherung für Unfälle abgeschlossen haben. Andererseits können mit dieser Regel Versicherungslücken vermieden werden.

Angenommen – Adopté

Art. 23 Abs. 2
Antrag der Kommission
.... setzt der Bundesrat Pauschalansätze als versicherten Verdienst fest. Er berücksichtigt dabei insbesondere das Alter, den Ausbildungsstand sowie die Umstände, die zur Befreiung von der Erfüllung der Beitragszeit geführt haben (Art. 14).

Art. 23 al. 2
Proposition de la commission
.... assurés qui, au terme d'un apprentissage, touchent des indemnités de chômage, ainsi que pour les personnes qui sont libérées des conditions relatives à la période de cotisation, le Conseil fédéral fixe des montants forfaitaires comme gain assuré. Il tient compte en particulier de l'âge, du niveau de formation ainsi que des circonstances qui ont amené à la libération des conditions relatives à la période de cotisation (art. 14)

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: In der Praxis wird es oft als stossend empfunden, dass Personen, die unmittelbar nach der Lehre arbeitslos sind, ein Mehrfaches des Lehrlingslohnes als Entschädigung erhalten, weil der Erwartungslohn als Berechnungsgrundlage genommen wird. Die Änderung in Artikel 23 Absatz 2 ermöglicht die Festlegung von Pauschalansätzen, die sich nicht ausschliesslich am Erwartungslohn orientieren. Eine Abweichung vom reinen Erwartungslohn trägt dem Umstand Rechnung, dass, je nach Befreiungsgrund, ein unterschiedlicher Bedarf besteht. Beispielsweise ist der Bedarf eines Jugendlichen, für den die Eltern noch unterstützungspflichtig sind, geringer als der Bedarf einer Person, die wegen Scheidung, Invalidität oder Tod des Ehegatten gezwungen ist, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Angenommen – Adopté

Art. 24 Abs. 2, 4, 5
Antrag der Kommission
Abs. 2, 5
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 4
.... während längstens zwei Jahren. (Rest des Absatzes streichen)

Art. 24 al. 2, 4, 5
Proposition de la commission
Al. 2, 5
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 4
.... de plus de 45 ans. (Biffer le reste de l'alinéa)

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 24 Absatz 4 handelt es sich um eine rein redaktionelle Anpassung an das von Ihrer Kommission gewählte System, dem Sie zugestimmt haben.

Angenommen – Adopté

Art. 27
Antrag der Kommission
Abs. 1, 2
Unverändert
Abs. 3
.... Beitragszeit unter Vorbehalt von Artikel 13 Absätze 1 und 2quater zu den Beitragszeiten ....
Abs. 4
Unverändert
Abs. 5
Festhalten

Art. 27
Proposition de la commission
Al. 1, 2
Inchangé
Al. 3
.... s'ajoute, sous réserve de l'article 13 alinéas 1er et 2quater, aux périodes de cotisation ....
Al. 4
Inchangé
Al. 5
Maintenir

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Im Gegensatz zum System des Nationalrates hängt nach dem System Ihrer Kommission der Taggeldanspruch wie im geltenden Recht von der Zahl der Beitragsmonate ab und richtet sich auch bezüglich der Anzahl Taggelder nach dem geltenden Recht.
Artikel 27a haben wir bereits heute morgen behandelt.

Angenommen – Adopté

Art. 28 Abs. 2; 29 Abs. 1, 2; 30 Abs. 1 Bst. g, 2; 30a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 28 al. 2; 29 al. 1, 2; 30 al. 1 let. g, 2; 30a
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 32 Abs. 3
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Schallberger
Unverändert

Art. 32 al. 3
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Schallberger
Inchangé

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich spreche zum Antrag von Herrn Schallberger. Ich habe in der Kommission denselben Antrag gestellt; er wurde mit 5 zu 2 Stimmen abgelehnt. Begründung für die Ablehnung war in der Kommission: Die Schönwetterentschädigung und die Schlechtwetterentschädigung könnten nicht gleichgestellt werden, da bei schönem Wetter, konkret bei mangelndem Schnee, auch andere Arbeiten ausgeführt werden könnten. Es solle zudem keine Strukturerhaltung betrieben werden, ferner sei die Schönwetterentschädigung erst am 1. Januar 1992 eingeführt worden, währenddem die Schlechtwetterentschädigung bereits seit dem Jahr 1984 bestehe.
In den Jahren 1992 und 1993, in denen Schönwetterentschädigungen ausbezahlt wurden, kostete dies die Kasse jährlich etwa 500 000 Franken.

Schallberger Peter-Josef (C, NW): Um meinen Antrag zu begründen, muss ich Ihre Phantasie strapazieren. Stellen Sie sich folgendes vor: Ein Versicherungsvertreter besucht Sie. Er empfiehlt Ihnen, ein Schadenrisiko, das Ihnen Sorge bereitet, zu versichern. Er nennt Ihnen die Prämienhöhe, unterbreitet Ihnen den Versicherungsvertrag zur Unterschrift und orientiert Sie, dass die Prämie zur Gewährleistung einer pünktlichen Bezahlung direkt vom Lohn abgezogen werde. Nach Abschluss des Vertrages orientiert er Sie, so nebenbei, dass gemäss den kleingedruckten allgemeinen Versicherungsbedingungen im Schadenfalle jegliche Vergütung des Schadens ausdrücklich ausgeschlossen sei.
Ich brauche Sie nicht zu fragen, ob Sie diese letzte Mitteilung wortlos zur Kenntnis nehmen würden. Ich zweifle, ob Sie einen allfälligen Solidaritätsappell dieses Versicherungsvertreters untertänigst schweigend akzeptieren würden, sind Sie doch vermutlich mit mir der Meinung, dass Solidarität in aller Regel auf Gegenseitigkeit beruht.
Das geschilderte Ereignis gab es vor dem Jahre 1992 tatsächlich, mit dem Unterschied allerdings, dass kein Versicherungsvertreter vorsprach und keine Unterschrift unter einen Vertrag zu setzen war. Die Prämie war obligatorisch zu entrichten. Eine Schadenvergütung war gesetzlich nicht möglich. Betroffen war das im Nebenberuf angestellte Personal des Wintertourismus, die Betreuer des Bergrettungsdienstes, der Pistensicherung, der Bergbahnen und Skilifte, der Skischulen usw.
Während Jahren bemühten sich die Organisationen der Berggebiete um eine Korrektur des unbefriedigenden und ungerechten Zustandes, und endlich, anlässlich der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes von 1990, wurde dem Anliegen dieser kleinen, finanziell alles andere als auf Rosen gebetteten Gruppe entsprochen.
Der Bundesrat beschloss in seiner Verordnung zum Gesetz eine sehr restriktive Regelung und verunmöglichte damit jeglichen Missbrauch. Bei der laufenden Teilrevision fand der Bundesrat ganz offensichtlich keine Veranlassung, zurückzubuchstabieren. Auch der Ständerat beliess in der ersten Lesung den Artikel 32 im bisherigen Wortlaut.

Der Nationalrat beschloss jedoch die Streichung dieser Bestimmung. Ich bin überzeugt, dass der Nationalrat die Auswirkung der Streichung auf die Arbeitslosenversicherung masslos überschätzte – es handelt sich ja lediglich um einige 100 000 Franken Entschädigung –, die Auswirkungen auf die wirtschaftlich schwachen Betroffenen jedoch eindeutig unterschätzte.
Ich beantrage Ihnen daher Festhalten am geltenden Gesetzestext.

Rhyner Kaspar (R, GL): Auch ich möchte Sie ersuchen, am bestehenden Gesetzestext festzuhalten, und ich bitte Sie, mir ein Weilchen zuzuhören. Ich weiss tatsächlich, wovon ich spreche.
Herr Kollege Schallberger hat gesagt, dass das Parlament vor wenigen Jahren, bei der Regelung der Kurzarbeit im Rahmen der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, beschlossen hat, für touristische Berufe eine «Härtefallversicherung» für wetterbedingte Arbeitsausfälle zu realisieren, und das, nachdem der Einbezug des Tourismus in die Schlechtwetterentschädigung nicht in Frage kam. Im Zuge der jetzigen Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sollen in Artikel 32, der den anrechenbaren Arbeitsausfall bei der Kurzarbeit regelt, in Absatz 3 die Wörter «auf wetterbedingte Kundenausfälle» gestrichen werden. Damit ist die Abschaffung – ich nenne das so – der «Schneemangelversicherung», die nichts mit einer Schönwetterversicherung zu tun hat, beabsichtigt.
Der Nationalrat hat ja im letzten September so beschlossen. Wir beschliessen, sofern wir dem Nationalrat folgen, zuungunsten einer sehr kleinen Minderheit, nämlich zuungunsten der Berg- und Randregionen, und beschliessen eine sehr grosse Ungerechtigkeit. Ich möchte das noch erklären.
Gestatten Sie mir, einige Argumente zu nennen. Nach jahrelangem Ringen ist es Anfang 1992 gelungen, für die touristischen Berufe, vor allem für Bergbahnmitarbeiter und Skilehrer, eine Regelung zu erwirken. Es geht darum, bei wetterbedingten Betriebs- und Kundenausfällen die Mitarbeiter von Kurzarbeitsentschädigungen profitieren zu lassen.
Der Bundesrat hat in der Verordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz diese Regelung konkretisiert und – hören Sie nun gut zu – sehr eng gefasst. So wird bestimmt, dass ein Arbeitsausfall auf einen ungewöhnlichen Wetterverlauf zurückzuführen sein muss, der den Betrieb stillegt oder erheblich einschränkt.
Als ungewöhnlicher Wetterverlauf gilt namentlich Schneemangel in Wintersportgebieten, sofern er in einen Zeitraum fällt, in dem der Betrieb nachweislich in drei von fünf Vorjahren geöffnet war! Der Betrieb gilt als erheblich eingeschränkt, wenn der Umsatz in der betroffenen Abrechnungsperiode 25 Prozent der im Schnitt der fünf Vorjahre im gleichen Zeitraum durchschnittlich erzielten Umsätze nicht übersteigt – also eine kumulierte Einschränkung! Für jede Abrechnungsperiode wird eine Karenzfrist von drei vollen Arbeitstagen im entsprechenden Verhältnis abgezogen; wo haben wir eine so lange Karenzfrist? In Saisonbetrieben gilt für den erstmaligen Arbeitsausfall gar eine Karenzfrist von zwei Wochen. Die sehr rigorose, allein auf Schneemangel ausgerichtete Härtefallregelung hat also eine ungleich kleinere sparpolitische Bedeutung als die recht stark beanspruchte Schlechtwetterentschädigung – man hat vorhin von 500 000 «Fränkli» gesprochen. Die Auszahlungen unter dem Titel «Schneemangel» hielten sich auch dank dem guten Wetterverlauf in den beiden letzten Wintern in sehr bescheidenen Grenzen.
Die «Schneemangelversicherung» – ich nenne sie nun einmal so – hat grosse regionalpolitische Bedeutung, geht es doch dabei um die Sicherung von Arbeitsplätzen, die in der Regel aufgrund von Erwerbskombinationen mit dem Tourismus grossmehrheitlich von Landwirten besetzt sind. Diese nehmen künftig in Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Strukturbereinigung und dem Strukturwandel im Berggebiet mit Sicherheit zu. Ich weiss aus über 25jähriger Erfahrung: Im November, Dezember, Januar herrscht oft wochenlang schönes Wetter (Hochdrucklage), und es fällt kein Schnee. Natürlich ist dann schönes Wetter! Wenn gesagt wird, man könne bei schönem Wetter andere Arbeiten machen, stimmt gerade das nicht! Es gibt keine andere Möglichkeit, in diesen Regionen entsprechende Kompensationsarbeiten zu finden – höchstens vielleicht eine Bachverbauung, aber schicken Sie einmal Frauen zum Arbeiten in eine Bachverbauung! Die Regelung ist für das Berggebiet von grosser faktischer, aber auch psychologischer Bedeutung. Gerade zu Beginn dieses Winters hat sich wiederum gezeigt, dass die Sicherung des Verdienstes von Skilift- und Skischulmitarbeitern notwendig und angemessen ist, zumal diese – das müssen Sie auch beachten – regelmässig Versicherungsbeiträge entrichten. Auch die Mitarbeiter im Tourismusbereich sollen – wie wir das heute den ganzen Tag besprochen haben – vor Elementarrisiken minimal geschützt werden.
Ich bringe ein kleines Beispiel. Ich denke an ein Tal mit drei Dörfern, zusammen nicht ganz 2000 Einwohner. 150 Leute, Frauen und Männer, arbeiten bei den Bahnen, in den Bergrestaurants, bei der Pistensicherung und als Skilehrer. Vorwiegend, fast zu 100 Prozent, sind es Einheimische, also keine Fremdarbeiter; vorwiegend sind es Männer und Frauen, die im Sommer in der Landwirtschaft arbeiten und auf die erwähnten Kompensationsverdienst-Möglichkeiten angewiesen sind. Wenn kein Schnee liegt, wenn herrlich strahlendes Wetter herrscht, haben diese Frauen und Männer keinen Verdienst. Früher waren die Männer beim Holzen, im Wald an der Arbeit. Das ist längst vorbei. Die Frauen konnten den Verdienstausfall in der Industrie ausserhalb des Tales kompensieren. Auch das ist nicht mehr möglich. Das ist die Situation im Massstab 1 zu 1, und ich bitte Sie sehr, den aktuellen Gesetzestext beizubehalten. Der Bundesrat hatte keine Änderung vorgesehen.

Delalay Edouard (C, VS): Dans la révision de la loi sur l'assurance-chômage qui est en cours, il est prévu à l'article 32, qui réglemente la question du manque à gagner en cas d'horaire de travail réduit, que la partie de phrase «à des pertes de clientèle dues aux conditions météorologiques» figurant à l'alinéa 3 soit supprimée. Cette mesure vise à l'abolition de l'assurance en cas de manque de neige, comme on l'a dit tout à l'heure.
Au début de l'année 1992, une réglementation, inspirée de l'indemnité en cas d'intempéries, destinée à la branche de la construction, a été mise sur pied de manière à faire profiter les collaborateurs des indemnités en cas d'horaires de travail réduits. Dans l'ordonnance sur l'assurance-chômage, le Conseil fédéral a concrétisé cette réglementation en délimitant de manière très stricte les conditions requises pour obtenir cette indemnisation. Ainsi, il est prévu que le manque à gagner doit être dû à des conditions météorologiques exceptionnelles. Est notamment considéré comme condition météorologique extraordinaire le manque de neige, pour autant qu'il intervienne dans un laps de temps durant lequel il peut être prouvé que l'exploitation était ouverte pendant les trois ans précédents. L'exploitation est réputée considérablement limitée lorsque, dans la période de décompte concernée, le chiffre d'affaires, par exemple, ne dépasse pas 25 pour cent de celui de la période correspondante des cinq années précédentes. Un délai d'attente de trois journées de travail complètes est prévu pour chaque période de décompte.
Cette réglementation en vigueur aujourd'hui a une certaine importance pour les régions de montagne, mais surtout – parce qu'ici je ne défends pas les intérêts de ma région – pour les Préalpes. L'assurance en cas de manque de neige n'est nullement destinée à couvrir, comme on le dit souvent, les risques d'entreprises de remontées mécaniques ou d'écoles de ski; c'est essentiellement une mesure d'assurance pour les travailleurs.
Ces derniers temps, la branche du tourisme a subi des assauts importants. Je veux tout de même rappeler que c'est la seule branche qui procède à des exportations très importantes et qui est touchée par la TVA à 6,5 pour cent. On n'a fait aucune exception à cet égard. Dans le paquet concernant l'assainissement des finances fédérales, on prévoit de supprimer les subventions fédérales en faveur de la promotion hôtelière. Sur le plan de la politique régionale, ces éléments sont importants. Or, ici, une troisième mesure est prise à l'encontre du tourisme, et j'aimerais soutenir les députés qui ont défendu le maintien de ces dispositions.

J'ai pris la précaution de me renseigner, avant d'intervenir aujourd'hui, pour connaître le coût approximatif de cette mesure pendant la période durant laquelle elle a été appliquée. On vient de me confirmer qu'elle n'a pas coûté beaucoup à l'assurance-chômage jusqu'ici, et M. le conseiller fédéral pourra peut-être le confirmer tout à l'heure. C'est une raison supplémentaire qui m'incite à dire que si cette mesure n'est pas très coûteuse, il n'y a pas de raison de la supprimer dans les circonstances actuelles. C'est pourquoi je partage ces préoccupations qui ont surtout été exprimées par des représentants de la région des Préalpes, dans laquelle des stations de tourisme existent et se trouvent souvent en difficulté pour cause de manque de neige.
C'est la raison pour laquelle je voterai avec ceux qui veulent maintenir cette disposition dans la loi sur l'assurance-chômage, et je vous invite à en faire autant.

Bloetzer Peter (C, VS): Gemäss Tagesordnung wird heute noch mein Postulat «Für eine aktivere Tourismuspolitik» (94.3446) behandelt. Der Zusammenhang zwischen dem, was ich in diesem Postulat anvisiere, und diesem Artikel ist so offensichtlich, dass ich Ihnen jetzt zwar nicht das Postulat begründen möchte, aber doch zwei, drei Überlegungen bekanntgeben muss:
Die Untersuchungen der letzten Jahre – wir haben davon Kenntnis genommen – haben gezeigt, dass die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Tourismus bisher unterschätzt worden ist. Die Tourismusbranche – wir haben dies anlässlich der Vorlage betreffend die Schweizerische Verkehrszentrale ganz klar gesagt – hat in der Wertschöpfung der schweizerischen Wirtschaftszweige den fünften Platz. Im Export steht sie an dritter Stelle. Für das Berggebiet ist der Tourismus der wichtigste Wirtschaftszweig.
Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen – die sich auf meine Anregung hin vertieft mit Tourismusfragen befasst hat – hat festgestellt, dass der Tourismus heute wettbewerbsfähig ist und es auch in Zukunft sein wird. Dies unter der Voraussetzung, dass wir eine aktivere Tourismuspolitik verfolgen und vor allem den Tourismus überall dort, wo es möglich ist, fördern.
Wir stellen in der Analyse fest, dass eine Diskreditierung des Tourismus gegenüber anderen Wirtschaftszweigen besteht. Allzuoft nimmt man den Tourismus speziell heraus. Ich verlange in meinem Postulat, dass die Bundestätigkeiten insgesamt – die Tätigkeit der Verwaltung, aber auch die Tätigkeit des Parlamentes – überprüft werden und dass man das, wie das jetzt der Fall ist, bei der Gesetzgebung berücksichtigt und den Tourismus mit anderen Wirtschaftsbereichen mindestens gleichstellt.
Wenn wir bei Artikel 32 Absatz 3 dem Nationalrat folgen, tun wir genau das Gegenteil von dem, was heute notwendig ist, um diese sehr wichtige Wirtschaftsbranche, die vor allem für die Berg- und Randgebiete von grösster Bedeutung ist, zu fördern.
Ich ersuche Sie, dem Antrag Schallberger und den Vorrednern zuzustimmen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Il est vrai de dire que l'indemnité en cas d'intempéries a été introduite en 1984, alors que l'indemnisation pour manque de neige n'a été introduite qu'en 1992. Il n'y a pas de relation absolue entre les deux. Il fallait bel et bien, si l'on voulait avoir une indemnisation en cas de manque de neige, introduire une disposition spéciale.
Dans le projet du Conseil fédéral, cette disposition spéciale, dans la loi que vous avez à traiter, a été en quelque sorte incorporée. Dans sa première délibération, le Conseil des Etats, Conseil prioritaire, a suivi exactement le texte du Conseil fédéral.
Dans sa délibération, qui s'est faite – rappelez-vous – dans une ambiance plus tendue financièrement parlant, plus marquée par les difficultés financières de la Confédération, par la volonté de se détacher d'une assurance-chômage qui se révélerait trop généreuse, par la volonté de prendre en quelque sorte des distances par rapport à ce que d'aucuns ont pu appeler une assurance de luxe, le Conseil national avait retiré de la loi cette disposition concernant les indemnités en cas de manque de neige. Il l'avait fait par une majorité de 115 voix contre 53.
Aujourd'hui, votre commission propose de s'en tenir à la version du Conseil national et d'éviter ainsi une divergence d'avec le Conseil national. M. Schallberger, lui, en reste à la version du Conseil fédéral et à la première décision de votre Conseil.
Je dois vous dire que, quant à moi, je ne considérerai pas qu'il s'agit d'une disposition essentielle de la loi, et je ne voudrais pas, avec cette neige, déclencher des avalanches. En réalité, nous sommes bel et bien en présence d'une dépense – Monsieur Delalay, je peux vous le confirmer – de l'ordre de 1 million de francs au maximum par année depuis que nous appliquons cette disposition et c'est toujours plutôt en dessous de 1 million de francs que l'on s'est situé. Ce n'est pas avec ça ou sans ça que l'on rétablira l'équilibre des finances fédérales, mais le Conseil national avait jugé que les petits ruisseaux font les grandes rivières et, dans cet esprit, je peux comprendre qu'il était arrivé à une solution plus restrictive.
En ce qui me concerne, je peux fort bien m'accommoder de la version du Conseil national et de la commission, mais, encore une fois, je ne prendrai pas le canon à neige pour combattre M. Schallberger.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag Schallberger 27 Stimmen
Für den Antrag der Kommission 9 Stimmen

Art. 43 Abs. 1 Bst. b, 3; 44
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 43 al. 1 let. b, 3; 44
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 44a
Antrag der Kommission
Titel
Dauer der Entschädigung
Abs. 1
Innerhalb einer Periode von zwei Jahren darf während höchstens sechs Abrechnungsperioden Schlechtwetterentschädigung ausgerichtet werden.
Abs. 2
Für die Ermittlung der Entschädigungshöchstdauer gemäss Artikel 35 werden die Abrechnungsperioden der Kurzarbeits- und der Schlechtwetterentschädigung zusammengezählt.

Art. 44a
Proposition de la commission
Titre
Durée de versement
Al. 1
Durant une période de deux ans, l'indemnité est versée durant six périodes de décompte au maximum.
Al. 2
Pour calculer la durée maximum de versement selon l'article 35, on prend en considération les périodes de décompte concernant l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail et l'indemnité en cas d'intempéries.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 44a beantragt Ihre Kommission gegenüber der Version des Nationalrates zwei Änderungen: In Absatz 2 wird festgehalten, dass für Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigung die gleiche Leistungsrahmenpflicht gilt. Die Abrechnungsperioden werden zusammengerechnet. In Absatz 1 wird die Schlechtwetterentschädigung auf sechs Abrechnungsperioden innerhalb

von zwei Jahren ausgedehnt, da drei Abrechnungsperioden nicht ausreichen, um zwei winterliche Schlechtwetterperioden abzudecken.

Angenommen – Adopté

Art. 49
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 59b
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... Versicherte nach Artikel 27a aus ....
Abs. 2
Die besonderen Taggelder berechnen sich gemäss Artikel 22 und sind abhängig von der Höchstzahl der Taggelder nach Artikel 27 Absatz 2.

Art. 59b
Proposition de la commission
Al. 1
.... aux prestations selon l'article 27a des indemnités ....
Al. 2
Le montant de l'indemnité journalière spécifique est calculé selon les dispositions de l'article 22 et leur nombre dépend du nombre maximum d'indemnités journalières fixé à l'article 27 alinéa 2.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 59b handelt sich um eine Anpassung der Bestimmung über die «besonderen Taggelder» an das Konzept Ihrer Kommission. Die Höchstzahl ist dort von der Zahl der Beitragsmonate abhängig.

Angenommen – Adopté

Art. 60 Abs. 4
Antrag der Kommission
Unverändert

Art. 60 al. 4
Proposition de la commission
Inchangé

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Im Gegensatz zum Konzept des Nationalrates können nicht während der ganzen Rahmenfrist Taggelder für Kursbesuche ausgerichtet werden, sondern nur wie bis anhin im geltenden Recht während maximal 400 Tagen. Auch hier handelt es sich um eine Anpassung an das Konzept Ihrer Kommission.

Angenommen – Adopté

Art. 61 Abs. 1, 2
Antrag der Kommission
Abs. 1
Unverändert
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 61 al. 1, 2
Proposition de la commission
Al. 1
Inchangé
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 61a
Antrag der Kommission
....., die Kantone beteiligen sich mit 5 Prozent.

Art. 61a
Proposition de la commission
....., les cantons participent à raison de ....

Art. 63
Antrag der Kommission
.... Prozent. Die Kantone übernehmen die restlichen 5 Prozent.

Art. 63
Proposition de la commission
.... pour cent. Les cantons prennent en charge les 5 pour cent restants.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 61a sowie bei Artikel 63 handelt es sich um redaktionelle Anpassungen.

Angenommen – Adopté

Art. 65a Abs. 2, 3
Antrag der Kommission
Abs. 2
Festhalten
Abs. 3
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 65a al. 2, 3
Proposition de la commission
Al. 2
Maintenir
Al. 3
Adhérer à la décision du Conseil national

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Hier handelt es sich um eine Präzisierung der Kriterien, nach denen Vorruhestandsleistungen ausgerichtet werden sollen.

Angenommen – Adopté

Art. 67 Abs. 1
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 67 al. 1
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 71a
Antrag der Kommission
Abs. 1
Die Versicherung kann Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Versicherte, die eine dauernde selbständige Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, durch die Ausrichtung von höchstens 60 Taggeldern während der Planungsphase eines Projektes unterstützen.
Abs. 2
Die Versicherung kann zugunsten dieses Personenkreises 20 Prozent des Verlustrisikos für eine nach Massgabe des Bundesbeschlusses vom 22. Juni 1949 über die Förderung der gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften gewährte Bürgschaft übernehmen. Der Taggeldanspruch des Versicherten wird im Verlustfall um den vom Ausgleichsfonds bezahlten Betrag herabgesetzt.

Art. 71a
Antrag der Kommission
Al. 1
L'assurance peut soutenir l'assuré au chômage ou sur le point de l'être, qui projette de se lancer dans une activité indépendante durable, par le versement de 60 indemnités journalières au plus durant la phase d'élaboration d'un projet.
Al. 2
Elle peut assumer, pour cette catégorie d'assurés, 20 pour cent des risques de perte concernant les cautionnements accordés dans les limites de l'arrêté fédéral du 22 juin 1949 tendant à encourager les coopératives de cautionnement des arts et métiers. Le montant versé par le fonds de compensation en cas de perte est imputé sur le droit de l'assuré aux indemnités journalières.

Art. 71b
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... nach Artikel 71a Absatz 1 beanspruchen, ...
....
d. ein Grobprojekt zur Aufnahme einer wirtschaftlich tragfähigen und dauerhaften selbständigen Erwerbstätigkeit vorweisen.
Abs. 2
Versicherte, die der Bürgschaftsgenossenschaft innert 6 Monaten kontrollierter Arbeitslosigkeit ein ausgearbeitetes Projekt zur Aufnahme einer wirtschaftlich tragfähigen und dauerhaften selbständigen Erwerbstätigkeit vorlegen und die Anspruchsvoraussetzungen gemäss Absatz 1 Buchstaben a bis c erfüllen, können die Unterstützung nach Artikel 71a Absatz 2 beanspruchen.

Art. 71b
Proposition de la commission
Al. 1
.... l'article 71a alinéa 1er:
....
d. S'il présente une esquisse de projet d'activité indépendante viable et économiquement durable.
Al. 2
Les assurés qui présentent à la coopérative de cautionnement, dans un délai de six mois à compter de leur inscription au chômage et qui remplissent les conditions conformément à l'alinéa 1er lettres a à c, un projet bien préparé d'activité indépendante, durable et économiquement viable, peuvent demander l'aide prévue à l'article 71a alinéa 2.

Art. 71c Abs. 2
Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 71c al. 2
Proposition de la commission
Maintenir

Art. 71d Abs. 1
Antrag der Kommission
Der kantonalen Amtsstelle ist nach Abschluss der Planungsphase, spätestens aber mit dem Bezug des letzten Taggeldes mitzuteilen, ob der Versicherte eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt. Die Mitteilungspflicht obliegt dem Versicherten oder der Bürgschaftsgenossenschaft, sofern der Versicherte ihr ein Projekt zur Beurteilung vorgelegt hat.

Art. 71d al. 1
Proposition de la commission
L'autorité cantonale doit être informée à l'issue de la phase d'élaboration du projet, mais au plus tard lorsque l'assuré perçoit la dernière indemnité journalière, si ce dernier prend une activité indépendante. L'obligation d'informer incombe à l'assuré ou à la coopérative de cautionnement si l'assuré lui a soumis un projet.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 71a bis 71d: Der Nationalrat hat hier ein zusätzliches Mittel zur Erleichterung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit eingeführt. Er hat beschlossen, die Bürgschaftsmöglichkeit insofern auszuweiten, als bei einem eventuellen Verlust die Arbeitslosenversicherung teilweise einspringen kann. Um den entsprechenden Betrag soll dann der Taggeldanspruch eines Versicherten herabgesetzt werden. Aus diesem Grund muss der Betrag auch deutlich geringer sein als der Anspruch des Versicherten, damit auch im Verlustfall noch ein Restanspruch auf Taggelder besteht und der Versicherte, dem die Selbständigwerdung nicht gelungen ist, nicht umgehend ein Fall für die Fürsorge wird. Deshalb muss er auch relativ frühzeitig mit der selbständigen Erwerbstätigkeit beginnen. Diese Grundgedanken des Nationalrates, denen Ihre Kommission zustimmt, wurden noch einmal klarer und transparenter formuliert. Die Artikel 71a bis 71d enthalten daher gegenüber der nationalrätlichen Fassung keine materiellen, sondern nur redaktionelle Änderungen.

Angenommen – Adopté

Art. 72 Abs. 1
Antrag der Kommission
Die Versicherung fördert innerhalb der Rahmenfrist für den Leistungsbezug die vorübergehende Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen von Programmen ....

Art. 72 al. 1
Proposition de la commission
L'assurance encourage, durant le délai-cadre, par une contribution financière, l'emploi temporaire de chômeurs selon des programmes organisés ....

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 72 Absatz 1 präzisiert, dass Versicherte bis zum Ende der Rahmenfrist, also auch nach Ausschöpfung des Höchstanspruches, an einem Programm zur vorübergehenden Beschäftigung teilnehmen können. Diese Regelung ermöglicht es Versicherten, bis zum Ende der Rahmenfrist in ein Beschäftigungsprogramm zu gehen; damit enthält auch die Lösung Ihrer Kommission eine Massnahme für Langzeitarbeitslose.

Büttiker Rolf (R, SO): Artikel 72 wird in der Praxis sicher zu Problemen führen, vor allem so, wie er jetzt konzipiert ist. Ich möchte zuhanden der Materialien Herrn Bundesrat Delamuraz zwei Fragen stellen:
1. Ich und vor allem auch die Wirtschaft möchten von ihm hören, wie es mit der Konkurrenz gegenüber der Wirtschaft und mit der Abgrenzung aussieht. Das dürfte das grösste Problem sein; ich bin selber in der Praxis in einer solchen Arbeitslosen-Beschäftigungswerkstätte tätig. Ich möchte – zuhanden der Materialien – wissen, welche Aufträge ein solches Arbeitslosen-Beschäftigungswerk ausführt und was eigentlich «nicht unmittelbar konkurrenzieren» heisst.
2. Es gibt natürlich auch eine Konkurrenzierung «gegen unten». Es gibt auch noch die Invalidenwerkstätten, die Vebo; diese sind über die ganze Schweiz verteilt. Diese haben sich nämlich auch schon gemeldet und sind mit diesen Arbeitslosen-Beschäftigungswerkstätten in Konflikt um Aufträge geraten, bei der Abgrenzung der Konkurrenz.
Die zwei Fragen lauten also:
1. Betreffend die Abgrenzung gegenüber der Wirtschaft: Was sind das für Aufträge?
2. Wie sieht das Konkurrenzverhältnis zu den Invalidenwerkstätten (Vebo) aus?

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Les programmes, Monsieur Büttiker, sont possibles, dans la mesure où des accords peuvent être trouvés avec les syndicats. C'est une règle qui permet d'être conforme à la responsabilité et aux dispositions qui sont prévues dans l'ensemble de la loi et avec, bien entendu, les organisations des arts et métiers qui règnent sur ce secteur. C'est une notion indispensable que d'avoir l'ac-

cord du patronat, des organisations patronales dans ce secteur, pour pouvoir déclencher de tels programmes. Voilà pour ce qui concerne l'article 72.
Vous aviez demandé, dans le cadre de votre question, de quelle nature pouvaient être ces programmes et ce qu'ils pouvaient recouvrir. Il s'agit essentiellement de programmes d'intérêt public, de programmes, par exemple, qui peuvent correspondre à la protection de l'environnement ou à des activités qui ont cette finalité. Vous n'avez pas à craindre que l'on crée ainsi des programmes en concurrence, en quelque sorte, avec les programmes normaux. Il peut y avoir aussi des programmes dans le secteur de la santé publique. C'est dans cette gamme d'orientation que nous concevons ces différents programmes.

Angenommen – Adopté

Art. 72a
Antrag der Kommission
Abs. 1
Versicherte nach Artikel 27a haben, solange sie ihren Anspruch auf besondere Taggelder noch nicht ausgeschöpft haben, Anspruch auf vorübergehende Beschäftigung, soweit ihnen keine zumutbare Arbeit zugewiesen werden kann. Die Kantone sorgen für ein ausreichendes Angebot und weisen den Versicherten spätestens nach dem Bezug von 85 Taggeldern eine vorübergehende Beschäftigung zu, sofern keine andere arbeitsmarktliche Massnahme angezeigt ist.
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 3
Ist der Kanton nicht in der Lage, dem Versicherten eine vorübergehende Beschäftigung zuzuweisen, hat dieser ersatzweise Anspruch auf besondere Taggelder, an deren Kosten sich der Kanton zu 20 Prozent beteiligt.
Abs. 4
Tage, an denen Versicherte an einer von der Arbeitslosenversicherung finanzierten vorübergehenden Beschäftigung teilnehmen, werden von der Dauer des Höchstanspruchs auf besondere Taggelder in Abzug gebracht.
Abs. 5 (neu)
Die Kantone setzen sich insbesondere dafür ein, dass auch Versicherte ohne Anspruch auf vorübergehende Beschäftigung, deren Vermittlung erschwert ist, eine solche Beschäftigung aufnehmen können.

Antrag Büttiker
Abs. 2
Streichen

Art. 72a
Proposition de la commission
Al. 1
L'assuré dont le droit aux indemnités journalières, est subordonné pour partie, selon l'article 27a, à la participation à une mesure de marché du travail a droit, tant qu'il n'a pas épuisé son droit aux indemnités journalières spécifiques, à un emploi temporaire si aucun travail convenable ne peut lui être assigné. Les cantons veillent à ce que l'offre soit suffisante et assignent les assurés, au plus tard après que ceux-ci ont touché 85 indemnités journalières, à des emplois temporaires si aucune autre mesure de marché du travail n'apparaît indiquée.
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 3
Si le canton n'est pas en mesure de lui assigner un emploi temporaire, l'assuré a droit, à titre de compensation, à des indemnités journalières spécifiques auxquelles le canton participe à raison de 20 pour cent.
Al. 4
Les jours durant lesquels l'assuré exerce une activité au titre d'un emploi temporaire subventionné par l'assurance-chômage sont déduits du nombre maximum d'indemnités journalières spécifiques auquel il a droit.
Al. 5 (nouveau)
Les cantons s'engagent en particulier à ce que les assurés sans droit à un programme d'occupation temporaire et dont le placement est difficile puissent bénéficier de telles mesures.

Proposition Büttiker
Al. 2
Biffer

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich würde die ganzen Absätze einmal behandeln und dann noch zum Antrag von Herrn Büttiker Stellung beziehen.
Artikel 72a ist gemeinsam mit Artikel 27a das Kernstück des neuen Systems. Jugendliche und Berufseinsteiger gemäss Artikel 27a haben einen Anspruch auf Teilnahme an einem Programm zur vorübergehenden Beschäftigung, solange sie ihren Anspruch auf besondere Taggelder noch nicht ausgeschöpft haben.
Wenn der Kanton nicht spätestens nach dem Bezug der 85 normalen Taggelder einen Programmplatz anbieten kann, beteiligt er sich zu 20 Prozent an den Ersatztaggeldern. In der Version des Nationalrates, Sie erinnern sich, war diese Beteiligung 25 Prozent. Tiefer als 20 Prozent darf der Anteil des Kantons nach Meinung Ihrer Kommission nicht angesetzt werden, da der Anreiz zur Schaffung von Plätzen in arbeitsmarktlichen Programmen unbedingt erhalten bleiben muss.
Damit ein Beschäftigungsprogramm, bei dem Lohn ausbezahlt wird, gleich behandelt wird wie ein Kurs, während dessen Dauer Taggelder ausgerichtet werden, reduziert sich der Anspruch auf besondere Taggelder um die Anzahl Tage, an denen der Versicherte an einem Programm zur vorübergehenden Beschäftigung teilnimmt.

Büttiker Rolf (R, SO): Ich bin grundsätzlich dagegen, dass wir die Zuweisung einer vorübergehenden Beschäftigung auch noch an «Zumutbarkeitskriterien» knüpfen, wie das Absatz 2 tut. Wir gehen eindeutig zu weit, wenn wir sogar noch die vorübergehende Beschäftigung im Rahmen von Programmen öffentlicher oder privater Institutionen von «Zumutbarkeitskriterien» abhängig machen.
Es geht doch nicht an, dass jemand, dem keine zumutbare Arbeit zugewiesen werden kann, gemäss Artikel 72a Absatz 2 auch noch eine vorübergehende Beschäftigung, die ihm immerhin vom Kanton zugewiesen wird, ablehnen kann, indem er sich auf die eingeschränkte Zumutbarkeit beruft. Wer aufgrund von «Zumutbarkeitskriterien» eine vorübergehende Beschäftigung verweigert, hat gemäss Artikel 72a Absatz 3 einen ersatzweisen Anspruch auf besondere Taggelder, an deren Kosten sich der Kanton auch noch zu 20 Prozent beteiligen muss. Die Kantone werden schon rein von der Quantität her massiv überfordert, genügend solche Arbeitsplätze für eine vorübergehende Beschäftigung zu schaffen.
Deshalb dürfen wir niemals auch noch Bundesvorschriften erlassen, die die Kantone «in den Schraubstock nehmen», indem auch noch die zeitlich begrenzte Beschäftigung in einem Programm, das von der Arbeitslosenkasse immerhin grösstenteils finanziert wird, an «Zumutbarkeitskriterien» geknüpft werden soll. Ich weiss wirklich nicht, was das soll. Ich wehre mich dagegen, dass solche öffentliche, zeitlich limitierte Beschäftigungsprogramme an Kriterien wie Alter, persönliche Verhältnisse, Arbeitsweg, angemessene Unterkunft am Arbeitsort usw. geknüpft werden. Das müssen Sie dann den Bürgerinnen und Bürgern noch erklären!
Es ist wirklich nicht eine kohärente Politik, wenn die Kantone einerseits durch Bundesgesetz verpflichtet werden, für ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen für die vorübergehende Beschäftigung zu sorgen, und der Bund andererseits noch Vorschriften formuliert, wonach es möglich ist, sich auf die Zumutbarkeit zu berufen und nicht in solche zeitlich begrenzte Beschäftigungsprogramme einzusteigen. Ich bin dafür, dass die Zumutbarkeit formuliert wird, wenn es um ein normales Arbeitsverhältnis geht. Aber ich bin gegen Zumutbarkeitsregeln, wenn es um solche öffentliche Beschäftigungsprogramme geht, denn damit wird es wieder Missbräuche geben und Leute, die sich weigern, an solchen Beschäftigungs-

programmen teilzunehmen, die ihnen immerhin, nach Artikel 72, der Kanton zuweist.
Ich bitte, hier für klare Verhältnisse zu sorgen und Absatz 2 ersatzlos zu streichen.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich bitte Sie, den Antrag Büttiker abzulehnen.
Der Nationalrat hat mit der Einfügung dieses Absatz 2 im Artikel 72a auf unsere Einfügung des Absatzes 2 in Artikel 72 reagiert, der vom Nationalrat nicht mehr bestritten wurde. Wir haben bei der Erstberatung eingefügt, dass Beschäftigungsprogramme auch als Berufspraktika in Unternehmungen der Privatindustrie, aber auch in öffentlichen Verwaltungen absolviert werden können.
Demzufolge ist es vollkommen angemessen, dass eine eingeschränkte Zumutbarkeitsregel – es werden nicht alle Literae des Artikels 16 aufgenommen – auch für diese Stellen gilt, weil es Stellen in der Privatwirtschaft sind, wo Arbeitslose zugewiesen werden, um dort Berufspraktika zu absolvieren.

Onken Thomas (S, TG): Es kommt noch etwas dazu: Wir haben ja heute morgen das Konzept des Nationalrates drastisch eingeschränkt und auf die jugendlichen Arbeitslosen ausgerichtet, weil wir gesehen haben, dass die Kantone gar nicht in der Lage sind, so viele Praktikums- und Beschäftigungsplätze zur Verfügung zu stellen.
Wir haben 150 000 Arbeitslose, und wir wissen, dass wir nach nationalrätlichem Konzept 90 000 Plätze im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen und Arbeitsmarktmassnahmen zur Verfügung stellen müssten. Auch nach unserem Konzept braucht es noch recht viele Plätze, die von den Kantonen nur mühsam bereitgestellt werden können. Die Nachfrage nach Plätzen in solchen Beschäftigungsprogrammen wird also ausserordentlich gross sein, und nicht nur Jugendliche, sondern auch ältere Arbeitslose werden nach Plätzen in solchen Beschäftigungsprogrammen fragen.
Es besteht also keine Gefahr, dass diese wenigen Plätze nicht durchwegs sinnvoll und von motivierten Leuten genutzt werden. Es ist deshalb unsinnig, die Zumutbarkeitsregel generell streichen und damit gewisse Leute einfach bedingungslos in ein solches Beschäftigungsprogramm zwingen zu wollen, obwohl viele andere den dringenden Wunsch hätten mitzumachen. Von daher gesehen, leuchtet mir die Streichung, die Herr Büttiker beantragt, überhaupt nicht ein.
Es kommt hinzu, was Frau Beerli schon gesagt hat, dass die Zumutbarkeit hier ja nur sehr eingeschränkt wirksam wird. Herr Büttiker hat das sicher selbst nachgeprüft. Nur Fragen des Alters und der Gesundheit, der Arbeitsstreitigkeiten in einem Betrieb oder des Arbeitswegs, wo wir mit zwei Stunden hin und zwei Stunden zurück ohnehin schon sehr weit gehen, spielen eine Rolle. Ja, will man denn diese Erfordernisse auch noch streichen und für Beschäftigungsprogramme etwa einen längeren Arbeitsweg zumuten? Wir gehen hier ja ohnehin schon ausserordentlich weit!
So gesehen möchte ich Sie mit der Kommission bitten, diesem Absatz zuzustimmen. Für uns in der Kommission war es völlig unbestritten, dass es diese reduzierte Zumutbarkeitsregelung braucht, und ich bitte Sie, hier keine Differenz zum Nationalrat zu schaffen und mit der Kommission zu entscheiden.

Büttiker Rolf (R, SO): Nach diesen beiden Begründungen muss ich eine Replik anbringen. Frau Beerli hat gesagt, dieser Artikel 72a Absatz 2 beziehe sich auf Artikel 72 Absatz 2, aber dann soll man die saubere Begründung bringen, dass sich diese vorübergehende Beschäftigung in Artikel 72a Absatz 2 auf die Praktika bezieht. Das hat man nicht getan, deshalb muss man davon ausgehen, dass sich Artikel 72a Absatz 2 auf 72a Absatz 1 bezieht. Aber dort steht nirgends etwas von Berufspratika. Dieser Weg ist etwas weit hergeholt, wenn man das von der Systematik her anschaut.
Herr Onken, ich bin über Ihre Begründung erstaunt. Die Vertreter, die solche Beschäftigungswerkstätten im Kanton Solothurn bereits über ein Jahr geführt haben, haben sich auch schon gefragt, wie weit wir es hier mit Leuten bringen, die in solche, in der Regel öffentliche, Arbeitslosen-Beschäftigungswerkstätten eingewiesen werden, zum Beispiel in bezug auf den Arbeitsweg. Es geht nicht mehr um den gewöhnlichen Arbeitsplatz, der vielleicht zwei Stunden weg sein kann, Herr Onken. Es geht um kantonale Zuweisungen. Da müssen Sie mir die zwei Stunden Weg noch zeigen! Wir dürfen nicht mehr so legiferieren, dass wir solche Dinge in ein Gesetz hineinschreiben, die wieder zu Missbräuchen Anlass geben.

Danioth Hans (C, UR): Ich habe bisher zu den verschiedenen Ausführungen geschwiegen, obschon ich als Präsident einer kantonalen Rekurskommission für die Arbeitslosenversicherung an der Front sehe, wie es zugeht. Herr Kollege Schmid Carlo hat heute morgen zu Recht darauf hingewiesen, dass diese kantonalen Arbeitsämter sehr wohl bestrebt und in der Lage sind, eine Interessenabwägung vorzunehmen.
Ich meine nun, hier treibt man das Ganze auf die Spitze. Mit dieser Formulierung wird eine doppelte Zumutbarkeit geschaffen. Wir haben nämlich nach Artikel 72a Absatz 1 die Bestimmung: «Die Kantone sorgen für ein ausreichendes Angebot und weisen den Versicherten spätestens nach dem Bezug von 85 Taggeldern eine vorübergehende Beschäftigung zu, sofern keine andere arbeitsmarktliche Massnahme angezeigt ist.» Die Kantone sind hier bereits von Amtes wegen in die Pflicht genommen. Jetzt kommt mit dem Absatz 2 von Artikel 72a die Bestimmung, dass auch hier noch die übrigen Bestimmungen über die Zumutbarkeit sinngemäss Anwendung finden. Wenn das wirklich sinngemäss wäre, dann könnte man darüber hinwegsehen. Aber hier erweckt diese Bestimmung wirklich Misstrauen. Ich glaube, wir müssen hier völlig zu Recht eine höhere Zumutbarkeitsschwelle verlangen, weil es doch durchaus auch für einen Akademiker einmal zumutbar ist, während einer ganz kurzen Zeit eine Arbeit anzunehmen, für die er nicht ausgebildet und vielleicht nicht von Anfang an motiviert ist. Aber ich glaube, auch das bringt ihm Gewinn.
Wenn Sie dies hier abblocken, verhindern Sie vielleicht einen ganz guten Nebeneffekt der ganzen Bestimmungen, nämlich dass im vorübergehenden Stadium eben auch unkonventionelle Lösungen möglich sein sollen.
Ob nun das Ei des Kolumbus im Weglassen aller Bestimmungen, die in Absatz 2 aufgeführt sind, also Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe c, e, f, g und i, zu finden ist, kann ich nicht beurteilen. Auf alle Fälle schlage ich Ihnen vor, dem Antrag Büttiker zuzustimmen, um damit zumindest eine Differenz zum Nationalrat zu schaffen. Es wäre nicht die erste Differenz, aber auch diese verdient es, näher abgeklärt zu werden.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: J'aimerais tout d'abord dire à M. Büttiker que les programmes d'occupation comprennent aussi, naturellement, des stages en entreprises privées, des stages où, par exemple, des règles concernant les conflits du travail doivent pouvoir s'appliquer, qu'il s'agisse d'un programme d'occupation temporaire ou d'un nouvel emploi. Les conventions de travail, Monsieur Büttiker, il est parfaitement légitime qu'elles valent aussi pour les détenteurs d'un emploi temporaire, participant à un programme d'occupation, comme pour un travailleur normal. Il y a donc légitimité à composer un certain nombre de conditions pour l'acceptation d'un travail jugé équivalent, même si ce travail est temporaire et pas définitif.
Alors – et je réponds par là même à M. Danioth –, il est bien évident que, dans la pratique et dans l'exigence, nous ne pouvons pas avoir les mêmes règles pour un travail définitif et pour un travail temporaire dans un programme d'occupation. C'est bien la raison pour laquelle, si nous nous référons, dans l'article 72a, à l'article 16 de notre loi, qui est une disposition centrale de toute la loi, ce n'est pas pour en prendre tous les points ni toutes les exigences. Comme vous l'avez vu, les lettres a, b, d, h de l'alinéa 2 tombent en ce qui concerne l'emploi temporaire. Le chômeur destiné à un travail temporaire n'a, comme arsenal pour accepter ce travail, que quelques dispositions de l'article 16 alinéa 2, par rapport à celles du travailleur normal qui, lui, a toutes les lettres de cet alinéa 2 à sa disposition.
Là est la différence. C'est que l'on n'a naturellement pas donné au demandeur d'emploi temporaire, dans le cadre d'un

programme d'occupation, les mêmes garanties, les mêmes assurances, j'allais dire les mêmes protections, que celles qui vont à un travailleur définitivement engagé. Il ne reste, de ces dispositions de l'article 16, dites du «travail convenable», que celles qui concernent l'âge, la situation de santé, celles qui concernent un éventuel conflit collectif de travail dans l'entreprise privée où il aurait son emploi temporaire, celles qui concernent les conditions du déplacement – M. Onken y insistait tout à l'heure, c'est quand même légitime d'avoir cette disposition –, et celle qui exigerai une mobilisation de l'intéressé au-dessus de la normale, plus que ça n'est acceptable.
Je crois qu'à juste titre, vous avez, dans cette loi, vous-mêmes et le Conseil national ensuite, donné à l'article 16 davantage de rigueur; c'était légitime, car nous voyons actuellement à quels abus, vrais ou faux, mais considérés abus, conduisent une acceptation et une équivalence de travail décidément trop larges. Il est donc absolument légitime de rendre plus rigoureuses ces conditions; c'est ce que vous avez fait à l'article 16.
Imaginez que le travailleur temporaire engagé dans un programme d'occupation soit absolument démuni de ces arguments – et c'est ce à quoi conduirait la proposition Büttiker de biffer purement et simplement l'alinéa 2 de l'article 72a –, c'est alors aller véritablement trop loin.
C'est la raison pour laquelle, de l'arsenal de l'article 16 alinéa 2 valable en général, on ne retient, pour le travailleur temporaire, que quelques éléments qu'il faut conserver.

Schmid Carlo (C, AI): Nach dem, was Herr Bundesrat Delamuraz gesagt hat, möchte ich Sie doch bitten, den Antrag Büttiker anzunehmen, damit eine Differenz geschaffen wird.
Herr Bundesrat Delamuraz, ich bin mit Ihnen einverstanden: Im Rahmen von Artikel 16 Absatz 2 hat es Bestimmungen, die ohne weiteres annehmbar sein sollen. Aber es geht in Artikel 72a Absatz 2 um die Buchstaben c, e, f, g und i. Herr Büttiker hat es betreffend Litera f bereits gesagt: dieser Arbeitsweg von zwei Stunden bei einer Zuweisung auf kurze Zeit im Kanton, da kann man sich wirklich fragen, ob das eine notwendige Einschränkung ist oder ob man hier nicht anfängt, etwas zu sehr Rücksicht zu nehmen.
Litera c, dort kann man auch die Frage stellen: Gibt es in solchen Veranstaltungen Platz für Rücksicht – auf die Gesundheitszustände, ja – auf die persönlichen Verhältnisse oder auf das Alter? Gehen wir da nicht etwas zu weit? Ob ich zwanzig bin oder vierundsechzig, ich habe zu arbeiten, ich muss meine Familie über die Runden bringen. Wenn ich das so kann, um so besser. Dass man bei den Literae e und i, wenn klar sozial schädliche Taktiken in einem Betrieb angewendet werden, sagt, das solle verhindert werden, damit bin ich einverstanden. Wenn man jetzt eine Differenz schafft, kann der Nationalrat die Feinstruktur von Artikel 72a Absatz 2 noch einmal überprüfen. Sonst geht das nicht mehr, und ich bin der Auffassung, Sie sollten dem Antrag Büttiker zustimmen.

Abs. 1 – Al. 1
Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote
Für den Antrag Büttiker 18 Stimmen
Für den Antrag der Kommission 15 Stimmen

Abs. 3, 4 – Al. 3, 4
Angenommen – Adopté

Abs. 5 – Al. 5

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Erlauben Sie mir noch ein Wort zum neu eingefügten Absatz 5 von Artikel 72a. Das Konzept der Kommission des Ständerates räumt den Jugendlichen insofern einen Vorteil ein, als sie einen Anspruch auf Teilnahme an einer vorübergehenden Beschäftigung erhalten. Dies birgt allenfalls die Gefahr in sich, dass sich die Kantone angesichts der geschuldeten Ersatztaggelder allzustark auf diese Versichertenkategorie konzentrieren.
Dieser Gefahr wollten wir mit zwei Massnahmen entgegentreten:
Die eine ist in Artikel 27a verankert: das ist die Festsetzung einer relativ tiefen Altersgrenze. Das soll den Kantonen die Kapazität geben, auch für ältere Arbeitslose noch Arbeitsplätze in arbeitsmarktlichen Programmen zu schaffen. Die andere Massnahme ist in Absatz 5 von Artikel 72a festgehalten, in welchem wir einen Appell an die Kantone richten, sich bei Beschäftigungsprogrammen doch auch um die älteren Arbeitslosen zu kümmern.

Angenommen – Adopté

Art. 75 Abs. 1, 1bis
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... von Versicherten, die ihren Höchstanspruch gemäss Artikel 27 Absatz 2 noch nicht ausgeschöpft haben, betragen 95 Prozent der anrechenbaren Kosten. In den übrigen Fällen übernimmt der Ausgleichsfonds 60 Prozent der anrechenbaren Kosten. Der Bundesrat ....
Abs. 1bis
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 75 al. 1, 1bis
Proposition de la commission
Al. 1
La subvention allouée par l'assurance aux fins d'encourager l'emploi temporaire des chômeurs qui n'ont pas encore épuisé leur droit maximum selon l'article 27 alinéa 2, couvre 95 pour cent des frais pouvant être pris en compte. Dans les autres cas, le taux de subvention est de 60 pour cent. Le Conseil fédéral peut, ...
Al. 1bis
Adhérer à la décision du Conseil national

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Im Konzept des Nationalrates besteht während der ganzen Rahmenfrist ein Anspruch auf Taggelder, weshalb ein einheitlicher Subventionssatz festgelegt worden ist. Mit der Rückkehr zum Höchstanspruch von maximal 400 Taggeldern gemäss der ständerätlichen Kommission ist wieder ein differenzierter Taggeldansatz notwendig. Deshalb die Änderung gegenüber der Version des Nationalrates.

Angenommen – Adopté

Art. 76 Abs. 1
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Schmid Carlo
Abs. 1 Bst. e
Streichen

Art. 76 al. 1
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Schmid Carlo
Al. 1 let. e
Biffer

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Wir haben hier keine Differenz zum Nationalrat. Auch Ihre Kommission ist von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der ausgleichenden Funktion eben auch der tripartiten Kommissionen absolut überzeugt.

Präsident: Der Antrag Schmid Carlo entfällt (vgl. Art. 16 Abs. 2 Bst. h).

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 83 Abs. 1 Bst. h, 2 Bst. d; 85 Abs. 1 Bst. a, h, 2; 85b
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 83 al. 1 let. h, 2 let. d; 85 al. 1 let. a, h, 2; 85b
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 85c
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... Die Kantone bezeichnen die für die einzelnen regionalen Arbeitsvermittlungszentren zuständigen tripartiten Kommissionen, die .... zusammensetzen ....
Abs. 2, 3
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 4 (neu)
Die Vertreter der Sozialpartner in den tripartiten Kommissionen wirken in ihren Organisationen darauf hin, dass diese zur Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an vorübergehender Beschäftigung beitragen.

Antrag Schmid Carlo
Streichen

Art. 85c
Proposition de la commission
Al. 1
.... Les cantons désignent les commissions tripartites compétentes pour chaque office régional de placement; elles se composent ....
Al. 2, 3
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 4 (nouveau)
Les représentants des partenaires sociaux dans les commissions tripartites incitent leur organisation à contribuer à mettre en place une offre suffisante d'occupations temporaires.

Proposition Schmid Carlo
Biffer

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Hier besteht keine materielle Differenz, sondern es handelt sich um eine Präzisierung: Eine tripartite Kommission kann auch für mehrere regionale Arbeitsvermittlungszentren zuständig sein.

Präsident: Auch hier entfällt der Antrag Schmid Carlo.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 89 Abs. 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 89 al. 4
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 90 Abs. 2–6
Antrag der Kommission
Abs. 2
Festhalten
Abs. 3
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 4, 5
Festhalten
Abs. 6
Festhalten, aber:
.... die Finanzkraft und die Zahl der Einwohner der Kantone.

Art. 90 al. 2–6
Proposition de la commission
Al. 2
Maintenir
Al. 3
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 4, 5
Maintenir
Al. 6
Maintenir, mais:
.... de la capacité financière et du nombre d'habitants des cantons.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei der Differenz in Artikel 90 Absatz 2 beantragt Ihre Kommission mit 12 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung – also sehr klar – Festhalten. Die Kantone sollen auch bei ausserordentlichen Verhältnissen nicht zur Leistung von A-fonds-perdu-Beiträgen verpflichtet werden können. Sie sind schon sonst durch das Problem der Arbeitslosigkeit stark belastet. Die Leistung der Kantone gemäss Version des Nationalrates würde zirka 250 Millionen Franken im Jahr betragen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Vous qui entrez ici, perdez toute espérance! Je veux pour la légitimité de mon combat et la clarté de mon attitude vous demander de maintenir bel et bien les 5 pour cent à la charge des cantons.
Vous avez entendu les flots de bonté et de générosité que j'ai eus ce matin pour les cantons. Ma légitimité fédéraliste n'est pas en cause, mais en l'occurence cette proposition d'en revenir à vos anciennes amours en reprenant la solution qui avait été choisie lors de la première délibération de votre Conseil n'est pas de nature à m'enthousiasmer ni même à me convenir. C'est la raison pour laquelle je souhaiterais vivement, à cet article 90 alinéa 2, que les conséquences très lourdes du projet pour la Confédération puissent être partagées avec allégresse par les cantons – je ne leur demande même pas l'allégresse, je leur demande le partage.
Par conséquent, je combats la proposition de la commission à l'article 90 alinéa 2.

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 28 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Abs. 3–6 – Al. 3–6
Angenommen – Adopté

Art. 92 Abs. 3, 7
Antrag der Kommission
Abs. 3
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 7
Der Ausgleichsfonds vergütet den Kantonen die anrechenbaren Kosten, die durch die Schaffung und den Betrieb von regionalen Arbeitsvermittlungszentren gemäss Artikel 85b entstehen. Der Bundesrat bestimmt insbesondere die Voraussetzungen, die von diesen Zentren erfüllt sein müssen, und die anrechenbaren Kosten. Er kann die Vergütungsgrundsätze mindestens teilweise leistungsbezogen ausgestalten.

Art. 92 al. 3, 7
Proposition de la commission
Al. 3
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 7
Le fonds de compensation rembourse aux cantons les frais à prendre en compte qui résultent de la mise en place et de la gestion des offices régionaux de placement selon l'article 85b. Le Conseil fédéral fixe en particulier les conditions à remplir par ces offices ainsi que les frais à prendre en considération. Il peut fixer les critères de remboursement au moins partiellement en fonction des prestations fournies par ces offices.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Hier hat Ihre Kommission einem Anliegen der Kantone Rechnung getragen, das noch in der letzten Vernehmlassung an Sie herangetragen wurde, und hat die Finanzierungsgrundlage für die regionalen Arbeitsvermittlungszentren präzisiert. Der Bund subventioniert nunmehr die anrechenbaren Kosten, und der Bundesrat kann die Anforderungen an die Zentren definieren und die Vergütungsgrundsätze mindestens teilweise leistungsabhängig festlegen.

Angenommen – Adopté

Art. 101 Bst. b; 102 Abs. 2 Bst. a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 101 let. b; 102 al. 2 let. a
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Es geht nicht um eine materielle Änderung. Es ist eine redaktionelle Verbesserung.

Angenommen – Adopté

Art. 110a Abs. 1
Antrag der Kommission
Nach Rücksprache mit der Aufsichtskommission kann die Ausgleichsstelle zeitlich befristete, vom Gesetz abweichende Pilotversuche zulassen. Solche Versuche können bewilligt werden, sofern sie dazu dienen, Erfahrungen mit neuen arbeitsmarktlichen Massnahmen zu gewinnen, oder sofern sie die Flexibilisierung der Arbeitszeit fördern, um damit bestehende Arbeitsplätze zu erhalten oder neue zu schaffen.

Art. 110a al. 1
Proposition de la commission
Après consultation de la commission de surveillance, l'organe de compensation peut autoriser des essais-pilotes de durée limitée dérogant à la loi. De tels essais peuvent être admis dans la mesure où ils servent à expérimenter de nouvelles mesures concernant le marché du travail ou favorisent la flexibilisation du temps de travail aux fins de maintenir des emplois ou d'en créer.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Hier handelt es sich auch lediglich um eine redaktionelle Verbesserung.

Angenommen – Adopté

Art. 110b
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 113 Abs. 2 Bst. c–g, 3
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Schmid Carlo
Abs. 2 Bst. d
Streichen

Eventualantrag Schmid Carlo
Abs. 2 Bst. d
d. können tripartite Kommissionen nach Artikel 85c einsetzen;

Art. 113 al. 2 let. c–g, 3
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Schmid Carlo
Al. 2 let. d
Biffer

Proposition subsidiaire Schmid Carlo
Al. 2 let. d
d. peuvent instituer des commissions tripartites selon l'article 85c;

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich kann vorerst sagen, dass sich bei Artikel 113 Absatz 2 Buchstabe d gemäss Beschluss des Nationalrates ein Schreibfehler eingeschlichen hat. Es muss heissen: «d. setzen tripartite Kommissionen nach Artikel 85c ein» und nicht «Buchstabe c». Das wäre eine Berichtigung.
Ihre Kommission ist der Meinung, dass pro Kanton eine tripartite Kommission eingesetzt werden sollte. Wir sind den Anliegen der Kantone schon in einem vorangehenden Artikel nachgekommen, wo festgelegt wurde, dass nicht jedes regionale Arbeitsvermittlungszentrum auch eine tripartite Kommission haben muss, sondern dass eine tripartite Kommission auch verschiedene regionale Zentren betreuen kann. Aber pro Kanton sollte doch eine Kommission bestehen, und ich bitte Sie, den Antrag Schmid Carlo abzulehnen.

Schmid Carlo (C, AI): Hier bitte ich Sie doch, mir zu folgen, und zwar genau aus den Überlegungen, die Frau Beerli genannt hat. Sie hat gesagt, die Kommission sei den Kantonen so weit entgegengekommen, dass zwar nicht für jedes regionales Arbeitsvermittlungszentrum eine tripartite Kommission aufgestellt werden sollte, wohl aber für jeden Kanton.
Nun wird es in der Ostschweiz zweifellos die Situation geben, dass einzelne Kantone kein regionales Arbeitsvermittlungszentrum haben, sondern zusammen mit dem grossen Kanton St. Gallen mindestens ein regionales Zentrum errichten werden. In diesem Fall wollen Sie mich bitte nicht zwingen – unser Arbeitsvermittlungszentrum ist in St. Gallen –, noch irgendeine tripartite Kommission aufzustellen; «lean management», das wäre effektiver Blödsinn. Darum bin ich der Auffassung, es sei richtig, wenn Sie in diesem Fall schreiben würden, die Kantone «können tripartite Kommissionen .... einsetzen». Sie werden es vermutlich auch tun; aber wollen Sie uns bitte dort, wo es für deren Tätigkeit keinen Gegenstand gibt, damit verschonen!

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je crois que dans la logique de ce que nous avons discuté et décidé ce matin, la formule potestative que voudrait introduire M. Schmid Carlo est ici insuffisante. C'est bel et bien l'appareil central de tout notre dispositif, de toute notre philosophie que cette participation cantons/partenaires sociaux. Par conséquent, la laisser en quelque sorte à l'appréciation des pouvoirs cantonaux est un affaiblissement de cette idée dont je pense qu'elle n'a de valeur, Monsieur Schmid, que si elle est valable pour l'ensemble de l'application de cette loi fédérale dans l'ensemble du pays.
C'est la raison pour laquelle je vous propose d'en rester à la solution de votre commission qui reprenait la décision du Conseil national, et de rejeter la proposition subsidiaire Schmid Carlo.

Abs. 2 Bst. d – Al. 2 let. d

Präsident: Der Hauptantrag Schmid Carlo ist hinfällig geworden.

Abstimmung – Vote

Für den Eventualantrag Schmid Carlo	18 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	12 Stimmen

Abs. 2 Bst. c, e–g, 3 – Al. 2 let. c, e–g, 3
Angenommen – Adopté

Art. 120a, Ziff. II, III
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 120a, ch. II, III
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision

Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Differenzen – Divergences

Siehe Jahrgang 1994, Seite 1707 – Voir année 1994, page 1707

Beschluss des Ständerates vom 2. Februar 1995
Décision du Conseil des Etats du 2 février 1995

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Wir stehen in der zweiten Runde der Beratungen: bei der Differenzbereinigung des Arbeitlosenversicherungsgesetzes. Wie Sie wissen, haben Sie im ersten Durchgang in diesem Rat eine deutliche Reform dieses Gesetzes in dem Sinne beschlossen, dass in

Zukunft die Personen, welche Arbeitslosenentschädigung beziehen, aktiv an der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess beteiligt werden sollen. Das war das Ziel der Reform, die Sie im vergangenen Herbst beschlossen haben.
Der Ständerat hat diesen Grundansatz aufgenommen. Er hat indessen – und das nach meiner Meinung zu Recht – die Durchführbarkeit dieser Lösung sorgfältig abgeklopft. Nach unserer damaligen Lösung gingen wir davon aus, dass wir sämtliche Arbeitslosen in diese neue Struktur mit einbeziehen könnten. Der Ständerat hat dann aber – natürlich auch aufgrund der Eingaben der Kantone – zu Recht festgestellt, dass zumindest zu Beginn dieser Reform mit tieferen Anforderungen gearbeitet werden muss. Der Ständerat hat die aktiven Massnahmen in der Folge auf die Jugendlichen, auf Personen bis zum 25. Altersjahr und auf Personen, die erstmals eine Stelle antreten, eingeschränkt. Diese Einschränkung entlastet einerseits die Kantone, sie engt andererseits aber auch die Möglichkeiten der Reform stark ein; sie hat nämlich für die ganze Altersgruppe über 25 Jahren nichts Neues gebracht.
Dies hat Ihre Kommission veranlasst, nochmals über die Bücher zu gehen und insbesondere in einer konzertierten Aktion, an der sowohl die Kantone als auch die Mitglieder der Subkommission des Ständerates und die Sozialpartner beteiligt waren, einen Weg zu suchen, um einerseits das Ziel beizubehalten, andererseits aber auch die Durchführbarkeit der Reform sicherzustellen. Ich darf Ihnen sagen, dass diese Aussprache, die in diesem Frühjahr in Solothurn stattgefunden hat, zu einer Lösung geführt hat, die nun nach meiner Meinung und auch nach Meinung der Kommission so weit ausgekocht ist, dass sie definitiv in das Gesetz umgesetzt werden kann.
Ich möchte Ihnen die Grundzüge dieser Lösung nochmals kurz erläutern:
1. Die Dauer der Arbeitslosenentschädigung ist nach der getroffenen Lösung grundsätzlich unabhängig von der Beitragszeit, d. h., es gilt eine grundsätzlich sechsmonatige Beitragszeit für einen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung, bei erneuter Arbeitslosigkeit beträgt diese Beitragszeit zwölf Monate.
2. Wir legen – das ist ein ganz wichtiger Punkt auf der Seite der Ansprüche – die Dauer definitiv auf 520 Tage fest, was im Ergebnis zwei Jahre bedeutet. Die Arbeitslosenversicherung kann nicht das ganze Spektrum der Sozialversicherung abdecken. Wir müssen uns beschränken. Diese Beschränkung liegt in diesem zeitlichen Rahmen von zwei Jahren (Rahmenfrist).
3. Ein weiterer wichtiger Punkt gegenüber heute ist derjenige, dass die Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen keine neuen Taggeldansprüche auslöst, d. h., die Beschäftigungsprogramme, die innert diesen 520 Tagen durchgeführt werden, sind nicht Grundlage, um nachher erneut in die Arbeitslosenversicherung eintreten zu können.
4. Die Bezugsdauer für die sogenannten freien Taggelder wird nach dem Alter des Empfängers abgestuft. Freie Taggelder sind jene, die ohne Teilnahme an einer aktiven Arbeitsmarktmassnahme bezogen werden können. Zu den aktiven Arbeitsmarktmassnahmen gehören im Hauptpunkt erstens die Kurse, zweitens die Praktika und drittens die Beschäftigungsprogramme. Freie Taggelder sind jene, die ohne solche Massnahmen bezogen werden können.
Die Abstufung sieht wie folgt aus: Bei Arbeitslosen bis zum 50. Altersjahr sind es 150 Taggelder, bei Arbeitslosen vom 50. bis zum 60. Altersjahr 250 Taggelder und für Arbeitslose ab dem 60. Altersjahr 400 Taggelder. Die übrigen Taggelder können, wenn die Arbeitslosigkeit andauert, bis zum Rahmen von 520 Tagen grundsätzlich nur in Verbindung mit einer aktiven Arbeitsmarktmassnahme bezogen werden.
5. Den Kantonen ist es aufgetragen, die notwendigen Plätze für die aktiven Arbeitsmarktmassnahmen bereitzustellen. Insgesamt – auf diese Zahl hat man sich in Solothurn geeinigt, sie wird im Gesetz jetzt auch fixiert – sind es 25 000 Plätze, die auf die Kantone entfallen. Diese 25 000 Plätze, gesamtschweizerisch, hat der Bundesrat nach der Zahl der Einwohner und der Arbeitslosen auf die Kantone aufzuteilen. Diese Kontingentslösung – und das ist ihr grosser Vorteil – lässt den Kantonen einen Handlungsspielraum. Mit anderen Worten: Es ist den Kantonen überlassen, welche Altersgruppe sie primär in diese Arbeitsmarktmassnahmen einbeziehen wollen. Es ist ihnen insbesondere auch möglich, bei grossen Entlassungen spezifisch auf die betroffene Region zugeschnittene Lösungen zu treffen. Wie sie die ihnen vorgegebene Zahl an Jahresplätzen umsetzen wollen, liegt in ihrer Handlungsfreiheit.
Wenn die Kantone dieses Ziel nicht erreichen, dann ist die Regelung im Gesetz so, dass sie für den Anteil der Arbeitslosen, die sie nicht in aktive Massnahmen einbeziehen, 40 Prozent der Taggelder übernehmen müssen. Die Arbeitslosen, die nicht in eine aktive Massnahme einbezogen werden können, haben Anspruch auf sogenannte Ersatztaggelder, d. h., sie müssen sich zwar zur Verfügung halten, sie müssen bereit sein, jederzeit an einer Massnahme teilzunehmen, wenn aber der Kanton für sie keine aktive Massnahme bereithält, dann tritt anstelle dieser aktiven Massnahme mit Taggeld ein Ersatztaggeld. Diese Arbeitslosen sind also nicht schlechter gestellt, als dies heute der Fall ist.
6. Zur Finanzierung. In der Frage der Finanzierung haben wir uns im wesentlichen dem Ständerat angeschlossen. Der Ständerat hat es insbesondere abgelehnt, die Kantone an Afonds-perdu-Beiträgen für den Arbeitslosenfonds zu beteiligen. Die Kommission war der Meinung, hier müsse der Nationalrat nachgeben, damit dieses Gesetz zu Ende beraten werden kann.
Das sind die sechs wesentlichen Punkte der Vorlage. Ich bitte Sie, daran zu denken, dass wir dieses Gesetz in dieser Session in beiden Räten zu Ende beraten sollten, damit es mit Sicherheit auf den 1. Januar 1996 in Kraft gesetzt werden kann.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Nous abordons maintenant les divergences de la loi sur l'assurance-chômage. Nous espérons liquider ces divergences durant cette session de telle sorte que la loi puisse entrer en vigueur partiellement, puisque son entrée en vigueur est prévue par étapes, pour l'essentiel au 1er janvier 1996.
Les propositions que nous vous présentons sont le résultat d'abord de nos délibérations, puis de celles du Conseil des Etats, qui avaient entraîné une restriction importante du système que l'on voulait introduire. Au vu de cette situation bloquée, nous avons, avec la commission du Conseil des Etats, organisé une séance de deux jours à Soleure à laquelle ont participé aussi les représentants des partenaires sociaux.
Le résultat de ces délibérations – associant la commission du Conseil des Etats, les cantons, les partenaires sociaux – correspond pour l'essentiel à ce que nous vous proposons. Il est important de le dire parce que – ce n'est pas une pression, mais c'est quand même un risque – si nous nous écartons beaucoup des propositions qui sont faites, nous risquons de provoquer à chaque étape la levée de bouclier d'un de ces partenaires, cantons ou partenaires sociaux – que ce soit le partenaire patronal ou le partenaire syndical –, et nous risquons de plus un référendum et le renvoi à une date ultérieure de l'entrée en vigueur de la loi. Il faudra donc essayer de délibérer aujourd'hui en ayant ce risque à l'esprit. Il est essentiel qu'une nouvelle loi puisse entrer en vigueur.
Pour nous, conseillers nationaux, l'essentiel est de constater aussi que notre système, qui visait à mettre en avant les mesures actives de réintégration sur le marché du travail, est accepté par tout le monde. Le Conseil des Etats avait profondément modifié le système en ce sens qu'il avait réduit les mesures actives à un seul public cible, c'est-à-dire les jeunes. Nous considérons quant à nous qu'il faut pouvoir être beaucoup plus large. Il faut donner au canton la possibilité de choisir son public cible, de choisir les catégories de chômeurs qui ont le plus de chances d'être réintégrées sur le marché du travail ou qui ont le plus besoin de mesures actives en fonction de la situation conjoncturelle locale, régionale et nationale.
Aussi le système qui est adopté maintenant est celui d'un contingent, alors que dans la première version du Conseil natio-

nal, nous n'avions pas de limite au nombre de personnes qui devaient bénéficier des mesures actives, soit formation, soit programmes d'occupation. Maintenant on introduit un système de contingent qui est réparti ensuite entre les cantons suivant le mode de répartition des contingents. Vous savez qu'il y a toute une série de critères qui sont discutés avec les cantons et qui permettent finalement de dire à chaque canton combien de places dans les programmes d'occupation et de formation il doit donner aux chômeurs de la région.
En contrepartie des mesures actives qui sont généreusement prévues, nous avons introduit des dispositions qui doivent empêcher la vis sans fin, c'est-à-dire le retour systématique de certains chômeurs à l'assurance-chômage après qu'ils ont bénéficié d'un programme d'occupation. Nous avons supprimé le droit à de nouvelles indemnités à la suite de la participation à un programme d'occupation. Nous avons aussi prolongé la durée pendant laquelle un ancien chômeur ayant épuisé ses droits doit être au bénéfice d'une activité économique avant de pouvoir retrouver des droits à l'assurance-chômage. Pour le deuxième cas de retour à l'assurance-chômage, ce sera une durée d'activité professionnelle de douze mois qui sera imposée dans un délai de trois ans. On reviendra sur ce point-là lorsqu'on discutera l'article topique.
Nous avons aussi, comme le souhaitait le Conseil des Etats, rétabli les indemnités en cas d'intempéries, y compris son annexe modeste, qui est l'indemnité en cas de beau temps, pour les régions de montagne. Je ne suis pas sûr que soit décisif pour elles, mais enfin c'est un petit quelque chose qui leur est favorable lorsque, par exemple, le beau temps interdit aux entreprises de remontées mécaniques de travailler à cause du manque de neige. C'est un détail qui doit être signalé. L'essentiel, c'est que les indemnités en cas d'intempéries sont rétablies, mais avec des restrictions. Elles sont beaucoup moins généreuses qu'actuellement.
Les cantons qui s'étaient exprimés avec force au Conseil des Etats sont largement libérés des charges qu'on leur avait imposées. Dans la première version du Conseil national, les cantons auraient eu globalement, si on estime à 150 000 le nombre de chômeurs, une charge supplémentaire de l'ordre de 280 millions de francs par rapport à la loi actuelle. Dans la version que nous vous proposons, la charge supplémentaire des cantons est nulle, voire légèrement réduite. Cela dépend beaucoup du nombre exact de chômeurs. Les cantons s'en sortent très bien dans cette opération.
Tous les calculs de financement ont été faits sur des estimations: 150 000 chômeurs en 1995, 130 000 en 1996, 115 000 en 1997 et 100 000 en 1998/99. Nous prétendons, sur la base de ces chiffres, que le système que nous préconisons est responsable et permet de faire face aux dépenses de l'assurance-chômage, mais naturellement avec le point d'interrogation que constitue la situation conjoncturelle. Si les chiffres que nous vous présentons ne correspondent pas à la réalité, s'ils sont plus élevés, l'assurance-chômage aura encore des difficultés au-delà de l'an 2000. Si le nombre de chômeurs se réduit plus rapidement, la situation sera d'autant améliorée.
Nous pouvons maintenant passer à la discussion de détail. D'une manière générale, nous vous recommandons chaudement d'approuver les propositions de la commission ou de sa majorité, qui ont reçu l'appui à la fois des cantons et des partenaires sociaux et qui, probablement, obtiendront aussi une majorité au Conseil des Etats; mais, naturellement, on ne peut pas préjuger des délibérations de l'autre Chambre, qui a autant que nous le droit de modifier des lois.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: L'espoir qu'aujourd'hui votre Conseil mette sous toit, lors de sa deuxième délibération, la loi sur l'assurance-chômage, que le Conseil des Etats puisse y souscrire également, durant la deuxième semaine de cette session, grâce aux convergences qui ont été trouvées à Soleure, nous laisse imaginer que cette très longue délibération pourrait toucher à sa fin et nous permettre de mettre enfin en vigueur cette nouvelle loi sur l'assurance-chômage dont notre pays a un urgent besoin.
J'aimerais dès lors saluer, dans l'esprit de Soleure, un projet qui est en effet riche de nouvelles convergences, entre les commissions du Conseil national et du Conseil des Etats, entre les partenaires sociaux, et avec les cantons. Ça n'est pas un état de perfection, il reste encore des écueils à l'intérieur du Parlement, sans doute à l'égard de telle ou telle disposition vue par les partenaires sociaux ou vue par les cantons. Mais dans l'ensemble, la solution qui nous est proposée par la commission est bonne, et je veux apporter la contribution du Conseil fédéral à cette solution en vous demandant de l'adopter.
Je constate que l'esprit et même la lettre de la solution que vous avez arrêtée lors de votre première délibération est respectée dans la version de votre commission. C'est important à noter. Il y a tout au plus trois différences sur des points importants par rapport à votre première décision:
1. Ramener les obligations des cantons en matière de formation et d'occupation à 25 000 places annuelles, nombre minimum. Le Conseil fédéral se rallie à cette solution.
2. En ce qui concerne l'indemnité en cas d'intempéries, la période de prestation de trois mois, pendant un délai-cadre de deux ans, nous paraît une solution moins heureuse que celle contenue dans le projet du Conseil des Etats et à laquelle le Conseil fédéral se rallie.
3. Concernant le financement de l'assurance-chômage, là encore c'est la décision de votre Conseil qui a été retenue, mais avec deux différences notables: la première, c'est que, pour les hauts salaires, il est prévu une ponction de 1 pour cent de contribution au lieu de 3 pour cent que recommandait le Conseil fédéral. Si c'est 1 pour cent que vous décidez, selon l'esprit du compromis de Soleure, cela rallongera bien entendu la durée de remboursement des anciennes dettes du fonds de compensation de l'assurance-chômage de quelque six mois. Au total, la charge financière pour les pouvoirs publics ne sera pas augmentée, cette dette traînera un peu plus longtemps. La deuxième différence quant au financement, c'est l'abandon des 5 pour cent à fonds perdu de la participation des cantons. Vous l'aviez décidée le 5 octobre 1994 d'une manière précaire par 100 voix contre 55, le Conseil des Etats, par deux fois, l'a repoussée à l'unanimité et sans aucune opposition. Je crois qu'il faut en tirer nos conclusions la mort dans l'âme et renoncer à ces 5 pour cent des contributions cantonales. Ça n'est pas juste, mais «c'est comme ça» et le Conseil fédéral, encore une fois sans aucune conviction, se ralliera à ce rapprochement, si c'est celui qui finit par vous réunir.
Voilà ce que j'avais à dire à titre d'introduction. Nous pouvons maintenant aborder la saga des articles qui sont encore en divergence; il y en a une belle série.

Art. 3a Abs. 1, 3
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s
Abs. 3
Der Beitragssatz beträgt in Ausnahme von den Artikeln 4 und 4a 1 Prozent des massgebenden Lohnes, welcher aufgrund der Erhöhung des für die Beitragspflicht massgebenden Lohnes der Beitragspflicht unterstellt wird.

Art. 3a al. 1, 3
Proposition de la commission
Al. 1
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s
Al. 3
A l'exception des articles 4 et 4a, le taux de cotisation s'élève à 1 pour cent du salaire qui sera soumis à cotisation en raison de l'augmentation de la limite du salaire déterminant.

Angenommen – Adopté

Art. 4 Abs. 2 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s

Art. 4 al. 2 4
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s

Angenommen – Adopté

Art. 4a
Neuer Antrag der Kommission
Titel
Ausserordentliche Massnahmen
Abs. 1
Zur Tilgung der bis zum 31. Dezember 1995 aufgelaufenen Schulden des Ausgleichsfonds einschliesslich deren Zinsen kann der Bundesrat:
a. den Beitragssatz für den massgebenden Lohn auf höchstens 3 Prozent heraufsetzen;
b. den für die Beitragspflicht massgebenden Lohn nach Artikel 3 Absatz 1 höchstens bis zum Zweieinhalbfachen des für die obligatorische Unfallversicherung massgebenden Höchstbetrags des versicherten Verdienstes erhöhen; für den Betrag, der den Höchstbetrag des versicherten Verdienstes übersteigt, gilt ein Beitragssatz von 1 Prozent.
Abs. 2
Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen die Beiträge je zur Hälfte. Arbeitnehmer von nicht beitragspflichtigen Arbeitgebern (Art. 6 AHVG) zahlen den vollen Beitrag.
Abs. 3
Der Bundesrat hebt nach Tilgung der Schulden nach Absatz 1 die ausserordentlichen Massnahmen auf den Beginn des Kalenderhalbjahres auf, das der Tilgung der Schuld folgt.

Art. 4a
Nouvelle proposition de la commission
Titre
Mesures exceptionnelles
Al. 1
Afin d'éteindre les dettes du fonds de compensation accumulées jusqu'au 31 décembre 1995 y compris les intérêts, le Conseil fédéral peut:
a. augmenter le taux de cotisation pour le salaire déterminant jusqu'à 3 pour cent au maximum;
b. augmenter le salaire déterminant soumis à cotisation au sens de l'article 3 alinéa 1er jusqu'à deux fois et demie le montant maximum du gain assuré dans l'assurance-accidents obligatoire; le taux de cotisation s'élève à 1 pour cent pour le montant dépassant le gain assuré maximum.
Al. 2
Les cotisations sont à parts égales à la charge du travailleur et de l'employeur. Les travailleurs dont l'employeur n'est pas tenu de payer des cotisations (art. 6 LAVS) paient la cotisation pleine et entière.
Al. 3
Lorsque les dettes selon l'alinéa 1er sont éteintes, le Conseil fédéral lève les mesures exceptionnelles pour le début de la demi-année civile suivante.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Der Antrag, der Ihnen als neuer Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben, Fassung Redaktionskommission, unterbreitet wird, entspricht materiell dem, was Sie auf Seite 2 der Fahne finden, den Artikeln 3a und 4. Die Redaktionskommission schlägt vor, diese Formulierungen in einem Artikel zusammenzufassen. Wir beantragen Ihnen, dass die Lohnprozentabzüge bis 97 200 Franken 3 Prozent und von 97 201 Franken bis 243 000 Franken nur ein zusätzliches Prozent betragen und dass die absolute Grenze für die Beitragspflicht bei 243 000 Franken festgelegt wird.

Angenommen – Adopté

Art. 8 Abs. 1 Bst. d
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s

Art. 8 al. 1 let. d
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s

Angenommen – Adopté
Art. 13 Abs. 1, 2 Bst. d, 2quater, 3
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
Die Beitragszeit hat erfüllt, wer innerhalb der Rahmenfrist für die Beitragszeit (Art. 9 Abs. 3) während mindestens sechs Monaten eine beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat. Wird ein Versicherter innert dreier Jahre nach Ablauf der Rahmenfrist für den Leistungsbezug erneut arbeitslos, muss er eine Mindestbeitragszeit von zwölf Monaten aufweisen.
Minderheit
(Strahm Rudolf, Baumann Ruedi, Bodenmann, Borel François, Brunner Christiane, Hämmerle, Jaeger, Ledergerber, Thür)
.... eine Mindestbeitragszeit von zwölf Monaten aufweisen. Bei Personen über 55 Jahren beträgt diese Mindestbeitragszeit sechs Monate.

Abs. 2 Bst. d
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s

Abs. 2quater
Mehrheit
Festhalten
Minderheit
(Brunner Christiane, Bodenmann, Borel François, Hämmerle, Ledergerber, Strahm Rudolf)
Die Teilnahme an einer von der Arbeitslosenversicherung mitfinanzierten vorübergehenden Beschäftigung von mindestens sechs Monaten Dauer löst für Versicherte ab dem 55. Altersjahr für die anschliessende Rahmenfrist einen einmaligen Anspruch auf 85 Taggelder aus sowie bis Ende der Rahmenfrist für den Leistungsbezug einen Anspruch auf vorübergehende Beschäftigung gemäss Artikel 72a. Dieser Anspruch .... (Rest des Absatzes Zustimmung zum Beschluss des Ständerates)

Abs. 3
Festhalten

Eventualantrag Maitre
(falls der Antrag der Minderheit Brunner Christiane abgelehnt wird)
Abs. 2quater
.... einen einmaligen Anspruch auf höchstens 85 Taggelder aus. (Rest des Absatzes streichen)

Art. 13 al. 1, 2 let. d, 2quater, 3
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
Celui qui, dans les limites du délai-cadre (art. 9 al. 3), a exercé durant six mois au moins une activité soumise à cotisation remplit les conditions relatives à la période de cotisation. L'assuré qui se retrouve au chômage dans l'intervalle de trois ans à l'issue de son délai-cadre d'indemnisation doit justifier d'une période de cotisation minimale de 12 mois.
Minorité
(Strahm Rudolf, Baumann Ruedi, Bodenmann, Borel François, Brunner Christiane, Hämmerle, Jaeger, Ledergerber, Thür)
.... de 12 mois. La période de cotisation minimale est de six mois pour les personnes qui ont plus de 55 ans.

Al. 2 let. d
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s

Al. 2quater
Majorité
Maintenir

Minorité
(Brunner Christiane, Bodenmann, Borel François, Hämmerle, Ledergerber, Strahm Rudolf)
Si elle a duré six mois au moins, l'activité exercée au titre d'un emploi temporaire financé par l'assurance-chômage ouvre aux assurés âgés de 55 ans ou plus un droit maximal unique à 85 indemnités journalières pour le délai-cadre suivant, ainsi que, jusqu'à l'arrivée à échéance du délai pendant lequel ils perçoivent les prestations, le droit à un emploi temporaire au sens de l'article 72a. L'assuré .... (adhérer à la décision du Conseil des Etats pour le reste de l'alinéa)

Al. 3
Maintenir

Proposition subsidiaire Maitre
(au cas où la proposition de la minorité Brunner Christiane serait rejetée)
Al. 2quater
.... un droit maximal unique à 85 indemnités journalières pour le délai-cadre suivant. (Biffer le reste de l'alinéa)

Strahm Rudolf (S, BE), Sprecher der Minderheit: Ich erkläre zuerst, worum es beim Antrag der Minderheit zu Artikel 13 Absatz 1 geht. Die Minderheit möchte die Mindestbeitragszeit für die zweite Rahmenfrist bei Personen über 55 Jahren bei sechs Monaten belassen und nicht auf zwölf Monate erhöhen.
Es geht hier um die zweite Rahmenfrist. Wir haben eine erste Rahmenfrist von zwei Jahren. Wer Arbeitslosenentschädigung bezieht, muss in diesen ersten zwei Jahren wieder sechs Monate gearbeitet haben, damit eine zweite Rahmenfrist respektive ein Anspruch auf Gelder der Arbeitslosenversicherung besteht.
Nun hat die Kommissionsmehrheit beschlossen, den Antrag zu stellen, dass in der zweiten Rahmenfrist, also in den zweiten zwei Jahren, ein Arbeitsloser oder eine Arbeitslose zwölf Monate gearbeitet haben muss, um wieder Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung geltend machen zu können, also zwölf Monate statt sechs Monate.
Die Minderheit möchte mit ihrem Antrag bei Personen, die älter als 55 Jahre sind, die Mindestbeitragszeit bei sechs Monaten belassen.
Ich muss das wie folgt begründen, und meine Begründung betrifft nicht nur den Minderheitsantrag zu Artikel 13 Absatz 1, sondern eigentlich indirekt auch den Antrag der Minderheit Brunner Christiane zu Artikel 13 Absatz 2quater und den gestern eingereichten Eventualantrag Maitre: Dieses Gesetz bringt einige Verbesserungen. Es bringt mehr aktive Arbeitsmarktpolitik, eine aktive Politik zur Reintegration von Arbeitslosen – vor allem auch von Langzeitarbeitslosen – in den Arbeitsmarkt. Aber es bringt Nachteile für die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denn die Reintegration von Arbeitslosen, die über 55jährig, vor allem von jenen, die über 60jährig sind, ist – aus ganz anderen Gründen als aus Qualifikationsgründen – sehr schwierig.
Dieses Problem ist mannigfach erkannt worden. Der französischsprachige Berichterstatter hat darauf hingewiesen. In unserer gemeinsamen Sitzung mit der WAK des Ständerates in Solothurn haben auch die Ständeräte auf das Problem hingewiesen: Die älteren Arbeitslosen sind besonders schwer zu integrieren. Wer stellt noch einen entlassenen 58jährigen oder 60jährigen an? Er kann noch so qualifiziert sein. Es kann sich um einen hochqualifizierten 60jährigen Ingenieur handeln, der sehr viel Erfahrung hat, aber trotzdem keine Stelle mehr findet, weil die Anstellung von älteren Arbeitslosen viele Zusatzkosten bewirkt, zum Teil auch Transferkosten bei der Pensionskasse usw. Diese älteren Arbeitslosen haben heute beim neuen Arbeitsmarktverhalten – man kann auch sagen, beim neuen Unternehmerverhalten – fast keine Chance mehr, und sie werden mit dem Systemwechsel benachteiligt.
Bisher war es nämlich so, dass ein älterer Arbeitsloser ein Beschäftigungsprogramm beginnen konnte und dann nach sechs Monaten wieder in den Genuss einer neuen Rahmenfrist kam.
Er konnte dann wieder 400 Tage lang Gelder der Arbeitslosenversicherung beziehen und dann vielleicht wieder ein Beschäftigungsprogramm beginnen, fast ein Jahr lang – das wurde despektierlich ein Perpetuum mobile genannt –, das bis zur Pensionierung andauert. Man konnte also einen älteren Arbeitslosen sozusagen bis zum Pensionierungs- oder Vorpensionierungsalter durchschleusen und so den Gemeinden Fürsorgegelder ersparen. Jetzt ist dieses Perpetuum mobile nicht mehr möglich, das heisst, mit dem neuen System kann ein Beschäftigungsprogramm, das von der Arbeitslosenversicherung finanziert wird, nicht mehr eine neue Rahmenfrist eröffnen. Damit können wir bei den älteren Arbeitslosen diese rekurrente Beschäftigung und Versicherungsabgeltung durch die Arbeitslosenversicherung nicht mehr bewerkstelligen. Das wird zu grossen Problemen führen. Das wird bei den Gemeinden zu Fürsorgefällen führen und die Kantone, Gemeinden und Gemeindeverbände belasten.
Das, was ich gesagt habe, ist auch durch eine vom Biga bei der Firma Arthur Andersen in Auftrag gegebene Studie erhärtet worden. Meine Aussage ist also nicht hypothetisch, sondern sie ist durch diese Studie belegt. Ich zitiere aus einer Tabelle aus dieser Studie mit Zahlen aus dem Jahre 1994:
Man hat verglichen, wie viele derjenigen, die drei Monate lang arbeitslos waren, nach 24 Monaten immer noch arbeitslos waren. Das war z. B. bei den 15- bis 19jährigen nur noch 1 Prozent. Das heisst also: 99 Prozent aller jungen Arbeitslosen sind nach 24 Monaten nicht mehr arbeitslos. Bei den 20- bis 24jährigen sind 7 Prozent noch arbeitslos. Diese haben die Möglichkeit, wieder eine Beschäftigung aufzunehmen. Von den 55- bis 59jährigen, die drei Monate lang arbeitslos waren, waren nach zwei Jahren 80 Prozent immer noch arbeitslos. Bei den über 60jährigen sind es praktisch 100 Prozent. Das heisst: Wer über 60 Jahre alt ist und arbeitslos wird, wird es immer bleiben, ist es auch nach zwei Jahren noch. Das sind die Fürsorgefälle. Das ist belegt und ist auch von den Ständeräten und von der Arbeitsgruppe in Solothurn akzeptiert worden.
Das ist der Grund für den Antrag der Minderheit zu Artikel 13 Absatz 1 und auch die Begründung für den Antrag der Minderheit Brunner Christiane zum Absatz 2quater des gleichen Artikels.
Bei den älteren Arbeitslosen muss etwas geschehen. Der Systemwechsel ist zu brutal. Vor allem die französischsprachigen Kantone sind betroffen, denn sie haben einen überproportionalen Anteil an Langzeitarbeitslosen. Wenn wir jetzt den Systemwechsel mit den zwölf Monaten Beitragsfrist rigid durchziehen, strafen wir im Prinzip die Gemeinden und belasten die Fürsorgebudgets der Gemeinden und Kantone.
Ich will Ihnen die Zahlen nicht vorlesen, aber es gibt einige Kantone, die sehr seriös aufgelistet haben, welches die Hauptgründe für die explodierenden Sozialbudgets sind. Zum Beispiel im Kanton Zürich gibt es einen Sozialbericht der kantonalen Fürsorge- und Gesundheitsdirektion. Dieser Bericht zeigt: Den allerersten Rang aller Sozialhilfezahlungen im Kanton Zürich nehmen die Zahlungen für die Arbeitslosigkeit und die Erwerbsunfähigkeit ein.
Ich habe eine zweite Statistik aus dem Kanton Bern, die zeigt, dass die explodierenden Sozialbudgets in den Gemeinden ebenfalls auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind.
Zum Antrag der Minderheit: Er würde, wenn Sie ihm zustimmen, bewirken, dass die älteren Arbeitslosen von der Gemeinde nur sechs Monate lang beschäftigt werden müssen. Viele Gemeinden haben nämlich festgestellt, dass es sie billiger zu stehen kommt, einen Langzeitarbeitslosen in irgendeinem Programm auf eigene Kosten zu beschäftigen, denn damit kann eine neue Rahmenfrist eröffnet werden, und der Arbeitslose kommt dann nochmals in den Genuss einer zweijährigen Rahmenfrist.
Wenn wir für alle Arbeitslosen die Dauer der Beschäftigungsprogramme von 6 auf 12 Monate heraufsetzen, belasten wir natürlich die Budgets der Gemeinden mit einer doppelten Beitragszeit. Ich muss es nochmals betonen: Die Beschäftigungsprogramme, die aus der Arbeitslosenversicherung fi-

nanziert werden, eröffnen keine neue Rahmenfrist mehr; das ist ja die Logik des Systemwechsels.
Die Minderheit stellt Ihnen den Antrag, wenigstens für die über 55jährigen die Mindestbeitragszeit von 6 Monaten beizubehalten. Es ist ein moderater Antrag. Wir haben zuerst grundsätzlich bekämpft, dass die Mindestbeitragszeit von 6 Monaten auf 12 Monate erhöht wird. Dieser Antrag ist abgelehnt worden, er hätte etliche Kosten verursacht. Wir beschränken uns jetzt auf die über 55jährigen. Dieser Antrag «kostet» nicht mehr sehr viel, der Mehraufwand wird sich höchstens in der Grössenordnung von einigen Dutzend Millionen Franken bewegen. Wenn wir diesen über die Arbeitslosenversicherung bezahlen, entlasten wir die Fürsorgebudgets der Gemeinden.
Ich bitte Sie, in diesem Sinn Rücksicht auf die spezielle Situation der älteren Arbeitslosen zu nehmen. Ein älterer Arbeitsloser ist kein eigentlicher Sozialfall, sondern er ist das Opfer eines neuen Unternehmerverhaltens auf dem Arbeitsmarkt, wonach man ältere Arbeitnehmer nicht mehr einstellt. In dem Sinne bitte ich Sie um Annahme des Minderheitsantrages.

Brunner Christiane (S, GE), porte-parole de la minorité: Il faut situer notre proposition de minorité dans le contexte global de réforme en profondeur que nous avons opérée de l'assurance-chômage.
Avec le nouveau modèle, nous remplaçons le système actuel, qui établit une relation directe entre la durée de cotisation et la durée du droit aux prestations, par un système qui introduit une durée de prestations unitaire de 520 indemnités journalières au maximum. La durée de cotisation donnant droit à ces prestations est elle aussi unitaire, à savoir de 6 mois.
Pour les personnes qui se retrouvent au chômage dans les trois ans qui suivent un premier délai-cadre, notre commission vous propose de reconduire la période de cotisation de 12 mois avant d'avoir à nouveau droit aux prestations de l'assurance-chômage.
Dans le nouveau système, l'occupation temporaire financée par l'assurance-chômage ne comptera plus comme activité soumise à cotisation. Cela est lourd de conséquences pour les chômeurs et les chômeuses de longue durée, qui perdent ainsi la possibilité de se reconstituer un droit aux prestations de l'assurance-chômage en participant à une occupation temporaire.
Néanmoins, nous estimons que ce changement, dans son principe, peut être accepté, en tout cas pour les personnes les plus jeunes, parce qu'il s'insère dans un système nouveau ayant pour objectif premier la réinsertion dans le monde du travail, voire son accès pour ceux qui n'y étaient pas encore.
La logique de l'ancien mécanisme est ainsi cassée, et avec elle certains effets pervers qui n'étaient finalement pas favorables aux demandeurs d'emploi. La loi actuelle permet aux autorités cantonales et communales d'entretenir, grâce à la mise à disposition d'occupations temporaires de 6 mois, une spirale maintenant les sans-emploi dans l'assurance-chômage. Il nous semble utile d'abandonner ce système en faveur d'un système qui garantit, en contrepartie de l'engagement de l'assuré, un effort supérieur de la part des autorités pour lui offrir soit une formation utile, soit un travail adéquat.
Il y a cependant une catégorie de demandeurs d'emploi qui doit faire face à des difficultés beaucoup grandes que les autres, ce sont les personnes qui ont dépassé un certain âge. On peut dire que pour les chômeurs et les chômeuses de plus de 55 ans, les chances de trouver encore du travail sont fortement diminuées. Les statistiques de l'Ofiamt le prouvent: parmi les chômeurs de plus de 50 ans, environ la moitié sont des chômeurs de longue durée qui cherchent du travail depuis plus d'un an. Ces chiffres corroborent ce que tout le monde sait, à savoir que les entreprises n'engagent pas de personnes au-delà d'un certain âge, quelles que soient leurs qualifications. D'autres statistiques nous montrent d'ailleurs une tendance à la baisse du taux d'activité professionnelle à partir d'un certain âge.
En 1994, seuls 78,5 pour cent des hommes entre 55 et 64 ans étaient encore détenteurs d'un emploi. Il y a fort à craindre que ce ne soient pas tous des retraités bénéficiant d'une rente confortable du deuxième pilier. Si l'on prend uniquement les hommes âgés de 64 ans, on constate même que 4 hommes sur 10 ne sont plus actifs professionnellement à l'âge de 64 ans.
Mais nous n'avons pas besoin de ces chiffres officiels. Nous le savons, à 50 ans déjà, parfois même avant, on peut passer du statut honorable de professionnel apprécié à celui de demandeur d'emploi non attrayant pour les employeurs. Cette perte de statut, cette perte d'identité, est ressentie douloureusement par les personnes concernées. Elles se sentent exclues, mises au ban de la société, et elles le sont d'ailleurs effectivement. Les conséquences de ces exclusions sont le découragement, la maladie, physique ou psychique, ce qui ne fait qu'aggraver le problème et, finalement, la durée même du chômage. La chômeuse et le chômeur sont littéralement pris dans un engrenage de déchéance morale, et parfois physique, et il est important de doubler les mesures pouvant favoriser la réinsertion dans le monde du travail des personnes qui ont plus de 55 ans.
Je vous demande d'accepter d'introduire une dérogation à la règle générale de la nouvelle loi pour les personnes qui, à cause de leur âge, ont beaucoup plus de difficultés à retrouver un emploi. Il convient d'accorder à ces chômeurs ou chômeuses âgés de 55 ans ou plus, un droit supplémentaire à 85 indemnités journalières lorsqu'ils ont exercé pendant six mois au moins une activité temporaire financée par l'assurance-chômage. Il convient bien sûr aussi de leur garantir l'accès à cet emploi temporaire d'au moins six mois avant l'échéance du délai-cadre pour qu'ils aient la possibilité de générer ce nouveau droit allant jusqu'à 85 indemnités journalières pour le délai-cadre suivant.
Notre proposition de minorité à cet alinéa allait au-delà de notre pensée et nous ne voulions pas demander plus que 85 indemnités journalières supplémentaires dans le deuxième délai-cadre pour les personnes de plus de 55 ans. D'autre part, la rédaction en français qui figure dans le dépliant est incompréhensible.
Ce sont là les raisons pour lesquelles nous nous rallions à la proposition subsidiaire Maitre. Nous retirons notre propre proposition principale, en vous priant de bien vouloir soutenir la proposition Maitre, qui va exactement dans le même sens que la nôtre.
D'autre part, en ce qui concerne la proposition de minorité Strahm Rudolf, je vous convie à la soutenir également. Il s'agit là des personnes en fin de droits et pour lesquelles les cantons et les communes devraient mettre en place des programmes d'occupation temporaire à leur charge d'une durée minimale de 12 mois. Là aussi, pour les cantons qui sont particulièrement touchés par le chômage et dans lesquels un nombre important de personnes de plus de 55 ans se retrouvent au chômage après l'expiration du délai-cadre, il s'agit d'une charge supplémentaire pour les caisses publiques cantonales et communales. Les personnes concernées, celles qui se retrouvent au chômage dans les trois ans qui suivent le dernier délai-cadre, et qui ne peuvent pas faire état de 12 mois de cotisations, ont été estimées par une grande caisse à quelque 6 à 8 pour cent de l'ensemble des chômeurs – ce sont les statistiques en Suisse romande.
Par conséquent, dans l'intérêt de ces personnes, mais aussi dans l'intérêt finalement des finances publiques cantonales, nous vous demandons d'adopter également la proposition de minorité Strahm Rudolf, qui allège les conditions d'accès à une deuxième période de prestations, uniquement pour les personnes de plus de 55 ans.

Le président: La minorité Brunner Christiane retire sa proposition à l'alinéa 2quater au profit de la proposition subsidiaire Maitre.

Maitre Jean-Philippe (C, GE): La proposition que je présente repose tout d'abord sur un constat. Ce constat, c'est celui de la pratique. Dans un marché de l'emploi où la demande est

sensiblement, et ô combien, plus forte que l'offre, les chômeurs âgés de 55 ans et plus ont les plus grandes difficultés à retrouver un emploi, à être replacés, et cela quels que soient les niveaux de qualification, malgré leurs efforts – et nous ne devons pas les sous-estimer –, malgré les efforts des offices de placement qui voient bien à quelle réalité on est confronté. Ce constat, c'est donc celui de l'extrême difficulté, on ne dira pas de l'impossibilité, pour les chômeurs qui ont un certain âge, à retrouver un travail, compte tenu de la situation actuelle du marché de l'emploi. A partir de ce constat, ma proposition a tout simplement une dimension humaine, et c'est la conclusion qu'il faut tirer du constat.
On se trouve en présence d'une catégorie de demandeurs d'emploi qui ont consacré une partie très importante, plusieurs dizaines d'années, de leur énergie et de leurs compétences professionnelles à façonner, pour partie en tout cas, la prospérité dont nous avons bénéficié et dont nous bénéficions encore. Alors même que ces chômeurs ne parviennent plus à retrouver de l'embauche, la réponse apparemment que notre collectivité leur réserve, c'est de leur dire: «Veuillez, à l'issue de vos indemnités fédérales, vous diriger du côté des offices d'assistance.» En d'autres termes, à ces personnes qui ont consacré leur carrière professionnelle à bâtir cette situation dans laquelle nous nous trouvons sur le plan économique, qui à certains égards, quelles que soient les difficultés, demeure enviable par rapport à ce que l'on connaît dans d'autres pays, nous n'avons pas d'autre réponse à donner, face aux difficultés qu'elles connaissent et qu'elles ne parviennent pas à résoudre, que celle de prendre la direction des offices sociaux, celle de l'assistance. Cela est tout simplement indigne, et nous n'avons pas le droit de faire des chômeurs de 55 ans et plus des exclus supplémentaires de la prospérité à laquelle ils ont pourtant eux-mêmes directement contribué.
Voilà la raison pour laquelle j'ai présenté cette proposition subsidiaire qui, somme toute, est modeste. Elle va, vous l'aurez observé, moins loin que la proposition de la minorité, dont M^me^ Brunner Christiane a dit qu'elle était retirée. Cette proposition avait un effet cumulatif qui pouvait être inapproprié parce qu'il pouvait être de nature à introduire une sorte de cycle perpétuel dont nous ne voulons pas. Il s'agit simplement, reprenant en cela ce qu'a décidé le Conseil des Etats, mais allant en partie plus loin, de créer un droit unique à 85 indemnités journalières après l'épuisement des indemnités fédérales et l'octroi d'un programme d'occupation temporaire. Le Conseil des Etats avait décidé un droit à un délai-cadre unique pour 85 indemnités journalières pour tout le monde. Ma proposition va moins loin puisqu'elle limite ce droit aux chômeurs de 55 ans et plus.
Certes, je n'ignore pas que le Conseil des Etats avait prescrit que le délai-cadre maximum était de 400 indemnités et que le Conseil national l'a porté à 520 indemnités. Dès lors qu'à la différence du Conseil des Etats ma proposition est ciblée aux chômeurs de 55 ans et plus, et ne concerne pas la totalité des demandeurs d'emploi dans ce type de situation, je crois qu'on a un équilibre approprié, qui permet d'offrir véritablement quelque chose qui me paraît normal, voire élémentaire, s'agissant des chômeurs de 55 ans et plus.
J'ai la conviction que la réflexion du Conseil des Etats va également dans ce sens-là, et qu'il serait souhaitable, pour ceux qui ne seraient pas aujourd'hui, d'ores et déjà, totalement convaincus par ma proposition subsidiaire, de laisser néanmoins subsister une modeste divergence, de façon à permettre l'arbitrage ultime avec le Conseil des Etats. J'ai l'impression que nous y parviendrons.
Voilà les raisons pour lesquelles je vous invite à voter cette proposition subsidiaire qui est devenue principale. Elle a une dimension économique, humaine, je dirai même éthique, et je suis convaincu que vous y serez sensibles.

Le président: Le groupe écologiste communique qu'il soutiendra la proposition Maitre.

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Ich darf Ihnen bekanntgeben, dass die FDP-Fraktion auch bei Artikel 13 der Mehrheit zustimmt. Ich möchte nicht zu jedem Artikel sprechen und demzufolge auch jetzt bekanntgeben, dass wir mehrheitlich jeweils der Mehrheit der Kommission zustimmen.
Wahrscheinlich nicht ganz einig ist die Fraktion bei Artikel 23. Da kann man ja wirklich auch geteilter Meinung sein. Es geht darum, ob die Studienabgänger und Lehrlinge gleich behandelt werden sollen oder nicht. Das ist sicher ein Punkt, der noch diskutiert werden muss.
Damit ich aber wirklich nur einmal spreche, möchte ich Ihnen doch sagen, dass die freisinnig-demokratische Fraktion die ganze Vorlage gestern mit etwas Unbehagen aufgenommen hat. Einmal besteht ja die Problematik bei der Vermischung von Arbeitslosenentschädigung und Invalidenrente. Wir haben dort keinen Antrag gestellt. Der Antrag, der auf der Fahne ist, ist wahrscheinlich auch etwas unglücklich und auch unglücklich formuliert. Wir sind der Meinung, dass der Ständerat darüber nochmals «hirnen» sollte und vielleicht eine bessere Lösung aufzeigen könnte.
Die Vorruhestandsregelung nach Artikel 65a soll nun auch endgültig festgehalten werden. Wir sind der Meinung, dass hier nun am Arbeitsmarkt völlig andere Bedingungen geschaffen werden; es geht vor allem um rechtssystematische Doppelspurigkeiten und Unklarheiten mit dem Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und dem Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge. Sie verstehen, dass wir auch da in der Fraktion ein gewisses Unbehagen haben, schon deshalb, weil das arbeitsmarktlich sehr wenig Wirkung zeigt und trotzdem jetzt in diesem Gesetz festgeschrieben ist.
Da könnten eigentlich Sparmassnahmen eingeführt werden, weil man neue Missbräuche verhindern könnte.
Wir sind also der Meinung, dass man grundsätzlich der Mehrheit zustimmen sollte, dass man aber wirklich im Ständerat noch zu diesen Fragen, die ich hier aufgeworfen habe, klare Meinungen äussern sollte und vor allem noch gewisse Formulierungen wesentlich verbessern sollte.

Blocher Christoph (V, ZH): Die SVP-Fraktion stimmt hier der Mehrheit zu. Nachdem die Berichterstatter noch einmal so etwas wie eine kleine Eintretensdebatte geführt und noch einmal die Konzeption aufgezeigt haben, möchte ich nochmals mit allem Nachdruck darauf hinweisen, dass diese Konzeption, wie wir sie hier beschliessen, eine Fehlkonzeption ist und bleibt. Das wird nicht funktionieren können. Wir haben das erste Mal bereits die entsprechenden Rückweisungsanträge gestellt, sind dann unterlegen und haben es in der zweiten Lesung nicht mehr gemacht. Ich möchte nochmals wiederholen, dass es eine absolute Illusion ist zu glauben, der Staat könne für 25 000 Arbeitslose Beschäftigung bieten. Das wird nie funktionieren können. Er wird irgend etwas machen, damit man meint, die Leute seien beschäftigt; aber das wird nie funktionieren können.
Man unterschätzt auch die Anforderungen. Denken Sie z. B. an den Kanton Zürich, der 4000 Personen, aus ganz verschiedenen Berufen und aus ganz verschiedenen Gründen, beschäftigen müsste! 4000 Personen – das wäre eine gewaltige Firma. Aber in einer so grossen Firma lesen Sie die Leute fein säuberlich aus. Hier haben Sie aber ein Sammelsurium von Leuten, die Sie beschäftigen sollten, und man glaubt nun, der Staat könnte dies tun. Das wird nie funktionieren.
Die Arbeitslosenversicherung ist eine Versicherung; man zahlt Prämien, damit man dann, wenn man nicht mehr arbeiten kann, obwohl man arbeiten will, eine Entschädigung, eine Versicherungsleistung, bekommt. Jetzt gehen wir davon ab und glauben, der Staat könne aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben. Wir machen jetzt «Ausflüge» und sagen, dass zum Teil auch noch die Fürsorge über die Arbeitslosenversicherung bezahlt werden solle, darum müssten wir ausdehnen. Dabei brauchen Fürsorgefälle eine ganz andere Betreuung als nur Versicherungsleistungen. Diese Konzeption wird nicht funktionieren können.
Wir machen jetzt auch für 25 000 Arbeitslose etwas Festes. Ich gebe zu, es ist weniger schlimm als beim ersten Entwurf, wo es ja uferlos war. Jetzt hat man es auf 25 000 Personen

beschränkt. Sie werden auch einen Apparat schaffen. 25 000 Arbeitslose zu beschäftigen erfordert einen stattlichen Apparat, den sie auch nicht mehr wegbringen, auch wenn wir keine Beschäftigungslosen mehr haben sollten.
Die Fehlkonzeption bleibt. Das wollte ich bei diesem Artikel sagen, damit man nicht glaubt, wir seien jetzt auch für diese Konzeption.

Kühne Josef (C, SG): Die CVP-Fraktion sieht das Ganze positiver als der Vorredner. Die CVP-Fraktion unterstützt die Zielsetzung und die Marschrichtung dieser Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Ich verweise auf die Ausführungen der Berichterstatter.
Wir danken der Subkommission, den Sozialpartnern und den Kantonen für das Engagement, um endlich eine politisch tragfähige Lösung dieser wichtigen Frage zu finden.
Das Ziel muss es sein, die Beratungen in dieser Session abzuschliessen. Die CVP-Fraktion wird sich an die Linie der Kommissionsmehrheit und der Sozialpartner halten. Wir lehnen die Rückzugsgefechte – wie ich sie betrachte – von links und rechts ab. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Leistungen, Beiträgen und Ansprüchen ist sehr wichtig, nicht zuletzt deshalb, weil die Arbeitslosigkeit für längere Zeit ein gravierendes Problem bleiben wird. Der starke Schweizerfranken, die Auslagerung von Arbeitsplätzen usw. werden bewirken, dass auf absehbare Zeit nicht mit Vollbeschäftigung gerechnet werden kann; das ist bei den entsprechenden Minderheitsanträgen, die zur Abstimmung kommen werden, in Rechnung zu stellen.
Das gilt einmal für Artikel 13 Absatz 1. Hier will die Minderheit Strahm Rudolf die Schwelle für erneute Bezugsberechtigung senken, allerdings nur für über 55jährige. An sich ist dieser Minderheitsantrag sympathisch. Aber er hat negative Begleiterscheinungen, die man ganz klar sehen muss. Er senkt nicht zuletzt auch die Verantwortung der Arbeitgeber gegenüber ihren Beschäftigten und verwischt die Grenze zwischen Fürsorge und Arbeitslosenversicherung.
Bei Artikel 13 Absatz 2quater hat die CVP-Fraktion zum Antrag der Minderheit Brunner Christiane in ablehnendem Sinne Stellung bezogen. Wir stehen heute nach dem Rückzug vor einer neuen Situation.
Immerhin ist zu sehen, dass der inzwischen zum Hauptantrag gewordene Eventualantrag Maitre wesentlich eingegrenzter ist. Er ist nicht das Perpetuum mobile, wie das der Antrag der Minderheit Brunner Christiane war. Eine starke Minderheit unserer Fraktion wird den Eventualantrag Maitre unterstützen.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Wir stehen bei Artikel 13 vor der Frage der Grenzen der Arbeitslosenversicherung. Ich habe einleitend schon gesagt: Die Arbeitslosenversicherung kann nicht alle Probleme lösen, und wir dürfen diese Versicherung auch nicht überfordern. Wir müssen die Mittel, die zur Verfügung stehen, auf die eigentliche Aufgabe konzentrieren. In dem Sinne hat die Mehrheit der Kommission auch ablehnend Stellung genommen zu den Anträgen der Minderheiten Strahm Rudolf und Brunner Christiane, und ich schliesse auch den Eventualantrag Maitre mit ein.
Die Minderheit Strahm Rudolf möchte, dass die Mindestbeitragszeit auf 6 Monate festgelegt wird für Personen, die das 55. Altersjahr überschritten haben und zum zweiten Mal arbeitslos werden. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass bei wiederholter Arbeitslosigkeit eine Mindestfrist von 12 Monaten verlangt werden muss. Wir müssen an dieser Regelung festhalten. Ich kann nur erneut betonen, dass wir im Grundanspruch wesentlich über das hinausgehen, was der Ständerat vorgesehen hat. Der Ständerat beschränkte die Rahmenfrist auf 400 Tage mit einer einmaligen Verlängerungsmöglichkeit von 85 Tagen. Wir, in diesem Rat, haben beschlossen, die Rahmenfrist auf 520 Tage festzulegen. Diesen Sprung darf man nicht vergessen, wenn man diese Anträge betrachtet. Wenn wir jetzt weiter gehen und neue Möglichkeiten eröffnen, die noch darüber hinausgehen, überfordern wir nach Ansicht der Kommissionsmehrheit die Arbeitslosenversicherung.
Die Argumentation von Herrn Strahm, wonach wir damit die Gemeinden und die Kantone bestrafen, ist nicht stichhaltig. Irgendwo, nach der Arbeitslosenversicherung, müssen die Verpflichtung und die Verantwortung der Kantone und Gemeinden kommen, d. h. die Sozialhilfe. Die Kantone und Gemeinden müssen an irgendeinem Punkt die Verantwortung übernehmen. Die Minderheit Strahm Rudolf möchte diesen Zeitpunkt nochmals hinausschieben. Es wird auch dann wieder eine Diskussion auslösen, ob nicht auch dieser Zeitpunkt noch zu nahe ist. Man kann immer darüber diskutieren. Wir meinen, dass zwei Jahre für die Arbeitslosenversicherung ein recht grosser Zeitraum sind und dass wir es bei diesem Zeitraum belassen sollten.
In der Kommission ist der Antrag, den die Minderheit Strahm Rudolf übernommen hat, mit 8 zu 10 Stimmen abgelehnt worden.
Der Antrag der Minderheit Brunner Christiane zu Absatz 2quater, der zurückgezogen worden ist, liegt jetzt in der Fassung des Eventualantrages Maitre vor. Der Eventualantrag Maitre ist eine modifizierte Fassung des Antrages der Minderheit Brunner Christiane, indem der Teil ab dem Wort «sowie» gegen Ende des ersten Satzes wegfällt. Die Kommissionsmehrheit hat zum Antrag der Minderheit Brunner Christiane Stellung genommen. Die Argumente sind dieselben, wie ich sie schon vorgetragen habe. Herr Maitre möchte, dass wir nach 520 Tagen nochmals zusätzlich 85 Taggelder für Personen vorsehen, die das 55. Altersjahr überschritten haben, dass dieser Personenkreis also statt 520 Taggelder 605 Taggelder beanspruchen könnte.
Nicht richtig ist der Vergleich mit dem Beschluss des Ständerates. Denn der Ständerat ging von 400 Taggeldern aus, plus 85 Taggelder: das ergibt 485 Taggelder. Wir sind also schon im Grundansatz 35 Taggelder über dem Beschluss des Ständerates. Daher kann man die beiden Positionen nicht vergleichen. Es ist auch hier eine Ermessensfrage: Wollen Sie tatsächlich die Versicherung über diese zwei Jahre hinaus ausdehnen oder nicht? Wir sind der Meinung, dass auch in diesem Falle für die 55jährigen und älteren nach 520 Tagen die Kantone und Gemeinden verantwortlich sind. Es muss nicht unbedingt die Sozialhilfe sein, es gibt auch zusätzliche kantonale Massnahmen für Arbeitslose, die hier einsetzen können.
Wir beantragen Ihnen daher, bei diesen zwei Jahren zu bleiben und nicht in Einzelfällen die Fristen auszudehnen. In dem Sinne muss ich Ihnen Ablehnung des Antrages der Minderheit Strahm Rudolf und des Eventualantrages Maitre beantragen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Aussi bien la proposition de la minorité Strahm Rudolf que la proposition subsidiaire Maitre, devenue proposition principale, tendent à favoriser davantage encore une catégorie de chômeurs dont la situation est particulièrement difficile: les chômeurs de plus de 55 ans.
Tout d'abord la proposition de la minorité Strahm Rudolf. Nous avons prévu dans le système de la loi qu'un chômeur peut toucher la totalité des indemnités auxquelles il a droit après une période d'activité de 6 mois. S'il retombe une deuxième fois au chômage, la durée pendant laquelle il devra avoir une activité professionnelle est portée à 12 mois dans un intervalle de 3 ans après l'échéance du délai-cadre précédent.
La minorité Strahm Rudolf voudrait faire une exception pour les chômeurs de plus de 55 ans, qui eux, continueraient d'être au bénéfice de la période de 6 mois qui justifie l'octroi d'indemnités de chômage ordinaires.
C'est une question d'appréciation. C'est vrai que les chômeurs de plus de 55 ans sont beaucoup plus difficiles à replacer; c'est vrai qu'ils ont beaucoup plus de difficultés à retrouver du travail. Nous en avons d'ailleurs tenu compte – comme l'a dit M. Maitre – en portant la durée possible de l'indemnisation à 520 jours, alors que le Conseil des Etats la restreignait à 400 jours.
Cela devient dès lors une question de mesure, de savoir où il faut s'arrêter. Nous avons déjà été beaucoup plus loin que dans les décisions antérieures. On a alors un peu le sentiment que si on avait été jusqu'à 600 jours, il y aurait quand

même une proposition disant que 600 jours sont insuffisants, qu'il faut encore ajouter 85 ou 100 jours pour tenir compte de la situation particulière de cette catégorie de chômeurs. Où faut-il s'arrêter et comment être équitable? Si on n'a pas un minimum de retenue sur le plan des prestations, l'ensemble du système va répondre aux souhaits de M. Blocher et va s'effondrer.
La proposition que nous soutenons est une proposition que nous prétendons être généreuse, qui tient compte de la situation humaine particulièrement difficile de ces personnes. Mais c'est en même temps une proposition responsable sur le plan financier. Nous avons voulu poser des limites aussi bien aux chômeurs qui ont participé à un programme d'occupation qu'aux chômeurs qui n'y ont pas participé.
M. Maitre a fait une déclaration sympathique à l'égard de ces personnes qui, après avoir eu une longue période d'activité où ils ont contribué à la prospérité de l'économie du pays, tombent au chômage. Comme président d'une ville qui a un taux de chômage malheureusement parmi les plus élevés de Suisse, je suis aussi en contact avec la réalité. J'ai parfois le sentiment que, comme président de commune, on est encore plus au contact de ces réalités qu'un conseiller d'Etat; disons qu'on est, concernant ces problèmes, dans le même rapport que pourraient l'être, par rapport au terrain, le fantassin et l'artilleur. Je serais plutôt du côté des fantassins, c'est-à-dire toujours sur le terrain et toujours au contact de gens qui ont ces difficultés-là.
Ce n'est évidemment pas la position la plus facile que de dire qu'on s'arrête à un certain moment, en prenant le risque de devoir envoyer à l'assistance publique des personnes de plus de 55 ans qui ont épuisé leurs droits. Mais de toute façon, elles y arrivent un jour. La proposition subsidiaire Maitre, comme la proposition de la minorité Strahm Rudolf, ne sont qu'un moyen très limité dans le temps d'éviter qu'elles tombent à l'assistance publique.
J'ajoute encore que ceux qui sont au contact des chômeurs savent que cette catégorie-là est particulièrement difficile à reclasser. On en tient compte et on fait un effort particulier pour trouver des solutions assez rapidement pour ces personnes. Toute prolongation des délais a aussi, d'une certaine manière, un effet pervers qui est qu'on a encore un délai supplémentaire pour le traitement de ces cas, qu'on a encore un délai pendant lequel on n'a pas absolument besoin de chercher une solution. Il n'est pas sûr que l'extension à merci de la durée des prestations serve réellement à la fin ces chômeurs qui, plus le temps passe, perdent de plus en plus le contact avec le rythme, la discipline, et les frustrations aussi qu'entraîne une vie régulière dans le circuit économique normal. Par conséquent, je ne suis même pas sûr qu'il faille aller jusqu'au bout des possibilités qu'on souhaiterait donner à cette catégorie de chômeurs. Il faut à un moment que ça s'arrête, aussi dans leur intérêt.
Ajoutons enfin que le Conseil national est invité par sa commission à accepter les décisions du Conseil des Etats relatives à la retraite anticipée des travailleurs au chômage proches de la retraite. C'est là aussi une soupape de sûreté qui permet de régler un certain nombre de cas.
Je vous invite à vous en tenir à la proposition de la majorité, à repousser la proposition de la minorité Strahm Rudolf et la proposition subsidiaire Maitre. Elles sont naturellement plus généreuses, mais il n'y a pas de limite à la générosité dans un domaine comme celui-là, à moins d'introduire le revenu minimum d'insertion ou un salaire minimum garanti. Nous avons été à l'extrême limite de ce qui est responsable. Il ne faut pas aller au-delà, sinon nous risquons de donner satisfaction à ceux qui ne veulent rien. On vient d'entendre M. Blocher déclarer qu'il souhaitait finalement que ce système ne marche pas. Ne lui donnons pas raison et soyons limitatifs lorsque cela est nécessaire.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: A mon tour et au nom du Conseil fédéral, je vous invite à souscrire aux propositions de la majorité de la commission, pour l'ensemble de cet article. Ces propositions résultent des décisions prises à Soleure.
J'aimerais, à l'intention de MM. Strahm Rudolf et Maitre, dire que nous devons enregistrer comme un progrès bienvenu et comme un acte d'humanité et de solidarité, la prolongation de la durée d'indemnisation de 400 à 520 jours, c'est-à-dire deux ans. Nous savons en effet que si tout chômeur est un sort humain digne de notre solidarité, le sort des chômeurs de longue durée et des plus âgés d'entre eux est particulièrement digne de notre commisération ou de notre justice, tout simplement. C'est dans cette catégorie, sans doute, que le plus de sensibilités, de drames humains peuvent se déclencher après une vie de labeur, et qu'on se sentirait en quelque sorte abandonné et plus honoré du tout par la collectivité. Il était bel et bon que l'on aille à 520 jours, que la conception que vous avez mise sur pied comprenne cette pièce essentielle des 520 jours d'indemnisation. Je souhaite qu'au Conseil des Etats, le moment venu, on puisse se rallier aussi à cette notion.
Accepter maintenant, après avoir défini ce concept, une nouvelle prolongation de 85 jours pour la catégorie des plus anciens ne me paraît pas ajouter quoi que ce soit de substantiel au sort des chômeurs en fin de droits et des chômeurs les plus âgés. 520 jours (deux ans) permettent de tout mettre en oeuvre pour s'insérer, pour retrouver un emploi, pour se réorienter. Ce n'est pas ce sursis et cette bulle d'oxygène supplémentaire de 85 jours qui vont permettre encore mieux – des miracles en tout cas pas – des réinsertions sociales du type de celles que l'on voudrait.
C'est au nom du caractère superfétatoire de cette mesure, si généreusement inspirée soit-elle, si bien motivée soit-elle du point de vue de leurs auteurs, que je vous demande de ne suivre ni la proposition de la minorité Strahm Rudolf ni la proposition subsidiaire Maitre. Ce n'est pas tellement l'argument financier qui dicte mon comportement. Bien sûr, cet argument joue un rôle: la proposition subsidiaire Maitre entraînerait un supplément de charges de l'ordre de 28 millions de francs par an. Là n'est pas l'argument principal qui est dans le respect d'une conception à laquelle vous avez apporté plus que votre contribution, mais votre décision. Cette conception, c'est 520 jours.
J'ajoute qu'à l'article 27 alinéa 6, selon la décision du Conseil des Etats, on a voulu prendre en compte, dans ce concept logique, particulièrement le sort des chômeurs qui sont proches de la retraite. On a là une réponse d'un autre ordre, mais une réponse positive, aux questions que vous vous posez, Messieurs Strahm et Maitre.
Dans cet esprit et tout bien compensé, je crois que nous aurions raison d'en rester à la cote bien taillée que nous propose la majorité de la commission.

Maitre Jean-Philippe (C, GE): Dans toute l'argumentation des rapporteurs et du Conseil fédéral, on parle uniquement de prolongation du droit à l'indemnité. En réalité, il y a une différence sensible, et il ne faut pas l'oublier.
Tout d'abord, c'est un nouveau délai-cadre unique de 85 indemnités journalières, après un programme d'emploi temporaire, durant lequel d'ailleurs les chômeurs de 55 ans et plus dont il s'agit paieront des cotisations.
Ensuite, il faut mettre tout cela en perspective. Si les chômeurs âgés ne peuvent pas bénéficier de ce droit unique à un délai-cadre de 85 indemnités, après un programme d'emploi temporaire, qu'est-ce qu'il risque de se passer? Les cantons ayant la charge – et cette charge n'est pas moindre – de mettre suffisamment d'emplois temporaires à disposition de tous les chômeurs, ils risquent de n'être en aucune manière stimulés à mettre des emplois temporaires à disposition des chômeurs âgés, et ils paieront les indemnités compensatoires. A ce moment-là, c'est encore plus grave pour les chômeurs âgés, parce qu'on ne leur laissera aucun espoir de bénéficier d'un emploi temporaire qui peut favoriser un retour à une embauche nouvelle et ce sera directement l'indication de se diriger vers les offices d'assistance.
Il ne faut pas oublier cette notion d'emploi temporaire qui précède le droit unique à 85 indemnités journalières; elle est centrale dans le raisonnement.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote
F r den Antrag der Mehrheit 82 Stimmen
F r den Antrag der Minderheit 68 Stimmen

Abs. 2 Bst. d – Al. 2 let. d
Angenommen – Adopté

Abs. 2quater – Al. 2quater

Abstimmung – Vote
F r den Antrag der Mehrheit 78 Stimmen
F r den Eventualantrag Maitre 77 Stimmen

Abs. 3 – Al. 3
Angenommen – Adopté

Art. 14 Abs. 5, 5bi s
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s

Art. 14 al. 5, 5bi s
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s

Angenommen – Adopté

Art. 16 Abs. 3
Antrag der Kommission
Mehrheit
Festhalten
Minderheit
(Blocher, Binder, Früh, Gros Jean-Michel, Perey, Stucky, Wyss William)
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s

Art. 16 al. 3
Proposition de la commission
Majorité
Maintenir
Minorité
(Blocher, Binder, Früh, Gros Jean-Michel, Perey, Stucky, Wyss William)
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s

Blocher Christoph (V, ZH), Sprecher der Minderheit: Mit unserem Minderheitsantrag beantragen wir Ihnen, der Fassung des Ständerates zuzustimmen. Worin liegt der Unterschied der Mehrheit zur Fassung des Ständerates?
Wir sind nach wie vor dafür, den Satz «Der Bundesrat kann diese Frist generell oder für bestimmte Kategorien von Versicherten verlängern oder verkürzen» zu streichen, so dass diese Flexibilität wegfällt. Wir sind für die klare Fassung des Ständerates: «Hat die Arbeitslosigkeit länger als vier Monate gedauert, so ist Absatz 2 Buchstabe b nicht mehr anwendbar.» Man sollte hier nicht wieder die Türen öffnen. Wenn Sie dem Antrag der Mehrheit der Kommission zustimmen, dann können Sie sicher sein, dass von dieser Möglichkeit (Abs. 2 Bst. b) generell und exzessiv Gebrauch gemacht wird.
Wir sind für die klare Fassung.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen. Dieser Artikel stand eigentlich am Ursprung unserer ganzen Bemühungen, hier ein Gesetz zu präsentieren, das von beiden Sozialpartnern akzeptiert werden kann. Es geht um die Fragen, wie wir die Zumutbarkeit regeln und was mit der Degression geschieht. In beiden Punkten haben wir Lösungen gefunden. Die Frage der Zumutbarkeit ist vor allem ideologisch beladen. In der Sache selbst geht es nur darum, dass die Rücksichtnahme auf die Fähigkeiten oder die bisherige Tätigkeit des Versicherten vom Bundesrat angemessen geregelt werden kann. Die Streichung bedeutet letztlich, dass man von dieser Kompromisslösung, die wir in der Kommission gefunden haben und welche die Sozialpartner mittragen, abweichen will.
Ich bitte Sie, unter allen Umständen in diesem Punkt der Mehrheit zu folgen, damit wir nicht ein unnötiges Zeichen setzen, welches das Referendum auslösen könnte, und am Schluss vor einem verheerenden Ergebnis stehen – vor der Situation, die Herr Blocher vielleicht wünscht. Er hat ja zum Ausdruck gebracht, dass er nichts von diesem Gesetz hält. Es wäre schade, wenn das Gesetz wegen dieser ideologischen Frage am Ende scheitern würde.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Toute la philosophie de la loi repose sur l'idée qu'un chômeur doit être réintégré dans le marché du travail. Pour cela on prévoit les programmes d'occupation, les mesures de formation. Mais la mesure la plus simple, c'est de lui retrouver le plus rapidement possible un travail, de lui assigner un travail lorsqu'il y a une place libre. Tout le problème est alors de savoir quel est le travail convenable et ce qu'on peut exiger qu'un chômeur fasse. Il est évident que plus les mois passent, plus les critères du travail convenable doivent être élargis, pour éviter la pire des choses, à savoir ne pas retrouver de travail.
Ici, on avait décidé que le travail convenable devait tenir compte des aptitudes du chômeur ou de l'activité précédemment exercée. Selon la décision du Conseil des Etats, après quatre mois déjà, on supprime ce critère et on peut obliger quelqu'un à accepter en toutes circonstances un travail qui ne correspond ni aux aptitudes ni à l'activité précédemment exercée. Or, nous pensons qu'après quatre mois, il doit y avoir encore la possibilité de tenir compte du critère de la profession antérieure, des aptitudes et de l'activité exercée précédemment. Ce n'est pas tomber dans la démagogie que d'accepter de maintenir ces critères même après quatre mois de chômage.
Il faut ajouter que c'est plus un combat théorique qu'un combat pratique. En effet, l'éventail de critères est suffisamment large pour définir un travail convenable et permettre à un responsable d'un office de placement, constatant qu'un chômeur semble avoir des réticences ou hésite à accepter un travail, de faire en sorte que ce chômeur ne devienne pas victime de gens qui voudraient frauder et jouer avec les délais.
Il s'agit ici d'un combat idéologique qui n'a pas grand intérêt dans la pratique, mais qui a pour but d'essayer de définir des fronts que nous avons essayé d'abattre pour trouver une solution convenable, acceptable par les partenaires sociaux et par les cantons.
C'est pourquoi nous vous invitons à vous en tenir à la proposition de la majorité de la commission, qui est plus large, plus ouverte et qui permet en pratique de tenir compte des différents cas de chômeur.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: M. Blocher lui-même sait l'importance que le Conseil fédéral a mise dans son message à modifier les conditions et la définition du travail convenable, car il est incontestable que la définition actuelle, trop «permissive», est source d'un certain nombre d'abus, ou en tout cas d'interprétations extrêmement favorables à ce que sont parfois des chômeurs presque professionnels. Il y avait lieu de rendre plus rigoureuse cette définition afin de précisément ne plus mélanger, dans notre traitement, les chômeurs dignes de notre intérêt, c'est-à-dire la grande majorité d'entre eux, et les chômeurs qui joueraient au plus fin ou au plus malin avec des dispositions décidément trop généreuses.
La solution à laquelle est arrivé le Conseil des Etats est une solution avec laquelle on peut en effet tout à fait vivre. Elle fixe une durée limite à ce qui est la reconnaissance de l'aptitude professionnelle et de la volonté de l'intéressé pendant un certain délai, mais elle la limite malgré tout. La solution que vous propose aujourd'hui la commission, après consultation des partenaires sociaux présents à Soleure, est une solution plus souple.
J'aimerais toutefois attirer votre attention – je m'adresse à l'ensemble du Conseil – sur le fait que cette élimination du délai absolu de 4 mois peut sans doute dans certains cas

particuliers être en faveur d'une durée plus longue, de 5 ou 6 mois pendant lesquels on aura prolongé cette exigence, mais elle peut aussi être en faveur d'une durée plus courte. Dans l'application rigoureuse que font les bureaux et les offices de chômage, c'est une possibilité de souplesse qui peut aussi jouer dans l'autre sens; ça n'est pas être naïf que de vouloir le dire.
Parce qu'elle contient cette souplesse supplémentaire, je vous propose de vous rallier à la proposition de la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote
F r den Antrag der Mehrheit 101 Stimmen
F r den Antrag der Minderheit 62 Stimmen

Art. 18 Abs. 1, 1bi s
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s

Abs. 1bis
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s
Minderheit
(Brunner Christiane, Baumann Ruedi, Bodenmann, Borel François, Hämmerle, Ledergerber, Strahm Rudolf, Thür)
Während der Wartezeit erhält der Versicherte besondere Überbrückungstaggelder. Diese betragen 50 Prozent der ordentlichen Taggelder. Die entsprechenden Kosten trägt der letzte Arbeitgeber, bei dem der Versicherte angestellt war. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten und kann für Fälle selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit Ausnahmen erlassen.

Antrag Epiney
Abs. 1bis
Der Bundesrat hat zur Vermeidung von Härtefällen bestimmte Versicherungsgruppen von der Wartezeit auszunehmen.

Antrag Maitre
Abs. 1bis
Absatz 1 ist nicht anwendbar auf Versicherte, deren Verdienst weniger als zwei Drittel des für die obligatorische Unfallversicherung massgebenden Höchstbetrages beträgt.

Antrag Zisyadis
Abs. 1bis
Versicherte mit monatlichem Verdienst von weniger als 3500 Franken sind von der Wartezeit ausgenommen; diese Grenze erhöht sich pro Kind um 500 Franken.

Art. 18 al. 1, 1bi s
Proposition de la commission
Al. 1
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s

Al. 1bis
Majorité
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s
Minorité
(Brunner Christiane, Baumann Ruedi, Bodenmann, Borel François, Hämmerle, Ledergerber, Strahm Rudolf, Thür)
Pendant le délai d'attente, l'assuré touche des indemnités spéciales de transition. Celles-ci s'élèvent à 50 pour cent des indemnités journalières ordinaires. Les coûts qui en découlent sont à la charge du dernier employeur de l'assuré. Le Conseil fédéral règle les modalités et peut fixer des exceptions pour les cas de chômage fautif.

Proposition Epiney
Al. 1bis
Afin d'éviter des cas de rigueur, le Conseil fédéral est tenu d'exempter certains groupes d'assurés du délai d'attente.

Proposition Maitre
Al. 1bis
L'alinéa 1er n'est pas applicable pour les assurés dont le salaire est inférieur au deux tiers du montant maximum du gain mensuel assuré dans l'assurance-accidents obligatoire.

Proposition Zisyadis
Al. 1bis
Les assurés dont le gain mensuel est inférieur à 3500 francs par mois, limite augmentée de 500 francs par enfant, sont exceptés du délai d'attente.

Brunner Christiane (S, GE), porte-parole de la minorité: Avant d'exposer les motifs de notre proposition de minorité, je tiens à rappeler que nous avions vivement combattu l'idée d'introduire un délai de carence dans la loi sur l'assurance-chômage. En effet, le délai de carence n'a pas sa place dans l'assurance-chômage, car il est contraire au principe même de cette assurance. Sur ce point, on ne peut pas comparer l'assurance-chômage aux autres assurances sociales telles que l'assurance-maladie ou l'assurance-accidents, qui connaissent un délai de carence. Dans ces systèmes d'assurance, la perte de gain subie par le travailleur ou la travailleuse pendant le délai de carence est prise en charge par l'employeur.
Il a été dit et redit dans notre discussion que le délai de carence d'une semaine, donc la perte d'une semaine d'indemnités journalières, était tout à fait supportable. Or, celles et ceux qui affirment cela partent de l'idée que tout le monde dispose d'un coussin financier lui permettant de subsister avec un revenu drastiquement réduit lorsqu'il perd brutalement son emploi. Ce n'est évidemment pas le cas. Si l'on prend une famille suisse moyenne, avec deux enfants, qui dispose d'un revenu entre 5000 et 6000 francs par mois, cette famille arrivera tout juste à tourner avec son revenu mensuel. Même si, par chance, cette famille avait réussi à faire quelques économies, pour prendre par exemple des vacances, il serait humainement choquant de la contraindre de s'attaquer d'abord à sa petite réserve, surtout lorsqu'on sait que le revenu de substitution offert par les indemnités de l'assurance-chômage ne couvrira au mieux que quatre cinquièmes du revenu antérieur.
Pour justifier l'introduction du délai de carence, on a invoqué avant tout des raisons financières. Le but de l'exercice était d'économiser quelque dizaines de millions de francs. Pour ce faire, on a choisi de précariser la situation de beaucoup de personnes, de les obliger à recourir à des petits crédits ou à solliciter des contributions de l'assistance sociale. Les victimes du chômage doivent ressentir cette mesure comme un acte de pur cynisme. Elle n'a aucune incidence sur l'ampleur du chômage puisque les gens n'ont pas choisi de perdre leur travail de leur propre gré, et elle ne peut avoir, comme certains le disent parfois, aucun effet dissuasif. De surcroît, cette mesure est particulièrement déplacée dans le nouveau système d'assurance-chômage, qui est un système qui pose la condition de la participation des chômeurs aux mesures actives pour pouvoir bénéficier des prestations. Le délai de carence provoque finalement un transfert des coûts sur la collectivité, qui devra assumer les charges supplémentaires engendrées par la diminution brutale des revenus de beaucoup de chômeurs et de chômeuses.
Mais ce choix a été fait, le délai d'attente de cinq jours est inscrit dans la loi, c'est pourquoi notre proposition de minorité porte sur un autre point. Puisque l'introduction du délai de carence est une pure mesure de financement, d'économie dans l'assurance-chômage, il est juste que cette mesure de financement du chômage soit introduite de la même manière que le financement général de l'assurance-chômage. Or, le financement général de l'assurance-chômage est un financement paritaire, partagé entre les employeurs et les travailleurs; par conséquent, la mesure de financement consistant à introduire un délai de carence de cinq jours doit également être partagée paritairement entre les employeurs et les travailleurs.
Notre proposition de minorité respecte ainsi la logique du mandat constitutionnel. Elle respecte la logique de la loi et du

financement de notre assurance-chômage. Puisqu'il faut faire des sacrifices dans l'intérêt des finances de l'assurance-chômage, il convient de les partager équitablement entre les travailleurs qui ont été licenciés et les employeurs qui les ont remerciés. La perte de gain occasionnée par le délai d'attente sera portée à moitié par l'employeur et à moitié par le chômeur. Techniquement, cela se fera par l'introduction d'indemnités spéciales de transition qui s'élèveront à 50 pour cent des indemnités journalières ordinaires et seront à la charge du dernier employeur de l'assuré, celui qui a procédé au licenciement.
Il va de soi que si les travailleurs devaient perdre leur place de travail par leur propre faute, ils n'auraient plus droit aux indemnités spéciales de transition. Avec la dernière phrase de l'alinéa 1bis dans la version que nous proposons, le Conseil fédéral reçoit la compétence de fixer des exceptions de manière très précise dans ces cas-là.
Je vous demande d'accepter la proposition de la minorité à l'alinéa 1bis de l'article 18. Vous aurez ainsi rectifié le tir injuste de la première fois, et vous aurez ainsi accepté une solution correcte, conforme au sens de la loi, équitable pour les travailleurs et les travailleuses frappés par le chômage.

Epiney Simon (C, VS): Le projet d'assurance-chômage qui nous est soumis est le fruit, on l'a dit avec raison, d'un compromis particulièrement bien élaboré. Sa philosophie visant à combattre les abus, à éviter l'inactivité et à réorienter l'assurance-chômage vers la réinsertion professionnelle au détriment d'une généralisation de l'indemnisation mérite notre total soutien. Il convient toutefois de ne pas dénaturer cet édifice exemplaire. Or, le délai de carence constitue, qu'on le veuille ou non, le point faible de cette réforme. Il sied dès lors au moins de l'amender par un allègement social.
Il vous en souvient que, lors de l'examen de l'arrêté fédéral urgent, nous avions proposé de ne pas assujettir au délai de carence les personnes à revenu faible, c'est-à-dire les personnes au revenu inférieur à 3500 francs, plus 500 francs par enfant. Cette proposition avait fait l'objet d'une très forte contestation, d'abord au niveau des Chambres, puis au sein de l'administration. C'est finalement au terme d'un très large débat que nous avons réussi à nous mettre d'accord sur ce consensus.
Le Conseil des Etats et la «commission de Soleure», si on peut l'appeler ainsi, ont implicitement accepté le principe de cas de rigueur, puisqu'ils l'ont mis dans la loi. Ce qui nous gêne dans la proposition de la majorité de la commission, c'est l'utilisation d'une formule potestative qui admet que, pour les cas de rigueur, le Conseil fédéral peut ne pas assujettir au délai de carence certaines catégories d'assurés.
Cette formule potestative n'est pas supportable, car on sait qu'il y a de fortes résistances, déjà d'ailleurs au niveau du Conseil fédéral – pas du chef du département concerné, parce que c'est quelqu'un de bon sens – et également au niveau de l'administration. Nous ne saurions prendre le risque que les cas de rigueur soient des cas extrêmement rares, alors que le Parlement a indiqué clairement la direction, en disant qu'au minimum les revenus inférieurs à 3500 francs par mois plus 500 francs par enfant ne soient pas assujettis au délai de carence.
Par voie de conséquence, il faut que nous imposions notre philosophie par une formule contraignante qui oblige le Conseil fédéral à considérer comme cas de rigueur au minimum ces personnes au revenu modeste. Sur le principe, ma proposition ancre donc la philosophie dans la loi.
Il s'agira ensuite de se poser la question de savoir s'il appartient au Parlement de fixer le plancher constituant un cas de rigueur avec une proposition telle que celle de M. Maitre. Mais c'est dans un deuxième temps que nous devrons nous prononcer sur pareille décision.
La majorité des chômeurs sont frappés par la crise non pas par leur propre faute. Leur infliger un délai de carence constitue déjà une mesure injuste, mais frapper les plus faibles d'entre eux revient à les culpabiliser et à créer une nouvelle injustice. Il nous appartient, à nous Parlement, d'imposer au Conseil fédéral et à l'administration notre philosophie, qui consiste à ne pas s'attaquer à celles et ceux qui doivent déjà endurer les affres du chômage.

Maitre Jean-Philippe (C, GE): Le délai de carence est admis, il ne fait plus l'objet d'une divergence sur le principe. Notre débat doit donc porter, cas échéant, sur les modalités.
Je voudrais dire d'emblée et par parenthèse qu'on fait souvent référence, dans ce débat, à l'avis des partenaires sociaux et à celui des cantons. On appelle souvent en renfort de sa démonstration l'avis desdits partenaires sociaux et des cantons. J'aimerais rappeler que le délai de carence n'a été voulu ni par les uns ni par les autres: au contraire, ils ont montré de nettes réticences à cet égard.
En pratique, le délai de carence pose des problèmes psychologiques – ils ont été évoqués. Qu'on le veuille ou non, cette mesure est ressentie comme punitive par les chômeurs qui n'en peuvent rien de se trouver dans une situation de perte d'emploi.
Plus grave, ce délai de carence pose des problèmes sociaux importants. On part de l'idée que les chômeurs se trouvent en situation d'avoir pu constituer des économies. Cela est effectivement possible, mais seulement à la condition que ces chômeurs aient eu, alors qu'ils bénéficiaient encore d'un emploi, un revenu suffisamment élevé pour constituer de telles réserves. Dans la très grande majorité des cas, la situation ne se vérifie pas. S'agissant de revenus de l'ordre de 5000 francs par mois avec un groupe familial à charge, lorsqu'une personne tombe au chômage, c'est un grand exploit si elle n'a pas de dettes, a fortiori n'a-t-elle pas pu se constituer des économies.
Il faut savoir que le délai de carence pose en réalité un problème du taux de couverture sur le premier mois de chômage. Et lorsqu'on se trouve en situation d'être indemnisé à 80 pour cent, voire à 70 pour cent de son dernier traitement, plus un délai de carence, ce qui correspond à une semaine complète sur le premier mois, en réalité, cela revient à faire baisser le taux de couverture à 50 pour cent pour le premier mois. Dans la pratique, ça n'est tout simplement pas possible, suivant les budgets familiaux, de s'en sortir sans prestations d'assistance. Et on retrouve une fois encore ce mécanisme assez insidieux d'un transfert, qui n'en porte pas le nom, du budget de l'assurance-chômage sur le budget d'assistance des cantons et des communes. On peut avoir ce type de débat, mais qu'on en annonce franchement la couleur.
Mais il y a plus grave. J'aimerais dire ici ce qui résulte de l'expérience et de la constatation pratique, dans un office de l'emploi tel que celui que je connais – c'est celui de mon canton et j'en ai la responsabilité –, depuis l'entrée en vigueur de l'arrêté fédéral urgent qui prévoit le délai de carence. En pratique, l'introduction du délai de carence a donné lieu à une augmentation considérable des demandes de petits crédits. Est-ce que c'est cela que le législateur voulait?
Je le vis sur le terrain. Pour reprendre l'image du rapporteur de langue française, il se trouve qu'à Genève nous n'avons pas d'office de placement ou d'office du travail de niveau communal; c'est donc le canton qui joue le rôle du «fantassin»; nous ne sommes pas en arrière dans un état-major, on est bien confronté aux réalités du terrain. Je puis vous dire, sur la base de l'avis que m'ont donné les collaborateurs du service de placement à l'Office cantonal de l'emploi, qu'ils assistent à un nombre considérable de demandes de petits crédits de la part de chômeurs à qui le délai de carence est imposé sans qu'ils aient pu se constituer d'économies. Je trouve que cela est tout simplement inique. Ça n'est pas possible de continuer de cette manière-là. Ça n'est pas ce que le législateur a voulu.
C'est la raison pour laquelle je fais une proposition qui vise à ne pas rendre le délai de carence applicable aux chômeurs dont le salaire est inférieur à un certain montant. Comment ce montant a-t-il été fixé? Il l'a été, au regard d'une règle qui est par ailleurs utilisée dans l'assurance-chômage, c'est-à-dire par rapport au plafond, le gain maximum assuré dans l'assurance-accidents obligatoire, dont on prend les deux tiers. Cela signifie un montant de 5400 francs. C'est une rè-

gle simple, forfaitaire, standard, qui n'a pas les inconvénients de l'AFU actuel.
La proposition Zisyadis, qui consiste à prévoir un montant de 3500 francs plus 500 francs par enfant, provoque un travail administratif qui n'est en soi pas complexe, mais long. Le problème est simplement d'avoir les règles qui sont à la fois justes et administrativement simples.
Voilà les raisons pour lesquelles je vous invite à voter ma proposition. Elle permet de maintenir le principe du délai de carence pour ceux qui ont vraisemblablement pu se constituer des économies, et elle permet d'exonérer du délai de carence celles et ceux qui, en raison de leurs charges familiales et compte tenu du niveau de leurs revenus, vont de toute façon être pénalisés d'une manière telle qu'ils auraient pour seule réponse, soit les budgets d'assistance, soit le recours aux petits crédits. Encore une fois, c'est une situation qui est inacceptable, que le législateur n'a fondamentalement pas voulue et que nous devons ici tempérer.

Zisyadis Josef (–, VD): L'article 18 soulève pas mal de passions. En effet, il n'est pas aussi anodin qu'il en a l'air. Nous devons nous souvenir des conditions dans lesquelles il a été introduit, sous la pression délibérée de la droite la plus moyenâgeuse et la plus rétrograde du pays.
M. Delamuraz, conseiller fédéral, a dit que, dans l'ensemble, les solutions proposées dans cette révision de la Laci sont bonnes, et de citer les trois petits points de divergence minimes encore à éclaircir, et d'en oublier volontairement ce quatrième point, le fameux délai de carence, que, je le rappelle tout de même, les Chambres ont empêché de contester par voie de référendum en l'intégrant dans l'arrêté fédéral urgent. Je tenais à vous rappeler que les partenaires sociaux se sont clairement déclarés opposés à ce délai de carence de cinq jours. Vous tous – aussi bien les rapporteurs de commission que les différents groupes – parlez de pédagogie et de philosophie nouvelle avec cette révision de la loi sur l'assurance-chômage, et la mesure la plus adéquate que vous trouvez, c'est d'engager un tour de sanctions et de brandir un carton rouge aux chômeurs et aux chômeuses de ce pays. En d'autres termes, les chômeurs ne recevront plus que 55 pour cent de leur dernier salaire pendant le premier mois, ou plus exactement pendant le deuxième mois de chômage. En somme, pour inciter les chômeurs à chercher un emploi, il faut d'abord les punir, comme si la sanction du chômage n'était pas déjà assez lourde, assez pénible pour ceux qui doivent regarder chaque franc qu'ils doivent dépenser.
Si nous ne tordons pas le cou à cet article néfaste dans son ensemble, si nous ne vidons pas, par un moyen ou par un autre, purement et simplement le contenu de cette disposition de l'article 18, nous nous acheminons vers une révision de la loi qui va en sens contraire, qui est en somme une volonté délibérée de pénaliser la vie des chômeurs et, en définitive, de leur assigner un emploi qui ne correspond pas nécessairement à leurs qualifications. En maintenant cet article tel quel, vous videz, quelque part, de son contenu même la philosophie que vous voulez afficher à chaque instant.
Quelle disproportion avec le délai d'attente pour les employeurs en cas de réduction de l'horaire de travail ou d'intempéries! Vous avez tous reçu, il n'y a pas si longtemps, le rapport du Conseil fédéral sur les abus des employeurs dans le domaine de l'assurance-chômage. Il arrive vraiment au bon moment, pour stigmatiser la logique de détournement de la loi qui s'est installée dans les milieux patronaux, une logique de tricheurs. Alors je demande: où sont les pourfendeurs des abus de la loi sur l'assurance-chômage? Où sont les pourfendeurs de ceux qui s'acharnent sur les hommes et les femmes qui subissent durement la crise économique? Est-ce que vous les avez vu proposer cinq jours de délai d'attente pour les employeurs? M. Blocher n'est plus là; il aurait pu, par exemple, avec un peu d'imagination, proposer un mois de délai d'attente pour les employeurs!
Nous sommes devant une situation où il faut prendre des mesures. Lorsque je lis dans certains journaux, comme l'autre jour dans un journal de tendance libérale, que sanctionner les abus au niveau des employeurs serait contre-productif dans la mesure où certaines tricheries peuvent avoir des effets positifs, j'en reste ébahi!
Le Parti suisse du travail vous demande un peu de cohérence, à défaut d'avoir du courage politique au niveau de cette révision de la loi sur l'assurance-chômage. Vous voulez sauvegarder totalement la philosophie de cette nouvelle loi. A notre avis, c'est illusoire, mais vous devez au moins restaurer totalement le compromis initial que soutenaient les partenaires sociaux, et refuser de fait le délai d'attente pour les chômeurs, qui est une mesure de vexation sociale. C'est une mesure de vexation sociale uniquement parce que, sur le plan économique, vous ne faites que répartir les frais sur l'assistance publique communale, ainsi que créer un certain nombre d'effets négatifs par le recours aux petits crédits, alors que vous voulez soi-disant venir au secours des personnes qui n'ont pas eu le loisir d'économiser pour tenir le coup. C'est une mesure de vexation sociale et rien d'autre, uniquement parce que vous n'avez pas le droit de jeter le trouble sur les 200 000 chômeurs, alors que notre pays se retrouve incapable de proposer ne serait-ce que quelques milliers de places vacantes sur le marché du travail.
Ma proposition ressemble à ce qui figure dans l'arrêté fédéral urgent. La proposition Maitre ayant l'avantage de débureaucratiser le système dont nous avons constaté un certain nombre d'effets pervers, je retire ma proposition au profit de la proposition Maitre, qui tient le coup face à la réalité sociale. Il est indispensable de soutenir cette proposition afin de rendre caduques les dispositions les plus rétrogrades concernant ce délai d'attente.

Le président: M. Zisyadis retire sa proposition au profit de la proposition Maitre.

Thür Hanspeter (G, AG): Die grüne Fraktion hat in allen Diskussionen über diese Karenzfrist klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie eine solche Frist aus sozialpolitischen Gründen nicht akzeptieren kann, und wir haben sie in allen bisherigen Debatten klar abgelehnt. Wir haben heute wieder darüber zu befinden. Der Antrag Maitre gibt uns Gelegenheit, eine vernünftige Lösung zu finden für jene, die nicht in der Lage sind, diese Karenzfrist finanziell zu tragen. Herr Maitre hat überzeugend dargelegt, dass es in diesem Land tatsächlich Fälle gibt, bei denen diese fünf Tage zu unmöglichen sozialen Härten führen. Es kann doch sicher nicht im Interesse des Gesetzgebers sein, die Probleme einfach an die Kantone und die Fürsorge abzuschieben!
Aus diesem Grund sind wir der Auffassung, dass man dem Antrag Maitre folgen muss, da er wenigstens die gröbsten Härten eliminiert. Grundsätzlich sind wir nach wie vor der Auffassung, dass eine Wartefrist eigentlich nicht akzeptabel ist.
Wenn der Antrag Maitre nicht angenommen wird, dann haben wir noch den Antrag Epiney, der immerhin eine zwingende Vorschrift vorsieht, dass der Bund in solchen Fällen wirklich Ausnahmen machen muss – er will also mehr als die Kann-Vorschrift, wie sie die Mehrheit der Kommission beantragt. Das ist die bessere Lösung.
Der Antrag der Minderheit Brunner Christiane geht in eine andere Richtung. Er beantwortet die Frage, wer die Kosten dieser Wartefrist bezahlen soll. Frau Brunner verlangt, dass 50 Prozent der Taggelder, die bei der Arbeitslosenversicherung gespart werden, den Betroffenen trotzdem ausbezahlt werden und vom ehemaligen Arbeitgeber zu übernehmen sind. Im Prinzip sagt Frau Brunner, wenn wir eine solche Karenzfrist haben – das ist versicherungstechnisch eigentlich ein Selbstbehalt –, dann stellt sich die Frage, wer diesen Selbstbehalt übernehmen soll. Weil ja im Normalfall im Versicherungsrecht der Versicherte diesen Selbstbehalt zu tragen hat, ist es ein konsequenter Ansatz, wenn der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer diese Kosten hälftig bezahlen sollen.
Wir sind der Auffassung, dass der Antrag der Minderheit Brunner Christiane neben dem Antrag Maitre Platz hätte, dass er zum Antrag Maitre eigentlich nicht in Opposition steht. Deshalb sollte man darüber separat abstimmen. Wenn wir dem

Antrag Maitre folgen, gibt es bestimmte Leute, die gar nicht von dieser Wartefrist betroffen sind, weil sie zu wenig Einkommen haben. Frau Brunner sagt, jene, die von dieser Wartefrist betroffen sind, sollen aber nur auf die Hälfte der Taggelder verzichten müssen, weil der Arbeitgeber mit der Kündigung auch für die Tatsache verantwortlich ist, dass jemand nachher die Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen muss; folgerichtig soll er hälftig an diese Kosten bezahlen.
Wir sind also der Auffassung, dass man dem Antrag der Minderheit Brunner Christiane, dem Antrag Maitre und eventualiter dem Antrag Epiney, da er das kleinere Übel als der Antrag der Mehrheit darstellt, zustimmen sollte.

Binder Max (V, ZH): Die SVP-Fraktion unterstützt selbstverständlich die Mehrheit.
Die Minderheit Brunner Christiane versucht, die ihr unerwünschte Karenzfrist zu unterlaufen und aufzuweichen, indem sie Überbrückungstaggelder von 50 Prozent der ordentlichen Taggelder verlangt. Das ist nun wirklich nicht der Sinn dieser Karenzfrist, sondern dieser besteht darin, es für die Arbeitnehmer weniger attraktiv zu machen, mit Blick auf ALV-Leistungen zu kündigen und vorerst keine Arbeit zu suchen. Um diesem Anliegen besser entsprechen zu können, müsste diese Frist eigentlich noch länger sein. Aus bekannten Gründen ist dies leider nicht möglich. Fünf Tage sind aber nach unserer Meinung absolut zumutbar. Der Arbeitnehmer, die Arbeitnehmerin können sich während ihrer Arbeit auf ein solches Ereignis einstellen.
Frau Brunner hat gesagt, der letzte Monatslohn würde für viele gerade noch so knapp reichen. Sind wir denn in unserem vielgepriesenen Hochlohnland und reichsten Land der Welt – wie dies von linker Seite immer wieder betont wird – so weit, dass eine Karenzfrist von fünf Tagen für unsere arbeitende Bevölkerung nicht mehr tragbar ist? Es ist doch Aufgabe eines jeden in unserer Gesellschaft, eine minimale Vorsorge für eventuelle Ereignisse anzustreben. Auch Arbeitslosigkeit kann ein solches eventuelles Ereignis sein. Wenn Sie, Frau Brunner, den Sozialstaat dermassen ausbauen, dass wir ihn uns nicht mehr leisten können, erweisen Sie denjenigen, die Sie allenfalls zu vertreten glauben, keinen Dienst. Diese minimale Eigenverantwortung ist zumutbar.
Wir von der SVP wollen eine Arbeitslosenversicherung, die dem Versicherungsgedanken verpflichtet ist und die vor allem finanzierbar und auch in Zukunft gesichert ist.
Zu Herrn Maitre: Es ist lobenswert, wenn Sie sich für die Arbeitslosen einsetzen, aber ich erinnere Sie an die Landwirtschaft, die in den letzten Jahren doch 30 Prozent Einkommensverluste hinnehmen musste. Wo bleibt da Ihr Aufschrei? Ich habe ihn noch nie gehört. Aber ich nehme gerne zur Kenntnis, dass sich das in Zukunft ändern wird.
Das Fazit: Die SVP-Fraktion stimmt klar der Mehrheit zu und empfiehlt Ihnen, den Antrag der Minderheit Brunner Christiane wie auch sämtliche Einzelanträge abzulehnen.

Allenspach Heinz (R, ZH): Ständerat und Nationalrat haben sich klar für eine Wartezeit von fünf Tagen ausgesprochen. Diesbezüglich besteht keine Differenz. Es ist aber sonderbar, dass man im Differenzbereinigungsverfahren diese Übereinstimmung wieder rückgängig machen will, indem man die Wartefrist aushöhlt. Die Anträge Maitre und Zisyadis würden dazu führen, dass weit mehr als die Hälfte aller Anwendungsfälle der Wartefrist unter die Ausnahmen fallen könnten. Eine Frist in einem Gesetz, die zu weniger als der Hälfte Wirkung entfaltet, ist administrativer Leerlauf. Wollte man dies, wäre es gescheiter, man würde auf die Wartefrist verzichten. Das wagen die Antragsteller offensichtlich nicht, weil sie wissen, dass sie damit im Rat keine Chance haben.
Bezüglich der sozialen Lage der von der Wartefrist Betroffenen bitte ich, folgendes zu bedenken: Wenn jemand am letzten Arbeitstag den Lohn für den letzten Monat ausbezahlt erhält, müsste dieser Lohn, der bei der Weiterführung des Arbeitsverhältnisses einen ganzen Monat ausreichen müsste, auch für die fünf Tage Wartefrist ausreichen.
Ich bitte Sie, den Antrag Maitre abzulehnen, da er administrativen Leerlauf bewirkt.

Die Minderheit Brunner Christiane geht einen anderen Weg. Sie akzeptiert die Wartefrist. Sie akzeptiert damit die Entlastung der Arbeitslosenversicherung, aber sie führt zusätzlich eine Belastung des Arbeitgebers ein. Diese Art Lohnfortzahlung durch Arbeitgeber gehört nicht ins Arbeitslosenversicherungsgesetz. Wollte man so etwas, so müsste man eine OR-Änderung vorsehen. Aber auch eine solche Bestimmung im Obligationenrecht über Lohnfortzahlung oder Besoldungsnachgenuss wäre klar abzulehnen. Wir bestrafen damit jene Arbeitnehmer, die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben. Welcher Arbeitgeber würde Leute aus Randgruppen anstellen, um ihnen gewissermassen eine Chance zu geben, wenn er weiss, dass er gewissermassen bestraft wird, falls er die Leute wieder entlässt, die ihre Chance nicht nutzen konnten? Er wird sie nicht mehr anstellen, wenn er bei ihrer Entlassung zusätzliche soziale Kosten hätte, beispielsweise zusätzliche Lohnzahlungen gemäss Antrag der Minderheit Brunner Christiane.
Aus diesen Gründen ist unsere Fraktion der Auffassung, dass auch dieser Minderheitsantrag keine Lösung des Problems sein kann. Bekennen wir uns zu dieser Wartefrist! Sie ist sozial gerechtfertigt und bezüglich der Arbeitslosenversicherung notwendig.

Ledergerber Elmar (S, ZH): Herr Binder: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen um sich werfen. Wir haben Ihre Intervention vom ersten Sessionstag noch im Ohr, als Sie sich einmal mehr mit einem Rattenschwanz von Forderungen von Bauernseite an das Parlament gewandt haben. Die Bauern als kleine, kleine Bevölkerungsminderheit, die zwar wichtig ist und die wir schätzen, bilden die einzige Bevölkerungsgruppe, die einen gesetzlich garantierten Lohn und gesetzlich garantiert sogar einen Reallohnzuwachs im Umfang des Zuwachses des Bruttosozialproduktes hat. Sie haben recht, wir sind heute in einem Umbruch, und wir haben heute eine Landwirtschaftspolitik, die nicht mehr finanzierbar ist. Aber wenn Sie von der Bauernseite nun mit diesen markigen Worten auf die Arbeitslosen schlagen, dann, meine ich, haben Sie das Mass mehr als vollgemacht. Wenn wir es wollen, werden wir Ihre Intervention die nächsten Male gegen Begehren der Bauernschaft wörtlich anwenden können. Wir haben nichts gegen die Bauern, nur manchmal etwas gegen die Bauernvertreter.
Zum Thema: Die Anträge, die Ihnen vorliegen, zeigen deutlich, dass wir es mit einer äusserst problematischen Situation zu tun haben. Es ist zwar gerechtfertigt – wir teilen diese Auffassung –, dass wir mit diesem Gesetz versuchen sollen, die Missbräuche und die Selbstbedienung bei der Arbeitslosenversicherung zu stoppen, wo immer wir das tun können. Wir haben in diesem Gesetz tatsächlich einige Ansätze verwirklicht, die etwas bringen.
Sie haben alle den Bericht des Biga über Missbräuche erhalten, wo festgestellt wurde, dass etwa 60 Prozent der untersuchten Betriebe, die Gelder für Kurzarbeit bezogen haben, gemogelt haben. Und Sie haben selber darüber gestaunt, dass sich das schlechte Wetter in der Rezession offenbar noch wesentlich verschlechtert hat. Hier gibt es also Missbräuche, deren Auswirkungen sich in Beträgen von dreistelliger Millionenhöhe zeigen. Wenn Sie von der rechten Seite nun auf die Arbeitslosen loshacken, muss ich Ihnen sagen: Bitte, hacken Sie einmal auf die andere Seite los!
Wir haben von Herrn Maitre gehört, dass die Lösung mit der Karenzfrist, die zwar auf den ersten Blick etwas Bestechendes haben kann, sozialpolitisch äusserst verheerende Konsequenzen hat. Er hat darauf hingewiesen, dass in Genf heute rund die Hälfte jener Arbeitslosen, die dieser Karenzfrist am Anfang unterliegen würden, mit Kleinkrediten versuchten, über die Runden zu kommen. Was da sozialpolitisch auf uns zukommt, kann nicht ideologisch – d. h. «rechts» oder «links» – gelöst werden, sondern das muss sozialpolitisch von uns allen wahrgenommen werden.
Ich habe Ihnen schon anlässlich der ersten Beratung gesagt: Die Arbeitslosenversicherung ist als Versicherung konzipiert. Sie zahlen Beiträge und haben dafür eine Leistung zugut. Im Rahmen der Dauer, für die Sie eine Versicherung abge-

schlossen und für eine Leistung bezahlt haben, wird nun plötzlich einseitig eine Karenzfrist eingeführt. So geht das einfach nicht! Ich hätte nichts gegen Selbstbehalte, wenn wir sagen könnten: Gut, ich trage das erste halbe Jahr die Kosten meiner Arbeitslosigkeit selber, zahle dafür aber geringere Beiträge. Aber dann sind das Bedingungen, die man kennen muss, bevor man die Versicherung abschliesst.
Der Antrag Maitre scheint uns ein gangbarer Weg zu sein. Wir werden ihn unterstützen.
Wir werden aber auch den Antrag der Minderheit Brunner Christiane unterstützen, denn er vermindert wiederum die Belastung, die aus dem Antrag Maitre der Arbeitslosenkasse entstehen würde. Wir haben in den letzten Jahren festgestellt, dass durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung die Bereitschaft der Arbeitgeber gewachsen ist, Leute schneller auf die Strasse zu stellen. Wenn wir die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen, wenn sie in dieser Wartezeit die Hälfte der ausfallenden Taggelder tragen, so ist das zumutbar. Das bewegt sich im Rahmen der Sozialpartnerschaft, und es ist eine vernünftige Lösung. Zudem verhindern wir die Probleme, die Herr Maitre so drastisch geschildert hat und die uns alle etwas angehen sollten.
Herr Allenspach hat eloquent wie immer als Arbeitgebervertreter gesprochen, der er nicht mehr ist, den er aber vom Denken und auch von den Kenntnissen her immer noch spielen kann. Trotzdem hat er Berechnungen angestellt, die man so nicht stehenlassen kann. Sie haben gesagt, die fünf Tage Karenzfrist seien absolut zumutbar, weil der Arbeitslose am Schluss noch einen Monatslohn habe, mit dem er sonst einen Monat bestreiten müsse. Jetzt müsse er nur fünf Tage überbrücken und nachher erhalte er die Arbeitslosengelder. Sie wissen genau, Herr Allenspach, dass es mindestens einen Monat dauert, bis man die ersten Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung erhält. Es gibt sehr viele, die mehr als einen Monat warten. Nachher müssen sie mit diesen Geldern, die deutlich tiefer sind als der letzte Lohn, wieder einen Monat decken. Damit produzieren Sie in diesem Land ein soziales Problem, das am Schluss von den Kantonen und Gemeinden ausgebadet werden muss. Das wollen wir nicht, und das können auch Sie nicht wollen.
Die Karenzfrist, die auf den ersten Blick einleuchtend erscheint, hat unabsehbare sozialpolitische Nebeneffekte, die wir nicht wollen. Sie kommt den Staat nicht billiger zu stehen. Die Lösung Maitre, kombiniert mit dem Antrag der Minderheit Brunner Christiane, ist ein tragbarer, ein guter Mittelweg.
Ich bitte Sie, dem Antrag Maitre sowie dem Antrag der Minderheit Brunner Christiane zuzustimmen.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich bitte Sie, sich daran zu erinnern, dass wir hier eine bestimmte Beschlusslage haben. Wir haben am 16. Dezember 1994 (Geschäft 94.090, «Dringliche Entlastungen im Voranschlag 1995», Bundesbeschluss A) in beiden Räten folgendes beschlossen (Art. 18 Abs. 1ter): «Die Wartezeit gilt nicht für Personen, deren versichertes Einkommen 3000 Franken monatlich nicht übersteigt. Dieser Grenzbetrag wird erhöht um 500 Franken für jedes Kind, das Anrecht gibt auf Kinderzulage oder auf Ausbildungszulage.» Das ist seit dem 1. Januar 1995 geltendes Recht. Wir haben die Karenzfrist eingeführt und mit dieser Härteklausel versehen.
Die Härteklausel, wie wir sie im Dezember 1994 beschlossen haben, hat Nachteile, das müssen wir eingestehen. Die fixen Beträge, die hier festgelegt sind, führen zu unerwünschten Ergebnissen in dem Sinne, dass beispielsweise Teilzeitbeschäftigte mit dieser Grenze von 3000 Franken privilegiert werden; hier kommen vor allem auch die Jugendlichen mit Anfangslöhnen zum Zuge. Das war nicht unbedingt die Absicht dieser Erfindung in Absatz 1ter.
Aus diesem Grunde hat sich die Kommissionsmehrheit bei Absatz 1bis der Lösung des Ständerates angeschlossen. Danach soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, den Härtefall zu regeln. Wir sind der Ansicht, auch nach der hier geführten Diskussion, dass dies der richtige Weg ist. Wir haben zwar die Karenzfrist beschlossen; es gibt aber sicher Härtefälle, und wir haben klar erklärt, dass wir gewillt sind, diesen Härtefällen zu begegnen. Im Gesetz selbst kann aber die Härtefallregelung zuwenig genau und differenziert formuliert werden.
Zu den einzelnen Anträgen: Der Antrag Maitre setzt den Grenzbetrag für Härtefälle auf 5400 Franken herauf, d. h., bis zu diesem Betrag soll die Karenzfrist nicht angewendet werden. Dieser Betrag liegt wesentlich über der Einkommensgrenze von 3000 Franken, die wir im Dezember 1994 beschlossen haben. Der Antrag würde bedeuten, dass letztlich nur noch 12 Prozent der Arbeitslosen unter die Karenzfrist fallen würden. Das wäre keine Härtefallregel mehr. Eine Regel, die praktisch 90 Prozent der Betroffenen ausklammert, kann nicht als Härtefallösung gelten. Die Grenze ist unserer Meinung nach zu hoch angesetzt. Ausserdem bleiben die Nachteile der betragsmässigen Grenze in dem Sinne, dass Personen darunterfallen, welche wir gar nicht als Härtefälle ansprechen wollen. Im Sinne der Linie der Kommission muss dieser Antrag abgelehnt werden.
Den Antrag der Minderheit Brunner Christiane haben wir behandelt und abgelehnt. Die Minderheit will, dass 50 Prozent der Taggelder weiter bezahlt werden und dass die Finanzierung dieser Zahlungen von den Arbeitgebern übernommen wird. Diese Lösung läuft darauf hinaus, dass wir das, was wir jetzt als geltendes Recht beschlossen haben, wieder zurücknehmen. Die Entscheide, die Karenzfrist einzuführen, sind in beiden Räten relativ deutlich gefallen, aber beschränkt auf diese fünf Tage. Die Minderheit Brunner Christiane möchte darauf zurückkommen; Frau Brunner hat aber in der Kommission mit diesem Antrag keine Mehrheit gefunden. Ich ersuche Sie, auch diesbezüglich der Mehrheit zu folgen und den Antrag der Minderheit Brunner Christiane abzulehnen.
Bleibt noch der Antrag Epiney: Hier liegen die Dinge in dem Sinne etwas anders, als Herr Epiney effektiv das aufnimmt, was die Kommissionsmehrheit beantragt. Wir haben eine Härtefallklausel beschlossen und wollen sie ins Gesetz aufnehmen, weil sie nach unserer Meinung notwendig ist. Wenn wir nun zu einer zwingenden Vorschrift übergehen und den Bundesrat beauftragen, er solle für die Härtefälle eine Regelung treffen, gemäss Antrag Epiney, und ihm nicht nur eine Kann-Vorschrift vorgeben, bewegen wir uns im Rahmen der Beschlüsse, welche beide Räte im Dezember 1994 gefasst haben. In diesem Sinne liegt der Antrag Epiney, der allerdings in der Kommission nicht vorlag, auf der Linie der jetzigen Gesetzgebung; ich persönlich könnte ihm deshalb zustimmen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Les propositions Epiney, Maitre et la proposition de la minorité concernent le délai de carence.
On a toujours répété au cours des débats que le délai de carence réduit, pendant le premier mois de chômage, les moyens matériels du chômeur. C'est faux – ceci dit pour le bon sens: ce n'est pas pendant le premier mois. Pendant le premier mois, on vit avec le dernier salaire qu'on a reçu, et c'est le mois suivant que le problème se pose puisque c'est à ce moment-là que le décompte se fait. Qu'on ne dise pas quelque chose qui ne correspond pas exactement à la réalité des faits!
La proposition Epiney, qui voudrait remplacer la possibilité par l'obligation, pour le Conseil fédéral, de prévoir des exceptions au délai de carence, est évidemment la plus simple et la plus proche de celle de la commission parmi celles dont nous devons débattre. Dans la pratique, ça ne changera pas grand-chose si elle est acceptée puisque le Conseil fédéral a toujours manifesté sa volonté de prévoir des règles pour les cas de rigueur.
Par contre, à mon avis, l'argument de M. Epiney n'est pas juste lorsqu'il dit: «Par ma proposition, je veux empêcher que les cas de rigueur soient l'exception.» Par définition, les cas de rigueur ne peuvent être qu'exceptionnels, et il faut demander au Conseil fédéral – qu'il le fasse en fonction d'une disposition potestative ou impérative – qu'il s'en tienne à la règle qui veut que seuls les cas de rigueur soient exemptés; les cas de rigueur, par définition, ne peuvent pas être la majorité, ne peuvent pas être nombreux et doivent rester exceptionnels.

On en arrive ainsi à l'incroyable proposition Maitre, qui voudrait pratiquement que les cas de rigueur soient étendus à 90 pour cent de la population. D'après les statistiques que nous avons, si on acceptait la proposition Maitre, pratiquement 90 pour cent des cas seraient libérés du délai de carence. Non seulement la proportion devient extraordinaire – dans ce cas-là, il faut mieux supprimer totalement le délai de carence, ce serait plus logique de ce point de vue, que nous ne partageons d'ailleurs pas –, mais en plus cela ferait bénéficier de cette mesure toute une série de gens qui ne sont pas victimes du délai de carence, des gens qui travaillent à temps partiel et qui ont peut-être des revenus largement suffisants en général ou de la fortune, ou des gens qui ne veulent pas de revenus supplémentaires parce que c'est une occupation annexe. On risquerait ainsi de favoriser des abus, et vous savez que les abus sont la pire des choses dans l'esprit de l'opinion publique. C'est ce qu'il y a de plus dangereux pour une loi sociale parce que, à cause de quelques abus qui sont mis en avant, on risque de compromettre un système qui, lui, doit être le plus social possible. Dès lors, la proposition Maitre doit être combattue, malgré la sympathie que peuvent inspirer son auteur et son argumentation générale.
La proposition de la minorité pose autant de problèmes qu'elle en résout. Elle pose un problème de principe: dans ce cas-là, il y aurait une sorte de salaire qui serait dû sans travail, un salaire supplémentaire qui s'ajouterait à celui contractuellement décidé entre le travailleur et son patron, qui devrait donner une indemnité de départ, d'une certaine manière, à son collaborateur. Cela comporte le risque, comme l'a dit M. Allenspach, que dans la pratique les gens ne voudront plus engager pour des périodes courtes parce qu'en plus du salaire, il faudra encore verser des indemnités spéciales de transition. Cela risquerait de bloquer l'engagement pour une période d'un ou deux mois d'un travailleur, parce que le patron verrait augmenter le salaire versé à l'employé qu'il engagerait pour une période limitée du fait qu'une partie du délai de carence sera à sa charge.
Nous vous invitons à refuser la proposition de la minorité.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Le délai de carence fut introduit par la voie parlementaire, et puis ensuite, il est vrai, devant les décisions prises au plan parlementaire, introduit dans l'arrêté fédéral urgent, qui a valeur de droit actuellement. Ce délai suscite beaucoup d'imagination du côté de ceux qui ne l'ont jamais adopté et qui pensent que c'est là une mesure discriminatoire et unilatérale à l'encontre des chômeurs, alors même que c'est une catégorie de notre population qui mériterait, au contraire, des attentions et une solidarité toutes particulières.
La première démarche, qui est entreprise non pas contre le délai de carence, mais en fonction d'un délai de carence qui deviendrait lourd aux employeurs également, nous la devons à la minorité de la commission, qui a imaginé ce système, malgré tout étrange juridiquement, qui consisterait à dire à un employeur: «Tu as licencié ton employé, ce n'était pas de sa faute – bien entendu, le licenciement fautif n'est pas visé –, il se trouve que tu dois prolonger le versement de ce salaire à ton employé.» C'est une obligation légale, dans la mesure où le relais que l'assurance-chômage aurait, selon nous, dû prendre, n'est pas pris pleinement. Dans cette démarche – j'ai traduit indemnités par salaire, parce que ça revient pratiquement au même –, il y aura ainsi participation de l'employeur. Si l'on veut ancrer une telle disposition, ce n'est en tout cas pas dans le cadre de l'assurance-chômage qu'il faut le faire, c'est tout au plus dans le Code des obligations, à supposer encore que ce soit reconnu comme constitutionnellement possible.
Au reste, je pense qu'une telle disposition sur la légitimité de laquelle j'exprime donc des doutes très définitifs, entraînerait sans doute la création d'un appareil administratif considérable. S'il y a quelque 15 000 nouveaux chômeurs chaque mois dans notre pays, dans les mauvais temps que nous avons traversés, il y a gros à parier que pour au moins 10 000 d'entre eux les patrons parleraient d'un comportement fautif et attribueraient dès lors à celui qui s'en va les responsabilités exclusives du départ de son emploi. Je crois que ce système, peu légitime quant au fond, entraînerait de surcroît un fatras administratif absolument indigeste.
La première raison suffisait en elle-même à me prier de vous demander de repousser la proposition de la minorité.
Il y a un autre moyen de tourner la difficulté, c'est évidemment de faire en sorte que, par l'énoncé de normes extrêmement élevées, on finisse par rendre vide de substance la disposition transitoire. Et c'est bien ce à quoi conduit la proposition Maitre. Il ne l'a juste pas arrêtée trop haut, mais il est clair que les chiffres auxquels on parvient nous montrent qu'une partie importante de la population échapperait à cette disposition. Est-ce qu'il vaut la peine de maintenir une disposition qui est vide de sens pour la majorité des usagers? C'est une question que je pose au Parlement, encore une fois auteur de cette idée des mesures transitoires.
Enfin, la proposition Epiney n'entend pas régler dans le cadre de la loi des normes, des seuils, des plafonds soumettant à obligation ou pas des chômeurs. Il entend imposer au Conseil fédéral, par la formule impérative, ce qui avait été suggéré par la formule potestative jusqu'à maintenant. J'accepte, comme les disciples dévoués, la formule impérative, car le Conseil fédéral, de toute façon, fera, comme il le fait actuellement dans le cadre de l'application de l'arrêté fédéral urgent, usage d'exceptions pour les moins bien nantis de notre société. Par conséquent, on peut fort bien accepter un ordre que nous sommes déjà décidés à donner.

Abs. 1 – Al. 1
Angenommen – Adopté

Abs. 1bis – Al. 1bis

Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire
F r den Antrag Epiney 84 Stimmen
F r den Antrag der Mehrheit 79 Stimmen

Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire
F r den Antrag Epiney 95 Stimmen
F r den Antrag Maitre 70 Stimmen

Definitiv – Définitivement
F r den Antrag Epiney 107 Stimmen
F r den Antrag der Minderheit 55 Stimmen

Art. 22a Abs. 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s
(die ¯nderung betrifft nur den franz sischen Text)

Art. 22a al. 4
Proposition de la commission
De même, la caisse déduit du montant de l'indemnité les primes de l'assurance-accidents non professionnels obligatoire et les verse à la Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents. Aucune prime n'est prélevée pour les jours d'attente et de suspension. Le Conseil fédéral règle les détails et la procédure.

Angenommen – Adopté

Art. 23 Abs. 2
Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s
Minderheit
(Borel François, Bodenmann, Brunner Christiane, Hämmerle, Ledergerber, Strahm Rudolf)
Unverändert

Art. 23 al. 2
Proposition de la commission
Majorité
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s

Minorité
(Borel François, Bodenmann, Brunner Christiane, Hämmerle, Ledergerber, Strahm Rudolf)
Inchangé

Borel François (S, NE), porte-parole de la minorité: Je commencerai par dire en quoi la minorité et la majorité de la commission sont d'accord avant d'insister sur les différences.
Nous sommes d'accord sur un point: la loi, dans son application première, avait tendance à quelque peu encourager les jeunes qui faisaient un apprentissage ou qui auraient pu en commencer un, les jeunes ayant une maturité et qui auraient pu commencer des études universitaires, à éventuellement trouver que c'était plus facile de devenir chômeurs et de toucher d'importantes allocations de chômage. Le Conseil fédéral avait les compétences légales pour diminuer les prestations dans ces cas-là, que nous considérons aussi comme des abus. Il l'a fait et nous sommes d'accord avec lui.
Mais nous n'approuvons pas la proposition de la majorité qui veut ici aller plus loin et qui prévoit, dans la pratique, que tout apprenti ayant terminé son apprentissage et ne trouvant pas d'emploi, donc devenant chômeur, verrait, par rapport à la situation actuelle, diminuer ses prestations de moitié. Il en irait de même pour un diplômé universitaire qui ne trouverait pas d'emploi après la fin de ses études, le cas du diplômé universitaire étant encore aggravé par un délai d'attente important. L'argument principal avancé est: ces jeunes ont des besoins financiers limités, il n'y a aucune raison de leur verser des prestations importantes. En fait, disons-le, cela signifie que, pendant leurs études, ces jeunes ont été pris en charge de manière très large par leurs familles, même si dans certains cas des bourses ont pu un peu alléger la charge familiale; et puisque les familles ont pu les prendre en charge partiellement pendant un certain nombre d'années, pourquoi ne pas demander à ces mêmes familles de continuer à subvenir aux besoins de ces jeunes s'ils deviennent chômeurs à la fin de leurs études? C'est une privatisation à l'extrême de l'assurance-chômage, qui consiste à dire que c'est simplement les proches qui doivent porter les conséquences du chômage d'un jeune formé.
Pour les apprentis qui ont cotisé pendant leur apprentissage, il est prévu, lorsqu'ils deviendraient chômeurs à la fin de leur apprentissage, de leur verser un maximum de 1200 francs. Pour les étudiants, à la fin de leurs études et après un délai d'attente qui pourrait aller jusqu'à douze mois, il est prévu de verser au maximum 1800 francs. Il est vrai que, là, on prévoit encore une inégalité supplémentaire. En effet, l'étudiant qui se serait donné la peine de finir rapidement ses études, et qui se trouverait sur le marché de l'emploi «trop tôt», c'est-à-dire avant d'avoir atteint 25 ans, recevrait 1800 francs. Par contre, on donnerait un sucre à l'étudiant qui a un peu traîné à l'université ou à l'école polytechnique, en lui accordant 2400 francs si son âge dépassait 25 ans.
Il nous paraît que, là, nous passons véritablement d'un extrême à l'autre. Il est possible que, dans certains cas, baser les prestations de l'assurance-chômage sur le salaire qu'aurait pu attendre l'étudiant en fin d'études donne lieu à des versements peut-être trop importants. Mais maintenant, nous donnons un signal contraire très mauvais. Le message officiel qui me paraît juste est le suivant: mieux on est formé, mieux on trouvera un emploi. Donc, nous devons, de manière générale, encourager la formation, que ce soit la formation professionnelle ou la formation universitaire, pour lutter de manière globale contre le chômage. Dans ce contexte-là, l'assurance-chômage doit reconnaître, au moins dans une certaine mesure, le niveau de la formation acquise à la fin des études, et ne pas tenir simplement compte des revenus des personnes à la fin de cette période de formation.
Le cas de l'apprenti et celui de l'étudiant sont quelque peu différents:
1. Je commencerai par celui de l'apprenti. Les apprentis ont tout d'abord cotisé pendant tout leur apprentissage, bien sûr en proportion de leur revenu. Admettons qu'à la fin de son apprentissage un apprenti se trouve au chômage en même temps que l'un de ses camarades qui, lui, a été manoeuvre pendant quelques années. On dira à l'apprenti: «Cher apprenti, tu as fait un mauvais choix, tu gagnais nettement moins que le manoeuvre, tu te trouves au chômage en même temps que ton camarade: tu toucheras moins d'allocations de chômage. Tu n'avais qu'à être manoeuvre, recevoir un salaire plus important, et tu toucherais des allocations de chômage plus importantes.» Ce n'est véritablement pas, dans le message en tout cas, un encouragement pour les jeunes et leurs familles à se lancer dans un apprentissage.
2. Pour les diplômés universitaires, la situation est quelque peu différente, car là il y a cumul, parce qu'une des nouveautés est d'introduire la possibilité de faire attendre jusqu'à douze mois les personnes avant qu'elles puissent toucher des allocations de l'assurance-chômage. Bien sûr, en commission, il a été fait allusion au fait qu'on n'était pas obligé d'utiliser la totalité de ce potentiel de douze mois, mais nous verrons bien ce qui ressortira des ordonnances. Toujours est-il que là, on cumule les effets, on divise par deux les prestations si on les compare aux prestations antérieures, et on fait attendre jusqu'à peut-être douze mois avant d'offrir la première prestation.
En commission, on a évoqué quelques exemples d'abus. Or, concernant l'assurance-chômage, partout on peut dire qu'il y a tel ou tel abus. Mais il y a aussi toute une liste de mesures qui permettent de lutter contre les abus. Pour ce faire, il faut prendre des mesures correspondant à ces abus, ce n'est pas créer une norme qui se base sur ces abus, et qui serait également valable pour tous ceux qui n'abuseraient pas.
Je vous invite donc à en rester à la situation actuelle pour ceux qui ont consacré un certain nombre d'années à leur formation. La loi sur l'assurance-chômage doit reconnaître cet effort et, au cas où malgré leur formation ces jeunes devaient devenir chômeurs, il faut que les prestations tiennent compte dans une large mesure de leur formation.

Hafner Ursula (S, SH): Die beste Prävention gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist Bildung. Wir müssen den jungen Menschen Mut machen, ihre Lehre oder ihr Studium abzuschliessen. Am besten wäre es natürlich, sie bekämen nachher eine Stelle. Doch nicht alle haben Aussicht, sofort einen Arbeitsplatz zu finden. Die Arbeitslosenrate ist bei den Zwanzig- bis Fünfundzwanzigjährigen mit 5,4 Prozent überdurchschnittlich hoch. Es ist ausserordentlich wichtig, dass die Jungen ihre Ausbildung trotzdem bis zum Abschluss durchziehen.
Nur schon deshalb muss es einen Unterschied zwischen Arbeitslosen mit Lehr- oder Studienabschluss und Arbeitslosen ohne Abschluss geben. Das ist heute so. Heute steht das Taggeld in einem gewissen Verhältnis zu einem Lohn, den junge Arbeitslose beziehen könnten, wenn sie eine Stelle bekämen. Es wird gesagt, ein junger Akademiker könne damit zuerst einmal ein Jahr lang bezahlte Ferien machen. Einem möglichen Missbrauch in dieser Richtung wurde aber in Artikel 14 schon vorgebeugt: Die Wartezeit, während der ehemalige Studenten keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung haben, wurde von 20 Tagen auf zwölf Monate verlängert. Ein ganzes Jahr lang bekommen sie also überhaupt nichts, wenn sie keine Arbeit finden.
Damit hat sich ihre Situation im Vergleich zu heute schon massiv verschlechtert. Sie sind wohl oder übel darauf angewiesen, dass ihre Eltern sie weiter unterstützen, obwohl sie längst mündig sind und obwohl ihre Eltern auch keinerlei Kinderzulagen mehr bekommen. Nun will der Ständerat auch noch die Taggelder halbieren, die sie nach dieser langen Wartezeit schliesslich erhalten.
Die SP-Fraktion wehrt sich entschieden dagegen, dass wir die Jungen dazu verurteilen, immer länger von ihren Eltern abhängig zu sein. Noch weniger wollen wir sie zu Sozialhilfeempfängern machen. Der Zustrom junger Leute hat bei den Fürsorgeämtern in den letzten Jahren in beängstigendem Masse zugenommen. Der Beschluss des Ständerates verstärkt diese Tendenz.
Er hat noch weitere schwerwiegende Folgen: Junge Berufsleute, die an einem Beschäftigungsprogramm teilnehmen,

werden ebenfalls mit der Hälfte des Taggeldes abgespeist, das ihnen heute zusteht, wenn sie arbeitslos sind. Auch dagegen wehren wir uns entschieden. Knapp 1400 Franken Monatslohn für Leute, die zum Teil schon für Kinder zu sorgen haben, sind einfach zu wenig.
Im übrigen wird in solchen Beschäftigungsprogrammen Arbeit geleistet, die auch bezahlt werden soll. Man darf ausgebildete Berufsleute für ihre Arbeit nicht mit 80 Prozent eines Lehrlingslohnes abspeisen. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einem Beschäftigungsprogramm müssen Anspruch auf einen Lohn haben, welcher der Arbeit angemessen ist. Sonst wird auch der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» verletzt.
Der Kampf der Frauen um gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ist noch nicht zu Ende, und schon legt der Ständerat mit seinem Zusatz zu diesem Gesetzesartikel den Grundstein zu einer neuen Diskriminierung. Brauchen wir bald einen Verfassungsartikel, der den Anspruch der Jungen auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit festhält?
Seien Sie den Jungen gegenüber nicht ungerecht, und stimmen Sie dem Minderheitsantrag zu.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Die Kommission hat sich mit 13 zu 8 Stimmen entschieden, dem Ständerat zu folgen. Wir haben diese Diskussion bereits im ersten Durchgang geführt und festgestellt, dass seitens der jungen Bezüger von Arbeitslosenentschädigungen eine doch erhebliche Missbrauchsquote vorliegt. Diese Missbrauchsquote hängt vor allem damit zusammen, dass die Arbeitslosenentschädigungen wesentlich höher sind als der zuletzt bezogene Lohn. Ich muss Ihnen sagen, wir tun der Arbeitslosenversicherung – und vor allem auch ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung – keinen Dienst, wenn immer wieder Fälle vorkommen, wo Jugendliche unmittelbar nach der Lehre aus der Arbeitslosenversicherung ein wesentlich höheres Einkommen erzielen, als sie seinerzeit als Lehrlinge bezogen haben; zudem können sie sich dann mit dieser Arbeitslosenversicherung bis 520 Tage lang vom Erwerbsleben dispensieren.
Wenn wir diese Angebote über die Sozialversicherung machen, müssen wir uns nicht wundern, wenn sie auch benutzt werden. Wir können den Leuten keine Vorwürfe machen. Sie verhalten sich einfach so, dass sie ein günstiges Angebot auch annehmen.
Um welche Beträge geht es? Die wichtigste Kategorie ist diejenige der Lehrlinge. Ein Lehrling erhält heute netto als Taggeldanspruch 2205 Franken im Monat ausbezahlt. Dieser Taggeldanspruch ist in vielen Fällen wesentlich höher als der letzte Lehrlingslohn, zum Teil beträgt er das Doppelte des letzten Lehrlingslohnes. Das sind Grössenordnungen, die einfach nicht mehr stimmen.
Diese Regelung ist darauf zurückzuführen, dass der Bundesrat in seiner Verordnung als Bewertungsbasis den Erwartungslohn gesetzt hat, d. h., man bemisst die Arbeitslosenentschädigung nicht nach dem tatsächlichen Lohn, der in der Vergangenheit erzielt worden ist, sondern nach einem möglichen, zukünftigen Erwartungslohn.
Der Beschluss des Ständerates, dem wir uns angeschlossen haben, geht von diesem Kriterium Erwartungslohn weg und gibt dem Bundesrat im Gesetz ausdrücklich andere Kriterien vor, nämlich: das Alter, den Ausbildungsstand und die konkreten Umstände, insbesondere Familienpflichten und Betreuungspflichten. Das sind die Kriterien, die der Bundesrat bei der Bemessung der Taggeldansprüche der Jugendlichen anstatt eines fiktiven Erwartungslohns anwenden soll.
Hier liegt natürlich auch Geld drin. Ich möchte das nicht verschweigen. Es geht um rund 80 Millionen Franken, die zur Diskussion stehen. Ich muss Sie bitten, die Mittel der Arbeitslosenversicherung wirklich für jene Fälle einzusetzen, für die wir sie unbedingt, absolut notwendig brauchen; dort, wo wir Ansprüche zu weit abdecken, müssen wir Leistungen zurücknehmen. Ich bin überzeugt, obwohl ich die Argumente von Frau Brunner Christiane höre – wir wollen die Jungen nicht schlechterstellen! –, dass die jungen etwas mehr tun müssen als die älteren Arbeitslosen. Sie stehen am Start ihres Berufslebens. Ihnen kann man etwas mehr abverlangen an Einsatz, Akzeptanz von weniger Einkommen zu Beginn des Berufslebens als jemandem, der als 40-, 50- oder über 50jähriger arbeitslos wird.
Aus diesen Gründen ersuche ich Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Was die Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion vorhin von sich gegeben hat, darf wirklich nicht unwidersprochen bleiben. Sie hat ungefähr gesagt: Sollen die jungen Leute länger von ihren Eltern abhängig sein? Weshalb denn eigentlich nicht! Muss man denn die jungen Leute, anstatt dass sie etwas länger im Elternhaus verbleiben, schon im jugendlichen Alter an die Staatskrippe gewöhnen? Ist das Sozialpolitik, wenn wir die Jungen bereits dann daran gewöhnen, dass der Staat für sie aufkommt, wenn sie sich selber nicht wehren können? In diesem Falle ist die Arbeitslosigkeit ein Problem, aber es darf doch nicht wahr sein, dass man die Eltern davon dispensiert, mit ihren jungen Leuten zusammen über die Runden zu kommen, und das dem Staat überlassen will. Das ist bei Ihnen Sozialgesetzgebung: Weg von der Eigenverantwortung, hin zur Staatskrippe! Das kann doch nicht wahr sein!

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: La proposition de la minorité paraît au premier abord moins généreuse que la proposition de la majorité. En effet, elle fait référence au texte actuel qui ne fixe aucun critère et qui, semble-t-il, laisse toute liberté au Conseil fédéral pour fixer l'indemnité. Mais la réalité est différente! En effet, le Tribunal fédéral a rendu un arrêt obligeant à tenir compte du salaire espéré, si bien que cette disposition devient plus généreuse que la décision du Conseil des Etats.
Le problème est de savoir si la décision du Conseil des Etats est équitable. Elle l'est puisque le Conseil fédéral est soumis au respect de toute une série de critères qui tendent à ne pas favoriser outre mesure le chômeur, mais qui tiennent aussi compte de l'effort qu'il a fait, puisqu'on admet que l'un des critères est le niveau de formation et les circonstances qui entourent ce cas.
Il ne faut pas, dans la loi, créer une sorte de droit à une indemnité maximum. L'assurance-chômage est certes une assurance. L'est-elle réellement pour quelqu'un qui termine sa formation et qui n'a jamais cotisé? On ne peut pas dans le cours du débat invoquer, comme l'a fait tout à l'heure M. Ledergerber au nom du groupe socialiste, le fait qu'il s'agit d'une assurance et que du moment que l'on paie on a droit à des prestations et oublier que c'est au fond une exception que de donner des prestations à quelqu'un qui n'a jamais cotisé. C'est, dans ce cas-là, une disposition qui ne ressort plus du droit de l'assurance, mais du droit social. C'est une disposition justifiée, mais qui doit être limitée. Le Conseil fédéral doit pouvoir en limiter la portée, non seulement pour éviter les abus, mais pour répondre à la logique.
Nous vous invitons à suivre la décision déjà généreuse du Conseil des Etats et à repousser la proposition de la minorité.

Hafner Ursula (S, SH): Herr Früh, in unseren Augen gehört es zum Erwachsenwerden, dass auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit erworben wird. Das ist das Ziel der Ausbildung. Wir meinen, dass wir die Jungen dafür ausbilden, dass sie auf eigenen Füssen stehen können. Ich denke, als Vater von drei Kindern wissen Sie auch, was es für Eltern bedeutet, wenn sie ihre Kinder, nachdem diese längst mündig sind und eine lange Ausbildung hinter sich haben, immer noch ernähren müssen. Nicht alle Familien sind finanziell so gut gestellt, dass sie das ohne weiteres verkraften!

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je serai très bref. Le Conseil fédéral souhaite que vous suiviez la majorité de la commission qui, elle-même, a repris la version du Conseil des Etats, pour le motif essentiel que celle-ci est beaucoup plus complète, plus souple et plus large que le droit actuel, lequel peut conduire à ces contradictions, sinon même

ces aberrations, que l'on a dénoncées à plusieurs reprises concernant la pratique des indemnités versées à des apprentis qui viennent de terminer leur formation.
C'est dans cet esprit d'une plus grande souplesse appelée de ses voeux par le Conseil fédéral que la décision du Conseil des Etats mérite d'être soutenue.

Abstimmung – Vote
F r den Antrag der Mehrheit 89 Stimmen
F r den Antrag der Minderheit 42 Stimmen

Art. 24 Abs. 4
Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 24 al. 4
Proposition de la commission
Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 27
Antrag der Kommission
Abs. 1
Festhalten
Abs. 2
Der Versicherte hat Anspruch auf:
a. höchstens 150 Taggelder bis zum Erreichen des 50. Altersjahrs, höchstens 250 Taggelder ab dem 50. Altersjahr, höchstens 400 Taggelder ab dem 60. Altersjahr, höchstens 520 Taggelder, wenn er eine Invalidenrente der Invalidenversicherung oder der obligatorischen Unfallversicherung bezieht oder er eine solche Rente beantragt hat und der Antrag nicht aussichtslos erscheint;
b. besondere Taggelder gemäss Artikel 59b innerhalb der zweijährigen Rahmenfrist für den Leistungsbezug, sofern das Gesetz nichts anderes vorsieht.
Abs. 3–5
Festhalten

Art. 27
Proposition de la commission
Al. 1
Maintenir
Al. 2
L'assuré a droit à:
a. 150 indemnités journalières au plus jusqu'à 50 ans,
250 indemnités journalières au plus à partir de 50 ans,
400 indemnités journalières au plus à partir de 60 ans,
520 indemnités journalières s'il touche une rente de l'assurance-invalidité ou de l'assurance-accidents obligatoire, ou s'il en a demandé une et que sa demande ne semble pas vouée à l'échec;
b. des indemnités journalières spécifiques selon l'article 59b dans les limites du délai-cadre d'indemnisation de deux ans pour autant que la loi n'en dispose pas autrement.
Al. 3–5
Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 27 a
Antrag der Kommission
Streichen
Proposition de la commission
Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 30 Abs. 1 3
Neuer Antrag der Kommission
Abs. 1
....
g. während der Planungsphase eines Projektes besondere Taggelder bezog (Art. 71d Abs. 1) und nach Abschluss der Planungsphase aus eigenem Verschulden keine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt.
Abs. 2
Die kantonale Amtsstelle verfügt Einstellungen nach Absatz 1 Buchstaben c, d und g sowie nach Absatz 1 Buchstabe e, sofern die Auskunfts- oder Meldepflicht gegenüber ihr oder dem Arbeitsamt verletzt wurde. In den übrigen Fällen ....
Abs. 3
.... höchstens 60 Tage, im Falle von Absatz 1 Buchstabe g höchstens 25 Tage.

Art. 30 al. 1 3
Nouvelle proposition de la commission
Al. 1
....
g. a touché des indemnités spécifiques durant la phase d'élaboration d'un projet (art. 71d al. 1er) et qu'il n'entreprend pas, par sa propre faute, d'activité indépendante à l'issue de cette phase d'élaboration.
Al. 2
L'autorité cantonale prononce les suspensions au sens de l'alinéa 1er lettres c, d et g, de même qu'au sens de l'alinéa 1er lettre e, lorsqu'il s'agit d'une violation de l'obligation de fournir des renseignements à ladite autorité ou à l'office du travail, ou de les aviser. Dans les autres cas ....
Al. 3
.... La durée de la suspension est proportionnelle à la gravité de la faute et ne peut excéder, par motif de suspension, 60 jours, dans le cas de l'alinéa 1er lettre g, 25 jours.

Angenommen – Adopté

Art. 32 Abs. 3
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s

Art. 32 al. 3
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s

Angenommen – Adopté

Art. 42, 43, 43a, 44, 44a, 45 5 0
Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s
Minderheit
(Mauch Rolf, Baumann Ruedi, Binder, Blocher, Jaeger, Thür, Wyss William)
Aufheben

Art. 42, 43, 43a, 44, 44a, 45 5 0
Proposition de la commission
Majorité
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s
Minorité
(Mauch Rolf, Baumann Ruedi, Binder, Blocher, Jaeger, Thür, Wyss William)
Abroger

Mauch Rolf (R, AG), Sprecher der Minderheit: Mit der Schlechtwetterentschädigung käme ich gemäss Wetterprognose noch etwas zu früh, bis gegen Abend gäbe es offenbar noch Schönwetterentschädigung, und erst am Abend würde dann mit dem Regen, der von Westen her einsetzt, die Schlechtwetterentschädigung ausgerichtet.
Spass beiseite, im Namen der Minderheit der Kommission beantrage ich Ihnen, dieses groteske Instrument aus dem Gesetz über eine soziale Versicherung bei Arbeitslosigkeit zu streichen. Die Kommission unseres Rates hat bereits in der ersten Behandlung mehrheitlich Antrag auf Streichung der Schlechtwetterentschädigung gestellt. Damals wurden hier im Plenum alle Argumente pro und kontra ausgetauscht, ich will sie nicht in aller Breite wiederholen. Das Ergebnis der Abstimmung ergab eine knappe Mehrheit für Beibehaltung.

Nun sprechen sich in dieser Sache auch die Kantone dagegen aus; sie hat ja finanzielle Konsequenzen. Die Sozialpartner sind geteilter Meinung. Die Subkommission, welche den «Solothurner Kompromiss» und die Solothurner Beschlüsse erarbeitet hat – die Beschlüsse von Solothurn wurden ja im übrigen praktisch unverändert als Anträge in die heutige Beratung übernommen –, war ebenfalls dagegen. Dann kam unsere Kommission, und sie ist knapp wieder auf die andere Seite gekippt.
Das Hauptargument für die Aufhebung ist, dass dieser Bestandteil in einem Arbeitslosenversicherungsgesetz nichts zu suchen hat, er ist, generell gesagt, etwas vollständig Wesensfremdes. Jede Versicherung, auch über Wetterfragen, kann an jedem Ort frei abgeschlossen werden, man kann sich an jedem Ort in bezug auf Wetterfragen versichern; die Ferienversicherung ist dafür ein Beispiel. Es ist aber nicht Aufgabe einer staatlichen, sozialen Versicherung, über Wetterfragen zu entscheiden und Geld auszuschütten. In einer Zeitung stand geschrieben: «Bei Schneemangel und Schlechtwetter soll es weiterhin Geld geben.» Das ist ein ganz schlechtes Beispiel, ganz schlechte Schule für staatliche, soziale Versicherungen, die soziale Komponenten abdecken sollen und nicht zu einem wesentlichen Teil Missbräuche unterstützen, ihnen Vorschub leisten oder sie ermöglichen sollen, wie es bei diesem Instrument leider ganz ausgesprochen der Fall ist.
Deshalb beantragt die Minderheit, zusammenfassend und generell, die Beschlüsse von Solothurn, die Beschlüsse der Subkommission auch hier zur Anwendung zu bringen und dieses paradoxe, abstruse Instrument der Schlechtwetterentschädigung in einer sozialen Versicherung aufzuheben.

Jaeger Franz (U, SG): Man möchte sich als Produzent gegen schlechtes und gutes Wetter versichern. Ich habe an sich nicht einmal etwas dagegen. Wer das aber tun will, der versichere sich doch bitte auf privater Basis! Es kann, wie mein Vorredner es gesagt hat, nicht Aufgabe eines sozialen Sicherheitsnetzes – hier der Arbeitslosenversicherung – sein, diese Aufgabe zu übernehmen. Das wäre in erster Linie auch deshalb problematisch, weil dadurch gewisse Branchen privilegiert würden. Denken Sie doch einmal daran: Es ginge um Wettbewerbsverzerrungen, die da geschaffen würden. Es ist doch ganz klar, dass nur ganz spezifische Branchen – ich möchte sie nicht nennen, diejenigen, die das begehren, wissen, um welche Branchen es geht – privilegiert werden sollen. Das passt nicht in eine marktwirtschaftliche Landschaft hinein.
Sie müssen sich einmal die Missbrauchsmöglichkeiten vorstellen, die hier vorhanden sind. Es ist ein riesiges Missbrauchspotential vorhanden, auch wenn, das gebe ich zu, die Bestimmungen jetzt restriktiver sind, indem die Fristen verkürzt und nur echte Schlecht- und Schönwetterschäden berücksichtigt werden sollen.
Nichtsdestotrotz muss man einfach ganz klar sehen, dass bei dieser Regelung der Arbeitslosenversicherung Aufgaben wie Branchen- und Regionalpolitik übertragen werden, die nicht in dieses Gesetz hineingehören. Man kann schon grundsätzlich nach dem ordnungspolitischen Sinn solcher Regelungen fragen. Ich habe mich nämlich schon gefragt, ob das nicht eine Kabarettnummer ist. In der heutigen Zeit der Deregulierung, der Revitalisierung, in der wir doch alle Anstrengungen unternehmen sollten, in allen Bereichen solche schwarzen Flecken ordnungspolitisch zu bereinigen, ist eine Schlecht- und Schönwetterentschädigung im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ein Witz, und zwar ein schlechter.
Das ist marktwirtschaftlich, ordnungspolitisch und ökonomisch überhaupt nicht zu verantworten, auch wenn Sie sagen, dass es jetzt nicht mehr so viel koste. Es kostet immer noch etwas, und wenn man sagt, damit würden Arbeitslosengelder gespart, ist das nicht zulässig, denn das ist eine kurzfristige, eine statische Überlegung. Auch Gutachten haben gezeigt, dass kurzfristig etwas eingespart werden kann, aber langfristig ist das nichts anderes als eine Strukturerhaltungspolitik an einem falschen Ort.
Ich bitte Sie hier, auch im Sinne der sachkundigen Subkommission, die mit 5 zu 0 Stimmen schliesslich die Aufhebung gutgeheissen hat, diese Artikel 42 bis 50 aufzuheben, schon nur, um uns ordnungspolitisch nicht lächerlich zu machen, wenn wir einen solchen schlechten Witz ins Gesetz hineinnehmen.

Pini Massimo (R, TI): La veemenza, molto dotta, dell'on. Jaeger, mi ha un po' impressionato. A parte l'indennità per le intemperie, tutta questa legge potrebbe essere une loi guignol, «parce qu'il faut payer, parce que nous avons des dépenses à faire, M. Jaeger ....»
Io devo dire, che dobbiamo essere legislatori federali e non regionali perché – ne do atto all'on. Jaeger – non possiamo fare del cantonalismo, del campanilismo! Purtroppo, caro collega, vengo da un paese dove gli scrosci – non di sole, ma di acqua – sono frequenti. Io ho fatto introdurre – con l'illustre predecessore dell'on. Delamuraz, l'on. Furgler, era negli ultimi due anni che era membro del Consiglio federale come capo del Dipartimento dell'economia pubblica – questa indennità che, con una certa qual inquietudine, abbiamo visto non tanto affermarsi, ma quasi a essere sradicata.
On. Mauch Rolf, on. Jaeger, noi non possiamo assolutamente seguirvi in questo caso, e penso nemmeno il gruppo che rappresento. Mi riconfermo ancora sulle tesi della commissione:
C'est une loi «guignol», toute la loi, et particulièrement ce qui concerne les indemnités en cas d'intempéries. Il y a des gens qui doivent travailler, Monsieur Jaeger, qui doivent, aussi, transporter avec des autocars. Ce n'est pas de leur faute s'ils restent bloqués avec leurs autocars: ils ne peuvent même pas bouger parce qu'on leur dit «Halte!» dès que l'averse s'annonce. Le droit aux indemnités en cas d'intempéries – pas aux abus (vous avez parfaitement raison!) parce que des abus on en a partout en Suisse et en particulier dans mon canton, dans le cadre de toute la loi, pas seulement en ce qui concerne spécifiquement les intempéries – doit être maintenu!
C'est l'avis de mon groupe, c'est mon avis personnel, c'est l'avis aussi de mon pauvre canton qui, malheureusement, ne vit pas seulement de soleil, mais de temps en temps – surtout ces derniers temps – de pluie, d'averses et d'orages.

Binder Max (V, ZH): Die Schlechtwetterentschädigung hat schon viel zu reden gegeben. In den Verhandlungen über dieses Geschäft wurde von bürgerlicher Seite vielfach auf die Eigenverantwortung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hingewiesen: diese sei zu verstärken. Analog dazu appellieren wir nun an die Eigenverantwortung der Arbeitgeberseite. Sobald diese Eigenverantwortung stipuliert, d. h., sobald die Schlechtwetterentschädigung aufgehoben ist, werden sich die Unternehmer organisieren und geeignete Massnahmen ergreifen. Die Vernehmlassung zu diesem Punkt hat gezeigt, dass selbst Kantone wie Schwyz und Obwalden, also Bergkantone, die Schlechtwetterentschädigung aufheben wollen. Die Zahlen, die uns zur Verfügung standen, zeigen deutlich, dass offenbar das Wetter analog zur Entwicklung der Baukonjunktur besser oder schlechter wird.
1990 hatten wir z. B. Kurzarbeitsentschädigungen von knapp 16 Millionen Franken, die Schlechtwetterentschädigung betrug 28 Millionen Franken; 1992: Kurzarbeitsentschädigung: 500 Millionen Franken, Schlechtwetterentschädigung: 106 Millionen Franken; 1993: Kurzarbeitsentschädigung: 766 Millionen Franken, Schlechtwetterentschädigung: 114 Millionen Franken.
Fazit: Je höher die Kurzarbeitsentschädigung, d. h. je schlechter die Baukonjunktur, desto schlechter das Wetter. Und das kann ja wohl nicht der Fall sein. Vor allem, wenn Sie das Wetter der letzten Jahre verfolgen, können Sie feststellen, dass dies überhaupt nicht stimmt – ich notiere mir seit 1975 täglich, wie das Wetter war. *(Heiterkeit)* Hier müssen offensichtlich Missbräuche vorliegen.
Gestatten Sie mir aber noch einen kleinen Vergleich aus meiner Branche. Ich möchte Sie daran erinnern, dass gerade meine Branche, die Landwirtschaft, schon seit langem in Ei-

genverantwortung die Risiken des schlechten Wetters – ich nenne hier Hagel, Sturm, Schneedruck usw. – versichert. Das schlechte Wetter für die Landwirtschaft ist ein unternehmerisches Risiko, das nicht versicherbar ist.
In diesem Sinn ist eine knappe Mehrheit der SVP-Fraktion für die Aufhebung dieser Schlechtwetterentschädigung und stimmt der Minderheit Mauch Rolf zu.

Seiler Hanspeter (V, BE): Sehr ausnahmsweise sind wir nicht derselben Meinung in unserer Fraktion. Ich spreche deshalb für die Minderheit der Fraktion, die sich der Mehrheit der Kommission anschliesst.
So abstrus ist die Sache nicht, Herr Mauch Rolf. Eigentlich möchte ich Ihnen, Kollege Jaeger und Kollege Mauch, gönnen, dass Sie während zehn Jahren eine kleine Bauunternehmung, zum Beispiel in Gadmen oder in Guttannen, führen müssten. Vielleicht hätten Sie dann ein bisschen mehr Verständnis und würden die Sache differenzierter betrachten. Ich bestreite nicht, dass die Institution der Schlechtwetterentschädigung etwa einmal missbraucht worden ist oder missbraucht wird, aber wenn Sie im Ernst glauben, es werde nicht auch in anderen Bereichen der Arbeitslosenversicherung Missbrauch getrieben, dann gaben Sie ein komplett falsches Bild.
Ich habe selber in einem Wagen eines Wintersportzuges gehört, wie junge Leute – 20- bis 23jährig – einander vorgerechnet haben, auf welche Weise sie zu Arbeitslosigkeits-Entschädigungen kommen könnten und wie elegant man eine Arbeitslosenentschädigung geltend machen könne. Solche Beispiele gibt es viele. Hören Sie mal zu in solchen Zügen! Ich fahre oft Zug, ich höre oft solche Leute. Und Missbrauch wird überall getrieben. Wenn Sie auf die Missbräuche abstellen würden, dann könnten Sie das Gesetz gleich abschaffen.
Ich habe noch ein weiteres Beispiel aus dieser Branche: Ich sass mit einem Mitarbeiter einer kleinen Bauunternehmung im Oberhasli zusammen; an einem Nachbartisch haben junge Leute untereinander Rezepte ausgetauscht, wie man arbeitslos werden könne und wie man Arbeitslosengelder auf eine möglichst einfache Art beziehen könne. Ich wundere mich nicht, wenn dieser Mann, der während drei Wochen witterungsbedingt in seiner Unternehmung keine Arbeit hatte, am Gerechtigkeitsempfinden zweifelt, an einer staatlichen Institution zweifelt und an der Gesetzgebung zweifelt.
Sie treffen mit der Aufhebung die kleinen und mittleren Unternehmungen, für die Sie sonst so viel zu tun gedenken. Kleinunternehmungen haben nicht vier, fünf Baustellen, wo sie beliebig Arbeitskräfte austauschen können. Sie treffen auch die Arbeitnehmer in diesen Betrieben, Leute aus den Berg- und Randgebieten. Und Missbrauch ist ja – das möchte ich auch noch anfügen – nicht immer nur eine Frage des Gesetzes, sondern Missbrauch ist eine Frage der Handhabung eines Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen. Ich bitte Sie, differenziert zu urteilen, wenn Sie jetzt dann Ihren Knopf der Abstimmungsanlage drücken müssen.

Schmid Peter (G, TG): Es ist so eine Sache mit den politischen Prinzipien. Sie werden einfach so lange hochgehalten, als sie einem nützen, und wenn sie einem etwas mehr Eigenverantwortung, Risikobereitschaft und mögliche Gewinneinbussen abverlangen, dann wirft man sie schleunigst wieder über den Haufen.
Das politische Geleitwort dieser Woche heisst doch «mehr Markt». Auf der Traktandenliste steht das Kartellgesetz, welches die marktverzerrenden internen Absprachen beseitigen will, und im heutigen Tagesprogramm geht es dann noch um das Binnenmarktgesetz, das den regionalen Firmenabsprachen an den Kragen gehen will. Gegen beide zeigt sich Opposition von jener Seite – wie wir gesehen haben –, die sonst immer von Deregulierung und Revitalisierung spricht.
Es ist an sich schon praktisch, wenn man sagen kann, weniger Gesetze bedeuteten auch mehr Freiheit, wenn dadurch die Unternehmen selbst in die Lage versetzt werden, eine Regulierung zu ihren Gunsten vorzunehmen. Die Freiheit, die hier gemeint ist, ist nicht mehr jene des Marktes, sondern jene Freiheit, die sie sich selber herausnehmen.
Eine solche Freiheit, die man sich da herausnimmt, soll dann sehr wohl auch wieder durch mehr Gesetze geschützt werden.
Für diese Inkonsequenz ist nun die Schlechtwetterentschädigung das schlagendste Beispiel. Die Sozialdemokraten haben beim Kartellgesetz den Bürgerlichen mit Recht vorgeworfen, sie würden gegen ihre eigenen wirtschaftspolitischen Prinzipien verstossen. Es hat eine Weile fast den Eindruck gemacht, die Rollen hätten sich tatsächlich vertauscht. Aber spätestens bei der Schlechtwetterentschädigung ist es mit diesem Rollentausch wieder vorbei. Jetzt halten beide Lager wieder einträchtig zusammen, wenn es um dieses einmalige europäische Kuriosum geht: In diesem Fall unterbricht man den ununterbrochenen Blick über den Grenzzaun.
Die Ausgaben für Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen sind in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Das Biga muss mit einem ungenügenden Personalbestand die Kontrolle führen und deckt dabei in fast zwei Dritteln der Fälle Unregelmässigkeiten auf. Da helfen die drei Tage Karenzfrist nicht viel. Es ist auch ausserordentlich schwierig, zu unterscheiden, was denn da noch Fahrlässigkeit und was absichtlicher Betrug ist.
Die grüne Fraktion ist daher nach wie vor kompromisslos für die Aufhebung dieses ominösen Vierten Kapitels (Art. 42–50). Denn dieses ist nichts anderes als ein Instrument von Unternehmern, die Verluste der Allgemeinheit zu überbinden und das eigene, nicht immer bescheidene Gewinnscherflein unbehelligt ins trockene zu bringen. Die einen kassieren bei Regen, die anderen bei zuviel Trockenheit und wenig Schnee.

Brunner Christiane (S, GE): En septembre 1994, ce Conseil s'est penché pour la dernière fois en détail sur la question des indemnités en cas d'intempéries. Depuis lors, la situation a connu deux changements essentiels qui justifient ce nouveau débat:
D'une part, et c'est réjouissant, le volume des indemnités versées au titre d'intempéries est passé de 114 millions de francs en 1993 à 77 millions de francs en 1994. Cette baisse confirme notre analyse. Le potentiel d'économies en cas de suppression des indemnités en cas d'intempéries était largement surestimé, puisqu'il se fondait sur les chiffres de 1993, année record, plutôt que sur une moyenne annuelle estimée à 70 millions de francs que confirme le résultat de 1994.
D'autre part, les faits nous ont aussi et malheureusement donné raison sur un autre point. Les discussions sur une éventuelle suppression des indemnités en cas d'intempéries ont suffi à alarmer de nombreuses entreprises, notamment dans le canton du Valais. Résultat: ces entreprises ont recouru, l'hiver passé, comme jamais auparavant, à des licenciements qui ont touché un millier de travailleurs saisonniers supplémentaires. Cette explosion prouve que la suppression des indemnités en cas d'intempéries est loin d'être un facteur d'économies. La situation est en outre absurde, puisque d'un côté on cherche à réintégrer les chômeurs dans le circuit du travail par des mesures actives, et de l'autre on entend supprimer ou réduire massivement des instruments existants comme les indemnités en cas d'intempéries ou de chômage partiel, qui ont justement pour but de prévenir une désintégration du marché de l'emploi à coup de licenciements préventifs.
Le Conseil fédéral l'avait affirmé en 1989, nous l'avons répété l'automne passé, la privatisation des indemnités en cas d'intempéries n'est pas envisageable pour la simple raison que dans un pays comme la Suisse, situé en plein coeur des Alpes, cet instrument repose d'abord sur la solidarité entre les régions de plaine et de montagne. La suppression des indemnités en cas d'intempéries entraîne nécessairement une recrudescence du chômage saisonnier dans les régions concernées, autrement dit le retour au statut de saisonniers pour certains travailleurs suisses, à commencer par les plus âgés ou ceux qui ont des problèmes de santé. Ces deux catégories sont en effet les premières touchées par une politique

qui fait du travailleur une simple denrée périssable, et qui pousse les moins résistants sur la voie du chômage de longue durée.
Je vous rappelle aussi que presque tous les pays de l'Union européenne, y compris nos plus proches voisins, l'Allemagne, l'Autriche et la France, disposent d'un large système d'indemnisation en cas d'intempéries. Si la Suisse prenait une initiative unilatérale en supprimant ces indemnités, ses entreprises s'en ressentiraient forcément au niveau de la concurrence, alors qu'elles doivent déjà surmonter un lourd handicap du fait de la cherté du franc suisse. Une telle initiative ne pourrait que les décourager et les déresponsabiliser.
Je tiens à vous rendre attentifs au fait que l'article 44a, qui est le seul en fait avec une divergence concernant la durée de versement que la commission du Conseil national vous propose d'adopter dans la version du Conseil des Etats, est plus équilibré et plus logique que la version décidée par notre Conseil lors des délibérations de l'automne dernier. Le versement d'une durée de six périodes au maximum pendant deux ans correspond aux normes moyennes dans les cantons concernés. Qui plus est, la mesure stipulée par l'alinéa 2 de l'article 44a, soit le calcul mixte des indemnités en cas de réduction de l'horaire de travail et des indemnités en cas d'intempéries, permet d'éviter certains abus. La décision du Conseil des Etats tient donc mieux compte des réalités géographiques et climatiques que notre décision précédente.
Je vous prie de ne pas vous écarter inutilement de la décision du Conseil des Etats, et surtout de ne pas détruire de la main gauche ce que vous construisez de la main droite: une loi sur l'assurance-chômage axée sur la prévention et sur l'intégration.

Dreher Michael (A, ZH): Die Fraktion der Freiheits-Partei ist in dieser Frage für einmal tief gespalten. Die grosse Mehrheit stimmt jedoch der Minderheit Mauch Rolf zu, also der Beseitigung der Schlechtwetterentschädigung. Die Minderheit unserer Fraktion, welche sie beibehalten möchte, wird sich jedoch nicht dazu äussern.
Es geht, wie bereits ausgeführt wurde, um eine Frage der Ordnungspolitik. Elementarschäden zu versichern ist an sich kurant. Wer eine Produktionsstätte gegen Feuer, Blitzschlag, Hagel, Pest, Hunger und Krieg versichern möchte, der tut das über die leistungsfähige Assekuranz, und es ist in der Tat nicht einzusehen, weshalb nicht eine verbandsinterne Lösung der betroffenen Branchen getroffen werden soll. Die Bauern z. B. haben ja auch keinen Anspruch auf Schlechtwetterentschädigung, obwohl sie den Unbilden der Natur ebensosehr ausgesetzt sind wie beispielsweise das Bauhauptgewerbe. Sie versichern sich dagegen auf eigene Kosten über die Hagelversicherung. Folglich ist es Sache der betroffenen Branchen, eine interne Lösung zu finden, damit die Arbeitslosenversicherung von den entsprechenden Aufwendungen entlastet wird.
Man könnte sich natürlich auch die Frage stellen, ob angesichts des bald eintreffenden Treibhauseffektes nicht die Regelung belassen werden könnte, wie sie ist, denn wir werden ja, wenn man den Auguren bis hinein ins Bundeshaus Glauben schenken soll, schon bald permanent schönes Wetter haben, grosse Wärme, so dass das schlechte Wetter und damit auch die Entschädigung von selbst dahinfallen würden. Dies als Anregung zum Nachdenken im Hinblick auf die Revision des Umweltschutzgesetzes.

Kühne Josef (C, SG): Herr Dreher, es stimmt tatsächlich: Ich bin bei der Hagelversicherung versichert. Ich möchte jetzt aber nicht darüber sprechen, sondern zur Schlechtwetterentschädigung Stellung nehmen.
Nach meinen Informationen, Herr Mauch Rolf, stimmt es nicht, dass die Sozialpartner für die Aufhebung der Schlechtwetterentschädigung gewesen sind. Das ist eine Fehlinformation. Die vorgesehene Schlechtwetterentschädigung ist wiederholt mit der Vergangenheit, mit geltendem Recht, verglichen worden, und daraus sind Schlüsse gezogen worden. Sie müssen aber die vorgesehene Lösung sehen: Tatsächlich hat die Schlechtwetterentschädigung gewisse Missbräuche nach sich gezogen, deshalb haben wir in erster Lesung eine sehr eingegrenzte Lösung gewählt.
Der Ständerat ist etwas grosszügiger gewesen. Er geht auf sechs Abrechnungsperioden in zwei Jahren, hat aber die Kurzarbeitsentschädigung kumulativ mit eingeschlossen; hier werden Schlechtwetterentschädigung und Kurzarbeit zusammengezählt. Sie können also nicht von beidem Gebrauch machen. Ebenfalls um die Missbräuche zu bekämpfen, sind drei Karenztage eingeführt worden.
Vor allem in der ersten Lesung sind totale Phantasiezahlen in bezug auf die Einsparungen genannt worden. Das Biga hat in der Zwischenzeit auch die Nettorechnungsmethode eingeführt und festgestellt, dass es eine fliessende Grenze zwischen Schlechtwetterentschädigung, Kurzarbeit und normaler Arbeitslosenversicherung, also normalen Taggeldern, gibt, aus dem einfachen Grund: Wenn Sie die Schlechtwetterentschädigung aufheben, gehen die Unternehmungen hin, entlassen ihre Arbeitskräfte und stellen sie wieder ein. Es ist nicht eine Strukturerhaltungspolitik, wie sie Herr Jaeger abqualifiziert hat, sondern es geht darum, dass in den Randregionen qualifizierte Leute für die entsprechenden Branchen erhalten bleiben. Es ist vor allem ein Problem der Randregionen.
In diesem Sinn unterstützt die CVP-Fraktion die stark eingegrenzte Lösung gemäss Beschluss des Ständerates.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Wir stehen am Schluss der Differenzbereinigung. Der Ständerat hat uns eine Lösung präsentiert, die tatsächlich nicht mit unserer Lösung übereinstimmt, aber wir müssen auch irgendwo das Ende dieser Beratung finden.
Der Ständerat hat die Zahl der Bezugsmonate von drei auf sechs erhöht. Sie wissen: Wir haben in der ersten Beratung drei Karenztage eingeführt und die Bezugsdauer innerhalb zweier Jahre auf drei Monate beschränkt. Der Ständerat hat die Bezugsdauer auf sechs Monate erhöht. Die Mehrheit der Kommission hat dem zugestimmt. Allerdings muss ich Ihnen ganz klar sagen: Wenn ich den neuesten Bericht des Bundesrates über die Missbräuche lese, wo ausgeführt wird, es seien 67 Prozent der kontrollierten Betriebe beanstandet worden, dann erregt das schon Bedenken.
Die betroffene Branche sollte auch einmal in ihrem eigenen Laden etwas Ordnung schaffen. Ich habe gelesen, was Herr Pletscher an der Generalversammlung des Schweizerischen Baumeisterverbandes gesagt hat; er ist mit starken Worten gegen den Sozialstaat angetreten. Aber ich bitte dann auch, wenn notwendig, vor der eigenen Tür zu wischen! Wir hätten wahrscheinlich die ganze Diskussion nicht, wenn hier die betroffene Branche die schwarzen Schafe, die es gibt, mit den Verbandsinstrumenten etwas besser «unter die Lupe» nehmen würde.
Das Gesetz sieht vor, dass mehr Inspektoren an die Arbeit geschickt werden. Insbesondere erhoffen wir uns aber von den drei Karenztagen eine erhebliche Senkung der Missbrauchsquote.
Mit diesen Randbemerkungen beantragt Ihnen die Mehrheit der Kommission, der Fassung des Ständerates zuzustimmen und die Schlechtwetterentschädigung in der reduzierten Form anzunehmen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: La proposition de la minorité tend à supprimer les indemnités en cas d'intempéries. Lors des premiers débats concernant la loi sur l'assurance-chômage, nous avions pris notre décision en fonction de chiffres qui se sont révélés faux. Ce n'est pas 80 millions de francs d'économies qu'on ferait en supprimant ces indemnités, mais environ 20 millions de francs. Il faut ajouter à cela que le Conseil des Etats, à une très forte majorité, a rétabli les indemnités en cas d'intempéries, et il ne semble pas possible de faire en sorte qu'il se rallie à notre décision. Ces deux éléments conjugués font que la majorité de la commission s'est ralliée à la décision du Conseil des Etats.

Elle vous invite à en faire de même et à refuser la proposition de la minorité.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: L'abolition de l'indemnité en cas d'intempéries ne supprime pas les intempéries. Je vous annonce ça en primeur.
Dès lors, les pertes de travail consécutives à des intempéries qui perdureraient seront, non plus prises en charge par ce système, qui avait fait ses preuves, mais, d'abord, par les travailleurs du bâtiment. Beaucoup de leurs rapports de service seront transformés. Au lieu de contrats durables, ils seront transformés en contrats saisonniers, en contrats sur appel ou temporaires, ou tout simplement conduiraient à des politiques de licenciement beaucoup plus massives auxquelles, naturellement, il y aura lieu de verser d'autres types d'indemnités, et de solliciter ainsi l'assurance-chômage. Le taux de chômage saisonnier lié à la branche de la construction prendra certainement de l'ampleur, et beaucoup de travailleurs seront réduits à timbrer en hiver.
Au total, pour cette première catégorie: travailleurs du bâtiment et assurance-chômage, le bénéfice de l'opération, apparemment libérale, prévu par la proposition de la minorité de la commission, est très relatif. Cette proposition remplace un système par un autre, et cet autre ne vise pas les mêmes cibles. Il faut bien le dire, il vise les cibles les plus faibles et il alourdit le prix de revient de notre institution.
Il y a davantage. C'est un article de politique régionale dont je veux parler. On sait bien que la politique régionale, dans un pays comme le nôtre, a une importance sans doute proportionnellement plus grande qu'ailleurs, et qu'à certains égards elle peut aller à l'encontre d'une politique libérale pure et dure. Les régions de montagne, dont on sait la précarité des revenus souvent liés à des activités extrêmement influencées par les intempéries, sont de celles qu'il conviendrait de ne pas abandonner à elles-mêmes – ce serait le résultat de la proposition de la minorité, si elle était suivie –, sont de celles qu'il faut encadrer économiquement. On peut le faire entre autres, c'est un petit moyen, mais il n'est pas inutile, par le maintien de cette indemnité en cas d'intempéries.
Enfin, les entrepreneurs, dont les coûts de production augmenteraient, notamment à cause de la part des frais fixes plus importante et des frais supplémentaires liés à la fluctuation du personnel, ne manqueraient pas de répercuter ces prix sur le marché. Nous aurions ainsi une espèce de contre-prestation sous prétexte que l'on aurait voulu introduire une solution plus libérale que celle de l'intervention en matière d'indemnités en cas d'intempéries.
Pour l'ensemble de ces raisons, je vous prie de suivre la proposition de la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote

F r den Antrag der Mehrheit	92 Stimmen
F r den Antrag der Minderheit	43 Stimmen

Art. 59 b
Antrag der Kommission
Festhalten
Proposition de la commission
Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 60 Abs. 1, 4, 5 (neu)
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... können Leistungen der Arbeitslosenversicherung beanspruchen, wenn sie:
....
b. innerhalb der Rahmenfrist für die Beitragszeit (Art. 9 Abs. 3) die Mindestbeitragszeit gemäss Artikel 13 Absatz 1 aufweisen oder von der Erfüllung der Beitragszeit (Art. 14) befreit sind und
....
Abs. 4
Festhalten

Antrag Bonny
Abs. 4
Festhalten, aber:
.... zugewiesen werden kann. Von dieser Bestimmung ausgenommen sind Personen, die ihren Anspruch auf Leistungen nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a oder b ausgeschöpft haben.
Abs. 5 (neu)
Die Versicherung übernimmt 80 Prozent der Kosten für Kurse nach Absatz 4, die Kantone beteiligen sich mit 20 Prozent.

Art. 60 al. 1, 4, 5 (nouveau)
Proposition de la commission
Al. 1
.... peuvent prétendre à des prestations de l'assurance-chômage:
....
b. s'ils peuvent justifier, dans les limites du délai-cadre d'indemnisation (art. 9 al. 3), de la période minimale de cotisation conformément à l'article 13 alinéa 1er, ou s'ils sont libérés des conditions relatives à la période de cotisation (art. 14) et
....
Al. 4
Maintenir

Proposition Bonny
Al. 4
Maintenir, mais:
.... suivi le cours. Sont exclues par cette disposition les personnes qui ont épuisé leurs droits au sens de l'article 7 alinéa 2 lettre a ou b.
Al. 5 (nouveau)
L'assurance prend à sa charge 80 pour cent des coûts des cours au sens de l'alinéa 4 et les cantons participent à raison de 20 pour cent.

Bonny Jean-Pierre (R, BE): Ich gestatte mir eine allgemeine Bemerkung: Als einer, der sich früher stark mit der Arbeitslosenversicherung zu befassen hatte, bin ich froh über den Kompromiss, der sich angebahnt hat, und ich danke der Kommission für diese Arbeit, die sicher nicht sehr leicht war. Es wird wichtig sein, das sage ich an die Adresse des Biga, dass man bei der Durchführung der aktiven Massnahmen Fingerspitzengefühl zeigt.
Zu meinem Antrag zu Artikel 60 Absatz 4: Die Absicht der Kommission war an sich klar: Man wollte die frühere Bestimmung weiterführen, wonach es auch für Leute Möglichkeiten geben soll, die die Beitragszeit nicht erfüllen oder die noch von der Erfüllung der Beitragszeit befreit sind. Dabei dachte man vor allem an Selbständigerwerbende. Ich kann mir vorstellen, dass es bei der angehenden Umstrukturierung in der Landwirtschaft Bauern gibt, die sich umschulen lassen müssen. Das ist an sich eine leidvolle Phase, aber ich glaube, wir müssen realistisch sein; diese Bestimmung ist auch für sie gedacht. Ferner sollen auch die Hausfrauen berücksichtigt werden, die in die sogenannte dritte Phase kommen. Die Kinder sind erwachsen, und sie möchten wieder in den Beruf einsteigen. Auch ihnen möchte man eine Gelegenheit geben. So weit, so gut.
Mein Antrag ändert am bestehenden Absatz 4 nichts. Er fügt aber einen Satz bei, der präzisiert, dass Personen von dieser Bestimmung ausgenommen sind, die ihren Anspruch auf Leistungen nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a oder b ausgeschöpft haben. Es geht um die Ausgesteuerten. Es ist klar, dass ein Ausgesteuerter – ich mache Sie darauf aufmerksam, dass es in der Schweiz etwa 30 000 Ausgesteuerte gibt – die Beitragszeit nicht mehr erfüllt, folglich könnte er auf Leistungen Anspruch erheben. Das ist nicht der Sinn der Übung. Das hätte finanzielle Konsequenzen. Würden das alle benützen, könnte das eine Kostenbelastung von bis zu 100 Millionen Franken pro Jahr zuungunsten der Kasse ergeben. Das zu verhindern ist der Sinn des Antrages. Wir schliessen damit eine Lücke, die sehr wichtig ist. Ich bin da-

von überzeugt: Ginge ein solcher Ausgesteuerter aufgrund dieses Textes an das Versicherungsgericht – er erfüllt ja die Beitragszeit nicht! –, könnte er sich durchsetzen. Wir wollen mit dieser Bestimmung verunmöglichen, dass Ausgesteuerte, die bis zu 520 Tagen beziehen können, noch einmal vorne anfangen können. Das ist der Sinn meines Antrages zu Artikel 60 Absatz 4.
Bei Absatz 5 (neu) – darüber habe ich mich noch mit der Verwaltung unterhalten – geht es um die Frage der finanziellen Beteiligung an den anfallenden Kosten aus dem präzisierten Artikel 60 Absatz 4. Die Frage ist hier offen, ob das nicht alles zu Lasten der Kasse gehen soll. Wir kommen später bei Artikel 61a und bei Artikel 63 dazu. Dort wird beantragt, 80 Prozent der Kasse und 20 Prozent dem Kanton zu belasten. Die Gleichbehandlung dieser beiden Beitragssätze und Tatbestände ist jetzt erfolgt; das ist gut. Im Sinne einer Präzisierung habe ich bei Artikel 60 Absatz 5 beantragt, dass auch hier für die Versicherung der Beitragssatz von 80 Prozent der Kurskosten gilt und dass sich die Kantone wie bei den übrigen aktiven Massnahmen mit 20 Prozent beteiligen. Wenn man mir aber sagt, das sei ohnehin so gemeint, bin ich der Meinung, dass man das zu den Materialien gibt; der Ständerat müsste dies dann noch juristisch in Ordnung bringen.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Die Kommission hat diese Anträge nicht behandelt. Wir haben aber in dieser Frage mit dem Bundesrat und mit dem Biga Rücksprache genommen. Der Antrag zu Artikel 60 Absatz 4 gibt unsere Grundhaltung wieder, wonach wir nach einer zweijährigen Bezugsdauer den Versicherungsschutz beenden wollen. Der Absatz bezieht sich auf Personen, die präventiv vor Arbeitslosigkeit geschützt werden sollen, dort, wo noch keine Beiträge bezahlt worden sind. Andererseits können wir darüber hinaus nicht alle weiteren Felder mit der Arbeitslosenversicherung abdecken. Wir können das auch hier nicht tun.
In diesem Sinn entspricht der Antrag Bonny zu Artikel 60 Absatz 4 unserer Grundhaltung, und er ist nach meiner persönlichen Überzeugung richtig. Ich nehme an, dass der Bundesrat das bestätigen wird.
Zu Absatz 5 (neu): Ebenso entspricht es dem Willen der Kommission, die Kurse durchwegs so zu finanzieren, wie es Herr Bonny mit Absatz 5 beantragt. Daher kann man diesen Text, damit es wirklich klar und eindeutig ist, in das Gesetz aufnehmen. Er entspricht jedenfalls der Meinung der Kommission bezüglich der Kursfinanzierung.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: M. Bonny veut, à l'article 60 alinéa 4, étendre d'une manière très modérée les possibilités de faire participer à des cours des catégories de chômeurs qui en auraient été exclues si on s'en tenait à la version de la commission. Nous n'avions pas discuté du cas des personnes qui ont épuisé leurs droits aux prestations de l'assurance-chômage pendant le délai-cadre de deux ans. Ça correspond bien à l'esprit de la loi qui prévoit de faciliter toutes les mesures destinées à la réintégration des chômeurs dans le marché du travail. C'est une mesure positive sur laquelle la commission ne s'est néanmoins pas prononcée. On peut dire que cette proposition est conforme à l'esprit du système.
Quant à la proposition Bonny à l'article 60 alinéa 5 (nouveau), elle prévoit de faire participer les cantons, dans une mesure modérée, à cette prestation complémentaire. Il s'agit d'une somme qui n'est pas insignifiante, quelques millions de francs, mais pas significative. On peut admettre qu'elle soit à la charge des cantons, d'autant plus que ça permettra d'éviter ultérieurement des frais supplémentaires dus à la prise en charge par les services sociaux de gens qu'on pourrait ainsi réintégrer dans le marché du travail grâce à ces cours exceptionnels, non prévus initialement par la commission.
Nous vous invitons à accepter les propositions Bonny. Si quelqu'un les combat, la commission, elle, s'y rallie.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je vous suggère d'adopter les deux propositions Bonny:
La première parce qu'elle permettrait d'éviter une sorte de perpetuum mobile en matière de cours pour les personnes qui ne sont pas assurées. C'est un garde-fou utile qui serait ainsi érigé à l'alinéa 4 de cet article 60.
Quant à la seconde, nous jugeons qu'il est normal que les cantons supportent une partie des coûts aussi pour les personnes qui n'ont pas droit à une indemnité journalière. Le rapporteur de langue française vient de le dire excellemment, il s'agirait par ailleurs certainement d'un allègement de la charge des cantons à un autre titre. Au total, il s'agit d'une somme quasi symbolique de 4, 5 ou 6 millions de francs pour l'ensemble de la Suisse.
Je crois que nous devons aussi accepter la deuxième proposition d'amendement Bonny.

Binder Max (V, ZH): Wir haben jetzt den ganzen Morgen von Eigenverantwortung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesprochen, wir haben von Eigenverantwortung der Arbeitgeber gesprochen, und jetzt sollen wir ein neues Element aufnehmen, das diese Eigenverantwortung wieder ausschliesst!
Ich bin der Meinung: Wenn jemand arbeitslos wird, dann erfährt er das ja nicht von heute auf morgen; es ist nicht so, dass er gerade sofort eine Umschulung machen muss, sondern er kann in dieser Zeit Arbeitslosenentgelt beziehen, er kann sich in einem Programm melden und wiedereinsteigen. Kurse über die Versicherungskasse und über die Kantone zu finanzieren – wo wir doch immer von Sparen sprechen –, ist meines Erachtens falsch. Wir sollten bei der bereits früher beschlossenen Lösung bleiben.

Bonny Jean-Pierre (R, BE): Ich kann mich ganz kurz fassen, Herr Binder: Ich glaube, Sie haben das Problem nicht ganz begriffen. Wenn Sie hier Ihre Meinung vertreten wollen, müssen Sie den ganzen Abschnitt über die aktiven Massnahmen streichen, vor allem auch Absatz 4 in globo. Ich habe diesen Antrag eingereicht, weil ich das Gefühl habe, dass er in der jetzigen Formulierung – nicht in der Absicht – eher zu weit gefasst war und allen Ausgesteuerten Gelegenheit gab, im Sinne des Perpetuum mobile noch einmal vorne anzufangen. Das wäre ein klassisches Eigentor. Mein Antrag ist im Wortlaut restriktiver als die von der Kommission beantragte Fassung.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich möchte Herrn Binder sagen: Der Antrag Bonny ist tatsächlich einschränkender als der geltende Gesetzestext.
Wenn Sie also mehr einschränken wollen, müssen Sie dem Antrag Bonny zustimmen.

Abs. 1 – Al. 1
Angenommen – Adopté

Abs. 4 – Al. 4

Abstimmung – Vote
F r den Antrag Bonny 126 Stimmen
F r den Antrag der Kommission 9 Stimmen

Abs. 5 – Al. 5

Abstimmung – Vote
F r den Antrag Bonny 132 Stimmen
Dagegen 3 Stimmen

Art. 61 Abs. 1
Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 61 al. 1
Proposition de la commission
Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 61 a
Antrag der Kommission
.... finanziert die Kosten gemäss den Artikeln 60 und 61 zu 80 Prozent, die Kantone beteiligen sich mit 20 Prozent. Stellen die Kantone mehr arbeitsmarktliche Massnahmen zur Verfügung, als in Artikel 72b Absatz 1 vorgeschrieben sind, finanziert die Versicherung die die Mindestzahl übersteigenden Massnahmen zu 100 Prozent.

Art. 61 a
Proposition de la commission
...: finance les frais découlant des articles 60 et 61 à raison de 80 pour cent, les cantons participent à raison de 20 pour cent. Lorsque le nombre de places mis à disposition par les cantons dépasse le nombre minimum fixé à l'article 72b alinéa 1er, l'assurance finance les places excédentaires à raison de 100 pour cent.

Angenommen – Adopté

Art. 63
Antrag der Kommission
.... ersetzt die nachgewiesenen Kosten für die Durchführung des Kurses zu 80 Prozent. Die Kantone übernehmen die restlichen 20 Prozent. Stellen die Kantone mehr arbeitsmarktliche Massnahmen zur Verfügung, als in Artikel 72b Absatz 1 vorgeschrieben sind, finanziert die Versicherung die die Mindestzahl übersteigenden Massnahmen zu 100 Prozent.

Art. 63
Proposition de la commission
.... rembourse les frais attestés, indispensables à l'organisation du cours, à raison de 80 pour cent. Les cantons prennent en charge les 20 pour cent restants. Lorsque le nombre de places mis à disposition par les cantons dépasse le nombre minimum fixé à l'article 72b alinéa 1er, l'assurance finance les places excédentaires à raison de 100 pour cent.

Angenommen – Adopté

Art. 65a Abs. 2
Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 65a al. 2
Proposition de la commission
Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 71 a
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... höchstens 60 besonderen Taggeldern während ....
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s

Art. 71 a
Proposition de la commission
Al. 1
.... indemnités journalières spécifiques au plus ....
Al. 2
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s

Angenommen – Adopté

Art. 71 b
Antrag der Kommission
Abs. 1
....
b. innerhalb der Rahmenfrist für Beitragszeit (Art. 9 Abs. 3) die Mindestbeitragszeit gemäss Artikel 13 Absatz 1 aufweisen;
....
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s

Art. 71 b
Proposition de la commission
Al. 1
....
b. s'il justifie, dans les limites du délai-cadre d'indemnisation (art. 9 al. 3), de la période minimale de cotisation conformément à l'article 13 alinéa 1er;
....
Al. 2
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s

Angenommen – Adopté

Art. 71c Abs. 2
Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 71c al. 2
Proposition de la commission
Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 71d Abs. 1, 2
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... des letzten besonderen Taggeldes mitzuteilen ....
Abs. 2
Nimmt der Versicherte nach Bezug des letzten besonderen Taggeldes eine selbständige Erwerbstätigkeit auf oder hat er sie zu diesem Zeitpunkt bereits aufgenommen, gilt für den allfälligen Bezug weiterer Taggelder eine Rahmenfrist von vier Jahren. Die Versicherungsleistungen dürfen insgesamt die Dauer von zwei Jahren nicht übersteigen.

Art. 71d al. 1, 2
Proposition de la commission
Al. 1
.... indemnité journalière spécifique, si ce ....
Al. 2
Si, lorsqu'il a touché la dernière indemnité journalière spécifique, l'assuré prend ou a déjà pris une activité indépendante, le délai-cadre pour l'octroi ultérieur d'éventuelles indemnités journalières est de quatre ans. Le versement des prestations de l'assurance ne dépassera au total pas deux ans.

Art. 71d Abs. 3
Neuer Antrag der Kommission
Streichen

Art. 71d al. 3
Nouvelle proposition de la commission
Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 72
Antrag der Kommission
Festhalten

Antrag der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei
Unver nder t

Art. 72
Proposition de la commission
Maintenir

Proposition du groupe de l'Union démocratique du centre
InchangØ

Art. 72 a
Antrag der Kommission
Abs. 1
Der Versicherte, der die Voraussetzungen gemäss Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe b erfüllt, hat innerhalb der Rahmenfrist für den Leistungsbezug Anspruch auf vorübergehende Beschäftigung, soweit ihm keine zumutbare Arbeit zugewiesen werden kann und keine andere arbeitsmarktliche Massnahme angezeigt ist.
Abs. 2
Für die Zuweisung einer vorübergehenden Beschäftigung im Sinne von Artikel 72 Absatz 1 gelten sinngemäss die Kriterien der zumutbaren Arbeit gemäss Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe c, für die Zuweisung einer vorübergehenden Beschäftigung im Sinne von Artikel 72 Absatz 2 noch zusätzlich die Kriterien gemäss Artikel 16 Absatz 2 Buchstaben e, f, g und i.
Abs. 3
Ist der Kanton nicht imstande, dem Versicherten eine vorübergehende Beschäftigung zuzuweisen, so hat dieser ersatzweise Anspruch auf 80 besondere Taggelder, sofern keine andere arbeitsmarktliche Massnahme angezeigt ist. Dieser Anspruch kann innerhalb der Rahmenfrist für den Leistungsbezug wiederholt geltend gemacht werden.
Abs. 4
Unterschreitet ein Kanton die Mindestzahl an arbeitsmarktlichen Massnahmen gemäss Artikel 72b, so hat er sich an den Kosten für die anstelle der fehlenden Massnahmen ersatzweise auszurichtenden Taggelder zu 40 Prozent zu beteiligen.
Abs. 5
Diejenigen Tage, an denen von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen mit Zustimmung der zuständigen kantonalen Amtsstelle an einer arbeitsmarktlichen Massnahme teilnehmen, werden bei dem kantonalen Kostenanteil für die ersatzweisen Taggelder nach Absatz 4 berücksichtigt. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Antrag der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei
Streichen

Eventualantrag der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei
(falls der Antrag der SVP-Fraktion zu Art. 72 abgelehnt wird)
Der Bundesrat kann die Kantone verpflichten, Programme nach Artikel 72 für höchstens 10 Prozent ihrer Arbeitslosen anzubieten.

Art. 72 a
Proposition de la commission
Al. 1
L'assuré qui satisfait aux conditions de l'article 60 alinéa 1er lettre b a droit, pendant le délai d'indemnisation, à un emploi temporaire si aucun travail ne peut lui être assigné et si aucune autre mesure de marché du travail n'apparaît indiquée.
Al. 2
L'assignation d'un emploi temporaire au sens de l'article 72 alinéa 1er est régie par analogie par les critères définissant le travail convenable selon l'article 16 alinéa 2 lettre c et l'assignation d'un emploi temporaire au sens de l'article 72 alinéa 2, par les critères prévus à l'article 16 alinéa 2 lettres c, e, f, g et i.
Al. 3
Si le canton n'est pas en mesure de lui offrir un emploi temporaire, l'assuré a droit, à titre compensatoire, à 80 indemnités journalières spécifiques dans la mesure où aucune autre mesure de marché du travail ne semble indiquée. Il peut faire valoir ce droit de manière répétée dans les limites du délai-cadre d'indemnisation.
Al. 4
Le canton qui n'atteint pas le nombre minimum de places prévu à l'article 72b prend à sa charge 40 pour cent des indemnités journalières versées en compensation des mesures manquantes.
Al. 5
Les jours durant lesquels des personnes dont le chômage est imminent participent à une mesure de marché du travail avec l'assentiment de l'autorité cantonale seront pris en considération dans la participation financière du canton aux indemnités journalières versées à titre de compensation selon l'alinéa 4. Le Conseil fédéral règle les modalités.

Proposition du groupe de l'Union démocratique du centre
Biffer

Proposition subsidiaire du groupe de l'Union démocratique du centre
(au cas où la proposition du groupe UDC à l'art. 72 serait rejetée)
Le Conseil fédéral peut obliger les cantons à offrir des programmes selon l'article 72 pour au plus 10 pour cent de leurs chômeurs.

Art. 72b (neu)
Antrag der Kommission
Abs. 1
Die Kantone stellen die für die arbeitsmarktlichen Massnahmen notwendigen Plätze bereit. Die Mindestzahl beträgt bei Inkrafttreten dieser Bestimmung 25 000 Plätze. Die vom Bundesrat festzulegenden Plätze an arbeitsmarktlichen Massnahmen werden unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl und der Zahl der Arbeitslosen auf die einzelnen Kantone verteilt.
Abs. 2
Die von den Kantonen bereitzustellenden Plätze an arbeitsmarktlichen Massnahmen sollen die Gefahr von Langzeitarbeitslosigkeit vermindern, die rasche Wiedereingliederung der Arbeitslosen bewirken, die beruflichen Qualifikationen entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes fördern und jugendlichen Arbeitslosen und Personen, die erstmals eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, die Möglichkeit bieten, Berufserfahrungen zu sammeln.
Abs. 3
Der Bundesrat erhöht die Zahl der Plätze, die mindestens angeboten werden müssen, wenn sich die arbeitsmarktlichen Massnahmen in den Kantonen bewähren und die Bereitstellung von zusätzlichen Massnahmen den Kantonen zugemutet werden kann. Er senkt die Zahl der Plätze, wenn die Lage auf dem Arbeitsmarkt dies erfordert. Der Bundesrat entscheidet jährlich und hat die Kantone vorgängig anzuhören und auf Kantone mit hoher Arbeitslosigkeit besonders Rücksicht zu nehmen.

Antrag der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei
Streichen

Art. 72b (nouveau)
Proposition de la commission
Al. 1
Les cantons mettent à disposition les places nécessaires pour les mesures de marché du travail. Le nombre minimum de places devant être disponibles à l'entrée en vigueur de cette disposition est fixé à 25 000. Le Conseil fédéral répartira les places par cantons et en fonction du nombre d'habitants et du nombre de chômeurs.
Al. 2
Les places mises à disposition par les cantons dans le cadre des mesures de marché du travail doivent diminuer le risque de chômage de longue durée, permettre une réintégration rapide des chômeurs, promouvoir les qualifications professionnelles des chômeurs en fonction des exigences du marché du travail et offrir aux jeunes chômeurs et aux primo demandeurs d'emploi la possibilité d'acquérir des expériences professionnelles.
Al. 3
Le Conseil fédéral peut augmenter le nombre minimum de places offertes si les mesures de marché du travail ont fait leurs preuves dans les cantons et si une augmentation de ce nombre peut raisonnablement être exigée des cantons. Il di-

minue ce nombre lorsque la situation du marché du travail l'exige. Le Conseil fédéral statue chaque année après avoir consulté les cantons. Il tiendra compte en particulier des cantons ayant un taux de chômage élevé.

Proposition du groupe de l'Union démocratique du centre
Biffer

Binder Max (V, ZH): Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, Artikel 72 nach geltendem Recht beizubehalten. Dieses geltende Recht gestattet es schon heute, das zu tun, was wir nun zwingend vorschreiben wollen. Wir sind nicht gegen Möglichkeiten, Arbeitslose möglichst schnell wieder in den Arbeitsprozess zu bringen, im Gegenteil. Aber wir sind gegen zwingende Lösungen, die die Arbeitslosen durch Beschäftigungsprogramme «pflegen». Arbeitslosigkeit ist tragisch und soll möglichst schnell mit geeigneten Mitteln beendet werden können.
Eine effiziente Arbeitsmarkt- und Arbeitslosenpolitik hat sich auf zwei Hauptpunkte auszurichten:
1. Hauptziel jeder Arbeitsmarkt- und Arbeitslosenpolitik muss die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sein, denn nur damit lässt sich die Arbeitslosigkeit wirksam und längerfristig bekämpfen.
2. Ergänzend dazu ist eine Arbeitslosenversicherung nötig, welche den echten Arbeitslosen ein soziales Auffangnetz bietet und mithilft, diese so bald als möglich wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. Arbeitslosigkeit kann nur durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze wirksam bekämpft werden.
So unbestritten und so banal diese Aussage auch erscheint, so ist doch zu sagen: In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in unserem Lande deutlich verschlechtert. Stichwortartig seien hierzu folgende Fakten erwähnt: Die massive und kleinliche Regulierung auf allen Ebenen, welche es kaum mehr möglich macht, Bewilligungsverfahren mit vernünftigem finanziellem und zeitlichem Aufwand durchzuziehen; die massive Mehrbelastung der Wirtschaft durch Abgaben jeglicher Art, welche die früher bestehenden Vorteile gegenüber anderen Ländern weitgehend zunichte gemacht oder wesentlich reduziert hat; eine Bewirtschaftung der Sektoralpolitiken, welche zu wenig auf die Beschäftigungspolitik Rücksicht nimmt – ich nenne hier z. B. Umweltschutz, Verkehrspolitik, Bildungspolitik, Tourismus. Aus diesem Grund darf die Diskussion über Deregulierung und Revitalisierung sowie über Umsetzung der notwendigen Massnahmen nicht im Sande verlaufen.
Für die SVP haben in diesem Sinn folgende Massnahmen bzw. Ziele hohe Priorität:
1. Die Bewilligungsverfahren sind rechtlich so auszugestalten, dass sie in der Regel nicht länger als 6Monate dauern.
2. Im Bereich der Bewilligungsverfahren ist eine umfassende Delegation der Kompetenzen vom Bund auf die Kantone und Gemeinden vorzunehmen. Der Bund soll nur noch bei Grossprojekten von nationaler oder internationaler Bedeutung mitreden und mitentscheiden – nach dem Motto: Wer die Finanzen liefert, soll auch Kompetenzen haben.
3. Entsprechend sind auch die Beschwerdemöglichkeiten mit Ausnahme klar definierter Grossprojekte von nationaler Bedeutung auf die Direktbetroffenen zu beschränken.
4. In bezug auf die finanziellen Belastungen der Wirtschaft dürfen die bestehenden Belastungen nicht zusätzlich erhöht werden. Neue Aufgaben sind durch Einsparungen bei weniger wichtigen Aufgaben zu finanzieren.
5. Bei der staatlichen Investitions- und Wirtschaftsförderungspolitik sind neben der Wirtschaftlichkeit vor allem die beschäftigungspolitischen Aspekte stärker zu gewichten. Ferner ist die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz auf den Märkten im wesentlichen von der Qualität der Arbeitskräfte abhängig. Die Bemühungen um eine effiziente Aus- und Weiterbildung sind wichtig und noch aktiver voranzutreiben. Dabei kommt der Berufsbildung eine zentrale Bedeutung zu; das betone ich ausdrücklich. Letztlich hängt unsere Arbeitsmarktsituation auch wesentlich von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Staatsfinanzen ab.
In diesem Sinne sind wir für Beibehaltung dieses Artikels 72 nach geltendem Recht.
Ich werde unseren Eventualantrag zu Artikel 72a, der eine andere Stossrichtung verlangt, dann ins Spiel bringen, wenn unser Antrag bei Artikel 72 abgelehnt wird. Es geht dort vor allem darum, die Beschäftigungsprogramme, die wir hier stipulieren, so zu gestalten, dass sie auch realisierbar sind. Wir sind der Meinung: Was wir heute mit den 25 000 Plätzen vorschlagen, ist nicht realistisch. Im übrigen heisst es auch in Artikel 72a Absatz 2, dass der Arbeitslose Anspruch auf solche Programme hätte. Was sind denn schon 25 000 Plätze in Beschäftigungsprogrammen, wenn es letztlich 150 000 bis 160 000 Arbeitslose gibt und davon vielleicht 100 000 auf solche Programme Anspruch hätten? Für uns ist die Zahl 25 000 nicht realistisch. Das würde für den Kanton Zürich z. B. bedeuten, dass dieser zwingend über 4000 solche Stellen schaffen müsste. Wir wollen diesen Zwang nicht. Darum beantragen wir, in Artikel 72a festzulegen, dass der Bund die Kantone zu Programmen für maximal 10 Prozent der Zahl der Arbeitslosen im Kanton verpflichten könne. Wenn ein Kanton mehr leisten will, so kann er das tun. Das wird dann übrigens auch vom Bund mitfinanziert. Das ist ein Antrag, der der Realität viel gerechter wird als der Antrag der Kommission.
Es geht letztlich auch darum, dass wir die Kantone nicht im Übermass belasten. Wir sind der Meinung, dass es eine Illusion ist, zu glauben, man könne mit diesen Beschäftigungsprogrammen der Arbeitslosigkeit, zumindest der längerfristigen Arbeitslosigkeit, massiv Einhalt gebieten.
Im übrigen erachten wir die Möglichkeit der Erhöhung – also die Kompetenz an den Bundesrat, diese Zahl zu erhöhen – als einen Blankoscheck, der so nicht zulässig ist.
Mit unserer Lösung bieten wir eine flexible Lösung an: Die Anzahl Plätze sinkt, wenn die Arbeitslosenzahl sinkt. Wenn sie steigt, steigt selbstverständlich auch die Zahl der Beschäftigungsplätze. Was heisst 10 Prozent? Das heisst, dass wir statt der 25 000 Plätze in diesen Beschäftigungsprogrammen nur etwa 16 000 oder 17 000 schaffen, dies ist aber auf jeden Fall realistischer. Herr Blocher hat Ihnen heute morgen schon gesagt: Für diese Beschäftigungsprogramme brauchen Sie nicht nur Arbeitslose, die daran teilnehmen, sondern Sie brauchen auch Leute, die diese Programme begleiten und betreuen.
Unter diesem Aspekt bitte ich Sie, unserem Antrag auf Festhalten am geltenden Recht in Artikel 72 zuzustimmen. Wenn Sie dies nicht tun, sollten Sie aber unserem Eventualantrag zu Artikel 72a zustimmen.

Gros Jean-Michel (L, GE): Les articles 72, 72a et 72b sont les articles clés qui concrétisent à la fois l'option d'une assurance-chômage dynamique axée sur la réinsertion dans le monde du travail, et la prise en compte des possibilités réelles des cantons. C'est donc le coeur du compromis dit «de Soleure» entre Conseil national, Conseil des Etats, partenaires sociaux et cantons qui est en jeu ici.
Le groupe libéral y souscrit et votera la solution de la commission.
Alors, Mesdames et Messieurs les membres de l'UDC, que se passe-t-il? Vous avez participé aux travaux de la sous-commission à Soleure avec l'un de vos membres. Vous avez participé aux conclusions élaborées à Berne en commission plénière par la présence de trois de vos membres. Ces articles 72, 72a et 72b n'ont pas fait l'objet de la moindre remarque de votre part et ont été acceptés tacitement, soit à l'unanimité.
Mettre à bas, avec une simple feuille de papier et avec un seul mot «biffer», le compromis péniblement mis sur pied ne relève pas d'un travail parlementaire sérieux. L'approche des élections fédérales n'excuse pas tout! *(Applaudissements)*

Bodenmann Peter (S, VS): Herr Gros Jean-Michel hat zu Recht festgestellt: Die SVP-Fraktion war überall dabei, hat nie irgendwelche Anträge gestellt und kommt jetzt und sagt: Alles streichen! Das ist eine Politik der destruktiven Art, die nicht angeht. Noch illustrativer waren die Argumente, die

Herr Binder gebracht hat. Er hat uns im wesentlichen gesagt: Eine richtige Politik bedeutet, neue Arbeitsplätze zu schaffen und ein soziales Auffangnetz zur Verfügung zu stellen, und hat dann brav eine Reihe von Forderungen abgelesen, die ich doch durchgehen möchte.
Zuerst haben Sie, Herr Binder, gefordert, man solle deregulieren, Bewilligungsverfahren vereinfachen und beschleunigen. Und was hat Ihre Zürcher SVP gestern abend beschlossen? Sie hat ein Nein zur Lex Friedrich beschlossen. Sie hat zur Vereinfachung von Bewilligungsverfahren nein gesagt. Sie hat nein gesagt und es abgelehnt, dass dieses Land in dieser Frage etwas beweglicher wird. Sie gehörten zu jenen, die für dieses Nein waren, und kommen heute und sagen, wir müssten deregulieren – nachdem Sie gestern abend genau das Gegenteil beschlossen haben, nämlich bestehende Regulierungen aufrechtzuerhalten. *(Zwischenruf Blocher: 's isch vorgeschter gsii!)* An der Tatsache ändert sich nichts, auch wenn es vorgestern war! Ihre Politik auf diesem Gebiet ist nämlich effektiv von vorgestern.
Bleibt der zweite Punkt, Herr Binder: die Frage der Revitalisierung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Sie haben in dieser Debatte mit Ihren Anträgen mehrmals jene Leute angegriffen, die in diesem Land die Arbeit verlieren und in eine schwierige Situation kommen und die diese Situation nicht gesucht haben. Gleichzeitig haben Sie zu Beginn dieser Session beklagt, wie schlecht es den Bauern in diesem Land gehe. Ich muss Ihnen eines sagen: Alle direkten und indirekten staatlichen Massnahmen zusammen kosten uns jedes Jahr pro Bauernbetrieb in diesem Land 100 000 Franken. Jetzt kommen Sie und verlangen Wettbewerbsfähigkeit in diesem Land.
Ein wesentlicher Wettbewerbsnachteil ist für dieses Land, dass wir im europäischen Vergleich zu hohe Lebensmittelpreise und eine unglaubliche Bauernbürokratie haben, die Sie auf Kosten der Steuerzahler weiterhin mästen; hier braucht es Deregulierung, und es braucht nicht Deregulierung auf Kosten der Arbeitslosen, die nichts für ihr Schicksal können. Hier müssten Sie einmal im eigenen Stall – politisch gesehen – aufräumen.
Zur zentralen Frage, die Sie aufgeworfen haben: Wichtig sei eine gute Berufsausbildung, wichtig sei eine gute Qualifizierung der Leute. Das stimmt. Genau deshalb, weil das wichtig ist, haben wir hier beantragt, dass man neu die Leute nicht einfach arbeitslos belässt, sondern dass man die Phase der Arbeitslosigkeit benutzt, um die Leute zu qualifizieren, damit Leute mit neuer Qualifikation den Anforderungen der Arbeitsplätze, die im Land zur Verfügung stehen, entsprechen. Das wollen wir. Sie wollen die bisherige Politik beibehalten, dass wir nämlich die Leute während der Arbeitslosigkeit nicht genügend qualifizieren, nicht beschäftigen, nicht darauf vorbereiten, dass sie möglichst schnell wieder in den Arbeitsprozess eintreten können. Sie wollen im Prinzip den heutigen Zustand beibehalten, dass immer mehr Leute ausgesteuert werden.
Die SVP trägt heute in allen wesentlichen Fragen in diesem Land nichts mehr zur Problemlösung bei. Ihr seid nurmehr die Partei der Neinsager und der Profiteure im Landwirtschaftsbereich, und das auf Kosten der grossen Mehrheit in diesem Land, die für Lohn arbeitet.

Blocher Christoph (V, ZH): Wenn Herr Bodenmann sagt, wir hätten uns in der Kommission nicht gegen dieses Konzept gewehrt, dann war er wahrscheinlich nicht anwesend. Wir haben das letzte Mal nicht nur beim Nichteintreten darüber gesprochen, sondern auch bei der Rückweisung; wir sind unterlegen. Es war die Frage, ob wir es heute noch einmal bringen sollten oder nicht; ich habe am Anfang darüber gesprochen. Herr Bodenmann, Sie waren nicht da, aber Sie können auch nicht immer da sein, das begreife ich.
Herr Bodenmann, Sie haben einen Ausflug zur Delegiertenversammlung der Zürcher SVP gemacht. Ich darf Ihnen sagen: Im Gegensatz zu Ihrer Partei bestimmt bei uns die Basis die Parole. Ihre Basis hat hier keine Parole gefasst, und sie hatte auch keine Möglichkeit dazu. Und da unsere Basis sich daran gestossen hat, dass Auslandschweizer keine Grundstücke kaufen können, wenn sie nicht eine gewisse Zeit in der Schweiz gewohnt haben, dann stösst sie sich zu Recht daran, das ist nämlich nichts Schönes an diesem Gesetzentwurf. Ich bin übrigens für diese Revision, aber meine Partei hat die Neinparole beschlossen.
Wenn Sie noch sagen, die Vorlage habe etwas mit Deregulierung zu tun, dann haben Sie ein weiteres Mal die Deregulierung missbraucht. Herr Bodenmann, Sie sagen, der Hauptnachteil für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze in der Schweiz seien die zu hohen Lebensmittelpreise. Dazu muss ich Ihnen sagen: Sie haben noch nie einen Betrieb geführt. Nicht die hohen Lebensmittelpreise sind der Hauptnachteil, sondern die langen Bewilligungsfristen – eben das, was Herr Binder aufgezählt hat, ist richtig.
Wenn heute von Ihrer Partei gesagt worden ist, die Bauern hätten ein garantiertes Einkommen, ist folgendes dazu zu sagen: Erstens wissen Sie, dass diese Garantie nicht eingehalten wird, und zweitens haben dieses Einkommen nur diejenigen, die arbeiten – nicht die Nichtarbeitenden.
Zum Antrag der SVP-Fraktion: Herr Bodenmann, wir sagen nein. Nein zu sagen zu Fehlentwicklungen ist eine der wichtigsten Aufgaben. Das ist eine Fehlentwicklung, Sie werden sehen, Sie können sich jetzt über die Wahlen noch retten. Nach den Wahlen werden Sie sehen: Mit 25 000 Personen Arbeitsbeschäftigungsprogramme zu machen, das wird nie funktionieren! Das müssten Sie am Anfang sagen. Ich bin mir als Unternehmer gewohnt, zu überlegen, ob es nachher funktioniert oder nicht, und zwar bevor wir eine Sache beschliessen. Ob es wohltönt oder nicht, ist nicht entscheidend, sondern massgebend ist, ob es funktioniert.
Ich bin der Meinung: Mit dem Vorschlag, wie ihn Herr Binder gemacht hat, wird dieses Problem besser zu lösen sein als mit Ihrem Vorschlag. Aber Sie haben jetzt die Oberhand, Sie haben gewonnen, also wird das gelten. Aber wir haben es Ihnen gesagt: In zwei, drei Jahren wird man sehen, dass es nicht funktioniert. Wissen Sie, was dann kommt? Man wird es nicht rückgängig machen, sondern man wird noch einen Zacken zulegen, bis man sieht, dass es gar nicht mehr geht – und dann beginnt man wieder von vorne.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Dieser Antrag der SVP-Fraktion kommt sehr überraschend, das muss man sagen. Er bedeutet den Schritt zurück an den Anfang: Man will gar nichts. Wenn Sie diese Artikel streichen, können Sie mit der Revision wieder von vorn beginnen. Ich würde noch begreifen, wenn man in der Schlussabstimmung einfach nein sagt, aber hier zwei Artikel herauszustreichen, macht für mich gesetzgeberisch und parlamentarisch keinen Sinn. Es ist wirklich kein konstruktiver Ansatz.
Herr Blocher, Sie sagen uns an diesem Pult hier immer wieder, was in diesem Land funktioniert und was nicht. Sie erheben für sich allein den Anspruch, hier der Prophet zu sein, zu prophezeien, was diesem Lande überhaupt guttut. Wir haben dieses Projekt mit zahllosen massgebenden Gruppen in diesem Lande – mit den Sozialpartnern, mit den Kantonen – in monatelangen Diskussionen ausgearbeitet, und am Schluss kommen Sie und sagen, dass das nicht funktionieren wird; darin sehe ich tatsächlich nur noch einen negativen, destruktiven Ansatz. Dann müssen Sie uns hier schon sagen, was Ihrer Meinung nach funktioniert. Der Antrag Ihrer Fraktion, das kann ich Ihnen sagen, funktioniert überhaupt nicht, dann können wir die Verhandlungen sofort abbrechen.
Ich bitte Sie, auf diese Geschichte nicht mehr einzugehen, und hier dem Antrag der SVP-Fraktion eine Absage zu erteilen. Er ist nicht ein Nein zum Gesetz – man kann nein zu diesem Gesetz sagen –, sondern er zerstört einfach das Konzept und hinterlässt nichts, ausser dass niemand mehr weiter weiss. Mit solchen Lösungen können wir uns nicht einverstanden erklären.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: MM. Binder et Blocher prétendent que les programmes d'occupation ne peuvent pas fonctionner, que ça ne marchera pas. C'est faux. La réalité démontre que ça marche. Je viens d'un canton qui

connaît un très fort taux de chômage. Ça marche déjà pratiquement dans la proportion prévue. Ce qui est prévu, ce n'est pas seulement des programmes d'occupation, c'est aussi la possibilité de donner des cours, d'améliorer la formation professionnelle, ce que voulaient précisément les chômeurs. Ça fonctionne sur le terrain. On est prêt à vous inviter à venir voir, si vous êtes d'accord de sortir de votre région.
En ce qui concerne les propositions du groupe de l'Union démocratique du centre, leurs effets ne sont pas du tout conformes à ce que dit M. Binder. Reprenons les choses d'une manière simple: M. Binder n'a pas combattu l'article 27 qui prévoit des indemnités ordinaires et, en surplus, des indemnités particulières pour les chômeurs qui participent aux mesures de réintégration dans le marché du travail. Il y a deux sortes de mesures possibles: la formation et les programmes d'occupation. Nous les avons adoptées. M. Binder n'a combattu aucun des articles consacrés à la formation, mais il combat maintenant les programmes d'occupation.
Si, par hasard, on acceptait ces propositions, cela reviendrait à dire qu'on devrait occuper les 4000 chômeurs de Zurich dans des cours de formation. C'est ainsi que la loi a été approuvée, sans que vous ayez dit quoi que ce soit. Avec les propositions du groupe de l'Union démocratique du centre, il est évident que ça ne fonctionnerait pas. On aboutirait à une gigantesque farce si on devait obliger toutes les personnes qui peuvent bénéficier de mesures actives du marché du travail à participer à des cours de formation.
Le sentiment qu'on a depuis le début, c'est que vous ne voulez pas que cette loi marche, vous ne voulez pas qu'elle puisse être appliquée. Dès le départ, vous avez pensé qu'il y avait un marché à prendre en la combattant, sans la combattre finalement jusqu'au bout, puisque vous ne l'avez pas fait pour tous les articles adoptés précédemment.
Nous vous invitons à suivre les commissaires de l'Union démocratique du centre qui ont participé aux travaux de la sous-commission, à suivre la commission, qui a pris ses décisions à l'unanimité – ces propositions n'ont d'ailleurs pas été faites lors de la dernière séance de commission –, et à adopter ces mesures actives concernant le marché du travail.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je vous invite très vivement à suivre les propositions de la commission.
En effet, toute une logique, au cours de la première délibération dans votre Conseil, au cours des travaux du Conseil des Etats ensuite, au cours des travaux intermédiaires qu'ont conduits des sous-commissions et les commissions, a été développée ici, qui n'a pas été mise en cause quant au fond. C'est celle des possibilités nouvelles de réinsertion et de cours.
Il y a mieux: vous (groupe de l'Union démocratique du centre) avez accepté cette logique et cette perspective hier et aujourd'hui, en votant comme un seul homme les articles 27 et 59b de cette loi. Si vous en avez aux solutions de fond qui sont proposées ici, il fallait aviser et tirer l'échelle aux articles 27 et 59b. Vous n'avez rien dit.
Nous en arrivons à l'article 72 et aux articles d'application 72a et 72b (nouveau), et c'est là que vous proposez, par le biffage de ces deux articles, un changement total qui rend impossible l'application même des principes que vous avez décidé dans le même sens que ce Conseil. Il y a quand même des limites au sérieux dans le travail parlementaire, et il y a des limites à l'illogisme. Je crains qu'elles ne soient l'une et l'autre dépassées en l'occurrence.
Biffer les articles 72a et 72b (nouveau), en revenir aussi partiellement, avec l'article 72, au droit actuel, c'est, je le répète, vider de leur sens toutes les propositions de fond qui ont été faites à d'autres endroits de la loi, notamment aux articles 27 et 59b. Cela revient à dire à un coureur: «Tu vas courir le Tour de Suisse, tu dois courir le Tour de Suisse» et puis, un petit bout plus loin «mais tu n'auras pas de vélo».
Alors je ne vois pas comment on peut, dans ce Conseil qui a quelques prétentions sérieuses, à juste titre, conduire une politique qui ne serait rien d'autre qu'une politique de grave incohérence.

Erste Abstimmung – Premier vote
F r den Antrag der Kommission 106 Stimmen
F r den Antrag der SVP-Fraktion 26 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote
F r den Antrag der Kommission 101 Stimmen
F r den Eventualantrag der SVP-Fraktion 30 Stimmen

Art. 72c (neu)
Antrag Kühne
Titel
Finanzielle Beteiligung der Kantone an den Kosten für die Bereitstellung von arbeitsmarktlichen Massnahmen
Abs. 1
Die Kantone beteiligen sich an den Kosten für die Mindestzahl an arbeitsmarktlichen Massnahmen, die gemäss Artikel 72b bereitzustellen sind.
Abs. 2
Die Versicherung hat den Kantonen als Pauschale 90 Prozent der schweizerischen Durchschnittskosten aller arbeitsmarktlichen Massnahmen zu entrichten. Die Kantone übernehmen die den Pauschalbetrag übersteigenden Kosten. Die Versicherung teilt den Kantonen vor Jahresbeginn den für das folgende Jahr zur Verfügung stehenden Betrag für arbeitsmarktliche Massnahmen mit. Der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten.
Abs. 3
Stellen die Kantone mehr arbeitsmarktliche Massnahmen zur Verfügung, als in Artikel 72b vorgeschrieben sind, übernimmt die Versicherung für die die Mindestzahl übersteigenden Massnahmen die vollen Kosten.

Art. 72c (nouveau)
Proposition Kühne
Titre
Participation des cantons aux coûts des places mises à disposition dans le cadre des mesures de marché du travail
Al. 1
Les cantons participent aux coûts afférents au nombre minimum de places dans le cadre des mesures de marché du travail qui sont mises à disposition conformément à l'article 72b.
Al. 2
L'assurance verse aux cantons un montant forfaitaire équivalant à 90 pour cent des coûts moyens au niveau suisse de l'ensemble des mesures de marché du travail. Les cantons prennent en charge les coûts excédant le montant forfaitaire. L'assurance communique aux cantons, avant le début de l'année, le montant à disposition pour les mesures de marché du travail pour l'année suivante. Le Conseil fédéral règle les détails.
Al. 3
Si les cantons mettent à disposition, dans le cadre des mesures de marché du travail, un nombre de places supérieur au minimum fixé à l'article 72b, l'assurance prend en charge l'intégralité des coûts des places en sus du nombre minimum prescrit.

Kühne Josef (C, SG): Ich mache auf ein Problem aufmerksam, das sich im Zusammenhang mit den arbeitsmarktlichen Massnahmen und Kursen, die die Kantone durchführen, stellt. Offenbar ist auch das Biga darauf gekommen, und es hat den Kantonen Unterlagen zugestellt, wie dieser Artikel 72 umgesetzt werden soll.
Mein Antrag basiert also auf den Vorschlägen des Biga zu einem Artikel 72c. Offenbar ist dieser Antrag noch nicht vollends ausgefeilt, und deshalb kann ich eigentlich nichts anderes tun, als hier auf das Problem aufmerksam zu machen.
Der Alternativvorschlag des Biga für eine finanzielle Beteiligung der Kantone an den arbeitsmarktlichen Massnahmen ist zwar administrativ einfach, setzt aber den Kantonen überhaupt keine Anreize, die Bereitstellung dieser Massnahmen möglichst kostengünstig zu organisieren. Der Alternativvorschlag ist deshalb aus der Sicht der Arbeitslosenversicherung und ihrer Träger (Arbeitgeber- und -nehmer) abzulehnen.

Wir beantragen ein anderes System, ein System, das mit einer Prozentregelung arbeitet, den Kantonen einen starken Anreiz bietet, kostengünstig zu arbeiten, und gleichzeitig auch noch eine administrative Vereinfachung bringt. Dazu sind folgende Elemente nötig: Das Biga teilt den Kantonen rechtzeitig, vor Jahresbeginn, die zu erreichende Zahl von Jahresplätzen mit; gleichzeitig teilt das Biga den Kantonen mit, wieviel Geld für die Bereitstellung dieser Jahresplätze aus der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung gestellt wird. Die bereitgestellte Geldsumme soll rund 10 Prozent unter dem heutigen Durchschnittskosten aller arbeitsmarktlichen Massnahmen liegen. Die Durchschnittskosten sind jährlich zu berechnen und der Preisentwicklung entsprechend festzulegen, und die Kantone zahlen dann die Differenz zwischen den effektiven Kosten der arbeitsmarktlichen Massnahmen und dem von der Versicherung zur Verfügung gestellten Betrag.
Ein kostengünstig arbeitender Kanton wird dadurch in die Lage versetzt, mit den Anbietern von entsprechenden Massnahmen Verträge auszuhandeln, die unter die Durchschnittskosten zu liegen kommen; teurer arbeitende Kantone werden vermehrt zur Kasse gebeten – also ein Anreizsystem, diese arbeitsmarktlichen Massnahmen kostengünstig durchzuführen.
Da es schon 12.55 Uhr ist und der Antrag noch nicht bis ins letzte technische Detail ausgearbeitet ist, ziehe ich ihn zurück und gehe davon aus, dass in der Kommission des Ständerates dieses Problem aufgenommen wird und dort die Feinkorrekturen angebracht werden.

Le président: M. Kühne a retiré sa proposition.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Eine kurze Bemerkung zu dieser Frage ist notwendig, weil sie die Kantone betrifft und hier Klarheit bestehen muss.
Wir haben vorgesehen, dass die Kantone 20 Prozent der Kurskosten und 10 Prozent der Kosten der Beschäftigungsprogramme übernehmen. Nun hat sich bei nochmaliger Rücksprache mit den Kantonen gezeigt, dass man das Verfahren allenfalls durch einen Pauschalbetrag administrativ vereinfachen kann. Diese Lösung wäre einfacher; es würde ein Pauschalbetrag pro Platz festgelegt. Mit dieser Lösung müsste auch noch, wie Herr Kühne zu Recht sagt, der Anreiz verstärkt werden, damit jene Kantone, die günstig arbeiten, besser fahren als jene, die ungünstig und ineffizient arbeiten. In dem Sinne beantrage ich Ihnen, jetzt bei der Lösung der Kommission zu bleiben. Die Frage der Pauschalisierung muss jedoch im Ständerat nochmals geprüft werden. Wenn sich dann eine bessere Lösung ergibt, eine administrativ einfachere Lösung, müssten wir dann auf jene Lösung einschwenken.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je m'exprime très brièvement pour remercier M. Kühne d'avoir retiré sa proposition. Je comprends que la commission n'estime pas encore tout à fait mûre la proposition d'un article 72c (nouveau) pour en traiter ici. Je lui assure que je l'aiderai à ce que cette disposition, lorsqu'elle aura été affinée dans votre laboratoire, soit présentée au laboratoire du Conseil des Etats – sa commission – et que ce soit un des objets de sa réflexion.

Zurückgezogen – Retiré

Art. 75 Abs. 1
Antrag der Kommission
Die Beiträge an die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten betragen 90 Prozent der anrechenbaren Kosten. Der Bundesrat kann die Beiträge in Ausnahmefällen bis auf 100 Prozent erhöhen. Die Beiträge an Programme zur vorübergehenden Beschäftigung, die die Mindestzahl an arbeitsmarktlichen Massnahmen gemäss Artikel 72b Absatz 1 übersteigen, betragen 100 Prozent. Der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten, insbesondere die anrechenbaren Kosten.

Art. 75 al. 1
Proposition de la commission
La subvention allouée aux fins d'encourager l'emploi temporaire de chômeurs couvre 90 pour cent des coûts pouvant être pris en compte. Le Conseil fédéral peut, à titre exceptionnel, augmenter la subvention jusqu'à 100 pour cent. Lorsque le nombre minimum de places prévu à l'article 72b alinéa 1er est dépassé, la subvention est de 100 pour cent. Le Conseil fédéral règle les détails. Il détermine notamment les coûts à prendre en compte.

Angenommen – Adopté

Art. 85c Abs. 1, 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s

Art. 85c al. 1, 4
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s

Angenommen – Adopté

Art. 90 Abs. 2 6
Antrag der Kommission
Abs. 2, 3
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s
Minderheit
(Thür, Baumann Ruedi, Borel François, Ledergerber)
Unver nder t

Abs. 4–6
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s

Art. 90 al. 2 6
Proposition de la commission
Al. 2, 3
Majorité
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s
Minorité
(Thür, Baumann Ruedi, Borel François, Ledergerber)
InchangØ

Al. 4–6
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etat s

Thür Hanspeter (G, AG), Sprecher der Minderheit: Herr Präsident, Sie strapazieren unsere Magensäfte, wenn Sie mich jetzt noch auffordern, diesen Antrag zu begründen. Ich muss aber darauf bestehen, dass diese Frage seriös diskutiert wird. Es geht um einen beachtlichen Raubbau an der Bundeskasse zum Vorteil der Kantone, den Sie nicht vollziehen dürfen, ohne sich mit der Frage auseinandergesetzt zu haben.
Die ursprüngliche Regelung in Artikel 90 besagte, dass Bund und Kantone dann angemessene Darlehen gewähren müssen, wenn die Arbeitslosenversicherung Defizite einfährt. Das war bisher der Fall; Bund und Kantone haben sich diese Last aufgeteilt.
Der Entwurf des Bundesrates sah vor, dass neu in einer ersten Phase Bund und Kantone in gleichem Umfang A-fonds-perdu-Beiträge bezahlen sollen, wenn die Arbeitslosenversicherung Defizite verursacht. Dieser Punkt löste bei den Kantonen massive Reaktionen aus.
Der Ständerat hat dann etwas Elegantes gemacht: Er sagte einfach, die Kantone sollen von diesen A-fonds-perdu-Beiträgen befreit werden, nicht aber der Bund. Er soll weiterhin A-fonds-perdu-Beiträge bezahlen müssen. Das ist aus meiner Sicht verfassungsrechtlich nicht haltbar. In Artikel 34novies Absatz 4 der Bundesverfassung heisst es nämlich, dass bei ausserordentlichen Verhältnissen Bund und Kantone finanzielle Leistungen an die Arbeitslosenversicherung erbringen müssen. Bisher war man der Auffassung, dass diese Leistungen hälftig durch Bund und Kantone zu er-

bringen seien. Man kann darüber diskutieren, ob diese Proportionen ohne Verletzung der Verfassung verändert werden können. Aber sicher darf es nicht dazu führen, dass am Schluss der Bund im Prinzip alleine bezahlt und die Kantone praktisch keine Leistungen mehr zu erbringen haben. Wenn Sie dem Antrag der Kommissionsmehrheit zustimmen, ist das weitgehend der Fall. Ich kann Ihnen das mit Zahlen belegen.
Wenn Sie die künftigen Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung betrachten, dann stellen Sie fest, dass der Bund mit der beantragten Lösung in den nächsten vier Jahren, also bis 1999, Defizite der Arbeitslosenversicherung im Umfang von 800 Millionen Franken übernehmen muss. Heute besteht keine diesbezügliche Verpflichtung des Bundes. Der Bund muss sich also neu in den nächsten vier Jahren zusätzlich mit 800 Millionen Franken zugunsten der Arbeitslosenversicherung verschulden. Demgegenüber sind die Kantone lediglich verpflichtet, weiterhin zinsgünstige Darlehen zu gewähren.
In der Kommission sagte man uns, dass die Leistung der Kantone darin bestehe, dass diese Darlehen von der Arbeitslosenversicherung nicht zu den üblichen Zinsen, sondern 0,5 Prozent tiefer verzinst werden müssen.
Wie sieht diese Rechnung aus? Ich habe ausgerechnet, was passiert, wenn die Kantone die vorgesehenen Darlehen aufgrund der prognostizierten Defizite übernehmen müssen und 0,5 Prozent weniger Zins verlangen. Das heisst in Franken und Rappen ausgedrückt eine Belastung der Kantone – wohlverstanden, aller 26 Kantone – von 3 Millionen Franken in vier Jahren.
Der Bund bezahlt mit den A-fonds-perdu-Beiträgen also 800 Millionen Franken, während die Kantone in insgesamt vier Jahren Leistungen von 3 Millionen Franken übernehmen müssen. Da können Sie nicht mehr sagen, dass der verfassungsrechtliche Auftrag, der klar besagt, dass Bund und Kantone in solchen Fällen Leistungen zu erbringen haben, noch erfüllt wird. Das ist bestenfalls eine symbolische Leistung, die man den Kantonen noch aufbürdet. Demgegenüber soll der Bund die ganze Last bezahlen. Das ist eine Verletzung der Verfassung.
Ich bin der Auffassung, dass wir dies jetzt nicht «auf die Schnelle», nur weil gewisse Kantone starken Druck ausgeübt haben, akzeptieren dürfen. Dieser Schritt hat eminente Konsequenzen für das Bundesbudget. Wenn man schon auf A-fonds-perdu-Beiträge verzichten will, dann soll man auch auf A-fonds-perdu-Beiträge des Bundes verzichten, d. h.: Wir sollten bei der alten Regelung bleiben. Wir haben dann das Problem, dass sich in den nächsten vier Jahren möglicherweise wieder Defizite summieren. Das müssen wir dann in vier Jahren regeln.
Ich bitte Sie also, unserem Minderheitsantrag zuzustimmen und die von mir beschriebene Konsequenz nicht zu akzeptieren.

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Ich empfehle Ihnen, der Mehrheit zu folgen. Wir haben uns dem Ständerat in dieser sicher kritischen Frage am Ende angeschlossen. Im ersten Durchgang hatten wir beschlossen, dass die Kantone A-fonds-perdu-Beiträge von 280 Millionen Franken zahlen sollen. Der Ständerat machte einen Strich durch diese Rechnung. Er will nicht, dass die Kantone etwas bezahlen. Damit müssen wir uns abfinden. Die Abstimmung im Ständerat war sehr klar, praktisch einstimmig. Ich glaube, es macht keinen Sinn, auf diesen Punkt zurückzukommen.
Mit der jetzt gewählten Lösung werden auf der Kostenseite die Kantone ungefähr gleich behandelt wie im geltenden Recht. Sie müssen keine Mehrkosten tragen, aber ihre Kosten vermindern sich auch nicht. Die Herausforderung dieses Gesetzes an die Kantone ist nicht finanzieller, sondern organisatorischer Art.
Wenn wir von der Bundesgesetzgebung her auf Beiträge der Kantone verzichten, erwarten wir andererseits, dass bei der Durchführung und der Realisierung des Gesetzes in den Kantonen die entsprechenden Anstrengungen unternommen werden.
Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit und damit dem Ständerat zu folgen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: La proposition de la minorité vise à supprimer l'obligation pour la Confédération, dans des circonstances exceptionnelles, de donner des montants à fonds perdu, et à en revenir au droit actuel qui prévoit que la Confédération et les cantons doivent accorder des prêts à l'assurance-chômage lorsqu'il y a des circonstances exceptionnelles.
Je voudrais simplement dire que l'accord qui est concrétisé par la proposition de la majorité a été longuement discuté, après des allers et retours, en particulier avec les cantons. Remettre en cause cette opération, décharger la Confédération, n'est pas une opération absolument neutre pour les cantons, comme le dit M. Thür, porte-parole de la minorité, parce qu'à la fin quelqu'un devra payer ce montant. Les cantons eux-mêmes seront déjà chargés par la nouvelle organisation, par le fait qu'il n'y a pas de renouvellement de droit au chômage dans les programmes d'occupation. Il y aura suffisamment de charges pour les cantons, pour qu'on n'accentue pas la pression sur l'assurance-chômage qui, inévitablement, un jour, pèsera davantage sur les cantons. Il faut par conséquent laisser cette modeste participation de la Confédération à l'assurance-chômage, déchargeant ainsi cette institution et permettant à l'ensemble de fonctionner d'une manière plus souple.
La proposition de la minorité ne touche pas le fond, mais elle risquerait quand même de remettre en marche tout le compromis élaboré. Nous vous invitons donc à vous en tenir à la proposition de la majorité de la commission.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: La proposition de la minorité de la commission est tentante, car en effet on peut dire: «oeil pour oeil, dent pour dent»; du moment que les cantons, qui étaient impliqués dans ces éventuels programmes de prêts à fonds perdu – le dernier étage du sauvetage, lorsque la situation est mauvaise, de l'ensemble du fonds par les pouvoirs publics – se sont retirés, la Confédération peut également se retirer.
Je pense quand même qu'il est préférable de garder, même avec la défection des cantons, la solution de la majorité de la commission, d'abord parce qu'elle nous donne une responsabilité publique, et nous n'avons pas, je crois, à l'abdiquer. Dans des circonstances difficiles, il est légitime que la Confédération, à tout le moins, soutienne ce fonds. Ensuite, parce que les cantons, incontestablement, ont été chargés par d'autres obligations dans le présent projet de loi qu'ils ne l'étaient par, notamment, une fonction comme celle-là, et que, dans l'ensemble, on ne peut pas parler d'un retrait ou d'une démission financière des cantons dans tout le système de l'assurance-chômage.
C'est la raison pour laquelle je m'accommode, sans satisfaction sans doute, de la non-participation des cantons pour 5 pour cent, mais je ne voudrais pas que cela entraînât la disparition de la Confédération du générique. Quant à espérer qu'on rétablisse la participation des cantons pour leurs 5 pour cent, cela relève de l'utopie. Vous avez vu avec quelle netteté les Parlements et les représentants des cantons se sont exprimés.
Je crois qu'il vaut mieux vivre avec la proposition de la majorité de la commission.

Abs. 2, 3 – Al. 2, 3

Abstimmung – Vote

F r den Antrag der Mehrheit	71 Stimmen
F r den Antrag der Minderheit	31 Stimmen

Abs. 4–6 – Al. 4–6
Angenommen – Adopté

Art. 92 Abs. 7, 110a Abs. 1
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des St nderate s

Art. 92 al. 7, 110a al. 1
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 113 Abs. 2 Bst. d
Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 113 al. 2 let. d
Proposition de la commission
Maintenir

Angenommen – Adopté

Ziff. III Abs. 2, 3 (neu)
Antrag der Kommission
Abs. 2
.... bis spätestens auf den 1. Januar 1998 in Kraft setzen. (Rest des Absatzes streichen)
Abs. 3 (neu)
Die Bestimmung des Bundesbeschlusses vom 19. März 1993 über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung zu Artikel 27 Absatz 5 bleibt bis Inkrafttreten des Artikels 27 der Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vom .... in Kraft.

Ch. III al. 2, 3 (nouveau)
Proposition de la commission
Al. 2
.... au 1er janvier 1998 au plus tard. (Biffer le reste de l'alinéa)
Al. 3 (nouveau)
La disposition de l'arrêté fédéral du 19 mars 1993 sur les mesures en matière d'assurance-chômage à l'article 27 alinéa 5 reste applicable jusqu'à l'entrée en vigueur de l'article 27 de la modification du .... de la loi sur l'assurance-chômage.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

95.3195

Postulat WAK-NR (93.095) Arbeitslosenstatistik
Postulat CER-CN (93.095) Statistiques en matière d'assurance-chômage

---

Wortlaut des Postulates vom 15. Mai 1995
Der Bundesrat ergänzt so schnell wie möglich die Arbeitslosenstatistik mit folgenden Angaben:
– Anzahl der Ausgesteuerten;
– Anzahl Sozialhilfebezüger in Kantonen und Gemeinden;
– Gesamtausgaben aller öffentlichen und privaten Stellen als Folge der Arbeitslosigkeit.

Texte du postulat du 15 mai 1995
Le Conseil fédéral est chargé de compléter aussitôt que possible les statistiques en matière d'assurance-chômage avec les données suivantes:
– nombre de chômeurs en fin de droits;
– nombre de personnes à charge de l'assistance publique des cantons et des communes;
– dépenses globales des institutions publiques et privées dues au chômage.

Schriftliche Begründung
Die Urheber verzichten auf eine Begr ndung und w nschen eine schriftliche Antwort.
Développement par écrit
Les auteurs renoncent au dØveloppement et demandent une rØponse Øcrite

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 6. Juni 1995
Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 6 juin 1995
Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

Überwiesen – Transmis

Schluss der Sitzung um 13.15 Uhr
La séance est levée à 13 h 15

Achte Sitzung – Huitième séance

Donnerstag, 15. Juni 1995, Vormittag
Jeudi 15 juin 1995, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Küchler Niklaus (C, OW)

Präsident: Ich habe die Freude, Ihnen mitzuteilen, dass unser Kollege Willy Loretan heute seinen Geburtstag feiert. Wir wünschen ihm alles Gute und weiterhin viel Glück und Gesundheit. *(Beifall)*

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 105 hiervor – Voir page 105 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 8. Juni 1995
Décision du Conseil national du 8 juin 1995

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Wir befinden uns im letzten Umgang des Differenzbereinigungsverfahrens beim Arbeitslosenversicherungsgesetz.
Was ist seit unseren letzten Beratungen geschehen? Es wurde weitherum eingesehen, dass die Lösung, die der Nationalrat getroffen hatte und die die Schaffung von 66 000 Plätzen in aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen vorsah, die Kantone in starkem Masse überfordern würde. Andererseits erschien vielen das Kriterium unseres Rates, die Pflicht zum Mitmachen in einer arbeitsmarktlichen Massnahme auf junge Leute unter 25 Jahre zu beschränken, als zu eng umschrieben.
Angesichts dieser Situation und auch in Anbetracht der Tatsache, dass alle Beteiligten sich der Dringlichkeit bewusst sind, dass auf den 1. Januar 1996 mit der Umsetzung eines neuen Gesetzes begonnen werden kann, hat am 24./25. April 1995 in Solothurn eine Sitzung der Subkommission SGK Ihres Rates mit der Subkommission WAK des Nationalrates sowie mit Vertretern der Sozialpartner und der Kantone stattgefunden. Anlässlich dieser Zusammenkunft wurde versucht, die guten Ideen aus dem Entscheid des Nationalrates und die guten Ideen aus dem Entscheid des Ständerates zu übernehmen und ein austariertes System in die Räte zu bringen, das auch von den Sozialpartnern und den Kantonen akzeptiert werden kann.
Diese Vorlage wurde letzte Woche vom Nationalrat behandelt und gutgeheissen. Sie liegt Ihnen heute zur Beratung vor.
Bevor wir in die Detailberatung einsteigen, erläutere ich kurz die fünf tragenden Pfeiler des Systems:
1. Das Ziel ist ganz klar die möglichst rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess. Jeder Arbeitslose ist gehalten, nach einer gestützt auf das Alter abgestuften Frist in einer arbeitsmarktlichen Massnahme tätig zu werden. Freie Taggelder – solche, die ohne Betätigung in einer arbeitsmarktlichen Massnahme bezogen werden können – werden für Arbeitslose bis zum 50. Altersjahr während 150 Tagen, bei Arbeitslosen vom 50. bis zum 60. Altersjahr während 250 Tagen und für Arbeitslose ab dem 60. Altersjahr während 400 Tagen ausbezahlt. Die darüber hinausgehenden Taggelder bis zum Ablauf der Rahmenfrist von 520 Tagen sind sogenannte besondere Taggelder und werden nur beim Besuch einer arbeitsmarktlichen Massnahme ausbezahlt.
Den Kantonen ist es aufgetragen, die Plätze für die aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen zur Verfügung zu stellen. Es kann sich dabei um Kurse, Beschäftigungsprogramme, Praktika in Privatfirmen, Ausbildungs- oder Einarbeitungszuschüsse sowie Programme zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit handeln. In Abwägung des Zieles der Wiedereingliederung einerseits und der Machbarkeit andererseits wird im Gesetz ein Kontingent von 25 000 von den Kantonen zu schaffenden Plätzen in arbeitsmarktlichen Massnahmen festgelegt. Diese Plätze werden – gewogen nach Arbeitslosen- und Einwohnerzahl – auf die verschiedenen Kantone verteilt. Den Kantonen wird es innerhalb des ihnen zugewiesenen Kontingentes überlassen, welche Arbeitslosen sie vordringlich in arbeitsmarktlichen Massnahmen beschäftigen wollen. Damit können speziell an die regionalen Bedürfnisse angepasste Lösungen erarbeitet werden.
Wenn es einem Kanton nicht gelingt, die ihm auferlegte Zahl von Plätzen in arbeitsmarktlichen Massnahmen zu schaffen, so hat er gemäss Antrag Ihrer Kommission 20 Prozent der Taggelder zu übernehmen, die an Personen auszubezahlen sind, die nicht an einer arbeitsmarktlichen Massnahme teilnehmen können. Gemäss Beschluss des Nationalrates – hier bleibt weiterhin eine Differenz bestehen – hätten die Kantone 40 Prozent dieser sogenannten Ersatztaggelder zu übernehmen.
2. Entgegen dem von Ihrem Rat getroffenen Beschluss hat die Beitragsdauer keinen Einfluss mehr auf die Dauer der Ausbezahlung der Arbeitslosenentschädigung. Sechs Monate Beitragszeit lösen den Anspruch auf 520 freie respektive besondere Taggelder aus. Wird ein Versicherter innert drei Jahren nach Ablauf der Rahmenfrist erneut arbeitslos, so muss er, um erneut Taggelder auszulösen, eine Mindestbeitragszeit von 12 Monaten aufweisen.
3. Die dritte wesentliche Neuerung gegenüber dem heutigen System und in geringerem Masse auch gegenüber den von Ihnen das letzte Mal gefällten Beschlüssen besteht darin, dass die Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen keine neuen Taggeldansprüche mehr auslösen kann. Beschäftigungsprogramme, die innerhalb der 520tägigen Anspruchsberechtigung durchgeführt werden, sind nicht mehr Grundlage, um nachher erneut Taggeldansprüche auslösen zu können.
4. Dies bedeutet, dass die Dauer der Anspruchsberechtigung definitiv auf 520 Tage (2 Jahre) beschränkt ist. Die Arbeitslosenversicherung ist nicht in der Lage, über diesen Zeitraum hinausgehende Arbeitslosigkeit abzudecken. Hier beginnt die Aufgabe anderer sozialer Netze.
5. Zur Finanzierung: Der Nationalrat ist hier unseren Beschlüssen gefolgt und verzichtet ebenfalls auf die Verankerung von A-fonds-perdu-Beiträgen der Kantone an den Arbeitslosenfonds.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Rassurez-vous, je serai bref, mais je crois qu'il importe de placer cette nouvelle discussion sous l'éclairage de la conciliation et d'une tentative de terminer la phase parlementaire de cette longue saga qu'est la mise sous toit d'une loi sur l'assurance-chômage, nouvelle formule. J'aimerais rappeler que, comme premier Conseil, vous aviez eu l'occasion d'aborder ce thème important le 17 mars 1994 – il y a donc plus d'un an – puis, lors d'une deuxième délibération, le 2 février 1994. Nous sortons maintenant de la discussion au Conseil national, et votre commission elle-même s'est très largement inspirée des décisions qui y ont été prises.
Ces décisions sont nées de ce que j'appellerai le compromis de Soleure, c'est-à-dire de ce haut lieu de l'unité fédérale bien connu historiquement, qui a été aussi le haut lieu des travaux communs que les commissions du Conseil des Etats et du Conseil national, avec les partenaires sociaux et les représentants des cantons, ont pu conduire et qui nous mènent à une proposition à laquelle, d'une manière générale, le Conseil fédéral adhère, et à laquelle il vous propose d'adhérer également.
Les points qui ont apporté des modifications aux décisions

retenues jusqu'alors sont relativement peu nombreux. Je voudrais me limiter à trois points sur lesquels le compromis de Soleure est différent de ce que nous avions décidé au Parlement dans les phases antérieures.
1. Le Conseil national et votre commission proposent de ramener les obligations des cantons, en matière de mesures de formation et d'occupation, à un minimum de 25 000 places annuelles (art. 72b). Le Conseil fédéral se rallie à cette proposition.
2. La deuxième différence qu'introduit le compromis de Soleure est d'accepter une participation financière forfaitaire des cantons aux mesures actives (art. 72c). Le Conseil fédéral soutient également cette proposition. Elle permet de simplifier les procédures, de rendre plus transparentes les méthodes. Elle maintient néanmoins, ce qui est nécessaire, une incitation financière à réaliser les mesures de qualité à des prix avantageux.
3. La troisième différence concerne le financement de l'assurance-chômage. C'est la décision de votre Conseil qui a été reprise. Sur un point cependant, vous n'êtes pas suivis par le compromis de Soleure. Il s'agit de la compétence qui serait donnée au Conseil fédéral de porter le taux de cotisation à 3 pour cent sur les salaires inférieurs à 97 000 francs, et d'avoir un taux de 1 pour cent de contribution de solidarité pour la marge qui va de 97 000 francs à 243 000 francs, plafonnement absolu. Il en résultera une baisse des recettes de l'ordre de 250 millions de francs par an, ce qui rallongera la durée de remboursement à la Confédération d'environ six mois. Cela signifie plus de 100 millions de francs de diminution des recettes de la Confédération chaque année, pendant les années sur lesquelles porte le remboursement. Ça n'est pas une perspective extrêmement souriante. Nous vous proposons toutefois de vous rallier à cette décision; elle nous paraît constituer un centre de ralliement de l'ensemble des majorités de vos commissions, celle du Conseil des Etats et celle du Conseil national.
Vous me permettrez d'avoir un dernier pleur sur le fait que les 5 pour cent à fonds perdu de participation des cantons figuraient dans le projet du Conseil fédéral. Vous n'avez pas voulu entendre cette voix de la sagesse au Conseil des Etats, en plaidant la charge financière des cantons pour abandonner cette idée. Le Conseil national a flirté avec cette bonne idée. Il a fini par l'abandonner lui-même parce qu'à votre tour vous aviez confirmé, dans le deuxième débat, votre volonté de ne pas suivre, définitivement, le projet du Conseil fédéral sur ce point. La mort dans l'âme, le Conseil fédéral se rallie à l'abandon de ces 5 pour cent cantonaux, en pensant que ça n'est pas un acte convenable, mais qu'il est inévitable.
C'est ainsi que nous pouvons apporter notre meilleure contribution à ce compromis de Soleure qui, encore une fois, mérite d'être suivi. Je le salue, car il est grand temps maintenant de pouvoir disposer d'un instrument définitif en matière d'assurance-chômage. Je pense que la longue élaboration parlementaire, marquée de changements de cap importants, devrait nous permettre d'aboutir, à cette session, avec une loi définitive.
C'est dans cet esprit de ralliement que je vous invite à suivre les propositions de votre commission.

Art. 3a, 4 a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich komme zu den detaillierteren Ausführungen zu den einzelnen Artikeln; zuerst zu den Artikeln 3a und 4a, die zusammen behandelt werden können.
Der Ständerat hatte beschlossen, dass auf den Einkommen bis zu 243 000 Franken 3 Prozent zu bezahlen sind. Der Nationalrat findet, dass dies die Einkommen zwischen 97 200 und 243 000 Franken zu sehr belaste, und hat den Beitragssatz von 3 Prozent nur bis zu einem Einkommen von 97 200 Franken festgelegt; er möchte, dass bei einem Einkommen zwischen 97 200 und 243 000 Franken nur noch 1 Prozent zu bezahlen sei. Dies bedeutet keine Verschlechterung bei der Finanzierung der laufenden Ausgaben, sondern es bedeutet einzig, dass die Abbezahlung der Schulden etwas länger dauert, und zwar in etwa sechs Monate länger, als dies bei der ständerätlichen Lösung der Fall gewesen wäre.
Ihre Kommission ist der Ansicht, dass hier dem Nationalrat gefolgt werden kann und die Finanzierung nach Beschluss des Nationalrates erfolgen kann.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Les articles 3a et 4a ne font pas l'objet de commentaires particuliers de ma part.

Angenommen – Adopté

Art. 13 Abs. 1, 2quater, 3
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s

Antrag Martin Jacques
Abs. 2quater
Wenn die Teilnahme an einer von der Arbeitslosenversicherung finanzierten vorübergehenden Beschäftigung mindestens 6 Monate gedauert hat, löst sie für Versicherte, die 55 Jahre und älter sind, einen einmaligen Anspruch auf höchstens 85 Taggelder für die anschliessende Rahmenfrist aus.

Art. 13 al. 1, 2quater, 3
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Proposition Martin Jacques
Al. 2quater
Si elle a duré 6 mois au moins, l'activité exercée au titre d'un emploi temporaire financé par l'assurance-chômage ouvre aux assurés âgés de 55 ans ou plus un droit maximal unique à 85 indemnités journalières pour le délai-cadre suivant.

Abs. 1 – Al. 1

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich schlage Ihnen vor, dass wir zuerst Absatz 1 bereinigen und dann zu Absatz 2quater mit dem Antrag Martin Jacques kommen.
In Artikel 13 Absatz 1 geht es um die Mindestbeitragszeit für den Bezug von Arbeitslosenversicherungsleistungen. Sie hatten beschlossen, hier generell sechs Monate einzusetzen. Der Nationalrat hat differenziert; er setzt sechs Monate beim erstmaligen Bezug ein, und im Wiederholungsfall innert dreier Jahre, nach Ablauf der ersten Rahmenfrist, sind es dann zwölf Monate. Bei der generellen Lösung des Nationalrates können innerhalb der Rahmensfrist für den Leistungsbezug bis maximal 520 Taggelder bezogen werden, was eine Verlängerung der Leistungsdauer im Vergleich zum geltenden Recht darstellt. Aus diesem Grunde rechtfertigt es sich, die Anspruchsvoraussetzungen im Wiederholungsfalle zu verschärfen, indem die minimale Beitragsdauer verlängert wird. Diese Verlängerung gilt nur dann, wenn ein Versicherter innert fünf Jahren zweimal arbeitslos wird. Deshalb wird also im Wiederholungsfalle die Aufstockung auf zwölf Monate Beitragszeit vorgesehen.

Angenommen – Adopté

Abs. 2quater – Al. 2quater

Martin Jacques (R, VD): Il me semble utile, bien sûr, de défendre la proposition que j'ai présentée en commission et qui n'a pas été retenue à une courte majorité. La même proposition, présentée au Conseil national par M. Maitre, a été rejetée par 78 voix contre 77. On voit donc qu'il y a une volonté assez forte de traiter cette question.
J'explique les raisons pour lesquelles j'ai déposé cet amendement. Vous le savez, dans le compromis de Soleure, les

indemnités ont été montées de 400 à 520 jours. C'est vrai, c'est une réalité qui, bien sûr, relativise la décision que notre Conseil avait prise lors de la délibération du printemps dernier, où nous avions admis le principe d'une ouverture d'un droit maximal unique de 85 indemnités aux chômeurs âgés de 55 ans ou plus.
J'interviens à nouveau pour les raisons suivantes:
1. Des chômeurs qui ont plus de 55 ans arrivent souvent en fin de droits sans avoir retrouvé du travail. C'est malheureusement le cas, parce qu'il faut bien reconnaître que leur position est difficile au plan de l'économie; les employeurs n'engagent pas souvent des personnes âgées parce qu'elles coûtent plus cher socialement et que, souvent, les entreprises préfèrent de jeunes collaborateurs. Dès lors, les personnes à partir de 55 ans ont très peu de chances de retrouver un emploi.
Or, il faut bien reconnaître que, dans notre évolution économique de ces dernières années, ces personnes ont directement et très clairement contribué à l'enrichissement de notre pays. Les pénaliser maintenant, à la fin de leur carrière, me semble inhumain. C'est une des raisons pour lesquelles je vous invite à soutenir ma proposition.
2. En outre, ces gens qui ne trouveront plus d'emploi seront à la charge de l'assistance publique. Dès lors, entrant dans le système d'assistance sociale, ce sont les cantons qui se trouvent dans l'obligation de payer, ce qui représente un coût extrêmement lourd. Ce qui me paraît encore plus pénalisant, c'est que ces gens soient exclus du marché du travail. C'est une pénalisation morale extrêmement lourde à supporter. C'est la raison pour laquelle je vous demande de donner aux demandeurs d'emplois de 55 ans ou plus la possibilité, après six mois d'un programme d'occupation, de pouvoir toucher encore 85 indemnités.
Ce n'est pas du tout un retour à la dynamique précédente où l'on pouvait ad aeternum retrouver des programmes d'occupation et des indemnités, c'est une seule et unique fois.
Voilà les raisons pour lesquelles je vous demande de confirmer notre décision du printemps dernier et de maintenir une petite divergence qui n'en est pratiquement pas une, puisqu'il y avait quasiment égalité au Conseil national lors du vote sur la proposition correspondante.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich möchte vorausschicken, dass die Kommission das Problem, das Herr Martin Jacques angetönt hat, nämlich die grossen Schwierigkeiten der älteren Arbeitnehmer, wieder eine Stelle zu finden und sich wieder im Arbeitsmarkt eingliedern zu können, sehr ernst genommen hat. Wenn sie daraus nicht dieselben Schlussfolgerungen zieht, wie dies Herr Martin tut, dann nicht im geringsten, weil sie sich des Problems nicht bewusst wäre, sondern weil sie das Problem mit Bezug auf die gesamte Philosophie dieser Revision angehen möchte.
Herr Martin hat Sie gebeten, bei unserem ursprünglichen Entscheid zu bleiben, der ebenfalls während einer nochmaligen Dauer von 85 Tagen Taggelder vorgesehen hat. Ich möchte Ihnen beliebt machen, dies nicht zu tun, und zwar deshalb, weil die Grundvoraussetzungen nicht mehr dieselben sind, wie wir sie bei unserem letzten Entscheid angetroffen haben. Damals sind wir davon ausgegangen, dass es möglich sei, dass Versicherte ihren Höchstanspruch bereits nach 85, 170 oder 250 Tagen ausgeschöpft haben. Es war nach unserem alten System in keinem Fall möglich, 520 Taggelder zu erreichen.
Das neue Konzept beruht auf dem Grundgedanken, dass die Versicherung im Gegensatz zum geltenden Recht während der ganzen zweijährigen Rahmenfrist Leistungen erbringt. Nach Ablauf dieser 520 Tage ist die Wiedereingliederung Sache der Kantone. Es ist Sache der Kantone, das notwendige soziale Netz aufzubauen.
Die Philosophie des neuen Systems ist es, dass man so früh wie möglich und mit soviel Kraft wie irgend möglich auf die Wiedereingliederung der arbeitslosen Personen hinwirken muss und dass es nicht einfach um eine längere Dauer der Taggeldbezüge gehen kann.
Ich bitte Sie daher, dem neuen System Rechnung zu tragen und hier nicht eine weitere Verlängerung von 85 Taggeldern zu beschliessen.

Onken Thomas (S, TG): Ich meinerseits möchte den Antrag Martin Jacques unterstützen und Ihnen empfehlen, ihm zuzustimmen. Herr Martin hat den Vorschlag von Herrn Nationalrat Maitre aufgenommen, der einen gleichlautenden Antrag im Nationalrat eingebracht hat und dort mit dem knappestmöglichen Ergebnis unterlegen ist, nämlich mit einer einzigen Stimme. Ich denke, dass wir wohl daran tun, diesen Antrag hier nochmals zu erwägen und ihn vielleicht auch in dieses Gesetz aufzunehmen.
Es ist zwar richtig, wie die Kommissionssprecherin erläutert hat, dass die Voraussetzungen geändert haben. Wir hatten bei der Fassung, die im Januar vorlag, eine Beitragszeit von 400 Tagen vorgesehen, und dann die Möglichkeit – für alle sogar –, nochmals 85 Tage zusätzlichen Anspruchs zu erwerben. Diese Voraussetzung hat geändert, indem wir jetzt einen Höchstanspruch von 520 Tagen vorgesehen haben. Aber auch Herr Martin hat seinen Antrag angepasst; er verlangt diese Massnahme ja nicht mehr für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern ganz gezielt nur für die älteren ab 55 Jahren.
Und da müssen wir – wenn wir uns die Realitäten vergegenwärtigen – doch einfach sehen, dass es diese älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auch noch nicht in einen frühen Ruhestand treten können, heute auf dem Arbeitsmarkt ganz besonders schwer haben. Aber selbst nach 520 Tagen ist die Chance nicht vertan, sie gegebenenfalls durch individuelle Beratung, durch geeignete Massnahmen doch noch plazieren zu können. Es braucht bei diesen älteren Erwerbslosen mehr Geduld und einen längeren Atem, und deshalb ist für sie, um eine Härte zu mildern, dieser einmalige, zusätzliche Anspruch auf 85 Tage gerechtfertigt.
Eine weitere Rechtfertigung liegt meines Erachtens darin – hier kann man nun freundeidgenössische Solidarität üben –, dass man eine Geste gegenüber jenen Kantonen macht, die eine besonders hohe Arbeitslosigkeit haben und bei denen sich damit das Problem der Aussteuerung für den Kanton selbst und für die betroffenen Gemeinden in einem besonderen Masse stellt. Die Möglichkeit, welche Herr Martin hier eröffnen und in das Gesetz einbringen will, mildert diese Last und Verpflichtung.
Deshalb ersuche ich Sie, diesem wohlbedachten Antrag zuzustimmen.

Simmen Rosmarie (C, SO): Der Antrag Martin Jacques greift tatsächlich ein echtes Problem auf, um das sich sowohl die Kommissionen als auch bereits die Ratsplena mehrfach gekümmert haben. Die Lösung, die uns Herr Martin vorschlägt, ist indessen eine rein fürsorgerische und soziale Massnahme. Sie wäre an sich gewiss sehr erwünscht und würde auch für die betreffenden Personen eine Erleichterung bringen.
Aber – da muss ich die Kommissionssprecherin unterstützen – diese Massnahme würde zusätzlich auf unser bereits erweitertes System aufgesetzt. Es ist eine Massnahme, die zu Lasten der Arbeitslosenversicherung geht. Wir haben in den Beratungen, die mit den beiden Subkommissionen, den Sozialpartnern und den Kantonen in Solothurn stattfanden, einfach gemerkt, dass wir mit diesem erweiterten System an eine Grenze stossen, die wir nicht mehr überschreiten können, wenn wir nicht diesen ganzen fragilen und komplizierten Kompromiss aufs Spiel setzen wollen.
Das ist der Grund, weshalb ich Ihnen – ohne grosse Freude, aber trotzdem mit Überzeugung – beantragen möchte, hier der Kommission zuzustimmen.

Schiesser Fritz (R, GL): Gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung zu diesem Antrag von Kollege Martin Jacques:
Was Frau Simmen gesagt hat, ist an sich zutreffend. Es handelt sich um eine sozial ausgerichtete Massnahme, weil wir auch mit diesen zusätzlichen 85 Tagen die schwierige Situation der 55jährigen und älteren Arbeitslosen nicht grundlegend verändern können.

Ich möchte auf die finanziellen Folgen hinweisen, die diese Massnahme nach sich zieht. In der Kommission hat uns Herr Nordmann erklärt, diese Massnahme koste etwa 28 Millionen Franken. Wenn man sich überlegt, wie gross die jährlichen Ausgaben der Arbeitslosenversicherung sind, so darf man sagen, dass diese 28 Millionen Franken den Rahmen sicher nicht sprengen, auf der anderen Seite aber doch in zahlreichen Fällen zu einer Linderung der Not beitragen können, die für ältere Arbeitslose entsteht. Es war dies der Grund, weshalb ich mich in der Kommission für diesen Antrag ausgesprochen habe.
Ich werde Herrn Martin aber auch aus der Überlegung heraus unterstützen, wonach sich eine gewisse Solidarität gegenüber jenen Kantonen aufdrängt, die eine hohe Arbeitslosigkeit haben.
Wir können dem Antrag Martin Jacques stattgeben. Die Grössenordnung ist absolut verkraftbar. Die Lösung bringt nicht eine grundlegende Veränderung der Situation der älteren Arbeitslosen, sicher aber eine Linderung.

Prongué Marie-Madeleine (C, JU): Je soutiendrai moi aussi la proposition Martin Jacques, et pour les raisons suivantes:
1. Je combats l'idée qu'il faut sauver un système. Il s'agit ici d'aider des travailleurs à arriver dignement à la fin de leur carrière professionnelle et d'éviter autant que possible qu'ils recourent au petit crédit ou à l'assistance publique.
2. Connaissant quelques personnes de cet âge et dans cette situation, il faut remarquer qu'elles ont dû s'y prendre à plusieurs reprises pour trouver un emploi qui leur permette de mettre encore un peu leurs qualifications et leur savoir-faire à la disposition de la communauté. Des emplois de courte durée, si ces personnes peuvent encore en trouver, doivent aussi leur permettre d'accéder encore aux prestations de l'assurance-chômage.
Il faut donc encourager leur effort pour rester dans la course et leur accorder la possibilité de retrouver cet accès aux indemnités. Plus les personnes de cet âge garderont un espoir, moins les assurances sociales auront à intervenir, ce qui est en définitive tout bénéfice pour la collectivité tout entière.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Sans doute, les chômeurs les plus âgés ont-ils droit, mais les autres aussi, à notre large compréhension humaine et à notre sens de la solidarité. Lorsque l'on a consacré sa vie à travailler à la prospérité de ce pays, en être privé au crépuscule de sa vie active est particulièrement injuste et parfois même cruel, j'en conviens. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral a salué, avec empressement, le fait que l'on passe de 400 à 520 indemnités et que l'on donne ainsi aux travailleurs les plus âgés une perspective et un espoir de réinsertion dans le monde du travail qui soient plus convenables et qui autorisent davantage d'espoirs que le système plus strict qui avait été originellement imaginé.
Toutefois, si nous devons nous réjouir de cette augmentation intervenue dans la discussion parlementaire, il y a quand même quelque part une limite à fixer. La limite de 520 jours est suffisante pour que l'on puisse imaginer que ce ne sont pas 50 ou 85 jours de plus qui amèneront le chômeur le plus âgé à une situation fondamentalement différente et préférable à celle des 520 jours. Je crois que la cote retenue, de manière précaire, il est vrai, à une voix de majorité, par le Conseil national et que votre commission vous propose d'accepter est une cote convenable. C'est cette décision-là qu'il nous faut respecter, indépendamment du fait qu'elle éviterait de créer une divergence avec le Conseil national. Mais ce n'est pas là la raison principale. La raison principale, comme l'ont expliqué M^me^ le rapporteur et M^me^ Simmen, est dans la philosophie de cette nouvelle formule née du compromis de Soleure. A mon avis, des surenchères ou des modifications n'ont pas légitimement leur place, ni sociale, ni économique.
Au reste, j'aimerais attirer l'attention des députés au Conseil des Etats sur le fait que l'article 27 alinéa 6 prévoit, pour les chômeurs proches de l'âge de la retraite, 120 indemnités supplémentaires déjà. C'est dire que cette catégorie de chômeurs a été traitée de manière particulièrement attentive et ouverte par le Parlement par deux fois, lorsqu'on a passé à 520 indemnités et lorsqu'on a introduit l'alinéa 6 de l'article 27 pour les personnes les plus proches de la retraite. Je crois que les parlementaires ont rempli leur devoir de solidarité à l'égard des chômeurs les plus âgés et qu'ils peuvent avoir la conscience allégée.
Dans cet esprit, je vous demande de repousser la proposition Martin Jacques et de vous en tenir à la version née, elle aussi, du compromis de Soleure, qui est digne de votre appui.

Abstimmung – Vote
F r den Antrag der Kommission 24 Stimmen
F r den Antrag Martin Jacques 18 Stimmen

Abs. 3 – Al. 3

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 13 Absatz 3 handelt es sich um eine rein redaktionelle Bereinigung. Ich bitte Sie, sich mit Ihrer Kommission dem Nationalrat anzuschliessen.

Angenommen – Adopté

Art. 16 Abs. 3
Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s
Minderheit
(Brändli, Loretan)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 16 al. 3
Proposition de la commission
Majorité
Adhérer à la décision du Conseil national
Minorité
(Brändli, Loretan)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Sie haben im letzten Umgang beschlossen, an Artikel 16 Absatz 3 festzuhalten. Der Nationalrat möchte diesen Absatz streichen, und die Mehrheit Ihrer Kommission hat sich damit einverstanden erklärt.
Inhaltlich und materiell sind sich beide Räte einig: Gemäss Artikel 16 Absatz 1 hat der Arbeitslose zur Schadensminderung grundsätzlich jede Arbeit unverzüglich anzunehmen. In Absatz 2 wird aufgezählt, welche Arbeiten als unzumutbar zu taxieren sind. Die Zumutbarkeitsregeln schützen klar nur vor Überforderung – z. B. Gesundheitsschäden –, nicht vor Unterforderung. In Absatz 2 Litera b wird festgehalten, dass «angemessen auf die Fähigkeiten oder auf die bisherige Tätigkeit Rücksicht» zu nehmen ist. Der Begriff «angemessen» beinhaltet klar, dass mit längerer Dauer der Arbeitslosigkeit immer weniger auf die Fähigkeiten und die bisherige Tätigkeit Rücksicht zu nehmen ist, bis dann schliesslich – individuell von Fall zu Fall verschieden, aber etwa nach Ablauf von vier Monaten – keine besondere Beachtung dieses Kriteriums mehr zu erfolgen hat.
Indem wir uns dem Nationalrat anschliessen und uns mit der Streichung von Absatz 3 einverstanden erklären, bieten wir Hand zu einer etwas individuelleren Behandlung der Fälle, gehen jedoch nicht vom Grundprinzip der mit der Zeit abnehmenden Rücksichtnahme ab.

Brändli Christoffel (V, GR), Sprecher der Minderheit: Die Botschaft spricht zu Recht davon, dass es bei diesem Zumutbarkeitsartikel um ein Kernstück der Revision geht. Der Bundesrat hat in der Botschaft ein klares Konzept vorgelegt. In Absatz 1 wurde der Grundsatz verankert, wonach jede Arbeit zumutbar ist. Dann werden aber in Absatz 2 relativ grosszügig Ausnahmen postuliert. Man könnte sagen, dass diese

Ausnahmen den Artikel 1 beinahe ausser Kraft setzen und beinahe das bisherige Recht übernehmen.
Der Bundesrat hat dann in Absatz 3 zu Recht gesagt, dass der Bundesrat nach Ablauf von vier Monaten eine flexible Lösung, also eine weniger strenge Handhabung dieser Ausnahmen, insbesondere der Litera b, realisieren soll.
Der Ständerat hat die Bestimmungen des Bundesrates in seinen bisherigen Beratungen verschärft: in der ersten Runde mit 26 zu 6 Stimmen, in der zweiten Runde einstimmig. Der Nationalrat hat sie entschärft, abgeschwächt. Man muss auch sagen, dass er damit diesem Zumutbarkeitsartikel die Zähne gezogen hat. Der Bundesrat hat sich bei den früheren Debatten immer für die strengere Variante des Ständerates ausgesprochen.
Grundsätzlich vertrete ich die Auffassung, dass der Ständerat unbedingt an seiner bisherigen Grundausrichtung festhalten sollte. Ein Artikel, welcher in Absatz 1 jede Tätigkeit als zumutbar, in Absatz 2 aber fast alles zur Ausnahme erklärt, reicht für die Durchsetzung eines strengen Zumutbarkeitsbegriffes nicht aus. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass beispielsweise Litera b im Vergleich zum geltenden Recht larger und nicht strenger gefasst ist: Im alten Recht heisst es, dass die bisherige Tätigkeit «wenn möglich» zu berücksichtigen sei. Neu soll gelten, dass die bisherige Tätigkeit zu berücksichtigen sei. Dadurch wird eigentlich unabdingbar, dass man in Absatz 3 signalisiert, man müsse im Laufe der Zeit strengere Anforderungen stellen.
Der Hinweis, dass dies aus dem Wort «angemessen» abgeleitet werden könne, ist natürlich nicht haltbar, weil das Wort «angemessen» bereits im geltenden Recht enthalten ist. Wer mit dieser Materie zu tun hat und Gerichtsverfahren durchgezogen hat, der weiss, dass dem eben nicht so ist. Ich verzichte darauf, die Voten von Ratskollegen und von Herrn Bundesrat Delamuraz zu zitieren. Sie wissen selber, was Sie zu diesem Artikel jeweils gesagt haben.
Wenn ich trotzdem nicht an der Fassung des Ständerates festhalte, sondern Ihnen empfehle, der Fassung des Bundesrates zuzustimmen, die dem Bundesrat die Kompetenz gibt, diese Verschärfung nicht auf vier Monate begrenzt festzulegen, sondern sie in der Verordnung auch etwas flexibler zu regeln, so tue ich das, weil ich sehe, dass hier eine wesentliche Differenz zwischen Ständerat und Nationalrat besteht und dass wir am Ende des Differenzbereinigungsverfahrens eine Lösung vorschlagen sollten, die, so meine ich, in beiden Räten mehrheitsfähig sein müsste.
Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Minderheitsantrag zustimmen.

Onken Thomas (S, TG): Sie haben es soeben beim Antrag Martin Jacques, der ein sozial ausgerichteter Antrag war, abgelehnt, eine Differenz zum Nationalrat zu schaffen. Ich bitte Sie, sie nun auch hier nicht zu schaffen, sondern es bei der Lösung zu belassen, die uns der Nationalrat vorschlägt und die im übrigen – das möchte ich ausdrücklich sagen – Bestandteil des Kompromisses von Solothurn ist, auf den man sich so oft berufen hat: Bestandteil der Lösung zwischen den beiden Arbeitsgruppen, die dort tätig waren, Bestandteil aber auch des Kompromisses zwischen den Sozialpartnern. Auch die Arbeitgeberseite – selbst die Vertreter des Gewerbeverbandes – hat dieser Lösung, die uns der Nationalrat vorschlägt, ausdrücklich zugestimmt, und das gibt ihr doch eine gewisse Rückendeckung.
An sich geht es ohnehin um einen Streit um Worte. Aber es sind Worte, die eine ganz beträchtliche Wirkung, ein beträchtliches Gewicht, meines Erachtens sogar einen psychologischen Effekt haben und die wir deshalb ernst nehmen müssen. Denn die Balance dieses Gesamtkompromisses wird gestört, wenn man ausgerechnet hier beharrt und eine harte Linie durchsetzen möchte.
Wir sollten zunächst einmal den Absatz 1 nicht vergessen. Wenn man eine Fahne vor sich hat – mit nur noch einem Minderheitsantrag unten, oben die Seite blank –, blickt man oft nicht mehr zurück zum Absatz 1, in dem es heute im Gegensatz zur früheren Praxis kurz und bündig und nüchtern heisst: «Der Arbeitslose muss zur Schadensminderung grundsätzlich jede Arbeit unverzüglich annehmen.» Das ist gegenüber früher eine Änderung der Philosophie, von der wir dann in Absatz 2 gewisse Ausnahmen bestimmen. Aber dieser Grundsatz steht jetzt im Gesetzentwurf. Früher war es genau andersherum formuliert. Jetzt steht es in dieser harten Klarheit hier. Dass wir, wenn das schon so ist, versuchen, solange wie möglich angemessen auf die bisherige Qualifikation, auf die bisherigen beruflichen Erfahrungen Rücksicht zu nehmen, ist sicher richtig. Wir wollen doch die Erwerbslosen nicht disqualifizieren, sie schon nach vier Monaten in eine möglicherweise weniger geeignete, weniger auf ihre Fähigkeiten ausgerichtete Tätigkeit zwingen. Wir bekommen überdies mit den regionalen Arbeitsvermittlungszentren ein neues Instrument in die Hand, das eine viel individuellere Abklärung erlaubt, eine bessere und persönlichere Betreuung und damit auch eine raschere und gezieltere Wiederintegration in das Erwerbsleben. Mit der Formulierung «angemessen .... Rücksicht nimmt» haben wir bereits genug Flexibilität, Herr Kollege Brändli. Diese Bestimmung – das hat auch die Kommissionssprecherin ausgeführt – wird heute schon im richtigen, im von Ihnen erwarteten Sinne angewendet. Es braucht diese Verschärfung, diese härtere Formulierung, die Sie nun wieder hineinbringen wollen, nicht. Wenn Sie auf die Fassung des Bundesrates zurückgehen, ist das keine Kompromisslösung. Denn dort besteht nicht nur die Möglichkeit, diese Frist allenfalls zu verlängern, sondern es besteht ja auch die Möglichkeit, sie zu verkürzen, also noch restriktiver, schärfer vorzugehen und noch weniger lang zu versuchen, auf bisherige Qualifikationen eines Erwerbslosen Rücksicht zu nehmen. Mit der neuen Philosophie der individuellen Abklärung, Beratung und Wiederintegration durch die regionalen Arbeitsvermittlungsstellen und des entsprechenden Bemühens des Erwerbslosen ist das nicht vereinbar.
Ich bitte Sie dringlich – denn ich war in Solothurn dabei und habe aus der ganzen Atmosphäre heraus gespürt, wie wichtig es ist, dass wir hier bei der Stange bleiben –, der Lösung des Nationalrates zuzustimmen.

Loretan Willy (R, AG): Als Mitglied der Minderheit Brändli möchte ich auch noch einige Worte beifügen, zumal ich Urheber der ständerätlichen Fassung von Absatz 3 bin – ohne den zweiten Satz. Das hat die Kommission des Ständerates bereits am 24. Januar 1994 auf meinen Antrag hin so beschlossen und dann durchgezogen. Ich kämpfe also auch ein wenig für ein «eigenes Kind».
Zum Grundsätzlichen: Wir stehen in der letzten Runde der Differenzbereinigung. Wir stehen unter einem gewissen politischen und moralischen Druck der sogenannten Solothurner Konferenz. Aber wie ein Kollege in der Kommission letzten Freitag festgestellt hat, sind immer noch wir Gesetzgeber und nicht irgendwelche Konferenzen von Ausschüssen aus parlamentarischen Kommissionen plus Arbeitgebervertreter, plus Arbeitnehmervertreter, plus Kantonsvertreter usw. Das ist vielleicht etwas bösartig, aber ich entziehe mich deswegen nicht der Notwendigkeit, heute soweit möglich dem Nationalrat und dieser Konferenz entgegenzukommen. Das darf aber nicht heissen, dass wir uns allüberall anschliessen.
Zur Sache: Artikel 16 ist ein typisches Beispiel für die überaus komplizierte Gesetzgebung, die wir bei diesem Gesetz gemacht haben. Ich frage mich, wie in kleineren, ja auch in mittleren Kantonen der Gesetzesvollzug anlaufen wird, insbesondere wenn die Inkraftsetzungstermine derart knapp sind, wie sie, auch gemäss dem Solothurner Kompromiss, in den Schlussbestimmungen angesetzt sind. Das ist eine grundsätzliche Bemerkung, die ich anbringen wollte, damit ich mich später nicht noch einmal zum Wort melden muss.
An sich würde in Artikel 16, «Zumutbare Arbeit», Absatz 1 genügen: «Der Arbeitslose muss zur Schadensminderung grundsätzlich jede Arbeit unverzüglich annehmen.» Das Wort «grundsätzlich» signalisiert ja in der Juristensprache Ausnahmemöglichkeiten.
In Absatz 2 wird dieser Grundsatz sehr stark relativiert. Man hat das Prinzip umgedreht, es unverzüglich wieder stark abgeschwächt und dem heutigen Zustand – Herr Onken hat von einem anderen Standpunkt aus darauf hingewiesen –

wieder angeglichen. In Absatz 3 wird dann von der Ausnahme in Absatz 2 Litera b wiederum eine Ausnahme statuiert, und im zweiten Satz von Absatz 3 nochmals eine Ausnahmemöglichkeit von der Ausnahme der Ausnahme. So kompliziert legiferieren wir!
Ich möchte heute nicht an der Streichung des zweiten Satzes von Absatz 3 im Sinne der Entkomplizierung der ganzen Gesetzgeberei festhalten – d. h. am ursprünglicher Beschluss des Ständerates –, sondern mich, wie aus der Fahne hervorgeht, dem Minderheitsantrag Brändli anschliessen. Er bildet eine mittlere Lösung für Absatz 3, auf die der Nationalrat sollte einschwenken können.
Im übrigen hat Herr Brändli hinlänglich begründet, warum Absatz 3 nicht gestrichen werden soll und warum wir in Gottes Namen dem Absatz 3 gemäss Fassung des Bundesrates und nicht gemäss jener des Ständerates zustimmen sollten. Ich bitte Sie, dies zu tun.

Martin Jacques (R, VD): Je vous recommande de refuser la proposition de la minorité. La solution trouvée actuellement est une solution beaucoup plus souple, qui permet de s'adapter à la situation individuelle du chômeur. Nous avons voulu aller dans ce sens en créant les offices régionaux de placement qui dressent des bilans de carrière, d'une part, et qui estiment, d'autre part, quelles sont les capacités de l'individu à pouvoir se recycler dans une autre profession ou dans une profession parallèle à la sienne. La commission tripartite instituée par la loi permet aussi de contrôler qu'il y ait moins d'abus, parce qu'il y en a eu bien sûr. Mais on ne peut adopter une loi uniquement pour éliminer systématiquement tous les abus. La solution proposée actuellement est une bonne solution.
J'aimerais relever en outre que le côté pratique de l'application de la clause du travail convenable est extrêmement difficile dans le terrain. Si l'on impose à un individu un travail qu'il ne veut pas faire, il a mille manières de le refuser ou de mal l'exécuter dans son activité quotidienne. Mettre dans la loi, Monsieur Loretan, une disposition extrêmement contraignante, dans son application, n'est pas possible, ne sert à rien. Il faut rester logique et réaliste.
Dès lors, je vous demande de refuser la proposition de la minorité, pour la bonne raison que, lors de la rencontre de Soleure, ce problème a été discuté, et que la version présentée aujourd'hui a été admise. Je crois qu'il ne faut pas introduire une divergence majeure par rapport à la version adoptée à Soleure par les commissions des deux Conseils.

Simmen Rosmarie (C, SO): Ich möchte Sie kurz daran erinnern, weshalb wir überhaupt noch an der Beratung dieses Gesetzes sind und es nicht schon längst verabschiedet haben.
Wir haben als Erstrat seinerzeit das Konzept des Bundesrates übernommen. Dieses Konzept ist aber auf den erbitterten Widerstand der Sozialpartner und des Nationalrates, des Zweitrates, gestossen. Die Lösung des Nationalrates hat dann bei den Kantonen Widerstand hervorgerufen, und es ist nötig geworden, zwischen diesen verschieden gelagerten Interessen – den Interessen der Sozialpartnerner einerseits und den Interessen der Kantone andererseits – einen Kompromiss zu finden, der letztlich «verhält» und nicht einem Referendum zum Opfer fällt.
Diese Sitzung in Solothurn war, Herr Loretan, nicht irgendein Treffen eines Geheimklubs, der über die Köpfe der Räte und an den Kommissionen vorbei Entscheidungen traf, sondern das war der – wahrscheinlich letzte – Versuch, diese verschiedenen Interessen zusammenzubringen und einen Kompromiss zu finden. Hier hat sich nun – auch zu meinem Erstaunen – gezeigt, dass die Arbeitgeberseite nicht daran interessiert ist, bei Artikel 16 eine Verschärfung ins Gesetz hineinzubringen. Ich denke, wir sollten nicht päpstlicher sein als der Papst und auch nicht arbeitgeberfreundlicher als der Präsident des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, Herr Hasler, der der Variante der Mehrheit ausdrücklich zugestimmt hat.
Ich bitte Sie, diesen Kompromiss zu akzeptieren und der Mehrheit zuzustimmen.

Brändli Christoffel (V, GR), Sprecher der Minderheit: Ich laufe nicht Gefahr, päpstlicher zu werden als der Papst. Ich bitte Sie einfach, Artikel 16 Absatz 1 Litera b des geltenden Rechts und Absatz 2 Litera b nach neuem Recht zu lesen, dann werden Sie feststellen, dass keine Verschärfung der Zumutbarkeit eingetreten ist. Wir müssen aber auch ehrlich sein und sagen, dass der Zumutbarkeitsbegriff bei dieser Revision nicht verschärft worden ist. Ich möchte Herrn Onken sagen, dass der Bundesrat die Frist auch muss reduzieren können.
Dieser Zumutbarkeitsartikel wird auch bei der Ersatzarbeit angewendet. Wenn Sie jemandem eine Arbeit finden und die Differenz bezahlen, bis er eine Stelle gefunden hat, gilt dieser Zumutbarkeitsartikel auch. Hier bieten Sie nun jedem Arbeitslosen Möglichkeiten, auf dem Rechtsweg Verzögerungen eintreten zu lassen, die den Vollzug nicht mehr möglich machen – ich habe zwölf Jahre lang solche Auseinandersetzungen geführt. Wenn wir diese Handhabe nicht haben, können wir nicht mehr von einer Verschärfung des Zumutbarkeitsbegriffes sprechen.
Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Schiesser Fritz (R, GL): Unser Rat steht im Ruf, die Chambre de réflexion zu sein und auch in juristischer Hinsicht gute Arbeit zu leisten.
Ich frage mich nun aber: Von welcher Position muss eine Rechtsanwendungsbehörde – sei es als erste Instanz oder als Beschwerdeinstanz – ausgehen, wenn wir nach dieser Diskussion Absatz 3 streichen? Was heisst das für die rechtsanwendende Behörde? Was gilt dann? Auf der einen Seite hören wir, es müsse im Zusammenhang mit der Anwendung von Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe b eine grössere Flexibilität geschaffen werden. Auf der anderen Seite sagt man uns, es komme nicht so sehr darauf an, ob wir Absatz 3 streichen oder nicht, weil auch bei Streichung von Absatz 3 der Begriff «angemessen» ohnehin entsprechend ausgelegt werden müsse.
Wir behandeln hier einen recht wichtigen Bereich. Ich meine, es sei Sache des Parlamentes, einen klaren Entscheid zu treffen. Es soll diesen Entscheid nicht dem Eidgenössischen Versicherungsgericht zuschieben.
Ich wäre deshalb der Kommissionssprecherin sehr dankbar, wenn sie noch einmal ganz klar darlegen würde, was es für die Rechtsanwendung heisst, wenn der Minderheitsantrag Brändli abgelehnt und damit der Absatz 3 gestrichen wird.
Nachdem wir uns in den ersten beiden Runden ganz klar für die Beibehaltung dieses Absatzes ausgesprochen haben, wäre die Streichung eine absolute Kehrtwendung. Dann muss ganz klar dargelegt werden, was diese Kehrtwendung in der Praxis bedeutet.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich möchte in drei Punkten Stellung beziehen. Ich möchte zuerst etwas dazu sagen, was die Änderung gegenüber dem geltenden Recht betrifft, dann dazu, was die Änderung gegenüber dem betrifft, was wir das letzte Mal beschlossen haben, und als letztes möchte ich noch eine politische Stellungnahme abgeben.
1. Gegenüber dem geltenden Recht – hier möchte ich Herrn Brändli ganz vehement widersprechen – haben wir eine Umkehr des Prinzips und damit eine starke Verschärfung vorgenommen. Sie müssen nämlich den Absatz 1 von Artikel 16 ganz klar mit berücksichtigen. Hier haben wir das Prinzip umgekehrt und gehen davon aus, dass grundsätzlich jede Arbeit zumutbar ist; das war bis anhin nicht so. Bis anhin, im geltenden Recht, wird damit begonnen zu definieren, was eine zumutbare Arbeit ist. Im neuen Recht steht in Artikel 16 Absatz 1 klar, dass grundsätzlich jede Arbeit zumutbar ist; in Absatz 2 kommen dann die Ausnahmen von dieser Regel. Das ist die klare Verschärfung. Dieser Verschärfung haben sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat zugestimmt.
2. Was ist die Änderung gegenüber dem, was wir das letzte Mal beschlossen haben? Hier besteht materiell-inhaltlich keine Änderung. Wir nehmen keine Verschärfung, aber auch keine Entschärfung vor, sondern wir geben lediglich den Rechtsanwendern die Möglichkeit, für den Einzelfall etwas

Individualisiertes zu entscheiden. Sie müssen nämlich nicht genau am Tag nach Ablauf des vierten Monates keinerlei Rücksicht mehr nehmen, sondern im individuellen Fall vielleicht schon nach dreieinhalb Monaten, oder sie können nach vier Monaten und zwei Tagen auch noch eine gewisse Rücksicht nehmen.
Aber grundsätzlich ist es klar, dass mit längerdauernder Arbeitslosigkeit ganz eindeutig die Rücksichtnahme abnimmt, dass man immer weniger auf die bisherige Tätigkeit und auf die Fähigkeiten Rücksicht nehmen muss und dass dieser Grenzpunkt etwa bei vier Monaten liegt – nur nicht scharf beim vierten Monat, aber um den vierten Monat herum.
Hier liegt mit unserem heutigen Entscheid, wenn wir dem Nationalrat folgen, keinerlei Verschärfung, aber auch keinerlei Entschärfung vor.
3. Noch kurz eine politische Betrachtung: Es ist mir vollkommen klar, dass wir in Kommissionen, wo Subkommissionsmitglieder, Kantone und Sozialpartner miteinander diskutieren, nicht Gesetze machen. Aber wir haben zu Beginn dieser Debatte ausgeführt, dass es wichtig ist, dieses Gesetz in dieser Session unter Dach zu bringen, und dass wir auch mit der Umsetzung am 1. Januar 1996 beginnen möchten. Wir möchten, wenn immer möglich, ein Referendum umgehen.
Ich glaube, dass sich die Sozialpartner auf die Lösung des Nationalrates geeinigt haben. Wie schon von etlichen Vorrednern gesagt wurde: Auch die Arbeitgeberverbände und der Gewerbeverband legen keinen Wert darauf, dass dieser Absatz 3 von Artikel 16 noch im Gesetz steht, weil sie davon ausgehen, dass er keine Verschärfung bedeutet, sondern dass die Lage mit oder ohne Absatz 3 dieselbe bleibt.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: J'insiste sur le fait que la définition du travail convenable doit occuper dans la nouvelle loi sur l'assurance-chômage une place centrale. Car l'imprécision de la définition actuelle, le caractère beaucoup trop large ou permissif du travail convenable tel qu'il est défini dans la loi actuelle, sont la source d'abus, d'interprétations extrêmement larges et parfois même trop généreuses. Il était donc indispensable que la définition du travail convenable soit retravaillée pour parvenir à une définition plus rigoureuse du travail convenable. C'est ce qui a été fait à l'article 16 tel que vous l'avez accepté et tel que vous l'avez, avec le Conseil national, modifié. Il est dit, dans la version française, à l'alinéa 2: «N'est pas réputé convenable .... un travail qui: b. ne tient pas raisonnablement compte des aptitudes du chômeur ou de l'activité qu'il a précédemment exercée».
Dans cette définition, vous avez la modération «raisonnablement», à propos de l'activité qu'il a exercée auparavant. C'est dire que l'on a donné de la rigueur à la définition en supprimant «si possible», mais qu'on laisse tout de même une certaine souplesse de jugement et d'interprétation, parce qu'il ne s'agit pas de cas tout simples qui se réduisent en formules mathématiques. Il s'agit d'êtres humains, de femmes et d'hommes qui ont leurs aptitudes, leur sensibilité et leurs capacités, tous variant d'un individu à l'autre: on ne peut pas régler leur sort d'une manière géométrique. Il est indispensable de pouvoir les approcher, en ayant un outil qui permette de les contraindre, à un moment donné, à un certain travail, mais après que le cas aura été mesuré, apprécié et pesé.
Je crois, Messieurs Brändli et Loretan, que même avec la solution décidée par le Conseil national, cette rigueur que vous et moi appelons de nos voeux, continuera de pouvoir s'exercer. Finalement, et c'est ce qui me fait plaider pour la décision du Conseil national, on ne doit pas se lier, s'agissant des activités antérieures ou de la spécialité professionnelle de l'individu, à un terme absolu qui est quatre mois à partir duquel ces notions-là n'ont plus cours dans l'appréciation de la situation par l'office qui doit décider. Cette disposition générale des quatre mois sera raisonnablement tenue dans la pratique de tous les jours; cependant il pourra y avoir des situations où il sera contre nature, et finalement parfaitement artificiel, de décréter que la mesure est encore applicable après quatre mois, mais qu'elle ne l'est plus après quatre mois et un jour. Il pourra y avoir des spécialités professionnelles, des activités très spécialisées qui, décidément, ne pourront pas s'oublier en quatre mois et qui exigeront un peu plus de temps. Il pourra y avoir, au contraire – on ne l'a pas dit – des périodes où, manifestement, les spécialités et les formations professionnelles acquises ne devront pas être considérées comme taboues pour des durées allant au minimum jusqu'à quatre mois. Il pourra y avoir des situations où ce délai sera plus court.
Dans l'ensemble, on donne ainsi davantage de souplesse à l'instrument, et s'il m'est rare de ne pas saluer dans les Conseils des propositions qui soutiennent la version du Conseil fédéral, aujourd'hui les autorités d'application de la loi pourront vivre avec cette notion un peu plus souple introduite par le Conseil national et proposée par la majorité de votre commission.
Je ne suis pas, Monsieur Loretan – et je profite à mon tour de vous souhaiter bonne fête –, un fétichiste du compromis de Soleure. Votre Conseil et le Conseil national sont le pouvoir législatif, et ce ne sont pas les joyeuses équipes de Soleure qui doivent décider à votre place. Elles ont quand même montré sur ce point, à cause du débat qui regroupait autour de cette notion les premiers intéressés, un des aspects qui étaient peut-être les plus schématiques de notre version antérieure et sur lesquels il était opportun de les suivre.
Encore une fois, je suis comme vous parfaitement indépendant – et ma souveraineté n'est pas à Soleure, elle est à Berne –, mais je pense qu'en l'occurrence, on attire notre attention sur un point assez sensible. Je vous serais reconnaissant de suivre sur ce point la proposition de la majorité de la commission, tout en vous remerciant de ce baroud d'honneur pour le projet du Conseil fédéral.

Abstimmung – Vote
F r den Antrag der Mehrheit 29 Stimmen
F r den Antrag der Minderheit 9 Stimmen

Art. 18 Abs. 1bi s
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s

Art. 18 al. 1bi s
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Gemäss dem Bundesbeschluss über die Sanierungsmassnahmen in der Arbeitslosenversicherung sind alle Personen, deren versichertes Einkommen 3000 Franken nicht übersteigt, von den 5 Wartetagen ausgenommen. Dazu gehören nicht nur Härtefälle, sondern auch Teilzeitangestellte und jugendliche Arbeitslose. Um eine sozial gerechtere Lösung zu finden, hat unser Rat hier dem Bundesrat die Kompetenz erteilt, echte Härtefälle von der Wartezeit auszunehmen. Der Nationalrat möchte dem Bundesrat nicht nur diese Kompetenz erteilen, sondern er möchte ihm die Auflage erteilen, dies zu tun, und er hat die Kann-Vorschrift des Ständerates in eine Muss-Vorschrift umgewandelt.
Ihre Kommission bittet Sie, dem Nationalrat zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 22a Abs. 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s
(die nderung betrifft nur den franz sischen Text)

Art. 22a al. 4
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 22a enthält in Absatz 4 eine redaktionelle Anpassung im französischen Text.

Angenommen – Adopté

Art. 24 Abs. 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s

Art. 24 al. 4
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Hier geht es um die Dauer der Zwischenverdienstabrechnung bei Teilnahme an einem Programm zur vorübergehenden Beschäftigung, und zwar um die Systemanpassung beim Höchstmass der Ansprüche.

Angenommen – Adopté

Art. 27
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 27 geht es um einen der Kernartikel, nämlich um die Dauer des Taggeld-Höchstanspruches. Sie hatten das letzte Mal entschieden, diesen abhängig von der Beitragsdauer auszugestalten. Neu schlägt Ihnen Ihre Kommission vor, dem Nationalrat zu folgen und den Taggeldanspruch auf 520 Tage festzulegen. Ich habe dazu meine Ausführungen schon bei den einleitenden Bemerkungen gemacht: Es geht um den Entscheid über das System.

Angenommen – Adopté

Art. 27a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Auch hier ergibt sich dieser Entscheid aus dem grundsätzlichen Systementscheid, den Sie schon gefällt haben. Es geht um die Festlegung eines Kontingentes von 25 000 Plätzen in aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen, die durch die Kantone zur Verfügung zu stellen sind, und es geht nicht mehr darum, dass – wie wir das letzte Mal entschieden haben – nur junge Personen bis zum 25. Altersjahr oder solche, die erstmals eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, in solche aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen Einsitz nehmen sollen. Weil wir dieses System grundsätzlich ändern und zum Kontingentsystem übergehen, müssen wir Artikel 27a streichen.

Angenommen – Adopté

Art. 30
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 30 Absatz 1 handelt es sich um eine rein redaktionelle Umformulierung, die von der Redaktionskommission vorgeschlagen wurde.
Ich bitte Sie, dem Nationalrat zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 59b
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 59b handelt es sich ebenfalls um eine Konsequenz des Systementscheides, den wir getroffen haben, nämlich des Übergangs zum Kontingentsystem. Ich bitte Sie auch hier, dem Nationalrat zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 60 Abs.1, 4, 5
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s

Art. 60 al. 1, 4, 5
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich spreche zuerst zu Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe b und bitte Sie, auch hier zu folgen. Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.
Auch in Absatz 4 handelt es sich um eine logische Folge der bereits gefällten Beschlüsse. Auch bei der Leistungsdauer bei Kursbesuchen für Personen, die weder die Beitragszeit erfüllen noch von der Erfüllung der Beitragszeit befreit sind, müssen wir auf eine maximale Leistungszeit von 520 Tagen übergehen. Ich bitte Sie, auch hier dem Nationalrat zu folgen.
Artikel 60 Absatz 5 legt die finanzielle Beteiligung der Kantone an den Kosten für Personen fest, die weder die Beitragszeit erfüllen noch von der Erfüllung der Beitragszeit befreit sind. Auch hier bitte ich Sie, dem Nationalrat zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 61 Abs. 1
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s

Art. 61 al. 1
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 61 Absatz 1 ist ebenfalls eine Folge des Systementscheides. Ich bitte Sie auch hier zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 72c (neu)
Antrag der Kommission
Titel
Finanzielle Beteiligung der Kantone an den Kosten für die Bereitstellung von arbeitsmarktlichen Massnahmen
Abs. 1
Die Kantone beteiligen sich an den Kosten für die Mindestzahl an arbeitsmarktlichen Massnahmen, die gemäss Artikel 72b bereitzustellen sind.
Abs. 2
Pro Jahresplatz haben die Kantone einen Betrag von 2500 Franken zu entrichten. Der Bundesrat kann diesen Betrag jährlich auf Beginn des Kalenderjahres der Lohn- und Preisentwicklung anpassen. Er bestimmt die Einzelheiten und das Verfahren.
Abs. 3
Das Biga ermittelt jährlich die gesamtschweizerischen Durchschnittskosten des Vorjahres für die einzelnen Kategorien an arbeitsmarktlichen Massnahmen. Weist die Schlussabrechnung eines Kantons geringere Kosten auf als diejenigen, die sich aufgrund der durch das Biga ermittelten Durchschnittskosten ergeben würden, reduziert sich der Beitrag des Kantons nach Absatz 2 um 25 Prozent dieser Differenz.
Abs. 4
Stellen die Kantone mehr arbeitsmarktliche Massnahmen zur Verfügung, als in Artikel 72b vorgeschrieben sind, wird für die die Mindestzahl übersteigenden Massnahmen kein Kantonsbeitrag erhoben.

Art. 72c (nouveau)
Proposition de la commission
Titre
Participation financière des cantons aux coûts découlant de la mise à disposition de mesures de marché du travail
Al. 1
Les cantons participent aux coûts découlant de l'offre minimale de mesures de marché du travail qui doit être mise à disposition conformément à l'article 72b.
Al. 2
Les cantons doivent s'acquitter d'un montant de 2500 francs par place et par année. Le Conseil fédéral peut adapter ce montant au début de l'année à l'évolution des prix et des salaires. Il règle les détails, en particulier la procédure et les frais à prendre en compte.
Al. 3
L'Ofiamt calcule chaque année le coût moyen national par catégorie des mesures de marché du travail de l'année précédente. Si le décompte final d'un canton présente un coût inférieur au coût moyen national, la contribution du canton selon l'alinéa 2 est réduite de 25 pour cent de cette différence.
Al. 4
Lorsque les cantons mettent à disposition un nombre de mesures de marché du travail plus élevé que n'en prescrit l'article 72b, il n'est pas prélevé de contributions cantonales pour les mesures dépassant l'offre minimale.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 72c regelt die finanzielle Beteiligung der Kantone an den Kosten der arbeitsmarktlichen Massnahmen. Der Nationalrat hat entschieden, dass diese Beteiligung bei Kursen 20 Prozent der Kosten betragen soll, bei Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung 10 Prozent.
Heute, nach geltendem Recht, finanziert die Versicherung die Kurse zu 100 Prozent, Programme zur vorübergehenden Beschäftigung zu 50 bis 85 Prozent. Im Zusammenhang mit der Einführung der Pflicht der Kantone, arbeitsmarktliche Massnahmen bereitzustellen, hatte der Nationalrat die Beiträge der Kantone für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung auf 5 Prozent reduziert und gleichzeitig bei den Kosten für Kurse eine Kantonsbeteiligung von 5 Prozent eingeführt. Ihr Rat schloss sich dieser Änderung an.
Da die durchschnittlichen Kosten für einen Kursplatz tiefer sind als die durchschnittlichen Kosten für einen Platz in einem Programm zur vorübergehenden Beschäftigung, hat nun der Nationalrat – ich habe es bereits ausgeführt – die Beteiligung der Kantone an den Kosten für die Kurse auf 20 Prozent, diejenige für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung auf 10 Prozent angehoben.
Aufgrund dieses je nach Massnahme unterschiedlichen Beitragssatzes besteht zahlenmässig kein Unterschied mehr zwischen den Kosten für einen Kursplatz und einem Platz in einem Programm zur vorübergehenden Beschäftigung. Dadurch wird vermieden, dass die Kantone bei der Erfüllung ihrer Pflicht, eine Mindestzahl an Massnahmen bereitzustellen, vermehrt auf billigere Kurse ausweichen, anstatt teurere Programme zur vorübergehenden Beschäftigung zur Verfügung zu stellen.
Die unterschiedlichen Beitragssätze führen in der Praxis jedoch zur Verwirrung und zu einem beträchtlichen administrativen Aufwand. Insbesondere will man es den Kantonen überlassen, welche Art von Massnahmen sie entsprechend den Bedürfnissen der Arbeitslosen zur Verfügung stellen. Mit der Einführung eines frankenmässigen Pauschalbeitrages, wie dies Ihre Kommission nun vorschlägt, wird diesem Problem Rechnung getragen und der administrative Aufwand ganz erheblich verringert.
Ich bitte Sie, dem Antrag Ihrer Kommission zu folgen und hier den Kantonen einen Beitrag von 2500 Franken pro Jahresplatz in einer aktiven arbeitsmarktlichen Massnahme zu belasten.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Cette nouvelle formulation proposée par votre commission nous paraît apporter la précision nécessaire à l'application de la loi et, par conséquent – je n'ai pas eu l'occasion de le dire antérieurement – le Conseil fédéral s'y rallie.

Angenommen – Adopté

Art. 61 a
Antrag der Kommission
Streichen
Proposition de la commission
Biffer

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 61a wird mit dem Beschluss, den wir jetzt in Artikel 72c gefasst haben, überflüssig.
Ich bitte Sie, dem Antrag Ihrer Kommission zu folgen und diesen Artikel zu streichen.

Angenommen – Adopté

Art. 63
Antrag der Kommission
Unverändert
Proposition de la commission
Inchangé

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Artikel 63, den wir nach geltendem Gesetzestext beibehalten möchten, entspricht der Neuregelung in Artikel 72c.
Ich bitte Sie, Ihrer Kommission zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 65a Abs. 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s

Art. 65a al. 2
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil national

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Im Gegensatz zum Ständerat verzichtet der Nationalrat auf eine gesetzliche Definition der Vorruhestandsleistung, da er die Regelung über die Förderung des Vorruhestandes dem Bundesrat überlassen möchte. Eine Regelung auf Verordnungsstufe hat den Vorteil, eine praxisgerechtere Lösung zu ermöglichen und auch flexibler ausgestaltet zu sein.
Ihre Kommission konnte sich den Überlegungen des Nationalrates anschliessen und ist bereit einzuschwenken. Sie möchte jedoch, dass beim Erlass der Verordnung den Überlegungen, die wir im Ständerat zu den weiteren Absätzen dieses Artikels gemacht und verankert hatten, Rechnung getragen wird.

Schüle Kurt (R, SH): Die Kommissionssprecherin hat es bereits angetönt: Hier geht es um die Förderung des Vorruhestandes, um eine innovative Neuerung, die wir im Ständerat beschlossen haben.
Nun legt uns der Nationalrat eine Lösung vor, die eigentlich nicht befriedigen kann; unter dem hohen Zeitdruck schliesst sich ihr aber unsere Kommission an. Der Nationalrat hat nämlich unsere ursprüngliche Idee einer gezielten Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bis zur Unkenntlichkeit demontiert.
Was wollten wir? Wir wollten Zuschüsse aus der Arbeitslosenversicherung zur Verbesserung der Vorsorgeleistung von vorzeitig in den Ruhestand tretenden Erwerbstätigen ausrichten. Wir wollten dies aber von der Pflicht des Arbeitgebers abhängig machen, dafür ersatzweise junge Arbeitslose einzustellen und zu beschäftigen. Der Ständerat hat als Erstrat diese Neuerung als zeitlich befristete Lösung in den Gesetzentwurf eingebaut, wenn eine andauernde regionale, eine branchenspezifische oder eine allgemeine Arbeitslosigkeit dies erfordert. Verblieben ist jetzt aber nur noch diese all-

gemeine Kompetenznorm. Weggefallen ist die Restriktion, dass ein junger Versicherter eingestellt werden muss, vorzugsweise einer, der seine erste Stelle sucht. Bereits in der ersten Differenzbereinigung weggefallen ist die Limitierung der Zuschüsse auf 40 Prozent eines Jahreslohnes des neu Angestellten und ebenso die Verpflichtung, dass solche Zuschüsse voll zugunsten der Vorruhestandsregelung des vorzeitig pensionierten Arbeitnehmers zu verwenden sind.
Der Bundesrat ist nur noch bei der Einführung einer solchen Vorruhestandsregelung an gewisse Kriterien gebunden, die erfüllt sein müssen – ich habe sie erwähnt –, nicht aber bei ihrer konkreten Ausgestaltung. Da ist der Bundesrat nach unseren jetzigen Anträgen eigentlich völlig frei. Er könnte – zeitlich befristet zwar, aber selbstverständlich auch wieder verlängerbar – eine allgemeine Vorruhestandsregelung einführen, also praktisch eine generelle Herabsetzung des Rentenalters. Eine solche Vorruhestandsregelung in einer x-beliebig ausgeweiteten Form, die zum Beispiel noch den Stellenabbau in den betroffenen Unternehmen fördern könnte, wollen wir sicher nicht.
Wir wollen, dass sich die vom Bundesrat zu treffende Lösung an unserer ursprünglichen Idee orientiert, dass damit gezielt der Jugendarbeitslosigkeit entgegengetreten wird, obwohl das so nicht mehr im Wortlaut des Gesetzes zum Ausdruck kommt.
Ich habe mir überlegt, ob die entsprechende Verordnung an einen Genehmigungsvorbehalt der eidgenössischen Räte zu knüpfen wäre. Aus der Sicht der Gewaltenteilung wäre das aber problematisch.
Darum ersuche auch ich den Bundesrat, zuhanden der Materialien und des Protokolls zu erklären, wie er diese Kompetenz zu nutzen gedenkt, ob er sich an unserer ursprünglichen Leitidee orientieren will, dass vorzeitige Pensionierungen dann zu unterstützen sind, wenn dadurch wirklich Arbeitsplätze für Jugendliche bereitgestellt werden.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je comprends le souci du Conseil national, partagé par votre commission, de vouloir raccourcir cet article 65a en omettant d'y faire figurer des mesures qui sont presque des mesures d'application. Tant que le principe prévu à l'alinéa 1er demeure dans la loi, à savoir que «le Conseil fédéral peut, pour une durée limitée, introduire une réglementation en matière de préretraite si un chômage prononcé, persistant, régional ou sectoriel ou un chômage général rend cette mesure nécessaire» – et il doit rester ancré dans la loi –, nous sauvons une prescription importante, et même essentielle, pour appliquer la loi avec souplesse. En revanche, si on biffe l'alinéa 2 de cet article, qui était presque, encore une fois, un alinéa de l'ordonnance d'application, il n'en résultera aucun changement dans la pratique que se propose de suivre le Conseil fédéral.
Ainsi, je réponds précisément à la question posée par M. Schüle et je lui dis, ainsi qu'à l'ensemble de ce Conseil, que dans le projet d'ordonnance d'application que le Conseil fédéral a déjà élaboré, mais pas encore adopté, la procédure telle qu'elle est prévue ici sera suivie; la volonté politique et administrative du Conseil fédéral sera de pouvoir aller dans cette direction. Je pense que le fait d'ancrer cette déclaration et cet engagement de ma part et de celle du gouvernement dans le débat plénier devant votre Conseil devrait, sans risques pour l'avenir, nous permettre d'alléger un peu cet article 65a.
C'est ce que je vous propose de faire à la suite du Conseil national.

Martin Jacques (R, VD): Je remercie M. Delamuraz, conseiller fédéral, de nous faire part de la volonté d'inscrire cette disposition dans les ordonnances d'application. J'en avais fait la proposition en commission lors de la préparation de la version destinée à notre Conseil. Que la phrase biffée soit reprise dans l'ordonnance d'application me convient parfaitement, et je serai attentif, bien sûr, à ce que l'on aille dans ce sens.

Angenommen – Adopté

Art. 71a Abs. 1
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s

Art. 71a al. 1
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Es handelt sich lediglich um eine Klarstellung. Es handelt sich um 60 besondere Taggelder nach dem neuen System.
Ich bitte Sie namens der Kommission, dem Nationalrat zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 71b Abs. 1 Bst. b
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s

Art. 71b al. 1 let. b
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: In Artikel 71b Absatz 1 handelt es sich um eine Anpassung an den bereits beschlossenen Artikel 13 Absatz 1.
Ich bitte Sie, Ihrer Kommission zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 71c Abs. 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s

Art. 71c al. 2
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Es handelt sich hier um eine redaktionelle Anpassung, um die Präzisierung, dass es sich um besondere Taggelder handelt.
Ich bitte Sie auch hier, Ihrer Kommission zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 71 d
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 71d Absatz 1 wird auch der Begriff «besondere Taggelder» eingeführt und präzisiert. In Absatz 2 werden die Beschränkung der allfälligen weiteren Taggelder bei Scheitern der selbständigen Erwerbstätigkeit auf maximal zwei Jahre, auf die 520 Tage, festgelegt; auch hier handelt es sich um eine Anpassung an das System. Absatz 3 können wir streichen, da wir schon beschlossen haben, dies in Artikel 30 Absatz 3 zu regeln, wie es uns die Redaktionskommission vorgeschlagen hat.

Angenommen – Adopté

Art. 72
Antrag der Kommission
Titel
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung von Versicherten
Abs. 1
Die Versicherung fördert die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten im Rahmen von Programmen öffentlicher oder privater, nicht auf Gewinn gerichteter Institutionen zur Arbeitsbeschaffung oder Wiedereingliederung ins Erwerbs-

leben. Solche Programme dürfen jedoch die private Wirtschaft nicht unmittelbar konkurrenzieren.
Abs. 2
Die Versicherung kann die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten im Rahmen von Berufspraktika in Unternehmen und Verwaltung fördern.

Art. 72
Proposition de la commission
Titre
Programmes pour l'emploi temporaire des assurés
Al. 1
L'assurance encourage l'emploi temporaire des assurés dans le cadre de programmes organisés par des institutions publiques ou privées sans but lucratif destinés à procurer un emploi ou aux fins de réinsertion. Ces programmes ne doivent toutefois pas faire concurrence à l'économie privée.
Al. 2
L'assurance peut encourager l'emploi temporaire des assurés dans le cadre de stages professionnels effectués au sein d'entreprises ou de l'administration.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Die Lösung des Nationalrates, die von Ihrer Kommission unterstützt wird, beruht auf dem Grundgedanken, dass die Arbeitslosenversicherung während zwei Jahren für die Wiedereingliederung zuständig ist. Nach Ablauf dieser zwei Jahre ist die Wiedereingliederung Sache der Kantone. Da beim Nationalrat während der zweijährigen Rahmenfrist ein Anspruch auf vorübergehende Beschäftigung besteht, sind arbeitslose Personen während zweier Jahre versichert. Das Taggeldmodell des Ständerates sah maximal 400 Taggelder vor, so dass Versicherte im Laufe der Rahmenfrist ausgesteuert werden konnten. Diese Personen sollten jedoch bis Ende der Rahmenfrist die Möglichkeit erhalten, auch nach der Aussteuerung an einem Programm zur vorübergehenden Beschäftigung teilzunehmen. Daher haben wir in unserem Text von «Arbeitslosen» und nicht von «Versicherten» gesprochen. Ihre Kommission schliesst sich jetzt, nachdem der grundlegende Systemwechsel beschlossen wurde, dem Modell des Nationalrates an. Sie beschränkt sich nun darauf, gemäss neuem System ebenfalls von «Versicherten» und nicht mehr von «Arbeitslosen» zu sprechen, und streicht den Ausdruck «Beiträge», da die Finanzierung neu in Artikel 72c geregelt ist.
Ich bitte Sie, Ihrer Kommission zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 72a
Antrag der Kommission
Abs. 1–3, 5
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s
Abs. 4
.... Taggelder zu 20 Prozent zu beteiligen.

Art. 72a
Proposition de la commission
Al. 1–3, 5
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l
Al. 4
.... prend à sa charge 20 pour cent des indemnités ....

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 72a geht es um die finanzielle Beteiligung der Kantone an den Ersatztaggeldern. Sie erinnern sich: Alle Kantone zusammen haben 25 000 Plätze in aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen zur Verfügung zu stellen.
Ist ein Kanton nicht in der Lage, seinen Anteil am Kontingent zu erfüllen, so hat er dafür gemäss Beschluss des Nationalrates 40 Prozent, gemäss Antrag Ihrer Kommission 20 Prozent der auszubezahlenden Ersatztaggelder zu übernehmen. Der Prozentsatz muss so festgelegt werden, dass er im Zusammenspiel mit der in Artikel 72c festgelegten Kostenbeteiligung der Kantone an der Schaffung von Plätzen in arbeitsmarktlichen Massnahmen dafür motivierend wirkt, solche Plätze auch zu kreieren.
An die Schaffung eines Jahresplatzes in einer Massnahme bezahlen die Kantone gemäss Artikel 72c, den Sie schon beschlossen haben, 2500 Franken. Wenn die Kantone mit 20 Prozent am Ersatztaggeld von jährlich durchschnittlich 34 000 Franken beteiligt werden, kostet sie dies 6800 Franken. Ihre Kommission ist der Meinung, dass dieser Unterschied von 4300 Franken als Motivation genügt und nicht eine Kostenbeteiligung von 40 Prozent – ein Unterschied von 13 600 Franken – an den Ersatztaggeldern vorgesehen werden muss. Wir glauben, dass wir die Kantone mit 20 Prozent genug motivieren oder – anders gesagt – dass wir die Kantone, die ihrer Pflicht nicht nachkommen, ausreichend bestrafen.

Angenommen – Adopté

Art. 72b
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
.... Bestimmung 25 000 Plätze. Der Bundesrat nimmt die Aufteilung auf die einzelnen Kantone vor. Er berücksichtigt dabei die Einwohnerzahl und die Zahl der Arbeitslosen. Die Mindestzahl der Plätze, die ein Kanton bereitzustellen hat, darf 30 Prozent aller Arbeitslosen im entsprechenden Kanton nicht übersteigen.
Minderheit
(Brändli, Loretan)
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates, aber:
.... Die vom Bundesrat festzulegenden Plätze an arbeitsmarktlichen Massnahmen werden aufgrund der Arbeitslosenzahl auf die einzelnen Kantone verteilt.

Abs. 2, 3
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s

Antrag Schiesser
Abs. 1
.... hat, darf 20 Prozent aller Versicherten ....

Art. 72b
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
.... Le Conseil fédéral réalise la répartition par canton. Il tient compte du nombre d'habitants et du nombre de chômeurs. Le nombre minimum de places à mettre à disposition par les cantons ne doit pas dépasser 30 pour cent du nombre de chômeurs dans le canton correspondant.
Minorité
(Brändli, Loretan)
AdhØrer la dØcision du Conseil national, mais :
.... Il tient compte du nombre de chômeurs. ....

Al. 2, 3
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Proposition Schiesser
Al. 1
.... ne doit pas dépasser 20 pour cent du nombre d'assurés ....

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich möchte bei Artikel 72b, bevor ich in die Begründung einsteige, eine Vorbemerkung machen: In diesem Artikel wird überall von «Arbeitslosen» gesprochen. Das Biga hat zwischen der Kommissionsberatung und heute die ganze Sache noch einmal überprüft und festgestellt, dass wir hier immer von «Versicherten» und nicht von «Arbeitslosen» sprechen müssten, da es nicht richtig wäre, hier auch die ausgesteuerten Arbeitslosen miteinzubeziehen. Ich möchte Sie also bitten, davon auszugehen, dass hier im Text überall «Versicherte» stehen muss, nicht «Arbeitslose».

Grundsätzlich und materiell geht es hier darum, dass man darüber diskutieren kann, ob man die Einwohnerzahl bei der Verteilung der Zahl der zu schaffenden Plätze auf die Kantone mitberücksichtigen soll oder nicht.
Die Mehrheit Ihrer Kommission vertritt die Meinung, dass man sie mitberücksichtigen soll, dass man dafür aber als Gegengewicht auch eine Beschränkung der Mindestzahl der Plätze, die ein Kanton zu schaffen hat, auf maximal 30 Prozent der Arbeitslosen im Kanton einführen soll.
Die Minderheit, die ihren Antrag nachher noch begründen wird, ist der Ansicht, dass die Einwohnerzahl bei der Verteilung nicht berücksichtigt werden soll, dass es dafür aber auch keinen Grenzwert benötigt.
Wenn man die Tabellen berücksichtigt, sieht man ganz klar, dass der Einbezug der Einwohnerzahl die Massnahme für die Kantone der Westschweiz mit einer hohen Arbeitslosigkeit etwas abdämpft, d. h., dass Kantone wie Genf und Waadt, die sehr hohe Arbeitslosenzahlen aufweisen, dadurch etwas besser wegkommen. Es ist zudem berechtigt, die Einwohnerzahl in diesem Punkt auch mitzuberücksichtigen, da es einfacher ist, in einem Umfeld und in einem Kanton, wo mehr Einwohner vorhanden sind, wo sich Ballungszentren befinden, Programmplätze zu schaffen. Aber: Wenn man die Einwohnerzahl bei der Verteilung mitberücksichtigt, würde dies bei kleineren Kantonen mit wenigen Arbeitslosen, wie Obwalden, Uri oder Appenzell Innerrhoden, dazu führen, dass sie im Verhältnis zu viele Plätze zu schaffen hätten.
Wenn man die 25 000 Plätze, die man gesamtschweizerisch zu schaffen hat, ansieht, so bedeutet dies, dass für 15 Prozent der Arbeitslosen ein Platz in einer arbeitsmarktlichen Massnahme geschaffen wird. Der Zielwert des Gesetzes wäre, dass man für 44 Prozent der Arbeitslosen Plätze in aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen schaffen würde.
Ihre Kommission hat beschlossen, hier einen Mittelwert zu nehmen und für die kleinen Kantone einen Grenzwert von 30 Prozent der Arbeitslosen einzusetzen. Die kleinen Kantone mit wenig Arbeitslosigkeit müssen also in ihrem Kanton für höchstens 30 Prozent der Arbeitslosen bzw. der Versicherten, wie ich zu Beginn ausgeführt habe, Plätze schaffen. Ich glaube, dass dieses System, das auf der einen Seite die Einwohnerzahl bei der Verteilung mitberücksichtigt und so für die Kantone mit hoher Arbeitslosigkeit etwas tut, das auf der anderen Seite dann aber einen Grenzwert von 30 Prozent festlegt und so für die kleinen Kantone mit wenig Arbeitslosigkeit etwas tut, austariert ist und dass Sie ihm folgen können.
Ich bitte Sie, dem Entscheid der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Brändli Christoffel (V, GR), Sprecher der Minderheit: Gestatten Sie mir, darauf hinzuweisen, dass wir wahrscheinlich etwas zu grosse Erwartungen in diese Beschäftigungsprogramme setzen. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die anderen Massnahmen, beispielsweise die Ersatzarbeit mit Differenzzahlung oder die Eingliederung von Arbeitslosen mit Einarbeitungszuschüssen, mindestens so wichtig sind, weil die Erwerbslosen dadurch direkt in den Arbeitsprozess und nicht in irgendwelche arbeitsmarktliche Massnahmen eingegliedert werden.
Nachdem der Nationalrat von 66 000 Plätzen gesprochen hatte und der Ständerat dann auf 14 800 zurückging, hat man sich beim Kompromiss von 25 000 gefunden. Die Diskussionen in den Kantonen zeigen, dass es sich um ein sehr ambitiöses Ziel handelt. Bei der Diskussion um den Verteilschlüssel will man nun unter Zuhilfenahme des Begriffes der Solidarität einen fragwürdigen Ausgleich unter den Kantonen anstreben. Es geht bei diesem Artikel aber nicht um Solidarität unter den Kantonen, sondern es geht um die Solidarität mit den Arbeitslosen. Diese Arbeitslosen erwarten, dass die arbeitsmarktlichen Massnahmen an ihrem Wohnort angeboten werden und nicht woanders. Etwas krasser ausgedrückt: Es nützt einem Arbeitslosen in Genf nichts, wenn für ihn arbeitsmarktliche Massnahmen in den Kantonen Appenzell oder Graubünden angeboten werden.
Aus dieser Sicht ist es unlogisch und für mich nicht nachvollziehbar, die Beschäftigungsprogramme an die Zahl der Bevölkerung zu binden. Man könnte ein extremes Beispiel nennen: Wenn die Arbeitslosenzahl in Zürich null betragen würde, müsste Zürich trotzdem 4000 Plätze bereitstellen und mehrere Millionen Franken für diese Bereitstellung zahlen.
Es ist für mich ganz klar, dass nur die Bindung der Beschäftigungsprogramme an die Zahl der Arbeitslosen einen Sinn macht. Je mehr Arbeitslose, desto mehr arbeitsmarktliche Massnahmen; je weniger Arbeitslose, desto weniger arbeitsmarktliche Massnahmen.
Die Mehrheit der Kommission schlägt das Gegenteil vor. Dort, wo die Arbeitslosenzahl tief ist, soll für die Arbeitslosen mehr getan werden als dort, wo sie hoch ist. Mit der Zustimmung zu meinem Minderheitsantrag verhindern Sie diese falsche Ausrichtung der arbeitsmarktlichen Massnahmen.
Gestatten Sie mir noch drei kurze Hinweise:
1. Nachdem wir eine pauschale Abgeltung der Massnahmen beschlossen haben, hat der Verteilschlüssel auch finanzpolitische Auswirkungen. Nicht nur müssten die betroffenen Kantone unverhältnismässig mehr Plätze bereitstellen. Sie müssten auch höhere Abgeltungen leisten. Dabei werden vor allem schwächere Kantone bzw. die Bergkantone stark belastet. Ich erwähne unter anderem die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, die beiden Appenzell und Graubünden. Dies widerspricht in klarer Weise den bisherigen Grundsätzen eines bundesstaatlichen Finanzausgleiches.
2. Eine Verteilung nach Bevölkerung trägt auch der besonderen Wirtschaftsstruktur der Bergkantone nicht Rechnung. Diese stehen heute vor enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die tiefen Arbeitslosenzahlen sind kein Indiz für Wohlergehen. Aufgrund der saisonalen Wirtschaftsstruktur sind diese Gebiete von einer zunehmenden Abwanderung betroffen und haben eine starke Reduktion der ausländischen Arbeitskräfte zu verzeichnen. Mit der Reduktion der Zahl der Kurzarbeiter und Saisonniers wurde ein Teil der Arbeitslosigkeit exportiert, was die Aussagekraft der Arbeitslosenstatistik wesentlich verfälscht. Zudem macht es wenig Sinn, Personen, die in der kommenden Saison eine Anstellung in Aussicht haben, in der Zwischensaison einem staatlichen Beschäftigungsprogramm zuzuführen. Die Struktur einer saisonalen Wirtschaft würde eher eine Reduktion statt eine Erhöhung der Anzahl Plätze erfordern.
3. Ich habe volles Verständnis für die Kantone der Westschweiz mit hoher Arbeitslosigkeit, welche die Schwierigkeiten sehen, die die vorgesehenen Auflagen bringen. Dieses Problem kann aber nicht über den Schlüssel gelöst werden. Vielmehr ist es Aufgabe des Bundesrates, gemäss Absatz 4 allenfalls Reduktionen vorzunehmen, wenn die Auflage für einen Kanton unsinnig erscheint. Von dieser Kompetenz sollte der Bundesrat auch für einzelne Kantone Gebrauch machen können.
In diesem Sinne bitte ich Sie, meinen Minderheitsantrag zu unterstützen, der in der Kommission mit 6 zu 5 Stimmen unterlag. Ich hoffe, dass Herr Loretan und ich jetzt die Unterstützung des Rates erhalten.

Martin Jacques (R, VD): Dans le cadre du compromis de Soleure, le chiffre de 25 000 contre-prestations a été retenu. Vous vous souvenez que le Conseil des Etats avait fixé le nombre à 15 000 lors du premier débat et que le Conseil national est allé jusqu'à 66 000. Maintenant, on en est à 25 000. Ce n'est pas une moyenne, mais un chiffre qui résulte d'une enquête faite par le consultant Arthur Andersen dans quatre cantons: deux en Suisse romande, deux en Suisse allemande. Le consultant est arrivé à la conclusion que nous pouvions retenir ce chiffre de 25 000. Il est donc bloqué par le Conseil fédéral.
Pour le canton de Vaud, nous avons actuellement, dans des conditions extrêmement difficiles et avec un travail forcené, réussi à fournir 1950 contre-prestations-année. Avec la répartition proposée, nous serons à 2900 contre-prestations, c'est-à-dire 40 pour cent de plus. Nous pensons pouvoir y ar-

river, bien sûr en intensifiant encore notre action et en faisant en sorte de contraindre plus fortement les gens à participer à des cours, à s'inscrire dans des programmes d'occupation ou à faire des stages. Ce chiffre est un maximum!
Le paradoxe de la proposition de la minorité, c'est qu'on pénalise finalement – si le chiffre de 25 000 est bloqué – les cantons qui ont le plus de chômage. Encore une fois, le paradoxe est de devoir mettre en place un nombre plus important de contre-prestations alors que c'est dans ces cantons qu'il y a le moins de travail en réserve!
Le chiffre de 25 000 a été calculé sur la base de deux paramètres: un paramètre taux de chômage, qu'il est logique d'introduire dans cette réflexion, et un paramètre nombre d'habitants. Sur le plan mathématique, on eût pu choisir d'autres paramètres. En prendre dix eût donné des chiffres pratiquement semblables. Le fait d'introduire deux paramètres relativise la proportion des chômeurs dont le nombre est fluctuant. Or, quand vous vous préparez à fournir des contre-prestations – soit des programmes d'occupation, soit des cours en stage, soit des cours théoriques –, cela demande beaucoup de travail de préparation, un travail de longue haleine. On ne peut donc pas réagir au coup par coup avec une grande souplesse. Dès lors, le paramètre nombre d'habitants donne une certaine stabilité au chiffre décidé chaque année par le Conseil fédéral. Je crois qu'il maintient aussi cette logique de solidarité, puisque les cantons qui sont très touchés ont un peu moins de contre-prestations à fournir.
L'essentiel reste que ce chiffre, cette calculation ou cette mise en place du système soit la clé de la nouvelle philosophie qui a été décidée à Soleure. M. Delamuraz, conseiller fédéral, a répété tout à l'heure que la décision nous appartient, mais il me semble dangereux de remettre en cause l'essentiel de nos discussions de Soleure, l'essentiel du nouveau système, qui nous lie à ces contre-prestations et au chiffre de 25 000. Ou alors il faut baisser ce dernier de manière à ce que les cantons très touchés par le chômage n'aient pas autant de contre-prestations à fournir. Cela me paraît difficile dans les conditions actuelles.
C'est la raison pour laquelle, compte tenu du débat, de l'avancement des travaux dans les deux Conseils, du fait que nous devons à tout prix mettre un terme à la révision de la loi sur l'assurance-chômage cette session – c'est très important pour l'accompagnement des chômeurs dans nos cantons –, je vous demande d'adopter la proposition de la majorité et de rejeter la proposition de la minorité.

Schmid Carlo (C, AI): Ich werde dem Antrag der Minderheit Brändli zustimmen. Ich habe sehr grosses Verständnis für das Votum von Herrn Staatsrat Martin Jacques. Ich habe ein grosses Verständnis für all jene, die in Kantonen, welche von einer hohen Arbeitslosenzahl betroffen sind, die Verantwortung tragen. Ich möchte sehr, dass dieses Votum nicht als ein Affront gegenüber diesen Kantonen aufgefasst wird. Aber ich habe gegenüber dem Verteilungsschlüssel nach Artikel 72b, auch in der Fassung der Mehrheit der Kommission, doch bestimmte Reserven.
Wenn man den Beschluss des Nationalrates betrachtet, wonach in jeweils gleicher Gewichtung die Bevölkerungszahl und die Anzahl der Arbeitslosen für die Verteilung der einzelnen Stellen nach Kantonen massgeblich sein sollen, und wenn man also die Korrektur, die die Mehrheit unserer Kommission angebracht hat, noch nicht berücksichtigt, dann führt das dazu, dass zum Beispiel im Kanton Genf – ich stütze mich auf die Arbeitslosenzahlen des Monats Februar – 1911 solche Stellen bereitgestellt werden müssten, während im Kanton Appenzell Innerrhoden deren 30 bereitgestellt werden müssten.
In Genf sind diese 1911 Stellen gerade genügend, um 12 Prozent der Genfer Arbeitslosen zu beschäftigen. Die 30 Stellen in Appenzell Innerrhoden genügen aber für 54 Prozent aller Arbeitslosen. Wenn wir nun annehmen, dass diese Stellen, die wir in Artikel 72 beschlossen haben, an sich eine sinnvolle Massnahme sind, dann stellt sich doch die Frage, ob eine solche Skala gegenüber den Arbeitslosen gerecht ist.
Warum soll in Innerrhoden jeder zweite Arbeitslose die Chance haben, eine solche Stelle zu erhalten, im Kanton Genf aber nur jeder achte Arbeitslose? Ist das gerecht?
Sie dürfen auch nicht vergessen, dass ein Ausgleich bei diesen Stellen faktisch nicht besteht. Herr Brändli hat es gesagt: Kein Genfer kommt nach Appenzell, um eine solche Stelle zu besetzen. Nun ist es den Kantonen an sich nicht verboten, mehr als die in Artikel 72b vorgesehenen Stellen anzubieten. Vermutlich werden viele Kantone das tun. Denn sie wissen haargenau, dass dann Artikel 72c Absatz 4 zum Zuge kommt: «Stellen die Kantone mehr arbeitsmarktliche Massnahmen zur Verfügung, als in Artikel 72b vorgeschrieben sind, wird für die die Mindestzahl übersteigenden Massnahmen kein Kantonsbeitrag erhoben.» Darauf läuft es hinaus. Dann wird die ganze Diskussion umgekehrt. Warum soll der arme Kanton Appenzell Innerrhoden 50 oder fast 55 Prozent seiner Arbeitslosen auf eigene Kosten – pro Stelle 2500 Franken – eine Stelle anbieten und erst für die letzten 45 Prozent keine eigenen Beiträge mehr zahlen müssen? Warum soll der reiche Kanton Genf bereits ab 13 Prozent Arbeitslosigkeit keine eigenen Beiträge mehr zahlen müssen?
Es ist etwas provokativ, vom «reichen Kanton Genf» zu sprechen, aber ich darf immerhin darauf verweisen, dass das Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung in Genf nach wie vor rund 50 700 Franken und in Appenzell Innerrhoden 31 700 Franken beträgt. Diese Zahlen stammen aus der «Volkswirtschaft» vom Juni 1995, also aus einer Publikation Ihres eigenen Departementes, Herr Bundesrat.
Ich muss die ganze Diskussion auf jenen Punkt zurückführen, den ich schon einmal bei der Verlängerung bzw. beim Ersatz des Bonny-Beschlusses angeschnitten habe: Es gibt in Gottes Namen Kantone, die aufgrund mangelnder Entwicklung auch keine Konjunkturen haben. Sie fallen zwar weniger in die Löcher, sie haben auf der anderen Seite aber auch wenig Konjunktur, wenn es den andern sehr gut geht. Kantone wie Appenzell Innerrhoden kommen deswegen nicht in den Genuss der Massnahmen des Bonny-Beschlusses, weil sie ohnehin seit Generationen so arm dran sind, dass sie nie die nötige Fallhöhe erreicht haben, um überhaupt – ich will nicht zynisch sein – Arbeitslose produzieren zu können. Soll das «schweizerische Armenhaus» noch Leute finanzieren, die es an sich besser vermöchten, sich selbst zu finanzieren? Was die Mehrheit nun mit diesen 30 Prozent getan hat – dafür möchte ich mich als Innerrhoder bedanken –, ist eine schöne Geste. Sie nützt aber wirklich nur dem Kanton Appenzell Innerrhoden etwas.
Die Klausel in Artikel 72b Absatz 1 gemäss Mehrheit – «Die Mindestzahl der Plätze, die ein Kanton bereitzustellen hat, darf 30 Prozent aller Arbeitslosen im entsprechenden Kanton nicht übersteigen» – nützt aufgrund der Februarzahlen nur dem Kanton Appenzell Innerrhoden. Aufgrund der Zahlen neueren Datums sind es drei Kantone: Uri, Obwalden und Appenzell Innerrhoden.
Wenn man nicht so weit gehen möchte wie Herr Brändli, wenn man zum Beispiel auf 25 Prozent hinabgehen würde, dann würden noch die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Glarus einbezogen. Wenn man auf 20 Prozent hinunterginge, kämen noch Ausserrhoden, Graubünden und Thurgau dazu. Es zeigt sich deutlich: Es sind die Kantone in der Ostschweiz und in der Innerschweiz, die an sich wenig spektakuläre, praktisch keine Konjunkturen, dafür aber auch relativ tiefe Volkseinkommen haben. Es ist kein Wunder, dass sie tiefe Arbeitslosenquoten haben, sie sind auch nie so hoch gestiegen. Dafür ist aber auch ihre finanzielle Potenz nicht derart, dass sie in der Lage sind, zugunsten Dritter Aufwendungen zu finanzieren.
Daher bin ich der Auffassung, dass bei aller Härte das Abstellen auf die Anzahl der Arbeitslosen pertinenter ist, so dass ich daher der Minderheit Brändli zustimme.
Ich bin mir darüber im klaren, dass auch das eine gewisse Härte darstellt. Aber meines Erachtens ist die von der Minderheit beantragte Lösung von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit her begründeter als jene gemäss Antrag der Mehrheit.

Gemperli Paul (C, SG): Schlüssel zur Lastenverteilung haben es grundsätzlich in sich: Mit verschiedenen Kriterien wird jeweils versucht, eine Lösung zu initiieren, die – um sachgerecht zu sein – mehreren Elementen Rechnung tragen muss. Deswegen werden auch entsprechende Schlüssel konstruiert. Die Gefahr liegt in der Folge darin, dass bei solchen Verfahren plötzlich Faktoren in diese «Schlüsselgestaltung» hineinkommen, die mit der Sache wenig zu tun haben oder überbewertet werden, so dass letztlich das Resultat falsch oder verzerrt ist. Das liegt hier beim Antrag der Mehrheit ebenfalls vor. Vernünftig ist doch einzig, wenn wir die Verteilung der zu beschaffenden Arbeitsplätze im Auge haben, so dass derjenige, der am meisten Arbeitslose hat, auch am meisten Plätze für die arbeitsmarktlichen Massnahmen zur Verfügung stellen muss. Das ist doch das einzig vernünftige Kriterium. Alles andere ist meines Erachtens falsch und nicht sachgerecht. Zürich muss nach Vorschlag der Mehrheit etwa 15 Prozent bereitstellen, Genf 11 Prozent, Appenzell Innerrhoden 54 Prozent und dank der Kürzung, die jetzt vorgesehen ist, 30 Prozent. Da kann man eigentlich nur sagen, dass die kleinen Probleme aufgebauscht und die grossen Probleme nicht richtig auf den Tisch gelegt werden. So geht es meines Erachtens nicht.
Es kann doch nicht sein, dass die Chance eines Arbeitslosen, eine solche arbeitsmarktliche Massnahme zu erhalten, in Appenzell Innerrhoden bedeutend höher ist als im Kanton Genf! Man müsste den Genfer Arbeitslosen unter diesen Umständen empfehlen, vorübergehend einmal in den Kanton Appenzell Innerrhoden zu ziehen. Aber wir wissen natürlich alle, dass das nur vordergründig ist. Im Grunde genommen wären wir uns über dieses Prinzip doch einig: Wo die meisten Arbeitslosen sind, sind auch die meisten Plätze für arbeitsmarktliche Massnahmen zu schaffen und zur Verfügung zu stellen. Aber es ist eben ein anderes Problem, das drückt, und das ist im Prinzip das Geld. Das steht im Vordergrund, denn zusätzliche Plätze, die über die Mindestzahl hinausgehen – da liegt der Hase im Pfeffer –, werden vom Bund voll finanziert.
Deswegen geht man dann hin und gewährt den Kantonen, die viele Arbeitslose haben, ein kleineres Minimum. Was sie dann aufstocken, das wird auf der anderen Seite voll vom Bund finanziert.
Ich habe nichts gegen Solidarität. Ich bin mit der Solidarität einverstanden. Aber diese Solidarität, die hier gefordert wird, darf meines Erachtens unter keinen Umständen zu Lasten der kleinen und unter Umständen noch finanzschwachen Kantone gehen. Genau das wird aber gemacht. Wir können doch nicht in dieser Schweizerischen Eidgenossenschaft plötzlich Finanzausgleichsmechanismen schaffen, die völlig kontraindiziert sind. Die Balance unter den Kantonen wird durch eine solche Art der Mittelumschichtung gestört. Finanzschwache Kantone müssen unter Umständen für diese arbeitsmarktlichen Massnahmen gezwungenermassen relativ bedeutend mehr bezahlen als finanzstarke Kantone. Das kann man in dieser Art nicht hinnehmen.
Es wird hier im Grunde genommen ein neues Instrument des Finanzausgleichs hineingebracht, dessen einziges Kriterium die Arbeitslosigkeit ist. Die Arbeitslosigkeit nimmt dann in diesem System eine Sonderstellung ein. Es ist aber immer ungerecht, ein Element aus diesem «Finanzausgleichskuchen» herauszubrechen und irgendwo zu verabsolutieren. Andere Kantone, vor allem die finanzschwächeren, die hier stärker zur Kasse gebeten werden, haben wieder andere Probleme. Man müsste dann das Ganze werten. Diese Kantone haben Probleme allenfalls mit ihrer Höhenlage, mit dem Schneebruch im Winter, mit den Strassen, sie haben Probleme mit den Schulen, weil das alles schwieriger zu organisieren ist. Diese Elemente werden unter Umständen nicht berücksichtigt, aber ein Element der Arbeitslosigkeit bekommt im Rahmen dieses Finanzausgleichs eine spezielle Bedeutung.
Ich habe Verständnis für die Situation der Westschweizer Kantone, aber hier muss der Ausgleich grundsätzlich über den Bund erfolgen. Herr Brändli hat eine Möglichkeit angedeutet. Aber wir können das nicht so machen, dass man kleinere, finanzschwächere Kantone stärker belastet und die anderen dann entsprechend entlastet und doch nur ein einziges Element berücksichtigt.
Sie wissen alle, der bundesstaatliche Finanzausgleich ist heute in Arbeit. Wir wissen, dass er zurzeit völlig unübersichtlich ist. Unübersichtlich ist er darum, weil wir immer wieder in spezialgesetzlichen Regelungen neue Elemente hineinbringen, die letztlich die Finanzkraft gar nicht mehr berücksichtigen und die zu einer ungleichen Verteilung führen. Ich glaube, wir dürfen im Moment nicht mehr in dieser Richtung weiterfahren.
Deswegen bitte ich, den Antrag der Minderheit Brändli zu unterstützen.

Martin Jacques (R, VD): Je ne pouvais pas laisser passer l'occasion de répondre aux deux préopinants afin de leurs rappeler que l'effort consenti actuellement par les cantons romands est immense. Cet effort est extrêmement lourd et depuis trois ans ils se battent vraiment très fort contre le chômage. J'aimerais bien que cette réalité nous implique dans nos décisions.
Encore une fois, je comprends les arguments avancés par mes préopinants. J'avais dit, dans ma déclaration initiale, que le paramètre nombre d'habitants a été choisi pour nuancer le paramètre nombre de chômeurs. On aurait pu en prendre d'autres, pour arriver pratiquement au même résultat!
Je vous répète, Messieurs les membres de la minorité de la commission, que, dans cette démonstration faite évidemment avec beaucoup d'émotion, vous avez oublié un canton. Que pensez-vous du canton du Valais, qui est celui qui a le plus faible revenu par tête d'habitant et le plus grand nombre de chômeurs? Comment introduisez-vous cette réalité dans votre réflexion? Il faut aussi y penser et faire en sorte que cette solidarité dans le nombre de contre-prestations à fournir s'applique également à des cantons romands qui ont un très faible revenu par tête d'habitant.
C'est la raison pour laquelle je vous invite, encore une fois, à voter pour la proposition de la majorité de la commission.

Coutau Gilbert (L, GE): Le canton de Genève, a-t-on entendu dans la bouche de M. Schmid Carlo, est un canton riche. Hélas, aujourd'hui, c'est un canton surtout riche en chômeurs. Quand je vois le nombre des assurés inscrits en mars 1995 et que je compare les 49 chômeurs d'Appenzell Rhodes-Intérieures aux 11 974 chômeurs du canton de Genève, je pense qu'effectivement, différence il y a, et qu'il y a aussi une certaine solidarité à mettre en oeuvre.
La solution que nous avons trouvée au sein de la commission du Conseil des Etats en arrive à la conclusion que le canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures a 15 places d'occupation au total à créer, alors que le canton de Genève en a 1869. Je préférerais considérablement n'avoir que 15 places d'occupation à créer.
Je dirai également qu'il ne faut pas prendre non plus en considération, pour des comparaisons seulement, l'effort que la Confédération fournit en faveur des différents cantons. Il faut aussi prendre en considération l'effort que les cantons eux-mêmes fournissent pour remédier à cette plaie qu'est le chômage. A cet égard, on peut dire que le canton de Genève, comme le canton de Vaud – M. Martin Jacques vient de le rappeler –, doit enregistrer dans son budget annuel cantonal des sommes considérables, pour donner du travail à des chômeurs privés de travail à l'heure actuelle. Ces efforts, nous les avons déjà entrepris sans attendre la modification de la loi sur l'assurance-chômage et avant le compromis de Soleure. Aujourd'hui, le compromis de Soleure nous permet de respirer un peu. Il est par conséquent normal que vous y souscriviez également.
J'ajoute un élément qui concerne non seulement les prestations, soit de la Confédération, soit des cantons, mais également les cotisations. Il se trouve qu'à Genève nous avons un nombre de salariés et une masse salariale relativement élevés. En ce sens, nous apportons dans les caisses de l'assurance-chômage des cotisations à la mesure de cette masse salariale. Il y a aussi un élément de péréquation qui passe

non seulement par le biais des prestations, mais aussi par celui des cotisations.
A cet égard, j'aimerais saisir cette occasion pour rappeler un élément, qui n'est pas en rapport avec l'assurance-chômage, mais avec une très récente actualité. Il s'agit des ordonnances d'application que le Conseil fédéral a décidées en ce qui concerne la loi sur l'assurance-maladie. Dans cette loi, nous avions prévu que les subventions fédérales seraient attribuées en fonction de trois critères: le nombre d'habitants, la capacité financière des cantons et le montant des cotisations. Ce dernier critère n'est certes que facultatif pour le Conseil fédéral. Mais des engagements avaient été pris lors de la campagne, de toute bonne foi, par ceux qui ont fait en sorte que cette loi sur l'assurance-maladie soit acceptée par le peuple suisse. Or, la première chose que le Conseil fédéral a faite, a été de ne pas tenir compte, dans la distribution des subventions aux cantons, du critère du montant des cotisations, qui était un des éléments pour lesquels, finalement, nos populations ont approuvé cette loi. Je vous assure que, là, une frustration importante est née dans les cantons romands, en particulier dans les cantons de Vaud et de Genève.
Vous me direz que ça n'a rien à voir avec l'assurance-chômage. Mais si, aujourd'hui, vous adoptez la proposition de la minorité de la commission, vous ferez subir un deuxième camouflet à ces mêmes populations. Je vous assure que ce n'est pas ainsi que l'on entretient l'esprit confédéral dans ce pays.
J'aimerais, par conséquent, vous prier de suivre la proposition de la majorité de la commission, pour éviter de donner l'impression que la solidarité va seulement dans un sens et pas dans l'autre.
C'est vrai, Monsieur Gemperli, que les problèmes liés à la péréquation financière intercantonale sont extrêmement complexes. Le nombre de paramètres à mettre dans l'équation pour assurer à cette péréquation un équilibre, une solidarité et une équité aussi grands que possible, est considérable. Je prétends, à l'heure actuelle, que le canton de Genève apporte à la Confédération largement sa part de solidarité en matière financière et fiscale. Si, aujourd'hui dans la difficulté, le canton de Genève ne peut pas compter sur un minimum de solidarité de l'ensemble des cantons, je crains que les réactions ne soient pas favorables, en tout cas pas favorables à la bonne entente confédérale.

Schüle Kurt (R, SH): Kollege Schmid Carlo hat seinen Kanton mit dem Armenhaus der Schweiz verglichen. Ich glaube, dieses Bild müsste man doch ergänzen, denn das Haus des Appenzellers gehört in aller Regel ihm selbst, während der Genfer in aller Regel Mieter seiner Wohnung ist.
Im übrigen aber hat Herr Schmid insofern völlig recht, als man nicht eine besonders hohe Arbeitslosigkeit in der Romandie oder im Wallis durch zusätzliche Massnahmen in anderen Regionen ausgleichen kann. Wir haben in der Kommission dieses Konzept des Nationalrates hinterfragt und haben festgestellt, dass selbst ein Kanton mit null Arbeitslosigkeit solche Massnahmen hätte ergreifen müssen. Darum hat man diese Klausel mit den 30 Prozent eingeführt, auch gedacht als «Schweigeklausel» für den appenzell-innerrhodischen Standesherrn, weil damit für seinen Kanton eine einigermassen verträgliche Lösung getroffen wird.
Aber eben: Das Problem liegt darin, dass eine höhere Arbeitslosigkeit an einem Ort nicht in anderen Kantonen mit tieferer Arbeitslosigkeit ausgeglichen werden kann. Ich glaube, der Konstruktionsfehler liegt darin, dass man diese 25 000 Plätze fixiert, zum Mass aller Dinge genommen und gesagt hat, daran dürfe nicht mehr gerüttelt werden.
Wenn Kollege Martin Jacques beantragt hätte, dass man Kantone mit sehr hoher Arbeitslosigkeit durch eine Reduktion der Plätze in diesen Kantonen entlasten müsste, weil das sonst nicht machbar sei, dann hätte ich dafür volles Verständnis gehabt und dem zugestimmt. Aber die Kantone zu zusätzlichen Massnahmen zu verpflichten, obwohl ihre Arbeitslosigkeit niedriger ist, das macht keinen Sinn. Ich muss Herrn Coutau sagen: Das ist auch nicht mit der Lösung bei der Krankenversicherung zu vergleichen, weil es dort um einen finanziellen Ausgleich geht, um Solidarität durch finanzielle Leistungen der bessergestellten Kantone. Hier aber geht es um die Frage, wie viele Plätze durch welche Kantone bereitgestellt werden müssen – und nicht um eine Bestrafung der Kantone mit hoher Arbeitslosigkeit, nicht um Sanktionen. Es geht darum, der Arbeitslosigkeit dort entgegenzutreten, wo sie existiert. Darum müssen wir in dieser Situation, wo wir keine bessere Lösung vorgeschlagen bekommen haben, den Antrag der Minderheit Brändli unterstützen.

Loretan Willy (R, AG): Wie bei Artikel 16 möchte ich als Mitglied der Minderheit noch einiges beisteuern.
Sie haben vermutlich die graue Tabelle des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit vom 9. Mai 1995 vor sich, woraus Sie ersehen, welche Kantone vom Antrag der Minderheit profitieren würden und welche nicht. Es ist ganz klar die Mehrheit der Kantone, die profitiert. Die Minderheit der Kantone wird durch die Lösung der Minderheit «benachteiligt». Das sind die Kantone der Romandie, Tessin, Zürich und Basel-Stadt.
Es ist unschön – ich gebe das zu, Herr Coutau und Herr Martin Jacques –, dass jetzt diese Frontstellung entstanden ist. Aber ich glaube, es ist richtig, dass die Kammer der Kantone diese Frage ohne irgendwelchen Druck von aussen ausdiskutiert.
Ich möchte diese Diskussion etwas entschärfen, indem ich Ihnen ein fiktives oder theoretisches Beispiel vortrage, das zeigt, dass die Einwohnerzahl als Kriterium für die Aufteilung der ominösen 25 000 Beschäftigungsplätze keinen Sinn macht und unlogisch ist, wie von den Kollegen Brändli, Schmid Carlo und Gemperli bereits mehrfach dargelegt.
Nehmen wir zwei Kantone, den einen nennen wir A und den anderen B, mit je 10 000 Arbeitslosen. Der grössere Kanton A hat eine Einwohnerzahl von 500 000 Personen, der kleinere Kanton B eine solche von 300 000 Personen. Nach dem nun von der Mehrheit beantragten Schlüssel würde dem einwohnermässig grösseren Kanton A eine um annähernd 30 Prozent höhere Mindestplatzzahl zugeteilt als dem kleineren Kanton B, obwohl beide genau die gleiche Arbeitslosenzahl aufweisen. Der Kanton A mit 500 000 Einwohnern weist zudem eine niedrigere Arbeitslosenquote auf – d. h. ein günstigeres Verhältnis der Arbeitslosenzahl zur Einwohnerzahl –, als der Kanton B, so dass anzunehmen ist, dass sich unter seinen Arbeitslosen weniger «Problemfälle», zum Beispiel Langzeitarbeitslose, befinden als unter den Arbeitslosen des von Arbeitslosigkeit stärker betroffenen Kantons B.
Es ist widersinnig, für den Kanton A mit der höheren Einwohnerzahl eine höhere Mindestplatzzahl festzusetzen als für den Kanton B: An diesem Beispiel sehen Sie, dass die Einwohnerzahl keinen Sinn macht. Wenn man schon das Kriterium der Arbeitslosenzahl verfeinern möchte, müsste man die Struktur der Arbeitslosigkeit noch irgendwie einzubeziehen versuchen, aber das ist ein Unterfangen, das noch weniger gelingen kann als die Lösung mit der Einwohnerzahl.
Ich bin daher der Meinung, schon rein von der Logik her dürften wir die Einwohnerzahl nicht einbeziehen.
Die Lösung des Problems unserer Miteidgenossen, die sich jetzt «betupft» fühlen, ist folgende: Absatz 3 von Artikel 72b lautet gemäss Beschluss des Nationalrates wie folgt: «Der Bundesrat entscheidet jährlich und hat die Kantone vorgängig anzuhören und auf Kantone mit hoher Arbeitslosigkeit besonders Rücksicht zu nehmen.»
Das ist der letzte Satz in diesem Absatz 3; da ist das Ventil. Der Bundesrat möge es benützen, vor allem dann, wenn sich die Fassung der Minderheit durchsetzt. So können wir das Problem lösen, aber nicht mit dem sachfremden Kriterium der Einwohnerzahl.
Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommissionsminderheit zuzustimmen.

Meier Josi (C, LU): Ich habe vorhin – obwohl ich Mitglied der Kommission bin – geschwiegen, weil diese Debatte nicht vorauszusehen war. Ich sehe mich nun doch noch veranlasst,

drei Bemerkungen zu machen und Ihnen zu sagen, weshalb ich meine, wir sollten der Mehrheit zustimmen.
1. Im schweizerischen Bundesstaat sollten die Entscheide nicht nach dem Prinzip der «Neidgenossenschaft», sondern nach dem Prinzip der «Eidgenossenschaft» gelöst werden. Neid zwischen den Kantonen ist nicht das richtige Element. Als das Armenhaus der Nation gilt übrigens laut Statistik das Entlebuch, aber ich kann Ihnen sagen, dass kaum ein Entlebucher deshalb nach Genf gehen möchte, denn wenn die Miete von den dortigen durchschnittlichen Einkommen abgezogen wird, bleibt im Entlebuch – und wahrscheinlich auch in Appenzell – vermutlich mehr übrig als einem Genfer, selbst wenn er nicht arbeitslos ist. Der blosse Einkommensvergleich ist also nicht der richtige Ausgangspunkt.
2. Herr Gemperli hat recht. Selbstverständlich steht hinter dieser Geschichte ein Finanzelement. Das hat uns auch sehr beschäftigt, aber wir fanden in der Kommission, dass man nicht den Kantonen, die jetzt durch dieses schwere Schicksal am meisten betroffen werden, auch die grössten Lasten allein überbürden solle. Nun meine ich, mit dam Antrag der Minderheit geben Sie ein falsches Signal. Herr Gemperli sagte selbst, man sollte nicht nur ein einziges Kriterium nehmen, und doch schlägt die Minderheit jetzt als einziges Kriterium die Arbeitslosenzahl vor. Das halte ich für falsch. Herr Loretan hat es selbst angetönt, dass dies nicht der richtige Weg ist.
Bedenken Sie in diesem Zusammenhang: Wir schaffen so oder so eine Differenz, und der Nationalrat hat Gelegenheit, diese schwierige Frage noch besser auszutarieren, vielleicht unter Zuhilfenahme anderer, besserer Kriterien; es kann und darf aber sicher nicht nur auf ein Element und sicher nicht nur auf die Arbeitslosenzahl abgestellt werden.
3. Nach beiden Lösungen und nach dem Entwurf des Bundesrates geht es hier um eine Kann-Formel; es geht um eine Verweisung von Kompetenzen an den Bundesrat. Der Bundesrat wird festhalten, wie diese 25 000 Plätze verteilt werden. Er bestimmt das.
In der Kommission habe ich anhand des Beispiels des Kantons Appenzell gefunden, 54 Prozent für einen armen Bergkanton gingen über das Zulässige hinaus. Ich wollte dann – andere haben mir darin zugestimmt – eine oberste Grenze im Gesetz haben, bei der die Kantone allein für die ganzen Kosten aufkommen müssen. Das war das Entscheidende. Selbstverständlich werden die von Arbeitslosigkeit betroffenen Kantone mehr tun können; sie werden es auch tun und tun es schon. Aber wenn es über 30 Prozent geht, sollten wir ihnen von Bundes wegen helfen. Das ist die eine Grenze, die wir hier setzen.
Wir sagen nicht, dass alle Kantone 30 Prozent bereitstellen müssen. Es ist durchaus möglich, dass der Bundesrat auch noch für andere Kantone als Appenzell Erleichterungen vorsieht und dass auch sie weniger als diese 30 Prozent zugeteilt bekommen. Das ist alles noch in der Kompetenz des Bundesrates. Mit 30 Prozent hat der Bundesrat genügend Flexibilität, um bei veränderten Situationen die Kantone auf dem Verordnungsweg etwas anders zu behandeln. Bedenken Sie nochmals: Wir bekommen so oder so eine Differenz zum Nationalrat, und wir sollten nicht mit dem einzigen Kriterium der Arbeitslosigkeit das falsche Signal geben, das in einer extrem schwierigen Finanzlage freundeidgenössisches Verständnis vermissen lässt.

Bloetzer Peter (C, VS): Ich möchte ebenfalls aus der Sicht eines Kantons der Romandie einige Bemerkungen anbringen.
Gehen wir doch der Frage noch einmal auf den Grund. Worum geht es? Es geht darum, dass wir Massnahmen ergreifen, um einem der grossen Probleme unserer Zeit auf den Grund zu gehen und Ansätze zu finden, um dieses zu lösen. Die Fakten sind so, dass wir in der Schweiz und in Europa mit einer zunehmenden Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Es weist alles darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit auch mit einer konjunkturellen Erholung bestehenbleibt und dass wir es in Zukunft vermehrt mit diesem Problem zu tun haben werden.
Die besondere Lage in der Schweiz ist die, dass vorwiegend die Kantone der Romandie von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, und zwar finanzstarke und finanzschwache Kantone in gleicher Weise. Sie können dieses Problem nicht allein meistern. Sie sind auf die eidgenössische Solidarität und die Hilfe des Bundes angewiesen. Sie sind aber auch darauf angewiesen, dass die anderen Kantone, insbesondere die Deutschschweizer Kantone, die weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, solidarisch sind. Darum geht es, das ist der Kern dieser Massnahme.
Es geht nicht an, dass man mit Argumenten betreffend den Schlüssel und anderen vordergründigen Einwänden eine solidarische Lösung bekämpft. Es geht auch nicht an, dass man dieses nationale Problem, das in Solidarität gelöst werden muss, zu einem Problem zwischen Appenzell und Genf umfunktioniert: Ein Kanton, der in bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen am Schluss der Rangliste ist, müsste einem Kanton helfen, der diesbezüglich in einer guten Position steht. Kollege Martin Jacques hat es gesagt: Der Kanton, der die höchste Prozentzahl an Arbeitslosen hat, ist das Wallis, welches zurzeit auch in der Rangliste des Pro-Kopf-Einkommens auf dem letzten Platz steht.
Wir sind gefordert. Es geht darum, dass wir diesem Ansatz zur Problemlösung, der aber im wesentlichen brauchbar ist, auch wenn er Mängel hat, in eidgenössischer Solidarität zustimmen. Darum kommen wir nicht herum.
Deshalb appelliere ich an Sie alle, der Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

Schiesser Fritz (R, GL): Ich bedaure es ausserordentlich, dass in dieser Debatte ein derart schroffer und starker Gegensatz zwischen Ost- und Westschweiz entstanden ist. Mein Anliegen ist es, etwas dazu beizutragen, diesen schroffen Gegensatz abzubauen. Wir können nicht einen Entscheid in die eine oder andere Richtung fällen, wenn wir derart weit auseinander stehen. Ich frage mich in dieser Situation auch, was uns alle Verständigungskommissionen nützen, wenn wir nicht in der Lage sind, in solch wichtigen Fragen eine Lösung zu finden, bei welcher einander beide Seiten einen Schritt entgegenkommen.
Aufgrund der bisherigen Debatte sehe ich mich veranlasst, Ihnen einen Antrag zu unterbreiten, der in der Kommission vorgelegen hat, dort aber unterlegen ist. Gestatten Sie mir ganz kurz, die zahlenmässige Tragweite dieses Antrages zu begründen.
Ich kann es ganz einfach machen: Wenn wir den Satz von 30 auf 20 Prozent heruntersetzen, führt das grosso modo zu einer Verschiebung von 10 Prozent, also von 2500 Plätzen, von den Kantonen der Ostschweiz zu den Kantonen nicht nur der Westschweiz, sondern auch anderer grosser Kantone wie Zürich, Bern und allenfalls Basel. Das ist die zahlenmässige Tragweite meines Antrages. Es ginge darum, dass 2500 Plätze anders verteilt würden. Ich meine, das sei eine Grössenordnung, die im Interesse des Augleichs zwischen den angesprochenen Landesteilen tragbar sein sollte. Es ist ein moderater Antrag. Die eine Seite müsste nicht total unterliegen, und das Kriterium der Bevölkerungszahl bräuchte nicht herausgestrichen zu werden.
Die heutige Diskussion hat aber noch etwas anderes gezeigt: Das System mit diesen 25 000 Plätzen, wie wir es nun akzeptieren und übernehmen werden, woran ich nicht zweifle, birgt gewisse Mängel in sich. Die Zahl 25 000 – eine Grössenordnung, die in den Raum gestellt worden ist – ist offenbar fachmännisch abgeklärt worden. Sie stellt aber nur den Ausgangspunkt dar. Dieser Ausgangspunkt ist derart unflexibel, dass wir nachher zu einem Verteilschlüssel greifen müssen, der auf keiner Seite akzeptiert werden kann. Aber an dieser Zahl von 25 000 lässt sich nicht mehr rütteln; folglich können wir nur noch beim Verteilschlüssel etwas ändern. Dieser Verteilschlüssel, davon bin ich aufgrund der heutigen Diskussion überzeugt, kann nicht so festgelegt werden, dass man die Einwohnerzahl ganz herausstreicht, weil das gegenüber der Westschweiz ein Affront wäre.
Deshalb bitte ich Sie, diesem Vermittlungsantrag zuzustimmen. Er stellt einen Kompromiss dar, der für beide Seiten ak-

zeptabel sein sollte. Die 2500 Plätze, die durch diesen Antrag von den Kantonen der Ostschweiz zu den grossen Kantonen und den Kantonen der Westschweiz verlagert werden, sollten eigentlich auch für den Zweitrat akzeptabel sein. Wir hätten eine Lösung, die niemanden voll befriedigt, aber für alle irgendwie tragbar wäre.

Brändli Christoffel (V, GR), Sprecher der Minderheit: Als Vertreter einer Minderheit bin ich sehr betroffen darüber, dass man aufgrund meines Minderheitsantrages die Westschweiz und die übrige Schweiz gegeneinander ausspielt. Ich möchte das den Westschweizern sehr deutlich sagen. Es geht bei meinem Antrag nur um den Schlüssel und um das Prinzip, dass man die arbeitsmarktlichen Massnahmen dort anbietet, wo die Arbeitslosen sind. Ich habe es deutlich gesagt, und ich bin überrascht, dass Herr Martin Jacques meine Bemerkung bezüglich Absatz 3 nicht aufgenommen hat, dass das Problem der Kantone, die zu viele Plätze bereitstellen müssen, zuviel bezahlen müssen, eine politische Frage ist, die der Bundesrat gestützt auf Absatz 3 treffen muss. Wir bieten ja dort die Möglichkeit an. Aber das ist kein Schlüsselproblem.
Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen, und den Bundesrat bitte ich, gemäss Absatz 3 die entsprechenden Beschlüsse zugunsten der Westschweiz zu fassen.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Ich muss Ihnen sagen, wie dies schon Herr Schiesser getan hat, dass ich die Kontroverse sehr bedaure, die hier stattgefunden hat. Ich glaube, dass sie der Philosophie des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die wir zu verankern suchen, nicht Rechnung trägt. Ich möchte diese Philosophie in ein paar Sätzen wiederholen: Es geht nicht darum, die Kantone in irgendeiner Weise zu belasten oder zu bestrafen, sondern darum, dass wir soviel wie möglich für die arbeitslosen Menschen tun möchten, dass wir aktiv arbeitsmarktliche Massnahmen schaffen möchten, um die Wiedereingliederung zu forcieren und so rasch wie möglich die grossen Arbeitslosenzahlen zum Verschwinden zu bringen. Wenn die Kantone dann aufgefordert werden, Plätze in aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen zu schaffen, dann nur mit dem Ziel, dass die Arbeitslosigkeit aktiv und mit viel Verve bekämpft werden kann. Ich glaube, allen Kantonen liegt viel daran, dass das Gesetz greift, dass wir diese Philosophie umsetzen können, dass es uns möglich wird, einen Erfolg zu verzeichnen. Einen Erfolg können wir nur erzielen, wenn die Kantone auch in der Lage sind, diese Plätze zu schaffen, die wir verlangen, und deshalb dürfen wir die Kantone nicht überfordern.
Wir haben dieser Philosophie im ganzen Rahmen der Behandlungen Rechnung getragen. Sie erinnern sich: Man sprach ursprünglich von 66 000 Plätzen. Wir hier im Rat sagten damals klar, das sei für die Kantone nicht möglich, und wir sind den Kantonen einen ersten grossen Schritt entgegengekommen, indem wir von 66 000 Plätzen auf 25 000 Plätze hinuntergegangen sind. Alle Kantonsvertreter haben uns zugesagt, dass die 25 000 Plätze machbar sind, dass es möglich ist, sie zur Verfügung zu stellen. Deshalb ist diese Zahl von 25 000 nicht aus der Luft gegriffen, sondern im Gespräch mit den Kantonen festgesetzt worden.
Jetzt geht es noch darum zu verteilen. Es ist angezeigt und angemessen, wenn wir beide Kriterien, sowohl die Arbeitslosenzahl als auch die Einwohnerzahl, bei der Verteilung gewichten. Es ist auch dann noch so, dass diejenigen Kantone, die die höchsten Arbeitslosenraten haben, auch zahlenmässig weitaus die meisten aktiven arbeitsrechtlichen Massnahmen zur Verfügung stellen müssen. Ich möchte nur zwei Kantone als Beispiele aufgreifen, damit Sie die Grössenordnung in etwa sehen. Herr Schmid Carlo hat mit viel Einsatz argumentiert. Bei ihm geht es darum, dass der Kanton Appenzell, wenn wir nach dem Antrag der Kommission verteilen, in aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen maximal 15 Plätze zu schaffen hat. Wenn wir nach Arbeitslosenzahl verteilen, hat er 8 Plätze zu schaffen. Es geht also um eine Differenz von sage und schreibe sieben Plätzen. Das ist eine sehr geringe Zahl: sieben Plätze à 2500 Franken nach Artikel 72c, das ergibt 17 500 Franken. Wenn Sie den Kanton Waadt nehmen, geht es nach Kommission darum, 2830 Plätze zu schaffen. Wenn man nur nach Arbeitslosigkeit verteilt, sind es 3620 Plätze. Das sind 800 Plätze Unterschied. Sieben Plätze gegenüber 800 Plätzen ist ein enormer Unterschied, das ergibt einen enormen Betrag für den Kanton Waadt, den er zur Verfügung zu stellen hätte. Diese Verhältnisse müssen wir klar sehen, wenn wir diesen Entscheid treffen. Es ist angemessen, der Einwohnerzahl auch Rechnung zu tragen, namentlich dann, wenn man die Grenze bei 30 Prozent ansetzt, diese Grenze, die doch die kleinen Kantone davor schützt, überproportional viele Plätze zur Verfügung stellen zu müssen.
Den Antrag Schiesser haben wir in der Kommission nicht behandelt. Er will die Senkung der 30 Prozent auf 20 Prozent. Darüber kann man sicher diskutieren.
Ich möchte mit zwei formellen Bemerkungen schliessen:
1. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass im ganzen Artikel von «Versicherten» zu sprechen ist und nicht von «Arbeitslosen».
2. Eine redaktionelle Bemerkung zum zweiten Satz von Absatz 1 gemäss Antrag der Mehrheit. Dort heisst es: «Der Bundesrat nimmt die Aufteilung der einzelnen Kantone vor.» Das kann so nicht stimmen. Wir teilen keine Kantone auf, sondern es muss heissen: «.... auf die einzelnen Kantone vor.»

Schmid Carlo (C, AI): Auch ich bedauere es sehr, dass die Diskussion etwas hart geworden ist. Es lag nicht in meiner Absicht, und ich bitte um Verständnis, wenn man die Interessen der eigenen Region auch etwas vertritt.
Ich bin sehr froh um den Antrag Schiesser. Ich hatte die Absicht, einen ähnlichen Antrag zu stellen, habe dann aber festgestellt, dass Frau Meier Josi diesen Antrag in der Kommission gestellt hatte und damit «untergegangen» ist. Da ich ihren Einfluss im Rat höher einschätze als meinen, habe ich darauf verzichtet, einen solchen Antrag zu stellen. Ich bin der Meinung, dass der Nationalrat, wenn Sie der weiter gehenden Minderheit Brändli zustimmen, vielleicht auf diese vermittelnde Lösung einschwenken wird.
Ich glaube auch, dass mit 20 Prozent ein vernünftiger Interessenausgleich möglich ist. Ich werde daher – entgegen dem, was ich vorher gesagt habe – dem Antrag Schiesser zustimmen, in der Meinung, damit auch die «courtoisie confédérale» etwas gepflegt zu haben.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Il faut remonter au débat de fond, lorsque, pour la première fois dans ce Conseil, vous avez examiné la version née des délibérations du Conseil national. Vous avez suivi ce dernier en ce qui concerne la philosophie nouvelle de la réinsertion des chômeurs par des mesures aptes à favoriser leur réinsertion dans le marché du travail. A l'époque, nous étions pleins de volonté et d'illusions, puisque nous fixions le nombre de ces places de réinsertion à un niveau extrêmement élevé. En réalité, la première délibération de votre Conseil, puis la deuxième du Conseil national, a calibré d'une manière juste et convenable le nombre de places qu'il convenait de créer, et cela a évité que, pour l'ensemble de la Suisse, on ne parle de programmes absolument surdimensionnés et peu raisonnables. Les chiffres sur lesquels on a fini par trouver une entente entre les deux Conseils sont globalement opportuns. C'est la première chose que je rappelle.
Il en est une deuxième. Je le dis à l'intention de M. Schmid Carlo, en particulier, mais aussi à l'intention de M. Brändli, qui est intervenu au nom de la minorité de la commission. Il ne faut pas considérer ces programmes de création de places de réinsertion comme des programmes à signification strictement cantonale. Non, il est tout à fait évident que les mesures que sera amené à prendre, dans le cadre de ce programme, le canton de Zurich, peuvent intéresser, dans une certaine mesure, les chômeurs du canton de Schwytz ou inversement. Il n'y a pas en Suisse, que je sache, un cloisonnement intercantonal du marché du travail. Celui-ci connaît même une mobilité de plus en plus grande. C'est bien dans cet esprit général et collectif du travail de réinsertion que

nous devons concevoir, ici aux Chambres fédérales, l'effort de l'ensemble du pays.
Sans doute, M. Schmid Carlo a-t-il raison de parler des limites de la mobilité de la main-d'oeuvre. Sans doute, a priori, le programme de réinsertion du canton d'Appenzell Rhodes-intérieures sera-t-il moins directement attractif et interpellera-t-il moins directement le chômeur de Genève, et inversement. Il n'empêche qu'il y a quand même une certaine mobilité de la main-d'oeuvre et, si celle-ci a des limites, elle existe néanmoins. C'est pourquoi on a raison de parler d'un effort collectif et global qu'il faut entreprendre dans ce pays.
Ce n'est pas seulement pour une raison financière, mais de faisabilité de ces programmes qu'il est juste que, dans les cantons qui connaissent proportionnellement un taux de chômage très élevé, observe les mêmes règles et les mêmes critères que dans les cantons plus favorisés. On courrait le risque de créer, dans les cantons fortement touchés par le chômage, en n'ayant comme critère que celui du nombre de chômeurs, des programmes alibis ou, dans un français plus vulgaire, des programmes bidon, alors que, dans d'autres cantons, qui ont le privilège de connaître des situations moins douloureuses, les programmes sont plus vraisemblables et plus naturellement amenés.
Voilà pourquoi on a, en effet, si l'on prend en compte aussi le critère du nombre d'habitants, un effort proportionnel, dans ces programmes, plus grand de la part des cantons à taux de chômage relativement favorable, et moins grand de la part des cantons fortement atteints par le chômage.
C'est l'argument de la faisabilité sur lequel je voulais attirer votre attention pour vous montrer combien il est important.
Mais on aurait pu, sans doute, prendre d'autres facteurs que le facteur du nombre d'habitants pour corriger et équilibrer le seul facteur du nombre de chômeurs. On a pris celui-là parce qu'il est finalement le plus simple à examiner et que, par rapport à un facteur auquel on avait pensé, qui était celui du nombre de places dans chacun des cantons, il est d'un maniement moins contestable et administrativement plus simple. C'est la raison pour laquelle cette dimension du nombre d'habitants est certainement le critère de tempérament et de correction du seul critère du nombre de chômeurs qu'il nous faut prendre en compte.
J'en arrive à l'essentiel. Que dit la loi? La loi dit, si vous l'acceptez, que le Conseil fédéral prend en compte le nombre de chômeurs et le nombre d'habitants, canton par canton. Tous les modèles que nous avons faits pour la clarté de nos exposés, nous les avons fondés, jusqu'à maintenant, sur deux critères d'égale importance. On fait intervenir, dans nos modes de calcul, dans nos suppositions et dans nos hypothèses, le critère du nombre de chômeurs avec le même poids que le critère du nombre d'habitants. Mais il n'est absolument pas dit que ce sera, au moment où nous aurons à mettre en place l'ordonnance d'application, le critère sur lequel nous travaillerons. Dans l'ordonnance, il est fort possible que le Conseil fédéral pondère ces deux critères d'une autre manière que nous ne l'avons fait jusqu'à maintenant. Cela fait partie du domaine d'appréciation que vous laisseriez, dans cette loi, au Conseil fédéral. Le Conseil national l'a fait avant vous dans ce sens. Or, vous pensez bien que s'il y a une ordonnance qui fera l'objet de négociations et d'une procédure de consultation approfondies, notamment avec les cantons, c'est bien celle-ci. Le fait que je puisse ainsi indiquer que, dans sa marge de manoeuvre, le gouvernement pourra, en concertation avec les cantons, peut-être poser des différences dans la pondération de ces deux critères, montre bien avec quelle souplesse nous allons pouvoir instrumenter cette nouvelle loi et l'appliquer en fonction d'un minimum d'équité et de solidarité. Cette question doit rester ainsi ouverte.
La loi, telle qu'elle est formulée dans la proposition de la majorité de la commission, en prenant en compte ces deux seuls critères du nombre de chômeurs et du nombre d'habitants, est une loi bien ancrée, qui fait référence à ce qui doit être considéré ensuite dans l'application par le Conseil fédéral, et à rien d'autre. C'est un système qui, contrairement aux affirmations qui ont été faites ici ou là ce matin, est équitable et solidaire, un système qui, pour l'ensemble du pays, est conforme à ce que nous essayons de faire ici, en prenant en compte le sort des cantons les plus défavorisés et le sort des cantons les mieux favorisés.
De toute façon, ne l'oubliez pas, même si le critère du nombre de chômeurs et le critère du nombre d'habitants ne comptent que pour 50 pour cent chacun, les cantons qui connaissent les taux de chômage les plus forts auront, de toute manière et de loin, les plus grand nombres d'emplois et de places de réinsertion à créer, et les contingents du stock les plus élevés. N'imaginez pas que la justice se renverse, et que ce soit brusquement les cantons les mieux favorisés au plan du travail qui doivent véritablement «trinquer» pour les autres qui, eux, connaissent les taux de chômage les plus élevés. Ce seront bel et bien ceux-ci qui, quoi qu'il en soit, seront à la pointe des effectifs des places à créer.
J'ai parlé jusqu'à maintenant de la faisabilité du programme et de ses limites dans la réalité des choses, pour éviter de sombrer dans la théorie. J'en viens à l'aspect financier des opérations. J'insiste sur le fait que les cantons qui connaissent un taux de chômage élevé sont extrêmement sollicités, du point de vue de leurs finances publiques, par les charges sociales que représente un taux de chômage élevé. De toute façon, ce ne sont pas les mesures préconisées ici, et contre lesquelles s'élevait M. Gemperli tout à l'heure pour des motifs financiers, qui vont inverser la charge et faire que les cantons les plus touchés par le chômage seront ceux qui s'en sortiront le mieux financièrement. Ils ont, en dehors de tout ce que nous voyons ici, des charges financières considérables, et il est opportun et compréhensible que nous les corrigions, dans une faible proportion, par les mesures au plan fédéral prises ici.
La charge qu'ont à subir et à supporter les cantons à fort taux de chômage est globalement, aussi bien du fait de la charge fédérale que des charges strictement cantonales, beaucoup plus considérable que celle des cantons mieux situés dans le marché du travail. C'est somme toute assez normal. Nous ne faisons pas ici une correction telle qu'elle change complètement les courants. Nous faisons une adaptation qui corrige quelque peu et qui nuance la charge financière entre les cantons. C'est un travail d'équilibre, d'approche auquel il faut souscrire jusqu'au bout.
La proposition Schiesser n'a pas été discutée très longuement. La proportion de la majorité de la commission prévoyant 30 pour cent est une solution nouvelle par rapport à la décision du Conseil national. Elle crée tout de même une limitation qui n'est pas sans effet sur la réalisation de ces marchés futurs. Abaisser cette limite de 30 à 20 pour cent, c'est corriger encore sensiblement et rendre plus rigoureuse cette démarche. J'ai le sentiment qu'elle aura quelque peine à convaincre le Conseil national, mais je ne veux faire de procès d'intention à quiconque. Personnellement, je pourrais fort bien vivre avec la proposition de la majorité de la commission, mais je ne veux pas m'opposer véhémentement à la proposition Schiesser, si vous deviez estimer que c'est la soupape de sûreté qui vous permet de souscrire à l'ensemble de ce projet.
En d'autres termes, je ne voudrais pas que ces 10 pour cent fussent la pomme de discorde qui nous empêchât de trouver ici une unité, ou en tout cas une majorité.

Loretan Willy (R, AG): Ein Satz noch im Namen der Minderheit: Der Antrag Schiesser vermag die Nachteile der Variante der Mehrheit wohl etwas zu mildern, macht aber daraus im Grundsatz nicht die bessere Lösung als diejenige der Minderheit.
Der Antrag der Minderheit verdient trotzdem und nach wie vor den Vorzug, da er logischer und sachgerechter ist.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire

F r den Antrag Schiesser	30 Stimmen
F r den Antrag der Mehrheit	7 Stimmen

Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire
F r den Antrag Schiesser 27 Stimmen
F r den Antrag der Minderheit 12 Stimmen

Definitiv – Définitivement
F r den Antrag Schiesser 29 Stimmen
Dagegen 1 Stimme

Abs. 2, 3 – Al. 2, 3
Angenommen – Adopté

Art. 75 Titel, Abs. 1
Antrag der Kommission
Titel
Höhe der Beiträge. Zuständigkeit und Verfahren
Abs. 1
Die Versicherung ersetzt die nachgewiesenen anrechenbaren Kosten für die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten. Der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten, insbesondere die anrechenbaren Kosten. Zuständigkeit und Verfahren für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung richten sich nach Artikel 64.

Art. 75 titre, al. 1
Proposition de la commission
Titre
Montant des subventions. Compétence et procédure
Al. 1
L'assurance couvre les coûts attestés pouvant être pris en compte qui résultent de l'emploi temporaire des assurés. Le Conseil fédéral règle les détails, il détermine notamment les coûts à prendre en compte. La compétence et la procédure concernant les programmes pour l'emploi temporaire sont réglées par l'article 64.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 75 handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung aufgrund des neuen Artikels 72c. Ich bitte Sie, Ihrer Kommission zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 113 Abs. 2 Bst. d
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s

Art. 113 al. 2 let. d
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Bei Artikel 113 handelt es sich um die tripartiten Kommissionen. Sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat haben unter anderem in Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe h der tripartiten Kommission Aufgaben übertragen. Diese Aufgaben können jedoch nur erfüllt werden, wenn zwingend eine tripartite Kommission eingesetzt wird.
Ich bitte Sie daher im Namen der Kommission, wie der Nationalrat hier einer Muss-Vorschrift zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Ziff. III
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrate s

Ch. III
Proposition de la commission
AdhØrer la dØcision du Conseil nationa l

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Der Nationalrat hat ein schrittweises Inkraftsetzen bis zum 1. Januar 1998 vorgesehen. Wir hatten uns ursprünglich noch auf den 1. Januar 1997 geeinigt. 1998 ist wohl etwas angemessener, und man kann dabei mit einer Umsetzung rechnen, auch wenn allenfalls, was wir nicht hoffen, das Referendum ergriffen werden sollte.

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

95.006

Geschäftsbericht des Bundesrates, des Bundesgerichtes und des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes 1994
Gestion du Conseil fédéral, du Tribunal fédéral et du Tribunal fédéral des assurances 1994

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 564 hiervor – Voir page 564 ci-devant

Volkswirtschaftsdepartemen t
DØpartement de l Øconomie publiqu e

Seiler Bernhard (V, SH), Berichterstatter: Im Geschäftsbericht 1994, 2. Teil, ist auf Seite 220 nachzulesen: «Erstmals seit 1977 sind in der Schweiz mehr Wohnungen unbewohnt, als im Jahresverlauf neu gebaut werden.»
Die Anteile der unbewohnten Wohnungen verteilen sich in unserem Land ungleich. Die höchsten Anteile an Leerwohnungen gibt es in der West- und Südschweiz, wobei der Kanton Tessin am stärksten betroffen ist.
Zu denken muss uns auch geben, wenn die Statistik ausweist, dass sich 4410 leerstehende Wohnungen in Einfamilienhäusern befinden und etwas über 10 000 Einheiten oder rund ein Viertel in Neubauten, die seit Juni 1992 erstellt worden sind.
Zur Erinnerung: Jährlich werden in der Schweiz etwa 35 000 Neuwohnungen gebaut; in den letzten Jahren immer etwas weniger als in den Vorjahren. Der Bund fördert bekanntlich den Wohnungsbau mit drei verschiedenen Einrichtungen:
1. Er legt für den gemeinnützigen Wohnungsbau mit Hilfe von Bundesbürgschaften Anleihen auf.
2. Mit Finanzhilfen sind 1994 im Berggebiet zum Beispiel 721 Wohnverhältnisse verbessert worden.
3. Die dritte Einrichtung ist der Bundesbeschluss zur Förderung der Beschäftigung im Wohnungsbau und im landwirtschaftlichen Hochbau. Damit sind im vergangenen Jahr insgesamt 2527 Wohnungen mit Anlagekosten von 626 Millionen Franken erstellt worden.
In Anbetracht des zunehmenden Leerwohnungsbestandes wollten wir als Geschäftsprüfungskommission vom Bundesrat erfahren, welche Massnahmen er getroffen hat. Der Antwort des Bundesrates war zu entnehmen, dass das Fördervolumen für Neubauten für das laufende Jahr gegenüber dem Vorjahr um rund die Hälfte gekürzt werden soll.
Zudem seien kantonale Förderkontingente festgelegt worden, wobei der Leerwohnungsbestand als wichtiges Kriterium herangezogen wurde. In Gemeinden mit Leerwohnungsquoten von über 1,5 Prozent wird Bundeshilfe nur noch dann gewährt, wenn die kantonale Amtsstelle den Bedarf detailliert nachweisen kann.
Ferner wurden aufgrund der Kürzungen Förderprioritäten erlassen. Danach werden Alters- und Behindertenwohnungen, Erneuerungsprojekte und Eigentumserwerb sowie gemeinnützige Bauträger bei der Förderung bevorzugt.

Elfte Sitzung – Onzième séance

Mittwoch, 21. Juni 1995, Vormittag
Mercredi 21 juin 1995, matin

08.30 h

Vorsitz – Présidence: Küchler Niklaus (C, OW)

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 619 hiervor – Voir page 619 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 20. Juni 1995
Décision du Conseil national du 20 juin 1995

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Nach der Beratung im Nationalrat sind zwei Differenzen übriggeblieben, die von wesentlicher Bedeutung sind, nämlich in den Artikeln 72b und 72c. Diese systematischen Differenzen ziehen noch weitere Differenzen in einigen Artikeln mit sich, die aber bereinigt werden können, wenn wir die beiden Hauptdifferenzen bereinigen.

Art. 72 c
Antrag der Einigungskonferenz
Titel
Finanzielle Beteiligung der Kantone an den Kosten für die Bereitstellung vor arbeitsmarktlichen Massnahmen
Abs. 1
Die Kantone beteiligen sich an den Kosten für die Mindestzahl an arbeitsmarktlichen Massnahmen, die gemäss Artikel 72b bereitzustellen sind.
Abs. 2
Pro Jahresplatz haben die Kantone einen Betrag von 3000 Franken zu entrichten. Der Bundesrat kann diesen Betrag jährlich auf Beginn des Kalenderjahres der Lohn- und Preisentwicklung anpassen. Er bestimmt die Einzelheiten und das Verfahren.
Abs. 3
Das Biga ermittelt jährlich die gesamtschweizerischen Durchschnittskosten des Vorjahres für die einzelnen Kategorien an arbeitsmarktlichen Massnahmen. Weist die Schlussabrechnung eines Kantons geringere Kosten auf als diejenigen, die sich aufgrund der durch das Biga ermittelten Durchschnittskosten ergeben würden, reduziert sich der Beitrag des Kantons nach Absatz 2 um 25 Prozent dieser Differenz.
Abs. 4
Stellen die Kantone mehr arbeitsmarktliche Massnahmen zur Verfügung, als in Artikel 72b vorgeschrieben sind, wird für die die Mindestzahl übersteigenden Massnahmen kein Kantonsbeitrag erhoben.

Art. 72 c
Proposition de la Conférence de conciliation
Titre
Participation financière des cantons aux coûts découlant de la mise à disposition de mesures de marché du travail
Al. 1
Les cantons participent aux coûts découlant de l'offre minimale de mesures de marché du travail qui doit être mise à disposition conformément à l'article 72b.
Al. 2
Les cantons doivent s'acquitter d'un montant de 3000 francs par place et par année. Le Conseil fédéral peut adapter ce montant au début de l'année à l'évolution des prix et des salaires. Il règle les détails, en particulier la procédure et les frais à prendre en compte.
Al. 3
L'Ofiamt calcule chaque année le coût moyen national par catégorie des mesures de marché du travail de l'année précédente. Si le décompte final d'un canton présente un coût inférieur au coût moyen national, la contribution du canton selon l'alinéa 2 est réduite de 25 pour cent de cette différence.
Al. 4
Lorsque les cantons mettent à disposition un nombre de mesures de marché du travail plus élevé que n'en prescrit l'article 72b, il n'est pas prélevé de contributions cantonales pour les mesures dépassant l'offre minimale.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Der Nationalrat hatte am 8. Juni 1995 im Zusammenhang mit Artikel 72c den Beschluss gefasst, die Kantone verschieden zu belasten, je nachdem ob es sich um Kurse oder um Beschäftigungsprogramme handelt. Bei den Kursen wollte er die Kantone mit 20 Prozent belasten, bei den Beschäftigungsprogrammen mit 10 Prozent. Das hätte für die Kantone Kosten von insgesamt 87,5 Millionen Franken bedeutet.
Ihr Rat hat letzte Woche beschlossen, hier eine Pauschalisierung einzuführen und damit wesentliche administrative Kosten zu sparen. Wir beschlossen einen Betrag von 2500 Franken pro geschaffenen Platz in einer arbeitsmarktlichen Massnahme. Dies hätte für die Kantone Kosten von 62,5 Millionen Franken bedeutet.
Der Nationalrat wiederum hatte das Gefühl, diese Kosten für die Kantone seien zu tief angesetzt respektive der AHV-Fonds sei zu hoch belastet, und er beschloss demzufolge, bei seinem Beschluss vom 8. Juni zu bleiben.
In der Einigungskonferenz haben wir uns nun mit 21 zu 2 Stimmen darauf geeinigt, dennoch die Pauschalisierung einzuführen, jedoch den Betrag von 2500 Franken auf 3000 Franken pro geschaffenen Jahresarbeitsplatz zu erhöhen, was für die Kantone Kosten von 75 Millionen Franken bedeutet, das heisst einen Mittelwert.
Ich bitte Sie, diesem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Art. 72 b
Antrag der Einigungskonferenz
Abs. 1
Die Kantone stellen die für die arbeitsmarktlichen Massnahmen notwendigen Plätze bereit. Die Mindestzahl beträgt bei Inkrafttreten dieser Bestimmung 25 000 Plätze. Der Bundesrat nimmt die Aufteilung der Plätze auf die einzelnen Kantone vor. Er berücksichtigt dabei die Einwohnerzahl und die Zahl der Versicherten. Die Mindestzahl der Plätze, die ein Kanton bereitzustellen hat, darf 25 Prozent aller Versicherten im entsprechenden Kanton nicht übersteigen.
Abs. 2
Die von den Kantonen bereitzustellenden Plätze an arbeitsmarktlichen Massnahmen sollen die Gefahr von Langzeitarbeitslosigkeit vermindern, die rasche Wiedereingliederung der Versicherten bewirken, die beruflichen Qualifikationen entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitmarktes fördern und jugendlichen Versicherten und Personen, die erstmals

eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, die Möglichkeit bieten, Berufserfahrungen zu sammeln.
Abs. 3
Der Bundesrat erhöht die Zahl der Plätze, die mindestens angeboten werden müssen, wenn sich die arbeitsmarktlichen Massnahmen in den Kantonen bewähren und die Bereitstellung von zusätzlichen Massnhamen den Kantonen zugemutet werden kann. Er senkt die Zahl der Plätze, wenn die Lage auf dem Arbeitsmarkt dies erfordert. Der Bundesrat entscheidet jährlich und hat die Kantone vorgängig anzuhören und auf Kantone mit hoher Arbeitslosigkeit besonders Rücksicht zu nehmen.

Art. 72 b
Proposition de la Conférence de conciliation
Al. 1
Les cantons mettent à disposition les places nécessaires pour les mesures de marché du travail. Le nombre minimum de places devant être disponibles à l'entrée en vigueur de cette disposition est fixé à 25 000. Le Conseil fédéral réalise la répartition par canton et du nombre de chômeurs. Le nombre minimum de places à mettre à disposition par les cantons ne doit pas dépasser 25 pour cent du nombre d'assurés dans le canton correspondant.
Al. 2
Les places mises à disposition par les cantons dans le cadre des mesures de marché du travail doivent diminuer le risque de chômage de longue durée, permettre une réintégration rapide des chômeurs, promouvoir les qualifications professionnelles des chômeurs en fonction des exigences du marché du travail et offrir aux jeunes chômeurs et aux primo demandeurs d'emploi la possibilité d'acquérir des expériences professionnelles.
Al. 3
Le Conseil fédéral peut augmenter le nombre minimum de places offertes si les mesures de marché du travail ont fait leurs preuves dans les cantons et si une augmentation de ce nombre peut raisonnablement être exigée des cantons. Il diminue ce nombre lorsque la situation du marché du travail l'exige. Le Conseil fédéral statue chaque année après avoir consulté les cantons. Il tiendra compte en particulier des cantons ayant un taux de chômage élevé.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Hier geht es um die Verteilung der Mindestzahl an arbeitsmarktlichen Massnahmen auf die Kantone. Sie erinnern sich: Wir haben letzte Woche darüber eine recht lange und angeregte Diskussion geführt.
Der Nationalrat wollte von unserer Höchstgrenze nichts wissen und beliess es bei der Verteilung nach Arbeitslosen- und Einwohnerzahl. In der Einigungskonferenz haben wir uns jedoch finden können. Wir haben uns geeinigt auf einen Höchstgrenzwert von 25 Prozent anstelle der von uns letzte Woche beschlossenen 20 Prozent. Dieser Entscheid der Einigungskonferenz wurde mit 23 zu 2 Stimmen gefasst.
Ich bitte Sie, ihm zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 61 a
Antrag der Einigungskonferenz
Streichen
Proposition de la Conférence de conciliation
Biffer

Art. 63
Antrag der Einigungskonferenz
Die Versicherung ersetzt die nachgewiesenen notwendigen Kosten für die Durchführung des Kurses. Der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten. (= unverändert)

Art. 63
Proposition de la Conférence de conciliation
L'assurance rembourse les frais attestés, indispensables à l'organisation du cours. Le Conseil fédéral règle les détails. (= inchangé)

Art. 72
Antrag der Einigungskonferenz
Titel
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung von Versicherten
Abs. 1
Die Versicherung fördert die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten im Rahmen von Programmen öffentlicher oder privater, nicht auf Gewinn gerichteter Institutionen zur Arbeitsbeschaffung oder Wiedereingliederung ins Erwerbsleben. Solche Programme dürfen jedoch die private Wirtschaft nicht unmittelbar konkurrenzieren.
Abs. 2
Die Versicherung kann die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten im Rahmen von Berufspraktika in Unternehmen und Verwaltung fördern.

Art. 72
Proposition de la Conférence de conciliation
Titre
Programme pour l'emploi temporaire des assurés
Al. 1
L'assurance encourage l'emploi temporaire des assurés dans le cadre de programmes organisés par des institutions publiques ou privées sans but lucratif destinés à procurer un emploi ou aux fins de réinsertion. Ces programmes ne doivent toutefois pas faire concurrence à l'économie privée.
Al. 2
L'assurance peut encourager l'emploi temporaire des assurés dans le cadre de stages professionnels effectués au sein d'entreprises ou de l'administration.

Beerli Christine (R, BE), Berichterstatterin: Alle übrigen Differenzen, Artikel 61a, 63 und 72, ergeben sich aus den Entscheiden, die wir jetzt gefällt haben. Es sind lediglich noch Anpassungen.

Angenommen – Adopté

Art. 75
Antrag der Einigungskonferenz
Titel
Höhe der Beiträge. Zuständigkeit und Verfahren
Abs. 1
Die Versicherung ersetzt die nachgewiesenen anrechenbaren Kosten für die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten. Der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten, insbesondere die anrechenbaren Kosten. Zuständigkeit und Verfahren für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung richten sich nach Artikel 64.

Art. 75
Proposition de la Conférence de conciliation
Titre
Montant des subventions. Compétence et procédure
Al. 1
L'assurance couvre les coûts attestés pouvant être pris en compte qui résultent de l'emploi temporaire des assurés. Le Conseil fédéral règle les détails, il détermine notamment les coûts à prendre en compte. La compétence et la procédure concernant les programmes pour l'emploi temporaire sont réglées par l'article 64.

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

Vierzehnte Sitzung – Quatorzième séance

Donnerstag, 22. Juni 1995, Vormittag
Jeudi 22 juin 1995, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Frey Claude (R, NE)

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 1390 hiervor – Voir page 1390 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 21. Juni 1995
Décision du Conseil des Etats du 21 juin 1995

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Die Einigungskonferenz hat gestern getagt und folgende Ergebnisse erzielt:
Die erste Differenz betrifft den Betrag, den die Kantone pro Platz an die Kosten beitragen müssen: Er wurde von 2500 Franken auf 3000 Franken erhöht. Sie finden dieses Resultat der Einigungskonferenz in Artikel 72c Absatz 2. Dieser Artikel 72c Absatz 2 stellt zusammen mit den Artikeln 61a, 63, 72 und 75 ein Paket dar. Die Einigungskonferenz hat der Pauschallösung zugestimmt. Die Kantone zahlen als Beitrag an die Arbeitsmarktmassnahmen eine Pauschale pro Platz, die auf 3000 Franken festgelegt wurde. Dieses Resultat wurde in der Einigungskonferenz mit 21 zu 2 Stimmen erzielt. Der Ständerat hat diesem Resultat gestern ohne Gegenstimme zugestimmt.
Die zweite Differenz betrifft Artikel 72b: In dieser Bestimmung geht es um die Aufteilung der Anzahl Plätze auf die Kantone. Wir haben beschlossen, auf eine Prozentklausel zu verzichten. Der Ständerat wollte eine Prozentklausel von 20 Prozent der Arbeitslosen einführen. Der Kompromiss, die Einigung lautet dahin, dass die Prozentklausel jetzt auf 25 Prozent festgesetzt wird. Dies bedeutet, dass etwa 200 Plätze von Kantonen mit geringer Arbeitslosigkeit zu jenen Kantonen mit hoher Arbeitslosigkeit transferiert werden. Gegenüber dem ursprünglichen Resultat einer Transferierung von 1000 Plätzen scheint uns dies angemessen und richtig zu sein. Die Einigungskonferenz hat diesem Resultat mit 23 zu 2 Stimmen zugestimmt.
Zu den finanziellen Konsequenzen: Insgesamt kann man festhalten, dass die Kantone und Gemeinden gemäss den Schätzungen der Fachleute leicht weniger belastet sind als nach geltendem Recht. Man kann also mit Fug und Recht sagen, dass aufgrund dieses Gesetzes keine zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Kantone entstehen. Hingegen – das ist ganz klar – stehen die Kantone in den nächsten Monaten vor einer Herausforderung betreffend die Organisation und Führung der Arbeitsvermittlungszentren.
Ich ersuche Sie, den Vorschlägen der Einigungskonferenz in beiden Punkten zuzustimmen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Nous sommes dans la procédure d'élimination des divergences. Je vous rappelle que si nous n'arrivons pas à nous mettre d'accord sur la totalité des points qui restent en suspens avec le Conseil des Etats, l'ensemble de la loi est mis en péril. Par conséquent, nous n'avons guère le choix: ou tout refuser, ou tout accepter.
1. La proposition qui est faite à l'article 72c concerne la participation des cantons aux mesures actives et le maintien du montant forfaitaire qui est porté de 2500 francs, comme on le voulait au début, à 3000 francs par place à charge des cantons.
2. Le deuxième point concerne la répartition du contingent (art. 726). Nous voulions un chiffre fixe de 25 000 places. Le Conseil des Etats voulait fixer un pourcentage maximum de places à mettre à disposition. Il avait, au début, demandé que ce pourcentage soit fixé à 20 pour cent. Nous avons accepté de le monter à 25 pour cent.
Toutes ces décisions ont été prises dans la Conférence de conciliation par plus de 20 voix contre 2, et au Conseil des Etats elles ont été acceptées sans opposition.
Nous vous proposons d'en faire de même pour le plus grand bien de cette loi qui verra ainsi le jour.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Nous pourrions atteindre le terme de cette longue gestation parlementaire de la nouvelle loi sur l'assurance-chômage. Je vous remercie, et je remercie en particulier la commission du travail imaginatif et inlassable qu'elle a fait.
Finalement, les solutions qui vous sont proposées aujourd'hui ne constituent ni une charge ni un allègement pour les cantons. Il y a en quelque sorte équilibre des charges, si l'on prend en considération les deux mesures envisagées.
Je me permets de souligner le travail de volonté qu'a accompli la Conférence de conciliation, et de dire que les formules auxquelles elle est parvenue ce matin ont l'entier agrément du Conseil fédéral, en particulier pour l'article 72c que je serais heureux que votre Conseil puisse entériner.

Art. 61 a
Antrag der Einigungskonferenz
Streichen
Proposition de la Conférence de conciliation
Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 63
Antrag der Einigungskonferenz
Die Versicherung ersetzt die nachgewiesenen notwendigen Kosten für die Durchführung des Kurses. Der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten. (= unverändert)

Art. 63
Proposition de la Conférence de conciliation
L'assurance rembourse les frais attestés, indispensables à l'organisation du cours. Le Conseil fédéral règle les détails. (= inchangé)

Angenommen – Adopté

Art. 72
Antrag der Einigungskonferenz
Titel
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung von Versicherten
Abs. 1
Die Versicherung fördert die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten im Rahmen von Programmen öffentlicher oder privater, nicht auf Gewinn gerichteter Institutionen zur Arbeitsbeschaffung oder Wiedereingliederung ins Erwerbsleben. Solche Programme dürfen jedoch die private Wirtschaft nicht unmittelbar konkurrenzieren.
Abs. 2
Die Versicherung kann die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten im Rahmen von Berufspraktika in Unternehmen und Verwaltung fördern.

Art. 72
Proposition de la Conférence de conciliation
Titre
Programme pour l'emploi temporaire des assurés
Al. 1
L'assurance encourage l'emploi temporaire des assurés dans le cadre de programmes organisés par des institutions publiques ou privées sans but lucratif destinés à procurer un emploi ou aux fins de réinsertion. Ces programmes ne doivent toutefois pas faire concurrence à l'économie privée.
Al. 2
L'assurance peut encourager l'emploi temporaire des assurés dans le cadre de stages professionnels effectués au sein d'entreprises ou de l'administration.

Angenommen – Adopté

Art. 72 b
Antrag der Einigungskonferenz
Abs. 1
Die Kantone stellen die für die arbeitsmarktlichen Massnahmen notwendigen Plätze bereit. Die Mindestzahl beträgt bei Inkrafttreten dieser Bestimmung 25 000 Plätze. Der Bundesrat nimmt die Aufteilung der Plätze auf die einzelnen Kantone vor. Er berücksichtigt dabei die Einwohnerzahl und die Zahl der Versicherten. Die Mindestzahl der Plätze, die ein Kanton bereitzustellen hat, darf 25 Prozent aller Versicherten im entsprechenden Kanton nicht übersteigen.
Abs. 2
Die von den Kantonen bereitzustellenden Plätze an arbeitsmarktlichen Massnahmen sollen die Gefahr von Langzeitarbeitslosigkeit vermindern, die rasche Wiedereingliederung der Versicherten bewirken, die beruflichen Qualifikationen entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes fördern und jugendlichen Versicherten und Personen, die erstmals eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, die Möglichkeit bieten, Berufserfahrungen zu sammeln.
Abs. 3
Der Bundesrat erhöht die Zahl der Plätze, die mindestens angeboten werden müssen, wenn sich die arbeitsmarktlichen Massnahmen in den Kantonen bewähren und die Bereitstellung von zusätzlichen Massnahmen den Kantonen zugemutet werden kann. Er senkt die Zahl der Plätze, wenn die Lage auf dem Arbeitsmarkt dies erfordert. Der Bundesrat entscheidet jährlich und hat die Kantone vorgängig anzuhören und auf Kantone mit hoher Arbeitslosigkeit besonders Rücksicht zu nehmen.

Art. 72 b
Proposition de la Conférence de conciliation
Al. 1
Les cantons mettent à disposition les places nécessaires pour les mesures de marché du travail. Le nombre minimum de places devant être disponibles à l'entrée en vigueur de cette disposition est fixé à 25 000. Le Conseil fédéral réalise la répartition par canton et du nombre de chômeurs. Le nombre minimum de places à mettre à disposition par les cantons ne doit pas dépasser 25 pour cent du nombre d'assurés dans le canton correspondant.
Al. 2
Les places mises à disposition par les cantons dans le cadre des mesures de marché du travail doivent diminuer le risque de chômage de longue durée, permettre une réintégration rapide des chômeurs, promouvoir les qualifications professionnelles des chômeurs en fonction des exigences du marché du travail et offrir aux jeunes chômeurs et aux primo demandeurs d'emploi la possibilité d'acquérir des expériences professionnelles.
Al. 3
Le Conseil fédéral peut augmenter le nombre minimum de places offertes si les mesures de marché du travail ont fait leurs preuves dans les cantons et si une augmentation de ce nombre peut raisonnablement être exigée des cantons. Il diminue ce nombre lorsque la situation du marché du travail l'exige. Le Conseil fédéral statue chaque année après avoir consulté les cantons. Il tiendra compte en particulier des cantons ayant un taux de chômage élevé.

Angenommen – Adopté

Art. 72 c
Antrag der Einigungskonferenz
Titel
Finanzielle Beteiligung der Kantone an den Kosten für die Bereitstellung vor arbeitsmarktlichen Massnahmen
Abs. 1
Die Kantone beteiligen sich an den Kosten für die Mindestzahl an arbeitsmarktlichen Massnahmen, die gemäss Artikel 72b bereitzustellen sind.
Abs. 2
Pro Jahresplatz haben die Kantone einen Betrag von 3000 Franken zu entrichten. Der Bundesrat kann diesen Betrag jährlich auf Beginn des Kalenderjahres der Lohn- und Preisentwicklung anpassen. Er bestimmt die Einzelheiten und das Verfahren.
Abs. 3
Das Biga ermittelt jährlich die gesamtschweizerischen Durchschnittskosten des Vorjahres für die einzelnen Kategorien an arbeitsmarktlichen Massnahmen. Weist die Schlussabrechnung eines Kantons geringere Kosten auf als diejenigen, die sich aufgrund der durch das Biga ermittelten Durchschnittskosten ergeben würden, reduziert sich der Beitrag des Kantons nach Absatz 2 um 25 Prozent dieser Differenz.
Abs. 4
Stellen die Kantone mehr arbeitsmarktliche Massnahmen zur Verfügung, als in Artikel 72b vorgeschrieben sind, wird für die die Mindestzahl übersteigenden Massnahmen kein Kantonsbeitrag erhoben.

Art. 72 c
Proposition de la Conférence de conciliation
Titre
Participation financière des cantons aux coûts découlant de la mise à disposition de mesures de marché du travail
Al. 1
Les cantons participent aux coûts découlant de l'offre minimale de mesures de marché du travail qui doit être mise à disposition conformément à l'article 72b.
Al. 2
Les cantons doivent s'acquitter d'un montant de 3000 francs par place et par année. Le Conseil fédéral peut adapter ce montant au début de l'année à l'évolution des prix et des salaires. Il règle les détails, en particulier la procédure et les frais à prendre en compte.
Al. 3
L'Ofiamt calcule chaque année le coût moyen national par catégorie des mesures de marché du travail de l'année précédente. Si le décompte final d'un canton présente un coût inférieur au coût moyen national, la contribution du canton selon l'alinéa 2 est réduite de 25 pour cent de cette différence.
Al. 4
Lorsque les cantons mettent à disposition un nombre de mesures de marché du travail plus élevé que n'en prescrit l'article 72b, il n'est pas prélevé de contributions cantonales pour les mesures dépassant l'offre minimale.

Angenommen – Adopté

Art. 75
Antrag der Einigungskonferenz
Titel
Höhe der Beiträge. Zuständigkeit und Verfahren
Abs. 1
Die Versicherung ersetzt die nachgewiesenen anrechenbaren Kosten für die vorübergehende Beschäftigung von Versicherten. Der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten, insbesondere die anrechenbaren Kosten. Zuständigkeit und Verfahren für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung richten sich nach Artikel 64.

Art. 75
Proposition de la Conférence de conciliation
Titre
Montant des subventions. Compétence et procédure
Al. 1
L'assurance couvre les coûts attestés pouvant être pris en compte qui résultent de l'emploi temporaire des assurés. Le Conseil fédéral règle les détails, il détermine notamment les coûts à prendre en compte. La compétence et la procédure concernant les programmes pour l'emploi temporaire sont réglées par l'article 64.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Siehe Seite 709 hiervor – Voir page 709 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 22. Juni 1995
Décision du Conseil national du 22 juin 1995

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Entwurfes 32 Stimmen
Dagegen 6 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

93.095

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision

Loi sur l'assurance-chômage. Révision partielle

Siehe Seite1482 hiervor – Voir page 1482 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 23. Juni 1995
Décision du Conseil des Etats du 23 juin 1995

Namentliche Schlussabstimmung
Vote final, par appel nominal
(Ref.: 1678)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:
Aguet, Aregger, Aubry, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlin, Béguelin, Berger, Bircher Peter, Bonny, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Caccia, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser, Darbellay, David, Deiss, Diener, Dormann, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel Hugo, Fischer-Sursee, Frainier, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Gadient, Giger, Gobet, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Heberlein, Herczog, Hess Peter, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Langenberger, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Maitre, Mamie, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Nabholz, Narbel, Nebiker, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Pidoux, Raggenbass, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Sandoz, Savary, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Seiler Rolf, Singeisen, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Steffen, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Tschuppert Karl, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Zbinden, Ziegler Jean, Züger, Zwygart (134)

Dagegen stimmen – Rejettent le projet:
Allenspach, Binder, Bischof, Blocher, Borer Roland, Bortoluzzi, Carobbio, Dreher, Fehr, Fischer-Seengen, Frey Walter, Giezendanner, Goll, Gysin, Hegetschweiler, Hess Otto, Hildbrand, Jenni Peter, Kern, Maurer, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Neuenschwander, Reimann Maximilian, Rutishauser, Schenk, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Seiler Hanspeter, Spielmann, Stamm Luzi, Steinemann, Steiner Rudolf, Vetterli, Weyeneth, Wyss William, Zisyadis (39)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
Bezzola, Bührer Gerold, de Dardel, Dettling, Fischer-Hägglingen, Früh, Hari, Pini, Rychen, Schmied Walter (10)

Stimmen nicht – Ne votent pas:
Bignasca, Bodenmann, Camponovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Cincera, Columberg, von Felten, Maspoli, Mauch Rolf, Poncet, Scherrer Jürg, Sieber, Steinegger, Suter, vakant I (16)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:
Frey Claude (1)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral